LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode

ANLAGENBAND 5 **Drucksache 17/7005**



→ Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission

„Krisenfeste Gesellschaft"

Ausgegeben: 5. Juli 2024

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel".

Inhaltsverzeichnis

Stellungnahme AG KRITIS ... 3
Stellungnahme Anwaltsverband Baden-Württemberg ... 24
Stellungnahme ASB Baden-Württemberg e. V. ... 50
Stellungnahme BBW – Beamtenbund Tarifunion ... 54
Stellungnahme Bergwacht Schwarzwald e. V. ... 58
Stellunganhme Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ... 68
Stellungnahme Landeskommando Baden-Württemberg ... 70
Stellungnahme DPolG ... 80
Stellungnahme Deutscher Richterbund Baden-Württemberg ... 92
Stellungnahme DLRG Landesverbände Württemerg e. V. und Baden e. V.. ... 101
Stellungnahme DRK Landesverband Baden-Württemberg e. V. ... 114
Stellungnahme GEW Baden-Württemberg ... 138
Stellungnahme Landkreistag Baden-Würrtemberg, Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg. ... 153
Stellungnahme Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg ... 161
Stellungnahme Feuerwehrverband BW ... 179
Stellungnahme Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. ... 210
Stellungnahme DRK-Landesverband Badisches Rotes Kreuz ... 220
Stellungnahme VfEW ... 223
Stellungnahme Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter Baden-Württemberg ... 233
Stellungnahme Bundesverband der Familienzentren ... 236
Stellungnahme Erzdiözese Freiburg und Diözese Rottenburg ... 242
Stellungnahme Evangelische Landeskirche in Baden und Evangelische Landeskirche in Württemberg ... 253
Stellungnahme Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ... 266
Stellungnahme Der Kinderschutzbund Landesverband Baden-Württemberg ... 285
Stellungnahme LEBK ... 290
Stellungnahme Landesfrauenrat Baden-Württemberg ... 298
Stellungnahme LMZ ... 306
Stellungnahme LSV bw ... 324
Stellungnahme Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e. V. ... 327
Stellungnahme Leibniz-Institut für Resilienzforschung ... 331
Stellungnahme Caritas-Quartierbüro Schönau. ... 356
Stellungnahme Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg ... 359
Stellungnahme Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V. ... 364
Stellungnahme Tafel Baden-Württemberg e. V. ... 372
Stellungnahme Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Baden-Württemberg ... 379
Stellungnahme Gruppe Börse Stuttgart ... 384
Stellungnahme DEHOGA Baden-Württemberg ... 395
Stellungnahme DGB Baden-Württemberg ... 405
Stellungnahme EnBW AG ... 415
Stellungnahme bwgv ... 419
Stellungnahme giz ... 424
Stellungnahme Handelsverband Baden-Württemberg ... 434
Stellungnahme Handwerk BW ... 443
Stellungnahme Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag ... 447
Stellungnahme Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V. ... 454
Stellungnahme Sparkassenverband Baden-Württemberg ... 459
Stellungnahme Transparency International Deutschland e. V. ... 466
Stellungnahme UBW. ... 471
Stellungnahme VdAW ... 484
Stellungnahme VDMA Baden-Württemberg ... 486
Stellungnahme WBW ... 491
Stellungnahme ZSW ... 495
Große Anfrage der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Krisenfestigkeit des Gesundheitswesens Baden-Württemberg ... 509
Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Erste Bestandsaufnahme anlässlich der Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu den Bereichen Krisenbegriff und Gesundheitskrise ... 551
Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Erste Bestandsaufnahme anlässlich der Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu den Bereichen Organisation und Krisenmanagement ... 611
Große Anfrage der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld II – Staat und Verwaltung ... 645
Große Anfrage der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld III – Gesellschaft ... 673
Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Bestandsaufnahme zum dritten Handlungsfeld „gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten“ der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft ... 706
Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Bestandsaufnahme zum vierten Handlungsfeld „Wirtschaft, Ökologie und Einbettung in globale Zusammenhänge“ der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ... 791
Große Anfrage der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld IV – Wirtschaft ... 870

AG KRITIS

Arbeitsgruppe Kritische Infrastrukturen

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg

bezogen auf Drucksache 17 / 1816
des Landtags von Baden-Württemberg
vom 7.2.2022

Version 1.0 – zuletzt editiert am 11.01.2023

Inhaltsverzeichnis

1 Arbeitsgruppe Kritische Infrastrukturen....3
2 Ausgangspunkt....4
2.1 Handlungsfeld gemäß Einsetzungbeschluss Ziffer III. 2....5
3 Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge....7
3.1 Handlungsfeld Unterpunkt a)....7
3.1.1 Sensibilisierung und Eigenvorsorge der Bevölkerung....9
3.1.2 Krisenmanagement....10
3.1.3 Krisenkommunikation und IT....12
3.1.4 Trinkwasser / Abwasser....13
3.1.5 Gesundheitsnotversorgung....13
3.1.6 Lebensmittelnotversorgung....14
3.1.7 Weitere Themenfelder im Blackout-Fall....14
3.1.8 Sachliche Zuständigkeit für den Katastrophenschutz beim Bundesland....15
3.2 Handlungsfeld Unterpunkt b)....16
3.2.1 Baden-Württemberg bringt das CHW-Konzept in den AK V der IMK ein (zuständig für Brand- & Katastrophenschutz)....16
3.2.2 Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg um ein kommunales CERT erweitern....17
3.2.3 Erstellen einer Landes-KRITIS-Verordnung für den Sektor „Staat und Verwaltung“....17
3.2.4 Erstellen einer Landes-KRITIS-Verordnung für den Sektor „Medien und Kultur“....17
3.2.5 Einbringen der Sektoren „Staat und Verwaltung“ und „Medien und Kultur“ in KRITIS-Dachgesetz....18
3.3 Handlungsfeld Unterpunkt d)....18
3.3.1 Aufbau von Ehrenamtlichen als kommunale Verwaltungshelfer....18
4 Fazit....20
5 Glossar....21

1 Arbeitsgruppe Kritische Infrastrukturen

Dieses Dokument wurde erstellt von Mitgliedern der unabhängigen Arbeitsgruppe Kritische Infrastrukturen (AG KRITIS).

Wir haben uns im Frühjahr 2018 erstmals zusammengefunden, um Ideen und Anregungen zur Erhöhung der Resilienz und Sicherheit kritischer Dienstleistungen von Betreibern kritischer Infrastrukturen im Sinne des Gemeinwohls zu entwickeln. Unser Ziel ist es, die Versorgungssicherheit der deutschen Bevölkerung zu erhöhen, indem wir die Bewältigungskapazitäten des Staates zur Bewältigung von Großschadenslagen, die durch Cyberangriffe hervorgerufen wurden, ergänzen und erweitern wollen. Unsere Arbeitsgruppe ist unabhängig von Staat, Verwaltung oder wirtschaftlichen Interessen.

Die AG KRITIS besteht aus ca. 42 Fachleuten und Experten, die sich mit Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) gemäß § 2 (Abs 10) BSI-Gesetz [1] und gemäß § 10 BSIG zugehöriger *Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz* [2] (BSI-Kritisverordnung - BSI-KritisV) beruflich beschäftigen, zum Beispiel durch Planung, Aufbau, Betrieb sowie Beratung, Forschung oder Prüfung der beteiligten Systeme und Anlagen. Unser Engagement ist getrieben von der Motivation, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit jener Anlagen kooperativ mit allen Beteiligten herbeizuführen und damit im Katastrophenfall die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Wir sind kein Wirtschaftsverband oder Unternehmen und haben daher auch und insbesondere keine Sponsoren.

Uns eint, dass wir durch unsere Arbeit unabhängig voneinander zu dem Schluss gekommen sind, dass die Ressourcen der Bundesrepublik Deutschland zur Bewältigung von Großschadenslagen auf Grund von informations- und operationstechnischen Vorfällen im Bereich der Kritischen Infrastrukturen nicht ausreichen. In der Folge sind resultierende Krisen oder Katastrophen nicht oder kaum zu bewältigen. Es sollen daher Wege gefunden werden, das Eintreten gravierender Folgen dieser Vorfälle durch schnelles und kompetentes Handeln zu verhindern oder zumindest abzuschwächen und eine Regelversorgung in kürzestmöglicher Zeit wieder sicherzustellen.

1 https://www.gesetze-im-internet.de/bsig_2009/BJNR282110009.html
2 https://www.gesetze-im-internet.de/bsi-kritisv/index.html

2 Ausgangspunkt

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg beschäftigt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren mit der Frage, wie das baden-württembergische Gemeinwesen besser vor Krisen geschützt werden kann. Dabei sollen vor allem auch Lehren aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie gezogen werden. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, um Staat und Gesellschaft krisenfester aufzustellen. Weitere Informationen zur Arbeit der Enquetekommission finden Sie auf der Website des Landtags.

Insgesamt widmet sich die Enquetekommission in Bezug auf die Krisenfestigkeit von Staat und Gesellschaft vier verschiedenen Bereichen. Das zweite Handlungsfeld betrifft die Frage nach effektiver staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Die Kommission soll unter anderem erörtern, wie das Zusammenwirken von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft in diesem Bereich optimiert werden kann. Des Weiteren soll untersucht werden, wie staatliche Stellen ebenen-, ressort- und grenzübergreifend besser zusammenarbeiten können. Zudem sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert werden, deren Betrieb auch in Krisenzeiten prioritär sicherzustellen ist. Welche weiteren Fragen der Arbeit der Enquetekommission im Themenfeld Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung zugrunde liegen, können Sie im Einzelnen dem angehängten Einsetzungsbeschluss (dort Ziffer III. 2.) entnehmen.

Die Enquetekommission hat in ihrer 7. Sitzung am 11. November 2022 beschlossen, die AG KRITIS, die über große Expertise im Bereich der Krisenvorsorge und -bekämpfung verfügt, zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern.

Die AG KRITIS wurde darum gebeten, die im zweiten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses aufgeworfenen Fragen zu beantworten, soweit diese Ihr Tätigkeitsfeld und Ihre Expertise betreffen.
Wir unterbreiten den Mitgliedern der Enquetekommission dabei auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge, die unserer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

2.1 Handlungsfeld gemäß Einsetzungbeschluss Ziffer III. 2.

„Das zweite Handlungsfeld behandelt staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung.

Herkömmlicherweise ist das die Koordination und Führung der zu ergreifenden Maßnahmen durch dafür ausgebildete staatliche Stäbe. Es geht dabei weniger um eine Engführung auf verwaltungsinterne Abläufe innerhalb von Organisationseinheiten als vielmehr um eine Weiterentwicklung der ressort-, ebenen- und auch grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie des Zusammenspiels von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen entwickeln, die dazu geeignet sind,

a) eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren;

b) die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren;

c) die in Krisensituationen verantwortlichen Akteure dabei zu unterstützen, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren;

d) die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern;

e) die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts zu definieren sowie die ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln;

f) eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen;

g) die Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten systematischer zu gestalten;

h) die Zivilgesellschaft so zu stärken, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt;

i) Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.);

j) krisenbezogene Daten so zu erfassen, zu speichern und auszutauschen, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet sind und den Datenschutz so weiterzuentwickeln, dass er dem nicht entgegensteht und zugleich das individuelle Persönlichkeitsrecht wahrt.“

3 Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

3.1 Handlungsfeld Unterpunkt a)

„a) eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren;“

Exemplarisch zu diesem Unterpunkt soll der Blackoutfall angeführt werden. Dazu hatte die AG KRITIS bereits Anfang Dezember 2022 einen umfangreichen Blogpost[3] verfasst, welcher spezielle Vorsorgemaßnahmen auf kommunaler Ebene adressiert. Gleichzeitig werden auch erste Empfehlungen zur Bewältigung der Situation beschrieben. Im Folgenden sind diese Zusammengefasst.

Im Zuge der aktuellen Energiekrise wird vermehrt diskutiert, wie wahrscheinlich ein Blackout beispielsweise im Winter 2022/23 ist, und ob alle relevanten Akteure ausreichend auf diesen Fall vorbereitet sind. Eine Umfrage des Report Mainz[4] legt den Schluss nahe, dass viele Kommunen keine ausreichenden Pläne für den Ernstfall haben.

Was bedeutet eigentlich Blackout?

Ein Blackout ist ein großflächiger und längerfristiger Ausfall der Energieversorgung. Eine einheitliche und verbindliche Definition ist jedoch nicht vorhanden und kann an dieser Stelle auch nicht gegeben werden. Ein Blackout ist jedoch nicht gleich ein Blackout. Unterschiedliche Situationen können unterschiedliches Handeln erforderlich machen. Im Folgenden mögliche Ursachen:

- Zerstörung von Infrastruktur der Energieversorgung, beispielsweise durch Sabotage, Naturkatastrophen, Unfälle oder Bauarbeiten
- Gezielte regionale Lastabschaltungen, die durch eine Energiemangellage ausgelöst werden
- Cyber-Attacken
- Menschliches Versagen
- Unzureichende Netzstabilität im Stromnetz
- Zerfall des europäischen Höchstspannungsnetzes (System Split)

3 https://ag.kritis.info/2022/12/08/kommunale-blackout-praevention/
4 https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/pressemeldungen/report-mainz-notfallplaene-stromausfall-2022-100.html

Während die Ursachen vielfältig sein können, hat eine Unterbrechung der Energieversorgung zwei Dimensionen, welche auch auf die Zivilbevölkerung eine unmittelbare Auswirkung haben. Zum Einen ist das die Zeit der Unterbrechung, zum Anderen die regionale Ausdehnung.

Ist in einem Dorf oder Stadtteil die Stromversorgung ausgefallen, im Umland jedoch noch alles intakt, dann ist prinzipiell eine größere Handlungsfähigkeit der Krisenakteure gegeben.

Ein Beispiel hierfür ist der Stromausfall in Berlin-Köpenick [5].

Bei einem großflächigen Stromausfall ist die regionale Hilfeleistung dagegen automatisch eingeschränkt und nicht mehr so direkt gegeben.

Unterbrechungen in der Stromversorgung werden mit zunehmender Dauer kritischer. Dies ist dadurch bedingt, dass auch andere kritische Infrastrukturen auf Energie angewiesen sind und die Beeinflussung hierauf mit zunehmender Dauer für die Bevölkerung sichtbarer wird. Beispielsweise laufen Notstromaggregate leer oder Kühlketten werden unterbrochen.

Weiterhin sollte unterschieden werden zwischen unvorhergesehenen Stromausfällen und geplanten Abschaltungen[6] im Falle von akuten Strommangellagen. Sollte es zu geplanten Abschaltungen kommen, besteht in der Regel die Möglichkeit die Bevölkerung über Dauer und Zeitpunkt zu informieren. Auch kurzfristig kann in solchen Fällen noch Vorsorge getroffen werden; die Aussicht auf eine Rückkehr der Versorgung zu einem vorab bekannten Zeitpunkt wirkt im Zweifel eher beruhigend. Für ungeplante Ausfälle gilt das in der Regel nicht.

Katastrophenschutz ist laut Grundgesetz Sache der Bundesländer, welche die Aufgaben an die Kommunen delegiert haben. Jedoch kann sich eine einzelne Kommune nicht auf alle erdenklichen Szenarien vorbereiten. Es gibt jedoch gewisse „no regret“-Maßnahmen, welche in allen Fällen einen positiven Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Ein Plan für ein geordnetes Vorgehen gehört dazu.

Wie alle Katastrophenfälle ist auch der Blackout-Fall ein Präventionsthema. Da die Energieversorgung jedoch in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eine der zuverlässigsten der Welt war und dem Thema Prävention meist nur ungern Ressourcen eingeräumt werden, fiel dieses Thema häufig unter den Tisch [7]. Dabei lässt sich hier auf kommunaler Ebene mit relativ wenig Aufwand und mit gesundem Menschenverstand schon viel erreichen.

Zum Einen müssen initial Überlegungen angestellt werden, welche Beeinträchtigungen es im Blackout-Fall konkret in der Kommune gibt, und wie man sich als Kommune organisiert. Im Ernstfall ist es hierfür zu spät. In einem zweiten Schritt muss dann für den Ernstfall eine Checkliste oder ein Plan zum Vorgehen erstellt werden, an der man sich orientiert. Hier muss man das Rad

5 https://www.tagesspiegel.de/berlin/der-grosste-und-langste-stromausfall-in-berlin-seit-jahrzehnten-3094786.html
6 https://www.spiegel.de/wirtschaft/blackouts-bundesamt-fuer-bevoelkerungsschutz-warnt-vor-energieunterbrechungen-a-cc87a13b-fd76-434c-80ae-bb87e2f1f9e6?sara_ecid=soci_upd_wbMbjhOSvViISjc8RPU89NcCvtlFcJ
7 https://www.tagesspiegel.de/berlin/der-grosste-und-langste-stromausfall-in-berlin-seit-jahrzehnten-3094786.html

nicht komplett neu erfinden, ein geeignetes Beispiel ist hierfür das österreichische Bundesland Steiermark, in der es bereits einen generischen Leitfaden für Kommunen gibt [8].

Im Folgenden werden Leitplanken genannt, welche beim Erstellen eines Handlungsleitfadens helfen. Relevant werden diese Punkte speziell bei länger andauernden Unterbrechungen der Stromversorgung. Sie sind gegliedert in die folgenden Themenblöcke:

- Sensibilisierung und Eigenvorsorge der Bevölkerung
- Krisenmanagement
- Krisenkommunikation und IT
- Trinkwasser / Abwasser
- Gesundheitsnotversorgung
- Lebensmittelnotversorgung
- Sonstiges

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge:

3.1.1 Sensibilisierung und Eigenvorsorge der Bevölkerung

Ein wichtiger Punkt in der Blackout-Prävention ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema. Kaum jemand kann sich vorstellen was passiert, wenn man als Privatperson oder Firma mehrere Tage ohne Strom auskommen muss. Daher sollte das Thema auch seitens der Kommune zumindest initial adressiert werden. Hier müssen nicht zwangsläufig gleich Empfehlungen zur Lebensmittelbevorratung gegeben werden (diese gibt es übrigens vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [9]). Eine Sensibilisierung hätte zur Folge, dass die Bürger im Ernstfall besonnen reagieren. Dies kann wesentlich zur Krisenbewältigung beitragen.

Die Information sollte in erster Linie mögliche Folgen einer Stromversorgungsunterbrechung aufzeigen und weiter auch die Grenzen der organisierten Hilfe. Die Information sollte transparent aufklären ohne Panik und Angst zu verbreiten. Letzten Endes ist in solchen Krisensituationen Solidarität gefragt. Dazu gehört zum Beispiel auch beim älteren allein lebenden Nachbarn mal nachzufragen, ob alles in Ordnung ist.

Dem Format einer möglichen Information sind dabei keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist, dass die Bürger erreicht werden. Hinweisblätter, Vorträge oder auch im Internetauftritt der Kommunen abrufbare Informationen sind denkbar. Informationen sollten sowohl digital als auch analog bereitgestellt werden und idealerweise wird in ihnen auch über den individuellen Vorsorgeplan der

8 https://stzsv.at/images/blackout/Blackoutleitfaden_für_Gemeinden_StZSV.pdf
9 https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Tipps-Notsituationen/Stromausfall/stromausfall_node.html

Kommune informiert. Weiterhin kann die Bevölkerung auch in die Organisation von Selbsthilfestützpunkten (siehe unten) mit einbezogen werden. Als Positivbeispiel kann an dieser Stelle ein Informationsflyer der Stadt Rosenheim genannt werden [10], in dem in kompakter Form auf zwei DIN-A4-Seiten wesentliche Informationen übersichtlich zusammengefasst sind.

3.1.2 Krisenmanagement

Krisenmanagement im Blackout zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass die Möglichkeiten zur Kommunikation sehr beschränkt sind. Hier sollte sich die Kommune fragen, ob sie personell und organisatorisch für diese Aufgabe aufgestellt ist. Prozesse müssen definiert sein und Verantwortlichkeiten müssen konkrete Köpfe zugeordnet sein. In der Regel basiert ein kommunaler Krisenstab, sofern vorhanden, auf freiwilliger Mitarbeit der Bürger, da auf kommunaler Ebene (mit Ausnahme der Feuerwehr, jedoch auch die ist häufig freiwillig) üblicherweise keine Bereitschaften in Arbeitsverträgen vereinbart sind.

Sofern für die Gemeinde ein Konzept ausgearbeitet wurde, muss dieses auch trainiert werden. Aus unserer Sicht sind nur solche Übungen nützlich, die strukturell in der Lage sind, Missstände in den eigenen Strukturen aufzudecken. Neben dem Fähigkeitengewinn der Mitarbeitenden dient eine Übung immer auch dazu, einen gemachten Plan in der Realität zu testen. Stabsrahmenübungen oder vergleichbare Planspiele am Konferenztisch sind regelmäßig nicht geeignet, Missstände in der Struktur aufzudecken.

Echte Übungen, zusammen mit den tatsächlich vorhandenen Einsatzkräften außerhalb des Krisentabs, also z.B. der Feuerwehr oder dem THW-Ortsverein bieten sich hier an, da dieser auch im Blackout eine besondere Rolle zukommt.

Selbsthilfe-Stützpunkte (auch Kat-Leuchttürme genannt) für Bürger sind in der Regel ein gute Idee, da diese auch die Kommunikation mit den Bürgen erleichtern. Diese kann im Blackout nur vom Mund zum Ohr erfolgen. An Treffpunkten kann Nachbarschaftshilfe organisiert werden und gegebenenfalls auch eine Nahrungsmittelverteilung, Kochstellen oder eine Wärmeversorgung bereitgestellt werden. Die Stützpunkte sollten rund um die Uhr betrieben werden. Hierfür eignen sich Turnhallen, Gemeindezentren, größere Gasthäuser oder Kulturstätten. Nach Möglichkeit sollten an den Selbsthilfestützpunkten Licht und Wärme bereitgestellt werden sowie Möglichkeiten zur Kommunikation, beispielsweise zu Blaulichtorganisationen oder auch anderen Selbsthilfestützpunkten. Die Stützpunkte müssen allen Bürgern vorab bekannt sein und in die Katastrophenschutzpläne der Feuerwehr eingebunden sein.

Sollten sich größere Abhängigkeiten von Treibstoff oder sonstigem Kraftstoff ergeben, muss man über Reserven nachdenken. Notstromaggregate laufen nur solange Diesel im Tank ist. Hier muss vorab abgeschätzt werden, welche Verbraucher mit dem Aggregat versorgt werden sollen und wie

10 https://www.rosenheim.de/fileadmin/Buergerservice/Sicherheit-und-Gefahrenabwehr/Katastrophenschutz/Flyer_DL_6s_Blackout_oTel_web.pdf

lange eine Tankfüllung durchhält. In abgelegenen Gebieten, welche stark über auf eine Anbindung via Pkw angewiesen sind, ergeben Treibstoffreserven verstärkt Sinn. Auch Tankstellen sind nur in der Lage, Treibstoff abzugeben, wenn die Pumpen mit Strom versorgt werden. Es ist sinnvoll, wenn lokale Tankstellenbetreiber ihre Anlagen in Kooperation mit der Kommune so umrüsten, dass eine Ersatzversorgung mit Stromaggregat möglich ist, selbst wenn dieses Stromaggregat dort nicht fest vorgehalten wird.

Wir empfehlen weiterhin, wichtige kommunale Gebäude mit Stromanschlüssen auszurüsten, so dass diese von außen über vorbereitete Einspeisepunkte mit Notstrom versorgt werden können, sobald Generatoren zur Verfügung stehen.

3.1.3 Krisenkommunikation und IT

Im Blackout sollte davon ausgegangen werden, dass die Kommunikation über das öffentliche Netz (Internet, Mobilfunk, Festnetz) nicht mehr zur Verfügung steht. In Einzelfällen mag diese vereinzelt für eine kurze Zeit noch der Fall sein, ein Konzept sollte jedoch nicht darauf aufbauen. Eine Lageerfassung, insbesondere um die Ursachen des Blackouts zu finden, wird initial nur schwer möglich sein und der Informationsfluss ist in jedem Fall stark gestört. Es muss geklärt sein, wie ein Krisenstab im Falle eines großflächigen Ausfalls aller Kommunikationswege alarmiert werden kann. Für eine Information der Bevölkerung könnten - neben Rundfunk [11] - auch Feuerwehr-Fahrzeuge mit Durchsage-Verstärkern zum Einsatz kommen.

Als Kommune sollte man sich fragen, mit wem man im Ernstfall kommunizieren muss. Neben Hilfskräften zur Krisenbewältigung sollten auch mit verknüpften Behörden (z. B. Landesämter) und letzten Endes auch mit den Bürgern kommuniziert werden. Sollte es einen lokalen Stromnetzbetreiber (Stadtwerk) geben, muss auch mit diesem kommuniziert werden. Im nächsten Schritt sollte man sich fragen, wie man kommuniziert, ob es schwarzfallfeste Kommunikationsverbindungen in der Kommune gibt, und wo diese gegebenenfalls verortet sind. Hier sind die Möglichkeiten der einzelnen Kommunen sicherlich begrenzt. Notfalls sollten rudimentäre Fallbacks definiert werden, beispielsweise speziell abgestellte Boten, um Informationen von auswärtigen Standorten einzuholen. Wichtige Kommunikationsknotenpunkte sollten mit einer unterbrechungsfreien Stromversorgung abgesichert werden.

Beispielhaft sei hier das INTERREG-Projekt der Oberrhein-Konferenz genannt [12] .
Es vernetzt in Baden-Württemberg – neben Akteuren anderer Bundesländer und Länder – zwei Regierungspräsidien, sechs Landratsämter und drei kreisfreie Stadtverwaltungen mittels Satellitenkommunikation und Netzersatzanlagen, die über 72 Stunden die Stromversorgung sicherstellen können. Regelmäßige Einsatzübungen finden dabei statt.
Hier wäre anzustreben, alle Regierungspräsidien, Landratsämter und kreisfreien Städte mit einzubinden.

Beim Behördenfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) lohnt es sich genauer hinzuschauen.
In Deutschland gibt es keine einheitlichen Standards für Fallback-Lösungen oder minimale Standzeit im Schwarzfall [13].

Hier wäre es wichtig zu wissen, wie lange der Behördenfunk in Baden-Württemberg abgesichert ist, und welche Rückfallebene es gibt bzw. ob überhaupt eine im Notfall greift.

11 https://www.br.de/nachrichten/bayern/blackout-so-informiert-der-br-in-krisenfaellen,THz1eJb
12 https://fragdenstaat.de/a/230470
13 https://ag.kritis.info/2022/02/15/und-wenn-der-digitale-behoerdenfunk-doch-ausfaellt/

In Baden-Württemberg kommt erschwerend hinzu, dass der "neue" digitale Behördenfunk flächendeckend nur von der Polizei genutzt wird. In etlichen Landkreisen nutzen Feuerwehr und Rettungsdienst und Warnmittel wie Sirenen noch das "alte" analoge Funknetz.

Dieses analoge Funknetz steht in kommunaler Trägerschaft und es gibt keine landesweit einheitlichen Anforderungen hinsichtlich Notstromversorgung oder Ausfall-Sicherheit der Vernetzung der Relais-Funkstationen untereinander. Wir empfehlen, dies zu ändern und landesweit einheitlichen Digitalfunk für alle Hilfsorganisationen einzuführen. Darüber hinaus empfehlen wir landesweit einheitliche Vorgaben zur Mindestdauer der Überbrückung eines Stromausfalls, zur Redundanz der Stromversorgung und zur Redundanz der Netzanbindung.

Nach Wiederherstellung der Stromversorgung muss sichergestellt sein, dass IT-Systeme in der kritischen Infrastruktur auch wieder reibungsfrei ihren Betrieb aufnehmen.

Für die 34 Rettungsleitstellen im Land müssen verbindlich einheitliche Standards hinsichtlich Notstromversorgung und Ausfall-Sicherheit der dort eingesetzten IT definiert und umgesetzt werden. Als Beispiel sei hier der Ausfall der Rettungsleitstelle Rottweil nach einem Stromausfall angeführt[14], bei welcher der Ausfall erst durch die Rückkehr der Netzversorgung entstand.

3.1.4 Trinkwasser / Abwasser

In vielen Fällen und gerade bei großflächigen Blackouts sind früher oder später auch die Trinkwasserversorgung und Abwasserabwasserentsorgung gestört. In Berlin ist beispielsweise die Trinkwasserversorgung aus den Hausleitungen noch bis zu 36 Stunden[15] nach einer Stromversorgungsunterbrechung garantiert. Anschließend gibt es Notbrunnen. Die Versorgung mit Leitungswasser ist ein wichtiger Hygieneaspekt, ein Ausbleiben über einen längeren Zeitraum, oder auch nur einen stundenweise Bereitstellung begünstigen die Verbreitung von Krankheitserregern oder Seuchen [16].

Auf kommunaler Ebene sollte unbedingt geprüft und dokumentiert werden, wie lange die Ver- und Entsorgung von Wasser bei einem Stromausfall noch gewährleistet werden kann. Dazu sollte man sich mit den entsprechenden Betreibern abstimmen und basierend auf den Ergebnissen Präventionsmaßnahmen definieren, sowie falls nötig gemeinsam Maßnahmen ergreifen, die diesen Zeitraum verlängern.

3.1.5 Gesundheitsnotversorgung

Krankenhäuser verfügen in der Regel über Notstromaggregate. Diese werden unmittelbar nach einem Stromausfall aktiviert, halten aber auch nur eine begrenzte Zeit vor. Hier muss man sich über ein Nachbefüllungskonzept der Dieseltanks Gedanken machen. Schließlich ist auch davon

14 https://fragdenstaat.de/a/262065
15 https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/11/trinkwasser-versorgung-berlin-stromausfall-wasserbetriebe.html
16 https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Hygiene/hygiene_node.html

auszugehen, dass sich mit zunehmender Dauer eines Blackouts das Patientenaufkommen zunehmend in die Krankenhäuser verlagert.

Nicht in allen Kommunen gibt es Krankenhäuser. In einem kommunalen Blackout-Notfallkonzept müssen niedergelassene Ärzte sowie Apotheken eingebunden werden um im Notfall zumindest eine Basisversorgung an Medikamenten und eine erweiterte medizinische Hilfe zu gewährleisten. Speziell bei Medikamenten, die gekühlt werden müssen, kann die Verfügbarkeit schnell kritisch werden.

Fast in allen Kommunen gibt es inzwischen Pflegeeinrichtungen für ältere oder auch körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen. Im Blackout-Fall ist nicht zwangsläufig gewährleistet, dass Schichtpläne für die Betreuung noch funktionieren. Hier muss zusammen mit der Kommune ein Konzept erarbeitet werden um eine Basisversorgung aufrecht zu erhalten.

3.1.6 Lebensmittelnotversorgung

Während der ersten Lockdowns in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass zum Einen die Bevölkerung erstaunlich wenig vorgesorgt hat, was Nahrungsmittel angeht, und zum Zweiten auch dass Lieferketten gestört sind. Das sind zwei Phänomene, die sich sicherlich im Blackout verstärkt bemerkbar machen.

Eigenvorsorge der Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor. Allerdings kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass alle Haushalte den Empfehlungen des BBK [17] folgen. Es sollte überlegt werden, lokale Lebensmittelhändler mit in den Vorsorgeplan mit einzubeziehen. Viele Waren müssen letzten Endes gekühlt werden. Da Lebensmittelhändler in der Regel keine Notstromversorgung haben, würden diese Waren nach einer gewissen Zeit verderben, sofern Sie nicht verzehrt werden. Weiter sollte sichergestellt werden, dass im Falle von Lieferkettenausfällen noch vereinzelt funktionierende Lieferungen von den Händlern auch angenommen werden können.

Vorhandene Lager für die Notversorgung beinhalten in Deutschland oft nur Vorprodukte, jedoch keine fertig nutzbaren Lebensmittel. Es ist daher gerade auf Landesebene empfehlenswert, in Kooperation mit Lebensmittelhändlern in der Fläche des Landes Zwischenlager aufzubauen, in denen länger haltbare Lebensmittel gelagert werden, bevor diese in den Handel gelangen.

Schlüsselpersonal in der Krisenbewältigung muss in länger anhaltenden Blackouts (oder auch anderen Krisensituationen) ebenso mit Nahrung versorgt werden. Hierfür sollte Vorsorge getroffen werden. In Orten mit viel Tourismus muss auch dieser im Konzept berücksichtigt werden.

3.1.7 Weitere Themenfelder im Blackout-Fall

Stichpunktartig seien hier weitere Punkte genannt, welche ebenfalls in einem Blackout-Notfallplan berücksichtigt werden sollten.

17 https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Tipps-Notsituationen/Stromausfall/stromausfall_node.html

- Es ist davon auszugehen, dass die Abfallentsorgung nicht mehr funktioniert. Dies kann speziell im Sommer zum Problem werden und gegebenenfalls eine Seuchenausbreitung begünstigen.
- Auch in der Landwirtschaft, speziell der Tierhaltung, wird ein Stromausfall schon binnen Stunden zu großen Problemen führen. Automatische Fütterungs-, Lüftungs- oder Melkanlagen funktionieren nicht mehr.
- Aufzüge bleiben stecken. Das klingt banal, ist aber gerade bei längeren Stromausfällen explizit zu berücksichtigen und erzeugt eine zusätzliche Arbeitsbelastung insbesondere für die Feuerwehr. Hier ist eine Absprache mit der Feuerwehr sinnvoll.
- Möglicherweise gibt es in den Kommunen kritische Industrieeinrichtungen, welche Prozesse mit Strom stabilisieren, z. B. nukleare oder chemische Anlagen, in denen gegebenenfalls bei längerem Stromausfall hochgefährliche Betriebszustände eintreten können.

3.1.8 Sachliche Zuständigkeit für den Katastrophenschutz beim Bundesland

Nach dem aktuellen Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) liegt die sachliche Zuständigkeit für den Katastrophenschutz bei den Landratsämtern und Bürgermeisterämtern der Stadtkreise.

Dies hat zur Folge, dass die technische Ausstattung des Katastrophenschutzes kommunal stark variiert, z.B. hinsichtlich:

- Nutzung des modernen Digitalfunk-Systems statt des alten Analogfunknetzes auf dem Stand der 1970er Jahre
- Ausbau von Warnmitteln, wie z.B. modernen elektronischen Sirenen zur Warnung der Bevölkerung
- Verfügbarkeit von Notstromaggregaten bei länger anhaltendem Stromausfall
- technische Ausstattung der Einsatz-Fahrzeuge und persönliche Schutzausrüstung der Einsatzkräfte

Das Bundesland sollte daher die sachliche Zuständigkeit für den Katastrophenschutz übernehmen. Das Landeskatastrophenschutzgesetz (LKatSG) muss dahingehend angepasst werden. Darüberhinaus empfehlen wir hier dringend, auf eine solche Harmonisierung in allen anderen Bundesländern politisch hinzuwirken.

Nur so ist eine flächendeckend gleichwertige Ausstattung des Katastrophenschutzes im ganzen Bundesland gewährleistet und das Schutzniveau der Bürger hängt nicht mehr von der Kassenlage der jeweiligen Kommunen ab.

3.2 Handlungsfeld Unterpunkt b)

„b) die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren;“

Die AG KRITIS fordert seit Anfang 2020 ein Cyber-Hilfswerk (CHW) in Anlehnung an das bestehende Technische Hilfswerk (THW).

Das von der AG KRITIS erstellte CHW-Konzept[18] beschreibt die Schaffung einer neuen Freiwilligengruppe, welche die Bewältigungskapazitäten für Großschadenslagen, die aus Cyber-Vorfällen resultieren, ausbauen soll.

Die aktuelle Fassung enthält Ausarbeitungen zu Einsatzszenarien und Einsatzrollen des CHW. Es gibt auch Hinweise zur Gewinnung von Freiwilligen Helfern und zur Frage der europäischen Dimension eines CHW. Darüberhinaus wird auch auf eine mögliche Rechtsform eines CHW eingegangen.

Ziel des CHW-Konzepts ist es, dem Staat eine Konzeption an die Hand zu geben, die sowohl das vorhandene Helfer-Potential in der Bevölkerung sinnvoll aktiviert als auch ein Fundament zu schaffen, auf dem eine vertrauensvolle Kooperation im Krisenfall stehen kann.

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge:

3.2.1 Baden-Württemberg bringt das CHW-Konzept in den AK V der IMK ein (zuständig für Brand- & Katastrophenschutz)

Die Konferenz der Innenminister (IMK) ist das zentrale Gremium, in dem innen- und sicherheitspolitische Fragestellungen zwischen Bund und Ländern fachlich diskutiert werden, bevor diese schließlich als Gesetzesinitiativen eingebracht oder exekutiv umgesetzt werden. Hierin ist der Arbeitskreis V (AK V) das fachlich zuständige Gremium innerhalb der IMK für Fragestellungen rund um den Katastrophenschutz und die zivile Verteidigung.

Daher schlägt die AG KRITIS vor, dass das Konzept des Cyber-Hilfswerk durch das Land Baden-Württemberg zur bund-länder-übergreifenden Beratung in den AK V der IMK eingebracht wird. Dies mit dem Ziel, dass das CHW-Konzept neben dem Bund auch seitens der Länder eine verbindliche Unterstützung zur Umsetzung erhält.

18 https://ag.kritis.info/2022/11/09/update-des-cyberhilfswerk-konzept/

3.2.2 Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg um ein kommunales CERT erweitern

Die Cybersicherheitsagentur (CSBW) [19] ist die zentrale Koordinierungs- und Meldestelle im Bereich Cybersicherheit in Baden-Württemberg.
Für Behörden des Landes und an das Landesverwaltungsnetz angeschlossene Organisationen kann die CSBW auch Anordnungen treffen und Maßnahmen zu deren Schutz ergreifen.

Das kommunale Computer Emergency Response Team (CERT) im CSBW sollte aber für alle Einrichtungen auf kommunaler Ebene zum Einsatz kommen dürfen und müssen, wie z.B. Rathäuser, Landratsämter und Rettungsleitstellen.

So kann das Gemeinwesen in Baden-Württemberg auf allen Ebenen resilienter gemacht werden gegen Bedrohungen aus dem Cyber-Raum und großflächige Ausfälle landesweiter IT-Infrastruktur.

3.2.3 Erstellen einer Landes-KRITIS-Verordnung für den Sektor „Staat und Verwaltung“

In der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV)“ [20] wird der KRITIS-Sektor „Staat und Verwaltung“ nicht abgedeckt und liegt somit in der Verantwortung der Bundesländer.

Der Sektor „Staat und Verwaltung“ adressiert Regierung und Verwaltung, das Parlament, die Justizeinrichtungen und Notfall- /Rettungswesen einschließlich Katastrophenschutz. Es obliegt daher dem Land, Mindeststandards für den KRITIS-Sektor „Staat und Verwaltung“ in Baden-Württemberg zu definieren und verbindlich umzusetzen.

Das im vorherigen Abschnitt beschriebene kommunales CERT auf Landesebene wäre ein wichtiger Baustein auf diesem Weg.

In Baden-Württemberg muss dieser KRITIS-Sektor zwingend hinsichtlich Mindeststandards auf Landesebene reglementiert werden. Darüberhinaus empfehlen wir hier dringend, auf eine solche Regelung in allen anderen Bundesländern hinzuwirken.

3.2.4 Erstellen einer Landes-KRITIS-Verordnung für den Sektor „Medien und Kultur“

In der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV)“ ist der KRITIS-Sektor „Medien und Kultur“ ebenso nicht reglementiert.

19 https://im.baden-wuerttemberg.de/de/digitalisierung/cybersicherheitsagentur/cybersicherheitsagentur/
20 https://www.gesetze-im-internet.de/bsi-kritisv/BSI-KritisV.pdf

„Medien und Kultur“ sind der Rundfunk (Fernsehen und Hörfunk), gedruckte und elektronische Presse, Kulturgut und symbolträchtige Bauwerke.

In Baden-Württemberg muss dieser KRITIS-Sektor ebenso zwingend hinsichtlich Mindeststandards auf Landesebene reglementiert werden.

3.2.5 Einbringen der Sektoren „Staat und Verwaltung“ und „Medien und Kultur“ in KRITIS-Dachgesetz

Die Regelung der Sektoren „Staat und Verwaltung“ und „Medien und Kultur“ sollte im geplanten KRITIS-Dachgesetz des Bundes den Ländern vorgegeben werden, um ein harmonisiertes Vorgehen der Bundesländer zu erreichen[21].

3.3 Handlungsfeld Unterpunkt d)

„d) die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern;“

Ein Verwaltungshelfer ist eine private natürliche oder juristische Person, die Hilfstätigkeiten im Auftrag und nach Weisung der sie betrauenden Behörde wahrnimmt. [22]

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge:

3.3.1 Aufbau von Ehrenamtlichen als kommunale Verwaltungshelfer

Das Ziel des Einsatzes von verwaltungs-externem Personal ist es, den in einer Krise aufkommenden zusätzlichen Arbeitsaufwand durch eine Skalierung bestehender Strukturen abfangen zu können. Dabei sollen insbesondere einfache oder replizierbare Aufkommen an Arbeit von externem Personal abgedeckt werden: daher der Begriff „Verwaltungshelfer“. Dies sind also Menschen, die nicht in die bestehenden Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen eingebunden werden, sondern die Verwaltung lediglich bei der Erledigung ihrer Aufgaben unterstützen. Bekanntestes Beispiel ist sicher der massive Personaleinsatz durch die Bundeswehr sowohl während der Bewältigung der Migrationskrise 2015/16 sowie während der Pandemie in 2020-2022.

Auf Ebene der Länder und Landkreise müssen die die Voraussetzungen zur Einbindung von „Verwaltungshelfern“ geschaffen werden. Für den Einsatz von Verwaltungshelfern gibt es grundsätzlich mehrere Möglichkeiten:

- direkte Einbindung von ehrenamtlich Helfenden & Spontanhelfenden

21 https://www.heise.de/news/Schutz-kritischer-Infrastrukturen-Regierung-bringt-Dachgesetz-auf-den-Weg-7351821.html
22 https://de.wikipedia.org/wiki/Verwaltungshelfer

- Einbindung Ehrenamtliche über Hilfsorganisationen
- Beauftragung öffentlicher Gesellschaften & öffentlich-öffentliche Kooperationen

Insbesondere für die Einbindung von Ehrenamtlichen bedarf es intensiver Schulungen und Fortbildungen, sowohl bei den ehrenamtlich Aktiven, als auch auf Seite der Verwaltung zur Steuerung und Kontrolle dieser. Hierbei benötigen Landkreise und Kommunen auch die Unterstützung der Länder, um juristische Aspekte wie Haftung und erlaubte Tätigkeitsbereiche besser abschätzen zu können. Dies gilt auch für die Koordination von Spontanhelfenden bei Katastrophenfällen, die in diesem Zusammenhang auftreten können.

Bereits während der Pandemie ist die Problematik aufgekommen, dass Kommunen und Landkreise nicht über die Kapazitäten verfügten, um die Meldungen von Freiwilligen zur Unterstützung zu bearbeiten. Neben der unmittelbaren und befristeten Einstellung von Personal in den Verwaltungen unterstützte daher die Bundesagentur für Arbeit bei der Koordination von Gesuchen und Angeboten von Freiwilligen. In der Folge wurden Freiwillige meist an Hilfsorganisationen vermittelt, die dann wiederum im Auftrag der öffentlichen Hand Impfzentren betrieben oder andere Aufgaben wahrnahmen.

Eine weitere Möglichkeit zum Einsatz von Helfenden in Verwaltungen sind öffentlich-öffentliche Kooperationen. Bekanntestes Beispiel ist die Kooperation von BAMF und Bundesagentur für Arbeit, sowohl in der Migrationskrise, als auch während der Pandemie. Hier wurden wechselseitig mehrere hundert Beschäftigte entliehen, um in der jeweils benachbarten Behörde replizierbare Tätigkeiten zu bewältigen. Im kommunalen Kontext ist so die Zusammenarbeit mit Partner-Landkreisen oder auch die direkte Beauftragung öffentlicher Unternehmen denkbar, um schnell einsetzbares Personal akquirieren zu können.

Alle diese Prozesse und Abläufe können schon jetzt vorgezeichnet und mit den Beteiligten geübt werden, dies ist daher unsere Empfehlung an die Enquete.

4 Fazit

Machen ist besser als Wollen: Besser jedes Jahr einen mittelgroßen Schritt machen, als jahrelang einen Plan machen, der dann doch nicht umgesetzt wird.

Prävention ist der Schlüssel zum Erfolg, aber leider nicht sexy. Auch das ist eine wesentliche Erkenntnis der vergangenen Jahre.

Verantwortung ohne Ressourcen ist der Schlüssel zum Scheitern. Verantwortung muss daher nicht nur klar definiert werden, eine ausreichende Ressourcenausstattung muss politisch gewollt sein.

Ressourcen aufbauen und vorhalten. Ressourcen sind in diesem Sinne nicht nur physisch vorhandene Gegenstände, sondern auch Finanzmittel, und vorbereitete Mitarbeiter sowie deren Fachwissen.

Der föderale Staat stellt ein strukturelles Problem im Katastrophenschutz dar, denn Katastrophen und deren Bewältigung halten sich nicht an Landesgrenzen. Es ist dem Bürger nicht erklärbar, wenn zwischen Ländern der Katastrophenschutz unterschiedlich ausgerüstet ist, funktioniert oder reagiert. Sowohl die Vorgehensweisen, als auch die eingesetzten Technologien und Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so einheitlich wie irgendwie möglich aufgestellt sein, um nahtlose gegenseitige Unterstützung jederzeit gewährleisten zu können.

Eine solche Harmonisierung ist daher auch innerhalb der Bundesländer dringend zu verwirklichen. Hier muss viel Verantwortung von den Kreisen und Kommunen zurück auf das Land übertragen werden, denn Kreise und Kommune haben oft nicht die Ressourcen dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Eine wichtige Möglichkeit, diese Ziele zu erreichen, ist das geplante KRITIS-Dachgesetz des Bundes, welches auch die Länder zu Maßnahmen verpflichten sollte. [23]

23 https://www.heise.de/news/Schutz-kritischer-Infrastrukturen-Regierung-bringt-Dachgesetz-auf-den-Weg-7351821.html

5 Glossar

BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSI-KritisV	Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung)
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
CERT	Computer Emergency Response Team
CHW	Cyber-Hilfswerk
CSBW	Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg
IMK	Innenministerkonferenz
IT	Informationstechnisches System - digitale Systeme wie z. B. Büro-Computer, Webserver, Netzwerk-Router, jedoch keine OT
KRITIS	Kritische Infrastrukturen gemäß BSI-KritisV - Infrastrukturen deren Ausfall oder Beeinträchtigung erhebliche Versorgungsengpässe oder Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit verursachen kann
MIEVS	mobile Internet-Erst-Versorgungs-Stationen
THW	Technisches Hilfswerk

Anwaltsverband Baden-Württemberg
im Deutschen **Anwalt**Verein e. V.

Anwaltsverband Baden-Württemberg – Postfach 1221 – 70808 Korntal-Münchingen

Geschäftsstelle beim Präsidenten:
RA Prof. Dr. jur. Peter Kothe
Johannes-Daur-Straße 10
70825 Korntal-Münchingen

Telefon 0711 / 2 36 59 63
Telefax 0711 / 2 55 26 55

E-Mail: sekretariat@av-bw.de
Internet: www.av-bw.de

Anschrift der Geschäftsführung:
Kathrin Eisenmann – Syndikusrechtsanwältin
Daimlerstraße 25
70372 Stuttgart

Telefon 0711 / 55 04 29 29
Telefax 0711 / 55 04 29 30
E-Mail: geschaeftsfuehrung@av-bw.de

Landtag von Baden-Württemberg
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst
Frau Sandy Dobosch
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

13. Januar 2023

Per E-Mail: sandy.dobosch@landtag-bwl.de

LT-Drucks. 17/1816
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg – Lehren aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie - Effektive staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung Konkrete Handlungsempfehlungen
- Stellungnahme des Anwaltsverbandes Baden-Württemberg im Deutschen AnwaltVerein e. V.

Sehr geehrte Frau Dobosch,

für die Übermittlung der Anhörungsunterlagen und des Einsetzungsbeschlusses vom 07.02.2022 mit Schreiben vom 22.11.2022 danken wir Ihnen. Der Anwaltsverband nimmt die Gelegenheit zur Stellungnahme gern wahr.

Der Anwaltsverband Baden-Württemberg e. V. ist der freiwillige Zusammenschluss der 25 örtlichen Anwaltvereine in Baden-Württemberg, die Mitglied im Deutschen Anwaltverein (DAV) sind. Er repräsentiert damit mehr als die Hälfte aller Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg und vertritt so als größte freiwillige Anwaltsorganisation dieses Bundeslandes die Interessen der Anwaltschaft in unserem Bundesland und – in Zusammenarbeit mit dem DAV – auch auf nationaler und internationaler Ebene.

Der Anwaltsverband Baden-Württemberg ist im Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Landtag von Baden-Württemberg eingetragen.

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart VR 3334
Präsident: RA Prof. Dr. Peter Kothe, Vizepräsident: RA Detlev Heyder, Schatzmeisterin: RAin Bettina Bauer

1. Vorbemerkung

Der Anwaltsverband Baden-Württemberg begrüßt das Anliegen, nun nach der Bewältigung der zunächst schwierigsten Herausforderungen aufgrund der im Jahr 2019/2020 einsetzenden Corona-Pandemie, die Lehren zu ziehen und sich für zukünftige ähnliche Situationen besser vorzubereiten.

Schon jetzt ist absehbar, dass starke Regenfälle (Elbe-Hochwasser 2022, Ahrtal im Sommer 2021), Stürme (Paderborn 2022), Waldbrände (Brandenburg 2022) oder Stromausfälle, aber auch Vulkanausbrüche (La Palma 2021 oder Island) zu schweren Beeinträchtigungen ganzer Regionen führen können. Aber auch mit bewussten Angriffen aus dem In- oder Ausland (11.09.2001 in den USA oder 24.02.2022 Überfall auf die Ukraine) muss gerechnet werden. In 2007/2008 gab es eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Einen echten Stillstand der Rechtspflege hat es in Deutschland zuletzt im Frühjahr 1945 gegeben.

In solchen Fällen muss das Gemeinwesen mit seiner Infrastruktur möglichst weitgehend weiter funktionieren können. Staatliche Einrichtungen müssen weiter vorhanden und handlungsfähig sein. Eventuell kann eine Priorisierung bzw. Schwerpunktsetzung erforderlich werden. So war in der Corona-Pandemie vor allem ein funktionsfähiges Gesundheitssystem gefragt mit z. B. ausreichenden Beatmungsgeräten oder geschultem Personal. Später kamen Schutzmasken, Impfstoffe und finanzielle Hilfen hinzu.

Der Staat muss in solchen Situationen für den Bürger gut ansprechbar bleiben und möglichst schnelle und unkomplizierte Hilfen bereitstellen. Die Abrechnungssysteme für die sog. finanziellen „Corona-Hilfen“ haben sich als viel zu kompliziert erwiesen.

Die Corona-Pandemie hat - wie durch ein Brennglas - die Schwachstellen in Deutschland, beispielsweise Gesundheitsämter, die personell und sachmitteltechnisch den Herausforderungen (etwa bei der Kontaktnachverfolgung oder Quarantäne-Anordnungen) nicht gewachsen waren oder die unzureichende Digitalisierung in den Schulen (für Home-Schooling), zum Vorschein gebracht.

Im März 2020 waren Kindergärten, Schulen und Universitäten geschlossen. Sportveranstaltungen, Konzerte, Festlichkeiten, Messen und kulturelle Veranstaltungen wurden abgesagt. Die Staatsgrenzen waren weitgehend geschlossen. Die Lokale und Geschäfte waren teilweise geschlossen.

Der Rechtsstaat kann Krisen überstehen, allerdings muss man auf ihn achten. Der Zugang zum Recht muss auch im Rahmen angeordneter Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen möglich sein.

Es geht darum herauszuarbeiten, ob Maßnahmen, die in der Krise ergriffen wurden, auf Dauer gestellt werden sollen und darum, welche Maßnahmen für eine krisenfeste Gesellschaft auf Landesebene notwendig sind.

2. Parlamentsvorbehalt – Grundrechtseingriffe

Für konzeptionelle Überlegungen zur Bekämpfung einer Epidemie ist es aus Sicht des Deutschen Anwaltvereins (DAV) weiterhin unerlässlich, dass verfassungsrechtliche Wertentscheidungen respektiert werden. Es geht auch in solchen Notsituationen um die Bewahrung und Bewährung des demokratischen Rechtsstaats. Rechtstaatliche Sicherungen dürfen daher nicht außer Kraft gesetzt werden.

Die bisher unbekannte schnelle Verbreitung des gefährlichen Covid19-Erregers seit Ende 2019/Anfang 2020 hat das rasche Ergreifen von gesundheitsschützenden Maßnahmen durch die Regierung bzw. die Ministerien im Wege von befristeten Verordnungen oder durch Behörden im Wege von Allgemeinverfügungen, etwa zur Maskenpflicht, Abstandsgeboten und Isolierungspflichten, notwendig gemacht.

Dennoch zeigte sich nach einiger Zeit, das Bedürfnis, über die Verhältnismäßigkeit einzelner Maßnahmen, wie Betriebsschließungsgebote und die Homeoffice-Pflicht, einen breiteren Konsens der Gesellschaft herbeizuführen. Ein solcher Konsens ist in einer Demokratie wie der unseren in den hierfür vorgesehenen Strukturen herbeizuführen. Aus diesem Grund sind (wesentliche) Grundrechtseingriffe dem Gesetzgeber, m. a. W. dem Parlament, vorbehalten.

Grundrechte können nicht etwa nach Abflauen einer Gefahr „zurückgegeben werden“; dafür müssten sie vorher entzogen worden sein. Öffentliche Äußerungen maßgeblicher Politiker auf Bundes- und Landesebene erweckten in der Hochphase der Pandemie durchaus den Eindruck, als werde dies nicht erkannt. Grundrechte stehen für den Staat nicht zur Disposition – sie sind ihm durch das Grundgesetz und die Europäische Grundrechte-Charta vorgegeben. Sie binden alle drei Gewalten, nicht nur die Verwaltung und die Gerichte, sondern auch den Gesetzgeber. Dies schließt gesetzliche Einschränkungen der grundrechtlich geschützten Freiheit nicht aus. Aber der Eingriff ist die Ausnahme, die sich vor dem Grundrecht rechtfertigen muss.

Wenn der Gesetzgeber Grundrechte einschränkt, darf er dies nur in den Grenzen, die ihm das Grundrecht vorgibt. Hierzu zählt das Verbot unverhältnismäßiger Grundrechtseinschränkung, und zwar inhaltlich und zeitlich. Ein Gesetz, das ausschließlich der Bekämpfung eines Notfalls bzw. einer Krisensituation dienen sollte und sein Ziel erreicht hat, muss aufgehoben werden.

Der deutsche Ethikrat hatte schon im März 2020 davor gewarnt, in ein Denken in Kategorien des Ausnahmezustands zu verfallen – einem Zustand, bei dem die Freiheitsbeschränkung der nicht mehr hinterfragte Normalzustand und die Freiheit die begründungsbedürftige Ausnahme geworden ist.

Die Corona-Krise führte zur Kompetenzverschiebung zwischen Legislative und Exekutive. Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die der Bundestag am 25.03.2020 beschlossen hatte, bedeutete seine eigene

Entmachtung. Die Bundesregierung sollte ermächtigt werden, durch Rechtsverordnungen in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen. Diesen Paradigmenwechsel hielt der DAV für falsch. Er sah dadurch die Wahrung der parlamentarischen Kontrolle gefährdet. Er forderte, dass der Bundesregierung aufgegeben wird, diese Rechtsverordnungen unverzüglich durch den Bundestag bestätigen zu lassen.

Auf Landesebene verging erhebliche Zeit, bis die Mitwirkung des Landtags wieder in ausreichendem Maße hergestellt war.

Hierin zeigen sich nicht nur verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Probleme, sondern vor allem eine mangelnde Akzeptanz in bestimmten Teilen der Bevölkerung.

3. Rechtsstaat, Gerichte und Anwälte sind systemrelevant

Infolge der Covid19-Pandemie kam es u. A. zum Ausfall von mündlichen Verhandlungen, die später teils corona-gerecht durchgeführt wurden, unzähligen Videokonferenzen und dem Homeoffice.

a) Systemrelevanz der Gerichte

Als besonders wichtig für die Akzeptanz der Notstandsregeln erwies sich die unabhängige gerichtliche Überprüfbarkeit auf deren Rechtmäßigkeit, insbesondere durch die Verwaltungsgerichte und Verfassungsgerichte mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit und auf die übrigen Grundrechte, wir Art. 8, 12 oder 14 GG, u. U. auch im Schnellverfahren.

Aber auch hinsichtlich verhängter Bußgelder zur Durchsetzung der Notmaßnahmen waren die Gerichte (Amtsgerichte) gefordert.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kam es auch zu neuartigen Straftaten, wie Abrechnungsbetrug bei Teststationen oder Fälschungsdelikten bei Test- oder Impfnachweisen.

Damit beratende und prozessvertretende Anwälte auch bei länger andauernden Krisen auskömmlich arbeiten können, muss aber auch die Kostenerstattung bei den Gerichten aufrechterhalten werden.

Voraussetzung für ein erfolgreiches individuelles Fristverlängerungsgesuch, etwa bei schwerwiegender Erkrankung oder Quarantäne-Maßnahmen ist, dass es rechtzeitig bei Gericht eingehen und bearbeitet werden kann. Für zukünftige Krisen ist sicherzustellen, dass die Gerichte sowohl in

sächlicher als auch personeller Hinsicht funktionsfähig bleiben. Aus diesem Grund werden entsprechende Reserven vorzuhalten sein.

Gewiss kann eine Priorisierung von Verfahren erfolgen, sodass Eilverfahren, Haftprüfungstermine und ähnlich dringlich gelagerte Verfahren Vorrang an den Gerichten genießen. Dabei dürfen andere rechtliche Fragen aber nicht aus dem Blick geraten. Den Rechtsstaat prägende Verfahrensgrundsätze wie etwa der Unmittelbarkeitsgrundsatz, das Gebot eines fairen Verfahrens oder die Unschuldsvermutung u. a. sind jedenfalls zu gewährleisten.

Während der Corona-Pandemie war zu beobachten, dass etwa der physische Zugang zu Gericht für die Prozessbeteiligten und die Öffentlichkeit eingeschränkt wurde. Lediglich in besonderen Einzelfällen kann ein Gericht die Öffentlichkeit ausschließen, wenn vorrangige Belange (z. B. zum Schutze der Privatsphäre eines Zeugen oder bei Gefährdung der Staatssicherheit oder eines Verfahrensbeteiligten) dies ausnahmsweise erfordern. Zum Schutz der Justizbediensteten getroffene Maßnahmen wie das Arbeiten im Homeoffice führten etwa zu eingeschränkten Öffnungszeiten und eingeschränkte Erreichbarkeit der Betreffenden, woraus zum Teil erhebliche Verfahrensverzögerungen resultierten.

Die Berechtigung solcher Maßnahmen im Einzelfall soll hier nicht in Frage gestellt werden, allerdings muss auch in Notsituationen dafür Sorge getragen werden, dass solche Beschränkungen möglichst gering ausfallen und der Rechtsstaat funktionier. Mit Blick auf das Corona-Virus wurde dies beispielsweise durch Plexiglas-Trennscheiben sowie Abstandsgebote gelöst.

b) Systemrelevanz der Anwaltschaft

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung gegen die Corona-Ausbreitung sah im März 2020 vor, das öffentliche und soziale Leben auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Justiz wurde – zu Recht, wie oben dargestellt - als systemrelevant gesehen, die Anwaltschaft sowie die Notariate zunächst jedoch nicht. Dieses Ungleichgewicht war geeignet, den grundrechtlich garantierten Rechtsschutz für die Bürger zu verkürzen. Diese beiden Berufsgruppen sowie deren Mitarbeiter sind in Listen für kritische Infrastruktur aufzunehmen. Die Frage nach der Rolle der Anwaltschaft in der Corona-Pandemie ist keineswegs nur eine deutsche, wie der Blick über den Rhein nach Frankreich auf die Situation der dortigen Anwaltschaft und ihre Nöte im Corona-Lockdown zeigt.

aa) Beispielsweise stellte eine Ausgangssperre, die den Besuch beim Anwalt nach 18:00 Uhr untersagte, sowohl eine Verletzung der anwaltlichen Berufsfreiheit als auch aus der Sicht

der Rechtsuchenden eine Verletzung des Rechts auf einen wirksamen Rechtbehelf und des Rechts auf ein faires Verfahren dar.

Das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs (Conseil d'Etat) gab einem Antrag der Anwaltschaft mit Beschluss vom 03.03.2021 statt und unterstrich damit eindrucksvoll die **Rolle der Rechtsanwaltschaft im Notstand und ihre Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Justizbetriebes.**

Wenn der Zugang zum Rechtsanwalt (auch zeitlich) beschränkt werde, könne dies nicht vollständig durch Fernkommunikationsmittel kompensiert werden. Denn hierbei könne sich nicht das gleiche Vertrauen zwischen Anwalt und Mandant entwickeln, da der Austausch nicht so vertraulich erfolgen könne wie im persönlichen Gespräch (insbesondere bei sehr persönlichen oder familiären Angelegenheiten). Wenn der Rechtsuchende aber nur schwerlich Vertrauen zu seinem Rechtsanwalt aufbauen könne, verletzte dies sein Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf.

Der Conseil d'Etat warf der französischen Regierung zudem vor, durch die beabsichtigte Ausnahmegenehmigung für berufliche Zwecke in einigen Streitigkeiten die prozessuale Waffengleichheit zu verletzen. Ein Verbraucher könne nach 18:00 Uhr seinen Rechtsanwalt nicht mehr aufsuchen, während der gegnerische Unternehmer dies unter dem „Deckmantel" der beruflichen Veranlassung noch tun könne. Des Weiteren deutete sich in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der mündlichen Verhandlung an, dass dieses Ungleichgewicht für den Conseil d'Etat auch in einem solchen Fall besteht, weil nicht davon auszugehen sei, dass Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber zur beruflichen Tätigkeit eines Arbeitnehmers gehörten, andersherum aber sehr wohl.

bb) Der Beschluss des Gerichts steht stellvertretend für eine Vielzahl von Entscheidungen französischer Gerichte, die Beschränkungen der anwaltlichen Berufsausübung dann sanktionieren, wenn sie sich auf die Justizgrundrechte des Rechtsuchenden auswirken.

Wenn der Rechtsanwalt verfassungsgerichtliche Erwähnung findet, dann als Teilkomponente des „Verfassungswertes der Verteidigungsrechte", seine Rolle als Verteidiger steht im Mittelpunkt. Aus Art. 16 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26.08.1789 sind die droits de défense in einer Vielzahl von Entscheidungen entwickelt worden, und stets sah der Verfassungsrat den **Beistand durch einen Rechtsanwalt als wesentliches Element dieses verfassungsgerichtlichen Maßstabes für das Strafverfahren**. Besonders deutlich wird diese fast schon instrumentelle Rolle des Rechtsanwaltes, wenn der Verfassungsrat Regeln, die einer wirksamen anwaltlichen Verteidigung des

Angeklagten dienen (etwa die Pflichtverteidigung), nicht als Begrenzung der anwaltlichen Freiheit sieht, sondern ihn – so wurde es in der Literatur beschrieben – selbst zum Grundrechtsverpflichteten für die Verfahrensgrundrechte macht.

Wie der Beschluss vom 03.03.2021 zur Ausgangssperre zeigt, reicht die verfassungsrechtliche Rolle der Rechtsanwältin und des Rechtsanwaltes aber weit über das Strafverfahren hinaus. **Insbesondere das Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf wird seit jeher durch den Rechtsanwalt verwirklicht.** Denn nur durch ihn kann ein Verfahren in Gang kommen, das die materiellen Rechte des Mandanten auch prozessual absichert. Eben dies sah das Gericht durch den zeitlich erschwerten Zugang zum Rechtsanwalt als gefährdet an.

cc) Eine wegweisende Entscheidung, in der ausdrücklich anerkannt wurde, dass die freie Berufsausübung des Rechtsanwaltes eine liberté fondamentale darstellt, was Voraussetzung für den Eilrechtsschutz in vielen Fällen ist, fällte ein Verwaltungsgericht bei Paris. (Tribunal administratif de Cergy-Pointoise (référé), Beschl. v. 10.12.2020, n°2012496 – Mme. A.)

Der Präfekt des Val d'Oise hatte unter Berufung auf infektionsschutzrechtliche Gründe Anwälten die Begleitung ihrer Mandanten in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten verboten (Stichwort: Besucherströme reduzieren). Auf den Antrag einer Rechtsanwältin, dem sich die dortige Kammer anschloss, entschied das Gericht, dass es der Verwaltung obliege, alles dafür zu tun, dass Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte ihre Mandanten begleiten können, und zwar unabhängig von der Schwierigkeit der konkreten rechtlichen Angelegenheit. Die Zugangsverwehrung verletzte die Berufsausübung der Rechtsanwälte und das grundrechtlich geschützte Recht, sich von einem Rechtsanwalt begleiten zu lassen. Auch hier wurde der Konnex zwischen den Grundrechten des Mandanten und der Berufsfreiheit des Rechtsanwaltes sehr deutlich.

dd) Die hier bewusst aus dem Bereich des benachbarten Auslands gewählten Fallbeispiele zeigen, dass den **Zugang zum Recht nicht die Justiz garantiert, sondern die Anwaltschaft**. Deshalb ist die Anwaltschaft zweifellos ebenfalls systemrelevant.

Gerade Rechtsanwälte leisten einen zentralen Beitrag zum Funktionieren des Rechtsstaats und sichern den Bürgern den Zugang zum Recht. Es gab wegen der pandemiebedingten Maßnahmen in vielen Bereichen einen erhöhten Beratungsbedarf. So mussten Kanzleien ihre Mandanten beispielsweise auch zu Hilfsprogrammen des Bundes und der Länder beraten können.

Das Vertrauensverhältnis im Mandat bedingt es, dass die Kommunikation nicht nur mit technischen Mitteln erfolgen kann. Aus diesem Grund ist es im Falle einer lockdown-bedingten Ausgangssperre (wie im November 2020) erforderlich, die Anwaltschaft davon zu befreien. Es sollte reichen, wenn beispielsweise ein Anwaltsausweis vorgezeigt wird, wie schließlich in Thüringen praktiziert.

Der DAV forderte bei der Änderung des Infektionsschutzgesetzes Ende 2020, dass bei allen Regelungen zur Bekämpfung der Pandemie der uneingeschränkte Zugang zu Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gewährleistet sein muss. Das ist Ausfluss des rechtsstaatlichen fairen Verfahrens, insbesondere des Anspruchs auf rechtliches Gehör. Es bedarf daher einer entsprechenden Regelung.

Um den Bürgern den Zugang zum Recht zu ermöglichen, ist sicherzustellen, dass diese von Anwälten beraten und vertreten werden können.

Trotz gebotenen starken Gesundheitsschutzes für das Individuum und die Allgemeinheit kann es Situationen geben, in denen andere Belange, etwa im Erb- oder Familienrecht, aber auch im Straf- oder Mietrecht, Vorrang genießen. So war es für die Angehörigen von vulnerablen Gruppen in Pflegeeinrichtungen besonders wichtig zu wissen, unter welchen Umständen sie Schwerkranke noch besuchen können. Aber auch Eltern mussten die Kinderbetreuungsfrage klären, wenn sie berufstätig sind, insbesondere in systemrelevanten Tätigkeiten. Unternehmer und Arbeitnehmer wollten wissen, was es rechtlich bedeutet, wenn der Staat plötzlich Quarantäne anordnet, z. B. hinsichtlich möglicher Entschädigungsregelungen. Auch die jeweiligen Kurzarbeitsregelungen waren von hohem Interesse.

Anwältinnen und Anwälte sind unabhängige Organe der Rechtspflege. Sie müssen ihren Aufgaben weiterhin genügen können. Die im Interesse der Rechtssicherheit gesetzlich vorgesehenen Fristen laufen weiter. Arbeitsrechtsrechtliche Beratung in der Corona-Krise, der Streit um das Sorgerecht für das Kind, Verfahren vor dem Sozialgericht – das alles muss sicher weiterverfolgt werden, auch in Zeiten einer Pandemie. Hinzu kommen gerade jetzt zahlreiche Rechtsfragen der Bürgerinnen und Bürger in Zusammenhang mit der Corona-Krise. Die Betroffenen dürfen nicht allein gelassen werden, sie brauchen Rechtsrat.

Zusätzlich führt der Zugang zu anwaltlichem Rat auch zur Entlastung der Behörden und Gerichte, die in diesen Tagen in besonderer Weise gefordert sind, ihren Aufgaben im System der Rechtspflege in Deutschland und damit beim Zugang zum Recht nachzukommen.

Schließlich wird vielen Rechtssuchenden erst bei der Beratung durch den Rechtsanwalt klar, wie wichtig und dringlich ihr Termin ist. Es ist zum Beispiel kein Allgemeinwissen, dass für die Ausschlagung einer Erbschaft eine sechswöchige Frist besteht oder dass man gegebenenfalls ein Nachlassinventar errichten muss.

In etwaige Verordnungen und Allgemeinverfügungen ist deshalb ein Passus einzufügen, der ausdrücklich den Gang zum Rechtsanwalt als „triftigen Grund" zum Verlassen der Wohnung etc. einstuft.

ee) Anwälte und ihre Mitarbeiter gehören den systemrelevanten Berufen an. Deshalb müssen auch sie Anspruch auf **Notbetreuung ihrer Kinder** haben. In Deutschland wurde die Frage nach der Systemrelevanz der Anwaltschaft zuerst im Rahmen des Zugangs zur Kindernotbetreuung diskutiert. Die Bundesländer haben ihre Covid-19-Schutzverordnungen insoweit weitestgehend angepasst.

ff) Anwälte und ihre Mitarbeiter gehören den systemrelevanten Berufen an. Deshalb müssen sie auch bei etwaigen Impfpriorisierungen berücksichtigt werden. Wer in besonders relevanter Position in der Justiz und Rechtspflege tätig ist, wie Polizei, Justiz, Rechtsanwälte oder Notare, sollte nach der Impfverordnung von März 2021 eine erhöhte Impfpriorität haben.

Großraumbüros, ÖPNV oder Lebensmittelgeschäfte bargen hohe Ansteckungsrisiken. Man denke auch an den Strafverteidiger, der jeden Tag Kontakt zu Inhaftierten in Justizgebäuden und -anstalten pflegte, oder die Kollegin im klassischen Mandantenkontaktgeschäft, das auch in Zeiten von Corona nicht ohne jede persönliche Begegnung auskommt und die täglich in der Kanzlei und bei Gericht einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt ist.

Ein corona-bedingter Ausfall dieser Kolleginnen und Kollegen würde verheerende Folgen für den Zugang der Rechtssuchenden zum Recht haben. Daher ist es grundsätzlich richtig, sich für den Impfschutz dieses Berufes einzusetzen.

gg) Dem Anwalt muss es möglich sein, für den Fall, dass er selbst von einer Krise getroffen wird, Vorsorge zu betreiben. Erfahrungsgemäß muss er nach § 53 BRAO einen Vertreter bestellen können.

c) Finanzielle Aspekte

Ebenso müssen Liquiditätshilfen, Steueraufschübe und Stundungen von Sozialversicherungsbeiträgen für Anwältinnen und Anwälte vorgesehen werden, da viele kleine und mittlere Kanzleien – anders als allgemein geglaubt wird – nur knappe Liquidität für kurze Zeit haben.

Kredite, wie die der Bundesregierung mit bis zu 7 % Zinsen, helfen nicht, weil in dieser Krise niemand so hohe Zinsen bezahlen kann.

Das Kurzarbeitergeld muss auch für Mitarbeiter in Anwaltskanzleien praktisch und einfach beantragt werden können. Die derzeitigen Unterlagen darüber scheinen so kompliziert zu sein, dass sie abschrecken und gerade nicht helfen.

Auch freiberufliche Anwälte können Arbeitslosengeld II (ALG II, seit 01.01.2023 Bürgergeld) erhalten, wenn in der Corona-Krise die Einnahmen plötzlich wegbrechen. Betroffen werden vor allem Anwältinnen und Anwälte im Familienrecht sein, die überwiegend Mandate mit Verfahrenskostenhilfe haben.

In der Corona-Pandemie verzeichneten beispielsweise auch die im Verkehrsrecht tätigen Kollegen einen deutlichen Auftragseinbruch, weil durch die Ausgangssperren und Homeoffice-Pflicht viel weniger Fahrtzeuge auf den Straßen waren.

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Freien Berufe (BFB) setzte sich der DAV dafür ein, dass die „Corona-Hilfen“ der Bundesregierung auch die Anwaltschaft erreichen. Dies galt etwa für die sogenannte „Soforthilfe“ der Bundesregierung, wo die oft verzögerte Rechnungsstellung (nach Instanzen- oder Mandatsende) bei Freiberuflern zu berücksichtigen ist. Durch die Berücksichtigung zeitversetzter Umsatzeinbrüche konnte die Überbrückungshilfe mehreren Anwältinnen und Anwälten helfen.

Anwältinnen und Anwälte verlieren nach § 14 BRAO ihre Zulassung auch dann, wenn sie unverschuldet in Vermögensverfall geraten sind. Der DAV forderte deswegen auch eine Sonderregelung in der BRAO, die einen „corona-bedingten“ Widerruf der Anwaltszulassung durch die Rechtsanwaltskammern verhindern sollte. Der DAV wollte vermeiden, dass Anwältinnen und Anwälte in der Coronakrise nach den Mandaten auch noch ihren Beruf verlieren. Zugleich werden auch die Interessen der Mandanten geschützt. Eine solche Regelung entspräche auch der nach dem COVInsAG bereits geltenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Verbesserten sich die Vermögensverhältnisse, müssten Anwältinnen und Anwälte sonst erst das kosten- und zeitaufwändige Wiederzulassungsverfahren betreiben.

Dieser Ansatz sollte deswegen zum Vorbild für etwaig vergleichbare Krisen genommen werden.

Die Senkung der Umsatzsteuer von 19 auf 16 Prozent für ein halbes Jahr bedeutete für die Anwaltschaft viel Aufwand, aber keine Vorteile. Der DAV forderte deswegen Übergangsregelungen für die Senkung und die Wiederanpassung. Für etwaige neue Krisenfälle sollte der Nutzen der Steuer-Maßnahme evaluiert werden.

Des Weiteren unterstützte der DAV die Forderung des BFB, die Förderung von Beratungskosten für kleine und mittlere Unternehmen durch das BMWi auf alle beratenden Berufe, darunter auch die Anwaltschaft, auszuweiten. Nach der Rahmenrichtlinie zur Förderung unternehmerischen Know-hows war eine Bezuschussung in Höhe von maximal € 4.000,00 möglich. Die anwaltliche Beratung war für Unternehmen in der aktuellen Situation essentiell und leistete einen gewichtigen Beitrag zur Krisen-bewältigung, weshalb sie ebenfalls gefördert werden muss.

Die vom Bundeskabinett im Sommer 2020 beschlossene Überbrückungshilfe durfte zunächst nur über Steuerberater, vereidigte Buchprüfer oder Wirtschaftsprüfer beantragt werden - Anwälte waren für die Antragstellung laut Eckpunktepapier nicht vorgesehen. Der DAV forderte, umgehend auch die Anwaltschaft für den Antragsprozess zuzulassen. Es gab keinen Grund, Anwälte von der Antragsberechtigung bei der Überbrückungshilfe auszunehmen.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind aufgrund ihrer umfassenden Ausbildung zur vollumfänglichen rechtlichen, einschließlich steuerrechtlichen, Beratung und Vertretung ihrer Mandanten zugelassen. Sie sind damit zu allem befähigt, was auch Steuerberater anbieten dürfen. In der steuerrechtlichen Beratung übernehmen Anwältinnen und Anwälte für ihre Mandanten die monatliche Finanzbuchhaltung, Lohn-abrechnung sowie die Veranlagung durch den Jahresabschluss, die Einnahmen-Überschussrechnung und die damit korrespondierenden Steuerklärungen sowie weitergehende steuerliche Beratungen wie Finanzgerichtsverfahren oder Gründungsunterstützung. Für ihre von der Corona-Pandemie massiv betroffenen Mandanten haben Anwältinnen und Anwälte unter anderem Corona-Soforthilfe oder Kurzarbeitergeld beantragt.

Die Eckpunkte für die Überbrückungshilfe zwingen nun Mandanten in Corona-Notlage, sich allein für diese zusätzliche Überbrückungshilfe einen neuen Steuerberater zu suchen; sie dürften ihre langjährige Anwältin ihres Vertrauens dafür nicht beauftragen, umgekehrt müssen Anwältinnen und Anwälte langjährige Mandate in Teilen abgeben.

Insbesondere in der derzeitigen Situation ist das für beide Seiten sehr belastend, nützt niemandem und ist sachlich, wie beschrieben, nicht gerechtfertigt.

Die Erweiterung dieser Möglichkeit würde auch den Unternehmen zugute kommen, weil die bereits mandatierten Steuerberater schnell an ihre Belastungsgrenzen kamen. Die Verteilung der Antrags- und Prüflast auf mehrere Schultern ist da nur ziel-führend. Alle mussten sich extra schulen lassen.

d) Systemrelevanz der Ausbildung

Wenngleich eine plötzliche Katastrophe eine Ausbildung zu unterbrechen vermag, sollte in der Krisensituation deren Fortführung unbedingt aufrechterhalten werden. Das gilt im juristischen Bereich ganz besonders für die dualen Ausbildungsberufe, wie zur Rechtsanwaltsfachangestellten, aber auch das Studium der Rechtswissenschaften und Referendarausbildung.

Gerade in Krisenzeiten wird besonders viel und schnell juristischer Sachverstand benötigt. Längere Pausen könnten die Nachwuchskette unterbrechen, was in einer Situation, in der bisher Berufstätige gesundheitlich (Corona-Infektion oder anderweitige schwere Krankheit) oder auch existenziell (Flutkatastrophe im Ahrtal) in größerer Zahl ausfallen können, zur Vergrößerung des Engpasses führen würde.

Aus diesem Grund sind unbedingt bereits jetzt Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, wie notfalls digitale Durchführung des Unterrichts sowie von Prüfungen. Das gilt auch für die Fortbildungsmöglichkeiten der Fachanwälte, die jährlich eine bestimmte Anzahl an Pflichtfortbildungsstunden nachweisen müssen, um den mühsam erlangten Fachanwaltstitel nicht zu verlieren.

Sinnvoll erscheint auch die Aufnahme von Rechtskenntnissen für Krisenfälle in den Ausbildungskanon. Anwälte sollten beispielsweise das Infektionsschutzgesetz kennen, um ihre Mandanten umfassend und richtig zu beraten.

Die Rede ist etwa davon, dass in Heinsberg 400 Menschen und anderswo andere von der Infektion Betroffene in Quarantäne waren, das IFSG spricht von Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen oder Ausscheidern, auch andere Menschen, die Kontakt zu solchen Personen hatten, abgesondert wurden.

4. Anwaltliche Verschwiegenheitspflicht

Das Mandatsgeheimnis ist kein Privileg, sondern eine Pflicht. Zur Erfüllung der anwaltlichen Aufgabe im Rechtsstaat ist das Bestehen eines Vertrauensverhältnisses zum Mandanten notwendige Voraussetzung. Soll das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat aufrechterhalten bleiben, so muss die

Kommunikationssphäre zwischen Mandantschaft und Anwaltschaft zwingend umfassend normativ geschützt werden. Mandantinnen und Mandanten müssen sich darauf verlassen können, dass Informationen im Rahmen dieses Vertrauensverhältnisses nicht nach außen dringen, insbesondere nicht an Ermittlungsbehörden.

Behörden können und sollen nicht bewerten, ob ein Gang zum Anwalt (oder Arzt) „dringend oder unaufschiebbar" genug ist. So darf etwa derjenige, der eine Anwältin oder einen Anwalt wegen des Vorwurfs einer Straftat oder wegen einer Beratung im Zusammenhang mit einer Selbstanzeige aufsuchen will, nicht gehalten sein, den Grund darlegen zu müssen.

Auch verbieten sich Kontrollanrufe in den Kanzleien mit der Frage, ob bereits ein Termin vereinbart worden ist, da sich die anwaltliche Verschwiegenheit auch auf die Frage bezieht, mit wem ein Mandat besteht. Der Schutz des Mandatsgeheimnisses steht hier an oberster Stelle und sollte nicht in dieser Form unterwandert werden.

5. Digitalisierung des Rechtsverkehrs

Die Pandemie hat die Anwaltschaft ziemlich durchgerüttelt. Viele Kanzleien mussten ihre bisherige Organisation hinterfragen und neu aufstellen. Die Digitalisierung hat einen enormen Schub bekommen. Die Corona-Krise hat viele Entwicklungen in der Anwaltschaft verstärkt und neue Trends angeschoben. Akquise im Internet ist schon lange nicht mehr anrüchig. Die moderne Kanzlei entwickelt sich zunehmend zum hybriden Mischwesen aus Büro vor Ort, Homeoffice und virtuellen Netzwerken. Die Mitarbeiter haben Laptops bekommen, sichere VPN-Leitungen wurden eingerichtet, die Computer mit der Bürotelefonie verbunden. Die meisten wechseln zwischen Büro und Homeoffice. Tägliche Videokonferenzen waren für eine Kanzlei weitgehend Neuland. Oft wurden die ersten zehn Minuten damit verbracht, zu klären, ob man sich gegenseitig gut hört oder sieht. Für Verhandlungen sind Videokonferenzen nicht optimal. Die Abstimmung mit dem Mandanten ist schwieriger. Zwischentöne gehen verloren.

Auch ausschließliches Homeoffice scheint – außer für Kinderbetreuung und Home-Schooling - keine dauerhafte Lösung zu sein. Der soziale Kontakt und das kreative Miteinander gehen verloren. Es fehlt jede Form von Abwechslung. Man kann sich mit niemandem treffen. Die Arbeit im Büro ist auch wichtig für das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Identifikation und die Ausbildung, d.h. es geht auch um psychische Auswirkungen.

Die zunehmende Digitalisierung birgt nicht nur Vorteile, sondern auch Gefahren. Angriffe auf die IT der Kanzlei hatten während der Pandemie zugenommen. Das zeigten auch die durch eine Firewall abgefangenen Versuche, ins System einzudringen. Zugangsbeschränkungen und Verschlüsselungen sind erforderlich. Die Sicherheit sei ein ernstes Thema und werde in Zeiten des digitalen Arbeitens immer wichtiger.

Durch die Tätigkeiten im Homeoffice habe eine Kanzlei deutlich mehr Geräte und biete damit auch mehr Angriffsziele. Angriffsziel sind aber zunehmend auch die Mitarbeiter selbst. Ein großes Thema sind Phishing-Mails.

a) Stabiles Internet und stabile Stromversorgung

Ende 2019 entschied Schleswig-Holstein, dass Anwälte ihre Schriftsätze beim Arbeitsgericht (z. B. Kündigungsschutzklagen) nur noch digital über das besondere elektronische Anwaltspostfach (BeA) einreichen dürfen. Seit 01.02.2022 gilt dies bundesweit für die Korrespondenz von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zu den Gerichten (aber noch nicht flächendeckend in der umgekehrten Richtung).

Dies setzt natürlich voraus, dass Internet und Strom sowohl am Ort des versendenden Rechtsanwalts (z. B. Kanzleisitz oder Tagungshotel) als auch am möglicherweise weit entfernten Gerichtsort jederzeit verfügbar sind. Hierfür muss – ebenso wie für das Gesundheitswesen oder Schulwesen – Vorsorge getroffen werden.

Eine Quarantäne hindert bei den heutigen Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten nicht unbedingt an einer anwaltlichen Berufsausübung, wenn der Kanzleibetrieb entsprechende elektronische Arbeitsmöglichkeiten bietet. Die Aufrechterhaltung der informationstechnischen Infrastruktur außerhalb der Kanzlei einschließlich einer ausreichenden Stromversorgung ist deshalb dringend geboten.

b) Videoverhandlungen (Öffentlichkeitsgrundsatz)

Der Öffentlichkeitsgrundsatz dient der Transparenz und damit der Kontrolle der Rechtsprechung.

Soweit die technische Ausstattung vorhanden ist, sollte das Gericht u. U. prüfen, ob eine mündliche Verhandlung per Videokonferenz gemäß § 128a ZPO in Betracht kommt (möglich seit 2002 bzw. 2013). Ganz generell besteht wohl ein Grundproblem in der mangelnden Ausstattung vieler deut-

scher Sitzungssäle, sodass eine audiovisuelle Zuschaltung der Parteien von vornherein ausscheidet. Die Bemühungen, etwaige Ausstattungsdefizite abzubauen, sind bekannt. Zu berücksichtigen ist, dass Räume für Zuschauer bereit gehalten und entsprechend ausgestattet werden müssen, um die Öffentlichkeit zulassen zu können.

Auch die Vernehmung von Zeugen, von Sachverständigen und die Parteivernehmung kommen per Videokonferenz in Betracht (§ 128a Abs. 2 ZPO).

§ 128a ZPO erlaubt die Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung. Sicher ist, dass der unmittelbare persönliche Eindruck fehlt. Man kann sich nur ein Bild vom Beteiligten machen.

Sie ist bisher auf Antrag und von Amts wegen möglich. Wenn Anwaltschaft und Justiz sich in Corona-Zeiten mit dieser Verfahrensweise vertraut gemacht haben, dann kann in Verfahren, die sich nach § 128a ZPO eignen, auch später unter Einhaltung von Präventionsregeln eine Verhandlung durchgeführt werden und notfalls auch in der Sache ein Urteil ergehen.

c) Ermöglichung von schriftlichen Verfahren als Ersatzlösung

Mit Zustimmung beider Parteien kann das Gericht zu einem schriftlichen Verfahren gemäß § 128 Abs. 2 ZPO übergehen. Das dürfte insbesondere bei eilbedürftigen Angelegenheiten naheliegen.

Da das schriftliche Verfahren eine Ausnahme vom im Zivilprozess grundsätzlich geltenden Mündlichkeitsprinzip des § 128 Abs. 1 ZPO darstellt, hat das Gericht bei der Ausübung seines Ermessens zudem gründlich abzuwägen, ob durch den Verzicht auf eine mündliche Verhandlung das Verfahren tatsächlich prozesswirtschaftlicher gestaltet werden kann und zu einer schnelleren und einfacheren Aufklärung des Sachverhaltes führt. In Zeiten einer Pandemie, in denen Anreisemöglichkeiten zum Teil eingeschränkt sind, Termine wegen kurzfristiger Erkrankungen verlegt werden müssen und Zusammentreffen mehrerer Personen ohnehin vermieden werden sollen, dürfte diese Abwägung, häufiger als im normalen gerichtlichen Betrieb, zugunsten des schriftlichen Verfahrens ausgehen.

Eine schriftliche Zeugenvernehmung (§ 377 Abs. 3 ZPO) sowie ein schriftliches Sachverständigengutachten (§ 411 ZPO) sind in der derzeitigen Situation vom Gericht ebenfalls in Betracht zu ziehen.

d) Ermöglichung von Homeoffice

Seit dem 27.01.2021 waren Arbeitgeber zeitlich befristet verpflichtet, Homeoffice anzubieten, soweit keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen, § 2 Abs. 4 SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung vom 21.01.2021.

Die Corona-Krise stellte die Kanzleien und berufsständischen Einrichtungen (Kammern, Versorgungswerke, Verbände) vor ungeahnte Herausforderungen. Um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, haben sie einen mehrstufigen Notfallplan entwickelt.

Zunächst wurden Bereiche identifiziert, die unbedingt arbeitsfähig sein müssen. In Absprache mit Mitarbeitern in diesen Bereichen wurden sie nach Hause geschickt, so dass sie dauerhaft von zu Hause arbeiten können. In einer weiteren Stufe wurde es den Beschäftigten, die Kinder betreuen müssen, ermöglicht, von zu Hause zu arbeiten. Im nächsten Schritt sind sie nunmehr in der Lage, generell dezentral zu arbeiten. Das Ziel ansprechbar zu sein, erreichten sie damit. Der empfohlene Weg der Kontaktaufnahme, ist der per E-Mail.

Es bestand die berechtigte Sorge über die Einhaltung von Datenschutz und IT-Sicherheit, da viele auf die Schnelle und eher provisorisch ins Homeoffice gewechselt sind. Für Anwältinnen und Anwälte gilt auch die DSGVO – mit Ausnahme der in § 29 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelten Privilegien für Berufsgeheimnisträger. Daran ändert sich auch im Homeoffice nichts. Um die Sicherheit der Datenverarbeitung zu gewährleisten, müssen technische und organisatorische Vorkehrungen (Art. 32 DSG-VO) getroffen werden: Das reicht vom Einsatz gesicherter Verbindungen über die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und Ordnung am Arbeitsplatz. Dabei gilt: Die Maßnahmen der Datensicherheit müssen unter Abwägung der Risiken und des Sicherheitsaufwands getroffen und umgesetzt werden. Dazu gehört, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entsprechend zu schulen und zu sensibilisieren.

In vielen Kanzleien war der Zugriff auf die IT-Infrastruktur der Kanzlei von Zuhause aus gar nicht möglich. Zudem hat die Debatte um die Sicherheit und DSGVO-Konformität von Video- und Audio-Konferenztools auch Unsicherheiten zu Tage gefördert, die viele Anwältinnen und Anwälte insgesamt beim Thema Digitalisierung haben. Die Balance zwischen Datenschutz, Berufsgeheimnis und Erreichbarkeit für den Mandanten, Gegner, Behörden und Gerichte zu halten, ist eine Herausforderung – insbesondere, wenn alles schnell gehen muss. Die mitunter widersprüchlichen Aussagen der Landesdatenschutzbehörden zur DSGVO-Konformität einzelner Anwendungen tun ihr übriges.

Der Anwaltsberuf ist ein Beruf mit vielen Pflichten. Flexibilität darf nicht zu Lasten der Mandanten gehen. Für das Vertrauensverhältnis zwischen Anwältin und Mandant ist es irrelevant, wie und von wo die Anwälte arbeiten. Die Sorgfalts- und Berufspflichten bleiben unverändert.

Flexibilisierung und Digitalisierung sind ein Kostenfaktor. Kurzfristig stehen vor allem kleinere Kanzleien vor großen finanziellen Herausforderungen. Dies sollte für etwaige weitere Krisen bedacht werden. Die Corona-Krise hat auch zu Beschaffungsschwierigkeiten geführt, etwa für geeignete Hygieneartikel, Videokameras und Headsets.

e) Körperlicher Zugang für Bevölkerung zu den Gerichten, z. B. Rechtsantragsstellen, anwaltliche Beratungsstellen – Zugangsnachweise – großzügige Handhabung

aa) Nicht übersehen werden darf, dass ein Großteil der Bevölkerung, seien es Kinder, Migranten, gering Qualifizierte oder Senioren, nicht über ein ausreichendes elektronisches Equipment verfügt. Nicht alle Angelegenheiten können zufriedenstellend über ein Smartphone oder Tablet erledigt werden. Der Besitz, die Wartung und richtige Bedienung solcher Gerätschaften setzt nämlich auch einen gewissen Wohlstand und Knowhow voraus.

Arbeitsrechtler erleben beispielsweise zunehmend, dass ihnen auch „normale“ Mandanten die letzten Arbeitsverträge, Tarifverträge, Arbeitszeiterfassungen oder Gehaltsabrechnungen nicht vorlegen können, weil diese lediglich in einer passwortgeschützten Datenbank des Arbeitgebers hinterlegt sind. Die Arbeitnehmer verstehen oft den Zugang nicht und verfügen auch nicht selbst über einen funktionstüchtigen Drucker oder Scanner.

Wegen dieses Abgeschnittenseins von der Digitalisierung des Rechtsverkehrs ist es erforderlich, auch in Krisenzeiten, einen zumutbaren körperlichen Zugang zur Justiz und Anwaltschaft zu ermöglichen.

bb) In einer Bußgeldsache wegen Geschwindigkeitsüberschreitung hatte der Betroffene Einspruch eingelegt. Am Tag der Hauptverhandlung war er zunächst pünktlich am Amtsgericht eingetroffen – nach eigenen Angaben sogar 20 bis 30 Minuten vor Terminsbeginn um 10.30 Uhr.

Ins Gerichtsgebäude wurde er aber nicht eingelassen, weil er weder sein Impfzertifikat noch einen Genesenen- oder Testnachweis bei sich hatte. Also muss er wieder zurück nach Hause, um den Impfnachweis zu holen. Seinen Verteidiger, der im Gerichtsgebäude

auf ihn wartete, hatte er von seiner Verspätung telefonisch informiert und mitgeteilt, er werde zwischen 10.45 und 10.55 Uhr erscheinen. Das hatte der Anwalt an die Abteilungsrichterin weitergeben. Lange warten wollte diese aber nicht. Als der Betroffene auch beim zweiten Aufruf zur Sache um 10.45 Uhr noch nicht erschien, verwarf sie den Einspruch.

Das war zu früh, befand das Kammergericht, Beschluss vom 10.03.2022, Az. 3 Ws (B) 56/22, AnwBl Online 2022, 469). Das Amtsgericht habe, nachdem es von einer 15 Minuten nicht erheblich überschreitenden Verspätung des Betroffenen wusste, dessen Einspruch nicht ohne weiteres Zuwarten verwerfen dürfen. Der Betroffene habe lediglich seine „Obliegenheit" verletzt, sich über die pandemie-bedingten Zugangsregeln zu informieren.

6. Fristen im Rechtsstaat – Großzügigkeit erforderlich

Die Corona-Pandemie 2019 – 2022 hat gezeigt, dass sonst im Rechtsstaat geltende Fristen in länger währenden Krisensituationen nicht zu halten sind. So kann sich ein Anwalt aufgrund der Corona-Pandemie nicht in der Lage sehen, zeitnah mit seiner Mandantin eine Besprechung abzuhalten. Er oder sie können auch erkrankt sein. Quarantäne-Maßnahmen, wie häusliche Kinderbetreuung, oder ein Festsitzen im Ausland können die Vorbereitung erschweren. Im März und April 2020 waren weit über 200.000 Deutsche im Ausland gestrandet.

Für die zivilprozessualen Rechtsfolgen ist zwischen einfachen Fristen und Notfristen zu unterscheiden.

aa) Gerichtsverfahren laufen auch in einer Krise normalerweise weiter. Anwälte sollten nach § 224 ZPO rechtzeitig Fristen verlängern und Termine verlegen können. Angesichts der Ausnahmesituation sollten an die Glaubhaftmachung niedrige Anforderungen gestellt werden. Auch ein wiederholter Antrag sollte zulässig sein.

Was die Zivilprozessordnung (ZPO) hergibt, erläutert Prof. Dr. Hanns Prütting (Uni Köln) im Anwaltsblatt. https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/anwaeltinnen-anwaelte/anwaltspraxis/zivilprozess-anwaltliche-arbeit-in-der-corona-katastrophe. Auch Prof. Dr. Reinhard Bork gibt Tipps Anwaltsblatt-Datenbank - Bork, Reinhard | Aufsatz | Reaktionen auf Corona im deutschen Zivilprozessrecht | AnwBl 2021, 30-35

Im Streitfall ist für den Anwalt die schärfste Waffe der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gemäß § 247 ZPO, der die Aussetzung des Verfahrens sowohl von Amts wegen als auch auf Antrag ermöglicht, wenn eine Partei durch obrigkeitliche Anordnung, kriegsbedingt oder durch andere Zufälle

vom Verkehr zum Prozessgericht abgeschnitten ist. Sinn dieser Regelung ist es, auf unverschuldete, plötzlich eintretende Ereignisse reagieren zu können und die betroffenen Prozessbeteiligten vor Nachteilen zu bewahren, die ihnen durch die direkte Weiterführung des Prozesses drohen würden.

bb) Liegt ein erheblicher Grund vor, kann ein Gericht einen Termin aufheben, verlegen oder die Verhandlung vertagen. Eine Unwetterwarnung kann ein erheblicher Grund für eine Terminverlegung sein, das hat das OVG Münster klar gemacht. Es sei mit schweren Sturmböen bis zu 100 km/h und vereinzelt mit Orkanböen bis 120 km/h zu rechnen, so die Vorhersage.

Am 17.02.2022 fegte der Sturm „Ylenia" über Nordrhein-Westfalen hinweg. Wie die „Tagesschau" am Tag danach berichtete, waren dabei mindestens drei Menschen ums Leben gekommen, Bäume umgestürzt und Straßen gesperrt. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf wollte trotz der herausgegebenen Unwetterwarnung aber am Tag verhandeln. Einen Verlegungsantrag des Anwalts aus Köln hatte es abgewiesen. Zu Unrecht, ermessensfehlerhaft, so das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG Münster, Beschl. v. 8.03.2022, Az. 18 A 486/22, AnwBl Online 2022, 458, Versagung rechtlichen Gehörs). Das befürchtete Schadenspotenzial habe für Nutzer von PKW und öffentlichen Verkehrsmitteln im Einzelfall Lebensgefahr bedeuten können. Eine Unwetterwarnung des Deutschen Wetterdienstes könne ein erheblicher Grund im Sinne von § 227 Abs. 1 Satz 1 ZPO für eine Terminverlegung sein, wenn danach zu befürchten ist, dass das Erscheinen eines Beteiligten verhindert oder unzumutbar erschwert werde. Nach alledem habe das öffentliche Interesse an einer Durchführung der mündlichen Verhandlung vor dem Schutz von Leben und Gesundheit der Prozessbeteiligten und ihrer Prozessbevollmächtigten und der Wahrung des rechtlichen Gehörs zurücktreten müssen, so das Oberverwaltungsgericht Münster.

cc) Aber auch eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muss bei fehlendem Verschulden der Beteiligten möglich sein.

dd) Ergänzende Regelung zur Fristenwahrung bei technischen Störungen, etwa des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA), wie Nachholungsmöglichkeit nach Störungsende mit unverzüglicher Glaubhaftmachung, dass die beA-Übermittlung vorübergehend nicht möglich war, sind erforderlich.

ee) Außerdem könnte sich empfehlen, eine allgemeine Hemmung von Fristen für eine vorübergehende Zeit zu regeln.

ff) Der BGH entschied am 19.11.2020: Anwältinnen und Anwälte dürfen auch während der Corona-Pandemie auf den regulären Postlauf vertrauen. Das gilt zumindest, solange es keine anderslautenden konkreten Hinweise durch die Post oder Medien gibt, etwa auf einen Poststreik. Es ist ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, dass sich Anwältinnen und Anwälte grundsätzlich bei Fristsachen darauf verlassen dürfen, dass werktags – innerhalb der Briefkastenleerungszeiten – aufgegebene Postsendungen bereits am folgenden Werktag ausgeliefert werden (siehe nur BGH, Beschluss vom 18.08.2016, Az. VI ZB 19/16).

gg) Der DAV begrüßte grundsätzlich den Vorschlag, außerhalb der Strafprozessordnung in § 10 EGStPO-E einen spezifischen „coronabedingten“ Hemmungstatbestand für die Unterbrechungsfristen des § 229 Abs. 1 und 2 StPO vorzusehen. Er kritisierte jedoch, dass der Hemmungstatbestand des § 10 EGStPO-E sämtliche Hauptverhandlungen betrifft und nicht ausdrücklich an ihre bisherige Dauer anknüpft.

Der Hemmungstatbestand sollte auch nur einmal angewendet werden dürfen. Die Maßnahme sollte nicht auch für die Unterbrechungsfrist für die Urteilsverkündung gelten.

hh) Der DAV hielt auch eine zeitlich begrenzte Aussetzung der Insolvenzantragspflicht für sinnvoll und geboten. Dabei sollten auch die Antragspflichten für Organe von Vereinen ausgesetzt werden. Flankierend sollte sichergestellt werden, dass die Geschäftsleiter von der Krise betroffener Unternehmen diese fortführen können, ohne sich erheblichen Haftungsrisiken auszusetzen.

ii) Der DAV forderte in einer Stellungnahme seines Steuerrechtsausschusses (SN 20/20 vom 25.3.2020) weitreichende verfahrensrechtliche und materiell-rechtliche Änderungen im Steuerrecht, die als Sofortmaßnahme für die Dauer der derzeitigen Corona-Krise um-gesetzt werden sollten, damit möglichst viele Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

jj) Entschädigungsansprüche nach dem InfSchG sind binnen einer Frist von drei Monaten nach Beendigung der Absonderung bei den zuständigen Landesbehörden zu stellen (vgl. § 54 IFSG, zuständig sind regelmäßig die Gesundheitsbehörden, unter Umständen auch die Versorgungsämter).

kk) Antragsfristen gab es aber auch hinsichtlich der Corona-Hilfen für betroffene Unternehmen oder bei der Kurzarbeit.

ll) Sogar die Insolvenz-Antragspflicht für Unternehmen wurde zeitweise ausgesetzt / verlängert.

mm) Für die Anwaltschaft sind auch besonders die Fristen für den Nachweis von Pflichtfortbildungen interessant, um beispielsweise einen Fachanwaltstitel nicht zu verlieren. Hier muss es den aufsichtsführenden Kammern möglich sein, großzügig Fristverlängerungen zu gewähren.

7. Vertragsrecht

a) Höhere Gewalt, Unmöglichkeit oder Wegfall der Geschäftsgrundlage

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus erfassten bald nahezu jeden Lebensbereich. Schließungen von Schulen, Kitas, Bars, Clubs, Museen und vielen weiteren Einrichtungen sowie Ein- und Ausreiseverbote, aber auch die Anordnung im Homeoffice zu arbeiten oder die Stornierung von Reisen schränkten nicht nur den Alltag eines jeden ein, sondern warfen auch eine Reihe zivilrechtlicher Fragen auf. Ein besonderes Augenmerk ist auf die vertragsrechtlichen Auswirkungen des Corona-Virus zu legen. Zu Beginn der Corona-Pandemie waren vor allem Verträge von Unternehmen betroffen, die Handelsbeziehungen nach China unterhielten. Später handelte es sich aber um ein globales Problem.

In vielen Verträgen fehlte beispielsweise die Klausel zur „höheren Gewalt". Das ist auch nicht überraschend, weil das BGB die Leistungsentbindung aufgrund höherer Gewalt nicht kennt. Wenn die Klausel aber im Vertrag vorhanden ist, geht sie allen Regelungen vor.

Häufig haben Unternehmen in ihre Warenlieferungsverträge sog. „Force Majeure"-Klauseln aufgenommen. „Force Majeure"-Klauseln umfassen Regelungen, welche die Folgen von Leistungsstörungen adressieren, die durch Umstände hervorgerufen werden, die sich der Kontrolle und Einflussnahme der Vertragsparteien entziehen („höhere Gewalt"). Zu diesen Umständen zählen insbesondere Naturkatastrophen (auch SARS-Epidemie 2002/2003). Die Anwendbarkeit der Klausel ist insbesondere davon abhängig, welchem Recht der Vertrag und somit auch sein Inhalt unterliegen.

Das anzuwendende Recht kann sich aufgrund einer Rechtswahlklausel aus dem Vertrag selbst ergeben. Andernfalls muss das internationale Privatrecht (IPR) heran-gezogen werden. Insofern ist zu beachten, dass dem BGB der Gedanke einer Leistungsentbindung aufgrund höherer Gewalt grundsätzlich unbekannt ist.

Für das deutsche Recht muss deshalb bei der Auslegung von „Force Majeure"-Klauseln auf die allgemeinen Grundsätze des BGB zurückgegriffen werden. Anders sieht es insbesondere im UN-Kaufrecht aus.

Aus der derzeitigen Situation kann deswegen schon jetzt die Lehre gezogen werden, dass die Beratungspraxis zukünftig noch stärker auf die Implementierung von derartigen Klauseln, etwa in Veranstaltungsverträgen, achten sollte.

b) Ausnahmen von der Widerrufsmöglichkeit bei Vertragsabschlüssen außerhalb der Geschäftsstelle und bei Fernabsatzverträgen

Um Verbraucher hier vor möglichen großen Nachteilen zu schützen, sollten solche Widerrufsfristen angemessen verlängert werden.

c) Datenschutz in der Krise

aa) Die Corona-Pandemie seit März 2020 hat gezeigt, dass sich auch plötzlich viele datenschutzrechtliche Fragen stellten, etwa dann, wenn es um die schnelle Auswahl einer möglicherweise geeigneten Videokonferenz-Software für die Fernkommunikation mit dem Mandanten ging.

bb) Aber auch, ob ein Anwalt als Berufsgeheimnisträger eine staatlicherseits bereit gestellte App, wie die Corona-Warn-App, auf seinem Diensthandy installieren sollte, war eine datenschutzrechtliche Frage. Voraussetzung ist aus Sicht des DAV eine grundrechtsschonende Ausgestaltung, auch um die Bevölkerung von der Nutzung zu überzeugen. Entscheidend ist, dass keine zentralen Datensammlungen angelegt werden; entstandene Daten müssen einem Verwertungsverbot durch Ermittlungsbehörden unterliegen, damit etwa Rückschlüsse auf Verstöße gegen Kontaktverbote nicht möglich sind. Auch die Freiwilligkeit der Nutzung und das Löschkonzept müssen geregelt sein.

Vorsorglich sollten also datenschutzrechtliche Themen bereits im Vorfeld so untersucht und bekanntgemacht werden, dass sie schnelle Reaktionen im Krisenfall nicht behindern.

cc) Die Erhebung und die Verarbeitung von Telekommunikationsverkehrsdaten bedürfen - wie alle Eingriffe in Grundrechte - einer klaren Rechtsgrundlage. Dabei muss immer betont werden, dass die Erfassung von Verkehrs- und Standortdaten als Maßnahme der staatlichen Überwachung einen tiefgreifenden Eingriff für die Betroffenen darstellt, der zugleich eine sehr große Zahl von Personen betrifft. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass der Abruf und die unmittelbare Nutzung von Daten aus Telekommunikations-

vorgängen nur dann verhältnismäßig sind, wenn sie überragend wichtigen Aufgaben dienen und wenn die Ausgestaltung der Datenspeicherungen dem besonderen Gewicht des Eingriffs Rechnung trägt.

Erforderlich sind hinreichend anspruchsvolle und normenklare Regelungen hinsichtlich der Datensicherheit, der Datenverwendung, der Transparenz und des Rechtsschutzes (BVerfG NJW 2010, 833).

Konsequent ist bei den für die Gefahrenabwehr und für die Strafverfolgung bestehenden Regelungen zum Zugriff auf die Verkehrs- und Standortdaten jeweils vorgesehen, dass ein Zugriff auf diese Daten nur bei Straftaten, die auch im Einzelfall von erheblicher Bedeutung sind, und, soweit dies für die Erforschung des Sachverhalts erforderlich ist, in Betracht kommt (so für die Verkehrsdaten § 100g StPO) bzw. wenn die hohe Wahrscheinlichkeit eines Schadens für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person besteht oder zur Abwehr einer gemeinen Gefahr und nur soweit die Erreichung des Zwecks der Maßnahme auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre (so z.B. § 20a PolNRW). Damit wird schon von Gesetzes wegen zum Ausdruck gebracht, dass der Zugriff auf solche Daten nur unter bestimmten eng umgrenzten Umständen zugelassen wird. Das sind wichtige Sicherungen des Rechtsstaats gegen (auch schleichende) Tendenzen zur Totalüberwachung.

Es besteht eine berechtigte Aussicht darauf, dass die technische Kontaktverfolgung ein Mittel sein kann, Infektionsketten zu durchbrechen. Aus rechtlicher Sicht weist der DAV darauf hin, dass die Einführung einer „Corona-App“ o. Ä. sich an den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsätzen zu orientieren hat.

Einer Pflicht zur Nutzung einer App, wie der Corona-App, steht der DAV skeptisch gegenüber. Es dürfte kaum möglich sein, eine solche durchzusetzen und ihre Einhaltung zu kontrollieren, ohne massiv in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie ggf. das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme einzugreifen und zugleich an die Grenzen des Machbaren zu gelangen. Stattdessen wird eine grundrechtsschonende Variante der App befürwortet, die auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzt. Mit der Freiwilligkeit der Nutzung finden die Datenerhebungen und Übermittlungen ihre Rechtfertigung in der Einwilligung des Betroffenen.

Möglicherweise wird der Zugang zu Restaurants, Geschäften o. ä. davon abhängig gemacht, dass die Benutzung einer solchen App nachgewiesen wird. Darin kann ein faktischer Zwang zur Benutzung liegen. Diese mittelbare grundrechtliche Relevanz macht es erforderlich, die Nutzung der App grundrechtskonform zu gestalten.

Für die Nutzung einer solchen App muss rechtlich zwingend folgendes gewährleistet sein:

- Es ist sicherzustellen, dass diese App keine Daten auf dem Handy verarbeitet, die nicht für die Kontaktverfolgung erforderlich sind.
- Die Daten, die zur Identifizierung notwendig sind, müssen ausschließlich lokal gespeichert werden.
- Die Entwickler müssten den Quellcode des Programms jedenfalls bestimmten Stellen gegenüber offenlegen, damit dieser durch eine unabhängige Stelle (z. B. CCC und BSI) auf seine Sicherheit hin überprüft werden kann.
- Die App müsste durch einen Sicherheitsanbieter laufend auf Sicherheitsrisiken evaluiert werden. Ggf. müssen Updates zur Verfügung gestellt werden. Das BSI kann hier eine wichtige Rolle einnehmen.
- Nicht nur die Nutzung der App muss freiwillig sein, sondern es ist auch sicher zu stellen, dass die App jederzeit rückstandslos deinstalliert werden kann.
- Ob der Nutzer über seine eigene Infektion eine „push"-Nachricht schickt, muss er je-derzeit frei entscheiden können. Mit der Installation der App darf kein Automatismus verbunden sein.
- Bei der Übersendung der Information einer eigenen Infektion ist sicherzustellen, dass keine Zeitstempel hinsichtlich der Kontakte übersandt werden (also wann der Nutzer Kontakt mit wem hatte). Wenn dies aus medizinischen Gründen gleichwohl notwendig sein sollte, muss darauf geachtet werden, dass die Zeiträume der Zurückverfolgung auf das Notwendigste eingegrenzt werden.
- Die durch die Nutzung der App entstandenen Daten müssen einem Verwendungs- und Verwertungsverbot für staatliche Zwecke unterliegen. Das gilt vor allem für die im Rahmen der Pushnachricht seitens des Handyinhabers genutzte IP-Adresse zu Zwecken der Strafverfolgung. Andernfalls könnten übermittelte Daten dazu führen, dass sich hieraus ein Verstoß gegen die derzeit geltenden Kontaktverbote ablesen ließe, mit der Folge, dass ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden könnte. An-hand der IP-Adresse bestünde für die Ermittlungsbehörden dann die Möglichkeit, die Person zu identifizieren. Das darf nicht möglich sein. Ein latentes Risiko einer Ver-wendung der Daten zu repressiven Zwecken würde im Übrigen die Bereitschaft der Bevölkerung, freiwillig die App zu nutzen, nicht unerheblich einschränken.

- Es bedarf einer Regelung zur Speicherung der Daten zur Identifikation. Es muss sichergestellt sein, dass die Identifikationsdaten – am besten automatisch – gelöscht werden, sobald man sie nicht mehr benötigt (z. B. nach der Inkubationsdauer ggf. mit einem zeitlichen Sicherheitszuschlag).

Eine solche App sollte nach Ansicht des DAV vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz und für die Informationsfreiheit auf die Einhaltung der essentiellen Datenschutzvorkehrungen – nach Möglichkeit noch vor Freischaltung der App – überprüft werden können. Dasselbe gilt für die Bewertung und den Ausschluss etwaiger Sicherheitsrisiken in technischer Hinsicht durch die Nutzung der Bluetooth-Technologie. Dies könnte durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und durch den Chaos Computer Club als hierfür besonders qualifizierte Stellen erfolgen. Eine solche Überprüfung hält der Ausschuss auch deshalb für besonders wichtig, weil eine Unbedenklichkeitserklärung dieser anerkannten unabhängigen Stellen die Akzeptanz der „Corona-App“ und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sie freiwillig zu nutzen, signifikant steigern dürfte.

d) Umgang mit Hygiene-Regeln (Desinfektion, Maskenpflicht, Abstandsgebote, Belüftung, Wegvorgaben, Impfpflicht)

In Abhängigkeit von der konkreten Krisensituation sind Schutzmaßnahmen für den Einzelnen zu ergreifen wie Desinfektion, Maskenpflicht, Belüftung, Wegvorgaben oder Abstandsgebote. Diese sind traditionell schon aus anderen Arbeitsschutzregelungen, etwa in laborähnlichem Kontext, bekannt gewesen.

Die weitere politische Debatte seit 2020 hat gezeigt, dass eine Impfpflicht wegen des damit verbundenen massiven Eingriffs in das Recht auf körperliche Unversehrtheit hingegen nicht so einfach durchzusetzen wäre. Schon bei medizinischem oder pflegerischem Fachpersonal erwies sich dies 2021 als schwierig, weshalb insbesondere bei solchen Maßnahmen ist zukünftig die Verhältnismäßigkeit genau zu prüfen.

e) Arbeitszeitrecht – Anpassungen erforderlich

Die Corona-Pandemie mit den stark beschränkten Kinderbetreuungsmöglichkeiten über mehrere Monate hinweg hat gezeigt, dass es sinnvoll sein kann, Arbeitszeiten zu verlegen. Die Gestaltung

der Arbeitsorganisation gehört zur unternehmerischen Freiheit. Die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes – etwa zu Dokumentationspflichten oder zu den erforderlichen Pausen-, Ruhe- und Höchstarbeitszeiten sollten deshalb in Krisensituationen moderat gehandhabt werden.

f) Versammlungsfreiheit

Je länger die Grundrechtseinschränkungen andauerten, desto häufiger sahen Mitglieder der Anwaltvereine die Beschränkung von Grundrechten, etwa der Versammlungsfreiheit, bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie kritisch.

Zuvor haben wir aufgrund der Erfahrungen unserer Mitglieder zum einen zugegebenermaßen groben Befund für den von uns festgestellten Umgang mit Krisen beschrieben, der sich naturgemäß auf die Corona-Pandemie als jüngste Krise konzentrierte; die gemachten Beobachtungen galten und gelten aber auch für andere zuvor angesprochene Krisensituationen. Wir haben außerdem dargestellt, welche Schritte geboten sind, um unser Gemeinwesen krisenfester auszugestalten, wobei unser Schwerpunkt berufsbedingt auf rechtsstaatlichen Aspekten liegt. Wir würden uns freuen, wenn unsere Hinweise Eingang in das weitere Verfahren finden würden und stehen für weitere Gespräche gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Peter Kothe
Präsident

Wir helfen
hier und jetzt.

ASB Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg e.V.

ASB Baden-Württemberg e.V. • Bockelstraße 146 • 70619 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst, Drucksachenstelle
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg e.V.

Bockelstraße 146
70619 Stuttgart

Telefon 0711 44013-0
Telefax 0711 44013-111
Internet www.asb-bw.de
E-Mail info@asb-bw.de

per elektronischer Post an: sandy.dobosch@landtag-bw.de

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht	Es schreibt Ihnen	Kontakt	Datum
-	Daniel Groß Stv. Landesgeschäftsführer Landesleitung Rettungsdienst & Bevölkerungsschutz	☎ 0711 44013-210 ✉ gross@asb-bw.de	26. Mai 2023

Bevölkerungsschutz

Stellungnahme
ASB Baden-Württemberg e.V. – Bevölkerungsschutz
für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ – Handlungsfeld 2
Landtag Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zuerst einmal möchten wir uns im Namen des Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg e.V. für die Beteiligung an der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landes Baden-Württemberg und die damit verbundene Möglichkeit, zum zweiten Handlungsfeld „staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung, -bekämpfung“ eine Stellungnahme abzugeben, bedanken.

Der ASB beschäftigt im Rettungsdienst rund 1.800 Mitarbeitende auf 60 Rettungswachen, die an Standorten im ganzen Land verteilt sind, und ist der größte Arbeitgeber im bodengebundenen Rettungsdienst in Baden-Württemberg.

Der ASB Baden-Württemberg e.V. ist eingetragener Verein im Vereinsregister: Amtsgericht Stuttgart, VR 2748
und vom Finanzamt Stuttgart-Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE 147800773.
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft (BfS), IBAN: DE93 6012 0500 0007 7501 00, BIC BFSWDE33STG

Des Weiteren engagieren sich rund 1.000 Ehrenamtliche beim ASB im Bevölkerungsschutz, zu dem auch der Katastrophenschutz des Landes zählt, um die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg im Katastrophenfall zu schützen.

Insbesondere in Krisensituationen sind diese Expertisen im Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz sehr wertvoll und sollten in die Krisenbewältigung einbezogen werden. Aus diesem Grund sehen wir es als sinnvoll an, die Zusammenarbeit zwischen spezialisierten Hilfsorganisationen wie dem ASB und der Politik weiterzuführen, zu stärken und auszubauen. Dies soll nicht nur für die Landesebene gelten, sondern auch auf der örtlichen Ebene erfolgen.

Ein wichtiger Bestandteil der Krisenbewältigung ist der Katastrophenschutz. Besonders in diesem Bereich engagieren sich viele Ehrenamtliche, weshalb es besonders wichtig ist, diesen Bereich besser zu unterstützen und weiter auszubauen, um die Handlungsfähigkeit der Kräfte des Bevölkerungsschutzes dauerhaft und sicher gewährleisten zu können.

Aus den Erfahrungen, unter anderem der sogenannten Flüchtlingskrise, der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, haben wir unsere vereinseigenen Ressourcen im Bevölkerungsschutz (die nicht zum Katastrophenschutz des Landes oder zum Zivilschutz des Bundes gehören) in landesweiten „First-Intervention-Teams“ (FIT) des ASB Baden-Württemberg e.V. neu organisiert. Durch diese Umstrukturierung sind wir in der Lage, auch zusätzlich zum Katastrophen- und Zivilschutz, unsere Fähigkeiten und Ressourcen bedarfsgerecht einzubringen.

In der Corona-Pandemie und in den vorgenannten Ereignissen haben unsere ehrenamtlichen Helfer:innen ihre Einsatzbereitschaft und Strapazierfähigkeit bewiesen. Jedoch ist wiederholt aufgefallen, dass es an Ressourcen im Ehrenamt fehlt. Dabei handelt es sich neben Verbrauchsmaterial wie Hygienesets, auch um Feldbetten, Feldküchen sowie insbesondere um Fahrzeuge. Ebenso fehlt es an finanziellen Mitteln bei der Beschaffung und dem Betrieb von Funkgeräten, aber auch bei den wichtigen Ausbildungen der Helfer:innen. Außerdem ist die Finanzierung des Betriebs der Fahrzeuge, zu dem auch deren Unterbringung gehört, nicht ausreichend.

Um die Fähigkeiten und das starke Netzwerk der Ehrenamtlichen und somit auch des Katastrophenschutzes weiter nutzen zu können, müssen die Ressourcen (insbesondere die Finanzierung) in diesem Bereich stark aufgestockt werden, da wir uns nur dann im Krisenfall auf eine ausreichende Hilfe für Bürgerinnen und Bürger verlassen können.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist es, unsere ehrenamtlichen Helfer:innen mit Freiwilligen der Feuerwehren gleichzustellen. Aktuell ist es möglich, Einheiten des Katastrophenschutzes auch außerhalb von Katastrophen oder außergewöhnlichen Einsatzlagen (AEL) zur Unterstützung der Gefahrenabwehr zu alarmieren. Dies kommt insbesondere bei Massenanfällen von Verletzen (MANV) oder sonstigen Gefährdungslagen, wie z.B. Geiselnahmen vor. Anders als bei der Feuerwehr ist es für diese ehrenamtlichen Helfer:innen nicht möglich, sich dafür von der Arbeit frei stellen zu lassen. Des Weiteren bekommen ausschließlich Freiwillige der Feuerwehr ihren Verdienstausfall bezahlt. Auf dieses Vorgehen können unsere Helfer:innen nur im Katastrophenfall und der AEL zurückgreifen und auch nur dann, wenn während des Einsatzes ein Verdienst besteht (in der Regel nicht an Wochenenden, nachts oder Feiertagen). Für Ehrenamtliche ohne Einkommen, wie zum Beispiel Studierende, ist -anders als bei der Feuerwehr- keine Aufwandsentschädigung vorgesehen. Um sich weiterhin auf ein starkes Ehrenamt verlassen zu können, ist es unausweichlich, Ehrenamtliche gleich zu behandeln und für den entstandenen Aufwand zu entschädigen. Hier ist die Gleichstellung mit den Freiwilligen der Feuerwehren in Baden-Württemberg unbedingt erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Krisenvorsorge und -bekämpfung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft. Eine gute Resilienz der Bürgerinnen und Bürger ist unbedingt erforderlich. Durch breit angelegte Programme sollte die Bevölkerung sensibilisiert und informiert werden. Um dies erreichen zu können, arbeiten wir aktuell mit dem Kultusministerium und dem Innenministerium an Unterrichtseinheiten für Schüler:innen in allen Altersklassen, die möglicherweise in das Curriculum aufgenommen werden sollen. So versuchen wir, schon im jungen Alter an das richtige Verhalten im Krisenfall heranzuführen. In diesem Rahmen soll es auch Aktionstage an Schulen geben, an denen die Hilfsorganisationen den Katastrophenschutz veranschaulichen sollen, zum Beispiel, indem Fahrzeuge präsentiert werden. Außerdem soll es möglich sein, dass die Helfer:innen auch bestimmte Inhalte übermitteln. Schwierigkeiten bestehen derzeit bei der Finanzierung dieser geplanten Maßnahmen. Dies rein mit ehrenamtlichen Hefer:innen abzubilden,

erscheint nicht möglich, da diese überwiegend berufstätig sind und tagsüber unter der Woche in der Regel für solche Aufgaben nicht verfügbar sind.

Des Weiteren kann damit die Bevölkerung nicht umfassend erreicht werden, weshalb ein ergänzendes Programm eingerichtet werden sollte, welches möglichst viele Bevölkerungsgruppen in allen Bevölkerungsschichten erreicht. Nur so kann bewirkt werden, dass sich die Zivilgesellschaft im Falle einer Krise weitestgehend richtig verhält und so sich und anderen helfen kann. Dazu muss die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Feld stark ausgebaut werden. Eine Werbekampagne könnte die aktuellen Angebote wie zum Beispiel „Helfen kann jeder“ oder Erste-Hilfe-Kurse mit Selbstschutzinhalten (EHSH) bewerben und somit die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Thema lenken. Somit würden sich mehr Bürger:innen mit den entsprechenden Inhalten auseinandersetzen und zukünftig EHSH-Kurse belegen oder sich sogar selbst im Bevölkerungsschutz engagieren.

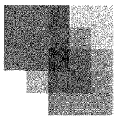
Wir beobachten schon seit längerem stetig steigende Einsatzzahlen des Rettungsdienstes, die oftmals durch Bagatellereignisse verursacht werden.
Dies belegt die These, dass die Fähigkeit, Situationen richtig einzuschätzen und selbsthilfefähig zu sein, in der Bevölkerung weiter abnimmt. Die Resilienz der Bevölkerung muss daher auch in diesem Bereich gestärkt werden.

Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen weiter an einer krisenfesten Gesellschaft in Baden-Württemberg zu arbeiten und werden unsere Expertisen, Ressourcen und Fähigkeiten gerne einbringen.

Für einen weiteren Austausch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Groß
Stv. Landesgeschäftsführer
Landesleitung Rettungsdienst & Bevölkerungsschutz



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

Stellungnahme des BBW - Beamtenbund Tarifunion

an die

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft"

Der BBW - Beamtenbund Tarifunion (BBW) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" hält der BBW für gut und richtig. Die deutliche Zunahme von klimabedingten Geschehnissen, die Auswirkungen politischer Krisen und damit verbundene Flüchtlingswellen, sowie die wachsende Gewaltbereitschaft der Gesellschaft, die sich zunehmend gegen öffentlich Beschäftigte richtet, erfordert umfassendes schnelles Handeln.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst die Voraussetzung für eine effektive staatliche Krisenvorsorge ist. Diese Voraussetzung ist aufgrund des zunehmenden Personalmangels gegenwärtig nicht gegeben. Deshalb erneuert der BBW seine bereits im Dezember 2022 bei seinem Gewerkschaftstag erhobene Forderung nach einem „Sondervermögen öffentlicher Dienst", um die Verwaltungen und Behörden personell und fachlich so aufzustellen, dass sie den wachsenden Anforderungen gerecht werden können.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" des Landtags von Baden-Württemberg soll sich über einen Zeitraum von zwei Jahren mit der Frage beschäftigen, wie das baden-württembergische Gemeinwesen besser vor Krisen geschützt werden kann. Dabei sollen vor allem auch Lehren aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie gezogen werden. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, um Staat und Gesellschaft krisenfester aufzustellen. Das zweite Handlungsfeld betrifft die Frage nach effektiver staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Die Kommission soll unter anderem erörtern, wie das Zusammenwirken von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft in diesem Bereich optimiert werden kann. Des Weiteren soll untersucht werden, wie staatliche Stellen ebenen-, ressort- und grenzübergreifend besser zusammenarbeiten können. Zudem sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert werden, deren Betrieb auch in Krisenzeiten prioritär sicherzustellen ist.

Zu den im Wesentlichen im zweiten Handlungsfeld aufgeworfenen Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Eine effektive staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung benötigt zwingend einen funktionierenden öffentlichen Dienst. Dabei reicht es nicht aus, lediglich weitere Stellen im öffentlichen Dienst zu schaffen. Vielmehr müssen die Arbeitsplätze finanziell und mit einem zeitgemäßen Arbeitszeitangebot ausgestaltet sein, damit sie auch für hochqualifizierte Bewerber attraktiv sind, und somit auch geeignet, das vorhandene Personal zu binden. Denn wenn der Staat durch multiple Krisen kommen soll, benötigt er eine funktionierende Verwaltung, die die immer größer werdenden Herausforderungen meistern kann.

Wer am öffentlichen Dienst spart, riskiert nicht nur, dass die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in den Staat verlieren, sondern verzichtet zudem auf den wirtschaftlich international anerkannten Standortfaktor, den unsere öffentliche Verwaltung darstellt.

Neben mehr Lehrerinnen und Lehrern für eine Bildungsoffensive benötigen wir mehr Personal in der Justiz, damit auch sämtliche Gewaltdelikte gegen Beschäftige im öffentlichen Dienst konsequent verfolgt werden können. Es sind mehr Polizistinnen und Polizisten notwendig, um für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Es ist mehr Personal in der Finanzverwaltung erforderlich, um für mehr Steuergerechtigkeit sorgen zu können.

- Ein Sondervermögen öffentlicher Dienst wäre deshalb sinnvoll, um diese Stellen zu schaffen und die Arbeitsplätze attraktiver zu gestalten.

- Neben einem Sondervermögen für den öffentlichen Dienst ist unserer Ansicht nach ein ständiger Ausschuss öffentlicher Dienst im Landtag nach bayrischem Vorbild erforderlich, um sich den Herausforderungen der Zukunft für unsere Verwaltung zu stellen. Damit würde die Debatte tendenziell versachlicht, weil sie nicht mehr so stark vom Wechsel der Regierung und der handelnden Personen an der Spitze der Ministerien abhinge. Die parlamentarische Opposition wäre im Ausschuss vertreten und laufend in die Behandlung der aktuellen Themen eingebunden, so dass es zu mehr Kontinuität kommen dürfte. Die Chance auf einvernehmliche Problemlösungen, oder zumindest von einer breiten Mehrheit getragene, dürfte damit steigen. Die Wünsche und Erwartungen an die Verwaltung (z.B. bei der Digitalisierung) dürfte unter diesen Bedingungen realistischer ausfallen. Dies würde zu einer intensiveren Verzahnung der Fachausschussarbeit mit den Belangen der Beschäftigten führen. Auch in den fraktions- und parteiinternen Gesprächsrunden dürfte dieser Aspekt positiv in die Breite wirken.

Im Einzelnen verweisen wir hier auf die zentralen Forderungen des BBW zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes, die das höchste Beschlussgremium des BBW, der Gewerkschaftstag, am 7. Dezember 2022 in einer Resolution beschlossen hat (siehe Anhang).

- Das Personal muss leistungsgerecht und verfassungskonform bezahlt werden, das heißt, die Gehälter müssen sich deutlich vom Grundsicherungsniveau abheben. Eine leistungsgerechte Bezahlung ist die Voraussetzung, um eine Abwanderung in die Privatwirtschaft zu verhindern. Sie ist insbesondere in Zeiten mit sich überlagernden Krisen und drastisch steigender Inflation von grundlegender Bedeutung. Erforderlich ist auch eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung aller Bestandteile der Tarifergebnisse auf Beamtinnen und Beamte sowie Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger. Ebenso muss die Wegstreckenentschädigung für den Einsatz privater Kraftfahrzeuge kostendeckend ausgestaltet werden.

- Zudem müssen endlich Lebensarbeitszeitkonten eingeführt werden, damit eine in Krisen noch mehr als sonst anfallende zeitliche Mehrbelastung angespart werden kann. Bei ständigem Personalmangel sollte auch ein Ausgleich über Mehrarbeitsvergütung ermöglicht werden. In diesem Zuge muss schließlich die Wochenarbeitszeit von Beamtinnen und Beamten reduziert und der Arbeitszeit im Tarifbereich angeglichen werden.

- Um mit der Privatwirtschaft mithalten zu können, ist es aus unserer Sicht erforderlich, das Homeofficeangebot weiter fortzuführen und auszubauen sowie zusätzlich mobiles Arbeiten in den Bereichen, in denen es möglich ist, einzuführen. Zwingend ist hierfür eine funktionierende digitale Infrastruktur, die neben dem Personal auch die Bürgerinnen und Bürger entlasten kann. Auch die technische Ausstattung der Behörden muss hierfür verbessert werden und zeitgleich muss Beschäftigen ermöglicht werden, die notwendigen Befähigungen zu erlangen.

- Neben der Verbesserung der bevölkerungsbezogenen Gesundheitskompetenz (Themenfeld 1 g) ist der Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Verwaltung zwingend erforderlich, um das vorhandene Personal länger im Dienst zu halten und die frühzeitige Pensionierung (trotz Abschlägen) zu verhindern. Die Gesunderhaltung und Förderung der Resilienz der Mitarbeitenden ist insbesondere auch in Krisenzeiten zwingend erforderlich.

- Zudem sollten Führungskräfte - wie vom BBW seit Jahren gefordert - zum Ausbau ihrer Führungsfähigkeiten weitere Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten (Themenfeld 1c).

- Schließlich halten wir die Stärkung des Ehrenamtes (Themenfeld 2 d) für zwingend erforderlich. Netzwerke und Fähigkeiten des Ehrenamtes können jedoch nur wahrgenommen und weitergegeben werden, wenn ehrenamtliches Engagement nicht durch eine beständig zunehmende Arbeitsbelastung behindert wird.

Für eine Erörterung stehen wir gerne zur Verfügung.

Stuttgart, den 11. Januar 2023

[redacted]

Kai Rosenberger
Vorsitzender

BBW Beamtenbund Tarifunion

Resolution des BBW-Beamtenbund Tarifunion

beschlossen vom Gewerkschaftstag 2022 am 7.12.2022

Für einen attraktiven und krisenfesten öffentlichen Dienst:

Personalmangel wirkungsvoll begegnen – Anreize für Beschäftigte schaffen

Der Personalmangel im öffentlichen Dienst des Landes wird zu einem zunehmend größeren Problem. Das vorhandene Personal hat inzwischen in nahezu allen Bereichen die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht und teilweise schon überschritten.

- Das geht zulasten der Gesundheit der Beschäftigten und wirkt sich zwangsläufig auch auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger aus. Die verzögerte Bearbeitung von Anträgen jeglicher Art ist hier nur das geringste Übel.
- Weit Schlimmeres lässt die aktuelle Entwicklung befürchten, wenn sich der Personalmangel weiter zuspitzt.
- Neue Stellen zu schaffen ist gut und richtig. Wenn diese nicht besetzt werden können, ist aber alles nur blinder Aktionismus.
- Statt Lippenbekenntnissen sind jetzt Taten gefragt, um Beschäftigte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und vorhandenes Personal durch geeignete Maßnahmen zu binden.

Der BBW fordert deshalb konkrete Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes, insbesondere:

- angemessene Tarifergebnisse für TVöD und TV-L. Weitere Reallohnverluste darf es nicht geben, Neustrukturierung der Entgeltordnung und Anpassung an geänderte Arbeitswelt,
- leistungsgerechte Bezahlung sowie verfassungskonforme Besoldung und Versorgung, Weiterentwicklung des 4-Säulen-Modells durch Ämteranhebungen beim höheren und gehobenen Dienst sowie entsprechende Anpassung von Dienstpostenbewertungen, verbesserte Aufstiegschancen und Aufhebung der Stellenobergrenzen,
- zeit- und wirkungsgleiche Übertragung aller Bestandteile der Tarifergebnisse auf Beamtinnen und Beamte sowie auf Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger,
- angemessene Arbeitszeit, d.h. gleiche Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte wie für die Tarifbeschäftigten,
- flexible Arbeitszeitgestaltung (Work-Life-Balance) und endlich die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten,
- Konsequente Verfolgung von jeglicher Gewalt und Aggression gegen öffentlich Beschäftigte.

Für einen funktionierenden krisenfesten öffentlichen Dienst fordert der BBW darüber hinaus:

- eine aufgabenangemessene Personal- und Sachmittelausstattung und Einstellungsoffensive insbesondere bei Lehrerinnen und Lehrern für alle Schularten,
- die Beschleunigung der Digitalisierung auf allen Ebenen (Infrastruktur, Ausstattung der Behörden inklusive eines Gesamtkonzeptes) sowie die Schaffung von notwendigen Befähigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der BBW und seine Mitgliedsgewerkschaften sind jederzeit bereit, an Maßnahmen zur Verbesserung und Modernisierung der staatlichen Leistungsfähigkeit mitzuwirken. Maßnahmen, die überwiegend auf Einsparungen und Haushaltsentlastungen abzielen, erteilen wir eine klare Absage.

Stellungnahme

der Bergwacht Schwarzwald e.V.

und der DRK-Bergwacht Württemberg

für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort 3

2 Allgemeine Empfehlungen 4

3 Spezifika der Bergwacht 7

3.1 Empfehlungen 7

3.2 Finanzielle Auswirkungen 9

Versionen

Version	Datum	Ersteller	Bemerkung	Freigegeben
1.0	24.03.2023	A. Probst		
2.0	30.05.2023	A. Guttenberger		

1 Vorwort

Die Bergwacht Schwarzwald e.V. und die DRK-Bergwacht Württemberg übernehmen im gesetzlichen Auftrag des Landes den Berg-Rettungsdienst in Baden-Württemberg (Rettungsdienstgesetz). Als eigenständiger Fachdienst Bergrettung übernehmen sie zudem Aufgaben im Katastrophenschutzdienst des Landes (Landeskatastrophenschutzgesetz). Sie sind damit wesentlicher Teil des Bevölkerungsschutzes und ergänzen die Sicherheitsarchitektur mit speziellen, wichtigen Kompetenzen. Beide Bergwacht-Landesverbände möchten ihr Engagement im Bevölkerungsschutz auch in Zukunft aufrechterhalten bzw. intensivieren. Basis für diese Arbeit ist ein enger Schulterschluss und ein passgenaues Zusammenwirken aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wozu die Bergwacht-Landesverbände den ihnen möglichen Beitrag leisten möchten.

Die Bergwacht Schwarzwald e.V. und die DRK-Bergwacht Württemberg schließen sich der Stellungnahme des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ an und unterstreichen die darin formulierten Empfehlungen ausdrücklich. Im zweiten Kapitel dieser Stellungnahme werden die Empfehlungen um spezifische Empfehlungen der Bergwacht-Landesverbände ergänzt. Mit Blick auf einen ganzheitlich tragfähigen Ansatz im Bevölkerungsschutz und die im Schadens-/Krisenfall geforderten Spezialkompetenzen weisen die Bergwacht-Landesverbände insbesondere darauf hin, dass die allgemeinen und besonderen Empfehlungen des „weißen“ und „roten“ Bevölkerungsschutzes immer auch hinsichtlich der Sonderstellung der Bergwacht auszugestalten sind. Nur so können Fähigkeitslücken geschlossen und leistungsstarke, in sich geschlossene Konzeptionen in die Praxis übersetzt werden.

2 Allgemeine Empfehlungen

Die im Folgenden aufgeführten Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge basieren auf der Stellungnahme des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg e.V., dem sich die Bergwacht-Landesverbände anschließen.

1.) **Stärkung der Kommunikationsstrukturen zwischen Hilfsorganisationen und Behörden**

Maßnahme:

- Gründung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums mit einer operativen Einsatzzentrale unter Einbindung der Bergwacht.

2.) **Rechtliche Verankerung von Helfergleichstellung und Helferfreistellung**

Maßnahmen:

- Schaffung klarer und einheitlicher gesetzlicher Voraussetzungen zur Freistellung analog zu Einsatzkräften der Feuerwehr
- Aufklärung der Arbeitgeber zur Freistellung und Lohnfortzahlung

3.) **Umfassende Finanzierung und Ausstattung der Einsatzstrukturen des Katastrophenschutzes**

Maßnahmen:

- Vollfinanzierung des Katastrophenschutzes im aktuell zu überarbeitenden Landeskatastrophenschutzgesetz schaffen
- Sicherstellung der Einsatzfähigkeit durch Schaffung von Redundanzen (z.B. Kommunikation) in den Strukturen des Bevölkerungsschutzes

4.) **Nachhaltige Förderung von innovativen Ansätzen im Bevölkerungsschutz**

Maßnahmen:

- Finanzierung von innovativen Projektideen im Bevölkerungsschutz im Rahmen eines eigenen Innovationsförderprogramms
- Erfolgreiche Innovationen sollten bundesweit umgesetzt werden

5.) Zentrale Ressourcenverwaltung für Krisen und Katastrophen

Maßnahmen:

- Aufbau einer zentralen Ressourcenverwaltung des Landes zur Vorhaltung für Krisen und Katastrophen

6.) Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

Maßnahmen:

- Aufstellung einer landesweiten Kampagne zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung für Themen rund um den Bevölkerungsschutz
- Aufbau einer zentralen Plattform zur Wissensvermittlung
- Niederschwellige Einbindung von Interessierten in den Bevölkerungsschutz

7.) Aufstellung von flexiblen und praxiserprobten Einsatzstrukturen

Maßnahmen:

- Schwerpunktsetzung auf kleinere Einheiten, die für überörtliche Einsätze modular und flexibel zusammengefasst werden können (z.B. Zug Führung und Logistik, Zug Lageerkundung, Zug Bergrettung mit Modul Luftrettung)
- Schaffung rechtlicher Grundlagen zur Einbindung von Führungskräften der Fachdienste (auch Bergrettung) in die Einsatzleitungen auf örtlicher Ebene

8.) Einbeziehung des Rettungsdienstes und des Bevölkerungsschutzes

Maßnahmen:

- Bezahlte Freistellung von Einsatzkräften für die Teilnahme an notwendigen Bildungsmaßnahmen (bei Feuerwehr vorhanden) für den Bevölkerungsschutz
- Synchronisierung von Ausstattung und Prozessen im Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
- Regelmäßige, auch bereichsübergreifende Übungen des Bevölkerungsschutzes unter Einbeziehung des (Berg-)Rettungsdienstes

9.) Stärkung von KRITIS und systemrelevanten Sektoren

Maßnahmen:

- Schaffung von Refinanzierungsmöglichkeiten für Betreiber von KRITIS aus dem sozialen Sektor
- Konzeptionelle Unterstützungsleistungen für Betreiber von KRITIS aus dem sozialen Sektor

10.) Verwendung von Künstlicher Intelligenz im Bevölkerungsschutz

Maßnahmen:

- Aufbau eines „KI-Reallabors" als Experimentierraum für Akteure des Bevölkerungsschutzes, um KI-gestützte Methoden bei Krisen und Katastrophen zu erproben

11.) Nutzung von digitalen Anwendungen zur effizienten Koordination von Einsätzen und Hilfeleistungen

Maßnahmen:

- Umsetzung von digitalisierten Lageinformationen gemeinsam mit der Bevölkerung
- Aufbau eines Online-Portals zur Informationsweitergabe an die Bevölkerung und an die Blaulichtfamilie

3 Spezifika der Bergwachten

3.1 Empfehlungen

Ergänzend zu den in Kapitel 2 erläuterten Punkten empfehlen die Bergwachten folgende Maßnahmen zum Aufbau eines leistungsfähigen Fachdienstes Bergrettung im Katastrophenschutzdienst des Landes Baden-Württemberg.

1.) **Neuordnung des Fachdienstes Bergrettung im Katastrophenschutzdienst**

Maßnahme:

- Neuordnung des Fachdienstes Bergrettung hin zu spezialisierten Zügen (1 Zug Führung und Logistik, 3 Züge Bergrettung, 2 Züge Lageerkundung mit Modul Luftrettung)
- Ergänzende Beschaffung von Spezialfahrzeugen (GW Logistik, LKLD-Fahrzeuge)
- Nutzung der aus dem Rettungsdienst finanzierten Ressourcen (dual use)
- Proaktive Anforderung der Züge des Fachdienstes Bergrettung auch bei Einsatzlagen unterhalb der Katastrophe

2.) **Stärkung der organisationsübergreifenden Zusammenarbeit**

Maßnahme:

- Besetzung der Stäbe grundsätzlich mit Vertretern (Fachberatern) aller Organisationen
- Lagespezifische Aufstellung von Einheiten mit Modulen verschiedener Organisationen (Beispiel: MoFüSt Baden-Württemberg im Ahrtal-Einsatz 2021)

3.) **Integration der Luftrettung in die Katastrophenschutzplanung**

Maßnahme:

- Berücksichtigung der Luftrettungsmittel im Katastrophenschutzdienst bei besonderer Fokussierung der arztbesetzen Hubschrauber mit Rettungswinde (hoher Einsatzwert in der ersten/akuten Phase)

- Aufbau von Modulen Luftrettung in den Zügen Bergrettung (Bereitstellung von Rettungsspezialisten Helikopter, Bergematerial, Tankanhänger)
- Aufbau einer Kooperation der Bergwachten und der Bundeswehr inkl. Realflugtrainings

4.) Sicherheit schaffen durch Qualifikation und Verlässlichkeit

Maßnahme:

- Aufbau eines Ausbildungs- und Trainingszentrums für den Fachdienst Bergrettung in Baden-Württemberg (organisationsübergreifende Nutzung)
- Schaffung von organisationsübergreifenden hauptamtlichen Stellen für die Bereiche Ausbildung/Sicherheit und Einsatzplanung
- Aufbau eines Zentrallagers für spezifisches Rettungs- und Bergematerial der Bergwacht

3.2 Finanzielle Auswirkungen

Fahrzeugbeschaffung

Im Katastrophenschutz kommen sowohl aus Mitteln des Rettungsdienstes finanzierte als auch aus Mitteln des Katastrophenschutzes finanzierte Fahrzeuge der Bergwacht zum Einsatz (dual use). Während primär rettungsdienstlich genutzte Fahrzeuge mit Fördermitteln gemäß Rettungsdienstgesetz beschafft werden sollen, sollen weitere Spezialfahrzeuge mit Mitteln des Katastrophenschutzes beschafft werden. Dies betrifft neben Gerätewagen Logistik vor allem LKLD-Fahrzeuge (Spezialfahrzeuge des Zuges Lageerkundung für Lokalisation, Kommunikation, Lageerkundung und Dokumentation), aber auch Spezialfahrzeuge wie z.B. Tankanhänger zur Hubschrauberbetankung und Unterstützungsfahrzeuge für die Feuerwehren mit Anhänger zur Wald- und Flächenbrandbekämpfung.

Die Anzahl der Spezialeinheiten und deren dezentralen Standorte orientieren sich an denen der Bergrettungszüge, bzw. den Einsatzkonzeptionen der Bergwachten.

Fahrzeugunterhalt und Fahrzeugunterbringung

Für die Unterhaltung und Unterbringung der Fahrzeuge des Katastrophenschutzes werden derzeit 1.754 € p.a. bereitgestellt. Um die Betriebsbereitschaft und-sicherheit gewährleisten zu können, müssen alle notwendigen Wartungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt werden. Dabei deckt dieser Betrag bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten. Diese müssen für die Fahrzeuge vollumfänglich vom IM getragen werden. Dadurch können diese je nach Fahrzeugtyp schwanken. Die laufenden Betriebskosten für die Fahrzeuge können durch das dual use-System abgedeckt werden. Die Kosten für die Unterbringung der Spezialfahrzeuge müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Ausbildungszentrum und Zentrallager

Das Ausbildungszentrum und das Zentrallager soll bedarfsgerecht für die Bergwachten errichtet und betrieben werden. Für Teile des Ausbildungszentrums und des Zentrallagers werden Baukosten von ca. 3.500.000 € angesetzt.

Ausbildungs- und Übungskosten

Für die Ausbildung und Ausstattung der Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz werden aktuell 130 € pro Person und Jahr bereitgestellt. Der Fachdienst Bergrettung ist als Spezialeinheit im Katastrophenschutz zu betrachten. Der Aufwand und die Kosten für Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte übertrifft bei weitem die der anderen Einsatzeinheiten. Die Kosten der Basisausbildung der BergretterInnen ist über das Rettungsdienstgesetzt und der Kostenerstattung der Krankenkassen gedeckt. Zusätzliche Katastrophenschutzspezifische Ausbildungen und Übungen müssen vom IM finanziert werden.

Ausstattungskosten

Die PSA der BergretterInnen für Bergrettungseinsätze werden zum Teil über die Kostenerstattungen der Krankenkassen getragen. Die im Katastrophenfall eventuell notwendige Zusatzausrüstungen (z.B. Wald- und Flächenbrand) muss vom IM finanziert werden.

Verwaltungskosten

Die Anforderungen an die Bergwacht hinsichtlich Verwaltung, Ausbildung, Ersatzbeschaffung, Abrechnung und Ausstattungsüberwachung steigen kontinuierlich an. Vor dem Hintergrund dieser Komplexität und Aufgabenfülle ist die Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer durch wenige, aber kompetente hauptamtliche Mitarbeiter dringend notwendig. Nur so können geeignete Rahmenbedingungen für das Ehrenamt auf der Fläche für die Zukunft gesichert bzw. hergestellt werden.

Bundesanstalt
Technisches Hilfswerk

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Baden-Württemberg, Burgholzstr. 31, 70376 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Referat I/3 Plenar- und Ausschussdienst,
Drucksachenstelle
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

Jens Sandmann
Referatsleiter Einsatz
Landesverband Baden-Württemberg

HAUSANSCHRIFT Burgholzstr. 31
70376 Stuttgart
TEL +49 711-95555-200
FAX +49 711-95555-850
E-MAIL poststelle.lvbw@thw.de
INTERNET https://www.lv-bw.thw.de

BETREFF **Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft" – Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme**
hier: Ihre E-Mail vom 22. November 2022
AZ 100-E/001-02-02
DATUM Stuttgart, 11. Januar 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" hat in ihrer 7. Sitzung am 11. November 2022 beschlossen, den Landesverband Baden-Württemberg des Technischen Hilfswerkes (THW) zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Möglichkeit daran mitzuwirken „das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen".

Die Stellung des THW als Bundesanstalt bei gleichzeitiger Zuständigkeit der Länder für den Katastrophenschutz bedeutet, dass das Handeln des Technischen Hilfswerkes nur in enger Abstimmung und nach Anforderung der zuständigen Stellen in den Ländern erfolgen kann. In Baden-Württemberg gelingt diese Zusammenarbeit seit vielen Jahren ganz ausgezeichnet. In dieser Konstellation leistet das Technische Hilfswerk aufgrund seines gesetzlichen Auftrages „technische Unterstützung insbesondere auf Ersuchen von für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben …" (THWG).

...

Die für die Gefahrenabwehr zuständige Stelle in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ist in der Regel die kommunale Feuerwehr. Zur Alarmierung bedient sich die Feuerwehr der (integrierten) Leitstelle. Je nach Einsatzstichwort werden vordefinierte Feuerwehr- oder Rettungsdienst-Ressourcen alarmiert. Hier sehen wir Möglichkeiten, die in Krisensituationen handelnden Personen in Zukunft besser zu unterstützen.

In Baden-Württemberg ist die „Leitstellen-Landschaft" hinsichtlich Trägerschaft, Leitstellensoftware, Informationstechnik, Alarmierungs-Prozessen etc. ausgesprochen heterogen. Das THW wird oftmals erst nach der ersten Lageerkundung oder zu einem späten Zeitpunkt im Verlauf Einsatzes durch den Einsatzleiter vor Ort alarmiert. Unter den Bedingungen einer akuten Einsatzlage (Stress, unübersichtliche Situation), von fehlender Erfahrung oder unzureichenden Informationen hängt die Alarmierung des THW zu oft von einer einzelnen handelnden Person und deren Erfahrung ab. Wünschenswert wäre daher ein einheitlicher Katalog von Einsatzstichworten, bei denen die Leitstelle automatisiert einen Fachberater des THW mit alarmiert.

Die THW-Fachberater sind langjährige THW-Mitglieder und speziell geschult, um im Einsatz die Einsatzleiter vor Ort oder in den Einsatzstäben zu den Unterstützungsmöglichkeiten des THW zu beraten. So kann bereits in einer frühen Phase des Einsatzes die zeitnahe Unterstützung durch weitere Einsatzkräfte des THW sichergestellt werden. In Bayern hat sich dieses Vorgehen in Form der „Alarmierungsbekanntmachung" bewährt.

Ich bitte darüber hinaus um Verständnis, dass wir zu den anderen Fragen des Handlungsfeldes 2 keine Stellung nehmen können, da diese unseren Auftrag und unsere Expertise nicht oder nicht unmittelbar berühren. Sehr gerne sind wir als THW Landesverband jedoch bereit, bei der zukünftigen Erarbeitung einer Gesamtstrategie zur Entwicklung einer in allen Bereichen krisenfesteren Gesellschaft mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Sandmann

BUNDESWEHR

Landeskommando Baden-Württemberg
Nürnberger Straße 184, 70374 Stuttgart

Frau
Victoria Otto
Referentin der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst,
Drucksachenstelle
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Aktenzeichen	Ansprechpartner	Telefonnummer	E-Mail	Datum
ohne	Oberst Thomas Köhring	+49 (0) 711 5210 4000.	LKdoBWKdr@Bundeswehr.org	13.01.2022

Zuarbeit LKdo Bw für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Sehr geehrte Frau Otto,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur Arbeit der Enquetekommission beizutragen.

Anbei übersende ich Ihnen den erbetenen Bericht.

Köhring
Oberst

LANDESKOMMANDO BADEN-WÜRTTEMBERG KOMMANDEUR UND STANDORTÄLTESTER STUTTGART

Nürnberger Straße 184
70374 Stuttgart
Tel. +49 (0) 711 5210-4000
Fax +49 (0) 711 5210-4090

WWW.BUNDESWEHR.DE

1. Einleitung

1.1 Bitte der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" an das Landeskommando Baden-Württemberg

Die Enquetekommission hat in ihrer 7. Sitzung am 11. November 2022 beschlossen, „das Landeskommando Baden-Württemberg (LKdo BW) der Bundeswehr, das über große Expertise im Bereich der Krisenvorsorge und -bekämpfung verfügt, zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern", speziell zu den im zweiten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses aufgeworfenen Fragen. Die Mitglieder der Enquetekommission bitten LKdo BW, „insbesondere auf Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Krisen- oder Katastrophenfällen einzugehen und dabei die baden-württembergische Landesgruppe des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. einzubeziehen", dabei nach Möglichkeit auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen, die nach Ansicht LKdo BW erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

Anmerkung LKdo BW: Die Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. ist die Vereinigung der Reservisten der Bundeswehr im Bundesland. Der Verband wirkt im Auftrag des Deutschen Bundestages als besonders beauftragter Träger der Reservistenarbeit außerhalb der Bundeswehr. Er hat eine Mittlerfunktion und keine eigenen originären Aufgaben in der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Deshalb wurde die Landesgruppe in Abstimmung mit dem Landesvorsitzenden, Herrn Oberst d.R. Joachim Fallert, nicht weiter beteiligt.

1.2 Auftrag des LKdo BW (Auszug)

Das LKdo BW

- repräsentiert die Bundeswehr im Bundesland gegenüber zivilen Behörden,
- berät die Landesregierung, zivile Entscheidungsträger und Hilfsorganisationen in Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit sowie zu den Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung durch die Bundeswehr bei der Vorbereitung auf Katastrophen- und Unglücksfälle,
- berät im Katastrophen- und Unglücksfall Ebenen gerecht zivile Behörden und koordiniert zivile Unterstützungsforderungen,

- unterstützt in Katastrophen- und Unglücksfällen Bundeswehr-Kontingente nach Abstimmung mit zivilen Gefahrenabwehrbehörden,
- hält vor Verbindungselemente zur jeweiligen föderalen Ebene in Grundbetrieb und Einsatz und
- stellt sicher Verbindung zu Innenministerium sowie Nachbarländern bei Einsätzen zur Katastrophenhilfe oder Großereignissen.

Um die Beratung der zivilen Behörden sicherzustellen, hält LKdo BW insgesamt 51 Verbindungskommandos bestehend aus jeweils bis zu 12 Reservisten vor. Die Verbindungen bestehen zu:

- Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg,
- Regierungspräsidien (4x Bezirksverbindungskommando (BVK))
- Landkreisen und kreisfreien Städten (44x Kreisverbindungskommando (KVK))
- Schweiz (jeweils zu den Territorialdivisionen 2 und 4)
- Frankreich (zu den Militärdelegierten der Departements 67 und 68).

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen der Amtshilfe

Im Rahmen des Artikels 35 GG unterstützen Truppenteile und Dienststellen der Bundeswehr durch Hilfeleistungen andere staatliche Stellen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die zu erbringenden Unterstützungsleistungen setzen einen entsprechenden Antrag voraus.

- Artikel 35 Absatz 1 GG verpflichtet alle Behörden des Bundes und der Länder, sich gegenseitig Amtshilfe zu leisten.
- Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 1 GG ermöglichen darüber hinaus den Einsatz der Streitkräfte unter Androhung und/oder Anwendung von hoheitlichen Zwangs- und Eingriffsbefugnissen bei Naturkatastrophen oder bei besonders schweren Unglücksfällen.

Amtshilfe wird für die Bundesverwaltung durch die §§ 4 bis 8 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG) konkretisiert.

Aus diesen Regelungen ergeben sich u.a. folgende Aspekte:

- Bis auf Sonderfälle in besonderen Notsituationen sind Maßnahmen im Rahmen der Amtshilfe grundsätzlich genehmigungspflichtig, im Rahmen Art. 35 Absatz 1 durch das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr, darüber hinaus durch das Bundesministerium der Verteidigung.

- Für die Amtshilfe gilt das Subsidiaritätsprinzip, d.h. sie wird nur wahrgenommen, wenn die originär für die jeweilige Aufgabe zuständige Behörde nicht bzw. nicht mehr dazu in der Lage ist (z.B. weil eigene zivile Ressourcen erschöpft sind). Für die Bundeswehr bedeutet dies, dass sie keine Kräfte und Mittel „exklusiv" für die Amtshilfe aufstellt und bereit hält, sondern dass entsprechende Aufträge aus dem Pool von Personal und Material heraus erfüllt werden müssen, der für die Erfüllung des militärischen Kernauftrages aus dem Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes alimentiert wird und lageabhängig zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbar gemacht werden kann.
- Grundsätzlich sind Kosten, die der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe entstehen, zurück zu erstatten. Im Einzelfall kann auf die Erstattung verzichtet werden, wie z.B. bei der Corona-Pandemie.
- Nicht zulässig sind Maßnahmen im Rahmen der Amtshilfe, die eine Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet darstellen würden (z.B. Transportleistungen, für die es im gleichen Zeitraum regional auch zivile Anbieter gibt).

1.4 Zivil-militärische Zusammenarbeit in der Praxis

Zivil-militärische Zusammenarbeit ist eine Fähigkeit der Streitkräfte zur umfassenden ressortübergreifenden Zusammenarbeit im In- und Ausland. Am Beispiel Innenministerium BW und LKdo BW soll dies exemplarisch dargestellt werden. Das LKdo BW pflegt mit dem Innenministerium kontinuierlich zu allen wichtigen gemeinsamen Themen intensive Kontakte auf Arbeitsebene und hat, wie bereits erwähnt, ein Verbindungskommando, bestehend aus Reservisten, das bei Bedarf aktiviert und zur Verfügung gestellt wird. Zusätzlich ist LKdo BW ständiges Mitglied im Landesbeirat für den Katastrophenschutz. Es bestehen sehr gute Arbeitsbeziehungen auf den unterschiedlichsten Ebenen zwischen den zwei Behörden. Intensiviert wurden das Verhältnis und das gegenseitige Verständnis auch durch gemeinsame Übungen wie BWTEX 19 und LÜKEX. Des Weiteren wird ein frühzeitiger und umfassender Informationsaustausch, auch bereits im Vorfeld von sich abzeichnenden Krisen, durchgeführt. Die bestehenden Kontakte und Mechanismen haben sich im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015/16 und der Corona-Pandemie hervorragend bewährt.

Im Zeitraum Oktober 2015 bis Juni 2016 wurden insgesamt 115 von 124 eingereichten Hilfeleistungsanträgen gebilligt und die geforderten Leistungen erbracht, dabei waren zeitweise bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, z.B. bei der Einrichtung und dem

Betrieb von Unterkünften, der Registrierung von Flüchtlingen sowie für Transportleistungen. Im Falle der Corona-Pandemie lag die Zuständigkeit für die überwiegende Anzahl an Aufgabenbereichen des Landes, bei denen eine Unterstützung durch die Bundeswehr erforderlich wurde, beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, mit dem bisher keine direkten Arbeitsbeziehungen zum Landeskommando BW bestanden und dessen Vertreter auch kaum Erfahrung mit den Amtshilfeverfahren hatten. Dieses Manko konnte aber durch die zentrale Koordination aller Hilfeleistungsersuchen mit Corona-Bezug durch das Innenministerium auf ziviler Seite, die Intensivierung der Kontakte und temporäre Personalabstellungen kompensiert werden, sodass der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe nach relativ kurzer Zeit für alle beteiligten Stellen äußerst professionell und nahezu störungsfrei ablief. Von knapp über 800 gestellten Amtshilfeanträgen wurden im Zeitraum März 2020 bis März 2022 circa 700 gebilligt. In der Spitzenzeit haben zeitgleich über 1.900 Soldatinnen und Soldaten im Land unterstützt., z.B. bei der Kontaktpersonennachverfolgung, beim Betrieb von Impfzentren und bei der Durchführung von Corona-Schnelltests in Senioren- und Pflegeheimen. Sowohl in der Flüchtlingskrise, als auch im Rahmen der Corona-Pandemie war der Hauptgrund für die Ablehnung von Amtshilfeanträgen das Fehlen von Ressourcen der Bundeswehr (z.B. medizinisches Fachpersonal). Bei beiden großen Krisen der letzten Jahre wurden in der weit überwiegenden Mehrzahl aktive Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr eingesetzt, aber auf Grundlage freiwilliger Meldungen und – soweit zutreffend – mit Zustimmung der jeweiligen Arbeitgeber auch mehrere hundert Reservistinnen und Reservisten. Insbesondere die ebenfalls zur Reserve gehörenden Angehörigen der Verbindungskommandos haben sich dabei aufgrund ihrer regionalen Personen- und Ortskenntnis als unverzichtbares Bindeglied zwischen dem Landeskommando und der Bezirks- sowie Kreisebene erwiesen.

2. Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

Im Weiteren werden konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge für die zivil-militärische Zusammenarbeit aufgezeigt, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf zukünftige Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung sowie Katastrophen noch zielgerichteter aufzustellen. Leitend bei den diesbezüglichen Überlegungen war für das LKdo BW das folgende Zitat aus dem Dokument zur Neuausrichtung des BBK: „Wer sich auf Notlagen vorbereitet – durch Risikoanalyse, durch Lagebeobachtung,

durch Krisenmanagementstrukturen, durch Planung und Übung – kommt besser durch die Krise"[1].

2.1. Vernetzter Ansatz

Für eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung ist es zielführend, wenn sich die beteiligten Organisationen und Personen bereits im Vorfeld gut kennen (Stichwort „Vor der Krise Köpfe und Kompetenzen kennen") und mit den Besonderheiten sowie Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Organisation vertraut sind. Grundsätzlich ist in Baden-Württemberg bis hin zur Kreisebene ein hoher Grad an Vernetzung der verschiedenen für die Bewältigung von Krisen erforderlichen Behörden und Organisationen gegeben, Umfang und Intensität der Interaktion erscheinen aber oftmals personenabhängig und haben darüber hinaus auch durch den zeitweiligen Stillstand aller Aktivitäten im Rahmen der Corona-Pandemie erheblich gelitten. Der durch das Innenministerium Baden-Württemberg initiierte Landesbeirat für den Katastrophenschutz, in dem auch die Bundeswehr ständiges Mitglied ist, ist eine sehr gute Plattform zur Diskussion und Abstimmung grundsätzlicher Themen, die Umsetzung erfolgt aber – wie gesetzlich vorgesehen- im Wesentlichen dezentral und unterliegt der jeweiligen örtlichen Prioritätensetzung. Aus hiesiger Sicht wäre es sinnvoll, im Rahmen des Beirates für Katastrophenschutz kleinere Expertengruppen mit der Entwicklung von Vorschlägen für die Verbesserung der Maßnahmen zur Vernetzung aller relevanten Behörden und Organisationen zu beauftragen. Dazu könnten z.B. regelmäßigere Foren zum Informationsaustausch sowie eine Ausweitung und Verstetigung der wechselseitigen Beteiligung an Führungslehrgängen gehören. Die Bundeswehr beteiligt sich mit Vorträgen im Rahmen von Führungslehrgängen bei der Polizei sowie der Landesfeuerwehrschule und hat dies auch dem Ausbildungszentrum THW angeboten. Aus hiesiger Sicht ist es wichtig, dass dieses „Angebot" von allen Beteiligten wechselseitig auf allen Ebenen der föderalen Struktur angeboten und wahrgenommen wird.

2.2 Übungsintensivierung

Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung zu verbessern, wird empfohlen, zukünftig mehr Übungen

[1] Stärkung des Bevölkerungsschutzes durch Neuausrichtung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, März 2021

mit allen relevanten Stellen in einem kontinuierlichen Rhythmus durchzuführen. Übungen sollten dabei auf allen Ebenen sowie in den unterschiedlichsten Formen (Planübungen, Stabsrahmenübungen, Vollübungen etc.) in Baden-Württemberg durchgeführt werden, sinnvoll wären dabei die Entwicklung und Nutzung eines weitgehend standardisierten „lessons learned"-Prozesses und die landesweite Bereitstellung der Erkenntnisse.

Die bisher häufige Praxis, dass die übende Behörde auch für die Erstellung und Auswertung der Übung zuständig ist, hat aus hiesiger Sicht klare Nachteile, der Lerneffekt wäre deutlich höher, wenn die Details des Szenarios nicht bereits Teilen der übenden Behörde bekannt wären und externe Übungsauswerter mit einem neutralen Blick auf das Übungsgeschehen blicken könnten. Dass ein solcher Ansatz ressourcenintensiver wäre, ist offensichtlich, er bietet aber den Vorteil einer realistischeren Beübung der betroffenen Stäbe, da diese, wie in der Realität, schnell auf unerwartete Situationen reagieren müssen.

Neben den „klassischen" Katastrophenschutzübungen (z.B. zu Waldbränden, Überschwemmungen oder Erdbeben) sollten auch verstärkt weitere den aktuellen Herausforderungen entsprechende Szenarien beübt werden (z.B. Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, Energiemangellage, Blackout).

2.3. Gemeinsames Lagebild

Eine Lage ist die Gesamtheit aller Faktoren, die auf die Auftragserfüllung einwirken oder einwirken können. Dazu gehören vor allem eigene und fremde Kräfte einschließlich ihrer Mittel, der Raum und die darin wirksamen Umwelteinflüsse, die verfügbare Zeit sowie die Bewertung der Informationen. Die Aggregation all dieser Faktoren (Kräfte, Raum, Zeit, Informationen) und deren Bewertungen ist das Lagebild. Lageinformationen werden generiert aus Meldungen und unterschiedlichsten anderen Informationen der Akteure.

Ein gemeinsames Lagebild ist die aus einer gemeinsamen Datenbasis generierte, auftragsbezogene Darstellung von Lagedaten in ihrem räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit dem Zweck, ein gemeinsames Lageverständnis zu fördern und Entscheidungsfindungen zu unterstützen sowie zur Koordinierung der Kräfte beizutragen.

Besonders in Krisensituationen ist es für die verantwortlichen Akteure entscheidend, auf ein gemeinsames Lagebild zurückgreifen zu können. Mit dem Tool „Elektronische Lagedarstellung Bevölkerungsschutz" (ELD BS) des Innenministeriums, auf das das LKdo BW bereits Zugriff hat, ist ein erster Schritt in diese Richtung bereits getätigt.

Deshalb wird empfohlen, auf der Basis der vorhandenen technischen Mittel für Szenare mit Beteiligung der Bundeswehr ein gemeinsames zivil-militärisches Lagebild (digital und zumindest in den wichtigsten Elementen auch analog) zu generieren und den beteiligten Akteuren zur Verfügung zu stellen, um einen einheitlichen Informationsstand sicherzustellen und die Entscheidungsfindung der jeweiligen Führung zu unterstützen. Nicht nur, aber speziell auch im Hinblick auf Szenarien, die über den Katastrophenschutz hinausgehen, z.B. im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung, müssen die beteiligten Organisationen in der Lage sein, krisenrelevante Daten so auszutauschen, dass sie gegen unbefugten Zugriff bzw. Manipulation abgesichert sind und gesichert übermittelt werden können. Deshalb sollte bereits bei der Entwicklung der Parameter für ein gemeinsames Lagebild festgelegt werden, welche Daten zwischen der beteiligten Organisation wie zu verschlüsseln sind.

2.4 Vertiefte Zusammenarbeit auf allen Ebenen

Durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) und der angegliederten Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) sollte zunächst versucht werden, die Informationsbasis über potentielle krisenhafte Entwicklungen und adäquates Handeln zu deren Bewältigung sowie die Aus- und Weiterbildung haupt- und ehrenamtlicher bzw. in Nebenfunktion tätiger Funktionsträger zu verbessern. Da BBK und BABZ aber bundesweite Zuständigkeiten haben, auch nur über begrenzte Kapazitäten verfügen und es für ein erfolgreiches Krisenmanagement entscheidend ist, regionale Spezifika zu kennen und bewerten zu können, wäre es aus hiesiger Sicht sinnvoll, ein „Pendant" auf Länderebene zur Wahrnehmung der umfangreichen nichtministeriellen Detailaufgaben im nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Inneres, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg zu etablieren. Hierfür sind verschiedenste organisatorische Lösungen denkbar, deren Bewertung außerhalb der Zuständigkeit des LKdo BW liegt. Entscheidend sind aber aus hiesiger Sicht die folgenden Kriterien für eine solche Organisation: Einbindung aller relevanten Behörden und Organisationen, Kontinuität in der Aufgabenwahrnehmung (d.h. keine temporäre Projektorganisation), Kompetenz und Kapazität zur Durchführung von Lehrgängen und Schulungsmaßnahmen, zur Auswertung von Erfahrungen aus Krisen in anderen Regionen im Hinblick auf die Situation in BW sowie zur Entwicklung, Unterstützung und Auswertung von Übungen auf Ebene der Regierungsbezirke und Kreise.

Ausführungen des Organisationsbereichs CIR der Bundeswehr

Klassifizierung: OFFEN – AMTS- U. DIENSTGEHEIMNIS/PersDat Schutzbereich 1

Sehr geehrte Frau Dobosch,

wenngleich eine formale Antwort des GB BMVg nicht vorgesehen ist, möchten wir Ihnen mit u.a. Tabelle einige Aspekte beistellen.
Diese sind nicht als Position des BMVg zu verstehen, sondern geben zu ausgewählten Teilfragestellungen im Interessenbereich CIR die Meinung des OrgBer wieder.

Das zweite Handlungsfeld behandelt staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Herkömmlicherweise ist das die Koordination und Führung der zu ergreifenden Maßnahmen durch dafür ausgebildete staatliche Stäbe. Es geht dabei weniger um eine Engführung auf verwaltungsinterne Abläufe innerhalb von Organisationseinheiten als vielmehr um eine Weiterentwicklung der ressort-, ebenen- und auch grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie des Zusammenspiels von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen entwickeln, die dazu geeignet sind,

a)	**Frage/ Aspekt**	eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, - früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtsstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren
	Antwort	Im Cyber- und Informationsraum (CIR) ist der zuvor skizzierte Aspekt nur unter der Stärkung gesamtstaatlicher Sicherheitsstruktur (wie z.B. National Cyber- Abwehrzentrum) und unter enger Einbindung von mit Sicherheitsaufgaben befassten Landes- und Bundesbehörden wie auch diverser wirtschaftlicher Akteure der Digitalwirtschaft denkbar. Die Stärkung der Kompetenzen im CIR auf Bundesebene, wie dies das IT-SiG 2.0 vorsieht, sind nach hiesiger Einschätzung und mit Blick auf eine effektive, flexible Krisenvorsorge sowie unter Wahrung der verfassungsgemäßen Grundordnung der Gewaltenteilung der erfolgsversprechende Ansatz im CIR. Für eine gesamtstaatliche Reaktions- und Handlungsfähigkeit auf eine (erhebliche Cyber-Krise) ist mindestens eine zielführende Koordination, besser eine eindeutige Führung und Steuerung von Maßnahmen verschiedener Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und Bund entscheidend. Ein erfolgreicher digitaler Angriff auf kritische Infrastrukturen mit der Folge bspw. eines gleichzeitigen Blackouts in mehreren Großstadt berührt Zuständigkeiten der Kommune, von Länder- und Bundesressorts im Bereich CISO. Für eine geordnete Schadensbekämpfung wird eine erst anzufordernde Amtshilfe und eine fehlende Koordinierte Vorgehensweise weder hinreichend schadensbegrenzend noch schadensabwehrend sein. Die heutigen Verantwortungen und Kompetenzen von Kommunen, Ländern und Bund (Stichwort Trennungsgebot) sollten dabei nicht unantastbar sein, sondern eine gesamtstaatliche Reaktions- und Handlungsfähigkeit allein an effektiven Maßnahmen zur Minderung des Risikos für den Bevölkerungsschutz ausgerichtet sein.
b)	**Frage/ Aspekt**	die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren
	Antwort	Ein freiwilliges Cyber-Hilfswerk kann mit der Cyber-Reserve der Bundeswehr gemeinsam Mehrwerte für die gesamte Gesellschaft erzielen. Vorschlag zur Einrichtung eines Boards im BMI und Durchführung von regelmäßigen Besprechungen/Lagen mit allen betroffenen Ressorts.
c)	**Frage/ Aspekt**	die in Krisensituationen verantwortlichen Akteure dabei zu unterstützen, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren.
	Antwort	Vorschlag zur Durchführung gemeinsamer Übungen mit Katastrophenszenarien (z. B. an der FüAkBw, ggf. auch im Rahmen LÜKEX) mit allen beteiligten staatlichen sowie ausgewählte nicht-staatlichen Organisationen zur Verbesserung/Förderung der Führungsfähigkeit.
d)	**Frage/ Aspekt**	die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, - früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern

	Antwort	Angemessene Beteiligung an den Übungen mit Katastrophenszenarien (zum Beispiel Schadcodebefall einer kommunalen Behörde, aber auch regionaler Ausfall Mobilfunkversorgung über mehrere Tage) wäre zu prüfen.
e)	**Frage/ Aspekt**	die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts zu definieren sowie die ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln
	Antwort	Für den Anteil Cybersicherheit sollte das BSI als Zentralstelle zur Koordinierung und Steuerung im Bund-Länder-Verhältnis ausgebaut werden.
f)	**Frage/ Aspekt**	eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen
	Antwort	Sensibilisierung der Bevölkerung durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ggf. erweitert durch den Anteil LV/BV -BMVg) unter Nutzung der modernen/sozialen Medien (Änderung Mindset).
g)	**Frage/ Aspekt**	die Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten systematischer zu gestalten
	Antwort	Durch Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bzw. durch die jeweiligen Bundesländer einzubringen, ggf. Rückgriff auf die Expertise UniBw (Expertise im Bereich Cybersicherheit).
h)	**Frage/ Aspekt**	die Zivilgesellschaft so zu stärken, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt
	Antwort	Sensibilisierung der Bevölkerung, Erarbeitung und Verteilung von Handlungsanweisungen, Durchführung von (regional begrenzten/überregionalen) Szenaren (Szenar „bundesweiter Warntag am 08 DEC 2022“ ggf. künftig auf spezifische Testlagen zuschneiden, Berücksichtigung von Cyberlagen).
i)	**Frage/ Aspekt**	Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)
	Antwort	Schutz der kritischen Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge auf Bundes-/Länderebene (Energieversorgung, Krankenhäuser und Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Versorgung mit Lebensmittel, Telekommunikation, Verkehrsinfrastruktur, Kraftstoffversorgung)
j)	**Frage/ Aspekt**	Krisenbezogene Daten so zu erfassen, zu speichern und auszutauschen, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet sind und den Datenschutz so weiterzuentwickeln, dass er dem nicht entgegensteht und zugleich das individuelle Persönlichkeitsrecht wahrt.
	Antwort	Unter Verweis auf die AR A-125/1 Krisenvorsorgeinformationssystem der Bundeswehr (VS-NfD) sowie das KVInfoSys BUND sei auf die etablierten Informationsaustauschbeziehungen von BMI, AA, BMVg, BND hingewiesen. Ohne Kenntnis über die konkret vom Fragesteller beabsichtigten Typen von „Krisenbezogenen Daten“ scheint eine Möglichkeit der Erweiterung eines bereits etablierten Informationsraumes zum Zwecke der Bewältigung von Krisen vielversprechend.

Im Auftrag

Daniel Prenzel
Fregattenkapitän
KdoCIR SO1 ChdSt

BUNDESWEHR

Kommando Cyber- und Informationsraum
Chef des Stabes

Johanna-Kinkel-Straße 2-4 | D 53175 Bonn
Büro: Etage 1 Raum 226

Telefon: +49 (0) 228 53683-1211 (Bw: 3411)
E-Mail: DanielPrenzel@bundeswehr.org
KdoCIRChdSt@bundeswehr.org

Internet: https://cir.bundeswehr.de
Twitter: https://twitter.com/cirbw

DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Landesvorsitzender
Ralf Kusterer

DPolG BW, Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart

Landesverband Baden-Württemberg
Kernerstraße 5
70182 Stuttgart

Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Az: Enquete_Krise/2023/0001a/Lei

Landtag von Baden-Württemberg
Referat I/3 - Plenar- u. Ausschussdienst, Drucksachenstelle
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

-per E-Mail-
Sandy.Dobosch@landtag-bw.de

Stuttgart, den 13. Januar 2023

Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"
- **Stellungnahme zu effektiver staatlichen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung**

Bezug: Ihre E-Mail vom 22. November 2022

Sehr geehrte Damen und Herrn,

die Enquetekommission hat in ihrer 7. Sitzung am 11. November 2022 beschlossen, die **Deutsche Polizeigewerkschaft im dbb (DPolG) Landesverband Baden-Württemberg e.V.,** die Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk BW e.V. und den BBW Beamtenbund Baden-Württemberg, die jeweils über große Expertise im Bereich der Krisenvorsorge und -bekämpfung verfügen, zu einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme aufzufordern.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir keine gemeinsame Stellungnahme abgeben. Es handelt sich beim Beamtenbund Baden-Württemberg wie auch beim Deutschen Gewerkschaftsbund um (selbständige) sogenannte Spitzenorganisationen im Sinne des Landesbeamtengesetzes. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist Mitgliedsorganisation beim BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg. Aufgrund zeitlicher Überscheidungen haben wir mit dem BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg vereinbart, eine gesonderte Stellungnahme zu übersenden. Eine Abstimmung mit der Gewerkschaft der Polizei im Deutschen Gewerkschaftsbund erfolgte nicht.

I. Ausgangslage

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg beschäftigt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren mit der Frage, wie das baden-württembergische Gemeinwesen besser vor Krisen geschützt werden kann.

Dabei sollen vor allem auch Lehren aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie gezogen werden. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, um Staat und Gesellschaft krisenfester aufzustellen.

Insgesamt will sich die Enquetekommission in Bezug auf die Krisenfestigkeit von Staat und Gesellschaft vier verschiedenen Bereichen widmen. Das zweite Handlungsfeld betrifft die Frage nach **effektiver staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung**. Die Kommission soll unter anderem erörtern, wie das Zusammenwirken von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft in diesem Bereich optimiert werden kann. Des Weiteren soll untersucht werden, wie staatliche Stellen ebenen-, ressort- und grenzübergreifend besser zusammenarbeiten können. Zudem sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert werden, deren Betrieb auch in Krisenzeiten prioritär sicherzustellen ist.

Gerne folgen wir der Bitte und beantworten nachfolgend die im zweiten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses aufgeworfenen Fragen, soweit diese unserem Tätigkeitsfeld und unsere Expertise betreffen. Gerne unterbreiten wir den Mitgliedern der Enquetekommission dabei auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge, die unserer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

II. Vorbemerkungen

Vorangestellt sei darauf hingewiesen, dass sich der Fokus dieser Enquetekommission neben der Bewältigung von Krisen gleichermaßen auf die Bewältigung von Katastrophen richten sollte. In Abgrenzung zu Krisen sind Katastrophen grundsätzlich noch weniger vorhersehbar und von hoher zeitlicher Dringlichkeit gekennzeichnet.

Obwohl sich die Corona-Pandemie sehr früh mit den Entwicklungen in China abgezeichnet hat, konnte man den Eindruck gewinnen, dass außer der Kenntnisnahme medialer Berichterstattung kaum staatliche Maßnahmen getroffen wurden. Krisenstäbe und insbesondere der innerministerielle (Krisen-/Verwaltungs-)Stab ist erst sehr spät zusammengetroffen. Einzelne Ministerien haben sich erst sehr spät mit dem Thema befasst. Dem gegenüber haben einige Ministerien sehr früh bereits an Erfahrungsberichte gedacht und wurden dann mehr oder weniger von der zweiten Welle überrascht.

Ähnliche Feststellungen kann man mit Blick auf den Kriegsbeginn in der Ukraine und dem einsetzenden Flüchtlingsstrom aus der Ukraine feststellen. Trotz Warnung von Sicherheitsbehörden wurden kaum sicherheitspolitische Maßnahmen getroffen, die hilfreich und notwendig gewesen wären. Zwar hatte man frühzeitig umfassende Erkenntnisse und hätte auch frühzeitig Regelungen und Maßnahmen insbesondere auf der Bundesebene treffen können. Man entschied sich aber, auch das stellte sich als Fehler dar, den Status der Kriegsflüchtlinge so festzulegen, dass vermeintlich bspw. keinerlei Registrierungen durchgeführt wurden. Solche Maßnahmen mussten später dann die Kommunen dezentral und überfordernd selbst treffen, verbunden mit entsprechenden Betrugsrisiken.

Bereits vor Jahren war mit der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl (26. April 1986) insbesondere für den Süddeutschen Raum eine erhebliche Herausforderung eingetreten. In Süddeutschland beherrschten monatelang Diskussionen über das Ausmaß der radioaktiven Belastung von Lebensmitteln und anderer möglicher Kontaminationen sowie der adäquate Umgang damit die Öffentlichkeit. Die getroffenen Maßnahmen können auch hier als eher zögerlich und wenig strukturiert bezeichnet werden. Die Verunsicherung in der Bevölkerung war entsprechend groß.

In allen drei Krisenbereichen wurde deutlich, dass insbesondere – teilweise nur - die Polizei als operative Organisation in der Lage war, effektive Maßnahmen zu treffen. Die Berufsfeuerwehren konnten ebenso frühzeitig eingesetzt werden. Viele andere Behörden waren teilweise (in allen drei Bereichen) personell, materiell und konzeptionell überfordert. Die insbesondere bei großen Schadensereignissen zu verzeichnende „chaotische Phase“ dauerte viel zu lange, um die Bevölkerung schnell und umfassend zu schützen bzw. die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Alle drei Beispiele waren geprägt von erheblichen föderalen Defiziten, die insbesondere bei der Pandemie zu einer großen Verunsicherung der Bevölkerung geführt haben und die mit großen Informationsdefiziten verbunden waren.

In allen zurückliegenden Krisen wurde die Schwäche des Staates offensichtlich. Fehlende Vorsorge, fehlendes Üben von relevanten Szenarien, völlig falsche strategische und politische Entscheidungen (beispielsweise der Abbau des Sirenenwarnsystems) zeichneten die Situation.

Leider muss heute festgestellt werden, dass kaum mit organisatorischen und taktischen Maßnahmen reagiert wurde und im Grunde genommen nach dem Motto „weiter so“ verfahren wird. Auch behördenintern wurde nicht zuletzt aufgrund fehlender personeller Ressourcen frühzeitig auf den „Normalbetrieb“ umgestellt und besondere Maßnahmen eingestellt. Dabei würde eine erneute umfangreiche pandemische Lage oder andere Krisen zunächst wieder zu einer „hoch-chaotischen Lage“ führen.

Eine ähnliche Situation erlebten wir in Baden-Württemberg in Braunsbach und in Rheinland/Pfalz und Nordrhein-Westfalen bei der HochwasserKATASTROPHE im Ahrtal. Auch hier wurden unglaubliche Defizite erkennbar, die teilweise das Leben der Bürgerinnen und Bürger, in vielen Fällen aber die Existenz bedrohten. Ohne dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses in RP vorzugreifen, zeigte sich hier überdeutlich, wie Zeitdruck und fehlende rasche Entscheidungen die Situation maßgeblich verschlimmert haben. Dabei gilt es mit Bezug auf das Ahrtal festzustellen, dass auch nach längerer Zeit kaum wesentliche Fortschritte erreicht wurden.

Allen Beispielen immanent ist die Frage, wie der Staat auf die einzelnen und sicher umfangreich vertretenen Erfahrungen und Bewertungen zurückgreift, um sich besser für die Zukunft aufzustellen. Defizitäre Haushalte, aktuell beispielsweise bei der Polizei, zeigen die fehlende politische Bereitschaft, schon für den Alltagsbetrieb die staatlichen Organisationen so aufzustellen, dass diese ihre Aufgaben erledigen und der Staat seiner grundsätzlichen Schutzaufgabe und der Daseinsvorsorge gerecht wird.

Es muss jedem bewusst sein, dass die Bewältigung einer Krise immer „on top“ zum Tagesgeschäft erfolgen muss. Abstriche im Tagesgeschäft sind daher immanent und umso größer, je weniger Personal und Ausstattung bereits im Alltag zur Verfügung stehen. Hier muss im Vorfeld klar sein, auf welche staatliche Leistung zugunsten der Bewältigung der Krise temporär verzichtet werden kann.

Wichtig dabei ist, dass in allen Krisenbereichen eine gründliche Aufarbeitung erfolgt. Diese institutionalisierte Aufarbeitung muss im Grunde genommen politisch separat und neutral erfolgen. Loyalität und Gehorsamspflichten verhindern teilweise schon im Alltagsbetrieb sachgerechte Aufarbeitungen. Dabei stellt sich immer die Frage, wie eine systematische Aufarbeitung ggf. digitalisiert und mit künstlicher Intelligenz erfolgen und dadurch auch übertragbar und nutzbar gemacht werden kann.
Wichtig dabei ist auch, dass vor der Betrachtung einer effektiven staatlichen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung die Feststellung zur Kenntnis genommen wird und als primärer Handlungsansatz für alle weiteren Betrachtungen vor die Klammer gezogen wird, dass der Staat im regulären Alltagsgeschehen aktuell nicht in der Lage ist, seine Aufgaben professionell und lückenlos zu erfüllen. Wenn an dieser Stelle bereits die politische Betrachtung und Bewertung mit einem „Aber“ antwortet, können alle Maßnahmen nur ein Stückwerk sein. Denn dann müsste die staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung einen so hohen Stellenwert einnehmen, der das staatliche Handeln im Alltag übersteigen muss, um überhaupt effektiv sein zu können.

Der Ansatz der Deutschen Polizeigewerkschaft hierzu ist jedoch, dass die „Alltagsfähigkeit“ des Staates bereits so hoch müsste, dass alle weiteren Maßnahmen zur effektiven staatlichen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung entweder entbehrlich und bereits implementiert sind, oder aber der Aufwand dafür lediglich in geringem Umfang erforderlich ist.

III. Begriffsdefinitionen

Vorweg stellen wir zur Klarstellung nachfolgende Begriffs-Definitionen und Erklärungen fest.

a) Krise

Krise ist eine problematische, oft unvermittelt auftretende und mit einer Zuspitzung verknüpfte Situation. Häufig ist sie mit einem Dilemma verbunden und/oder die Situation steht an einem Scheideweg. Im Synonym beziehen wir in unsere Stellungnahme die Katastrophe mit ein, die ein folgenschweres Unglücksereignis mitsamt dessen Folgen darstellt. Im engeren Sinn ist es eine länger andauernde und meist großräumige Schadenlage, die mit der normalerweise vorgehaltenen Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei) nicht angemessen bewältigt werden kann und die man beispielsweise nur mit Hilfe aus anderen Regionen oder Staaten bewältigen kann. Unter einer Krise in der Unternehmensführung wird speziell eine Gefährdung des Fortbestehens eines Unternehmens oder eines wesentlichen Geschäftsbereichs verstanden. Auch das trifft auf den Staat und die hier zu beleuchtenden Themen zu.

Beide, sowohl Katastrophen als auch Krisen, können auch kausal miteinander verbunden sein. So war die Nuklearkatastrophe von Fukushima eine Katastrophe für hunderttausende Menschen, die den radioaktiv verstrahlten Umkreis um die explodierten Kernreaktoren herum verlassen mussten. Gleichzeitig führte sie unmittelbar zu einer Krise für den japanischen Staatshaushalt, der vor enormen finanziellen Belastungen steht und für den Betreiber der Anlage.

b) Krisenvorsorge

Unter dem Begriff „Krisenvorsorge“ werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die zur Vorbereitung auf einen Ernstfall wie eine Naturkatastrophe oder eine Pandemie dienen. Dabei umfasst die Krisenvorsorge nicht nur Vorräte, sondern beispielsweise auch das Wissen über richtige Verhaltensweisen und Erste Hilfe.

Vorsorge steht allgemein für vorbeugendes Handeln, wobei gerne umgangssprachlich der Begriff Prävention verwendet wird. Darunter subsumiert man Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken zu verringern oder die schädlichen Folgen von Katastrophen oder anderen unerwünschten Situationen abzuschwächen. Der Begriff der Vorbeugung wird synonym verwendet.

Vorsorge bezeichnet das Maß an Bereitschaft und an Fähigkeit personeller und materieller Mittel sowie von Strukturen, Gemeinschaften und Organisationen zu einer wirksamen und raschen Katastrophenbewältigung, erzielt durch vorab durchgeführte Maßnahmen.

Vorbeugende Maßnahmen trifft man z. B. als Kriminalprävention, als Unfallverhütung unter anderem in den Bereichen der Arbeits- und der Verkehrssicherheit, im Kinderschutz, als vorbeugender Brandschutz und als Krisenprävention in der Politik und Wissenschaft (z. B. Pandemieprävention).

Maßnahmen zur Prävention wird eine große ökonomische Effizienz zugeschrieben. Entsprechend groß ist das Interesse seitens Politik und Wirtschaft, vielfach und weitreichend Programme zur Prävention einzuleiten und teilweise auch verpflichtend zu gestalten. Eine besondere Schwierigkeit entsteht, wenn die anfallenden Kosten, der zu erwartende Nutzen und der dafür notwendige Eingriff in die Persönlichkeitsrechte gegeneinander abgewogen werden müssen.

c) Krisenbewältigung

Während sich die Krisenprävention mit potenziellen Krisen befasst, ist es Aufgabe des Krisenmanagements, also die Aufgabe der Krisenbewältigung, bei und nach dem Eintritt einer Krise den möglicherweise entstehenden personellen (Personenschaden) und materiellen Sachschaden zu bekämpfen, einzudämmen und die Krise zu meistern. Der dauerhafte Verlust von Performance kann unmittelbar als Krise verstanden werden. Das Krisenmanagement hat sich insbesondere mit den Krisenarten wie Cyberattacken, Energiekrisen, Epidemien, Finanzkrisen, Kriege, Naturkatastrophen, Pandemien, politischen Krisen, psychiatrischen Krisen, Terrorismus oder Wirtschaftskrisen zu befassen.

IV. Das zweite Handlungsfeld

Das zweite Handlungsfeld behandelt staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Herkömmlicherweise ist das die Koordination und Führung der zu ergreifenden Maßnahmen durch dafür ausgebildete staatliche Stäbe. Es geht dabei weniger um eine Engführung auf verwaltungsinterne Abläufe innerhalb von Organisationseinheiten als vielmehr um eine Weiterentwicklung der ressort-, ebenen- und auch grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie des Zusammenspiels von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Literaturanalyse/-studie
Die Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft" beginnt nicht bei „Null“. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aber auch behördeninterne oder ministerielle Regelungen bilden eine gute Basis, um in einer umfangreichen und umfassenden Literaturanalyse/-studie eine Überprüfung des angestrebten und bereits ermittelten Zustandes zu erheben.

Leitlinien der Bundesregierung und anderer Stellen
Wir verweisen an dieser Stelle u.a. auf die Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Frieden, Sicherheit und Entwicklung sind keine isolierten Themenfelder – das eine ist ohne das andere nicht zu haben. In diesem Verständnis hatte die Bundesregierung 2017 unter Federführung des Auswärtigen Amts ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept für den Umgang mit internationalen Krisen und bewaffneten Konflikten erstellt: die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Der 2021 erschienene Umsetzungsbericht zieht Bilanz, wie seit Verabschiedung der Leitlinien die Instrumente und Verfahren der Bundesregierung gestärkt wurden, um noch besser auf Krisen zu reagieren – oder besser noch: diese zu verhindern. Erfahrungen in den wichtigen Themenfeldern Rechtsstaatsförderung, Sicherheitssektorreform, Vergangenheitsarbeit und Mediation wurden in Strategien und Konzepten zusammengeführt und bilden heute die Grundlage für ein verstärktes Engagement in diesen Bereichen. So haben die Bundesressorts ihre Abstimmung in vielen Bereichen deutlich intensiviert. Seit 2017 finden regelmäßige Ressortrunden zur Leitlinienumsetzung statt. Außenpolitische Instrumente und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen sich durch das Instrument der „Gemeinsamen Analyse und abgestimmten Planung“ noch besser. Und in der Arbeitsgruppe Krisenfrüherkennung werten die Ressorts ihre Erkenntnisse über etwa kommende Konflikte und krisenhafte Entwicklungen systematisch aus.

A. Effektive staatliche Krisenvorsorge

Die Krisenvorsorge betrachtet die Deutsche Polizeigewerkschaft als Basis jeglichen Krisenmanagements.

Krisenvorsorge im Alltagsbetrieb
Die Krisenvorsorge muss nach unserer Auffassung in den Alltagsbetrieb implementiert werden. Der Staat mit seinen Behörden und Institutionen benötigt dabei als Basis eine klare Zuständigkeit mit klarer Aufgabenstruktur, klaren Kompetenzen und Verantwortungsbereichen. Auch aufgrund defizitärer personeller, materieller wie auch finanzieller Rahmenbedingungen sind viele Behörden und Institutionen damit überfordert.

Gemeinsam statt einsam
Bisher arbeiten die Ressorts unserer Wahrnehmung nach wenig gemeinsam und führen erst in der Krise die unterschiedlichen Planungen und Regelungen zusammen. Zentrale Frage ist, und das bezweifeln wir, ob diese Arbeitsweise nachhaltig und erfolgreich ist? Ob man durch turnusmäßige Besprechungen, gemeinsame Projekte und beispielsweise eine stärkere Einbindung im Alltagsbetreib die Krisenvorsorge verbessern kann, bleibt offen. Es ist aber eine Möglichkeit, die in anderen Bereichen (u.a. Bund) erfolgreich war. Eine gegenseitige persönliche Bekanntschaft, das Verständnis für die Rahmenbedingungen des anderen und gegenseitigen Vertrauens sind Basis einer reibungslosen Zusammenarbeit im Krisenmodus und müssen durch Begegnungen und Kooperation im Alltagsbetrieb wachsen.

Optimale Organisationsstrukturen
Zentrale Frage ist, in wie weit die Alltagsorganisation mit der Lageorganisation kompatibel ist. Das gilt nicht nur für die Bewältigung der Lage, also wenn die Krise eingetroffen ist oder abgewendet werden soll. Das gilt auch in der gesamten Alltagsarbeit. Wir wissen dabei, dass, wenn die Struktur und Zusammensetzung der Stäbe in der Alltagsorganisation wie auch in der Arbeit von Einsatzstäben gleich aufgebaut sind, dies wesentliche Vorteile mit sich bringt. Dies kann nur bedingt bei Übungen trainiert werden. Stattdessen sind die Abläufe eines Führungsstabs bereits bei kleinen Lagen zu üben, damit diese im Ernstfall routiniert gehandhabt werden können.

Vorhandene Ressourcen
Dabei weisen wir darauf hin, dass offensichtlich das Innenministerium das einzige Ressort ist, das über einen entsprechenden Lage-Raum verfügt, der allerdings nur für polizeiliche und innenministerielle Lagen konzipiert wurde und kaum die Möglichkeiten bietet, in Krisen die gesamte Steuerung zu übernehmen. Zumal dann für eigene Notwendigkeiten keine weiteren Ressourcen zur Verfügung stehen. Das „Ausweich-Lagezentrum“ für die täglichen Lagen ist dafür nicht ausreichend. Die Frage ist, ob nicht ein Landes-Lagezentrum errichtet und betrieben werden sollte bzw. das an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen seinerzeit eingerichtete Krisenlagezentrum der Landesregierung wieder reaktiviert wird. Dies würde zudem deutliche logistische Vorteile (Unterbringung, Verpflegung u.a.) mit sich bringen. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind vielfältig. Polizei und Feuerwehrabteilungen im Innenministerium verfügen über die notwendigen Kompetenzen, um sich unterstützend und federführend bei entsprechender personeller und materieller Ausstattung, beim Aufbau und Betrieb einbringen zu können.

Zentralstelle als Lösungsansatz
Um früher, substantieller und entschiedener auf Krisen reagieren und Menschen in Not helfen zu können, hat das Auswärtige Amt im Übrigen 2015 die „Abteilung S“ gegründet. Sie bündelt Instrumente, Mittel und Kompetenzen der Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Humanitären Hilfe.

Die Einsetzung einer ressortübergreifenden Stelle, die sich täglich mit der Krisenfestigkeit des Landes beschäftigt und die alle gesellschaftlichen und politischen Ebenen, also bspw. Gemeinde, Land- und Stadtkreise berücksichtigt, erscheint notwendig. Dazu könnte ein Landeslagezentrum die Basis bilden.

Diese Stelle sollte sich auch dauerhaft mit den notwendigen Maßnahmen der Krisenvorsorge befassen. Welche Bevorratung wird benötigt, bspw. Medikamente? Welche baulichen Maßnahmen sind erforderlich, bspw. Bunker und Sirenen? Denn die Vorbereitung auf eine Krise ist kein statischer Vorgang, sondern muss dynamisch sich verändernden rechtlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Sichere Infrastruktur
Schon im Bereich der Krisenvorsorge weisen wir auf einen Umstand hin, der in allen anderen Fragestellungen ebenfalls zu beachten ist. Dabei zeigt der neuerliche Vorfall beim Landeskriminalamt sehr deutlich, dass wir hier nicht gut aufgestellt und auch die strategischen Ansätze zu überdenken sind. Ein Kabelbrand hat zu erheblichen Ausfällen geführt. Das gesamte Polizeinetz ist zusammengebrochen. Systemausfälle in allen wichtigen Bereichen waren zu verzeichnen. Zeitweise war ein Alltagsbetrieb nicht möglich. Wir waren - und dabei will man an besondere Krisen und Katastrophen, Terroranschläge und größere besondere Lagen gar nicht denken - nicht in der Lage, die Innere Sicherheit professionell zu gewährleisten. Dabei war das nicht der erste Fall. Vor wenigen Wochen ereignete sich ein Vorfall, bei dem die Notstromversorgung nicht funktionierte und ebenfalls alle Systeme ausgefallen waren. Dass man seit Jahren über einen Neubau des Landeskriminalamtes nachdenkt und bislang keinerlei handfesten Maßnahmen erfolgt sind, sei nur am Rande erwähnt. Wenn Behördenleitungen umfangreiche Berichte vorlegen, die zu keinerlei Konsequenzen und Maßnahmen führen, ist das bedenklich. Zeigt aber auch, dass wir kaum in der Lage sind, die Alltagsaufgaben zu bewältigen. Was beim Landeskriminalamt übrigens die Bearbeitung herausragender Kriminalitätsfälle mit teilweise hohem Gefährdungsrisiko für die Bürgerinnen und Bürger betrifft.

Nachhaltigkeitscheck
Bei allen Gesetzgebungsvorlagen, aber auch bei jedem politischen Entscheidungsprozess sollte man wie bei den Auswirkungen auf den Haushalt, die Maßnahmen darauf überprüfen, ob sie „krisenfest“ sind. Es müsste ebenso danach gefragt werden, ob damit Risiken verbunden sind, Maßnahmen zur Reduzierung von Risken erforderlich sind, ob grundsätzlich damit Risiken verringert werden oder die schädlichen Folgen von Katastrophen oder anderen unerwünschten Situationen abgemildert werden können.

Die Einsetzung der Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft" begrüßen wir als wesentlichen Schritt zur Erkenntnis, dass effektive staatlichen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung absolut notwendig ist.

Digital und analog – aber sicher
In einem letzten Aspekt, den wir benennen möchten, weisen wir auf die teilweise desolaten digitalen Ressourcen der Alltagsorganisation hin. Vielleicht bräuchte es dafür auch ein eigenes Ressort. Aktuell scheinen wir weder strukturell noch finanziell zukunftsfähig aufgestellt zu sein. Dabei müssen wir dringend in allen Prozessen digitaler aufgestellt werden. Das betrifft auch die Krisenvorsorge, in der man Maßnahmen in einem prozessorientierten Controlling betrachten und ständig aktualisiert alle Maßnahmen – auch unterschiedlicher Ressorts, Behörden und Institutionen – visualisieren und damit steuernd eingreifen kann. Wir müssen aber auch strategisch die Speicherung und den Zugriff auf Daten neu denken. Wir müssen uns vermutlich von einer zentralen Speicherung verabschieden bzw. diese an Externe übertragen, die über ausreichend Fachkompetenz, Leistungsfähigkeit und Redundanz verfügen. Was der Bürger mit Sicherungskopien macht, um diese bei externer Lagerung, im Krisenfall nutzbar zu machen, muss auch in staatlichen Behörden und Institutionen beachtet werden. Wenn wie jetzt durch den Vorfall beim Landeskriminalamt alle nachgeordneten Behörden von zentralen Datenzugriffen abgeschnitten sind, stellt sich die Frage, ob auf dezentrale Daten zurückgriffen werden kann. Wenn Rechner wegen der zentralen Steuerung keine Zugriffe mehr zulassen, stellt sich die Frage, ob man mit mobilen Endgeräten und mobilen Datensicherungen handlungsfähig bleiben kann.

Wir müssen aber auch weiterhin analog bleiben. Auch das zeigt der Vorgang beim Landeskriminalamt. Denn wenn der digitale Datenzugriff nicht möglich ist, können Akten Leben retten.

Dabei begreifen wir Digitalisierung auch als Chance. Etwa bei der Entwicklung von Apps, die im Krisenfall oder aber auch zur Vermeidung des Krisenfalles behilflich sein können. Überall dort, wo im Krisenfall digitale Instrumente genutzt werden können, ist das eine gute Investition im Rahmen der Krisenvorsorge.

Finanzmittel sicherstellen
Haushalterisch halten wir es für angezeigt, dass die Krisenvorsorge gesondert ausgewiesen und den allgemeinen Finanzentwicklungen ständig angepasst wird.

B. Effektive staatliche Krisenfrüherkennung

Die Deutsche Polizeigewerkschaft überschreibt die (Krisen)Früherkennung gerne mit dem Motto „Die Risse in der Wand erkennen“. In der Kriminalitätsbekämpfung hat das Erkennen von Entwicklungen, um frühzeitig entweder präventiv oder repressiv tätig werden zu können, eine große Bedeutung.

Software, App und Co
Zahlreiche Softwareentwicklungen wenden sich dem Thema zu. Etwa „Predictive Policing“ wobei es darum geht, bereits bekannte Einbruchs- und Verbrechensdaten mit

weiteren, allgemeineren Daten zu kombinieren. Darauf basierend sollen Prognosen über mögliche zukünftige Straftaten erstellt werden, um die Polizeiarbeit zu erleichtern.

Ziel der staatlichen Krisenfrüherkennung muss es sein, Systeme einzuführen die, teilweise zunächst durch die Eingabe von Daten, eine fundierte Krisensimulation als auch eine systematische Analyse ermöglichen. Auch hier könnte der Ansatz die Einrichtung einer Zentralstelle sein.

Aus unserer Sicht muss ein solches Früherkennungs(warn)system in der Lage sein, verschiedenste Themenfelder und Bereiche zu erfassen und teilweise mit der Fähigkeit, Korrelationen und Verbindungen zu ziehen, und hierdurch Erkenntnisse gewinnen zu können.

Das frühzeitige Erkennen von Krisen, aber auch die Anpassung und Weiterentwicklung von Lösungsansätzen, werden in den nächsten Jahren von zentraler Bedeutung sein. Auch hier haben wir in der Polizei verschiedene Lösungsansätze. Etwa die temporäre Einrichtung einer Stelle zum Sammeln von Informationen und Nachrichten. Auch hierbei denken wir an eine ressortübergreifende Maßnahme. Beispielsweise bei der Einreise von Menschen aus Gebieten mit gesundheitlichem Risiko.

Covid-19 hat die Schwachstellen aller Gesellschaften mit Blick auf die Reaktion auf Pandemien offengelegt. Bei der Stärkung von Gesundheitssystemen wird es zukünftig auch darauf ankommen, den Zusammenhang von Gesundheitskrisen, staatlicher Fragilität und Konfliktttendenzen im Auge zu behalten. Dies kann nur mittels umfassender, ständiger und professioneller Beurteilung der Lage (polizeilicher Begriff für eine strukturierte Aufarbeitung) erfolgen.

Heraufziehende Krisen und eskalierende Konflikte frühzeitig zu erkennen, ist die Grundlage für rechtzeitiges und entschiedenes Handeln in der Krisenprävention. Neben klassischen Methoden steht dem Auswärtigen Amt dafür auch ein modernes Datentool zur Verfügung. Die Frage ist, ob solche bereits vorhandenen Lösungen übernommen werden können?

Die Instrumente der Krisenfrüherkennung, Konfliktanalyse und Strategischen Vorausschau helfen, sich anbahnende Krisen ausfindig zu machen, umfassend zu verstehen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, damit Krisen im Idealfall gar nicht erst entstehen. Auch hier ist der Blick auf bestehende Verfahrensweisen hilfreich. Über 200 Auslandsvertretungen in aller Welt liefern beispielsweise rund um die Uhr ein aktuelles Lagebild und vorausschauende politische Berichterstattung. Diese und andere Quellen können als Entscheidungsgrundlage genutzt werden, um Strategien für den Umgang mit dem jeweiligen Krisenkontext zu formulieren.

In der Gesamtheit ist es sicherlich von großer Bedeutung, dass die Vielschichtigkeit möglicher Krisen einer Antwort bedarf, die dieser Vielschichtigkeit Rechnung trägt.

C. Effektive staatliche Krisenbekämpfung

Eine effektive staatliche Krisenbekämpfung muss sich primär an der jeweiligen (unterschiedlichen) Art der Krise orientieren. Wie bereits oben ausgeführt, bedarf es dazu zunächst intakter staatlicher Stellen, Behörden und Institutionen, die im Alltagsbetrieb in der Lage sind, professionell, auch bei größeren Herausforderungen, zu handeln.

Gerne verweisen wir dabei auf die o.g. Ausführungen zur Digitalität und den möglichen aufbauorganisatorischen Maßnahmen (gemeinsame Stellen usw.).

Zwang zum Blick über das Ressort
Die zunehmenden Krisen mit den unterschiedlichen Ausprägungen rufen geradezu nach ressort- und bereichsübergreifenden Lösungsansätzen. Dabei kann und muss sich die allgemeine Verwaltung an den operativen Bereichen wie der Polizei, der Feuerwehr oder aber den Rettungsdiensten orientieren. Tägliche Lageberichte, die den benachbarten Ressorts zur Verfügung gestellt werden, können auch hier Teil geordneter Bekämpfungsstrategien sein. Viel zu oft nehmen wir wahr, dass behördliche Unterstützung und Hilfe viel zu spät erfolgen. Wenn aber z.B. nicht nur das Gesundheitsressort über eigene Lagenentwicklungen dauerhaft – auch, wie aktuell, in schwach ausgeprägten Zeiten der pandemischen bzw. epidemischen Lage - andere Ressorts täglich informiert, ist man auch dort in der Lage, diese Entwicklungen mit zu verfolgen und geeignete Maßnahmen selbst zu treffen.

Öffentlichkeitsarbeit
Abschließend möchten wir hier noch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ansprechen. Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie müssen wir feststellen, dass Maßnahmen nicht transparent und verständlich waren. Bei einem optimierten Krisenmanagement ist deshalb die Öffentlichkeitsarbeit zu beachten. Dafür braucht es Fachkräfte und keine Beschäftigten, die das „so nebenbei“ mit abarbeiten. Insbesondere Gerüchtebildung bzw. bewusste Desinformation über soziale Medien muss durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit begegnet werden.

Darüber hinaus bedarf es einer operativen Auswertung sozialer Medien, um Gefahrenlagen zu erkennen und ihnen rechtzeitig begegnen zu können.

V. Schlussbemerkungen

Im Kern empfehlen wir eine Stärkung des öffentlichen Dienstes in allen Bereichen. Dazu zählen wir auch die ehrenamtlich organisierten und strukturierten Bereiche. Nur wenn ein Marathonläufer dauerhaft im Training ist, kann er die sportlichen Herausforderungen bewältigen. Auch das gilt für eine „Krisenfeste Gesellschaft“, die darauf vertraut, dass der Staat die notwendige Vorsorge trifft und in der Lage ist, Krisen kraftvoll und effektiv zu bewältigen.

Dabei sehen wir durchaus auch die Entwicklung, dass immer mehr Menschen mit fehlenden Sprachkenntnissen Heimat in unserem Land finden. Diese in alle Prozesse

einzubinden, halten wir für notwendig. So z.B. bei der Überwindung von Sprachbarrieren im Krisenfall. Dabei gilt auch hier, dass diejenige Alltagsorganisation optimal auf Krisensituationen vorbereitet ist, die eine Einbindung von Menschen aus anderen Herkunftsländern und anderen Sprachkompetenzen vollzogen hat und nicht erst im Ernstfall damit beginnt.

Über allem steht jedoch das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen, die Krise bewältigen zu können. Dieses Vertrauen kann nicht erst in der Krise gewonnen werden, es muss sich durch die tägliche Arbeit ausbilden. Ohne dieses Fundament an Vertrauen werden alle Maßnahmen nicht die gewünschte Umsetzungstiefe erreichen können und Anarchie fördern. Im Krisenfall selbst muss die vorhandene Vertrauensbasis durch den Mut zur raschen Entscheidung ausgebaut werden.

Für eine Erörterung stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Küsterer
Landesvorsitzender

Deutscher Richterbund Baden-Württemberg * Hauffstraße 5 * 70190 Stuttgart

Deutscher Richterbund
Baden-Württemberg
Verband der Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
in Baden-Württemberg e.V. (DRB BW)

An Herrn
MdL Alexander Salomon
- Vorsitzender der Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“ -
des Landtags von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Betreff: Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ - Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme

Bezug: Ihre Email vom 22.11.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit, zum zweiten Handlungsfeld des Auftrags des Landtags von Baden-Württemberg an die am 9.3.2022 eingesetzte Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ Stellung nehmen zu können, danken wir. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zu einer solchen Stellungnahme wahr. Zur leichteren Lesbarkeit haben wir davon abgesehen, den Text zu gendern.

Die im zweiten Handlungsfeld gestellten Aufgaben behandeln staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Dabei soll die Enquetekommission insbesondere Handlungsempfehlungen entwickeln zu den in Ziffer III. 2. a) bis j) beschriebenen Themenkreisen dieses Handlungsfeldes.

Aus unserer Sicht ist ein zentraler Punkt, den wir gleichsam vor die Klammer ziehen wollen, die Bedeutung der Justiz als dritte Gewalt gerade in Krisenzeiten. Die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats zeigt sich nämlich insbesondere dann, wenn aufgrund besonderer Entwicklungen (Pandemie oder auch Terrorismus) die Gesetzgebung, vor allem aber die Exekutive gefordert sind und unter hohem Erwartungsdruck stehen. In diesen Zeiten ist daher auf allen Ebenen sicherzustellen, dass die Kontrollfunktion der Justiz effektiv möglich und auch der Justizgewährungsanspruch im Übrigen erfüllbar bleibt, um der Verunsicherung der Gesellschaft entgegenwirken zu können. Es muss daher in der Kompetenz der Richter liegen, ob und wie Entscheidungen noch getroffen werden können. Gerichte dürfen nicht einfach geschlossen werden oder Verhandlungen unmöglich sein.

Zu den genannten Themenkreisen führen wir im Einzelnen aus:
Zur Fragestellung a) – Handlungsempfehlungen zur Organisation einer effizienten, effektiven und flexiblen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtsstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz-:

Als Berufsverband von Richtern und Staatsanwälten wollen und können wir zu diesem Themenkreis nur Stellung nehmen, soweit der Gesichtspunkt der „leistungsfähigen Justiz“ angesprochen ist.

Die Corona Pandemie hat die baden-württembergische Justiz – wie im Übrigen auch die Justiz in allen anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene – vor große Herausforderungen gestellt. Diese Herausforderungen waren im Groben dadurch gekennzeichnet, dass

- praktisch alle Verfahrensordnungen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie den Fachgerichtsbarkeiten mündliche Verhandlungen mit den Beteiligten in Präsenz zum Kernstück haben und genau diese Handlungsebene durch die normativen Regelungen zur Bekämpfung der Pandemie – Kontaktverbote, Betretungsverbote, Reiseverbote - wesentlich beeinträchtigt waren;
- die Arbeitsabläufe in den Gerichten und bei den Staatsanwaltschaften noch immer durch einen hohen Bestand an papiergebundenen Akten bestimmt wurden,

die ein Arbeiten von zuhause aus für Richter und Staatsanwälte erheblich erschwerten, für Servicekräfte des Unterstützungsbereichs weitgehend unmöglich machten, während umgekehrt die Arbeit an den Gerichten in Präsenz aus Gründen der Pandemiebekämpfung unerwünscht war;

- die nicht-förmliche Kommunikation (insbesondere per Telefon) zwischen Verfahrensbeteiligten und Richtern bzw. Staatsanwälten oder umgekehrt sowie zwischen Richtern bzw. Staatsanwälten und ihren Servicekräften oder umgekehrt bei Tätigkeiten im Home-office erschwert war.

Relativiert wurden diese Probleme durch den Umstand, dass die Justiz sich in einem Strukturumbruch befindet, indem insbesondere mündliche Verhandlungen und Anhörungen in Präsenz durch Videoformate ersetzt werden können. Solche Möglichkeiten sind durch die Verfahrensordnungen seit Jahren eröffnet (vgl. z.B. § 128a ZPO mit Geltung seit dem 01.11.2013), führten aber bis zum Beginn der Pandemie ein Schattendasein, maßgeblich wegen einer unzulänglichen Ausstattung mit der erforderlichen Videokonferenztechnik.

Bezüglich der Verhandlungs- und Anhörungsmaxime haben sich während der Corona-Pandemie zwei Umstände als problematisch erwiesen:

Auf normativer Ebene, dass § 128a ZPO (ihm folgend entsprechende Vorschriften in den anderen Verfahrensordnungen) den Gerichten nicht die umfassende Befugnis zur Gestaltung der mündlichen Verhandlung bzw. der Anhörung als ausschließliche Videoverhandlung einräumt. Nach derzeit geltendem Recht kann das Gericht zwar auch gegen den Willen der Parteien und ihrer Bevollmächtigten eine Videoverhandlung anordnen, nicht jedoch das persönliche Erscheinen eines Beteiligten im Sitzungszimmer unterbinden; erst Recht gilt dies für das Recht, der mündlichen Verhandlung als Öffentlichkeit beizuwohnen. Im Grundsatz muss daher nach derzeit geltendem Recht die Videoverhandlung stets als Hybridveranstaltung (Videokonferenz und Ermöglichung der Präsenzverhandlung) angelegt werden. Diese Gesetzeslage erfordert besondere technische Ausstattungen, die deutlich aufwendiger und komplexer sind als die technische Ausstattung für eine reine Videokonferenz mit Programmen wie Skype, Webex, Teams u. ä. Erforderlich ist insbesondere eine Ausstattung mit zwei Kameras, um der Maßgabe gerecht zu werden, dass alle Beteiligten nicht nur die Richterbank, sondern

auch die anderen Beteiligten sehen können müssen wie auch umgekehrt das Gericht alle Beteiligten sehen können muss. Die technische Ausrüstung, die diesem Standard genügte, war zu Beginn der Pandemie in vielen Gerichtssälen noch nicht vorhanden. Es ist anzuerkennen, dass die Justizverwaltung sich mit Nachdruck im Verlauf der Pandemie erfolgreich darum bemüht hat, diesen Missstand zu beseitigen. Die Versorgung mit dieser Technik ist mittlerweile auf einem zufriedenstellenden Stand.
Nicht zufriedenstellend ist jedoch noch immer die unzureichende Unterstützung der Richterinnen und Richter bei der Handhabung dieser Technik durch entsprechend geschultes Unterstützungspersonal. Noch immer stehen solche Unterstützungskräfte in den Gerichten nicht in ausreichender Anzahl und mit ausreichender Verfügbarkeit bereit. Dies hat zur Folge, dass die Richterinnen und Richter noch immer überwiegend darauf verwiesen sind, die Technik selbst in Gang zu bringen. Dies hat im Regelfall einen zeitlichen Vorlauf von mindestens einer halben bis zu einer ganzen Stunde vor Beginn der Videokonferenz zur Folge – Zeit, die den Richterinnen und Richtern für ihre eigentliche Aufgabe, Recht zu sprechen, fehlt. Da damit zu rechnen ist, dass die Videokonferenztechnik auch nach Beendigung der Pandemie den Justizalltag prägen wird, ist es unerlässlich, diese Fachkräfte in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Kritisch ist anzumerken, dass es nicht in allen Bereichen gelungen ist, durch Einsatz von Videokonferenztechnik eine Alternative zu Verhandlungen und Anhörungen in Präsenz zu eröffnen. Im weiten Feld der freiwilligen Gerichtsbarkeit – insbesondere bei freiheitsentziehenden Unterbringungen und rechtlichen Betreuungen – ist – und bleibt auf längere Sicht – die persönliche Anhörung in Präsenz ohne Alternative. Dies ergibt sich bereits daraus, dass die anzuhörenden Personen sehr häufig schon aus technischen Gründen keine Möglichkeit haben, an Videokonferenzen teilzunehmen, weil sie nicht die erforderlichen Endgeräte haben. In der großen Mehrzahl der Fälle können die betroffenen Personen auch nicht darauf verwiesen werden, sich die technische Ausstattung eines Rechtsanwalts zunutze zu machen, weil sie überwiegend keinen anwaltlichen Beistand haben und ein solcher prozessual auch nicht zwingend ist. In Heimen, Unterbringungseinrichtungen und Kliniken lebende Menschen haben ebenfalls keinen Zugang zu geeigneter Videokonferenztechnik, weil diese Einrichtungen ganz überwiegend nicht über solche technische Ausrüstung verfügen. In diesen

Bereichen waren während der akuten Phase der Corona-bedingten Freizügigkeitsbeschränkungen Improvisationen vonnöten, zumal die höchstrichterliche Rechtsprechung sehr schnell klargestellt hat, dass im Bereich des Betreuungs- und Unterbringungsrechts auf persönliche Anhörungen nicht verzichtet werden kann. Diese Problemstellungen werden auch künftig fortbestehen, gerade, weil sie mit technischen Mitteln wie der Videoverhandlung nicht gelöst werden können. Hinzu kommt, dass selbst dann, wenn eine Video Verhandlung technisch möglich und rechtlich zulässig wäre, gerade im sensiblen Bereich der Unterbringungen und rechtlichen Betreuungen der persönliche Eindruck in Präsenz nicht ersetzt werden kann. Gleichwohl braucht es gleichsam Öffnungsklauseln für die Justiz, mit denen sie in Krisenlagen aus dem – unter Normalbedingungen zu Recht – engen Korsett des Verfahrensrechts ausbrechen darf und kreative Lösungen finden kann. Begrüßenswert war daher die Bundesratsinitiative BR-Drs 211/20 (hingegen An. 2 zu BT-Drs. 19/20623), die eine Videoanhörung auch in Betreuungs- und Unterbringungsverfahren (nur) bei einer pandemischen Lage zuließ, um zu vermeiden, dass andernfalls eine nur sehr verzögerte oder faktisch gar keine Anhörung möglich war. Denkbar wären auch besonders gesicherte Anhörungszentren oder Bereiche, in denen Beteiligte wie Bedienstete ausreichend vor biologischen oder anderen Gefahren geschützt wären.

Was die Verlagerung ganzer Arbeitsbereiche ins Home-office anlangt, war die Einführung der elektronischen Aktenführung hilfreich, insbesondere durch die recht schnell hochgefahrene Technik mit VPN-Tunneln und Skype- /Webex-Lizenzen für den internen Geschäftsgebrauch. Insgesamt hat die Corona Pandemie innerhalb der baden-württembergischen Justiz für einen Technologieschub gesorgt, der im Grundsatz begrüßenswert ist und einen wertvollen Beitrag geleistet hat, einen Stillstand der Rechtspflege in einem größeren Umfang erfolgreich zu verhindern. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass auch dort, wo Videokonferenztechnik und elektronische Akten zur Verfügung standen bzw. stehen, die Betriebssicherheit der technischen Abläufe deutlich verbessert werden muss. Für stabile Videokonferenzen müssen ausreichende Bandbreiten zur Verfügung stehen, die Performance der eAkte muss erheblich verbessert werden. Die elektronische Akte, die mittlerweile im Land in weiten Teilen den Justizalltag bestimmt, ermöglicht in weit größerem Umfang als zu Zeiten der ausschließlich papierhaften Aktenführung das Arbeiten von Zuhause aus; allerdings zeigen sich im beruflichen Alltag – sei es im Home-office, sei es im Präsenzbetrieb im Gericht - nach

wie vor zahlreiche technischen Probleme. In diesem Bereich besteht noch erheblicher Verbesserungsbedarf. Insbesondere hinsichtlich der Performance der Programme bestehen auch außerhalb von Krisenzeiten Defizite. Deshalb wäre zu bedenken, dass in Krisenzeiten, in denen stets eine massive Erhöhung bei der Nutzung des Internets zu erwarten ist, (gesonderte oder vorrangige) Leitungskapazitäten mit einer ausreichenden Bandbreite (auch) für die Justiz zur Verfügung gestellt werden.

Ansonsten hat sich aus unserer Sicht die Leistungs- und Einsatzfähigkeit der baden-württembergischen Justiz während der Corona Pandemie bewährt. Dies gilt insbesondere auch bezüglich der Aufgabe, die im gewaltengeteilten Staat der Justiz bei der Kontrolle von Exekutivmaßnahmen obliegt. U. E. haben die Verwaltungs- und Verfassungsgerichte unter Beweis gestellt, dass sie ihren Kontrollaufgaben auch unter den Erschwernissen der Pandemie gut gerecht werden konnten.

In den Fragestellungen b) bis d)

- Optimierung der Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, - früherkennung und – bewältigung;
- Unterstützung der in Krisensituationen verantwortlichen Akteure, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren;
- effektive Einbeziehung der Netzwerke und der Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen bei der Krisenvorsorge, - früherkennung und – bewältigung, ohne sie zu überfordern;

sehen wir unsere Kompetenz und Expertise nicht berührt.

Zur Fragestellung e) „Definition der Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts sowie Weiterentwicklung der ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifenden Zusammenarbeit“ ist auszuführen, dass justizspezifisch nicht der Bereich der rechtsprechenden Tätigkeit als solcher angesprochen ist, sondern der Bereich der Justizverwaltung. Diese sollte in übergreifenden Krisenstäben und Strategiegremien unseres Erachtens eingebunden sein, um spezifische Aspekte der Dritten Gewalt einbringen zu können. Aus unserer Sicht kann festgestellt werden, dass die Justizverwal-

tungen intern auf den verschiedenen Ebenen objektiv gut und effektiv zusammengearbeitet haben. Kritisch anzumerken ist, dass allerdings die Kommunikation gegenüber den Justizbediensteten häufig unzureichend war und es an Transparenz gemangelt hat. Beispielhaft angesprochen werden sollen die unzureichend kommunizierten Gründe über die fehlgeschlagene Priorisierung bei der Impfberechtigung der Justizbediensteten, die fehlgeschlagene flächendeckende Impfkampagne in betrieblichen Impfzentren und die stattdessen erfolgte Beschränkung auf ein einziges Pilotprojekt am Justizstandort Stuttgart. Wären die objektiv gut nachvollziehbaren Hintergründe offen und transparent kommuniziert worden, so hätte viel Unmut vertrauensschädigende Skepsis bei den Bediensteten vermieden werden können. In diesem Punkt sehen wir für künftige Krisensituationen erheblichen Verbesserungsbedarf.

Zur Fragestellung f) „Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger“ ist anzumerken, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Justizsektor definiert wird durch die Verfahrensordnungen, die überwiegend in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes liegen. Betroffen ist maßgeblich der Öffentlichkeitsgrundsatz, der in den Akutphasen der Pandemie oftmals nur mit Erschwernissen für alle (Gericht, Beteiligte, Besucher) – z. B. durch Maskenpflicht, Installation von Trennscheiben und Luftreinigern, Abstandsregelungen, Desinfektion der Räume und ihrer Ausstattungen, häufiges Lüften auch bei ungemütlichen Außentemperaturen - und mit erheblichen Auflagen im Rahmen der Sitzungspolizei gewährleistet werden konnte. Weitere Handlungsfelder für die Landespolitik ergeben sich aus unserer Sicht nicht.

Bei der Fragestellung g): „systematischere Gestaltung der Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten;“ sehen wir im Grundsatz unsere Kompetenz und Expertise nicht berührt, wollen den Punkt aber zum Anlass für folgende Anmerkung nehmen:
Wie oben bereits angesprochen, war den Richtern vielfach verantwortungsvolle Entscheidungen darüber abverlangt, ob und wie Sitzungstermine abgehalten und welche sitzungspolizeilichen Maßnahmen hierfür ergriffen werden sollen. Für ein umsichtiges und verantwortungsbewusstes Handeln waren möglichst genaue Kenntnisse zum Infektionsgeschehen, zu Risiken, Risikogruppen und geeigneten Abwehrmaßnahmen erforderlich. Aus unserer Sicht wäre hierbei eine noch transparentere und intensivere

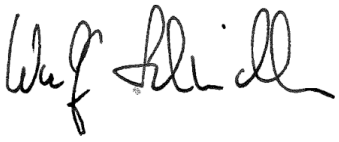
Beratung durch das Landesgesundheitsamt – z. B. durch Kontaktstellen mit konkreter, einzelfallbezogener Beratungsmöglichkeit - förderlich gewesen.

Bei der Fragestellung zu h) „Stärkung der Zivilgesellschaft, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt“ möchten wir das Augenmerk auf die eingangs erwähnte besondere Bedeutung der dritten Gewalt in Krisenzeiten lenken. Gerade eine funktionsfähige Justiz ist ein wichtiger Faktor für eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die insbesondere in Krisenzeiten ein hohes Bedürfnis an Regelungssicherheit, Sanktionierung von Regelbrüchen und Kontrolle der Exekutive hat.
Zudem wirft diese Fragestellung ein grundsätzliches, von der Pandemie unabhängiges Problem auf, mit dem die Justiz zunehmend konfrontiert ist, dass nämlich die Akzeptanz gerichtlicher Entscheidungen u. a. deshalb sinkt, weil ihre Inhalte und ihre Bedeutung nicht allgemein verständlich transportiert werden können. Dies hat zum einen damit zu tun, dass wir uns einer Fachsprache bedienen, die von weiten Teilen der Bevölkerung als wenig verständlich empfunden wird; zum anderen werden in der medialen Verbreitung die zur Entscheidung gestellten Lebenssachverhalte und rechtlichen Problemstellungen mitunter deutlich verkürzt und ohne die notwendige Sachkunde dargestellt. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich die Bemühungen, die Gerichte mit geschulten Pressesprechern auszustatten, die befähigt sein müssen, die getroffenen Entscheidungen so für die Allgemeinheit verständlich zu übersetzen, dass größere Teile der Bevölkerung als bisher in der Lage sind, Inhalt und Bedeutung des konkreten Richterspruchs zu verstehen. Dies kann nur gelingen, wenn die entsprechenden Pressesprecher nicht bloß fachlich geschult werden, sondern auch mit ausreichenden Freistellungen in die Lage versetzt werden, diese Tätigkeit sinnvoll auszuüben. Darüber hinaus wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, in einem breiten Bildungsangebot sowohl im schulischen Bereich als auch im Bereich der Erwachsenenbildung die grundsätzlichen Funktionen und Prinzipien unseres Rechtssystems – sowohl verfahrensrechtlich als auch materiell-rechtlich – zu erläutern und zu erklären. Dieses Feld sollte insbesondere nicht Fake-News- und Verschwörungsnarrativen dubioser Internet-Kanäle überlassen werden.

Die Fragestellung i) „Identifikation von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und

besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)“ spricht die Justiz nicht unmittelbar an. Dennoch sollte kein Zweifel an der überragenden Bedeutung der dritten Gewalt für unser Gemeinwesen bestehen, dass auch sie mit Priorität zu behandeln ist. Gerade Zeiten der Krise, der Not und des Notstandes erfordern zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung einerseits und Schutz und Absicherung der bürgerlichen Freiheitsrechte andererseits nicht nur eine starke Exekutive, sondern auch deren wirkungsvolle und glaubwürdige repressive Flankierung durch eine funktionstüchtige Strafgerichtsbarkeit (z. B. bei Ausschreitungen, wie wir sie in den letzten Jahren bereits mehrfach erleben mussten), im selben Maße aber auch eine wirksame und starke Kontrolle der Exekutive (angefangen bei einer sorgfältigen Prüfung bei Eingriffen in Freiheit und Eigentum im Strafbereich und endend bei einer wirkungsvollen richterlichen Kontrolle normativer Regelungen und ihrer Verhältnismäßigkeit). Dies alles kann die Justiz nur leisten, wenn auch in Krisenzeiten der Rang dieser Aufgaben anerkannt und respektiert wird.

Zur Fragestellung j) „Erfassung, Speicherung und Austausch krisenbezogener Daten, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet sind, und Weiterentwicklung des Datenschutzes, dass er dem nicht entgegensteht bei gleichzeitiger Wahrung individueller Persönlichkeitsrechte“ dürften die für den Justizsektor maßgeblichen Regelungsinhalte in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes fallen, sodass die Landespolitik nicht berührt ist.



Wulf Schindler

-Vorsitzender-

Schriftliche Stellungnahme der DLRG Landesverbände Württemberg e.V. und Baden e.V. für die Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

Mit Schreiben vom 22. November 2022 wurde die DLRG in Baden-Württemberg zu einer schriftlichen Stellungnahme zum Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ aufgefordert. Aufgrund der großen Expertise im Bereich des Wasser-Rettungsdienstes, des Bevölkerungsschutzes und der Prävention insbesondere der Gefahren im, am und auf dem Wasser sollen Fragen des zweiten Handlungsfelds der Enquetekommission (siehe unten) beantwortet sowie konkrete Handlungsempfehlungen unterbreitet werden.

„Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen entwickeln, die dazu geeignet sind,

a) eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren;

b) die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren;

c) die in Krisensituationen verantwortlichen Akteure dabei zu unterstützen, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren;

d) die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern;

e) die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts zu definieren sowie die ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln;

f) eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen;

g) die Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten systematischer zu gestalten;

h) die Zivilgesellschaft so zu stärken, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt;

i) Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.);

j) *krisenbezogene Daten so zu erfassen, zu speichern und auszutauschen, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet sind und den Datenschutz so weiterzuentwickeln, dass er dem nicht entgegensteht und zugleich das individuelle Persönlichkeitsrecht wahrt.“*

Allem voran stellt sich die Frage:

Was ist eine Krise?

und

Ab wann besteht eine Krise?

Nach Ende des kalten Krieges Anfang der 90er Jahre ist im allgemeinen Sprachgebrauch und in den Medien der Begriff der Krise weitestgehend verschwunden.

Erst im Rahmen der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 tauchte der Begriff in der Politik, den Medien und im allgemeinen Sprachgebrauch wieder gehäuft auf. Doch ist das einfache Wort mit einer Vielzahl von Varianten der Definition und Erläuterung umgeben. Zur Feststellung einer Krise, insbesondere im Hinblick auf das feststellende Organ oder die feststellende Person sowie zur Festlegung des Zeitpunkts für das Bestehen einer Krise, bedarf es klarer Prüfkriterien und Festlegungen (vgl. hierzu die Feststellung des Katastrophenfalls gem. dem Landeskatastrophenschutzgesetz – LKatSG). Die Ausprägung dieser Aspekte hat für die Krise ebenfalls wie für die Katastrophe durch das gewählte Parlament zu erfolgen.

Selbst wenn dies gelingt, gilt es gleichwohl eine noch größere Herausforderung der neueren Zeit in dieser Hinsichtlich zu lösen: bis zum Beginn der Corona-Krise orientierten sich krisenbezogene Aspekte meist nur an eindimensionalen Krisen. Man ging von einer 1-zu-1-Beziehung aus. Ein Ereignis ist gleich eine Krise. Dies trifft neuerdings und unter Berücksichtigung aktueller, lange Zeit undenkbarer Ereignisse nicht mehr zu. Angesicht zeitgleicher globaler Ereignisse wie der Klimakrise, der Corona-Krise, der Flüchtlingskrise und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine gilt es ein neues Verständnis von miteinander verflochtenen Krisen als eine „Poly- bzw. Multikrise“ zu entwickeln.

Krisen sind mehrdimensional, teilweise synchron und beschleunigen sowie verstärken sich in einer zunehmend komplexen Welt schnell zu einer Multikrise.

b) die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren;

Die in diesem Unterpunkt genannten Akteure bewegen sich im Normalfall – außerhalb der Krise und der Katastrophe – jeweils in einem Rechtskreis mit durch die Politik geschaffenen sehr unterschiedlichen Prägungen. Das Leben und Wirken der Zivilgesellschaft ist stark von freiheitlichen Rechten, dem öffentlichen Recht sowie dem sozialstaatlichen Recht geprägt – die Wahrnehmung des Staates als Kümmerer mit konkreten Lösungen für (individuelle Herausforderungen) nimmt zu.

Spezialisierte Organisationen finden sich mit ihren klar umrissenen Aufgaben und den ihnen zugeschriebenen speziellen Kompetenzen eher im Recht der Gefahrenabwehr wieder. Die Wirtschaft hingegen wird durch die Schwerpunkte des Zivilrechts insbesondere mit dem Prinzip des fairen Wettbewerbs geprägt.

Um diese Akteure in der Krisenbewältigung zu Aktivitäten mit einer konzertierten Wirkung zusammen kommen zu lassen, benötigt es folglich klarer Strukturen aus denen sich zugewiesene Zuständigkeiten und Aufgaben, aber auch gewollte Handlungs- und Ermessensspielräume ergeben.

Gleiches gilt für die staatlichen Institutionen. Insbesondere das Verhältnis vom Land zur Kommunalen Familie sowie das Verhältnis von Ministerien untereinander. Klare Zuständigkeiten entscheiden über Erfolg und Misserfolg der Krisenbewältigung genauso wie eine partnerschaftlich gelebte Kooperation. Fehlende Zusammenarbeit ist in solchen Situationen ein schlechter Ratgeber.

Als Beispiel der Vergangenheit für eine Verbesserung in der Zukunft sei an dieser Stelle die frühe Phase der Mitarbeit von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Zentren während der Corona-Krise benannt. Sowohl in den Test- als auch in den Impfzentren. Zwar war deren Rechtsform zunächst unklar. Gleichwohl erfolgte für deren Betrieb die Aktivierung von Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz zur Sicherstellung der Aktivitäten der Zentren. Teilweise wurde der Betrieb ganzer Zentren an gemeinnützige Hilfsorganisationen zur Organisation übergeben. Kurze Zeit später wurde die zunächst ehrenamtlich tätigenden Helfenden in privatrechtliche Arbeitsverhältnisse gedrängt.

Die Vermischung der Strukturen und „Systeme“ führte ohne Frage keine Krise herbei. Gleichwohl verlängerte sie die sog. Chaosphase.

Lobenswert ist die Reaktion der Landesregierung zu erwähnen, welche zwar nicht den Katastrophenfall ausgerufen hat, aber sehr schnell vom neu eingeführten Instrument der Außergewöhnlichen Einsatzlage (AEL) gem. KatSG Gebrauch machte. Solche Instrumente sind es, die in außergewöhnlichen Lagen bei den Akteuren für Sicherheit und Klarheit sorgen. Ebenso können sie in konsequenter und frühzeitiger Anwendung zu einem geregelten Übergang von den oben angesprochenen Strukturen und „Systemen“ beitragen.

Klare Zuweisung von Zuständigkeiten, Aufgaben, Handlungs- und Ermessensspielräumen sind so unerlässlich wie verantwortliche Ansprechpartner.

Auch darf es in Krisen nicht zur Vermischung der „Systeme“ kommen.

c) die in Krisensituationen verantwortlichen Akteure dabei zu unterstützen, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren;

d) die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern;

Eine der wichtigsten Lehren aus der Pandemie und anderen Krisen ist es, leistungsstarke Strukturen zur Krisenbewältigung zu sichern, statt sie weiter auszudünnen.

Gut erkennbar war dies am Beispiel der Starkregenereignisse im Ahrtal. Bis zum Eintritt der Schadenlage konnte die Bevölkerung rettungsdienstlich durch den bodengebundenen Regelrettungsdienst versorgt werden. Ungeachtet der eigenen Betroffenheit ist es dem Regelrettungsdienst bis viele Wochen nach dem eigentlichen Ereignis nicht gelungen, in den Regelbetrieb überzugehen. Ähnliche Erfahrungen haben wir in der ambulanten Versorgung in den Arztpraxen und in anderen Bereichen, teilweise bis hin zur öffentlichen Verwaltung, gemacht.

Für die Vorhaltung von Rettungseinrichtungen bedeutet dies: Sie müssen nach Anzahl, räumlicher Verteilung, fachlicher Ausrichtung und personeller wie technischer Ausstattung so bemessen sein, dass auch in Krisensituationen ein möglichst uneingeschränkter Zugang der Bevölkerung möglich ist.

Für künftige Krisen sind entsprechende Reserven einzuplanen und vorzuhalten.

Auch für die Bewältigung einer pandemischen Lage bedarf es eingespielter Abläufe und ausreichender Ressourcen.

Die etablierten Mechanismen der Gefahrenabwehr sind anzuwenden:

- **operativer Stab**
- **Verwaltungsstab mit Fachberatern und Experten (vgl. DV 100)**
- **betriebliches Krisenmanagement nach DIN EN ISO 22361**

Seit Jahrzehnten werden alle Beteiligten in der Gefahrenabwehr nach derselben verbindlichen Dienstvorschrift (DV 100) ausgebildet und trainiert. Vom Polizeibeamten bis zum Leitenden Notarzt wird in derselben Sprache kommuniziert, sie wird von allen verstanden.

Die Corona-Pandemie war einerseits eine besondere medizinische Lage, eine medizinische Bedrohungslage ohne konkrete Schadenlage, andererseits in der Umsetzung, insbesondere vor Ort aber durchaus eine operative Lage. Hier sind Verwaltungsstrukturen und operativ-taktische Maßnahmen aus der Gefahrenabwehr aufeinandergetroffen, teils mit erheblichen Kommunikationsproblemen.

Positiv ausgewirkt hat sich dabei, dass sich vielerorts die jeweils Verantwortlichen aus anderen Kontexten bereits kannten, entsprechend dem Grundsatz KKK „in Krisen Köpfe kennen“.

Grundsätzlich sind die Ansprechpartner möglicher Akteure in der Krisenbewältigung auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene bereits im Vorfeld einer Krise zu benennen und in die Informationskette und Stabsrahmenübungen einzubeziehen. Auch beim Ausfall digitaler Kommunikation muss eine ortsnahe Basiskommunikation gewährleistet sein (bspw. Ausfall von Mobilfunknetz, Internet, Stromversorgung). Dies kann nur auf kommunaler Ebene geleistet werden.

Aber, die Akteure der Krisenbewältigung müssen sich nicht nur kennen und nach den gleichen Führungslehregrundsätzen (DV 100) ausgebildet sein, sondern sie müssen die Abläufe Üben, Üben, Üben und Verinnerlichen.

Krisenübungen sind übergreifend zu planen und zu finanzieren.

Da insbesondere die hauptamtlich tätigen Akteure, insbesondere von Verwaltungen, Berufsfeuerwehren und der Wirtschaft arbeitstäglich verfügbar sind, die Vielzahl der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ihr Tätigkeit - wie der Name schon sagt - ehrenamtlich neben der eigentlichen Erwerbstätigkeit ausführen, ist eine hohe Verfügbarkeit zu Arbeitszeiten und damit eine kontinuierliche Einbindung in den Übungs- und Ausbildungsprozess nicht ohne Probleme möglich. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, die ansonsten ehrenamtlich tätigen Hilfsorganisationen mit hauptamtlichen Übungskoordinatoren zu verstärken.

Bezahlte Übungs- und Krisenkoordinatoren bei den Hilfsorganisationen.

Neben dem Personal bedarf es auch geeigneter Bildungseinrichtungen. Zwar betreibt das Land in Baden-Württemberg eine Landesfeuerwehrschule in Bruchsal (für Feuerwehrangehörige) und eine Rettungsdienstschule in Pfalzgrafenweiler, jedoch gibt es keine gemeinsame Bildungseinrichtung für organisationsübergreifende Zusammenarbeit.

Die ehemalige Landeskatastrophenschutzschule in Neuhausen/Filder wurde in den 90er Jahren durch das Land aufgegeben und dient jetzt dem Technischen Hilfswerk (THW) als Bundesschule.

Das Lehrgangsangebot der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Bad Neuenahr-Ahrweiler deckt nicht den Bedarf in Baden-Württemberg.
Auch die zwischenzeitlich bei der Landesfeuerwehrschule angebundene Akademie für Gefahrenabwehr bildet quantitativ und inhaltlich nicht den Bedarf aller Nicht-Feuerwehr-Einheiten in Baden-Württemberg ab.

Baden-Württemberg braucht wieder eine landeseigene Katastrophen-schutzschule.

Auch das Ehrenamt braucht Nachwuchs.

Um die Stärke und Gliederung des Bevölkerungsschutzes im Land auf hohem Niveau halten zu können, bedarf es neben einer technisch auf dem neuesten Stand befindlichen Ausrüstung auch den notwendigen Nachwuchs, um ausgeschiedene Helferinnen und Helfer ersetzen zu können. Dies gelingt nur, wenn die erfolgreiche Arbeit der „Blaulicht-Jugenden“ unterstützt und gefördert wird. Bei der DLRG wurden z.B. in den letzten Jahren verstärkt JET-Teams, sogenannte „Jugend-Einsatz-Teams“ geschaffen. Hierdurch wird strukturiert der Übergang der jungen Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer in den Einsatzdienst von Wasser-Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz vorbereitet und begleitet.

Die Jugendarbeit bei den Blaulichtorganisationen muss gestärkt werden.

a) eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren;

e) die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts zu definieren sowie die ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln;

Die Krise ist durch das Auftreten des Unerwarteten bzw. des Unvorhergesehenen geprägt. Sie bringt standardisierte und eingeübte Maßnahmenkataloge an die Grenze der Effektivität. Reguläre Strukturen können meist die notwendige Effizienz für die Krisenbewältigung nicht erbringen.

In der Corona-Krise wurde dies an aus unterschiedlichen Gesichtspunkten notwendigen logistischen Dienstleistungen außerhalb des regulären Rahmens deutlich – Transporte mit LKW waren punktuell auch in Zeiten erforderlich, an denen das sog. Sonn- und Feiertagsfahrverbot galt. Erst durch teilweise verwaltungsintensive Ausnahmegenehmigungen konnten die Transporte legalisiert und durchgeführt werden.

Das dem Verwaltungsrecht zumeist immanente und an dem Beispiel zum Ausdruck kommende Regel-Ausnahme-Verhältnis (oftmals mit Antragserfordernis verbunden) ist vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren gehäuft auftretenden Krisen nicht mehr angemessen. Basierend auch den gemachten Erfahrungen sollte der Ordnungsrahmen um einen Katalog an Maßnahmen zur Krisenbewältigung ergänzt werden, der eine unmittelbare (antragslose), abgestufte und angemessene Reaktion ermöglicht.

Gesetze sollten die Krise bei Ihrer Entstehung bereits mitdenken.

g) die Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten systematischer zu gestalten;

Wie in den Vorschlägen zu c) und d) möchten wir an dieser Stelle ebenfalls auf das über Jahrzehnte geschulte, an aktuelle Entwicklungen angepasste und bewährte Modell der Führungs- und Stabsarbeit nach der DV 100 hinweisen.

Die darin vorgesehene Hinzuziehung von Fachberatern sollte konsequent in den Krisenstäben erfolgen. Sie sollte überdies jeweils so frühzeitig wie möglich – idealer Weise beim ersten Zusammentreten – und auch bei Themen erfolgen, welche sich für die Fachberater vermeintlich als zunächst fachfremd darstellen.

Eine konsequente und frühzeitige Einbindung von Fachberatern in den Stäben sichert fachfremde aktuelle Expertise im Entscheidungsprozess.

f) eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen;

h) die Zivilgesellschaft so zu stärken, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt;

Isolation, Distanz trotz digitaler Nähe und Einsamkeit sind mit der Corona-Krise im Bewusstsein der Bevölkerung angekommene Herausforderungen. Damit einher gehen teilweise medizinische Belastungen, insbesondere im psychischen Bereich, zu deren Bewältigung die vorhandene medizinische Regelversorgung an ihre Grenzen stößt bzw. teilweise überlastet ist. Waren Kindergärten, Schulen und Hochschulen während der Corona-Krise von temporären Schließungen insgesamt betroffen, wiederholte die Energie-Krise die Schließung von Hochschulen bzw. den dort stattfindenden Präsenzunterricht.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Zusammenhalt sind in Deutschland herausragend von Vereinsarbeit geprägt – in mehr als 600.000 Vereinen werden mehr als 50. Mio. Vereinsmitgliedschaften geführt. 20 – 30 Mio. Menschen engagieren sich einmal mehr, einmal weniger in Vereinen. Die DLRG – ebenfalls als Verein organisiert – bildet die größte Wasserrettungsorganisation der Welt.

Der Verein mit seinem Zweck und seinem Ziel führt Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen, stiftet Zusammenhalt, schafft Beziehungen / Verbindungen zwischen Menschen, bietet eine Anlaufstelle und Halt – auch in Situationen, wenn in anderen Bereichen Konstantes eine Veränderung erfährt und Zukünftiges mehr als sonst von Ungewissheit geprägt ist. Mitgliedschaft und Engagement in einem Verein schaffen Gemeinschaft und stärken die psychische Resilienz des Einzelnen.

Überdies bietet Engagement im Verein die Möglichkeit von generationsübergreifender Partizipation an den beschriebenen Effekten. Die DLRG und die ebenfalls als Verein organisierten Partnerorganisationen stellen dahingehend ein niederschwelliges Angebot dar.

Förderung und Privilegierung von Aktivitäten in und durch Vereine führt zu einer stärkeren Resilienz der Zivilgesellschaft.

i) Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)

Die beispielhaft genannten Einrichtungen zählen unstreitig auch nach Auffassung der DLRG zu besonderen Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Deren Funktionsfähigkeit muss selbstverständlich sichergestellt werden.

Unter Berücksichtigung der krisenhaften Ereignisse seit 2015 – sowie einer zunehmend steigenden Wahrnehmung der Krise als das möglicherweise neue Normal – erscheint es jedoch mehr als angezeigt, die Betrachtung von Einrichtungen mit dem Charakter von Daseinsvorsorge auszuweiten. Sensibilisieren möchten wir dabei für Sportstätten.

Insbesondere Schwimmhallen stellen eine hochwertige Einrichtung der Daseinsvorsorge dar. Aus mehreren Gründen: ohne Schwimmhallen können Nichtschwimmer nicht zu Schwimmern und Schwimmer nicht zu Rettungsschwimmern ausgebildet werden. Ohne Rettungsschwimmer gibt es keinen ehrenamtlich getragenen Wasser-Rettungsdienst in Baden-Württemberg; auch keinen Fachdienst Wasserrettung im Katastrophenschutz des Landes Baden-Württemberg. Ebenso wenig wird es noch Taucher geben, die nach der immer größer werdenden Anzahl von Ertrinkenden werden suchen können.

Das Verkennen dieser Bedeutung im Rahmen der Corona-Krise sowie der Energie-Krise und die teilweise flächendeckende Schließung von Schwimmbädern als Antworten auf die Krise haben allein in Baden-Württemberg bereits dazu geführt, dass noch immer tausenden von Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter kein Angebot zum Schwimmenlernen gemacht werden konnte.

Schwimmbäder sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Wenn deren Betrieb nicht sichergestellt werden kann, steigt die Zahl der Nichtschwimmer und die DLRG ist in ihrer Existenz gefährdet.

FAZIT:

Die staatliche Krisenvorsorge in Deutschland ist mit seinen Einrichtungen dem Grunde nach gut aufgestellt. Jedoch hat die Corona Pandemie in Verbindung mit dem Ukraine Krieg und seinen Auswirkungen gezeigt, dass das System der Krisenvorsorge in Deutschland enorm belastet wurde. Die Aneinanderreihung der „Krisen“ seit 2015 muss uns darauf vorbereiten, dass die Krise das neue Normal sein könnte. Auf diese Ausweitung waren und sind wir nicht vorbereitet.

Krisen sind mehrdimensional. Daher werden zur guten Vorbereitung leistungsfähige Strukturen zur Krisenbewältigung benötigt. Diese müssen gesichert und auch Reserven eingeplant werden. Klare Zuweisung von Zuständigkeiten sowie verantwortliche Ansprechpartner sind unerlässlich, eine konsequente und frühzeitige Einbindung von Fachberatern in den Stäben notwendig. Hier kann auf etablierte Mechanismen der Gefahrenabwehr zurückgegriffen werden.

Die Vorbereitung auf mögliche Krisen sollte bereits bei der Jugendarbeit der Blaulichtorganisationen ansetzen. Deren Arbeit muss gestärkt werden.

Übungsörtlichkeiten in Form einer für Baden-Württemberg landeseigenen Katastrophenschutzschule und deren gesicherte Finanzierung dienen einer effektiven Vorbereitung auf Krisen und sollten regelmäßig für Krisenübungen organisationsübergreifend genutzt werden.

Die Bevölkerung sollte mehr einbezogen werden. Die Förderung und Privilegierung von Aktivitäten in und durch Vereine führt zu einer stärkeren Resilienz der Zivilgesellschaft.

Schwimmbäder sind Einrichtungen der Daseinsvorsorge und müssen als solche anerkannt werden. Wenn deren Betrieb nicht sichergestellt werden kann, steigt die Zahl der Nichtschwimmer und die DLRG ist in ihrer Existenz gefährdet.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz



Bevölkerungsschutz

Stellungnahme

Des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg e.V. für die
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Landtag Baden-Württemberg

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Mit über 30.000 ehrenamtlichen Einsatzkräften ist der DRK-Landesverband Baden-Württemberg ein elementarer Bestandteil des Bevölkerungsschutzes in Baden-Württemberg. Neben der Mitwirkung in den behördlichen Strukturen des Bevölkerungsschutzes, unterhält das DRK eine Vielzahl von eigenen materiellen und personellen Ressourcen, die bei Katastrophen und Großschadenslagen zum Einsatz kommen.
Unter dem Stichwort #lessonslearned hat das DRK Baden-Württemberg Erfahrungen aus den letzten Jahren in seinen Krisenmanagement-Prozess eingebunden, um für die kommenden Katastrophen bestens vorbereitet zu sein. Damit einhergehend wurde erkannt, wie wichtig die Einsatz- und Anpassungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes in Zukunft sein wird. Denn der Klimawandel, asymmetrische Bedrohungslagen, technischer Fortschritt, hohe Mobilität, eine fortschreitende Globalisierung werden den Bevölkerungsschutz in Zukunft vor gewaltigen Herausforderungen stellen.
Der Bevölkerungsschutz darf nicht als starres Konstrukt, sondern muss vielmehr als ein gesamtheitliches Element der Gesellschaft verstanden werden - ein stetiger Lernprozess, dessen Ergebnisse es immer wieder auf den Prüfstand zu stellen gilt.



Bei der Bekämpfung der Krisen und Katastrophen der letzten Jahre hat das DRK einen enormen Beitrag geleistet.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Stärkung der Kommunikationsstrukturen zwischen Hilfsorganisationen und Behörden

Die Krisen der vergangenen Jahre haben nicht zuletzt die Erkenntnis gebracht, dass wesentliche Faktoren in der Zukunft verstärkt in den Fokus genommen werden müssen. Erste bestehende Systeme tatsächlich gemeinsamer Krisenbewältigung werden aktuell unzureichend gelebt und müssen künftig eine deutliche Intensivierung erfahren. Die frühzeitige Einbindung der Einsatzorganisationen in das Krisenmanagement des Landes ist eine wichtige Grundlage zur erfolgreichen Krisen- und Katastrophenbewältigung. Darüber hinaus ist ein regelhafter Austausch auf allen beteiligten Ebenen zur Zukunftsentwicklung und die gemeinsame Entwicklung von Projekten ein wesentlicher Faktor für das Verständnis des Bevölkerungsschutzes als gesamtheitliches Element der Gesellschaft.

Die Schaffung eines gemeinsamen Kompetenzzentrum und einer operativen Zentralen können unter der Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern aus relevanten Ministerien und Behörden, Städte-;Landkreis-;und Gemeindetag, sowie der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg gemeinsam vorantreiben.

Die Ziele dieses Kompetenzzentrums sollten sein:

- Schaffung ganzheitlicher Strategien zur Krisenbewältigung
- Beratung zur Beschaffung und Ausstattung von Fahrzeugen und Material des Katastrophenschutzes
- Sichtbare Umsetzung eines integrierten Risiko- und Krisenmanagements
- Vernetzte Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz z. B. Etablierung eines landesweiten Cloudsystems
- Bedarfsorientierte Fortentwicklung der Strukturen des Bevölkerungsschutz
- Schaffung gemeinsamer Führungsstrukturen
- Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen und anderen Behörden fördern

Maßnahme:
Das Land Baden-Württemberg gründet zusammen mit den Hilfsorganisationen und Berücksichtigung des Umfangs der Aufgabenwahrnehmung ein **gemeinsames Kompetenzzentrum** mit einer operativen Einsatzzentrale.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Rechtliche Verankerung von Helfergleichstellung und Helferfreistellung

Einheiten des Bevölkerungsschutzes und der Hilfsorganisationen werden auch außerhalb von Katastrophen oder außergewöhnlichen Einsatzlagen durch den Rettungsdienst, die Feuerwehr oder die Polizei (Polizeivollzugsdienst und Polizeibehörden) zur Unterstützung der örtlichen Gefahrenabwehr herangezogen. Dies dient neben der Erhöhung der Schlagkraft der gesetzlich zuständigen Aufgabenträger auch der Sicherung der Einsatzfähigkeit und der Motivation der Einsatzkräfte, da so regelmäßig unter routineartigen Einsatzbedingungen die eingeübten Abläufe ausgeführt und die Zusammenarbeit mit den anderen BOS vertieft werden können. Bei diesen Einsätzen existieren aktuell außer unter den engen und in den Leistungen eingeschränkten Voraussetzungen nach § 30 FwG BW weder Regelungen zur gesetzlichen Freistellung von der Arbeits-/Dienstleistung, noch zu Verdienstausfall oder Aufwendungsersatz.

Die Regelungen im Katastrophenschutzgesetz zu den Helferrechten (§§ 13 ff. LKatSG BW) sind im Vergleich zu den Rechten der Feuerwehreinsatzkräfte unterschiedlich ausgestaltet und nicht für niederschwellige Einsätze ausgelegt.

Ferner konnte bei den Katastrophenschutzeinsätzen der baden-württembergischen Einheiten im Ahrtal festgestellt werden, dass die Arbeitgeber anders als bei Feuerwehreinsatzkräften nur unzureichende Kenntnis von Freistellung und Lohnfortzahlung bei Bevölkerungsschutzeinsätzen hatten.

Maßnahmen:

1

Das Land Baden-Württemberg schafft **klare und einheitliche gesetzliche Voraussetzungen** für die Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen zur Freistellung von der Arbeits-/Dienstleistung sowie für die Gewährung von Verdienstausfall oder anderer pauschaler Entschädigungsleistungen (analog zu Einsatzkräften der Feuerwehr).

Die Einsätze, die durch die Regelung umfasst werden sollen, ergeben sich aus örtlichen Alarm- und Ausrückeordnungen, die zwischen den anfordernden BOS abzustimmen sind. Der Umfang der Leistungen kann sich hierbei neben den gesetzlichen Regelungen in den §§ 15 – 17 FwG BW an der *Feuerwehr-Entschädigungssatzung 2019 / Muster des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg* orientieren.

2

Das Land Baden-Württemberg stellt **verbindliche Informationen für Arbeitgeber/Dienstherrn** hinsichtlich Freistellung und Lohnfortzahlung bereit.

Beispiele aus der Praxis:

Es existieren bereits Landesgesetze mit entsprechenden Regelungen:
Hessen: Brand- und Katastrophenschutzgesetz
NRW: Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz
Thüringen: Brand- und Katastrophenschutzgesetz

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Umfassende Finanzierung und Ausstattung der Einsatzstrukturen des Katastrophenschutzes

Ein Großteil der aktuell entstehenden Kosten für Material und Fahrzeuge, deren Unterbringung, die jeweiligen Betriebskosten, als auch die Kosten der Ausbildung der Helferinnen und Helfer, wie auch der Führungskräfte müssen durch die Hilfsorganisationen aufgebracht werden. Die Mittelzuweisung sowohl über die Obere, wie über die Untere KatS-Behörden erfolgt teilweise unter Auflage sehr hoher bürokratischer Hürden, die den Finanzierungsprozess selbst bei Beteiligung aus Landesmitteln insbesondere in Krisen nicht nur deutlich verlangsamen, sondern immense Ressourcen der Verwaltung in den Hilfsorganisationen verschlingen.
Die fehlende Vollfinanzierung dessen, was das Land an Ausstattung und Personal in der VwV KatSD beschreibt wird seit vielen Jahren durch das DRK und die am KatS beteiligten Hilfsorganisationen gefordert. Mangelnde, veraltete Ausstattung demotiviert die HelferInnen in den Hilfsorganisationen in sehr hohem Maße.

Maßnahmen:

1

Das Land Baden-Württemberg regelt die **Vollfinanzierung des Katastrophenschutzes** im aktuell zu überarbeitenden Landeskatastrophenschutzgesetz. Zur Vollfinanzierung zählen dabei Ausstattung, Fahrzeuge und deren Unterbringung, wie aber auch die Ausbildung aller HelferInnen, die Führungskräfte mit allen Begleitkosten. In der Vollfinanzierung muss ebenfalls die Finanzierung der Kosten der Verwaltungsaufwendungen, sowohl in der Vorbereitung als auch bei der Bewältigung von Krisen enthalten sein.

2

Sicherstellung der Einsatzfähigkeit durch **Schaffung von Redundanzen** in den Strukturen des Bevölkerungsschutzes. Die Digitalisierung von Abläufen erfordert die zunehmende Schaffung von Redundanz zur Sicherstellung der Kommunikation im Krisenfall.

Beispiele aus der Praxis:
Zur Kostenlast und Finanzierung im sog. “weißen Bevölkerungsschutz” hat der DRK-Landesverband bereits im Juni 2022 eine Kurzanalyse erstellt (Anlage2).

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Nachhaltige Förderung von innovativen Ansätzen im Bevölkerungsschutz

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Ideen und Projekte einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung einer Krise leisten können. Beispiele sind digitale Innovationen, die beim Erfassen von Impfungen und Testungen unterstützt haben. So standen mehr Ressourcen für andere Tätigkeiten zur Verfügung. Aber auch außerhalb von Krisen gibt es immer wieder Projekte, die durch motivierte Menschen vorangetrieben werden, um den Bevölkerungsschutz für die Zukunft zu stärken.

Maßnahme:
Das Land Baden-Württemberg **finanziert innovative Projektideen** im Bevölkerungsschutz im Rahmen eines eigenen Innovationsförderprogramms. Das Programm ist geprägt von einfachen und unbürokratischen Arbeitsabläufen. Neben der Förderung muss bei jedem Projekt geprüft werden, ob eine Möglichkeit der Implementierung, sowie eine Verbreitung der Projektidee als Chance für einen nachhaltigen Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg genutzt werden kann.

Beispiele aus der Praxis:
1
Der Förderpreis „Helfende Hand“ ist eine Auszeichnung zur Würdigung ehrenamtlichen Engagements im Bevölkerungsschutz. Neben Optimierungsansätzen können Projekte mit technischem Charakter (z.B. Digitalisierung), sowie innovative Projektideen zur Entlastung, Anerkennung oder Wertschätzung des Ehrenamtes eingereicht werden. Die Vergabe erfolgt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI). Weitere Infos finden Sie hier.
2
Das Sozialministerium Baden-Württemberg fördert mit einem Innovationsprogramm Pflege neuartige Pflege- und Versorgungsmodelle. Weitere Infos zum Programm hier.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Zentrale Ressourcenverwaltung für Krisen und Katastrophen

Für eine effiziente und zuverlässige Logistik zur Unterstützung der systemrelevanten Aufgaben im Krisenfall ist eine zentrale Vorhaltung und Steuerung von Ressourcen in Baden-Württemberg notwendig. Die Flüchtlingskrise 2015 und die Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, dass es einer zentralen Logistikeinrichtung bedarf. Der Zugriff auf große Mengen an Material, wie etwa Betreuungs- und Infektionsschutzmaterial ermöglicht eine Entlastung des Landes bei Krisen und Katastrophen.

Maßnahme:
Das Land Baden-Württemberg baut eine **zentrale Ressourcenverwaltung** zur Vorhaltung von Krisen und Katastrophen auf. Inhaltlich miteingebunden werden Erfahrungen aus den letzten Krisen und Katastrophen. Das Land Baden-Württemberg kann diese Kapazitäten nutzen, den behördlichen Katastrophenschutz, um weitere Ressourcen zu erweitern und zu stärken. Hier kann eine Partnerschaft des Landes mit dem DRK-Logistikzentrum Kirchheim/Teck einen signifikanten Mehrwert schaffen.
Das Kompetenzzentrum begleitet den Ressourcenaufbau und -verwaltung. Weitere Informationen zum Kompetenzzentrum können aus dem Punkt *„Stärkung der Kommunikationsstrukturen zwischen Hilfsorganisationen und Behörden“* entnommen werden.

Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

Der Bevölkerungsschutz in Deutschland wird in erster Linie vom Engagement und der Expertise ehrenamtlich Tätiger getragen. Das bedeutet: *„die freiwillige Mitarbeit in den Hilfsorganisationen ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur“* (BBK 2022). Im Hinblick auf die sich wandelnde Gesellschaft und den zunehmenden Krisen und Katastrophen benötigen wir für die Zukunft ein gut aufgestelltes und leistungsstarkes Ehrenamt.
Um dies zu erreichen:

- muss die Bevölkerung über **Themen des Bevölkerungsschutzes aufgeklärt** und für ein Ehrenamt begeistert werden. Darüber hinaus kann eine gut für den Notfall vorbereitete Bevölkerung in einem Krisenfall die Strukturen des Bevölkerungsschutzes aktiv entlasten und unterstützen.
- müssen Personen, die sich ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz betätigen wertgeschätzt und anerkannt werden.
- muss eine **niederschwellige Einbindung** von Interessierten in den Bevölkerungsschutz (z.B. ungebundene HelferInnen) ermöglicht werden. Die vergangenen Ereignisse haben mit der Einbindung von HelferInnen aus der Bevölkerung einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung geleistet.
- muss der **organisierte Bevölkerungsschutz nachhaltig qualifiziert und gestärkt** werden. Dabei müssen gleiche Bedingungen und Möglichkeiten für alle Einsatzkräfte des Bevölkerungsschutz die Grundlage bilden (z.B. Gleichstellung mit der Feuerwehr.

Gesamtheitlich muss die Stärkung der Akteure des Bevölkerungsschutzes integrativer Bestandteil des Krisenmanagements-Zyklus auf Landesebene sein. Getroffene Maßnahmen müssen überprüft und immer wieder angepasst werden.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Maßnahme:

1

Aufbau einer **zentralen Plattform zur Wissensvermittlung** für die Zivilbevölkerung.

2

Aufstellung einer **landesweiten Kampagne** für die Zivilbevölkerung mit dem Ziel: Stärkung der Selbsthilfefähigkeit, Sensibilisierung für Themen rund um den Bevölkerungsschutz und Gewinnung neuer Personen für den Bevölkerungsschutz. Die Blaulichtfamilie kann diese Kampagne bei der Umsetzung aktiv begleiten.

3

Um auf **ungebundene HelferInnen** im Katastrophenfall schnell zurückgreifen zu können, erstellt das Land eine **Plattform zur Verfügung**, über die sich Personen registrieren können. Hier werden Informationen wie mögliche Verfügbarkeit, Fachwissen etc. abgefragt. Ebenso könnten vorab Themen wie Versicherungsschutz, Lohnfortzahlung, etc. abgestimmt werden. Eine Vernetzung mit den Hilfsorganisationen schafft eine schnelle Einbindung im Bedarfsfall.

Beispiele aus der Praxis:

1

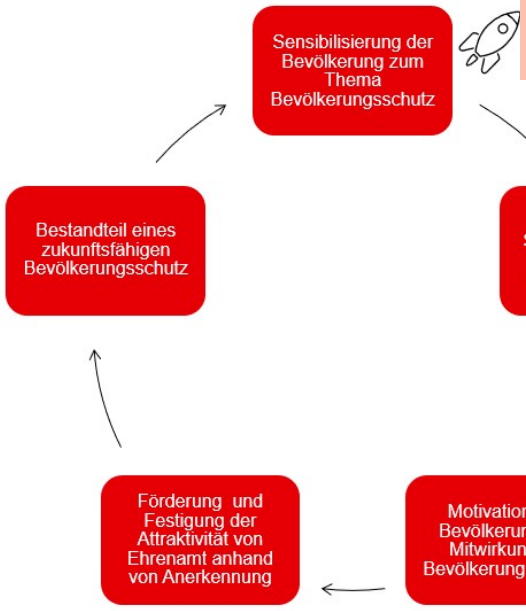
Das Land Baden-Württemberg hat eine Nachwuchskampagne für den Bevölkerungsschutz gestartet. Diese Kampagne muss sichtbar werden und in die Zivilbevölkerung getragen werden. Landingpage

2

Der DRK-Landesverband Baden-Württemberg hat ein Schulungskonzept zum Thema *„gut vorbereitet für den Notfall - Vorsorge und Selbsthilfe in Notsituationen. Eine Schulung für den Bevölkerungsschutz“* entwickelt. Das Schulungskonzept dient der Sensibilisierung der Zivilbevölkerung zur Vorbereitung auf Notsituationen. Auszug Schulungskonzept. Darüber hinaus entwickelt der DRK-Landesverband Baden-Württemberg ein Ausbildungskonzept zur Pflegeunterstützung.

3

Der Bund hat ein Rahmenkonzept zur Ausbildung in Erster Hilfe mit Selbstschutzinhalten erstellt, mit dem Ziel die zum Überleben in Notsituationen erforderlichen Grundkenntnisse bzw. Grundfähigkeiten in den Bereichen Erste Hilfe, Brandbekämpfung und sicherer Aufenthalt für verschiedene Zielgruppen zu stärken. Übersicht Rahmenkonzept



Sensibilisierung und Wertschätzung als Teil eines zukunftsfähigen Bevölkerungsschutzes.

Seite 8/16

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Aufstellung von flexiblen und praxiserprobten Einsatzstrukturen

Die Unterstützungsleistungen im Rahmen des Unwettereinsatzes in RLP/NRW haben gezeigt, dass die multifunktionale Einsatzeinheit als zentraler Ausrichtungspunkt des Sanitäts- und Betreuungsdienstes im Bevölkerungsschutz in der heutigen Zeit die gestellten Anforderungen nur unzureichend bedient. Die breite Ausrichtung der Einsatzeinheit erschwert hier die Hilfe bei Anforderungen von überregionalen spezialisierten Strukturen wie z. B. Transportkapazitäten. Aufgrund dieser Ausrichtung sind Einsätze der Einsatzeinheiten landesweit sehr selten, was wiederum nicht zur Motivation der Einsatzkräfte beiträgt.

Aufgrund der seltenen Einsätze der Einsatzeinheiten verfügen Führungskräfte ab Zug-Ebene oft über nur geringe Einsatzpraxis.

Maßnahme:

1

Bei der kommenden Überarbeitung der Bevölkerungsstrukturen soll der **Schwerpunkt auf Basiseinheiten** in Gruppenstärke gelegt werden, die dann je nach Einsatzanforderung zusammen mit einem Führungsmodul zu spezialisierten Zügen zusammengefasst werden können. Diese Basiseinheiten sind wiederum in die örtliche Gefahrenabwehr eingebunden, was zu hoher Einsatzfähigkeit, Schlagkraft und Motivation der Einsatzkräfte führt.

Mögliche **Schwerpunkte der Basiseinheiten**:

- Erstversorgung
- Patiententransport
- Betreuung und Logistik
- Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene und Einsatzkräfte
- Personensuche (Rettungshunde/Drohnen)
- ...

2

Führungskräfte (ab Zugführer) des Sanitäts-/Betreuungsdienstes sollen auf örtlicher Ebene in Einsatzleitungen eingebunden werden. Das Land Baden-Württemberg schafft hierfür entsprechende **rechtliche Grundlagen** (z. B. im Rettungsdienstplan bei Einsätzen mit dem Rettungsdienst) und einheitliche Standards.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Einbeziehung des Rettungsdienstes und Bevölkerungsschutzes (erweiterter Rettungsdienst)

Der Rettungsdienst ist gerade in Krisen ein entscheidendes Modul in der präklinischen Notfallversorgung der Bevölkerung und gleichzeitig insbesondere im Krankentransport ein wichtiges Bindeglied zwischen dem ambulanten und stationären Sektor im Gesundheitswesen. Im Bevölkerungsschutz ist er bei Großschadenslagen die Speerspitze der medizinischen Versorgung, denn die Kräfte des Rettungsdienstes sind die ersten, die zum Einsatz kommen. Sie gelangen mit ihren primär auf die Versorgung von einzelnen bis wenigen Patienten jedoch schnell an Leistungsgrenzen. Dies nicht nur auch deshalb, weil die rettungsdienstliche Versorgung von Patienten, die von der Großschadenslage nicht betroffen sind, weiterhin sichergestellt werden muss.

In Krisensituationen ist die Einbeziehung rettungsdienstlicher Expertise essenzieller Bestandteil einer erfolgreichen Bewältigung. Daher müssen die rettungsdienstlichen An- und Herausforderungen regelmäßig in die Planungen in den relevanten Gremien auf der Landesebene aber auch auf der lokalen Ebene einbezogen werden.

Erfahrungen aus Großschadenslagen haben gezeigt, dass eine grundlegende Standardisierung von entscheidender Bedeutung für den Einsatzerfolg ist. Neben der einheitlichen Ausbildung (siehe unten) sind hierbei auch eine einheitliche und möglichst kompatible Ausstattung des Rettungsdienstes und des Bevölkerungsschutzes sowie einheitliche, taktische Vorgehensweisen äußerst relevant. Es kommt dabei auch darauf an, dass der (hauptamtliche) Rettungsdienst und die (ehrenamtlichen) Einheiten des Bevölkerungsschutzes regelmäßig zusammenarbeiten. Während dies auf der örtlichen Ebene bei Einsätzen unterhalb der Katastrophenschutzschwelle in der Regel gut funktioniert, werden Prozesse bei Großschadensereignissen nach unserer Erfahrung nur relativ selten gemeinsam eingeübt. Rettungsdienstbereichs- oder landkreisübergreifende Übungen sind dabei jedoch die Ausnahme. Gerade die Situation, dass bei Großschadensereignissen Kräfte aus anderen Bereichen in den Einsatz gebracht werden, ist jedoch zu erwarten

Maßnahme:

1
Die **Anforderungen des Rettungsdienstes** werden in allen relevanten (Planungs-)Gremien durch Einbeziehung entsprechender Expertise konsequent berücksichtigt.

2
Bezahlte Freistellung von Einsatzkräften für die Teilnahme an notwendigen Bildungsmaßnahmen (bei Feuerwehr vorhanden) für den Bevölkerungsschutz.

3
Synchronisierung von Ausstattung und Prozessen im Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz

4
Regelmäßige, auch bereichsübergreifende Übungen des Bevölkerungsschutzes unter Einbeziehung des Rettungsdienstes

Vor diesem Hintergrund ist ein Fokus auf regelmäßige Übungen des Bevölkerungsschutzes unter Beteiligung des Rettungsdienstes zu richten.

Bei der Bewältigung der Krisen der vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass der Rettungsdienst durch personelle Eigenbetroffenheit schnell an Leistungsgrenzen stoßen kann. Durch drohende Ausfälle kann die Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung gefährdet sein. Dies betrifft gleichermaßen die Notfallrettung und den Krankentransport. In vielen Fällen konnte insbesondere während der Coronapandemie nur durch die Unterstützung von Ehrenamtlichen mit rettungsdienstlicher Qualifikation und Erfahrung der Regelrettungsdienst sichergestellt werden. Möglich war dies nur, durch eine bereits langjährige, enge Verzahnung zwischen Haupt- und Ehrenamt im Deutschen Roten Kreuz.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Das Rettungsdienstgesetz unterscheidet bei den Qualifikationsanforderungen für die Besetzung von Rettungsmitteln nicht nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses. Es gelten für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende identische Anforderungen – das ist richtig und wichtig. Das Land Baden-Württemberg bezuschusst die Ausbildung von Rettungshelfern und Rettungssanitätern bereits mit rund 230.000 Euro pro Jahr. Dieser Zuschuss wird jedes Jahr im Rahmen der Ausbildung von Ehrenamtlichen vollumfänglich ausgeschöpft. Der zeitliche Umfang beispielsweise für die Ausbildung zum Rettungssanitäter umfasst rund 13 Wochen. Dieser Zeitumfang kann von Ehrenamtlichen nur sehr schwer “in der Freizeit” realisiert werden – insbesondere der schulische Anteil der Ausbildung muss in der Regel am Stück absolviert werden. Eine bezahlte, zumindest anteilige Freistellung durch den Arbeitgeber - ähnlich wie beim Bildungsurlaub - wäre geeignet, eine rettungsdienstliche Ausbildung im Ehrenamt attraktiver zu gestalten.

Stärkung von KRITIS und systemrelevanten Sektoren

Der Schutz von KRITIS und systemrelevanter Sektoren ist ein Kernelement der staatlichen Daseinsvorsorge. Dazu zählen auch Unterstützungsleistungen durch das Land bei der Umsetzung von Maßnahmen für die Krisenvorsorge. Eine allumfängliche Krisenvorsorge kann die Strukturen des Bevölkerungsschutzes bei der Bewältigung entlasten. Bei einem Ausfall der Alltagsstrukturen können die Strukturen des Bevölkerungsschutzes bedarfsgerechte Ersatzleistungen anbieten, leistbar ist dies aber nur temporär, bis die alltägliche Versorgungsstruktur wiederhergestellt ist.

Maßnahme:
1 Schaffung von **Refinanzierungsmöglichkeiten** für Betreiber KRITIS und systemrelevante Sektoren aus dem sozialen Bereich
2 **Unterstützungsleistungen** bei der Umsetzung von Maßnahmen für Einrichtungen und Personal für Betreiber KRITIS und systemrelevante Sektoren aus dem sozialen Bereich (z.B. Vorgaben, Handreichungen, Musterpläne, Schulungen). Schulungskonzepte (ggf. auch digital) können gemeinsam mit der Blaulichtfamilie erarbeitet werden. Mitarbeitende können bspw. in den Bereichen Krisenmanagement, sowie im Umgang mit Ausnahmesituationen und Notstromversorgung geschult werden.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Nutzung von digitalen Anwendungen zur Koordination von Einsätzen und Hilfeleistungen

Die Bevölkerung nutzt im Alltag häufig Anwendungen, die zur Informationsweitergabe im Katastrophenfall sinnvoll erscheinen (z. B. Wetter-Apps). Gemeinsam mit den BetreiberInnen dieser Kanäle sollten eindeutige und verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, inwiefern eine Behörde im Ereignisfall hierüber Lageinformationen an die NutzerInnen übermitteln kann. Um die Bevölkerung und/oder JournalistInnen schnell und direkt informieren zu können, sollten insbesondere soziale Medien im Ereignisfall als ergänzender Kommunikationskanal für Lageinformationen genutzt werden. Dazu ist es notwendig, entsprechende Kanäle bereits im Vorfeld möglicher Krisen und Katastrophen zu etablieren, um eine möglichst hohe NutzerInnenzahl zu erreichen und Vertrauen in der Bevölkerung aufzubauen. Gleichzeitig sollte die Kommunikationsstrategie der Gefahrenabwehrbehörden nicht ausschließlich von digitalen Kommunikationskanälen abhängig sein. Es sollten auch persönliche Kontakte zu lokalen Netzwerken und Verbänden, die im Ereignisfall bestimmte Zielgruppen mit behördlichen Lageinformationen versorgen können, sowohl auf- und ausgebaut als auch aufrechterhalten werden.

Die Bevölkerung selbst kann als zusätzliche Ressource in die Kommunikation von Lageinformationen integriert werden. Moderne Krisenkommunikation als Ansatz bedeutet, die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die verantwortungsvolle Kommunikation von Lageinformationen einzubinden. Neben Weiterleitungsfunktionen behördlicher Informationsangebote (v. a. bei Warn-Apps) sollten weitere Möglichkeiten bzw. Anreize geschaffen werden, damit die Bevölkerung behördliche Lageinformationen mit ihrem persönlichen Netzwerk teilt.
Auch wenn noch nicht alle relevanten Lageinformationen bekannt bzw. bestätigt sind, sollte beibehalten werden, dass die Gefahrenabwehrbehörde rechtzeitig in Kontakt mit der Bevölkerung tritt und sie mit Informationen versorgt. Dies sollten Informationen darüber sein, ob und welche Bewältigungsmaßnahmen eingeleitet wurden sowie wo und wann die Bevölkerung weitere Informationen erhalten kann.

Zudem sollten Lageinformationen verstärkt mithilfe von Geomedien und behördenübergreifend in einem Online-Informationsportal aufbereitet werden, um die Informationssuche für die Bevölkerung zu erleichtern. Dazu können z. B. Webkarten genutzt werden, die aktuelle Scha-



DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

densereignisse bzw. Gefahrenzonen, Anzahl und zugehörige Organisation der Einsatzkräfte sowie die Bewältigungsmaßnahmen darstellen. Die hierzu verwendeten Daten sollten sich auf das erforderliche Maß beschränken, damit keine Überforderungssituation eintritt.

Beispiele aus der Praxis:
Die Firma ESRI stellt Softwareprodukte zur Verarbeitung von Geodaten zur Verfügung. Echtzeitdaten können z.B. über Dashboards zur Verfügung gestellt und mit anderen Akteuren geteilt werden. Das RKI-Dashboard für die Zivilbevölkerung oder das interne Dashboard des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg e.V. sind Beispiele für die zur Verfügung Stellung von Lageinformationen mittels Geomedien. Weitere Informationen zu den Produkten von ESRI hier.

Maßnahme:
1
Erarbeitung einer **Leitlinie zur Veröffentlichung von relevanten Lageinformationen** für die Bevölkerung. Darin sollten die Begrifflichkeiten von den relevanten öffentlichen und privaten Akteuren kooperativ erarbeitet werden. Um auch fremdsprachige TouristInnen, MigrantInnen oder Dienstreisende informieren zu können, sollte die Übersetzung von Lageinformationen in weitere Sprachen, die für die betroffene Region relevant sind, sichergestellt sein. Dies kann im Ereignisfall über Mitarbeitende der Behörde oder befreundeter Unternehmen mit entsprechenden Kenntnissen realisiert werden. Tweets und Facebook-Posts werden außerdem automatisch in die jeweilige Landessprache der NutzerInnen übersetzt. Zudem können bereits im Vorfeld Vorlagen von ÜbersetzerInnen für den Ereignisfall vorbereitet werden.

2
Aufbau eines **Online-Portals zur Informationsweitergabe** an die Bevölkerung und an die Blaulichtfamilie. Das Portal sollte die Möglichkeit eines Austauschs von Lageinformationen zwischen Behörden und den Einsatzorganisationen ermöglichen.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Verwendung von Künstlicher Intelligenz im Bevölkerungsschutz

Künstliche Intelligenz (KI) kann in vielen Bereichen des Bevölkerungsschutzes zum Einsatz kommen. Die folgenden Anwendungsfälle sind dabei auf der Basis der Analyse von Daten von zentraler Bedeutung:

- **Vorhersage von Naturkatastrophen:** KI-Modelle können Wetterdaten analysieren und Vorhersagen über mögliche Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Stürme und Erdbeben treffen. Diese Vorhersagen können dann verwendet werden, um die Bevölkerung zu warnen und ihre Sicherheit zu gewährleisten.
- **Verwaltung von Katastrophen- und Notfallreaktionen:** KI-Systeme können in Echtzeit Daten sammeln und analysieren, um die Notfallreaktionen auf Katastrophen zu koordinieren und zu optimieren. Dies kann dazu beitragen, die Auswirkungen von Katastrophen auf die Bevölkerung zu minimieren.
- **Vorbeugende Wartung von Infrastruktur:** KI-Systeme können die Leistung von kritischer Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Gebäuden überwachen und vorbeugende Wartung empfehlen, um deren Sicherheit und Zuverlässigkeit zu gewährleisten.
- **Analyse von Daten zur Risikobewertung:** KI-Modelle können große Mengen an Daten analysieren, um Risiken für die Bevölkerung zu identifizieren und zu bewerten. Diese Informationen können dann verwendet werden, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Risiken zu minimieren.
- **Unterstützung bei der Evakuierung:** KI-Systeme können in der Lage sein, die Bewegungen der Bevölkerung während einer Evakuierung zu verfolgen und zu koordinieren, um sicherzustellen, dass alle Menschen in Sicherheit gebracht werden.

Datenvisualisierungen können dabei helfen in Katastrophenlagen, komplexe Informationen schnell zu verstehen und zu vermitteln. Ein Beispiel ist die Verwendung von digitalen Karten, um die Ausbreitung von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Waldbränden zu verfolgen. Durch die Verwendung von Farben und Symbolen können diese Karten schnell Auskunft darüber geben, wo die Gefahrenzone ist und wo Hilfe benötigt wird. Auch bei der Evakuierung von betroffenen Gebieten können Datenvisualisierungen nützlich sein. So können etwa Flussdiagramme oder Netzwerkgraphen verwendet werden, um den Fluss von Personen und Ressourcen zu verfolgen und zu optimieren.

Maßnahme:
Aufbau eines „KI-Reallabors“ als Experimentierraum für Akteure des Bevölkerungsschutzes, um KI-gestützte Methoden bei Krisen und Katastrophen zu erproben. Dafür ist eine Vernetzung mit der Universität Tübingen, dem Innenministerium Baden-Württemberg und den Hilfsorganisationen eine . Hierfür ist eine Förderung des Landes Baden-Württemberg zielführend.

Beispiele aus der Praxis:
Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat KI-Reallabor ins Leben gerufen, um für Unternehmen und weitere Akteure KI-gestützte Methoden in der Gesundheitsversorgung zu erproben. Weitere Infos hier.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz

Integration von Sensoren und anderen technischen Systemen im Bevölkerungsschutz

Die Verwendung von Sensorik in Katastrophenfällen kann von großem Nutzen sein, um die Lage zu überwachen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Sensoren können zum Beispiel dazu verwendet werden, um die Bewegungen von Erdbeben oder Tsunamis zu messen und zu verfolgen, um frühzeitig Evakuierungen zu organisieren und mögliche Schäden zu minimieren. Auch bei Naturkatastrophen wie Waldbränden können Sensoren eingesetzt werden, um die Ausbreitung des Feuers und die Luftqualität zu überwachen. In Katastrophenfällen, in denen Menschen vermisst werden, können Sensoren ebenfalls von großem Nutzen sein. Zum Beispiel können Ortungssensoren eingesetzt werden, um den Aufenthaltsort von Personen zu verfolgen und zu lokalisieren. Darüber hinaus kann der Einsatz von technischen Systeme Arbeitsabläufe und Informationsflüsse zwischen Einsatzkräften, Leitstellen und weiteren relevanten Akteuren positiv beeinflussen.

Maßnahme:
Das Land Baden-Württemberg eruiert Möglichkeiten des Einsatzes **von technischen Systemen** im Bevölkerungsschutz.

Beispiele aus der Praxis:
Das Digitalisierungsprojekt Bevölkerungsschutz 4.0 – Risiken und Chancen von IT-Systemen im Einsatz ist ein Projekt des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Projekt entwickelt einen Überblick über die Risiken und Chancen von IT-Unterstützungssystemen in der KRITIS-Branche Notfall- und Rettungswesen. Weiter Infos hier.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.
Badstraße 39+41
70372Stuttgart

Tel. 49 711 5505-0
Fax 49 711 5505-139
info@drk-bw.de
www.drk-bw.de

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Deutsches Rotes Kreuz






Empfehlungen
des DRK-Landesverbands
Baden-Württemberg e.V.
Stärkung der Kommunikations-strukturen zwischen Hilfsorganisationen und Behörden
1
Gründung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums mit einer operativen Einsatzzentrale
Rechtliche Verankerung von Helfergleichstellung und Helferfreistellung
2
Schaffung klarer und einheitlicher gesetzlicher Voraussetzungen zur Freistellung analog zu Einsatzkräften der Feuerwehr
Aufklärung der Arbeitgeber zur Freistellung und Lohnfortzahlung
Umfassende Finanzierung und Ausstattung der Einsatzstrukturen des Katastrophenschutzes
3
Vollfinanzierung des Katastrophenschutzes im aktuell zu überarbeitenden Landeskatastrophenschutzgesetz schaffen
Sicherstellung der Einsatzfähigkeit durch Schaffung von Redundanzen (z.B. Kommunikation) in den Strukturen des Bevölkerungsschutzes
Nachhaltige Förderung von innovativen Ansätzen im Bevölkerungsschutz
4
Finanzierung von innovativen Projektideen im Bevölkerungsschutz im Rahmen eines eigenen Innovationsförderprogramms
erfolgreiche Innovationen sollten landesweit umgesetzt werden
Zentrale Ressourcenverwaltung für Krisen und Katastrophen
5
Aufbau einer zentralen Ressourcenverwaltung des Landes zur Vorhaltung für Krisen und Katastrophen
Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung
6
Aufstellung einer landesweiten Kampagne zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung für Themen rund um den Bevölkerungsschutz
Aufbau einer zentralen Plattform zur Wissensvermittlung
niederschwellige Einbindung von Interessierten in den Bevölkerungsschutz
Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Baden-Württemberg e.V.


Aufstellung von flexiblen und praxiserprobten Einsatzstrukturen
7
Schwerpunktsetzung auf kleinere Einheiten, die für überörtliche Einsätze modular und flexibel zusammengefasst werden können
Schaffung rechtlicher Grundlagen zur Einbindung von Führungskräften des Sanitäts-/Betreuungsdienstes in die Einsatzleitungen auf örtlicher Ebene
Einbeziehung des Rettungsdienstes und des Bevölkerungsschutzes
8
Bezahlte Freistellung von Einsatzkräften für die Teilnahme an notwendigen Bildungsmaßnahmen (bei Feuerwehr vorhanden) für den Bevölkerungsschutz
Synchronisierung von Ausstattung und Prozessen im Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
Regelmäßige, auch bereichsübergreifende Übungen des Bevölkerungsschutzes unter Einbeziehung des Rettungsdienstes
Stärkung von KRITIS und systemrelevanten Sektoren
9
Schaffung von Refinanzierungsmöglichkeiten für Betreiber von KRITIS aus dem sozialen Sektor
konzeptionelle Unterstützungsleistungen für Betreiber von KRITIS aus dem sozialen Sektor
Verwendung von Künstlicher Intelligenz im Bevölkerungsschutz
10
Aufbau eines „KI-Reallabors“ als Experimentierraum für Akteure des Bevölkerungsschutzes, um KI-gestützte Methoden bei Krisen und Katastrophen zu erproben
Nutzung von digitalen Anwendungen zur effizienten Koordination von Einsätzen und Hilfeleistungen
11
Umsetzung von digitalisierten Lageinformationen gemeinsam mit der Bevölkerung
Aufbau eines Online-Portals zur Informationsweitergabe an die Bevölkerung und an die Blaulichtfamilie
Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Deutsches Rotes Kreuz

Interne Budgetanalyse KatS
„Weißer Bereich“ BaWü

Grundlage

Die nachstehende Analyse basiert auf den aktuellen Grundlagen zu Ausstattung und Bedarfen im Bereich der Einsatzstrukturen von Sanitäts- und Betreuungsdienst, sowie der Personenauskunft. Den Annahmen und Finanzansätzen liegen die Ausstattungsmerkmale der VwV KatsD zu Grunde sowie die sich daraus ergebenden Finanzierungsnotwendigkeiten. Bei Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen wird ein angemessener Verwendungsstandard finanziell berücksichtigt, der insbesondere aus aktuellen Erkenntnissen zur besonderen Leistungsfähigkeit des Materials resultiert. Alle Kalkulationen sind Grobanalysedaten und nicht abschließend und umfänglich..

Die Grunddaten in Baden-Württemberg sind wie nachstehend berücksichtigt

120 Einsatzeinheiten Sanitäts- und Betreuungsdienst mit

7.200	Helfer*Innen (nach Doppelbesetzung)	
240	Krankenwagen B	(KTW-B)
120	Gerätewagen San/Behandlung	(GWSan)
240	Mannschaftstransortwagen San/Betreuung	(MTW)
120	Betreuungslastkraftwagen	(BetrLKW)
120	Zugrupp-Führungsfahrzeug	(FüKomKW)
50	Gerätewagen Technik	(GWTechnik)
50	Feldkochherde	(FKH)
4	Überregionale Kreisauskunft	(Ü-Kab)

Fahrzeugunterhalt und Fahrzeugunterbringung

Nachstehende Kostenberechnungen sind auf kalkulatorischen Werten der Ist-Kosten der letzten 10 Jahren nach eigenen Erfahrungen berechnet. Die Stellflächenberechnungen der Fahrzeuge orientieren sich an vorgegeben Werten, die weder Rangier- noch Verkehrsflächen berücksichtigen. Die wesentlichen Kostenberechnungen ergeben sich aus der Excelberechnung (Anlage) als jahreskosten pro Einheit

240 KTW B	6.268,00 €	1.504.320,00 €
120 GWSan	8.308,00 €	996.960,00 €
240 MTW	4.050,00 €	972.000,00 €
120 BetrLKW	7.624,00 €	914.880,00 €
120 FüKomKW	4.050,00 €	486.000,00 €
50 GW-Technik	5.186,00 €	259.300,00 €

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Deutsches Rotes Kreuz

4 Ü-Kab	4.416,00 €	17.664,00 €
50 FKH	800,00 €	40.000,00 €
Gesamtflottenkraftstoff 600km p.a. 2,00 €/L		107.280,00 €
Zwischensumme 1		**5.298.404,00 €**

Unterbringung Unterkunft und Lager

Die in Doppelbesetzung mit 60 Einsatzkräften ausgestatte Einsatzeinheit wird derzeit nicht mit Unterkunftsräumen zum Aufenthalt, Sanitäranlagen oder Lagerflächen für persönliche Schutzausstattung finanziert.
Pro Einsatzeinheit muss hier mit einer Fläche von 200 qm inklusive Verkehrsfläche gerechnet werden. Daraus ergibt sich bei einem Anmietungspreis von 8,00 €/qm eine Jahresmiete pro Einsatzeinheit von 19.200,00 €. Energie und Betriebskosten sind hier nicht berücksichtigt:

120 EE	19.200,00 €	2.304.000,00 €
Zwischensumme 2		**2.304.000,00 €**

Ausbildungskosten

Die Kosten der immer spezifischer werdenden, qualifizierten Ausbildung der Einsatz- und Führungskräfte der 7.200 direkt Einsatzeinheiten zugeordneten Einsatzkräften berechnet sich bei einer angenommenen jährlichen Fluktuationsrate von 10 Prozent wie folgt.

720 Grundausbildung und Fachdienst je 400,00 €	288.000,00 €
7.200 Fortbildung je 100,00 €	720.000,00 €
216 Führungskräfte je 1.500 € (3 Prozent)	324.000,00 €
216 RS/RH/Führerschein u.a. je 2.500 € (3 Prozent)	540.000,00 €
Zwischensumme 3	**1.872.000,00 €**

Fahrzeugersatzbeschaffung

Nach vorhandenen Erkenntnissen sind ein Großteil der aktuell vorhandenen Fahrzeuge in einem baldigen Aussonderungs- und Ersatzbeschaffungsprozess. Die Wiederbeschaffungen der zu erneuernden kompletten Fahrzeugflotte werden deshalb auf einen Zeitraum von 10 Jahren gerechnet. Die Widerbeschaffungskosten sind an gestiegene und zu erwartende Preise und an hochwertiger, der besonderen

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Deutsches Rotes Kreuz

Ausstattungsnotwendigkeit und Robustheit in einem KatS-Fall angepasst. Insbesondere Wat- und Geländefähigkeit sind zu berücksichtigen
Bei jährlichem Flottenaustausch von 10 von Hundert ergeben sich nachstehende jährliche Beschaffungswerte:

24 KTW B	120.000,00 €	2.640.000,00 €
12 GWSan	120.000,00 €	1.440.000,00 €
24 MTW	90.000,00 €	2.160.000,00 €
12 BetrLKW	120.000,00 €	1.440.000,00 €
5 GW-Technik	100.000,00 €	500.000,00 €
0,5 Ü-Kab	90.000,00 €	45.000,00 €
5 FKH	150.000,00 €	600.000,00 €
12 FüKomKW	90.000,00 €	1.080.000,00 €

Zwischensumme 4 **10.310.000,00 €**

Es ist zu berücksichtigen, dass aktuell der Bestand an FüKomKW bei 0 ist und die Anzahl der überprüften FKH bei 15 liegt.

Persönliche Schutzausstattung der Einsatzkräfte - Fachdienstausstattung

Die persönliche Schutzausstattung der Helferinnen und Helfer der Einsatzstrukturen umfasst sämtliche Oberbekleidung inklusive Sicherheitsstiefel und Sicherheitshelm. Die Ausstattung der 7.200 direkt Einsatzeinheiten zugeordneten Einsatzkräften berechnet sich bei einer angenommenen jährlichen Fluktuations- und Ersatzrate von 10 Prozent wie nachstehend. Darüber hinaus ist die fachdienstliche Ausstattung jährlich durch Verschleiß oder Ablauf der Haltbarkeitsdaten zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Es sind Pauschalansätze angenommen.

720 PSA-Helferausstattung je 1.200,00 € (10 Prozent)	864.000,00 €
120 Zugausstattung „Betreuung“ je 1000,00 €	120.000,00 €
120 Zugausstattung „Sanitätsdienst“ je 1.500 €	180.000,00 €

Zwischensumme 5 **1.164.000,00 €**

Verwaltungskosten der Organisation

Die Anforderungen an die Hilfsorganisationen hinsichtlich Verwaltung, Ersatzbeschaffung, Abrechnung und Ausstattungsüberwachung steigen kontinuierlich an. Insbesondere der hierfür zu erbringende Personalbedarf ist durch hauptamtliches Personal auf allen Verwaltungsebenen abzudecken. Ein Kostenansatz wurde deshalb jährlich Pauschal an den Aufwand für eine Einsatzeinheit berechnet und ergibt nachstehenden Kostenansatz

DRK-Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Deutsches Rotes Kreuz

120 Einsatzeinheiten je 15.000,00 € (p.a.)	1.800.000,00 €
Zwischensumme 6	**1.800.000,00 €**

Einsatzkosten, Übungen und Verdienstausfälle

Verdienstausfallkosten entstehen sowohl für Einsätze (außergewöhnliche Einsatzlagen) wie auch für Freistellungen zu Ausbildungen und dringend notwendiger Übungen. Da hier keine tatsächlichen Werte vorliegen können Budgetansätze nur geschätzt werden.

Verdienstausfälle „Einsatz“	1.000.000,00 €
Verdienstausfälle „Ausbildung“	1.000.000,00 €
Finanzierung von Übungen	500.000,00 €
Zwischensumme 7	**2.500.000,00 €**

Zusammenfassung

Vorgenannte Annahmen basieren sowohl auf faktisch überprüfbaren Werten, wie auch auf Schätzungen auf Grund einer fehlenden klaren Datenlage. Diese Bedarfsanalyse berücksichtigt aktuell keine Erweiterung ebenfalls zwingender Ressourcenplanung für besondere Schadenslagen oder notwendiger Sonderprogramme anderer Einsatzstrukturen und anderer Fachdienstbereiche des Bevölkerungsschutzes. Aus den benannten Zwischensummen 1 – 7 ergibt sich nachstehende Gesamtberechnung:

Zwischensumme 1	5.298.404,00 €
Zwischensumme 2	2.304.000,00 €
Zwischensumme 3	1.872.000,00 €
Zwischensumme 4	10.310.000,00 €
Zwischensumme 5	1.164.000,00 €
Zwischensumme 6	1.800.000,00 €
Zwischensumme 7	2.500.000,00 €
Gesamtsumme:	**25.248404,00 €**

Stuttgart 05/22
LDB Wiesbeck

Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Generalsekretariat
Team Sicherheitsforschung & Innovationstransfer

Deutsches Rotes Kreuz

Enquetekommission
Krisenfeste Gesellschaft

Team Sicherheitsforschung und Innovationstransfer

Das Team Sicherheitsforschung und Innovationstransfer des DRK-Generalsekretariats beschäftigt sich in seiner Gesamtheit, aber vor allem in den Evaluationen zum Starkregenereignis im Sommer 2021 als auch zur COVID-19-Pandemie, mit nötigen verbandlichen Anpassungen für den Bevölkerungsschutz.

Evaluation Hochwassereinsatz 2021

Der Hochwassereinsatz 2021 in verschiedenen Teilen Deutschlands stellte eine gewaltige Herausforderung für den DRK-Gesamtverband dar. Über den gesamten Einsatz hinweg waren Beteiligte aller Gemeinschaften vor Ort oder aus Distanz beteiligt, um die Bewältigung dieser Lage zu unterstützen. Ein Ereignis dieser Größenordnung erforderte ein umfangreiches Umsetzen des Komplexen Hilfeleistungssystems, damit ein reibungsloses Ineinandergreifen der Gemeinschaften und das Einbringen ihrer jeweiligen speziellen Kompetenzen stattfinden kann. Diese Umsetzung des Komplexen Hilfeleistungssystems soll für zukünftige Ereignisse weiter optimiert werden, um so Geschädigten mit den im DRK vorhandenen Fachkompetenzen noch besser Hilfe leisten können.

Mit der Evaluation soll mit einem Fokus auf innerverbandliche Kommunikation und Struktur erhoben werden, wie sich die verschiedenen Strukturen des DRK-Gesamtverbandes, inklusiver der Gemeinschaften, in solchen Großschadenslagen noch besser einbringen und ihr Wissen nicht nur umsetzen, sondern auch übergreifend transportieren können. Dafür ist das Verstehen der Herausforderungen und ersten Erkenntnisse aus dem Hochwassereinsatz 2021 eine wichtige Chance.

Die Evaluation des Hochwassereinsatzes ist ein komplexer, gemeinschaftsübergreifender, gesamtverbandlicher Prozess, der die Erfolge und Herausforderungen der innerverbandlichen Kommunikation und Struktur während des Hochwassereinsatzes 2021 herausarbeitet.

Datengrundlage der Evaluation sind zum einen sämtliche innerverbandliche Evaluationsformate, Sachberichtsstände, Arbeitspapiere und Analysen zum Einsatzgeschehen sowie die großangelegten Befragungen relevanter Akteurinnen und Akteuren aus dem Verband, von qualitativer und quantitativer Natur.

Evaluation COVID-19-Pandemie

Seit März 2020 waren Beteiligte der verschiedenen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems im Einsatz. Jedoch hat sich im Laufe der Pandemie deutlich gezeigt, dass zwar alle Menschen von der Pandemie betroffen sind, aber nicht im gleichen Maße. Beispielsweise sind Kinder, Menschen mit Vorerkrankungen, Pflegebedürftige oder auch Menschen ohne festen Wohnsitz aufgrund ihrer speziellen Situation stärker von Gefahren durch das SARS-CoV-2 Virus oder den Maßnahmen zur Eindämmung des Virus betroffen als Personen ohne besondere Vulnerabilitätsmerkmale. Die genauen Herausforderungen und Probleme der Kreisverbände (KV), Ortsvereine (OV), Pflegeeinrichtungen, etc. sind enorm unterschiedlich, aber leider nicht systematisch dokumentiert und deshalb bis jetzt nur in Bruchteilen bekannt.

Ziel der Evaluation des Coronaeinsatzes ist es, das DRK in speziellen, z.B. pandemischen Lagen dazu zu befähigen, kurzfristige und bedarfsgerechte Hilfsangebote zu entwickeln und anbieten zu können, um künftigen Notlagen besser zu begegnen. Die tatsächlichen Bedarfe und situationsbedingt vulnerablen Personengruppen werden noch nicht ausreichend in den Blick genommen. Um den wirklichen Bedarfen der Bevölkerung in einer pandemischen Krisensituation gerecht zu werden, ist es notwendig, diese zu identifizieren und kurzfristig entsprechende Angebote entwickeln zu können.

In einer verbandsübergreifenden Erhebung wird evaluiert, welche besonderen Bedarfen sich das DRK

Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Generalsekretariat
Team Sicherheitsforschung & Innovationstransfer

gegenübergestellt sah und mit welchen Problemen Personen und Einrichtungen konfrontiert waren. Außerdem wird erhoben, welche Hilfeleistungen im DRK angeboten wurden und inwiefern sie die Bedarfe der in dieser Situation als vulnerabel festgestellten Personen abgedeckt haben. Durch eine enge Zusammenarbeit mit anderen DRK-Strukturen und Bereichen wird dabei eine kontinuierliche und vollwertige Zusammenarbeit mit dem Bereich der Jugend- und Wohlfahrtspflege sowie dem Verband der Schwesternschaften vom DRK e.V. sichergestellt.

Ableitungen von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes

Obgleich die Evaluationsergebnisse noch nicht final vorliegen, lassen sich bereits folgende Themenfelder für Handlungsempfehlungen im Bevölkerungsschutz ableiten:

Besonders eine bessere Vernetzung sämtlicher Akteurinnen und Akteuren des Bevölkerungsschutzes mit zentralen Alltagssystemen der Daseinsvorsorge stellen eine Notwendigkeit für eine verbesserte Lagebewältigung dar. Die Evaluation des Hochwassereinsatzes stellt hier innerverbandlich unteranderem eine verbesserte Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt, sowie weiteren Engagementformen (z.B. private und öffentliche Unternehmern, ungebundenen Helfenden) heraus.

Hieran anschließend wird deutlich, dass auch das Informationsmanagement und die Kommunikationsstrukturen sowohl innverbandlich als auch darüber hinaus überarbeitet und effizienter gestaltet werden müssen. Ein verbandsübergreifendes Informationssystem, welches zentral Lagebilder sowie Ressourcen und Kompetenzen bündelt, wird empfohlen. Klare Meldewege, einheitliche Begrifflichkeiten, definierte Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten begünstigen wirksame Hilfeleistungen und beugen Missverständnisse vor.

Bei der Reaktion auf Krisen und Katastrophen ist es essenziell, situative Vulnerabilitäten von Menschen in den Blick zu nehmen. Nicht jede zunächst als vulnerabel angesehene Person ist dies auch, wobei auch als nicht vulnerabel gesehen Personen sich als in einer bestimmten Situation vulnerabel herausstellen können. Dies zeigt sich gerade im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie, in welcher durch Social Distancing- und Lockdown Maßnahmen neue bisher unbekannte vulnerable Situationen auf Grund der Seuchenbekämpfung entstanden sind.

Die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung muss zukünftig mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der verantwortlichen Personen gerückt werden. Dazu ist es hilfreich sich bei der Gestaltung von Bevölkerungsschutzmaßnahmen den Sozialraum als eine wichtige Variable heranzuziehen.

Eine Verbesserung der Strukturen u.a. durch zentrale Vorhaltungen von Material an relevanten Bundes-, Landes- und kommunalen Standorten, sowie die langfristige Bereitstellung von Personal (Thema: Arbeitnehmerfreistellung und Helfendengleichstellung) ist unabdingbar für einen funktionierenden Bevölkerungsschutz.

Kontakt:

Matthias Max
Teamleiter Sicherheitsforschung & Innovationstransfer
Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Generalsekretariat
Telefon: 030 85 404 396
m.max@drk.de
www.drk.de/forschung

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Baden-Württemberg

// VORSITZENDE //

GEW Baden-Württemberg • Silcherstr. 7 • 70176 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst, Drucksachenstelle
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

Stuttgart, 7.2.2023
Telefon: 0711 2 10 30-10
E-Mail: vorsitzende@gew-bw.de

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Zweites Handlungsfeld: effektive staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

Sehr geehrter Herr Salomon,
sehr geehrte Mitglieder der Enquete-Kommission,

hiermit nehmen wir Stellung zum Themenfeld effektive staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung auf Landesebene der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags. Wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen weiterhin gerne als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Stein

GEW Baden-Württemberg • Silcherstr. 7 • 70176 Stuttgart
Telefon 0711 2 10 30-0 • Fax 0711 2 10 30-45
IBAN DE96 4306 0967 7015 8209 10 • BIC GEN0DEM1GLS • GLS Gemeinschaftsbank, Stuttgart
www.gew-bw.de • info@gew-bw.de

INHALT

1 Einleitung: Beitrag der GEW 3
2. Bildungssystem und Krise 3
3. Handlungsbereiche: Folgerungen für ein Krisenmanagement im Bildungsbereich 5
3.1 Krisensichere Institutionen 5
3.1.1 Ressourcen und Infrastruktur 6
3.1.2 personelle Ressourcen 7
3.1.3 Digitalisierung als Instrument der Krisenbewältigung 8
3.2 Bildungsarbeit ist systemrelevant 10
3.2.1 Arbeits- und Gesundheitsschutz: 10
3.2.2 weiterführende Entlastungsmaßnahmen 11
3.3 Schutz der Lernenden 11
3.3.1. Sicherstellung der Bildungs- und Chancengerechtigkeit 11
3.3.2 Gesundheitsschutz 13
4. Fazit und Ausblick 13
5. weiterführende Literatur 15

1 Einleitung: Beitrag der GEW

Ziel der Kommission: Thema der Enquetekommission sind Maßnahmen zur Vorsorge, Früherkennung und Bewältigung existenzieller gesellschaftlicher Bedrohungen wie Klimawandel, Pandemien oder Wirtschaftskrisen. Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsfeldern für organisatorische und institutionelle Veränderungen auf Landesebene.

Beitrag der GEW: Die Bildungsgewerkschaft GEW Baden-Württemberg bezieht in diesen Fragen Stellung für den gesamten Bildungsbereich mit den Bereichen soziale Arbeit und Jugendhilfe, für die dort tätigen Institutionen sowie alle im Bildungsbereich Beschäftigten und – mit besonderem Fokus – Lernenden, insbesondere Kinder und Jugendliche.

Bedeutung Bildungsbereich: Der hohen gesellschaftlichen Relevanz des Bildungsbereichs wird der thematische und methodische Zuschnitt der Kommission insgesamt nicht gerecht; der Bereich Bildung inklusive soziale Arbeit und Jugendhilfe ist unterrepräsentiert. Die Komplexität und Relevanz des Themas erfordern eine Verstetigung, Fortschreibung und laufende Aktualisierung der Empfehlungen. Wir als GEW fordern eine systematische Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug unter langfristiger Beteiligung von Expert*innen, Vertretungen der Fachkräfte und Interessenverbände und stehen selbstverständlich als Ansprechpartnerin mit unserer Expertise zur Verfügung.

2. Bildungssystem und Krise

Für die Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug ist ein Verständnis von Charakteristika des Bereichs Bildung inklusive Soziale Arbeit und Jugendhilfe grundlegend:

Bildungseinrichtungen als krisensichere Institutionen der Daseinsfürsorge

Bildungseinrichtungen gehören zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss. Zu diesen Einrichtungen zählen u.a. Institutionen der Frühkindlichen Bildung (Kindertageseinrichtungen), allgemeinbildende und berufliche Schulen, Frauen- und Kinderschutzhäuser, stationäre und ambulante Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, genauso wie Hochschulen und Universitäten und die Bereiche der Weiterbildung.

Die Krise der Covid 19-Pandemie und Maßnahmen wie Schließungen von Bildungseinrichtungen sowie der damit verbundene Aufbau von Fernunterricht und Notbetreuung oder auch der Umgang mit Lernrückständen und Prüfungen haben offenbart, dass das Bildungssystem und dessen Akteur*innen zu einem großen Anteil ohne Vorbereitung waren und unter erheblichen Stress gerieten. Diese Erfahrungen sowie die nachträgliche Bewertung zeigen: Unsere Bildungsinstitutionen schaffen es nicht oder nur unzureichend, ihre Aufgaben und Funktionen in Krisenlagen zu erfüllen, da basale Ressourcen bereits im Normalbetrieb fehlen. Deutlich zeigen sich infrastrukturelle Defizite genauso wie mangelnde personelle Ressourcen. Darüber hinaus sind im Kontext der digitalen Transformation der Gesellschaft zum Teil mangelnde digitale Infrastruktur und Kompetenz ein bedeutender Stressfaktor.

Bildungseinrichtungen im Land sind demnach alles andere als krisensicher: Sie schaffen es bereits im Normalbetrieb zunehmend nicht mehr, ihre grundlegenden Funktionen im Bereich Daseinsfürsorge zu erfüllen.

Pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte als systemrelevante Kräfte

Das Thema der Enquete betrifft pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte als Arbeitende in systemrelevanten Berufen. Das Thema Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung berührt dabei arbeitsrechtliche Fragen (Arbeits- und Gesundheitsschutz) genauso wie grundsätzliche Strukturen des Bildungssystems. Insgesamt müssen vulnerable Gruppen besonders in den Fokus der Maßnahmen genommen werden. Frauen* arbeiten in großer Zahl als pädagogische Fachkräfte oder Lehrer*innen und sind durch eine Krise vergleichsweise intensiver von Mehrfachbelastung betroffen sind (u.a. Statistisches Landesamt 2022).

Recht auf Bildung auch in der Krise sichern

Das Recht auf Bildung muss für Lernende in allen Bildungseinrichtungen auch in Krisenlagen möglichst umfassend sichergestellt werden. Dabei müssen besondere Bedürfnisse bestimmter Gruppen zusätzlich in den Blick – Stichwort „Vulnerabilität“ (Verletzlichkeit) – genommen werden.

Die Vulnerabilität einer Gruppe – so auch der Kinder und Jugendlichen – hängt vom Krisenphänomen ab, auf das man sie bezieht. Eine generelle Verletzlichkeit der Kinder und Jugendlichen kann man hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von den Entscheidungen der Erwachsenen – Familie, Schule, Politik – unterstellen: Kinder und Jugendliche haben kaum Einfluss auf die Rahmenbedingungen ihres Lebens, weil ihre Bedürfnisse wenig in Entscheidungsgremien artikuliert werden. Das birgt die Gefahr, ihre Bedürfnisse und Interessen nachrangig zu betrachten. In der Covid 19-Krise wurde dies durch u.a. die Schließung von Bildungseinrichtungen augenfällig: Obwohl Covid 19 für Jüngere schon frühzeitig weit weniger gefährlich eingeschätzt wurde als für Ältere, wurden Bildungseinrichtungen zuvorderst geschlossen („sekundäre Schäden“). Zudem wurden in Schulen und Kindertagesstätten länger als in Einrichtungen des öffentlichen Lebens einschränkende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz durchgeführt, während in kulturellen Räumen oder Gastronomiebetrieben für Erwachsene bereits ein relativ uneingeschränktes Leben möglich war. Der Grad der Benachteiligung, der sich für Kinder und Jugendliche aus solchen Einschränkungen ergibt, ist dabei durchaus unterschiedlich.

Auch erwachsene Lernende, beispielsweise Studierende an den Hochschulen sowie Auszubildende in den Lehrbetrieben im Land, sind aufgrund ihrer Ausbildungssituation in Krisensituationen großen Herausforderungen ausgesetzt. Eine Krise bedeutet auch für sie ein Wegbrechen etablierter Strukturen. Die Schließungen von Hochschulen wegen Covid 19 oder das Fehlen beheizter Räumlichkeiten beispielsweise verhindern „normale“ Lernumgebungen und -abläufe. Dies betrifft beispielsweise Menschen mit Familie oder in sozial oder psychisch herausfordernden Lagen unverhältnismäßig und bedroht langfristig Bildungsbiografien. Dennoch existieren für die Lernenden an solchen Bildungseinrichtungen oftmals wenig Unterstützungsangebote für Bedürftige im Krisenfall; sichtbar exemplarisch an der vergleichsweise geringeren und deutlich verspäteten Energiepauschale, obwohl etablierte Lernräume wie Bibliotheken durch Nichtbeheizung ausfallen.

Krisen können für besonders vulnerable Gruppen umfassende negative Auswirkungen haben. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Entwicklung persönlicher und kognitiver Fähigkeiten, in der Phase der Aneignung von formellen und informellen Kompetenzen, die sie erst auf das eigenständige Leben vorbereiten sollen. Wird dieser Pfad durch Krisen gestört, sinkt die Aussicht auf ein gutes Leben als Erwachsene. Dies gilt im „normalen" Leben ebenso wie in allgemeinen, gesellschaftlichen Krisen. Innerhalb der Gruppe der 0- bis 18-Jährigen differenziert sich die Vulnerabilität deutlich aus. Kinder und Jugendliche sind unterschiedlich mit der Fähigkeit ausgestattet, mit Problemen und Krisen fertig zu werden (Resilienz). Besonders bedürftige Menschen leiden unter Krisen unverhältnismäßig. Auch auf deren besonders belastete Familien sind die Auswirkungen gravierend. Deshalb muss ein Krisenmanagement für Bildungseinrichtungen Handlungsempfehlungen und -anweisungen allgemeiner und gezielter Art enthalten.

Resilienz im Bildungsbereich
Kinder und Jugendliche brauchen in Krisenlagen ein weit gehendes Gefühl der „Normalität" und Stabilität. Je umfassender die gewohnten Strukturen und Abläufe aufrechterhalten werden können, desto besser ist es. Krisenlagen zeichnen sich nun aber dadurch aus, dass gerade dies nicht gelingt. Einrichtungen und handelnde Personen müssen deshalb in der Lage sein, flexibel auf die unterschiedlichen Herausforderungen einzugehen und die konkreten Funktionsabläufe entsprechend der Krisensituation anzupassen.

So erfordert zum Beispiel die Klimakatastrophe bauliche Maßnahmen für die Wetterbeständigkeit und Temperaturregelungen für Räumlichkeiten, aber auch Beschattungen und Regen- bzw. Windschutz für Außenbereiche. Ökonomische Krisen wie zum Beispiel eine Finanzkrise oder eine tiefe Rezension sind im Konkreten schwerer zu fassen, in ihren Auswirkungen jedoch nicht minder relevant für den Bildungsbereich. Bei steigender Arbeitslosigkeit wächst die Gruppe derjenigen Familien, die die Busfahrkarte, den Schulausflug oder gar das Mittagessen nicht bezahlen können. Staatliche Mittel werden drastisch gekürzt, der Bildungsbereich davon nicht ausgenommen.

3. Handlungsbereiche: Folgerungen für ein Krisenmanagement im Bildungsbereich

3.1 Krisensichere Institutionen

Als grundlegende Einrichtungen der Daseinsfürsorge muss der Betrieb von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden. Schließungen dürfen bei künftigen Gefahrenlagen nur das letzte Mittel sein. Kinder und Jugendliche, aber auch lernende Erwachsene, brauchen in Krisenlagen ein weit gehendes Gefühl der „Normalität" und Stabilität. Der Anspruch auf Bildung muss weiterhin gewährleistet werden. Daher darf nicht über längere Zeit und außerhalb ganz konkreter Notlagen eine reine Betreuung stattfinden. Für diese Sicherstellung benötigt es eingedenk der Sicherstellung von Ressourcen und Infrastruktur (3.1.1); personelle Ressourcen (3.1.2) sowie einen umfassenden Ausbau der Digitalisierung (3.1.3).

3.1.1 Ressourcen und Infrastruktur

Das Bildungssystem ist vielfach ein System am Anschlag. Gleichzeitig funktionieren in Krisenzeiten Konzepte zur Sicherstellung der Bildung und Betreuung wie z.B. der Wechselunterricht nur, wenn die grundsätzliche Infrastruktur ausreichend vorhanden und nutzbar ist.

Für die **Krisenvorsorge** müssen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen daher prioritär mit der entsprechenden Infrastruktur und Ressourcen ausgestattet werden: In der Sicherstellung von Versorgungskreisläufen sind Bildungseinrichtungen mit Gesundheitseinrichtungen gleichzustellen; d.h. sie müssen mit internen Versorgungskreisläufen ausgestattet sein. Beispielsweise sind Notstromaggregate und Generatoren für Bildungseinrichtungen bereit zu halten. Mittelfristig ist es sinnvoll, dass flächendeckend eine eigenständige Strom- und Wärmeversorgung z. B. durch Solarpanele oder andere unabhängige Energiequellen, ermöglicht wird. Genauso ist die Ausstattung von Bildungseinrichtungen nach neuesten Erkenntnissen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sicherzustellen. Die Covid 19-Pandemie hat aufgezeigt, dass die hygienische Grundausstattung an Schulen bereits vor der Pandemie vernachlässigt wurden (Kratzmeier 2020, 55). In Krisenbedingungen wird dieser Sanierungsstau zu einem Risiko – und muss grundsätzlich behoben werden. Bildungseinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen müssen dringend entsprechend der geltenden Hygienemaßnahmen landesweit erneuert werden. Ebenso müssen Zuständigkeiten zum Reinigungspersonal zwischen den verantwortlichen Institutionen transparent strukturiert werden. Grundsätzlich sind Dienstleister*innen und Rahmenvorgeber*innen der Bereiche für Arbeitssicherheit und Betriebsmedizin in die Organisation einzubeziehen (im Bildungsbereich u.a. UKBW, DGUV, DIN, LGA, BfArM). In allen Einrichtungen sind zudem individuell angepasste Notfall-Schutzkonzepte zu erarbeiten, die den Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie beispielsweise die Gewaltprävention thematisieren.

Ausstattung muss im Krisenfall nutzbar und Konzepte und Maßnahmen umsetzbar sein. Entsprechend müssen Beschäftigte in Bildungseinrichtungen für den Krisenfall vorbereitet werden. Dazu ist Förderung bestehender Kriseninterventionsteams bzw. deren Aufbau nötig, welche für den Krisenfall proben und z.B. in der Bedienung der Versorgungstechnik geschult werden. Darüber hinaus müssen Vorgaben und Krisenkommunikationswege transparent gestaltet und systematisiert werden. Insbesondere bei gesplitteter Trägerschaft bedarf es einer vernetzten Tiefenstruktur mit klarer Rollenklärung im Eintrittsfall. Beispielsweise in der Covid 19-Pandemie wurde eine Ausstattung der Räumlichkeiten, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten müssen, mit Luftreinigern – wie bereits 2017 vom Umweltbundesamt wegen der schlechten Luftqualität gefordert worden war – nicht flächendeckend umgesetzt und war den Schul- bzw. Kitaträgern überlassen. Das Land hatte ein Förderprogramm aufgelegt, aber keine Anforderung an Schul- und Kitaträger formuliert, was zu sehr unterschiedlichen Ausstattungen und damit auch zu unterschiedlicher Sicherheit in verschiedenen Kommunen führte.

In der **Krisenbekämpfung** ist ein je nach Symptomcharakteristik der Krise flexibles Handeln und eine Anpassung der Einrichtungen sicherzustellen: Die Grundversorgung – siehe Heizkosten, aber auch Kühlung, Wasser und Strom – von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ist prioritär. Auf Landesebene müssen die entsprechenden Einrichtungen bzw. deren Träger dabei finanziell unterstützt werden. In Krisenzeiten müssen Bildungseinrichtungen daher kurzfristig Sondermittel

(„Rettungsschirm“) zur Verfügung gestellt werden können, um sie als offen zugängliche Lern- und Sozialräume zu erhalten.

Auf Verwaltungsebene gilt: Prüfungsordnungen und Zeugnisse im Rahmen des Urkundenwesens sind Priorität bei allen Entscheidungen zur Krisenbewältigung, da sie biografiebildenden Charakter haben. Alle strukturellen Vorgaben (Standards, QM-Systeme, Zugangsberechtigungen, Aufbau des Angebots) sind deshalb nachrangig.

3.1.2 PERSONELLE RESSOURCEN

Der Fachkräftemangel ist im Bildungssystem bereits Realität. Beispielsweise können bereits heute vielfach die Öffnungszeiten in Kindertagesstätten aufgrund fehlenden Personals nicht mehr gewährleistet werden. Diese Entwicklung wird sich in Zukunft weiterhin verstärken. Die Pandemie hat gezeigt: Der Regelbetrieb von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von z.B. Kindertagesstätten und Grundschulen war unter den Anforderungen einer Krise angesichts dieses Fachkräftemangels nicht möglich.

Im Sinne der **Krisenvorsorge** ist dieser Fachkräftemangel schnellstmöglich zu beheben und kurz- und langfristig die personellen Ressourcen in Bildungseinrichtungen zu erhöhen. Entsprechend müssen Maßnahmen erarbeitet werden, um Fachkräfte für die Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg zu werben und zu halten. Eine 2022 im Auftrag der GEW durchgeführt Lehrkräftebedarfsprognose zeigt, dass bis 2035 mindestens 16.000 Lehrkräfte fehlen, um den Regelbetrieb aufrecht zu erhalten (Klemm 2022, 11). Besonders betroffen sind Grundschulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Wenn Ziele wie mehr Stellen für Grundschulen und die Inklusion sowie Schulen in herausfordernden sozialen Lagen erreicht werden sollen, steigt die Lücke auf 27.000 fehlende Lehrkräfte (Klemm 2022, 11). Ähnlich herausfordernd stellt sich die Situation in der in der Kinder- und Jugendhilfe oder der frühkindlichen Bildung dar (Bertelsmann 2022; DIPF 2022, 6; KVJS 2020, 5). Ein Handlungsfeld neben der Schaffung von Stellen ist die Erhöhung der Attraktivität der Berufe für neue Kolleg*innen und die Kolleg*innen im Bestand. Dazu führt beispielsweise die Schaffung guter Arbeitsbedingungen (Gestaltungsmöglichkeiten, Belastung, Arbeitszeit, Bezahlung), Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz (siehe 3.2.1), Möglichkeiten für ältere Kolleg*innen, bis zum gesetzlichen Ruhestand im Beruf zu bleiben, sowie die Verbesserung der Ausbildungssituation (Studium, Bezahlung und Bedingungen im Vorbereitungsdienst). Eine weitere Möglichkeit ist eine nachhaltige Imagekampagne. Da das Thema über die Zielstellung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ hinausreicht, schlägt die GEW eine Enquetekommission zum Thema Fachkräftemangel in der Bildung vor.

Krisensicherung bedeutet auch, dass die Fachkräfte ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag primär wahrnehmen können und die Möglichkeiten und Befähigung haben, tragfähige Beziehungen mit Kindern und Jugendlichen aufzubauen. Dafür müssen unter anderem Bildungs- und Betreuungseinrichtungen multiprofessionell aufgestellt sein. Nötig sind bspw. mehr Schulpsycholog*innen, Schulsozialarbeitende und pädagogisch qualifizierte Fachkräfte für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen sowie die flächendeckende Kitasozialarbeit oder Gesundheitskräfte.

Ebenso muss die Vertretung bei Ausfällen oder kurzfristige Erhöhung des Personals in Krisenzeiten ermöglicht werden. Ein Handlungsfeld ist der kurz- und langfristige Ausbau einer Vertretungsreserve für schulische Lehrkräfte. Bereits vor der Covid 19-Pandemie gab es an den 4.500 Schulen im Land etwa 6.000 bis 7.000 Lehrkräfte, die dauerhaft, vor allem wegen Mutterschutz und Elternzeit, fehlten. Entsprechend muss die ständige Vertretungsreserve umfassend ausgebaut werden. Zudem sind Konzepte und Richtlinien für flexible Unterstützung in Krisenzeiten zu erarbeiten und zu fördern; beispielsweise ein Pool von pädagogisch qualifizierten Menschen, die in Krisen kurzfristig und -zeitig als Unterstützung zur Verfügung stehen. Die Mitarbeit von pensionierten Lehrkräften im Rahmen aktueller Förderprogramme zeigt, dass arbeitsrechtliche Schutz- und Leitlinien für solche Mitarbeit nötig sind.

Darüber hinaus kommt in Themen der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung den Personen in Leitungsfunktionen eine zentrale Rolle zu. Für diese Fachkräfte bedeutet Krisenmanagement einen Mehraufwand in Organisation, pädagogischer Gestaltung, Personalführung und -fürsorge sowie eine hohe mentale Belastung. Die Leitungen sind daher systematisch auf Krisensituationen vorzubereiten und im Krisenfall zu entlasten. Zur Vorbereitung schlagen wir regelmäßige Schulungen und Fortbildungen für Krisenmanagement vor. Zur personellen Entlastung sind zudem unterstützende Stellen auszubauen; beispielsweise ist ein schneller Ausbau der Schulsekretariate notwendig, um Schulleitungen jederzeit arbeitsfähig zu halten. Genauso müssen in Kindertagesstätten Mitarbeitende für administrative Aufgaben eingestellt werden, damit Leitungen ausreichend Kapazitäten für ihre Kernaufgaben haben.

Darüber hinaus sind alle Personen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für den Krisenfall zu schulen. An Bildungseinrichtungen müssen regelmäßige Krisen- bzw. Katastrophenschutzübungen an stattfinden. Ersthelfer*innen- und Brandschutzausbildungen müssen an den Schulen verstärkt werden. Kinder und Jugendliche sind einzubeziehen.

In der **Krisenbekämpfung** sind die Fachkräfte an den Bildungs- und Betreuungsinstitutionen zu entlasten: Zur Entlastung besonders der Leitungs- und Verwaltungskräfte sind klare, einheitliche Schutzmaßnahmen und transparente Regelungen der Ministerien in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden und freien Trägern nötig. Konkret fordern wir ein Gremium zur Krisenkommunikation aus relevanten Akteur*innen der betroffenen Bereiche zur – unbedingt auch unter Einbeziehung der Elternschaft und der Schüler*innen.

Im Krisenfall sind zudem kurzfristig Haushaltsmittel zur personellen Unterstützung von Bildungseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bereitzustellen, damit die Zusatzaufgaben bewältigt werden können (z.B. durch pädagogische Unterstützungskräfte ebenso wie durch Reinigungspersonal).

3.1.3 Digitalisierung als Instrument der Krisenbewältigung

Die sogenannte vierte industrielle Revolution lässt deutliche Umwälzungen in der Gesellschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen erwarten. Für den Umgang mit existenziellen gesellschaftlichen Krisen bedeutet Digitalisierung Chancen, aber auch Risiken. Die Umfrage GEW zum

Thema „Schule und Corona“ (2020) zeigt exemplarisch, dass unter Krisenbedingungen die digitalen Kommunikationswege wie E-Mail (über 80 % der Befragten) oder Videokonferenzen (43 %) umfassend genutzt wurden (Kratzmeier 2020, 55). Ebenso zentral war z.B. die Nutzung der schuleigenen Cloud. Digitale Prozesse und Inhalte nehmen in allen Bildungseinrichtungen – Schulen genauso wie Hochschulen, Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Jugendhilfe – gleichermaßen an Bedeutung zu (u.a. Ehlert 2021). Die GEW fordert Bedingungen für ein zukunftsfähiges und krisensicheres Bildungswesen (siehe GEW 2017).

Ziel in der ***Krisenvorsorge*** ist die Intensivierung der Digitalisierung in allen Bildungsbereichen; ohne Qualitäts- und Quantitätsunterschiede bei den Institutionen und mit Berücksichtigung der jeweils individuellen Bedürfnisse und Voraussetzungen. Beispielsweise decken Berufliche Schulen in der Berufsausbildung die Realitäten der Arbeitswelt ab. Hierzu benötigen sie eine Ausstattung mit professioneller Hard- und Software, die den berufs-, bzw. berufsfeldspezifischen Anforderungen entspricht, um eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten.

Konkrete Handlungsfelder sind der Ausbau der Digitalisierung sowohl hinsichtlich Infrastruktur, deren Wartung als auch der Kompetenzen der Fachkräfte an Bildungseinrichtungen, Verwaltungsinstitutionen sowie der Aus- und Fortbilder dieser Kräfte.

Der Ausbau der Infrastruktur beinhaltet die Bereitstellung der flächendeckenden digitalen Grundausstattung an allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Dazu gehören v.a. eine umfassende Bandbreite und leistungsfähiges WLAN bzw. LAN in Unterrichtsräumen sowie eine zeitgemäße technische Ausstattung aller Lernräume. Ebenso muss die Finanzierung digitaler Endgeräte für Fachkräfte sichergestellt werden. An Schulen müssen alle Lehrkräfte digitale Endgeräte erhalten können und digitale Endgeräte für Schüler*innen sind in den Katalog der Lehr- und Lernmittelfreiheit aufzunehmen. Allen Schüler*innen müssen Leihgeräte zur Verfügung gestellt werden. Dies ist im Sinne der Bildungsgerechtigkeit grundlegend, da sonst die Kinder, Jugendlichen und lernenden Erwachsenen betroffen sind, deren sozioökonomischer Hintergrund kein eigenes digitales Endgerät zulässt. Zentral ist auch die Bereitstellung einer landesweiten digitalen Bildungsplattform mindestens für Schulen. Eine solche Plattform muss funktionsfähig, nutzer*innenfreundlich und datenschutzkonform sein. Zu den Modulen einer solchen Bildungsplattform gehört neben einer dienstlichen E-Mail-Adresse auch die Möglichkeit einer sicheren (internen/externen) Kommunikation.

Ebenso muss ein besserer technischer Support in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verfügbar sein, um die Lehrkräfte vor Ort zu entlasten und eine rechtssichere und datenschutzkonforme Nutzung der Geräte und Systeme sicherzustellen. Zur Wartung und Betreuung der Technik müssen die Anrechnungsstunden für Netzwerkbetreuer*innen kurzfristig erhöht werden. Mittel- bis langfristig muss externes IT-Fachpersonal für Wartung und Support verantwortlich sein. Ebenso sind die Medienzentren als wichtige Unterstützungssysteme zu stärken. Auf gesetzlicher Ebene sind in allen Bildungseinrichtungen praxisgerechte und aufgabenangemessene Regelungen hinsichtlich des Urheberrechtes zu schaffen. Die Bildungseinrichtungen und die Beschäftigten brauchen Rechtssicherheit und Kompetenz im Umgang mit dem Urheberrecht und dem Datenschutz. Eine informatische Bildung, die

Aspekte wie Daten und Codierung, Algorithmen, Rechner und Netze sowie Informationsgesellschaft und Datensicherheit umfasst, ist notwendig (GEW 2017, 62).

Der gesamte Digitalisierungsprozess sollte durch sinnvolle Fortbildungsangebote für Fachkräfte ergänzt werden. Neben den technischen Aspekten müssen dabei die pädagogischen und psychosozialen Folgen der Digitalisierung beachtet und kontinuierlich evaluiert werden (Kratzmeier 2020, 57).

Für die **Krisenbekämpfung** ergibt sich aus der Relevanz der digitalen Kommunikations- und Lernwege für den Bildungsbereich, dass die digitale Infrastruktur für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen prioritär sichergestellt werden muss. Parallel müssen analoge Krisenpläne für den Fall eines Blackouts erstellt werden, die insbesondere die Erreichbarkeit der Kinder und der Eltern sicherstellen. Konzepte der Krisenkommunikation müssen dabei die institutions- und trägerübergreifend initiiert werden und den verschiedenen Bedürfnisse der jeweiligen Lernenden gerecht werden. In die Planung sind pädagogische Fachkräfte wie Schulsozialarbeiter*innen einzubeziehen.

3.2 Bildungsarbeit ist systemrelevant

Lehrkräfte, Erzieher*innen, sozialpädagogische Fachkräfte und Betreuungskräfte an Schulen, Schulsozialarbeitende und Schulpsycholog*innen, Pädagogische Assistent*innen, Inklusionsfachkräfte an Schulen und Kindertagestätten, Beschäftige in der stationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe und viele andere erfüllen in Krisenzeiten systemrelevante Aufgaben. Zur Krisenvorsorge ist deshalb eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe nötig. Aktuelle Handlungsfelder sind unter anderem die Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (3.2.1) und weitere Entlastungsmaßahmen (3.2.2).

3.2.1 Arbeits- und Gesundheitsschutz:

Die Umfrage der GEW zum Thema „Schule und Corona“ (2020) zeigt, dass sich über ein Drittel der befragten Schulleitungsmitglieder, pädagogischen Assistent*innen und Schulsozialarbeiter*innen Sorgen um ihre Gesundheit machten (Kratzmeier 2020, 9). Es wird erwartet, dass in Zukunft die Landesregierung und die Träger als Arbeitgeber jederzeit den Gesundheitsschutz für ihre Beschäftigten sicherstellen und selbstverständliche Arbeitsschutzstandards einhalten.

Für die **Krisenvorsorge** sind institutionelle Schutzkonzepte zu erarbeiten, die Schutzmaßnahmen für Fachkräfte thematisieren und vulnerablere Gruppen besonders beachten [siehe Punkt 3.1.1].

Zur **Krisenbekämpfung** im Akutfall sind Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten in Bildungseinrichtungen prioritär zur Verfügung zu stellen, um den Betrieb der Bildungseinrichtungen zu gewährleisten. Im Besonderen sind dabei die Bedürfnisse von Risikogruppen (Vorerkrankte, Schwangere etc.) und anderen vulnerablen Gruppen zu beachten. Hygienemaßnahmen [siehe 3.1.1] tragen zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei. Schutzmittel wie z.B. Masken sind den Fachkräften systematisch schnell und kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

3.2.2 WEITERFÜHRENDE ENTLASTUNGSMAßNAHMEN

Krisensituationen stellen Zusatzbelastungen für Arbeitende in systemrelevanten Berufen dar. Ein Beispiel ist die Umsetzung des Fernunterrichts in der Covid 19-Pandemie. Entsprechend sind systematische Entlastungsmaßnahmen zu treffen. Zur **Krisenvorsorge** gehört, dass individuelle Zusatzbelastungen durch langfristigen personellen Ressourcenausbau und die Weiterbildung von Fachkräften (siehe Punkt 3.1.2) gemindert werden können.

Handlungsfelder der **Krisenbekämpfung** betreffen den Aufbau von Unterstützungsstrukturen bei Sonderbelastung. Beispielsweise führte die Covid 19-Pandemie bei Frauen* neben Herausforderungen im Beruf oft zu einem Mehraufwand in der Betreuung eigener Kinder oder zu pflegender Familienangehöriger (u.a. Laß 2021, 14; DJI 2021, 12). Exemplarisch für Handlungsfelder sind deshalb Regelungen für Kinderkrankentage, welche in der Covid 19-Pandemie zur Entlastung von Fachkräften mit Familien beigetragen haben.

3.3 SCHUTZ DER LERNENDEN

Lernende, besonders Kinder und Jugendliche, sind eine in existenziellen gesellschaftlichen Krisen besonders betroffene Gruppe. Entsprechend sind vielfältige Maßnahmen zu deren Schutz und Stärkung zu treffen. Handlungsfelder sind besonders die Sicherstellung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit (3.3.1) und der Schutz ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit vor, während und nach der Krise (3.3.2).

3.3.1. SICHERSTELLUNG DER BILDUNGS- UND CHANCENGERECHTIGKEIT

Die Covid 19-Pandemie hat noch deutlicher gemacht, was schon zu lange so ist: In unserem Land herrscht Chancenungleichheit. Während beispielsweise manche Schüler*innen den Fernunterricht mit eigenem PC, Drucker und stabilem Internet im eigenen Zimmer erlebten, lernten andere ohne stabiles Internet und eigenes Endgerät in beengten Wohnverhältnissen, zum Teil Wohnheimen. Ebenso bot die häusliche Situation für manche einen geschützten Lernort, für andere leider nicht. Die Bildungsnähe und der finanzielle Hintergrund der Eltern waren wiederum relevant bei der Lernunterstützung oder Fragen des Nachhilfeunterrichts.

Krisenvorsorge bedeutet insofern, Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen. Handlungsfelder betreffen die kurz- wie langfristigen Maßnahmen zur Stärkung von Kindern, Jugendlichen und lernenden Erwachsenen. Im Bereich von Schule und frühkindlicher Bildung sind aktuelle Projekte der Bildungspolitik umfassend umzusetzen: Um die bestehende Chancenungleichheit im Bildungssystem zu verringern und Kinder und Jugendliche aus ärmeren und benachteiligten Familien gezielt unterstützen zu können, muss die sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung in Schulen und Kindertagesstätten umgesetzt werden. In Schulen werden für die zusätzlichen Ressourcen, die den nachweisbar benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, mindestens 1.900 Stellen benötigt (Klemm 2022, 8). Die GEW unterstützt genauso die Einführung von Sozialarbeit an Kindertagesstätten. Krisensituationen betreffen zudem Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

unverhältnismäßig stark. Zur Umsetzung der Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention sind weitere Ressourcen ins System Schule einzubringen. Nach Klaus Klemm müssen damit an den inklusiv arbeitenden allgemeinen Schulen bis 2035 etwa 6.500 Stellen für Sonderpädagog*innen geschaffen werden, wenn etwa ein Drittel aller Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf inklusiv beschult wird (Klemm 2022, 7).

Genauso müssen an Hochschulen und Universitäten die Grundlagen für eine krisensichere chancengleiche und bildungsgerechte Ausbildung geschaffen werden. Ein Programm der Stärkung muss gemeinsam mit Akteur*innen der Hochschulpolitik und Studierenden erarbeitet werden. Die GEW weist u.a. auf folgende Handlungsfelder hin: Alle Studierenden benötigen die Sicherheit durch einen Anspruch auf eine solide, elternunabhängige und abgesicherte Ausbildungsförderung, welche durch eine Strukturreform des BAföGs ermöglicht wird. Ebenso ist bezahlbarer Wohnraum für alle durch Wohnraumförderprogramme zu ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Studium muss sichergestellt sein durch den Ausbau bedarfsgerechter und kostenfreier Bereuungsangebote und der Unterstützung von Studierenden mit Pflege-Aufgaben genauso wie durch Schaffung der Infrastruktur vor Ort, z.B. der Einrichtung von Eltern-Kind-Räumen.

Ebenso leisten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe elementare Arbeit zur Sicherstellung von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Ihre Stabilisierung und Ausstattung ist Grundlage dafür, dass viele Kinder und Jugendliche gerade auch aus schwierigen sozialen Lagen in Krisensituationen dennoch eine sichere Lebenssituation und eine möglichst gute Aus- und Weiterbildung erfahren.

Handlungsfelder der akuten **Krisenbekämpfung** betreffen unter anderem Notbetreuungs- und -Lernangebote. Für Kinder und Jugendliche, die Zuhause keine guten Lernbedingungen haben oder für die es sozial-emotional notwendig ist, müssen auch in z.B. Zeiten von Fernunterricht Betreuungsangebote an Schulen angeboten werden. Die Betreuung kann durch Lehramtsstudierende und pädagogische Assistenzkräfte gewährleistet werden. Zwar kann qualifizierter Unterricht nur durch Lehrkräfte stattfinden, für Gruppenteilungen und Betreuungssituationen gerade auch in Grundschulen und der Unterstufe der weiterführenden Schulen ist die personelle Entlastung notwendig und möglich. Der rechtliche Rahmen für diese kurzzeitige und kurzfristige Unterstützung muss gewährleistet sein [siehe 3.1.1]. Besondere Situationen in Bildungseinrichtungen wie Internaten sind zu beachten. Ebenso müssen Fördermöglichkeiten zum Nachholen von Lernrückständen (bsp. Rückenwind) langfristig und qualitativ hochwertig sichergestellt sein. Die Umsetzung solcher Programme muss auch durch die personelle Ausstattung, beispielsweise den schnellen Ausbau der Schulsekretariate, ermöglicht werden und durch flexible Ressourcenzuteilung bedarfsgerecht ermöglicht werden.

Neben Kindern und Jugendlichen bedrohen Krisensituationen auch Studierende an Hochschulen und Universitäten des Landes, beispielsweise wenn Nebenjobs wegfallen und eine eigenständige Finanzierung nicht mehr möglich ist. In Krisenzeiten müssen auch in diesem Bildungsbereich Entlastungen für betroffene Gruppen möglich sein. Die GEW forderte daher im Kontext der Covid 19-Pandemie u.a., Studiengebühren für ausländische Studierende und Studierende im Zweitstudium in Baden-Württemberg auszusetzen, um die Studierenden schnell zu entlasten und somit den Studienerfolg nicht zu gefährden.

3.3.2 GESUNDHEITSSCHUTZ

Schutz für Lernende bedeutet auch, den physischen wie psychischen Gesundheitsschutz in allen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen nach aktuellem Rechts- und Forschungsstand zu sichern

Ein Handlungsfeld der **Krisenvorsorge** ist damit der Ausbau der Sozialarbeit und psychologischen Fachkräfte z.B. an Schulen. Für den Umgang mit Krisen, aber auch für die Stärkung der Resilienz sind niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche mit sozial-emotionalen Defiziten, belasteten Familien oder psychischen Problemen unabdingbar. Insgesamt sind mehr Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen notwendig, um für Lernende überall die Kontaktaufnahme problemlos und niederschwellig zu eröffnen. So ist z.B. auch an an Hochschulen und Universitäten der Ausbau leicht zugänglicher und niedrigschwelliger psychosozialer Beratungsangebote – nicht nur in Krisenzeiten – essenziell.

Maßnahmen der **Krisenbekämpfung** betreffen – das hat die Covid 19-Pandemie gezeigt – besonders das Thema Gesundheitsschutz: In Krisensituationen muss der Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche mit angemessenen Maßnahmen prioritär, transparent, planbar und mit landesweit einheitlichen Konzepten sichergestellt werden (z.B. Masken, Impfung, Luftfilter, Tests, etc.) [siehe 3.1.1]. Dabei sind die Unterschiede zwischen Bildungseinrichtungen zu beachten. Besondere Relevanz hat der Arbeits- und Gesundheitsschutz für Lernende beispielsweise im Bereich der beruflichen Schulen, da auch in Bereichen ausgebildet wird, die Risikogruppen (Kinder, alte und kranke Menschen) sowie die kritische Infrastruktur umfassen. Krisenbekämpfung im Bildungsbereich bedeutet ebenso, die langfristige Förderung der Kinder und Jugendlichen sicher zu stellen und damit Folgen aus z.B. Lernrückständen abzumildern. Entsprechend sind kurz-, mittel- wie langfristige Maßnahmen nötig.

4. FAZIT UND AUSBLICK

Die Handlungsfelder zur Vorsorge, Früherkennung und Bewältigung von existenziellen gesellschaftlichen Bedrohungen im Bildungsbereich sind ebenso vielfältig wie komplex. Entsprechend der Relevanz des Themas ist jedoch eine weitere systematische Erarbeitung zielführend. Zentral ist festzustellen: Das Bildungssystem ist bereits in einer Krise. Krisenvorsorge bedeutet demnach, Institutionen, Fachkräfte und Lernende für die Grundaufgaben und einen „normalen“ Alltag zu befähigen. Der Wandel in der Gesellschaft und die sich verändertenden Grundlagen, die Kinder und Jugendliche aus dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld mit in die Bildungseinrichtungen bringen, machen es nötig, dass vieles im Bildungssystem prinzipiell neu gedacht werden muss. Zentrale Handlungsbereiche sind im Resümee:

1. Sicherung der Institutionen durch die Sicherstellung infrastruktureller und vor allem personeller Ressourcen im Normal- wie Krisenfall.
2. Sicherung systemrelevanter Bildungsarbeit durch die Erhöhung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und Aufbau von Unterstützungsmechanismen im Normal- wie Krisenfall.
3. Schutz der Lernenden u.a. durch den Ausbau von Unterstützungsstrukturen sowie Maßnahmen zum Abbau der Bildungsungerechtigkeit.

Die GEW schlägt für die weitere Erarbeitung neben der Einbindung von Akteur*innen, Interessenverbänden der Bildung und Betroffenen den Kontakt zu wissenschaftlichen Expert*innen in beratender Funktion vor. Mögliche institutionelle Ansprechpartner sind das Deutsches Jugendinstitut oder zu gesamtgesellschaftlichen Fragen zu Krise und Bedrohung, der Sonderforschungsbereich 923 Bedrohte Ordnungen an der Universität Tübingen. Mögliche weiterführende Kontakte aus verschiedenen Bereichen sind Prof Dr. Claudia Barth (Hochschule Esslingen, Fakultät Soziale Arbeit, Bildung und Pflege), Prof. Dr. Klaus Fröhlich-Gildhoff (Zentrum für Kinder- und Jugendforschung Freiburg), Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck (Universität Freiburg, Englisches Seminar: Covid 19 in den USA), Prof. Dr. Katja Kansteiner (PH Weingarten, Erziehungswissenschaft), Prof. Dr. Wolfhard Kohte (emer. Universität Halle-Wittenberg; Zivilrecht: Arbeitssicherheit und Betriebsmedizin) oder Prof. Dr. Dörte Weltzien (evangelische Hochschule Freiburg, Kindheitspädagogik).

5. WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Bertelsmann 2022: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): 2023 fehlen in Deutschland rund 384.000 Kita-Plätze: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/oktober/2023-fehlen-in-deutschland-rund-384000-kita-plaetze (31.01.2023).

DIPF 2022: Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (Hrsg.): Bildung in Deutschland. kompakt. Bielefeld 2022. Link: https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022-kompakt.pdf.

DJI 2021: Kayed, Theresia / Hubert, Sandra / Kuger, Susanne: Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kinderbetreuung, Elternzeit und Coronapandemie (= DJI-Kinderbetreuungsreport 4/7). München 2021.

Ehlert 2021: Ehlert Karin: Digitalpaket für Kitas. Ein längst überfälliger Schritt. Bildung & wissenschaft (2/2021), S. 34–35. Link. https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=103702&token=fcb595994d0c2770669746177ad68c2593158977&sdownload=&n=bundw-01-02-21-WEB.pdf.

GEW 2017: GEW Hauptvorstand: 3.26 Bildung in der digitalen Welt. Frankfurt 2017, S. 61–66, in: ders. (Hrsg.): Beschlüsse des 28. Gewerkschaftstages der GEW vom 6. bis 10. Mai 2017 in Freiburg. Frankfurt 2017, S. 61–66. Link: https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse_GT_2017/Beschlussdoku_2017_A4_web.pdf.

Kratzmeier 2020: Kratzmeier, Ute: GEW-Umfrage. Corona und Schule: Bleibt alles anders? bildung & wissenschaft (09/2020), S. 54–57. Link: https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=99067&token=d48a695e6efb3038f7292a5b05270e18acd82bd4&sdownload=&n=200907-GEW-LPK-Umfragen-b-und-w.pdf.

Klemm 2022: Klemm, Klaus: Lehrkräftebedarf und -angebot bis 2035. Zur Entwicklung in Baden-Württemberg. Stuttgart 2022. Link: https://www.gew-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=127967&token=83641f3aa580925f6de39e9370da9e5aef10b4ca&sdownload=&n=221007-GEW-Lehrkraeftebedarf-Studie-Klaus-Klemm.pdf.

KVJS 2020: Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden Württembreg (Hrsg.): Berichterstattung. Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg. Ergebnisse des Expertenhearings 2020. Stuttgart 2020. Link: https://www.kvjs.de/fileadmin/publikationen/jugend/2020_12_KVJS-Berichterstattung_Fachkraeftebedarf.pdf#:~:text=Gem%C3%A4%C3%9F%20den%20Angaben%20des%20Statistischen,Landesamt%2C%2031.12.2018.

Laß 2021: Laß, Inga: Eltern zwischen Homeoffice und Homeschooling. Arbeit und Familiein Zeiten von Kita- und Schulschließungen. In: Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2021, S. S. 484–489.

Statistisches Landesamt 2022: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen. Lehrkräfte nach Beschäftigungsverhältnis: https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/ablehrer.jsp (31.01.2023).

Landtag Baden-Württemberg
Referat I/3 - Plenar- und Ausschussdienst,
Drucksachen
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

28. Februar 2022

Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft" - Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns herzlich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Handlungsfeld zwei der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ und erlauben uns die nachfolgenden Hinweise:

Flutereignisse, Pandemie, Gasmangellagen, Böschungsbrände, Trockenperioden, Fluchtbewegungen, Waldbrandereignisse, Krisen im Gesundheitssystem: Wir stecken in einer Art krisenbehafteten Dauerschleife. Die 2020er Jahre sind geprägt von multiplen, gleichzeitig stattfindenden Krisen, die bereits im Einzelnen komplex und vielschichtig sind. Diese darüber hinaus unterschiedlich ausgeprägten Komplexitäten und Eigenheiten der Krisen zum gleichen Zeitpunkt oder zumindest überlappend zu steuern und parallel Wissen für künftige Krisen aufzubauen, ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung.

Und selbst dann darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Krisen von heute nicht die Krisen von morgen sind. Beim Umgang mit der Pandemie der Zukunft wird man in Nuancen auf die Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre zweifelsohne aufbauen können. Die Ausprägungen und Besonderheiten aber werden sich unterscheiden und damit muss auch die Reaktion darauf angepasst werden. Eine der Dauerkrisen ist die Klimakrise. Diese führt nicht nur zur Erwärmung unseres Planeten, sondern auch zu einer Vielzahl unterschiedlichster Szenarien für den Bevölkerungsschutz. Dadurch wird auch Baden-

Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastr. 37
70174 Stuttgart

Gemeindetag Baden-Württemberg
Panoramastr. 31
70174 Stuttgart

Städtetag Baden-Württemberg
Königstr. 2
70173 Stuttgart

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart

Württemberg zunehmend mit Hochwasser, Überschwemmungen, aber auch Hitze-Ereignissen konfrontiert werden.

Es geht also in erster Linie darum, die Infrastruktur insoweit weiterzuentwickeln, dass auf eine möglichst große Bandbreite an Krisen schnell, zuverlässig und pragmatisch reagiert werden kann. Die staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung muss zweifelsohne der Gewaltenteilung entsprechen und konstant weitergedacht werden unter Einbeziehung der betroffenen Expertinnen und Experten in der Verwaltung. Nur unter diesen Prämissen kann eine möglichst krisenfeste Gesellschaft aufrechterhalten und zunehmende Resilienz aufgebaut werden.

Die föderale Ordnung der Zuständigkeiten hat sich im Bevölkerungsschutz bewährt. Wir sehen keine Notwendigkeit für die Abkehr der Aufgabenzuteilung. Eine Unterstützung von Bund und Land in der Gefahrenabwehr, insbesondere bei der Beurteilung von großflächigen Gefahrenlagen, der Koordinierung durch Amtshilfe oder der Erarbeitung von Lagebildern ist auch zukünftig beizubehalten. Die Kommunen und Landkreise bündeln das Wissen vor Ort, beispielweise über die Einsatzfähigkeit von Einsatzmitteln, auch über Gemarkungsgrenzen hinaus. Häufig sind auch persönliche Verbindungen zwischen den zuständigen Personen hilfreich, um kurzfristige Abstimmungen zu tätigen.

Die staatliche Verwaltung und das soziale Miteinander stehen in einer Zeit von Dauerkrisen vor großen Herausforderungen. Kommunen kommen in solchen Katastrophenfällen ganz besondere, direkte Aufgaben zu. Sie sind zweifelsohne die erste Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von den tatsächlichen Zuständigkeiten. Die Ortskenntnisse, ob von der Infrastruktur oder der gesellschaftlichen Kultur in den Landkreisen, Städten und Gemeinden werden nirgends so gebündelt wie in den kommunalen Verwaltungen. Trotz der umfangreichen Fülle an Aufgaben, die den Bevölkerungsschützern vor Ort zukommen, entständen zusätzliche Problematiken durch die Schaffung von bundesweiten Strukturen, wie sie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung Einzug halten. Jegliche Zentralisierung von Steuerung und Entscheidung im Einzelfall führt notwendigerweise zu einer räumlichen und inhaltlichen Distanz zwischen Entscheider und Problem. Gerade während eines Katastrophenfalls ist es notwendig, dass schnell passgenaue Entscheidungen herbeigeführt werden. Dieses raumbezogene Wissen kann nicht zentralisiert werden. Es droht sogar der Verlust dieser notwendigen Ortskenntnis, wenn man Entscheidungen nach oben delegiert. Stattdessen muss die Stärke dezentraler, ortsnaher Verwaltungen genutzt und diese mit Rückgriff auf Ressourcen höherstufiger staatlicher Ebenen ausgestattet werden. Eine wirksame Unterstützung der Gefahrenabwehr vor Ort durch Stellen des Bundes oder der Länder im Wege der Beurteilung von Gefahrenlagen, durch Amtshilfe oder auch mittels überörtlicher Hilfeleistung durch zur Verfügung gestellte Einsatzmittel ist sinnvoll, zweckmäßig und notwendig. Die Entscheidung muss aber vom Verantwortlichen vor Ort gefasst werden.

Wir sind davon überzeugt, dass der Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg bereits auf einer soliden Basis steht. Dies sollte uns jedoch nicht davon abhalten, auch weiterhin in die Krisenbewältigung von morgen zu investieren.

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ behandelt im Handlungsfeld 2 die staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Gerade weil wir die Corona-Pandemie erst seit Kurzem hinter uns gelassen haben und nun mitten in den Auswirkungen des Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine stecken, müssen wir den Fokus ganz besonders auf die Vorsorge und die Erkennung von Krisen legen. In der Bekämpfung wird tagesaktuell und auf Basis von zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen gehandelt; aus der Vogelperspektive lassen sich manche der getroffenen Maßnahmen sicherlich diskutieren. Hier kommt der kommunalen Verwaltungsebene eine zentrale Rolle zu. Wirksam mitwirken kann sie allerdings im Katastrophenfall nur, wenn die unteren Katastrophenschutzbehörden ausreichend ausgestattet sind, sowohl personell als auch finanziell. Mit der Finanzierung geht auch die Infrastruktur einher. Veraltete technische Geräte erschweren die Arbeit im Katastrophenfall und erhöhen das Risiko, keinen Nutzen mehr von diesen Geräten im Ernstfall zu haben. Deshalb ist zentrale Aufgabe des Landes, diesen Verwaltungsbereich massiv zu stärken.

Die Erfahrungen der Knappheit von Masken und Testkits zu Beginn der Corona-Pandemie müssen weiterhin in den Aufbau von hochwertigem Katastrophenschutz einfließen. Die Situation hat gezeigt, dass vorher unbegrenzt verfügbare Materialien über Nacht nicht mehr bezogen werden konnten. Deutschland hat sich in der Produktion auf Handelspartner verlassen, die bei einem weltweiten Bedarf die Nachfrage aus Deutschland nicht mehr mit der gewohnten Kurzfristigkeit und zu den üblichen Preisen decken konnten oder wollten. Es muss deshalb eine Lehre sein, Notfallreserven frühzeitig aufzubauen. Mit Blick auf die große Bandbreite von möglichen zukünftigen Krisen muss dies auch über medizinische Produkte hinaus Einzug finden. Sandsäcke, Schlafsäcke, Notstromaggregate oder die Überprüfung der Ernährungsnotfallvorsorge muss kritisch in den Blick genommen werden. Nur mit einer ernsthaften Selbstkritik und dem Willen, Krisen und die Notwendigkeiten für deren Bewältigung neu zu denken, können Lehren gezogen und in künftigen Katastrophenfällen schnell reagiert werden. Eine Schlussfolgerung aus den multiplen Krisen ist es dann auch, einen Grundstock an Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte (best. Arzneistoffe, Fällstoffe, Mikrochips) in der Bundesrepublik wieder oder erstmals aufzubauen.

Bund und Land, die Landkreise sowie die Städte und Gemeinden investieren umfangreiche Mittel in den Ausbau der Breitbandversorgung. Denn in so gut wie allen Bereichen unseres Lebens nimmt die Digitalisierung einen zunehmend großen Platz ein – ob im Straßenverkehr oder beim Konsumverhalten. Es gilt die Chancen dieser Entwicklungen zu nutzen und dabei die Risiken nicht zu übersehen. Gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung hat die Corona-Pandemie kurzfristig alternative Wege erfordert, wie z.B. die Annäherung von Patienten und digitaler/telefonischer, medizinischer Beratung (Telemedizin). Hierbei kann man auch über Online-Sprechstunden in Anbetracht des Hausärztemangels im ländlichen Raum nachdenken. Oder durch „Online“-Konsile das Wissen der spezialisierten Ärztinnen und Ärzte aus den Universitätskrankenhäusern bis in jede ländliche Arztpraxis transportieren. Gleichwohl können entsprechende Maßnahmen die Notwendigkeit zur Stärkung der (haus-) ärztlichen Strukturen im Regelbetrieb nicht ersetzen,

vielmehr braucht es diese um zukunftsweisende Ansätze überhaupt wirksam im Krisenfall in die Bevölkerung hineintragen zu können.

Neben der finanziellen und digitalen Ausstattung muss auch die gesetzliche Grundlage für die Katastrophenbewältigung sichergestellt werden. Um ausreichend vorzusorgen, muss das Landeskatastrophenschutzgesetz insofern novelliert werden, dass die „Besonderen Einsatzlagen“ (§ 35 LKatSG) und der „Außergewöhnliche Einsatzalarm“ (§ 36 LKatSG) ergänzt werden. So sind die unterschiedlichen Stufen im Katastrophenrecht zwar ein guter Ausgangspunkt. Die Realität von Krisen und Einsatzlagen kann jedoch bei Weitem nicht durch eine zweiteilige Unterteilung repräsentiert werden. Die aktuell multiplen, sehr unterschiedlich ausgeprägten Krisen müssen uns aufzeigen, dass es mehr Handlungsspielraum bedarf, damit rechtssicher und umfassend schützend gehandelt werden kann. Es bedarf schlicht einer weiteren Abstufung bzw. Interventionsmöglichkeiten, um in unterschiedlichen, uns noch unbekannten Krisen die erforderlichen Handlungen initiieren zu können. Hierbei darf auf den „kleinen Katastrophenfall“ aus Nordrhein-Westfalen verwiesen werden.

Die Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes muss auch eine klare, einfache Regelung der Kostentragung beinhalten. Die Kommunen tragen bei einer zu bewältigenden Katastrophenlage die Hauptlast. Sie sind der zentrale Ankerpunkt beim Bevölkerungsschutz vor Ort und stellen mit ihren Feuerwehren und vielen weiteren Helfern die Grundlagen zur wirksamen Katastrophenbewältigung bereit. Dies gilt es im Rahmen der Regelungen zur Kostentragung zu berücksichtigen und in eine dementsprechend vollumfängliche Kostentragung durch das Land im Katastrophenschutzfall münden zu lassen.

Wichtig sind auch die sogenannten Spontanhelferinnen und -helfer. Sie sind unverzichtbar, um in Krisenmomenten schnell und unbürokratisch zu handeln. Auch in vergangenen Krisen waren dies oft die notwendigen Hände, damit Schlimmeres verhindert werden konnte. Hier bedarf es einer zusätzlichen Regulierung – um den Spontanhelfenden die notwendige Rechtssicherheit zu verschaffen, aber auch um Wildwuchs (wie zuletzt im Ahrtal) entgegenzuwirken. Denn freiwillige und uneigennützige Hilfe, mit der Gefahr hierdurch rechtliche Konsequenzen zu erleiden, ist eher abschreckend als fördernd. Neben den Haupt- und Ehrenamtlichen in den Brandschutz- und Katastropheneinrichtungen sollen auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die spontan ihren Beitrag zur Bewältigung leisten möchten, koordiniert werden und rechtlich zum Helfen legitimiert sein. Daneben sind gerade die organisierten Ehrenamtlichen ein wesentlicher Grundpfeiler des Katastrophenschutzes in den Kommunen.

Ob spontane, ehrenamtliche oder hauptamtliche Helferinnen und Helfer, es gilt hier für eine starke Zivilgesellschaft der Zukunft den demografischen Wandel in alle Abwägungen einzubeziehen. Die Alterung der Bevölkerung führt zu weniger Fachkräften und dadurch auch zu einer geringeren Anzahl tatkräftiger Menschen, deren Wertekompass in Richtung Gemeinwohl zeigt und die bereit sind, ihre Zeit dafür zu opfern. Zugleich kann in den geburtenstarken Jahrgängen, welche derzeit und in den kommenden Jahren in den Ru-

hestand eintreten werden, auch ein großes Potenzial gesehen werden diese für ein erfüllendes, ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Auf der anderen Seite ändern sich durch die demografische Entwicklung auch die Bedarfe der Bevölkerung. Eine älter werdende Gesellschaft benötigt in der Regel zunehmend Betreuung. Die Pflegeheime zählen wie auch die besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen zur kritischen Infrastruktur, die vom Bevölkerungsschutz besonders in den Blick genommen werden müssen.

Beim Bevölkerungsschutz muss – besonders im Ehrenamt – die wohnortnahe Ausbildungsqualität sichergestellt werden. Für besondere Ereignisse wird auch besonderes Wissen benötigt. Ein Lösungsansatz könnten flächendeckende Ausbildungszentren sein, welche aus originären Landesmitteln, ohne einen Rückgriff auf Mittel der VwV Z-Feu, getragen werden. Anbieten würde sich beim Brandschutz beispielsweise eine Anknüpfung an die Außenstellen der Landesfeuerwehrschule. Aber auch zwischen den Schnittstellen müssen die Absprachen und die Zusammenarbeit geprobt werden. Dies zeigt beispielhaft der Bevölkerungsschutz im Landkreis Ludwigsburg, wenn dort gemeinsam mit dem örtlichen kommunalen Krankenhaus der Massenanfall von Verletzten im Ludwigsburger Barockschloss geübt wird. Ein schönes Beispiel für den örtlichen Einsatz nach dem ehernen 3-K-Grundsatz: in der Krise Köpfe kennen.

Bevor die Krise bewältigt werden kann muss diese möglichst frühzeitig erkannt werden. Oft geschieht dies durch kommunale Einrichtungen vor Ort in denen die Bedürfnisse und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar zusammenfließen. Umfassend bewältigt werden kann eine Krise aber nur, wenn diese rechtzeitig erkannt und die betroffenen Personen informiert werden. Bei der Warnung der Bevölkerung bedarf es einer adäquaten Förderung seitens des Bundes, aber auch seitens des Landes. Gemeinsam sollte ein koordinierter Warnsignalmix aus altbekannten und neuen Kommunikationskanälen aufgebaut und finanziert werden – damit jeder in unserer Gesellschaft schnell und eindrücklich über mögliche Gefahrenlagen informiert werden kann, und zwar unabhängig davon, ob das Telefonnetz weiterhin intakt ist oder nicht.

Wir müssen bei all diesen Überlegungen die Bevölkerung mitnehmen und den Selbstschutz der Bevölkerung stärken. Dies gilt sowohl für das richtige Verhalten nach erfolgter Warnung als auch für die Bevorratung von Lebensmitteln und weiteren lebensnotwendigen Ressourcen. An dieser Stelle muss die Bereitschaft zur Selbsthilfe gestärkt werden und das Bewusstsein für die Eigenverantwortung geweckt werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat vor wenigen Wochen begonnen, in Radio und Fernsehen verstärkt über Lebensmittelvorräte oder das Verhalten bei Krisenlagen auf anschauliche Weise zu informieren. Das begrüßen wir ausdrücklich. Auch von Landesseite sollte eine solche Kommunikationskampagne aufmerksamkeitslenkend unterstützt oder sogar durch eigene Elemente ergänzt werden. Dies gerade unter der Prämisse, dass das Krisenmanagement zu weiten Teilen (in Nuancen individuell) vor Ort abgewickelt wird.

Bei all den vielfältigen und umfangreichen Herausforderungen müssen aus Sicht der Landkreise, Städte und Gemeinden insbesondere die Weiterentwicklung der unteren Katastrophenschutzbehörden und die Etablierung eines auskömmlichen Warnmixes in den Blick genommen werden:

1. **Hinreichende finanzielle Ausstattung der Regelstrukturen und keine Belastung mit nicht umsetzbaren Standards**

Krisen sind grundsätzlich in der kommunalen Regelstruktur zu lösen. Ausnahmen wie die Schaffung von Impfzentren und die Lagerung von Persönlicher Schutzausrüstung bestätigen diese Regel. Die Bewältigung von Krisen kann nicht gelingen, wenn Städte und Gemeinden bereits ohne Krise am finanziellen Limit stehen. Eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und eine faire Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen ist daher zwingend erforderlich.

2. **Weiterentwicklung der unteren Katastrophenschutzbehörden**

Zur Bewältigung von Krisen kann insbesondere das Know-How der unteren Katastrophenschutzbehörden genutzt werden. Auch das ist nur möglich, wenn die unteren Katastrophenschutzbehörden ausreichend finanziell ausgestattet sind.

Auch wenn dies eine häufige Forderung der kommunalen Familie darstellt, ist es umso zentraler auf die Signale dieser Ebene zu hören. Wenn sie die Herausforderungen in der Dauerkrise meistern sollen, so müssen die unteren Katastrophenschutzbehörden ausreichend finanziert sein und muss die Handlungsfähigkeit aufrechterhalten bzw. weiter ausgebaut werden. Der Ausbau der unteren Katastrophenschutzbehörden ist notwendig, damit sie ihren koordinierenden Aufgaben gerecht werden können. Das machen diese gerade bei der Ausplanung der Notfalltreffpunkte, Notstromversorgungsplanungen und Warnlandschaftsentwicklung gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Bereits seit Jahren sind die Zuweisungen durch das Land für die unteren Katastrophenschutzbehörden nicht auskömmlich. Dies führt dazu, dass beschafftes Material nicht einsatzfähig gehalten werden kann und trotz überschaubarer Instandhaltungskosten außer Dienst gestellt werden muss. Ebenso muss festgestellt werden, dass weite Teile der Landesfahrzeuge des Bevölkerungsschutzes (Feuerwehr und Hilfsorganisationen) veraltet sind. Eine gute und auf dem Stand der Technik befindliche technische Ausstattung ist jedoch wesentlich für einen gut aufgestellten Bevölkerungsschutz.

Neben der technischen Ausstattung ist eine gute personelle Ausstattung der unteren Verwaltungsbehörden gleichermaßen wichtig. Im staatlichen Bereich des Bevölkerungsschutzes ist dies eine konnexitätsrelevante Aufgabe des Landes. Es muss zu einer Neubetrachtung der Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) kommen. Der vielfältige Aufwuchs an Aufgaben, wie beispielsweise die Vorausplanung von Notfallstationen, um nur eine dazu gekommene Aufgabe zu benennen, wird an dieser Stelle nicht

ausreichend berücksichtigt und führt zu einem Ungleichgewicht zwischen Aufgaben und Personalressourcen. Bei der Nachwuchsgewinnung stellt der demografische Wandel eine zusätzliche Herausforderung dar. Dem muss begegnet werden - beispielsweise durch familienfreundliche wohnortnahe Ausbildung oder durch die Nutzung digitaler Schulungsmittel. Wir müssen die immer geringer werdende Ressource des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes stärken. Dass dies geht, haben uns die letzten Monate der Pandemie gelehrt.

3. Ertüchtigung des Warnmittelmix

Der bundesweite Warntag im Jahr 2020 hat sowohl den staatlichen Ebenen als auch der Bevölkerung unverblümt vor Augen geführt, dass die bisherige Infrastruktur nicht auskömmlich ist. Gerade im Krisenfall ist eine schnelle Information der Bevölkerung wichtig und rettet Menschenleben. Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 in Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erhebliche Sachschäden verursacht und Menschenleben gekostet. Als Lehre muss die Warnstruktur kritisch betrachtet werden.

Das klassische Warnmittel sind Sirenen. Diese können ohne besondere technische Vorkehrungen in vielen Einzugsbereichen eingesetzt werden. Hierbei ist erneut auf die individuellen Gegebenheiten vor Ort zu achten. Auch wenn diese unter guten Wetterbedingungen das Warnsignal weit tragen können, hat sich bereits gezeigt, dass Sirenengeräusche bei Starkregen wegen überlagernden Geräuschen an ihre Grenzen kommen können. Zudem müssen diese autonom betrieben werden können, sodass bei einem Stromausfall nicht auch das Warnmittel brachliegt. Der jüngste bundesweite Warntag hat neben den Warnapps (NINA, KatWarn, Biwapp) den Cell-Broadcast geprobt. Man kann sicherlich davon sprechen, dass dies einen guten Kommunikationskanal darstellt und nicht in demselben Maß an die Misserfolge des Warntags in 2020 anknüpft. Man hat also neben der klassischen Warnung per Sirene auch mit Mobilfunk die Warnung auf dem Handy; sollte dieser ausfallen, wird man per SMS gewarnt. Wenn das Mobiltelefon allerdings ausgeschaltet ist oder keinen Empfang hat, kommt die Warnung verzögert oder überhaupt nicht an. Aufgrund der verschiedenen Schwächen der einzelnen Warnmittel bedarf es eines Warnmixes, der regional individuell eingerichtet aber vor Ort von den Expertinnen und Experten aufeinander abgestimmt werden muss. Vor allem aber muss sichergestellt werden, dass der Warnmix technisch und organisatorisch ausreichend finanziell ausgestattet ist.

Wir müssen das Warnsystem in Richtung der Bevölkerung ertüchtigen. Das vom Bund auf den Weg gebrachte Förderprogramm zur Verbesserung des Sirenenwarnnetzes ist ein sinnvoller Ansatz – dies auch als eine Lehre aus den Flutkatastrophen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, wo die bestehenden Warnmittel versagt haben oder nicht ausreichend einsatzfähig waren bzw. womöglich nicht in hinreichendem Maße aktiviert wurden. Dieses Bundesförderprogramm zeigt aber zugleich die Schwächen einer zentralen Steuerung, wurden doch die Bedarfe vor Ort, die Ressourcen der Hersteller und bereits bestehende Warnlandschaften nicht hinreichend berücksichtigt und die unzureichen-

den Fördermittel in einem problematischen Windhundverfahren ausgereicht. Eine flächendeckende Warnlandschaft auf Basis eines Warnmixes kann nur im partnerschaftlichen Zusammenspiel aller staatlichen Ebenen erreicht werden.

Zu einem umfassenden Warnmix sind auch die Chancen der Digitalisierung im Bereich der Warnsysteme – wie in vielen Bereichen der Verwaltung – zu nutzen. Die Einführung des Digitalfunks ist eine Mammutaufgabe für die Landkreise mit ihren Städten und Gemeinden. Aber auch hier zeigt sich, wie wichtig das Wissen und die Erfahrung vor Ort sind, wenn man mit Blick auf die physikalischen Grenzen des Digitalfunks auch noch weiterhin redundante Systeme vorhält.

In diesem Sinne ist abschließend festzuhalten: Wir müssen unseren Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg auch weiterhin zukunftssicher aufstellen und ausrichten. Dazu braucht es auf Bundesebene ausschließlich ein Fundament und kein Regieren nach unten. Wer den Bevölkerungsschutz stärken will, der muss dies vor Ort tun, in den Stadt- und Landkreisen, in den Städten und Gemeinden, und zwar durch auskömmliche finanzielle Ausstattung und die Aufrechterhaltung von lokalem Handlungsspielraum. Denn in Krisen ist die Klarheit über Aufgaben und Zuständigkeiten von elementarer Bedeutung. Nur so
kann schnell, effektiv und effizient gehandelt werden. Dies ist ein Anreiz und gleichsam die Voraussetzung für zwingend notwendige eigene Initiative und Eigenverantwortung.

Nicht zuletzt möchten wir unterstreichen, dass wir den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz als eine originäre Aufgabe mit hoher Priorität sehen. Wir befürworten daher ausdrücklich, dieser Aufgabe auch präventiv entsprechendes Gewicht zu verleihen und dies mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen zu hinterlegen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unsere in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv kommunizierte Forderung nach Deregulierung, Entbürokratisierung und vor allem nach Standard- und Aufgabenkritik. Ein Prozess der diesem Ansinnen gerecht wird ist unseres Erachtens insbesondere wichtig, um sich wieder Handlungs- und Gestaltungsspielraum in originären Aufgaben wie dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zu verschaffen. Dies ist zum wirksamen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, aber auch zur Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Institutionen insgesamt von übergeordneter Bedeutung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski	Steffen Jäger	Ralf Broß	Kristin Schwarz
Hauptgeschäftsführer	Präsident	Oberbürgermeister a. D. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied	Verbandsdirektorin

Effektive staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

Stellungnahme der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg zum zweiten Handlungsfeld der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Baden-Württemberg
LANDESFEUERWEHRSCHULE

Inhalt Seite

1	Die Rolle der Landesfeuerwehrschule im Gefahrenabwehr- und Krisenmanagement des Landes Baden-Württemberg	4
2	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, a) Organisation einer effizienten, effektiven und flexiblen Krisenvorsorge, -früherkennung und –bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtsstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz	5
3	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, b) Optimierung der Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und –bewältigung	6
4	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, c) Unterstützung der in Krisenzeiten verantwortlichen Akteure ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren	8
5	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, d) Effektive Einbeziehung von Netzwerken und Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und-bewältigung ohne Überforderung	9
6	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, e) Definition von Kompetenzen verschiedener Ebenen und Ressorts sowie die Weiterentwicklung der ebenen-, ressort- und auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit	10
7	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, f) Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger	12
8	Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, g) Systematische Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten	13

9 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, h) 15
Stärkung der Zivilgesellschaft, so dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt

10 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, i) 17
Identifizieren von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)

11 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, j) 17
Erfassung, Speicherung und Austausch krisenbezogener Daten, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet ist mit Weiterentwicklung des Datenschutzes unter Wahrung individuelle Persönlichkeitsrechte

12 Quellenverzeichnis 18

1 Die Rolle der Landesfeuerwehrschule im Gefahrenabwehr- und Krisenmanagement des Landes Baden-Württemberg

Wie jedes andere Bundesland verfügt Baden-Württemberg über eine zentrale Bildungseinrichtung im Feuerwehrwesen. Feuerwehrangehörige, Kräfte des Katastrophenschutzes und Mitglieder von Verwaltungsstäben werden dort in speziellen Lehrgängen auf ihre Aufgaben im Schadens- oder Katastrophenfall vorbereitet. Die Grundlage für die Arbeit der Landesfeuerwehrschule finden sich in §5 Satz 1 Nr. 1 des Feuerwehrgesetzes (FwG), der Verwaltungsvorschrift Feuerwehrausbildung (VwV-Feuerwehrausbildung) und den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes.
Die Landesfeuerwehrschule besteht seit 1947 und hat ihren Standort in Bruchsal. Sie wurde eingerichtet, nachdem die drei Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zum Bundesland Baden-Württemberg zusammengeschlossen wurden. Bis Mitte der neunziger Jahre waren dort ausschließlich Schulungen für Feuerwehangehörige vorgesehen. Später kamen dann auch, bedingt durch die Schließung der Landeskatastrophenschutzschule in Neuhausen, Schulungen für Angehörige des Katastrophenschutzes im Themenfeld Stabsarbeit dazu und im Auftrag des Bundes, Schulungen für die Abwehr von ABC-Schadenslagen im Verteidigungsfall.
Im selben Zeitraum wurden auch die Ausbildung von Mitarbeitenden der Verwaltungsstäbe begonnen.

Die Landesfeuerwehrschule hat als Bildungseinrichtung umfangreiche Erfahrungen in der Ausbildung und Konzeption / Organisation von Lehrgängen, aber sie ist keine Einrichtung für die unmittelbare Gefahrenabwehr, wenngleich sie an landesweiten Gefahrenabwehrkonzepten und –vorschriften regelmäßig beratend mitwirkt. In Krisenfällen war und ist sie für das Innenministerium Baden-Württemberg vereinzelt unterstützend tätig.
Aus diesem Blickwinkel erfolgt die vorliegende Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Die Ausführungen und Vorschläge orientieren sich vornehmlich an dem, was aus Sicht der Feuerwehrschule an Innovationsbedarf vorhanden ist. Überlegungen zu einer finanziellen Machbarkeit werden nicht angestellt. Sicherlich sind viele Vorschläge nur mit erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen umsetzbar.

Die Stellungnahme geht nachfolgend auf die zehn gestellten Fragen des zweiten Handlungsfeldes, nämlich „staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und –bekämpfung“ der Kommission ein (III, Nr. 2 des Einsetzungsbeschlusses vom 07.02.2022).

2 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, a)

Organisation einer effizienten, effektiven und flexiblen Krisenvorsorge, -früherkennung und –bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtsstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz

Wesentlicher Bestandteil einer effektiven und flexiblen Krisenvorsorge ist die Ausbildung der in der Krisenbekämpfung handelnden Akteure. Hierunter sind nicht die Feuerwehranghörigen in den Mannschaften und unteren Führungsebenen zu verstehen, sondern das Personal, welches in Stäben an zentraler Stelle Krisenmanagement betreibt. Wie können sie auf ihre Aufgabe so vorbereitet werden, dass sie den kommenden Lagen fachlich und mental gewachsen sind?
Eine Krise im Sinne der Thematik der Enquetekommission ist nicht ein „kleiner Wohnungsbrand“, sondern es sind weit größere Ereignisse, die in weiten Teilen das Gemeinwesen, die Gesundheit und Lebensgrundlage der Bevölkerung und die Handlungsfähigkeit der Wirtschaft bedrohen, also letztlich die Existenz von uns allen. Sie können in vielfältiger Weise in Erscheinung treten und beschränken sich nicht nur auf größere Unwetterereignisse, Unfälle oder dergleichen, wie man in der Vergangenheit oft antizipierte. Zentrales Merkmal von Krisen, wie wir sie heute wahrnehmen, ist die Komplexität der zu lösenden Aufgaben und die Mannigfaltigkeit in ihrem Wesen (z. B. Flüchtlingskrise, Klimakrise, Pandemie). Jede Krisenbewältigung hat individuellen Charakter und die Lösungen können nicht aus vorgefertigten Checklisten abgelesen werden.
Hier eröffnet sich der Ansatz für eine zeitgemäße Führungs- und Stabausbildung. Im Vordergrund steht nicht mehr die Schulung einer starren Stabsorganisation mit festgelegten Abläufen und Zuständigkeiten, sondern es sollten eher Kompetenzen vermittelt werden, um mit Unvorhergesehenem umgehen zu können.

- Vermittlung von Strategien, komplexe Probleme zu lösen
- Wahl einer der Lage angemessenen Organisationsform von Stäben

- ggf. Aufhebung der festgelegten Hierarchien
- bewusstes moralisches und ethisches Handeln
- Stärkung des Glaubens an die eigenen Fähigkeiten
- Umgang mit Misserfolgen

Ansätze dafür finden sich bereits in den Organisationsformen heutiger Verwaltungsstäbe, die sich von den alten Katastrophenschutzstäben der achtziger Jahre deutlich unterscheiden. [1] Mit Blick auf die Führungsstäbe der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr von heute wäre da noch Raum für Veränderung bzw. Neukonzeption. Die psychologische Forschung hält viele Erkenntnisse auf dem diesem Themenfeld für eine Umsetzung in die Praxis bereit. [2] [3] Eine Überarbeitung von Vorschriften, die Organisationsformen von Stäben festlegen, müsste natürlich erfolgen.

So wie eine grundlegende Überarbeitung von Stabslehrgängen notwendig erscheint, so wichtig ist auch sicherlich eine Erhöhung der Ausbildungsfrequenz. Erfahrungen in der Stabsausbildung an der Landesfeuerwehrschule zeigen, dass schon nach ein bis zwei Jahren die Fähigkeit in einem Stab mitzuarbeiten sinkt und in gleichem Maße bei den Beteiligten das Unbehagen für eine Stabsarbeit wächst. Zudem ist der Wechsel im Stabspersonal nicht zu unterschätzen. Ob es Auffrischungsschulungen sind oder auch Übungen spielt keine Rolle [4]. Nur die Kontinuität im Thema zu bleiben, sollte gewährleistet sein. Auch dafür müssten verpflichtende Regelungen geschaffen werden, die es bis heute nicht gibt.

3 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, b)

Optimierung der Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und –bewältigung

Gute Zusammenarbeit ist immer das Ergebnis von gegenseitiger Kenntnis, Respekt und Vertrauen. Dies gilt auch und vor allem Krisenfall. Dass Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nur zusammen eine Krise meistern können liegt auf der Hand. Schon in Bezug auf die gegenseitige Kenntnis werden Mängel offenkundig. Erfahrungen der Landesfeuerwehrschule in der Ausbildung von Führungs- und Verwaltungsstäben legen immer wieder die gegenseitige Unwissenheit über den jeweilig anderen Akteur

offen, obwohl beide eigentlich im Namen der selben Körperschaft agieren und auch denselben politischen Gesamtverantwortlichen haben. Die Unkenntnis betrifft in erster Linie Fragen von Aufgabenbereich und Verantwortlichkeiten, aber auch von Organisationsformen, Arbeitsweisen/-normen oder Handlungsmaximen.
Wie kann die Zusammenarbeit der am Krisenmanagement Beteiligten verbessert werden? Gute Erfahrungen und einfach umzusetzen ist die Einsetzung von Verbindungspersonen in die jeweiligen Führungsgremien. Es gibt immer einen erreichbaren Ansprechpartner, der einen bei der Herstellung von Kontakten und Handlungsmöglichkeiten persönlich berät. Kontaktpersonen sollten verbindlich vorgeschrieben sein, auch wenn sie damit den Personaleinsatz erhöhen.

Eine weitere Möglichkeit für eine verbesserte Zusammenarbeit sind individuelle Schulungen für Beteiligte aus der Politik oder Wirtschaft. Bisher gibt es an der Landesfeuerwehrschule nur Lehrgänge für Führungs- und Verwaltungsstäbe. Spezielle Schulungen für politisch Verantwortliche oder für Führungskräfte aus Wirtschaftsunternehmen fehlen gänzlich. Zwar unterhalten die meisten größeren Wirtschaftsunternehmen mittlerweile Krisenstäbe, aber eine Harmonisierung bezüglich der Organisation und Arbeitsweisen steht aus. Es wäre die Frage, ob Baden-Württemberg mit seiner großen Dichte an Unternehmen mit hoher Wirtschaftskraft eine Gleichartigkeit in der Krisenbewältigung der Unternehmen durch besondere Schulungen herstellen sollte. Für die Zusammenarbeit in der Krise ist dies sicherlich förderlich.

Ähnliches gilt für politische Entscheidungsträger. Erfahrungsgemäß kennen sie ihre Verwaltungen recht gut, aber die Gefahr von Fehlentscheidungen besteht latent. Ein politischer Akteur ist immer gut beraten, wenn er unabhängig von der fachlichen Ausrichtung seiner Behörde, die Strukturen des Krisenbewältigungskonzeptes seines Bundeslandes näher kennt, z.B. in Bezug auf Zeitansätze bei Hilfeanforderungen oder Auswirkungen/Wechselwirkungen bei Ausfall von Infra-/Versorgungsstrukturen. Schulungen für politische Akteure müssten natürlich auf die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe zugeschnitten werden.

Führungsstäbe, Verwaltungsstäbe, Krisenstäbe von Wirtschaftsunternehmen und politisch Verantwortliche festigen in regelmäßigen Übungen dann die Zusammenarbeit.

4 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, c)

Unterstützung der in Krisenzeiten verantwortlichen Akteure ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren

Dieser Wunsch wird immer wieder bei Verwaltungsstabsschulungen geäußert. Vor dem Hintergrund, dass alle Menschen in Stresssituationen in eigene Verhaltensmuster verfallen, bietet die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ) in Ahrweiler schon seit längerer Zeit für Führungskräfte des Krisenmanagements Schulungen an, die das Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung zum Thema haben. [5] Solche Schulungen gibt es an der Landesfeuerwehrschule nicht, aber ein Bedarf dafür lässt sich durchaus feststellen.
Solche Schulungen ließen sich auch für Baden-Württemberg einrichten mit folgenden beispielhaften Inhalten:

- Auswahl geeigneten Stabspersonals unter Berücksichtigung der Situation
- Wege der Entscheidungsfindung
- angemessenes Verhalten und richtige Kommunikation in Führungsgremien
- Zielgerichtetes Moderieren von Besprechungen
- wertschätzendes Arbeiten im Team
- Pflege einer Fehlerkultur und Ehrlichkeit
- Möglichkeiten zur Erkennung der eigenen Grenzen und Schwächen

An diesen Schulungen können alle Entscheidungsträger der genannten Gruppen aus Kapitel 3 teilnehmen.

Ein anderer Ansatz richtiges Führungsverhalten zu praktizieren und Führungsschwäche zu vermeiden, so schlagen wir als Landesfeuerwehrschule vor, ist die Einsetzung eines „Führungsbeauftragten“. Er hat die Rolle des Beraters in einem Entscheidungsgremium und ist mit persönlicher Autorität ausgestattet und genießt deshalb bei allen Beteiligten Vertrauen. Durch seine Menschenkenntnis darf er sich Rat gebend Gehör verschaffen, wenn durch Führungsschwäche falsche Entscheidungen drohen. Er selbst wirkt nicht aktiv im Krisenmanagement mit, ist nicht weisungsgebunden, sondern beobachtet nur die Akteure in ihrem Handeln.

5 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, d)

Effektive Einbeziehung von Netzwerken und Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und-bewältigung ohne Überforderung

Bei dieser Frage geht es um die Helfer des Katastrophenschutzes, denen in Krisenzeiten eine besondere Aufgabe und Rolle zukommt. Was diese Helfer ausmacht, ist die Freiwilligkeit im Mitwirken an der Krisenbekämpfung (Ehrenamt). Sie unterscheiden sich von Spontanhelfern dadurch, dass sie organisiert auftreten und für das Helfen vorbereitet worden sind. Die Frage zielt darauf ab, inwieweit die Effizienz dieser besonderen Gruppe Mitwirkender gesteigert werden kann. Um dazu Vorschläge zu unterbreiten muss man allerdings wissen, was das Besondere an Katastrophenschutzhelfern ist. Sie sind im Gegensatz zu anderen Mitwirkenden sehr stark für Ihre Aufgabe motiviert, aber im Vergleich zu beruflichen Akteuren weit nicht so intensiv auf die Aufgabe vorbereitet. Hinzu kommt, dass sie in aller Regel offen für ein Gemeinschaftserleben sind.
Eine Stärkung der Netzwerke ist aus Sicht der Landesfeuerwehrschule eigentlich nicht notwendig, weil Helfer in ihren jeweiligen Funktionen normalerweise schon ihre Kontakte aufgebaut haben, die Netzwerke also relativ gut ausgebaut sind. Es wäre darauf hinzuweisen, dass dies im Einsatz jedoch zum Problem werden kann, nämlich dann, wenn es unklare Führungsorganisationen gibt, was oft in der Anfangsphase eines Einsatzes vorkommt. Es werden dann Dienstwege nicht mehr eingehalten, weil man ja seine Kontakte hat und sie nutzen möchte. Jeder in Feuerwehr und Katastrophenschutz Mitwirkende kann dies bestätigen und die Vergangenheit ist reich an Beispielen dieser Art. Das einzige, was dem entgegenwirkt, sind klare und bekanntgegebene Zuständigkeiten und die baldige Unterbindung von unzulässigen Kommunikationskanälen. Die Landesfeuerwehrschule wirkt in Ihren Führungslehrgängen immer wieder darauf hin, aber die Fähigkeit zum Einhalten von Dienstwegen muss nach unserer Erfahrung immer wieder intensiv beübt werden.

Es gibt auch weitere Möglichkeiten, die Fähigkeiten ehrenamtlicher Katastrophenschutzhelfer zu erhöhen, auf die hier hingewiesen werden soll. Man kann auf die beruflichen Kenntnisse des Helfers selbst zurückgreifen. Das THW macht es seit geraumer Zeit vor. Hier werden in bestimmten Fachgruppen nur Helfer aufgenommen, die eine entsprechende berufliche Ausbildung mitbringen. Das THW erhofft sich damit

eine Stärkung der Einsatzfähigkeit. Jedoch hat dieses Vorgehen auch eine Kehrseite, weil sich unter Umständen in bestimmten Bereichen kein Fachpersonal rekrutieren lässt oder ein motivierter Helfer auf Grund fehlender beruflicher Qualifikation nicht genommen wird.
Was aber realistisch erscheint, ist die offizielle, durchgehende freiwillige Erfassung der beruflichen Vorbildung, unabhängig von der Fachaufgabe in der jeweiligen Katastrophenschutzorganisation. Gerade Helfer in Gesundheits- und Handwerksberufen, die oft in der Krise benötigt werden, können dann gegebenenfalls zielgerichteter eingesetzt werden.

Zur Steigerung der Einsatzeffizienz ehrenamtlicher Katastrophenschutzhelfer zählt auch die Durchhaltefähigkeit in einem längeren Einsatz. Hierfür scheinen aus Sicht der Landesfeuerwehrschule die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen nicht gut gerüstet zu sein. Am Anfang eines Einsatzes gibt es oft einen Überschuss hochmotivierter Helfer und es lassen sich viele Aufgaben schnell lösen. Nach wenigen Tagen aber flaut das Interesse ab, und die Mobilisierungsfähigkeit lässt rasant nach. [6] Eine Zweit- oder Drittmobilisierung nach einer Auszeit des Helfers bei z.B. bei Wochenschichtbetrieb ist oft nicht mehr möglich. Die Gründe liegen vermutlich sowohl im beruflichen als auch im familiären Umfeld, weil man eben zu Hause gebraucht wird.
Was das Fernbleiben aus dem beruflichen Umfeld betrifft, müsste man über eine Anpassung der Rahmenbedingungen für eine längere Abkömmlichkeit vom Arbeitsplatz nachdenken.

6 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, e)

Definition von Kompetenzen verschiedener Ebenen und Ressorts sowie die Weiterentwicklung der ebenen-, ressort- und auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die im zweiten Handlungsfeld unter e) aufgeworfene Frage ist nicht ganz eindeutig zu verstehen. Es sollen Handlungsempfehlungen gegeben werden, wie Kompetenzen der Ebenen (gemeint sind vermutl. Verwaltungsebenen) und Ressorts (vermutl. Fachbehörden/Ministerien) definiert werden können. Unter dem Terminus *Kompetenz* lässt sich in diesem Zusammenhang einerseits „Handlungsbefugnis“ andererseits „Fähigkeit“ verstehen.

10

Was die Handlungsbefugnis betrifft, so schätzen wir ein, kennt jede Ebene und jedes Ressort eigentlich ihren Aufgabenbereich normalerweise sehr genau, auch dann, wenn im Krisenfall ungewöhnliche Aufgaben anfallen. Der Aufgabenbereich einer Verwaltung ist per Gesetz/Verordnung genau festgelegt und es gibt den Handelnden wenig Spielraum. Probleme entstehen möglicherweise dann, wenn die Aufgabenerfüllung zunächst an personellen und sachlichen Ressourcen scheitert, weil ungewöhnliche Aufgaben anstehen. Andere Verwaltungsbereiche müssen dann unter Umständen unterstützend eingreifen, womit die Frage nach der „Fähigkeit“ der betroffenen Verwaltung gestellt werden kann.

Aus Sicht der Landesfeuerwehrschule ist die Unterstützung fremder Verwaltungsbereiche durch Feuerwehrangehörige oder auch Katastrophenschutzkräfte regelmäßig der Fall. Es werden, vor allem auf kommunaler und Kreisebene, immer wieder Kräfte der Feuerwehr mit Aufgaben betraut, für die sie eigentlich nicht ausgebildet sind, z.B. für den Aufbau von Impfzentren, Herrichtung von Notunterkünften für Flüchtlinge, Organisation einer Evakuierung im Rahmen der Entschärfung einer Weltkriegsbombe, Schleusenbau vor landwirtschaftlichen Anwesen bei einer Tierseuche, etc. Rechtlich ist die Inanspruchnahme sicherlich durch Amtshilfe oder innerbehördlichen Weisungen abgesichert, trotzdem gehören diese Tätigkeiten nicht zum engeren Aufgabenbereich der Feuerwehr oder des Katastrophenschutzes, nach geltender gesetzlichen Lage. Sie werden von den politisch Gesamtverantwortlichen gerufen und eingesetzt, in dem Wissen, schnelle und unkomplizierte Mithilfe in fast jeder Krisensituation zu erhalten. Um diesem Umstand Abhilfe zu schaffen, gibt es im Wesentlichen zwei Möglichkeiten. Entweder man versetzt die Fachbehörden in die Lage alle ihre Aufgaben selbst lösen (Stärkung der Fähigkeit) oder man erweitert bewusst den Aufgabenbereich von Katastrophenschutz- und Feuerwehrkräften (Erweiterung der Handlungsbefugnis). An dieser Stelle kann die Landesfeuerwehrschule keine Lösungen liefern, sondern nur eine Diskussion anregen, die Aufgabenbereiche von Kräften der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr entweder der gelebten Praxis anzupassen und zu schärfen oder die strenge Einhaltung stärker einzufordern.

7 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, f)

Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

In außergewöhnlichen und gefährlichen Lagen möchte jeder Mensch Einfluss auf die Situation nehmen. Dies gilt vor allem, wenn er selbst betroffen ist, aber auch, wenn er nur davon betroffen sein könnte. Der Blick auf das letztere ist erst in den letzten Jahren mit dem Phänomen der Spontanhelfer stärker in den Fokus gerückt, denn weltweit zeigt sich bei bedrohlichen Ereignissen immer wieder der Wunsch anderen zu helfen. Die Solidarität in der Krise ist groß [7], auch hier in Deutschland. Dass man Spontanhelfer nicht ignorieren kann fällt den Verantwortlichen im Krisenmanagement bisher oft erst auf, wenn die Helfer ihr Helfen einfordern. Es wird dann schnell gehandelt und z.B. Spendenkonten eingerichtet oder eine Stelle zur Entgegennahme von Sachspenden veröffentlicht. Werden Hilfsangebote der Bevölkerung übergangen, läuft man Gefahr, dass es zu unkoordinierten mitunter kontraproduktiven Hilfsaktionen kommt oder die Nichtberücksichtigung wird politisch für die Meinungsbildung genutzt.

Dabei kann „Bürgerhilfe“, wie sie in dieser Stellungnahme bezeichnet werden soll, ein durchaus wichtiger Beitrag bei der Krisenbewältigung sein, zumal der Staat ressourcenmäßig nicht immer vollumfänglich helfen kann.

Damit Bürgerhilfe nicht erst in der Krise organisiert werden muss, ist es angezeigt schon vor dem Ereignis auf geschaffene Strukturen zuzugreifen.

Hier sollen die Empfehlungen der Landesfeuerwehrschule ansetzen. Fester Bestandteil jedes Krisenmanagements beinhaltet die Möglichkeit, Bürgerhilfe vorzusehen, weshalb in Stäben ein Sachgebiet „Bürgerhilfe“ heutzutage eigentlich dazu gehört. Seine Aufgabe ist es, den tatsächlichen Hilfebedarf zu ermitteln und Hilfsangebote zu koordinieren, ggf. auch anzufordern, also alles was in Zusammenhang mit der Hilfsbereitschaft der Bürger steht.

Der Gegenpart des Sachgebietes „Bürgerhilfe“ des Stabes wäre dann folglich die Einheit „Bürgerhilfe“, die vor Ort die räumlichen sowie sachbezogenen Voraussetzungen schafft, dass Hilfe umgesetzt werden kann und es begleitet die Hilfe während des Einsatzes. Setzt man diesen Gedanken zu einer solcher Einheit fort, fällt einem die Einrichtung eines Fachdienstes „Bürgerhilfe“ im Katastrophenschutz ein, in dem Fachhelfer gezielt Hilfsangebote bündeln, weiterleiten und Hilfsstrukturen aufbauen.

Auch vor der Krise gäbe es für das Personal der Bürgerhilfeeinheiten genügend Aufgaben.

- Spendenkonten einrichten und verwalten
- Internetseiten gestalten, die sich an Hilfswillige richten
- sich auf einen Einsatz in den sozialen Medien vorbereiten
- Bürgerhilfebroschüren erstellen und herausgeben
- Ausstattung von Koordinationsbüros als örtliche Einsatzleitung für Einheiten der Bürgerhilfe beschaffen/ergänzen
- Informieren wichtiger örtlicher Betriebe der Daseinsvorsorge über die Strukturen der Bürgerhilfe im Krisenfall (Handwerksbetriebe/-innungen, Arztpraxen, Pflegedienste, Lebensmittelversorger, etc.)

Was beim Einsatz von Spontanhelfern nicht aus den Augen verloren werden darf, ist die eindeutige rechtliche Absicherung/Versicherung. Bis jetzt sind sie nur über das SGB VII berufsgenossenschaftlich bei Unfällen und in Haftungsfragen bei der Körperschaft, in deren Auftrag sie arbeiten, versichert. [8] Es wäre sinnvoll, Helfende aus der Bevölkerung rechtlich durch Herausstellung als Gruppe besonders zu stärken. Sie sollten mit Blick auf die Leistungen, die freiwillige Helfer bei der Flutkatastrophe im Ahrtal erbracht haben, dieselbe rechtliche Absicherung genießen, wie Katastrophenschutzhelfer nach dem Katastrophenschutzgesetz.

8 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, g)

Systematische Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten

Zu dieser Frage kann die Landesfeuerwehrschule nur wenig beitragen und keine konkreten Handlungsempfehlungen geben.
Trotzdem möchten wir die Schwierigkeiten und Chancen der Zusammenarbeit Wissenschaft/Politik betreffend auf einer allgemeinen Ebene näher beleuchten, denn auch die Landesfeuerwehrschule arbeitet regelmäßig mit wissenschaftlichen Experten und Entscheidungsträgern der Politik zusammen. Sie kennt die Möglichkeiten und Handlungszwänge beider Seiten.

Dass wissenschaftliche Erkenntnisse den Menschen von Nutzen sein sollen, ist allgemein unbestritten. Es findet Fortschritt statt und die Lebensbedingungen verbessern sich kontinuierlich. Dies hat generelle Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Gesellschaft. Auch und vor allem in der Krise wird verstärkt der Rat des wissenschaftliche Experten gesucht, wie die Corona Pandemie eindrucksvoll aufzeigt. Politische Akteure erhoffen sich Antworten auf zentrale und lebenswichtige Fragen zu erhalten, denn wissenschaftliche Aussagen sind über valide Untersuchungen und Studien bekanntermaßen abgesichert und könnten damit der Bevölkerung eigentlich unmittelbar zu Gute kommen.

Was bei diesem Gedanken leider unberücksichtigt bleibt, ist der Umstand, dass die Interpretation wissenschaftlicher Ergebnisse in einem Expertenkreis sehr unterschiedlich ausfallen können. Für den Außenstehenden tritt eine Widersprüchlichkeit zu Tage, die es nicht geben dürfte. Das Umsetzen von wissenschaftlichen Ergebnissen in praktisches Handeln gestaltet sich auf einmal sehr schwierig. Aber: Jeder, der sich mit Wissenschaft näher beschäftigt, weiß, dass Wissenschaft keine endgültige Eindeutigkeit erzeugt, sondern immer ein mühsamer Prozess des Erkenntnisfortschritts ist. [10] Das Lebenselixier der Wissenschaft ist quasi der Widerspruch, die wissenschaftliche Debatte.

Was wäre für den politisch Verantwortlichen aus diesen Überlegungen abzuleiten? Der politische Betrieb tut gut daran, sich in wichtigen Fragen nicht von Einzelexperten beraten zu lassen, sondern immer von einer Expertengruppe. Sie findet sich gemeinsam unter Leitung eines erfahrenen Moderators, der auch im politischen Betrieb zu Hause ist, zusammen und bespricht am besten ohne politische Vorgabe unter Austausch kontroverser Ansichten die Situation, Aufgaben und Vorgehensweisen. Bei der Auswahl der Expertengruppe sollte Meinungsvielfalt unter ihnen nicht gescheut werden und es sollte auf ausgewogene Fachvielfalt geachtet werden. Die mediale Erfahrung oder die wissenschaftliche Erklärfähigkeit des einzelnen Expertenmitglieds sollten dagegen bei der Auswahl nur eine untergeordnete Rolle spielen. Nur so lässt sich der beste, wenngleich vielleicht auch nicht der populärste Weg, aus der Krise finden. Und: Jedem politischen Akteur im Krisenmanagement muss bewusst sein, dass Expertenempfehlungen immer nur aus dem aktuellen Kenntnisstand der Wissenschaft herausgegeben werden können. Ändern sich die Erkenntnisse können sich auch die Maßnahmen verändern und sich am Ende möglicherweise auch widersprechen. Die immer gültige Lösung gibt es leider nicht.

9 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, h)

Stärkung der Zivilgesellschaft, so dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt

Wie an anderer Stelle schon kurz ausgeführt wurde, kann der Staat in der Krise dem Bürger nicht immer vollumfänglich helfen. Dazu sind die Ressourcen begrenzt, so dass der Bürger unter Umständen eine längere Zeit auf sich alleine gestellt ist. Dass es auch mal „schlechtere Zeiten“ zu durchstehen gibt, sollte für jeden zu den Gedanken an die Zukunft dazu gehören. In den letzten Jahrzehnten hat es in Deutschland glücklicherweise keine Krisen gegeben, die flächendeckend unmittelbar selbst erfahrbar waren, insbesondere für die jüngere Generation nicht, mit der Folge eines trügerischen Sicherheitsgefühls.
Nun gilt es, die Menschen in ihrer antizipatorisch gefestigten Welt abzuholen und den Blick auf mögliche Krise zu stärken. Dazu helfen verschiedene Maßnahmen.

Wie wäre es, wenn es neben einer Verkehrs- oder Brandschutzerziehung auch eine „Krisenerziehung“ in der Schule gäbe? Das Lernziel soll nicht etwa die Vorbereitung auf den Verteidigungsfall sein, was vielleicht gedanklich sofort im Raum steht, sondern die Schüler werden an die Überlegung herangeführt, wie komplex Krisenbewältigung in einer hochentwickelten und hochindustrialisierten Gesellschaft, wie in Deutschland und Europa, sein kann. Es wäre zu besprechen, dass das die Auffindung eines für alle gangbaren Weges aus der Krise eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt.
Die Nahtstelle zwischen Staat und Bürger in der Krise ist eine gute Information/Kommunikation, weshalb die Rolle der Medien und sozialen Netzwerke als wichtiger Baustein in die Erziehungsschulung dazu gehört.

Als Fortentwicklung der „Krisenerziehung“ in der Schule schlagen wir zudem vor, die Krisenvorsorgethematik in das Freiwillige Soziale/Ökologische Jahr als verbindlichen Bestandteil mitaufzunehmen. Das Thema könnte in den üblichen begleitenden Seminaren behandelt werden oder auch ein kurzes Praktikum in krisenvorsorgebetreibenden Stellen wäre denkbar (Gesundheitsämter, Kreisverwaltungen, Berufsfeuerwehren, THW-Regionalstellen, DRK-Kreisverbände, Fernseh-/Radiosender etc.).

Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten die Zivilgesellschaft krisenresilienter zu machen. Dreh- und Angelpunkt bei der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist in der Krise immer die Informations- und Kommunikationspolitik auf staatlicher Seite. [9] Informationen müssen gut erreichbar sein und ausreichend verbreitet werden, beispielsweise über das richtige Verhalten in bedrohlichen Situationen. Staatliche Informationen haben nicht mehr wie früher Alleinstellungsmerkmal, sondern müssen mit anderen gegensätzlichen privaten Informationen konkurrieren, die genauso flächendeckend verbreitet werden können. Der Informationsempfänger muss heutzutage entscheiden, welche Informationen er am meisten Glauben schenkt. Es ist eine Wettbewerbssituation[11] entstanden, die Anlass gibt, das Informationsverhalten in Krisen zu überdenken und weiterzuentwickeln, es sozusagen konkurrenzfähig zu machen. Nur, wie soll dies erreicht werden?
Wir schlagen eine noch intensivere Nutzung bestehender Informationskanäle in der immer vielfältiger werdenden Medienlandschaft vor, insbesondere im Bereich des Internet mit seinen einflussreichen sozialen Netzwerken. Staatliche Informationen sollten nicht mehr wie bisher immer nur linear den Empfänger erreichen, wie beispielsweise in Durchsagen, veröffentlichten Empfehlungen, Bereitstellung von statistischem Material. Informationen gehören in der heutigen Zeit, von dem der sie erzeugt, auch medial aufbereitet. Es ändert sich nicht der Inhalt, es ändert sich das Format des Angebots. Die Bundeswehr macht es vor. In ihrer Infoserie „Nachgefragt“ werden auf YouTube moderierte Interviews mit Fachleuten aus der Bundeswehr über den Ukraine-Konflikt bereitgestellt, in denen auch Nachfragen aus den Reihen der Zuschauer möglich sind. [12] Dass gut aufbereitete amtliche Hintergrundinformationen auf großes Interesse stoßen bezeugen viele Likes und zustimmende Kommentare.
Fernsehsender und Medienfachleute können immer gute Anregungen für zeitgemäße Verbreitung solcher Art Informationen geben.

Der letzte Vorschlag, die Zivilgesellschaft krisenfester zu machen, setzt bei der Nachbarschaftshilfe an. Die Bevölkerung hilft sich durchaus selbst, wenn sie aufgeklärt ist, die Hilfe gut koordiniert wird und wenn in der Krise benötigte Sachgüter und Lebensmittel durch Spenden oder aus Lagerbeständen schnell den Empfänger erreichen können.

Im zuletzt genannten Punkt gäbe es noch in Baden-Württemberg noch Handlungsbedarf. Um in der Erstphase einer Krise schnell ohne erheblichen organisatorischen Aufwand Hilfe zu leisten, bräuchte es nämlich Lager für Lebensmittel, wichtige Medikamente, Hygieneartikel, Netzersatzanlagen, Heizungszubehör, Baumaterialien in Zuständigkeit des Landes. Katastrophenschutzläger betreiben in Deutschland zumeist größere Städte, also sie sind in kommunaler Verwaltung. Aber es gibt auch einige Landeskatastrophenschutzläger wie in Hessen oder Brandenburg. Der Vorteil dieser Einrichtungen liegt in der schnellen Verfügbarkeit von Sachgütern bei flächendeckenden Ereignissen und einer geeigneten landesspezifischen Auswahl bei der Bestückung.

10 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, i)

Identifizieren von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und besonders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss (z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)

In Bezug auf diese Frage kann die Landesfeuerwehrschule leider keine Handlungsempfehlungen geben, da die fachliche Expertise für eine Beantwortung fehlt.

11 Handlungsempfehlungen zu III, Nr. 2, j)

Erfassung, Speicherung und Austausch krisenbezogener Daten, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet ist mit Weiterentwicklung des Datenschutzes unter Wahrung individuelle Persönlichkeitsrechte

In Bezug auf diese Frage kann die Landesfeuerwehrschule leider keine Handlungsempfehlungen geben, da die fachliche Expertise für eine Beantwortung fehlt.

12 Quellenverzeichnis

[1] STÄNDIGE KONFERENZ DER INNENMINISTER UND -SENATOREN DER LÄNDER ZUM BEVÖLKERUNGSSCHUTZ: *Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ – organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe - VwS)*: Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zum Bevölkerungsschutz, 08.07.2004

[2] HOFINGER, G., HEIMAN, R. (Hrsg.): *Handbuch Stabsarbeit*, Springer, 2016.

[3] GIßLER, D.: *Führung und Stabsarbeit trainieren*, Kohlhammer, 2019

[4] KARUTZ, H., MITSCHKE, T.: *Gegenwärtige und zukünftige pädagogische Herausforderungen im Bevölkerungsschutz*, In: Notfallvorsorge 49 (2), S. 13-19, 2018.

[5] BUNDESAKADEMIE FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND ZIVILE VERTEIDIGUNG: *Jahresprogramm 2022*, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2022.

[6] KARUTZ, H., RICHWIN, R.: *Zwischen Dienstleistung und Selbstbezug: Ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz*, Teil 2., Im Einsatz, S. 80-83, 2013

[7] HOLENSTEIN, M., KÖNIG, A.-L., *Das Verhalten der Bevölkerung in Katastrohen und Notlagen – Literaturstudie*, Stiftung Risiko-Dialog St. Gallen, 2014

[8] DEUTSCHER FEUERWEHRVERNAND: *Die Integration von Spontanhelferinnen und Spontanhelfern in den Katastrophenschutz*, Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Feuerwehrverbandes, 2022. https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2020/06/DFV-Fachempfehlung_Spontanhelfer.pdf, Abruf: 19.12.2022

[9] BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND KATASTROPHENHILFE, BUNDESINSTITUT FÜR RISIKOBEWERTUNG: *Risikokommunikation – Ein Handbuch für die Praxis*, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2022

[10] Popper, K., *Logik der Forschung*, Keuth, H. Hrsg., Mohr Siebeck, 2005

[11] PÖRKSEN, B., DETEL, H.: *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter.* Köln: Herbert von Halem Verlag 2012.

[12] YouTube, 2022, *Nachgefragt: Panzergeneral zur aktuellen Lage und Bilanz zum Ukraine-Krieg I Bundeswehr*. https://www.youtube.com/watch?v=jr4m4FSmQ9c, Abruf: 20.12.2022

Landtag Baden-Württemberg
Referat I/3 – Plenar- und Ausschussdienst
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

FEUERWEHR VERBAND BW

Dr. Frank Knödler
Präsident

Telefon 0711 12851611
Telefax 0711 12851615
post@fwvbw.de

20. März 2023

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bedanken wir uns bei Ihnen sehr herzlich, dass Sie uns im Rahmen der Enquete-Kommission **„Krisenhafte Gesellschaft“** die Möglichkeit einräumen, zum zweiten Handlungsfeld „**Effektive staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung**“ unsere Erfahrungen und Erwartungen einzubringen.

Geprägt durch die zurückliegenden Ereignisse der letzten Jahre befinden wir uns quasi in einer permanenten Krisensituation. Beginnend mit der Flüchtlingskrise 2015, der Corona-Pandemie seit 2020, unterbrochen durch die apokalyptische, sintflutartige Flutkatastrophe im Ahrtal und in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2021 und seit rund einem Jahr durch den Ukrainekrieg mit all seinen negativen Auswirkungen insbesondere zur Gasversorgung in Deutschland ist das **Krisen- und Katastrophenschutzmanagement aus der aktuellen Politik nicht mehr wegzudenken**!

Die politischen Entscheidungsträger haben erkannt, dass dieses gesellschaftlich wichtige Aufgabengebiet in den zurückliegenden Jahrzehnten geradezu **stiefmütterlich behandelt wurde**. „Wir saßen alle vor den Fernsehschirmen und haben uns die Katastrophen der ganzen Welt ins eigene Wohnzimmer geholt, aber keiner von uns hätte sich vorstellen können, dass eine Flutkatastrophe diesen Ausmaßes vor unserer eigenen Haustüre stattfinden würde!“, so der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul.

Noch unwahrscheinlicher schien uns ein Kriegsausbruch in Europa! Die Lage hat sich kolossal verändert. Nicht nur Krisen- und Katastrophenvorsorge stehen auf der politischen Agenda, sondern auch die zivile Verteidigung unseres Landes und der Zivilschutz.

Diese Situation fiel nicht aus heiterem Himmel. Bereits in den 80ziger Jahren wurde konsequent begonnen, den **Katastrophenschutz** im Bund und in den Ländern **auf eine existenzielle Größe zurückzustutzen**. Im Bund wurde das **Bundesamt für Zivilschutz (BZS)** in das **Bundesverwaltungsamt integriert**. In den Ländern wurden bestehende **Landesämter für Brand- und Katastrophenschutz** genauso **aufgelöst** wie in den **Großstädten die Ämter für Zivilschutz**. Diese Entwicklung fegte wie ein Flächenbrand über Deutschland hinweg, als 1989 die Mauer fiel, der Eiserne Vorhang sich in Luft auflöste und der Kalte Krieg für beendet erklärt wurde.

Auch in der Landeshauptstadt wurde bereits im Jahr 1993 das bestehende Amt für Zivilschutz mit rund 30 Beschäftigten in die Branddirektion (Feuerwehr) integriert mit gleichzeitigem Abbau der Hälfte der Belegschaft. Der Feind im Osten wurde zum „vermeintlichen Freund“, und Katastrophen, die ganze Teile der **kritischen Infrastruktur in Mitleidenschaft ziehen** und zu erheblichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens führen, **waren nicht vorstellbar**!

Erst die **terroristischen Anschläge am 11. September 2001** in New York und Washington sowie die organisatorischen Differenzen bei der Bewältigung des Elbhochwassers 2002 **führten zu einem gewissen Umdenkungsprozess zumindest beim Bund**! Durch diese Ereignisse hatte die Konferenz der deutschen Innenminister und -senatoren (IMK) noch im Jahr 2002 die sogenannte „**Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“** als **neues politisch-strategisches Rahmenprogramm des Bevölkerungsschutzes beschlossen**. In den vergangenen rund 20 Jahren konnten zahlreiche Vorschläge dieser Strategie konzeptionell verwirklicht und weiterentwickelt werden.

Für einen erfolgreichen Bevölkerungsschutz ist es von großer Bedeutung, sich mit den vielschichtigen und komplexen Schadenszenarien und den damit verbundenen Risiken im Vorfeld denkbarer Ereignisse planerisch auseinanderzusetzen. Die **Entwicklung einer standardisierten Methode zur Erstellung von Risikoanalysen** durch das im Jahr 2004 wiederentstandene **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)** sowie die seit 2009 **gesetzlich verankerte Erstellung von Risikoanalysen im Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) des Bundes** sind hier besonders hervorzuheben. Inzwischen wurden **acht Risikoanalysen** auf Bundesebene **erstellt**:

- 2012 Extremes Schmelzwasser aus den Mittelgebirgen
- 2012 Pandemie durch Virus Modi-SARS
- 2013 Wintersturm
- 2014 Sturmflut
- 2015 Freisetzung radioaktiver Stoffe aus einem Kernkraftwerk
- 2016 Freisetzung chemischer Stoffe
- 2018 Dürre
- 2019 Erdbeben

Parallel zu diesen Risikoanalysen überprüft der Bund in seinen **„Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübungen“ (LÜKEX)** das nationale Krisenmanagement **auf strategischer Ebene**. Durch diese länderübergreifenden Übungen sollen sich die handelnden Akteure besser auf außergewöhnliche Krisen- und Bedrohungslagen vorbereiten können sowie bestehende Pläne und Bewältigungskonzepte auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Seit 2004 wurden insgesamt **acht LÜKEX- Übungen durchgeführt**:

- 2004 Extremwinter, Stromausfall, Terror
- 2005 Terrorismus während WM 2006
- 2007 Influenza-Pandemie
- 2009/10 Terroristische Bedrohung mit chemischen und radioaktiven Tatmitteln
- 2011 IT-Sicherheit
- 2013 Biologische Bedrohungslagen
- 2015 Sturmflut Nordseeküste
- 2018 Gasmangellage

Angesichts der **vorliegenden Risikoanalysen** und **durchgeführten LÜKEX-Übungen** ist es doch **mehr als erstaunlich**, dass die **politischen Entscheidungsträger** samt ihren Verwaltungen in der Bewältigung der SARS-Pandemie und einer kriegsbedingten Gasmangellage **scheinbar unvorbereitet agierten**! Das mag zum einen daran liegen, dass die **Experten der Risikoanalysen** sowohl eine **SARS-Pandemie** als auch eine **Gasmangellage** als **„eher unwahrscheinlich“** eingestuft hatten und somit prozessorientierte Handlungsanweisungen für derart komplexe Schadenslagen bislang unterblieben. Sicherlich ein strategischer Fehler aus heutiger Sicht!

Andererseits endeten aber auch die strategischen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern auf der Ebene der zuständigen Landesministerien. Die **erforderlichen schadensorientierten Handlungsanweisungen für ein erfolgreiches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement** auf den **Ebenen der unteren Katastrophenschutzbehörden fehlten genauso** wie **landesbezogene Risikoanalysen** und **abgestimmte Katastrophenschutzbedarfsplanungen**!

Man darf bei allen strategischen Überlegungen nicht vergessen, dass die betroffenen Bürger gemeinsam mit den Städten und Gemeinden am Ende der Informationskette stehen. Dort werden die Maßnahmen für die Bürger aber erst wirksam. Erfolgreiches und zeitnah wirkendes Krisen- und Katastrophenschutzmanagement muss man daher **„vom Ende her denken und entwickeln“**!

In der Vergangenheit gab es zwar Abstimmungsverfahren zwischen den einzelnen Katastrophenschutzressorts auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltungen, dabei standen aber hauptsächlich sogenannte **„Blaulichtlagen“ von Feuerwehr und Hilfsorganisationen** wie z. B. Überschwemmungen, Stürme, Erdbeben, Massenanfall von Verletzten, Freisetzung von biologischen, chemischen oder radioaktiven Stoffen im Vordergrund und **nicht die großen gesellschaftlichen Herausforderungen**, die bei einem längerfristigen Ausfall kritischer Infrastrukturen auf die Bevölkerung zukommen. **Hier hat der Staat eine offene Flanke!**

Schon allein der Blick in die nachfolgende Tabelle des BBK zeigt eindrucksvoll, welche **verschiedenen Sektoren und Branchen beim Ausfall von kritischen Infrastrukturen betroffen sind**. Derartige Krisenlagen bedürfen eines **integralen Krisenmanagements** mit den zuständigen Fachressorts, das ausgehend vom Land über die vier Regierungspräsidien bis in die unteren Verwaltungsbehörden gleichartig und transparent zu organisieren ist! Nur so lassen sich Krisen schnell wieder in den Normalzustand zurückführen.

Sektor	Branche
Energie	Elektrizität, Gas, Mineralöl
Informationstechnik und Telekommunikation	Telekommunikation, Informationstechnik
Transport und Verkehr	Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt, Schienenverkehr, Straßenverkehr, Logistik
Gesundheit	Medizinische Versorgung, Arzneimittel und Impfstoffe, Labore
Wasser	Öffentliche Wasserversorgung, Öffentliche Abwasserbeseitigung
Ernährung	Ernährungswirtschaft, Lebensmittelhandel
Finanz- und Versicherungswesen	Banken, Börsen, Versicherungen, Finanzdienstleister
Staat und Verwaltung	Regierung und Verwaltung, Parlament, Justizeinrichtungen Notfall-/Rettungswesen einschließlich Katastrophenschutz
Medien und Kultur	Rundfunk (Fernsehen und Radio), gedruckte und elektronische Presse, Kulturgut, symbolträchtige Bauwerke

Tab. 1: Übersicht Sektoren und Branchen der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Diese Aufzählung Kritischer Infrastrukturen wurde für die Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz Bund verwendet. Die aktuelle Einteilung findet sich auf der Seite www.kritis.bund.de (Quelle: BBK)

Vor dem **Hintergrund der Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes** und der **grundlegenden Überarbeitung des Landeskatastrophenschutzgesetzes von Baden-Württemberg** haben wir in Anlehnung an den nach der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021 verfassten Bericht **„Katastrophenschutz der Zukunft“[1] des Landes Nordrhein-Westfalen sechs Handlungsfelder identifiziert, die für ein leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenschutzmanagement von zentraler Bedeutung sind!**

Den vorgeschlagenen Handlungsfeldern wollen wir unsere gewonnene Erkenntnis aus der Bewältigung der aktuellen Krisenlagen voranstellen, dass das **Krisen- und Katastrophenschutzmanagement in Baden-Württemberg keine wesentlichen strukturellen Defizite besitzt,** dafür aber um so mehr **Vollzugsdefizite offenbart** hat.

Aufbauend auf dem **Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung** hat sich dabei die Organisation der **nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr** in der Praxis bestens **bewährt**. Dies sieht man eindrucksvoll am Beispiel der **Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Feuerwehren**. Mit rund 114.000 hauptsächlich ehrenamtlichen Einsatzkräften in den 1.099 Gemeindefeuerwehren unseres Landes sind die **Feuerwehren DER zentrale Baustein** einer **zeitnah wirkenden Sicherheitsarchitektur**. Dabei reichen die Aufgaben der Feuerwehr vom einfachen Mülleimerbrand über Großbrände bis zum Katastropheneinsatz. **Eine Gefahrenabwehr aus einer Hand!** Daher ist es auch weiterhin zielführend, das **Krisen- und Katastrophenschutzmanagement auf der Ebene der Städte und Gemeinden weiter auszubauen und insbesondere die unteren Katastrophenschutzbehörden personell, materiell und finanziell deutlich zu stärken!**

1 Abschlussbericht des vom Minister des Inneren berufenen Kompetenzteam Katastrophenschutz, 2022, www.im.nrw

Sechs Handlungsfelder für einen leistungsfähigen Krisen- und Katastrophenschutz

I. Schaffung klarer Zuständigkeiten im Krisen- und Katastrophenfall

Ein **leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenschutzmanagement bedarf klarer gesetzlich festgelegter Zuständigkeiten** sowohl für die operative Bewältigung von Einsatzlagen als auch für die präventive Vorbereitung derartiger Großereignisse.

In Zusammenhang mit den verschiedenen Krisen und Katastrophen der letzten Jahre gab es immer wieder **Verständigungsschwierigkeiten**, auf **welche denkbaren Schadensereignisse sich die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden vorzubereiten haben**. Seither standen die klassischen **„Blaulichtlagen“** wie Überschwemmungen, Sturmfluten oder Erdbeben **im Vordergrund**. Zunehmend werden derartige Naturkatastrophen aber durch **anderweitige Krisen** wie Flüchtlingskrise, Corona-Pandemie, langfristiger Stromausfall oder eine kriegsbedingte Gasmangellage **verdrängt**. Derartige Einsatzlagen stellen die Behörden vor ganz andere Herausforderungen, auf die sie in den meisten Fällen **nicht ausreichend vorbereitet** sind. Dabei wirkt sich der Ausfall von Teilen der kritischen Infrastruktur gravierender auf das ganze öffentliche Leben aus als so manche örtlich begrenzte Naturkatastrophe. Daher ist es von größter Bedeutung, die verschiedenen **Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Krisen- und Katastrophenfall klar und eindeutig festzulegen** und ein **gemeinsames Verständnis für Krisen und Katastrophen zu entwickeln!**

In der **Landtagsdrucksache 17/2934** wurde auf den Seiten 5 und 6 seitens der Landesregierung bereits der Versuch unternommen, ein **gemeinsames Verständnis für die Abgrenzung von Krisen und Katastrophen** für die Landesverwaltung **zu entwickeln**. Ob sich die Unterscheidung dabei einzig und allein auf die Tatsache stützen lässt, „dass das Vorliegen einer Katastrophe dann festgestellt werden kann, wenn nicht nur ein entsprechendes Szenario vorhanden ist, sondern wenn es hierbei auch geboten erscheint, das Zusammenwirken von Behörden, Stellen und Organisationen unter einheitliche Leitung zu stellen“ kann unterschiedlich gesehen werden, wie das Beispiel des Freistaates Bayern in der Corona-Krise zeigt!

Dabei ist die operative Bewältigung von Krisen und Katastrophen nur ein Aspekt. Viel bedeutender erscheint uns, **wer für die präventive Notfallplanung beim Ausfall kritischer Infrastrukturen zuständig ist**. Das **Landeskatastrophenschutzgesetz lässt diese Frage unbeantwortet**. In meiner Funktion als langjähriger fachlicher Leiter der unteren Katastrophenschutzbehörde der Landeshauptstadt kann ich mich nicht daran erinnern, dass wir uns in den zurückliegenden 30 Jahren mit konkreten Handlungsanweisungen beim Ausfall kritischer Infrastrukturen beschäftigt haben.

Analog zum **Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) des Bundes** müsste **im neuen Landeskatastrophenschutzgesetz** daher die Erstellung einer **landesweiten Risikoanalyse durch das Land** genauso **festgeschrieben** werden wie die **federführenden Zuständigkeiten** in der **Landesverwaltung für die Erarbeitung von Notfallplanungen beim Ausfall kritischer Infrastrukturen!!!**

II. Aktivierung präventiver, planerischer Maßnahmen für ein leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenschutzmanagement unter verstärkter Berücksichtigung kritischer Infrastrukturen

II.1 Erstellung von Risikoanalysen durch das Land

Für ein **leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenschutzmanagement** ist es zwingend notwendig, sich mit den **potenziellen Gefahren und Risiken auseinanderzusetzen**. Mit Hilfe **standardisierter Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz** konnten in den letzten Jahren auf Bundesebene wesentliche Erkenntnisse gewonnen werden, auf welche **Ereignisse** wir uns in Deutschland gezielt **vorbereiten müssen**. Ausgehend von den **durchgeführten Risikoanalysen des BBK** müssen auf **Länderebene Abschätzungen** dergestalt vorgenommen werden, **welche Schäden, Ausfälle oder Störungen auf Landesebene** bzw. letztendlich auf **Stadt- und Landkreisebene zu erwarten sind**. Daher sollten die bereits durchgeführten Risikoanalysen des BBK auf das Land übertragen und konkrete Handlungsfelder identifiziert werden. Wir halten es aus unserer Sicht für völlig **kontraproduktiv**, wenn die **44 unteren Katastrophenschutzbehörden** gemäß §2 Abs. (1) LKatSG – und zwar jede für sich selbst – **Katastrophengefahren zu identifizieren haben, die in ihren Bereichen drohen**. Weitaus **zielführender** halten wir den Ansatz, **denkbare Schadenszenarien auf Landesebene zu identifizieren** und entsprechende **übergeordnete Handlungsempfehlungen** durch die zuständigen Fachressorts **erstellen zu lassen**, die auf den unteren Verwaltungsbehörden durch örtliche Besonderheiten noch ergänzt werden können.

II.2 Erstellung von Katastrophenschutzbedarfsplänen auf Stadt- und Landkreisebene

Wir halten es für einen **zielführenden Ansatz**, die **positiven Erfahrungen** bei der Bemessung kommunaler Feuerwehren durch die **Erstellung von Feuerwehrbedarfsplänen** in den vergangenen 20 Jahren auf den **Katastrophenschutz auszudehnen** und diese Planungen **rechtsverbindlich im neuen LKatSG zu verankern**.

Dazu müssen zunächst **Schutzziele / Planungsziele** für den Katastrophen- / Bevölkerungsschutz festgelegt werden. Diese Planungsziele müssen sich an den konkreten Bemessungsszenarien denkbarer Schadenslagen orientieren. Sie stellen somit eine konkrete **Planungsgröße** dar, welche Katastrophenschutzeinheiten mit wie vielen Einsatzkräften und mit welcher technischen Ausrüstung notwendig sind, um Schadensereignisse erfolgreich zu bekämpfen. Daraus lassen sich **einheitenbezogene Leistungsmodule** entwickeln. **Mit Hilfe dieser Leistungsmodule lässt sich der personelle, materielle und finanzielle Bedarf zielorientiert planen!** In Summe entsteht aus diesen Detailplanungen der 44 Stadt- und Landkreise letztendlich eine **landesweite Katastrophenschutzbedarfsplanung**, die aus Landessicht noch weiter ergänzt werden kann.

II.3 Erstellung von allgemeinen Handlungsanweisungen in Form spezieller Notfallpläne unter besonderer Berücksichtigung des Ausfalls kritischer Infrastrukturen durch das Land

Ein leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenschutzmanagement muss auf einer **prozessorientierten Handlungsstrategie** aufbauen. Je vielschichtiger und komplexer die Krisen bzw. Schadenslagen sind, umso wichtiger ist es, auf **festgelegte**

Handlungsanweisungen zurückgreifen zu können. Die zahlreichen Abstimmungsprozesse während der Corona-Pandemie zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den verschiedenen zuständigen Ressorts innerhalb unseres Landes haben exemplarisch gezeigt, wie essenziell **vorgefertigte Prozessabläufe und Handlungsanweisungen** sind. Man muss sich nur einmal vorstellen, was geschehen wäre, wenn das Corona-Virus weitaus „gefährlicher“ gewesen wäre.

Hierbei stehen somit nicht die **gängigen „Blaulichtlagen“** im Vordergrund, sondern **medizinische Lagen, Pandemien, flächendeckende Kontaminationen durch gefährliche Stoffe sowie der Ausfall kritischer Infrastrukturen!** Daher halten wir es für eine zentrale Aufgabe des Innenministeriums, als koordinierendes Ministerium, von den **fachlich zuständigen Ressorts Notfallplanungen mit konkreten Handlungsempfehlungen für die nachgeordneten Verwaltungsebenen erstellen zu lassen**. Nur so wird man „vor die Lage“ kommen!

II.4 Schaffung einheitlicher Organisationsstrukturen im Bereich der unteren Katastrophenschutzbehörden

„In der Krise Köpfe kennen“ ist unter Krisen- und Katastrophenschutzmanagern ein geflügeltes Sprichwort. Dahinter steckt die Idee der Bildung eines Netzwerkes von Krisenmanagern. Dies gilt natürlich nicht nur für die vertikalen, sondern auch für die horizontalen Ebenen der einzelnen Katastrophenschutzressorts. Während wir in den **Stadtkreisen harmonisierte Organisationsstrukturen im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vorfinden**, zeichnet sich in den **35 Landkreisen ein eher heterogenes Bild** ab. Hier ist der **Landkreistag gefordert**, analog der Einrichtung einer **Bevölkerungsschutzabteilung im Innenministerium** gleichartige Ämterstrukturen in den Landkreisen zu schaffen. Als Zielvorstellung könnte das **Organisationsmodell der Stadtkreise dienen**, wo der gesamte nichtpolizeiliche Gefahrenabwehrbereich **in einem Amt gebündelt** und durch **operativ ausgebildete Beamte des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes geleitet wird**. Dadurch wird zumindest für die operative Einsatzführung eine **durchgängige Führungsstrategie** vom Kleineinsatz bis zur Großschadenslage sichergestellt.

Um eine **leistungsfähige Krisen- und Katastrophenschutzplanung** zu ermöglichen, sind neben einer **personellen Aufstockung der unteren Katastrophenschutzbehörden** auch die einzelnen betroffenen Fachressorts in den Ministerien zu berücksichtigen. Ein gutes Beispiel für eine pandemiebedingte Personalaufstockung zeigt die **Personalerhöhung um 620 Stellen** durch das Sozialministerium im Bereich der **Gesundheitsverwaltung**. Nur durch eine derartig massive Personalaufstockung im administrativen und operativen Bereich lassen sich Krisen künftig professionell managen.

III. Verbesserung der administrativen und operativen Führungsfähigkeit im Krisen- und Katastrophenfall

III.1 Wiedereinführung der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung und der Ministerien zur Bildung von Stäben bei außergewöhnlichen Ereignissen und Katastrophen (VwV Stabsarbeit)

Die **Einrichtung einer stabsmäßigen Führung bei außergewöhnlichen Ereignissen, Krisen und Katastrophen hat sich in der Vergangenheit bewährt**. Daher empfehlen wir die am 31. Dezember 2018 **ausgelaufene VwV Stabsarbeit** wieder **rechtsverbindlich einzuführen**. Die Zuständigkeit soll sich dabei nicht nur auf die Landesregierung und die Ministerien erstrecken, sondern auch die Regierungspräsidien, Stadt- und Landkreise sowie die Städte und Gemeinden mit einschließen. Dadurch wird ein **zielgerichtetes, gleichartig organisiertes Krisen- und Katastrophenschutzmanagementsystem** sowie ein **einheitliches Führungsverständnis bei allen Beteiligten und auf allen Entscheidungsebenen im Land etabliert**. Zusätzlich besitzt ein einheitliches Führungsmodell wesentliche Vorteile bei der Schulung von Stabsmitgliedern an der Akademie für Gefahrenabwehr in Bruchsal.

Dabei soll ein **einheitliches Stabsdienstmodell** aber nicht nur für die **administrativen Verwaltungsbereiche eingeführt werden**, sondern die Verwaltungsvorschrift sollte auch ein **einheitliches Stabsdienstmodell für die operativen Führungsstäbe rechtsverbindlich festlegen**. Es empfiehlt sich das operative Führungsmodell der Deutschen Feuerwehren (**FwDV 100**) zu übernehmen.

Bei der grundsätzlichen Überarbeitung der VwV sollten auch die gewonnenen Erkenntnisse aus der Covid-Pandemie und der Starkregenkatastrophe im Sommer 2021 in ein optimiertes Stabsdienstmodell einfließen.[2]

So entsteht letztendlich ein **landesweit harmonisiertes Führungssystem**, das sowohl innerhalb der Verwaltungen als auch bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen praktiziert wird. Dabei gilt nicht nur der Grundsatz „In Krisen Köpfe kennen“ sondern auch die Devise **„In Krisen gleichartig führen“**.

III.2 Verbindliche Festlegung jährlich durchzuführender Stabsrahmenübungen

Für eine **effektive Stabsarbeit** ist es zwingend erforderlich, dass die **handelnden Akteure** in den Stäben mit den **Prozessabläufen** und den eingesetzten **digitalen Führungsmitteln vertraut** sind. Da es sich bei einem Stabsdienstmodell um eine nicht alltägliche Organisationsform der Behörden handelt, müssen die **berufenen Stabsmitglieder zunächst geschult** werden. Das versteht sich von selbst.

Um in Krisensituationen eine **reibungslose Stabsarbeit sicherzustellen**, ist es zwingend notwendig, die **Handlungsabläufe** innerhalb von sogenannten **Stabsrahmenübungen mehrmals jährlich zu trainieren**. Die Verwaltungen müssen begreifen, dass Krisenvorsorge ein Teil ihrer täglichen Arbeit ist.

2 Bayer, Franziskus et.al.: „Thesen zur Zukunft der Stabsarbeit“, Brandschutz 7/22, S. 555

Aus den gewonnenen Erfahrungen der vergangenen 30 Jahre wissen wir, dass derartige Stabsrahmenübungen nur vereinzelt, meist vor bevorstehenden Großereignissen wie der Fußballweltmeisterschaft 2006, dem Papstbesuch oder dem G7-Gipfel durchgeführt wurden. Das ist **keinesfalls ausreichend!** Damit die **administrativen Verwaltungsstäbe** im Krisen- und Katastrophenfall auch **reibungslos funktionieren**, empfehlen wir **jährliche Stabsrahmenübungen rechtsverbindlich festzuschreiben**.

III.3 Erstellen eines landesweiten Lagebildes

Regionale flächendeckende Katastrophen zeichnen sich dadurch aus, dass sie **unverhofft und schnell** auf die Bevölkerung **zukommen** und sich dabei nicht durch Stadt- und Landkreisgrenzen aufhalten lassen. Eine erfolgreiche Bewältigung von Katastrophenszenarien hängt hauptsächlich davon ab, möglichst **zeitnah georeferenzierte Lagebilder für die zuständigen unteren Katastrophenschutzbehörden zu erhalten**. Gleichwohl erscheint es in einer digital vernetzten Welt für sinnvoll, auch **landesweite Lagebilder** zu erstellen. Dazu sollten den unteren Katastrophenschutzbehörden Datensysteme zur Verfügung gestellt werden, die in einem **automatisierten Verfahren Lagebilder auf Landesebene generieren lassen**.

Die Einrichtung eines **permanent besetzten Landeslagezentrums für nichtpolizeiliche Gefahrenlagen** könnte die **katastrophenrelevanten Informationen bündeln, auswerten und bewerten**. Die daraus **gewonnenen Erkenntnisse** könnten den zuständigen Katastrophenschutzbehörden **zeitnah** als zusätzliche Entscheidungshilfen **zur Verfügung gestellt** werden. Mit Hilfe derart vernetzter Systeme lässt sich auch ein **„tägliches Landeslagebild des Bevölkerungsschutzes“** erstellen, das gleichzeitig auch als Informationsbaustein für das **„Gemeinsame Melde- und Lagezentrum“ (GMLZ) des BBK** und das **„Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz“ (GeKoB) des Bundes und der Länder** dienen kann.

Dazu bedarf es einer **einheitlichen Datenpyramide**, die ausgehend von den laufenden Einsätzen in den 35 Integrierten Leitstellenbereichen eine **verdichtete, automatisierte und georeferenzierte Lagedarstellung für das Landeslagezentrum liefert!**

III.4 Neustrukturierung der Integrierten Leitstellen

Integrierte Leitstellen sind für uns **DAS Nervenzentrum einer modernen Sicherheitsarchitektur für Feuerwehren, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz**. Integrierte Leitstellen sind das operative Führungsinstrument der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Sie sind die zentralen Anlaufstellen für in Not geratene Bürger. Sie alarmieren, leiten, lenken und führen die operativen Einheiten. Sie stellen somit das Zentrum eines modernen Gefahrenabwehrmanagementsystems dar!

Alle Versuche in den zurückliegenden Jahren, eine **Neuordnung der Leistellenlandschaft zu schaffen, sind bis heute gescheitert**. Das Innenministerium, die kommunalen Landeverbände und die beteiligten Organisationen konnten sich bislang lediglich auf einen **gleichartigen technischen Standard verständigen**, der primär die **Ausfallsicherheit** von Leitstellen zum Ziel hat. Fragen zur Anzahl von Integrierten Leitstellen, zu bereichsübergreifenden Lösungen qualifiziertere IT-sichere Führungslagezentren zu schaffen, blieben genauso unbeantwortet wie Fragen zur Trägerschaft und Finanzierung.

Aus langjähriger Erfahrung wissen wir, dass **kleinparzellierte Lösungen den heutigen Qualitätsanforderungen an moderne Führungslagezentren nicht mehr gerecht werden**. Daher unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Bemühen, ein **„modernes und wirtschaftliches Leitstellengesetz auf den Weg zu bringen"!**

Hierzu ist es aus unserer Sicht notwendig,

- **die Trägerschaft neu zu regeln,**
- **die 35 Integrierten Leitstellen zu reduzieren und bereichsübergreifende Leitstellenstrukturen zu schaffen,**
- **die Standorte der bereichsübergreifenden Leitstellen festzulegen,**
- **Qualitätsmanagementsysteme einzuführen und**
- **die Finanzierung neu zu regeln!**

In einem neuen **Leitstellengesetz** sollte daher die **Einführung eines Qualitäts- und Informationssicherheitsmanagementsystems** sowie eine **Zertifizierung** nach international geltenden Normen wie der ISO 9001 und ISO 27001 **rechtsverpflichtend aufgenommen werden**. Nur so können wir künftig eine hohe Leistungsfähigkeit unserer Sicherheitszentralen gewährleisten.

III.5 Kommunikationsmittel weiter optimieren

Die **Kommunikation der verschiedenen Blaulichteinheiten** stellt im Einsatzfall einen essenziellen Bestandteil einer **funktionsfähigen Gefahrenabwehr** dar. Das gilt sowohl für den Fahrzeug- und Einsatzstellenfunk als auch für die Alarmierung der Einsatzkräfte.

Das Land hat **im Jahre 2004 begonnen**, das bestehende **analoge Funksystem** der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) **durch den Digitalfunk abzulösen**. Vor dem Hintergrund zunehmender Naturkatastrophen drängt der Landesfeuerwehrverband schon seit Jahren darauf, den **Digitalfunk schnellstmöglich** bei den Feuerwehren **einzuführen**. Wir halten es bei überörtlichen Einsätzen für nicht hinnehmbar, zwei Funksysteme – analog und digital – für einen längeren Zeitraum in den Fahrzeugeinheiten vorzuhalten. Aktuell sind die Städte und Gemeinden samt ihren Landkreisen gefordert, den Analogfunk durch den Digitalfunk abzulösen. Gleichzeitig ist das Land aufgrund der Erkenntnisse der Flutkatastrophe im Sommer 2021 gefordert, den **Digitalfunk gegenüber Netzausfällen widerstandsfähiger zu machen**.

Genauso wichtig erscheint uns, darauf hinzuweisen, dass die seit vielen Jahren bestehenden **digitalen POCSAG-Alarmierungssysteme bei den Feuerwehren durch intelligente Alarmierungssysteme abzulösen bzw. zu ergänzen sind**. Die heute schon mögliche technische Nutzung von **App-basierten Smartphone-Lösungen**, die eine Rückmeldefunktion der alarmierten Kräfte beinhaltet, sollte **parallel eingeführt werden**. Dadurch werden die Integrierten Leitstellen in die Lage versetzt, aufgrund der tatsächlich zu erwartenden Einsatzkräfte frühzeitig weitere Einheiten nachalarmieren zu können.

IV. Stärkung der Leistungsfähigkeit der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen

IV.1 Beschreibung von schadensbasierten Leistungsmodule für die einzelnen Fachdienste

Aufbauend auf den Methoden zur Aufstellung kommunaler Feuerwehrbedarfspläne sollen **schadensbasierte Katastrophenschutzbedarfspläne** für die 44 Stadt- und Landkreise **entwickelt** werden. Aus der Betrachtung denkbarer Schadensszenarien und den daraus resultierenden personellen und materiellen Anforderungen (**Bemessungswerte**) sollen **Planungsziele (Schutzziele**) für die einzelnen im Katastrophenschutz mitwirkenden Fachdienste abgeleitet werden. Daraus lassen sich dann **fachdienstbezogene Leistungsmodule entwickeln**.

Die in der **Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzdienstes (VwV KatSD**) vom 10. Oktober 2019 bereits beschriebenen Leistungsmodule sollen in Bezug auf die festzulegenden **Planungsziele** überprüft und insbesondere in den Bereichen **Betreuung, Unterbringung und Versorgung von Personen weiterentwickelt werden**. Dabei ist wesentlich, welche betroffene Personenzahl den Leistungsmodulen zugrunde liegt.

Ebenfalls halten wir es für überlegenswert, ob das Land in Anlehnung an den Bund nicht ebenfalls baugleiche **mobile Betreuungskomponenten (Labor 5000) beschaffen** soll. Dabei handelt es sich um weitgehend **autark funktionierende mobile Unterkunfts- und Betreuungseinrichtungen für bis zu 5.000 betroffene Menschen**, die in Notlagen kurzfristig aufgebaut werden können. Das dafür notwendige Material müsste zentral eingelagert werden!

Genauso wichtig halten wir den **Aufbau neuer Logistikkomponenten zum Transport von Einsatzmaterialien** und zur **autarken Versorgung größerer Verbandseinheiten**.

Zudem halten wir es für sinnvoll, dass in der VwV KatSD auch die verschiedenen **Leistungsmodule** der in Baden-Württemberg stationierten Einheiten des **Technischen Hilfswerks** – zumindest redaktionell – **aufgeführt** werden.

IV.2 Bildung standardisierter Einsatzmodule

Die länderübergreifenden Hilfeersuchen nach den Starkregenereignissen haben gezeigt, dass es sinnvoll erscheint, aus den **einzelnen Leistungsmodulen der Fachdienste standardisierte Verbandseinheiten größerer Dimension planerisch aufzustellen**, die im Schadensgebiet auch über einen längeren Zeitraum autark untergebracht und versorgt werden können. Analog den Leistungsmodulen der einzelnen Fachdiensteinheiten sind auch für diese Verbandseinheiten der **Leistungsumfang in der VwV KatSD festzulegen.**

IV.3 Modernisierung der fahrzeug- und gerätetechnischen Ausstattung der Fachdienste

Für einen leistungsfähigen Katastrophenschutz ist eine **zeitgemäße technische Ausstattung** von essenzieller Bedeutung. Neben der ergänzenden Ausstattung des Bundes

hat das Land in den zurückliegenden 20 Jahren durchschnittlich lediglich **zwei Millionen Euro** vorzugsweise in die technische Ausstattung der Fachdienste der Hilfsorganisationen **investiert**. Das entspricht gerade einmal **0,085 Promille des Landeshaushaltes** bezogen auf das Haushaltsjahr 2022!

Wir begrüßen daher die Initiative der beiden Regierungsfraktionen zum Haushalt 2023/2024 in den nächsten vier Jahren **25 Millionen Euro in den Katastrophenschutz zu investieren**. Allerdings regen wir an, die bereitgestellten Finanzmittel für alle Fachdienste zur Verfügung zu stellen, also auch für die Feuerwehren!!!

Der Klimawandel und die zunehmenden Naturkatastrophen erzeugen auch bei den **Feuerwehren neue Aufgabenfelder im Krisen- und Katastrophenfall**. Dazu gehören die **Zunahme großflächiger Vegetationsbrände, Lageerkundungen in unwegsamem Gelände** sowie die **Führung und logistische Unterstützung größerer Verbände**.

IV.4 Einrichtung zentraler Einsatzmittellager

Die Corona-Pandemie hat **schonungslos offengelegt**, dass im Krisenfall die zuständigen Behörden schnell auf **geeignete Schutzausrüstungen** und **medizinische Gerätschaften zurückgreifen müssen**. Das Gleiche gilt für die **Einrichtung von Impfzentren** oder die **Unterbringung von Flüchtlingen in Turn- und Versammlungshallen** oder die **Vorhaltung großer Mengen von Sandsäcken und Sand**.

Auf der Grundlage einer **landesweiten Katastrophenschutzbedarfsplanung** lassen sich **schadensabhängige Einsatzmittel und Ausrüstungsgegenstände ermitteln**. Daher halten wir eine bedarfsgerechte Vorhaltung von Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz sowie die technische Wartung technischer Ausstattungen in **zentralen Einsatzlagern in den vier Regierungspräsidien für eine wirtschaftliche Lösung**.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für durchaus **überlegenswert**, alle **Aufgaben im Krisen- und Katastrophenfall** in einem **Landesamt für Bevölkerungsschutz zu bündeln** analog der Aufbauorganisation im Bund mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (**BBK**) in Bonn!

V. Ausbau der Akademie für Gefahrenabwehr zu einer interdisziplinären Bildungseinrichtung für den Bevölkerungsschutz

Die Führung im Krisen- und Katastrophenfall erfordert ein **stabsmäßiges Führen**. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem Krisen- und Katastrophenmanagement der letzten Jahre machen es erforderlich, die **Aus-, Fort- und Weiterbildung von Stabsmitgliedern administrativer und operativer Stäbe zu intensivieren**. Neben der **Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (BABZ)**, der früheren **Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Ahrweiler empfehlen wir, die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zur zentralen interdisziplinären Bildungseinrichtung für Bevölkerungsschutz auszubauen**.

Durch eine einheitliche **standardisierte Stabsausbildung im Bevölkerungsschutz** wird sichergestellt, dass alle Mitglieder von administrativen und operativen Stäben in Baden-Württemberg nach den **gleichen Grundsätzen ausgebildet** werden. Neben einer

standardisierten Ausbildung und einem daraus erwachsenen gemeinsamen Verständnisses für ein leistungsfähiges Krisenmanagement sollen die **Stäbe der Stadt- und Landkreise im Rahmen von verpflichtenden Stabsrahmenübungen** mindestens **alle zwei Jahre im Umgang mit komplexen und außerordentlichen Schadenslagen geschult** und insbesondere in den **operativen prozessorientierten Abläufen trainiert werden**.

Hierzu soll das **Land** in den nächsten Jahren im Rahmen der **Erweiterung der Landesfeuerwehrschule** die entsprechenden **Voraussetzungen schaffen**. Das beinhaltet auch die **Einrichtung einer Lehrleitstelle mit angeschlossenen Stabsräumen** zur Unterbringung eines Verwaltungs- und Führungsstabs. Mit Hilfe dieser Einrichtungen lassen sich die unterschiedlichen Schadensszenarien realistisch üben.

Vor diesem Hintergrund soll das **Innenministerium prüfen**, ob es im Sinne eines leistungsfähigen und effizient organisierten Bevölkerungsschutzes in unserem Land nicht sinnvoller ist, alle **relevanten Aufgabenbereiche des Bevölkerungsschutzes** unter dem gemeinsamen Dach eines **„Landesamtes für Bevölkerungsschutz“ zu bündeln**, als mehrere Planstellen auf die vier Regierungspräsidien im Gießkannenprinzip zu verteilen.

VI. Bevölkerung stärker in den Fokus rücken

VI.1 Weiterentwicklung landesweiter Warnkonzepte

Um die Bevölkerung **schnell und zielgenau vor konkreten Gefahren zu warnen**, bedarf es eines **landesweit abgestimmten Warnkonzepts**. Das Innenministerium setzt zur amtlichen Warnung der Bevölkerung auf das seit 2016 vom Bund eingerichtete **satellitengestützte modulare Warnsystem MoWaS** Mit Hilfe von MoWaS lassen sich eine Reihe von verschiedenen Warnmedien ansteuern und so als Multiplikatoren bei der Verbreitung von Warnmeldungen nutzen. Dadurch können **große Teile der Bevölkerung mit unterschiedlichen Lebensgewohnheiten erreicht werden**.

Seit einigen Wochen ist auch **Cell Broadcast an MoWaS angeschlossen**. Hierbei handelt es sich um einen **Nachrichtendienst für alle Nutzer von Mobilfunkgeräten**, die sich in einer Funkzelle eingeloggt haben. Kommt es innerhalb dieser Funkstelle zu einem Schadensereignis, können **alle eingeloggten Mobilfunkteilnehmer dieser Funkzelle** eine dezidierte **Warnmeldung erhalten**. Dadurch erhöht sich der **„Warn-Mix“** erfreulicherweise um ein weiteres Warnmedium.

In den 90ziger Jahren hat der Bund sein **flächendeckendes Sirenennetz**, das die Bevölkerung vor Luftangriffen warnen sollte, **aufgegeben**. Damals haben einige Städte und Gemeinden das Sirenennetz des Bundes übernommen und nutzen es teilweise heute noch für die Alarmierung der Feuerwehr.

Aus den **Erfahrungen der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021** hat die **Sirenenwarnung wieder an Bedeutung gewonnen**. Insbesondere kann der Sirenenalarm als **exklusiver „Weckruf“** verstanden werden. Dieser Weckruf mit einem bundeseinheitlich festgelegten Warnton soll die **Bevölkerung sensibilisieren, andere Medien einzuschalten**, um dezidierte Informationen und Handlungsanweisungen im Schadensfall zu erhalten. Daher verbietet sich, Sirenen zur Alarmierung der Feuerwehren einzusetzen.

Unter diesen Gesichtspunkten unterstützen wir den **Wiederaufbau eines flächendeckenden Sirenennetzes für die Städte und Gemeinden**. Da dieses Sirenensystem nicht nur bei Natur- und technischen Katastrophen, sondern auch zur zivilen Verteidigung dient, **sollte der Bund** vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage in Europa **die dafür notwendigen Investitionsmittel**, zumindest aber **langfristige Förderprogramme zum Wiederaufbau von Sirenenanlagen bereitstellen**. Zudem halten wir es für angezeigt, die Zuständigkeiten bei der Warnung der Bevölkerung im LKatSG neu zu regeln sowie die verschiedenen Warntöne auf Bundesebene gesetzlich festzuschreiben.

VI.2 Regelung der Einbindung ungebundener Helfer

Die **apokalyptischen Bilder der Flutkatastrophe** haben in vielen Teilen unseres Landes zu einem **wahren Sturm von Spontanhelfern** geführt, die den betroffenen Menschen in den verwüsteten Landstrichen im Ahrtal unkonventionell helfen wollten. Diese **Selbsthilfefähigkeit** unserer Gesellschaft sowie das **großartige Engagement der vielen Spontanhelferinnen und -helfern ist uneingeschränkt zu begrüßen**!

Allerdings darf man bei aller Hilfsbereitschaft nicht außer Acht lassen, dass es sich bei derartigen Schadensgebieten um **teilweise lebensgefährliche Einsatzstellen** handelt. Obwohl die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen bei der Erledigung ihrer Aufgaben größtenteils auf ausgebildetes Personal zurückgreifen müssen, können bei derartig gravierenden Schadenslagen wie an der Ahr **„helfende Hände“** immer gebraucht werden. Nur durch sie konnten Unmengen von Schutt und Dreck in überschaubaren Zeiten aus den betroffenen Häusern beseitigt werden. Zum **Schutz der „ungebundenen Helfer“** und zur besseren **Koordination derartiger Einsatzstellen** ist es zwingend notwendig, die **Einbindung der Spontanhelfer rechtlich zu regeln**. Dazu schlagen wir eine im **LKa tSG verankerte Hilfspflicht für Spontanhelfer** mit einer **verpflichtenden Unterordnung in eine Führungsstruktur** vor. Dazu soll **landesweit eine Vermittlungs- und Informationsplattform** sowohl für Laienhelfer als auch für professionelle Fachleute und Betriebe aus Handwerk, Bau- und Logistikbereichen durch das **Innenministerium eingerichtet werden**.

Diese Spontanhilfe betrifft auch Geld- und Sachspenden. Gerade **Sachspenden** führen in der **Anfangsphase einer Katastrophe zu einem erheblichen logistischen Aufwand**, der personell kaum zu leisten ist! Daher empfehlen wir, zur **gezielten Steuerung einen sogenannten „virtuellen Marktplatz auf Landesebene“ einzurichten, der Angebot und Nachfrage regelt.**

VI.3 Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

Der in den zurückliegenden 70 Jahren aufgebaute **Wohlstand in unserer Gesellschaft,** eine **funktionierende Verwaltung** im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Brandschutz, der Rettungsdienst und der Bevölkerungsschutz **haben dazu beigetragen**, die **Selbsthilfefähigkeit** in unserer Gesellschaft **immer weiter abzubauen**. Allein schon der Ausfall des Fernsehers oder des Internets scheint für viele genauso katastrophal wie ein längerfristiger Strom-, Gas- oder Wasserausfall.

Das **gesellschaftliche Ziel** muss daher sein, die **Selbsthilfefähigkeit unserer Bevölkerung wieder deutlich zu stärken!**
Dazu müssen die **notwendigen Informationen zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe, Verhaltensanweisungen im Not- und Katastrophenfall** genauso vorangetrieben werden wie die **Stärkung der persönlichen Notfallvorsorge**.

Dazu sind breit angelegte **Aufklärungskampagnen des Bundes und der Länder** genauso erforderlich wie die **Bereitstellung von Schulungs- und Onlineangeboten des BBK**, der **Hilfsorganisationen und des Landes**! Besonders zielorientiert halten wir die bereits eingeleitete **Informationskampagne** des **Kultusministeriums zur „Selbsthilfe im Bevölkerungsschutz" im schulischen Bereich**. Nur durch eine **konsequente Öffentlichkeitsarbeit** in allen Medien und in den sozialen Netzwerken von Bund und Ländern lässt sich **langfristig** eine **Verhaltensänderung in unserer Gesellschaft erreichen!**

Abschließend bleibt festzuhalten, dass nach einem **jahrzehntelangen Dornröschenschlaf der gesamte Bereich des Bevölkerungsschutzes**, des Krisen- und Katastrophenschutzes im Sinne einer ganzheitlich ausgerichteten Lösung **zu neuem Leben erweckt werden muss**, um für die Bevölkerung ein leistungsfähiges Krisen- und Katastrophenmanagement zu gewährleisten. Das heißt konkret, dass alle **Verwaltungsebenen** sowie die Organisationen des Katastrophenschutzdienstes **personell, materiell und finanziell gestärkt werden müssen**. Vor dem Hintergrund zunehmender Naturkatastrophen, Pandemien und der kriegerischen Auseinandersetzung in Europa müssten die politischen Entscheidungsträger hoffentlich verstanden haben, **welche strategische Bedeutung ein leistungsfähiges Krisenmanagement für unsere Gesellschaft hat**.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Knödler
Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg

Anlage

Anlage

15 konkrete Handlungsempfehlungen auf einen Blick

1. **Schaffung klarer Zuständigkeiten im Krisen- und Katastrophenfall**

2. **Rechtsverbindliche Festlegung von Katastrophenschutzbedarfsplanungen auf der Grundlage von Risikoanalysen und denkbarer Schadensszenarien auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene unter Berücksichtigung kritischer Infrastrukturen**

3. **Erstellung von allgemeinen Handlungsanweisungen durch das Land in Form spezieller Notfallpläne unter Berücksichtigung kritischer Infrastrukturen**

4. **Schaffung harmonisierter Organisationsstrukturen im Bereich der unteren Katastrophenschutzbehörden**

5. **Verbesserung der administrativen und operativen Führungsfähigkeit im Krisen- und Katastrophenfall durch die verpflichtende Einrichtung von Verwaltungs- und Führungsstäben sowie die verpflichtende Festlegung zur Durchführung jährlicher Stabsrahmenübungen**

6. **Schaffung eines Landeslagezentrums der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zur Bündelung, Auswertung und Bewertung von Krisen und katastrophenrelevanten Informationen in Form eines automatisierten, georeferenzierten Lagebildes. Weitergabe der gewonnenen Erkenntnisse sowohl an den Bund (GMLZ / GeKoB) als auch an die unteren Katastrophenschutzbehörden**

7. **Neustrukturierung der baden-württembergischen Leitstellenlandschaft durch Schaffung von bereichsübergreifenden redundant aufgebauten Integrierten Leistellen unter staatlicher Trägerschaft. Verbindliche Einführung von Qualitäts- und Informationssicherheitsmanagementsysteme auf der Grundlage internationaler Normen (ISO 9001 / ISO 27001)**

8. **Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit im Einsatz durch schnellstmögliche Umsetzung des Digitalfunks im Fahrzeug- und Einsatzstellenbereich. Härtung der Widerstandsfähigkeit des Digitalfunks durch Einführung von Redundanzsystemen**

9. Verbesserung der Alarmierung von Einsatzkräften durch intelligente Alarmierungssysteme mit Rückmeldefunktion

10. Ausstattung aller Fachdiensteinheiten mit einer zeitgemäßen technischen Fahrzeug- und Geräteausstattung auf Grundlage schadensbasierter Leistungsmodule. Aufstellung standardisierter Verbandseinheiten größerer Dimension, die um Komponenten zur Lageerkundung, der PSNV und einer autarken Logistik zu ergänzen sind

11. Ausbau der Akademie für Gefahrenabwehr zu einer interdisziplinären Bildungseinrichtung für den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg

12. Fokussierung sämtlicher Aufgabenbereiche des Bevölkerungsschutzes in einem neu zu schaffenden Landesamt für Bevölkerungsschutz

13. Aufstellen eines landesweiten Warnkonzepts unter Einbeziehung des Sirenenalarms als exklusiven „Weckruf“ der Bürger, welches durch weitere Warnmedien und Handlungsempfehlungen sowie durch eine gezielte Medienarbeit zu ergänzen ist

14. Einbindung der Spontanhelfer in Form einer rechtlich verankerten Hilfspflicht mit verpflichtender Unterordnung in eine Führungsstruktur. Einrichtung einer landesweiten Vermittlungs- und Informationsplattform für Spontanhelfer sowie eines „virtuellen Marktplatzes“ für Sachspenden zur Regelung von Angebot und Nachfrage

15. Konzipierung und Durchführung einer fortlaufenden Aufklärungs- und Schulungskampagne zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Stärkung der Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung

Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg

Thesen des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg

Die im Folgenden aufgeführten Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg wurden aus den Papieren des VdF NRW und des nordrheinwestfälischen Innenministeriums, den Big Points der Expertenkommission Starkregen unter der Leitung von Dr. Cimolino, den in der Sitzung der LFV-Arbeitsgruppe festgehaltenen Leitplanken, aus den von im Zusammenhang mit der Modifizierung des LKatSG 2020 bereits an das Innenministerium adressierten Anregungen für das LKatSG, der Dokumentation Nr 162 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie der Stichpunkte von Stefan Hermann zusammengestellt. Auf Basis dieser Zusammenstellung sollen die Thesen zur weiteren Diskussion in den LFV-Arbeitsgruppen und LFV-Verbandsgremien entwickelt werden:

1. Die Definition einer Katastrophe muss überarbeitet und an die veränderten Gefährdungsszenarien angepasst werden.

- Das Landeskatastrophenschutzgesetz stammt in seinen Grundzügen aus dem Jahr 1979. Seither haben sich die Gefährdungsszenarien weiterentwickelt, was in der Definition einer Katastrophe berücksichtigt werden muss. Dabei müssen die Überlegungen zur Gefahrenabwehr – neben Waldbränden, Hochwasserlagen, Starkregenereignissen, Stürmen, Blackouts, Dürren, Atomunfällen, dem Ausfall kritischer Infrastrukturen und der Freisetzung gefährlicher Stoffe – perspektivisch auch Bedrohungen wie Cyberangriffe, Terroranschläge, Pandemien und Tierseuchen – als Szenarien berücksichtigen.
- Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie schwer sich die Politik im Falle eines Falles damit tut, tatsächlich eine Katastrophe auszurufen. Deshalb empfiehlt es sich, Momente/Anhaltspunkte bzw. zwingende Indikatoren zu definieren, die eindeutig als Katastrophe einzustufen sind bzw. zum Ausruf einer Katastrophe führen müssen.

2. Die Einführung einer Katastrophenschutzbedarfsplanung mit verbindlichen Risikoanalysen, Szenarien und Warnkonzepten auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene führt zu einer Verbesserung und Harmonisierung des Katastrophenschutzes.

- Die Planungsaufgabe der Katastrophenschutzbehörden muss künftig durch eine Katastrophenschutzbedarfsplanung ergänzt werden. Eine solche qualitativ und quantitativ fundierte Katastrophenschutzbedarfsplanung kann Basis eines wirkungsvollen Steuerungselements zur landesweiten Harmonisierung des Katastrophenschutzes sein. Beginnend mit der Landesebene, müssen darin – analog zu den Feuerwehrbedarfsplänen der Gemeinden – auch Mindeststandards bzw. Schutzziele (in welchem Zeitraum, bei welchem Szenario, mit welchen Einheiten und mit welcher Personalstärke vor Ort sein) definiert sein.

- Im ersten Schritt wird – ausgehend von vorgegebenen Katastrophenszenarien, örtlichen Gegebenheiten und besonderen Risiken – die Leistungsnotwendigkeit erhoben und fortlaufend evaluiert. Diese Risikoanalyse soll auf Landesebene unter Mitarbeit aller notwendigen Ressorts und ggf. des Bundes organisiert und durch das Innenministerium koordiniert werden. Für die kommunalen Planungen werden die Risikoanalysen des Landes übernommen und auf die ortsbezogenen Gegebenheiten angepasst.
- In einem zweiten Schritt wird die Leistungsfähigkeit erhoben, um daraus abzuleiten, wie und wodurch der Katastrophenschutz vor Ort weiterzuentwickeln ist – z.B. durch den Neubau von Einrichtungen, Kapazitätserweiterungen oder Anschaffung spezieller Fahrzeuge. Fahrzeug- und Gerätetechnik sowie PSA ist zu erwartenden Schadenslagen (Überflutungen, Sturm, Schnee, aber auch Waldbrand etc.) anzupassen, was Robustheit, Geländegängigkeit, -fähigkeit sowie Watfähigkeit, Boote und Wasserrettungskomponenten, Schmutzwasserpumpen, Persönliche Schutzausrüstung etc. anbelangt. Die Optimierung der Ausstattung des Katastrophenschutzes muss anschließend budgetiert und umgesetzt werden. Dabei sollte auch auf eine Kompatibilität der Einsatzmittel durch Sammelbeschaffungen geachtet werden.
- Die Kat.-schutzbedarfspläne sollten u.a. Warnkonzepte, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure im Katastrophenschutz, technische Einsatzgeräte, eine Übersicht der Kritischen Infrastruktur sowie die Vernetzung zu weiteren Akteuren, wie den städtischen Wasser- und Abwasserbetrieben oder den Energieversorgern, enthalten.
- Wer ist konkret für planerische Ansätze verantwortlich? Z.B. in den Bereichen MANV, Störfälle in Kernkraftwerken, Ausfall kritischer Infrastrukturen wie Gas, Wasser, Strom, Lebensmittel, Medikamente etc. Bereits vorliegende Papiere zum Stromausfall, zur Notfallkommunikation oder auch zu Notfallstation sind nach unserer Ansicht bislang nicht hinreichend umgesetzt worden. Grundplanungen für die Bereiche Wasser, Strom, Medikamente etc. sollen einheitlich durch das Land mit der Verfeinerungsoption auf regionaler Ebene erfolgen. Für die Umsetzung der notwendigen Planungen auf Landkreisebene ist dort zusätzliches Personal erforderlich.
- Je nach Größe und personeller Ausstattung der Katastrophenschutzbehörden ist das benötigte Fachwissen unterschiedlich ausgeprägt, um das Risiko unterschiedlicher Katastrophenszenarien einschätzen zu können – wie etwa bei einem Hochwasser. Die Landesregierung muss daher zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden und den am Katastrophenschutz Beteiligten Lösungen erarbeiten, wie fehlendes Wissen und Übung in den zuständigen Stellen verbessert werden können.

3. Bereitstellung von Gerät und Material in Depots der Stadt- und Landkreise sowie in Landeslagern

- Es müssen Regelung für eine Grundvorhaltung von Sachmitteln und Personal für Katastrophenschutzzwecke definiert, vereinbart und umgesetzt werden.
- Der Einsatz von Luftfahrzeugen (inkl. Drohnen) ist einheitlich zu regeln und auszubilden. Es sind leistungsfähige Zivilschutzhubschrauber in ausreichender Anzahl zu beschaffen und mit ausgebildeten Besatzungen vorzuhalten. Die Kostenfrage ist aufgrund häufig organisations- und bundeslandübergreifender Einsätze einheitlich zu klären!
- Die Refinanzierung der erforderlichen Personal- und Sachinvestitionen muss geklärt werden.

4. Verbesserung der administrativen Führungsfähigkeit durch die verpflichtende Einrichtung von Stäben für außergewöhnliche Einsätze sowie Etablierung von verbindlichen Rahmenalarm- und Einsatzplänen.

- Einheitliches, Ebenen übergreifendes Lagebild: Es bedarf einer Zusammenführung von katastrophenschutzrelevanten Informationen auf kommunaler, regionaler und Landesebene, die ressortübergreifend vernetzt sind sowie einer für die Einsatzleitung aller Ebenen geeigneten und verbindlichen Bewertung dieser Informationen.
- Landesbeschaffung einheitlicher Stabs- und Leitstellensoftware für eine optimale Vernetzung aller Ebenen.
- Die Aufteilung der Führungsaufgaben zwischen Gemeinden, Kreisen und dem Land muss überdacht werden. Bei Großeinsatzlagen kommt der Kontinuität der Führung eine besondere Bedeutung zu.
- Einsatzleitung festlegen; welche Eingriffsmöglichkeiten hat diese?
- Landesebene Koordinierung, Lagezentrum
- Das Führungssystem und die -ausstattung (insbesondere oberhalb der Ebene „Zug“) im operativen Bereich ist zu aktualisieren und internationalen Standards anzupassen.
- Ein Führungssystem im administrativen Bereich ist bis auf die Gemeindeebene zu etablieren (vgl. „SAE“ in kreisangehörigen Kommunen in NRW).
- Die Führung verlangt auf allen Ebenen ausreichend viel gut ausgebildetes und trainiertes Personal (auch im Hinblick auf Schichtfähigkeit).

5. Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Handlungssicherheit durch das regelmäßige und verpflichtende Üben von komplexen Szenarien für den administrativen sowie den operativen Bereich

- Zwingende Übung der Stabsarbeit
- Organisationsübergreifende Ausbildung
- Auch kats-Behörden und Gemeinden
- Stärkung der Akademie für Gefahrenabwehr an der LFS
- Dazu Personal erforderlich
- Technik und Taktik "bringt" die Fw
- Die Ausbildung in der Abwehr dynamischer Lagen ist insbesondere für Führungskräfte zu verbessern. Einsatzkräfte sind intensiver auf spezifische Lagen (Wassergefahren, Waldbrand etc.) zu trainieren.

6. Ausbau der Konzepte zur vorgeplanten überörtlichen Hilfe, insbesondere bei der PSNV, der VOSP-Teams und der Lageerkundung.

- VwV KatSD
- Das Melde- und Berichtswesen und das Kräftemanagement müssen entkoppelt werden und einheitliche verbindliche Anforderungswege und -verfahren entstehen
- In die Stabsarbeit sollte die PSNV als eigenständiges Aufgabenfeld aufgenommen werden
- Bereitstellungsräume, Sammelpunkte auf Landesebene müssen definiert werden.
- Die Versorgungs- und Durchhaltefähigkeit ist zu stärken und die Konzepte zur Etablierung entsprechender Strukturen im Einsatzraum sind anzupassen.

7. Stärkung der Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastruktur und Härtung des Digitalfunks u.a. durch Einführung und Vorhaltung von Redundanzsystemen.

- Die Präventionsmaßnahmen der Behörden und Unternehmen der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) müssen bereits vor einem Ereignis so ausgeprägt sein, dass im

Katastrophenfall die erforderliche Widerstandsfähigkeit gegeben ist. Diese Maßnahmen bedürfen der Abstimmung, aber auch einer Umsetzung über die verschiedenen Ressorts bzw. Ämter hinweg. Das heißt, dass bereits vor einer Katastrophe Behörden, KRITIS-Unternehmen und sensible Infrastrukturen für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich vorbereitende Maßnahmen treffen müssen. Versäumnisse in der Vorplanung, z.·B. beim Fehlen von Notfallplänen, der Datenerhebung und -auswertung oder von speziellem Gerät, können durch die Gefahrenabwehr während der Lage in der Regel nicht kompensiert werden.

- Von essenzieller Bedeutung ist, dass der Katastrophenschutz sowie Behörden und KRITIS-Unternehmen in der Lage sind, bei Gefährdungslagen, die trotz Prävention entstehen, handlungsfähig zu bleiben. So bedürfen z.· B. Liegenschaften der kritischen Infrastruktur einer besonderen Sicherung; ihre Standorte müssen, wenn möglich, beispielsweise außerhalb von potenziellen Schadengebieten liegen.
- Die Widerstandsfähigkeit staatlicher Einrichtungen, insbesondere der eigenen KRITIS und der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, muss daher erhöht und die kritische Infrastruktur gehärtet werden. Das bedeutet konkret, dass für sämtliche KRITIS-Einrichtungen Notfallpläne für denkbare Katastrophenszenarien zu erstellen, mit den örtlichen Katastrophenschutzbehörden abzustimmen und in regelmäßigen Abständen zu überarbeiten und zu üben sind.
- Die Ausfallsicherheit und Schaffung von Redundanzen sollte durch eine Vernetzung von Leitstellen in Verbünden mit einheitlichen Leitstellensystemen und -anwendungen erfolgen.
- Der Digitalfunk der BOS hat sich während der Flutkatastrophe nicht ausreichend widerstandsfähig gegen Netzausfällen erwiesen. Ausfälle der Stromversorgung oder von Verbindungsleitungen der Basisstationen führten zu Ausfällen bzw. Beeinträchtigungen des Funksystems. Die Überarbeitung der Notstromkonzepte zur möglichst ausfallsicheren Kommunikation und Alarmierung von Einsatzkräften wird angeregt.
- Neben der üblichen Kommunikation im Einsatzfall über BOS-Digitalfunk und Mobilfunk gilt es im Vorfeld zu prüfen, welche Alternativen es zu diesen herkömmlichen Kommunikationswegen im Falle eines Ausfalls gibt, um schnellstmöglich redundante bzw. zusätzliche Kommunikationswege aufzubauen (z.B. Satelliten-Telefone und Satelliten-Internetverbindungen).

8. Aufstellung eines landesweiten Warn-Konzepts, das den Sirenenalarm als exklusiven „Weckruf“ der Bürger bei Gefahren vorsieht, der durch weitere Informations- und Warnquellen sowie gezielte Medienarbeit ergänzt wird.

- Eine effiziente und zielorientierte Warnung der Bevölkerung muss im Katastrophenfall jederzeit möglich sein. Dazu ist es erforderlich, die Warnung der Bevölkerung als Aufgabe der Katastrophenschutzbehörden im LKatSG zu definieren und in diesem Zusammenhang auch die Zuständigkeit für die Warnung praktikabel zu regeln. Alle Katastrophenschutzbehörden sollen ein Warnkonzept als Bestandteil der jeweiligen Katastrophenschutzplanung erstellen.
- Warnungen müssen über einen umfangreichen Warnmix aus diversen Warnmitteln und Warnmedien erfolgen, damit sie möglichst viele Menschen erreichen. Wichtig ist dabei, dass die Warnungen klare Handlungsanweisungen enthalten und dass sie mehrsprachig sind. Die Zusammenstellung des Warnmixes bedarf einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung an technische und gesellschaftliche Entwicklungen.
- Neben den Sirenen oder Lautsprecheransagen durch Feuerwehr oder Polizei sind digitale Warnsysteme, wie z.B. die WarnApps NINA und KATWARN wichtig. Eine wichtige Ergänzung wäre das sog. Cell Broadcasting, das bereits in anderen europäischen Ländern erfolgreich durchgeführt wird: Alle Personen, die sich mit ihren Mobiltelefonen

im Bereich einer ausgewählten Funkzelle befinden, werden durch eine Textnachricht benachrichtig – ohne dass sie sich registrieren oder eine App herunterladen müssten.

- Mit der Bereitstellung von Warnmitteln und Warnmedien muss auch das Bewusstsein der Bevölkerung geschärft werden, z.B. welches Sirenensignal welche Bedeutung hat und wie man sich bei welcher Katastrophenlage verhalten sollte. Nur so können Warnungen im Ernstfall erfolgreich sein. Dafür braucht es Informationskampagnen, die auf verfügbare Warnmittel aufmerksam machen und insbesondere den Umgang mit Warnstufen und Warnmeldungen vermitteln.
- Die Finanzierung der Warnmittel muss vereinbart werden.
- Schaffung direkter Informationsmöglichkeiten zu Gefahren- und Verhaltensweisen in Radio, Fernsehen und Internet bzw. soziale Medien.

9. Es müssen verbindliche Stabsstrukturen zur zielgerichteten Einbindung von Spontanhelfern aufgebaut werden sowie eine landesweit einheitliche und vernetzte Vermittlungs- und Informationsplattform für Spontanhelfer bzw. ein virtueller Marktplatz für Sachspenden eingerichtet werden.

- Neben den vielen ehrenamtlich Tätigen in den Katastrophenschutzorganisationen wollen regelmäßig zahlreiche Spontanhelfer bei den Aufräumarbeiten, bei der Versorgung mit Kleidung und Lebensmitteln oder bei der Kinderbetreuung unterstützen. Die Gewinnung, Erfassung, Versorgung und Einsatzmöglichkeiten von Spontanhelfern muss organisiert und vorbereitet werden, beispielsweise durch die Integration in einem Katastrophenschutzbedarfsplan.
- Der Umgang mit (Sach-) Spenden muss konzeptionell geregelt und frühzeitig kommuniziert werden.
- Die Rechtsverhältnisse der Spontanhelfer (z.B. Erfassung, Versorgung, Schadensersatzansprüche, Haftung, Entschädigungen) sollte im Landesrecht geregelt werden.
- Denkbar könnte eine Plattform oder eine App sein, über die Hilfeangebote von Spontanhelfern registriert und nach Fähigkeit koordiniert werden können. Über die spontane Hilfe ergeben sich zudem möglicherweise für die eine oder andere Person auch Anknüpfungspunkte, langfristig in einer Hilfsorganisation, bei der Feuerwehr oder dem THW aktiv zu werden.
- Andererseits sollte klar geregelt werden, dass es keinen Rechtsanspruch auf „Helfen dürfen“ geben kann, ebenso wenig wie einen Anspruch der Helfer auf Unterkunft und Verpflegung.

10. Konzipierung und Durchführung einer fortlaufenden Aufklärungs- und Schulungskampagne zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Steigerung der Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung.

- Der Staat ist in der Verantwortung, für den entsprechenden Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Allerdings kann effektiver Schutz nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger ihrerseits in der Lage sind, eine Notfallsituation für eine bestimmte Zeit ohne Hilfe durch andere gut zu überstehen. Dafür braucht es eine Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, denn in unserem zum Glück katastrophenarmen Land herrscht aktuell in weiten Teilen der Bevölkerung eine große Unwissenheit über die Vorsorge für und das Verhalten bei Katastrophenlagen. Das fängt bei dem Besitz von batteriebetriebenen Radios an, um bei Stromausfall über das Radio Warnungen und Hinweise zu erhalten, und betrifft des Weiteren z.B. die Bevorratung von Trinkwasser und haltbaren Lebensmitteln.

- Es muss geklärt werden, wer welche Aufgaben übernimmt, um die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Selbsthilfe zu informieren bzw. zu schulen.
- Es muss sichergestellt werden, dass in einem Gesamtkonzept alle Zielgruppen berücksichtigt und alle Kontaktpunkte genutzt werden, z.B. Schulen/ Lehrplan.
- Es muss definiert werden, für welche Katastrophenlagen entsprechende Unterlagen, Seminare etc. bereitgestellt werden.

11. EU

- Teilnahme am EU-Verfahren

12. Ehrenamt als tragende Säule des Katastrophenschutzes stärken

- 90 % der Einsatzkräfte bei den Hochwasserkatastrophen in NRW und RLP kamen aus dem Ehrenamt! Das unterstreicht die Bedeutung ehrenamtlicher Strukturen für eine schnelle, flächendeckende und tief reichende Gefahrenabwehr in Deutschland und stellt die Bedeutung der Ehrenamtsförderung deutlich heraus.
- Das Ehrenamt ist die tragende Säule der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes. Von etwa 112.500 Feuerwehreinsatzkräften in den Gemeindefeuerwehren sind etwa 110.000 Feuerwehrleute (98%) ehrenamtlich aktiv. Hinzu kommen die Helfer der anerkannten Hilfsorganisationen sowie das Technische Hilfswerk, das ebenso größtenteils aus Ehrenamtlichen besteht. Diesen ehrenamtlich Aktiven gebührt unser größter Respekt und unsere Anerkennung dafür, dass sie viel Freizeit für ihre Ausbildung und Trainings aufwenden sowie sich bei ihren Einsätzen immer wieder selbst in Gefahr bringen, um anderen zu helfen.
- Mit dem Strategiepapier „FREIWILLIG.stark!“ wurden Ideen gebündelt, um das Ehrenamt bei den Freiwilligen Feuerwehren für die Zukunft zu stärken. Dazu gehört u.a. die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt bei der Feuerwehr.
- Es gilt an der Umsetzung der Ergebnisse beider Prozesse zu arbeiten und für das Ehrenamt in der Feuerwehr und in anerkannten Hilfsorganisationen zu werben.
- Für alle in der Katastrophenbekämpfung eingesetzten Kräfte müssen auch landeseinheitlich geregelte Entschädigungsmodalitäten festgelegt werden. Eine Unterscheidung nach Einkommensersatz und Aufwandsentschädigung entsprechend der kommunalen Satzung erscheint nicht mehr zeitgemäß.

Zentralstelle für den Katastrophenschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Der Bund hat keine Kompetenzen im Bereich des Katastrophenschutzes, sondern nur für den Bevölkerungsschutz im Verteidigungsfall. Katastrophenschutz ist Aufgabe der Länder und in den Ländern sind die Stadt- und Landkreise zuständig. Nachdem der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz nach Ende des Kalten Krieges in Deutschland politisch deutlich an Bedeutung verloren hatte, hat man nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) aufgebaut, allerdings ohne diese rechtlichen Kompetenzen im Katastrophenfall zu übertragen. Angesichts von zunehmenden Naturkatastrophen durch die Klimakrise und anderer möglicher Katastrophen ist es an der Zeit, das BBK weiterzuentwickeln und das Grundgesetz entsprechend zu ändern.

Um die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen im Katastrophenschutz zu stärken, sollte das BBK zu einer Zentralstelle verändert werden, um bei Katastrophen koordinierende Aufgaben zu übernehmen, bundesweit einen einheitlichen Informationsfluss sicherzustellen und Empfehlungen abzugeben. Die Länder sollten gesetzlich ver-

pflichtet werden, Informationen an den Bund zu melden, etwa über die Verfügbarkeit von Einsatzmitteln, die Bereitschaft von Hubschraubern und Informationen über die Kritische Infrastruktur. Diese Daten sollten tagesaktuell aktualisiert werden und abrufbar sein. Durch die Koordination des BBK können bundesweit verfügbare Einsatzmittel schneller an den Einsatzort gebracht werden, womit auch die örtlichen Krisenstäbe entlastet werden können. Keinesfalls bedeutet die Änderung eine Zentralisierung des Katastrophenschutzes und steht auch nicht im Widerspruch zu der örtlichen Zuständigkeit. Das BBK soll als Zentralstelle die dezentrale Struktur des Katastrophenschutzes unterstützen.

Katastrophenvorsorge betreiben und Forschung ausbauen

Da wegen des Klimawandels extreme Wetterereignisse (wie Starkregenereignisse, Stürme, Waldbrände oder extreme Dürren) in Zukunft häufiger und stärker entstehen können, aber auch andere Katastrophenlagen (wie längere großflächige Stromausfälle oder schwerwiegende Cyber-Attacken) denkbar sind, sollte das Land Forschungsprojekte zu unterschiedlichen Fragestellungen im Bereich des Katastrophenschutzes und des Katastrophenmanagements aktiv fördern. Die Forschungslandschaft in Baden-Württemberg ist prädestiniert dafür, interdisziplinär an diesen Themen zu arbeiten – von der verbesserten Wettervorhersage, über technische Fragestellungen im Bereich des Katastrophenschutzes, hin zu einer Verbesserung der Arbeit in den Krisenstäben sind viele Forschungsarbeiten wichtig. Notwendig ist eine anwendungsorientierte Forschung, ein funktionierender Wissenstransfer und eine gute Vernetzung zwischen den in der Praxis am Katastrophenschutz Beteiligten und der Wissenschaft. So könnte ein Cluster Katastrophenschutz und -management etabliert werden.

Fortentwicklung des LKatSG/ Hinweise Dr. Golecki

Zu § 1 LKatSG:
Die Definition der Katastrophe ist nicht ausreichend präzise. Die Definition muss auch die nichtklassischen Lagen erfassen können (z.B. Pandemie, Tierseuchen, Ausfall oder Störung kritischer Infrastrukturen).

Die derzeitigen Definitionen und Maßnahmen zielen überwiegend auf die Koordination von Einsatzkräften und Einsatzmitteln ab, unterrepräsentiert ist jedoch der Sektor „Informationen und Meldungen“, da in einer Katastrophe auch Meldepflichten gegenüber der Katastrophenschutzbehörde bestehen. Der einsatzleitenden Katastrophenschutzbehörde kommt jedoch auch die Aufgabe einer Koordination und Vernetzung von Fähigkeiten und Informationen zu.

Grundsätzlich ist der Katastrophenalarm oder -Voralarm ein hilfreiches Instrument zur Bewältigung von besonderen Ereignissen. Aus der jüngsten Vergangenheit sind Beispiele zu nennen in denen ein Vorgehen nach Katastrophenschutzgesetz angebracht war, ja sogar erfolgt ist, jedoch der Katastrophenalarm nicht ausgelöst wurde. Es sind daher eher Anreize zu schaffen anstatt durch Fragen der Verantwortung und Finanzierung bis hin zu Hemmnissen bei der Übernahme der Verantwortung aus der sonst üblichen Zuständigkeit weiter zu fördern. Ab einer bestimmten Eskalationsstufe sollte – vergleichbar zum Brand bei dem die Feuerwehr nach Feuerwehrgesetz tätig wird – das Ereignis selbst den Katastrophenalarm definieren und nicht die juristische Würdigung, die unter Druck eher zum Zögern führt.

Zu § 2 LKatSG allgemein:
Im Zuge der Neufassung des Gesetzes schlagen wir die Schaffung von notwendigen Legaldefinitionen für die Begriffe „Bevölkerungsschutz“, „Katastrophenschutz“ und „Einsatzleitung“ vor.

Zu § 2 Abs. 1 Nr. 1 LKatSG:
Hier sollte nach unserer Auffassung eine konkrete Risikoanalyse für den Bereich der jeweiligen Katastrophenschutzbehörde gefordert werden. Zusätzlich muss ein auf deren Basis erstellter Katastrophenschutz-Bedarfsplan von der Katastrophenschutzbehörde erarbeitet werden. Hierfür sollten einheitliche Schutzziele für den Katastrophenschutz definiert werden.

Zu § 2 Abs. 1 Nr. 4 LKatSG:
An dieser Stelle sollte nicht nur die Entgegennahme von Meldungen, sondern auch deren Lagebewertung sichergestellt werden.

Zu § 2 Abs.1 Nr. 5 LKatSG:
Wir regen an, an dieser Stelle ergänzend ein Zusammenwirken der Katastrophenschutzbehörden mit Verbindungspersonen der Ärzteschaft (z.B. Pandemiebeauftragte) verbindlich zu regeln.

Zu § 2 Abs. 1 Nr. 8 LKatSG:
Dieser Punkt sollte im Hinblick auf heutige Begrifflichkeiten (z.B. Bevölkerungsschutz) formuliert werden und auch die kritischen Infrastrukturen umfassen.

Zu § 2 Abs. 1 LKatSG:
Als weitere vorbereitende Maßnahme ist die Sicherstellung der Warnung der Bevölkerung mit aufzunehmen und per Schutzziel zu definieren, welche Zeit zwischen Feststellung und Warnmeldung maximal verstreichen darf. Diese Aufgabe soll weiterhin als Aufgabe der Ortspolizeibehörden definiert werden. Den Katastrophenschutzbehörden kommt die Bereitstellung und Bedienung der Meldewege zu. Die Finanzierung der Warnmittel muss festgelegt werden.

Zu § 5 Abs. 1 S. 1 LKatSG:
Der Begriff „Kammergesetz“ sollte konkretisiert werden, da es das „Kammergesetz Baden-Württemberg“ so nicht gibt, sondern verschiedene gesetzliche Kammern (z.B. Heilberufe-Kammergesetz, aber auch gesetzliche Regelung für Architektenkammer, Handwerkskammer etc.). Es muss aus unserer Sicht klargestellt werden, welche Kammern im Katastrophenschutz mitwirken müssen.

Für den Landesfeuerwehrverband kommt hier die Mitwirkung der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer (insbesondere auch für Strahlenschutzärzte), der Ingenieurkammer, der Handwerkskammer und der Landestierärztekammer in Betracht.

Zu § 5 Abs. 2 LKatSG:
Der Umfang der Mitwirkung sollte sich nicht nur auf eine Übungsteilnahme, sondern auch auf eine regelmäßige Teilnahme z.B. an Dienstbesprechungen und Planungen beziehen.

Zu § 8 LKatSG:
Die Aufgaben und Befugnisse des Landesbeirats für den Katastrophenschutz sollten konkreter beschrieben werden. Darüber regen wir eine Erörterung der Sitzverteilung im Landesbeirat hin zu einer paritätischen Besetzung unter Berücksichtigung der Anzahl der Angehörigen der Hilfsorganisationen an.

Zu §§ 9 und 10 LKatSG:
Im Rahmen einer aus unserer Sicht notwendigen Neufassung und Neugliederung des LKatSG ist zu prüfen, ob die Begrifflichkeit „Katastrophenhilfe“ tatsächlich gebraucht wird, oder ob hier nicht eine andere Formulierung gefunden werden kann (z.B. in Analogie zu Hessen oder Rheinland-Pfalz mit öffentlichen und privaten Einheiten des Katastrophenschutzes). Dies auch hinsichtlich der Rechtsstellung der „Helfer des Katastrophenschutzes“ (§ 11) und der „Helfer des Katastrophenschutzdienstes“ (§§ 12 ff.).

Zu § 9 Abs. 1 LKatSG:
Wir sprechen uns dafür aus, dass die Anerkennung einzelner Organisationen auch weiterhin landesweit durch das Innenministerium und nicht durch die unteren Katastrophenschutzbehörden erfolgen soll.

Zu § 24 LKatSG:
Dieser Paragraph ist nicht mehr zeitgemäß, da über die Integrierten Leitstellen und moderne Alarmierungs- und Kommunikationstechnologie eine Erreichbarkeit der Katastrophenschutzbehörde sichergestellt ist und somit schnell Entscheidungsträger tätig werden können.

Zu § 26 LKatSG:
Die Regelungen dieses Paragraphen sind aus unserer Sicht insgesamt nicht praktikabel. Nach den derzeitigen Regelungen müsste sich jede Katastrophenschutzbehörde einzeln an die Landesärztekammer bzw. Landesapothekerkammer wenden. Die Landeszahnärztekammer fehlt indes komplett. Die jährliche Mitteilung der Änderungen funktioniert in der Praxis nicht. Dieser Paragraph sollte daher klarer formuliert werden und die Abstimmungen sollten auf „gleicher“ Ebene vorgenommen werden (untere Katastrophenschutzbehörde spricht mit den regionalen Kammervertretungen z.B. Bezirksärztekammer).

Die in § 26 Abs. 3 genannten Personen werden den Katastrophenschutzbehörden seit Änderung des Meldegesetzes nicht mehr gemeldet und diese Personen sind auch nicht in Kammern oder Vereinigungen organisiert. Es ist im Ereignisfall fraglich, wie diese Personen zur Hilfeleistung herangezogen werden können.

Zu § 30 Abs. 3 LKatSG:
Die Verpflichtungsmöglichkeit gegenüber den Anlagenbetreibern durch die Katastrophenschutzbehörden sollte sich nicht nur auf Sirenen beziehen. Hier sollten auch zeitgemäße Warneinrichtungen und andere zu duldenden Einrichtungen berücksichtigt werden.

Zu § 33 LKatSG:
Wir regen darüber hinaus an, einen entsprechenden Passus zum Konnexitätsprinzip (Verpflichtung einer staatlichen Ebene, für finanziellen Ausgleich zu sorgen, wenn sie Aufgaben an eine andere Ebene überträgt). Nach § 6 Abs. 1 LKatSG können die höheren und die oberste Katastrophenschutzbehörde die ihnen obliegenden Aufgaben von der Planung bis zur Ausführung den unteren Katastrophenschutzbehörden auferlegen. Sogenannte Rahmenempfehlungen verpflichten die unteren Katastrophenschutzbehörden, Personal vorzuhalten, auszustatten und auszubilden sowie Material, Geräte, Fahrzeuge und Bauwerke stellen, die vom Land weder finanziell getragen noch bezuschusst werden.

§ 40 LKatSG (Entwurfsfassung):
In die Ordnungswidrigkeiten sollte auch die missbräuchliche Verwendung der in diesem Gesetz genannten Begriffe (z.B. Einsatzleitung, Einsatzleiter, Führungsstab) mit aufgenommen werden.

§ 41 LKatSG (Entwurfsfassung):
Bei den Einschränkungen der Grundrechte sollte auch die mögliche Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses mit aufgenommen werden, wie es z.B. in anderen Bundesländern (Brandenburg, Hamburg, Thüringen) der Fall ist, um auch im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie wirksame Abwehrmaßnahmen vornehmen zu können.

Ebenso soll die Kommunikation und die Datenweitergabe im Sinne der Katastrophenbekämpfung nicht durch Datenschutzregelungen gehemmt werden. Die Regelungen des Datenschutzes sollen in erster Linie den Bürger vor missbräuchlicher Verwendung und Verbreitung von Daten schützen. Dadurch darf der Schutz der Bevölkerung in Krisensituationen jedoch nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Was für die Strafverfolgung gilt, muss für den Katastrophenschutz umso mehr gelten.

Wir regen daher ergänzend an, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit im Landesbeirat für den Katastrophenschutz zu beteiligen.

Wir gehen weiterhin davon aus, dass in einem zukünftigen Gesetzgebungsverfahren eventuelle Nachbesserungen und Maßnahmen berücksichtigt werden, die sich aus der Anpassung nationalen Rechts im Zuge der Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie durch das derzeit laufende EU-Vertragsverletzungsverfahren ergeben.

Grundlagen und Rahmenbedingungen

Überarbeitung der VwV KatSD
Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzdienstes (VwV KatSD) sollte weiterentwickelt werden. Dabei sollten nach unserer Auffassung folgende Fragestellungen und Aspekte berücksichtigt werden:

- Standardisierung von Vorabinformationen zum Einsatz an alarmierte Einheiten
- Alarmierungs- und Ablösemanagement von Einheiten unter Beachtung von Vorlauf- und Anfahrtszeiten
- Regelung der Versorgung (z.B. Unterbringung, Verpflegung, Hygiene, Betriebsstoffe, etc.) unter Berücksichtigung von Einsatzdauer und Entfernung zum entsendenden Standort
- Optimierung der Logistikausstattung der Einheiten (z.B. Mitführung von PSA, Wechselkleidung, Schlafsäcken, etc.)
- Einbindung von Drohnen in die Einheiten des Katastrophenschutzes

Darüber hinaus sollte die Notwendigkeit der Aufstellung weiterer Einheiten zur Katastrophenbewältigung geprüft werden (z.B. IuK, VOST, Versorgung inkl. Bereitstellungsräume).

Stabsarbeit und Einsatzleitung

Neue Definition der Einsatzleitung notwendig
Das Land sollte konkret definieren, was eine einheitliche Einsatzleitung ist. Dazu ist es auch erforderlich, die Eingriffsmöglichkeiten dieser Einsatzleitung zu bestimmen.

Schaffung einer Landeseinsatzleitung
Die Installation einer Einsatzleitung auf Landesebene ist nach unserer Auffassung unabdingbar. Diese Einsatzleitung sollte analog zu den Regelungen in den Land- und Stadtkreisen unabhängig vom Krisenstab der Landesregierung unterhalten werden.

Stabsarbeit auch auf Gemeindeebene etablieren
Die Regelungen des § 2 Abs. 2 LKatSG verpflichtet die Katastrophenschutzbehörden Verwaltungsstäbe und Führungsstäbe/Technische Einsatzleitungen zu bilden. Wir regen weitergehend an, die verbindliche Vorhaltung von Stäben für außerordentliche Ereignisse (SAE) auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinde zu regeln.

Aus- und Fortbildung der Führungskräfte stärken
Es fehlt nach unserer Meinung eine für die Katastrophenbekämpfung zwingend notwendige Aus- und Fortbildung der Führungsebene der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen im Hinblick auf die Besonderheiten der Einsatzleitung bei Katastrophen. Hierbei müssen beispielsweise auch die Anforderung und Entsendung von Einheiten bzw. der Empfang und der Support von Einheiten im Katastrophengebiet vermittelt werden.

Ressourcenmanagement

Überprüfung und Erweiterung der technischen Ausstattung
Die vom Land vorgehaltenen technischen Ressourcen des Katastrophenschutzes (u. a. für Logistik, Betreuung, medizinische Versorgung und den Betrieb von Bereitstellungsräumen) bedürfen einer Evaluation, bedarfsweisen Ergänzung und eines landesweiten Ressourcenmanagements. Die Landes- und Bundesfahrzeuge des Zivil- und Katastrophenschutzes müssen mehr als bisher auf technisch aktuellem Stand gehalten werden.

In den überörtlichen Einheiten sollen nur solche Fahrzeuge verwendet werden, die einer gängigen Norm für Einsatzfahrzeuge entsprechen und daher über eine gleiche und damit kalkulierbare Mindestausstattung verfügen. Die Zahl der watfähigen und der geländegängigen Einsatzfahrzeuge erscheint deutlich zu niedrig, so dass zukünftig mehr Einsatzfahrzeuge watfähig bzw. geländegängig beschafft werden sollten. Hubschrauber, die für den Einsatz auch im Katastrophenschutz vorgesehen sind, sollten immer mit geeigneten Winden zur Menschenrettung ausgestattet werden.

Maßnahmen an die Bevölkerung

Einsatz der PSNV regeln

Die Vorplanung des koordinierten Einsatzes auch im Bereich PSNV ist dringend erforderlich. Die Zuständigkeiten und Führungsaufgaben in diesem Bereich bedürfen ebenfalls der landesweit einheitlichen Regelung.

liga-bw.de
Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.



Effektive Krisenvorsorge, -früherkennung, und-bekämpfung

Liga-Unterausschuss Frauen und Gewaltschutz

Stellungnahme für die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg

liga-bw.de
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

VORWORT

Der Unterausschuss Frauen und Gewaltschutz der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. bedankt sich für die Gelegenheit, bei der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags zur Frage nach effektiver staatlicher Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung Stellung zu nehmen. Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie die spezialisierten Fachberatungsstellen gegen Gewalt an Frauen sind erfahren im Umgang mit Personen, die sich in persönlichen Krisensituationen befinden. Die Beratungsstellen und Frauenhäuser sind zur effektiven Unterstützung der Schutz- und Hilfesuchenden auf lokaler und überregionaler Ebene mit Behörden, Ämtern, Gesundheitssystem und Freiwilligen in Kontakt und vernetzt.

Der vorliegenden Stellungnahme legt die Handlungsempfehlungen und Vorschläge der Liga der freien Wohlfahrtspflege[1] für eine krisenfeste Gesellschaft zu Grunde, die im Folgenden konkretisiert werden.

[1] Liga-BW (2022): Lehren für künftige Pandemien und Gesundheitskrisen, Stellungnahme für die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg

liga-bw.de
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

INHALT

Erfahrungen aus der Krise 1
Lehren für ein widerstandsfähigeres Gemeinwesen 3
1. Prävention ist die beste Weise, Gewalt zu vermeiden. 3
2. Krisenfeste Ausstattung in Zeiten ohne Krisen 3
3. Optimierung von Zusammenarbeit 5
4. Förderung von Führungskräften 5
5. Kritische Infrastruktur schützen 5
6. Behördenkontakte gewährleisten 6
7. Einbindung wissenschaftlicher Expertise 6
8. Digitalisierung fördern 6
Impressum 7

STELLUNGNAHME

ERFAHRUNGEN AUS DER KRISE

Der Liga-Unterausschuss Frauen und Gewaltschutz hat neben den Frauen- und Kinderschutzhäusern auch das breitgefächerte Angebot der spezialisierten Fachberatungsstellen gegen Gewalt an Frauen im Blick.

Insofern erweitert sich der Blick, den die Liga-BW (2022) bereits zu grundsätzlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine krisenfeste Gesellschaft im Querschnitt aller Zielgruppen und Felder der sozialen Daseinsfürsorge gelenkt hat, in der vorliegenden Stellungnahme um folgende Perspektiven und Handlungsfelder:

- Fachberatungsstellen häusliche und sexualisierte Gewalt
- Interventionsstellen
- Fachberatung für Betroffene von Menschenhandel
- Frauen in der Prostitution

Aus diesen Settings werden im Folgenden exemplarisch Erfahrungen aus der Corona-Krise skizziert, die im weiteren Verlauf Grundlage für die getroffenen Handlungsempfehlungen sind.

Frauenhäuser

Während der Coronapandemie sank die Zahl der Bewohnerinnen in den Frauenhäusern. Diese Entwicklung war bundesweit zu beobachten und hatte mehrere Ursachen:

Zum einen reduzierten die Frauenhäuser die Anzahl an Aufnahmen, um bei Infektionen die Quarantäneregelungen des Landes umsetzen zu können. In Frauenhäusern leben nicht selten zwölf Menschen in drei Zimmern und teilen sich Bad und Küche. Über Landesmittel war es möglich, Ferienwohnungen als Ausweichquartiere anzumieten, was von vielen Frauenhäusern genutzt wurde, jedoch die Anzahl an Reduktionen nicht vollumfänglich auffing.

Zum zweiten sank die Nachfrage von gewaltbetroffenen Frauen, was darauf zurückgeführt wird, dass Frauen die berechtigte Sorge hatten, sich in Gemeinschaftsunterkünften anzustecken. Die Situation verbesserte sich, als Schutzmaterial (Masken, Desinfektion etc.) erhältlich wurde und Impfkampagnen einsetzten. Zur Bewältigung der Krisenfolgen für die Frauenhäuser waren die Maßnahmen der Landesregierung "Ausweichquartiere finanzieren", "Soforthilfe Schutzmaterial und technische Modernisierung" sowie die vorgezogene Platzierung der Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen bei der Impfreihenfolge sehr hilfreich.

Fachberatungsstellen gegen Gewalt gegen Frauen

Etwas anders gestaltete sich die Situation in den Fachberatungsstellen gegen Gewalt an Frauen. Auch hier war zu Beginn der Pandemie ein Rückgang an Beratungsanfragen zu verzeichnen. Dieser lässt sich damit erklären, dass Frauen keine Möglichkeit hatten zu den bekannten Telefonsprechzeiten anzurufen, da Partner und Kinder in der Regel zuhause waren.

Zwei Maßnahmen der Landesregierung fingen diese Notlage auf:

Zum einen die bereits oben erwähnte Soforthilfe zur technischen Modernisierung, die es den Beratungsstellen ermöglichte Online- und Telefonberatung breit einzuführen.

Zum zweiten das Projekt „Mobile Teams der Fachberatungsstellen im Bereich Gewalt an Frauen, Prostitution und Menschenhandel", das Ende 2020 an den Start ging. Ein Ziel des zweijährigen Projektes war es, den Frauen entgegen zu kommen und Beratung aufsuchend und flexibel zu gestalten. Nach Umsetzungsstart dieser beiden Maßnahmen stieg die Nachfrage sehr deutlich über das vorherige Maß an.

STELLUNGNAHME

Fachberatungsstellen für Menschen in Prostitution

Die Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution erhielten mit dem Verbot der Ausübung von Prostitution sehr viele Anfragen zu Hilfen in konkreter Not, da die ohnehin prekären Einkommens- und Wohnverhältnisse für diese Gruppe wegbrachen. Die schnelle Einrichtung eines Hilfsfonds, unterstützt mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg, konnte 233 Frauen innerhalb von 6 Wochen den Lebensunterhalt sichern. Im weiteren Verlauf der Pandemie entwickelten sich die telefonische Beratung und digitales Streetwork zu wesentlichen Arbeitsweisen, um mit Menschen in der Prostitution Kontakt zu halten.

Die Frage der Information über und Erreichbarkeit von Hilfsangeboten in der Corona-Krise zeigt schließlich, wie schwierig es ist, dass Frauen Hilfe erhalten, wenn ihre Privatsphäre massiv eingeschränkt ist. Eine effektive Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung ist in diesem Bereich daher von existenzieller Bedeutung.

STELLUNGNAHME

LEHREN FÜR EIN WIDERSTANDSFÄHIGERES GEMEINWESEN

Um in zukünftigen Krisen und Katastrophen wirksam Menschen, die Gewalt erfahren, helfen zu können und damit die Gesellschaft widerstandsfähig zu gestalten, sind die folgenden acht Handlungsansätze zu verfolgen:

1. Prävention ist die beste Weise, Gewalt zu vermeiden.

Aufklärungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie zu gefährdenden Rollenmustern müssen regelhaft und zielgruppenorientiert angeboten werden. Kinder, junge Menschen und Menschen, die schlecht über Rechte in Deutschland informiert sind, wie z. B. Geflüchtete oder Migrant:innen, stehen dabei besonders im Fokus. Ziel muss es sein, dass allen Menschen bewusst ist, was Grenzen überschreitet und was Grenzüberschreitungen verhindert und Opfern von Gewalt hilft.

Dies wird in der Beratungsarbeit schon umgesetzt. So bietet beispielsweise die Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel „FreiJa“ eine Ausstellung mit Infoveranstaltung für Schulen zum Thema „Loverboys“ an. Auch Polizei, Behörden und Beratungseinrichtungen werden zu Merkmalen von Menschenhandel geschult. Fachberatungsstellen für Betroffene häuslicher Gewalt bieten Infoveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, für Schulen, für das Gesundheitssystem u. a. an und informieren über das Internet über Hilfsmöglichkeiten. Um diese Bildungsarbeit gewährleisten und ausbauen zu können, braucht es mehr Ressourcen und Personal.

2. Krisenfeste Ausstattung in Zeiten ohne Krisen

Wie alle Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege hatten auch Frauenhäuser, Kinderschutzhäuser oder die verschiedenen Fachberatungsstellen erheblichen Mehraufwand (zeitlich und finanziell) bei gleichzeitig verringerten Betreuungszahl aufgrund der notwendigen Kapazitätseinschränkungen. Als (vorrangig) kommunal finanzierte Leistungen, konnten das Hilfesystem für von Gewalt betroffener Frauen nicht von den bundesweit aufgelegten Rettungsprogrammen profitieren. Einige landesweite Hilfsprogramme konnten zwar Abhilfe verschaffen (siehe oben), verdeutlichen jedoch die Vulnerabilität des Systems, gerade in finanzieller Hinsicht.[2] Doch auch personelle, räumliche, technische oder konzeptionelle Rahmenbedingungen des Hilfesystems müssen bereits in Zeiten ohne Krisen auf bessere Grundlagen gestellt werden, um die Resilienz der sozialen Daseinsfürsorge zu stärken.

Die Anforderungen durch die Krisen waren nur durch extremes **Engagement der Beschäftigten** in den Fachberatungsstellen oder Einrichtungen zu bewältigen. Bis heute sind die Nachwirkungen der Erschöpfung spürbar, die sich etwa in erhöhten Krankenständen niederschlagen. Die Bereitstellung eines auskömmlichen Beratungs- sowie Platzangebots in Zeiten ohne Krisen ermöglicht es, Spitzenauslastungen in Krisenzeiten abzufedern und Personalengpässe zu kompensieren, ohne Fachpersonal übermäßig zu beanspruchen oder Angebote einschränken oder absagen zu müssen.

Zu einer krisenfesten Ausstattung gehört auch eine angemessene **Modernisierung der Frauenhäuser**: Die derzeit übliche räumliche Enge ist nicht nur aus Gründen des Gesundheits- und Infektionsschutzes problematisch, sondern sie sorgt zudem für einen hohen Stresslevel bei den Frauen und Kindern. Moderne Frauenhäuser sollten dringend Appartementstrukturen

[2] Für weitere Empfehlungen zur Finanzierung sozialer Arbeit siehe auch Liga-BW 2022

STELLUNGNAHME

aufweisen, barrierefrei gebaut und für unterschiedliche Zielgruppen gemäß der Istanbul-Konvention geplant werden.

Häufig suchen Frauen mit Gewalterfahrungen gemeinsam mit ihren Kindern Schutz im Frauenhaus. Daher ist auch die **Betreuung der Kinder** in der Personalplanung ausreichend zu beachten. Kinder sind immer direkt oder indirekt mitbetroffen von Gewalt. Das Erlebte muss mit Unterstützung qualifizierter Fachkräfte verarbeitet werden. Mütter als direkt Betroffene können dies nicht leisten, sind sie doch mit eigener Verarbeitung ausgelastet. Für Frauen mit Gewalterfahrung ist es wichtig zur Ruhe zu kommen; auch dies wiederum ist nur schwer möglich, wenn viele Personen auf kleinem Raum leben und die Betreuung der eigenen Kinder weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit fordert. Während der Pandemie haben die Herausforderungen durch das Home-Schooling diese Belastung noch weiter verschärft. Die engen Kapazitäten beim Personal haben hier nicht die Entlastung ermöglicht, die notwendig gewesen wäre und so die Kinder ebenso wie ihre Mütter zusätzlich belastet. In der Personalplanung ist daher zukünftig auch eine adäquate Betreuung und Versorgung der Kinder in höherem Maße als bisher zu beachten.

Die **Finanzierung** der Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie der spezialisierten Fachberatungsstellen ist seit Jahren auch ohne Krisen **prekär und äußerst knapp bemessen**, so dass deutlich weniger Plätze und Beratende zur Verfügung stehen als nötig. Dadurch sind Wartezeiten für schutzsuchende Frauen und für Betroffene von Menschenhandel leider Realität. Kommunale Förderungen drohen aktuell gekürzt oder gestrichen zu werden aufgrund der Finanzsituation und der Tatsache, dass die meisten Beratungsangebote in diesem Bereich als vermeintlich freiwillige Leistungen deklariert werden. Das Land Baden-Württemberg hat mit den Verwaltungsvorschriften Frauenhaus- und Kinderschutzhäuser sowie Fachberatungsstellen im Bereich Gewalt gegen Frauen, Prostitution und Menschenhandel begonnen, diesen Missstand zu beheben. Diese sind allerdings nicht mit ausreichenden Finanzmitteln hinterlegt. Die VwV Frauen- und Kinderschutzhäuser unterstützt fast ausschließlich zusätzliche Angebote und nicht die personalintensive psychosoziale Betreuung der Frauen und Kinder.

Als weitere Empfehlung ist daher die **Erstellung eines Masterplans** für das Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder sowie Prostituierte und Betroffene von Menschenhandel zu nennen, und zwar unter Beteiligung von Land, Kommunen und Hilfesystem. Es braucht eine **Verständigung für eine flächendeckende Versorgung** mit Schutzplänen sowie Beratungsangeboten im gesamten Land. Ebenso notwendig ist eine Einigung auf Mindest-Qualitätsstandards (z. B. Fachkraftquoten, Ausstattung, Erreichbarkeit, Kooperationen) und die Klärung einer auskömmlichen und langfristig angelegten, nicht durch Projekte befristete Finanzierung zwischen Land und Kommunen. Solange die Hauptlast der Finanzierung bei den Kommunen liegt, wird jede Krise, wie etwa die aktuelle Krise mit stark steigenden Energie- und weiteren Sachkosten, das Frauenunterstützungssystem gefährden.

Im Sinne eines umfänglichen Opferschutzes muss auch die Täter:innenarbeit stark aufgestellt werden. Dringend erforderlich ist daher der Ausbau an **Fachberatungsstellen für Täter und Täterinnen**[3] in Baden-Württemberg, die häusliche und/oder sexualisierte Gewalt ausüben. Das Vorhalten spezifischer Täterprogramm fordert auch die GREVIO-Kommission in ihrem Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland.

[3] Die BAG TäHG listet für Baden-Württemberg 7 Beratungsstellen, BIOS-BW bietet an 11 Orten psychotherapeutische Maßnahmen für Straftäter durch.

STELLUNGNAHME

3. Optimierung von Zusammenarbeit

In Vorbereitung auf verschiedene Krisen braucht es eine Optimierung der Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft und spezialisierten Organisationen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Hierfür sind vier wesentliche Ansatzpunkte zu benennen:

- Eine solide personelle **Ausstattung der Landeskoordinierungsstelle** zur Umsetzung des Landesaktionsplans im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Überlegenswert ist die Einführung eines Kernteams neben dem aktuell bestehenden, sehr breit aufgestellten Beirat mit Mitgliedern des Innenministeriums, Justizministeriums, Vertretungen des Frauenunterstützungssystems, der Täterarbeit und der Wohlfahrtsverbände.
- Die **Förderung Runder Tische gegen Gewalt an Frauen**, die die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen vor Ort stärkt. Ziel muss es sein, die Aufträge, Handlungsspielräume und Perspektiven der verschiedenen Professionen bekannt zu machen, so dass in Krisen Absprachen schnell möglich sind. Ebenso gilt es, gemeinsame exemplarische lokale Handlungsabläufe zu entwickeln, auf die im Krisenfall verlässlich zurückgegriffen werden kann. Runde Tische benötigen dafür:
    - professionelle, verlässliche Moderation
    - verpflichtende Teilnahme
    - Differenzierung nach Bedarfslagen
    - Einrichtung auf allen Ebenen (lokal und landesweit)

  Derartige Vernetzungstreffen, Kooperationsbündnisse oder Runde Tische sind an vielen Orten bereits etabliert. Häufig fehlen ihnen jedoch die Ressourcen für eine hauptamtliche Organisation, sodass sie auf das freiwillige Engagement Einzelner angewiesen sind.
- Kommunikationsstrukturen sind mit Blick auf mögliche Krisenszenarien vorab zu definieren und in Notfallschemata festzuhalten. Zuständigkeiten können in diesem Rahmen geregelt werden, Kontaktpersonen sind bekannt, Kontaktlisten werden stets aktuell gehalten.
- Einzelfallbezogene **modellhafte Kooperationen** zwischen beteiligten Organisationen und Behörden – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – gewährleisten in konkreten Fällen und vor allem in Krisenzeiten ein flüssiges Zusammenspiel aller Beteiligten.

4. Förderung von Führungskräften

Um die Dienste und Einrichtungen zum Schutz von Gewalt betroffener Frauen und Kinder selbst resilienter aufzustellen, ist auch die Förderung und Weiterbildung der Führungskräfte in den Blick zu nehmen. In der Corona-Pandemie wurden Angebote zu Coaching, Supervision, Intervision und zur Selbstfürsorge von Führungskräften stark nachgefragt und wahrgenommen, was den besonderen Bedarf von Fachpersonal in Krisenzeiten verdeutlicht. Maßnahmen zur Unterstützung von Führungskräften sind daher mit zeitlichen und finanziellen Ressourcen in den Angeboten und Finanzierungskonzepten einzuplanen.

5. Kritische Infrastruktur schützen

Frauenhäuser und Fachberatungsstellen sind als Teil der kritischen Infrastruktur bei allen unterstützenden Maßnahmen für das Personal sowie die Aufrechterhaltung des Angebots zu berücksichtigen (z. B. KiTa-Notplätze, Energiesicherheit).



STELLUNGNAHME

6. Behördenkontakte gewährleisten

Ämter (Jobcenter, Jugendämter, Sozialämter, Wohngeldstellen) müssen für existenzsichernde Leistungen und im Kontext von Gewalt durchgängig für alle Menschen auf jeden Fall in Präsenz sowie zusätzlich digital erreichbar und handlungsfähig sein.

7. Einbindung wissenschaftlicher Expertise

Die Forschung zum Bedarf, Erfolg und zur Relevanz von Präventionsmaßnahmen und von Hilfen bei häuslicher und sexueller Gewalt mit dem spezifischen Fokus auf die besonderen Belange von Baden-Württemberg muss ausgebaut und mit dem Hilfesystem vernetzt werden.[4] In Lenkungsgremien oder Krisenstäben muss die Sozialwissenschaft einen Platz haben, um aus ihrer Perspektive die Konsequenzen der zu treffenden Maßnahmen für benachteiligte Menschen einzubringen.

8. Digitalisierung fördern

Die Krisen beschleunigten die Digitalisierung. Hierzu gab es in der Krise Förderprogramme, um kurzfristig Angebote anders gestalten und etwa vermehrt online-Beratungen anbieten zu können. Es besteht weiterhin ein großer Nachholbedarf sowohl in der Ausstattung wie auch in den Kompetenzen der Mitarbeitenden und der Ratsuchenden. Außerdem bedarf es zusätzlicher Förderlinien, um den erreichten Stand halten zu können und arbeitsfeldspezifisch Digitalisierung weiterzuentwickeln. Zugleich muss die digitale Teilhabe benachteiligter Menschen gefördert werden.

[4] Die Forderung einer Vernetzung zwischen Wissenschaft und konkreten Hilfen ist eine der Forderungen der Istanbul-Konvention.



STELLUNGNAHME

IMPRESSUM

Herausgeber:
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.
Unterausschuss Frauen und Gewaltschutz
Stauffenbergstr. 3
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

www.liga-bw.de

Titelbild: patpitchaya/AdobeStock

Februar 2023

Landesverband
Badisches Rotes Kreuz

Stellungnahme des DRK-Landesverbandes Badisches Rotes Kreuz
Enquete Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg
Hintergründe, Perspektiven und Empfehlungen

Grundsätzliches

Das Badische Rote Kreuz bedankt sich für die Beteiligung am Prozess „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtages von Baden-Württemberg und der Möglichkeit, hierzu eine Stellungnahme abzugeben und seine Expertise in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Wir begrüßen, aus sehr unterschiedlichen Perspektiven als Hilfsorganisation, Wohlfahrtsverband und eigenverantwortlicher Jugendverband die Initiative des Landes, Strukturen, Abläufe und nicht zuletzt die Bevölkerung krisenfester und resilienter zu gestalten. In unsere Betrachtung als Organisation fließt naturgemäß auch der Rettungsdienst als wichtige Schnittstelle zum Bevölkerungsschutz mit ein. Zu dessen Handlungsempfehlungen wurde bereits eine eigene Stellungnahme abgegeben. Wir verstehen alle Leistungen, die wir als Badisches Rotes Kreuz erbringen, als Teil unseres „Komplexen Hilfeleistungssystem“ und denken, dass genau darin unsere Stärke liegt.

Das Rote Kreuz in Baden-Württemberg stellt von 121 Einsatzeinheiten 112 der für den Bevölkerungsschutz tätigen Organisationen. Mit insgesamt über 15.000 ehrenamtlichen Mitgliedern nimmt es dadurch rein quantitativ eine tragende Rolle im Bevölkerungsschutz des Landes ein. Die Helferinnen und Helfer sind in den Bereichen medizinische Erstversorgung Verpflegung und soziale Betreuung qualifiziert und halten ihre hohe Qualität für den Einsatz im Katastrophenfall durch konsequente Aus- und Weiterbildung und Training aufrecht.

Gerade aus den Erfahrungen der Pandemie der vergangenen zwei Jahre, aber auch durch die Beteiligung des Badischen Roten Kreuzes mit vielen Helferinnen und Helfern an der Hochwasserkatstrophe im Ahrtal und nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine und den Zuzug von davon betroffenen Flüchtlingen, ist die Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen insgesamt – und somit auch des Badischen Roten Kreuzes - in sich überlagernden Krisen auf den Prüfstand gestellt und einem Stresstest unterzogen worden.

Vieles von dem, was wir in den vergangenen Jahren an Expertise erarbeitet und durch Erfahrung gewonnen haben, ist in den vergangenen zwei Jahre abgerufen worden.

Gerade die Stärkung der Resilienz, der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung in krisenhaften Situationen ist in den vergangenen Jahren in den Fokus gerückt.

Dies auch gerade deshalb, weil in den unterschiedlichen Krisenlagen und damit verbundenen Herausforderungen deutlich wurde, dass auch die Kapazitäten behördlicher oder verbandlicher Strukturen in länger andauernden Krisen an ihre Grenzen kommen.

Da der Bevölkerungsschutz sich an alle Gruppen der Gesellschaft, vor allem an die „most vulnerable“ richtet, sehen wir uns hier auch für unterschiedliche Handlungsfelder der Enquetekommission zur Schaffung einer krisenfesten Gesellschaft angefragt.

Handlungsfeld 1b)

…die Krisenvorsorge und -reaktion insbesondere bei Pandemien und bisher unbekannten Krankheiten zu verbessern

Konkrete Empfehlungen

- Etablierung von Erste Hilfe-Angeboten mit Selbstschutzinhalten in Schulen und der Gesellschaft, hier haben die Hilfsorganisationen sowohl in der Durchführung aber auch mit den Inhalten eine sehr breite Expertise. Gesellschaft kann nur dann krisensicher sein, wenn Inhalte der Selbsthilfe auch in der Gesellschaft verbindlich verankert wird, zum Beispiel auch als Unterrichtsfach.
- Auf der Schnittstelle zum Rettungsdienst sehen wir große Chancen in der sogenannten Experimentierklausel, hier könnte zum Beispiel der Gemeindenotfallsanitäter niederschwelliges Glied der Rettungskette werden und die Bevölkerung wirksam unterstützen und die Rettungsdienste dadurch entlasten. Der Rettungsdienst ist Teil des komplexen Hilfeleistungssystems und muss gerade auch für vulnerable Bevölkerungsgruppen jederzeit schnell erreichbar bleiben.

Handlungsfeld 2c)

…die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern

Konkrete Empfehlungen

- Auf den Verwaltungsebenen Land- und Stadtkreise und Regierungspräsidien ist eine abgestufte Vorhaltung von zusätzlichen Materialien zur Unterbringung und Versorgung von Personen notwendig. Dies sind Feldbetten, Decken, Hygienesets aber auch Feldküchen, Stromerzeuger und Spielsachen. Für Großlagen existieren auf der Ebene der staatlichen Daseinsfürsorge definitiv zu wenige Ressourcen. So sind die Einheiten des Bevölkerungsschutzes aktuell materiell nicht in der Lage eine größere Anzahl von Personen unterzubringen. Weiter muss sichergestellt sein, dass Engpassressourcen die nicht in Deutschland hergestellt werden, in adäquater Menge als staatliche Daseinsvorsorge eingelagert werden.

Handlungsfeld 3a)

…die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern

Konkrete Empfehlungen

- Wir sehen die gebotene Notwendigkeit, die Bevölkerung, ohne dabei unnötig Panikdenken zu verbreiten, mit breit angelegten Maßnahmen regelmäßig zu informieren und zu sensibilisieren, was die Ermächtigung zur eigenen Resilienz-Steigerung betrifft. Dies kann mit geeigneten Testimonials aus Politik, Hilfsorganisationen, aber natürlich auch mit Vertreter:innen der breiten Zivilgesellschaft geschehen. Das Badische Rote Kreuz bearbeitet gerade ein Projekt mit dem Titel: „Resilient – na klar!“ mit genau dem Ziel, die Bevölkerung zu ermächtigen, in Krisen selbst tätig zu werden und sich und anderen zu helfen

Handlungsfeld 3e)

…dabei insbesondere die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie die Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile in den Fokus zu nehmen

Konkrete Empfehlungen

- Gerade in Folge der Pandemie und bei den im Anschluss daran ausgewerteten „Lessons learned“ wurde deutlich, dass Kinder und Jugendliche als besonders vulnerable Gruppe ein besonders Augenmerk benötigen. Der besonderen psychischen und physischen Disposition von Heranwachsenden muss Rechnung getragen. Hier ist geraten, die Vertretungen der Jugendverbände in Baden-Württemberg schon jetzt in die weitern Planungen einzubeziehen. Sie sind mit den Lebenswelten junger Menschen täglich betraut und Resilienzförderung ist deren Tagesgeschäft.

Für weiterführende Gespräche stehen Peter Rombach, Landesbeauftragter für den Katastrophenschutz und Andreas Formella, Abteilungsleiter Rotkreuzdienste des Badischen Roten Kreuzes gerne zur Verfügung.

Freiburg, 3. Januar 2023

Stellungnahme

vom 13. Januar 2023

zur Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V – VfEW

Energie. Wasser. Leben.

Vorbemerkung

Der VfEW e.V. vertritt als Verband der Energie- und Wasserwirtschaft über 240 Energie- und Wasserversorger in Baden-Württemberg. Darunter Großunternehmen aber auch kommunale Betriebe sowie kleine, teilweise private Gebietsversorger und Zweckverbände. Die VfEW-Mitgliedsunternehmen versorgen Industrie, Gewerbebetriebe und rund zehn Millionen in Baden-Württemberg lebende Menschen auf einer Gesamtfläche von 36.700 Quadratkilometer mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser. Für jene Unternehmen steht die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, sei es mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser oder umweltverträglicher und kostengünstiger Energie, an oberer Stelle.

Einleitung

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns in den Prozess zur Stärkung der Gesellschaft in Krisenzeiten einbringen zu können.

Gerne haben wir hierzu die gestellten Fragen im Folgenden beantwortet.

Energie. Wasser. Leben.

Wie ist eine effiziente, effektive und flexible Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Wahrung der Gewaltenteilung und sämtlicher rechtstaatlicher Standards inklusive einer durchgängig leistungsfähigen Justiz zu organisieren?

Eine wesentliche Voraussetzung, um möglichst unbeschadet durch krisenhafte Situationen zu kommen, ist der Grad der Resilienz der Betroffenen in dem Bewusstsein, dass "der Staat" nicht alle Eventualitäten in beliebigem Umfang abdecken kann. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Sensibilisierung und Aufklärung der Betroffenen (Bevölkerung, Kommunen). Das heißt jedoch nicht, dass staatliche Stellen oder verantwortliche Firmen sich aus der Verantwortung stehlen sollen. Es muss einen offenen Dialog über die Grenzen des realistisch Machbaren geben. Genauso muss gemeinsam vereinbart werden, welche Ressourcen wann zu welchem Zweck eingesetzt bzw. vorgehalten werden können oder sollen (z.B. Lebensmittel- und Medikamentenbevorratung, Umbau von Schutzräumen, Löschflugzeugflotten, Netzredundanzen etc.).

Je mehr Zeit für die Vorlaufphase eingeplant wird, umso besser ist die Gesellschaft für Krisenzeiten gewappnet. Daraus folgt, dass Stellen und Mittel für die Früherkennung dem aktuellen Stand entsprechen müssen. Die Prozesse der entsprechenden Frühwarnung müssen klar und eingeübt sein; dabei darf es nicht zu föderalem Hickhack kommen.

Daraus ergeben sich folgende Maßnahmen:

Vorsorge:

- Fördern, Unterstützen und Sensibilisieren. Ständige präventive Lageeinschätzung und Nachjustierung der erkannten Krisenszenarien. Aus den aktuellen und denkbaren Krisen muss der Bedarf ermittelt und das Vorhalten von Material, Leistung und Arbeitsbereitschaft entsprechend abgeleitet und gefördert werden. Schaffung unabhängiger Stellen in der KRITIS, die über die notwendige Ausstattung und Kompetenzen verfügen. Regelmäßige Prüfung von Bereitschaft, Technik, Kommunikationswegen. Dabei muss auch hinterfragt werden, ob die bestehenden Strukturen angepasst werden müssen. Die dafür notwendigen Übungen müssen die entsprechenden Positionen inkl. Stellvertreter in möglichst vielen Unternehmen erreichen und anschließend evaluiert werden. Stabstellen bei Unternehmen und Behörden sollten einheitlich organisiert sein, vgl. FWDV100.

Früherkennung:

- Empfehlenswert ist die Einführung von Warnsystemen mit Kommunikationspfaden. Dabei müssen auch Versorgungsunternehmen, insbesondere auch kleinere Versorger eingebunden werden, was bisher nicht ausreichend geschieht.

Bekämpfung:

- Die aktuellen Erkenntnisse aus der regelmäßigen Evaluation nach Übungen müssen für die Versorgungswirtschaft schnell Eingang in VDE-Vorschriften, DVGW-Arbeitsblätter und TSM-Fragenkataloge finden. Dies gilt zum Beispiel für die 72 h Steuerfähigkeit in den Umspannwerken, für die Notstromaggregate in der Wasserversorgung sowie ausfallsichere Krisenkommunikation über Funk.

Angesichts der Gaskrise wurden im Bereich Gas durch Regelungen wie EnSiG und den Leitfaden Krisenvorsorge etc. eine wichtige Grundstruktur geschaffen. Hier müssen lediglich wichtige Fragen final entschieden werden (z.B. Speicheranweisung, Verfügungen von Kundenabschaltungen etc.), damit alle Akteure Handlungs- und Rechtssicherheit haben. In der Krise selbst muss in einem abgesteckten Rahmen schnell, situationsgerecht und verbindlich entschieden werden, ohne dass es langer Diskussionen bedarf. Solche Situationen sind auch regelmäßig zu üben.

Wie ist die Zusammenarbeit von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung zu optimieren?

Wichtig ist Transparenz und Offenheit hinsichtlich der Erwartungen aller Akteure zu schaffen und deren Grenzen anhand von realistischen Szenarioannahmen abzubilden. Ziel sollte es sein, dass sich die gesamte Gesellschaft bewusst ist, dass sich die Risiken ändern. Damit einher geht ein aufgeklärter Umgang mit eben diesen Risiken, um weniger hysterisch und emotional zu reagieren. Dies ist in Gesellschaften in ausgewiesenen Erdbeben- oder Tornadoregionen bereits gut gelungen. Ein regelmäßiger runder Tisch auf Einladung der Politik zu ausgewählten Krisenthemen ist ein Anfang. Ziel sollte der Austausch über jüngste (auch internationale) Erfahrungen sein, aus denen „lessons learned“ und "Hausaufgaben" für den eigenen Verantwortungsbereich abgeleitet werden. Dies setzt auch regulatorische Änderungen voraus, um eine bessere Prävention zu ermöglichen Dazu zählen z.B. die

Netzentgeltregulierung bei Energieversorgern, bei der Unternehmen, die weniger machen „effizienter“ sind als Unternehmen, die mehr in die Vorbereitung investieren.

Im Krisenfall ist die Teilnahme der Versorger an Krisenstäben in allen Organisationsstufen (Land/ RP/ LK/ Kommunen) zu empfehlen. Zusätzliche Unterstützung kann von Verbänden erbracht werden.

Für die frühzeitige Information müssen die Kontakte bekannt und die Kommunikationswege über regelmäßig trainierte Alarmsysteme geschärft werden. Hinzu kommt auch die notwendige Kommunikation für und mit den Bürgern. Hier müssen alle Kommunikationswege vertrauensvoll und vermittelnd wirken und dürfen im Krisenfall nicht polarisierend sein.

Wie ist die in Krisensituationen verantwortlichen Akteure dabei zu unterstützen, ihre Führungsfähigkeiten auszubauen und in den Prozess der Krisenbewältigung zu implementieren?

Die Kunst besteht darin, den Verantwortlichen die Sorge um eine mögliche Überforderung zu nehmen, ohne Konsequenzen kleinzureden. Wichtig ist das Durchspielen von krisenhaften Lagen und deren Bewältigung. Hierzu muss man Krisenorganisationen aufbauen und aktuell halten. Die verantwortlichen Akteure benötigen klare Vorgaben, Prioritäten und notwendige Entscheidungsvollmacht. Dies ermöglicht ihnen, schnell und pragmatisch auch schwierige Entscheidungen umzusetzen.

Die Schulung und Ausbildung der Krisenstäbe muss professioneller werden. Die Verfügbarkeit für Krisenstabsschulungen bei Behörden muss auch für kleinere Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sichergestellt sein. Diese Schulungen können dann auch vorgeschrieben und eingefordert und mit entsprechenden Zertifizierungen versehen werden. Das Vorhalten der Sicherheit muss gefördert werden, da diese Leistung bisher auf Kosten der Unternehmen geht. In der Konsequenz werden engagierte Unternehmen derzeit schlechter gestellt. Zusätzliche Schulungen, wie Kommunikationsschulungen und Medientrainings sind hier ebenfalls hilfreich.

Wie sind die Netzwerke und die Fähigkeiten des Ehrenamtes und der Katastrophenschutzorganisationen effektiv bei der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bewältigung einzubeziehen, ohne sie zu überfordern?

Während der Pandemie hat sich gezeigt, dass viele Menschen freiwillig bereit sind, viel für andere zu leisten. So war der ehrenamtliche Einkaufsservice für Personen in Quarantäne oder Immungeschwächte eine große Hilfe und hat einen wesentlichen Anteil zum Zusammenhalt in der Gesellschaft geleistet. Dies gilt im Allgemeinen für jede Art gemeinnütziger Arbeit.

Das Ehrenamt ist generell gut aufgestellt, kann jedoch nicht alles leisten. Pro Kommune ist zu prüfen, was Ehrenamtliche auch im Krisenfall zuverlässig leisten können. Dazu muss geprüft werden, wo Katastrophenschutzorganisationen Unterstützung leisten können und müssen. Die Mitwirkung des Ehrenamtes und der KS-Organisationen ist vor allem auf Ebene der Kommunen relevant. Resiliente Kommunen helfen sich im Bedarfsfall zunächst selbst vor Ort und "belasten" das System weniger stark. Die Organisationen wirken dagegen vor allem bei der Vorsorge und der Bewältigung von Krisen durch ihre Präsenz in der Fläche. Ihr Ausstattungsstand und die Ressourcen müssen transparent sein, um ein realistisches Bild zur Leistungsfähigkeit (und deren Grenzen) zu haben.

Krisenvorsorge und -früherkennung muss professionelle Hauptaufgabe der zuständigen Behörden auf Kreisebene sein. Hier müssen ein besserer Austausch und auch Übungen ermöglicht werden.

Voraussetzungen dafür sind die finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes, ein besseres Zusammenspiel mit dem Hauptamt sowie die unbürokratische Freistellung von Helfern nicht nur für Einsätze, sondern auch für Übungen und Fortbildungen. Für diese Fortbildungen muss zudem noch viel mehr Werbung für Bildungsurlaub gemacht werden.

Essentiell für die Leistungen des Ehrenamts ist die Nachwuchsförderung, um Ehrenamt und Vereinsarbeit zu stärken.

Wie sind die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen und Ressorts zu definieren sowie die ebenen-, ressort- und auch grenzübergreifende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln?

Um Krisen zu bewältigen, müssen Kooperationen gebildet und Ressourcen sowie Kompetenzen gebündelt werden, wenn einzelne mit der Lage überfordert sind. Je weniger Abstimmungsverluste über verschiedene Ebenen, Ressorts oder sogar Grenzen hinweg von vornherein ausgeschlossen werden können, desto besser. Zuständigkeitsgerangel aber auch Verantwortungsscheu dürfen keine Rolle spielen. Daher ist eine klare Rollenverteilung im Vorfeld zu bestimmen und zu üben. Parallele Arbeiten, die sich gegenseitig zu behindern

drohen, müssen hierbei vermieden werden. Auf regionaler Ebene müssen Strukturen geschaffen werden, die dies durchsetzen und in runden Tischen organisieren können. Auch grenzübergreifende Versorgungssicherung sollte in diesem Schritt angegangen werden. Ein prominentes Beispiel ist die Einspeisung französischen Gases über die Schweiz, die in der aktuellen Heizperiode die Energieversorgung stützt. Daher sind auch Nicht-EU-Staaten, wie bspw. die Schweiz und Großbritannien mit einzubinden und Prioritäten in der Zusammenarbeit festzulegen. Hierfür müssen Strukturen geschaffen werden, in denen festgelegt wird, wer zuständig ist und wann entsprechende Ansprechpersonen hinzugezogen werden. Hier ist eine frühzeitige Information für Versorger wünschenswert.

Wie ist eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen?

Die Aufklärung von Bürgerinnen und Bürgern ist ein Muss. Daher müssen diese bereits so früh wie möglich in den Überlegungen berücksichtigt werden. Insbesondere betrifft dies realistische Risikoszenarien und Handlungsoptionen mit Eigenverantwortung. In der Krise selbst steht das Abwenden von Schäden im Vordergrund. Dabei geht es um Eigenschutz, aber auch und vor allem um den eigenen Beitrag zur Lösung von Problemen. Der Anspruch muss sein, Teil der Lösung und nicht des Problems sein zu wollen.

Wichtigster Punkt ist daher die Information der Öffentlichkeit abhängig vom jeweiligen Szenario. Hierzu könnten Krisenhandbücher pro Kommune mit Checklisten für die 10-20 häufigsten bzw. realistischsten Krisen erstellt werden. Pro Krise sind die Auswirkungen für die Bevölkerung festzuhalten, Gegenmaßnahmen zu beschreiben und der Informationsfluss festzulegen.

Hierbei darf keine Panik verursacht werden.

Wie ist die Einbindung wissenschaftlicher Expertise und Beratung, insbesondere bei politischen Entscheidungsprozessen in Krisenzeiten systematischer zu gestalten?

Die systematische Analyse von Not- und Krisenlagen durch eine neutrale und unter Umständen internationale Expertise ist wichtig, um die Prävention für vergleichbare Lagen zu verbessern. Dabei sollten nicht nur Experten von Universitäten und Instituten berücksichtigt werden, sondern auch Fachleute aus Firmen und Unternehmen und deren Vertretern. Die Einbindung muss entsprechend früh stattfinden.

Unternehmens- und Verwaltungsentscheidungen sollten analog zu einer Umweltverträglichkeitsprüfung auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Krisenvorsorge geprüft werden. Beispielhaft wäre hier die Planung eines Krisenstabsraumes beim Neubau einer Firmenzentrale zu nennen, analog zu vorgeschriebenen Sanitätsräumen.

Auch in Nicht-Krisenzeiten sind Beiräte sinnvoll, die regelmäßig tagen und denen neben Experten auch Vertreter von Verbänden und Unternehmen sowie der Verwaltung angehören. Die Ziele dieser Fokusgruppen müssen politisch vorgegeben werden und anschließend über entsprechende Vorschriften ihren Weg auch zu den nicht beteiligten Unternehmen und Zuständigen finden.

Entsprechend der normalen Krisenübungen ist es ratsam, mit IT- und DV-Experten eine jährliche Übung durchzuführen, um deren Arbeit auch ohne eine zuverlässige Stromversorgung zu simulieren. Wichtig ist wie bei allen anderen Punkten auch die Akzeptanz der Bürger und Behörden. Die Auswirkungen sind entsprechend der realistischsten, als auch extremer Szenarien zu gestalten.

Zudem muss das Marktverhalten hinreichend reflektiert werden, um erwartbare Kosten und Opportunitäten bestmöglich zu antizipieren.

Wie ist die Zivilgesellschaft so zu stärken, dass sie in komplexen Situationen und Zuständen der Ungewissheit handlungsfähig bleibt?

Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Ziel der professionellen Krisenvorsorge und somit ureigenste Aufgabe von Stellen, angefangen beim Bundesinnenministerium und dem BBK über die Länder bis hin zu den Kommunen. Es geht darum, unaufgeregt und wiederkehrend aufzuklären. Vorbild kann hier der Umgang in Japan und den USA mit Erdbebenrisiken sein. Die Kunst besteht darin, weder zu beunruhigen noch zu gängeln, aber die Eigenverantwortung und die Verantwortung für Andere zu stärken und handhabbare Tipps zu geben. Dies ist auch eine Aufgabe für die Bildung, in der Krisenbewältigung und Resilienz stärker thematisiert werden sollten.

Wichtig ist es klare Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Erreichbarkeiten zu definieren, zu kommunizieren und die Informationsketten festzulegen. Hierbei müssen entsprechende Indikatoren und rasche Entscheidungsprozesse festgelegt sein.

Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu identifizieren, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen und deren Betrieb auch und beson-ders in Krisenzeiten prioritär sichergestellt werden muss

(z. B. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Frauen- und Kinderschutzhäuser u. ä.)?

Grundsätzlich ist es richtig, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge für unser Zusammenleben und unsere Gesellschaft wichtig sind. Es muss aber bedacht werden, dass es Teilbereiche gibt, ohne die andere Bereiche nicht funktionieren können. So sind ohne Stromversorgung oder Wärmeversorgung auch keine Schulen zu betreiben. Dies muss bei einer Priorisierung von Maßnahmen entsprechend berücksichtigt werden.

Wie sind krisenbezogene Daten so zu erfassen, zu speichern und auszutauschen, dass Effektivität und Geschwindigkeit gewährleistet sind und den Datenschutz so weiterzuentwickeln, dass er dem nicht entgegensteht und zugleich das individuelle Persönlichkeitsrecht wahrt?

Wenn in der Prävention bzw. der Bewältigung einer Krise schutzrechtlich relevante Daten nicht (rechtzeitig) erhoben, ausgetauscht und verarbeitet wurden, wird es bei der Schadensaufarbeitung zur Frage kommen, "hätte man nicht besser…". Diese ist dann politisch bzw. ggf. auch juristisch zu beantworten und es gehört zur Transparenz klarzumachen, welche Risiken zugunsten des Datenschutzes bewusst zusätzlich eingegangen werden sollen.

Informationsbeschaffung und Verteilung ist eines der Kerndefizite in Deutschland. Gerade die Pandemie (langfristig), die Ahrtalflut (kurzfristig) und die Alarmtage (geplant) haben dies eindrücklich gezeigt. Ohne ausreichende Informationen und deren Weitergabe können äußerst wichtige Entscheidungen nicht zeitnah getroffen werden. Internetplattformen, die über kritische Zustände in der Versorgungslage informieren (wie bspw. BNetzA Gasplattform, die Stromgedacht-App von Transnet), können hierbei eine wichtige Rolle spielen, um sich anbahnende Unterversorgungen rechtzeitig zu erkennen. Dies ist für die Vorbereitung ausgesprochen wichtig. So könnten entsprechend Hochbehälter vorsorglich gefüllt werden, um die Wasserversorgung zu sichern, falls die Situation in den Stromnetzen angespannt ist und Lasten verschoben werden.

Diese Informationen sollten jedoch nach Möglichkeit gebündelt verfügbar sein. Wenige (bis einzelne) Sicherheitsplattformen sind für den Krisenfall robust zu programmieren und nur in jenem zu aktivieren. Klare und verständliche Prozesse zur Gefahrenabwehr haben hier Priorität.

Für vertrauliche Informationen könnte einem geschlossenen Teilnehmerkreis zudem über ein Extranet Informationen weitergegeben werden. Des Weiteren

muss die Weitergabe kritischer Daten auch schon vor einem Krisenfall möglich sein. Dies betrifft auch den Datenschutz. Denkbar ist „Opt-Out“ als Standard für die Grunddatenverwendung, damit z.B. einfach und unbürokratisch auch private Handynummern und Anschriften verwendet werden können. Zudem sollten Situationen definiert werden, in denen der Datenschutz zurückgestellt wird. Der Umgang mit diesen Daten muss natürlich trotzdem entsprechend gesichert sein. Zuwiderhandlungen gegen den Datenschutz in Nicht-Krisenzeiten und krimineller Umgang muss entsprechend geahndet und verurteilt werden. Da die Daten auch zu Vulnerabilitäten bei den kritischen Infrastrukturen führen können, muss hier stets die Sicherheit gewahrt bleiben.

Torsten Höck
Geschäftsführer
Tel: 0711 933491-20
Fax: 0711 933491-99
info@vfew-bw.de

VfEW
Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW) e.V
Schützenstraße 6
70182 Stuttgart

VEREIN DER VERWALTUNGSRICHTERINNEN UND VERWALTUNGSRICHTER BADEN-WÜRTTEMBERG

- Der 1. Vorsitzende -

An den
Landtag von Baden-Württemberg
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

per Mail: sandy.dobosch@landtag-bw.de

Mannheim, den 13. Januar 2023

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ – Anforderung einer schriftlichen Stellungnahme; Mail vom 22. November 2022

Sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission,

namens des Vorstands des Vereins der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter Baden-Württemberg bedanke ich mich für die Gelegenheit, zu den im Einsetzungsbeschluss aufgeworfenen Themenfeldern und insbesondere zu Themenfeld 2 Stellung zu nehmen.

Der Zweck des Vereins ist nach seiner Satzung die Förderung der Verwaltungsrechtspflege und der beruflichen Belange der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter in Baden-Württemberg. Unsere Stellungnahme bewegt sich ausschließlich im Rahmen dieses Satzungszwecks.

In Themenfeld 2 ist zu Recht die Notwendigkeit einer „durchgängig leistungsfähigen Justiz“ und damit nicht zuletzt die Verwaltungsgerichtsbarkeit angesprochen. Gerade in der Coronakrise ist unserer Gerichtsbarkeit eine herausragende Rolle zugekommen. Auch in Baden-Württemberg hat sie gelegentlich den politisch Verantwortlichen – teilweise zu deren offen bekundetem Missfallen – Grenzen bei den massiven Grundrechtseinschränkungen gesetzt.

Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter Baden-Württemberg
c/o Dr. Wolfgang Schenk – Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg – Schubertstraße 11 – 68165 Mannheim
wolfgang.schenk@vrv-bw.de – www.vrv-bw.de

Uns ist es ein besonderes Anliegen herauszustellen, was wir unter einer leistungsfähigen Justiz verstehen: **personell und sachlich bestmöglich ausgestattete Gerichte**. Für beides tragen der Landtag und die Landesregierung, insbesondere das Ministerium der Justiz und das Ministerium für Finanzen, die Verantwortung. Sie werden ihr aus unserer Sicht nicht in vollem Umfang gerecht.

Die personelle Ausstattung der Gerichte orientiert sich aus unserer Sicht zu sehr an den tagesaktuellen Eingangszahlen. Sinken diese, so werden alsbald Richterstellen abgebaut. Bei steigenden Eingangszahlen, wie in der Flüchtlingskrise ab Mitte der 2010er Jahre, stehen dann deutlich zu wenig Richterinnen und Richter zur Verfügung. Die zeitliche Verzögerung bei der Schaffung zusätzlicher Richterstellen führte dazu, dass der „Berg“ an Asylverfahren teilweise bis heute noch nicht gänzlich abgebaut werden konnte. Zudem hat es sich als sehr herausfordernd erwiesen, kurzfristig vergleichsweise viel richterliches Personal zu finden. Hätte man die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht zuvor wie geschehen in dem Maße klein werden lassen, wäre sie für die Herausforderung infolge der Flüchtlingskrise besser gewappnet gewesen.

Sorgen bereitet uns auch, dass die Justiz – wie der öffentliche Dienst insgesamt – im Wettbewerb um die besten Köpfe immer mehr an Attraktivität verliert. Dies führt auf die Thematik der Richterbesoldung. Sie ist schlicht unzureichend. So weist etwa auch die Europäische Kommission in ihrem „Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022“ vom 13. Juli 2022 (COM(2022) 500 final; siehe auch das „Country Chapter on the rule of law situation in Germany” [SWD(2022) 505 final]) auf die im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche Besoldung der Richterinnen und Richter in Deutschland hin. Aus unserer Sicht sollte gerade die Empfehlung der Kommission zu einer erheblich besseren Besoldung unserer Kolleginnen und Kollegen vom Land Baden-Württemberg ernst und zum Anlass für eine grundlegende Reform der Richterbesoldung genommen werden. Ein solches Reformprojekt ist längst überfällig und sollte – trotz der aktuell engen finanziellen Spielräume des Landes – nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Was die sachliche Ausstattung angeht, hat das Land in den vergangenen Jahren, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, durchaus beachtliche Anstrengungen unternommen. Doch auch insoweit gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. So bestehen immer noch zu viele und nicht zuletzt im Zusammenhang mit Updates erhebliche, die Arbeitsfähigkeit der Gerichte beeinträchtigende Probleme mit der elektronischen Akte.

In jüngster Zeit wurden auch die Etats für die Bibliotheken in erheblichem Umfang gekürzt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Wolfgang Schenk
1. Vorsitzender

Handlungsempfehlungen z.H. Enquète-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Entscheidungen und Errungenschaften der Pandemiezeit, die Familien betreffen

1. Handlungsfeld Gesundheit

Viele Kinder und Eltern sind nach den Einschränkungen in der Pandemie bis heute gestresst. Darüber hinaus haben Krieg, Inflation und Klimakrise die Familien direkt und indirekt belastet.
Kinder und Jugendliche waren bereits mehrfach im Blick bundesweiter Programme wie “Aufholen nach Corona“. Das ist gut so, denn viele Kinder und Jugendliche waren in der Pandemiezeit nahezu ein Jahr ohne institutionelle Bildung, Betreuung und Erziehung zu Hause, was viele Spuren hinterlassen hat (keine Peerkontakte, wenig Herausforderungen und Entwicklungsanreize, Kommunikationsschwächen usw.) Weniger im Blick, aber oft erschöpft, ausgelaugt oder durch Kurzarbeit an den Rand des Existenzminimums gelangt, sind Eltern bzw. Erziehungsberechtigte. Insbesondere Eltern, die Homeoffice und Homeschooling vereinbaren mussten, waren mit vielen Herausforderungen konfrontiert und erlebten, dass sie ihre Kinder und Jugendliche nicht gut genug schützen und begleiten konnten. Sie sind weder in den Nachholprogrammen noch in gesonderten Präventionsüberlegungen für Familiensysteme für künftige Krisen gut berücksichtigt.

Insgesamt wird in Deutschland dem System Familie zu wenig Beachtung geschenkt. Projekte und Programme richtigen sich überwiegend an Kinder und Jugendliche unterschiedlichen Alters. Dabei wird nicht ausreichend beachtet, wie bedeutungsvoll die Erziehungsberechtigten für ein gesundes und förderliches Aufwachsen, für Entwicklung, Gesundheit und Bildung von Kindern und Jugendlichen sind. Sie beeinflussen deren Entfaltung um ein Vielfaches mehr als institutionelle Angebote es tun. Wehe den Kinder und Jugendlichen, deren Eltern sich – aus welchen Gründen auch immer - nicht in der Lage sehen, ihre angemessen zu begleiten.

1.1. Positive Erfahrungen

Nachstehende Überlegungen haben vor allem Kinder- und Familienzentren als wertvolle, zuständigkeitsübergreifende, niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien zum Gegenstand. Kinder- und Familienzentren sind dazu da, ohne Indikation für alle Familien und ihre

Anliegen bedarfs- und ressourcenorientierte Unterstützung entweder selbst vorzuhalten oder zu vermitteln. Auch in Pandemiezeiten haben einige Familienzentren es geschafft, weiterhin Ort der Kommunikation, der Ansprache und des Austausches zu sein, so dass Familien nicht vereinsamten.

In den wenigen Familienzentren, die während der Coronazeit geöffnet blieben, haben Fachkräfte sowohl in Präsenz als auch digital Angebote für Eltern entwickelt, die diesen Entlastung, Anregung und Austauschmöglichkeiten zur Verfügung stellten. Eltern wurden weiterhin mit Bildungs- und Kontaktmöglichkeiten versorgt, sei es durch digitale Kontakte, durch Treffen draußen oder durch Tür- und Angelkontakte an der frischen Luft. Engagierte Familienzentren haben die Familien an ihrer Haustür besucht und ihnen Anregungen, Spiele, Lesestoff etc. vorbeigebracht. Das gleiche gilt für Familien- und Stadtteilzentren, die – unabhängig von Kitas – Eltern begleitet und sie motiviert haben. In vielen Familienzentren und den damit verbundenen Kitas haben durch die Pandemie Medien – digitale und Printmedien – mehr Beachtung und vor allem Anwendung erfahren. Insgesamt ist es an einigen Orten gelungen, familiären Stress etwas aufzufangen oder wenigstens Momente de Entlastung zu schaffen.

1.2. Negative Erfahrungen und Lessons learned

Bereits der Neunte Familienbericht (2021) thematisierte umfassend den wachsenden Bedarf an Familienunterstützung. Eine als zunehmend herausfordernd empfundene ‚intensivierte Elternschaft', so die Kerndiagnose des Berichts, setze Eltern unter Druck und verstärke Bildungsungleichheiten. Der Bericht empfiehlt daher, statt nachsorgend kompensatorisch, mit einer vorsorgenden, ‚investiven' und infrastrukturellen Sozialpolitik auf die Situation zu reagieren. Dasselbe gilt auch für den Gesundheitssektor! Der Fokus solle dabei verstärkt auf präventive Maßnahmen in den frühen Lebensphasen gelegt werden. Hierbei ist eine stärkere verteilungspolitische Treffsicherheit nötig, denn, wie durch den „Stresstest" der COVID-19-Pandemie noch einmal deutlich wurde, sind auch familienunterstützende Angebote letztlich eine Verteilungsfrage.

Leider sind in Baden-Württemberg die Kinder- und Familienzentren vom Gesundheitsressort nicht als Präventionsorte anerkannt. Durch die enge Verzahnung von Kitas und Familienzentren, wo vielfach Fachkräfte aus der Kita mit einigen wenigen Stunden auch noch Familienbegleitung und Beratung erfüllen sollten, entstand ausgerechnet in der Krise die Situation, dass der Rechtsanspruch der Kita und Personalnot dazu geführt haben, familienorientierte Leistungen zu streichen. Zahlreiche Familienzentren wurden geschlossen. Die Folgen waren gravierend für die Kinder, die Eltern und die Fachkräfte, da der regelmäßige Austausch zum Wohle der Kinder sowie die Stärkung der Erwachsenen sehr zurückgefahren werden musste. Insbesondere Eltern, die prekären oder bildungsfernen Milieus angehören, können ihre Kinder und Jugendliche oft nur ungenügend begleiten, es sei denn, sie würden selbst regelmäßig unterstützt und gestärkt. Insbesondere in Krisenzeiten gilt es, Familien vor Überlastung zu bewahren und Orte vorzuhalten, wo Fortschritte und Gelingendes, auch Selbstwirksamkeit von Familien, sichtbar gemacht werden.

An dieser Stelle – bei der Beratung, Begleitung, Bildung und Betreuung von Erziehungsberechtigten - braucht BaWü dringend eine neue Strategie, um die gesundheitlichen - psychischen und physischen - Spätfolgen sowie Verhaltens- und Bildungsauffälligkeiten von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

Während der Pandemiezeit wurde die Bedeutung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz sichtbar. In erster Linie wurde dafür gesorgt, dass Kinder von Eltern mit krisenrelevanten Berufen versorgt werden könnten. Kinder- und Familienzentren sind eine Leistung nach §16, die vielgestaltig möglich ist. Es gibt keinen Rechtsanspruch für Familien auf Zentren für Familien oder präventive Leistungen. Daher wurden in BaWü die Fachkräfte aus Familienzenten, die an Kitas angedockt sind, bei Bedarf in die Kita abgezogen bzw. wurden die Fachkraftstunden für das Familienzentrum, die eh schon sehr knapp bemessen sind, den Kitas zugeschlagen, da dort der Rechtsanspruch Kinderbetreuung sichergestellt werden musste.

Die Aufrechterhaltung der Präventions- und Dienstleistung für Familie müsste trotz Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen sichergestellt werden. Dazu braucht es zum Schutz des Personals Maßnahmen zur frühzeitigen und ausreichenden Information, allgemeine Hygiene- und Verhaltensregeln sowie Zutrittsbeurteilungen und die Bereitstellung von Schutzausstattung oder Vorbereitungen auf Impfung des Schlüsselpersonals.

Der Bundesverband der Familienzentren e.V. fordert alle Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen, das Gesundheitswesen und die Wissenschaft – auf, in ihren Zuständigkeiten das ihnen Mögliche beizutragen, um Familien insgesamt eine überdauernde, die Lernwege der Kinder und Jugendliche begleitende, präventive förderliche Begleitung auch unter krisenhaften Bedingungen zu ermöglichen.

Eine Maßnahme wäre dafür, flächendeckend die Kommunen zu verpflichten, Präventionsketten einzurichten, die sich nicht nur am Bildungsverlauf der Kinder und Jugendliche orientieren, sondern parallel dazu dezidiert die Kompetenz- und Gesundheitsentwicklung der Eltern stärken.

Die Maßnahmen für Familien sind sinnvollerweise am Bildungsregelsystem für Kinder und Jugendliche anzudocken, damit möglichst viele Familien davon profitieren. Ein Ziel der Maßnahmen müsste jedoch sein, Eltern direkt anzusprechen und zu motivieren, sich selbst und ihre Kinder und Jugendliche gesundheitlich und bildungsmäßig nachhaltig zu stärken und sie resilient auch für künftige Krisen zu machen. Dafür benötigen zahlreiche Eltern passgenaue Unterstützung, die nur im Dialog und in Beziehung mit ihnen möglich ist. Passgenauigkeit kann heißen Austausch, Kontakte zu anderen Eltern, Integration, Ideen und Anregung, Wissen oder Beratung zu unterschiedlichen Themen. Familienorientierte Einrichtungen mit sozialräumlichem Auftrag wollen für und mit Eltern Brücken bauen zum Wohlbefinden am Wohnort, ihnen Zugänge zu kulturellen und sozialen Angeboten schaffen und im Benehmen mit kommunalen, privaten und kirchlichen Einrichtungen für demokratisches Zusammenleben werben.

Um Eltern präventiv zu erreichen ist ein Netzwerk an Kooperationspartnern aus Politik Wirtschaft und Zivilgesellschaft nötig, das dafür sorgt, dass niedrigschwellige und familienzentrierte Anlaufstellen wie Kinder- und Familienzentren, Nachbarschafts- oder Stadtteilhäuser als One-Stopp-Shop vorhanden sind. Dafür müssten Versäulungen beseitigt werden, welche fachliche Grenzen zwischen Gesundheit, Bildung, Betreuung und Wohlbefinden setzen. Idealerweise sollten die Vereinbarungen zur niedrigschwelligen

systemischen Begleitung von Familiensystemen zudem über die Landesgrenzen hinweg getroffen werden. Es kann nicht sein, dass Familien in Berlin oder Bremen flächendeckend gut begleitet werden, in anderen Ländern jedoch der Zufall darüber entscheidet, welche Kommune von sich aus für ihre Familien sorgt und deren Gedeihen als zukunftsweisend betrachtet.

Im Rahmen der gesundheitlichen Prävention für Familiensysteme sieht der Bundesverband der Familienzentren e.V. folgende Handlungsfelder:

- **Handlungsfeld Geburtshilfe und Früherfassung:** Schwangerschaft und Übergang von der Geburtsklinik in die Familie: Zahlreiche größere Kommunen haben hierfür bereits Unterstützungssysteme durch Familienhebammen und Babylotsen geschaffen, die (werdende) Eltern an die Hand nehmen und sie bei Interesse einem Familienzentrum zuführen. Dazu zählen auch Mehrgenerationenhäuser, Bildungshäuser oder Stadtteilzentren, die für die frühe Begleitung von Familiensystemen eingerichtet sind, d.h. wo erwachsenenbildnerische Maßnahmen mit pflegerischen und pädagogischen Angeboten Hand in Hand vorgehalten werden.

- Das **Handlungsfeld Frühe Hilfen** unterstützt vor allem Familien mit Belastungen nach der Geburt, z.B. über Willkommensbesuche, Lotsendienste, Familienhebammen, Stillkurse oder Babypflege. Frühe Hilfen ~~müssen dafür~~ sorgen dafür, dass Eltern und Kinder in ihrem Wohnumfeld Anschluss und Kontakte finden. Dafür geeignet sind offene Treffs in Kinder- und Familienzentren oder ähnlichen Quartierszentren.

- Das **Handlungsfeld Kindertagesbetreuung** steht in der Präventionskette an nächster Stelle. Auch wenn dort Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bewegung vorgesehen sind, werden hier die Eltern als wichtige Vorbilder noch zu oft außer Acht gelassen. Da immer häufiger keine Großeltern oder Verwandte das Wissen über gesundheitliche und pädagogische Entwicklungsbegleitung weitergeben, wäre es sinnvoll, parallel zur Kita ein gutes Qualifizierungsangebot für Eltern vorzuhalten. Analog zu den Schulen, wo gerade ein Experiment mit Mental Health Coaches des BMFSFJ läuft, brauchen Eltern in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder möglicherweise Gesundheits- oder BildungsCoaches, die sie beraten, bevor sich akute Krankheiten und Krisen manifestieren. Sie wären gut platziert in Familienzentren bzw. sollten eng mit diesen zusammenarbeiten.

- Gesundheit spielte früher in der **Schule** stets eine Rolle. Heute finden Entwicklungsuntersuchungen in den Arztpraxen statt. Die Kommunikation zwischen Lehrkräften, Eltern und Gesundheitsexpert*innen ist dringend zu verbessern. Vielerorts wird die Sorge um die psychische und physische Gesundheit in der Schule ausgeblendet oder delegiert. Weil es viel zu wenig Beratungs- und Therapieplätze für Kinder und Jugendliche gibt und die Wartezeiten unter Umständen sehr lange dauern, fühlen sich sowohl Kinder als auch Eltern allein gelassen. In NRW und auch in anderen Ländern entwickeln sich gerade **Grundschulfamilienzentren.** Obwohl der Zugang von Familien ins Bildungswesen im Schulalter der Kinder viel zu spät ist und möglicherweise eher darauf zielt, die Eltern in die Erfordernisse der Schule

einzubinden, sind diese Familiengrundschulzentren möglicherweise für manche Eltern dennoch eine wichtige Anlaufstelle. Dabei geht es vermutlich weniger um Gesundheits- denn um Bildungsfragen. Mit dem Ausbau zuständigkeitsübergreifender Angebote für Familien können Bildungsangebote für Eltern auch im Schulalter noch zur Verbesserung der Familiengesundheit führen und sind daher zu begrüßen.

2. Handlungsfeld: Staatliche Krisenvorsorge

Krisenvorsorge im Gesundheits- und Bildungssektor ist in erster Linie Aufgabe der Länder, Kommunen sowie von Trägern der entsprechenden Einrichtungen. Während Corona wurde schnell deutlich, dass das Szenario „Pandemie“ Restriktionen für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen mit sich brachte, die die gewohnten Prozesse zur Erbringung der kritischen Dienstleistungen erschwerten oder in ihrer Umsetzung einschränkten. Viele der Maßnahmen wurden ad hoc getroffen und stellten sich hinterher als ungeeignet heraus.

Aufgabe Identifizierung von Krisen

Fach- und insbesondere Leitungskräfte in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für Kinder (und Familien) benötigen bereits im Vorfeld von Krisen eine klare Definition, wann wirklich von Krise gesprochen werden soll. Das schließt die Vorbereitung von Verordnungen und Tools ein, die Führungspersonen selbst in Krisen gelassen und ruhig bleiben lässt und ihnen Handlungsoptionen eröffnen. Im Idealfall sind Fach- und Leitungskräfte für den Umgang mit Störungen qualifiziert und haben bei der Entwicklung sinnhafter Maßnahmen mitgewirkt bzw. sind sie geschult, diese Maßnahmen wirkungsvoll umzusetzen. Sie verfügen zudem über Methoden, die Familien motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Im Verlauf der Pandemie wurde der Bedarf einer Konkretisierung der kritischen Dienstleistungen und Prozesse sehr deutlich. Ziel sollte es daher sein, auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen eine harmonisierte Übersicht der Sektoren, Branchen, kritischen Dienstleistungen und kritischen Prozessen bereits vor dem Eintreten einer Krise/eines Ereignisses vorliegen zu haben. Neben der Identifizierung kritischer Infrastrukturen und systemrelevanter Einrichtungen wurde der Bedarf der Priorisierung deutlich. Familien und Kinder schützend zu begleiten, müsste oberste Priorität des Staates sein. Unter anderem gilt es zur Entschärfung kommender Krisen sowohl im Gesundheits- als auch im Bildungswesen präventiv für eine auskömmliche Personaldecke zu sorgen. Die Pandemie hat gezeigt, dass Ausfälle von Personal sofort auf die Kinder und Eltern durchschlagen und dass eine ungenügende Begleitung zu Unsicherheiten, emotionalen Störungen und Missgunst führen können. Kinder und Jugendliche aus Familien mit Erwachsenen, die nicht arbeiten oder prekäre Jobs haben, sind besonders gefährdet, sowohl gesundheitlich als auch bildungsmäßig den Anschluss an ihre Altersgruppe zu und die soziale Teilhabe wird erschwert. Sie sind aber diejenigen, die als erste zu Hause bleiben mussten. Daher gilt es ein Konzept zu entwickeln, dass genau diese Familien berücksichtigt und sicherstellt, dass nicht ganze Jahrgänge von Kindern und Jugendlichen durch die Raster fallen.

3. Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten

Zwar wurden in den vergangenen Jahren große und bevölkerungsrepräsentative Studien wie KIGGS und ihre Nachfolgestudie BELLA, COPSY und andere zur Erfassung von Gesundheitsdaten durchgeführt. Wichtig wäre, mehr über die Wirkung von ambulanten und

präventiven Maßnahmen zu erfahren. Aktuell werden gesundheitsbeeinträchtigende Situationen und Krisen, die individuell auch durch (Bildungs- oder Informations-)Armut entstehen können, oft nicht aufgefangen, weil zu wenige Angebote vorhanden sind oder extrem schwierige und langwierige Zugänge (Wartezeiten, Personalmangel, sprachliche Verständigung usw.) zu überwinden sind. Psychosoziale Folgen von Krisen sollten u.a. dadurch vermieden werden, dass persönliche und digitale Angebote als integrale Bestandteile des Krisenmanagements sichergestellt werden.

Allerdings sind für die Bewältigung künftiger Krisen mehr systematische Daten erforderlich, die dazu dienen können, Maßnahmen gezielter und effektiver einsetzen zu können. Aktuell fehlen in Deutschland aussagekräftige Langzeit-Forschungen, die die Wirkung von Familienzentren und ihrer ganzheitlichen präventiven Begleitung von Eltern und Kindern beschreiben.

Niedrigschwellige und präventive Angebote für Familien fallen immer wieder aus den sozialräumlichen Planungen heraus, da deren Erfolge nicht kurzfristig sichtbar sind, politisch Verantwortliche jedoch vorzeigbare Ergebnisse brauchen. Daher wir Armut erst bekämpft, wenn sie bereits da ist und man muss erst krank werden, bevor man Unterstützung bekommt.

Der Bundesverband der Familienzentren e.V. empfiehlt, dass die Enquete-Kommission darauf dringt, eine **umfassende und zuständigkeitsübergreifende Begleitstrategie für Familiensysteme** einzurichten. Es sollen – auch nicht in Krisen - einzelne Krankheiten, Unzulänglichkeiten oder Menschen mit bestimmten Merkmalen im Blick sein, sondern das Krisenmanagement sollte sich auf ein gesamtgesellschaftliches Verständnis von Vor- und Fürsorge, Demokratie und Solidarität stützen können.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Neunter Familienbericht Eltern sein in Deutschland – Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt. 2021

DJI Deutsches Jugend Institut (DJI), Robert Koch Institut (Hg.): Kindertagesbetreuung und Infektionsgeschehen während der COVID-19-Pandemie. Abschlussbericht der Corona-KiTa-Studie; 2021

Journal of Health Monitoring

Strametz R, Raspe M, Ettl B et al. Handlungsempfehlung zu Stärkung der Resilienz von Behandelnden und Umgang mit Second Victims im Rahmen der Covid-19-Pandemie zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens. Aktionsbündnis Patientensicherheit; 2020

Kontaktadresse:

Bundesverband der Familienzentren e.V.
Daniela Kobelt Neuhaus, Geschäftsführung
Ritterstr. 35, 10969 Berlin
Tel. 0151 4318 777
info@bundesverband-familienzentren.de
www.bundesverband-familienzentren.de

Erzbischöfliches Ordinariat * Schoferstr. 2
79098 Freiburg im Breisgau

Bischöfliches Ordinariat * Eugen-Bolz-Platz 1
72108 Rottenburg am Neckar

Stellungnahme der Erzdiözese Freiburg und der Diözese Rottenburg – Stuttgart zur Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

1. Einleitung

Unsere „Gesellschaft im Wandel“ stellt die Frage, wie die sie tragenden Kräfte eingebunden werden können, um die Transformationsprozesse im Sinn einer Weiterentwicklung zu gestalten. Diese Wandlungsprozesse sind schon seit längerer Zeit zu beobachten. Durch die Corona-Krise seit 2020 und den russischen Angriff auf die Ukraine seit Februar 2022 werden deren Auswirkungen beschleunigt und verstärkt.

Es stellt sich sehr deutlich die Frage, wie krisenfest unsere Gesellschaft ist, wie sie ihre Krisenfestigkeit stabilisieren und ausbauen kann und welchen Beitrag die gestaltenden Institutionen hierzu leisten können und müssen.

Die katholischen Diözesen in Baden-Württemberg begrüßen die Initiative des Landtages, die mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ verbunden ist und skizzieren in dieser Stellungnahme gerne ihre Beiträge in und zu dieser Entwicklung.

Wir verzichten dabei in diesem Format darauf, das Engagement der beiden Bistümer mit Mengen- und Dauerangaben zu hinterlegen. Stattdessen legen wir den Fokus auf die Motivation unseres gesellschaftlichen und sozialen Engagements, wie weit gespannt unser Angebot ist und auf welchen Wegen es die Menschen in unserer Gesellschaft erreicht. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass das kirchliche Engagement für das Gemeinwohl nicht für alle Menschen direkt als solches identifizierbar erscheint und deshalb oft unterschätzt bzw. auf direkte religiöse und liturgische Vollzüge reduziert wird.

Vor dieser Darstellung geben wir eine skizzierte Einschätzung, welche Faktoren dieses Engagement beeinflussen und prägen.

2. Transformationsprozesse in Gesellschaft und Kirche

2.1 Gesellschaft im Umbruch

Gesellschaftliche Megatrends

Bei der Aufzählung dieser derzeit wirksamen gesellschaftlichen Megatrends ist vollkommen klar, dass es sich um eine unvollständige Auswahl handelt. Ihre Vielgestalt stellt dabei vor Augen, dass diese Trends miteinander verzahnt sind und nicht isoliert betrachtet werden können.

- Globalisierung
- Klimawandel und Artensterben
- Pluralisierung und Diversity

- Liberalisierung
- Individualisierung
- Digitalisierung
- Beschleunigung
- Demographischer Wandel/überalterte Gesellschaft
- Zerfall der Europäischen Sicherheitsarchitektur
- Endlichkeit des unbegrenzt gedachten Wachstums

Gemeinsam ist diesen Phänomenen ihre mediale Präsenz, die die herkömmlichen Massenmedien ebenso beherrschen wie die Social-Media-Kanäle. Durch die Mechanismen der sozialen Medien (zunehmend kürzere Formate, Fans, Follower, Filterblasen, Abonnements, jede/r ist Sender und Empfänger) ist es für die etablierten Institutionen kaum mehr möglich, die individuell sehr schnell gefasste – oft auch nur übernommene – Meinung differenzierend oder gar korrigierend einzuwirken. Folge ist ein gesellschaftliches Klima der Verunsicherung und der Aufregung, das sehr viele Menschen erfasst.

Verunsicherung als gesellschaftliches Klima

Die Verunsicherung sehen wir als Grund dafür an, dass zunehmend nach „einfachen Lösungen" in einer immer komplizierteren Lage gesucht wird und oft jenen Kräften und Demagogen unkritisch gefolgt wird, die genau diese versprechen. Damit wächst auch das Misstrauen gegenüber dem Staat, der Wissenschaft und u.a. auch den etablierten Kirchen. Das bisher stabil erscheinende gesellschaftliche „Wir" droht immer weiter dekonstruiert zu werden.

Identitätsbildung in einer pluralen Demokratie

Ein gesellschaftliches „Wir" wurde bis weit in die 80-er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein in Grundzügen von Staat und Kirchen garantiert und von den Menschen zunächst übernommen. Heute sind die Grundwerte dieses gesellschaftlichen „Wir" durch eine stabile demokratische Entwicklung und den Verfassungsstaat so gut garantiert und selbstverständlich geworden, dass die Erinnerung an ihre Grundlagen und Ursprünge in weiten Teilen der Gesellschaft verblasst ist. Man könnte auch zugespitzt sagen: Die Grundwerte unserer Gesellschaft sind Opfer ihrer eigenen Wirksamkeit.

Hinzu kommt, dass unter anderem infolge der Säkularisierung die Bindekraft der christlichen Kirchen nachlässt und damit auch deren identitätsbildende Bedeutung schwächer wird. Gleichzeitig bringen sehr viele Geflüchtete ihre jeweilige Religion als prägendes Identitätsmerkmal mit nach Deutschland und pflegen diese unter dem Schutz der Religionsfreiheit verständlicherweise mit Nachdruck, nachdem alle anderen kulturellen Identitätsmuster mit der Flucht zurückgelassen werden mussten.

Dies verstärkt die Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung, in deren Folge eine verstärkte Suche nach identitätsbildenden Faktoren in überschaubaren Zusammenhängen kleiner Gruppen zu verzeichnen ist: in der Hinwendung zu fundamentalistischen religiösen Gemeinden oder in der strikten Abgrenzung von allen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Beides steigert die Gefahr der Radikalisierung von Einzelnen und Gruppen.

2.2. Staat und Demokratie in der Krise

Nicht nur infolge dieser Entwicklungen befinden sich Staat und Demokratie in einer nachweisbaren Gefährdungssituation, deren konstruktive Bewältigung entscheidend für die zukünftige Gestalt des gesellschaftlichen Lebens sein wird. Aus der Beobachtung aktueller Zeitphänomene ergeben sich weitere Gefährdungspotentiale, die im Folgenden genannt seien:

Vertrauensverlust

Das Vertrauen in die Politik und die staatliche Verwaltung nimmt weiter ab. Immer weniger Menschen scheinen bereit zu sein, die Komplexität vieler Vorgänge und deren demokratische Handhabung zu akzeptieren. Ein Indikator hierfür ist etwa die zunehmende Bedrohung politischer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bis hin zur Drohung gegen deren Familien, Leib und Leben. Dies geschieht auf allen politischen Ebenen von der Kommunalverwaltung bis zur Bundesregierung und wird durch den um sich greifenden Populismus und die damit einhergehende Ideologisierung und Polarisierung verstärkt.

Gleichzeitig löst sich der vorpolitische Raum auf: Vereine, Gewerkschaften und Verbände verlieren immer mehr von ihrer bisher bindenden, organisierenden und integrierenden Kraft. Ein konsentiertes gesellschaftliches Leitbild ist nicht mehr vorhanden.

Alarmismus

Dies schafft den Raum für den deutlich zu beobachtenden Alarmismus, der nicht nur private Medien oder Social-Media-Kanäle immer mehr durchzieht, sondern auch Talkrunden des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunehmend prägt und zu dem auch selbsternannte Experten und Expertinnen sowie politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in parteipolitischem Interesse durchaus beitragen.

Zeitdruck

Durch diesen Alarmismus werden die politisch Handelnden unter einen massiven Reaktions- und Zeitdruck gesetzt und jedes Zögern oder auch nur Nachdenken wird negativ konnotiert. Sie müssen sich in einem multimedialen Zeitalter weit mehr als früher an medialen Aufmerksamkeitsmomenten ausrichten und versuchen, im Minutentakt – also in „Echtzeit“ – auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Das steigert die Gefahr, schnelle und vorgeblich „alternativlose“ Entscheidungen zu präferieren, um der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu signalisieren. Dies geht zu Lasten der zeitaufwendigen Beratungs- und Aushandlungslogiken repräsentativer Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse und der Beteiligungsnotwendigkeiten demokratischer Gremien und Institutionen. Gesetzgebungsverfahren werden durch diesen Druck notwendigerweise fehleranfälliger. Dass Twitter und Instagram-Accounts mittlerweile anerkannte Kanäle politischer Kommunikation auf allen Ebenen zu sein scheinen, macht den Befund nicht besser.

Generationengerechtigkeit

Die Generationengerechtigkeit als Thema wird immer stärker in den Vordergrund treten. Die Entwicklung des Rentensystems, die Nachhaltigkeitsdebatte und die Aktionen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen zeigen deutlich, dass hier hohe Spaltungsgefahr besteht: einerseits bilden die „Alten“ immer noch die Mehrheit auch politischer Entscheidungen ab – gleichzeitig wächst bei jungen Menschen deutlich die Bereitschaft, eigene Interessen und politische Ziele neben oder auch gegen demokratische Verfahren zu setzen. Exemplarisch seien hier die Aktionen etwa der „Letzten Generation“ zu nennen, die ausdrücklich das Ziel benennen, den Staat zum Handeln in ihrem Sinn zwingen zu wollen.

Verteilungsgerechtigkeit

Ein weiteres Thema bildet die Verteilungsgerechtigkeit sozialer und ökonomischer Ressourcen: Die Diskussionen um bezahlbaren Wohnraum, verfügbare Plätze in Kindertageseinrichtungen und den Zugang zu Bildung markieren hier oft einen Zwiespalt zwischen politischen (Selbst-)Verpflichtungen und der tatsächlichen oder empfundenen Situation großer Teile unserer Bevölkerung.

2.3 Relevanzverlust der Kirchen

Die Kirchen waren früher Garanten und Wahrer des gesellschaftlichen Wertegerüsts und trugen wesentlich zur gesellschaftlichen und kulturellen Identität und damit auch zu deren Stabilität bei. Nicht umsonst rekurrieren die Debatten um eine Leitkultur auf das Wertegerüst eines im wesentlich christlich geprägten Abendlandes. Nach wie vor bleiben diese Werte durchaus prägend für unsere Gesellschaft und das sog. Böckenförde-Diktum richtig, dass der freiheitliche, säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Aber es muss auch festgehalten werden, dass die Einheitlichkeit dieser Voraussetzungen eben nicht mehr gegeben ist.

Infolge der Pluralisierung sind auch ethische Plausibilitäten fragwürdig und damit begründungspflichtig geworden. Jeder Wertekonsens kann in Zukunft nicht mehr als vorgegeben angesehen werden, sondern es ist Aufgabe der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, diesen immer wieder neu zu verhandeln.

Dass kirchliche Positionierungen hier keine Sonderstellung beanspruchen können, ergibt sich unmittelbar aus der Logik einer pluralen Gesellschaft, wird aber zudem verstärkt durch den selbstverschuldeten Relevanzverlust zumindest der katholischen Kirche, die es lange Zeit versäumt hat, sich strukturell auf die sich abzeichnende Liberalisierung und Pluralisierung der Gesellschaft einzustellen. Erst in jüngster Zeit und durchaus auch als Reaktion auf den Missbrauchsskandal und die sich daraus ergebende Dokumentation des Versagens der Institution „Kirche“, sucht man nach neuen Wegen, um die Anschlussfähigkeit mit gesellschaftlichen Entwicklungen wiederzuerlangen, ohne dabei das eigene Proprium zu verlieren und austauschbar zu werden.

2.3.1. Außenwahrnehmung der katholischen Kirche

Neben diesen eher internen Glaubwürdigkeits- und Strukturproblemen sieht sich die Kirche – nicht nur in Deutschland – mit einem deutlichen Image-Problem konfrontiert. Dazu gehört, dass die Kirche von der medialen Öffentlichkeit hierzulande deutlich klerikalisiert wahrgenommen wird, d.h. sie wird auf das Handeln von Papst, Bischöfen und Priestern sowie ihre gottesdienstlichen Äußerungsformen reduziert.

Zuzugeben ist, dass dazu auch die Kirche selbst beiträgt, indem sie selbst zu wenig wahrnimmt und noch weniger nach außen vermittelt, dass die Caritas wie die Liturgie und die Verkündigung gleichwertige Wesensvollzüge von Kirche sind. Dadurch gerät in der öffentlichen Wahrnehmung ins Hintertreffen, dass in Baden-Württemberg mehr als 60.000 Menschen hauptamtlich für die Caritas arbeiten und sich ebenso viele ehrenamtlich in Diensten und Projekten der Caritas engagieren. Ebenso wenig präsent in der öffentlichen Wahrnehmung sind die vielfältigen Formen, in denen Kirche vor Ort in den Gemeinden Angebote zur Vergemeinschaftung bereitstellt. Auch das breite, nicht selten ehrenamtsgetragene Engagement der Kirchen in den Bereichen der seelsorgerlichen Begleitung und der kirchlichen Erwachsenenbildung in Bildungswerken und Akademien, der katholischen Schulen und im Religionsunterricht, bleibt von der Öffentlichkeit weithin unbeachtet.

Der Missbrauchsskandal, der derzeit die Kirche in Deutschland und weltweit erschüttert, verstärkt diese Wahrnehmung nochmals deutlich: Verabscheuungswürdige Verbrechen an Kindern und Minderjährigen durch Kleriker und Ordensleute sowie das verantwortungslose Handeln von Bischöfen und leitenden Klerikern zur Vertuschung dieser Taten, die komplett fehlende Sicht auf das Leid der Betroffenen sowie die zum Teil schleppende Aufarbeitung stellen die Kirche im öffentlichen Urteil unter Generalverdacht.

Dabei ist keine Klage darüber anzustimmen, dass die gegenwärtige öffentliche Wahrnehmung der katholischen Kirche primär vom Missbrauchsskandal bestimmt wird. Die Kirche selbst formuliert das hohe Ideal ihres Menschenbildes, an dem sie sich messen lassen muss und an dem sie sich maximal verfehlt hat. Insofern ist es durchaus selbstverschuldet, dass in der Öffentlichkeit aktuell aus dem Blick gerät, wie sehr sich auch die katholische Kirche in vielen wesentlichen Feldern unserer Gesellschaft fördernd engagiert, ohne dabei in erster Linie auf Mitgliederbindung oder -gewinnung zu schauen.

2.3.2 Selbstwahrnehmung der katholischen Kirche

Folge des beschriebenen Relevanzverlusts der Kirchen ist deren Entwicklung weg von einer Volkskirche hin zu einer Kirche im Volk mit den hierfür erforderlichen Gestaltungsprozessen auf allen Ebenen kirchlichen Lebens. Dazu gehört auch die Bildung größerer Pfarreistrukturen, um die pastorale und karitative Arbeit der Kirche auch in Zukunft auf einem hohen Niveau flächendeckend garantieren zu können. Gleichzeitig sehen sich die Kirchen in der Verantwortung, gerade auch unter den Bedingungen größerer Einheiten vor Ort präsent zu bleiben und gemeinschaftliche Lebensvollzüge aus dem Glauben zu stärken.

Die disruptiven Prozesse der sinkenden Mitgliederzahlen und der damit einhergehenden Reduktion der Steuereinnahmen bilden ebenso eine herausfordernde Aufgabe wie die Frage der Gleichberechtigung von Frauen bis in die Strukturen des kirchlichen Amtes hinein, der demokratischen Teilhabe der Getauften an allen kirchlichen Entscheidungen sowie die Frage der Machtkontrolle und der Gewaltenteilung hinsichtlich des Bischofsamtes.

Bei den Versammlungen des „Synodalen Weges“ zeigt sich, dass diese Entwicklungen mit anstrengenden Meinungsbildungsprozessen einhergehen. Ebenso zeigt sich aber, dass die große Mehrheit der Bischöfe und der Synodalen davon überzeugt ist, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht. Die südwestdeutschen Bistümer teilen diese Auffassung und haben entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht.

3. Resilienz der Gesellschaft als gemeinsame Aufgabe

3.1 Beitrag der Kirchen zu einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft

Die Verbundenheit der Kirche mit der Gesellschaft

Das gesellschaftswirksame und -gestaltende Tun der Kirche erfolgt in der direkten Umsetzung der Frohen Botschaft. Judentum und Christentum sehen die Schöpfung als Auftrag zur pflegerischen Welt- und Gesellschaftsgestaltung. Lange wurde der sog. Herrschaftsauftrag entsprechend absolutistischer Staatsmodelle als Unterwerfungsauftrag gesehen. Dies entspricht aber nicht dem biblischen Bild des Herrschers, der in erster Linie die Sorge des Schöpfers um seine Schöpfung repräsentieren soll.

Ebenso entspringt das soziale Engagement der Kirchen für den Menschen und seine Würde aus dem Gottes- und Menschenbild des Christentums. Der Mensch ist als Person noch vor jeder religiösen Differenzierung Bild Gottes und trägt damit eine unverlierbare Würde, die es unter allen Umständen zu wahren gilt. Daraus folgend begegnet uns in jedem Menschen – besonders in den Armen, Schwachen und an den Rand Gedrängten – der absolute Anspruch der Wahrung dieser Würde.

Biblisch gespeichert ist dieses Menschenbild im Doppelgebot der Gottes- und der Nächstenliebe. Lehramtlich spiegelt es sich in Artikel 1 der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ des II. Vatikanischen

Konzils: Dort heißt es unter dem Titel „Die engste Verbundenheit der Kirche mit der ganzen Menschheitsfamilie“: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen in der Welt von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände.“ Hieraus ergibt sich jedes liturgische, caritative und verkündigende Engagement der Kirche, wobei diese Wesensvollzüge gleichwertig und aufeinander verwiesen sind. Fehlt einer davon, werden die anderen geschwächt.

In all ihrem gesellschaftlichen Engagement weiß sich die Kirche nicht alleine unterwegs, sondern verbunden mit anderen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. So betrachtet sie ihr konkretes Handeln eben nicht als Alleinstellungsmerkmal, sondern sucht wo immer möglich die Vernetzung mit den anderen zivilgesellschaftlichen Kräften. Die subsidiäre Struktur dieses Engagements ist für alle Beteiligten schon bisher eine klare „*win-win*“-Situation und positiv für die Menschen in unserem Land.

Resilienz durch gelebten Glauben

Empirische Untersuchungen stellen fest, dass der Glaube Resilienz fördert. Denn um Krisenkompetenz und Widerstandskraft zu erlangen, muss der Mensch nicht nur Vertrauen in sich selbst erfahren können, sondern dies auch in Gemeinschaft erleben dürfen. Beides verwirklicht sich in Religionssystemen, insofern hier das Selbstvertrauen eingewurzelt ist im Vertrauen zu Gott, der Anteil nimmt am Los der Menschen und menschliches Leben durch alle Krisen hindurch zur Vollendung bringen kann. Zudem haben glaubende Menschen in Gott ein Gegenüber, an das sie all die Emotionen adressieren können, die sie angesichts des Krisenhaften ihres Lebens umtreibt: Hoffnung, Bitte, Klage, Verzweiflung. Schließlich werden religiöse Menschen eher von Gemeinschaften aufgefangen, weil die Glaubenspraxis immer auch mit der Einbindung in eine Glaubensgemeinschaft verbunden ist. Religiöse Menschen haben das Gefühl, nicht alleine vor der Herausforderung zu stehen, sondern auf die Unterstützung von anderen vertrauen zu können.

Zudem sind die Religionen mit ihrem Verweis auf die Transzendenz Gottes institutionalisierte Unterbrechungen einer Logik des unbeschränkten Wachstums in beständiger Verfügbarkeit und schaffen „Resonanzräume“, in denen sich der Mensch wieder selbst bewusst und anrufbar für neue Dimensionen des Lebens werden kann.

Darüber hinaus verfügen die Kirche über Räume und Riten, die den Menschen auch in Extremsituationen einen Ort bieten, um die oft um sich greifende und zunehmende Sprachlosigkeit zu überwinden. Dies zeigt sich vor allem bei Krisen und Katastrophen, bei Unglücken und bei Gewaltverbrechen. Auch die klassische gottesdienstliche und sakramentale Begleitung der Lebensphasen (Geburt, Kindheit, Adoleszenz, Lebensformentscheidungen, Krankheit, Sterben) sind solche Resonanzräume, die von sehr vielen Menschen, auch unabhängig von ihrer religiösen oder kirchlichen Bindung in Anspruch genommen werden.

Orientierungsangebote für die Gesellschaft als Wertegemeinschaft

Das oben skizzierte Gottes- und Menschenbild der Kirchen ist kompatibel und ursprungsverbunden mit dem Menschenbild der Demokratie. Daher stellen die Prinzipien der Katholischen Soziallehre das Angebot eines wertebasierten Ordnungsrahmens in gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen dar.

- Personalität erfordert und ermöglicht Teilhabe.
- Solidarität lindert Not und schafft Gerechtigkeit.
- Subsidiarität ermöglicht Flexibilität und Kreativität vor Ort.

- Die Betonung des Gemeinwohls versteht die Gesellschaft nicht nur als Summe auszutarierender Einzelinteressen, sondern lenkt die Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Gestaltung des jeweiligen Lebens- und Sozialraumes.
- Zu diesen klassischen Prinzipien der Soziallehre gesellt sich als ganzheitliche und übergreifende Maxime kirchlichen Handelns das Prinzip der Nachhaltigkeit, welches sowohl Umwelt- und Wirtschaftsfragen als auch soziale und kulturelle Fragen umfasst.

Als Beitrag zur Wertorientierung betrachtet die Kirche aber auch ihre Verkündigung der biblischen Visionen einer in Gott erlösten Welt. Diese greifen mit ihrem archetypischen Bildprogramm die tiefen Sehnsüchte der Menschen nach Heil und Sinn auf und transzendieren so die Fixierung auf das, was aktuell machbar erscheint. Die biblischen Hoffnungsgeschichten motivieren darin zum Entwurf visionärer Gesellschaftsprogramme und bieten damit Narrative in der Debatte um Werte, deren Herkunft und Bedeutung für unsere moderne Gesellschaft.

Darüber hinaus bringt die katholische Kirche die Globalisierungserfahrungen einer Weltkirche ein. Neben dem Aufbrechen einer eurozentrischen Weltsicht sind deren Wirkungen u.a. Toleranz, Interkulturalität, Erfahrung der Einheit in Vielfalt, Ambiguitätstoleranz als ideologiekritisches und inkulturationsförderndes Element.

Sinnvermittlung und Lebensbegleitung

Als Antwort auf die Kant'schen Fragen (Woher komme ich? Wohin gehe ich? Was darf ich hoffen? Was soll ich tun?) vermitteln die Kirchen auch heute ein ethisches Gerüst und religiöses Orientierungswissen. Sie machen Angebote religiöser und christlicher Antworten auf existenzielle Fragen.

Darüber hinaus ist es Ziel kirchlicher Bildungsarbeit, den Menschen Grundlagen und Impulse zur gelingenden Gestaltung ihres Lebens zu bieten. Dies gilt für die frühkindliche Erziehung in Kindertagesstätten ebenso wie für die Schulen der Schulstiftungen, den Religionsunterricht, die Bildungswerke, die kirchlichen Büchereien und die Dialogarbeit mit allen Gesprächspartnerinnen und -partnern aus Politik, Wissenschaften und Gesellschaft in den Katholische Akademien.

Gelingendes Leben als Individuum und in Gemeinschaft ist auch eines der wesentlichen Ziele der nach wie vor vielfältigen Landschaft kirchlicher Verbandsstrukturen: So begleiten Jugendverbände Jugendliche in ihrer Adoleszenzphase und bieten ihnen die Möglichkeit, Vereinzelung zu überwinden, Selbstwirksamkeit zu erfahren, ihre spezifischen Fragen in einer *peer-group* zu bearbeiten und Demokratie einzuüben. Darüber hinaus leisten die Jugendverbände Hilfestellung dabei, in komplexen politischen, gesellschaftlichen und religiösen Fragen einen eigenen Standpunkt zu formulieren und sich gemeinsam zu engagieren. Auch Erwachsenenverbände (Katholische Frauengemeinschaft, Männerwerk, Familienbund, Katholische Landjugendbewegung, Kolpingwerk, Altenwerk, Katholische Arbeitnehmerbewegung usw.) sind Erfahrungsorte von Gemeinschaft und zugleich Plattformen für die Gestaltung ehrenamtlichen Engagements.

Lebensbegleitung in jedem Lebensalter und fast jeder Lebenslage geschieht zudem durch das breit gefächerte Spektrum pastoraler Dienstleistungen. Exemplarisch seien hier genannt: die menschliche und spirituelle Begleitung Trauernder auf ihrem individuellen Weg mit dem Verlust eines Menschen umzugehen; Notfallseelsorge als seelsorgliche Akuthilfe für Betroffene und deren Angehörige, aber auch für Mitarbeitende der beteiligten Rettungs- und Hilfsdienste; die Telefonseelsorge mit ihrem niederschwelligen Angebot rund um die Uhr für Menschen mit vielfältigen Problemlagen. Hinzu treten weitere pastorale Handlungsfelder wie die Betriebsseelsorge, die Seelsorge in Krankenhäusern und im

Gesundheitswesen, die Seelsorge bei Menschen mit Behinderungen, Hochschulpastoral, Polizeiseelsorge, Gefängnisseelsorge, Hospizseelsorge, Seelsorge bei Aids- und drogenkranken Menschen, Freizeit- und Tourismusseelsorge, um nur einige zu nennen.

Schließlich engagieren sich Christinnen und Christen aus ihrer Glaubensmotivation heraus nicht nur im binnenkirchlichen Raum, sondern auch in den Sozialräumen, in der Vernetzung von Kirche mit Kommunen, Vereinen und anderen Initiativen sowie auf allen Ebenen der Politik. Deshalb entdeckt die Kirche immer mehr die Aufgabe, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus zu einer Plattform für vielfältiges Engagement im Sozialraum zu werden, die einzelne bei der Entdeckung der eigenen Engagementwünsche und -möglichkeiten und in der Engagementtätigkeit selbst begleitet durch das Angebot praktischer Unterstützung und persönlicher Reflexionsräume.

Anwaltschaft für soziale Gerechtigkeit

Von ihren biblischen Grundlagen her sieht sich die Kirche verpflichtet zur Anwaltschaft für eine soziale Gerechtigkeit, die mehr meint als nur den ökonomischen Ausgleich, auch mehr als die Gleichheit der Lebensverhältnisse der Menschen in einer Gesellschaft. Kernpunkt sozialer Gerechtigkeit, wie die Kirche sie versteht, ist es vielmehr, in einem umfassenden Sinn solidarisch Chancen auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben.

Unter dieser Prämisse firmieren unter dem Dach der verbandlichen Caritas beispielsweise Beratungsdienste, Krankenhäuser, Alten und Pflegeheime; mobile Pflegedienste, Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen, Suchthilfe und Suchtkliniken, Betreuungsdienste, Erziehungshilfe, Jugendhilfe, Familienhilfe, Familienerholung, Sozialdienste, Betreuung geflüchteter Menschen und Wohnungslosenhilfe.

Neben dieser dauerhaften Bereitstellung sozialer Daseinsfürsorge sehen sich die Kirchen aber auch in akuten Krisen dazu verpflichtet, ihren Beitrag zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zu leisten: In der Flüchtlingskrise 2015 und der massenhaften Fluchtbewegung nach Ausbruch des Ukraine-Krieges etwa haben Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen wesentlich dazu beigetragen, diese Herausforderungen zu bewältigen durch die Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten. Dabei war ein überdurchschnittliches Engagement Ehrenamtlicher zu verzeichnen, das aufgrund einer vorhandenen Infrastruktur gut organisiert werden konnte. Zudem fiel und fällt die Integrationsarbeit durch die weltkirchliche Vernetzung vieler Gemeinden und Gruppen sowie die Erfahrungen aus den seit langem bestehenden Gemeinden anderer Muttersprachen im kirchlichen Raum oft leichter als in vergleichbaren Gruppen.

3.2 Handlungsempfehlungen an die Politik

Krisen als Teil der neuen Normalität wahrnehmen

Während der Corona-Krise war in der öffentlichen Debatte häufig eine Zeiteinteilung präsent, die das Leben in eine Zeit vor und nach der Pandemie einteilte und damit die Hoffnung verband, mit dem Überwinden des Infektionsgeschehens zur gewohnten Normalität zurückkehren zu können. Hinter dieser Einteilung und der damit verbundenen Hoffnung verbarg sich der Optimismus, dass Krisen nicht weniger, aber auch nicht mehr sind als punktuelle Herausforderungen, die durch entschlossenes und kluges Vorgehen zu bewältigen sind, um dann zur Normalität zurückzukehren, wie sie vor der Krise geherrscht hat. Diese Hoffnung ist jedoch nachhaltig gestört worden durch den kurz nach Abebben der Pandemie mutwillig ausgelösten Krieg in der Ukraine und seine auch für die deutsche Gesellschaft

spürbaren Folgen wie den massiven Zuzug von Kriegsflüchtlingen, der Verteuerung der Lebenshaltungskosten und der Verknappung von Energieressourcen.

Mithin scheint es für die Gesellschaft wie die Politik vor allem erforderlich, zu einem Verständnis von Krise und Resilienz durchzudringen, das auf der Erkenntnis basiert, dass Unsicherheit einen Wesenszug der neuen Normalität bildet. Dadurch wären Krisen nicht als zu vermeidender Störfall zu verstehen, sondern als elementarer Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Resilienz ist vor diesem Hintergrund mehr als Selbstoptimierung und Krisenresistenz. Sie meint demnach auch nicht Unverletzlichkeit, sondern das Glück gelingenden Lebens inmitten aller Verwundungen und Unvollkommenheiten. Gefragt ist folglich ein Mentalitätswandel, der sowohl das Individuum wie auch die Gesellschaft als ganze umfassen muss.

Diskursprozesse über die künftige Gestalt von Gesellschaft

Wenn daher auch künftig mit der Unberechenbarkeit eintretender Krisen zu rechnen ist, wird sich politisches Handeln nicht allein auf Hilfspakete beschränken können, um dadurch im Akutfall soweit als möglich das als gut empfundene Leben vor der Krise aufrechtzuerhalten. So nützlich diese Sofortmaßnahmen auch sein mögen, so sehr werden sie auf die Dauer sowie bei kulminierenden Krisen zur fiskalischen Überforderung, die weder Pufferkapazitäten für nachfolgende Krisen lässt, geschweige denn Ressourcen für eine zukunftsorientierten Gestaltung der Gesellschaft.

Was daher nottut, ist ein gesamtgesellschaftlicher Diskursprozess über die fundamentalen Werte und Güter, die grundlegenden Werte und Ziele, die unter Maßgabe der sozialen Gerechtigkeit für ein gutes Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt erforderlich sind. Diese Debatten sind nicht von einem gesellschaftlichen Mainstream her zu führen, sondern müssen um der Akzeptanz ihres Ergebnisses willen repräsentativ alle gesellschaftlichen Gruppen abbilden, gerade auch diejenigen die sich aktuell nicht einbringen. In den Diskurs einzubeziehen wären demnach auch marginalisierte Positionen, die den Status quo in Frage stellen, wobei sich selbstredend Beteiligungsgrenzen ergeben mit Blick auf Gruppierungen, die bekanntermaßen rassistische, demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen vertreten.

Diese Diskursprozesse erfordern eine hohe Kultur des Dialogs, die bereit ist, unbeschadet der eigenen politischen Überzeugung dem anderen auch in seinem Anderssein, in seiner Verschiedenheit zu begegnen, sei diese Verschiedenheit weltanschaulich, religiös, generationenbezogen oder ethnisch-kulturell bedingt oder einfach Ergebnis dessen, dass die Gedanken und Gefühle des Anderen fremd sind und auch bleiben. Gefragt sind zudem neue Formen der Beteiligung, da bisherige Formate wie Bürgerforen und Runde Tische wegen der diskursiven Fähigkeiten, die hier gefordert sind, die Mitglieder der gebildeten Mittelschicht begünstigen und damit den latenten Zusammenhang zwischen Beteiligung einerseits sowie Bildung und Einkommen andererseits noch zusätzlich verschärfen.

Einen wesentlichen Beitrag zu einer lebendigen innergesellschaftlichen Debattenkultur leistet vor dem Hintergrund einer zunehmenden Pluralisierung der religions- und weltanschaulichen Sinnangebote auch das grundgesetzliche Konzept der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Durch dieses Konzept wahrt der Staat seine Neutralität nämlich gerade dadurch, dass er unterschiedlichsten Sinnentwürfen eine öffentlichkeitswirksame Dimension zuschreibt, statt sie ins Private abzudrängen. Damit wird der Pluralität der Anschauungen Rechnung getragen und zugleich die Möglichkeit der, auch kontroversen, Interaktion zum Wohle der Gesellschaft eröffnet. Es empfiehlt sich daher, an diesem Modell festzuhalten und es, wo immer möglich, auch auf

Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auszudehnen, die noch nicht den Status öffentlicher Körperschaften erlangt haben.

Megatrends als Handlungsfelder wahr- und annehmen

Ein solcher Diskurs über eine künftige Gestalt von Gesellschaft erscheint auch angesichts der eingangs genannten gesellschaftlichen Mega-Trends erforderlich. Denn diese sind nicht lediglich eine vorgegebene Matrix bzw. in sich stehende Parameter, unter denen sich soziales Leben und politisches Handeln vollzieht. Sie müssen vielmehr selbst als Handlungsfelder gesehen werden, die zur politischen und gesamtgesellschaftlichen Gestaltung aufrufen. Denn jeder dieser Trends birgt in sich ein Potential, das für die Gesellschaft und ihre Teilsegmente irritierend wirken kann. Dies deshalb, weil mit diesen Trends notwendig umfassende Wandlungs- und Transformationsprozesse einhergehen, die zum Verlust des Gewohnten führen und nicht selten auch gesellschaftliche Verlierer hervorbringen werden.

Gerade wenn die Unsicherheit zur neuen Normalität gehört, bedarf es eines politischen Handelns, das im Konzert einer breitgefächerten Wissenschaft und konkreter Praxiserfahrungen eine Gegenwarts- und Folgenanalyse initiiert, um sich gegenwärtigen und sich abzeichnenden Krisenphänomene mit Realismus zu stellen. Denn wie die Forschung zeigt, brechen soziale Systeme nicht zuletzt dann zusammen, wenn trotz offensichtlicher oder latenter Probleme so weiter gelebt wird wie bisher, und man sich nicht an die veränderten Bedingungen anpasst bzw. fehlerhaft anpasst. Krisenfest hingegen ist die Gesellschaft, die sich antizipatorisch auf Krisen einstellt, selbst wenn die Auswirkungen noch nicht direkt sichtbar sind.

Freiwilliges Engagement fördern

Dass es zur Krisenbewältigung nicht nur Lösungen braucht, die *top down* von Regierungen, Parlamenten oder Behörden kommen, sondern ebenso das freiwillige Engagement aus der Mitte der Gesellschaft, haben gerade auch die Corona-Krise und die großen Fluchtbewegungen der jüngeren Zeit deutlich gemacht. Durch ihre selbstorganisierten Initiativen haben sich hier Bürgerinnen und Bürger engagiert, um die Wirkung der Krisen abzufedern und insbesondere benachteiligte Gruppen zu schützen. Daran zeigt sich, dass das Ehrenamt zu den essentiellen Akteuren in der Krisenbewältigung zählt, da es handlungsschnell und punktgenau gerade dort tätig werden kann, wo die Politik in ihrer Verantwortung für die großen Linien der Krisenbewältigung nur eingeschränkt handlungsfähig erscheint.

Aber auch in krisenunabhängigen Zeiten stärkt das Ehrenamt die soziale Resilienz, indem es einer hoch individualisierten Gesellschaft den eminenten Wert von Solidarität und Gemeinwohlorientierung entgegensetzt. Zugleich fördert die Erfahrung der Sinnhaftigkeit und der Selbstbestimmtheit ehrenamtlichen Tuns das Selbstwertgefühl der sich Engagierenden, mithin deren Resilienz als Individuum und, insofern sie auch Glieder der Gesellschaft sind, auch die soziale Resilienz insgesamt. Dies umso mehr, wenn das Ehrenamt unter dem Dach loser oder fester Zusammenschlüsse ausgeübt wird. Die sozialen Organisationsformen nämlich sind wesentliche Orte, in denen die Engagierten selbst Solidarität, Ermutigung und Kompetenzzuwachs im Austausch von Positionen und Perspektiven erfahren können.

Mit eines der wesentlichsten Felder politischen Handelns im Sinne einer resilienten Gesellschaft wird daher die Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements sein. Hierbei ist in unserem Bundesland bereits Wesentliches geschehen durch die gemeinsam mit den Partnern im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) erarbeitete und seither nach und nach weiterentwickelte Engagementstrategie Baden-Württemberg. Es empfiehlt sich, diese Weiterentwicklung nicht zuletzt angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Ehrenamt fortzuschreiben und neue Bedarfe in

den Blick zu nehmen, etwa dass junge Menschen, vor allem Studierende sich engagieren können und weniger Zeit für den praktischen Lebensunterhalt aufbringen müssen.

Soziale Unterstützungssysteme sichern

Mit ihren flächendeckenden Diensten und Einrichtungen in allen Feldern der sozialen Daseinsfürsorge stehen die kirchlichen wie nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbände für alle Menschen offen und bilden so einen wichtigen Teil des Netzes der Daseinsvorsorge, die ihrerseits die Resilienz des Einzelnen stärkt und darin auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch die multiplen Krisen der letzten drei Jahre und deren Folgekosten sind für die Trägerverbände nun aber Belastungsgrenzen erreicht, die bereits jetzt aufgrund personeller und finanzieller Engpässe zu Teilschließungen von Angeboten führen. Auf der anderen Seite werden die Träger von vielen Kommunen angefragt, neue Angebote zu eröffnen oder bestehende auszubauen, da auch hier erkannt wird, dass der Hilfebedarf in fast allen Feldern der Sozialen Arbeit wächst. Tatsächlich werden bereits jetzt mehr Plätze und Angebote in der Altenhilfe, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und der Beratungsarbeit benötigt als vorhanden sind.

Der bereits bestehende Versorgungsnotstand und die Gefahr, dass das Netz der sozialen Dienste in allen Feldern zunehmend Löcher bekommt, hat konkrete Folgen für die Menschen, wenn z.B. kein Pflegeplatz gefunden werden kann oder dieser aufgrund immer weiter steigender Eigenanteile nicht mehr bezahlt werden kann. Dadurch werden aber auch das Vertrauen in die solidarische Gesellschaft erschüttert, Abstiegsängste geschürt und letztlich der gesellschaftliche Zusammenhalt belastet.

Um dieser schwierigen Lage schnell und wirksam zu begegnen und die Sicherung der Versorgung und sozialen Infrastruktur im Land zu garantieren, ist ein entschiedenes Handeln notwendig. Hierzu leisten die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände gerne ihren Beitrag, sind aber auch auf die Unterstützung des Landes angewiesen, um durch die Schaffung von Schutzschirmen die krisenbedingten, wirtschaftlichen Risiken für die gemeinnützigen Dienste und Einrichtungen abzusichern, durch Entbürokratisierung das Personal zu entlasten und die Personalnot durch Regulierung der Leiharbeit im Sozialwesen zu lindern.

4. Ausblick

Plurale Gesellschaften erweisen sich gegenüber uniformen Systemen als resilienter, weil sie in sich eine Vielzahl an Ansätzen zur Krisenbewältigung bergen, die kumulativ oder alternativ auf akute Herausforderungen reagieren können. Pluralität setzt jedoch das Wissen um den Beitrag voraus, den einzelne Systeme zur Resilienz der gesamten Gesellschaft leisten. Deshalb war es den beiden Diözesen wichtig, auszudifferenzieren, wie die Kirche durch ihre Infrastruktur und ihre Kompetenzen zur Gestaltung einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft beitragen kann und will. Diese Darstellung versteht sich zugleich als Angebot an andere zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Zusammenarbeit und Vernetzung zu suchen, wo sich gemeinsame Schnittmengen zur Stärkung der Gesellschaft und ihrer Glieder eröffnen.

Auch in den Handlungsfeldern, die die Diözesen anempfehlen, sind sie gerne bereit, auf ihre Weise Verantwortung zu übernehmen und ihre Erfahrungen einzubringen. Gerade mit Blick auf den angeratenen Dialogprozess ist jedenfalls festzuhalten, dass im Ringen um die Gestalt einer künftigen Gesellschaft auch in den Kirchen selbst unterschiedliche Wert- und Zielvorstellungen herrschen. Dies würde den Austausch mit den anderen zivilgesellschaftlichen Kräften umso spannender und lebendiger auch für Kirche selbst machen.

EVANGELISCHE LANDESKIRCHE IN BADEN
Evangelischer Oberkirchenrat
Blumenstraße 1 – 7
76133 Karlsruhe

EVANGELISCHE LANDESKIRCHE IN WÜRTTEMBERG
Evangelischer Oberkirchenrat
Rotebühlplatz 10
70173 Stuttgart

Stuttgart, 15. Mai 2023

Landtag von Baden-Württemberg
Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

per E-Mail an: Sandy.Dobosch@landtag-bw.de

Stellungnahme gegenüber der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Sehr geehrter Herr Salomon,
sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller,

namens der Evangelischen Landeskirche in Baden und der Evangelischen Landeskirche in Württemberg danken wir für die Möglichkeit, die Sicht der evangelischen Landeskirchen in die Entquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ einbringen und konkrete Anregungen zu Handlungsempfehlungen geben zu können.

Aus Sicht der evangelischen Landeskirchen ist von besonderer Bedeutung, dass das Land die Bedeutung der Religion als Voraussetzung des freiheitlich-säkularen Staates im Blick behält und ihr den verfassungsrechtlich garantierten Freiheitsraum sichert (dazu unter I.). In diesem Rahmen werden die Landeskirchen in bewährter Weise, das Ihre dazu beitragen (dazu unter II.), dass Menschen Halt finden, im Dienste einer stabilen Gesellschaftsentwicklung. Gleiches gilt für die diakonischen Werke der evangelischen Landeskirchen (dazu unter III.).

I. Gesicherter Freiheitsraum als Voraussetzung einer krisenfesten Gesellschaft

Unter Ziff. I. des Einsetzungsantrags vom 07.02.2022 (LT-Drucks. 17/1816) ist die zentrale Fragestellung formuliert, die da lautet:

> Welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen sind notwendig, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um die vor uns liegenden Krisen zu bewältigen?

Weiter wird festgehalten:

> Dabei gilt: Krisen sind per Definition Abweichungen vom Normalzustand, die sich nicht im gewohnten Modus bewältigen lassen und die sich einer langfristigen Planbarkeit entziehen. Sie erschüttern und stören die bestehenden Ordnungen, Handlungsroutinen und Gewissheiten. Charakteristisch ist, dass sich zu Beginn die konkreten Folgen kaum abschätzen lassen (Unklarheit) und sie trotz unsicherer weiterer Entwicklungen und zur Verfügung stehender Optionen ein Handeln erfordern (Dringlichkeit), weil sie eine existenzielle Bedrohung darstellen.

Auch die beschränkten Möglichkeiten von Politik werden gesehen:

> Bei der Frage danach, wie unser Gemeinwesen krisenfester aufgestellt werden kann, gilt, und das hat die Pandemie eindrücklich aufgezeigt, dass Politik allein nicht alle Krisen bewältigen kann. Es braucht ein kluges Interagieren von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Erkenntnis soll handlungsleitend für die Enquetekommission sein, wenn es darum geht, für Krisenfestigkeit und Resilienz Lehren aus dem Umgang mit der Coronapandemie zu ziehen.

Schließlich werden in einem dritten Handlungsfeld gesellschaftliche Strukturen in den Blick genommen:

> In der Coronakrise hat sich gezeigt, dass einige Menschen überdurchschnittlich unter der Pandemie und ihren Folgen zu leiden hatten bzw. haben. So mussten und müssen Kinder, Jugendliche, junge Menschen und Familien besondere Herausforderungen meistern; gleiches gilt nach wie vor für die Personengruppen, für die eine Infektion eine besondere Gefährdung darstellt. Die Pandemie hat damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe gestellt und deutlich gemacht, was zuvor bereits erkennbar war: Der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und zu Informationen ist innerhalb der Bevölkerung ungleich verteilt. Dies betraf in der Pandemie etwa chronisch Kranke und pflegebedürftige Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit einem geringen Einkommen. Neben der Kompetenz mit Veränderungen umzugehen, ist der niedrigschwellige Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Informationen, jedoch Voraussetzung für Eigenverantwortung und für die Fähigkeit, Resilienz in einer Krise aufzubauen.

So richtig diese Annahmen und die sich daraus ergebenden Handlungsüberlegungen sind, so kurz greifen sie dabei. Denn der Antrag verkennt, dass sich gesellschaftlicher Zusammenhalt, dass sich Resilienz und Antifragilität in der Gesellschaft nicht allein aus dem Zugang zu gesellschaftlichen, und damit letztlich von der Politik beeinflussbar erscheinenden Ressourcen ergeben. Wie Ernst-Wolfgang Böckenförde zutreffend erkannt hat, lebt der *„freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann."* Als freiheitlicher Staat könne er, so Böckenförde, einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliere. Anderseits könne er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch

zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt habe (Böckenförde, Recht, Staat, Freiheit, Frankfurt am Main 1991, 2006, S. 112 f.).

Das heißt mit anderen Worten, und das lässt der Einsetzungsantrag vermissen: Krisenfestigkeit, Resilienz und die Möglichkeit zur Antifragilität haben zuallererst einen Freiheitsraum zur Voraussetzung, der auch in der Krise fest und beständig bleibt. Und dieser Freiheitsraum muss vor allem die grundlegenden geistlichen, spirituellen Bedürfnisse von Menschen schützen, damit diese in der Krise Halt und Orientierung haben können. Nicht umsonst ist die Glaubensfreiheit ein vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht, das grundsätzlich nur mit Blick auf kollidierende Verfassungsgüter eingeschränkt werden kann.

In der Corona-Pandemie war die Glaubensfreiheit verschiedentlich bedroht und in erheblicher Weise eingeschränkt:

- Gottesdienstliche Versammlungen blieben bis 03.05.2020 grundsätzlich untersagt (§ 3 Abs. 4 CoronaVO in der Fassung vom 17.04.2020, GBl. 2020, 120), entgegen dem Wortlaut auch im Freien, selbst als schon klar war, dass dort die Infektionsrisiken begrenzt waren und sind. Dies betraf selbst Autokinogottesdienste (E-Mail des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 02.04.2020). Demonstrationen, die verfassungsrechtlich gleichrangig geschützt sind, waren hingegen schon im April 2020 wieder erlaubt – mit weniger einschneidenden Auflagen.
- Nach Wiederzulassung von Gottesdiensten war die Teilnehmendenzahl selbst im Freien zunächst auf 100 Personen begrenzt (§ 2 Verordnung des Kultusministeriums über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-Cov-2 im Bereich von Gottesdiensten und weiteren religiösen Veranstaltungen und Ansammlungen sowie Bestattungen vom 03.05.2020).
- Der Zugang zu öffentlichen Bestattungsgottesdiensten war zahlenmäßig ebenfalls reglementiert (§ 3 Verordnung des Kultusministeriums über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-Cov-2 im Bereich von Gottesdiensten und weiteren religiösen Veranstaltungen und Ansammlungen sowie Bestattungen vom 03.05.2020), teils sogar widerrechtlich (vgl. VG Stuttgart, Beschluss vom 04.05.2021, Az. 16 K 2291/21), der Zugang zu Demonstrationen hingegen nicht.
- Seelsorgenden war entgegen dem klaren Wortlaut von § 30 Abs. 4 Satz 2 IfSG mitunter der Zutritt zu Kranken und Pflegebedürftigen nicht gestattet (vgl. LG Ulm, Az. 2 O 460/20).
- Obgleich ordentliches Lehrfach und durch Art. 7 Abs. 3 GG geschützt, wurde in der Schulpraxis dem Religionsunterricht zuweilen Nachrang gegenüber den vermeintlich wichtigeren Kernfächern eingeräumt (Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 28.05.2020, Az. 31).

Die Kirchen haben zur Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts eigene Regelungen erlassen, waren dabei aber nicht nur von der Pandemie getriebene, sondern auch von Politik und Öffentlichkeit unter Druck gesetzt, weil Rang und Bedeutung der Glaubensfreiheit vielfach nicht mehr verstanden wurden. Ohne, dass es infolge von Gottesdiensten der großen Kirchen nachweisbare zu nennenswerten Corona-Ausbrüchen gekommen wäre, ohne, dass die kirchlichen Schutzkonzepte zur Kenntnis genommen wurden, wurden Gottesdienste schlechthin als gefährlich dargestellt, beispielsweise kurz vor Weihnachten 2021 durch die Bundesvorsitzende des Amtsärzteverbandes Dr. Ute Teichert (https://www.sonntagsblatt.de/artikel/amtsaerzte-verband-fordert-praesenzgottesdienste-

weihnachten-verbieten).

Nennenswerten Widerspruch seitens der Politik, deren Aufgabe zuallererst der Schutz der Grundrechte ist, gab es nicht. Solche und andere Wortmeldungen erweckten aber den Eindruck, dass der Gottesdienstbesuch besonders gefährlich sei, was – dem Sinn der jeweiligen Wortmeldung folgend – auch zu einem Rückgang an Gottesdienstbesuchern führte.

Wenn nun Eckpfeiler für eine krisenfeste Gesellschaft konzipiert werden sollen, so muss aus Sicht der evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg in besonderer Weise auch der unverrückbare Schutz derjenigen Grundrechte im Blick sein, die vorbehaltlos gewährleistet sind, weil sie für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft schlechthin konstituierend sind. Dazu zählt, wie erwähnt, nicht nur die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Kunstfreiheit, sondern eben und gerade auch die Glaubensfreiheit, der Zugang von Haltsuchenden zu Gottesdiensten und zu Geistlichen, der Zugang von Geistlichen zu Haltsuchenden.

Mit Blick auf künftige Krisen müssen aus Sicht der evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg daher gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden, die diesen Zugang, der nicht bloß ein digitaler sein darf, in künftigen Krisen gewährleisten.

II. Anregungen der evangelischen Landeskirchen zu konkreten Handlungsempfehlungen

Aus Sicht der evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg wäre bei den zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen folgendes zu berücksichtigen:

Zu a) und b):

Die beiden Landeskirchen verfügen über gut organisierte interne Netzwerke in die Fläche hinein. Während der Corona-Pandemie ist es dadurch möglich gewesen, zentral entwickelte Erläuterungen zu den Schutzvorschriften der Landesregierung in die Kirchenbezirke und Gemeinden zu kommunizieren und zu plausibilisieren und dadurch ihre Einhaltung sicherzustellen. Damit haben die Kirchen einen starken Beitrag zum Schutz vor der Pandemie geleistet. Dies setzte allerdings voraus, dass die Kirchenleitungen frühzeitig in Überlegungen der Landesregierung einbezogen waren und Anpassungen in den Schutzkonzepten so einen gewissen zeitlichen Vorlauf hatten.

Auch in zukünftigen Krisen ist eine frühzeitige Einbeziehung der Kirchenleitungen erforderlich, um zu ermöglichen, dass die Landeskirchen ihre Kommunikationswege in die Fläche nutzen können, um einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten.

Zu c) und e):

Es ist Teil des Selbstverständnisses der evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg, einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten – auch über den Kreis der Kirchenmitglieder hinaus. Dazu leisten sie in ihrer Gemeinschaftsbildung, Bildungsarbeit und ihrem sozial-diakonischen Engagement wichtige Beiträge. In der Zeit der Corona-Pandemie haben es die Kirchen insbesondere als ihre Aufgabe erachtet, sich um

alleinstehende und vereinsamte Menschen zu kümmern und ihnen Kontakt- und Unterstützungsangebote zu machen. Hinzu kam die seelsorgliche Begleitung von Menschen, die durch eigene Erkrankung oder die Erkrankung Angehöriger unter schweren Belastungen standen. Allerdings wurde dieses Engagement durch teilweise rigorose Schutzkonzepte stark erschwert. So waren zeitweise keine Besuche in Kliniken und Altenhilfeeinrichtungen – auch nicht durch professionelle Seelsorgende – mehr möglich.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist in Krisenzeiten besonders gefordert. Auch in zukünftigen Krisen werden die beiden Landeskirchen versuchen, ihren Beitrag zu leisten. Dafür ist es allerdings wichtig, dass die Kirchen in ihrem seelsorglichen und diakonischen Handeln durch Maßnahmen zur Krisenbegrenzung nicht so sehr eingeschränkt werden, dass dieses Handeln unmöglich wird. Die Landesregierung kann davon ausgehen, dass die Kirchen ihre Verantwortung für ein jeweils Situations-angemessenes vorsichtiges Handeln wahrnehmen werden.

Zu d):

Mit ihrer Verkündigung und ihrer Bildungsarbeit versuchen die Landeskirchen einen Beitrag zu leisten, dass Menschen eigenständige und am Gemeinwohl orientierte Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Das christliche Menschenbild und das christliche Ethos sind darauf ausgerichtet, alle Menschen – unabhängig von Religion, Rasse, Geschlecht, sozialer Stellung, gesundheitlichen Beeinträchtigungen – als Geliebte und achtenswerte Geschöpfe Gottes wahrzunehmen. Damit sehen sich Christinnen und Christen herausgefordert, allen Menschen mit Respekt und Liebe zu begegnen und insbesondere denen, die in Not sind, beizustehen. Aus eigener christlicher Motivation heraus leisten damit die Kirchen einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die auf Solidarität und Zusammenhalt ausgerichtet ist.

In der Zeit der Corona-Pandemie gab es teilweise erhebliche Einschränkungen der kirchlichen Verkündigungs- und Bildungsarbeit. Die Kirchen haben darauf von der Ebene der Gemeinde bis hin zur Ebene der Landeskirche so reagiert, indem sie neue digitale Verkündigungs- und Bildungsformate entwickelt haben. Hier ist es wichtig, dass in zukünftigen Krisen, dieser spirituelle Beitrag der Kirchen zu einer Krisenbewältigung und zur Motivation zum solidarischen Handeln gewürdigt und nicht durch administrative Maßnahmen unnötig beschränkt wird.

Zu f):

Die beiden evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg sehen die große Gefahr, durch manipulative Beiträge in sozialen Online-Netzwerken eine Krise heraufzubeschwören oder entstehende Krisen zu verstärken und damit zur Destabilisierung der Gesellschaft und der Demokratie beizutragen. Sie versuchen durch ihre Bildungsarbeit und durch ihre eigenen Aktivitäten in Online-Netzwerken dem durch Aufklärung und Sensibilisierung entgegenzuwirken.

Um wirksam Fake-News und Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken, braucht es eine intensive Beobachtung der sozialen Online-Netzwerke und eine intensive Auseinandersetzung mit dort verbreiteten Behauptungen. Die evangelischen Kirchen in Baden und Württemberg leisten bereits jetzt durch unsere Fachstellen für Weltanschauungsfragen hierzu einen Beitrag. Das Land sollte hier (zusammen mit dem

Bund) weniger versuchen, Fake-News und Radikalisierungstendenzen durch Zensur zu unterdrücken, sondern vielmehr dafür sorgen, dass es einen breiten Diskurs gibt – nicht erst in Krisenzeiten. Hilfreich wäre eine eigene Stelle, die aktuell im Netz verbreitete Fake-News wahrnimmt und kritisch kommentiert – am besten als öffentliche Einrichtung unter Aufsicht verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen. Eine solche Einrichtung darf nicht erst in Krisenzeiten tätig werden, wenn sie gerade in Krisenzeiten ihre Wirkung entfalten soll. Je mehr die Kirchen durch ihre Bildungsbereich hier eingebunden sind, desto besser können sie ihren Beitrag leisten.

III. Anregungen der diakonischen Werke der evangelischen Landeskirchen zu konkreten Handlungsempfehlungen

Ausbau der transsektoralen Kooperation Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Wohlfahrtspflege

Einen wesentlichen Beitrag zur Krisenfestigkeit der Gesellschaft leistet eine engagierte Zivilgesellschaft im Rahmen von transsektoralem Zusammenwirken mit Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft, Kirche und freier Wohlfahrtspflege. Die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten 2015/2016 hat dies eindrücklich demonstriert. Dabei hat sich gezeigt, dass dafür neben gegenseitigem Vertrauen tragfähige Dialog- und Arbeitsstrukturen erforderlich sind. So konnten Expertise und Ressourcen der unterschiedlichen Beteiligten schnell, zielgerichtet und flexibel genutzt werden. Die gewonnen Erfahrungen sind geeignet, daraus Lösungsansätze für gesellschaftliche Resilienz in künftigen Krisensituationen zu entwickeln.

Die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege sind in ihren zahlreichen Arbeitsbereichen in vielfältiger Weise mit anderen Hilfeträgern und den kommunalen Strukturen eng vernetzt. Zugleich engagieren sich in Diakonie, Caritas und den Kirchengemeinden vor Ort zahlreiche Menschen ehrenamtlich. Dank ihres großen Potentials an haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die institutionell gut vernetzt sind, können Kirchen, Diakonie und Caritas durch praktische Hilfe sowie durch ihre Fachlichkeit bzw. ihre Alltagsexpertise einen entscheidenden Beitrag zum Zusammenleben leisten. Dabei ist die Zusammenarbeit im Sozialraum ein wesentliches Kennzeichen dieser Arbeit. Durch Projekte wie „Aufbruch Quartier“[1] , „K-Punkt Ländliche Entwicklung“[2] oder Initiativen einzelner Träger wird dieser Ansatz weiter ausgebaut.

Wir empfehlen der Landesregierung, den Aufbau von Strukturen für transsektorale Zusammenarbeit unter Einbeziehung der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege systematisch zu fördern. Dafür existieren bereits erfolgreiche Modelle: Mit den Förderprogrammen „Kommunale Flüchtlingsdialoge“[3] und „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“[4] hat die Landesregierung die Akteure auf Ebene der Kommunen und Landkreise im Bereich Integration unterstützt, nachhaltige, transsektorale Dialog- und Arbeitsstrukturen aufzubauen. Der Ergebnisse der Evaluation durch Prof. Dr. Frank Brettschneider (Universität Hohenheim) bestätigen den Erfolg dieses

[1] https://aufbruch-quartier.de/
[2] https://kpunktland-drs.de/
[3] https://www.fluechtlingsdialoge.de/de/fluechtlingsdialoge/fluechtlingsdialoge-in-baden-wuerttemberg
[4] https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/integration/pakt-fuer-integration/foerderbereich-buergerengagement/

Ansatzes.[5] Sie zeigen auch, dass dabei positive Kooperationserfahrungen im Sinne einer Beteiligungskultur sowie eingespielte Abläufe und etablierte Formate von entscheidender Bedeutung sind. Für die Implementierung und die nachhaltige Sicherung dieser Strukturen sind auf Seiten der institutionellen Beteiligten dauerhaft Ressourcen erforderlich, um Beteiligte zu akquirieren und zu befähigen, um die Kommunikation zu organisieren und um die Maßnahmenumsetzung zu gewährleisten. Damit die Zusammenarbeit im akuten Krisenfall erfolgreich ist, muss frühzeitig mit dem Aufbau solcher Strukturen begonnen werden. Dazu ist eine finanzielle Förderung erforderlich und muss dauerhaft die entsprechende Expertise bereitgestellt werden.

Vulnerable Gruppen

In Krisenzeiten ist die Tendenz zu beobachten, dass Personen mit hoher Selbstvertretungskompetenz sich am besten schützen können. Umgekehrt besteht das Risiko – und die Coronapandemie hat das zum Ausdruck gebracht – dass Menschen, die auf unterschiedliche Formen der Unterstützung angewiesen sind, die meisten Verluste erleiden. Dies betrifft sowohl materielle als auch immaterielle Verluste. Das wird dadurch verstärkt, dass vulnerable Gruppen zusätzlich das Risiko haben, weniger sichtbar, weniger hörbar zu werden und sie daher deutlich weniger wahrgenommen werden.

Unter den immateriellen Verlusten sind Teilhabemöglichkeiten, soziale Kontakte und die Ausübung von Freiheitsrechten zu nennen. Aus diesem Grunde sind für eine resiliente Gesellschaft insbesondere Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen für diese vulnerablen Gruppen zu treffen.

Diese können sein: Stabilisierung aufsuchender Strukturen in Krisenzeiten, besondere Würdigung ethischer und bürgerrechtlicher Aspekte bei der Dimensionierung von Krisenmaßnahmen.

Vulnerable Gruppen sind häufig auf die Unterstützung von Pflege- und Betreuungs- oder Assistenzpersonal angewiesen. Diese Personen sind aber selbst auch dem Krisenmanagement unterworfen und stehen möglicherweise in erhöhter Verpflichtung in den eigenen familiären Bezügen. Sie sind – um ihre Tätigkeit ausüben zu können – darauf angewiesen, dass Familienangehörige, ob alt oder jung, in gewohnter Weise versorgt und betreut werden.

Können die Systeme in Kindertagesbetreuung, Schule oder ambulanter Pflege nicht aufrechterhalten werden, schlägt diese auf die vulnerabelsten Personen durch. Diese stehen am Ende dieser Versorgungs- und Beschäftigungskette und sind von den Funktionsstörungen der Infrastruktur mittelbar oder unmittelbar, vor allem aber unausweichlich betroffen.

Finanzierung

Einrichtungen und Dienste der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege hatten während der Pandemie erhebliche Mehrauswendungen und Mindereinnahmen zu tragen, wobei die Auslöser unterschiedlich waren: Angebotsformen wurden aus Infektionsschutzgründen geschlossen oder mussten wegen Hygieneauflagen und

[5] https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_B%C3%BCrgerengagement/2021-01-20_Brettschneider_Evaluation_Teilpr_Bericht.pdf

Abstandsregeln zu einer viel geringeren Auslastung betrieben werden, zusätzliche Schutzausrüstung musste beschafft werden, aus Krankheits- oder Quarantänegründen musste zusätzliches, externes Personal teuer eingekauft werden usw. Gerade kleinere Vereine und gemeinnützige Organisationen hatten dafür keine Rücklagen.

In der Corona-Pandemie wurde sehr deutlich, dass das Vergütungs- und Pflegesatzrecht in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern (Bundesrecht) nicht auf allgemeine, alle Akteure betreffende Krisensituationen ausgelegt ist. Stattdessen sieht es nur unter den Voraussetzungen der Unvorhersehbarkeit und Wesentlichkeit die Möglichkeit einer sehr aufwändigen außerordentlichen Kündigung im Ausnahmefall und mit rechtlich hohen Hürden vor. Wenn aber eine vorher nicht absehbare (und nicht kalkulierbare) Krisensituation - wie eine Pandemie oder aktuell eine Energiepreiskrise - eintritt, die letztlich alle Einrichtungen trifft, dann sind das auf den Ausnahmefall ausgelegte Vergütungs- und Pflegesatzrecht sowie die einzelnen Akteure überfordert.

Viele von Bund und Ländern aufgelegte Corona-Hilfsprogramme waren für die sehr heterogen finanzierte Sozialwirtschaft nicht passend. Die Altenhilfe (SGB XI) ist hier eine erfreuliche Ausnahme, wobei auch in diesem Arbeitsfeld stationäre und besonders teilstationäre Einrichtungen z.T. auf erheblichen Defiziten aufgrund der auslastungsbedingten Mindereinnahmen im Bereich der Investitionskosten sitzengeblieben sind. Ein entsprechendes Hilfsprogramm auf der hierfür zuständigen Landesebene gab es in Baden-Württemberg nicht; anders als in anderen Bundesländern.

Dagegen gab es für Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe (SGB IX) und der Hilfen in besonderen Situationen und Lebenslagen (§ 67 ff. SGB XII) überhaupt keine nennenswerten Hilfen seitens der Bundesebene. In Baden-Württemberg sind für die Refinanzierung dieser Angebote die 44 Stadt-/Landkreise zuständig, die sich aber sehr lange ihrer Verantwortung entzogen haben. Verhandlungsprozesse mit den Kommunalverbänden auf der Landesebene sind ergebnislos versandet, sodass von einigen Einrichtungen bis dato laufende Klageverfahren angestrengt werden mussten. Eine Bewegung gab es erst, als das Land im Jahr 2021 zusätzliche Mittel in Höhe von 14 Mio. Euro rückwirkend für das Jahr 2020 bereitgestellt hat.

Oftmals gar keine Hilfen erhalten haben soziale Angebote, die durch Kursgebühren, Mitgliedsbeiträge oder kommunale Zuschüsse (Freiwilligkeitsleistungen) refinanziert werden, insbesondere Bildungsangebote, Kurse, Sozialkaufhäuser, zum Teil Schuldnerberatung, Familien/Alltagshilfen, Mütter- und Familienzentren, Arbeitsförderungsmaßnahmen.

Auch in der derzeitigen Energiekrise sind alle betroffene Einrichtungen und Dienste bislang wieder auf sich allein gestellt. So zeigt das von der Bank für Sozialwirtschaft (BfS) erstellte Trendbarometer Sozial- und Gesundheitswirtschaft vom Oktober 2022 (https://www.sozialbank.de/news-events/publikationen/bfs-trendbarometer), dass die Energiekrise und Inflation zu einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen und Dienste der Sozialwirtschaft führen. Fast 40 Prozent der Befragten gehen aktuell davon aus, das Jahr 2022 mit einem Defizit abzuschließen. Gegenüber 2019 wäre dies eine Vervierfachung des Anteils defizitärer Unternehmen. Rund drei Viertel verzeichnen eine Verschlechterung ihrer Liquidität – z. T. in einem erheblichen Umfang von über 30 %. Zudem sehen sich derzeit 50 % gezwungen, Investitionsvorhaben in Immobilien und Nachhaltigkeit zu stoppen. In keinem Arbeitsfeld zeigen sich die Kostenträger in Baden-Württemberg bisher bereit, die gestiegenen Aufwendungen vollumfänglich zu

kompensieren.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der Kommunalisierung bzw. des Fehlens der aufgelösten Landeswohlfahrtsverbände ein einheitliches Agieren und eine einheitliche Sicherung der Mehraufwendungen und Mindereinnahmen während der COVID-19-Pandemie, insbesondere in der Eingliederungshilfe nicht erkennbar war. Auch bei der derzeitigen Energiepreiskrise ist die Kommunalisierung in Baden-Württemberg mit einer landesweit einheitlichen Lösung zur Sicherung des Betriebs von betroffenen Einrichtungen und Diensten überfordert. Im Land gibt es im Hinblick auf die „Krisenfestigkeit“ der Daseinsvorsorge also erhebliche Verbesserungsnotwendigkeiten.

Empfehlungen und Handlungsanforderungen

In gesellschaftlichen Krisenzeiten ist eine gute soziale Absicherung mit einer guten Gesundheitsversorgung und sozialen Infrastruktur unabdingbar. Diese Strukturen müssen finanziell krisenfest ausgestattet werden. Damit die soziale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in aktuellen sowie zukünftigen Krisen landesweit abgesichert ist, muss das Land steuernd in die Verantwortung gehen. Es muss eine Abkehr von den dysfunktionalen Zuständigkeiten zwischen Land, Landkreisen und Kommunen geben.

Es muss vom Land sichergestellt werden, dass Mindereinnahmen und Mehraufwendungen, die mit der Corona-Pandemie oder auch der aktuellen Energiepreiskrise zusammenhängen, über die sozialrechtlichen Leistungsvergütungssysteme refinanziert werden. Hier kommen u. a. Maßnahmen wie die Aufweichung des Prospektionsprinzip, die Suspension der formalen Voraussetzungen für ein Nachverhandeln aufgrund der Offensichtlichkeit und der Dringlichkeit der Änderungen der Geschäftsgrundlage oder eine landeweite allgemeine Erhöhung der Vergütungen infrage.

Unter Umständen sind auch landeseinheitliche und passgenaue Hilfsprogramme notwendig insbesondere für Arbeitsfelder, bei denen die Refinanzierung nicht über leistungsrechtliche Strukturen möglich ist, wie z. B. Frauenhäuser, Beschäftigungsträger, Sozialkaufhäuser. Hier könnte z. B. ein Landeshilfsfonds aufgelegt werden, der Mindereinnahmen und Mehraufwendungen verwaltungsarm refinanziert und die bewährte soziale Infrastruktur damit finanziell absichert.

Die Steuerungsverantwortung ist in Krisenzeiten bei der Landesregierung zentral zu stärken. Um nicht erst im Krisenfalle unter hohem zeitlichem Druck getrieben zu sein, erscheint es sinnvoll, den Sicherungsauftrag des Landes dauerhaft gesetzlich zu verankern; unter Umständen auch mit Hilfe von vorgefertigten Musterkonzepten. Die durch die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege bereitgestellte soziale Infrastruktur sollte insgesamt besser auf dem Schirm der politisch Verantwortlichen sein: Sozialwirtschaft ist ein bedeutender Faktor sozialer Infrastruktur der Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg.

Feld Betreuungsdienste/Ehrenamtliche

Für die Unterstützung im Alltag stellt die Pflegekasse monatlich einen Betrag von 125 Euro zur Verfügung. Dieser Betrag steht pflegebedürftigen Personen zu, denen ein Pflegegrad zugesprochen wurde. Der Betrag kann genutzt werden, wenn er zweckgebunden eingesetzt wird, zum Beispiel: Pflegende Angehörige werden damit entlastet, die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der pflegebedürftigen Personen wird aktiv gestärkt und gewahrt. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie-Sozialstationen unterstützen pflegebedürftige Personen in ihrer Häuslichkeit mit kleinen Angeboten, ihren Alltag besser zu meistern.

Eine Betreuungsgruppe unterstützt und entlastet ebenfalls pflegende Zu- und Angehörige. Die dort Engagierten übernehmen stundenweise die Betreuung eines Menschen mit Demenz und/oder Pflegebedürftigkeit außerhalb der Wohnung. Je nach individueller Situation und Vorlieben kann man Angeboten wählen wie Gedächtnistraining, Bewegungsübungen, hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, Aktivitäten im Freien. Für den erkrankten Menschen bedeutet es Abwechslung und soziale Kontakte. Nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Angehörigen ist dies entlastend und ein großer Gewinn. Ausreichende Entlastungsangebote sind zur Unterstützung der pflegenden Angehörigen nötig. Diese sollten weiter ausgebaut und ein flächendeckendes Netz von individuellen und unabhängigen Beratungsangeboten geschaffen werden. Insbesondere im Bereich der niedrigschwelligen Angebote beobachten wir personalbedingten Versorgungslücken mit Besorgnis. Betreuungsgruppen und auch Angebote im Bereich der Entlastung für pflegende Angehörige sind betroffen. Was das für Zu- und Angehörige bedeutet, lässt sich erahnen.

Im Rahmen von gemischten Pflegearrangements oder dem sog. Versorgungsmix sollen Ehrenamtliche die professionelle Pflegearbeit ergänzen. Diese Idee ist prinzipiell zu begrüßen, jedoch ist bislang das Maß und die Art und Weise der Ergänzung nur äußerst unscharf bestimmt. Diese Unschärfe führt dazu, dass Ehrenamtstätigkeit im Pflege- und Sorgearbeitskontext inzwischen als unverzichtbare Säule im Gesundheitssystem angesehen wird. Damit werden zunehmend die Grenzen zwischen professioneller Pflegearbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit fließend, was zur Informalisierung und Deprofessionalisierung von (Care-)Arbeit führt und soziale Rechte zunehmend aushöhlt.

Es ist also von zentraler Bedeutung, die Grenzen zwischen ehrenamtlichen und professionellen Pflege- und Versorgungstätigkeiten genau zu definieren.

Ebenso zentral ist es, die Aufgaben und Pflichten des Sozialstaates nicht – wie zunehmend zu beobachten ist – auf informelle Sorgearbeitende, also Ehrenamtliche und Freiwillige, auszulagern.

Feld Caring Community/ Pflege WGs

Ambulant betreute Wohngemeinschaften („Pflege-WGs“) haben sich in den letzten Jahren entwickelt und sind ein fester, wenn auch kleiner Bestandteil in der Versorgungslandschaft. Durch das WTPG aus dem Jahr 2014 wurde in Baden-Württemberg der Weg für die Wohngemeinschaften bereitet - seither hat sich in diesem Bereich jedoch nicht mehr viel getan. Insbesondere die finanzielle Situation ist in den Wohngemeinschaften, wie auch in anderen Versorgungsbereichen, sehr angespannt. Es braucht daher neue Entwicklungsmöglichkeiten und bessere Finanzierungsanreize für ambulant betreute Wohngemeinschaften.

Ambulant betreute Wohngemeinschaften entsprechen mehr einem „normalen Haushalt“ und kommen den Vorstellungen von vielen pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen näher als stationäre Pflegeeinrichtungen. Pflegebedürftige Menschen leben in einer kleinen Gruppe in einem Haushalt zusammen, im Idealfall in ihrem Wohnort / Quartier. Kleine, überschaubare Wohneinheiten und wohnortnah bis ins hohe Alter leben zu können, sind wichtige Eigenschaften dieser Wohnform, in der dazu die Selbstbestimmung und Mitsprachrechte der pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine wichtige Rolle

spielen. Ambulant betreute Wohngemeinschaften stehen für eine Neuausrichtung im Altenhilfesystem, weg von einem Versorgungsdenken hin zu Konzepten der Mitwirkung und Mitgestaltung.

Ambulant betreute Wohngemeinschaften sind insbesondere für ländliche Regionen und kleinere Kommunen attraktiv, um altersgerechtes Wohnen am Wohnort zu ermöglichen. Bei der Planung von diesen und anderen innovativen Wohnformen benötigen Kommunen eine bessere Unterstützung. Ambulant betreute Wohngemeinschaften sind dazu ein wichtiger Baustein im Aufbau von „Caring Communities“. Eine „Caring Community“ ist eine sorgende Gemeinschaft in einem Stadtteil/Quartier, in der jeder Mensch Verantwortung übernimmt und übernehmen kann. Zu den Grundprinzipien einer „Caring Communities“ gehören neben der geteilten Verantwortung, Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen und eine zivilgesellschaftliche Ausrichtung. Hierzu gehört insbesondere die Förderung von Ehrenamt, was auch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen hauptamtlich Mitarbeitenden, Angehörigen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern beinhaltet.

Der Ausbau der lokalen Pflegeversorgung in den Wohnquartieren der Städte und Gemeinden muss vorangetrieben werden sollte. Quartiersnahe Wohnprojekte sind wichtige Bausteine einer breit gefächerten Versorgungslandschaft und zwingend notwendig, um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Gleichzeitig fördern Sie die uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von pflegebedürftigen Menschen und den Zusammenhalt im Quartier. Es geht um eine lebendige Nachbarschaft, in der man sich gegenseitig unterstützt und füreinander da ist. Caring Communities sind „lokale Hotspots“ der gegenseitigen Unterstützung einer eigenständigen und aktiven Bürgerschaft.

Feld Hospiz

Ambulante Hospizdienste begleiten unheilbar erkrankte und sterbende Menschen in den letzten Monaten oder Wochen ihres Lebens. Die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen entlasten und unterstützen Betroffene und ihre Zu- und Angehörigen. Dies erfolgt in enger Absprache mit anderen Diensten, z.B. einem Pflegedienst.

Hospizdienste begleiten An- und Zugehörige auch durch die Zeit der Trauer und bieten Gesprächskreise zur Trauerbewältigung an. Die Begleiterinnen und Begleiter der Hospizdienste kommen auch in Pflegeeinrichtungen, ins betreute Wohnen oder Krankenhaus. Die Leistungen des Hospizdienstes sind kostenlos. Hospizdienste können zwar Zuschüsse von den Krankenkassen erhalten, sind jedoch auch auf Spenden angewiesen. In Baden-Württemberg gibt es rund 240 ambulante Hospizdienste und ca. 40 ambulante Kinder- und Jugendhospizdienste in unterschiedlichen Organisationsformen, viele davon in kirchlicher Trägerschaft.

Manchmal ist eine palliative Versorgung von schwerstkranken oder sterbenden Menschen zu Hause nicht oder nur begrenzt möglich. Dann stehen stationäre Hospize und Palliativstationen – ggf. auch im Wechsel mit ambulanter Versorgung – zur Verfügung. In Baden-Württemberg gibt es rund 36 stationäre Hospize – darunter viele in einer Trägerschaft der Diakonie, weitere sind in Planung.

Im Mittelpunkt der stationären Hospizversorgung stehen die schwerstkranken Menschen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen. Ein stationäres Hospiz arbeitet unabhängig vom Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung und betreut Schwerstkranke mit absehbarem Lebensende. Eine ganzheitliche Pflege und Versorgung durch haupt- und ehrenamtlich

Mitarbeitende in Zusammenarbeit mit palliativmedizinisch erfahrenen Ärztinnen und Ärzten steht im Vordergrund. Die Zahl der Betten ist gering, aufgenommen werden Menschen, die an einer Erkrankung leiden, die fortschreitend verläuft und deren Heilung ausgeschlossen ist. Die Leistungen des Hospizes sind für die Patientin oder den Patienten kostenfrei. Die Finanzierung des Aufenthalts läuft über die Krankenkasse und Pflegeversicherung.

In der Hospizarbeit sind zahlreiche hochqualifizierte Ehrenamtliche tätig. Manche ambulanten Hospizdienste werden fast ausschließlich von diesen Ehrenamtlichen betrieben. Zunehmend macht sich

Das Feld der amb. Hospizdienste in Baden-Württemberg ist sehr vielfältig aufgestellt, jeder Dienst hat sich aus den lokalen und/oder regionalen Bedarfen heraus entwickelt.

Durch die Neuregelung der finanziellen Förderung der ambulanten Hospizdienste sind inzwischen viele dieser eigenständigen Hospizdienste in ihrer Existenz bedroht, da sie den stark vereinheitlichenden Schemata der Gesetzesänderungen nicht entsprechen bzw. diese die Vielfalt nicht abbilden.

Zudem berücksichtigen diese Gesetze nicht den massiven Fachkräftemangel bzw. den Mangel an qualifizierten Ehrenamtlichen. Stattdessen werden die Anforderungen für Ehrenamtliche und Fachkräfte noch höher angesetzt als bisher, was manche ambulanten Hospizdienste in existentielle Schwierigkeiten bringt angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes.

Um einem drohenden Mangel an hospizlicher Versorgung entgegenzuwirken, muss daher die Sicherung der vielfältigen Hospizlandschaft gestärkt werden.

Ergänzende Perspektiven aus den Flucht- und Migrationsdiensten

Wesentlich ist, dass gerade in Ausnahmezeiten wie es die Zeit der Pandemie war, gerade im Migrationsbereich die migrationsspezifischen und psychologischen Beratungsstellen geöffnet bleiben müssen und Menschen, die besondere Barrieren zu meistern haben, darin unterstützt werden. Dies zeigen z.B. im Gesundheitsbereich auch aktuelle Untersuchungen.[6]

Ein weiterer wesentlicher nochmals zu fokussierender Ansatz ist es den Hürdenabbau voranzutreiben und den Standardabbau zu verhindern

Die Forderungen die Standards bei Berufsabschlüssen abzubauen, darf kein notwendiger Pragmatismus sein. Dieser Abbau gefährdet mittelfristig und vor allem nachhaltig die Qualität der Arbeitsbereiche. Ein eklatanter Fachkräftemangel ist Fakt. Jedoch erfordert die Beratungsarbeit gut ausgebildete Fachkräfte. Eine Abkehr von bisherigen Abschlüssen z.B. der Sozialarbeit, darf daher nur als Ausnahmeregelung oder Übergangsregelung möglich sein. Wichtig ist, dass weiterhin hohe Standards die Zielmarke sind, die es durch Nachqualifizierung oder Weiterbildung zu erreichen gilt.

Wir rufen dazu auf, Standards die Hürden darstellen in den Bereichen zur überprüfen, aber gleichzeitig keine Auswirkungen auf die Qualität haben. Dazu gehören unter anderem die Kursgrößen bei Sprachkursen etc., aber auch die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Eine formale Anerkennung des Ausbildungsabschlusses oder eine

[6] https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb43-rki-soep-2-studie.html?nn=282388

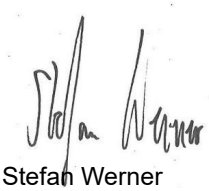
formale Zeugnisbewertung ist nicht in allen Bereichen möglich. Um nachzuweisen, dass es sich um einen qualifizierten Hochschulabschluss handelt, reicht oftmals ein einfacher Auszug der offiziellen Datenbank der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen aus. Notwendig wäre, Kernkompetenzen zu benennen, die, wie oben erwähnt, über Nachqualifizierung bzw. Anpassungsqualifzierungsmaßnahmen oder Weiterbildung erworben werden müssen. So dass mittelfristig die Standards eingehalten werden können.

Ein Hürdenabbau bei behördlichen Vorgängen hingegen ist unbedingt zu unterstützen. Die Handlungsspielräume der lokalen Behörden sind stark eingeschränkt oder werden reglementiert – wirksame Beratungsdienste brauchen eine funktionierende behördliche Verwaltung.

Wir danken nochmals dafür, dass wir gesondert um unsere Stellungnahme gebeten worden sind. Wir sehen den weiteren Erörterungen der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ und Ihrem Abschlussbericht mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen





Uta Henke
Geschäftsleitende Oberkirchenrätin

Stefan Werner
Direktor im Oberkirchenrat

FLÜCHTLINGSRAT
BADEN-WÜRTTEMBERG

Stellungnahme
für die Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“
des Landtags Baden-Württemberg

Handlungsfeld 3: Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Mai 2023

... engagiert für eine menschliche Flüchtlingspolitik

Inhalt

Vorwort ... 2

1. Mit welchen Herausforderungen und Problemen sehen Sie Menschen auf der Flucht oder Menschen mit Fluchterfahrung in den vergangenen und aktuellen Krisen (Corona-Pandemie, Klimakrise, Krieg etc.) konfrontiert? ... 2

1.1. Einschränkungen geflüchteter Menschen in Deutschland ... 2

1.2. Verschärfte Einschränkungen unter den Bedingungen von Krisen ... 3

2. Wie konnten Menschen mit Fluchterfahrung und Sie als Organisation diese Herausforderungen bewältigen und die Probleme lösen? ... 5

2.1. Empowerment-Projekte für geflüchtete Menschen ... 6

2.2. Auf neue Fluchtbewegungen reagieren ... 7

2.3. Lösungsansätze aufzeigen und Aufklärungsarbeit leisten ... 7

3. Welche konkreten Handlungsmaßnahmen halten Sie basierend auf diesen Erfahrungen für eine resiliente und eigenverantwortliche Bevölkerung für notwendig? ... 8

4. Wie kann die Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund ihrer Erfahrung nach auch in Krisen gewährleistet und weiterentwickelt werden? ... 9

5. Welche Handlungsempfehlung würden Sie geben, um Menschen auf der Flucht besser mitzudenken und Menschen mit Fluchterfahrungen in Deutschland bei der Krisenvorsorge und -bewältigung besser einzubinden? ... 10

5.1. Menschen auf der Flucht nach Europa ... 10

5.2. Geflüchtete Menschen in Deutschland ... 11

6. Wie würden Sie die Beziehungen und die Kommunikation zwischen Baden-Württemberg und der baden-württembergischen Politik sowie Geflüchteten als Teil der Gesellschaft beschreiben? ... 12

6.1. Eine von Machtungleichgewicht geprägte Beziehung ... 12

6.2. Stigmatisierendes Sprechen über geflüchtete Menschen ... 13

6.3. Erschwerte Kommunikation mit den Behörden ... 13

7. Welche Veränderungen konnten Sie in den letzten 10 Jahren mit Blick auf die Erwartungen an Geflüchtete sowie die Bedingungen einer Flucht nach Deutschland feststellen? In welcher Form spielt die Flucht aufgrund der Klimakrise und veränderte Lebensbedingungen dabei eine Rolle? ... 14

7.1. Gefährlichere Fluchtrouten ... 14

7.2. Immer drastischere Auswirkungen des Klimawandels ... 14

8. Welche Chancen und Potentiale bringen Geflüchtete ihrer Meinung nach Baden-Württemberg und welche Möglichkeiten bietet Baden-Württemberg für Geflüchtete? Ergeben sich daraus für Sie Handlungsempfehlungen? ... 15

Nachwort ... 17

Vorwort

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bildet als Verein mit einer Geschäftsstelle ein unabhängiges und überregionales Netzwerk lokaler Initiativen, die sich ehrenamtlich mit und für Geflüchtete engagieren. Er unterstützt die Geflüchtetenarbeit vor Ort durch umfassende Informationen zur sozialen und rechtlichen Situation in Baden-Württemberg, zur Flüchtlingspolitik und zur Lage in den Herkunftsländern. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit Politik sowie gesellschaftlichen Gruppierungen setzt sich der Verein für die Rechte der geflüchteten Menschen und für eine menschliche Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg ein.

Gesamtgesellschaftliche Krisen treffen geflüchtete Menschen in Deutschland besonders hart. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass ihre Lebensrealitäten ohnehin stark durch strukturelle Zwänge bestimmt sind. Aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, erschwerter Zugang zu Teilhabemöglichkeiten und rassistische Diskriminierung prägen den Alltag vieler Geflüchteter. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg die Gelegenheit zu einer Stellungnahme mit Bezug zum 3. Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg.

Der Aufbau der Stellungnahme orientiert sich an den Fragen, die dem Flüchtlingsrat im Vorfeld durch die Enquetekommission kommuniziert wurden.

Stuttgart, Mai 2023

1. Mit welchen Herausforderungen und Problemen sehen Sie Menschen auf der Flucht oder Menschen mit Fluchterfahrung in den vergangenen und aktuellen Krisen (Corona-Pandemie, Klimakrise, Krieg etc.) konfrontiert?

Geflüchtete sind aufgrund ihrer rechtlichen und sozialen Stellung in vielen gesellschaftlichen Bereichen marginalisiert. In Krisen, welche die gesamte Gesellschaft betreffen, wird an marginalisierte Gruppen, wie die der Geflüchteten, häufig erst spät gedacht. Dies hat verheerende Konsequenzen, zumal diese Gruppen häufig besonders stark von den Herausforderungen betroffen sind, die durch Krisen entstehen. Im Folgenden wird zunächst geschildert, wie strukturelle Hürden geflüchtete Menschen in Deutschland in verschiedenen Lebensbereichen einschränken. In einem zweiten Schritt wird darauf eingegangen, wie sich diese Einschränkungen unter der Bedingung gesamtgesellschaftlicher Krisen verschärfen.

1.1. Einschränkungen geflüchteter Menschen in Deutschland

Die Einschränkungen, unter denen geflüchtete Menschen in Deutschland leben, betreffen zahlreiche Lebensbereiche. Aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, begrenzter Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe (wie Bildung oder Arbeit) sowie eine eingeschränkte Grundversorgung (z.B., was die gesundheitliche Versorgung betrifft) bestimmen den Lebensalltag vieler Geflüchteter. Häufig sind die Maßstäbe, die an die Versorgung marginalisierter Personengruppen angelegt werden, geringer als gesamtgesellschaftliche Standards. Dies betrifft insbesondere geflüchtete Menschen besonders hart, die unter prekären aufenthaltsrechtlichen Bedingungen leben, z.B. als Asylbewerber*innen oder Inhaber*innen einer Duldung. Sie unterliegen besonders restriktiven gesetzlichen Regelungen, die u.a. im Asylgesetz (AsylG), im baden-württembergischen Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), im Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) oder im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) festgeschrieben sind.

Die Sonderregelungen für geflüchtete Menschen aus dem AsylbLG schränken u.a. ihren Zugang **zu medizinischer Versorgung** stark ein. Ausschließlich die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände ist vorgesehen. Vorsorgende Leistungen und langfristige Behandlungen sind in der Regel nicht möglich.

Darüber hinaus beschränkt der Staat die **Bewegungsfreiheit** geflüchteter Menschen. Nach ihrer Ankunft in Deutschland werden diese nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel[1] auf die Bundesländer verteilt und sind zunächst dazu verpflichtet, in einer Erstaufnahmeeinrichtungen zu leben (§ 47 AsylG).[2] Dabei handelt es sich in der Regel um Massenunterkünfte, in denen sehr viele Menschen auf engem Raum untergebracht werden. Das Gebiet der Stadt oder des Landkreises, in dem die Geflüchteten untergebracht sind, dürfen diese auch für kurze Reisen nur mit behördlicher Erlaubnis verlassen (§§ 56 - 58 AsylG).[3] In vielen Fällen wird diese sogenannte Residenzpflicht über einen längeren Zeitraum hinweg nicht aufgehoben. Im Anschluss an die Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung werden die Menschen innerhalb der Bundesländer verteilt. In Baden-Württemberg erfolgt diese zweite Verteilung zunächst auf die „vorläufige Unterbringung", für die Stadt- und Landkreise zuständig sind und in einem dritten Schritt auf die „Anschlussunterbringung", die im Verantwortungsbereich der Kommunen liegt. Beide Arten der Unterbringung erfolgen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften. Selbst im Fall eines positiven Ausgangs des Asylverfahrens und der Anerkennung als Schutzberechtigte*r unterliegen die Betroffenen häufig weiterhin der Wohnsitzauflage.[4] Das bedeutet, dass sie ihren Wohnort weitere drei Jahre nicht frei wählen dürfen (§ 12a AufenthG).

Geflüchtete sind zudem häufig auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, weswegen sie von **schlecht ausgebauter Infrastruktur** stark betroffen sind. Dies ist v.a. deswegen problematisch, weil sich Unterkünfte für Geflüchtete häufig an entlegenen Orten bzw. in Gebieten innerhalb einer Stadt befinden, die besonders schlecht angebunden sind. Dies verschärft den Ausschluss geflüchteter Menschen vom gesellschaftlichen Leben und kann z.B. dazu führen, dass Sprachkurse nicht besucht oder Arbeitsangebote nicht angenommen werden können.

Auch die Teilhabemöglichkeiten geflüchteter Menschen in den **Bereichen Arbeit und Bildung** sind eingeschränkt. Durch das ausgeprägte bürokratische Verständnis, welches z.B. schon bei dem Beantragen eines „Bildung und Teilhabe"-Gutscheins[5] von Nöten ist, sind Geflüchtete regelmäßig abhängig von der Hilfe anderer oder faktisch von derartigen Unterstützungsleistungen ausgeschlossen. Auch die schwierige bis unmögliche Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und von Ausbildungsverläufen schränkt die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten ein.

1.2. Verschärfte Einschränkungen unter den Bedingungen von Krisen

Die oben aufgeführten strukturellen Einschränkungen führen dazu, dass geflüchtete Menschen im Fall von gesamtgesellschaftlichen Krisen besonders betroffen sind. Ihr begrenzter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung hat zur Konsequenz, dass Geflüchtete Krankheiten stärker ausgesetzt sind. Die

[1] Je nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl müssen Bundesländer bestimmte Quoten an Asylbewerber*innen aufnehmen.
[2] Die Verpflichtung in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen besteht in der Regel für maximal 18 Monate. Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern sind allerdings dazu verpflichtet, bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen.
[3] Informationsverbund Asyl & Migration, Pflichten von Schutzsuchenden während des Asylverfahrens, abrufbar unter: https://www.asyl.net/themen/asylrecht/asylverfahren/pflichten-von-asylsuchenden.
[4] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (2019), Wohnsitzauflagen im Migrationsrecht, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/wp-content/uploads/2020/07/2019-12-Broschuere-Wohnsitzauflagen.pdf.
[5] Bundesagentur für Arbeit, Leistungen für Bildung und Teilhabe, abrufbar unter: https://www.arbeitsagentur.de/familie-und-kinder/informationen-zum-bildungspaket.

Unmöglichkeit, unter den Bedingungen des AsylbLGs nachhaltig gesundheitliche Vorsorge zu betreiben, kann zu einem allgemein schlechteren Gesundheitszustand geflüchteter Menschen beitragen. Das macht sie **im Fall von Pandemien besonders verwundbar**. In einem 2022 veröffentlichten Bericht fordern Ärzte der Welt die Angleichung der Gesundheitsversorgung Geflüchteter an allgemeine Leistungen, um nachhaltig Krankheiten zu vermeiden.[6]

Am Beispiel der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass öffentliche **Informationspolitik** marginalisierte Gruppen in Ausnahmesituationen nicht systematisch mitdenkt. Davon waren auch geflüchtete Menschen betroffen. Informationen wurden zunächst ausschließlich auf deutscher Sprache und häufig schriftlich verbreitet. Menschen ohne sehr gute (schriftliche) Deutschkenntnisse waren darauf angewiesen, eigene Netzwerke zu mobilisieren, um an relevante Informationen betreffend der Pandemielage und der damit verbundenen staatlichen Handlungsanweisungen zu gelangen. Erst relativ spät wurden mehrsprachige Informationsangebote, bzw. Informationsangebote in einfacher Sprache entwickelt.

Grundsätzlich stehen die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der freien Wahl eines Wohnorts, denen geflüchtete Menschen zeitweise unterliegen, einem selbstbestimmten Leben und damit dem Aufbau von Resilienz gegen krisenhafte Lebenssituationen diametral entgegen. Wenn im Zuge des Verteilungsmechanismus **Familien und soziale Netzwerke auseinandergerissen** werden, dann befinden sich Geflüchtete in Krisensituationen in isolierter Lage. Informelle Formen der Unterstützung (z.B. sich um kranke Familienmitglieder kümmern, sich gegenseitig Trost zusprechen) können so nicht in Anspruch genommen werden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die **Unterbringungssituation** vieler geflüchteter Menschen zu einer signifikant höheren Verbreitungsquote von Viren führen kann. Durch die Enge der Unterkünfte sowie geteilte Sanitärräume und Küchen konnten sich die Betroffenen schlechter schützen. Die Reaktion der Politik, ungeachtet der Auswirkungen ganze Unterkünfte unter kollektive Quarantäne zu nehmen, hat zum Teil zu einer weiteren Eskalation der Situation geführt. So wurden Menschen, die sich ohnehin in einer prekären Lebenssituation befanden, nun auf engstem Raum miteinander eingeschlossen. Es kam in der Folge zu einer signifikant erhöhten Ansteckungsrate sowie zu einem Anstieg häuslicher Gewalt.[7]

Darüber hinaus waren Geflüchtete von den **allgemeinen Maßnahmen**, die die Politik **zur Bekämpfung der Corona-Pandemie** verabschiedet hat, besonders stark betroffen: So erforderte beispielsweise Online-Schulunterricht vermehrt Lernen von zuhause. Doch in vielen Geflüchtetenunterkünften haben Kinder keine Ruhe, keinen Computer, keinen Schreibtisch, schlechtes Internet und keinen eigenen Arbeitsplatz. Gleichzeitig durften sie sich nur während der Unterrichtszeit in den Schulen aufhalten. Manche geflüchteten Schulkinder versuchten daher, ihre Hausaufgaben schon während des Unterrichts zu erledigen, da nachmittags in der Geflüchtetenunterkunft nicht mehr daran zu denken war.

Der Umstieg auf **Online-Angebote** schloss auch viele erwachsene Geflüchtete aus, die z.B. Deutschkurse besuchten. Die daraus folgenden Nachteile sind bis heute spürbar, wenn es z.B. um die Erlangung von Aufenthaltstiteln geht, die ein gewisses Deutschniveau erfordern. Dies ist umso tragischer, da Bildung allgemein maßgeblich zu individueller, familiärer und gesellschaftlicher Krisenresilienz beiträgt und erst die Voraussetzungen schafft, um herausfordernde Situationen zu meistern. Der gleichberechtige Zugang

[6] Ärzte der Welt (2022), Ver(un)sichert? Wie Ausgrenzung psychisch belastet, abrufbar unter: https://issuu.com/arztederwelt/docs/221027_aedw_gesundheitsreport_2022_dina4_web?fr=sZWEzYTU5ODQ5ODE.

[7] AWO Bundesverband e.V. (2021), Unterbringung von geflüchteten Menschen und die Corona-Pandemie, abrufbar unter: https://awo.org/sites/default/files/2021-10/AWO%20Standpunkte%202021%20-%20Unterbringung%20von%20Gefluechteten_0.pdf.

zu Bildung und die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe sind daher fundamental für eine krisenfeste Gesellschaft.

Viele geflüchtete Menschen sind in **prekären Arbeitsverhältnissen** beschäftigt. Während der Corona-Pandemie waren sie weitaus stärker von Entlassungen und Kurzarbeit betroffen als andere Teile der Gesellschaft.[8] Auswirkungen einer Kündigung oder des Eintritts in die Kurzarbeit können für geflüchtete Menschen ungemein schwerwiegende Folgen haben. Z.B. kann dies mit einem Wegbrechen der Unterstützung der Familien in den Herkunftsländern einhergehen.

Geflüchtete Menschen sind häufig, zumindest für die erste Zeit nach ihrer Ankunft, auf Sozialleistungen angewiesen. Hierfür sind nicht zuletzt die rechtlichen Vorgaben verantwortlich: So ist z.B. die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis für Asylbewerber*innen, die verpflichtet sind in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen (dies ist in der Regel der Fall), für die ersten neun Monate nach Asylantragstellung ausgeschlossen (§ 61 Absatz 1 Satz 1 AsylG). Ähnliche Regelungen bestehen auch für Personen mit Duldung (siehe § 61 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 AsylG). Darüber hinaus gehören geflüchtete Menschen, die erwerbstätig sind, häufig zu den sogenannten Geringverdiener*innen.[9] Insgesamt sind geflüchtete Menschen daher häufig von Armut betroffen. Als Sozialleistungsbezieher*innen oder Geringverdiener*innen treffen die vor dem Hintergrund der Energiekrise inflationsbedingt **drastisch gestiegenen Verbraucherpreise** sie daher besonders hart. Sozialverbände kritisierten in dem vergangenen Jahr immer wieder, dass die sogenannten Entlastungspakete für Geringverdiener*innen und all diejenigen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, unzureichend seien.[10] Menschen in prekären Lebenslagen bekommen folglich die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise überdurchschnittlich stark zu spüren. Ihre Situation ist dadurch von finanziellem Mangel, sozialem Ausschluss und großer persönlicher Unsicherheit geprägt.[11]

Insgesamt lässt sich beobachten, dass sich **Ausschlussmechanismen** gegenüber marginalisierten Personengruppen in Krisensituationen weiter **verschärfen**. Dies liegt auch daran, dass Teile der Gesellschaft geflüchtete Menschen in solchen Situationen besonders als Konkurrenz konstruieren und Ängste um Verteilung schüren, statt sich solidarisch zu zeigen. Vorurteile und rassistische Diskriminierung fallen in solchen Situationen auf einen besonders fruchtbaren Nährboden.

2. Wie konnten Menschen mit Fluchterfahrung und Sie als Organisation diese Herausforderungen bewältigen und die Probleme lösen?

Angesichts der unter Frage 1 geschilderten erheblichen strukturellen Einschränkungen, mit denen geflüchtete Menschen in Deutschland in ihrem Alltag konfrontiert sind, sieht der Flüchtlingsrat weder geflüchtete Menschen, noch sich selbst als zivilgesellschaftliche Organisation als hauptverantwortlich, geschweige denn als befähigt, aus Krisen resultierende Probleme und Herausforderungen für Menschen mit Fluchtgeschichte zu bewältigen. Vielmehr bedarf es zum einen fundamentaler, systemischer

[8] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2021), IAB-Forschungsbericht - Die Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten, abrufbar unter: https://doku.iab.de/forschungsbericht/2021/fb0521.pdf.
[9] IAB (2022), IAB-Kurzbericht. Beschäftigungsaufnahme von Geflüchteten. Anspruchslöhne sinken mit längerer Aufenthaltsdauer, abrufbar unter: https://doku.iab.de/kurzber/2022/kb2022-20.pdf.
[10] Z.B. Der Paritätische Gesamtverband (2022), Unzureichende Entlastungen und Klimaschutz ausgebremst!, abrufbar unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/Bewertung_Entlastungspaket3_2022.pdf.
[11] Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (2022), Reader zur landesweiten Aktionswoche gegen Armut, abrufbar unter: https://www.armut-bedroht-alle.de/wp-content/uploads/2022/07/Armut_bedroht_alle_2022_Reader-1.pdf.

Veränderungen, um der Diskriminierung und Benachteiligung geflüchteter Menschen in Baden-Württemberg und Deutschland entgegenzuwirken. Diese Veränderungen können nur durch politisch Verantwortliche selber bewirkt werden (z.B. sozialer Wohnungsbau, Abschaffung des AsylbLG, Ausbau des Nahverkehrs, gerechterer Zugang zur Bildung – z.B. erleichtere Anerkennung von Abschlüssen, Ausbau der Kinderbetreuung, Reduzierung der Komplexität des Asyl- und Aufenthaltsrechts, etc.). Auch kann der Flüchtlingsrat gemeinsam mit geflüchteten Menschen noch so sehr auf Missstände hinweisen und konkrete, unkompliziert umsetzbare Lösungsvorschläge machen – diese werden keine Veränderungen bewirken, solange sie von den politischen Akteur*innen nicht aufgegriffen und umgesetzt werden.

Nichtsdestotrotz versucht der Flüchtlingsrat zumindest auf die Konsequenzen, die Krisen auf die Lebenssituationen von geflüchteten Menschen haben, aufmerksam zu machen und den Betroffenen Informationen und Instrumente zur Verfügung zu stellen, um ihre Handlungsfähigkeit im Rahmen des Möglichen zu vergrößern. Dies wird im Folgenden beispielhaft an drei Dimensionen der Arbeit des Vereins ausgeführt: Projekte, die der Flüchtlingsrat zum Empowerment geflüchteter Menschen durchgeführt hat, Informationsarbeit, mit der der Verein immer wieder auf neue Fluchtbewegungen reagiert, zu denen es im Kontext globaler Krisensituationen kommt, sowie das Aufzeigen von Lösungsansätzen und Aufklärungsarbeit zu unterschiedlichen Problemlagen.

2.1. Empowerment-Projekte für geflüchtete Menschen

Dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist es ein zentrales Anliegen, die Handlungsmacht geflüchteter Menschen zu stärken und sie somit dabei zu unterstützen, für durch Krisen hervorgerufene Herausforderungen und Probleme selbstständig Lösungen zu finden. In den vergangenen Jahren hat der Verein u.a. im Rahmen zweier Projekte („Integration mit Perspektive“, finanziert aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und der Heidehof Stiftung[12] sowie „Frauen im Austausch“, gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Mitteln der Europäischen Union (EU)[13]) geflüchtete Menschen dabei unterstützt, sich zu vernetzen und weiterzubilden. Beide Projekte folgten einem Empowerment-Ansatz, welcher die Teilnehmenden dazu ermutigen und in Teilen befähigen sollte, in Krisensituationen z.B. durch den Austausch mit Menschen in vergleichbaren Lebenslagen, Lösungsansätze zu erarbeiten. Das Projekt „Frauen im Austausch“ entwickelte der Flüchtlingsrat als eine direkte Reaktion auf die von der pandemiegeprägten Ausgangssituation für die Teilnehmenden. Es handelte sich um ein Online-Projekt für geflüchtete Frauen, denen aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 (z.B. Ausgangssperren, kein bzw. eingeschränktes Stattfinden von Sprach- und Integrationskursen, weniger ehrenamtliche Angebote, Mehrbedarf an Kinderbetreuung) wenige Kontakt- und Austauschmöglichkeiten mit anderen Frauen geboten wurden. So konnten sich die Frauen im Rahmen des Projektes z.B. über verschiedene Möglichkeiten des Spracherwerbs als Alternative oder Ergänzung zu regulären Sprachkursen (Apps, Bücher, Filme, etc.), den Umgang mit Alltagsrassismus in einer von Fremdenfeindlichkeit geprägten Gesellschaft oder Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf austauschen.

Dass dieser Ansatz erfolgversprechend ist, zeigte sich auch im Rahmen der Impfkampagne, die im Kontext der Corona-Pandemie auf die Beine gestellt wurde. Besonders als die Corona-Impfungen in Deutschland erstmalig zur Verfügung standen, spielten geflüchtete Menschen selber eine wichtige Rolle bei der Impf-

[12] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Integration mit Perspektive – Individuell. Kultursensibel. Nachhaltig., abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-in-bw/integration-mit-perspektive-individuell-kultursensibel-nachhaltig/.

[13] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Neues Projekt „Frauen im Austausch“, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/arbeit-und-ausbildung/neues-projekt-frauen-im-austausch/.

Aufklärung. Viele agierten als sogenannte „Gesundheitslotsen“[14]. Sie informierten u.a. in Gemeinschaftsunterkünften mehrsprachig über die Impfkampagne.

2.2. Auf neue Fluchtbewegungen reagieren

Immer wieder führen Kriege, Gewalt und Krisen dazu, dass sich das weltweite Fluchtgeschehen verschiebt und sich neue Fragen bei der Aufnahme geflüchteter Menschen stellen. Mit Blick auf krisenhafte Ereignisse wie die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan[15], der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine[16] oder das Erdbeben in der Türkei und Syrien[17] hat der Flüchtlingsrat schnell reagiert. Der Verein hat jeweils über seine Homepage sowie über seine Social-Media-Kanäle (Instagram und Facebook) (mehrsprachige) Informationen gestreut. Dabei handelte es sich meistens um eine Mischung aus Hintergrundinformationen zum jeweiligen Ereignis und Handlungsoptionen mit Blick auf das deutsche Asyl- und Aufenthaltsrecht (z.B. Ortskräfteverfahren, Bundesaufnahmeprogramm, Beantragung des § 22 AufenthG, Familiennachzug, Beantragungen des § 24 AufenthG, Visaerleicherungen, etc.). Zum Teil hat der Flüchtlingsrat Sondernewsletter erstellt oder ausführliche Informationsveranstaltungen angeboten (z.B. zur aufenthaltsrechtlichen Situation von Menschen aus Afghanistan und aus der Ukraine). Diese Informationen erreichten zum einen Ehren- und Hauptamtliche in der Geflüchtetenarbeit (der Newsletter des Flüchtlingsrats erreicht z.B. Stand Mai 2023 7800 Personen in ganz Baden-Württemberg). Zum anderen erreichten die Informationen über das Netzwerk des Vereins sowie über die Beratung auch geflüchtete Menschen selbst, welche diese wiederum innerhalb ihrer Netzwerke streuen konnten. Auch im Kontext der oben genannten krisenhaften Ereignisse hat der Flüchtlingsrat jeweils durch den Austausch mit Ehren- und Hauptamtlichen in ganz Baden-Württemberg sowie durch die Beratungsarbeit praktische Probleme erkannt und entsprechend Forderungen an die Politik gerichtet (z.B. zur Frage der Passbeschaffung von Afghan*innen, zur Kritik am Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan[18], bezüglich der Ungleichbehandlung geflüchteter Menschen im Kontext Drittstaatler*innen aus der Ukraine[19], etc.).

2.3. Lösungsansätze aufzeigen und Aufklärungsarbeit leisten

Der Flüchtlingsrat hat den Anspruch, Lösungsansätze für aus Krisen resultierende Probleme aufzuzeigen. Dies tut der Verein zum einen unmittelbar, z.B. durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen mittelbar, indem er Lösungsansätze erarbeitet und durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit an die politisch Verantwortlichen und an die Gesellschaft weitergibt. Während der Corona-Pandemie hat der Flüchtlingsrat beispielsweise an ihn herangetragene Einzelfälle aufgearbeitet, auf Missstände aufmerksam gemacht und die entsprechenden Informationen, mit einem Handlungsauftrag verbunden, weitergegeben. Des Weiteren hat der Verein einen Fragenkatalog an sein Netzwerk von ehren- und hauptamtlich in der Geflüchtetenarbeit Tätigen verschickt, um einen besseren Überblick über die

[14] Stadt Stuttgart, Internationale Gesundheitslots*innen, abrufbar unter: https://www.stuttgart.de/leben/gesundheit/vorsorge/gesundheitslotsen.php?contrast=normal.
[15] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Aktuelles zu Afghanistan, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/asylpolitik-asylverfahren/sofortige-notaufnahme-gefaehrdeter-afghaninnen/.
[16] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Linksammlung und Informationen: Flucht aus Russland, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/aktuelles/ukraine-informationen-und-links/; Flüchtlingsrat Baden-Württemberg abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/aktuelles/linksammlung-und-informationen-flucht-aus-russland/.
[17] Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Besuchsvisa für vom Erdbeben betroffene Personen, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/aktuelles/besuchsvisa-fuer-vom-erdbeben-betroffene-personen/.
[18] Z.B.: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (2023), Bis heute keine Einreise, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/pressemitteilungen/bis-heute-keine-einreise/.
[19] Z.B.: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (2022), Stellungnahme: Mensch ist Mensch – Solidarität kennt keine Herkunft!, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/aktuelles/stellungnahme-mensch-ist-mensch-solidaritaet-kennt-keine-herkunft/.

Situation im gesamten Bundesland zu erhalten. Diese Rückmeldungen wurden wiederum genutzt, um die wichtigsten Handlungsempfehlungen für die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit aufzuarbeiten.

Mit Blick auf die Klimakrise leistet der Flüchtlingsrat in erster Linie Aufklärungsarbeit über den Zusammenhang zwischen aktuellen sowie prognostizierten klimabedingten Veränderungen und Fluchtbewegungen. Ziel ist es, das Thema dadurch immer wieder in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte zu rücken und auf die politische Agenda zu setzen. Bislang haben Menschen, die ihren Herkunftsstaat in erster Linie aufgrund von klimabedingten Umweltkatastrophen (z.B. Überschwemmungen, Dürren, Lebensmittelknappheit aufgrund von Heuschreckenplagen, etc.) verlassen mussten, kaum eine Möglichkeit, die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nach dem deutschen Asylrecht zu erfüllen.[20] Hier besteht folglich eine dringliche Handlungsnotwendigkeit, auf welche der Flüchtlingsrat gemeinsam mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen immer wieder aufmerksam macht.[21] Der Verein hat daher in der Vergangenheit zu diesem Thema u.a. Artikel in seinem Magazin „Perspektive“[22] veröffentlicht, Informationsveranstaltungen über seinen Newsletter oder seine Homepage beworben und entsprechende Vorträge im Rahmen seiner Tagungen[23] organisiert.

3. Welche konkreten Handlungsmaßnahmen halten Sie basierend auf diesen Erfahrungen für eine resiliente und eigenverantwortliche Bevölkerung für notwendig?

Resilienz entsteht dadurch, dass Menschen in die Lage versetzt werden, Herausforderungen selbst zu bewältigen. Unterstützungsmaßnahmen marginalisierter Gruppen sind daher vorrangig so zu konzipieren, dass sie dem Empowerment dienen. Dies kann nur erreicht werden, wenn gleichzeitig Einschränkungen für die betreffenden Gruppen weitestgehend reduziert werden. Folgende Handlungsempfehlungen verfolgen also in erster Linie das Ziel, die strukturelle Benachteiligung geflüchteter Menschen abzumindern.

Handlungsempfehlungen in Bezug zur Unterbringung

- Eine grundlegende Reform des rigiden deutschen Aufnahmesystems, damit Familien und soziale Netzwerke nicht auseinandergerissen werden
- Die Abschaffung zur Wohnplicht in Geflüchtetenunterkünften, sobald die Möglichkeit besteht, bei Freund*innen oder Familienangehörigen unterzukommen[24]
- Keine Unterbringung in entlegenen Massenunterkünften, keine Besuchsverbote, stattdessen Lernräume, zentrale Unterbringung und Mitentscheidung durch die Bewohner*innen

Handlungsempfehlungen mit Blick auf die Versorgung

- Abschaffung des AsylbLG und Eingliederung ins Bürgergeld
- Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Menschen unabhängig ihres aufenthaltsrechtlichen Status

[20] Refugee Law Clinic Bochum (2023), „Klimaflüchtlinge“, abrufbar unter: https://rlc-bochum.de/blog/1760.
[21] UNO Flüchtlingshilfe Deutschland, Klimawandel als Fluchtgrund, abrufbar unter: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtursachen/klimawandel.
[22] Z.B.: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (2020), Perspektive – Fluchtursachen, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-bw.de/wp-content/uploads/2022/04/Perspektive-FRBW-032020-DIGITAL-komprimiert.pdf.
[23] Z.B.: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (2020), Hauptvortrag Herbsttagung – Klima und Flucht, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=j5Z0Pnp9bPk.
[24] Flüchtlingsrat Berlin (2023), Weisungen SenIAS zur Aufhebung der Wohnverpflichtung in Asylaufnahmeeinrichtungen, abrufbar unter: https://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/aufhebung-wohnverpflichtung-asylaufnahmeeinrichtungen/.

- Einführung von Sprachmittlungsleistungen in den Katalog der gesetzlichen Gesundheitsleistungen, um gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem zu gewährleisten

Handlungsempfehlungen mit Blick Beschäftigung und Ausbildung

- Arbeitserlaubnis vom Tag der Registrierung an und niedrigschwelliger Zugang zu Praktika, Arbeit und Ausbildung
- Umfassender Ausbau der Kinderbetreuung, um jeder*jedem die Teilnahme an Deutschkursen und die Aufnahme von Arbeit zu ermöglichen
- Zügigere und tolerantere Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie von Bildungs- und Berufsbiographien
- Förderung der Selbstbestimmung, indem nicht auf one-size-fits-all-Angebote gesetzt wird, sondern Raum für eigene Entscheidungen gegeben wird

Gesamtgesellschaftliche Handlungsempfehlungen

- Umfassender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, v.a. morgens, abends, am Wochenende, an Feiertagen; Vorrang von Schiene, Einrichtung von Querverbindungen anstatt nur Ballungszentrum-konzentrierte Angebote
- Umfassende Antidiskriminierungsarbeit in Behörden, Schulen und Betrieben
- Drastische Umgestaltung der Arbeit der Ausländerbehörden
- Mehr finanzielle Mittel für Empowerment-Projekte und Selbstorganisationen von Geflüchteten

4. Wie kann die Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund ihrer Erfahrung nach auch in Krisen gewährleistet und weiterentwickelt werden?

Aus Sicht des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg ist es eine wichtige Aufgabe der Landesregierung, Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe für geflüchtete Menschen unabhängig von nationalen und globalen Krisen zu schaffen. Dabei gilt allerdings grundsätzlich zu beachten, dass die Möglichkeiten politischer Partizipation für Nicht-Staatsbürger*innen strukturell drastisch eingeschränkt sind (siehe hierzu Antwort auf Frage 5). Gleichzeitig sollte beachtetet werden, dass nicht von jedem Menschen, ungeachtet dessen, ob die Person nach Deutschland geflohen ist oder nicht, politische Teilhabe im Sinne der aktiven Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen erwartet werden kann. Prekäre Lebenslagen (z.B. unsicherer Aufenthaltsstatus über einen langen Zeitraum, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Arbeitslosigkeit, Trauma, etc.) können dazu führen, dass der Fokus des betroffenen Individuums vielmehr auf der Existenzsicherung liegt und es schlichtweg an Ressourcen mangelt, sich aktiv mit politischen Prozessen auseinanderzusetzen. Dementsprechend setzt eine gelungene Gewährleistung der Teilhabe und Repräsentation von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte eine grundsätzliche Verbesserung der Lebenslage geflüchteter Menschen in Deutschland voraus (siehe hierzu die Handlungsempfehlungen unter Frage 3 und unter Frage 8).

Soll geflüchteten Menschen frühzeitig nach ihrer Ankunft im Aufnahmestaat gesellschaftliche und politische Partizipation ermöglicht werden, so setzt dies (neben einem ausreichenden Angebot an einfach zugänglichen Deutschkursen und Angeboten der Kinderbetreuung) **mehrsprachige Partizipationsangebote** voraus. Projekte der **aufsuchenden politischen Bildung**[25] können dabei helfen, unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen für demokratische Prozesse zu gewinnen. Häufig fehlt auch denjenigen, die sich gerne mehr einbringen würden das entsprechende Wissen über bestehende Partizipationsmöglichkeiten. Durch konkretes Nachfragen können geflüchtete Menschen direkt in

[25] Z.B. Minor Wissenschaft Gesellschaft (2022), Fachaustausch Aufsuchend. Politisch. Bilden., abrufbar unter: https://minor-wissenschaft.de/fachaustausche-aufsuchend-politisch-bilden/.

Willensbildungsprozessen einbezogen werden. Daher ist es sinnvoll, dass Entscheidungsträger*innen selber regelmäßig das Gespräch mit geflüchteten Menschen suchen und sich direkt nach ihren Meinungen und Bedarfen erkundigen.

Das Schaffen von **Austausch- und Begegnungsräumen außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften** kann ebenfalls einen positiven Effekt auf die gesellschaftliche und politische Teilhabe geflüchteter Menschen haben. Gerade für Kinder kann sich außerdem ein kostenfreies und vielfältiges Angebot von Freizeitaktivitäten positiv auswirken. Auch Vernetzungsveranstaltungen für politisch interessierte und aktive geflüchtete Menschen können einen empowernden Charakter haben und somit zu einer verstärkten Partizipation beitragen. Finanzielle Aspekte sollten stets mitgedacht werden. Angebote können regelmäßig nur dann wahrgenommen werden, wenn sie niedrigschwellig zugängig sind (z.B. gute Erreichbarkeit/ Übernahme von Fahrtkosten/ Mehrsprachigkeit).

5. Welche Handlungsempfehlung würden Sie geben, um Menschen auf der Flucht besser mitzudenken und Menschen mit Fluchterfahrungen in Deutschland bei der Krisenvorsorge und -bewältigung besser einzubinden?

Entgegen weit verbreiteter Vorstellungen befindet sich nur ein kleiner Teil der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, in Europa. Neben einer großen Anzahl an Binnenflüchtlingen, die innerhalb eines Landes geflohen sind, fliehen die meisten Menschen in Krisensituationen zunächst in Nachbarländer.[26] Deutschland oder Europa sind also bei weitem kein derart attraktiver Zufluchtsort für geflüchtete Menschen, wie im öffentlichen Diskurs zum Teil suggeriert wird. Gleichzeitig werden steigende Zahlen geflüchteter Menschen in Europa von Politik und Öffentlichkeit regelmäßig als „Krise“ wahrgenommen. Dies hat zur Konsequenz, dass sich politische Akteur*innen häufig verstärkt der Frage widmen, wie Fluchtbewegungen kontrolliert und eingeschränkt werden können und dabei die Frage einer pragmatischen Aufnahme fliehender Menschen in den Hintergrund rückt. Dies ist fatal, denn angesichts der weltweiten Krisenlage ist damit zu rechnen, dass auch weiterhin fliehende Menschen nach Deutschland gelangen werden. Im Folgenden werden in einem ersten Schritt Handlungsempfehlungen formuliert, die sich auf Menschen beschränken, die tatsächlich in Richtung Europa fliehen. In einem zweiten Schritt stehen Handlungsempfehlungen im Vordergrund, die sich auf die Situation geflohener Menschen in Deutschland beziehen.

5.1. Menschen auf der Flucht nach Europa

Angesichts der quasi völligen Abwesenheit legaler Fluchtwege in die EU sind die meisten fliehenden Menschen dazu gezwungen, sich unter Gefahr für ihr Leben auf sogenannte „illegale“ Fluchtrouten zu begeben. Ihre Flucht impliziert das mehrfache Überqueren von staatlichen Grenzen, natürlichen Hürden (u.a. Wüste, Meer) und ist ein Unterfangen, das sich mehrere Monate hinziehen kann. Maßnahmen der Abschottung, mit denen die EU bzw. deren Mitgliedstaaten versuchen, Menschen davon abzuhalten, nach Europa zu fliehen (z.B. Abkommen mit Drittstaaten, Externalisierung von Grenzkontrollen) haben zur Konsequenz, dass die Flucht noch mühsamer wird und sich auf immer gefährlichere Routen verlagert.[27]

[26] UNHCR (2022), Global Trends. Forced displacement in 2021, abrufbar unter: https://www.unhcr.org/sites/default/files/legacy-pdf/62a9d1494.pdf.

[27] Zum Beispiel Andersson, Ruben (2016), Europe's failed ‘fight’ against irregular migration: ethnographic notes on a counterproductive industry, abrufbar unter: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1369183X.2016.1139446.

Jedes Jahr sterben Menschen, bei dem Versuch, nach Europa zu fliehen. Zwischen 2014 und Mai 2023 wurden allein 26 832 Tode durch Ertrinken im Mittelmeer dokumentiert.[28]

Politisches Handeln sollte das Ziel verfolgen, Fluchtrouten für fliehende Menschen sicherer zu gestalten. Kurzfristig impliziert dies einen sofortigen Stopp aller Abschottungsmaßnahmen, die Wiederaufnahme humanitärer Rettungsmissionen im Mittelmeer sowie einen politischen Einsatz für das Schaffen von legalen Fluchtkorridoren. Mittelfristig ist eine grundlegende politische Auseinandersetzung mit dem Thema der globalen Bewegungsfreiheit notwendig. Es muss anerkannt werden, dass es sich bei der Bewegungsfreiheit um ein Gut handelt, das weltweit höchst ungerecht verteilt ist: Während der deutsche Pass Reisefreiheit in über 170 Länder ermöglicht[29], können z.B. Menschen aus Afghanistan ihr Land aktuell kaum auf legalem Weg verlassen. Diese Ungerechtigkeit muss auf internationaler Ebene angegangen werden, führt sie doch u.a. regelmäßig dazu, dass Menschen ihr Recht auf Asyl nicht geltend machen können. Ein System durchlässigerer Grenzen könnte an dieser Stelle Abhilfe schaffen und die faktische Inanspruchnahme des Asylrechts durch fliehende Menschen verbessern. Als Positivbeispiel kann an dieser Stelle die Situation ukrainischer Geflüchteter in die EU dienen, die nach dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs im Frühjahr 2022 flohen. Aufgrund der Bestimmungen zur visumsfreien Einreise blieb dieser Gruppe von Geflüchteten die Erfahrung der Illegalisierung, die mit illegalen Grenzüberschreitungen verbunden ist, im Wesentlichen erspart. Direkt politisch umsetzbar wären auch Landesaufnahmeprogramme, z.B. für geflüchtete Menschen, die an den EU-Außengrenzen stranden, wie im baden-württembergischen Koalitionsvertrag von 2021 vorgesehen.[30] Die Möglichkeit einer legalen Einreise ins Zufluchtsland hat darüber hinaus den positiven Nebeneffekt, dass sich fliehende Menschen so eher in der Aufnahmegesellschaft willkommen fühlen. Umgekehrt signalisiert die Notwendigkeit zur illegalen Einreise, dass die Anwesenheit der fliehenden Menschen am Zufluchtsort eher unerwünscht ist.

5.2. Geflüchtete Menschen in Deutschland

Damit Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland in Krisensituationen besser eingebunden werden können, ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Paradigmenwechsel nötig. Es gilt, geflüchtete Menschen konsequent als Teil der Gesellschaft zu verstehen und die Voraussetzungen, die die Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Teilhabe bestimmen, erheblich zu verbessern. Zwei Handlungsansätze für die Politik können identifiziert werden.

So gilt es erstens generell das Verhältnis zwischen Staat und geflüchteten Menschen anders auszubalancieren. Dieses ist von einem akuten Abhängigkeitsverhältnis geprägt, das auf eingeschränkten Rechten geflüchteter Menschen basiert, allem voran, was ihre aufenthaltsrechtliche Situation betrifft. Den extrem prekären rechtlichen Situationen, in denen sich geflüchtete Menschen immer wieder in Deutschland befinden – sei es z.B. während ihres Asylverfahrens oder im Fall einer Duldung, sollte daher entgegengewirkt werden. Aufenthaltsrechtliche Prekarität suggeriert den betroffenen Menschen nicht nur, dass ihre Anwesenheit in Deutschland höchstens vorübergehend toleriert wird, was mit dem Gefühl permanenter Unsicherheit verbunden ist. Vielmehr schränkt sie darüber hinaus die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe in vielen Lebensbereichen ein – sei es z.B. im Bereich der Arbeit, wenn Menschen keinen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, im Bereich des Wohnens, wenn der Staat ihnen vorschreibt, wo sie unterzukommen haben oder im Bereich des Zugangs zum

[28] Statista (2023), Geschätzte Anzahl der im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge in den Jahren von 2014 bis 2023, abrufbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/892249/umfrage/im-mittelmeer-ertrunkenen-fluechtlinge/#:~:text=Im%20Jahr%202023%20(Stand%3A%2011,auf%20dem%20Seeweg%20nach%20Europa.
[29] Passport Index, Globaler Reisepass Rang, abrufbar unter: https://www.passportindex.org/de/byRank.php.
[30] Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, CDU Baden-Württemberg, Jetzt für Morgen – der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg, abrufbar unter: https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210506_Koalitionsvertrag_2021-2026.pdf.

Gesundheitssystem, wenn sie unter die Regelungen des AsylbLGs fallen. Wie schon unter Frage 1 ausgeführt sind derart marginalisierte Menschen die ersten Betroffenen im Fall von Krisen: bei steigender Arbeitslosigkeit werden zunächst Menschen entlassen, die sich nicht in festen Beschäftigungsverhältnissen befinden. Im Fall von Knappheit auf dem Wohnungsmarkt sind Menschen benachteiligt, die ihre Wohnungssuche nicht flexibel gestalten dürfen. Im Fall einer Pandemie haben Menschen, die zur Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung gezwungen werden und dort unter beengten Verhältnissen leben müssen, weniger Chancen, sich nicht mit der Krankheit anzustecken und ihr eingeschränkter Zugang zum Gesundheitssystem potenziell verheerende Konsequenzen. Um dem entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, die rechtliche Lage geflüchteter Menschen in Deutschland deutlich zu verbessern: Sonderregelungen während des Asylverfahrens (z.B. das AsylbLG, die Verpflichtung zum Wohnen in einer Aufnahmeeinrichtung) müssen abgeschafft werden. Die Möglichkeiten, aus der Situation einer Duldung an eine Aufenthaltserlaubnis zu gelangen, müssen ausgebaut werden, genauso wie die Zugangsvoraussetzungen für die unbefristete Niederlassungserlaubnis bzw. die Staatsangehörigkeit abgebaut werden sollten. Erst mit der Möglichkeit, am Zufluchtsort zu*r Staatsbürger*in zu werden, haben geflüchtete Menschen aus rechtlicher Perspektive völlige Gleichberechtigung erlangt, was ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten betrifft.

Zweitens impliziert der oben angeführte Paradigmenwechsel, dass Flucht und Migration endlich gesamtgesellschaftlich als Normalität anerkannt werden müssen.[31] Eine Flucht- oder Migrationsgeschichte zu haben, ist eine Facette vieler möglicher biografischer Erfahrungen, aber kein Alleinstellungsmerkmal, auf das Menschen reduziert werden dürfen. Menschen, die u.a. über Flucht- oder Migrationserfahrung verfügen, dürfen nicht permanent im politischen Diskurs und Handeln zu den „Anderen“ gemacht werden. Während sich politische Akteur*innen an diesem idealistischen Ziel orientieren sollten, müssen sie gleichzeitig auch die Omnipräsenz rassistischer Strukturen anerkennen, die nach wie vor in Deutschland wirken.[32] People of Colour erleiden strukturelle Nachteile z.B. auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt und sind in ihrem Alltag permanent Verletzungen, zum Teil sogar extremer Gewalt durch Rassismus ausgesetzt. Die verschiedenen Manifestierungen von Rassismus bestimmen die Lebensrealitäten vieler geflüchteter Menschen in Deutschland. Insbesondere Weiße Menschen sollten verstärkt dazu angehalten werden, sich mit ihren Privilegien auseinanderzusetzen und rassismuskritisch zu handeln. Mit Blick auf die Klimakrise müssen darüber hinaus globale Ungleichheiten stärker in den Blick genommen werden: der Lebensstil, den wir als Bewohner*innen eines extrem reichen Landes pflegen, hat direkte Konsequenzen auf die Lebensrealitäten von Menschen aus dem „globalen Süden“.[33] Wir tragen dazu bei, dass Menschen ihre Lebensgrundlage entzogen wird (z.B. durch Verwüstung, Wasserknappheit, die Zunahme extremer Wetterphänomene) und diese schließlich keine andere Möglichkeit mehr sehen, als zu fliehen.

6. Wie würden Sie die Beziehungen und die Kommunikation zwischen Baden-Württemberg und der baden-württembergischen Politik sowie Geflüchteten als Teil der Gesellschaft beschreiben?

6.1. Eine von Machtungleichgewicht geprägte Beziehung

Die Kommunikation zwischen Baden-Württemberg bzw. der baden-württembergischen Politik und geflüchteten Menschen ist von einem extremen Machtungleichgewicht geprägt: Die baden-württembergische Politik erarbeitet Gesetze, Erlasse oder Vorschriften und verantwortet behördliches Handeln, was geflüchtete Menschen direkt tangiert und deren Lebenswege nachhaltig beeinflussen kann

[31] Die kritische Migrationsforschung betont, dass Migration erst im nationalstaatlichen System zum Problem konstruiert wird. Siehe z.B. Hess, Sabine und Kasparek, Bernd (Hgs.) (2017), Grenzregime.
[32] Siehe z.B. Ogette, Tupoka (2018), exit Racism: rassismuskritisch denken lernen.
[33] Siehe z.B. Lessenich, Stephan (2016), Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft.

– im Positiven, wenn Menschen z.B. der Weg in ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglicht wird oder im Negativen, wenn diese gewaltsam aus Baden-Württemberg abgeschoben werden. Die Möglichkeiten von geflüchteten Menschen wiederrum, mit der baden-württembergischen Politik in Kontakt zu treten, sind stark begrenzt. Von der Ankunft in Deutschland bis zur Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen vergehen häufig viele Jahre und nicht allen geflüchteten Menschen bietet sich diese Gelegenheit überhaupt. Ohne die deutsche Staatsbürgerschaft bleiben geflüchteten Menschen die klassischen Instrumente der politischen Partizipation verwehrt: sie dürfen bei keiner der baden-württembergischen Wahlen ihre Stimme abgeben. Hinzu kommt, dass geflüchtete Menschen selten als politisch aktiv wahrgenommen werden, bzw. ihnen ihre Legitimität abgesprochen wird, wenn sie trotz ihrer Ausgeschlossenheit vom Wahlrecht versuchen, ihre Stimme einzubringen, z.B. durch Selbstorganisationen oder in Form von Protestaktionen wie Demonstrationen oder Kundgebungen. Wie in der wissenschaftlichen Literatur ausgiebig belegt, wird geflüchteten Menschen oft mit der Erwartungshaltung begegnet, dass sie im Gegenzug für ihre Aufnahme im Aufnahmeland dankbar zu sein hätten und keine Kritik an den dort herrschenden Verhältnissen üben dürften.[34]

6.2. Stigmatisierendes Sprechen über geflüchtete Menschen

Während sich die breite Öffentlichkeit kaum dafür interessiert, was geflüchtete Menschen über die baden-württembergische Politik denken, stoßen die Diskurse aus der Politik *über* Geflüchtete in der Regel auf Interesse, z.B. seitens der Medienlandschaft, und werden entsprechend reproduziert. Dabei drohen politische Akteur*innen immer wieder in stereotypisierte Darstellungen zu verfallen, wenn sie über geflüchtete Menschen sprechen. So werden geflüchtete Menschen wahlweise zu Opfern gemacht, die es zu retten gilt, zur gesellschaftlichen Last, die z.B. gerechter auf Landkreise und Kommunen verteilt werden muss oder zur Gefahr für die Sicherheit. Ohne den Austausch mit geflüchteten Menschen zu suchen, werden Menschen aufgrund ihrer Fluchterfahrung von außen als eine Gruppe konstruiert. Sie werden auf diese Dimension ihrer Biographie reduziert und mit pauschalisierenden Erwartungshaltungen konfrontiert, die in verschiedenen Lebensbereichen ihre Wirkung entfalten. Dies verhindert regelmäßig, dass sich geflüchtete Menschen als Teil der Gesellschaft fühlen können.

6.3. Erschwerte Kommunikation mit den Behörden

Geflüchtete Menschen sind enorm abhängig von den deutschen Behörden und stehen häufig komplexen bürokratischen Prozessen gegenüber. Immer wieder erlebt der Flüchtlingsrat, dass geflüchteten Menschen trotz bestehender Ansprüche bestimmte Leistungen nicht gewährt werden. Häufig liegt diesen Fällen eine erschwerte Kommunikation mit den zuständigen Behörden zugrunde. Diese resultiert u.a. aus der fehlenden Mehrsprachigkeit der Behörden. Häufig werden geflüchtete Menschen in den Behörden aber auch mit Ungeduld, Unverständnis bis hin zu Rassismus konfrontiert. Menschen mit geringeren Deutschkenntnissen wird immer wieder fehlendes Verständnis und eine damit einhergehende Unmündigkeit vorgeworfen. Sie sind damit auf die Hilfe von deutschsprechenden Unterstützer*innen angewiesen. Regelmäßig wird nur mit den haupt- oder ehrenamtlichen Unterstützer*innen der Betroffenen gesprochen, nicht aber mit den geflüchteten Menschen selbst. Dadurch werden diese entmündigt und können ihre eigenen Belange zum Teil nicht ausreichend kommunizieren. Dadurch, dass nicht mit den Menschen selbst gesprochen wird bzw. diese nicht ernst genommen werden, erlangen sie häufig keine eigenen Kenntnisse des Systems und verbleiben so in der Abhängigkeit von Unterstützungsstrukturen, die aber nur temporär angedacht sind (so soll z.B. das Integrationsmanagement nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt Menschen beraten, anschließend sind sie auf sich allein gestellt). Der Flüchtlingsrat erlebt immer wieder, dass sich Mitarbeitende den Betroffenen gegenüber eindeutig rassistisch äußeren oder verhalten. Die permanente Konfrontation mit

[34] Siehe z.B. Arslan, Emre und Bozay, Kemal (Hgs.) (2019), Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft.

Diskriminierung und Rassismus kann dazu führen, dass Menschen sich aus Angst vor weiterer Verletzung zurückziehen.

7. Welche Veränderungen konnten Sie in den letzten 10 Jahren mit Blick auf die Erwartungen an Geflüchtete sowie die Bedingungen einer Flucht nach Deutschland feststellen? In welcher Form spielt die Flucht aufgrund der Klimakrise und veränderte Lebensbedingungen dabei eine Rolle?

Noch nie zuvor war die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, so hoch wie heute. Mitte 2022 waren mehr als 100 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht.[35] Über die Hälfte von ihnen sind innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben. 26,4 Millionen Menschen leben jedoch als Flüchtlinge in anderen Staaten. Auf der Suche nach Schutz vor Menschenrechtsverletzungen, Armut und Verfolgung nehmen viele fliehende Menschen gefährliche Fluchtrouten in Kauf.

7.1. Gefährlichere Fluchtrouten

Die Flucht nach Europa wird immer gefährlicher. Politische Entscheidungen wie der Türkei-Deal, der Bau von Zäunen (z.B. in Ungarn) oder die Ausbildung der lybischen Marine durch die deutsche Bundeswehr führen dazu, dass sich Fluchtrouten permanent verändern und die schutzsuchenden Menschen sich neue, häufig noch riskantere Wege nach Europa suchen müssen. Allein seit Beginn des Jahres 2023 sind über 1000 Menschen bei der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken oder gelten als vermisst (Stand Mai 2023).[36]

Die Menschen müssen nicht nur viel Geld für Schlepper und Bootsfahrten bezahlen, sondern finden weder auf dem Meer noch an Land Unterstützung bei staatlichen Institutionen. Sie werden grundsätzlich als Bedrohung für Europa wahrgenommen, als illegale Migrant*innen, nicht als Menschen, die verzweifelt versuchen, Elend, Krieg und Verfolgung zu entkommen. Geflüchtete werden mit Billigung Europas ins Meer zurückgeworfen, gefoltert, eingesperrt, misshandelt. Dafür gibt die EU viel Geld aus. Der Schutz der europäischen Grenzen steht über dem Schutz von Menschenleben.

7.2. Immer drastischere Auswirkungen des Klimawandels

Warum sich Menschen auf die Flucht begeben, hatte schon immer vielfältige Gründe. Persönliche Verfolgung, geschlechtsspezifische Verfolgung, religiöse Zugehörigkeit und geschlechtliche Identität sind einige davon. Auch der Klimawandel spielt eine immer größere Rolle. Im Jahr 2019 wurden rund 24,9 Millionen Menschen in 140 Ländern der Welt klimabedingt vertrieben.[37] Ein Großteil der durch wetterbedingte Gefahren (z.B. Wirbelstürme, Zyklone oder Überschwemmungen) ausgelösten Vertreibungen finden innerhalb von Landesgrenzen statt. Im Jahr 2020 waren z.B. schätzungsweise drei Millionen Menschen in Mittelamerika und Südmexiko vom Hurrikan Eta betroffen (eine der schlimmsten wetterbedingten Katastrophen in der Region in den letzten zwei Jahrzehnten). Menschen, die während der Flucht Opfer von klimabedingten Naturkatastrophen werden, sind besonders vulnerabel. Tatsächlich leben diese häufig in „Hotspots“ des Klimawandels, wo sie möglicherweise sekundärer Vertreibung ausgesetzt sind und geringere Chancen auf eine Rückkehr haben. Sie leben in ungeschützten Zeltlagern ohne ausreichende Hygienestandards und Gesundheitsversorgung. So sind beispielsweise Rohingya auf

[35] UNHCR (2022), Mid-Year Trends 2022, abrufbar unter: https://www.unhcr.org/media/mid-year-trends-2022.
[36] UNCHR, Operational Data Portal, abrufbar unter: https://data.unhcr.org/en/situations/mediterranean.
[37] UNO Flüchtlingshilfe Deutschland, So hängen Klimakrise und Flucht zusammen, abrufbar unter: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/blog/artikel/so-haengen-klimakrise-und-flucht-zusammen.

der Flucht im Süden Bangladeschs besonders stark den Auswirkungen von Monsunstürmen, Überschwemmungen und Erdrutschen ausgesetzt.[38]

Darüber hinaus trägt der Klimawandel an vielen Orten der Welt zur Eskalation von Konfliktsituationen bei, die wiederum Menschen dazu zwingen, ihren Herkunftsstaat zu verlassen. So können die Auswirkungen des Klimawandels u.a. zu Ressourcenknappheit führen, welche wiederum Grund für Gewalt, Konflikte und Armut sein kann.[39] Z.B. hängt der zunehmende Machtgewinnen extremistischer Gruppen in der Sahelzone (eine der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Regionen der Welt) mit klimabedingten Land- und Wasserstreitigkeiten in der Region zusammen. Daraus resultiert eine hohe Anzahl fliehender Menschen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen von Niger, Mali und Burkina Faso. Auch Fluchtbewegungen aus Nicaragua, Afghanistan und vielen anderen Staaten weltweit stehen unmittelbar oder mittelbar mit dem Klimawandel in Verbindung.[40] Die Lebensbedingungen in den Ländern des globalen Südens werden insgesamt immer schwieriger. Superreiche und die Staaten des globalen Nordens berauben die Menschen ihrer Lebensgrundlagen. Viele Regionen sind inzwischen nicht mehr bewohnbar, die Abwanderung in die Städte führt zu Verelendung. Europäer*innen tragen mit ihrem staatlichen und individuellen Verhalten Mitschuld an der Klimaflucht. Aus diesen globalen Ungleichheiten erwächst daher eine Verantwortung für geflüchtete Menschen, die bis nach Europa gelangen. Dieser Verantwortung kommt auch Deutschland in nur sehr eingeschränkter Form nach. Vielmehr zeugen unterschiedliche politische Maßnahmen der Abschottung, sowohl an den EU-Außengrenzen als auch in Deutschland, von dem Versuch, Menschen von einer Flucht abzuschrecken. Die Kasernierung von geflüchteten Menschen in Massenunterkünften, schwieriger Zugang zu Sprachkursen, die Aneinanderreihung prekärer Aufenthaltstitel oder permanente Bedrohung durch Abschiebung sind Signale an Geflüchteten, die lauten „wir wollen euch hier nicht haben“. Daran hat sich die letzten zehn Jahre grundsätzlich wenig verändert.

8. Welche Chancen und Potentiale bringen Geflüchtete ihrer Meinung nach Baden-Württemberg und welche Möglichkeiten bietet Baden-Württemberg für Geflüchtete? Ergeben sich daraus für Sie Handlungsempfehlungen?

Das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen ist in erster Linie ein Menschenrecht, welches bereits 1948 in Artikel 14 Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) festgehalten wurde. Über das in Artikel 16a des deutschen Grundgesetzes (GG) festgeschriebene Asylrecht hinaus haben sich über die Jahre hinweg weitere menschenrechtsbasierte Schutzpflichten des deutschen Staates und damit Rechtsansprüche für Schutzsuchende entwickelt. Es sollte daher beachtet werden, dass in der Regel mehr als die Hälfte aller Menschen, die nach Deutschland fliehen und hier einen Asylantrag stellen, nach deutschen und internationalem Recht einen Anspruch auf einen Schutzstatus und damit einhergehend auf eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis haben.[41] Diese Rechtsansprüche existieren unabhängig von jeglichen Chancen und Potentialen, die Menschen mitbringen und beruhen vielmehr auf menschenrechtlichen Erwägungen, die in der Würde des Menschen

[38] UNCHR – The UN Refugee Agency, Climate change and disaster displacement, abrufbar unter: https://www.unhcr.org/what-we-do/how-we-work/environment-disasters-and-climate-change/climate-change-and-disaster.
[39] Klima Allianz Deutschland, Migration, Vertreibung & Flucht infolge des Klimawandels, abrufbar unter: https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/Positionspapier2017_MuF_finalWebV02.pdf.
[40] UNO Flüchtlingshilfe Deutschland, So hängen Klimakrise und Flucht zusammen, abrufbar unter: https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/aktuelles/blog/artikel/so-haengen-klimakrise-und-flucht-zusammen.
[41] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2023), Aktuelle Zahlen, abrufbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-januar-2023.pdf;jsessionid=8972721CFD4D06CDC6D920CF4853AEF2.intranet242?__blob=publicationFile&v=5.

verankert sind. Die Frage, welche Chancen und Potentiale Menschen, die aufgrund von Flucht vor Verfolgung, Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung aus ihrem Herkunftsstaat fliehen mussten, für Baden-Württemberg haben, sollte daher hinter menschenrechtlichen Erwägungen anstehen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das deutsche Asylsystem u.a. von fehlenden Standards zur Identifikation von besonderen Schutzbedarfen, mangelnder unabhängiger Beratung zur Vorbereitung auf die Anhörung einhergehend mit unzureichendem Wissen der Schutzsuchenden darüber, welche ihrer Erfahrungen im Herkunftsland von asylrechtlicher Relevanz sein könnten, geprägt ist. Dadurch wird vielen Menschen stark erschwert oder sogar verunmöglicht, von ihren Rechten auf Schutz Gebrauch zu machen (dies spiegelt sich u.a. darin wieder, dass jedes Jahr zahlreiche durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zunächst negativ entschiedene Asylanträge im Rahmen von Klageverfahren durch Verwaltungsgerichte korrigiert werden).[42]

Die zunehmende Schaffung von im deutschen Aufenthaltsrecht verankerten Bleiberechtsoptionen spiegelt in Teilen eine Anerkennung von Flucht und Migration als weltweite und über Jahre hinweg existierende Realitäten wider. Flucht und Migration wird es auch in Zukunft geben, ganz unabhängig davon, inwieweit Baden-Württemberg davon profitiert. Diese Realität gilt es anzuerkennen und pragmatische Lösungen für ankommende Menschen zu finden. Abgesehen davon unterscheiden sich Menschen, die aus ihrem Herkunftsstaat fliehen in erster Linie dadurch von vielen deutschen Staatsangehörigen, dass sie durch ihre Biografie besonderen Herausforderungen gegenüberstehen und über weniger angeborene Privilegien verfügen. Genauso wie andere Menschen haben sie in der Regel ein großes Interesse daran, ihr Leben eigenständig gestalten zu können, was regelmäßig Bildung und Arbeit voraussetzt. Auf der persönlichen Ebene bringen sie ganz individuelle und unterschiedliche Chancen und Potentiale mit. Viele Menschen kommen mit Vorbildung und/ oder Arbeitserfahrung nach Deutschland. Studien zeigen, dass mehr als die Hälfte aller Geflüchteten spätestens nach einigen Jahren Aufenthalt in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen, der Großteil der nicht-erwerbstätigen Personen ist aktiv auf der Suche nach einer Arbeitsstelle.[43] Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Fachkräftemangels in Deutschland bringen geflüchtete Menschen folglich erhebliche Potentiale mit. Geflüchtete und Migrant*innen beginnen z.B. häufiger eine Ausbildung in Engpassberufen, also in Berufen, die auf Fachkraftniveau besonders knapp auf dem Arbeitsmarkt sind, als deutsche Ausbildungsanfänger*innen.[44]

Die Möglichkeiten, die Baden-Württemberg geflüchteten Menschen bietet, sind aufgrund von bereits erwähnten staatlichen Restriktionen erheblich eingeschränkt.[45] Dennoch hat die baden-württembergische Landesregierung Spielräume, die sie aktiv nutzen könnte, um die Lebenssituationen geflüchteter Menschen zu verbessern und damit allgemein zu einer größeren Krisenresilienz beizutragen. Neben den unter Frage 3 aufgelisteten Handlungsempfehlungen finden sich im Folgenden weitere konkrete Handlungsvorschläge, die die Landesregierung direkt umsetzen könnte:

- Eine vereinfachte Anerkennung von Abschlüssen, schnellerer Zugang für alle geflüchteten Menschen zu Sprachkursen, die Aufhebung des Arbeitsverbotes sowie die Abschaffung der

[42] Migazin, Falschaussage zu Klagequoten – Massenhaft fehlerhafte BAMF-Bescheide sind der eigentliche Skandal, abrufbar unter: https://www.migazin.de/2018/05/24/falschaussage-klagequoten-massenhaft-bamf-bescheide/.
[43] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2020), IAB-Kurzbericht - Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte, abrufbar unter: https://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0420.pdf.
[44] Friedrich Ebert Stiftung (2021), Ohne sie geht nichts mehr, abrufbar unter: https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18547-20211216.pdf.
[45] Z.B. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2020), IAB-Kurzbericht - Wohnsitzauflagen reduzieren die Chancen auf Arbeitsmarktintegration, abrufbar unter: https://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0320.pdf.

Wohnsitzauflage könnten dazu beitragen, **das Potential geflüchteter Menschen**, zu einem Abbau des bestehenden Fachkräftemangels beizutragen, vollumfänglicher **auszuschöpfen**.

- Auch der **Abbau von Rassismus in Behörden** sowie gesamtgesellschaftlich kann dazu beitragen, geflüchtete Menschen dabei zu unterstützen, vereinfacht von ihren persönlichen Chancen und Potentialen Gebrauch zu machen. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, dass das Land Baden-Württemberg Einfluss auf die **kommunal agierenden Ausländerbehörden** nimmt. Beispielsweise könnten rassismuskritische Schulungskonzepte für Behördenmitarbeitende erarbeitet und den unteren Ausländerbehörden zur Verfügung gestellt werden.
- Um rassistische Strukturen gesamtgesellschaftlich abzubauen, sollte die Landesregierung zum einen vermehrt in **rassismuskritische Bildungsarbeit** und entsprechende Projekte investieren. Zum anderen sollten die Landesregierung, Abgeordnete des Landtags aller Parteien sowie Mitarbeitende der Ministerien bei ihrer Wortwahl verstärkt darauf achten, **keine Stereotypen und rassistische Zuschreibungen zu reproduzieren**.

Nachwort

In der vorliegenden Stellungnahme ging es darum, aufzuzeigen, wie geflüchtete Menschen von gesamtgesellschaftlichen Krisen betroffen sind und welche politischen Möglichkeiten bestehen, diese Personengruppe in Ausnahmesituationen mitzudenken. Eine krisenresiliente Gesellschaft entsteht, wenn möglichst viele Menschen die Möglichkeit haben, sich selbstbestimmt ein Leben in Stabilität und Sicherheit aufzubauen. Vor diesem Hintergrund muss insbesondere die rechtliche Stellung geflüchteter Menschen in Deutschland dringend drastisch verbessert werden. Aufenthaltsrechtliche Prekarität sowie Zugangsbarrieren zu verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens schränken ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten schwerwiegend ein. Menschen dürfen außerdem nicht permanent aufgrund ihrer Flucht- oder Migrationsgeschichte zum „Anderen“ gemacht werden. An dieser Stelle sind wir alle gefordert, uns mit historisch gewachsenen rassistischen Strukturen auseinanderzusetzen. Flucht und Migration nach Deutschland und Baden-Württemberg müssen außerdem endlich als Normalität begriffen werden. Die Ankunft fliehender Menschen darf nicht immer wieder politisch als Krise konstruiert werden, sondern muss auch als Ausdruck von Ungleichheiten auf globaler Ebene begriffen werden.

Gerne bringt der Flüchtlingsrat seine Expertise in die Enquetekommission ein. Historisch nimmt der Verein die Perspektive von Menschen ein, die Geflüchtete bei ihrer Ankunft in Baden-Württemberg ehrenamtlich unterstützen. Da die Simmen geflüchteter Menschen selbst in der öffentlichen Debatte häufig fehlen, wäre es wünschenswert, dass die Kommission darüber hinaus insbesondere auch Selbstorganisationen Geflüchteter um Stellungnahmen bittet.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Hegelstraße 51

70174 Stuttgart

info@fluechtlingsrat-bw.de

www.fluechtlingsrat-bw.de

Vereins- und Spendenkonto
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V
GLS Bank
IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01
BIC: GENODEM1GLS



Gemeinnützigkeit anerkannt
Registergericht Stuttgart VR 4666
Steuernummer 99019/40845
1. Vorsitzende: Lucia Braß
2. Vorsitzende: Bärbel Mauch



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Baden-Württemberg

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Handlungsfeld 3: Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Der Kinderschutzbund begrüßt die Initiative der Landesregierung, mit Blick auf die Corona-Pandemie Handlungsempfehlungen für eine krisenfestere Gesellschaft zu erarbeiten. Der Kinderschutzbund begrüßt dabei insbesondere den Fokus auf „die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie die Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile“.

Befund: Die Lage der Kinderrechte in der Corona-Pandemie

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern und Jugendlichen das Recht, bei Entscheidungen, die sie betreffen, gehört und beteiligt zu werden[1]. Dieses Recht wurde während der Corona-Pandemie signifikant vernachlässigt.

Die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wurden in der Pandemie systematisch übersehen. In der öffentlichen Diskussion wurden Kinder und Jugendliche lange nicht als Subjekte, sondern als Objekte betrachtet, als potenzielle Virusüberträger und „Organisationsproblem“, und schließlich in ihrer Rolle als Schüler*innen und Leistungsträger diskutiert. Die Pandemie-Regelungen für bzw. über Kinder und Jugendliche wurden primär aus der Perspektive der Erwachsenen gedacht. So richtete sich der Zugang zur „Notbetreuung“ in Kindertagesstätten und Schulen zunächst in erster Linie nach dem Beruf der Eltern und nicht nach den Bedürfnissen der Kinder.

Obwohl ihr Leben und ihre Zukunftsperspektiven durch Schul- und Kitaschließungen sowie Kontaktbeschränkungen gravierend durch die Pandemie beeinflusst wurden, hatten Kinder und Jugendliche kaum Gelegenheiten, Position zu beziehen und ihre Situation zu beeinflussen.

[1] Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in der UN-Kinderrechts-Konvention (UN-KRK) festgeschrieben. Diese Konvention wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen. Für die Bundesrepublik Deutschland trat sie am 5. April 1992 in Kraft. Die dabei zunächst erklärten Vorbehalte wurden im Jahr 2010 zurückgenommen. Die UN-KRK hat in der Bundesrepublik Deutschland den Rang eines Bundesgesetzes.

Der Kinderschutzbund
Landesverband
Baden-Württemberg

Schüler*innen-Vertretungen und Jugendverbände wurden bei den Maßnahmen, die ihre Bildungs- und Betätigungseinrichtungen betrafen, überwiegend nicht beteiligt. Nur eine Minderheit von knapp acht Prozent der Jugendlichen hatte während der Pandemie den Eindruck, dass die Sorgen junger Menschen in der Politik gehört würden.[2]

Die Schließung von Kindertagesstätten, Kinderspielplätzen, Schulen und Sportstätten bedeutete den Entzug wesentlicher Voraussetzungen für eine gesunde körperliche, psychische und soziale Entwicklung. Laut der Menschenrechtskommissarin des Europarats wurden die Schulen in Deutschland im europäischen Vergleich einem besonders rigiden Lockdown unterworfen.

Durch das Aussetzen von Früherkennungsuntersuchungen wurden Entwicklungsauffälligkeiten und Krankheiten später und ggf. zu spät diagnostiziert und fehlte insbesondere der hier implementierte Kinderschutz. Kinder waren einem höheren Risiko häuslicher Gewalt ausgesetzt. Körperliche Misshandlungen, sexuelle Gewalt und Vernachlässigung nahmen durch Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen deutlich zu.

Gerade für Kinder in Armut bedeutete die Corona-Krise Einschränkungen ihrer Rechte. „Homeschooling“ war für sie aufgrund fehlender Computer, beengter Wohnverhältnisse sowie begrenzter zeitlicher und intellektueller Kapazitäten im Elternhaus schwierig oder unmöglich. Kleine Wohnungen und fehlender Zugang zur Natur schränkten ihre Möglichkeiten in der Freizeit besonders ein. Die Überwindung der Pandemiefolgen wie Zukunftsängste, übermäßiger Medienkonsum, Bewegungsmangel und Fehlernährung fällt gerade diesen Kindern und Jugendlichen durch ihre Lebensumstände besonders schwer.

[2] JuCo und KiCo-Studien: www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisations-paedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico

Der Kinderschutzbund
Landesverband
Baden-Württemberg

Fazit:

Kinderrechte sind Menschenrechte, denen gerade in Zeiten der Krise eine überragende Bedeutung zukommt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass besonders in Krisenzeiten, in denen die Verteilungskämpfe härter sind, die Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte von Kindern hintangestellt werden. Die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Sinne der UN-Menschenrechtskonvention ist auch jenseits von Krisensituationen essentiell für die politische und wirtschaftliche Stabilität einer Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund des Umgangs mit Kindern in der Pandemie gilt es nun, diese Rechte ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu rücken.

18 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg und damit fast jedes fünfte Kind gelten als armutsgefährdet. Aufwachsen in Armut bestimmt das ganze Leben von Kindern und Jugendlichen. Sie erleben in nahezu allen Lebensbereichen wie Bildung, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe Benachteiligungen und sind in Krisenzeiten die Verlierer. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben kaum eine Chance, sich auch im jungen Erwachsenenalter selbst aus der Armut zu befreien[3]. Die aktuelle IGLU-Studie zeigt, dass ein Viertel der Viertklässler*innen nicht das erforderliche Textverständnis erreicht, das zum Lernen und für eine aktive Teilhabe in der Gesellschaft nötig wäre. In Deutschland hat der sozioökonomische Hintergrund der Kinder dabei besonders großen Einfluss auf die Lesekompetenz.

Die Folgen von Armut für die gesamte Gesellschaft bergen nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel, die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und den schwindenden Rückhalt für die Demokratie ein enormes Krisenpotenzial.

[3] Factsheet Kinder- und Jugendarmut in Deutschland: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland

Der Kinderschutzbund
Landesverband
Baden-Württemberg

Handlungsempfehlungen:

Aufklärung der Kinder über ihre Rechte
Die Kinderechte sind den meisten Kindern nicht bekannt. Damit jedes Kind seine Rechte wahrnehmen kann, müssen Kinder altersgerecht über ihre Rechte aufgeklärt werden. Kinder müssen lernen, was Erwachsene dürfen, was Erwachsene nicht dürfen und wohin sie sich wenden können.

Kindgerechte Informationsangebote und flächendeckende Schulung der Medienkompetenz
Damit Kinder sich beteiligen können, brauchen sie kindgerechte Informationen wie Erklärvideos und Informationen in einfacher Sprache. Geplante Maßnahmen, die Kinder betreffen, sollten kommunikativ speziell für Kinder und Jugendliche aufbereitet werden. Die Vielfalt an Informationsangeboten sehr unterschiedlicher Qualität sowie entsprechende Algorithmen machen es Kindern und Jugendlichen schwer, sich ausgewogen zu informieren, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Zur Einschätzung der Qualität von Medienangeboten brauchen Kinder und Jugendliche eine ausgeprägte Medienkompetenz.

Kita-Sozialarbeit
Je früher Prävention greift, desto größer die Erfolgsaussichten. Kita-Sozialarbeiter*innen können früh auf Bedürfnisse der Kinder eingehen, deren Eltern hinsichtlich Frühförderung beraten und die Eltern bei Anträgen unterstützen. Im Vergleich zur Schulzeit sind Eltern in dieser Phase einfacher zu erreichen, weil sie ihre Kinder täglich zur Kita bringen und abholen. Auch Erzieher*innen erfahren durch Sozialarbeiter*innen Unterstützung, etwa beim Thema Kinderschutz oder bei schwierigen Elterngesprächen.

Einsetzung einer/s Landeskinderbeauftragten
Kinder können ihre Rechte nicht alleine durchsetzen. Den Rechten der Kinder stehen Verpflichtungen der Erwachsenen gegenüber. Sowohl die Eltern als auch der Staat übernehmen Verantwortung für die Verwirklichung der Kinderrechte.
Zur Überwachung und Förderung ihrer Rechte brauchen Kinder eine/n eigenen Fürsprecher in der Landesregierung. Diese/r trägt dafür Sorge, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die sie betreffen, angemessen beteiligt werden und das Kindeswohl im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention berücksichtigt wird.

Der Kinderschutzbund
Landesverband
Baden-Württemberg

Kinderrechte in der Landesverfassung verankern

Die Aufnahme der Kinderrechte würde ein klares Signal dafür setzen, dass das Wohlergehen der Kinder als Kernaufgabe von Staat und Gesellschaft angesehen wird. Gerade vor dem Hintergrund der Pandemie würde eine solche Maßnahme das allgemeine Bewusstsein für die Rechte der Kinder stärken.

Kinderarmut bekämpfen

Kinder brauchen angemessene Rahmenbedingungen und Unterstützung, um ihr Potenzial zu entfalten und einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Ein zentraler Baustein zur Umsetzung der Kinderrechte ist daher die Bekämpfung der Kinderarmut.
Dazu ist die Einführung einer Kindergrundsicherung zwingend notwendig. Hierfür kann sich das Land auf Bundesebene einsetzen. Auf Landesebene helfen kostengünstige und kostenlose Bildungs- und Freizeitangebote, arme Familien zu entlasten und Kinder zu stärken.
Ebenso ist das Land gefordert, die Qualität der frühen Bildung so zu verbessern, dass Bildungserfolg und soziale Herkunft endlich entkoppelt werden und Kinder die Chance bekommen, der Armutsspirale aus eigener Kraft zu entkommen. Dazu zählen kostenlose Kitas, Entlastung der Fachkräfte von nicht-pädagogischen Aufgaben sowie eine frühe und systematische Sprachförderung im Bildungssystem von der Kita an.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags Baden-Württemberg
Drittes Handlungsfeld: Gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheit

Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen (LEBK-BW) wurde von der Enquetekommission am 23. Februar 2023 zu einer schriftlichen Stellungnahme zu den im dritten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses aufgeworfenen Fragen gebeten.

Gerne folgen wir der Bitte und beantworten nachfolgend die im dritten Handlungsfeld aufgeworfenen Fragen, soweit diese unserem Tätigkeitsfeld und unsere Expertise betreffen. Gerne unterbreiten wir den Mitgliedern der Enquetekommission dabei auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge, die unserer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER
KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

Vorbemerkung

Die LEBK-BW begrüßt das Vorhaben der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wünscht bei dieser wichtigen Aufgabe gutes Gelingen und insbesondere umsetzbare Ergebnisse.

Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen hat sich am 18. Mai 2020 im Rahmen der Corona-Krise gegründet. Mit dem Lockdown und den damit verbunden Einschränkungen erlebten wir Eltern verstärkt, dass Kinder und ihr Recht auf frühkindliche Bildung und Betreuung keine Stimme in der Politik und der Gesellschaft haben. Eltern nichtschulpflichtiger Kinder fühlten sich im Stich gelassen und hatten das Gefühl, dass sie und ihre Kinder seit der Schließung der Kitas und Schulen seit 16. März 2020 aufgrund der Corona-Krise einen großen Teil der Einschränkungen und damit der Lasten für die Gesellschaft übernehmen mussten, ohne dafür ausreichende Unterstützung zu erhalten. Kinder wurden von Bildung und Förderung in den Kitas abgeschnitten und in den zunehmenden Lockerungen der Einschränkungen nicht ausreichend mitgedacht.

Der hohen gesellschaftliche Relevanz des Bildungsbereichs wird der thematische und methodische Zuschnitt der Kommission insgesamt nicht gänzlich gerecht; der Bereich Bildung inklusive soziale Arbeit und Jugendhilfe ist aus unserer Sicht unterrepräsentiert. Die Komplexität und Relevanz des Themas erfordern eine Verstetigung, Fortschreibung und laufende Aktualisierung der Empfehlungen. Die LEBK-BW schließt sich der Stellungnahme der GEW (Handlungsfeld 2) an und fordert ebenfalls eine systematische Erarbeitung von Handlungsfeldern mit Bildungsbezug unter langfristiger Beteiligung von Expert*innen, Vertretungen der Fachkräfte und Interessenverbände und stehen selbstverständlich als Ansprechpartnerin mit unserer Expertise zur Verfügung.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

Ausführungen der LEBK zum dritten Handlungsfeld

Dieses betrifft die Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung. Es soll untersucht werden, wie alle Bevölkerungsteile gleichermaßen in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung einbezogen werden können. Zudem werden effektive Krisenkommunikation, die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen und die Verbesserung der Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile thematisiert. Ausgehend von diesen Überlegungen soll die Enquetekommission Handlungsempfehlungen entwickeln, die geeignet sind,

a) die Einbeziehung der frühkindlichen Bildung in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern;

Wir sehen uns heute multiplen Krisen gegenüber, die von Naturkatastrophen über Gesundheitskrisen und bewaffneten Konflikten bis hin zu Angriffen auf unsere Demokratie reichen. Diese multiplen Krisen bedrohen nicht nur die Stabilität unserer Gemeinschaft, sondern stellen auch eine ernsthafte Gefahr für das Wohlergehen unserer Kinder dar.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur höchste Priorität hat. Dabei spielen Kindertageseinrichtungen eine zentrale Rolle, denn sie sind nicht nur sichere Ankerpunkte für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft und ihrer Familien, sondern tragen maßgeblich zur Aufrechterhaltung unserer kritischen Infrastruktur bei. Schließlich können sich Eltern nur auf die Bewältigung der Krise konzentrieren und aktiv an der Krisenbewältigung mitwirken, wenn sie ihre Kinder gut betreut und sicher geschützt wissen. Kindertageseinrichtungen sind systemrelevant und daher muss die Priorität darauf liegen, diese aufrechtzuerhalten. Denn in den Kindertageseinrichtungen liegt die Chance auf Erhaltung der Chancengerechtigkeit, des Rechts auf Bildung für alle Kinder und dem Schutz der Kleinsten in unserer Gesellschaft auf ihr eigenes Wohl.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

Indem Kindertageseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur gehören, müssen sie im Akutfall schnell reagieren und sollten auch autonom funktionieren können. Dafür benötigen diese nicht nur eine adäquate Ausstattung an Infrastruktur und Equipment. Vielmehr müssen auch die Mitarbeitenden stetig geschult werden, um für verschiedendste Krisensituationen gewappnet zu sein. Wir verweisen an dieser Stelle auf die treffenden Ausführungen der GEW (S. Stellungnahme 6f., Handlungsfeld 2).
Darüber hinaus müssen schnelle Entscheidungen (z.B. über die Integration von Krisenstäben) ermöglicht und vor Ort zeitnahe Anpassungen möglich sein (z.B. Änderungen von Verwaltungsvorschriften, Zulassung zusätzlicher Arbeitskräfte). In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, dass die Trägervielfalt im Akutfall möglicherweise eine zusätzliche Herausforderung darstellen könnte.

Die Aufrechterhaltung von Betreuungs- und Bildungsleistungen muss auch im Krisenfall gewährleistet sein, solange dies im Hinblick auf den Sicherheits- und Gesundheitsschutz unserer Kinder und unserer Fachkräfte zu vertreten ist.
Die Qualität der frühkindlichen Bildung darf nur im äußersten Notfall und nur in einem an den Krisenfall angepassten Rahmen eingeschränkt werden. Der Besuch von Kindertageseinrichtungen sollte - anders als in der Corona-Pandemie - allen Kindern möglich sein. Entscheidungen sollten hier vor allen Beteiligten (Eltern & pädagogisches Fachpersonal) gemeinsam abgewogen und getroffen sowie im besten Fall durch weitere Fachexpertisen (z.B. Kinderpsychologen*innen) begleitet werden. Schnelle Anpassungen auf lokaler Ebene sollten zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit jederzeit möglich sein.

Doch wie können Kindertageseinrichtungen im Krisenfall überhaupt handlungsfähig bleiben, wenn das System der Frühkindlichen Bildung und Betreuung schon im Normalbetrieb an seine Grenzen kommt? Schließlich können die Bedarfe von Kitakindern und Familien trotz massiver Anstrengungen der Kommunen aktuell nicht adäquat gedeckt werden.

Kommunen stehen bereits heute unter massivem Druck, da finanzielle Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen, um den nötigen Ausbau der Infrastruktur voranzubringen. Auch ist der Fachkräftemangel ebenfalls schon heute Realität

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

und wird sich perspektivisch weiter verschärfen. Schon jetzt können vielerorts Angebote in der frühkindlichen Bildung und Betreuung nicht mehr vollumfänglich aufrechterhalten werden. Infolge der prekären Situation vor Ort, haben Kommunen und Träger kaum personellen und finanziellen Spielraum, der den Aufbau eines vorausschauenden Krisenmanagements ermöglicht. Es ist jedoch wichtig, dass die Finanzierung und Ressourcenverteilung so gestaltet sind, dass die Belastbarkeit des Bereichs der frühkindlichen Bildung und Betreuung nicht nur von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune abhängt. Daher erachten wir eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Frühkindliche Bildung und Betreuung von Bund und Land als dringend geboten.

b) Krisenkommunikation so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsteile erreicht werden;

Neben dem originären Erlernen der Sprache (z.B. durch Sprachförderung auch von Erwachsenen) ist es im akuten Krisenfall wichtig, dass auch nichtdeutschsprachige Bevölkerungsgruppen Zugang zu entsprechenden Informationen (z.B. in einfacher Sprache oder in der entsprechenden Muttersprache) erhalten.

Daher bedarf es träger- und einrichtungsübergreifend standardisierter Kommunikationsstrukturen. Eltern, Fachkräfte, Kommunen und Träger, soziale Dienste, Jugendämter, Familienhilfe und Fachberatungen sollten einen kostenlosen Zugang zu einem gemeinsamen digitalen Kommunikationstool erhalten. Dafür bedarf es nicht nur einer flächendeckenden Digitalisierung der Kindertageseinrichtungen. Vielmehr muss das das Land auch die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Digitalisierung im Bereich der frühkindlichen Bildung voranbringen zu können.

Gleichzeitig sollten aber auch Möglichkeiten eruiert werden, wie Kommunikation z.B. im Falle eines Blackouts funktionieren könnte.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

c) die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sowie eines solidarischen Gemeinwesens weiter voranzutreiben;

Der Frühkindlichen Bildung kommt bei der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen eine zentrale Rolle zu. Kinder entwickeln unabhängig vom Elternhaus in den Kindertageseinrichtungen nicht nur grundlegende Fähigkeiten wie Sprache, sondern insbesondere auch soziale und emotionale Kompetenzen. Diese Fähigkeiten sind die Grundpfeiler unserer demokratischen Grundordnung. Der Erlangung dieser Fähigkeiten kommt folglich eine große Bedeutung bei der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen zu. Die LEBK-BW verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Landesvereinigung „Kulturelle Jugendbildung“ Baden-Württemberg e.V., die ebenfalls im dritten Handlungsfeld angesiedelt ist.

Frühkindliche Bildung schafft Chancengleichheit, bekämpft Armut und ebnet den Weg für eine inklusive Gesellschaft, in der jedes Kind die Möglichkeit hat, sein volles Potenzial zu entfalten. Daher ist die Investition in frühkindliche Bildung nicht nur eine Investition in die Zukunft jedes einzelnen Kindes, sondern auch eine Investition in eine krisenfeste und wirtschaftsstarke Gesellschaft.

Darüber hinaus bieten Familienzentren und Caring Communities eine weitere Möglichkeit, um Familien besser zu vernetzen, Eigeninitiative zu stärken und sich in einer Verantwortungsgemeinschaft die familiäre Care Arbeit zu teilen. Auch hierfür bedarf es entsprechende Rahmenbedingungen sowie finanzielle und strukturelle Unterstützung durch das Land.

d) die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken,

Das Urteilsvermögen und die Resilienz von Bürgerinnen und Bürgern ist maßgeblich mit der Möglichkeit zur Teilhabe an Bildungsangeboten verknüpft. Bildung bildet nicht nur das Fundament für Wissen, sondern auch für kritisches Denken, das Erlernen von Problemlösungsstrategien und emotionale Stabilität. Die Frühkindliche Bildung legt folglich den Grundstein für die Entwicklung zu

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Lage sind, die Herausforderungen des Lebens erfolgreich zu meistern.

In diesem Zusammenhang verdient das ehrenamtliche Engagement im Bereich frühkindlicher Bildung höchste Anerkennung und Würdigung. Besonders hervorzuheben sind diejenigen, die sich vor, während und nach Krisenzeiten dafür einsetzen. Ihr Einsatz trägt dabei nicht nur zur Erweiterung von Bildungschancen bei, sondern stärkt insbesondere auch die soziale Bindung und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gemeinschaft. Neben Anerkennung und Würdigung benötigt das Ehrenamt aber auch strukturelle und finanzielle Unterstützung.

e) dabei insbesondere die psychologische Stärkung von Kindern sowie die Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile in den Fokus zu nehmen;

Der erste Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe, insbesondere für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, beginnt mit der frühkindlichen Bildung. Schließlich findet hier nicht nur Bildung, sondern auch Integration statt, denn Kindertageseinrichtungen bieten ein Umfeld, in dem Kinder unterschiedlicher Herkunft, Kultur und sozialer Schicht miteinander interagieren und voneinander lernen. Hier entwickeln Kinder Empathie, Toleranz und interkulturelle Kompetenzen. Diese frühen Erfahrungen legen den Grundstein für ein inklusives Gesellschaftsverständnis und bilden das Rückgrat für eine zukünftige, gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

Darüber hinaus gilt es Kinder und ihre Familien auch psychologisch zu stärken. Dazu ist vor allem eine barrierefreie Kommunikation und Austausch wichtig, die über die Betreuungszeit in den Einrichtungen hinaus geht (z.B. Telefonhotlines, Kontakt zu gefährdeten Familien, Einbeziehung von Fachleuten). Gerade für benachteiligten Familien sollten niederschwellige Beratungsangebote bereit gestellt und ein engmaschiges Netzwerk zum Schutz gefährdeter Kinder geschaffen resp. ausgebaut werden. Dabei spielt die Förderung der Resilienz der Sorgeberechtigten sowie der unkomplizierte Zugang zu finanzieller Unterstützung für einkommensschwache Familien ebenfalls eine zentrale Rolle.

LEBK
LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN

Kommunikation und Presse

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de
Julia Fischer
julia.fischer@lebk-bw.de

Das Landesprogramm „STÄRKE“ bietet zur Unterstützung sehr gute Ansätze. Mit Blick auf die psychologische Stärkung und Resilienz erscheint uns ein weiterer Ausbau dieses Programms wichtig und für Familien äußerst gewinnbringend.

f) der zunehmenden Polarisierung, mitverursacht beispielsweise durch Verschwörungsmythen, Fake News und Radikalisierungstendenzen, entgegenzuwirken und vorzubeugen

Um der wachsenden Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken und vorzubeugen, bedarf es vor allem einer transparenten und ehrlichen Kommunikation. Die Entscheidungen von Trägern, Kommune oder Land müssen nachvollziehbar sein und für alle gleichermaßen gelten. Insbesondere in Krisensituationen ist auch eine offene Fehlerkultur und die Beteiligung der Eltern bei der Entscheidungsfindung von zentraler Bedeutung. Elternbeiräte und Gesamtelternbeiräte fällt aus unserer Sicht dabei die Rolle als Multiplikatoren zu. Um dieser Rolle gerecht zu werden, bedarf es eines guten Weiterbildungs- und Schulungsangebots.
Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass Kindertageseinrichtungen auch hier eine wichtige Rolle zukommt. Um sich aus der Vielfalt an Informationsangeboten ausgewogen informieren zu können, müssen Kinder lernen, die Qualität von Medienangeboten einschätzen zu können. Der Grundstein zur Entwicklung von Medienkompetenz wird bereits in den Kindertageseinrichtungen gelegt.

Abschließend ist aus der Sicht der Landeselternvertretung der baden-württembergischen Kindertageseinrichtungen der Bereich der Frühkindlichen Bildung und Betreuung bei der Bewältigung multipler Krisen unverzichtbar. Daher gilt es diesen zu stärken und mit einer angemessenen personellen und finanziellen Ausstattung zu versehen. Denn dies ist nicht nur eine Investition in die Bildung und das Wohlergehen unserer Kinder, sondern auch eine Investition in eine krisenfeste Gesellschaft.

1

landesfrauenrat
Baden-Württemberg

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstr. 43
70174 Stuttgart
www.landesfrauenrat-bw.de

Stellungnahme des Landesfrauenrates Baden-Württemberg für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg

Drittes Handlungsfeld: Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Wir begrüßen die Initiative der Landesregierung nachdrücklich, Handlungsempfehlungen für eine krisenfestere Gesellschaft zu erarbeiten und umzusetzen.

Dabei wird der Fokus fast naheliegend auf die Umstände von Krisen und Lehren aus Krisen gesetzt. Jedoch bedarf es fortwährend und nachhaltig eines gesunden und starken Gemeinwesens. Der Blick wandelt sich daher von einem Fokus zu einem Fokusfeld, es fordert uns alle und hat uns alle einzubeziehen. Nachhaltig, nicht nur in Krisenzeiten. Nur ein Gemeinwesen, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller ständig und stabil bearbeitet, wird auch – oder gerade - in Ausnahmesituationen gesund und stark reagieren können.

Aus diesen Gründen verstehen wir das erforderliche Handeln auch nicht als die Durchführung von punktuellen Maßnahmen, nicht als ein Entweder-Oder zwischen Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern und spezifischen Maßnahmen in anderen Feldern, sondern die Gleichstellung ist als DIE nachhaltige Aufgabe der Landesregierung anzusehen, die die Weichen und Rahmenbedingungen für ein gleichberechtigtes, sozial ausgewogenes und faires Miteinander stellt. Sie ist Vorbedingung für einen dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dann würde sich ein widerstandsfähiges Gemeinwesen in Krisenzeiten fast ganz von allein bewähren.

Die Forderung ist daher, dass Missstände zu bekämpfen und zu beseitigen sind, die eine Gesellschaft destabilisieren und darüber hinaus der Gesellschaft enorme Folgekosten aufbürden. Diese Missstände werden sich anderenfalls in Krisenzeiten vergrößern, da Krisen immer die schwächsten Menschen bzw. Menschen in prekären oder Abhängigkeitsverhältnissen am härtesten treffen. Die größte Herausforderung sind dabei die Missstände, die strukturell verankert sind, da deren Beseitigung aufgrund der über Jahrhunderte gewachsenen und „als normal vertrauten“ Benachteiligung der größten Kraftanstrengungen bedürfen. Dazu gehört die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Gesellschaft, Erwerbs- und Familienarbeit.

• Aspekt 1: Kommunikation, die überall ankommt und alle einbezieht

Wie können alle Bevölkerungsteile erreicht und einbezogen werden, auch in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung? Der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Informationen muss niedrigschwellig gestaltet werden, wie ist dies abzusichern?

1.1 **Kommunikation** entsteht zwischen Sender*innen und Empfänger*innen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Mädchen würde sicherstellen, dass sie schon bei den Sender*innen zur Hälfte

landesfrauenrat Baden-Württemberg

vertreten wären: In Parlamenten, in Ministerien, auf den diversen Führungsebenen, in Entscheidungsgremien, in Kommissionen etc. Dies ist nicht der Fall, Frauen sind bereits bei den Sender*innen teilweise massiv unterrepräsentiert oder werden gar nicht mit einbezogen, sodass die flächendeckende Kommunikation nicht funktionieren kann. Denn wenn Frauen ihre speziellen Bedarfe und Herausforderungen wie massive Mehrfachbelastungen aufgrund der Unterrepräsentanz nicht einbringen können, funktioniert Kommunikation nicht mehr. Außerdem sind Debatten für unsere Demokratie fundamental wichtig. Das Aushandeln von Macht hat öffentlich wahrnehmbar zu erfolgen und nicht hinter verschlossenen Türen. Die Komplexität, gerade auch in Krisenzeiten, ist enorm, aber dies kann nicht dazu führen, dass ein sachlicher Austausch von Argumenten in der Öffentlichkeit vermieden wird. Im Gegenteil sind Pro und Contra öffentlich wahrnehmbar zu machen.
Handlungsempfehlungen: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hat sich in Führungsstrukturen und Expert*innenkommissionen widerzuspiegeln. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen ist sicherzustellen, Expert*innenkommissionen und Krisenstäbe ohne Frauenquote darf es nicht mehr geben. Es ist mindestens eine 40%-Frauenquote in Führungspositionen, in der Wirtschaft, aber auch in der Politik und Verwaltung (Minister*innenebene, Staatssekretär*innenebene, im mittleren Management etc.), in Kommissionen und Entscheidungsgremien anzustreben. Ebenso wie eine mindestens 40%-Frauenquote in Parlamenten, auf Landes- und kommunaler Ebene.
Debatten sind in den Parlamenten und öffentlich zu führen. Eilentscheidungen werden in Krisenzeiten nicht zu vermeiden sein, sie sind aber im Nachhinein bei nächster Gelegenheit in den Parlamenten zu diskutieren. Die Politik muss den Austausch u.a. zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sicherstellen. Expert*innen unterschiedlichster Fachrichtungen und der Gleichstellung von Frauen und Männern sind zu hören und einzubeziehen. Auf der anderen Seite sind Beratungs- und Entscheidungsinstanzen von der Politik in die Verantwortung zu nehmen, den Austausch geschlechtergerecht zu gestalten, somit sich mit Expert*innen der Gleichstellung, z.B. Gleichstellungsbeauftragten und Frauenorganisationen, auseinanderzusetzen und sich nicht allein auf ihre eigene Fachexpertise zurückzuziehen.

1.2 Es sind **Veranstaltungen mit Bildungsangeboten** niedrigschwellig und auch im ländlichen Raum sicherzustellen. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die es erleichtern, Lebenslanges Lernen durchzuführen und finanziell zu ermöglichen.
Handlungsempfehlungen: Das Bildungszeitgesetz ermöglicht Weiterbildung, aber es braucht finanzielle und personelle Unterstützung, um die Bildungsangebote in der Verbandsarbeit weiterzuentwickeln. Gerade auch im ländlichen Raum braucht es Ressourcen für die Verbände, die dort in der Breite vertreten sind, wie z.B. die LandFrauen-Verbände.

1.3 Die Krisenpolitik ist **geschlechtergerecht zu gestalten**, denn Gleichstellungsmaßnahmen sichern die Widerstandskraft in Krisenzeiten und sind langfristige Investitionen.[1] Förderprogramme in Krisenzeiten haben insbesondere soziale Herausforderungen, Familien und Kinder, vulnerable Gruppen in den Blick zu nehmen. Es bedarf noch größerer Bemühungen um die Chancengleichheit in Krisenzeiten, denn der Backlash in Krisenzeiten ist enorm und nur unter Einsatz massiver Ausgleichsmaßnahmen wieder gutzumachen, siehe die Bemühungen um das Aufholen der Lerndefizite während der Corona-Pandemie.
Handlungsempfehlungen: Die Krisenpolitik ist geschlechtergerecht zu gestalten. Die geschlechtsspezifischen Dimensionen einschließlich eines effizienteren Einsatzes des Gender-

[1] „Ohne Gleichstellung rücken Ziele wie nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt in weite Ferne. (…) Gleichstellungsmaßnahmen sollten deshalb nicht als kurzfristiger Kostenfaktor, sondern als langfristige Investition betrachtet werden.“ Zitat aus: Bericht der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männer 2010.

landesfrauenrat Baden-Württemberg

Mainstreaming sowie spezieller Maßnahmen und Zielsetzungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern sind bei allen Maßnahmen zu berücksichtigen. Auch finanzielle Förderprogramme sind auf ihre Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und ein konsequentes Gender Budgeting als verbindliche Vorgabe für die Haushaltsaufstellung des Landes umzusetzen. Wir müssen klassische Rollenbilder und -klischees erkennen und auflösen, um in der Folge auch die geschlechtsspezifischen Belastungen beseitigen zu können. Dazu bedarf es zusätzlicher Kampagnen und Diskussionsmöglichkeiten zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

- **Aspekt 2: Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern**

Wie ist gesellschaftlicher Zusammenhalt zu fördern? Was ist notwendig, um ein solidarisches Gemeinwesen zu haben und in Krisenzeiten zu bewahren?

2.1 Ein solidarisches Gemeinwesen bedarf **sozialer Gerechtigkeit** und diese wiederum setzt voraus, dass Menschen ihren sozialen Status beeinflussen können. Gern wird in diesem Zusammenhang auch von sozialer Durchlässigkeit gesprochen. Denn das Gemeinwesen ist ein Resultat, es sollte zur Vermeidung von Konformismus und Verhinderung von Fortschritt nicht der Ausgangspunkt von Politik sein.[2]
Handlungsempfehlungen: Soziale Missstände in unserer Gesellschaft, insbesondere die Missstände in der Gleichstellung von Frauen und Männern, sind von der Politik anzuerkennen. Für die Diskriminierungen von Frauen und Mädchen ist die Verantwortung zu übernehmen. Und die Missstände sind zu beseitigen. Es ist schnellstmöglich eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg zu entwickeln. Diese sichert das Zusammenspiel der Maßnahmen und verhindert das Ausbremsen einzelner Maßnahmen, das ohne die Unterstützung anderer Ressorts leider die Realität ist: Ohne bedarfsgerechte Kinderbetreuung werden Frauen nicht in der Wirtschaft als Fachkräfte die Lücke füllen können. Ohne geschlechtersensible Medizin werden enorme und vermeidbare Folgekosten auf die Wirtschaft zukommen. Ohne Lehrpläne und Bildungsangebote, die die komplexen und teilweise unbewussten Missstände in der Gleichstellung verpflichtend bearbeiten, werden Bemühungen um die Zunahme von Frauen in MINT-Ausbildungen und -Berufen weniger erfolgreich sein.

2.2 Auch unser Grundgesetz listet nicht nur Rechte auf, sondern auch **Pflichten**. Denn das Recht eines Menschen kann die Freiheit eines anderen beschränken. In einem solidarischen Gemeinwesen sollten wir uns beidem bewusst sein und die Fokussierung auf die Verwirklichung des selbstgesetzten Ich-Ideals zugunsten von Allgemeinkategorien und universalen Werten der Gemeinschaft zurückdrängen.[3] Auch die Corona-Pandemie fand Missstände in der Gleichstellung von Frauen und Männern vor, sodass sich die Retraditionalisierung weg von der Unterstützung der Frauen nur auf diesem Fundament überhaupt erst in dem bekannten Ausmaß weiter zu Lasten der Frauen entwickeln konnte.[4] Präventive und demokratiestärkende Arbeit in Vereinen, NGOs, wie z.B. der Mütterzentrumsbewegung, hat sich seit Jahrzehnten bewährt und ist wissenschaftlich gut begleitet und bewertet worden. Gerade

[2] Omri Boehm, Radikaler Universalismus, Seite 154 f.
[3] Isolde Charim, Die Qualen des Narzissmus, 2022, Seite 45 ff. Sie beschreibt die soziale Form des Narzissmus und stuft die Ideologie des Narzissmus als Sackgasse ein, Seite 211.
[4] Z.B. Aufteilung der Kinderarbeit lag aus Sicht der Frauen vor der Corona-Pandemie, somit vor 2020, zu 62% bei den Frauen, zu 33% bei beiden zu gleichen Teilen. Im Juni 2021 lag die Aufteilung bei 77% versus 22%. Aus HBS Erwerbstätigenbefragung, Gender DatenPortal 2022.

landesfrauenrat Baden-Württemberg

niedrigschwellige und flächendeckende Bildungsarbeit ist eine Chance, sowohl die Eigenverantwortung als auch das Urteilsvermögen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.
Handlungsempfehlungen: Stärkung der Bildungsarbeit durch NGOs, die oft auch in ländlichen Gebieten aktiv sind. Durch Kooperationen zwischen diesen Akteurinnen und Akteuren, z.B. zusammen mit der Quartiersentwicklung, die sich im gleichen Sozialraum bewegt, können Synergien entstehen.
Best Practice-Fälle dienen als Modelle für Begegnungen. Hier findet der Austausch, z.B. in Stadtteilen, niedrigschwellig statt. Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe für Frauen, Familien und das Umfeld. Es sollten Lenkungsgremien eingerichtet und bestehende Koordinationsstellen wie die Gleichstellungsbeauftragten finanziell und personell gestärkt werden, Best Practice-Fälle für gelebte, nicht dozierte Demokratie zu erfassen und weiterzugeben. Wir brauchen einen verpflichtenden Baustein in den Lehrplänen in Kitas, Schulen, Weiter- und Ausbildungen über die Missstände in der Gleichstellung von Frauen und Männern, über das Zusammenspiel von Rechten und Pflichten, vom selbstgesetzten Ich und gesellschaftlichem Wir, von unserem grundlegenden Verständnis eines solidarischen Gemeinwesens.

2.3 **Prävention** ist günstiger als Intervention, dies wird von zahlreichen Studien aus dem sozialen Bereich belegt. Beispiel: Je früher von Gewalt betroffene Frauen und Kinder aus dem Gewaltumfeld ausbrechen können und ihnen eine dauerhafte Alternative ermöglicht wird, desto geringer fallen die Folgekosten bei weiterer Gewalt, Traumatisierung und Aufrechterhaltung eines Abhängigkeitsverhältnisses ohne Perspektiven an. Jeder in nachhaltige Prävention und Beratung investierte Euro zahlt sich daher aus. Schätzungen einer europäischen Studie zufolge belaufen sich in Deutschland die **gesellschaftlichen Folgekosten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen auf 148 Mio. EUR pro Tag**.[5] Es sind die vulnerablen Menschen, die in Krisenzeiten noch schneller in Ausnahmesituationen geraten, z.B. Frauen und Kinder bei häuslicher Gewalt, Behinderte und Pflegebedürftige, die ihr teilweise bereits labiles soziales Umfeld einbüßen, Kranke, die auf Hilfe und Unterstützung durch Dritte angewiesen sind.
Handlungsempfehlungen: Die Istanbul Konvention ist umfassend in Baden-Württemberg umzusetzen. Das Land wird massive Folgekosten sparen und wäre für Krisenzeiten gewappnet. Denn das detaillierte Maßnahmenpaket, das die Istanbul Konvention festlegt und das in Deutschland umzusetzen ist, fungiert als krisensichernde Struktur in vielen kritischen Bereichen, in denen sich vulnerable Menschen bewegen.

2.4 Die **Missstände in der Gleichstellung von Frauen** und Männern betreffen alle Lebensbereiche und sind nicht nur in einem Ressort zu finden. Gewalt gegen Frauen[6], wirtschaftliche Schlechterstellung der Frauen (Erwerbsarbeitslücke[7], Lohnlücke, Rentenlücke, Karriereverzicht zugunsten der Kinder etc.),

[5] Die Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) schätzt die Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt in der EU auf 366 Milliarden Euro pro Jahr. Die gesellschaftlichen Folgekosten von häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen belaufen sich für **Deutschland** demnach auf ca. 54 Milliarden Euro pro Jahr, das ist die Summe von 148 Millionen Euro pro Tag. Die hohen Kosten entstehen z.B. im Gesundheitssystem, bei Polizei und Justiz und durch Arbeitsausfall der Betroffenen. Nur ein verschwindend geringer Teil der 54 Milliarden wird bisher für die staatliche Finanzierung von Unterstützungsangeboten, wie Fachberatungsstellen und Frauenhäuser, aufgewendet.

[6] Geschlechtsspezifische Gewalt ist in Deutschland ein Missstand: Fast jede zweite Frau in Deutschland hat nach Studien körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt, weniger als jeden dritten Tag stirbt statistisch gesehen eine Frau durch aktuelle oder ehemalige Beziehungspartner. Die Mädchen sind bis zu dreimal so häufig (70 – 85 %) Opfer sexuellen Missbrauchs als Jungen. Siehe u.a. Schröttle, Monika, Ursula Müller, 2004, „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland".

[7] Das Erwerbsarbeitsvolumen von Frauen lag zwischen 2005 und 2015 z.B. in Polen und Spanien ein wenig unter dem von Männern, die Abweichungen zwischen Partnern mit und ohne Kinder sind erkennbar, aber nicht massiv. In Deutschland lag das Erwerbsarbeitsvolumen von Frauen mit Kindern fast nur noch bei der Hälfte desjenigen von Männern. Aus EU LFS, 200-2019, eigene Berechnungen Prof.in Dr. Lena Hipp et al. WZB Berlin, 2021.

landesfrauenrat Baden-Württemberg

Sorgearbeitslücke, fehlende, eingeschränkte und/oder mangelhafte Kinderbetreuung verstärken den Fachkräftemangel, hervorragend ausgebildete Frauen fehlen der Gesellschaft als Arbeitskräfte – die Liste lässt sich über alle Ressorts in den Ministerien fortsetzen. Art. 3 Abs. 2 GG beinhaltet einen aktiven Gestaltungsauftrag der Geschlechterverhältnisse mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern und tatsächlich gleicher Chancen, berufliche Kompetenzen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen zu erwerben und mit diesen ein Erwerbseinkommen zu erzielen, das ihnen ein wirtschaftlich unabhängiges Leben und soziale Absicherung ermöglicht.
Handlungsempfehlungen: In einem solidarischen Gemeinwesen können faktisch bestehende Missstände nicht der einen Hälfte der Bevölkerung, den Frauen, zugeschrieben oder ignoriert werden. Zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind die Missstände zu beseitigen, dazu gehören Maßnahmen der Gleichstellung im Arbeits- und Sorgearbeitsumfeld, die seit langem auch vom LFR BW gefordert werden.

Zum Beispiel:

- Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Betriebs von und weiterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen
- Förderung von flexiblen, familienfreundlichen Arbeitsarrangements für Frauen und Männer ohne Karrierehemmnisse
- (schrittweise) Erweiterung der Partner*innenmonate im Elterngeld
- Bezuschussung/Förderung von partnerschaftlichen Nutzungsmustern beim Elterngeld und vorübergehender, familienbedingter Teilzeitarbeit
- Schaffung von Arbeitsplätzen in kurzer Vollzeit und Abkehr von der Überstundenkultur, Teilen von Arbeit, vor allem auch auf Führungsebenen
- Eigenständige Existenzsicherung von Frauen zur Vorbeugung gegen Altersarmut.

Das Bundesland BW muss sich auch für die fundamentalen Änderungen über den Bundesrat und bei der Bundesregierung einsetzen, wie z.B.

- Loslösen des Kurzarbeiter- und Arbeitslosengelds von der Steuerklasse III/V
- Soziale Absicherung der Minijobs
- Aufwertung von systemrelevanten Berufen im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsbereich
- Abschaffung der Steuerklasse V.

2.5 Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gelingt auch durch die **Stärkung des Ehrenamts**. Viele aktive Vereine und gemeinnützige Organisationen erwiesen sich als krisenresistent und wichtige soziale Stütze, insbesondere auch im ländlichen Raum. Das Ehrenamt muss sich weiterhin zukunftsorientiert entwickeln.
Handlungsempfehlungen: Die Einführung der Ehrenamtskarte in Baden-Württemberg honoriert das ehrenamtliche Engagement der Menschen im Land und wird daher vom LFR BW befürwortet. Die flächendeckende Einführung der Ehrenamtskarte muss jedoch zügig vorangetrieben werden und mit einem spürbaren Mehrwert für ehrenamtlich Engagierte verbunden sein. Ebenso braucht es einen Bürokratieabbau für das Ehrenamt, damit mehr Zeit in inhaltliche Aufgaben fließen kann.[8] Um junge Menschen für ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Verantwortung zu gewinnen, sollte für das freiwillige soziale Jahr seitens des Landes mehr geworben und die Chancen des Erkenntnisgewinns aufgezeigt werden.

2.6 Die **Gleichstellungsbeauftragten** sollen u.a. die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler Ebene sicherstellen, sind aber für diese Aufgaben in vielen, wenn nicht gar

[8] Im Auftrag des Normenkontrollrats BW hat Prognos 49 Vorschläge erarbeitet, die Vereine und Ehrenamt von Bürokratie entlasten können, www.prognos.com/de/projekt/entbuerokratisierung-bei-vereinen-und-ehrenamt

landesfrauenrat Baden-Württemberg

den meisten Kommunen finanziell und personell nicht ausreichend ausgestattet. Darüber hinaus muss die Verwaltungspraxis geändert werden, um u.a. institutionalisierte Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten für die Beauftragten für Chancengleichheit einzuführen. Die bestehenden Beteiligungs- und Beanstandungsrechte reichen bei weitem nicht aus.
Handlungsempfehlungen: Es ist eine verbindliche Stärkung der Grundlagen der Chancengleichheit durch wirksame gesetzliche Vorgaben, angemessene Ausstattung der Gleichstellungsarbeit auf kommunaler Ebene mit finanziellen und personellen Ressourcen umzusetzen, um die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern „in der Fläche" zu verbessern. Das ChancenG ist in der laufenden Legislaturperiode entsprechend den Ergebnissen der Evaluation zu novellieren. Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag auch dazu verpflichtet, das ChancenG weiterzuentwickeln.

- **Aspekt 3: Resilienz stärken und Teilhabe sichern**

Wie ist die Eigenverantwortung und das Urteilsvermögen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken?

3.1 Wenn viele Veränderungen gleichzeitig eintreten, wie dies während der Corona-Pandemie und in Krisenzeiten passiert, sind **Nebenwirkungen von Maßnahmen** zu berücksichtigen: Welche Folgen hat eine Maßnahme, für wen, in welcher Weise und wie können die Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen werden. Die Komplexität und Ungewissheit von Maßnahmen ist im Parlament, in Expert*innenkommissionen, mit der Zivilgesellschaft und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Auch wenn Eilmaßnahmen keiner langwierigen Debatte vorab zugänglich sind, sind diese Diskussionen nachzuholen, um allen eine Beurteilung zu ermöglichen und für weitere Maßnahmen und Entwicklungen besser gewappnet zu sein. Diese Diskussionen wurden während der Corona-Pandemie teilweise gar nicht, viel zu selten oder zu spät geführt. Sie sichern aber die Qualität der Entscheidungen und fördern das Urteilsvermögen aller.
Handlungsempfehlungen: Maßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger einschränken, sind auf Nebenwirkungen zu überprüfen. Auch wenn Eilentscheidungen nötig sind, sind öffentliche Debatten und Debatten in den Parlamenten zu führen und Chancen und Risiken abzuwägen. Auch die Zivilgesellschaft ist in diese Diskussionen einzubeziehen, selbst wenn dies erst nach Eilentscheidungen erfolgen könnte, sie würden die Qualität und Nachhaltigkeit von Entscheidungen fördern. Das Lernpotential würde schneller und breiter ausgeschöpft werden und die Qualität von ad hoc-Maßnahmen künftig erhöhen.

3.2 **Bildungsarbeit**, siehe Punkt 2.2

- **Aspekt 4: Polarisierung verhindern**

Wie kann Verschwörungsmythen, Fake News und Radikalisierungstendenzen entgegengewirkt werden?

4.1 Die Politik muss **Missstände ansprechen und abschaffen**. Die Politik darf Missstände nicht verschweigen und muss öffentliche Debatten initiieren, ermöglichen, fördern und selbst an diesen teilnehmen. Lediglich die dadurch offengelegten Gründe für ein Handeln schaffen Legitimität und Vertrauen in die Politik. Ohne Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Lösungskompetenz der Politik wird die Kooperation aufgekündigt, Menschen wenden sich in ihrem Misstrauen und dem erlebten

landesfrauenrat Baden-Württemberg

Ausschluss aus einer gesellschaftlichen Debatte ab und z.B. vereinfachenden Lösungen oder sogar extremistischen Einstellungen zu.
Handlungsempfehlungen: Die Missstände in der Gleichstellung von Frauen und Männern sind ressortübergreifend anzugehen und abzuschaffen. Es bedarf zunächst der Einsicht, dass es diese Missstände gibt und sie unserem Gemeinwesen schaden. Des Weiteren ist nicht nur eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für BW erforderlich, sondern auch die aktiv umgesetzte Einstellung aller Ressorts, dass die nicht erreichte Gleichstellung von Frauen und Männern allen schadet, Fortschritt verhindert und dass die Missstände diesbezüglich abzuschaffen sind. Dies ist insbesondere auch eine Führungsaufgabe aller Ressortleitungen und diese sind für die Querschnittsaufgabe der Gleichstellung von Frauen und Männern in die Verantwortung zu nehmen.

4.2 Der Föderalismus hat klare Vorteile und sichert unser Gemeinwesen u.a. gegen die Konzentration von zu viel Macht an zu wenigen Stellen. Aber der Föderalismus wird dann zu einer Last, wenn Gesetze und Pflichten nicht umgesetzt werden, weil Landesregierungen die **Verantwortung auf den Bund oder die Kommunen oder vice versa abschieben**, obwohl es Regelungsmöglichkeiten gäbe oder die zahlreichen Aufgaben alle betreffen. Solche Taktiken des Auf- und Verschiebens erschüttern das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und -willigkeit der Politik.
Handlungsempfehlungen: Sowohl der Bund, das Land und die Kommunen müssen ihrer Verantwortung und ihren Verpflichtungen aus Gesetzen, z.B. der Istanbul Konvention, gerecht werden. Ein Abschieben der Verantwortung untereinander in unserer föderalen Struktur erschüttert das Vertrauen in unsere Demokratie und ist zu minimieren. Seit Inkrafttreten der Istanbul Konvention zum 1. Februar 2018 in Deutschland fordert unter anderen der LFR BW deren Umsetzung, insbesondere auf Landesebene. Gerade wurde am Internationalen Frauentag 2023 ein Vorschlag für eine einzelfallunabhängige Finanzierung der Frauenhäuser auf Landesebene in BW u.a. auch mit dem Verweis auf ein mögliches, aber bisher nicht bekanntes oder gar entworfenes Bundesgesetz abgelehnt. In anderen Bundesländern wurden bereits vor Jahren in diesem Bereich Gesetze umgesetzt.

4.3 Im Umgang mit digitalen Produkten, auf **Social Media** sowie mit Künstlicher Intelligenz (KI) sind regulatorische Impulse erforderlich für eine ethische, geschlechtergerechte und gesellschaftlich nutzbringende Gestaltung und anschließende Implementierung.
Handlungsempfehlungen: Kritische Medienkompetenz muss ab dem Kindesalter ausgebildet werden. Alle Bildungseinrichtungen, angefangen von den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung über die Grundschulen bis hin zu den weiterführenden Schulen, müssen so ausgestattet werden, dass die Vermittlung digitaler Kompetenzen für alle Kinder und Jugendlichen gegeben ist. Dabei sind sowohl die Erstausstattung als auch der operative Betrieb unter Berücksichtigung des Lifecycles finanziell abzusichern. Das Schulfach „Informatik“ soll verpflichtend werden und unter anderem die Grundlagen der Software-Entwicklung sowie des Umgangs mit Daten als Basis für Medienkompetenz und die Gefahren der Diskriminierung, des Mobbings und den Umgang damit beinhalten.
Die Anforderungen bezüglich der Kompetenz in Digitalisierung und Mediennutzung, Programmierung, KI und im Hinblick auf die jeweiligen Gefährdungen müssen als Pflichtfächer in die Studiengänge und Ausbildungen für pädagogisches Personal integriert werden. Denn nur geschultes Personal kann diese Kompetenzen an Kinder und Jugendliche weitergeben.

landesfrauenrat
Baden-Württemberg

Fazit

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg begrüßt die Ziele der Enquetekommission.
Da die Herausforderungen jedoch zahlreich sind und teilweise über Jahrzehnte kaum oder nur sehr kleine Fortschritte erreicht wurden, ist die zeitnahe Umsetzung der Handlungsempfehlungen entscheidend. Nicht nur im Sinne einer Krisenfestigkeit, sondern um ein Gemeinwesen zu gestalten, das sich aktiv gegen Gewalt an Frauen in unserer Gesellschaft und für Geschlechtergerechtigkeit einsetzt und die eklatanten Missstände nicht weiter hinnimmt. Die Krisenfestigkeit würde in dieser gesünderen und stärkeren Gesellschaft automatisch zunehmen.
Nutzen Sie das Potential der Frauen, erkennen Sie deren gesellschaftlichen Beitrag an.

Wir stehen Ihnen mit unserer Expertise gern zur Verfügung.

U. Mackenstedt

Prof. Dr. Ute Mackenstedt
Erste Vorsitzende LFR BW

Verena Hahn
Zweite Vorsitzende LFR BW

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Stellungnahme des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg für die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Madeleine Hankele-Gauß, Sascha Schmidt

1. Herausforderungen in Bezug auf die Kommunikation und Mediennutzung während Krisen

1.1. Relevante, verlässliche und aktuelle Informationen über den Krisenverlauf finden

In Zeiten von Krisen wie der Corona-Pandemie, Klimakatastrophen, Kriegen oder Fluchtbewegungen sind Bürgerinnen und Bürger einer immensen Informationsflut ausgesetzt. Informationen über Krisenverläufe werden in rasantem Tempo über verschiedenste Kanäle verbreitet: von traditionellen Medien wie Zeitungen, Radio und Fernsehen über Suchmaschinen und Websites bis hin zu sozialen Medien und Messenger-Diensten. Die **klassische Gatekeeper-Funktion von Massenmedien** und professionellen Journalistinnen und Journalisten, die dem Pressekodex unterliegen, **haben Internet und soziale Medien inzwischen stark aufgeweicht**.

Prinzipiell kann heutzutage jede/-r Informationen und Meinungen zu einem Thema im Netz verbreiten und damit unter Umständen hohe Reichweiten erzielen. Dringend nötige Fakten- und Quellenchecks sowie eine Einordnung der Informationen ins Gesamtgeschehen fallen dadurch zunehmend weg. Auch die Trennung von Information und Meinung sowie deren transparente Kennzeichnung sind im Internet und den sozialen Medien oft nur geringfügig verbreitet.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern dürfte es in Krisen daher schwerfallen, aus dem Gros der Veröffentlichungen relevante, verlässliche und aktuelle Informationen über den Krisenverlauf herauszufiltern. Erschwerend kommt hinzu, dass Krisen starke emotionale Reaktionen hervorrufen können. Diese können die Fähigkeit von Menschen zusätzlich beeinträchtigen, Informationen objektiv auszuwählen und zu bewerten.

Die **mangelhafte Nachrichtenkompetenz der deutschen Bürgerinnen und Bürger** dürfte sich in Krisen daher wie in einem Brennglas manifestieren. Im Rahmen der Studie „„Quelle: Internet“?“[1] des gemeinnützigen Thinktanks „Stiftung Neue Verantwortung“ aus dem Jahr 2021 nahmen rund 4.000 deutsche Internetnutzer/-innen ab 18 Jahren an einem Nachrichtenkompetenz-Test teil.

Die Ergebnisse:

- **Die Hälfte der Teilnehmer/-innen fielen beim Test durch** – lediglich ein Fünftel der Befragten konnte eine hohe Nachrichtenkompetenz unter Beweis stellen.
- Mit dem Alter nimmt die digitale Nachrichtenkompetenz ab.
- Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die digitale Nachrichtenkompetenz.
- Befragte mit hohem Vertrauen in Medien, politische Institutionen und Demokratie schnitten besser ab als Befragte mit geringem Medien- und Demokratievertrauen.
- **Viele Teilnehmende hatten Schwierigkeiten damit, Unterschiede zwischen Desinformation, Information, Werbung und Meinung zu identifizieren.** Auch konnten viele Befragte nicht einschätzen, ob eine Quelle als vertrauenswürdig einzustufen ist oder nicht.

1.2 Überblick über Maßnahmen zur Krisenbewältigung behalten

In Krisenzeiten muss die Regierung schnell handeln und erlässt unter Umständen in einem hohen Takt neue Gesetze oder Verordnungen zur Bewältigung der Krise. Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Kommunen, Einzelhandel und Co. setzen diese Gesetze und Verordnungen anschließend vor Ort um. Diese betreffen alle Bürger/-innen unmittelbar in ihrem privaten Haushalt, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit.

Angesichts der hohen „Schlagzahl" an Maßnahmen zur Krisenbewältigung, die alle Bereiche der Gesellschaft betreffen, kann es für Bürger/-innen zur Herausforderung werden, den Überblick über die Maßnahmen und das erwünschte Verhalten zu behalten. In der Corona-Pandemie entstanden gleichzeitig eine Vielzahl von privatwirtschaftlichen und staatlichen Apps, die die Bürger/-innen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen unterstützen sollten. Die **Bürger/-innen werden dadurch zusätzlich mit der Frage konfrontiert, welche Apps für sie selbst notwendig und sinnvoll sind.**

In diesem Zusammenhang können **Unsicherheiten hinsichtlich des Datenschutzes** entstehen, die insbesondere die Sicherheit und mögliche Weitergabe personenbezogener Daten z.B. an staatliche Stellen betrifft. Das Datenschutz-Argument wiegt in deutschen Diskussionen über die Installation von Handy-Apps in der Regel schwerer als in anderen Ländern – und hält Teile der Bevölkerung womöglich davon ab, Apps zur Krisenbewältigung auf ihren mobilen Endgeräten zu installieren.

1.3. Kommunikationsbarrieren

Sprachliche und sozioökonomische Barrieren erschweren es vielen Menschen, Zugang zu verlässlichen Informationen zu erhalten und diese zu verstehen. Insbesondere **Personen mit Migrationshintergrund** sowie **Angehörige sozial benachteiligter Gruppen** können dadurch von wichtigen Informationen über den Krisenverlauf und die Krisenbewältigung

abgeschnitten sein. Auch **Menschen mit Behinderungen** können sich nur eingeschränkt über Krisen informieren, da zum Beispiel die im Internet bereitgestellten Informationen häufig nicht in barrierefreier Form vorliegen.

Ein Schlaglicht auf diese Herausforderung wirft das Abschneiden der deutschen Schüler/-innen beim **PISA-Test 2018** im Bereich der Lesekompetenz.[2] **Rund ein Fünftel der 15-Jährigen war kaum in der Lage, den Sinn von Texten zu erfassen und zu reflektieren.** Der Großteil dieser leseschwachen Jugendlichen wird an nicht gymnasialen Schularten unterrichtet. Die soziale Herkunft hat dabei einen entscheidenden Einfluss auf die Lesekompetenz, der gewichtiger ist als im OECD-Durchschnitt.

So schnitt das sozioökonomisch schwächste Viertel der Schüler/-innen 113 Punkte schlechter ab als das sozioökonomisch stärkste Viertel – bei einer durchschnittlichen Lesekompetenz von 498 Punkten der deutschen 15-Jährigen. Dieser Abstand ist in den letzten zehn Jahren größer geworden. Migrationshintergrund und sozioökonomische Benachteiligung gehen dabei häufig Hand in Hand. So erzielten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund durchschnittlich 63 Punkte weniger bei der Lesekompetenz als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Doch auch, wenn das sozioökonomische Profil berücksichtigt wird, bleibt ein Abstand von 17 Punkten.

1.4. Digital Divide

Die **digitale Kluft zwischen jüngeren und älteren Generationen** sowie **zwischen Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund** stellt in Krisen ebenfalls eine besondere Herausforderung dar. Im Krisenalltag werden digitale Medien noch mehr als sonst zur Organisation und Alltagsbewältigung benötigt. Nicht alle Bürger/-innen haben jedoch Zugang zum Internet und modernen technischen Endgeräten. Anderen fehlt es am Willen, am Zutrauen oder dem technischen Know-how, diese effektiv zu nutzen.

Laut Statistischem Bundesamt[3] waren im Jahr 2022 knapp **6 Prozent der Menschen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren in Deutschland sogenannte Offliner/-innen** und haben das Internet noch nie selbst genutzt. Die größte Gruppe der Offliner/-innen findet sich unter den 65- bis 74-Jährigen, von denen jede/-r sechste offline lebt.

Der Digital-Index 2022/23[4] zeichnet ein ähnliches Bild. Er gibt an, inwiefern die Menschen in Deutschland die Digitalisierung bereits in ihr Leben integriert haben und liegt zwischen 0 und 100 Punkten. Während die Deutschen durchschnittlich 57 Punkte in Zugang, Kompetenz, Grundeinstellung und Nutzung erreichen, zeichnen sich **Personen mit niedriger Bildung** (45 Punkte) und **Arbeitslose** (50 Punkte) ebenso wie die **Nachkriegsgeneration** (47 Punkte) und **die Generation bis 1948** (26 Punkte) durch **unterdurchschnittliche Werte** aus.

Was digitale Kompetenzen allein angeht, stuft sich die gesamte Generation über 60 auf einem niedrigen Niveau ein. Nur rund ein Viertel der befragten Seniorinnen und Senioren in der SIM-Studie 2021[5] gab an, dass sie zumindest über gute Kenntnisse im Umgang mit dem Internet, einem Computer oder Laptop sowie einem Smartphone verfügt. Es fällt auf, dass

Seniorinnen und Senioren ab 80 Jahren, mit Hauptschul- oder Volksschulabschluss sowie Frauen sich generell ein niedrigeres Kompetenzniveau zuschreiben.

Bedenklich in Bezug auf Krisen wie die Corona-Pandemie ist, dass nur rund ein Viertel der Studienteilnehmer/-innen sich zutraut, digitale Gesundheitsfunktionen wie ein E-Rezept zu nutzen. Immerhin 60 Prozent trauen sich zu, Informationen zu einer Sache im Internet zu recherchieren – was dennoch zeigt, dass eine große Gruppe von 40 Prozent von der Informationssuche im Internet isoliert bleibt.

Aktuelle Entwicklungen in einer Krise zu verfolgen, schnell auf sie zu reagieren sowie Apps zur Krisenbewältigung und -prävention zu nutzen, ist insbesondere für Offliner-/innen, über 80-Jährige, Seniorinnen und Senioren mit niedrigem Bildungsniveau sowie wenig gebildete Personen jeden Alters eine anspruchsvolle Aufgabe. Um sie zu bewältigen, benötigen sie Unterstützung aus ihrem familiären oder sozialen Umfeld. Problematisch daran ist, dass beispielsweise viele ältere Offliner/-innen allein leben und Tag für Tag keine solche Unterstützung haben.

1.5 Fake News und Verschwörungstheorien

In Krisenzeiten verbreiten sich Fake News und Verschwörungstheorien in besonders großer Zahl und hoher Schnelligkeit. Die allgemeine Unsicherheit bezüglich der näheren Zukunft ist groß und die Regierung oder andere offizielle Stellen können nicht immer eindeutige Antworten bieten. Da grundsätzlich **bei rund 30 Prozent der deutschen Bevölkerung eine Tendenz zum Verschwörungsdenken besteht**[6], dürften Verschwörungstheorien in unsicheren Zeiten auf fruchtbaren Boden fallen.

1.5.1 Definition

Bei **Fake News** handelt es sich um Informationen in Form von Texten, Fotos oder Videos, die nicht oder nicht vollständig der Wahrheit entsprechen. Sie sind mit unbewiesenen Behauptungen gespickt und beziehen sich häufig auf nicht geschehene Ereignisse oder Handlungen. In ihrer Form ahmen sie klassische Nachrichtenbeiträge nach – ihre Absicht ist es jedoch, Leser/-innen zu täuschen oder Schaden anzurichten.

Verschwörungstheorien wiederum interpretieren gesellschaftliche Ereignisse, Zustände oder Entwicklungen als Folge eines geheimen Plans einer angeblich mächtigen Gruppierung, die davon vermeintlich profitiert. Sie können in Form von Fake News, aber auch in anderen Erscheinungsformen verbreitet werden. Umgekehrt können Fake News Verschwörungstheorien beinhalten, aber auch andere Falschinformationen zum Gegenstand haben.

KI-generierte Bilder, Audios oder Videos, die exakt zum Inhalt einer Falschnachricht oder einer Verschwörungstheorie passen, stellen dabei eine herausragende Gefahr da. Sie unterstützen die Desinformation auf nachdrückliche, unmittelbare Weise und können sie besonders glaubhaft und authentisch erscheinen lassen. Die zugrundeliegende Technik

heißt **Deepfake**. Eine künstliche Intelligenz produziert Bilder, Audios oder Videos, die so gar nicht existieren. Die Technik erlaubt es zudem, bestimmte Fotos oder Videos mit den Gesichtszügen oder der Stimme eines Menschen – zum Beispiel eines Politikers oder einer Politikerin – auf Knopfdruck zu erstellen. Mit dieser Technik können Aussagen oder Handlungen einer Person dargestellt werden, die in der Realität nie stattgefunden haben.

Spätestens seit Sommer 2022, als der KI-Bildgenerator Stable Diffusion unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlicht wurde[7], können dies auch Laien auf ihrem handelsüblichen Computer tun – per simpler Texteingabe. Die Folge ist, dass Bürger/-innen im wahrsten Sinne des Wortes „ihren Augen (und Ohren) nicht mehr trauen“ können.

1.5.2 Verbreitung

Heutzutage gibt es ein breites Spektrum an Nachrichten-Websites, Blogs und YouTube-Kanälen, die Fake News und Verschwörungstheorien verbreiten. Die dort in Umlauf gebrachten Fake News und Verschwörungstheorien werden wiederum reichweitenstark auf sozialen Netzwerken, in Messenger-Diensten oder auf Online-Videoportalen verbreitet. Die **Empfehlungsalgorithmen der sozialen Medien** können die Verbreitung von Falschinformationen und Verschwörungstheorien unter Umständen noch verstärken, wenn diese reichweitenstark sind, zu den persönlichen Interessen von Nutzerinnen oder Nutzern passen oder starke Emotionen hervorrufen. Denn diese drei Faktoren begünstigen, dass User/-innen lange auf einem sozialen Netzwerk verweilen – und entsprechen so dem ökonomischen Interesse der dahinterstehenden Unternehmen.

Außerdem erleichtert der **Trend zu immer kürzeren Video- und Informations-Snippets** auf Social Media die Verbreitung von Desinformation. Je kürzer ein Video oder eine Nachricht, desto anfälliger wird beides dafür, dass Informationen unvollständig dargestellt oder aus dem Zusammenhang gerissen werden. Die Schnelllebigkeit von Social-Media-Posts und Messenger-Nachrichten erschwert wiederum die nachträgliche Aufklärung. Einer Aufklärung ebenfalls hinderlich ist geschlossene Messenger-Kommunikation zum Beispiel via Telegram, die durch ein mangelndes Korrektiv von außen eine Radikalisierung begünstigen kann.

Die Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien wird auch dadurch erleichtert, dass im Jahr 2022 **Nachrichten im Internet mit 68 Prozent die meisten Bürger/-innen erreichen** – sogar mehr als TV-Nachrichten mit 65 Prozent. Dabei informiert sich gemäß dem Reuters Institute Digital News Report 2022[8] **jede/-r Dritte inzwischen regelmäßig über soziale Medien – in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen sogar mehr als jede/-r Zweite**.

Laut JIM-Studie 2022[9] nutzen Kinder und Jugendliche ebenfalls vor allem Suchmaschinen und soziale Medien, um sich online über das aktuelle Tagesgeschehen zu informieren. **Google (39 Prozent), Instagram (30 Prozent) und TikTok (25 Prozent)** belegten hierbei die ersten drei Plätze unter den regelmäßigen Online-Nachrichtenquellen der Heranwachsenden. Nur etwa jeder fünfte Heranwachsende nutzt die Online-Angebote von TV- oder Radiosendern, um auf dem neuesten Stand zu bleiben. Für die Zukunft ist also zu erwarten, dass sich der Trend zu Social Media als Nachrichtenquelle fortsetzt und so aufgrund

mangelnder journalistischer Gatekeeper-Funktion die Verbreitung von Desinformation und Verschwörungstheorien begünstigt.

1.5.3 Ursachen

Warum Menschen an Verschwörungstheorien glauben, kann vielfältige Ursachen haben[10] – auch demografische Faktoren haben einen gewissen Einfluss:

- Sie bieten **einfache Lösungen** und Antworten in Zeiten von Unsicherheit und Ungewissheit.
- Sie erfüllen das individuelle **Bedürfnis nach Einzigartigkeit** und tragen so zu einem positiven Selbstbild bei. Verschwörungsideologinnen und Verschwörungsideologen verfügen aus ihrer Sicht über Wissen, das andere nicht haben.
- Sie stehen in Einklang mit **bereits vorhandenen Überzeugungen**. An den **politischen Rändern** sind zum Beispiel populistische Überzeugungen und damit zusammenhängend Verschwörungstheorien verbreiteter als in der politischen Mitte. Studien zeigen, dass der Verschwörungsglaube in Deutschland und anderen Ländern am rechten Rand stärker ausgeprägt ist als am linken Rand.[11]
- **Männer** glauben häufiger an Verschwörungstheorien als Frauen.
- **Geringe Bildung, ein niedriges Einkommen sowie Arbeitslosigkeit** begünstigen den Glauben an Verschwörungstheorien.[12]

Diese Faktoren können begünstigen, dass Menschen an Fake News glauben[13]:

- **Prominente Meinungsführer/-innen**, die als authentische und glaubwürdige Expertinnen und Experten auftreten, verbreiten Verschwörungstheorien. In der Corona-Pandemie haben z.B. der Kochbuchautor Attila Hildmann oder der Schlagersänger Michael Wendler damit begonnen, verschwörungstheoretische Inhalte zu verbreiten und wurden dadurch zu einer Art „Superspreader" für Verschwörungstheorien.
- Personen aus dem persönlichen Netzwerk – Freundinnen und Freunde, Familienangehörige oder Social-Media-Freunde – verbreiten Falschinformationen. **Neuigkeiten aus dem persönlichen Umfeld** schenken Menschen besonders viel Glauben.
- Die Falschinformationen passen in das **persönliche Weltbild** und zur **sozialen Identität** der Rezipientinnen und Rezipienten. Menschen neigen nämlich dazu, kognitive Dissonanzen zu vermeiden.
- Die Falschnachrichten rufen **starke negative Emotionen** hervor. Da es für Menschen aus evolutionärer Sicht sinnvoll war, Gefahren mehr Beachtung zu schenken als harmlosen Ereignissen, wird negativen Neuigkeiten viel Speicherplatz eingeräumt – egal, ob wahr oder nicht.

1.5.4. Folgen für die Gesellschaft

Vielfach sichtbare Falschinformationen und Verschwörungstheorien können die öffentliche Meinung negativ beeinflussen und zu einer **gesellschaftlichen Polarisierung** führen. Das **Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen** wie politische Organe, Medien oder Forschungseinrichtungen kann dadurch beschädigt werden, was einer weiteren Verbreitung von Desinformation Auftrieb geben kann. Während der Corona-Pandemie ließ sich beispielsweise eine gesellschaftliche Spaltung rund um das Thema Corona-Schutzimpfung beobachten, die durch Desinformation über Impffolgen befeuert wurde.

Verschwörungstheorien können zudem als **„Blocker" für gesellschaftliche Diskussionen** instrumentalisiert werden. Informationen, die einer Verschwörungstheorie widersprechen, werden dann pauschal und von vornherein als Manipulation abgelehnt. Tendenziell nimmt mit dem Verschwörungsglauben auch die **Bereitschaft** zu, **politische Ziele mit illegalen Mitteln zu verfolgen**. Ein Beispiel hierfür ist die zum Teil bewaffnete Reichsbürger-Szene.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte besonders bedenklich ist darüber hinaus, dass **der Glaube an Verschwörungstheorien in der Bevölkerung antisemitischen Einstellungen Auftrieb gibt**.[14] Dies hängt damit zusammen, dass der Mythos der jüdischen Weltverschwörung in vielen Verschwörungstheorien von zentraler Bedeutung ist. Diese stellen zwar nicht mehr zwangsläufig Jüdinnen und Juden explizit als Verschwörer/-innen dar. Doch sie verwenden alternative Begriffe, die diese Deutung nahelegen – wie z. B. die „globale Finanzelite" oder die „Neue Weltordnung (NWO)".

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

2. Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation und Mediennutzung in zukünftigen Krisen

Wie Abschnitt 1 verdeutlicht hat, kann es für Bürger/-innen während Krisen zur Herausforderung werden, aus der Informationsflut verlässliche Informationen über den Krisenfortgang herauszufiltern. Sprachliche und sozioökonomische Kommunikationsbarrieren sowie die digitale Kluft zwischen jüngeren und älteren Generationen sowie zwischen Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen kommen erschwerend hinzu. Vor diesem Hintergrund schlägt das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg folgende Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Krisenkommunikation vor:

2.1 Zentrale Krisenmanagement-Struktur aufbauen und einheitliche Kommunikationsstrategie entwickeln

In Vorbereitung auf zukünftige Krisen sollte auf Landesebene eine zentrale Krisenmanagement-Struktur aufgebaut werden. Sie entwirft Krisenpläne, trifft Vorbereitungen für potenzielle Krisen und plant in Krisensituationen Maßnahmen, setzt diese um, koordiniert und evaluiert sie. Dieser Krisenstab sollte mit **Vertreter/-innen sämtlicher Ministerien und potenziell krisenrelevanter Behörden** besetzt werden. Hinzu kommen Expertinnen und Experten von Universitäten, Hochschulen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Thinktanks. Hinsichtlich der Krisenkommunikation bietet eine zentrale Struktur den großen Vorteil, dass Ereignisse im Krisenfortgang und Maßnahmen der Krisenbewältigung einheitlich kommuniziert werden können. Auch können diese so interdisziplinär diskutiert und bewertet werden.

Die neu geschaffene Krisenmanagement-Struktur sollte im Bereich Kommunikation mit folgenden Aufgaben betraut werden.

Zur Vorbereitung auf Krisen:

- **Notfall-Kommunikation für verschiedene Krisenszenarien** entwickeln und regelmäßig aktualisieren
- Zuständigkeiten und Handlungsabläufe im Bereich Kommunikation für den Krisenfall klar definieren
- **Zentrale Informationskanäle für die Krisenkommunikation aufbauen** und in der Bevölkerung etablieren (siehe Abschnitt 2.2)
- Mitarbeiter/-innen in Ministerien und öffentlichen Behörden regelmäßig zu Krisenkommunikation fortbilden

In Krisensituationen:

- zwischen den Vertreterinnen und Vertretern des Krisenstabs moderieren und eine **gemeinsame Ansprache nach außen** finden

- die Bevölkerung **regelmäßig über aktuelle Entwicklungen und Ereignisse in der Krise informieren**, um Transparenz und Sicherheit zu vermitteln
- die Maßnahmen der Landesregierung in **einfacher Sprache** und ohne komplexe Fachbegriffe vermitteln, sie anschaulich begründen und ihre Folgen für den praktischen Alltag der Menschen verdeutlichen
- neben rationaler Informationsvermittlung auch **emotionale Botschaften** an die verunsicherte Bevölkerung aussenden
- **Elemente konstruktiven Journalismus** bei der Informationsvermittlung verwenden

Im Nachgang von Krisen:

- evaluieren, welche Kommunikationsstrategien funktioniert haben (oder nicht) und welche Bevölkerungsgruppen erreicht wurden (oder nicht)
- in Abhängigkeit von dieser **Evaluation** die Kommunikationsstrategie in den Krisenplänen optimieren

2.2. Zentrale Informationskanäle für Krisen schaffen

Um in Krisensituationen schnell und effektiv kommunizieren zu können, sollten bereits vorab klar definierte Kommunikationskanäle für Krisen eingerichtet und reichweitenstark etabliert werden. Dazu zählen insbesondere ein **zentrales Informationsportal, eine App sowie Social-Media-Kanäle**. Alle Kommunikationskanäle sollten:

- regelmäßig verlässliche Informationen bündeln und so die Informationsflut eindämmen
- in enger Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen betrieben werden
- Informationen in einfacher Sprache und ohne komplexe Fachbegriffe vermitteln
- Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen
- mehrsprachige Informationen anbieten – für die am stärksten vertretenen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund sowie für Geflüchtete
- kulturelle und soziale Aspekte der verschiedenen Zielgruppen berücksichtigen

2.3 Bürger/-innen über Social Media ansprechen

Da sich jede/-r dritte Deutsche inzwischen regelmäßig via Social Media über die aktuelle Nachrichtenlage informiert (siehe Abschnitt 1.5.2), sollen Bürger/-innen in Krisenzeiten unbedingt auch niedrigschwellig über soziale Medien angesprochen werden. Die Informationen sollten dabei **insbesondere über die Kanäle geteilt werden, die besonders anfällig für die Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien sind – wie z.B. Telegram, TikTok oder YouTube**. Ein gutes Beispiel, wie seriöse Nachrichten so verpackt werden können, dass sie jüngere oder auch bildungsfernere Zielgruppen in den sozialen

Medien erreichen können, gibt der TikTok-Kanal der Tagesschau.[15]

Dabei geht es nicht nur darum, **social-media-taugliche Medienformate wie Kurzvideos oder Sharepics** zu nutzen, die sich schnell und vielfach verbreiten lassen. Zentral ist auch, **Informationen auf Social Media „ein Gesicht" zu geben**. Der erfolgreiche Podcast „Coronavirus-Update" ist ein Beispiel, wie Informationen rund um Covid-19 ein Gesicht gegeben wurde: das von dem zunächst völlig unbekannten Virologen Christian Drosten, der sich im Verlauf der Pandemie als vertrauensvoller Experte in der Bevölkerung etabliert hat.[16] Kurzum sollten Medienformate auf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren setzen, die bei der zu erreichenden Zielgruppe gut ankommen. Bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen können dies auch bereits bekannte **Influence**r sein.

2.4 Öffentlich-rechtliche Medien und Medienvielfalt stärken

Wenn es darum geht, welchen Nachrichtenanbietern Bürger/-innen in Deutschland vertrauen, landen die öffentlich-rechtlichen Medien in Umfragen regelmäßig ganz oben. So auch im Reuters Institute Digital News Report 2022, in dem die **Nachrichtensendungen „ARD Tagesschau" und „ZDF heute" die beiden Angebote mit den höchsten Vertrauenswerten** unter den abgefragten Nachrichtenmarken waren. Auf Platz 3 landeten **regionale und lokale Tageszeitungen**.[17]

Vor diesem Hintergrund sollte die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien dahingehend gestärkt werden, dass sie mit ihrer Berichterstattung eine möglichst große Bandbreite an Zielgruppen in Deutschland erreicht. Hierfür sollten die öffentlich-rechtlichen Medien **Ressourcen** erhalten, **um ihre Berichterstattung in den sozialen Medien auszubauen**, da sich die Nachrichtennutzung zunehmend von der klassischen Fernsehsendung hin zu Social Media verschiebt – eine Entwicklung, die bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereits fortgeschritten ist (siehe Abschnitt 1.5.2). Hier sei nochmals auf den Vorbildcharakter des TikTok-Kanals der Tagesschau verwiesen.

Als Korrektiv zur immer stärkeren Zentralisierung von Nachrichten- und Medienunternehmen empfehlen wir der Landesregierung zudem, **lokale und unabhängige Medien finanziell und strukturell zu unterstützen**. Diese genießen einerseits über hohe Vertrauenswerte bei der jeweiligen lokalen Leserschaft und gewährleisten andererseits eine Vielfalt der Berichterstattung.

2.5 Projekte zu konstruktivem Journalismus fördern

Konstruktiver Journalismus möchte durch **lösungs-, zukunfts- und kontextorientierte Berichterstattung** ein Gegengewicht zum rein darstellenden, traditionellen Journalismus bieten, der häufig auf negative und konfliktreiche Ereignisse und Entwicklungen fokussiert. Diversität, Empowerment und Co-Kreation sind weitere wichtige Elemente. Dadurch sollen Mediennutzer/-innen entlastet werden und einer allgemeinen Nachrichtenmüdigkeit

entgegengewirkt werden, die zu depressiver Verstimmung, Zynismus oder Desinteresse führen kann.[18]

Mehrere Studien zu den Wirkungen konstruktiven Journalismus kommen zu dem Ergebnis, dass er sich **positiv auf die emotionalen Reaktionen von Mediennutzerinnen und -nutzern auswirkt, sie emotional entlastet und dadurch zu deren Resilienz beitragen kann**. Inwiefern sich die emotionalen Effekte auch in entsprechendes Verhalten übersetzen, ist Gegenstand weiterer Forschung.[19]

Da gerade in Krisenzeiten das Krisenereignis selbst sowie die nicht enden wollende Nachrichtenflut zum Thema für Bürger/-innen emotional sehr fordernd sein kann, empfiehlt es sich, Projekte zu konstruktivem Journalismus z.B. in den öffentlich-rechtlichen Medien zu fördern. Konstruktiver Journalismus könnte sich in Krisen auch als **probates Mittel für die Prävention von Verschwörungstheorien und Fake News erweisen**. Letzteren wenden sich Menschen meist dann zu, wenn sie einfache Antworten für komplexe Probleme suchen, die sie negativ belasten oder überfordern.

2.6 Kommunale Medien-Cafés fördern

Nach dem Vorbild der kommunalen Reparatur-Cafés, in denen im Rahmen eines Vereins freiwillige Helfer/-innen Haushaltsgegenstände von Mitbürgerinnen und Mitbürgern reparieren, empfehlen wir die Förderung von kommunalen Medien-Cafés. Bürger/-innen bekommen so vor Ort unmittelbar und **niedrigschwellig Hilfestellung bei der Nutzung digitaler Endgeräte** sowie **bei der Installation und Nutzung von Computerprogrammen oder Apps**. Auch können hier in lockerer Atmosphäre Fragen und Unsicherheiten rund um das Thema Daten- und Verbraucherschutz besprochen und geklärt werden. In Krisenzeiten wäre das kommunale Medien-Café der ideale Ort, um z.B. Seniorinnen und Senioren oder anderen technikfernen Personen den Einstieg in Apps und Informationsportale zur Krisenbewältigung und Krisenkommunikation zu erleichtern.

2.7 Bürgerräte und Zivilgesellschaft einbinden

Um Bürgerinnen und Bürgern in einer unerwarteten Krisensituation eine Stimme zu geben und die Legitimation der Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu erhöhen, empfehlen wir in Krisensituationen die Einrichtung eines Bürgerrats. Die Teilnehmer/-innen sollten per Los bestimmt werden und für die Arbeit im Bürgerrat bezahlt von der Arbeit freigestellt werden. Durch seine zufällige Zusammensetzung ist ein solcher Bürgerrat dazu geeignet, die **Meinungen, Fragen und Unsicherheiten der Bevölkerung zur Krisenbewältigung möglichst breit widerzuspiegeln**. Der Bürgerrat kann auf diese Weise wichtige Impulse für die weitere Bearbeitung einer Krise liefern und die **Regierung in ihrem Handeln beraten**. In die Planung, Organisation und Umsetzung von Krisenmaßnahmen sollten zudem zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden werden. Diese Akteure können vor Ort gezielt Unterstützung bieten und als Multiplikatoren Informationen effektiv verbreiten.

2.8 Digitale Infrastruktur fördern

Im europäischen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Desi) fiel Deutschland im Jahr 2022 weiter von Platz 11 im Vorjahr auf Platz 13 zurück.[20] Damit Deutschland sich bei der Digitalisierung den drei Spitzenreitern Finnland, Dänemark und den Niederlanden annähern kann, empfehlen sich Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur zum Beispiel in den folgenden Bereichen:

- **Digitalisierung der** Arbeitsabläufe und des Datenaustauschs zwischen Behörden in der **öffentlichen Verwaltung**, z.B. durch die Einführung einheitlicher Schnittstellenstandards
- Schaffung von **nutzerfreundlichen digitalen öffentlichen Dienstleistungen** für Bürger/-innen und Unternehmen, wie z.B. die Einrichtung einer sicheren digitalen eID
- Ausbau der **Breitband-Infrastruktur**
- Ausbau von **Open Wi-Fi** an öffentlichen Orten
- Strategien zur **Abwehr von Cyberangriffen** entwickeln und umsetzen
- **Förderprogramme für Digitalisierung bündeln**, vereinfachen und Bürokratieanforderungen abbauen

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

3. Bildungsmaßnahmen im Bereich Mediennutzung und Kommunikation für Bürger/-innen mit Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

Um die Bürger/-innen, insbesondere Kinder und Jugendliche, in der Mediennutzung und Kommunikation aus- und weiterzubilden, um eine eigenverantwortliche Nutzung in Krisensituationen zu gewährleisten, schlägt das Landesmedienzentrum folgende Handlungsempfehlungen vor:

Integration und Verstetigung der Medienbildung in den Bildungsplänen: Medienkompetenz sollte in den Schulen ab der Grundschule vermittelt und entsprechend stärker – am besten spiralcurricular – in den Bildungsplänen der Grundschulen sowie weiterführenden Schulen verankert werden. Durch Projekte rund um kreative Medienarbeit kann auch ein Gegengewicht zum oftmals passiven Medienkonsum, z.B. auf Social Media, geschaffen werden. Auch die Einführung eines Fachs mit Fokus auf sogenannte „Life Skills“ wäre denkbar. Dieses könnte Freiräume für aktuelle und vielfach medienbezogene Themen schaffen, die Kinder und Jugendliche in ihrem Leben beschäftigen. Programme mit Peer-to-Peer-Ansatz wie das Schüler-Medienmentoren-Programm des Landesmedienzentrums ergänzen das Medienbildungs-Portfolio.

Sprach- und Lesekompetenz als Schlüssel für Medienkompetenz: Sprachbarrieren können Kinder und Jugendliche darin einschränken, vertrauenswürdige Angebote und Informationskanäle zu nutzen. Sprachförderungsangebote in Kindertagesstätten und in Grundschulen sind hier zentral, um Sprachbarrieren frühzeitig abzubauen. Hierzu zählen zum Beispiel Lesepatenschaften, die das Vorlesen bereits ab dem Kleinkindalter bei Kindern etablieren und so Neugier und Interesse an der geschriebenen Sprache wecken. Bildungslücken, die im Kleinkind- und Grundschulalter entstehen, können spätestens nach der Grundschule kaum mehr aufgeholt werden. Investitionen in die frühkindliche Sprachbildung sind daher für die spätere Entwicklung von Medienkompetenz unabdingbar.

Stärkung der medienpädagogischen Aus- und Fortbildung von Lehrkräften: Lehrer/-innen benötigen eine medienpädagogische Ausbildung sowie wiederkehrende Fortbildungen direkt an der eigenen Schule im Kreis der Kolleginnen und Kollegen, da diese ein praxisnahes „training on the job“ ermöglichen und auf Probleme an der jeweiligen Schule zugeschnitten werden können. Auf diese Weise können Lehrkräfte das schnell veraltende Know-how rund um Medien regelmäßig auffrischen und werden so in die Lage versetzt, Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen und kompetenten Umgang mit verschiedenen Medienarten und -formaten zu vermitteln.

Beratungsmöglichkeiten an Schulen schaffen: Neben Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können auch Medienpädagoginnen und Medienpädagogen als Ansprechpartner/-innen in beratender Funktion an den allgemeinbildenden Schulen etabliert

werden. Diese können gemeinsam mit den Lehrkräften Pläne für die Vermittlung von Medienkompetenz erstellen, Mediensprechstunden für Eltern, Kinder und Jugendliche anbieten sowie Elternabende organisieren. Auch schwierige Einzelfälle mit Bezug zu Medienthemen, wie z.B. die Verbreitung von Fake News oder Verschwörungstheorien durch Schülerinnen, Schüler oder Eltern, können gemeinsam mit einem Schul-Medienpädagogen bzw. einer Schul-Medienpädagogin besprochen und gelöst werden.

Technische Ausstattung der Schulen weiter fördern: Der Einsatz und die Nutzung von digitalen Endgeräten im Schulkontext sollte weiter gefördert werden, um Kinder und Jugendliche im Umgang damit zu stärken. Vor allem Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Bildungsschichten haben im privaten Umfeld nur eingeschränkten Zugang zu den entsprechenden digitalen Endgeräten.

Stärkung der Medienzentren: In Baden-Württemberg sollten Weiterbildungsangebote der regionalen Medienzentren weiter gefördert werden, die Informationsveranstaltungen, Workshops und Fortbildungen für unterschiedliche Zielgruppen mit Fokus auf regionale Voraussetzungen und Bedürfnisse anbieten können.

Förderung von außerschulischen Bildungsangeboten: Die Zusammenarbeit von Schulen, Bibliotheken, Volkshochschulen und Medienzentren sollte ausgebaut und intensiviert werden, um umfangreiche Medienbildungsangebote bereitzustellen, die über den schulischen Rahmen hinausgehen. Auch eine Kooperation mit Jugendzentren wäre denkbar. Darüber hinaus kann eine Zusammenarbeit mit Medienunternehmen – insbesondere Rundfunkanstalten und Verlagen – angestrebt werden, aus der gemeinsame Projekte und Initiativen erwachsen. Die Zusammenarbeit mit (Industrie-)Betrieben aus unterschiedlichen Branchen kann dabei helfen, Bürger/-innen mittleren Alters aus bildungsferneren Schichten zu erreichen. Diese Zielgruppe wird bislang kaum durch Förderprogramme im Bereich Medienbildung erreicht.

Elternarbeit und Sensibilisierung: Die Zusammenarbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten sollte gestärkt werden, um eine gemeinsame Basis für den verantwortungsvollen Umgang mit Medien und Informationen im Familienalltag zu schaffen. Informationsveranstaltungen, Elternabende und gemeinsame Projekte von Kitas, Grundschulen, Schulen und Medienzentren können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Auch Programme mit Peer-to-Peer-Ansatz wie das Eltern-Medienmentoren-Programm des Landesmedienzentrums können eine tragende Säule hierfür bilden.

Entwicklung von Kriseninformationsstrategien für jüngere Zielgruppen: In Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen Kommunikation, Medienpädagogik und Katastrophenschutz sollten gezielte Kriseninformationsstrategien für jüngere Bevölkerungsgruppen entwickelt werden. Diese sollten eine klare und zielgruppenorientiere Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten ermöglichen und auf den zielgruppenspezifischen Medienkanälen in ansprechender und leicht verständlicher Form (z.B. mit Unterstützung von Influencerinnen und Influencern) umgesetzt werden.

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

4. Handlungsempfehlungen hinsichtlich Desinformation, Fake News und Verschwörungstheorien

Im Hinblick auf die gezielte Verbreitung von Desinformationen, Fake News und Verschwörungstheorien, insbesondere in Krisenzeiten wie beispielsweise während der Corona-Pandemie, schlägt das Landesmedienzentrum folgende Handlungsempfehlungen vor:

Förderung von Qualitätsjournalismus: Es können finanzielle Anreize und Unterstützung für Medienunternehmen und ggf. freie Journalistinnen und Journalisten bereitgestellt werden, die sich nachweislich dem Qualitätsjournalismus verschrieben haben und auf eine transparente sowie sachliche Berichterstattung setzen. Auch Projekte zu konstruktivem Journalismus können der Verbreitung von Verschwörungstheorien, Fake News und Desinformationen entgegenwirken (siehe Abschnitt 2.5). Durch gesetzliche Kennzeichnungspflichten im Internet könnte zudem die Transparenz gefördert werden, bei welchen Texten es sich um Informationen, Meinungen oder Werbung handelt.

Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Faktenchecks: Die Schaffung einer unabhängigen, zentralen Anlaufstelle für Faktenchecks in Baden-Württemberg ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen zu lassen und so zur Eindämmung von Desinformationen beitragen. Diese Anlaufstelle könnte zudem Strategien entwickeln, um über die dort eingegangenen Falschinformationen zu berichten, ohne diesen zusätzliche Aufmerksamkeit und damit Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Zusammenarbeit mit Social-Media-Plattformen: Die Landesregierung kann enger mit Social Media-Plattformen zusammenarbeiten, um Strategien zur Identifizierung und Bekämpfung von Fake News und Desinformationen zu entwickeln. Dies kann durch den Austausch von Expertise, technischen Ressourcen und gemeinsamen Initiativen erreicht werden.

Stärkung der Informationskompetenz im Bildungsplan: Schüler/-innen müssen dazu befähigt werden, Informationen kritisch zu hinterfragen, Quellen zu überprüfen und Fehlinformationen zu erkennen, um sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Informationskompetenz sollte als Grundkompetenz verstanden werden und in den Bildungsplänen Baden-Württembergs fächerintegrativ und spiralcurricular ausgebaut werden. Programme mit Peer-to-Peer-Ansatz wie das Schüler-Medienmentoren-Programm des Landesmedienzentrums oder die Kampagne BITTE WAS?! der Landesregierung BW können hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Relevante Themen zur Vermittlung von Informationskompetenz könnten zum Beispiel sein:

- Merkmale vertrauensvoller Medienanbieter und verlässlicher Quellen
- Unterschied zwischen Information, Meinung und Werbung
- Medienkritik und Analysekompetenz
- KI-Empfehlungsalgorithmen und deren Rolle bei der Verbreitung von Verschwörungstheorien und Fake News
- die Technologie von Deepfakes und wie sie für Desinformation genutzt wird

- ökonomische Interessen von großen Medienunternehmen, die soziale Medien betreiben, und die zugehörigen Betriebsmechanismen von sozialen Medien
- Reflexion von Influencern als Vorbilder und deren wirtschaftliche sowie politische Agenda

Fortbildungsangebote für Lehrkräfte: Regelmäßige Fortbildungen im Bereich Informationskompetenz, unter anderem zu den oben genannten Themen, können Lehrer/-innen dabei unterstützen, in Krisensituationen schnell und kompetent auf Desinformationen zu reagieren, die z.B. in Klassenchats verbreitet werden oder von denen Schülerinnen und Schüler berichten.

Förderung von Medienbildung in der Erwachsenenbildung: Auch Erwachsene sollten Zugang zu Medienbildungsangeboten erhalten, um ihre Kompetenzen im Umgang mit Desinformationen und Verschwörungstheorien zu stärken. Hier können neben Werbekampagnen gemeinsame Projekte mit Arbeitgebern, Volkshochschulen, NGOs und Medienzentren initiiert werden. Insbesondere Personen mittleren Alters mit geringer formaler Bildung fallen bei Medienbildungs-Projekten tendenziell durchs Raster.

Weitere Überschneidungen ergeben sich mit den Vorschlägen aus Abschnitt 3, da Informationskompetenz im Kontext von digitalen Medien nie vollständig losgelöst von allgemeiner Medienkompetenz betrachtet werden kann.

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Quellenverzeichnis

[1] Stiftung Neue Verantwortung e.V. (2021): „Quelle: Internet"? Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test. https://www.stiftung-nv.de/de/publikation/quelle-internet-digitale-nachrichten-und-informationskompetenzen-der-deutschen, zuletzt abgerufen am 25.04.2023.

[2] Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Soziale Situation: PISA – Lesekompetenz. https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/135811/pisa-lesekompetenz/, zuletzt abgerufen am 25.04.2023.

[3] Statistisches Bundesamt: Knapp 6 % der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren in Deutschland sind offline. Knapp 6 % der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren in Deutschland sind offline - Statistisches Bundesamt (destatis.de), zuletzt abgerufen am 28.04.2023.

[4] Initiative D21 e.V. (2022): D21-Digital-Index 2022/2023: https://initiatived21.de/app/uploads/2023/02/d21_digital_index_2022_2023.pdf, zuletzt abgerufen am 28.04.2023.

[5] Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (2022): SIM-Studie 2021: Senior*innen, Informationen, Medien. https://www.mpfs.de/studien/sim-studie/2021/, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[6] Harder, Bernd (2020): Neue Umfragen: Ist der Verschwörungsglaube rückläufig? Der Skeptiker. Zeitschrift für Wissenschaft und kritisches Denken. https://blog.gwup.net/2020/12/29/neue-umfragen-ist-der-verschwoerungsglaube-ruecklaeufig/, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[7] Reintjes, Thomas (2022): Foto-Synthese mit KI: Die Revolution der künstlichen Bilder. Deutschlandfunk Kultur. https://www.deutschlandfunkkultur.de/ki-technologie-revolution-kuenstliche-bilder-100.html, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[8] Höllig, Sascha/Behre, Julia/Schulz, Wolfgang (2022): Reuters Institute Digital News Report 2022. Leibniz-Institut für Medienforschung / Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). k3u8e8z_AP63_RIDNR22_Deutschland.pdf (leibniz-hbi.de), zuletzt abgerufen am 11.05.2023.

[9] Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (2022): JIM-Studie: Jugend, Information, Medien. https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2022_Web_final.pdf, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[10] Klawier, Tilmann (2021): Warum glauben Menschen an Verschwörungstheorien? https://www.lmz-bw.de/medienbildung/themen-von-f-bis-z/verschwoerungstheorien/warum-glauben-menschen-an-verschwoerungstheorien, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[11] Butter, Michael/Knight, Peter (Hrsg.) (2020): Routledge Handbook of Conspiracy Theories. https://www.routledge.com/Routledge-Handbook-of-Conspiracy-Theories/Butter-Knight/p/book/9780815361749

LMZ LANDESMEDIENZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG

[12] Butter, Michael/Knight, Peter (Hrsg.) (2020): Routledge Handbook of Conspiracy Theories. https://www.routledge.com/Routledge-Handbook-of-Conspiracy-Theories/Butter-Knight/p/book/9780815361749

[13] Franz, Anja (2020): Warum sind Menschen empfänglich für Fake News? https://www.lmz-bw.de/medienbildung/themen-von-f-bis-z/hatespeech-und-fake-news/fake-news/warum-sind-menschen-empfaenglich-fuer-fake-news, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[14] Schröter, Franziska (Hrsg.): Verlorene Mitte: Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Friedrich-Ebert-Stfitung. https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie, zuletzt abgerufen am 05.05.2023.

[15] TikTok-Kanal der Tagesschau: https://www.tiktok.com/@tagesschau

[16] NDR: Coronavirus-Update: Alle Folgen. https://www.ndr.de/nachrichten/info/Coronavirus-Update-Alle-Folgen,podcastcoronavirus134.html, zuletzt abgerufen am 11.05.2023

[17] Höllig, Sascha/Behre, Julia/Schulz, Wolfgang (2022): Reuters Institute Digital News Report 2022. Leibniz-Institut für Medienforschung / Hans-Bredow-Institut (Hrsg.). k3u8e8z_AP63_RIDNR22_Deutschland.pdf (leibniz-hbi.de), zuletzt abgerufen am 11.05.2023.

[18] Media Perspektiven 12/2022: Nutzungserfahrungen mit konstruktivem Journalismus. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2022/2212_ARD-Forschungsdienst.pdf

[19] Effekte von konstruktivem Journalismus: Raus aus der Nachrichtenmüdigkeit. Uwe Krüger im Gespräch mit Jenny Genzmer und Marcus Richter. https://www.deutschlandfunkkultur.de/uwe-krueger-studien-konstruktiver-journalismus-100.html, zuletzt abgerufen am 11.05.2023.

[20] dpa/Frankfurter Rundschau (2022): Was die Digitalisierung ausbremst oder vorantreibt. https://www.fr.de/panorama/was-die-digitalisierung-ausbremst-oder-vorantreibt-zr-91963815.html, zuletzt abgerufen am 11.05.2023.

Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft"

Stellungnahme

1. Portrait LSVBW:

Der LSVBW ist die Dachorganisation der Sportselbstverwaltung in Baden-Württemberg. Seine Rechtsform ist der eingetragene Verein. Der Landessportverband vertritt die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieds-organisationen. Mit seinen rund 3,9 Millionen Mitgliedschaften ist der LSVBW die mit Abstand größte Personenvereinigung im Land. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist somit jeder dritte Baden-Württemberger Mitglied in einem Sportverein. In seinem Handeln orientiert sich der LSVBW an den Grundwerten der Gesellschaft, wie soziale Verantwortung, gesellschaftliche Solidarität und gleiche Lebenschancen für alle Menschen. Sport gehört zur Daseinsvorsorge jeder Gesellschaft und ist heute unverzichtbar. Seine Hauptaufgaben sind die Betreuung seiner Mitgliedsorganisationen und die Vertretung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder nach innen und außen. Der LSVBW setzt sich für die bestmögliche Förderung des Sports in Baden-Württemberg. ein. Dafür will er gemeinsam mit der Politik und seinen Mitgliedsorganisationen ideale Rahmenbedingungen schaffen.

2. Der Beitrag des organisierten Sports zu einer krisenfesten Gesellschaft

2.1 Physische und psychische Gesundheit

Die (Präventions-) Sportangebote des organisierten Sports verfolgen ganzheitliche Zielsetzungen und basieren auf einem modernen Verständnis von Gesundheitsförderung (New Public Health). Ihr Anliegen betrifft nicht nur die Prävention, d.h. die Verhinderung des Auftretens von Erkrankungen oder Störungen, sondern konzentriert sich darüber hinaus auf die Ausbildung und Stärkung einer aktiv wahrgenommenen, dauerhaften und individuellen Gesundheitskompetenz im Sinne physischer, psychischer und sozialer Gesundheitsressourcen.

Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) belegen, dass Sport und Bewegung einen wichtigen Beitrag zu physischer und psychosozialer Gesundheit der Menschen leisten. Die negativen Erkenntnisse der Corona-Pandemie-lockdowns bestätigen diese Ergebnisse eindrücklich.

Spiel, Sport und Bewegung sind Daseinsvorsorge einer Gesellschaft.

2.2 Vereine und Verbände als Heimat von Menschen und Stabilisatoren der Gesellschaft

Sportvereine und Sportverbände haben sich in den letzten ca. 200 Jahren als ausgesprochen anpassungsfähig und krisenstabil gezeigt. Sie konnten Kriege, Wirtschaftskrisen, Diktaturen überwinden und sich immer wieder neu erfinden/gründen. Das Bedürfnis von Menschen sich zu Sport und Geselligkeit zusammenzufinden war und ist ausgeprägt. Damit Sportvereine dies leisten können, muss ihre Grundarchitektur stabil sein. Die Erhöhung der Möglichkeiten Rücklagen bilden zu können würde helfen, schwierige Zeiten zu überwinden.

Gesunde Vereine mit zeitgemäßen Sportstätten sind Heimat für Menschen allen Alters, jeglicher Herkunft und Nationalität, jeglicher Religion, aller Geschlechter und sexueller Orientierungen oder Behinderungen. Sie sind Orte der Begegnung und bilden die Gesellschaft ab.

2.3 Ehrenamt als Qualitätsmerkmal und gleichzeitig limitierender Faktor

Das hohe Engagement der baden-württembergischen Bürger als Vorstände, Kassier, Trainer, Betreuer etc. ist Garant für die Vitalität der Sportvereine. Die Akteure vor Ort sind gut qualifiziert. Dennoch muss konstatiert werden, dass die Verwaltung auf Landesebene und Verbänden hauptberuflich agiert. In Krisen, bei denen Dynamik und Fachkenntnis bei Entscheidungen gefragt ist, können neue Gesetze und Verwaltungsvorschriften nicht immer binnen weniger Tage an der Vereinsbasis operativ umgesetzt werden. Dazu braucht es oft „Dolmetscher" und Beratung, um die Behördensprache den Vereinsverantwortlichen zu übersetzen.

Gutes Ehrenamt braucht hauptberufliche Begleitung um die immer komplexeren und fachlich anspruchsvollen Aufgaben bewältigen zu können.

2.4 Schulsport, Vereinssport und Sport im öffentlichen Raum

Neben der Mitgliedschaft in einem Sportverein und den (außerunterrichtlichen) Schulsportangeboten existieren mehr und mehr kommunale Sportangebote, so dass potenziell jeder Bürger einen kostenlosen bzw. kostengünstigen Zugang zu Sport haben kann.

Das Zusammenspiel und die Kooperation zwischen organisiertem Sport den Kindergarten, den Schulen und kommunalen Sportanbietern ist weiter zu pflegen und noch enger zu verzahnen.

2.5 Land-Kommune-Sportverein

Das Zusammenspiel von Land-Kommune-Sportverein hat sich in der Pandemie überwiegend bewährt.

Im erneuten Krisenfall wäre jedoch für den organisierten Vereinssport die schnelle Einrichtung einer regelmäßig tagenden „Krisengruppe Sport" o.ä. das zentrale Element der Steuerung.

Das für uns zuständige Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg soll federführend alle behördlichen Aspekte koordinieren und mit dem LSVBW / den Sportbünden die Sichtweisen von Vereinen und Verbänden austauschen. Eine derart kanalisierte Kommunikation böte die Chance, mit Blick auf pandemische Verordnungen nicht in ein nie endendes „Ping-Pong-Spiel" aus Erlass, Rückmeldung, Nachsteuerung, neuer Erlass… zu geraten. Auch finanzielle Aspekte und weitere Auswirkungen könnten im Zeitverlauf aktiv einem Monitoring unterzogen werden.

Als Leitlinien wären wichtig:

- **Erst besprechen, dann regeln (zumindest in Pandemie- / Krisenphasen, die subakut sind)**
- **So einfach, klar und einheitlich wie möglich („leichte Sprache")**
- **So unbürokratisch wie möglich und (Eigen-)Verantwortung primär beim Bürger, nicht bei den Ehrenamtlichen**
- **So niedrigfrequente Regeländerungen wie möglich**
- **Fokus auf Konsequenzen für Kinder und Jugendliche/junge Erwachsene**

2.6 Sportvereine als Multiplikatoren und „Sendemasten"

In Baden-Württemberg ist jeder Dritte Bürger Mitglied in einem Sportverein. In jeder der ca. 1100 Gemeinden und Städte des Landes gibt es Sportvereine. Sport ist ein Massen- und Flächenphänomen. In Krisenzeiten können sehr schnell, sehr viele Menschen kommunikativ erreicht werden. Umgekehrt können Sportverbände die breite Meinung der Bürger gegenüber Politik bündeln. Es können kommunizierende Röhren entstehen.

Wünschenswert für die Zukunft wäre, dass für den Bürgern deutlicher aufgezeigt wird, wer welche politische Entscheidung und deren Überwachung zu verantworten hat. In Zeiten von Krisen ist es umso wichtiger, dass Bürger vorher Vertrauen in den Staat setzen und aufbauen konnten. Denn die Pandemie hat gezeigt, dass aktive und zupackende Bürger sich nicht im Zuständigkeitsdschungel Bund-Land-Kommune verlieren wollen. Uns ist bewusst, dass dieser Spannungsbogen im Hinblick auf die intersektoralen Schnittstellen der Zivilgesellschaft groß ist.

Dauerhaft sportlich und gesund – unser aller Ziel! Sporttreiben verstehen wir als wesentlichen Teil der Lösung von herausfordernden Zeiten.

Mai 2023

Landessportverband Baden-Württemberg e. V. / Fritz-Walter-Weg 19 / 70372 Stuttgart
www.lsvbw.de
Tel. 0711 / 20 70 49 850

Landesverband Kindertagespflege BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

12.05.23

Handlungsempfehlungen

1) Der Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V. sieht aufgrund seiner Fachkenntnis im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung, speziell im Bereich Kindertagespflege mehrmonatige, pauschale Schließungen von Krippen, Kitas, Schulen und Kindertagepflege kritisch.

Folgende Gründe sind hierfür ausschlaggebend:

- Die frühkindliche Bildung entscheidet unter anderem, wie erfolgreich Bildungsbiografien verlaufen. Bereits in den frühen Kindheitsjahren ist es wichtig, sozial-emotionale Kompetenzen, motorische Fähigkeiten etc. zu fördern. Vor allem für Kinder und Kleinkinder aus Familien in besonderen Lebenslagen, die aufgrund von verschiedenen Faktoren einen erschwerten Zugang zu Bildung und infolgedessen mit schwierigeren Startbedingungen zu kämpfen haben, ist der Besuch einer Kindertagespflegestelle bzw. einer Kita wichtig, um Chancengleichheit herzustellen und das Interesse und die Entwicklung des Kindes bestmöglich zu gewährleisten.
- Es zeigt sich, dass Lernrückstände bzw. Entwicklungsverzögerungen, die in der frühen Kindheit entstehen, in der Schule nur erschwert und mit zusätzlichen Ressourcen aufzufangen sind. Dies ist vor allem in einem Bildungssystem, dass bezüglich der Verfügbarkeit von Lehrkräften an Kapazitätsgrenzen stößt, schwer zu leisten. Förderprogramme können helfen, werden aber nicht umfassend allen Schüler*innen die Hilfestellungen geben können, die notwendig sind.

2) Zudem stellt sich die Frage in der zunehmend unsicher werdenden Gegenwart und Zukunft, im Angesicht vielfältigerer Krisen (Corona, Kriege, Inflation, Klima etc.), welche Kompetenzen Kinder erwerben sollten, und wie dies gelingen kann. Ein Schlüssel, der in der Frühkindlichen Bildung lange bekannt sich, ist der Erwerb von Resilienz, d.h. physische und psychische Stabilität gegenüber äußeren Widerständen und Herausforderungen. Als wichtiger Schutzfaktor zum Erwerb von Resilienz werden stabile Bindungsbeziehungen identifiziert. In erster Linie sind die zu den Erziehungsberechtigten gemeint, auch aber die zu den Handelnden in Institutionen bzw. der Kindertagespflege. Letztere erweist sich für den Aufbau stabiler Bindungsbeziehungen als besonders geeignet, da die Kindertagespflege durch die vorhandene Struktur, die kontinuierliche Betreuung durch eine Person in kleinen Gruppen, geprägt ist. Die frühe Bildung, bzw. die Bildungsbiografie in Institutionen ist für uns demnach der Schlüssel, Kinder und junge Menschen zu begleiten, die einer unsicheren, unkalkulierbaren Welt mit Neugier begegnen und Krisen auch als Chancen zu begreifen verstehen.

Folgende Überlegungen bzw. Maßnahmen halten wir für sinnvoll:

- einen erweiterten Fokus in der Ausbildung päd. Fachkräfte, Lehrer und Kindertagespflegepersonen auf das Thema Resilienz legen, bzw. auf die Frage, was Kinder stark macht

- Besonders bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ist dieses Thema mit in den Fokus zu nehmen, bzw. sollte in Überlegungen zu Ausbildungscurricula und Gestaltung des Ganztages Berücksichtigung finden.

Landesverband Kindertagespflege BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.

12.05.23

Handlungsempfehlungen

1) Der Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V. sieht aufgrund seiner Fachkenntnis im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung, speziell im Bereich Kindertagespflege mehrmonatige, pauschale Schließungen von Krippen, Kitas, Schulen und Kindertagepflege kritisch.

Folgende Gründe sind hierfür ausschlaggebend:

- Die frühkindliche Bildung entscheidet unter anderem, wie erfolgreich Bildungsbiografien verlaufen. Bereits in den frühen Kindheitsjahren ist es wichtig, sozial-emotionale Kompetenzen, motorische Fähigkeiten etc. zu fördern. Vor allem für Kinder und Kleinkinder aus Familien in besonderen Lebenslagen, die aufgrund von verschiedenen Faktoren einen erschwerten Zugang zu Bildung und infolgedessen mit schwierigeren Startbedingungen zu kämpfen haben, ist der Besuch einer Kindertagespflegestelle bzw. einer Kita wichtig, um Chancengleichheit herzustellen und das Interesse und die Entwicklung des Kindes bestmöglich zu gewährleisten.
- Es zeigt sich, dass Lernrückstände bzw. Entwicklungsverzögerungen, die in der frühen Kindheit entstehen, in der Schule nur erschwert und mit zusätzlichen Ressourcen aufzufangen sind. Dies ist vor allem in einem Bildungssystem, dass bezüglich der Verfügbarkeit von Lehrkräften an Kapazitätsgrenzen stößt, schwer zu leisten. Förderprogramme können helfen, werden aber nicht umfassend allen Schüler*innen die Hilfestellungen geben können, die notwendig sind.

2) Zudem stellt sich die Frage in der zunehmend unsicher werdenden Gegenwart und Zukunft, im Angesicht vielfältigerer Krisen (Corona, Kriege, Inflation, Klima etc.), welche Kompetenzen Kinder erwerben sollten, und wie dies gelingen kann. Ein Schlüssel, der in der Frühkindlichen Bildung lange bekannt sich, ist der Erwerb von Resilienz, d.h. physische und psychische Stabilität gegenüber äußeren Widerständen und Herausforderungen. Als wichtiger Schutzfaktor zum Erwerb von Resilienz werden stabile Bindungsbeziehungen identifiziert. In erster Linie sind die zu den Erziehungsberechtigten gemeint, auch aber die zu den Handelnden in Institutionen bzw. der Kindertagespflege. Letztere erweist sich für den Aufbau stabiler Bindungsbeziehungen als besonders geeignet, da die Kindertagespflege durch die vorhandene Struktur, die kontinuierliche Betreuung durch eine Person in kleinen Gruppen, geprägt ist. Die frühe Bildung, bzw. die Bildungsbiografie in Institutionen ist für uns demnach der Schlüssel, Kinder und junge Menschen zu begleiten, die einer unsicheren, unkalkulierbaren Welt mit Neugier begegnen und Krisen auch als Chancen zu begreifen verstehen.

Folgende Überlegungen bzw. Maßnahmen halten wir für sinnvoll:

- einen erweiterten Fokus in der Ausbildung päd. Fachkräfte, Lehrer und Kindertagespflegepersonen auf das Thema Resilienz legen, bzw. auf die Frage, was Kinder stark macht

- Besonders bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ist dieses Thema mit in den Fokus zu nehmen, bzw. sollte in Überlegungen zu Ausbildungscurricula und Gestaltung des Ganztages Berücksichtigung finden.

Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR)
Wallstraße 7, 55122 Mainz

Landtag von Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Enquetekommission
z.Hd. Frau Sandy Dobosch
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

Arbeitsgruppe Lieb

Kontakt: *Prof. Dr. Klaus Lieb*
Tel: *+ 49 6131* 89448-77
E-Mail: klaus.lieb@lir-mainz.de
sarah.schaefer@lir-mainz.de

Mainz, 15.05.2023

Stellungnahme auf Einladung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ –
Drittes Handlungsfeld: Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Sehr geehrte Frau Dobosch,
sehr geehrte Damen und Herren der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 22. Februar 2023, in der Sie das Leibniz-Institut für Resilienzforschung zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu den im dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ aufgeworfene Fragen auffordern.

Wir bedanken uns herzlich für Berücksichtigung unserer Expertise, die Sie in der Anlage finden. Die Expertise folgt in ihrer Gliederung Ihren Fragen, die Sie an uns gestellt hatten. Sehr gerne stehen wir für Rückfragen und einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Univ.-Prof. Dr. Klaus Lieb

Wissenschaftlicher Geschäftsführer

Vorwort

Gerade in Zeiten von Krisen benötigen Bürger:innen ausreichend psychische Ressourcen, um mit wachsenden Herausforderungen und Belastungen umgehen zu können. Dies haben aktuelle Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Krieg Russlands in der Ukraine und die Klimakrise deutlich vor Augen geführt. Daher stellt sich mehr denn je die Frage, was Entscheidungsträger:innen tun können, um Bürger:innen dabei zu unterstützen, mit aktuellen Herausaufforderungen umzugehen und dabei psychisch gesund – und damit resilient – zu bleiben.

Die vorliegende Stellungnahme fasst a) zentrale Erkenntnisse der Resilienzforschung im Kontext der COVID-19-Pandemie zusammen und informiert b) darüber, welche Fähigkeiten und Ressourcen Bürger:innen während aktueller Krisen genutzt und benötigt haben, um die Herausforderungen zu bewältigen, c) wie resilienzfördernde Interventionen genutzt werden können, um die Fähigkeiten und Ressourcen der Bürger:innen im Umgang mit Stressoren zu stärken, und d) wie den Herausforderungen von multiplen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen am besten begegnet werden kann.

Grundlage unserer Zusammenstellung ist die Forschung zu psychologischer Resilienz während der COVID-19-Pandemie. Gegenstand der von uns zusammengefassten Forschung ist vor allem die individuelle psychologische Resilienz, sodass Schlussfolgerungen auf gesellschaftlicher Ebene eher mittelbar – als Summe der in Gesellschaften lebenden Individuen – gezogen werden können. Eine Betrachtung originär gesellschaftlicher Resilienzprozesse bzw. Interventionen zur Resilienzförderung auf gesellschaftlicher Ebene sowie das Zusammenspiel zwischen Resilienz und Kommunikation sind nicht Gegenstand unserer Forschung und somit auch nicht Teil dieser Expertise.

1. Wie definieren Sie Resilienz in der Gesellschaft und welchen Nutzen hat Resilienz in Krisen und zur Krisenbewältigung?

Resilienz beschreibt die Aufrechterhaltung oder rasche Wiederherstellung psychischer Gesundheit während oder nach Stressorexposition. Nach gegenwärtiger Definition ist Resilienz als ein dynamischer, lebenslanger Anpassungsprozess zwischen Individuum und Kontext zu verstehen, der über verschiedene Lebensbereiche und -phasen hinweg variiert. Die Förderung psychologischer Resilienz kann als präventives Handeln verstanden werden, das die potenziell negativen Effekte zukünftiger Stressoren für die psychische Gesundheit der Bevölkerung reduzieren kann.

Gesellschaftliche Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Krieg Russlands in der Ukraine und die Verschärfung der Klimakrise konfrontieren Menschen weltweit mit zahlreichen Herausforderungen und haben das Interesse am Resilienzkonzept verstärkt.

Psychologische Resilienz beschreibt die Aufrechterhaltung oder rasche Wiederherstellung der psychischen Gesundheit trotz starker Belastung oder widriger Lebensumstände[1]. Gegenwärtigen Ansätzen der Resilienzforschung zufolge wird Resilienz als ein Verlauf psychischer Gesundheit während oder nach Stressorexposition (z.B. Stresserlebnisse auf individueller Ebene, kritische Lebensereignisse oder gesellschaftlichen Krisen) verstanden. Der prozessbasierten Konzeptualisierung zufolge ist Resilienz keine stabile und unveränderliche Persönlichkeitseigenschaft, sondern als Ergebnis eines Anpassungsprozesses an Stressoren zeitlich dynamisch und veränderbar. Demnach kann es im Verlauf einer Biografie je nach situativen Gegebenheiten sowohl resiliente als auch nicht-resiliente Reaktionen während oder nach Stressorexposition geben[2,3].

Verläufe mit einer konstant niedrigen psychischen Belastung, bei denen die psychische Gesundheit aufrechterhalten oder schnell wiederhergestellt wird, werden als **resilient** bezeichnet (siehe Abbildung 1). Ergebnisse verschiedener Analysen zeigen, dass resiliente Verläufe nach Stressorexposition am häufigsten auftreten. Dies gilt sowohl für verschiedene Stressereignisse auf individueller Ebene (z.B. Unfälle, Verlusterlebnisse)[4] als auch für

Stressoren, die eher auf gesellschaftlicher Ebene liegen wie etwa die COVID-19-Pandemie[5] oder Kriege[4,6]. Seltener treten Verläufe auf, bei denen Personen sich von einer anfangs hohen Belastung über längere Zeiträume hinweg erholen sowie Verläufe mit verzögerten und chronifizierten Belastungsreaktionen[4,5].

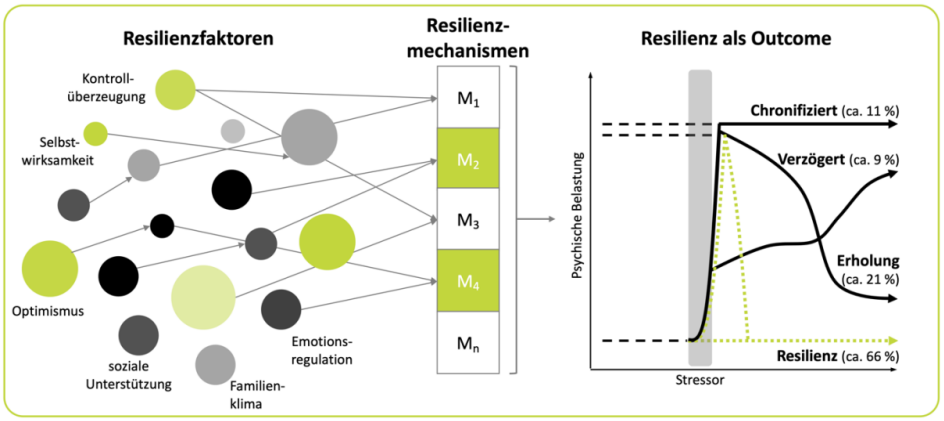


Abbildung 1. Exemplarische Darstellung des zugrundeliegenden Resilienzmodells. Zentrale Annahme ist, dass Resilienzfaktoren vermittelt über Resilienzmechanismen auf Resilienz als Outcome wirken. Beispielsweise wird angenommen, dass Personen, die viel soziale Unterstützung (Resilienzfaktor) wahrnehmen, eher dazu neigen, Ereignisse positiv neu zu bewerten (Resilienzmechanismus). Die Fähigkeit zur positiven (Neu-)Bewertung ist wiederum mit einer höheren Wahrscheinlichkeit assoziiert, in Gegenwart eines Stressors einen resilienten Verlauf zu zeigen (Resilienz als Outcome).
Quelle: Eigene Darstellung, in Anlehnung an Kalisch et al. 2015 und Galatzer-Levy et al. 2018

Dabei beeinflussen verschiedene Faktoren die Wahrscheinlichkeit günstigerer Verläufe psychischer Gesundheit (d.h. Resilienz und Erholung) bzw. ungünstigerer Verläufe (d.h. verzögerte und chronifizierte Belastung). Die gegenwärtige Resilienzforschung geht davon aus, dass sogenannte **Resilienzfaktoren** schützend gegenüber potenziell negativen Effekten von Stressoren wirken, indem sie die individuelle Reaktion auf Stressoren in positiver Weise beeinflussen und somit resiliente Verläufe wahrscheinlicher machen[5]. Vielversprechende Evidenz liegt beispielsweise für die psychosozialen Resilienzfaktoren Selbstwirksamkeit,

soziale Unterstützung, dispositioneller Optimismus, Kohärenzgefühl, aktives Coping und Emotionsregulationsfähigkeiten vor[7–9]:

- **Selbstwirksamkeit** beschreibt die subjektive Wahrnehmung und Überzeugung einer Person, Anforderungssituationen aus eigener Kraft bewältigen zu können[10].
- Zur **sozialen Unterstützung** zählen sowohl die Größe des sozialen Netzwerks als auch die emotionale, praktische und informationelle Unterstützung durch soziale Kontakte. Wichtig ist insbesondere die subjektiv wahrgenommene soziale Unterstützung, während Befunde für die tatsächlich erhaltene Unterstützung heterogen sind[11].
- **Dispositioneller Optimismus** beschreibt das Ausmaß positive Überzeugungen über die Zukunft. Ein optimistischer Attributionsstil beschreibt die Tendenz, Ursachen für Ereignisse positiv zu attribuieren, d.h. Erfolge werden eher als internal, stabil und global interpretiert[12,13].
- **Kohärenzgefühl** beschreibt die überdauernde Überzeugung, dass Dinge im Leben verstehbar, bewältigbar und sinnhaft sind[14].
- Unter **aktivem Coping** versteht man die aktive Bewältigung von herausfordernden Situationen, indem eigene Ressourcen mobilisiert werden, um besser mit einem Stressor umzugehen[15].

Einige Resilienzfaktoren zeigen konzeptuelle Überlappungen - beispielsweise kann angenommen werden, dass eine Person mit optimistischem Denkstil auch eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung aufweisen müsste. Gleichzeitig ist es so, dass einzelne Faktoren (z.B. Optimismus) oft nur einen vergleichsweise geringen Erklärungswert für die psychische Gesundheit in Gegenwart von Belastung haben. Gegenstand der aktuellen Resilienzforschung ist daher die Suche nach übergeordneten Mechanismen, die eine Vielzahl von Resilienzfaktoren bündeln und so wiederum den Zusammenhang zwischen Resilienzfaktoren und Resilienz als Outcome vermitteln (siehe Abbildung 1)[3,16]. Zu den am meisten beforschten Resilienzmechanismen gehören der **positive Bewertungsstil** (eng. ‚positive appraisal style')[3] und **Ansätze zur regulatorischen Flexibilität** (engl. ‚regulatory flexibility')[17]. Der positive Bewertungsstil beschreibt die generelle Tendenz, Situationen positiv (neu) zu bewerten. Unter regulatorischer Flexibilität versteht man die Fähigkeit, Bewältigungsstrategien und -

ressourcen in verschiedenen Situationen flexibel zu nutzen/einzusetzen und mithilfe von Feedbackschleifen Copingverhalten kontinuierlich modulieren und adaptieren zu können. Zu beiden Ansätzen liegen bereits erste empirische Befunde vor, die vielversprechend sind [18,19], wichtige longitudinale Studien stehen allerdings bislang aus.

Resilienz ist - nach gegenwärtiger Definition - als ein dynamischer, lebenslanger Anpassungsprozess zwischen Individuum und Kontext zu betrachten, der über verschiedene Lebensbereiche und -phasen hinweg variiert. Aufgrund der Modifizierbarkeit von psychologischer Resilienz birgt die Erforschung von Resilienz und ihrer zugrundeliegenden Mechanismen großes Potential zur Gesundheitsförderung und Prävention in der Bevölkerung. Die mittelbare Förderung psychologischer Resilienz durch die Stärkung von Resilienzfaktoren kann also als präventives Handeln verstanden werden, das die potenziell negativen Effekte zukünftiger Stressoren für die psychische Gesundheit der Bevölkerung reduzieren kann.

2. Welche Fähigkeiten und Ressourcen haben Bürger:innen genutzt und benötigt, um die Herausforderungen aktueller und vergangener Krisen (Corona-Pandemie, Klimakrise, Fluchtbewegungen und Krieg) zu bewältigen?

Befunde zu Risiko- und Schutzfaktoren zeigen, dass sowohl sozioökonomische als auch psychosoziale Ressourcen eine zentrale Rolle für die psychische Belastung spielen. Dabei können weder einzelne psychosoziale Resilienzfaktoren noch ihre Summe, das komplexe Phänomen der Resilienz – also die Aufrechterhaltung oder schnelle Wiederherstellung von Gesundheit – während der COVID-19-Pandemie erklären. Aktuelle Befunde im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie legen nahe, dass insbesondere regulatorische Flexibilität und eine Tendenz zur positiven (Neu-)Bewertung eine zentrale Rolle als übergeordnete Resilienzmechanismen spielen könnten.

Die fortlaufende Kenntnis der gegenwärtigen Lage und der Entwicklung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung (Mental Health Surveillance) trägt zur Vorbereitung auf mögliche gesundheitliche Krisensituationen bei.

Mit Blick auf die psychischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland erbrachte eine narrative Übersichtsarbeit des Robert Koch-Instituts heterogene Ergebnisse, wobei die Mehrzahl der Studien auf einen großen Anteil resilienter Verläufe hindeutete[20]. Betrachtet man jedoch die mittlere Ausprägung psychischer Belastung, so zeigen Studien überwiegend eine kleine, jedoch bedeutsame Zunahme an psychischer Belastung. In repräsentativen Erhebungen für die deutsche Allgemeinbevölkerung mit drei Messzeitpunkten während der Pandemie zeigten sich kurzfristig angestiegene Angst- und depressive Symptome sowie Einsamkeitsgefühle unmittelbar nach Inkrafttreten der ersten Lockdown-Verordnungen. Im Zeitverlauf blieben diese jedoch stabil oder gingen leicht zurück, was ebenfalls auf psychische Anpassungsprozesse hinweist[21]. Für Kinder und Jugendliche (im Alter von 7-17 Jahren) in Deutschland zeigten repräsentative Erhebungen der COPSY-Längsschnittstudie eine gesunkene gesundheitsbezogene Lebensqualität, ein Anstieg

an psychosomatischen Symptomen (z. B. Bauchschmerzen, Kopfschmerzen, Schlafprobleme) und allgemeiner psychischer Belastung im Vergleich zu präpandemischen Daten sowie im pandemischen Zeitverlauf[22].

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass nicht alle Bürger:innen gleichermaßen von der COVID-19-Pandemie als solche und der Maßnahmen zu ihrer Bewältigung betroffen waren. Zu den häufig identifizierten Risikofaktoren, die mit höherer Belastung assoziiert waren, zählen unter anderem ein jüngeres Lebensalter[23,24], weibliches Geschlecht[23–26], geringere sozioökonomische Ressourcen[24,25], vorbestehende (körperliche, und auch teilweise psychische) Erkrankungen[25,27,28] sowie Sorgen bezogen auf die eigene Person oder das persönliche Umfeld[26]. Umgekehrt konnten Schutzfaktoren identifiziert werden, die mit einem besseren Umgang mit der Krise assoziiert waren. Hierzu zählen beispielsweise ein höheres Lebensalter[26], ein höherer Bildungsgrad[26], eine gute ökonomische Situation[26], die Zufriedenheit mit pandemie-bezogenen Informationen und die Aufrechterhaltung einer Tagesstruktur während der Pandemie[19,29]. Auch psychosoziale Resilienzfaktoren und -mechanismen wie beispielsweise Selbstwirksamkeitserwartung[5,25], (wahrgenommene) soziale Unterstützung[5,19,23], Emotionsregulationsstrategien (u.a. eine positive Neubewertung belastender Situationen)[5,19,29,30], kognitive Flexibilität in der Auswahl von Bewältigungsstrategien[5,19], Kohärenzgefühl[5] und Optimismus[5,19] gelten als protektiv und waren im Querschnitt mit besserer psychischen Gesundheit verbunden oder mit günstigeren Verläufen (d.h. Resilienz und Erholung; siehe Abbildung 1), das heißt, mit Verläufen mit einer geringeren psychischen Belastung über einen längeren Zeiträumen assoziiert.

In Übereinstimmung mit früheren Forschungsergebnissen[1,16] konnte die pandemiebezogene Forschung zeigen, dass weder einzelne psychosoziale Resilienzfaktoren, noch ihre Summe das komplexe Phänomen der Resilienz – also die Aufrechterhaltung oder schnelle Wiederherstellung von Gesundheit – während der Pandemie erklären können[5]. Insgesamt zeigen sich überwiegend heterogene Ergebnisse für psychosoziale Resilienzfaktoren während der Pandemie. Dabei gibt es keine eindeutige Evidenz zugunsten eines bestimmten Resilienzfaktors, wobei Befunde zu regulatorischer Flexibilität und positiver Neubewertung am vielversprechendsten waren[5]. Einschränkend ist zu bemerken, dass für viele Faktoren vor allem Evidenz aus querschnittlichen Betrachtungen vorliegt, wobei längsschnittliche Studien

oftmals fehlen oder nur frühe Phasen der Pandemie betrafen. Derartige längsschnittliche Studien sind jedoch essenziell, um die empirische Relevanz einzelner Resilienzfaktoren abschließend bewerten zu können. Zu ihrer Umsetzung fehlten oftmals ad-hoc finanzielle Ressourcen.

Nicht nur die COVID-19-Pandemie, sondern auch die Klimakrise und die damit verbundenen Konsequenzen (z.B. Extremwetterbedingungen wie Hitzewellen, Starkniederschläge und Überflutungen) stellen Bürger:innen vor große Herausforderungen. Der Klimawandel gehört zu den größten globalen Gesundheitsbedrohung der Gegenwart und während sich die meisten Forschungsarbeiten auf die physischen Gesundheitsfolgen der Klimawandels konzentriert haben[31], bleiben die psychischen Auswirkungen bisher nicht ausreichend erforscht[32]. Mit Bezug auf die Klimakrise und die damit verbunden Konsequenzen unterstreichen erste internationale Übersichtsarbeiten die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die psychische Gesundheit (v.a. Anstieg an Suiziden und psychischen Gesundheitsproblem)[33,34]. Aber auch die sogenannte „Klimaangst“ (engl. Eco Anxiety) gehört zu den neuen psychischen Belastungen angesichts der Herausforderungen der Klimakrise[32]. Mit Blick auf psychosoziale Schutzfaktoren legen einige Studien nahe, dass sich Emotionsregulationsstrategien, problemorientiertes und aktives Coping, Optimismus, Hoffnung, soziale Unterstützung sowie familiäre Faktoren (wie ein stabiles familiäre Umfeld) protektiv auf das Wohlbefinden auswirken[32,35,36]. Risiko- und Schutzfaktoren sind jedoch im Hinblick auf die Klimakrise weniger intensiv beforscht als etwa während der COVID-19-Pandemie. Auch hier fehlen Studien, die Risiko- und Schutzfaktoren in umfangreichen und repräsentativen Längsschnittstudien betrachten.

Die Forschung zu den psychischen Auswirkungen aktueller und vergangener Krisen zeigt, dass Schutzfaktoren weiter erforscht werden müssen, um die Resilienz der Bürger:innen gegenüber zukünftigen Krisensituationen zu fördern. Insbesondere soziale, arbeitsbezogene und umweltbezogene Schutzfaktoren wurden bislang vernachlässigt. Von zentraler Bedeutung ist daher die systematische und kontinuierliche Beobachtung der psychischen Gesundheit (engl. Mental Health Surveillance) in der Bevölkerung, um die Prävalenz psychischer Belastungssymptome und manifester Erkrankungsfälle in der Bevölkerung zu monitorieren

sowie Risiko- und Schutzfaktoren präzise zu erfassen und frühzeitig zu erkennen[37,38]. Zusätzlich könnten Innovationen im Bereich der Modellierung dazu beitragen, Veränderungen psychischer Gesundheit nicht nur retrospektiv zu erfassen und zu beschreiben, sondern zukünftige Entwicklungen im Bereich psychischer Gesundheit zu prognostizieren[5,39], um so Ressourcen für Prävention und Behandlung effektiv planen zu können. Die fortlaufende Kenntnis der gegenwärtigen Lage und Entwicklungsdynamik psychischer Gesundheit bietet Entscheidungsträger:innen das Potenzial, künftige Public Health-Krisen im Blick auf die Verbesserung der gesundheitlichen Lage effektiver zu bewältigen. Durch passgenauere Maßnahmen können vorhandene Mittel effizienter eingesetzt werden.

3. Wie können diese Fähigkeiten und Ressourcen gestärkt werden?

Resilienzfördernde Interventionen erzielen kleine bis mittlere positive Effekte auf die psychische Gesundheit, d.h. sie reduzieren psychische Belastung und steigern psychisches Wohlbefinden. Konzeptionelle und methodische Unterschiede der resilienzfördernden Interventionen erschweren eindeutige Aussagen bezüglich ihrer Wirksamkeit und lassen bis dato keine verlässlichen Prognosen hinsichtlich der Wirksamkeit einzelner Resilienz-interventionen zu. Zukünftige Interventionsstudien zur Förderung von Resilienz sollten Resilienz als Outcome oder als dynamischen Prozess definieren und die individuelle Stressorexposition berücksichtigen. Auch die Entwicklung digitaler Resilienzinterventionen sowie deren umfassende Wirksamkeitsprüfung könnten zur Vorbereitung auf künftige Krisen und Herausforderungen beitragen.

Psychologische Interventionen zur Förderung von Resilienz können einen Ansatzpunkt darstellen, die individuellen psychologischen Ressourcen und Fähigkeiten im Umgang mit Stressoren zu stärken. Aktivitäten zur Stärkung von Resilienz wurden bereits im Jahre 2012 als vorrangiges Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im gesundheitspolitischen Rahmenkonzept für das 21. Jahrhundert formuliert[40] und wurden kürzlich erneut als Antwort auf die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie für die psychische Gesundheit priorisiert[41]. Im Angesicht der aktuellen Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit, die sich aus den Veränderungen und zusätzlichen Belastungen aktueller Krisen ergeben, wird der bestehende Handlungsbedarf zu Stärkung der psychologischen Resilienz noch sichtbarer.

Die Trainierbarkeit und Modifizierbarkeit von Resilienz birgt großes Potential für die Entwicklung zahlreicher Interventionsprogramme zur Förderung der individuellen Resilienz. Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Interventionen verdeutlicht jedoch die große Heterogenität bezüglich der Konzeptualisierung, Definition, Operationalisierung sowie der Messung von Resilienz. Dies beeinflusst auch die Gestaltung und Evaluation der Interventionen zur Förderung von Resilienz[42]. Meistens zielen resilienzfördernde Interventionen auf die Förderung bestimmter Resilienzfaktoren und/oder auf den Umgang mit

bestimmten Stressoren ab, während Resilienzmechanismen in Interventionsstudien bisher seltener adressiert wurden[7,8]. Während Resilienz als Outcome in Interventionen stets mittelbar adressiert wird, liegt aktuell jedoch kein übereinstimmend anerkannter Goldstandard zur Messung von Resilienz vor, sodass die Erfassung von Resilienz je nach verwendetem Fragebogen zwischen Interventionsstudien sehr heterogen ist[42]. Konzeptualisierungen reichen von Resilienz als stabile Persönlichkeitseigenschaft bis hin zu neusten Konzeptideen von Resilienz als Outcome (siehe Kasten „Stressorreaktivität“).

HINTERGRUNDWISSEN

Stressorreaktivität

Die Stressorreaktivität (SR) beschreibt eine aktuelle Operationalisierung von Resilienz als Outcome. Hierzu wird die aktuelle psychische Belastung relativiert an der individuellen Stressorexposition (d.h. Art und Ausmaß der Stressoren). Dabei wird eine normative Assoziation zwischen (objektiver und/oder subjektiver) Stressorintensität und psychischer Belastung bzw. Gesundheit je Population ermittelt. Die individuelle Abweichung von der normativen Assoziation zwischen Stressorexposition und psychischer Belastung bzw. Gesundheit wird als Stressorreaktivität bezeichnet und kann mithilfe des sogenannten Stressorreaktivitätwert (SR-Score) ausgedrückt werden[3]. Basierend auf diesem Ansatz kann bestimmt werden, ob eine Person psychisch gesünder (d.h. resilient) oder weniger gesund (bzw. wenig resilient) ist, als auf Basis der individuellen Stressorexposition zu erwarten wäre. Damit trägt der SR-Ansatz der Tatsache Rechnung, dass auch in Gegenwart vermeintlich homogener Stressoren (z.B. COVID-19-Pandemie) erhebliche Unterschiede hinsichtlich der individuellen Stressorexposition bestehen. Nur wenn diese berücksichtigt werden, können Rückschlüsse auf resiliente Outcomes gezogen werden. Wird dieser Aspekt vernachlässigt, kann ein höheres Maß an mentaler Gesundheit ebenso eine geringere Stressorexposition widerspiegeln.

Hinsichtlich der theoretischen Fundierung basieren viele psychologische Resilienzinterventionen auf etablierten psychotherapeutischen Verfahren, wie beispielsweise

Ansätzen der kognitiven Verhaltenstherapie, Techniken der Akzeptanz und Commitment-Therapie und achtsamkeitsbasierten Verfahren, um Resilienzfaktoren zu stärken[44].

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Bürger:innen von resilienzfördernden Interventionen profitiert - insbesondere in Krisenzeiten. Dies zeigen auch die Ergebnisse metaanalytischer Untersuchungen zu psychologischen Resilienzinterventionen in verschiedenen Zielgruppen, welche auf kleine bis moderate Effekte im Hinblick auf eine Stärkung der Resilienz sowie die Verbesserung der psychischen Gesundheit hinweisen[7,8,44–46]. Die konzeptionellen, methodischen und designspezifischen Unterschiede der Interventionen erschweren allerdings eindeutige Aussagen bezüglich der Wirksamkeit von resilienzfördernden Interventionen, weshalb die Evidenzlage der bis dato publizierten Evaluationsstudien als wenig vertrauenswürdig eingestuft wurde. Dies bedeutet, dass die vorhandenen substanziellen Unterschiede zwischen verschiedenen Interventionen verlässliche Prognosen hinsichtlich der Wirksamkeit einzelner Resilienzinterventionen nicht zulassen.

HINTERGRUNDWISSEN

Randomisierte-kontrollierte Studien

Die Wirksamkeit von Resilienzinterventionen wird idealerweise in randomisierte-kontrollierte Studien (randomised controlled trials, RCTs) evaluiert[47]. In solchen Studien werden Teilnehmer:innen per Zufall einer Interventions- oder Kontrollgruppe zugeteilt. Während die Interventionsgruppe an der resilienzfördernden Intervention teilnimmt, nimmt die Kontrollgruppe an einer anderen Kontrollintervention teil, die jedoch Resilienz nicht fördern soll (aktive Kontrolle), oder erhält keine Intervention (passive Kontrolle). Nach Durchführung der Intervention werden die Teilnehmer:innen beider Gruppen hinsichtlich der interessierenden Endpunkten (z.B. Resilienz) verglichen.

Viele Interventionen zur Förderung von Resilienz wurden bislang in Form von Einzel- oder Gruppentrainings in einem „Face-to-face“ Format durchgeführt[7,8,44–46]. Passend zu einem zunehmenden digitalen Lebensstil wurden in den letzten Jahren auch vermehrt digitale Resilienzinterventionen entwickelt (d.h. app- und webbasierte Angebote). Zu den Vorteilen

digitaler Resilienzinterventionen gehören unter anderem ihre hohe Skalierbarkeit, d.h. das Potential, Angebote möglichst vielen Bürger:innen zur Verfügung stellen zu können, aber auch die Möglichkeit, ein Training zeitlich und örtlich flexibel nutzen zu können. Digitale Angebote können zudem auf die Bedürfnisse und zeitliche Beschränkungen der Teilnehmer:innen zugeschnitten werden, und erfordern weniger Personal und (langfristig) geringere finanzielle Ressourcen[48]. Darüber hinaus können digitale Resilienzinterventionen auch dann verfügbar sein, wenn Stressfaktoren wie die COVID-19-Pandemie persönliche Treffen im Gruppensetting verhindern[49]. Die Entwicklung wirksamer digitaler Resilienzinterventionen könnte somit auch zur Vorbereitung für künftige Krisen und Herausforderungen beitragen. Eine aktuelle systematische Übersichtsarbeit aus unserem Haus[1] legt hier auf Basis von 101 Studien nahe, dass auch digitale Resilienzinterventionen einen kleinen positiven Effekt auf psychische Belastung, positive psychische Gesundheitsindikatoren und Resilienzfaktoren haben. Die Stärke des Effekts war hierbei vergleichbar mit Effektstärken analoger Interventionen. Auch hier bleibt die Vertrauenswürdigkeit der Evidenz jedoch sehr gering.

Bei der Planung zukünftiger Interventionsstudien zur Förderung der Resilienz sollten die Erkenntnisse über die Limitationen der derzeitig vorliegenden Interventionsstudien berücksichtigt werden, um die Vergleichbarkeit zukünftiger Studien zu erhöhen und die Vertrauenswürdigkeit der Evidenz zu verbessern[42]. Besser geeignetere Studiendesigns zur Evaluation der Wirksamkeit würden Resilienz als Ergebnis eines Prozesses oder als dynamischen Prozess definieren und die individuelle Stressorexposition berücksichtigen (siehe Kasten „Stressorreaktivität“). Im Hinblick auf die Resilienzinterventionsforschung wird deutlich, dass derartige Studiendesigns zusätzliche logistische und finanzielle Ressourcen erfordern.

[1] PROSPERO-Präregistrierung: CRD42021286780

4. Wie kann den Herausforderungen von multiplen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen am besten begegnet werden, in Hinblick auf den Einbezug aller Bevölkerungsgruppen, der Kommunikation und der Resilienzförderung einer Gesellschaft?

Die Vorbereitung auf künftige Krisen im Hinblick auf Resilienzinterventionen erfordert koordinierte internationale Forschungsanstrengungen. Resilienzfördernde (vor allem digitale) Interventionen sollten in einer Reihe von qualitativ hochwertigen randomisiert-kontrollierten Studien hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit, Akzeptanz und Wirksamkeit untersucht werden. Um die Resilienz der Bürger:innen dauerhaft zu stärken, müssten Resilienzinterventionen bereits vor Eintritt einer akuten Krise, d.h. in sogenannter „Normalzeit", wichtiger Teil primärer Prävention und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) werden. Dabei sollte individuelle Resilienzförderung stets einhergehen mit einer systemischen Perspektive, die ebenso wirksame Interventionen auf gesellschaftlicher und organisationaler Ebene einschließt.

Bezüglich der Kommunikation in Krisen sind Informationen über geeignete Hilfsangebote sowie evidenzbasiertes Wissen über Resilienz und deren wirksame Förderung niederschwellig zugänglich zu machen (z.B. in Form von Informationen in leichter Sprache). Darüber hinaus ist bzgl. der medialen Berichterstattung über Krisen und deren Auswirkungen darauf hinzuwirken, dass Informationen zu Krisen auf zuverlässigen Quellen basieren und in sachlicher Form vermittelt werden. Auf der Seite der Konsument:innen ist die Förderung eines Grundverständnisses von Wissen über Statistiken und die Aussagekraft von Daten von hoher Bedeutung.

Immer wieder stellen ökologische, politische, wirtschaftliche und soziale Krisen die Bevölkerung vor ernsthafte Herausforderungen und psychische Belastungen nehmen durch Krisen zu. Auch wenn sich unterschiedliche Krisen (z.B. COVID-19-Pandemie, der Krieg Russlands in der Ukraine und Verschärfung der Klimakrise) qualitativ erheblich unterscheiden, legen Studien die Annahme nahe, dass eine Vielzahl von psychosozialen Resilienzfaktoren und

-mechanismen eine dauerhaft gute psychische Gesundheit trotz vorhandener Belastungen wahrscheinlicher machen können[4,5]. Bislang fehlen jedoch qualitativ hochwertige Studien im Kontext verschiedener Belastungen, um die Relevanz einzelner Faktoren abschließend bewerten zu können. Aktuelle Befunde im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie legen nahe, dass insbesondere regulatorische Flexibilität und eine Tendenz zur positiven Bewertung eine zentrale Rolle als übergeordnete Resilienzmechanismen spielen könnten.

Um Krisen vorzubeugen, sie rechtzeitig zu identifizieren und ihnen frühzeitig entgegenzutreten sind Monitoring- und Surveillance-Systeme zur Erfassung der psychischen Gesundheit notwendig, damit belastbare Aussagen zur psychischen Gesundheit und deren Entwicklung getroffen werden können. Gut ausgebaute Monitoring- und Surveillance-Systeme erheben kontinuierlich Daten zur psychischen Gesundheit aller Bevölkerungsgruppen und ermöglichen es unter anderem die Notwendigkeit der Etablierung von Krisenstäben aufzuzeigen, vulnerable Bevölkerungsgruppen zu identifizieren oder die Belastungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu vergleichen. Nur auf Basis solcher Daten kann verlässlich beurteilt werden, ob Krisen auch das Potenzial haben, eine Krise der psychischen Gesundheit zu Folge zu haben. Auch die Daten erfolgreich bewältigter Krisen liefern eine wertvolle Datenbasis, um Gesellschaften auf zukünftige Krisen und deren Management vorzubereiten.

Zum übergeordneten Ziel eines erfolgreichen Krisenmanagements gehört die kontinuierliche Stärkung der psychologischen Resilienz der gesamten Gesellschaft. Ein zentraler Ansatzpunkt der Akteur:innen aus Gesundheitsförderung, Prävention, Versorgung sowie relevanter politischer Ressorts liegt in der Stärkung der psychologischen Resilienz der Bürger:innen. Dabei sollte das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger:innen hinsichtlich der Folgen der Krisen für die psychische Gesundheit in der Allgemeinbevölkerung sowie für mögliche gesundheitsfördernde Faktoren weiter geschärft werden. Gleiches gilt für die Wirksamkeit resilienzfördernder Interventionen und für Faktoren, die deren Wirksamkeit beeinflussen.

Die Vorbereitung auf künftige Krisen im Hinblick auf Resilienzinterventionen erfordert koordinierte internationale Forschungsanstrengungen. Hierbei kann von den jüngsten Fortschritten auf dem Gebiet der transdiagnostischen psychosozialen Interventionen zur

Behandlung von psychischen Problemen in Bevölkerungsgruppen, die mit zahlreichen Belastungen und Stressoren konfrontiert sind, gelernt werden[5]. Auf Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde eine Reihe skalierbarer psychosozialer Interventionen (z.B. Problem Management Plus[50], Step-by-Step[51]) entwickelt, um den hohen psychosozialen Unterstützungsbedarf in diesen Bevölkerungsgruppen zu decken. Zentral ist, dass diese Interventionen in einer Reihe von qualitativ hochwertigen randomisiert-kontrollierten Studien (randomized controlled trials, RCTs) hinsichtlich ihre Anwendbarkeit, Akzeptanz und Wirksamkeit untersucht wurden[52,53]. Ein solcher Ansatz könnte auch für die Entwicklung und Evaluation (vor allem) digitaler Interventionen zur Resilienzförderung nützlich sein.

Liegt eine umfangreiche Evidenzbasis für Interventionen zur Förderung von Resilienz vor, so wird sich die Frage stellen, inwiefern diese als universelle, selektive und/oder als indizierte Präventionsmaßnahmen in der Gesellschaft implementiert werden können. Dabei müssen Resilienzinterventionen bereits vor Eintritt einer akuten Krise, d.h. in sogenannter „Normalzeit“, wichtiger Teil primärer Prävention und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) werden, um die Resilienz der Bürger:innen dauerhaft zu stärken. Zur Planung von Präventionsmaßnahmen sind besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen (z.B. Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen in belastendenden Berufen) zu berücksichtigen, die Risikoprofile aufweisen und daher in besonderem Maße von resilienzfördernden Interventionen profitieren könnten.

Ein Fokus auf Interventionen zur Förderung individueller Resilienz heißt jedoch nicht, dass die Verantwortung zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von Resilienz ausschließlich oder primär bei einzelnen Bürger:innen liegen sollte. Ein solcher Verantwortungstransfer ist weder angemessen noch hilfreich, um Gesellschaften auf zukünftige Krisen vorzubereiten. Multiple, sich gegenseitig verstärkende Krisen unterstreichen, wie eng Anpassungsreaktionen auf individueller Ebene mit sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft sind. Individuelle Resilienzförderung, die primär darauf abzielt, persönliche Kompetenzen zu entwickeln (d.h. verhaltenspräventiver Ansatz), sollte daher stets einhergehen mit einer systemischen Perspektive, die ebenso wirkmächtige Interventionen auf Ebene der

Gesellschaft, von Bevölkerungsgruppen und Organisationen (d.h. umwelt- bzw. settingbasierte Präventionsansätze) einschließt[54]. Verhaltensprävention bezieht sich direkt auf den einzelnen Menschen und sein individuelles Gesundheitsverhalten. Dazu gehören zum Beispiel Interventionen, die die eigene Gesundheitskompetenz stärken. Ziel dabei ist, Risikofaktoren für die körperliche Gesundheit (z.B. Fehlernährung, Bewegungsmangel), aber auch psychische Risikofaktoren (z.B. negative Denkmuster, Emotionsregulations-schwierigkeiten) zu reduzieren. Im Vergleich zur Verhaltensprävention berücksichtigt die Umwelt- bzw. settingbasierte Prävention unter anderem auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen einer Person. Dazu gehören z.B. das Wohnumfeld und andere Faktoren, die die Gesundheit beeinflussen, wie Einkommen, Bildung oder das gesamte soziale Netz. System-theoretische Resilienzmodelle stärken eine solche integrative Perspektive und sollten den Umgang mit zukünftigen Krisen leiten[55].

Während der COVID-19-Pandemie ist die Wissenschaft in einem bis dato unbekanntem Maß ins Blickfeld der breiten Öffentlichkeit getreten. In Krisensituationen müssen die Bürger:innen wissen, welchen Risiken sie ausgesetzt sind und welche Maßnahmen sie ergreifen können, um ihre Gesundheit zu schützen. Angemessene und rechtzeitig bereitgestellte Informationen – in leichter Sprache, sachlicher Form und aus zuverlässigen Quellen – ermöglichen es Bürger:innen, Entscheidungen zu treffen und sich vor Gesundheitsbedrohungen zu schützen. Man spricht von der sogenannten Risikokommunikation. Eine gute Risikokommunikation ist wesentlicher Bestandteil, um auf gesundheitliche Krisensituationen (z.B. Epidemien, Pandemien, humanitäre Krisen und Verschärfung der Klimakrise) angemessen reagieren zu können[56]. Diesbezüglich sind ebenso Informationen über geeignete Hilfsangebote sowie evidenzbasiertes Wissen über Resilienz und deren wirksame Förderung niederschwellig zugänglich zu machen.

Die COVID-19-Pandemie wurde von einer Inflation an Information (darunter auch nicht verifizierter) begleitet. Hinsichtlich der Kommunikation in Krisen ist auch die Förderung eines Grundverständnisses von Wissen über Statistiken und die Aussagekraft von Daten in der Bevölkerung von großer Bedeutung. Auf diese Weise können Gesundheitsbehörden und politische Akteur:innen dazu beitragen, die Beeinflussung der Bürger:innen durch Des- und

Fehlinformationen zu verringern und ihre Fähigkeiten zu stärken, zuverlässige Informationen zu erkennen und nutzen[57].

Literaturverzeichnis

1. Kalisch, R. *et al.* The resilience framework as a strategy to combat stress-related disorders. *Nat. Hum. Behav.* **1**, 784–790 (2017).
2. Kalisch, R. *et al.* The Frequent Stressor and Mental Health Monitoring-Paradigm: A Proposal for the Operationalization and Measurement of Resilience and the Identification of Resilience Processes in Longitudinal Observational Studies. *Front. Psychol.* **12**, 710493 (2021).
3. Kalisch, R., Müller, M. B. & Tüscher, O. A conceptual framework for the neurobiological study of resilience. *Behav. Brain Sci.* **38**, e92 (2015).
4. Galatzer-Levy, I. R., Huang, S. H. & Bonanno, G. A. Trajectories of resilience and dysfunction following potential trauma: A review and statistical evaluation. *Clin. Psychol. Rev.* **63**, 41–55 (2018).
5. Schäfer, S. K., Kunzler, A. M., Kalisch, R., Tüscher, O. & Lieb, K. Trajectories of resilience and mental distress to global major disruptions. *Trends Cogn. Sci.* **26**, 1171–1189 (2022).
6. Hobfoll, S. E., Mancini, A. D., Hall, B. J., Canetti, D. & Bonanno, G. A. The limits of resilience: Distress following chronic political violence among Palestinians. *Soc. Sci. Med.* **72**, 1400–1408 (2011).
7. Kunzler, A. M. *et al.* Psychological interventions to foster resilience in healthcare students. *Cochrane Database Syst. Rev.* **7**, CD013684 (2020).
8. Kunzler, A. M. *et al.* Psychological interventions to foster resilience in healthcare professionals. *Cochrane Database Syst. Rev.* **7**, CD012527 (2020).
9. Bengel, J. & Lyssenko, L. *Resilienz und psychologische Schutzfaktoren im Erwachsenenalter: Stand der Forschung zu psychologischen Schutzfaktoren von Gesundheit im Erwachsenenalter*. (BZgA, 2012).

10. Bandura, A. Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change. *Psychol. Rev.* **84**, 191–215 (1977).
11. Uchino, B. N., Bowen, K., Carlisle, M. & Birmingham, W. Psychological pathways linking social support to health outcomes: a visit with the 'ghosts' of research past, present, and future. *Soc. Sci. Med. 1982* **74**, 949–957 (2012).
12. Carver, C. S., Scheier, M. F. & Segerstrom, S. C. Optimism. *Clin. Psychol. Rev.* **30**, 879–889 (2010).
13. Carver, C. S. & Scheier, M. F. Dispositional optimism. *Trends Cogn. Sci.* **18**, 293–299 (2014).
14. Antonovsky, A. *Health, stress, and coping*. (Jossey-Bass Publishers, 1980).
15. Carroll, L. Active Coping. in *Encyclopedia of Behavioral Medicine* (eds. Gellman, M. D. & Turner, J. R.) 21–21 (Springer, 2013). doi:10.1007/978-1-4419-1005-9_1085.
16. Bonanno, G. A. The resilience paradox. *Eur. J. Psychotraumatology* **12**, 1942642 (2021).
17. Bonanno, G. A. & Burton, C. L. Regulatory flexibility: An individual differences perspective on coping and emotion regulation. *Perspect. Psychol. Sci.* **8**, 591–612 (2013).
18. Bögemann, S. A. *et al.* Weekly dynamics of stressor resilience and protective factors during the COVID-19 outbreak in Europe. *Psychoneuroendocrinology* **131**, 105509 (2021).
19. Chen, S., Bi, K., Sun, P. & Bonanno, G. A. Psychopathology and resilience following strict COVID-19 lockdowns in Hubei, China: Examining person- and context-level predictors for longitudinal trajectories. *Am. Psychol.* **77**, 262–275 (2022).
20. Mauz, E. *et al.* Psychische Gesundheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland während der COVID-19-Pandemie. Ein Rapid-Review. *J. Health Monit.* **6(S7)**, 2–65 (2021).
21. Mata, J. *et al.* Health behaviors and mental health during the COVID-19 pandemic: A longitudinal population-based survey in Germany. *Soc. Sci. Med.* **287**, (2021).
22. Ravens-Sieberer, U. *et al.* Child and adolescent mental health during the COVID-19 pandemic: Results of the three-wave longitudinal COPSY study. *J. Adolesc. Health* **71**, 570–578 (2022).

23. Liu, S., Heinzel, S., Haucke, M. N. & Heinz, A. Increased psychological distress, loneliness, and unemployment in the spread of COVID-19 over 6 months in Germany. *Med. Kaunas Lith.* **57**, 53 (2021).
24. Tsai, F.-Y. *et al.* The well-being of the German adult population measured with the WHO-5 over different phases of the COVID-19 pandemic: An analysis within the COVID-19 Snapshot Monitoring Study (COSMO). *Int. J. Environ. Res. Public. Health* **19**, 3236 (2022).
25. Hubenschmid, L. *et al.* Effects of general and corona-specific stressors on mental burden during the SARS-CoV-2 pandemic in Germany. *Front. Public Health* **10**, 991292 (2022).
26. Kunzler, A. M. *et al.* Mental burden and its risk and protective factors during the early phase of the SARS-CoV-2 pandemic: systematic review and meta-analyses. *Glob. Health* **17**, 34 (2021).
27. Ahrens, K. F. *et al.* Differential impact of COVID-related lockdown on mental health in Germany. *World Psychiatry Off. J. World Psychiatr. Assoc. WPA* **20**, 140–141 (2021).
28. Bendau, A. *et al.* Longitudinal changes of anxiety and depressive symptoms during the COVID-19 pandemic in Germany: The role of pre-existing anxiety, depressive, and other mental disorders. *J. Anxiety Disord.* **79**, 102377 (2021).
29. Gilan, D. *et al.* Protective and risk factors for mental distress and its impact on health-protective behaviors during the SARS-CoV-2 pandemic between March 2020 and March 2021 in Germany. *Int. J. Environ. Res. Public. Health* **18**, 9167 (2021).
30. Veer, I. M. *et al.* Psycho-social factors associated with mental resilience in the Corona lockdown. *Transl. Psychiatry* **11**, 67 (2021).
31. Watts, N. *et al.* The 2020 report of The Lancet Countdown on health and climate change: responding to converging crises. *The Lancet* **397**, 129–170 (2021).
32. Lawrance, E. L., Thompson, R., Newberry Le Vay, J., Page, L. & Jennings, N. The impact of climate change on mental health and emotional wellbeing: A narrative review of current evidence, and its implications. *Int. Rev. Psychiatry* **34**, 443–498 (2022).

33. Liu, J. *et al.* Is there an association between hot weather and poor mental health outcomes? A systematic review and meta-analysis. *Environ. Int.* **153**, 106533 (2021).
34. Thompson, R., Hornigold, R., Page, L. & Waite, T. Associations between high ambient temperatures and heat waves with mental health outcomes: a systematic review. *Public Health* **161**, 171–191 (2018).
35. Ma, T., Moore, J. & Cleary, A. Climate change impacts on the mental health and wellbeing of young people: A scoping review of risk and protective factors. *Soc. Sci. Med. 1982* **301**, 114888 (2022).
36. Ojala, M., Cunsolo, A., Ogunbode, C. A. & Middleton, J. Anxiety, worry, and grief in a time of environmental and climate crisis: A narrative review. *Annu. Rev. Environ. Resour.* **46**, 35–58 (2021).
37. Thom, J. *et al.* Mental Health Surveillance am Robert Koch-Institut – Strategien zur Beobachtung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung. *Bundesgesundheitsbl* **66**, 379–390 (2023).
38. Holmes, E. A. *et al.* Multidisciplinary research priorities for the COVID-19 pandemic: a call for action for mental health science. *Lancet Psychiatry* **7**, 547–560 (2020).
39. Occhipinti, J.-A. *et al.* Mental health: build predictive models to steer policy. *Nature* **597**, 633–636 (2021).
40. World Health Organization Regional Office for Europe. *Health 2020: A European policy framework and strategy for the 21st century*. (2013).
41. World Health Organization Regional Office for Europe. *WHO European framework for action on mental health 2021–2025*. (2022).
42. Chmitorz, A. *et al.* Intervention studies to foster resilience - A systematic review and proposal for a resilience framework in future intervention studies. *Clin. Psychol. Rev.* **59**, 78–100 (2018).
43. Ioannidis, K., Askelund, A. D., Kievit, R. A. & van Harmelen, A.-L. The complex neurobiology of resilient functioning after childhood maltreatment. *BMC Med.* **18**, 32 (2020).

44. Kunzler, A. M. *et al.* Interventions to foster resilience in nursing staff: A systematic review and meta-analyses of pre-pandemic evidence. *Int. J. Nurs. Stud.* **134**, 104312 (2022).
45. Liu, J. J. W. *et al.* Comprehensive meta-analysis of resilience interventions. *Clin. Psychol. Rev.* **82**, 101919 (2020).
46. Ma, L., Zhang, Y., Huang, C. & Cui, Z. Resilience-oriented cognitive behavioral interventions for depressive symptoms in children and adolescents: A meta-analytic review. *J. Affect. Disord.* **270**, 150–164 (2020).
47. Kabisch, M., Ruckes, C., Seibert-Grafe, M. & Blettner, M. Randomized controlled trials. *Dtsch. Ärztebl. Int.* (2011) doi:10.3238/arztebl.2011.0663.
48. Díaz-García, A., Franke, M., Herrero, R., Ebert, D. D. & Botella, C. Theoretical adequacy, methodological quality and efficacy of online interventions targeting resilience: a systematic review and meta-analysis. *Eur. J. Public Health* **31**, i11–i18 (2021).
49. Ang, W. H. D. *et al.* Becoming more resilient during COVID-19: Insights from a process evaluation of digital resilience training. *Int. J. Environ. Res. Public. Health* **19**, 12899 (2022).
50. Dawson, K. S. *et al.* Problem Management Plus (PM+): a WHO transdiagnostic psychological intervention for common mental health problems. *World Psychiatry* **14**, 354–357 (2015).
51. Carswell, K. *et al.* Step-by-Step: a new WHO digital mental health intervention for depression. *mHealth* **4**, 34–34 (2018).
52. Sijbrandij, M. *et al.* Strengthening mental health care systems for Syrian refugees in Europe and the Middle East: integrating scalable psychological interventions in eight countries. *Eur. J. Psychotraumatology* **8**, 1388102 (2017).
53. De Graaff, A. M. *et al.* Scalable psychological interventions for Syrian refugees in Europe and the Middle East: STRENGTHS study protocol for a prospective individual participant data meta-analysis. *BMJ Open* **12**, e058101 (2022).

54. Imperiale, A. J. & Vanclay, F. Conceptualizing community resilience and the social dimensions of risk to overcome barriers to disaster risk reduction and sustainable development. *Sustain. Dev.* **29**, 891–905 (2021).
55. Ungar, M. & Theron, L. Resilience and mental health: how multisystemic processes contribute to positive outcomes. *Lancet Psychiatry* **7**, 441–448 (2020).
56. World Health Organization. *Communicating risk in public health emergencies: a WHO guideline for emergency risk communication (ERC) policy and practice*. (World Health Organization, 2017).
57. Oxman, A. D. *et al.* Health communication in and out of public health emergencies: to persuade or to inform? *Health Res. Policy Syst.* **20**, 28 (2022).

Stellungnahme zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Diese Stellungnahme wurde vom Caritas-Quartierbüro Schönau erstellt, welches das „Netzwerk Senioren Schönau“ im Jahr 2013 initiiert hat und seit Gründung koordiniert und leitet.

Das Netzwerk Senioren Schönau ist ein Zusammenschluss von Akteur:innen und Institutionen, die mit und für die Zielgruppe Senior:innen arbeitet. Netzwerkpartner:innen sind u.a. unterschiedliche Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen, städtische Ämter und Behörden, Vereine, Wohngemeinschaften, Kirchengemeinden und die Stadtteilbücherei. Das Netzwerk informiert Menschen aus dem Stadtteil z.B. über Veranstaltungen und Beratungsmöglichkeiten. Das Netzwerk hat die Bedarfe von älteren Menschen im Blick und ist mit allen beteiligten Akteur:innen ein wichtiger Ansprechpartner für ältere Menschen direkt vor Ort im Stadtteil.

Einleitung/kurze Beschreibung des Stadtteils:

Das Quartierbüro ist im Bereich Gemeinwesenarbeit und Sozialarbeit in Trägerschaft des Caritasverbands Mannheim e.V. seit dem Jahr 2006 im Mannheimer Stadtteil Schönau im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Sozialer Zusammenhalt“ im Einsatz. Der nördliche Bereich des Stadtteils gilt laut Mannheimer Sozialatlas als „Sozialstrukturell auffällige zentrumsferne Großwohnsiedlung“. Es leben hier überdurchschnittlich viele Menschen von Transferleistungen, die Grundsicherungsquote im Alter (Menschen im Alter von 65 und mehr Jahren) liegt mit 15,3 % fast drei Mal so hoch wie in der Gesamt-Stadt (liegt hier bei 5,7 %) – „Altersarmut“ ist ein ausgeprägtes Problem.

(Quelle: Sozialatlas Mannheim - https://www.mannheim.de/de/service-bieten/soziales/sozialplanung/zentrale-veroeffentlichungen/sozialatlas)

Mit welchen Herausforderungen sahen sie sich in Krisen bisher konfrontiert und welche Erfahrungen haben Sie im Umgang mit diesen Herausforderungen gemacht?

Mit Ausbruch der Corona-Pandemie im Jahr 2020 veränderte sich von einem auf den anderen Tag das Zusammenleben im Quartier insbesondere für ältere Bewohner:innen, die in der Pandemie als besonders gefährdet galten und überdurchschnittlich unter den Folgen der Pandemie zu leiden hatten. Seniorentreffs mussten geschlossen werden, es wurden alle Begegnungsmöglichkeiten in Räumen (im späteren Zeitpunkt der Pandemie auch im Freien) eingeschränkt und zeitweise komplett verboten. Es herrschte insbesondere bei älteren Menschen eine große Verunsicherung, viele ältere Menschen waren überfordert mit der Situation und fühlten sich regelrecht eingesperrt oder sogar weggesperrt. Die Möglichkeit sich in der Pandemie impfen zu lassen sorgte für zusätzliche Überforderung, so gab es neben Empfehlungen für die Impfung ebenso viele Warnungen vor den Nebenwirkungen der Impfung. Wir haben in unserer Beratungstätigkeit erlebt, dass gerade ältere Menschen mit dem Schließen von wichtigen Einrichtungen (Beratungsstellen, Rentenstellen, Krankenkassen, Stadtverwaltung u.ä.) sehr schlecht zurechtkamen und diese sich regelrecht mit ihren Problemen und Fragen alleine gelassen fühlten. Dass viele Dienste und Angebote über sehr lange Zeit nur online erreichbar waren, war für Senior:innen oft nicht nur nicht hilfreich, sondern führte darüber hinaus dazu, dass diese sich auch hinsichtlich ihrer Fähigkeiten abgehängt fühlten.
Es fehlten aber neben den stark eingeschränkten Möglichkeiten sich zu informieren und beraten zu lassen auch der wichtige Austausch mit Mitmenschen, das miteinander Reden, das Zusammensitzen. Ältere Menschen ohne familiäre Unterstützung waren besonders betroffen, wenn sie beispielsweise ihre Einkäufe trotz der Empfehlungen in der Hochphase der Pandemie möglichst zuhause zu bleiben weiterhin alleine tätigen mussten.

Die Pandemie verstärkte die Gefahr, als älterer und alleinstehender Mensch weiter zu vereinsamen. Die wichtigste Aufgabe für uns als Sozialarbeiter:innen und als Vertreter:innen des Seniorennetzwerkes war es, für die Menschen im Stadtteil im gesamten Zeitraum der Pandemie direkt vor Ort und möglichst niederschwellig erreichbar zu sein. Sehr oft teilten uns v.a. ältere Menschen mit, wie wichtig es war möglichst unmittelbar erreichbar und ansprechbar zu sein (ein oft gehörtes Zitat war: „Ihr seid die einzigen, die man noch etwas fragen kann…").

Welche Angebote des Netzwerks Senioren Schönau sind Ihrer Erfahrung nach förderlich für eine Teilhabe älterer Menschen und unbedingt auch in Krisen aufrechtzuerhalten?

Das Team des Quartierbüros und Akteur:innen des Seniorennetzwerkes waren in der gesamten Zeit in der Pandemie und im Lock-down vor Ort für die älteren Stadtteilbewohner*innen erreichbar z.B. per Telefon aber auch in Form physischer Anwesenheit und Erreichbarkeit.

Es gab in der Pandemie eine enge Kooperation mit dem Gesundheitsamt der Stadtverwaltung, z.B. fanden regelmäßig Videokonferenzen statt, in welchen Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes über die aktuellen Entwicklungen, die Infektionszahlen und jeweils geltenden Regelungen und Beschlüsse informierten. Diese Informationen konnten so über die bestehenden Kontakte und das Seniorennetzwerk im Stadtteil Schönau unmittelbar an die ältere Stadtteilbevölkerung, aber auch an Kolleg:innen in Fachberatungsstellen des Caritasverbands, die diesen Vorteil nicht hatten, weitergegeben werden. Bei regelmäßigen Rundgängen konnte mit Stadtteilbewohner:innen ins Gespräch gekommen werden, gegebenenfalls konnte über unterschiedliche Hilfsangebote informiert werden, wichtige Informationen wurden über Informationsflyer an Menschen verteilt und an unterschiedlichen Orten aufgehängt (z.B. in Schaukasten an Kirchengemeinde).

Gemeinsam mit dem Gesundheitsamt wurde eine Vor-Ort-Impfaktion im Stadtteil Schönau geplant und durchgeführt, neben einem Impfbus an zentralem Standort im Stadtteil gab es eine barrierefreie Impfmöglichkeit in einer Schönauer Einrichtung. Durch die etablierte Netzwerkarbeit im Stadtteil konnten v.a. die älteren Bewohner:innen über das Impfangebot informiert und an das niederschwellige Impfanagebot herangeführt werden. Begleitungen zur Impfung wurden ebenfalls angeboten.

Es gab während der Pandemie u.a. folgende vom Quartierbüro, von weiteren Caritaseinrichtungen und dem Seniorennetzwerk organisierte Aktionen:

Balkonkonzerte - Durchführung von Konzerten an unterschiedlichen Orten, z.B. inmitten von Wohnblöcken als Aufmunterung der Stadtteilbewohner:innen, es konnten engagierte Freiwillige gefunden werden (Chöre, Jugendbands, Orchestergruppen u.ä.), die gerne im Stadtteil auftraten.

Einkaufsservice/Begleitservice – Ehrenamtliche (u.a. vermittelt durch die Caritas-Organisation Youngcaritas) übernahmen in der Pandemie Einkäufe und Erledigungen für ältere Menschen.

Briefe-Aktion - Weitergabe von tröstenden und aufmunternden Briefen an einsame Senior*innen im Stadtteil. Geschrieben wurden diese Briefe von Freiwilligen, von Caritas-Ehrenamtlichen, von Familien aus dem Stadtteil, Kinder malten teilweise Bilder für die älteren Menschen.

Überraschung zu Festtagen/Feiertagen - Verteilung von Überraschungen, Geschenken, Leckereien an alleinstehende ältere Stadtteilbewohner:innen z.B. in Form einer Weihnachtsgeschichte oder von selbst gebackenen Plätzchen oder Osterhasen.

Quartiersrundgänge - Regelmäßige Rundgänge vom Team des Quartierbüros und von Netzwerkakteur:innen, um mit Stadtteilbewohner:innen ins Gespräch zu kommen und über die Corona-Regelungen und unterschiedlichen Hilfsangebote zu informieren.

Vogelfutterhaus-Bau – Begegnungs-Aktionen von jungen und älteren Stadtteilbewohner:innen sind gerade in Krisenzeiten besonders wertvoll für beide beteiligte Seiten, z.B. profitieren Kinder vom reichen Erfahrungsschatz älterer Menschen und ältere Menschen lassen sich von kindlicher Freude und Unbeschwertheit gerne anstecken. In der Hochphase der Pandemie bauten beispielsweise Grundschulkinder im Rahmen einer Schul-Arbeitsgemeinschaft Vogelfutterhäuschen und übergaben diese an eine Senioreneinrichtung. Die Freude war trotz Kontakt-Verbot für beide Seiten sehr groß (die Vogelfutterhäuschen wurden unter Einhaltung der geltenden Abstandregeln am Gartenzaun überreicht).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Quartierbüro ebenso wie die Netzwerkakteur:innen durchgehend Präsenz im Stadtteilbild zeigten, um im Gegensatz zu geschlossenen Behörden und Ämtern so den älteren Stadtteilbewohner*innen in der schwierigen Zeit der Pandemie beizustehen.

Welche Handlungsempfehlungen würden Sie geben, um generationengerechte und generationsübergreifende Lösungen für die Herausforderungen in Krisen zu finden?

Insbesondere die benachteiligten oder belasteten Stadtteile mit Problemlagen wie verbreiteter Altersarmut müssen in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie besonders im Blick behalten werden. Zudem ist die Gruppe der älteren Menschen aus unserer Sicht von Krisen überdurchschnittlich betroffen, ganz besonders alleinstehende Menschen ohne familiäre Unterstützung. Das Problem von Vereinsamung von älteren Menschen verstärkt sich in Krisenzeiten wie der Pandemie mit lang andauernden Kontaktbeschränkungen extrem.

Ältere Menschen brauchen gerade in Krisenzeiten Ansprechpartner:innen und Berater:innen möglichst vor Ort mit einem möglichst niederschwelligen Zugang. Durch das reihenweise Schließen von Einrichtungen, Institutionen und Behörden in der Pandemie wurden ältere Menschen alleine und im Stich gelassen. Diese Gruppe ist überfordert mit schriftlichem Ämterverkehr, Anfragen und Antragstellung per Mail ist nicht möglich und wenn in Einrichtungen dazu die telefonische Erreichbarkeit sehr schlecht ist (in der Corona-Zeit war es teilweise selbst für Berater:innen schwierig, die Mitarbeiter: innen von Behörden/Ämtern zu erreichen), dann stehen diese Menschen mit ihren Problemen alleine da.

Hilfreich sind in solchen Stadtteilen gut funktionierende Netzwerke und Kooperationen, beispielsweise um Informationen und Hilfsangebote im Stadtteil breit streuen zu können. Ältere Personengruppen erreicht man am besten auf unterschiedlichen Wegen, z.B. mit Flyern, Gesprächen auf der Straße, Aushängen/Plakaten an frequentierten Orten und über Multiplikator:innen und „Mund-zu-Mund-Propaganda“. Solche wichtigen und gerade in Krisenzeiten sehr wertvollen Stadtteil-Netzwerke können koordiniert werden z.B. über Quartierbüros/ Quartiermanagements/ Gemeinwesenprojekte.

Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg * Adlerstraße 12 * 79098 Freiburg i. Br.

Freiburg, 14. Mai 2023

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Eingangsbemerkungen

Das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg bedankt sich für die Möglichkeit, einen Input zum Thema Krisenfeste Gesellschaft geben zu dürfen.

Das 2012 gegründete Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg ist ein überparteilicher und weltanschaulich nicht gebundener Zusammenschluss von Gruppen, Vereinen und Initiativen, die sich für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einsetzen.

Es handelt sich grundsätzlich um Selbstvertretungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, intergeschlechtlichen, queeren sowie asexuellen, pansexuellen und nicht-binären Menschen. Wobei wir bitten, diese Liste an Selbstbeschreibungen nicht als erschöpfend zu betrachten.

Im Netzwerk vertreten sind derzeit über 110 Vereine und Gruppierungen aus ganz Baden-Württemberg, wobei der größte Teil der Gruppen den Sitz in verschiedenen Ballungsräumen bzw. Großstädten hat.

Das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg koordiniert über seine Geschäftsstelle unter anderem ein Beratungsprojekt mit Beratungsmöglichkeiten in verschiedenen Städten und Online-Kontaktmöglichkeit, Anlaufpunkte für queere Geflüchtete und eine Fachstelle für Fortbildung zum Thema Trans- und Intergeschlechtlichkeit.

Beobachtungen aus der Corona-Krise

Die Maßnahmen, die die Ausbreitung des neuen Coronavirus verlangsamen sollten, haben die queere Community in einigen Aspekten stark getroffen. LSBTIQA+ Menschen organisieren sich zumeist an öffentlichen Orten – Bars, Cafés, Beratungsstellen, queere Zentren, Selbsthilfegruppen, Stammtische etc.

Eine detaillierte Aufstellung von Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf lsbtiqa+ Community-Strukturen findet sich in einer Broschüre der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld.

Eine Schließung derartiger Anlaufstellen kann zu sozialer Isolation führen. Für Deutschland sind uns leider keine zuverlässigen Zahlen bekannt, aber viele erwachsene queere Personen leben allein und sind auf Kontakte außerhalb ihrer biologischen Familien angewiesen. Sollte sich eine Studie aus Großbritannien als auf Deutschland übertragbar erweisen, leben etwa 30 % der

queeren Menschen allein, wobei der Anteil mit zunehmendem Alter steigt. (Quelle: LGBT Foundation.)
Dies deckt sich in etwa mit den Zahlen aus der Allgemeinbevölkerung in Deutschland.
Die Begegnungen verlagerten sich zunehmend ins Virtuelle: Es wurden vermehrt Online-Beratungen angeboten, Gruppen tauschten sich in Videokonferenzen aus und gründeten Discord-Server. Menschen mit schlechter Internetanbindung, geringer EDV-Kompetenz (vor allem also Ältere) oder mangelnder Privatsphäre zuhause, wie Jugendliche oder Menschen in beengten Wohnverhältnissen, waren hier im Nachteil.
Wie Herrmann et al. aus den ersten zwei Corona-Wellen schlussfolgerten, sind vor allem allein lebende und alleinstehende Personen häufiger von Einsamkeit betroffen und anfälliger für depressive Symptome. Jedoch führte weniger als die Hälfte der lgbtiqa+ Studienteilnehmenden eine Partnerschaft, im Gegensatz zu etwa 75 % der heterosexuellen Teilnehmenden. Dies untermauert die Ergebnisse der britischen Befragung, wonach queere Personen ein erhöhtes Risiko für Vereinsamung haben, wenn ihre üblichen Strukturen wegbrechen.
Waren erwachsene Menschen aus der queeren Community eher einsam, mussten sich queere Jugendliche und junge Erwachsene oft zwangsweise in ihrer biologischen Familie aufhalten. Noch immer sind nicht alle queeren Menschen bei ihrer Familie geoutet (vgl. Daten aus Großbritannien des Government Equalities Office – auch hier fehlen uns zuverlässige Daten aus Deutschland). Es dürfte sich um etwa 25 % handeln, die sich aus Angst vor Repressalien, Entzug von Unterstützung oder anderen Gründen ihrer Familie nicht anvertrauen, eine Schätzung, die eine Publikation des Deutschen Jugendinstituts zum Thema Coming-out in etwa stützt (DIJ, 2013).
Somit können Regelungen, die die biologische Familie in den Mittelpunkt rücken, für queere Menschen das Gegenteil eines sicheren Umfelds bedeuten. Folgerichtig stellte auch die britische LGBT Foundation einen Anstieg von 38 % der Hilfesuchenden zu häuslicher Gewalt während des ersten Lockdowns fest.

Blick auf „Querdenken“ und über die deutsche Grenze

Schon zu Beginn der Corona-Krise wurden von religiös-konservativen Personen die Vermutung geäußert, „Schwule“ hätten die Pandemie verschuldet. (Vgl. Maenner.Media und Zaunfink). Die aufkeimende Querdenken-Bewegung hatte schon zu ihrem Beginn die Destabilisierung demokratischer Strukturen im Blick und ist mittlerweile endgültig aus dem rechten bis rechtsextremen Milieu nicht mehr wegzudenken. Antisemitische Verschwörungstheorien über die Pandemie wurden schon recht früh verbreitet. (Vgl. Volksverpetzer.)
Dass Rechtsextreme gegen alles hetzen, was anders ist und die Normvorstellung vom weißen, vaterlandstreuen Deutschen stört, ist selbstverständlich nicht neu. Queere Personen wurden bereits im Nationalsozialismus neben anderen zum „Feind im Inneren“ stilisiert, den es zu bekämpfen galt. Selbstverständlich funktioniert der Mechanismus auch anderswo in Europa, besonders eklatant in den „LGBT-freien Zonen“ in Polen und Ungarns Nachahmung von russischen „Anti-Homopropaganda-Gesetzen“.

***
Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg * Adlerstraße 12 * 79098 Freiburg i. Br.
www.netzwerk-lsbttiq.net * sprechendenrat@netzwerk-lsbttiq.net

Die Gefahr, dass während einer Krise in Deutschland nicht nur jüdische, sondern auch muslimische, rassifizierte und queere Menschen beschuldigt werden, „volksfeindlich“ zu agieren, ist somit durchaus gegeben.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Keine Krise ist wie die andere – leider. Dennoch lohnt es sich, nach ersten Schnellmaßnahmen diejenigen anzuhören, die davon betroffen sind.
Wie der Blogger Zaunfink treffend schrieb:

> „Die kulturelle Diversität, die längst die Realität in unserem Land prägt, ist in unserem Denken nach wie vor einfach nicht angekommen, weder generell noch speziell in der Politik. Unter dem Handlungsdruck der Pandemie nehmen heteronormative, somit zumindest implizit queerfeindliche Werturteile kurzerhand die Form neuer Gesetze oder Auflagen an. Der eingeschränkte Blick, der sich allein an der Perspektive eines heteronormativen Kleinfamilienideals orientiert, lässt Ressentiments, Ignoranz und Unwissenheit zu handlungspolitischen Standards gerinnen. Die Kritik daran wird kaum öffentlich wahrgenommen.“

Insofern gilt es, die Diversität in Baden-Württemberg wahrzunehmen, oder wenigstens die Grenzen der eigenen Perspektive zu kennen, um dann entsprechende Expertise einzuholen.
Dazu, wie auch um rechten Sündenbock-Mechanismen und Verschwörungserzählungen so wenig Raum wie möglich zu geben, hält das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg es für dringend nötig, die Bildung zum Thema Queerness (wie anderer Felder der Diversität) zu stärken. Dies kann unter anderem erfolgen, indem Bildungspläne angepasst werden, die Lehrkräfte-Ausbildung entsprechend erweitert wird bzw. queere Inhalte an den PHs verpflichtend statt freiwillig gehandhabt werden und indem die außerschulische Aufklärungsarbeit für Jugendliche wie Erwachsene gestärkt wird.

Für den Sprechendenrat

Corinna Wintzer

Kontakt zu Geschäftsstelle: kontakt@netzwerk-lsbttiq.net
Kontakt zum Sprechendenrat: sprechendenrat@netzwerk-lsbttiq.net
Mehr Informationen zum Netzwerk: www.netzwerk-lsbttiq.net
Netzwerk bei Facebook: www.facebook.com/lsbttiq

LSBTTIQ: Die Abkürzung steht für einzelne Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft – lesbisch (L), schwul (S), bisexuell (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I), queer (Q).

Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg * Adlerstraße 12 * 79098 Freiburg i. Br.

Quellen zur Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

https://www.lsvd.de/de/ct/2067-Corona-Auswirkungen-auf-Lesben-Schwule-Bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-Menschen

https://www.fh-muenster.de/hochschule/aktuelles/pressemitteilungen.php?pmid=8229

LGBT Foundation, HIDDEN FIGURES: THE IMPACT OF THE COVID-19 PANDEMIC ON LGBT COMMUNITIES IN THE UK, MAY 2020 - 3RD EDITION, https://lgbt.foundation/downloads/hiddenfigurescovid3

Herrmann, Wolfram J, Oeser, Philip, Buspavanich, Pichit, Lech, Sonia, Berger, Maximilian, Gellert, Paul, Loneliness and depressive symptoms differ by sexual orientation and gender identity during physical distancing measures in response to COVID-19 pandemic in Germany, Appl Psychol. 2023; 15 (1):80. (https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdfdirect/10.1111/aphw.12376)

Government Equalities Office, National LGBT Survey: Research report, 2018 https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/722314/GEO-LGBT-Survey-Report.pdf

LSVD und Bundesstiftung Magnus Hirschfeld: Auswirkungen der Coronapandemie auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und asexuelle Personen in Deutschland, 2021, https://www.lsvd.de/media/doc/4646/bmh_corona-auswirkungen_broschuere_einzelseiten_ansicht_bf.pdf

Deutsches Jugendhilfeinstitut, Coming-out – und dann…?!, 2013, https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_ComingOut_Broschuere.pdf

https://www.maenner.media/gesellschaft/community/die-Schwulen-sollen-Schuld-an-Corona%20sein/ (VÖ: 10.3.2020)

https://derzaunfink.wordpress.com/2021/09/04/queere-perspektiven-in-der-pandemie/ (VÖ: 4.9.2021)

https://de.statista.com/themen/2141/haushalte-in-deutschland/

Linksammlung über die Verbindungen der Querdenken-Bewegung zur rechten Szene: https://www.volksverpetzer.de/querdenker/umfeld-querdenken/

Über das Netzwerk: Das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg ist ein überparteilicher und weltanschaulich nicht gebundener Zusammenschluss von lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queeren (LSBTTIQ) Gruppen, Vereinen und Initiativen. Das Netzwerk zeigt damit bereits die Vielfalt und die Vielgestaltigkeit von Geschlecht und sexueller Orientierungen. Ziel des Netzwerks ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen LSBTTIQ-Mitgliedsgruppen auf Landesebene zu fördern und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren, zu zentralen Themen gemeinsame Positionen zu erarbeiten und gegenüber landespolitischen Entscheidungstragenden zu vertreten. Dabei greift das Netzwerk auf die vorhandenen Kompetenzen und Expertisen der Mitglieder zurück. Die Bündelung der Aktivitäten vor Ort erbringt Synergieeffekte, die den gesellschaftlichen Beitrag der Mitgliedsgruppen wirkungsvoller gestaltet. Die Eigenständigkeit jedes Mitglieds wird respektiert und alle Mitglieder arbeiten gleichberechtigt.

Kontakt zu Geschäftsstelle: kontakt@netzwerk-lsbttiq.net
Kontakt zum Sprechendenrat: sprechendenrat@netzwerk-lsbttiq.net
Mehr Informationen zum Netzwerk: www.netzwerk-lsbttiq.net
Netzwerk bei Facebook: www.facebook.com/lsbttiq

LSBTTIQ: Die Abkürzung steht für einzelne Richtungen in der vielfältigen Regenbogen-Gemeinschaft – lesbisch (L), schwul (S), bisexuell (B), transgender (T), transsexuell (T), intersexuell (I), queer (Q).

***
Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg * Adlerstraße 12 * 79098 Freiburg i. Br.
www.netzwerk-lsbttiq.net * sprechendenrat@netzwerk-lsbttiq.net

SOZIALVERBAND VdK BADEN-WÜRTTEMBERG Im Mittelpunkt der Mensch.

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.

Stellungnahme zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

(Landtagsdrucksache 17/1816)

Sozialverband VdK
Baden-Württemberg e.V.
Johannesstraße 22
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/61956-43

Im Mittelpunkt der Mensch.

Der Sozialverband VdK ist mit seinen bundesweit 2,2 Millionen Mitgliedern und über 253.000 Mitgliedern im Südwesten der größte Sozialverband in der Bundesrepublik und im Bundesland Baden-Württemberg. Er ist föderal strukturiert, parteipolitisch und konfessionell neutral und finanziert sich alleine durch Mitgliedsbeiträge.

Die Sozialrechtsberatung mit 35 über das ganze Land verteilten Geschäftsstellen und fast 10.000 ehrenamtlich Engagierte in 1.100 Orts und 52 Kreisverbänden zeichnen den seit über 75 Jahren bestehenden Verband aus. Als unabhängige Interessenvertretung von Rentnerinnen und Rentnern, der PatientInnen, der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen, der Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung sowie von Grundsicherungsempfängerinnen und -empfängern setzt sich der VdK für die sozialen Belange dieser Menschen ein.

Wir bedanken uns sehr für die Möglichkeit zur Stellungnahme, insbesondere zum Handlungsfeld drei. Wir beschränken uns dabei nicht alleine auf das Handlungsfeld, sondern erlauben uns, Hinweise auch auf die übrigen Themenfelder zu geben.

Im Folgenden unsere Hinweise zu den vier Themenfeldern der Enquetekommission:

Themenfeld 1) Gesundheit und Pflege

Gesundheit

Generelle Forderung des VdK, die in Krisen noch mehr Bedeutung hat:

- Die Unterteilung von privaten (PKV) und gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) ist zu Gunsten einer einheitlichen Krankenversicherung abzuschaffen. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung. Damit entfällt die Entscheidung über die Verteilung der Pandemiekosten auf private oder gesetzliche Krankenversicherungen.

  Solange diese Systemänderung nicht beschlossen ist, muss die PKV von Anfang an entsprechend dem Anteil ihrer Versicherten an den Kosten beteiligt werden. In der Corona-Pandemie wurden viele Leistungen in ungerechtfertigter Weise von den Versicherten der GKV finanziert. Da eine solche Regelung für den Pandemiefall auf der Bundesebene vereinbart sein sollte, erwarten wir, dass das Land dazu im Bundesrat eine Initiative ergreift.

- Es ist klar (gesetzlich) zu regeln, dass alle Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und Krisenbewältigung die nicht expliziten Versicherungsleistungen sind, aus Steuermitteln finanziert werden müssen. Die Verteilung der Kosten im Gesundheitsbereich und zur Krisenbewältigung müssen vorab so festgelegt werden, dass Debatten zur Kostenübernahme durch Bund, Länder und Kommunen (Stichwort Subsidiaritätsprinzip) vermieden werden. Die Bevölkerung versteht diese Diskussionen im Krisenfall nicht.

Empfehlungen:

- Versorgung mit Schutzausrüstung: Auch der Sozialverband VdK benötigt Masken, Desinfektionsmittel u.ä. um seine Rechtsberatung aufrecht erhalten zu können. Statt einer Bevorratung solcher Artikel sollte das Land einen gewissen Anteil von Schutzausrüstung von Herstellern in Deutschland und/oder der EU beziehen. Damit gäbe es bei der nächsten Krise Produktionskapazitäten und Knowhow, die skaliert werden können.

- Die Hausärzte wurden, obwohl sie jedes Jahr innerhalb kürzester Zeit bundesweit eine hohe Zahl an Personen gegen Grippe impfen, anfänglich gar nicht in die Impfkampagnen einbezogen und später unzureichend mit Impfstoffen zum Schutz vor Corona versorgt.
- Vorhandene Ärztekapazitäten wurden nicht ausreichend genutzt. So blieben z. B. die Ärzte des Medizinischen Diensts völlig außen vor, dasselbe gilt zum großen Teil auch für Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst und aus der Bundeswehr.
- Medizinisch befähigtem Personal muss in einer Pandemie von Anfang an ermöglicht werden, Impfungen durchzuführen.
- Es ist ein Krisenstab mit maximal fünf Personen zu bilden, in dem neben dem Staats- oder Landesministerium zumindest die Landesärztekammer sowie eine Vertretung der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) vertreten sind.
- Es braucht Regelungen, um im Krisenfall Abrechnungsbetrug wie z.B. bei den Testzentren zu unterbinden
- Medizinisch befähigtem

Pflege

Vorbemerkung:

Im Rahmen der Erhebung zur Studie des Sozialverbandes VdK „Pflege zu Hause - zwischen Wunsch und Wirklichkeit" die 2021 durchgeführt wurde und an der sich über 56.000 Teilnehmer - davon 4.800 aus Baden-Württemberg – beteiligt haben, wurde aus gegebenem Anlass der Fragebogen um ein Kapitel zur pflegerischen Versorgung in der Corona-Pandemie erweitert und eine Sonderauswertung dazu vorgenommen. Demnach sahen sich 40,5% der ambulant versorgten Pflegebedürftigen mit dem Ausfall von Unterstützungsangeboten konfrontiert, jeweils ca. zur Hälfte wurden die Angebote vom Pflegebedürftigen (20,9%) oder vom Anbieter (19,6%) abgesagt. Hauptgrund für die Absage durch die Pflegebedürftigen war mit 76,2% die Angst vor der Ansteckungsgefahr. Mehr als jeder Vierte (83,2%) der ambulant versorgten Pflegebedürftigen gab an, durch Corona eine etwas oder sehr viel höhere Belastung zu haben, bei den pflegenden Angehörigen waren es über Dreiviertel (75,6%).

Empfehlungen zur stationären und ambulanten Pflege:

- Die während der Pandemie befristetet eingeführte Regelung nach §150 Abs. 5b SGB XI, dass der Entlastungsbetrag von 125 Euro (§ 45b SGB XI) auch für nicht qualitätsgesicherte Angebote und damit z.B. auch für Hilfe von Nachbarn verwendet werden kann, sollte auf Dauer gestellt werden. Bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung fordern wir vom Land Baden-Württemberg bei der landesrechtlichen Ausgestaltung der zugehörigen Verordnung (UstA-VO) seinen Spielraum wie andere Bundesländer für die Anerkennung von Einzelpersonen zu nutzen und die Hilfe von Nachbarn auch ohne ehrenamtliche Initiative oder Agentur im Hintergrund zu ermöglichen.
- Aus Sicht des Sozialverbandes VdK sind Impfanreize zielführender als eine Impfpflicht.
- Bestimmte Berufsgruppen (z.B. Pflegeberufe) einem Impfzwang zu unterstellen, ist zu vermeiden.
- Im Bereich der stationären Pflege muss in Pandemiezeiten die Fachquotenregelung zur Sicherstellung der Versorgung verringert werden können.

- Eine Maskenpflicht für Heimbewohner in stationären Einrichtungen darf nicht generell für alle Gemeinschaftsflächen verfügt werden. Es müssen mildere Mittel zur Unterbrechung von Infektionsketten geprüft und die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.
- Die psychischen Auswirkungen der Pandemie sollten noch strukturiert nach verschiedenen Zielgruppen wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Die Ergebnisse sollten anschließend politisch bewertet und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen entwickelt werden.
- Nach der aktuellen Landespflegestatistik 2021 werden 83% der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg ambulante versorgt. Damit pflegende Angehörige mit den zusätzlichen Belastungen nicht alleine gelassen werde, sind die Dienstleister im ambulanten Bereich gesetzlich zu verpflichten, ihre Versorgung auch im Falle einer Pandemie oder Krise sicherzustellen.

Themenfeld 2) Staatliche Krisenvorsorge

Breitbandinfrastruktur

Internet/Breitband im ganzen Land ist Grundvoraussetzung für eine gute Krisenbewältigung. Für den Sozialverband VdK ist diese notwendig, damit die Rechtsberatung und die Zusammenarbeit mit den Gerichten aufrechterhalten werden kann. Der sichere Rechtsverkehr zwischen den Gerichten und den Parteien muss gewährleistet werden.
Trotz allem können nicht alle Mitglieder online oder telefonisch beraten werden oder an Gerichtsverhandlungen teilnehmen, sondern müssen vor Ort beraten und betreut werden. Dies ist in der staatlichen Krisenvorsorge zu berücksichtigen.

Armut und Bildung

Die Corona-Pandemie und die Inflation in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben gezeigt, dass von den negativen Folgen einer Krise die Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen am härtesten betroffen sind. Überdurchschnittlich betroffen sind insbesondere Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderung und Rentnerinnen und Rentner.

Kinder von einkommensschwachen und bildungsfernen Eltern haben in der Pandemie besonders häufig den Unterricht verpasst. Dies liegt daran, dass diese Kinder nicht über die nötige technische Infrastruktur für Homeschooling verfügen und sie aus verschiedenen Gründen von ihren Eltern nicht so unterstützt werden wie gewünscht bzw. notwendig.
Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, darunter wieder sehr häufig Frauen, waren überdurchschnittlich stark von den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wie z.B. die Schließung der Gastronomie betroffen.

Empfehlungen zu Armut und Bildung:

- Verlässliche Kinderbetreuung gewährleisten: Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. hat hauptamtlich 77% Frauen und einen Teilzeitanteil von 55% der Mitarbeitenden. Während der Pandemie hat das nach wie vor mehrheitlich verankerte Rollenverständnis dazu geführt, dass vor allem weibliche Mitarbeitende zur Kinderbetreuung zu Hause blieben. Die dazu notwendigen Veränderungen wie Kinderkrankengeld waren gut.

- Kitas wie Schulen muss in Zukunft zur kritischen Infrastruktur gehören und dürfen nicht geschlossen werden. Sollten Schließungen aus pandemischen Gründen unvermeidbar sein, so muss eine Notbetreuung für Kinder und Jugendlich gewährleistet werden. Dabei sollten nachbarschaftliche Strukturen unbürokratisch und unterstützend durch eine klare Grundlage berücksichtigt werden.
- Bildungsferne Schichten sind durch das Homeschooling nicht erreicht oder wegen fehlender Infrastruktur benachteiligt worden. Die psychischen und langfristigen gesellschaftlichen Konsequenzen sind nicht gebührend abgewogen worden gegenüber dem berechtigen gesundheitlichen Schutz des möglichst größten Teils der Bevölkerung. Inklusive Strukturen blieben unberücksichtigt. Es müssen Kriterinen und/oder Handlungsempfehlungen vor der nächsten Pandemie erarbeitet werden, um auch solche gesellschaftlichen Belastungen zu vermeiden.
- Regelmäßig Sozialgipfel einberufen: Am Beispiel des Strategiedialogs „innovatives und bezahlbares Wohnen" wird deutlich, dass Probleme im Dialog der verschiedenen Interessengruppen verständlicher erfasst und politisch rascher und besser gelöst werden können.
- Statistisches Monitoring der sozialen Lage des Landes überarbeiten. Es sollte überprüft werden, welche Daten zusätzlich zu erfassen sind wie z.B. der Energieverbrauch in Relation zu Einkommen und Vermögen um Energiearmut abbilden zu können.

Kommunikation und Information

Das Medienverhalten hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Es werden immer mehr Quellen zur Verfügung gestellt. Eine Prüfung auf den Wahrheitsgehalt der verbreiteten Information lässt sich nicht mehr zeitnah bewerkstelligen.
In einer Pandemie wird es zur großen Herausforderung, die Hoheit über die Informationen zu behalten und Informationen mit hoher Glaubwürdigkeit zu verbreiten. In der vergangenen Pandemie ist dies nicht gelungen. Die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern war unklar, wenig abgestimmt, widersprüchlich, was dazu führte, dass gewisse Kreise und Schichten sich so beeinflussen ließen, dass angeordnete Maßnahmen nicht respektierte, geschweige denn akzeptierte.

Empfehlungen zu Kommunikation und Information

- Kommunikationsstrategie entwickeln und wichtige Akteure einbeziehen: Weder war klar erkennbar, wer die Verantwortung hat, noch waren die wesentlichen Akteure eingebunden. Notwendig wären tägliche Informationen zur Pandemielage und zu den Handlungsempfehlungen in allen von Bürgerinnen und Bürgern genutzten Kanälen. Die ständige Wiederholung ist notwendig und unverzichtbar. Die Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger sind wichtige Akteure, die über die notwendigen personenbezogenen Daten verfügen. Die Kosten für eine solche Kommunikationsstrategie und die entsprechenden Maßnahmen sind von vornherein aus Steuermitteln zu finanzieren
- Menschen mit Behinderungen in Pandemie- und Katastrophenschutzplänen besser berücksichtigen: In Krisensituationen wie Pandemien oder Naturkatastrophen sind Menschen mit Behinderung eine besonders gefährdete und verletzliche Personengruppe. Nach Artikel11 der UN-BRK muss die Bundesrepublik alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um in Gefahrensituationen, humanitären Notlagen und Naturkatastrophen, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Das ist bisher nicht ausreichend umgesetzt. So hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie anfällig

unser Gesellschaftliches System sein kann und wie schwer es ist, in einer Krisensituation das Wohl und die Wahrung der Menschenrechte aller Bürger zu garantieren.

- Barrierefreie Krisenkommunikation: Alle Menschen sind in Krisensituationen auf verlässliche und aktuelle Informationen angewiesen. Menschen mit Behinderungen sind in besonderem Maße darauf angewiesen, dass diese Informationen barrierefrei sind. Alle aktuellen staatlichen Informationen und Hinweise von Behörden wie dem Robert Koch-Institut(RKI) zur Entwicklung der Corona-Pandemie, Maßnahmen des Infektionsschutzes, Verpflichtungen und Ausnahmeregelungen müssen von Bund und Ländern zeitgleich auch in barrierefreier Form in allen Formaten (Gebärdensprache, Brailleschrift, einfache und leichte Sprache) problemlos auffindbar zur Verfügung gestellt werden. Alle Menschen mit Behinderungen müssen sich niedrigschwellig mit ihren Fragen und Anliegen an öffentliche Stellenwendenkönnen. Insbesondere hörbehinderte Menschen benötigen ein schriftliches und gebärdensprachliches Angebot zur Kontaktaufnahme und die Bereitstellung von entsprechenden Beratungsangeboten (z. B. Corona-Hotline für gehörlose Menschen). Auch Katastrophenwarnungen müssen barrierefrei sein. So lange der Zugang zu Informationen nichtgleichberechtigt ist, solange es keinen barrierefreien Notruf gibt und räumliche oder sprachliche Barrieren bestehen, so lange werden Menschen mit Behinderungen in Notsituationen stärker gefährdet und stärker betroffen sein. Der Staat muss dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen im gleichen Maße Hilfe und Schutz erfahren. Warnsysteme zum Beispiel, die ausschließlich via Smartphone funktionieren, werden immer einzelne Personen ausgrenzen, Informationen in schwerer Sprache für manche immer unverständlich bleiben. Bund und Länder müssen ein abgestimmtes Gesamtkonzept für einen barrierefreien Katastrophenschutz und eine barrierefreie Krisenkommunikation in Notfällen vorlegen. Folgende Nachbesserungen sind erforderlich: Gehörlose, taubblinde und andere Nutzer mit Hörbehinderungen müssen einen Zugang zu Notdiensten über elektronische Kommunikationsdienste (Echtzeittext, Gesamtgesprächsdienste, Relay-Dienste, Notruf-App) haben, der gegenüber dem Zugang zur Notrufnummer 112 funktional gleichwertig ist. Die Notrufe müssen über den Telefonvermittlungsdienst beziehungsweise Relay-Service und per Notruf-App des Bundes sowohl in Deutsche Gebärdensprache(DGS) als auch in Schriftsprache rund um die Uhr kostenfrei abgesetzt werden können, um die staatliche Sicherheit und den staatlichen Schutz in Notruf- beziehungsweise Gefahrensituationen zu gewährleisten.

Themenfeld 3) Gesellschaftliche Strukturen und besondere Zielgruppen

Empfehlungen zur Vergabe von (Impf)terminen

- Die Impfterminvergabe muss besser organisiert werden. Wir lehnen die Vergabe nach dem Windhundprinzip wie in der Corona-Pandemie ab. Impfwillige bzw. ihre Helfer haben zu allen Tages- und Nachtzeiten versucht einen Impftermin zu bekommen. Dabei wäre es viel einfacher gewesen, dass man sich bzw. jemanden einmalig als Impfwillig meldet bzw. in eine Datenbank einträgt und dann sobald vorhanden einen Impftermin in seiner Nähe mitgeteilt bekommt. Das wäre zumindest für alle Alterskohorten im Ruhestand ein praktikableres vorgehen gewesen. Wer nicht zum mitgeteilten Impftermin erscheint, wird in der Terminschlange wieder hinten eingereiht.
- Digitale Möglichkeit von online Buchung von Impfterminen durch Dritte rechtssicher ermöglichen. Die digitalen Möglichkeiten der unterstützenden Personen (Nachbarschaftshilfe) sind vermutlich wegen des Datenschutzes eingeschränkt gewesen.

- Die Daten von fast 10 Mio. Einwohnerinnen des Bundeslandes sind bei den Gesetzlichen und Privaten Krankenversicherungen vorhanden. Damit können besonders vulnerablen Gruppen Termine vorgeschlagen werden.
- Mobile Impfzentren haben sich bewährt. Eine Struktur mit entsprechenden zeitlichen Einsätzen ist aufzubauen und vorzuhalten, inkl. Schutzmaterial für das eingesetzte Personal, auch Hygienemittel.
- Datenschutzrechtliche Hürden zu Nachweisen über Impfungen abbauen: Über ein Jahr durften Arbeitgeber aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes keine Nachweise erfragen. Dies hat zu Spekulationen innerhalb von kleinen und mittleren Unternehmen geführt. Als die Nachweispflicht eingeführt wurde, haben alle Mitarbeitenden ohne Impfung den Nachweis erbracht und konnten ohne Stigmatisierung ihre Aufgaben erledigen. Es ist nötig, Datenschutzregelungen zu erlassen, die solche Nachweise rasch ermöglichen, insbesondere dann, wenn dadurch die Verbreitung von Krankheiten bekämpft werden kann.
- Datenmissbrauch muss verhindert werden.

Empfehlungen zum Schutz und zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung

- Für Menschen mit Behinderung hat diese Krise bereits bestehende Problemlagen verschärft. Viele Menschen mit Behinderungen haben ein deutlicherhöhtes Risiko für einen schweren Verlauf einer COVID-19-Erkrankung. Gleichzeitig haben sie beispielsweise durch ihren Assistenz- und Pflegebedarf oder aufgrund des Lebens in einer Einrichtung ein deutlich höheres Ansteckungsrisiko. In der Pandemie sind viele ambulante Unterstützungsstrukturen und andere Hilfen weggebrochen. Häufig wurden Familien zum Ausfallbürgen" sozialstaatlicher Leistungen. Wenn wegen fehlender Pflege und Betreuung eine berufliche Tätigkeit nicht mehr möglich war, drohten den Angehörigen Gehaltseinbußen. Entlastungen wurden nur schrittweise und oft erst nach Wochen oder Monaten auf den Weg gebracht. Der Zugang zu Schutzkleidung (Masken, Handschuhe, Desinfektionsmittel) war nur eingeschränkt möglich.

Empfehlungen zur Entlastung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten

- Rechtssicherheit für Ehrenamtliche Unterstützungsangebote wie z.B. Transportangebote zu Impfstellen muss in Pandemiezeiten klar geregelt sein. Viele Ehrenamtlich Engagierte haben z.B. Fahrten zu Impfzentren nicht ausgeführt, weil die mitfahrende Person, die dringend geimpft werden sollte, nicht versichert war.
- Online Anfragen, Einkaufsservice, Sorgentelefon für Mitglieder. Für solche Angebote sollte es auch einen Versicherungsschutz durch das Land geben.
- Um ehrenamtlichen Präsenzveranstaltungen in einer Pandemie durchführen zu können, sollte bei begrenzten Testkapazitäten die Möglichkeit von sogenannten Pool-Testungen genutzt werden.
- Ehrenamtliche Strukturen sollten besser eingebunden werden, indem diese bei regelmäßig stattfindenden Katastrophenübungen einbezogen werden. Das verstärkt die Abläufe und die Routine in speziellen Lagen.

SOZIALVERBAND VdK BADEN-WÜRTTEMBERG Im Mittelpunkt der Mensch.

Themenfeld 4) ökonomische Aspekte

Vorbemerkung:

Im Rahmen der Erhebung zur Studie des Sozialverbandes VdK „Pflege zu Hause - zwischen Wunsch und Wirklichkeit" die 2021 durchgeführt wurde und an der sich über 56.000 Teilnehmern - davon 4.800 aus Baden-Württemberg – beteiligt haben, wurde aus gegebenem Anlass der Fragebogen um ein Kapitel zur pflegerischen Versorgung in der Corona-Pandemie erweitert und eine Sonderauswertung dazu vorgenommen.

Empfehlungen:

- Belastung von Berufstätigen pflegenden Angehörigen beachten: Knapp ein Drittel (31,9%) gaben an Berufstätigkeit und Pflege lassen sich auch während der Pandemie gut vereinbaren. Allerdings fanden es ca. 4 von 10 (39,8%) der pflegenden Angehörigen durch Corona noch schwieriger, Pflege und Berufstätigkeit zu vereinbaren. Hier sehen wir Handlungsbedarf, da lediglich 14,3% der pflegenden Angehörigen angegeben haben, ihr Arbeitgeber unterstütze sie so, dass die Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit gut zu schaffen ist.
- Hilfen für die Industrie und die Wirtschaft nicht für Konzerne, die Boni oder Dividenden auszahlen: Kurzarbeitergeld und andere Hilfen wurden unbürokratisch vergeben und waren im Ansatz gut. Allerdings konnten Konzerne, die mit Kurzarbeitergeld oder Hilfsgeldern unterstützt wurden trotzdem Dividenden und Boni auszahlen. Dies steht im krassen Widerspruch dazu, dass die Hilfe für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen waren, restriktiv gehandhabt wurde. Das schadet dem Gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet unsere Demokratie. Das Land muss sich im Bundesrat dafür einsetzten, dass staatliche Hilfen nur an Firmen ausgezahlt werden, die keine Dividenden und Boni auszahlen. Solch eine Regelung muss auch eine Verlagerung der Auszahlung von Boni und Dividenden für den Zeitraum des Bezugs von Kurzarbeitergeld und staatlichen Hilfen in andere Jahre untersagen.
- Bei künftigen Krisen sollten Not- und Härtefallfonds aus Landesmitteln nicht nur für die Wirtschaft und Selbständig, sondern auch für sozial benachteiligte Menschen bereitgestellt und unbürokratisch ausgestaltet werden.
- Energie und Wohnung gehören zur Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass der soziale Wohnungsbau mit größerem politischem Willen angepackt wird. Die nächste Krise wird wieder die armen Bevölkerungsschichten besonders stark treffen.

Noch einmal bedanken wir uns für die Möglichkeit, diese Stellungnahme abzugeben. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Empfehlungen in ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen. Für persönliche Gespräche mit der Kommission, ihrer Mitglieder oder den demokratischen Landtagsfraktionen stehen wir sehr gerne zur Verfügung.

Hans-Josef Hotz
Landesverbandsvorsitzender Sozialverband VdK Baden-Württemberg

Stuttgart, den 11. Mai.2023

Schriftliche Stellungnahme des

Tafel Baden-Württemberg e.V.

an die

Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“
des Landtags von Baden-Württemberg

Mai 2023

Schriftliche Stellungnahme des Tafel Baden-Württemberg e.V.

an die

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg

Vorbemerkung:

Die Tafel Baden-Württemberg e.V. begrüßt die Bemühung des Landtags von Baden-Württemberg die gesellschaftliche Krisenfestigkeit zu stärken und bedankt sich für die Einladung eine Stellungnahme einzureichen.

Tafel Baden-Württemberg e.V. betreut im Land Baden-Württemberg 146 Tafeln und zusätzlich 40 Ausgabestellen. Wir unterstützen mit über 9.000 ehrenamtlichen Helfern ca. 150.000 Familien. Unsere Kunden sind zu 23 % Jugendliche, 53 % Erwachsene im berufsfähigen Alter und 24 % Rentner.

Die Kundenzahl hat sich in den letzten 14 Monaten, unter anderem durch den Krieg in der Ukraine, um ca. 50 % erhöht. Dies ist vor allem einem erhöhten Zugang von Geflüchteten geschuldet.

a) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern;

Die folgenden Maßnahmen wurden von Tafeln in Baden-Württemberg ergriffen, um Tafel Kundinnen und Kunden und Helferinnen und Helfer in der Corona-Krise zu unterstützen:

- Kontaktaufnahme zu Gesundheitsämtern zur Absicherung geeigneter Maßnahmen. Tipps einholen, schnelle Kontaktaufnahme bei Fragen sicherstellen.
- Mehrsprachig Informationen zu Schutzmaßnahmen erstellt und ausgelegt
- Weiterleitung von Impfwilligen an lokale Arztpraxen oder stationierte Impfbusse
- Organisation von Impfaktionen bei den Tafeln vor Ort, gemeinsam mit Gesundheitsämtern

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

- Es wurde bei Bedarf an städtische Stellte zur Gesundheitsberatung und für andere Hilfeleistungen verwiesen
- Ausgabe von Tests zum Kauf, Masken und Desinfektionsmittel auch kostenlos in den Tafeln angeboten
- Fortbildung von Tafel-Helferinnen und Helfern zu autorisierten Testern
- Regelmäßige kostenlose Testung der Helferinnen und Helfer
- Direkte Ansprache von Personenkreisen, die gesellschaftlich eher ausgeschlossen und verunsichert sind, durch vertraute Personen, um ihnen bei akuten Problemen, wie Impfschutz, welches Amt kann helfen etc. zur Seite zu stehen.

Aus den Erfahrungen der Tafeln während der Corona-Pandemie ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

- Gute Vernetzung der verschiedenen Akteure auf der lokalen Ebene, um Weiterleitungen und Verweise möglich zu machen und so weitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.
- Mehrsprachige Informationen an verschiedenen Orten, die von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen aufgesucht werden.

b) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, Krisenkommunikation so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsteile erreicht werden;

Tafeln in Baden-Württemberg haben die folgenden Kommunikationsmaßnahmen ergriffen, um Tafel Kundinnen und Kunden in der Corona-Krise mit Informationen zu unterstützen:

- mehrsprachige Informationen zur Pandemie (siehe *a) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, die Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung zu verbessern)*

Die folgenden Kommunikationsmaßnahmen wurden ergriffen, um eine gestiegene Anzahl an Tafel Kundinnen und Kunden zu unterstützen, die von Inflation und dem Angriffskrieg in der Ukraine betroffen waren:

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

- mehrsprachige Informationen zu Aufgaben der Tafeln, grafisch aufgearbeitete um sie ansprechend und niedrigschwellig zu gestalten
- mehrsprachige Informationen zu anderweitigen Angeboten bei Trägern, Nachbarorganisationen, Stadt oder Kommune
- Teilnahme an runden Tischen zu steigenden Energiekosten von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden
- Ausweitung der Öffnungszeiten aufgrund der gestiegenen Kundenzahlen

Aus den Erfahrungen der Tafeln ergibt sich folgende Handlungsempfehlung:

- mehrsprachige, einfach verständliche, ansprechend gestaltete Informationsmaterialien bereitstellen, die die Bevölkerung über Unterstützungsangebote informiert

Grundsätzlich ist keine „aufsuchende Kommunikation“ durch die Tafeln möglich, da Telefonnummern und/oder Mail Adressen der Kundinnen und Kunden fehlen. Informationen können nur vor Ort ausgelegt und bereitgestellt werden.

c) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sowie eines solidarischen Gemeinwesens weiter voranzutreiben;

Tafeln in Baden-Württemberg setzten sich vielfältig für einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches Gemeinwesen ein.

Tafeln sind Begegnungsstätten für Kundinnen und Kunden, aber auch für Begegnungen mit Tafel-Aktiven. Manche Tafeln bieten Cafés, Restaurants, Nachhilfe für Kinder und Erwachsene und andere Angebote zur Integration zusätzlich zur Lebensmittelausgabe an. Außerdem gibt es Angebote wie Sommerfeste, Tag der offenen Tür und andere Feste, um die Position der Tafel als Teil der Gesellschaft zu erläutern und um Kundinnen und Kunden zusammenzubringen. Diese öffentlichkeitswirksamen Feste erlauben es der breiteren Bevölkerung eigenen Eindrücke der Tafel-Arbeit zu gewinnen.

Trotz der zahlreichen Bemühungen der Tafeln gab es vereinzelt rassistische Vorfälle unter der Tafel-Kundschaft und von außen; diese Vorfälle wurden in Einzelgesprächen geklärt, was einen extremen Mehraufwand bedeutete.

Mancherorts haben Tafeln gesonderte Öffnungszeiten für verschiedene, konfliktbehaftete Kunden-Gruppen eingeführt. Dies sollte allerdings vermieden

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

werden, da es zusätzlichen Aufwand bedeutet und die Integration und den Austausch unter den Kundinnen und Kunden einschränkt.

Tafeln haben auch die Erfahrung gemacht, dass Angebote von Geldgebern eingeschränkt werden, um Sozialneid zu vermeiden und Spannungen vorzubeugen. Die Stadt Offenburg beispielsweise hat die Mittel für die Anschaffung von Schulranzen durch die Tafel begrenzt, damit Tafel-Kinder nicht auffallen.

Hierbei ist zu erwähnen, dass nur ein geringerer Anteil der Personen, die Hilfe brauchen würden zu den Tafeln kommen. In Baden-Württemberg werden circa 150.000 Familien von Tafeln unterstützt.

d) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken;

Die Tafel Baden-Württemberg e.V. vertritt die Meinung, dass die Stärkung der Resilienz eine Aufgabe des Staates ist. Tafeln unterstützen Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Tafeln sind keine Grundversorger für Menschen in Not. 45% der Tafeln im Bundesland sind eingetragene Vereine und arbeiten fast ausschließlich ehrenamtlich. 55% der Tafeln sind in Trägerschaft und haben oft eine Tafelleitung in Beschäftigung, die die ehrenamtlichen Tafel-Aktiven koordiniert.

Tafeln sind meist selbst von Krisen betroffen. 15-20% der Tafeln im Landesverband der Tafeln in Baden-Württemberg hatten zu Beginn der Corona-Pandemie geschlossen, um Tafel-Aktive sowie Kundinnen und Kunden zu schützen. Viele Tafeln haben durch die Pandemie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer verloren, die ihre Aufgaben nach Corona-Schließungen nicht wieder aufgenommen haben.

In der aktuell andauernden Krise gibt es teilweise immer noch Aufnahmestopps, da Tafeln nicht genug Lebensmittelspenden haben, um neue Kundinnen und Kunden in ihr Register aufzunehmen.

e) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, dabei insbesondere die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie die Teilhabechancen junger Menschen und marginalisierter Bevölkerungsteile in den Fokus zu nehmen;

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

Tafeln in Baden-Württemberg bieten eine Vielzahl an Angeboten für Kinder und Jugendliche an. Diese Angebote richten sich an Kinder und Jugendliche aus Tafel-Familien, deren Eltern von einer Tafel mit Lebensmitteln unterstütz werden.

Angeboten werden beispielsweise Einschulungsfeste, Hausaufgabenhilfe, Kochkurse für Kinder, Lesegruppen mit örtlichen Büchereien oder Buchläden, Kinderfreizeiten.

Gelegentlich gibt es auch Angebote für Tafel Kundinnen und Kunden im Rentenalter, wie beispielsweise Senioren-Cafés oder organisierte Ausflüge.

Fast alle Tafeln bieten außerdem Lieferdienste für Menschen mit Mobilitätseinschränkung ein, um sie mit Lebensmitteln zu unterstützen.

Ein Erfolgsfaktor der Tafel-Angebote ist ihre Niedrigschwelligkeit. Beispielsweise kommen Eltern bereits zur Tafel, um Lebensmittel zu besorgen. Ihre Kinder dann mit in die Tafel zu bringen, damit sie dort zur Hausaufgabenbetreuung gehen, bedeutet einen sehr geringen Mehraufwand für die Eltern.

Eine direkte Ansprache auf Krisensituationen durch vertraute Personen kann Bevölkerungskreisen, die gesellschaftlich eher ausgeschlossen und verunsichert sind, ein besseres Verständnis der Krise und getroffener Krisenmaßnahmen vermitteln.

f) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, der zunehmenden Polarisierung, mitverursacht beispielsweise durch Verschwörungsmythen, Fake News und Radikalisierungstendenzen, entgegenzuwirken und vorzubeugen.

Wie bei Punkt *d) Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, die Resilienz, das Urteilsvermögen und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken*, ist der Wirkungsspielraum der Tafeln bei der Polarisierungsprävention gering einzuschätzen.

Grundsätzlich wird Aufklärung geleistet, wenn es zu Vorfällen in den Tafeln kommen sollte. Während der Corona-Pandemie wurde beispielsweise erläutert, warum eine Maskenpflicht existiert oder warum Impfungen wichtig für die Pandemiebekämpfung sind.

Es ist vorgekommen, dass Spenden abgelehnt werden mussten, weil sie nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden sollten. In diesen Fällen wurde dem Spender oder der Spenderin eine Begründung gegeben, warum die Tafel die Spende nicht annehmen kann.

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

Konkrete Handlungsempfehlung:

Zusätzlich zu den bereits aufgeführten Vorschlägen empfiehlt die Tafel Baden-Württemberg weitere konkrete Maßnahmen.

Zuerst sollten armutsbetroffene Menschen umfangreichere und leichter abrufbare Unterstützung vom Staat erhalten. Besonders Kinder und Jugendlich leiden sehr unter den Krisen der letzten Jahre. Leider wurde auch empirisch festgehalten, dass die Auswirkungen der Krisen auf die Bildungserfolge, die körperliche und mentale Gesundheit von Minderjährigen aus armutsbetroffenen Familien um ein Vielfaches gravierender sind.

Priorisierte Schutzmaßnahmen aller, die direkten Kontakt zu den Tafelkunden haben, da die meisten ehrenamtlichen Helfer zur vulnerablen Bevölkerungsgruppe gehören.

Des Weiteren spricht sich die Tafel Baden-Württemberg für eine finanzielle Unterstützung der lokalen Tafeln aus, beispielsweise durch die Erlassung von Miete, von Nebenkosten oder von Entsorgungsgebühren.

In diesem Zusammenhang begrüßt die Tafel Baden-Württemberg die Bereitstellung von je 275.000€ in den Jahren 2023 und 2024 für Tafeln im Land. Diese finanzielle Unterstützung ermöglicht die Logistik-Arbeit der Tafeln und hilft dabei die koordinierende Arbeit der Geschäftsstelle des Landesverbandes zu finanzieren, wodurch die Tafel-Arbeit krisenfester wird.

Tafel Baden-Württemberg e.V.
c/o Diakonisches Werk Württemberg e.V.
Heilbronner Straße 180
70191 Stuttgart
E-Mail: info@tafel-bw.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

VAMV LV · Gymnasiumstr. 43 · 70174 Stuttgart

Gymnasiumstr. 43
70 174 Stuttgart
Tel.: 0711 - 2484711
Kontakt: vamv-bw@web.de
www.vamv-bw.de
Kreissparkasse — Esslinger
IBAN DE23611500200010466603
BIC ESSLDE66XXX

Enquetekommission
Krisenfeste Gesellschaft

16.05.2023

Die Corona-Krise mit ihren finanziellen und sozialen Auswirkungen traf und trifft Alleinerziehende in besonderem Maße. Die Krise hat bestehende Ungleichheiten verschärft und die Alleinerziehenden zu Krisenverliererinnen gemacht! Der Spagat zwischen Erwerbsarbeit und Homeschooling hat Alleinerziehende an ihre körperlichen und gesundheitlichen Grenzen gebracht. Gleichzeitig sind sie bei den Coronahilfen vielfach durchs Raster gefallen, wie etwa zu Beginn der Pandemie beim Anspruch auf Notbetreuung **(in Baden-Württemberg hatten Alleinerziehende im Homeoffice im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nie einen Anspruch auf Notbetreuung)** oder bei der Verrechnung des halben Kinderbonus mit dem Kindesunterhalt trotz voller Mehrbelastung. Doppelte Belastung und halber Bonus – dafür hatten die Betroffenen kein Verständnis.

Bereits vor der Pandemie war die Lebenslage „alleinerziehend“ hohen Belastungen ausgesetzt. Die Hauptverantwortung für Einkommen, Erziehung, Betreuung und Haushalt, wenig Zeit für eigene Bedürfnisse, Mehrfachbelastung und häufig arm trotz Arbeit prägte den Alltag. Die wichtigsten Ursachen für die hohe Armutsbetroffenheit liegen in der ungerechten Entlohnung, im fehlenden Kindesunterhalt, im Steuerrecht und in den steigenden Mietkosten, die oft die Hälfte der monatlichen Einnahmen ausmachen, begründet. Familienleistungen erreichen Alleinerziehende nicht oder kommen aufgrund der Schnittstellenproblematik mit anderen Leistungen nur begrenzt an. Die fehlende bedarfsgerechte Kinderbetreuung zwingt die Alleinerziehende sehr häufig ungewollt in eine nicht existenzsichernde Teilzeitbeschäftigung.

Wie wichtig eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur ist, haben alle Familien zu spüren bekommen, als im März 2020 Kitas und Schulen geschlossen wurden. Es war eine Zeit voller Ungewissheiten und offener Fragen? Auch 2021 war diese Herausforderung weiter präsent. Das Problem der Kinderbetreuung wurde ins Private verlagert.

Die Kita schließt um vier, die Schicht geht bis um sieben: Betreuungszeiten passen nicht zu den Arbeitszeiten vieler Eltern. Eine bezahlbare zusätzliche Betreuung für Randzeiten frühmorgens, spätabends und am Wochenende ist nicht zu finden. Alleinerziehende bleiben dann wider Willen in Teilzeit, besonders bei atypischen Arbeitszeiten, wie etwa im Handel oder in der Pflege. Um mit gutem Gefühl und im benötigten Umfang arbeiten gehen zu können, brauchen sie Betreuungsangebote, die sich an ihren tatsächlichen Bedarfen und den Bedürfnissen ihrer Kinder orientieren. Derzeit wird die Situation durch den immensen Fachkräftemangel verschärft. Immer mehr Kitas reduzieren ihre Öffnungszeiten mit fatalen Folgen für die Alleinerziehenden. Sie können dann Beruf und Familie noch weniger vereinbaren und sind erneut auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Ohne bedarfsgerechte Kinderbetreuung können Alleinerziehende nicht ausreichend arbeiten, um für sich und ihre Kinder zu sorgen. Neben entsprechenden Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen braucht es einen Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige, möglichst kostenfreie, flexible, ergänzende Kinderbetreuung auch zu Randzeiten und am Wochenende.

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Wir erhielten Rückmeldung von Alleinerziehenden, die von ihrem Arbeitgeber während der Pandemie unter Druck gesetzt wurden.

Familienfreundlichkeit muss in der Arbeitswelt konsequent verankert werden. Arbeitnehmer*innen brauchen ein Recht auf Wahl der Arbeitszeitlage und des Arbeitsortes, sofern keine betrieblichen Gründe dagegensprechen.

Hinzu kamen finanzielle Einbußen sowie der Verlust der Entlastungmöglichkeiten durch die Kontaktbeschränkungen.

In Paarfamilien kann diese Last auf zwei Schultern verteilt werden. Viele Alleinerziehende dagegen standen vor der Situation, Arbeit, Kinderbetreuung, Homeschooling und Alltag vereinbaren zu müssen. Die Alleinzuständigkeit wurde den Betroffenen auf bedrohliche Weise bewusst. Anders als in anderen Bundesländern, hatten im Homeoffice arbeitende Alleinerziehende in Baden-Württemberg keinen Anspruch auf einen Notbetreuungsplatz. Notbetreuung_fuer_AE_in_den_Bundeslaendern (3) (1).pdf
Die Wohnsituation mit keinen oder nur geringen Rückzugsoptionen führte zu Spannungen in der Familie. Mehrkosten für Lebensmittel und EDV-Ausstattung belasteten zusätzlich. Dazu kam die Angst vor Einkommensverlusten, vor eigener Erkrankung und um den Arbeitsplatz. Viele Arbeitgeber zeigten wenig Verständnis für die eingeschränkte Verfügbarkeit. Der zweite Elternteil stand nicht immer zur Verfügung oder wohnte zu weit entfernt, um eine wirkliche Unterstützung zu leisten. Viele Betroffene äußerten ihre Besorgnis, diesem psychischen Druck nicht standhalten zu können.

Schließungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen müssen daher kompensiert werden, entweder durch einen gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Notbetreuung für Alleinerziehende oder durch finanzielle Ausgleichszahlungen wie ein Corona-Elterngeld mit Kündigungsschutz und 100% Lohnausgleich, da 67% des Nettoeinkommens bei kleinem Verdienst für den Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Hilfsmaßnahmen – in der Coronakrise, in der aktuellen Inflation – müssen für Alleinerziehende auch unterm Strich eine echte Verbesserung bedeuten. Ein höheres Kindergeld ist für Alleinerziehende kein Plus, wenn sie Unterhaltsvorschuss oder Leistungen nach dem SGB-II beziehen, es kommt nur zur Hälfte an, wenn Kindesunterhalt fließt.

Schnittstellen zwischen Leistungen und Ansprüchen müssen besser aufeinander abgestimmt sein. Das ist für die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung elementar wichtig.

Durch den Lockdown fühlten sich Alleinerziehende mehr am Limit denn je. Daher kam das vom Sozialministerium Baden-Württemberg unterstützte Projekt „Online-Beratung“, welches 2020 beim VAMV-Landesverband anlief, genau zum richtigen Zeitpunkt. Es wurden dort Informationen zu finanziellen und anderen Hilfen gegeben und eine sozialrechtliche sowie psychosoziale Beratung geleistet. Für die Alleinerziehenden ist es wichtig, eine Anlaufstelle zu haben, die deren spezifische Lebenssituation kennt, ihre Sorgen und Anliegen ernst nimmt, Informationen vermittelt und besondere Bedarfe ermittelt. Die bis heute anhaltende sehr hohe Nachfrage nach der „Online-Beratung“ macht deutlich, dass ein solches Angebot erforderlich ist und zahlreich in Anspruch genommen wird. https://onlineberatung-vamv.assisto.online/

Da die Kosten (Personal, Miete, Sachkosten…) für Angebote wie die Online-Beratung jedes Jahr steigen, ist es erforderlich, die Mittel für diese Angebote zu dynamisieren.

Viele Alleinerziehende äußerten während der Pandemie das Bedürfnis nach mehr Vernetzung. Sie wollten sich einerseits nicht so einsam fühlen, sich mit anderen Müttern austauschen und andererseits für

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

künftige Notfälle ein Unterstützungsnetzwerk aufzubauen. Der VAMV-LV entwickelte ein Vernetzungsformular, welches einen unbürokratischen, niedrigschwelligen Austausch zwischen den Alleinerziehenden in Baden-Württemberg ermöglichte. Mit diesem Formular haben wir bereits mehr als 200 Alleinerziehende vernetzt. https://vamv-bw.de/wp-content/uploads/2021/04/Formular-Vernetzung-ausfuellbar.pdf

Aus diesen Kontakten sind an zwei Standorten in Stuttgart neue VAMV- Kontaktstellen entstanden. https://vamv-bw.de/stuttgart/

Um die Gleichstellung aller Familienformen auch über die Krise hinaus zu ermöglichen, ist es erforderlich die Alleinerziehenden und ihre Kinder als gleichberechtigte Lebensform anzuerkennen. Der VAMV fordert eine konsequente Gleichstellungspolitik im gesamten Lebensverlauf. Dazu gehört ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt mit Entgeltgerechtigkeit, Aufstiegschancen und einer familienfreundlichen Arbeitswelt, sowie eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung mit Anspruch auf flexible ergänzende Betreuung an den Randzeiten. Alleinerziehende benötigen Anreize für eine eigenständige Existenzsicherung mit einer Individualbesteuerung statt dem Ehegattensplitting. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen, den Kindesunterhalt und faire Lösungen im Unterhaltsrecht. Leistungen für Familien müssen auch bei Alleinerziehenden vollständig ankommen. Notwendig sind unterstützende, spezifische Beratungsstellen für Alleinerziehende, wie z. B. die „Online-Beratung“ und der Zugang zu einer geförderten haushaltsnahen Dienstleistung. Kurzfristig gilt es, die Schnittstellen von familienpolitischen Leistungen zu verbessern und neue Gesetze auf die Auswirkung auf Alleinerziehende zu überprüfen, bevor sie in Kraft treten. Die Schlechterstellung der einkommensschwächsten Haushalte wie beim Kinderfreizeitbonus oder bei der Schnittstelle Steuerfreibetrag und Wohngeld sollte dann nicht mehr vorkommen. Der VAMV fordert eine Kindergrundsicherung, bei der sichergestellt wird, dass diese am Lebensmittelpunkt des Kindes ankommt.

Wer Alleinerziehende besser für Krisen wappnen möchte, muss ihr hohes Armutsrisiko (46 %) wirksam senken. Eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten in der Pandemie, steigende Lebenshaltungspreise und Energiekosten treffen Alleinerziehende mit kleinen Einkommen besonders hart. Sie haben keinen finanziellen Puffer für Ungeplantes. Es braucht einen ressortübergreifenden Ansatz, der Arbeitswelt, Infrastruktur für Familien, Steuern, Sozial- und Familienleistungen zusammendenkt, um grundlegende Verbesserungen zu erreichen

Während der Pandemie erhielten wir unzählige Anrufe und E-Mails von Betroffenen
Hier einige O-Töne von Betroffenen (anonymisiert)

„Guten Tag, Ich bin nun seit 7 Wochen mit 2 Kindern alleine zu Hause und muss außerdem 20 h vom Home-Office arbeiten. Der Vater der Kinder ist in der USA, meine Eltern sind in England. Ich habe keine Unterstützung. Der Träger (die Evangelische Kirche) hat den Antrag auf die Notbetreuung abgelehnt. Dass die Länder das unterschiedlich umgesetzt haben, ist bedauerlich. Ich bin sehr enttäuscht. Vor allem, weil ich ganz klar keine Optionen für eine anderweitige Betreuung habe. Ich merke nach über 5 Wochen, dass ich an meinen Grenzen komme. Ich bin physisch Schlafmangel / Appetitslosigkeit/Erschöpfung) und psychisch (Stress, Unruhe, Druckgefühl) überfordert. Ich möchte und muss arbeiten, aber Home-Office mit 2 Kindern ist einfach nicht machbar. Ich hoffe Sie können mir irgendwie weiterhelfen. N.E. Heidelberg“

Hallo Frau Rösiger, heute für meinen Fall, eventuell auch hilfreich für andere Mütter. Ich habe den Glauben an unser System so langsam vollends verloren, werde von A nach B geschoben und so wirklich einen Durchblick hat bei den Ämtern wohl niemand. Meine LTA-Maßnahme trete ich nun am 11.5. ohne Kinderbetreuung an. Warum ohne? Weil ich ja keinen präsenzpflichtigen Arbeitsplatz habe und

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

auch nicht systemrelevant. Der Bürgerrat der Stadt Steinheim könne wohl keine Ausnahme machen, das Kultusministerium Frau M. meinte doch er könne. Und so geht es nun hin und her. Der eine weiß nicht was der andere tut und darf und niemand fühlt sich wirklich zuständig. Meinem EX Mann fiel dann heute noch ein, dass er keinen Beitrag für die Notbetreuung bezahlen möchte. So musste ich dann heute zu alle dem noch Kontakt mit dem Jugendamt aufnehmen um die Frage zu klären, warum Herr G. auf einmal keinen Kindergartenbeitrag mehr zahlen möchte. Das Jugendamt ist vollkommen überlastet Dann habe ich noch den absolut unverantwortlichen und unfassbar unverschämten Tipp von der Stadt erhalten, ich soll mich doch ans Jugendamt wenden und sagen das Kindeswohl sei gefährdet, dann wäre mir ein Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung sicher. Ich bin schockiert von solch einer Aussage. Es ist eine absolute Frechheit was mit uns Müttern gemacht wird."

„Liebe Frau Rösiger, ich habe gerade die E-Mail erhalten, dass die Petition "Kinderbetreuung und Coronakrise - Politik muss Lösungen für Alleinerziehende anbieten" erfolgreich beendet wurde. Dies hat mich sehr überrascht. In Baden-Württemberg ist die Notbetreuung leider noch nicht für alle erwerbstätigen Alleinerziehenden geöffnet worden. Nur wenn eine Präsenzpflicht am Arbeitsplatz besteht, kann die Notbetreuung genutzt werden. Das hilft aber nicht viel, wenn man Alleinerziehend ist und im Homeoffice arbeiten kann/muss. Ein Kindergartenkind stundenlang zu beschäftigen und nebenher auch noch Videokonferenzen und wichtige Telefonate zu führen ist einfach fast unmöglich. Haben Sie irgendwelche Informationen, dass Baden-Württemberg doch noch die Notbetreuung für alle erwerbstätigen Alleinerziehenden öffnet?
Mit besten Grüßen S.S"

Familienforschung, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
GesellschaftsReport BW
Ausgabe 4 – 2021
Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Corona Pandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien
Seite 21- 27 Interview mit Brigitte Rösiger
https://www.statistik-bw.de/FaFo/Familien_in_BW/R20214.pdf

Alleinerziehende zählen zu der am stärksten armutsgefährdeten Gruppe im Land. 2019 galten 42,5 % der Ein-Eltern-Haushalte als armutsgefährdet, aber nur 14,1 % der Paarhaushalte mit Kindern.

Da besondere Familienkonstellationen wie Ein-Eltern-Familien aufgrund geringer Fallzahlen in statistischen Analysen häufig nicht abgebildet werden können, laufen sie Gefahr, im gesellschafts- und sozialpolitischen Diskurs nicht sichtbar zu sein. Dabei unterscheidet sich ihre Lebensrealität grundlegend von Paarfamilien bzw. Familien ohne besondere Unterstützungsbedarfe. Die Corona-Pandemie hat die Lebenslage dieser Familien weiter zugespitzt und ihre Vulnerabilität offengelegt.

Dieses Kapitel zeigt anhand der Interviews mit Brigitte Rösiger, Geschäftsführerin des Verbands für allerziehende Mütter und Väter in Baden-Württemberg (VAMV-BW) deren Perspektive auf die Zeiten des pandemiebedingten Lockdowns und wie sich das Familien- und Erwerbsleben veränderte.

Wie haben die betroffenen Familien insbesondere die Zeit des ersten Lockdowns erlebt?
Brigitte Rösiger: „Für Alleinerziehende war es eine Zeit der vollkommenen Unsicherheit: Welche Regel gilt für uns? Sind wir aufgrund unseres Status systemrelevant und haben Anspruch auf Notbetreuung? Gibt es Ausgleichszahlungen? Diese Fragen waren für sie häufig existenziell. Sie fühlten sich mit ihnen allein gelassen. Vielen wurde das Gefühl des Alleinzuständigseins auf beängstigende Weise bewusst. Zu diesen Gefühlen der Unsicherheit und Einsamkeit kamen psychische Belast-

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

ungen und Druck hinzu. Wie soll ich Homeoffice und Homeschooling alleine und parallel bewältigen? Was, wenn ich selbst erkranke? Wer kümmert sich dann? Was, wenn ich in Kurzarbeit gehen muss oder meinen Job verliere?“

Was macht die Situation der Familien gerade in Zeiten der Pandemie so herausfordernd?
Brigitte Rösiger: „Da ist zunächst die Alleinzuständigkeit. Nicht alle Alleinerziehenden können sich auf den getrenntlebenden Elternteil verlassen. Sie mussten Betreuung, Beruf und den Alltag täglich alleine, ohne helfendes Umfeld meistern. Hinzu kommt die angespannte Wohnsituation. Viele Allein erziehende leben mit ihren Kindern auf engstem Raum. Das macht die Arbeit im Homeoffice und par alleles Homeschooling schwer. Häufig sind nicht für alle Familienmitglieder Schreibtische bzw. separate Räume verfügbar. Dies führt zu Spannungen. Besonders schwerwiegend ist die sich zu-ziehende finanzielle Schlinge. Viele Alleinerziehende leben an der Schwelle der Armutsgefährdung. Sie wussten nicht, wie sie die durch Homeschooling und-office entstandenen Mehrkosten unter anderem für EDV-Ausstattung bezahlen sollten. Um diese Aufwendungen abzufangen, gab es zwar Entschädigungszahlungen, die sich aber teilweise negativ auswirkten: Zum Beispiel verloren einige Alleinerziehende mit der Erhöhung des Entlastungsbetrags den Anspruch auf Wohngeld und hatten nun weniger Geld zur Verfügung. Auch das Kurzarbeitergeld oder Kinderkrankengeld war für sie zu gering, weil einige Alleinerziehende nicht Vollzeit arbeiten können und daher ohnehin weniger verdie-nen.“

Wie wirkten sich die Lockdowns auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus?
Brigitte Rösiger: „Die Erwerbstätigkeit Alleinerziehender steht und fällt mit der Kinderbetreuung. Notbetreuungsplätze standen in Baden-Württemberg letztendlich nur Alleinerziehenden in systemrelevanten Berufen zu oder wenn sie von Arbeitgeberseite als unabkömmlich eingestuft wur-den. Für die Betroffenen wäre es aber gut gewesen, allein aufgrund ihres Alleinerziehendenstatus An-spruch auf einen Notbetreuungsplatz zu haben. Einige Ein-Eltern-Familien waren auf den guten Willen der Träger angewiesen, die teilweise trotzdem die Kinder betreuten, auch wenn die erforderlichen Kriterien nicht vorlagen. War der zweite Elternteil nicht verfügbar, konnte von einer Vereinbarkeit nicht die Rede sein. Die Alleinerziehenden versuchten es irgendwie zu schaffen. Das konnte bedeuten, früh morgens und spät abends zu arbeiten, wenn die Kinder schlafen.“

Was hat sich durch die Pandemie in den Familien verändert?
Brigitte Rösiger: „Den Alleinerziehenden ist mit der Pandemie bewusstgeworden, dass sie sich vernetzen müssen, um sich in Notfällen gegenseitig unterstützen zu können, aber auch um weniger allein zu sein und über Sorgen mit anderen Alleinerziehenden sprechen zu können. Spätestens jetzt wissen sie, dass sie den Plan B immer in ihrer Tasche haben müssen. Für einige von ihnen kam das am VAMV-BW angesiedelte und vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg finanzierte Modellprojekt „Online-Beratung“ zur Hilfe, das im August 2020 auf dem Höhepunkt der Pandemie startete. Der VAMV-BW wurde mit Hilferufen überrannt. Ebenso entsteht als Reaktion auf die Hilfegesuche beim VAMV-BW eine Kontaktstelle mit dem Ziel der Vernetzung.“

Hier einige Best-Practice Beispiele für eine ergänzende Kinderbetreuung im Haushalt der Elternteile:

Sonne, Mond und Sterne beim VAMV-NRW, zunächst in Essen, jetzt in mehreren Städten in NRW
https://www.vamv-nrw.de/de/themen/randzeiten/
RABE, InVia Karlsruhe
file:///D:/VAMV%20Landesverband%20BaWu%20e.V/Themen%20A-Z/Thema%20Kinderbetreuung/2022/kurzbeschreibung-projekt-rabe-gemeinden.pdf
InVia Freiburg
https://www.invia-freiburg.de/2022/05/neues-angebot-bei-in-via-randzeitenbetreuung-fuer-kinder-von-alleinerziehenden/

Boerse Stuttgart Group

Stellungnahme der Gruppe Börse Stuttgart zur Enquetekommission des baden-württembergischen Landtags zum Thema „Krisenfeste Gesellschaft“

Stuttgart, 06.10.2023

1. Vorwort: Kurzvorstellung der Gruppe Börse Stuttgart 2
2. Die Bedeutung der Börse als kritische Infrastruktur 2
3. Börsen und Krisen 4
3.1 Allgemeine Krisen und Auswirkungen auf Geld- und Kapitalmärkte 4
3.2 Erfahrungen der Gruppe Börse Stuttgart aus der Corona-Pandemie 6
4. Handlungsempfehlungen 9

Boerse Stuttgart Group

1. Vorwort: Kurzvorstellung der Gruppe Börse Stuttgart

Die Gruppe Börse Stuttgart ist die sechstgrößte Börsengruppe in Europa mit strategischen Standbeinen im Kapitalmarkt- sowie im Digital- und Kryptogeschäft. Sie betreibt Börsen in Deutschland, Schweden und der Schweiz und hat als Vorreiter das größte Digital- und Kryptogeschäft aller europäischen Börsengruppen aufgebaut. Im börslichen Handel mit strukturierten Wertpapieren ist die Gruppe Börse Stuttgart Marktführer in Europa und beschäftigt rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Als ein zentrales Unternehmen des Finanzplatzes Stuttgart kommen wir sehr gerne der Einladung nach, zur Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg Stellung zu nehmen – sowohl schriftlich als auch persönlich in der öffentlichen Anhörung im Landtag am 13. Oktober 2023.

2. Die Bedeutung der Börse als kritische Infrastruktur

Börsen nehmen eine zentrale Stellung in der Volkswirtschaft ein. An Börsen besorgen sich Unternehmen Kapital, das ihnen institutionelle und private Investoren bereitstellen. Dieses Kapital benötigen die Unternehmen dringend für Investitionen in Wachstum, Digitalisierung und für die grüne Transformation. Börsen sorgen auch dafür, dass private Investoren sicher und mit einem transparenten Börsenpreis investieren können. Das ist sehr wichtig, denn die Deutschen hinken beim Vermögensaufbau hinterher. Verglichen mit den USA (60 Prozent) ist die Aktienquote in Deutschland mit 18 Prozent immer noch zu gering. Auch was ein stabiles Rentensystem angeht, bietet die Kapitalmarktanlage über Börsen attraktive Alternativen zur staatlichen Altersvorsorge.

Börsen sind eine kritische Infrastruktur, da sie für das Funktionieren des Gemeinwesens im Finanz- und Versicherungssektor notwendig sind und bei der Kapitalbildung und -allokation, dem Handel oder der Risikosteuerung eine entscheidende Rolle spielen.[1] Hinzu kommt: In Zeiten wirtschaftlicher Krisen geben sie dem Markt notwendige Stabilität und Kontinuität.

[1] Nach § 7 Abs. 4 BSI-KritisVO stellt der Handel mit Wertpapieren und Derivaten sowie die Verrechnung und die Abwicklung von Wertpapier- und Derivatgeschäften eine kritische Dienstleistung im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 1 BSI dar, da sie für das Funktionieren des Gemeinwesens im Finanz- und Versicherungssektor besonders wichtig ist. Börsen bilden daher eine kritische Infrastruktur

Boerse Stuttgart Group

Wirtschaftliche und politische Unsicherheiten und daraus resultierende Anpassungen des Anlegerverhaltens führen zu Preisschwankungen und Volatilität. Börsen müssen dabei so aufgestellt sein, dass sie dem hohen Handelsaufkommen technisch und organisatorisch gerecht werden, um den Handel auch in turbulenten Zeiten aufrecht zu halten.

Gerade mit Blick auf Letztere sind gut aufeinander abgestimmte „Emergency Playbooks“ für Börsen enorm wichtig. Als reguliertes Unternehmen der Finanzbranche ist die Gruppe Börse Stuttgart zu regelmäßigen Sicherheits-Audits verpflichtet. Vorgaben aus der „Markets in Financial Instruments Directive“ (MiFID II) sehen vor, dass Handelsplätze sicherstellen müssen, dass ihre Systeme widerstandsfähig sind, ausreichende Kapazitäten vorhalten und in Stresssituationen einen geordneten Handel gewährleisten können. Beispielsweise konkretisiert der regulatorisch-technische Standard „RTS 7“ (Commission Delegated Regulation 2017/584) die Anforderungen an widerstandsfähige und kapazitätsstarke Handelssysteme. Was die IT-Sicherheit anbelangt, muss die Gruppe Börse Stuttgart diverse Verpflichtungen aus Bundes- und EU-Gesetzen erfüllen. Unter anderem definiert die „KRITIS-Verordnung“, welche Bereiche als kritische Infrastruktur gelten und gibt Vorgaben u.a. hinsichtlich des IT-Risikomanagements, der IT-Sicherheit, Resilienz, Meldung von Vorfällen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das auf vorgegebenen Parametern zu erfolgende Selbst-Assessment und die Analyse von Schwachstellen. Beispielsweise wurde kürzlich am Handelsplatz der Börse Stuttgart eine Krisenstabsübung durchgeführt, bei der verschiedene Szenarien (Erpresseranruf, Erpresserschreiben, DDoS-Cyberattacke, unbefugte Personen erlangen Zugang zum Gebäude, etc.) simuliert und die Reaktionsfähigkeit erprobt wurden.

Die Gruppe Börse Stuttgart hat fest definierte Abläufe im Umgang mit Ausfällen, die durch technische Zwischenfälle verursacht werden, aufgestellt. Auch im Falle von Handelsunterbrechungen wurden klare Verfahren etabliert, um Auswirkungen auf Orders und den Handel zu minimieren, einen geordneten Handel wiederherzustellen und rechtliche Meldepflichten zu erfüllen. Das erfolgt nicht nur bei einer technisch bedingten Handelsunterbrechung, sondern auch dann, wenn im Handel gewisse Volatilitätsgrenzen überschritten werden. Über ein regulatorisch erforderliches „Emergency Playbook“[2] werden zudem Mechanismen dokumentiert, um eine adäquate Krisenkommunikation sicherzustellen.

[2] Siehe das Playbook der Gruppe Börse Stuttgart unter https://www.boerse-stuttgart.de/-/media/files/geschaeftspartner/reports/emergency_playbook.ashx?la=de-de&hash=F8A1146A4E5E423E64891965C563CCCC

Boerse Stuttgart Group

3. Börsen und Krisen

Börsen und Finanzmärkte sind das „Nervenzentrum“ oder die „Herzkammer“ der Wirtschaft. Änderungen von wirtschaftlichen Kennzahlen – wie etwa Wachstumsraten, Arbeitslosenzahlen, Investitions- oder Verschuldungsquoten - wirken sich unmittelbar auf Börsenkurse aus.

Dabei gleicht keine Krise der anderen: Finanzkrisen, Konjunkturkrisen, Kriege und Pandemien haben jeweils eigene Wirkungszusammenhänge. Es ist daher zu betonen, dass die genauen Auswirkungen einer akuten Krise von sehr vielen verschiedenen Faktoren abhängen. Das schließt die Art der Krise, ihre Dauer, die Reaktion der wirtschaftlichen Akteure sowie der Regierungen und Zentralbanken, die Stärke der internationalen Verflechtungen der Märkte und Ansteckungspotenziale mit ein.

Im Folgenden wollen wir zunächst Krisen und deren Auswirkungen auf Geld- und Kapitalmärkte im Allgemeinen skizzieren, ehe wir im Besonderen auf die Erfahrungen der Gruppe Börse Stuttgart in der Corona-Pandemie eingehen werden.

3.1 Allgemeine Krisen und Auswirkungen auf Geld- und Kapitalmärkte

Krisen, seien es wirtschaftliche, politische oder gesundheitliche – beispielhaft sind an dieser Stelle die Finanzkrise 2008, die Euro-Krise ab 2010, die 2020 einsetzende Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg seit 2022 genannt – haben erhebliche Auswirkungen auf die Geld- und Kapitalmärkte. Börsen verkörpern ein sehr dynamisches Element des globalen Finanzsystems. Bei plötzlich auftretenden Krisen und damit verbundenen Schocks reagieren ihre Marktteilnehmer unmittelbar.

Die Auswirkungen auf die Geld- und Kapitalmärkte fallen je nach Charakter der Krise unterschiedlich aus. Nichtsdestotrotz lassen sich einige allgemeine Dynamiken destillieren, wie Krisen die Geld- und Kapitalmärkte beeinflussen, u.a.:

- **Unsicherheit und Preisschwankungen**
  Krisen führen zu Unsicherheit. Investoren versuchen, die unmittelbare Fülle an neuen Informationen zu verarbeiten und ihre Erwartungen den neuen Bedingungen anzupassen. Damit verbunden sind nicht selten starke Preisschwankungen bei

Boerse Stuttgart Group

Aktien, Anleihen, Rohstoffen und Währungen auf den entsprechenden Börsen. Das kann zu erheblichen Verlusten für Anleger führen, die in den entsprechenden Vermögenstiteln investiert sind. Für Börsen ist Volatilität zunächst gut, da ein hohes Handelsvolumen mit entsprechenden Erträgen verbunden ist. Nichtsdestotrotz stellen Volatilitätsspitzen auch eine (technische) Herausforderung an die Handelssysteme dar.

- **Allgemeiner Vertrauensverlust**
  Krisen erschüttern je nach Schwere das allgemeine Vertrauen der Investoren in Finanzinstitutionen und -märkte. Nach der anfänglichen Volatilität kann das anschließend dazu führen, dass Anleger ihre Investitionen zurückziehen und die Marktteilnehmer ihre Handelsaktivitäten stark einschränken. Den Börsen wird hierdurch wiederum wichtige Liquidität entzogen.

- **Kreditverknappung**
  Während Krisen können Banken und andere Kreditgeber zögerlicher sein, neue Kredite zu vergeben, da sie Zahlungsausfälle der Kreditnehmer befürchten. Dies führt zu einer Kreditverknappung, die Unternehmen und Privatpersonen daran hindert, Zugang zu dringend benötigtem Kapital zu erhalten. Hier ergeben sich Ansteckungseffekte für die Realwirtschaft. Ein alternativer Finanzierungsweg könnten hier Börsen sein. Die EU formuliert in der Kapitalmarktunion beispielsweise das Ziel, die Finanzierung über Kapitalmärkte zu stärken, um alternative Finanzierungsquellen für Unternehmen zu stärken und damit die Krisenresilienz gegen ökonomische Schocks zu erhöhen[3].

- **Zinsanpassungen der Zentralbanken**
  Zentralbanken reagieren auf Krisen zumeist mit sinkenden Leitzinsen, um die wirtschaftliche Aktivität anzukurbeln und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Niedrigere Zinssätze sollen die Kreditvergabe fördern und Investitionen anregen. Umgekehrt könnten Zentralbanken jedoch auch Zinserhöhungen in Betracht ziehen, um Inflation zu bekämpfen – so wie es derzeit der Fall ist. Auch dies hat wiederum Effekte auf die Realwirtschaft, in dem etwa Baufinanzierungen teurer werden und dadurch die Bautätigkeit abnimmt.

[3] Verena Ross, 2022: “Having strong capital markets can boost resilience to economic shocks and stimulate sound and sustainable growth for the future” (Link).

Boerse Stuttgart Group

- **Wechselkursschwankungen**
  Auf dem Devisenmarkt kommt es zu starken Schwankungen der Wechselkurse. Die Währungen von Ländern, die von der Krise am stärksten betroffen sind, werten ab, während „sichere Häfen“ wie der US-Dollar und der japanische Yen tendenziell aufwerten. Je nach Im-/Exportabhängigkeit einer Volkswirtschaft hat auch das wiederum Übertragungseffekte auf die Realwirtschaft.

- **Steigende Nachfrage nach sicheren Anlagen**
  Investoren tendieren in Krisenzeiten dazu, risikoärmere Anlagen wie Staatsanleihen oder Gold zu bevorzugen. Das steigert die Nachfrage nach diesen Vermögenswerten, während risikoreichere Anlagen an Wert verlieren. Entsprechende Umschichtungen machen sich an der Börse durch unterschiedliche Handelsvolumina in den Asset-Klassen bemerkbar.

Die ausgewählten Dynamiken zeigen, dass sich Börsen in einem Umfeld mit hoher Unsicherheit bewegen. Die Reaktionen der Zentralbanken, das Verhalten der Anleger und anderer Marktakteure sowie nicht zuletzt die Reaktion der Politik sind entscheidend für die Richtung, welche die Märkte im Laufe einer Krise einschlagen. Eine angemessene Vorbereitung und klare Risikomanagementstrategien sind für Anleger sowie für wirtschaftliche als auch politische Institutionen entscheidend, um die Auswirkungen von Krisen abzumildern und die generelle Unsicherheit unter den Marktteilnehmern zu reduzieren.

Für Börsen sind Krisen zumeist Chance und Herausforderung zugleich. Chancen ergeben sich ertragsseitig aus einem hohen Orderaufkommen und hoher Handelsvolumina, die aber zugleich eine technische und organisatorische Herausforderung an die Handelssysteme darstellen.

Im nächsten Abschnitt wollen wir einen Blick darauf werfen, wie die Gruppe Börse Stuttgart die besondere Herausforderung der Corona-Pandemie gemeistert hat. Anschließend sollen entsprechende Lehren daraus gezogen werden.

3.2 Erfahrungen der Gruppe Börse Stuttgart aus der Corona-Pandemie

Rückblickend wird 2020 für viele als das Jahr der Corona-Krise in unguter Erinnerung bleiben. Das Gesundheitssystem war an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt. In der überwiegenden Mehrheit der EU-

Boerse Stuttgart Group

Mitgliedstaaten wurden drastische Kontaktbeschränkungen verhängt. Lieferketten unterbrachen und führten später zu Lieferengpässen. Die Industrie und viele Unternehmen des Dienstleistungssektors mussten vorübergehend geschlossen werden. Die darauffolgende Unsicherheit hat zu erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Krisenentwicklungen in Deutschland und vielen EU-Mitgliedstaaten geführt. In Deutschland brach das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr ein[4], in der gesamten EU sogar um rund sechs Prozent.[5]

Auch auf den Finanzmärkten sorgte die Corona-Pandemie für erhebliche Turbulenzen. So fiel der Deutsche Aktienindex (DAX) zwischen dem 18. Februar und dem 19. März 2020 innerhalb eines Monates um rund 38 Prozent. Kurz darauf reagierte die Politik auf den wirtschaftlichen Schock mit milliardenschweren Rettungspaketen. Auch die Europäische Zentralbank und die US-amerikanische Notenbank Fed reagierten mit einer Ausweitung der lockeren Geldpolitik und erleichterten Refinanzierungsbedingungen für Haushalte, Unternehmen und Staaten. Dies sorgte für eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung. In der Folge stieg der DAX im Oktober 2020 wieder auf über 13.000 Punkte und sollte in den fortfolgenden Jahren neue Rekordwerte erreichen.

Für die Gruppe Börse Stuttgart war die Corona-Pandemie ebenfalls herausfordernd. Gleichzeitig war die Zeit mit Blick auf die Handelsumsätze und daraus resultierender Erträge sehr profitabel. Als eine der führenden Börsen in Deutschland und Europa im Segment der verbrieften Derivate hat die Gruppe Börse Stuttgart umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit des Handelsplatzes in der Situation hoher Unsicherheit und Volatilität sicherzustellen, sodass Anlegerinnen und Anleger zu jedem Zeitpunkt ihre Handelsentscheidungen umsetzen konnten.

Unsere Handelssysteme haben das hohe Order- bzw. Transaktionsaufkommen über alle Anlageklassen hinweg ohne Ausfälle oder Störungen bewältigt. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht die außergewöhnliche Herausforderung, die unsere Handelssystem zu bewältigen hatten:

- An einem durchschnittlichen Handelstag 2023 verarbeitet die Börse ein Handelsvolumen von rund 350 Millionen Euro. In der

[4] Statistisches Bundesamt, 2021: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_020_811.html
[5] Eurostat, 2021: https://ec.europa.eu/eurostat/documents/portlet_file_entry/2995521/2-09032021-AP-DE.pdf/e9aadaa0-c088-34a4-0949-c30fa467f709

Boerse Stuttgart Group

Hochphase der Pandemie, am 28. Februar 2020, verarbeiteten die Handelssysteme ein Volumen von mehr als einer Milliarde Euro – an einem einzigen Handelstag. Also etwa das dreifache wie an einem normalen Handelstag im Jahr 2023.

- Die Systeme verarbeiteten während der Hochphase der Pandemie rund acht Milliarden Nachrichten-Updates („Messages“) pro Tag und damit doppelt so viele wie im normalen Jahresdurchschnitt. Verglichen mit 5-6 Milliarden Suchanfragen, die zum damaligen Zeitpunkt weltweit bei Google getätigt wurden, kann man sich vorstellen, welch riesige Datenmengen von unserer IT-Infrastruktur verarbeitet werden mussten.

Zu Beginn der Pandemie wurde diskutiert, ob Börsen angesichts des hohen Transaktionsaufkommens in Deutschland und der gesamten EU vorübergehend geschlossen werden sollen. Im Nachhinein war es die richtige Entscheidung der Aufsichtsbehörden, den Handel weiter zuzulassen. Denn trotz der Herausforderungen blieben die Systeme stabil. Und gerade in Marktphasen mit hoher Volatilität ist es wichtig, dass Anleger an einem transparenten Sekundärmarkt auf das Marktgeschehen eingehen konnten.

Ein großer Vorteil war dabei unser hybrides Marktmodell, das neben der elektronischen Komponente des Handels die menschliche Komponente des Händlers miteinschließt. Zusammen mit der IT sorgten die Handelsexperten für höchstmögliche Handelsqualität und stellten bei Bedarf zusätzliche Liquidität zur Verfügung. So boten wir auch in Zeiten hochvolatiler Marktphasen verlässliche Handelsbedingungen.

Dies war auch ein Ergebnis der schnell umgesetzten ad-hoc Krisenmaßnahmen an der Gruppe Börse Stuttgart. Umgesetzt wurde der Börsenhandel während der Kontaktverbote durch pragmatische Home-Office-Lösungen, sodass die Händler mitsamt ihrem Equipment von Zuhause aus handeln konnten. Dafür wurden mobile Arbeitsgeräte und Software (z.B. Token) für eine gesicherte Arbeitsumgebung zur Verfügung gestellt. An der Börse erfolgte eine Anordnung der Geschäftsführung der Börsen an die Liquiditätsanbieter, anhand derer die remote-Arbeit der Börsenhändlerinnen und -händler zugelassen wurde. Nachdem sich zeigte, dass der ordnungsgemäße Handel weiterhin gesichert war, wurde im Handelsbereich die remote-Arbeit verstetigt. Maßnahmen zur Überwachung der Einhaltung dieser Pflichten wurden dabei ebenfalls eingerichtet. Zudem mussten die Mitarbeiter Erklärungen zur Einhaltung der damit verbunden Pflichten

Boerse Stuttgart Group

unterzeichnen. Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Anwesenheitstage im Büro zur mobilen Arbeit Zuhause regelten die Vorgesetzten flexibel mit ihren Mitarbeitern entsprechend den Bedürfnissen und rechtlichen Anforderungen der jeweiligen Tätigkeit.

Dabei erwies sich auch ein pragmatisches Reagieren der Aufsichtsbehörden und ein regelmäßiger Austausch mit der Börsenaufsichtsbehörde als äußerst hilfreich. Die BaFin hat zum Beispiel im Rahmen der Corona-Pandemie die remote-Arbeit im Bereich der Handelstätigkeit zugelassen und im Verlauf der Pandemie Anforderungen an die Handelstätigkeit am häuslichen Arbeitsplatz auch Konkretisierungen in der aktuellen Fassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ergänzt.

Darüber hinaus lässt sich rückblickend auch etwas Positives bezogen auf die deutschen Aktionärszahlen feststellen. Die Reaktion der Politik und der Zentralbanken führte auch zu einer Renaissance der Aktienbeteiligung in Deutschland. So erhöhte sich die Aktionärszahl in Deutschland im Zeitraum 2019-2022 um rund 33 Prozent von 9,7 Millionen auf 12,9 Millionen Aktiensparerinnen und -sparer[6].

4. Handlungsempfehlungen

Keine Krise gleicht der anderen. Als kritische Infrastruktur ist es für Börsen umso wichtiger, auf Eventualitäten gut vorbereitet zu sein. Hierfür bildet der regulatorische Rahmen für kritische Infrastrukturen durch zahlreiche deutsche und EU-Gesetzgebungen eine hilfreiche Grundlage. Das ist gut so. Denn eine effektive und verhältnismäßige Regulierung ist die Basis für das Vertrauen der Marktteilnehmer, da sie Rechtssicherheit schafft und für einen angemessenen Verbraucher- und Anlegerschutz bei gleichzeitiger Gewährleistung der Finanzstabilität sorgt. „We comply“ ist hierbei unser zentrales Leitmotiv.

Die Gruppe Börse Stuttgart ist für viele Herausforderungen sehr gut aufgestellt, wie der Blick auf die Pandemiebewältigung zeigt. In Anbetracht der „lessons learned“, hat sich herausgestellt, dass ein pragmatischer, schneller und regelmäßiger Austausch mit Aufsichtsbehörden essenziell für ein gutes Krisenmanagement ist. Dabei ist auch die Digitalisierung von großem Vorteil. Als hoch-digitalisiertes Unternehmen war es uns möglich, rasch auf Kontaktbeschränkungen und -verbote zu reagieren. Dementsprechend fiel es uns nicht schwer, die IT-Systeme auf „remote“-Fähigkeit anzupassen. Das konnte man leider von vielen staatlichen Behörden und Dienstleistungen nicht

[6] DAI 2023 (Link)

Boerse Stuttgart Group

behaupten – auch wenn es hier krisenbedingt schon viele Schritte in die richtige Richtung gab. Allerdings oft erst im Nachgang.

Wir wollen aus unseren Erfahrungen folgende Handlungsempfehlungen mit Blick auf Börsen und Finanzmärkte ableiten, um die Bedeutung und Resilienz des Kapitalmarktes zu stärken:

- Generell den transparenten, stabilen, sicheren und hochregulierten **Börsenhandel durch entsprechende Positionierung bei Bundes- und EU-Gesetzgebung unterstützen**.
- Die „**Kapitalmarktunion**“ der EU **vorantreiben**, den **Binnenmarkt** für **Finanzdienstleistungen fördern** und Kapitalmärkte stärken.
- **Durchsetzung** von Regulierungen, **die einheitliche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten** und **„regulatorische Arbitrage“ verhindern.**
- **Den stetigen Austausch** zwischen Aufsichtsbehörden, Marktteilnehmern und der Politik sowie eine enge Zusammenarbeit **zur Schaffung einer robusten Infrastruktur fördern**.
- **Den Pragmatismus aus der Corona-Pandemie fördern und die Digitalisierung im Verwaltungsbereich vorantreiben**. Digitalisierung schafft Flexibilität und Agilität – nicht nur bei Unternehmen sondern auch in staatlichen Einrichtungen.
- **Frühzeitiges Krisenmanagement und Krisenkommunikation gegenüber der Wirtschaft sicherstellen**. Finanzielle Förderung von Unternehmen und Haushalten dort, wo es am dringendsten nötig ist.
- **Krisenreaktionspläne entwickeln**, diese mit den Finanzinstituten regelmäßig an neue Gegebenheiten anpassen und mit Finanzinstituten abstimmen sowie mit anderen Ländern oder sogar auf internationaler Ebene.
- **Adäquate Mechanismen zur Risikostreuung etablieren, um den Schock durch eine Krise besser abmildern zu können**. Beispielsweise sollte die EU ihre Abhängigkeit von Bankkrediten reduzieren, die Entwicklung der Kapitalmärkte fördern, die Transparenz in den Aktienmärkten verbessern und robuste Liquidität und Preisbildung ermöglichen.
- **Programme zur finanziellen (Schul-)Bildung fördern**, um die Bürger in die Lage zu versetzen, informierte und risikobewusste

Boerse Stuttgart Group

Entscheidungen zu treffen, um auch bei krisenbedingter Unsicherheit nicht „den kühlen Kopf“ zu verlieren.

Als vor allem über die Bundes- und EU-Gesetzgebung reguliertes Unternehmen sind wir uns der Tatsache bewusst, dass diese eher allgemeinen Ziele unter Umständen nicht direkt durch Landesgesetzgebung adressiert werden können.

Wir möchten daher die Landesregierung dazu ermutigen, entsprechende Schritte zum Beispiel über den Bundesrat bei der Bundesgesetzgebung und der Positionierung bei EU-Regulierungen vorzuschlagen und entsprechend einzubringen.

Kontakt

Boerse Stuttgart Group
Regulatory & Governmental Affairs
Börsenstr. 4
70174 Stuttgart

regulatoryaffairs@boerse-stuttgart.de
+49711 2229850

11/11

DEHOGA Baden-Württemberg

23. August 2023 • Seite 1

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum vierten Handlungsfeld

I. Struktur des Hotel- und Gastgewerbes

Das Hotel- und Gaststättengewerbe zählt aktuell noch 25.477 (2019: 30.874) mittelständische Betriebe, 130.044 (2019: über 137.377) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 4.988 (2019: fast 5.972) Auszubildende und erwirtschaftet über 8,9 (2019: 12,9) Milliarden Euro Jahresumsatz. Die Corona-Pandemie hat die Branche stark erschüttert und letztlich zu einem Verlust von mehr als 5.000 Betrieben geführt. Eine besondere Bedeutung kommt der Branche gleichwohl weiterhin als Hauptleistungsträger der Tourismuswirtschaft im Land zu.

Zum Gastgewerbe in Baden-Württemberg zählen 18.735 Gastronomiebetriebe, 5.388 Beherbergungsbetriebe, sowie 1.354 Catering-Unternehmen und Kantinen.

Der durchschnittliche Netto-Jahresumsatz aller gastgewerblichen Betriebe im Land lag bei ca. 350.000 Euro (2019: über 416.000 Euro).
Die familiäre, v.a. klein- und mittelständische Prägung zeigt sich darin, dass 71,4% aller steuerpflichtigen Betriebe des Gastgewerbes in Baden-Württemberg einen Jahresnettoumsatz von bis zu 250.000 Euro erwirtschafteten. Nur 4,6% der Betriebe erzielten überhaupt einen Umsatz über 1 Million Euro und mehr.

(Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Umsatzsteuerstatistik 2021 (neueste verfügbare Zahlen); Bundesagentur für Arbeit: Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum 30.06.2022; IHK Nordschwarzwald: Zahl der Auszubildenen 2022 zum Januar 2023)

II. Über den DEHOGA Baden-Württemberg

Der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Baden-Württemberg e.V. vertritt als Branchenverband die Interessen von über 25.000 Betrieben aus Hotellerie und Gastronomie im Land. Den Betrieben bietet der DEHOGA mit seinen Einrichtungen zahlreiche branchenspezifische Dienstleistungen an und handelt als Arbeitgeberverband die Tarifverträge des Gastgewerbes aus. Er betreibt zudem Deutschlands führende gastgewerbliche Weiterbildungseinrichtung, die DEHOGA Akademie und unterhält an den Landesberufsschulstandorten Bad Überkingen und Calw zwei Campusstandorte, an denen die Auszubildenen während der Blockbeschulung untergebracht sind.
Weitere Informationen unter: www.dehogabw.de

III. Vorbemerkung zur Stellungnahme

Die Corona-Pandemie und deren noch immer andauernde Auswirkungen haben das Gastgewerbe massiv verändert. Um insoweit Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge unterbreiten zu können, müssen zunächst die konkreten Auswirkungen der Pandemie auf die Betriebe aus Hotellerie und Gastronomie betrachtet werden.

1. Sonderopfer des Gastgewerbes während der Pandemie

Das Land Baden-Württemberg hat zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sehr weitreichende Einschränkungen erlassen, die u.a. neben Zugangsregeln, Abstandsregeln, Personenobergrenzen auch Betriebsschließungen vorgesehen haben.
Damit sollten Kontakte innerhalb der Bevölkerung reduziert und die Pandemie eingedämmt werden. Durch die monatelangen Schließungen wurde dadurch dem Gastgewerbe ein Sonderopfer abverlangt, im Übrigen ohne den erbrachten Nachweis eines höheren Infektionsrisikos in gastgewerblichen Betrieben.
Keine andere Branche wurde derart lange staatlicherseits geschlossen, beginnend mit dem ersten Lockdown von März – Mai 2020, dem zweiten Lockdown von November 2020 - Mai 2021 und ab Dezember 2021 mit dem Erreichen der Alarmstufe II und den 2G-Plus-Zugangsbeschränkungen im Zeitraum des wichtigen Veranstaltungs- und Weihnachtsgeschäft, die de facto einem Lockdown gleichkamen. Betriebe wie Clubs und Diskotheken mussten teilweise sogar dauerhaft geschlossen bleiben.
Erst mit den beschlossenen Lockerungen im März 2022 gab es für die Betriebe überhaupt wieder eine verlässliche Öffnungsperspektive, die allerdings von den Nachwirkungen der Pandemie, sowie den anschließenden Kostensteigerungen massiv eingebremst wurde.

2. Über 5.000 Betriebsschließungen während der Pandemie

Gab es 2019 noch insgesamt 30.874 gastgewerbliche Betriebe in Baden-Württemberg, waren es 2021 (neueste verfügbare Zahlen) nur noch 25.477 Betriebe. Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass auch die Umsatzsteueruntergrenze ab 2020 von 17.500 auf 22.000 Euro jährlich erhöht wurde, was aber nur einen geringeren Teil der Abgänge erklärt.
Trotz umfangreicher landes- und bundesweiter Hilfsprogramme mussten zahlreiche Betriebe schon während der Pandemie schließen, weil die Mittel aufgezehrt waren und eine wirtschaftliche Perspektive nicht erkennbar war.
Zudem muss davon ausgegangen werden, dass auch noch die, bis Frühjahr 2022 andauernden Einschränkungen der CoronaVO die Zahl der Schließungen die erst 2022 erfolgt sind, erhöhen wird.

3. Abwanderung von Beschäftigten

2019 waren noch 137.377 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) im Gastgewerbe tätig, was 2020 auf 127.075 und 2021 auf 120.588 gesunken ist, mithin ein Rückgang in der Pandemie von -12,2%. Erst im Jahr 2022 ist wieder ein Anstieg auf 130.044 zu verzeichnen, ohne jedoch die Werte aus 2019 zu erreichen.
Zahlreiche Beschäftigte sind während der Lockdowns sukzessive aus der Branche abgewandert, weil das Kurzarbeitergeld zwar für die Branche ein sinnvolles und wichtiges Instrument

geworden ist (sonst wären die Abgänge noch stärker ausgefallen), aber die dauerhafte Bindung aller Beschäftigten nicht sichern konnte.
Nur mit sehr großem Aufwand ist es den Betrieben zwischenzeitlich wieder gelungen, Beschäftigte zurückzugewinnen und die Zahl wieder zu erhöhen. Gleichwohl herrscht allenthalben eine Mangel an Beschäftigten, sowohl im Fachkräfte-, als auch im Helferbereich.
Dramatischer stellt sich die Situation bei den geringfügigen Beschäftigten (GeB) dar, diese lagen 2019 bei 156.666, 2020 bei 130.909, 2021 bei 127.631, mithin ein Rückgang von -18,5%. Und hat sich zumindest 2022 wieder erhöht auf 149.135.

4. Kostenexplosionen erzwingen Strukturänderungen
Die Nachwirkungen der Pandemie und die nachgelagerten Kostenexplosionen zwingen viele Betriebe zu strukturellen Änderungen. Sie sehen sich v.a. durch den Mangel an Beschäftigten, steigende Personal- und Warenkosten und die hohe Inflation gezwungen, ihre Angebote umzustellen und zu reduzieren. Sei es durch ein verkleinertes Speisenangebot, reduzierte Küchen- und Öffnungszeiten oder zusätzliche Ruhetage. In Kombination mit der Schließung zahlreicher Betriebe v.a. auch im ländlichen Raum sorgt das für massive Auswirkungen auf den Tourismusstandort Baden-Württemberg.
Die durch die Angebotsreduzierung erkennbare Folge, dass verbliebene Betriebe oftmals stark nachgefragt werden, darf nicht den Eindruck vermitteln, dass das gleichbedeutend mit einer guten Ertragssituation ist, denn in Zeiten hoher Inflation sind notwendige Preisanpassungen schwer gegenüber den Gästen durchzusetzen. Außerdem lenkt die vermeintliche Gästenachfrage von der Schwächung und Einschränkung der Angebotsvielfalt bedingt durch die Schließungen ab.

5. Pandemie hat die Branche einen ganzen Jahresumsatz gekostet
Die realen Umsätze sind im Gastgewerbe 2021 gegenüber 2019 um -41,6% zurückgegangen.
Das baden-württembergische Gastgewerbe hat während der Pandemie einen gesamten Jahresumsatz iHv. ca. 12 Mrd. Euro verloren. Ein unfassbarer, irreparabler Schaden, den auch die gewährten Hilfsprogramme im Umfang von ca. 3 Mrd. Euro nur bedingt abfedern konnten.
Viele Betriebe haben zudem ihre eigenen finanziellen Rücklagen aufgezehrt, sich zusätzlich verschuldet und werden nun besonders hart von den Kostensteigerungen getroffen.
Zwar weist die Branche für das erste Umsatzhalbjahr ein reales Umsatzplus von +5,1% aus, die positive Entwicklung wurde aber maßgeblich vom Beherbergungsbereich mit +17,7% erwirtschaftet, während die Gastronomie die Konsumzurückhaltung zu spüren bekommt und nur ein Umsatzplus von +1,0% aufweist.
Das Umsatzniveau aus Vor-Pandemie-Zeiten wurde erneut verfehlt, der Juni 2023 lag preisbereinigt -13,4% hinter dem Juni 2019 zurück.

6. Schwierige Zukunftsaussichten
Die Betriebe wurden nach dem Ende aller Coronamaßnahmen im Frühjahr 2022 mit der nächsten Krise konfrontiert. Steigende Kosten für Lebensmittel, Energie, Erhöhungen bei den Personalkosten und gleichzeitig eine Konsumverunsicherung der Gäste aufgrund der schwierigen Sicherheits- und Wirtschaftslage haben eine vollständige Erholung der Branche bislang verhindert.

Umso wichtiger ist es, zu verhindern, dass eine Branche bei künftigen Krisen derart stark belastet und nachhaltig geschädigt wird, wie das Gastgewerbe.
Gleichzeitig müssen aber auch immer die aktuellen Herausforderungen in eine Betrachtung mit einfließen. Die der Pandemie unmittelbar folgende Kostenkrise zeigt, dass eine singuläre Betrachtung nur der Pandemie nicht zielführend ist, weil es der Branche die Möglichkeit nimmt, sich strukturell und wirtschaftlich zu erholen.

IV. Struktur der Stellungnahme

Aufgrund des Sinnzusammenhangs und in Anbetracht, dass die im Handlungsfeldes aufgeworfenen Fragen a) – h) teilweise nicht zu einer eher von klein- und mittelständischen Betrieben geprägten Branche passen, werden die Aspekte des vierten Handlungsfeldes gemeinsam beantwortet.

Dabei unterteilen wir bewusst in

- Handlungsfeldern aus den Erfahrungen der Coronakrise und
- Handlungsfeldern, die von der Krise unabhängig sind

Die Coronakrise hat alle Beteiligten vor eine völlig neue Situation gestellt, auf die sich alle innerhalb kürzester Zeit einstellen mussten, ohne Möglichkeiten der Vorbereitung oder umfangreiche Planungen, das gilt auch für den Staat. Insoweit sind alle folgenden Einschätzungen immer unter diesem Blickwinkel einzuordnen.

V. Handlungsfelder aus den Erfahrungen der Coronakrise

Die Pandemie hat gezeigt, welch große Bedeutung das Gastgewerbe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Nicht nur Speisen- und Getränkeangebote, die oftmals in eingeschränktem Umfang als Abholofferte weiter angeboten wurden, sondern auch als Orte der Kommunikation. Gastronomiebesuche ermöglichen soziale Kontakte und Kommunikation, auch um negative Stimmungen wieder einzufangen, um den Austausch der Menschen und damit den Zusammenhalt zu stärken. Aber auch um Gemeinden und Städte und deren Handel und Innerstädte zu beleben und gleichzeitig für Aufenthaltsqualität und Sicherheit zu sorgen. Insbesondere Clubs, Diskotheken, aber auch die Nachtgastronomie haben dort einen hohen Stellenwert bei jüngeren Bevölkerungsgruppen und Personengruppen, die sonst gesellschaftlich schwer zu erreichen sind.

Insoweit war gerade die dauerhafte Schließung dieser Betriebe schädlich, genauso wie die wiederkehrenden Lockdowns der Branche insgesamt.

1. Praktische Erfahrungen mit den Corona-Verordnungen

Trotz Krise und weitreichender Einschränkungen hat sich das Gastgewerbe seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gestellt, obwohl die Umsetzung der Einschränkungen sehr schwierig und teilweise unnötig erschwert wurde, z.B.:

- Es gab während des ersten Lockdowns viel unterschiedliche CoronaVOen, deren Trennung nicht immer praxisgerecht war, z.B. eine VO für Gastronomie, eine für Beherbergung, eine für Sport etc.
  Mit der Folge, dass ein Hotelbetrieb, der auch Sport- und Wellnessangebote offerierte, sich mit mehreren, inhaltlich abweichend strukturierten und mit Widersprüchen behafteten VOen auseinandersetzen musste. Erst durch die Ausweitung und Aufnahme vieler Einzelbereiche in eine CoronaVO wurden Unklarheiten beseitigt – wenn auch nicht vollumfänglich.
- VOen wurden sehr kurzfristig angepasst, so dass keine Beteiligung der betroffenen Branche und seines Branchenverbandes erfolgen konnte, das hat zu Unklarheiten in der Umsetzung geführt, die oft erst mit Verzögerung geklärt werden konnten.
- Die Veröffentlichung neuer VOen in den Abend- und Nachtstunden unmittelbar vor dem Inkrafttreten hat den Betrieben vielfach die Möglichkeiten genommen, sich rechtskonform zu verhalten. Wie sollen Dinge innerhalb weniger nächtlicher Stunden kommuniziert oder umgesetzt werden? Geschweige denn offene Praxisfragen rechtsverbindlich geklärt werden.
- Zu wenige und häufig wechselnde Ansprechpartner, mitunter sehr lange Antwortzeiten, wenig praxisgerechte und sich widersprechende Auslegungen haben einheitliche und tatsächliche Umsetzungen vor allem in der Anfangszeit ebenfalls erschwert.
- Zusätzliche Bürokratie wie z.B. die Kontaktdatennachverfolgung, egal ob analog oder später digital hat die Betriebe mit erheblichem Mehraufwand belastet, die Bekämpfung der Pandemie aber kaum unterstützt.
- Kritisch zu hinterfragen sind auch außerhalb von Lockdowns alle Maßnahmen rund um Einlasskontrollen, Personenobergrenzen, Anstandsregelungen oder gar massive Zugangsbarrieren wie 2G-Plus. Gastgewerblichen Betriebe können keine ordnungs- oder polizeirechtlichen Aufgaben übernehmen.

Letztlich muss festgehalten werden, dass es durch diese Umstände massive Belastungen für die Betriebe gab, weil diese kaum Möglichkeiten zur Umsetzung hatten und es dadurch zwangsläufig zu Umsetzungsdefiziten beim Infektionsschutz gekommen ist. Damit einher gingen zunehmend steigende Akzeptanzprobleme nicht nur bei den Betrieben und den Beschäftigten, sondern insbesondere auch bei den Gästen, deren Frust die Betriebe abbekommen haben.

2. Empfehlungen für zukünftige Krisen-Verordnungen o.Ä.
Folgende Handlungsempfehlungen sind bei künftigen Krisen im Hinblick auf die Funktion und gesellschaftliche Notwendigkeit gastronomischer Angebote zu berücksichtigen:

- Lockdowns sind insgesamt zu vermeiden, die dadurch entstehenden Strukturschäden sind nahezu irreparabel. Gesellschaftlicher Austausch muss weiterhin möglich sein. Zudem darf die Bedeutung für die Versorgung mit Nahrungsmittel nicht unterschätzt werden. Die Systemrelevanz des Gastgewerbes muss künftig anerkannt werden.
- Unterschiedliche Regelungen zwischen Landkreisen oder gar einzelnen Kommunen sorgen für Kontroll- und Umsetzungshürden, dass gilt es zu künftig vermeiden.
- Betriebe können und sollten daher keine Aufgaben der Ordnungsämter und Polizei übernehmen müssen (Zugangskontrollen, Abstandsregelungen etc.).
- Einschränkungen müssen im Vorfeld mit Praktikern der Branche abgestimmt werden, um eine praxisgerechte und wirkungsvolle Umsetzung zu erzielen. Die Information der Betroffenen muss (auch zeitlich) möglich sein, sonst kommt es zu zwangsläufig zu Defiziten bei der Umsetzung und Akzeptanzproblemen.
- Das wichtige Instrument des Kurzarbeitergeldes muss in Krisenzeiten erneut großzügig gewährt werden. Eine Erhöhung wie es momentan bei länger andauernder Kurzarbeit vorgesehen ist, sollte zeitlich früher erfolgen, um die großflächige Abwanderung von Beschäftigten zu verhindern.
- Durch die weitreichenden Einschränkungen sahen sich z.B. viele Beherbergungsbetriebe gezwungen aus wirtschaftlichen Gründen komplett schließen, so dass für geschäftlich veranlasste Reisen zu wenige Kapazitäten zur Verfügung standen, z.B. auch was die Unterbringung von Lokführern oder LKW-Fahren aus systemrelevanten Bereichen betraf.

3. Praktische Erfahrungen bei den Krisen-Hilfsprogrammen
Die mit den Hilfen gewonnenen Erkenntnisse müssen verstetigt werden, um bei einem erneuten Krisenfall schneller, rechtssicherer und zielgerichteter unterstützen zu können, herausfordernd waren z.B.:

- Insgesamt war die Vielzahl der unterschiedlichen Hilfsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene für die Branche sehr hilfreich. Allerdings war es für die Betriebe schwierig sich im Zusammenspiel zwischen Bundes- und Landesprogrammen und der Vielzahl der unterschiedlichen Programme überhaupt zurecht zu finden, zumal die Hilfen aufgrund ihrer Voraussetzungen durchaus nicht alle notwendigen Betriebe erreicht haben.
- Besonders positiv ist gleichwohl die vom Land Baden-Württemberg geschaffene Stabilisierungshilfe zu erwähnen, die für das Gastgewerbe sehr wichtig war.
- Es hat sich in der Coronakrise zudem gezeigt, dass eine direkte Beantragung der Hilfen von den Betrieben zu zahlreichen formellen Fehlern geführt hat.
- Sich wiederholende Nachfragen und Anforderungen seitens der Bewilligungsstellen, wechselnde Bearbeiter und das Fehlen eines direkten Ansprechpartners haben den

Aufwand und die Kosten für den Antragssteller und den prüfenden Dritten unnötig erhöht.

- Während der Antragstellung sollten Änderungen bzw. Aktualisierungen der Verwaltungsvorschriften vermieden werden, in denen wesentliche Merkmale nachträglich geändert werden (wie das bei der Soforthilfe der Fall war), das sorgt für Verunsicherung und führt zu unbeabsichtigten Fehlern.
- Die Umsatzermittlung bzgl. der Referenzzeiträume als auch der Fördermonate hat für viele Nachfragen und Unsicherheit gesorgt.
- Zeitlich vor der Krise gegründete Betriebe wurden aufgrund der kurzen Betriebsexistenzdauer von Hilfen ausgeschlossen, damit werden Betriebe geschädigt, die noch keine Gelegenheit hatten, Rücklagen aufzubauen.

4. Empfehlungen zu Krisen-Hilfsprogrammen

Folgende Handlungsempfehlungen sind bei künftigen Krisen zu berücksichtigen:

- Sämtliche Hilfsprogramme benötigen beihilferechtliche Rechtsrahmen der EU. Nur auf Basis der europäischen Beihilfevorgaben sind Hilfsprogramme möglich. In der Coronakrise mussten die Beihilferahmen zunächst beantragt werden. Zudem wurden mehrere Beihilferahmen entwickelt und eingesetzt. Dies hat zu erheblichen Verzögerungen und Komplikationen geführt.
  Für eine schnelle Krisenbewältigung im Land ist es daher empfehlenswert für Krisen ausreichend zur Verfügung stehende Beihilferahmen dauerhaft einzurichten.
- Individuelle Hilfsprogramme sind einfacher, wenn Sie auf bereits erfassten Werten bewertet werden können und dabei bestehende Finanzwege zur Verfügung stehen. Das erhöht die Stabilität der Abwicklung und die Sicherheit vor Missbrauch. Eine Abwicklung über die Finanzämter ist dafür am besten geeignet. In der aktuellen Krise war dies nicht möglich. Präventiv wäre eine Weiterentwicklung der Finanzämter zur Krisenbewältigung sehr sinnvoll.
- Bei nationalen oder gar internationalen Krisen sollten primär länderübergreifende Regelungen und Bundeshilfen angesetzt werden. Es hat sich gezeigt, dass die Hilfsprogramme aber auch Lücken enthalten können. Hier hat Baden-Württemberg engagiert zusätzlich unterstützt. Die Bundesprogramme haben allerdings Erweiterungen der Länder sehr erschwert und begrenzt. Insbesondere eine Anrechnung der Landesförderungen auf Bundesmittel muss ausgeschlossen werden. Wenn ein Land den Bedarf an weiterer Hilfe erkennt, so muss auch eine zusätzliche Unterstützung uneingeschränkt möglich sein.
- Es muss zudem möglichst ausgeschlossen werden, dass von der Krise betroffene Betriebe durch formelle Definitionen „durchs Raster fallen“. Wenn das dennoch der Fall ist, müssen notwendige Härtefallhilfen gewährt werden.
- Eine Unterstützung bei der Antragsstellung durch einen prüfenden Dritten hat sich im Falle der individuellen Beantragung bewährt und sollte fortgeführt werden. Besser sind - wie dargestellt - aber standardisierte Verfahren über die Finanzämter.

- Gleichzeitig sollte das Prüfverfahren der Bewilligungsstellen vereinfacht und damit beschleunigt werden.
- Bei der Umsatzermittlung sowohl der Referenzzeiträume als auch der Fördermonate sollte, wie ausgeführt, auf die an das Finanzamt übermittelten Daten zurückgegriffen werden. Dabei soll die Wahlmöglichkeit zwischen der Umsatzermittlung nach vereinbarten Entgelten (§ 16 Absatz 1 Satz 1 UStG) und der Umsatzermittlung nach vereinnahmen Entgelten (§ 20 UStG) beibehalten werden.
- Hilfen müssen auch für neu gegründete Betriebe zur Verfügung stehen, ein Betrieb muss Hilfe erfahren, sobald es sich im Förderzeitraum wirtschaftlich am Markt befindet.
- Antragsberechtigung und Ermittlung des Umsatzrückgangs bei der Änderung der Strukturen eines Betriebs sollten berücksichtigt werden.
- Die Fälligkeit von Fixkosten sollte konsequent mit dem Tag der Rechnungsstellung definiert werden. Eine Definition der Fälligkeit nach Zahlungsziel der Rechnung sollte nur in Ausnahmefällen und dann als Wahlrecht zur Verfügung stehen.
- Die Handhabung bei gestundeten Kosten sollte wie bisher beibehalten werden.

5. Weitere Empfehlungen

- Das Gastgewerbe ist klein- und mittelständisch geprägt. Es gibt noch rund 25.000 gastgewerbliche Betriebe in Baden-Württemberg. Um Krisenmaßnahmen erfolgreich operativ umsetzen zu können, bedarf es der Information der Handelnden. Daher sind ausreichende Vorlaufzeiten vor Inkrafttreten von Krisenmaßnahmen von besonderer Bedeutung.
- Die Kommunikation der Krisenmaßnahmen muss dabei einheitlich an alle Maßnahmenadressaten und der Kontrollstellen gerichtet sein. Unterschiedliche Wissensstände und Auslegungen vor Ort müssen vermeiden werden.

VI. Handlungsfelder – unabhängig von den Erfahrungen der Coronakrise

Um die Branchen zu stärken, sie widerstandsfähiger gegen künftige Krisen zu machen, bedarf es einer Verbesserung der Rahmenbedingungen. Je stärker der einzelne Betrieb aufgestellt ist, desto stärker die Branchenresilienz insgesamt. Wirtschaftlich geht es dabei um eine starke Eigenkapitalquote und Finanzierungskraft zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit über die Krisenzeit hinweg.

1. Sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen

Die reduzierte Mehrwertsteuer auf Speisen läuft zum Jahresende 2023 aus, obwohl sich das Gastgewerbe nach dem Ende der Pandemie bisher wirtschaftlich nicht erholt hat, sondern gleich in die Kostenkrise geschlittert ist. Die gastgewerblichen Betriebe haben in der Krise sehr viel Eigenkapital verloren. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu einer weiteren sehr starken Belastung der Betriebe. Daher erwarten wir nach einer Umfrage bei unseren Mitgliedern einen weiteren Verlust von ca. 2.000 Betrieben in Baden-Württemberg. Bei dieser

Umfrage erwarten zudem mehr als 75% der Betriebe erhöhte Schwierigkeiten bei der Finanzierung.
Statt eine Erholung zu ermöglichen, verursacht die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Krisenanfälligkeit der Branche enorm.
Weitere Infos unter: 7% Mehrwertsteuer - DEHOGA Baden-Württemberg (dehogabw.de)

2. Fachkräftesicherung und -einwanderung
Das Gastgewerbe war schon vor der Corona-Pandemie ein Jobmotor, der v.a. im Bereich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeitsplätze geschaffen hat. Durch die Pandemie kam es zur Abwanderung von Beschäftigten, die teilweise wieder zurückgeholt werden konnten, das Gastgewerbe benötigt jedoch unbedingt ein modernes und flexibles Fachkräfte-einwanderungsgesetz, um sich weiterentwickeln zu können.
Das Land Baden-Württemberg kann sich für ein sachgerechte Ausgestaltung der Anwendungs-hinweise auf Bundesebene einsetzen und dafür sorgen, dass Antragsverfahren bei den zuständigen Ausländerbehörden künftig schneller und unbürokratisch bearbeitet werden.
Infos unter: Mitarbeitende gewinnen - DEHOGA Baden-Württemberg (dehogabw.de)

3. Entbürokratisierung
Die Pandemie hat in vielen Betrieben für eine Beschleunigung der Digitalisierung gesorgt. Dies gilt es zu nutzen, um generell die Betriebe von aufwändigen und analogen Verfahren zu entlasten und effizientere Möglichkeiten zu schaffen.
Wenn selbst kleine und mittlere Betriebe im Gastgewerbe angeben, mehr als 12 Stunden pro Woche mit bürokratischen Belastungen eingebunden zu sein, bedarf es dringend einer Entbürokratisierung sowohl auf Bundesebene wie auch im Land und auf kommunaler Ebene.
Vielfach existieren Pflichten unabhängig von der Betriebsgröße, insoweit ist es sinnvoll, für kleinere Betriebe stets Schwellenwerte aufzunehmen, um diese entweder von Pflichten zu entlasten oder deren Umfang betriebsadäquat zu reduzieren.
Dabei reicht es auch nicht, wenn für jede neue Pflicht eine bisher Bestehende entfallen soll, denn das führt nur zur Aufrechterhaltung des bürokratischen Status quo, das Ziel muss eine Entlastung sein, also müssen mehr Vorschriften abgebaut, als neu eingeführt werden. Oder zumindest die Erfüllung der Pflichten zu vereinfachen, dabei kann die Digitalisierung helfen, bestehende Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.
Zudem muss darauf geachtet werden, dass die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen z.B. auf EU-Ebene nicht weitere Bürokratie auslöst oder bei der Umsetzung in nationales Recht keine Übererfüllung stattfindet.

4. Stärkung der Betriebe
Die Branche kann am besten gestärkt und damit krisenfester gemacht werden, wenn jeder einzelne Betrieb sich wirtschaftlich besser aufstellt. Wie das im Einzelnen geschehen kann, hängt vom jeweiligen Betrieb und dessen Herausforderungen ab und kann insoweit am besten von der Inhaberin bzw. dem Inhaber beurteilt werden.
Wichtigste Voraussetzung sind dabei Rahmenbedingungen, die es den Betrieben ermöglichen, ihre Eigenkapitalquote zu erhöhen, ihre Finanzierungen mit den notwendigen Sicherheiten absichern zu können. Dazu müssen wichtige Fragen wie die Energieversorgung und deren

Bezahlbarkeit gelöst, aber auch die weiterhin konsumfeindliche hohe Inflation bekämpft werden. Dadurch werden die Betriebe in die Lage versetzt, sich innerhalb ihrer erfolgreichen wirtschaftlichen Tätigkeit fortzuentwickeln und sich für die Zukunft zu stärken.

Unterstützt werden kann das durch Förderprogramme, die betriebliche Investitionen in Bereichen auslösen und unterstützen, die die Betriebe rein wirtschaftlich nicht allein stemmen könnten, z.B. die Umsetzung von umfangreichen Brandschutzmaßnahmen, umfangreiche Erweiterungen, über den regulären Betrieb hinausgehende Hygienekonzepte.
Viele Betriebe, geschwächt durch Coronakrise und folgende Kostenkrise müssten dringend investieren, um sich am Markt zu halten und perspektivisch weiterzuentwickeln, sehen dafür aber aktuell keinen Spielraum.
Daher ist eine breit aufgestellte Förderung notwendig, die in den vielen unterschiedlichen Handlungsfeldern Möglichkeiten eröffnet, damit die Betriebe sich nicht nur in den regulären Zyklen und Umfängen weiter entwickeln können. Mit Investitionen z.B. in eine sichere, bezahlbare und ökologische Energieversorgung, in die Fortentwicklung der Digitalisierung, auch um den Fachkräftemangel abfedern zu können oder Umsetzungen im Bereich der betrieblichen Sicherheit oder Nachhaltigkeit, z.B. bei weiteren Investitionen in Ladeinfrastruktur oder Maßnahmen zur Klimaneutralität, um letztlich die Struktur und damit die Überlebensfähigkeit der einzelnen Betriebe zu stärken und damit die Branche für mögliche künftige Krisen abzusichern.

Zusammenfassung
Die Stärkung des Gastgewerbes durch faire und gute Rahmenbedingungen, in denen die Betriebe wirtschaftlich erfolgreich agieren und sich weiter entwickeln könnten, muss das oberste Ziel und die wichtigste Erkenntnis aus der Pandemie sein.
Dazu bedarf es der o.g. zahlreichen Änderungen und der Schaffung neuer Strukturen und Möglichkeiten. Damit wird die Krisenfestigkeit des Gastgewerbes am stärksten abgesichert und nur so lässt sich auch die baden-württembergische Tourismuswirtschaft stärken und weiterentwickeln.

Ihre Ansprechpartner
Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Baden-Württemberg e.V.

Herr Jürgen Kirchherr, Hauptgeschäftsführer
Herr Tobias Zwiener, Geschäftsführer Grundsatz

Postanschrift: Postfach 10 09 54 • 70008 Stuttgart
Besucheranschrift: Augustenstraße 6 • 70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 61988-0 • Fax. 0711 / 61988-46
Mail: hgf@dehogabw.de • Internet: www.dehogabw.de

Stellungnahme

Kai Burmeister
Vorsitzender

Stellungnahme des DGB Baden-Württemberg

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtages Baden-Württemberg
Handlungsfeld: ökonomische Aspekte von Krisen

1. September 2023

Kontaktperson:

Andrea Gregor
Pressesprecherin

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart
Telefon: 0711 2028-213
Telefax: 0711 2028-250

andrea.gregor@dgb.de
www.bw.dgb.de

Grundsätzliches

Bei der Frage, wie die Widerstandsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft gestärkt werden kann, braucht es den Blick in die Vergangenheit wie in die Zukunft. Die Pandemie mit Schulschließungen, überlasteten Intensivstationen und gerissenen Lieferketten liegt hinter uns. Doch weder ist Covid-19 verschwunden, noch ist die nächste Pandemie erst in Jahrzehnten zu erwarten. Der schon anderthalb Jahre dauernde russische Angriffskrieg in der Ukraine belastet die Wirtschaftsströme und treibt vor allem die Lebensmittel- und Energiepreise. Zudem stellt er die baden-württembergischen Kommunen vor immense Herausforderungen bei der Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten.

Beim Blick in die Zukunft zeichnet sich ab: Die Herausforderungen werden wachsen, die Komplexität nimmt zu. Ob im Handwerk, im verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungssektor - überall in Baden-Württemberg werden sich gewaltige Veränderungen vollziehen. Der Fachkräftemangel nimmt zu, die Folgen der alternden Gesellschaft müssen ebenso bewältigt werden wie der anhaltende Zuzug von Menschen nach Baden-Württemberg. Die erwähnten Ausnahmesituationen der jüngeren Zeit machen die Bewältigung der strukturellen Herausforderungen zusätzlich schwieriger. Die demokratischen Parteien sind gefordert, den Bürger*innen zu vermitteln, dass sie tragfähige Konzepte zur Bewältigung von Krisen und strukturellen Herausforderungen haben. Alle Demokrat*innen müssen den zerstörerischen Absichten der Rechtsradikalen und den gefährlichen Verschwörungsmythen entschieden entgegentreten: mit Transparenz, der Orientierung am Gemeinwohl und einer Politik, die die Lebenswirklichkeit der Menschen verbessert.

Als DGB ist unser Leitbild für Baden-Württemberg eine starke Wirtschaft *und* eine gute Daseinsvorsorge. Der sich beschleunigende ökonomische Wandel wird nur gelingen, wenn keiner zurückgelassen wird. Deshalb pocht der DGB

auf Gerechtigkeit im Wandel: bei der Transformation der Industrie, der Energie- und Verkehrswende und der Bewältigung der Pandemie genauso wie in der Wohnungs -und Bildungspolitik.

Dem Staat kommt dabei eine gestaltende wie auch umverteilende Rolle zu. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ihrerseits über Tarifpolitik mehr Verteilungsgerechtigkeit durchsetzen, immer wieder auf die verteilungspolitischen Defizite hinzuweisen und den Staat zur Korrektur aufzufordern. In der Krise hat die soziale Ungleichheit zugenommen. Die Spaltung in Arm und Reich gefährdet in letzter Konsequenz unsere Demokratie. Auf Regierungsebene gibt es im Bund keinen Konsens, wie der stark konzentrierte Reichtum wirkungsvoll zum Nutzen der Allgemeinheit herangezogen werden kann. Aus Baden-Württemberg gibt es von Seiten der Landesregierung zwar immer wieder Vorschläge zu einer gerechteren Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Es fehlt jedoch ein zielgerichteter Vorstoß gemeinsam mit anderen Ländern, um auf Bundesebene finanzpolitisch etwas zu bewegen. Instrumente, um hohe Vermögen zur Finanzierung dringender gesamtgesellschaftlicher Aufgaben heranzuziehen, sind eine Übergewinnsteuer, eine tatsächliche Erbschaftssteuer sowie eine – verfassungskonforme - Vermögensteuer. Auch mit einem einmaligen Lastenausgleich könnten wichtige Zukunftsinvestitionen finanziert werden.

Konkret schlagen wir drei Handlungsfelder vor, auf denen die Landesregierung im Schulterschluss mit den Sozialpartnern tätig werden sollte, damit Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit und Klimaschutz wird. Gelingt dies, ist das zugleich eine wirkungsvolle Vorbereitung auf künftige Krisen- und Ausnahmesituationen.

1. Für ein neues Miteinander von Markt und Staat
2. Für mehr öffentliche und private Investitionen
3. Für mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft

Die Handlungsfelder

1. Für ein neues Miteinander von Markt und Staat

Deutschland hat die Pandemie wirtschaftlich besser als andere Länder bewältigt, weil der Staat mit milliardenschweren Hilfsprogrammen Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit verhindert hat. Gleiches gilt für die ökonomischen Verwerfungen, die der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat. So haben etwa das Energiegeld sowie die Strom- und Gaspreisbremsen verhindert, dass es zu noch größeren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen gekommen ist. Dennoch sind viele Beschäftigte über die soziale Spaltung besorgt und

Wirtschaftswissenschaftler*innen rufen lautstark nach mehr Kraftanstrengungen, um die über Jahrzehnte angestauten strukturellen Herausforderungen zu lösen. Der Weckruf gilt der deutschen wie der europäischen Politik (siehe Bofinger, Peter; Dullien, Sebastian et. al. 2023). Der DGB Baden-Württemberg teilt diese Auffassungen weitgehend.

Gegenwärtig bereiten die schwachen Konjunkturaussichten und die Auslandsnachfrage Sorgen. Dank erfolgreicher Tarifabschlüsse ist die Binnennachfrage eine wesentliche Stütze der Konjunktur. Gleichwohl muss die Wirtschafts- und Industriepolitik Antworten finden auf stockende private Investitionstätigkeiten von in- und ausländischen Investoren sowie Produktionsverlagerungen ins Ausland. Auch die Erfolge anderer Bundesländer bei der Ansiedelung von industriellen Großprojekten sollte nachdenklich machen. Es gilt, mögliche Investitionshemmnisse wie hohe Boden- und Immobilienpreise oder eine teilweise unzureichende Digitalinfrastruktur zu analysieren. Geschlossene Bürgerämter, defizitäre Krankenhäuser und schlecht ausgestattete berufliche Schulen zeigen, dass Land und Kommunen in vielen Fällen nicht mehr leistungsfähig sind. Das Mantra vom schlanken Staat hat sich als der falsche Weg erwiesen. Personalabbau im öffentlichen Dienst, Vernachlässigung der landeseigenen Gebäude, der Verkauf von landeseigenen Wohnungen – all dies hat die Attraktivität Baden-Württembergs geschmälert.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf die Industriepolitik legen: Nirgends im deutschen und europäischen Vergleich hat die Industrie einen solch hohen Anteil an der Wirtschaftskraft wie im Südwesten. Ein solcher Spitzenplatz muss jedoch immer wieder aufs Neue aktiv verteidigt werden. Andere Volkswirtschaften fordern uns gewaltig heraus. Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act ein milliardenschweres Investitionsprogramm für ihre Wirtschaft beschlossen.

Aussagen wie „Der Markt regelt das schon“ und „der Staat soll nicht als Unternehmen agieren“ sind in Zeiten, in denen immense Kraftanstrengungen zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen unternommen werden müssen, ein gefährlicher Irrweg.

Mehr Gestaltungswille ist das Gebot der Stunde, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der hiesigen Leitindustrien rund um Mobilität, Maschinenbau, Pharma und Medizintechnik geht. Beide müssen sich ins Zeug legen: Unternehmen und Staat, wenn die Dekarbonisierung der Industrie gelingen soll. Private und öffentliche Investitionen müssen sich ergänzen, damit ökologische Produkte und klimaschonende Produktionsverfahren zum Standard werden. Eine

beschäftigungsorientierte Industriepolitik muss so ausgerichtet sein, dass gesellschaftlich dringend erforderliche Investitionen getätigt werden können. Sie dürfen nicht daran scheitern, dass sie sich betriebswirtschaftlich zunächst nicht rentieren.

Solche Rechnungen lassen sich vielfach aufmachen: für den Aufbau von Ladestationen, die Batteriezellenfertigung, für KI-Anwendungen zur Ressourcenschonung, für die Entwicklung recyclingfähiger Werkstoffe, für die Gebäudetechnik und – last but not least – zur Weiterbildung von Beschäftigten. Denn kluge Köpfe sind der wertvollste Rohstoff, den wir haben. Die ökologische Erneuerung bietet die Chance auf viele qualifizierte neue Arbeitsplätze.

Die Energiewende ist das Fundament, auf dem eine klimaneutrale Industrie steht. Windräder müssen in großer Stückzahl viel schneller genehmigt und aufgestellt werden. Photovoltaik gehört auf jedes öffentliche Gebäude und auf jedes Fabrikdach. Die grüne Wasserstoffwirtschaft braucht die nötigen Pipelines.

Die im internationalen Vergleich sehr hohen Strompreise drohen industrielle Produktion insbesondere in energieintensiven Branchen erheblich zu verteuern. Es drohen dann Standortverlagerungen oder Produktionseinstellungen. Das Land Baden-Württemberg soll sich in Berlin und Brüssel für wettbewerbsfähige Industriestrompreise einsetzen und dies mit ökologischen Zielen verbinden.

Genauso muss der Blick auf internationale Wirtschaftsbeziehungen gerichtet werden. Als starkes Exportland ist der Südwesten auf tragfähige Beziehungen Deutschlands sowohl zu den USA als auch zur Volksrepublik China angewiesen. Eine Eintrübung des Verhältnisses zu China hätte spürbar negative Folgen für die Südwestwirtschaft. Der britische Ökonom Adam Tooze (2022) warnt zu Recht, dass ein „Umschwenken vom Energiekrieg mit Russland zu einem Handelskrieg mit China ökonomisch gesehen der Worst Case“ wäre. Das derzeitige Exportmodell wird auch von Sebastian Dullien, dem wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), hinterfragt, wonach auch mit Blick auf die Folgen der Coronakrise „in den kommenden Jahren mit einer gewissen Deglobalisierung zu rechnen“ sei (Dullien 2021, S.2). Die starke Störanfälligkeit der internationalen Lieferketten ist tatsächlich eine Schattenseite der globalen Arbeitsteilung. Dullien prognostiziert deswegen eine „Renationalisierung oder Reregionalisierung von Lieferbeziehungen“ (ebd. S. 1). Der DGB unterstützt diesen Ansatz.

Wenn offene Märkte und grenzenlose Globalisierung unter Druck geraten, ist das zunächst einmal als ein Risiko für die Industriestrategie des Südwestens zu

werten. Es kommt darauf an, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Benötigt wird zum einen eine eigene Industriepolitik, die die Energieversorgung zuverlässig absichert und zugleich die Energiewende vorantreibt. Gleichzeitig muss die Technologie- und Produktionsabhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Asien durch eine eigene technologische Basis rund um vor Ort lokalisierte Batteriezellfabriken und IT-Kompetenz begrenzt werden. Dies bedeutet keine Abwendung von globalen Märkten, sondern vielmehr eine zukunftsfähige Neuaufstellung.

In Ergänzung dazu braucht es eine gestärkte Binnenkaufkraft - mit steigenden Entgelten und mehr Tarifbindung - sowie mit höheren öffentlichen und privaten Investitionen vor Ort. Der Lösungsweg der höheren öffentlichen Investitionen mit Schwerpunkten in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur, die auch entsprechende private Folgeinvestitionen auslösen würden, wird allerdings durch die rigide Haushaltspolitik sowie eine hinderliche EU-Gesetzgebung blockiert. Im Folgenden schlagen wir Modelle vor, wie die nötigen Zukunftsinvestitionen finanziert werden können.

2. Für mehr öffentliche und private Investitionen

Baden-Württemberg braucht weiterhin Innovationen, wenn es eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas bleiben will. Das beinhaltet auch, in den Groß- und Universitätsstädten leistbaren Wohnraum für Innovatoren und Gründer zu schaffen: Auszubildende, Studierende und junge Beschäftigte anzuziehen, die sonst ihre Ideen woanders umsetzen.

Auch strukturpolitisch müssen die richtigen Weichen gestellt werden: Mit einem „Green New Deal“, der ökologische und soziale Perspektiven zusammenbindet, kann die Transformation der Schlüsselindustrien gelingen. Auch für eine gelingende Klima-, Energie- und Verkehrswende, den Wohnungsbau und die Ertüchtigung der Krankenhäuser sind deutlich höhere öffentliche Zukunftsinvestitionen erforderlich. Diese werden mit dem Dogma der „schwarzen Null“ allerdings nicht erreichbar sein.

Wenn Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben will, muss stärker in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur investiert werden, d. h. in Schulen- und Hochschulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnungen, Krankenhäuser, Schienen und die Sanierung von Straßen, den Breitbandausbau sowie in Windkraft und Solaranlagen.

Das KfW-Kommunalpanel 2021 führt bei den baden-württembergischen Gemeinden erhebliche Investitionsrückstände im Umfang von insgesamt 13 Milliarden Euro auf. Genannt werden u. a. der öffentliche Personennahverkehr, Verwaltungsgebäude, die Abfallentsorgung und ein klimaneutraler Wohnungsbau. Der Rückstand bei den Krankenhausinvestitionen, die ganz überwiegend vom Land aufzubringen sind, beträgt für den Zeitraum 2015 bis 2019 insgesamt 1,5 Milliarden Euro (Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, BWKG, 2021). Die Finanzierungsprobleme spitzen sich zu. Bis Jahresende rechnet die BWKG mit einem Defizit von 620 Millionen Euro (BWKG, 2023).
Den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei den Hochschulen hat die Landesregierung auf 5,9 Milliarden Euro beziffert (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, 2019).

Das kleine und ebenfalls industriell geprägte Saarland hat die Zeichen der Zeit erkannt und einen kreditfinanzierten Transformationsfonds in Höhe von drei Milliarden Euro aufgelegt. Für Baden-Württemberg schlagen wir einen ähnlichen Fonds mit einem Volumen zwischen 30 und 35 Milliarden Euro vor, damit der Sprung ins klimaneutrale Zeitalter gelingt und die Infrastruktur umfassend modernisiert werden kann. Dies wäre auch ein Konjunkturprogramm für den baden-württembergischen Mittelstand.

Bei der Finanzierung eines solchen Fonds sollten neue Kredite kein Tabu sein. Zusätzlichen Schulden stünden neue, langlebige Werte gegenüber, wie Strom- und Wasserstoffleitungen und eine moderne digitale Infrastruktur. Baden-Württemberg soll flexibel alle Spielräume nutzen, um in- und außerhalb der Schuldenbremse höhere Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Ein solcher Fonds könnte als Anstalt des öffentlichen Rechts schuldenbremsenneutral ausgestaltet werden und die Umsetzung der Klima-, Energie- und Verkehrswende bündeln.

Öffentliche Hilfen werden nur dort gewährt, wo Betriebe Investitionen in die Transformation, die bestehenden Standorte und tarifgebundene Arbeitsplätze zusagen.

Mehr Bildungsgerechtigkeit muss finanziert werden

Die Coronapandemie hat die Defizite der Schulen beispielsweise hinsichtlich der Rückstände in der Digitalisierung schonungslos offengelegt. Der häufige Unterrichtsausfall und das Fehlen flächendeckender Ganztagsangebote sind besorgniserregend.

Das Schulsystem im Land ist angesichts der Investitionsrückstände und der unzureichenden Personalausstattung seit Langem strukturell unterfinanziert. Die

Erhöhung der Bildungsinvestitionen und die Verbesserung der personellen Ausstattung sind die entscheidenden Hebel zu mehr Qualität im öffentlichen Bildungswesen.

Für eine zielgerichtete Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik

Jahrzehntelang leistete sich die Gesellschaft den „Luxus“, Menschen auszusieben und sich bei der Fachkräftegewinnung auf die vermeintlich „Guten“ zu konzentrieren. Dieser Ansatz ist gescheitert. Fachkräftemängel in Baden-Württemberghaben ihre Ursache auch in den Versäumnissen der Aus- und Weiterbildungspolitik von Arbeitgebern, Kammern und Staat. Dazu zwei alarmierende Befunde: Nur noch die Hälfte aller Betriebe in Baden-Württemberg ist überhaupt ausbildungsberechtigt. Lediglich jeder fünfte Betrieb im Lande bildet noch aus (BIBB 2021).

Zudem ist die Berufsausbildung mit erheblichen Mängeln behaftet: Nur die Hälfte der Auszubildenden bewertet die fachliche Qualität der Berufsschule mit „sehr gut“ oder “gut“, und mehr als ein Drittel aller Auszubildenden weiß kurz vor Ende der Berufsausbildung nicht, ob der Ausbildungsbetrieb sie übernimmt. Der DGB Baden-Württemberg hat dazu eine Studie zur Situation der Auszubildenden vorgelegt (DGB Ausbildungsreport Baden-Württemberg 2022).

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind 17 Prozent der Menschen in der der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren in Baden-Württemberg ohne jedweden beruflichen oder akademischen Abschluss. Diese Personen drohen mit steigenden oder wechselnden Kompetenzanforderungen in der Transformation beruflich den Anschluss zu verlieren. Wir müssen die Ausbildungen für die Transformation fit machen, weil sich ganze Berufsfelder wandeln. Hier helfen keine Schmalspurausbildungen, sondern es braucht zukunftsfähige Ausbildungsberufe mit Perspektiven. Dafür benötigen wir Investitionen in Ausbildungswerkstätten und den Einsatz moderner Lehr- und Lernmittel.

Angesichts der Herausforderungen, in der Fachkräfte- und Qualifizierungspolitik die Transformation erfolgreich zu meistern, muss auch die Landesregierung aktiv werden. Sie sollte in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur mögliche Fachkräftebedarfe in bestimmten Berufen, Branchen bzw. Regionen identifizieren und gemeinsam mit den Sozialpartnern Problemlösungen entwickeln und umsetzen.

Dringend erforderlich sind dauerhafte Initiativen zur Gewinnung und Qualifizierung von mehr Fachkräften für die frühkindliche Bildung und die Pflege - mithin für diejenigen Branchen, für die die öffentliche Hand selbst Verantwortung

als Arbeitgeber und für die Aus- und Weiterbildung trägt. So fehlen allein bis 2023 mehr als 12.000 Fachkräfte für die Ganztagesförderung aller Grundschulkinder im Land (siehe Bertelsmann Stiftung 2022).
Die Gewerkschaften unterstützen die Forderung der Bertelsmann Stiftung, das Land müsse gemeinsam mit allen Verantwortlichen eine langfristige Fachkräfteoffensive auf den Weg bringen.

Baden-Württemberg sollte mit einem - wie von der Landesregierung im Koalitionsvertrag angekündigten - Qualifizierungseinkommen berufliche Mobilität und Sicherung ihrer Beschäftigungsfähigkeit ermöglichen.

3. Für mehr Mitbestimmung und Demokratie in der Wirtschaft
Der wirtschaftliche Wandel ist umfassend und betrifft alle Beschäftigten, daher sollten auch alle Beschäftigten mitgestalten können. Mit der „Politik des Gehörtwerdens“ hat die Landesregierung gute Erfahrungen gemacht. Mehr Beteiligung muss es auch in den Betrieben und Verwaltungen geben. In diesem Sinne fordern wir die Landesregierung auf, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken, indem sie aktiv für die Gründung von Mitbestimmungsgremien wirbt.

Wirtschaftliche Veränderungsprozesse werden dann erfolgreich sein, wenn sie von den Beschäftigten aktiv beeinflusst werden können. Der DGB hat einen Vorschlag für die überfällige Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes gemacht, über den in der Bundespolitik zu entscheiden ist (DGB 2022). Hierfür wollen wir jedoch auch die Abgeordneten aus Baden-Württemberg als Unterstützer*innen gewinnen. Die Maxime lautet: Je größer Veränderungen sind, desto wichtiger ist es, dass sie gemeinsam mit den Menschen umgesetzt werden und nicht über ihre Köpfe hinweg.

Betriebsräte müssen die Transformation mitgestalten können, sie müssen Qualifizierung und Beschäftigungssicherung mitbestimmen können und dafür angemessen bezahlt werden. Betriebsratsgründungen müssen erleichtert werden.

Der Reformvorschlag des DGB setzt sechs Schwerpunkte:

1. Neuregelungen, die ermöglichen, mit besseren Mitbestimmungsrechten Umweltschutz und Gleichstellung im Betrieb, inklusive Entgeltgerechtigkeit, voranzubringen.
2. Reformen, um mit mehr Mitbestimmung u.a. bei Weiterbildung und Personalplanung für sichere Beschäftigung in Zeiten von Digitalisierung, ökologischem Umbau der Wirtschaft und weiterer Globalisierung zu sorgen.

3. Mitbestimmung, um Persönlichkeits- und Datenschutz am Arbeitsplatz angesichts völlig neuer digitaler Kontrollpotenziale zu gewährleisten.

4. Reformen, damit betriebliche Mitbestimmung in zunehmend international und hochkomplex organisierten Unternehmen nicht faktisch ausgehebelt werden kann. Ergänzend auch eine Reform des „Tendenzschutzes“, der bislang betriebliche Mitbestimmung u.a. in kirchlichen Einrichtungen und kirchennahen Unternehmen sehr weitgehend ausschließt.

5. Reformen, die Beschäftigten über spezielle Zeitkontingente und bessere Absicherung individueller Rechte zur Meinungsäußerung auch mehr individuelle Mitsprache bei der Arbeit ermöglichen. Dazu gehört auch, Gruppen wie Leiharbeiter*innen oder arbeitnehmerähnliche Arbeitskräfte besser als bisher in die betriebliche Mitbestimmung einzubeziehen.

6. Reformen, um Betriebsratswahlen zu erleichtern, Arbeitgeberschikanen gegen Betriebsratsgründungen wirksam einen Riegel vorzuschieben und Betriebsräte zu stärken.

Zum Verfahren

Der DGB Baden-Württemberg bedankt sich für die Gelegenheit zu Stellungnahme zum Handlungsfeld „ökonomische Aspekte von Krisen“ und steht den Abgeordneten selbstverständlich als Ansprechpartner zur Verfügung. Zudem möchten wir auf die Stellungnahmen unserer Mitgliedsgewerkschaften ver.di und GEW verweisen.

Quellen:

Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) Pressemitteilung, 09.05.2023 (https://www.bwkg.de/presse/pressemitteilung/news/bwkg-defizituhr-zeigt-defizite-aller-krankenhaeuser-in-baden-wuerttemberg-seit-dem-01012023/)

Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, Pressemitteilung, 28.04.2021 (https://www.bwkg.de/presse/pressemitteilung/news/bwkg-zu-den-aussagen-des-aok-vorstandsvorsitzenden-zu-krankenhausinvestitionen-und-zur-zentralisieru/)

Bock-Famulla, K., Girndt, A., Vetter, T., & Kriechel, B. (2022). Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2022.

Bofinger, Peter, Dullien, Sebastian et. al.: Neustart - Eine Agenda für Wachstum, Investitionen und Transformation auf den Weg bringen

Bundesinstitut für Berufsbildung, Datenreport 2021 (https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a2_tab_a7_1-7_Internet_2021.pdf)

Deutscher Gewerkschaftsbund: Betriebliche Mitbestimmung für das 21. Jahrhundert. Gesetzentwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz. Arbeit und Recht Sonderausgabe April ISSN 0003–7648 April 2022, 70. Jahrgang

Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg, Abteilung Jugend: Ausbildungsreport 2022, Stuttgart 2023

Dullien, Sebastian: Nach der Corona-Krise: Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik, IMK Policy Brief Nr. 100, Januar 2021, Düsseldorf

KfW-Research (Christian Raffer/ Hendrik Scheller): Kommunalpanel 2021, KfW-Bankengruppe, Frankfurt am Main 2021

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Antwort auf den Antrag der FDP/DVP-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, Drucksache 16 / 5613, 30.01.2019, 16_5613_D.pdf (landtag-bw.de)

Tooze, Adam: Neue Nato, alte Rezepte. Für eine strategische Autonomie Europas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 8 (2022), S. 41 bis 47

STELLUNGNAHME

der EnBW AG bzw. der terranets bw GmbH im Rahmen einer Bitte der

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

August 2023

EnBW und terranets werden darum gebeten, die im **vierten Handlungsfeld des Einsetzungsbeschlusses** (s.u.) aufgeworfenen „Fragen“ zu beantworten, soweit diese ihr Tätigkeitsfeld und Expertise betreffen. Dabei mögen sie den Mitgliedern der Enquetekommission **nach Möglichkeit auch konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge unterbreiten**, die ihrer Ansicht nach erforderlich sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen im Hinblick auf künftige Krisen besser vorzubereiten und handlungsfähiger zu machen.

Der relevante Auszug aus dem Einsetzungsbeschluss [Ziffer III. 4., Landtags-Drucksache 17 / 1816 vom 7.2.22] wird nachfolgend *zitiert*, um dann zu den konkreten Handlungsempfehlungspunkten a) bis h) jeweils Stellung zu nehmen:

*In einem **vierten Handlungsfeld** sollen insbesondere **ökonomische Aspekte** betrachtet werden.*

Die globale Dimension der Pandemie verdeutlichte, wie vernetzt moderne Gesellschaften sind und wie grundlegend Kontinente überspannende Kausalketten als Merkmal einer globalisierten Welt gesundheitliche, ökonomische – aber auch ökologische – Risiken nach sich ziehen. Unsere Wirtschaft ist international erfolgreich, doch genau das macht sie anfällig, da sie Krisen überall auf der Welt ausgesetzt ist.

Gleichzeitig zeigte die Pandemie die Bedeutung von Innovationsfähigkeit als Krisenreaktionsinstrument auf. Es stellt sich die Frage, wie es gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen kann, unser Land resilienter aufzustellen und die Innovationsfähigkeit als Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen weiter zu stärken. Dazu gehört in der Konsequenz auch, dass Menschen in systemrelevanten Tätigkeitsfeldern angemessen wertgeschätzt und bezahlt werden.

Hierzu soll die Enquetekommission Handlungsempfehlungen entwickeln, die auf Landesebene dazu geeignet sind,

a) die Potenziale des Marktes in der Trias Staat – Markt – Bürgergesellschaft zu aktivieren, um zur Krisenfestigkeit des Landes beizutragen, insbesondere auch mit Blick auf die Herausforderungen der ökologischen Krise;

b) die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu stärken, damit sie in ihrer Resilienz gestärkt werden und zugleich einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung künftiger Krisen leisten können;

c) Risiken für zentrale Infrastrukturen (Verkehrswege und -träger; Telefon, Internet, Strom, Gas, Wasser/Abwasser) zu minimieren bzw. deren Schutz und Belastbarkeit zu erhöhen;

d) eine Maßnahmenfolgeabschätzung zu entwickeln;

e) die baden-württembergische Wirtschaft krisenfester aufzustellen, insbesondere Vorschläge zu machen, wie rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen und für den Krisenfall Produktionswege und Produktionsprozesse definiert werden können, die in der gebotenen Schnelligkeit und ausreichenden Anzahl die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Waren und medizinischem Material am Standort Baden-Württemberg sicherstellen;

f) bezüglich des mobilen Arbeitens Lehren aus der Krise zu ziehen;

g) darauf hinzuwirken, systemrelevante Tätigkeiten im Hinblick auf verschiedene Krisen zu identifizieren, gesellschaftlich anzuerkennen und angemessen zu bezahlen, ohne dabei die Tarifautonomie in Frage zu stellen;

h) Abschottungstendenzen und -folgen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entgegenzutreten.

Ad a) Als Unternehmen der Energieversorgung (EnBW AG als voll-integriertes Unternehmen im Bereich Strom, Gas, Wasser, Fernwärme, Müllentsorgung, Kommunikation; terranetsbw GmbH im Bereich Gasfernleitung; beide der Einfachheit halber hier abgekürzt „E/t“) bauen und betreiben wir vor allem Infrastruktur im Bereich Daseinsvorsorge, z.B. in Form von Stromerzeugungsanlagen oder von Netzen zur Versorgung mit Gas. Dies drückt sich u.a. in einer starken Shareholder-Schaft der öffentlichen Hand sowie der Zugehörigkeit zum Bereich „Kritischer Infrastruktur“ (KRITIS) aus. Insofern unterliegen viele unserer Aktivitäten einer starken Regulierung und sind weniger unter einem typischen freien Markt zu subsummieren.

Gleichwohl spielt die Trias Staat – Versorgungsunternehmen – Bürgerschaft eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von und der Härtung gegen („Resilienz“) krisenhafte Situationen wie jüngst die Pandemie oder der Angriffskrieg auf die Ukraine. Ein enger, offener Austausch mit Behörden/Politik und das Fällen pragmatischer Entscheidungen sind der Schlüssel für ergebnisorientiertes Handeln zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit. Dies muss flankiert sein mit einem gewissen Maß an Verständnis seitens (der Mehrheit) der Bevölkerung für kausale Zusammenhänge und bestimmte wenn/dann-Zwänge. Sie darf zurecht und aus Gewohnheit eine sehr hohe Verfügbarkeit von ausreichend Strom und Gas unterstellen, sollte sich aber im unwahrscheinlichen Bedarfsfall auch der eigenen Verantwortung und Beiträge bewusst sein, wie sie das System einer vernetzten Gesellschaft in all seinen Facetten zeitweise entlasten kann und ggf. sogar stützend wirkt. Der Anspruch an jeden und jede sollte dann darin bestehen, Teil der Lösung und nicht des Problems sein zu wollen, was mit Erkenntnis als Vorstufe für Haltung zu tun hat.

Als Beispiel für eine Art „Graswurzelbewegung“ könnte hier dienen, dass sich bereits eine wachsende Zahl von Kommunen in BaWü detailliert mit Fragen der eigenen Resilienz im Falle von krisenhaften Szenarien auseinandersetzt, um individuell zugeschnittene Konzepte in Form eines Krisenhandbuchs zu entwickeln. Diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ bietet die EnBW als Dienstleistung an und beübt sie auch mit den Kommunen. Denn jede Kommune, die sich mit ihren Bürgern im Ernstfall zunächst einmal selber helfen könnte, entlastet das System für dann noch wichtigere Einsätze. Das Potenzial ist groß.

Es kommen verstärkt auch Szenarien in den Blick, die dem Klimawandel zuzurechnen sind und etwa mit Wasserknappheit, Waldbrandgefahren, Hitzeperioden, Starkregenereignissen etc. einhergehen. Erkenntnisse in diesem Bereich führen dann sicherlich auch dazu, dass Anstrengungen zur Beschränkung des menschengemachten Klimawandels stärker auf das eigene Tun/Nichttun bezogen werden.

Ad b) Der Innovationsfähigkeit geht Innovationsfreudigkeit voraus: m.a.W. geht es darum, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die Innovation befördern, ein innovationsfreundliches Klima bilden. Dazu zählen eine optimistische Sicht (der Gesellschaft) auf Innovation als Chance, nicht als Bedrohung; Mut, mit Rückschlägen umzugehen; Fördern von Flexibilität, Kreativität und Interesse für Innovation in der Ausbildung; Senken von bürokratischen Hürden; gezielte finanzielle Förderung aussichtsreicher Ansätze u.v.a.m. Innovationen, die einseitige Abhängigkeiten von bestimmten Roh-/Brennstoffen, Vorprodukten oder Bauteilen reduzieren, mindern Risiken und stärken Resilienz.

Mit Blick auf die Energiebranche stellt die Transformation zu einer Wasserstoffwirtschaft große Herausforderungen, denen sich auch E/t intensiv widmen. BaWü als wichtiges Industrieland mit

gleichzeitig begrenzten eigenen Ressourcen sollte hierzu die Kooperation von Politik/Verwaltung und Wirtschaft stark befördern und den Anspruch haben, die innovativsten Ansätze zu unterstützen.

Ad c) Innerhalb der KRITIS-Bereiche stellt die sichere Versorgung insbesondere mit Strom, aber auch mit Gas (Erdgas, künftig vermehrt H2) die in ihrer Unmittelbarkeit und Tragweite sicherlich sensibelste Aktivität dar, weil praktisch alle anderen davon ziemlich direkt betroffen sind. Daher befinden sich die entsprechenden zentralen Einrichtungen wie Kraftwerke, Netzleitstände usw. seit langem auf hohem sicherheitstechnischem Niveau.

Insbesondere mit dem Überfall auf die UKR und den Drohungen gegenüber westlichen Staaten hat sich die Sicherheitslage z.B. im Bereich Cyber nochmals deutlich verschärft. Dem trägt u.a. die Europäische „Network and Information Security (NIS) Directive“ (NIS-2) Rechnung, ebenso wie das in Abstimmung befindliche KRITIS-Dachgesetz, das z.B. auch den physischen Schutz und die Personenprüfung stärker in den Blick nimmt.

Aufgrund ihrer schieren flächigen Ausdehnung können Energie- und Kommunikationsinfrastruktur nicht vollständig geschützt werden. Der Fokus hoher Resilienz richtet sich daher auf den Schutz zentraler Einrichtungen oder Knoten, sowie auf die Ausbildung von Redundanzen zur flexiblen Umgehung/Kompensation/Behebung von Störstellen.

Ad d) Es ist selbstredend notwendig und sinnvoll, bei systematischen Weichenstellungen mit hohem Ressourceneinsatz und nachhaltiger Wirkung die Fragen von Folgen und Nebenwirkungen frühzeitig und umfassend zu adressieren. Denn: keine Handlung oder keine Nichthandlung ohne Folgen! Nur darf der Zeitpunkt nicht verpasst werden, auch ins Handeln zu kommen, selbst wenn noch letzte Restunsicherheiten bestehen. Hier muss sachlich und irgendwann auch politisch zwischen Chancen und Risiken des Tuns abgewogen und entschieden werden unter Setzung von Prämissen bzw. Inkaufnahme von letztem Nichtwissen.

Wichtig bleiben nach der Entscheidung das ehrliche Monitoring zur Erreichung der gesteckten Ziele und der darauf basierende Wille zum Nachjustieren/Umsteuern.

Ad e) [dieser Aspekt rührt insbesondere aus der Erfahrung gewisser Mangellagen (z.B. med. Masken, Beatmungsgeräte, etc.) während der Pandemie und trifft auf die Tätigkeiten von E/t nur sehr bedingt zu. Im Rahmen der UKR-Krise wiederum hatten E/t selbstverständlich hohen Anteil an den Maßnahmen, sich von Lieferungen seitens des Aggressors möglichst rasch vollständig unabhängig zu machen und für die Winterlagen 22/23 ff. Vorsorge zu treffen]

Ad f) Man kann festhalten, dass mobiles Arbeiten durch die Kontaktminderungsstrategie im Zuge der Corona-Pandemie stark gepushed bzw. überhaupt erst breit initiiert wurde. Dies galt auch für E/t, die im März 2020 sehr konsequent und schnell Homeoffice überall da eingeführt haben, wo es die Tätigkeiten der Mitarbeitenden erlauben. Inzwischen wurde auf dieser Basis im Rahmen eines „Best Work“ genannten Projekts ein weitgehendes, dauerhaftes, individuelles Angebot zu mobilem Arbeiten etabliert, von dem die Belegschaft auch rege Gebrauch macht.

In Bezug auf die Wirkung mobilen Arbeitens auf die Resilienz im Krisenfall spielen verschiedene Aspekte eine Rolle: Kontaktminderung bei pandemischer Lage, Flexibilisierung bzgl. Ort und Zeit (damit z.B. geringere Transportaufkommen, höhere Disponibilität), aber z.B. auch höhere Anforderungen an die IT-Sicherheit bei großflächiger Nutzung mobiler IT/Daten außerhalb von Unternehmensstandorten.

Hinsichtlich des sicheren Betriebs von KRITIS-Einrichtungen von E/t bedingen zahlreiche Tätigkeiten/Rollen selbstredend die Präsenz von Kern-Schlüsselpersonal an den jeweiligen Standorten.

Ad g) [Dieser Aspekt spielt zurecht insbesondere auf Tätigkeiten im Gesundheits-/Pflegesektor an]

Ad h) Gerade im Tätigkeitsfeld Strom/Gas einer modernen Industriegesellschaft ist der Aspekt der Vernetzung/Vermaschung/Kooperation von elementarer Bedeutung. Energieflüsse sind häufig sehr weiträumig, und relevante Störungen wirken sich i.d.R. auch übergeordnet aus. Im Sinne der Stärkung von Resilienz liegt darin aber eben auch die Möglichkeit, Redundanzen zu erzeugen und bewusst zu nutzen, um regionale Engpässe überregional auszugleichen, sich also wechselseitig zu stützen.

Für den Energiesektor heißt das, es ist gut und wichtig, wenn Staaten/Regionen ihre jeweiligen Bedarfe autark, stabil und möglichst nachhaltig decken können, über die Vernetzung aber erreicht man ein stabilisierendes Gesamtoptimum, da die Voraussetzungen an Bedarfen und Versorgungsmöglichkeiten regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Insofern bildet der weitere Systemausbau von überregionaler Energieinfrastruktur (z.B. Übertragungs- und Fernleitungsnetze) durch kooperationswillige Gesellschaften das Gegenteil von „Abschottungstendenzen".

Im Lichte der Erfahrungen aus dem Überfall der UKR mit Stärkung alternativer Gasbezugsoptionen (LNG etc.) wurden in kurzer Zeit wichtige Lösungen entwickelt. Für die angestrebte Transformation hin zu einer Wasserstoff-basierten Energie- und Rohstofflandschaft sind die Herausforderungen nochmal ungleich gewichtiger: breite, partnerschaftliche Kooperation zum Zwecke globalen Klimaschutzes ist „sine qua non"-Voraussetzung!

In Deutschland und BaWü muss Bürgergesellschaft dazu aufklärungsbereit und lösungsorientiert sein, Verwaltung pragmatisch und unbürokratisch, Politik ehrlich und langfristig denkend sowie Unternehmen kreativ und risikobereit. E/t leisten hierzu bereits entsprechende Beiträge.

Weitere bisherige Beiträge der EnBW AG zur Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" sind wie folgt:

[1: Teilnahme/Impuls zum Bürgerforum Krisenfeste Gesellschaft - Input "Wirtschaft" am Samstag, 8.10.2022 im Landtag Stuttgart;

Bürgerforum-Krisenfeste_Briefing_Wirts; 221008 Bürgerforum Krisenf]

[2: Anfrage über den Verband für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. – VfEW /

„In ihrer 7. Sitzung wurde beschlossen den VfEW zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Hierbei wurde das zweite Handlungsfeld von uns abgefragt, welches sich um die staatliche Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung. Die Kommission soll unter anderem erörtern, wie das Zusammenwirken von Politik, Zivilgesellschaft, spezialisierten Organisationen und Wirtschaft in diesem Bereich optimiert werden kann. Des Weiteren soll untersucht werden, wie staatliche Stellen ebenen-, ressort- und grenzübergreifend besser zusammenarbeiten können. Zudem sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert werden, deren Betrieb auch in Krisenzeiten prioritär sicherzustellen ist."

Abfrage Enquetekommission]

[3: Rede von Dr. C. Müller, Vorsitzender der Geschäftsführung der Netze BW GmbH, im Landtag in seiner Rolle als Experte für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft", 3/2023]

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Stand: 04.09.2023

Stellungnahme zur Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

Handlungsfeld 4 – Wirtschaft

Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband (BWGV) ist eine der bedeutendsten und mitgliederstärksten Wirtschaftsorganisationen im Südwesten. Unsere Aufgabenschwerpunkte sind die vier Säulen: Beratung, Bildung, Interessenvertretung und Prüfung für unsere Mitgliedsgenossenschaften in genossenschaftlichen, rechtlichen, steuerrechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Der BWGV repräsentiert mittelständische Unternehmen aus mehr als 50 Branchen, die einen gemeinsamen Nenner haben: die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Dazu gehören Volksbanken und Raiffeisenbanken ebenso wie Raiffeisen- und gewerbliche Genossenschaften.

Die Wirtschaft unseres Landes ist nach wie vor stark vom Mittelstand geprägt. Diese besondere Struktur gilt es für alle kommenden Krisensituationen zu stärken. Derzeit befinden wir uns in einer Phase der Krisenpermanenz, die uns die Relevanz einer resilienten Wirtschaft ganz besonders verdeutlicht. Die genossenschaftliche Idee entstand in einer Notsituation. Bis heute erweist sich die kooperative Zusammenarbeit gerade in Krisensituationen als besonders wertvoll. Denn die gleichberechtigte Kooperation schafft für alle Mitglieder Vorteile, lässt sich passgenau ausgestalten und bietet dabei viel Raum für Innovation. Der besondere Wert der genossenschaftlichen Rechts- und Unternehmensform hat sich in den vergangenen gut 150 Jahren vielfach bewiesen und leistet auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Stärke und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind gerade in Krisenzeiten wichtige Stabilitätsanker für Wirtschaft und Gesellschaft

Die 136 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg haben sich als verlässlicher Finanzpartner der mittelständischen Unternehmen und der Menschen vor Ort bewiesen. Gerade in unsicheren Zeiten zeigt sich die Stärke des genossenschaftlichen Geschäftsmodells ganz besonders. Das haben die genossenschaftlichen Bankinstitute nicht zuletzt während der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise ab 2008 bewiesen. Die genossenschaftliche Institutssicherung sorgt seit über 90 Jahren dafür, dass die Genossenschaftsbanken sich im Falle einer Schieflage gemeisam wieder aufrichten und keine Steuergelder für die Sanierung notwendig war und ist. Gleichzeitig sind auch die Einlagen der Kundinnen und Kunden zu jedem Zeitpunkt sicher.

Auch die Versorgung mit Bargeld ist damit zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken verfügen nach wie vor über ein dezentrales Filial- und Selbstbediensungs (SB)-Netz. Zum Jahresende 2022 stellten die genossenschaftlichen Bankinstitute im Land über 1.300 Filialen und 700 SB-Stellen für die Bargeldversorgung zur Verfügung. Dabei liegt die Priorität der Banken auf guter Erreichbarkeit – etwa in unmittelbarer Nähe zu Geschäften des Einzelhandels, Ärzten und Rathäusern. Dort wo Filialen und/oder SB-Stellen für die einzelnen Banken nicht mehr wirtschaftlich tragfähig sind, schaffen die Institute vielfältige, über das übliche Spektrum eines Finanzdienstleisters hinausgehende Angebote, um die adäquate Beratung und Bargeldversorgung der Mitglieder und Kunden sicherzustellen.

Mit diesen Dienstleistungen sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken gerade in Krisenzeiten ganz besonders wichtig für die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft. Um die Stärke der Banken ist es daher besonders wichtig, dass sich die Regierung des Landes Baden-Württemberg weiterhin für den langfristigen Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems auf Bundes- und EU-Ebene einsetzt. Die zunehmende Belastung durch Regulatorik ohne Berücksichtigung der Größe und des Risikoprofils einer Bank, erfordert gerade für kleinere Banken immer größere Anstrengungen, die immer schwerer zu bewältigen sind. Die Bestrebungen einer Harmonisierung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene oder der zuletzt veröfffentlichte Legislativvorschlag zur Änderung der Vorgaben zum Krisenmangement für Banken könnten schwerwiegende Auswirkungen auf die erprobte

Institutssicherung und damit auf die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Krisenzeiten haben.

Kennzahlen der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg
Die Kredite der Genossenschaftsbanken an Unternehmen und Selbstständige lagen im Jahr 2022 bei rund 54 Milliarden Euro, an Privatpersonen bei rund 75,5 Milliarden Euro. Damit sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken treibende Kraft der nachhaltigen und digitalen Transformation in unserem Land und in den ländlichen Räumen. Ein großes Plus der genossenschaftlichen Kreditinstitute stellt auch ihre konstante Wertschöpfung für die jeweiligen Regionen dar: So engagierten sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Land in den vergangenen Jahren unter anderem zunehmend in verschiedenen genossenschaftlichen WohnenPLUS- und Quartiers-Projekten. Daneben fließen Steuerzahlungen der Volksbanken und Raiffeisenbanken an Bund, Land und Gemeinden im Umfang von rund 320 Millionen Euro und allein im Südwesten 1,3 Milliarden Euro an Löhnen und Gehältern an die Mitarbeitenden. Diese bezahlen jährlich 312 Millionen Euro an Steuern und verfügen über eine Kaufkraft von 650 Millionen Euro, die zum großen Teil direkt in die Regionen zurückfließen. Ebenfalls in die Regionen gehen insgesamt 315 Millionen Euro, die die Banken in ihre Geschäftsstellen investieren, und rund 55 Millionen Euro pro Jahr an Geld- und Sachspenden für Vereine und soziale Einrichtungen.

Genossenschaftliche Kooperationen schaffen Raum für Innovation und tragen maßgeblich zur Krisenfestigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft bei

Die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform bietet gerade in der derzeitigen Krisenpermanenz und für die Bewältigung der angestrebten digitalen und nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft vielfältige Ansätze und Lösungen. Denn die genossenschaftlich organisierte Kooperation stärkt die Krisenfestigkeit – ganz besonders unserer mittelständischen Wirtschaft und damit auch unserer Gesamtgesellschaft. Im Fokus stehen insbesondere die Potenziale der Arbeitsteilung. Dadurch freiwerdende Kapazitäten können die Unternehmen in die stetige Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells und die Innovationsfähigkeit investieren.

Handel
Eingetragene Genossenschaften sind im Handel fest etabliert. Als Einzelhändler erfüllen die 35 Einzelhandelsgenossenschaften (insb. Dorfläden) wichtige Aufgaben in der Nahversorgung und tragen insbesondere in den ländlichen Räumen, ebenso aber auch in städtischen Gebieten, zu einem lebenswerten Umfeld bei. Als Dienstleister sind die 13 Handelsgenossenschaften und die 26 Einkaufsgenossenschaften des Handwerks beispielsweise für den gemeinsamen Einkauf und das Marketing für die Mitgliedsunternehmen verantwortlich.

Im Einzelhandel ermöglichen digitale Plattformen eine Verbindung zwischen dem stationären Einzelhandel und dem Onlinegeschäft. Ein Beispiel dafür sind digitale Marktplätze, für welche die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform einen geeigneten Rahmen zur Institutionalisierung der Kooperation bietet. Im Rahmen der Genossenschaft können sich lokale Unternehmen genauso wie Privatpersonen und Kommunen am Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für die Region beteiligen.

Dienstleistungen
Für immer mehr Betriebe und Unternehmen wird die Arbeitskraft zu einem begrenzenden Faktor. Gerade in den Bereichen, in denen keine Automatisierung stattfinden kann, müssen Personalkapazitäten zukünftig immer effizienter eingesetzt werden. Die eingetragene Genossenschaft hat sich seit Jahrzehnten für die Übernahme von Dienstleistungen gerade für den Mittelstand bewährt. So sorgen ein gemeinsamer Ein- und Verkauf für eine bessere Verhandlungsposition am Markt und ein gemeinsamer Markenauftritt (Marketing) schafft größere Reichweite. Genossenschaften haben sich aber auch über diese traditionellen Dienstleistungen hinaus für ihre Mitglieder bewährt. Zunehmend rücken etwa kooperative Auftragsakquise, Buchhaltung oder Personalvermittlung in den Fokus. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) könnten künftig noch deutlich stärker von den vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit profitieren. Grundsätzlich kann eine Dienstleistungsgenossenschaft alle Geschäftsbereiche abdecken, ohne dass die Unternehmen ihre Selbstständigkeit aufgeben müssen oder in Abhängigkeit großer Dienstleistungsunternehmen zu geraten. Dies gilt für KMU, aber auch für Industrieunternehmen.

Gerade die digitale Transformation stellt den Mittelstand vor große finanzielle wie kapazitative Herausforderungen. Hier können Genossenschaften ihre Mitglieder dabei unterstützen, nicht nur bestehende Prozesse durch Digitalisierung effizienter zu gestalten. Im Rahmen sogenannter Datengenossenschaften können Unternehmen – etwa entlang einer Wertschöpfungskette – durch das Teilen und gemeinsame Nutzen von Daten ganz neue Geschäftsmodelle erschließen, für die einzelne Unternehmen alleine nicht über die notwendigen Daten verfügen. Die Zusammenarbeit in einer eG ermöglicht auch mittelständischen Betrieben und Unternehmen einen einfachen Zugang zur Nutzung künstlicher Intelligenz (KI). Doch gerade bei der Erschließung relevanter Zukunftsfelder – wie KI – eignet sich die Genossenschaft explizit nicht nur für KMU. Auch Zusammenschlüsse aus größeren Unternehmen und unter Einbeziehung wissenschaftlicher Institute, Hochschulen und nicht zuletzt Städten und Gemeinden können durchaus kooperativ organisiert werden, wie auch der KI-Park zwischen Karlsruhe und Stuttgart sowie weiteren Städten und Akteuren zeigt. So können alle relevanten Akteure gemeinsam und auf Augenhöhe an wichtigen Zukunftsthemen arbeiten und diese für die Wirtschaft in Baden-Württemberg zugänglich machen.

Unternehmensnachfolge
Erste Erfahrungen mit genossenschaftlich organisierten Übergaben sind vielversprechend und zeigen, dass sich das genossenschaftliche Modell als interessante Perspektive für das Mittelstandsland Baden-Württemberg etablieren könnte. Dies hat sich auch schon bei der Umsetzung in realen Unternehmen z.B. des Handwerks und der IT-Branche gezeigt. Genossenschaften können eine Win-win-Situation für alle Seiten schaffen: die Mitarbeiter, die bisherigen Inhaber und die Kunden. Eine frühe Einleitung des Prozesses bietet die Chance, die potenziellen Nachfolger (z.B. aus dem eigenen Unternehmen) umfassend auf die neuen Aufgaben vorzubereiten.

Der Fortbestand mittelständischer Unternehmen in der Rechts- und Unternehmensform einer eG wird auch von politischer Seite unterstützt, da Genossenschaften aufgrund ihrer nachhaltigen und langfristig angelegten Orientierung wertvoll für die Stabilität der Wirtschaft sind. Parallel zu Gründungsanfragen im Rahmen einer Unternehmensnachfolgte werden zunehmend Genossenschaftsgründungen als Zusammenschluss einzelner (Handwerks-)Betriebe angefragt, um hier Kräfte beispielsweise in Bezug auf Verwaltung, Einkauf und Personalplanung zu bündeln.

Energiegenossenschaften machen Versorgung dezentral und damit krisensicher

Seit 2008 erfahren genossenschaftliche Konzepte zur dezentralen Energieversorung in Bürgerhand einen enormen Zuspruch – und das vollkommen zurecht. Sie stärken nicht nur die Akzeptanz für Erneuerbare Energien durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten und halten die Wertschöpfung unmittelbar in der Region. Energiegenossenschaften machen unsere Energie- und Wärmeversorgung auch dezentral und damit krisensicher. Die Beförderung der Stärkung bestehender und die Gründung neuer Genossenschaften zur Sicherung unserer Energie- und Wärmeversorgung muss daher in unserem ureigenen Interesse liegen.

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg 150 Energiegenossenschaften mit über 46.000 Einzelmitgliedern. Ihre Einsatzgebiete reichen von der Erzeugung und Lieferung von Strom und Wärme, über den Betrieb von Stromnetzen bis hin zum vollumfänglichen Energieversorgungsunternehmen. Rund 120 der Genossenschaften sind im Bereich Photovoltaik tätig, circa 25 engagieren sich in der Nahwärme und 15 Genossenschaften im Geschäftsfeld Contracting. Darüber hinaus sind einige Genossenschaften in den Bereichen Energieeffizienz, Wind, Stromnetze, Ladeinfrastruktur und Elektromobilität tätig.

Gerade in Zeiten der Krise ist die dezentrale Versorgung mit nachhaltiger Energie und Wärme besonders wichtig. Im Rahmen genossenschaftlicher Strukturen können in Bürgerhand und in Kooperation mit den Kommunen sogar energieautonome Gemeinden entstehen. Auch vor Ort aktive Stadtwerke können von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Energiegenossenschaft profitieren. Etablierte Geschätsmodelle können mit Unterstützung aus der Bevölkerung gestärkt und erweitert werden.

Damit leistet die genossenschaftlich organisierte Bürgerenergie gerade in den ländlichen Räumen – aber zunehmend auch in den Städten – einen wichtigen Beitrag für die Transformation und Dezentralisierung unserer nachhaltigen Energie- und Wärmeinfrastruktur. Auch im Sinne einer krisenfesten Gesellschaft sollte das Modell der Bürgerenergiegenossenschaft nachhaltig gestärkt und zunehmend erweitert werden.

Landwirtschaftliche Genossenschaften stärken Produktion regionaler Lebensmittel

Rund 280 landwirtschaftliche und ländliche Genossenschaften sind im BWGV vereint und bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab. Gerade durch die Bündelung der Kräfte vieler kleiner Familienbetriebe tragen die Genossenschaften in Baden-Württemberg maßgeblich zum Erhalt der kleinteiligen Strukturen in ländlichen Räumen bei und sichern damit das Fortbestehen der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln. Zu den genossenschaftlichen Strukturen im Bereich Milch, Wein, Vieh und Fleisch, Blumen, Obst und Gemüse gehören auch die landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften und die rund 200 Raiffeisenmärkte im Land mit ihrer wichtigen Rolle in der Nahversorgung gerade im ländlichen Raum und als Vermarkter regional erzeugter Produkte.

Die Genossenschaften unterstützen ihre Mitglieder mit Preisabsicherungsmodellen, die für die Landwirte in einer zunehmend volatilen Situation Risiken begrenzen helfen. Insbesondere für kleinere Betriebe helfen genossenschaftlich getragene Unternehmen, Landwirtinnen und Landwirten als Eigentümerinnen und Eigentümer der Genossenschaft die Existenz zu sichern. Faire Auszahlungspreise sind dabei der Antrieb des Handelns. Damit tragen die landwirtschaftlichen und ländlichen Genossenschaften nicht nur zu einer regionalen Versorgung im Land bei, sondern spielen auch eine wichtige Rolle für die Ernährungssicherheit. Gerade im Sonderkulturbereich, in dem ohnehin schon ein relativ geringer Selbstversorgungsgrad (Deutschland 2020: Obst 20 %, Gemüse 36 %) zu verzeichnen ist, muss die Produktion und Bündelung gestärkt werden. Eine Zunahme der Importware, die vielfach zu geringeren Umwelt- und Sozialstandards produziert wird, führt zu weiteren Abhängigkeiten, die sich gerade in Krisenzeiten negativ auswirken.

Nur durch die Bündelung in der Produktion, der Weiterverarbeitung und der Vermarktung wird es möglich sein, Produktion in der Fläche in Baden-Württemberg zu halten und die Gesellschaft mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen. Dazu sind langfristige Strategien und Kooperationen unabdingbar. Denn gerade in Baden-Württemberg ist zwar die kleinteilige landwirtschaftliche Struktur für den Erhalt der Kulturlandschaft und der Biodiversität vorteilhaft, stellt aber zugleich aufgrund der Kosten- und Erlösstrukturen einen Wettbewerbsnachteil dar. Zudem erschweren gesetzliche Rahmenbedinungen zunehmend die landwirtschaftliche Produktion.

Die Corona-Pandemie und nicht zuletzt der Ausbruch des Ukraine-Kriegs haben gezeigt, wie wichtig die Produktion von Lebensmitteln vor Ort auch weiterhin ist. Aus der Corona-Pandemie haben wir ebenfalls gelernt, wie wichtig eine ausreichende Anzahl an Saisionarbeitskräften für Pflanz-, Pflege- und Erntearbeiten in der Landwirtschaft ist. Im Jahr 2020 waren die Regelungen hierfür zunächst unklar und die Ernte damit unsicher. Um dies in Zukunft eindeutiger zu gestalten, sollten entsprechende Regelungen für den Krisenfall festgehalten werden. Denn in einer Krisensituation muss die Nahrungsversorgung der Bevölkerung höchste Priorität haben.

Als besonders hilfreich haben sich während der Corona-Pandemie die Öffnung des Arbeitsmarktes für Geflüchtete und Asylbewerber und die Lockerung der Hinzuverdienstgrenze erwiesen und die vorübergehende Anhebung der Zeitgrenzen für eine kurzfristige Beschäftigung auf fünf/vier Monate bzw. auf 115/102 Arbeitstage trug wesentlich zur Entschärfung drohender Personalengpässe bei.

Dorfläden und Dorfgasthäuser gewährleisten die Nahversorgung

Genossenschaftlich organisierte Dorfläden – wie auch die 200 Raiffeisenmärkte – und Dorfgasthäuser können einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben vor Ort leisten. Dort wo die Nahversorgung weggebrochen oder das letzte Gasthaus geschlossen wurde, kann so ein multifunktionaler Begegnungsort entstehen. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in einem Dorfladen mit den alltäglichen Dingen des Lebens – neben regionalen Lebensmitteln zum Beispiel auch mit Poststelle oder Wäscheservice – wird oft ergänzt mit einem Café als Treffpunkt im Ort oder einem eigenen Quartiersmanagement. Dorfgasthäuser bieten nicht nur Raum für die Menschen vor Ort und die Vereine, sondern können ebenfalls ergänzt werden um ein kulturelles Angebot. Jeder soziale Treffpunkt macht die Bevölkerung in Krisenzeiten resilienter und hilft Vereinsamungstendenzen vorzubeugen.

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

- Stärkung einer resilienten Wirtschaft in Baden-Württemberg durch konsequente Förderung von Kooperation – etwa in Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft (eG). Bei aktuellen Änderungen des Genossenschaftsrechts ist auf die Erhaltung der besonderen Stärken der Rechts- und Unternehmensform zu achten.
- Bekenntnis zur regionalen Landwirtschaft, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung durch Produktion vor Ort auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Dabei ist bereits jetzt darauf zu achten, landwirtschaftliche Betriebe nicht mit übermäßigen Nachweispflichten zu überfordern, so dass auch eine Versorgung in Krisenzeiten gewährleistet werden kann. Es ist zu prüfen, einzelne Maßnahmen aus der Zeit der Corona-Pandemie regulär zu übernehmen.
- Die in der Corona-Pandemie und hier der Phase der Ladenschließungen durchgeführten kleinteiligen Berechnungen von Flächen nach Produktgruppen sollte bei zukünftiger Notwendigkeit einfacher gehandhabt werden, um Bevorzugung von großen Ladenketten gegenüber kleineren Märkten – wie etwa Raiffeisenmärkten – oder fachlich spezialisierten Märkten – wie etwa Baumärkten – zu verhindern. Alle Läden, die die Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs versorgen, müssen gleichbehandelt werden.
- Die Energiegenossenschaften tragen einen wichtigen Teil zur dezentralen und krisenfesten Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg bei und halten die Wertschöpfung in der Region. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger steigt zudem die Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Den Beitrag der Energiegenossenschaften gilt es daher nicht nur im Sinne des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch im Sinne einer krisenfesten Gesellschaft konsequent zu steigern. Dazu benötigen die Genossenschaften bestmögliche Rahmenbedingungen, zunehmende Stärkung der Selbstverantwortung und einen fairen, nicht nur auf höchstmögliche Pacht ausgerichteten Zugang zu neuen Flächen. Darüber hinaus kommt den Kommunen eine wesentliche Rolle bei der Initiierung einer Energiegenossenschaft zu. Nur wenn Kommune und die engagierten Bürgerinnen und Bürger vor Ort an einem Strang ziehen, können erfolgreiche genossenschaftliche Modelle in der Daseinsvorsorge entstehen.
- Unsere Volksbanken und Raiffeisenbanken garantieren die Versorgung mit hochqualitativen Finanzdienstleistungen vor Ort. Auch die Versorgung mit Bargeld ist zu jedem Zeitpunkt gesichert. Ob dies mit Filialen, SB-Automaten, Abhebeoptionen in Supermärkten oder über individuelle Bargeldservices geschieht, muss in der Verantwortung der einzelnen Institute verbleiben.
- Einsatz auf Landesebene für den langfristigen Erhalt des dreigliedrigen Bankensystems auf allen politisch dafür relevanten Ebenen, um Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch mit Bargeld vor Ort aufrecht erhalten zu können.

Ansprechpartner

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Anja Roth
Leiterin
Interessenvertretung
Tel.: 0711 222 13 - 27 25
Mail: anja.roth@bwgv-info.de

Nikolas Groß
Stellv. Leiter
Interessenvertretung
Tel.: 0711 222 13 - 26 02
Mail: nikolas.gross@bwgv-info.de

giz

1. Stellungnahme zur Anfrage der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist ein gemeinnütziges Bundesunternehmen und wird überwiegend von öffentlichen Institutionen des Bundes sowie von internationalen Institutionen beauftragt. Für diese setzt die GIZ internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung (IZ/EZ) in rund 120 Ländern zu unterschiedlichsten Themen der nachhaltigen Entwicklung, wie beispielweise Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Energiesicherheit und Umweltschutz oder auch die Förderung von Frieden und Sicherheit, um. Dabei kooperiert die GIZ mit Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Institutionen.

Die Anfrage der **Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg vom 16. Juni 2023** stellt basierend auf dem Antrag ihrer Einsetzung die Leitfrage, *„wie krisenfest die baden-württembergische Gesellschaft aufgestellt ist und welche Maßnahmen nötig sind, um die Resilienz (Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit) von Staat und Gesellschaft zu stärken“.* Ziel der Enquetekommission ist es konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die dem Landtag von Baden-Württemberg übergeben werden. Die GIZ wurde insbesondere darum gebeten, zum vierten Handlungsfeld der Leitfrage ***„Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Nutzung ihrer Potentiale zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“*** **und somit zu den ökonomischen Aspekten** (vgl. Innovationsfähigkeit als Schlüssel zur Krisenbewältigung, Potentiale des Marktes im Hinblick auf die Herausforderungen der ökologischen Krisen, Schutz der zentralen Infrastruktur für die Versorgung der Bevölkerung im Krisenfall) Stellung zu nehmen.

Der Antrag der Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ definiert Krisen als eine „*Abweichungen vom Normalzustand, die sich nicht im gewohnten Modus bewältigen lassen und die sich einer langfristigen Planbarkeit entziehen. Sie erschüttern und stören die bestehenden Ordnungen, Handlungsroutinen und Gewissheiten. Charakteristisch ist, dass sich zu Beginn die konkreten Folgen kaum abschätzen lassen (Unklarheit) und sie trotz unsicherer weiterer Entwicklungen und zur Verfügung stehender Optionen ein Handeln erfordern (Dringlichkeit), weil sie eine existenzielle Bedrohung darstellen*“. Resultierend aus dieser Definition, lässt sich diese Stellungnahme entlang verschiedener, potenzieller Formen von Krisen, die in Zukunft die baden-württembergische Bevölkerung **und Wirtschaft** betreffen könnte, strukturieren: ökologische Krise, Extremwetterereignisse und Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen und Verlust der Innovationsfähigkeit, Angebots- und Nachfrageschocks in den Wirtschaftssektoren der zentralen Infrastruktur, sowie Pandemien und Gesundheitskrisen. Basierend auf dieser Differenzierung lassen sich auch konkrete Handlungsempfehlungen formulieren.

Zur Einordnung der Handlungsempfehlungen ist zu erwähnen, dass die Arbeit der GIZ sich auf die Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung in Partnerländern des globalen Südens fokussiert. Daher gilt es nachfolgend zu beachten: **Die Partnerländer der GIZ weisen, im Vergleich zu Baden-Württemberg**, in der Regel ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, unzureichende Gesundheitsversorgung und damit einhergehend eine niedrige Lebenserwartung auf, weiter ein niedrigeres Bildungsniveau, eine unzureichendere ausgebaute Infrastruktur, einen höheren von Experten und Geschäftsleuten wahrgenommenen Grad an Korruption im öffentlichen Sektor auf und schwächere staatliche Institutionen. Ihre Finanzsysteme weisen häufig Schwächen auf, sodass auch der Privatsektor oft nur über einen eingeschränkten Zugang zu Finanzprodukten verfügt. Auch ihre Ökonomien sind oft fragmentiert, Unternehmen und Erwerbstätige produzieren und arbeiten zu Großteilen im informellen Sektor, wodurch weniger Steuereinnahmen für den Staat erzielt werden. Soziale Sicherungssysteme sind nur unzureichend vorhanden. U.a. durch die Auswirkungen der vergangenen Krisen verursacht

laufen einige betroffene Staaten auf eine Verschuldungsproblematik und damit Zahlungsausfällen zu, weshalb diese von Krediten bilateraler Geber-Staaten oder internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds abhängig sind. Insbesondere die oben genannten Faktoren der Makro-, Meso- und Mikroebene schränken auch die Innovationskraft (der Wirtschaft) in den Partnerländern der GIZ ein.

Die Expertise der GIZ liegt in erster Linie in den Ansätzen und Instrumenten der IZ/EZ: die vielseitigen Herausforderungen ihrer Partnerländer werden auf verschiedenen Ebenen analysiert, um ganzheitlich und langfristig an ihren strukturellen Ursachen zu arbeiten und die Herausforderungen nachhaltig zu überwinden. **Die Stärkung der Resilienz einkommensstarker Industriestaaten und Regionen wie Baden-Württemberg gegenüber etwaigen Krisenlagen ist daher kein explizites Kernthema der GIZ und liegt somit auch nicht in deren Expertise.** Ungeachtet dieser Einschränkung und vor dem Hintergrund der Zunahme globaler Krisen **können dennoch aus den Ansätzen der IZ/EZ für nachhaltige Entwicklung Rückschlüsse auf die grundsätzliche Funktionsweise und Interdependenzen einer globalisierten Welt getroffen werden und damit unter Umständen Aufschluss über mögliche Maßnahmen Baden-Württembergs zur Stärkung der Resilienz der lokalen Wirtschaft liefern.**

Vor diesem Hintergrund werden im weiteren Verlauf dieses Dokuments **Beratungsansätze der GIZ zusammengefasst, welche auf die Resilienzstärkung *der lokalen Wirtschaft in EZ-Partnerländern abzielen*, sodass sich diese von Krisen nachhaltig erholen und auch in Zukunft besser auf diese vorbereitet sind**. Es werden einige wenige Verweise auf die Situation in Baden-Württemberg aufgeführt, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit, da die Arbeit der GIZ an vielen Stellen keine hinreichende Expertise zulässt, um die Lage Baden-Württembergs ganzheitlich zu bewerten. Alle angeführten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen sollten daher vor dem Hintergrund einer kritischen Reflektion der Erfahrungen und Methoden aus der EZ/IZ gelesen werden.

2. Resilienzstärkung der Wirtschaft vor dem Hintergrund ökologischer Krisen

Die natürlichen Systeme der Erde können sich nicht so schnell regenerieren, wie aus ihnen Ressourcen entnommen werden. Hieraus resultiert die Gefahr, dass viele dieser Systeme oder zumindest Teilsysteme zerstört werden, was unschätzbare globale Auswirkungen mit sich bringt. Beispielhaft sei auf den Kohlenstoffkreislauf verwiesen: Durch die abgebauten fossilen Energieträger wird eine deutlich größere Menge an Treibhausgasen emittiert als der Kreislauf aus der Atmosphäre in solche fossilen Energieträger rückführen kann. Ein solcher Prozess dauert mehrere tausend Jahre. In diesem Sinne gehören zu den ökologischen Krisen der Klimawandel, Artensterben bzw. der Rückgang der Biodiversität sowie allgemein der übermäßige Abbau von Ressourcen und die damit irreparable Eingriffe in natürliche Systeme.

Partnerländer sowie Baden-Württemberg sind von den ökologischen Krisen bereits betroffen. Beispiel Baden-Württemberg: in Teilen des Schwarzwalds (insb. in den Mooren) lässt sich bereits ein voranschreitendes Artensterben beobachten. Der Klimawandel bietet dem Borkenkäfer ideale Lebensbedingungen in lokalen Wäldern, was ein fortschreitendes Waldsterben in der Region zur Folge haben könnte. Dies kann neben den Umweltauswirkungen ebenso langfristig auch Folgen für die lokale Wirtschaft, bspw. Tourismus mit sich bringen.

Zusätzlich stehen Unternehmen und bestimmte Industriezweige vor der großen Herausforderung die Umweltbelastungen, die CO2-Intensität und auch Auswirkungen der COVID-19 Pandemie, ihrer Geschäftstätigkeit zu reduzieren und den Wandel zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen zu vollziehen. Etablierte Geschäftsmodelle oder gar ganze Branchen werden in Frage gestellt und zum Teil zumindest vorübergehend obsolet. Gelingt es den Unternehmen

giz

nicht schnell zu reagieren und ihre Geschäftsmodelle so anzupassen, dass sie kurzfristig Krisen überstehen und langfristig ihr Angebot hin zu mehr ökologischer (und sozialer) Nachhaltigkeit zu transformieren, stehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch mögliche Renditen aus nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen zur Disposition.

Zur Resilienzstärkung der Wirtschaft vor dem Hintergrund ökologischer Krisen lassen sich die folgenden Handlungsempfehlungen aus der Arbeit der GIZ ableiten:

Politikgestaltung zur Resilienzstärkung der Wirtschaft hinsichtlich ökologischer Krisen:

- Makroökonomische Modellierungen mit Hilfe klimasensitiver Modelle in Zusammenarbeit mit lokalen Forschungseinrichtungen oder Universitäten dienen der Abschätzung und Bewertung von Auswirkungen zukünftiger Klima- und Wirtschaftsentwicklungsszenarien. Sie informieren wirtschaftliche Entscheidungen (bspw. Im Hinblick auf Industrie- und Investitionspolitik) und unterstützen dabei verschiedene Anpassungsmaßnahmen hinsichtlich deren ökonomischer, sozialer und ökologischer Auswirkungen zu bewerten und zu vergleichen. Hierzu bedarf es unteranderem Kapazitätsaufbau in Potenzial- und Impact-Analysen, strategische Umweltprüfungen und Szenario-Entwicklung als Evidenz zur Information politischer Entscheidungsfindung.
- In diesem Zusammenhang: Bewertung der Kosten einer umweltfeindlichen Wirtschaftserholung bzw. des Werts von Ökosystemleistungen. Bewusstseinsbildung und Sensibilisierungsmaßnahmen über die ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen durch *business-as-usual*-Ansätze (nach Krisen).
- Reformen von klima- und umweltschädlichen Subventionen: Auf Basis von Politikfolgenabschätzungen Empfehlungen zum Abbau von Subventionen sowie der weiteren Verwendung dabei freiwerdender Mittel – unter besonderer Berücksichtigung von Verteilungseffekten sowie sozialökologischen Sicherungs- und Wirtschaftsprogrammen.
- Zielgerichtete Gestaltung von Konjunkturprogrammen, sodass sie neben Wachstums- und Beschäftigungseffekten auch ökologische Nachhaltigkeit fördern, etwa durch nachhaltige Steueranreize oder gezielte Umsetzung nachhaltiger Beschäftigungspolitiken (Förderung von *green jobs*) in der Wiederherstellung von Ökosystemen und in nachhaltigeren Land- und Forstwirtschaftssystemen.
- Modellierung von CO_2-Bepreisung zur Internalisierung negativer externer Effekte in den Produktpreis und damit Schaffung von Marktanreizen, CO_2-Emissionen zu reduzieren.
- Förderung einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Haushaltsführung: Analyse bestehender Potenziale für eine nachhaltigere Haushaltsführung, z.B. Prüfung einzelner Haushaltstitel im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit. Die Analyseergebnisse dienen dann als Grundlage für die zukünftige Haushaltsplanung, z.B. Anpassung bestehender oder Einrichtung neuer Budgetlinien für die Förderung klimafreundlicher und resilienter Aktivitäten.
- Partizipative Politikgestaltung fördern durch das Einbeziehen verschiedener Interessensgruppen (u.a. Unternehmensverbände, Naturvereine, *grassroots* Organisation, Gewerkschaften, Wissenschaft, Sozialverbände, allgemein zivilgesellschaftliche Organisationen). Hierbei wird die gesellschaftliche Akzeptanz der regionalen Wirtschaftspolitik, sowie der soziale Zusammenhalt gestärkt. Das Wissen lokaler Naturverbände oder eingetragenen Vereinen sollte im Prozess als eine Schlüsselressource betrachtet werden.

Finanzprodukte zur Resilienzstärkung der lokalen Wirtschaft durch Förderung sozialökologischer, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung:

- Förderung von klimafreundlichen und resilienten öffentlichen Investitionen. Systematische Berücksichtigung von Klimakriterien in der Planung, Priorisierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen (v.a. Infrastruktur).
- Entwicklung und Skalierung nachhaltiger Finanzprodukte wie grüner Kredite und Anleihen in Zusammenarbeit mit kommerziellen und öffentlichen Finanzinstitutionen.
- Anregung der Berücksichtigung von Umwelt- und Klimarisiken und Investitionspotenzialen in den Entscheidungsprozessen des Finanzsektors (ESG Kriterien,

giz

Nachhaltigkeitsmonitoring und -berichterstattung, Risikomanagement-Instrumente wie Umweltstresstests, Szenarioanalyse).

Der Privatsektor als Treiber einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung:

- Förderung von ökologischen Innovationen und Geschäftsmodellen: Besondere Unterstützung von Unternehmen oder Start-ups mit ökologisch nachhaltigen Geschäftsmodellen. Ihre Innovationen verringern die Umweltauswirkungen von Produktionsprozessen und fördern dadurch nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der Region. Gleichzeitig legen Verbraucher mehr Wert auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen und gesetzliche Rahmenbedingungen zum Umweltschutz können die Entwicklung neuer nachhaltiger Geschäftsmodelle inzentiveren.
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen zur Minderung ihres ökologischen Fußabdruckes, z.B. in Branchenbündnissen oder grünen Wirtschaftsverbänden: Fortschritte in der Umstellung auf ökologische Produktion scheitern oft an Widerständen einzelner Branchen. Durch den Zusammenschluss von transformationsbereiten Unternehmen können (auch branchenübergreifende) Lösungen erarbeitet und etabliert werden.
- Grüne Finanzmarktreformen, die durch Taxonomien, Offenlegungsstandards, klare Regeln und Anreize einen Rahmen bieten, um private Investitionen in Klimaschutz und -anpassung zu lenken.
- Beratung politischer, zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Akteure zur Integration von Biodiversitätsaspekten in der Produktion sowie zur Fortbildung von Unternehmen zur Ausgestaltung nachhaltiger Wertschöpfungsketten und Einführung neuartiger Bewertungsmethoden von Naturkapital.

3. Resilienzstärkung der Wirtschaft durch Vorbeugung von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen

Im Rahmen des Klimawandels kommt es immer öfter zu Hitze, Extremwettereignissen bis hin zu Naturkatastrophen. Im Sinne einer Anpassung an dem Klimawandel gilt es daher, auf solche Ereignisse, politisch, gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich vorbereitet zu sein.

Sowohl Partnerländer sowie Baden-Württemberg sind von Extremwettereignissen bereits spürbar betroffen. Beispiel Baden-Württemberg: Im Jahr 2022 schätzte das Robert Koch Institut die Anzahl der Hitzetoten im Süden Deutschlands (Baden-Württemberg und Bayern) auf 1.400 Personen; hierbei wurde erneut unterstrichen, dass der Süden auch in Zukunft mit einer höheren Intensität und längeren Dauer von Hitzeperioden zu rechnen hat. Dies wird möglicherweise langfristig Auswirkungen auf Wasser- und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg mit sich bringen. Gleichzeitig haben jedoch bisher nur wenige Städte in Baden-Württemberg Hitzenotfallpläne entworfen.

Ein Augenmerk in der Vorbeugung von Auswirkungen von Extremwettereignissen und Naturkatastrophen auf die lokale Wirtschaft sollte hier zunächst auf der Stärkung staatlicher Akteure liegen: Mittel- und langfristig sollten die Kapazitäten von Klima- und Katastrophenschutzbehörden, sowie Fachbehörden im sektorübergreifenden Risikomanagement und Zivilschutz unterstützt werden. Hierunter fallen folgende Maßnahmen:

- Systematische Ermittlung existierender, orts- und kontextspezifischer Risikofaktoren sowie Analyse vergangener Gefahrenlagen und deren Integration in inklusive sowie sozial gerechte Strategien zur Stärkung der Resilienz der Wirtschaft gegenüber Klima- und Katastrophenrisiken.
- Stärkung einer integrierten Planung, Finanzierung und Umsetzung resilienter Infrastruktur durch verbessertes Schnittstellenmanagement zwischen den beteiligten Akteuren. So

können die Perspektiven etwa der Stadtentwicklung, der Gesundheitsversorgung oder auch des Klimaanpassungs- und Katastrophenrisikomanagement besser aufeinander abgestimmt und integriert umgesetzt werden.
- Fortbildung des Personals nationaler Klima- und Katastrophenschutz- sowie Fachbehörden in der Vorbereitung auf den Katastrophenfall (z.B. Simulationsübungen, Notfallpläne, Frühwarnsysteme).
- Harmonisierung der Monitoring- und Berichterstattungssysteme zu Anpassung an den Klimawandel und Katastrophenrisikomanagement.
- Stärkung des „umfassenden Risikomanagements“, sowie des Prinzips der „risikoinformierten Planung und Entwicklung“ im internationalen IZ-Diskurs im Rahmen der post-2015 Agenden stärken die Resilienz der lokalen Wirtschaft.

Neben staatlichen Akteuren sollte auch bedacht werden, die arbeitende Bevölkerung und Zivilgesellschaft durch Absicherung und Inklusion besonders vulnerabler Gruppen – in den Partnerländern fällt hier insbesondere der informelle Sektor in den Fokus - und Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und Vorbereitung auf den Katastrophenfall zu unterstützen:

- Entwicklung kontextspezifischer und bedarfsgerechter Interventionsmaßnahmen durch partizipative, gender- und inklusionsspezifische Anfälligkeitserhebung der gefährdeten Arbeitnehmendengruppen, deren Lebensgrundlagen sowie (Wirtschafts-)Infrastrukturen.
- Aufbau und Bereitstellung von antizipativen Finanzierungsmechanismen und Klima- sowie Katastrophenrisikoversicherungen für die lokale Wirtschaft.

4. Wirtschaftskrisen und verminderte Innovationsfähigkeit

Wie jüngst die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gezeigt haben, haben gesundheitliche und geopolitische Krisen Implikationen für die Wirtschaft und können Rezessionen oder tiefere Wirtschaftskrisen herbeiführen. Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden menschlichen Eingriffe in die Natur und der ungewissen Zukunft des konstruktiven Multilateralismus in einer multipolaren Welt kann man von einer Zunahme solcher Krisen und deren Interkonnektivität und globalen Auswirkungen ausgehen. Des Weiteren gilt es auch, die Wirtschaft auf solche Krisen vorzubereiten, die systemisch aus ihr selbst erwachsen, wie etwa die Finanz- und folgenden Staatsschuldenkrisen im Zuge der Zahlungsausfälle von Immobilienbesicherten Krediten sowie des Einbruchs des US-amerikanischen Immobilienmarktes im Jahr 2007 und 2008, aber auch von außen auf sie einwirken, wie etwa die Lieferengpässe durch die Blockade des „*Ever Given*“- Containerschiffes des Suezkanals und COVID-19 Maßnahmen im Jahr 2021.

Sowohl Partnerländer als auch Baden-Württemberg sind von diesen Faktoren bereits spürbar betroffen. Beispiel Baden-Württemberg: Mit 235.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 90 Milliarden Euro bliebt die Automobilbranche ein Schlüsselsektor des Landes Baden-Württemberg. Allerdings stellen exogene und endogene Faktoren wie Elektrifizierung und Klimaschutz, Digitalisierung und Sharing-Modelle, den Sektor vor ungeahnte Herausforderungen; um wettbewerbsfähig zu bleiben verlagern viele baden-württembergische Zulieferer bereits in großem Ausmaß Arbeitsplätze ins Ausland – ein Langzeit-Trend, der sich nicht erst seit den letzten Jahren beobachten lässt.

Insbesondere mit steigender Globalisierung und Verflechtung von Wirtschaftssystemen, gilt es auch lokal resilientere Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Die Förderung der Innovationsfähigkeit und auch Technologieoffenheit bieten nur bedingt Auswege aus der wirtschaftlichen Sackgasse und erfordern innovationsfördernde politische Rahmenbedingungen. Resilientere Wirtschaftssysteme können durch folgende Instrumente vorangetrieben werden:

giz

Unterstützung für Unternehmen in deren Diversifizierung, Ressourceneffizienz und Innovationsfähigkeit:

- Diversifizierung der Wirtschaft: Ist vor allem ein Wirtschaftssektor von einer Krise betroffen, ist es von Vorteil, eine breit diversifizierte Wirtschaft zu haben, die nicht in großer Abhängigkeit des besonders betroffenen Sektors steht. Diversifizierung der Wirtschaft heißt also auch das Risiko von Wirtschaftskrisen auf mehrere „Schultern" zu verteilen.
- Diversifizierung von Lieferketten: Verfügen Unternehmen nur über wenige Zulieferer, etwa aus einer Region wie China, ist es ratsam, sich weitere Zulieferer zu erschließen, sodass keine zu große Abhängigkeit gegenüber diesen existiert. Auch hier gilt: Diversifizierung von Lieferketten ist Diversifizierung von Lieferrisiken. Der Privatsektor kann hier unterstützt werden, indem mit Märkten, so u.a. in Afrika, Dialoge aufgebaut werden sowie deutsche Investoren stärker abgesichert werden, sollten sie in den Aufbau von Lieferketten in anderen Ländern investieren. In diesem Zusammenhang sind auch Handelsfinanzierungsinstrumente für die Integration lokaler Unternehmen in internationale Lieferketten und Märkte von Bedeutung.
- Eine gesteigerte Vorratshaltung von Vorprodukten erhöht zwar Lagerhaltungskosten, schafft aber auch einen Puffer gegenüber Angebotsschocks dieser Produkte auf internationalen Märkten.
- Verbesserung der Ressourceneffizienz von Unternehmen und damit Zielsetzung der Kreislaufwirtschaft: Einerseits kann eine gesteigerter Ressourceneffizienz auch mit einer erhöhten Kosteneffizienz einhergehen, andererseits wird durch geringen Rohstoffeinsatz oder die lokale Rückgewinnung von Rohstoffen aus verbrauchten Gütern auch die Abhängigkeit gegenüber konventionellen globalen Rohstofflieferketten reduziert.
- Die Wirtschaft sozialökologisch wiederzubeleben, bedeutet insbesondere die Weichen in der Privatwirtschaft und den Kapitalmärkten nachhaltig zu stellen – beispielweise durch gezielte Entschuldungsmaßnahmen sowohl des öffentlichen als auch des Privatsektors, sowie die Förderung technologischer Innovationen. Zentral für eine grüne Wirtschaftsbelebung sind moderne, umweltfreundliche Technologie, die ein Umdenken hin zu emissionsreduzierenden und zirkulären Wirtschaftsmodellen fördern. Diese Wirtschaftsmodelle bilden einen wichtigen Baustein für die Generierung von nachhaltigem Wohlstand im Einklang mit planetaren Belastungsgrenzen.
- Der Vorbeugung und Abfederung wirtschaftlicher wie ökologischer Krisen ist eine angepasste Technologie- und Innovationspolitik dienlich. Dies sollte mit einer Analyse der Stärken und Schwächen des lokalen Innovationssystems beginnen und daraus resultierende politische Maßnahmen definieren. Hierbei kann sich insbesondere auf regionale Schlüsselsektoren, z.B. mit größtmöglichem Potenzial der Energieeinsparung, beschränkt werden. Diese können sich in Form von innovationsfördernden politischen Rahmenbedingungen widerspiegeln.
- Das nationale Innovationsökosystem mit seinen Forschungskooperationen und –wissenschaftlichen Netzwerken ist der Schlüssel. Nicht zuletzt gilt es den Privatsektor, insbesondere KMU und Start-Ups, in seiner Innovationskraft zu unterstützen, unter anderem durch Inkubatoren Programme.

Stützung von Sektoren von besonders hoher Relevanz für Bevölkerung und Volkswirtschaft:

- Je nach Ausprägung und Merkmalen der Krise, können auf besonders betroffene oder relevante Sektoren zugeschnittene struktur- und industriepolitische Maßnahmen unterstützen. Beispielhaft dient die Unterstützung von Betrieben im Agrarsektor der Versorgungssicherung der Bevölkerung, die Unterstützung von Produktionsfirmen sowie klein- und Mittelständischen Unternehmen mit hohem Beschäftigungsgrad dem Erhalt von Beschäftigung oder die Unterstützung der Digitalwirtschaft der wirtschaftlichen Aktivität in Zeiten sozialer Distanzierung durch pandemiebedingte Maßnahmen.
- Auch hier empfiehlt es sich in einen partizipativen Strategiedialog mit den entsprechenden Interessensverbänden und Beschäftigten zu treten. Die wirtschaftliche Transformation ganzer Sektoren von bedeutender Relevanz kann nicht nur von einigen wenigen

giz

Entscheidungsträgern getragen werden, sondern sollte auf die „Schultern“ aller Betroffenen verteilt werden. Durch einen partizipativen Ansatz in der Strategieentwicklung erhöht sich ebenfalls die breite gesellschaftliche Akzeptanz.

- In besonders relevanten Sektoren sollte auch die Cybersicherheit der betroffenen Unternehmen gefördert werden, um digitalen Angriffen in Zukunft entgegenzuwirken. Hier empfiehlt es sich auch kritische IT-Infrastrukturknoten in der Region zusätzlich zu sichern und die digitale Souveränität weiter zu stärken (z.B. durch weiteren Breitbandausbau/5G-Abdeckung).
- *Public-Private Partnerships* (PPP) für eine nachhaltige Versorgung: Durch PPP-Modelle können Ressourcen von öffentlichen und privaten Investoren gebündelt werden. Durch partnerschaftlich finanzierte und betriebene Infrastruktur (z.B. im Bereich Energie und Wasser) kann eine nachhaltige Versorgung gewährleistet werden.

Stabilisierung der Arbeitsmärkte / Beschäftigung und Einkommen sichern:

- Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme auf die Bedarfe einer resilienteren Wirtschaft zuschneiden, insbesondere den Fokus auf innovationsträchtige Zukunftssektoren (z.B. E-Mobilität) sowie systemrelevante Sektoren wie den Gesundheitssektor legen.
- Wünschenswerte sozio-ökonomische Strukturveränderungen führen zu sektoralen und geographischen Verschiebungen von Arbeit und Beschäftigung sowie zum Wandel von Arbeitsprozessen, Berufsbildern und Qualifikationsbedarfen. Für das angestrebte Ziel resilienterer Gesellschaften können Sozialdialog, öffentliche Arbeitsprogramme, die Förderung grüner Geschäftsmodelle und andere arbeitsmarktpolitische Instrumente hilfreich sein. Vulnerablen Gruppen und der Geschlechtergerechtigkeit sollten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

5. Auswirkung auf die Resilienz der lokalen Wirtschaft durch Angebots- und Nachfrageschocks im Energiesektor

Die im ersten Halbjahr 2020 zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in nahezu allen Ländern der Welt verhängten Einschränkungen hatten vielerorts einen erheblichen Einfluss auf die Energiesysteme. Insbesondere nachhaltige, klimafreundliche Elektrizitätserzeugung geriet damit unter Druck: Ausgangsbeschränkungen und die Schließung ganzer Wirtschaftszweige führten dazu, dass die Stromnachfrage abrupt sank und sich Lastprofile verschoben. Einige Netzbetreiber reagierten auf plötzliche Überkapazitäten in der Erzeugung mit der Abschaltung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie. Durch den extremen Ölpreisverfall mit zeitweise negativen Preisen ist der Wettbewerbsvorteil erneuerbarer Energien schwieriger kommunizierbar. Nur ein paar Monate später geriet der Energiesektor durch Rekordpreise für Erdgas durch die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine erneut unter Druck.

Plötzliche Angebots- und Nachfrageschocks im Energiesektor haben häufig auch Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft - in Partnerländern wie Baden-Württemberg. So verhindert eine angespannte Versorgungssituation kalkulierte Produktions- und Investitionsentscheidungen auf Unternehmensebene. Beispiel Baden-Württemberg: Im vergangenen Winter meldete das baden-württembergische Umweltministerium, dass kontrollierte Stromabschaltungen von 90 Minuten „nicht mehr auszuschließen“ seien, was eine Trennung von energieintensiven Unternehmen oder Stadtteilen zur Folge gehabt hätte. Durch die Milde des vergangenen Winters kam es hierzu nicht. Die Problematik bleibt jedoch in Zukunft bestehen.

giz

Der lokale Energiesektor und somit ein Teil der zentralen Infrastruktur, der auch weitere Wirtschaftsbereiche beeinflusst, kann sich vor Angebots- und Nachfrageschocks durch die folgenden Maßnahmen resilienter aufstellen und damit negativen Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft vorbeugen:

- Entwicklung von gemeinsamen Krisenszenarien für die Energieversorgung in Zusammenarbeit lokaler und nationaler Ministerien. Resultierende industriepolitische Maßnahmen sind etwa Subventionen für erneuerbare Energien oder der Aufbau von staatlichen Unternehmen sowie die Förderung lokaler Energieinfrastruktur, um die Versorgung und somit Lieferfähigkeit der lokalen Wirtschaft sicherzustellen
- Krisenresiliente Fördermechanismen für die lokale Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft: Fördermechanismen für nachhaltige Energieversorgung langfristig so aufbauen, dass sie auch unter Krisenbedingungen effektiv und effizient wirken können. Dabei wird Bezug genommen auf die oben genannten entwickelten Szenarien.
- Erneuerbare Energien-Subventionen für die lokale Wirtschaft: Ein Werkzeug wäre hier die Abmilderung von Krisen auf nachhaltige Segmente des Energiesektors, indem Mittel zugunsten von *Green Recovery*-Programmen verschoben werden.
- Digitalisierungspartnerschaften in der Region für die lokale Wirtschaft: Vernetzten von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, um digitale, kontaktlose Lösungen für den Betrieb des Energiesystems aufzubauen. Denkbar ist z.B. die Etablierung von Ferndiagnose-Systemen, Früherkennung und Vorhersage von Defekten sowie kontaktlose Abrechnung/Zählerablesung. Wo Lösungen bereits vorhanden sind, sind Kampagnen denkbar, die die Nutzung digitaler, kontaktloser Lösungen bewerben.
- Politische Rahmenbedingungen und Anreizsetzung für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft und den lokalen Ausbau von Erzeugungskapazitäten durch erneuerbare Energien.

6. Resilienzstärkung der lokalen Wirtschaft durch Abmilderung von Pandemien und Gesundheitskrisen

Im Jahr 2020 hat COVID-19 nachdrücklich gezeigt, wie rapide lokale Virusausbrüche zu einer Pandemie und somit einer Gesundheitsnotlage von internationaler Tragweite (GNIT)

Partnerländer sowie auch Baden-Württemberg waren von der Corona-Pandemie spürbar betroffen. Beispiel Baden-Württemberg: knapp 20.000 Menschen verloren durch das Virus ihr Leben und die Arbeitslosenquote stieg während der Pandemie an. Der Effekt der Corona-Pandemie auf die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg fiel im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands jedoch geringer aus aufgrund ergriffener Maßnahmen (weniger direkte Einschränkungen auf die Industrie und wirtschaftsnahe Dienstleistungen, Einsatz von Kurzarbeit).

werden können. Durch Faktoren wie ein schnelles Bevölkerungswachstum, zunehmende Mobilität, veränderte Tierzucht und -haltung sowie Klimaveränderungen gewinnen solche Zoonosen, d.h. Infektionskrankheiten, die zwischen Tier und Mensch wechselseitig übertragen werden können, immer mehr an Bedeutung und werden auch in Zukunft u.U. häufiger auftreten. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, besonders in fragilen und überschuldeten Volkswirtschaften, sind Engpässe in der Grundversorgung, massive Arbeitsplatzverluste und zunehmende Armut.

Die folgenden Beratungsmaßnahmen zielen auf den Nexus einer resilienteren Wirtschaft in Bezug auf den Gesundheits-, Medizin- und Pharmasektor ab (Empfehlungen u.a. aus einem internen *Recover Forward*-Themenpapier der GIZ):

giz

Beiträge zur Resilienzsteigerung der lokalen Wirtschaft am Nexus zum Gesundheits- und Pharmasektor:

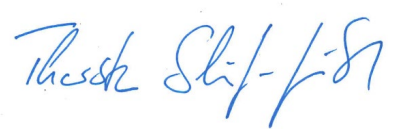
- Eine Diversifizierung der Wirtschaft, insbesondere hinsichtlich Import- und Exportbeziehungen von Rohstoffen und medizinischen Produkten sollte durch wirtschaftspolitische Mechanismen gefördert werden, um die Reaktionsfähigkeit und Lieferfähigkeit systemrelevanter Branchen zu sichern.
- Der *OneHealth*-Ansatz, bei dem die Wechselbeziehungen von Menschen, Tieren und Umwelt im Vordergrund stehen, ist als richtungsweisend zu betrachten. Zudem müssen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene die Systeme und die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern zu diesem Ansatz gestärkt werden. Eine systematische Verankerung der Analyse dieser Wechselbeziehungen wird empfohlen.
- Entwicklung langfristiger Strategien zur Impfstoffherstellung. Dies berücksichtigt einen Ausgleich zwischen nationalen und regionalen Interessen. Dieser Interessensausgleich begünstigt übergreifende, nachhaltige Gesundheitsziele (einschließlich Bezahlbarkeit und sozial gerechter Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen und sollte *den Leave No One Behind*-Kriterien entsprechen.
- Kapazitätsstärkung nationaler Regulierungsbehörden, um sicherzustellen, dass die pharmazeutischen Hersteller von Impfstoffen die aktuellen Anforderungen der Qualitätssicherung einhalten, inkl. deren zentrale Rolle bei der Zulassung und Überwachung von Impfstoffen, Arzneimitteln und medizinischen Produkten sowie bei der Bekämpfung von gefälschten medizinischen Produkten.
- Förderung und Sicherstellung von Anschubfinanzierung, Aus-/ Fortbildung von Arbeitskräften, Verbesserung der Infrastruktur (u.a. Energie und Logistik), zu Zulieferer-Industrien entlang der Wertschöpfungskette von Arzneimitteln und Impfstoffprodukten zur Sicherstellung von günstigen Produktionsrahmenbedingungen.
- Wertschöpfungskettenanalysen für einen langfristigen und effizienten Betrieb der Impfstoffproduktion und die verbesserte Zusammenarbeit mit lokalen Regierungen, Impfstoffproduzenten und Zulieferern. Hierzu zählt auch die Digitalisierung von Prozessen entlang der Wertschöpfungskette.
- Kapazitätsförderung benötigter Fachkräfte entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Impfstoffherstellung, einschließlich der Grundlagenforschung, vorklinischen und klinischen Studien, regulatorischen Aufsicht, Produktion und Skalierung, Qualitätskontrolle, Marktgestaltung und Pharmakovigilanz. Förderung von Think Tanks und Machbarkeitsstudien, um evidenzbasierte Erkenntnisse der Wissenschaft für politische Entscheidungsfindung in der strategischen Entwicklung des Pharmasektors nutzbar zu machen.

Weitere Ansätze am Nexus lokaler Wirtschaft, Gesundheit und Pandemien:

- Förderung der Digitalisierung als Stütze der Wirtschaft im Krisenfall insbesondere durch Breitbandausbau und 5G-Abdeckung für mobiles Arbeiten, sowie die Entwicklung und Einrichtung digitaler Überwachungs- und Response-Systeme oder die effektive Gestaltung von digitalen Auszahlungssystemen (z.B. Corona-Soforthilfe) in Krisenfällen.
- Im Sinne des *One Health*-Ansatzes: Fokussierung von Beschäftigungsförderungsprogramme und Berufsbildung auf „grüne“ Arbeitsplätze, d.h. Jobs mit minimal-invasiven Auswirkungen auf Natur und Tier, sowie in Sektoren mit großem emissionsreduzierendem Potenzial.
- Stärkung der wissenschaftlichen Kapazitäten und Analysefähigkeiten: Eine verbesserte Datengrundlage und systematische Aufarbeitung vorheriger Krisen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Eindämmung des Virus und Abfederung der daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen dient der Informationsgrundlage zukünftiger Krisen. Hierzu bedarf es der Stärkung analytischer Fähigkeiten und technischer Lösungen der Datenverarbeitung, -speicherung und Vertreibung sowie der Verzahnung mit politischen Entscheidungsmechanismen.

giz

- Städte im Fokus: als Ballungszentren sollten Strategien und Anpassungsmaßnahmen insbesondere die Städte in den Fokus nehmen. Hier sollte die Verbesserung der Luftqualität (In- und Outdoor; z.B. in den Räumlichkeiten von Unternehmen) eine Schlüsselrolle einnehmen, da davon ausgegangen werden kann, dass Erreger auch in Zukunft über die Luft übertragen werden.



Thorsten Schäfer-Gümbel
Vorstandssprecher GIZ GmbH
23.08.2023

Handelsverband Baden-Württemberg HBW

Stellungnahme für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum vierten Handlungsfeld

I. Strukturdaten der Handelsbranche in Baden-Württemberg und Vorstellung des Handelsverbands Baden-Württemberg

Die Einzelhandelsbranche in Baden-Württemberg zählte laut dem Unternehmensregister des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Stand September 2021 41.830 Unternehmen. Im Jahr 2019 waren es noch 45.415 Unternehmen. Dies bedeutet einen Rückgang der Handelsunternehmen von knapp 8% während der ersten eineinhalb Jahre der Pandemie. Der Umsatz lag 2021 laut Unternehmensregister bei rund 89 Milliarden Euro. Stand 2021 beschäftigte der baden-württembergische Einzelhandel gut 330.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und ist zudem eine der größten Ausbildungsbranchen im Land. Der baden-württembergische Einzelhandel zeichnet sich im Vergleich zu anderen Bundesländern durch die Vielzahl kleiner, familiengeführter Geschäfte aus, die unsere Innenstädte im ganzen Land vielfältig machen und bereichern.

Der Handelsverband Baden-Württemberg (HBW) ist der Spitzenverband für den Einzelhandel in Baden-Württemberg und vertritt die politischen Interessen der über 40.000 Handelsunternehmen in Baden-Württemberg gegenüber Politik und Gesellschaft. Der Handel stellt den drittgrößten Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg dar.

II. Vorbemerkung zur Entwicklung des Handels seit 2019

Seit März 2020 befindet sich die Handelsbranche in Baden-Württemberg im Ausnahmezustand. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie trafen den Handel bis ins Mark und wirkten auf den ohnehin schon vonstattengehenden Strukturwandel im Einzelhandel wie ein Brandbeschleuniger. Hier verweisen wir auf die bereits in den Medien bekannt gewordenen Insolvenzfälle, die jedoch nur die Spitze des Eisberges darstellen. So haben im Laufe dieses Jahres bekannte Unternehmen wie Karstadt, Peek & Cloppenburg, Reno, Goertz, Klingel und viele andere bereits Insolvenz angemeldet. Viele weitere mittelständische Unternehmen schließen auch leise die Pforten, weil sie an eine Rentabilität in überschaubarem Zeitraum aufgrund der exorbitant gestiegenen Kosten, der Schulden, die aufgrund der Coronakrise gemacht werden mussten und die künftige Investitionen verhindern sowie der nach wie vor schwachen Konsumneigung und nachlassenden Wirtschaftskraft nicht glauben. Prominente Beispiele aus der Region sind Maute-Benger in Stuttgart, aber auch das traditionsreiche Modehaus Kögel in Esslingen. In Baden-Württemberg gab es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 27,5% mehr Insolvenzanträge von Unternehmen als im Vorjahreszeitraum. Mit 138 Anträgen kamen die Insolvenzen besonders häufig aus dem Handel.

An dieser Stelle wollen wir gerne auf die konkreten Auswirkungen der Pandemie auf den Einzelhandel eingehen.

Handelsverband Baden-Württemberg
E-Mail: info@hv-bw.de
Neue Weinsteige 44, 70180 Stuttgart | Telefon: 0711 64864-0 | Fax: 0711 64864 24

Stellungnahme für die Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“ zum vierten Handlungsfeld

1. Das Sonderopfer des Einzelhandels

Zur Bekämpfung der Coronapandemie veranlasste die deutsche Bundesregierung am 18. März 2020 den ersten Lockdown. In den zwei darauffolgenden Jahren wurden sowohl von der Bundes- als auch von der Landespolitik immer wieder neue Maßnahmen zum Schutz vor Corona erlassen, wie beispielsweise Zugangsregelungen für Kundinnen und Kunden oder Personenbegrenzungen in Ladengeschäften. Zwischen März 2020 und Februar 2022 war der baden-württembergische Einzelhandel an über 300 Verkaufstagen ganz oder teilweise geschlossen, während in anderen Branchen und in Büros weitestgehend normal gearbeitet wurde. Trotz Statistiken die belegten, dass im Handel im Gegensatz zu Großraumbüros keine überdurchschnittliche Ansteckungsgefahr herrschte.

Die wichtigste Jahreszeit im Einzelhandel ist das Weihnachtsgeschäft. Hier wird in vielen Branchen ein beträchtlicher Anteil, nämlich bis zu 30% des Jahresumsatzes generiert. Das Weihnachtsgeschäft fand in den Jahren 2020 und 2021 jedoch gar nicht beziehungsweise nur unter strengsten Auflagen, die einem Lockdown gleichkamen, statt. Während die Geschäfte im Jahr 2020 ab dem 16. Dezember für 67 Tage komplett geschlossen waren, galten im Jahr 2021 2G-Zutrittsbeschränkungen. Diese Zutrittsbeschränkungen haben dazu geführt, dass zahlreiche Kundinnen und Kunden dem stationären Einzelhandel fernblieben.

Der Einzelhandel hat während der zweijährigen Hochphase der Coronapandemie ein Sonderopfer erbracht, das seinesgleichen sucht. Die Schließungen des Handels dienten dazu, dass andere Bereiche und Branchen ohne größere Einschränkungen weiterlaufen konnten.

Für dieses Sonderopfer erhielten die Unternehmen die allgemeinen Hilfszahlungen, für die die Branche dankbar ist und war.

Dennoch ist zu konstatieren, dass die besonderen Belastungen, der die Branche de facto ausgesetzt war, nicht durch Sonderprogramme wie beispielsweise der Novemberhilfe, an der der Handel nicht partizipierte, oder sonstige Hilfsprogramme ausgeglichen wurden. Sowohl die Soforthilfe als auch die Überbrückungshilfe sowie das Kurzarbeitergeld nahmen die Branche nicht wie andere in Anspruch. Die Handelsunternehmen versuchten zunächst durch Eigeninitiative alles, um Schäden zu begrenzen. Dadurch sind viele Handelsunternehmen knapp unter den für die Hilfen benötigten 30% Umsatzverlust geblieben, so dass es für diese Unternehmen keine Unterstützung gab, während andere Unternehmen, die in dieser Zeit schlicht geschlossen hatten, durch die Unterstützung besser dastanden.

2. Der Begriff der Systemrelevanz – Unterschiede zwischen den Teilbranchen des Einzelhandels

Während der Pandemie wurde die „Systemrelevanz“ ein geflügeltes Wort, um die Schließungen von Betrieben und ganzer Branchen zu begründen. Die Unterscheidung zwischen systemrelevanten und nicht systemrelevanten Betrieben und Branchen hatte während der Pandemie große Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und politische Entscheidungen. Systemrelevante Betriebe und Branchen waren von zahlreichen Beschränkungen weniger stark betroffen als andere und durften beispielsweise auch während der Lockdowns öffnen. Die Einzelhandelsbranche war hiervon besonders betroffen und wurde in vermeintlich systemrelevante und nicht-systemrelevante Teilbranchen unterteilt. Während

Handelsverband Baden-Württemberg
E-Mail: info@hv-bw.de
Neue Weinsteige 44, 70180 Stuttgart | Telefon: 0711 64864-0 | Fax: 0711 64864 24

beispielsweise der Lebensmittelhandel oder Drogerien systemrelevante Betriebe waren und somit durchgehend öffnen durften, wurden andere Teilbranchen des Einzelhandels als nicht-systemrelevant angesehen und mussten lange Schließungen und auch ansonsten starke Einschränkungen hinnehmen.

Diese teilweise nicht logische und bundesweit unterschiedliche Einteilung führt dazu, dass eine Gesamtbetrachtung der Auswirkungen der Coronapandemie auf den Einzelhandel in Baden-Württemberg kaum möglich ist. Während der Lebensmitteleinzelhandel durchgehend geöffnet hatte und die Pandemie deshalb keine Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung der Supermärkte hatte, mussten nicht-systemrelevante Teilbranchen wie beispielsweise der Textileinzelhandel massive Umsatzeinbußen hinnehmen.

Die unterschiedliche Behandlung führte auch innerhalb der Branche zu Verwerfungen, zu Unsicherheiten und erheblichen Konfrontationen. Kunden wurden verunsichert und zum Kauf im Internet getrieben. Mitarbeiter aus nicht-systemrelevanten Teilbranchen wechselten in systemrelevante Teilbranchen.

Eine Gesamtbetrachtung der Auswirkungen der Coronapandemie auf den Einzelhandel in Baden-Württemberg ist also in vielen Bereichen kaum möglich, hier muss stets zwischen verschiedenen Teilbranchen unterschieden werden.

3. Lieferketten und Planungssicherheit in Bestellphasen

Die Coronapandemie hatte in den Jahren 2020 bis 2022 nicht nur Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland fest im Griff, weltweit führte das Virus zu massiven Einschnitten in das gesamte Leben. So hatten beispielsweise die Lockdowns in chinesischen Frachthäfen massive Auswirkungen auf den Einzelhandel in Baden-Württemberg. Containerschiffe, die längst bestellte Ware transportieren sollten, ankerten wochenlang vor geschlossenen Häfen, was zu massiven Problemen in den Lieferketten führte. Dies hatte zur Folge, dass auch in Phasen, in denen auch nicht-systemrelevante Branchen des Einzelhandels öffnen durften, viele Produkte knapp wurden oder erst gar nicht mehr verfügbar waren. Bekannte Beispiele kamen aus dem Lebensmittelbereich, dem Elektronikbereich oder aus dem Schuh-, Sport-, Möbel- und Textileinzelhandel. Durch die Probleme in den Lieferketten stiegen die Containerpreise ins unermessliche was dazu führte, dass Händlerinnen und Händler ein Vielfaches des bisherigen Preises für die Lieferung von Waren bezahlen mussten. Auch in Zeiten, in denen der Einzelhandel normal verkaufen durfte, sanken die Gewinnmargen aufgrund der explodierenden Lieferkosten massiv. Dazu kam, dass die bestellten Lieferungen die Händlerinnen und Händler oft erst erreichten, als die Nachfrage der Kundschaft bereits wieder abebbte. Dies führte zu großen Lagerbeständen und zu Liquiditätsproblemen, die teilweise existenzgefährdend waren.

4. Geschäftsschließungen

Während es laut dem Unternehmensregistersystems (URS) des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg im Jahr 2019 noch 45.415 Einzelhändlerinnen und Einzelhändler in Baden-Württemberg gab, lag diese Zahl im Jahr 2021 nur noch bei 41.830. Mehr als 3.500 Händlerinnen und Händler mussten bereits während der ersten eineinhalb Jahre der Pandemie trotz der von Bund und Land aufgesetzten Hilfsprogramme ihr Geschäft aufgeben. Die Zahlen für das Jahr 2022 liegen noch nicht

vor, es ist aber davon auszugehen, dass der negative Trend anhält. Dies zeigen die oben genannten Beispiele, die bereits Insolvenz angemeldet oder geschlossen haben sowie weitere Unternehmen, die Gewinnwarnungen herausgegeben haben.

Viele Händlerinnen und Händler konnten sich während der Pandemie gerade so über die Runden retten, stehen aber nach wie vor mit dem Rücken zur Wand. Es ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Pandemie noch länger anhalten und zu Geschäftsschließungen führen werden. Vor allem wenn man in Betracht zieht, dass auf die Hochphase der Coronapandemie die nächste Krise folgte.

5. Kostenexplosion und Zukunftsaussichten

Nach dem Auslaufen der Coronamaßnahmen Anfang 2022 folgte nahezu nahtlos die nächste Krise. Durch den Krieg in der Ukraine und die daraus folgenden massiven Kostensteigerungen wurde der Handel erneut hart getroffen. Auf der einen Seite sind sowohl Energiekosten als auch die Einkaufspreise im Einzelhandel massiv gestiegen, auf der anderen Seite gab und gibt es nach wie vor eine inflationsbedingte Kaufzurückhaltung der Kundinnen und Kunden. Die Kerze brennt für den Einzelhandel also von beiden Seiten. Von Kostensteigerungen und Kaufzurückhaltung sind nicht mehr nur noch einzelne Teilbranchen im Einzelhandel betroffen. Die gesamte Handelsbranche in Baden-Württemberg hat mit diesen Problemen zu kämpfen.

Der inzwischen über drei Jahre anhaltende Krisenmodus führt dazu, dass eine Konsolidierung von gebeutelten Handelsgeschäften nach wie vor quasi unmöglich ist, was dazu führt, dass immer mehr Handelsgeschäfte mit dem Rücken zur Wand stehen.

Unter einem Sterben des mittelständischen, inhabergeführten Einzelhandels würden nicht nur unsere Innenstädte und die Vielfalt des Handels in Baden-Württemberg leiden, auch das produzierende Gewerbe im Land wäre davon stark betroffen. Gerade inhabergeführte Geschäfte setzen oft auf regionale Produkte, die von kleinen und mittleren Betrieben in Baden-Württemberg produziert werden. Fehlt der Einzelhandel als Abnehmer, so kommt auch das erzeugende Gewerbe in Baden-Württemberg in Schwierigkeiten.

III. Erfahrungen und Lehren aus der Coronakrise

Die Coronapandemie stellte für Politik, Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft eine Krise von bisher noch nicht gekanntem Ausmaß dar. Die Folgen der Pandemie prägen den Einzelhandel und unsere Innenstädte bis heute. So sind die Passantenfrequenzen in unseren Innenstädten vielerorts nach wie vor nicht auf dem Niveau des Jahres 2019. Teilweise liegen die Frequenzen sogar noch bis zu 20% unter dem Niveau der Zeit vor Corona. Uns allen muss daran gelegen sein, das Kulturgut Innenstadt und das Zugpferd unserer Innenstädte, den Einzelhandel, zukunftsfest aufzustellen. Auf die Erfahrungen in der Coronakrise für den Einzelhandel und die daraus resultierenden Lehren soll in den folgenden Seiten genauer eingegangen werden.

1. Erfahrungen mit der Corona-Verordnung

Die regelmäßigen Anpassungen und Erneuerungen unterliegenden Corona-Verordnungen waren zentraler Bestandteil der Pandemiebekämpfung. Der Einzelhandel tat stets alles, was der Gesetzgeber vom Handel verlangte und trug somit effektiv zu Bekämpfung der Pandemie bei.

Trotzdem sah sich der Handel in Bezug auf die Verordnungen mit Problemen konfrontiert, die in der Folge erläutert werden:

- Die Verordnungen wurden zu oft kurzfristig in den Abendstunden, kurz vor Inkrafttreten der jeweiligen Verordnung am folgenden Tag veröffentlicht. Händlerinnen und Händler hatten so kaum eine Chance, neue Regelungen bis zur Eröffnung des Ladengeschäfts am Folgetag im Sinne der Verordnung umzusetzen. Vereinzelt gab es auch direkt am Folgetag der Veröffentlichung Kontrollen in den Geschäften, in denen eine mangelhafte Umsetzung der neuen Regelungen beanstandet wurde, was in einigen Fällen sogar zu vorübergehenden Ladenschließungen führte
- Zahlreiche Sachverhalte wurden erst durch eine Aktualisierung der FAQs abschließend geklärt, so dass nach der Veröffentlichung von Verordnungen in vielen Fällen noch Unklarheiten bestanden, die erheblichen Interpretationsspielraum nach sich zogen. Dies führte zu vielen Unklarheiten, die mit zahlreichen Rückfragen, Unsicherheiten und großem Aufwand zur Klärung einhergingen
- Maßnahmen wie Einlasskontrollen oder Personenobergrenzen führten dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einzelhandel plötzlich ordnungs- oder polizeirechtliche Aufgaben übernehmen mussten. Folgen waren sowohl verbale als auch körperliche Übergriffe gegenüber dem Personal im Einzelhandel, aber auch ein massiver personeller Mehraufwand für Händlerinnen und Händler. Folge der Übergriffe auf das Personal waren häufig psychische Probleme, die in zahlreiche Kündigungen und Stellenwechsel mündeten
- Die Definition der Systemrelevanz hat vielerorts für Unverständnis gesorgt und war nicht nachvollziehbar. So kann zum Beispiel argumentiert werden, dass auch der Verkauf von Winterkleidung in den kalten Wintermonaten eine überaus wichtige gesellschaftliche Funktion einnimmt und deshalb besonders geschützt werden muss. Die Eingruppierung als nicht-systemrelevant und die damit verbundenen langen Schließungen haben dazu geführt, dass viele Einzelhandelsgeschäfte zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren haben. Auch die Personalsuche gestaltete sich aufgrund des Labels „nicht-systemrelevant“ oft äußerst schwierig

Die sich ständig ändernden Regelungen führten dazu, dass der Einzelhandel immer wieder Probleme mit deren Umsetzung hatte. Die Umsetzung war in vielen Fällen auch mit massiven Kosten verbunden, wie zum Beispiel bei Zugangskontrollen oder der Installation spezieller Schutzvorrichtungen. Viele Regelungen waren ab einem gewissen Punkt auch nicht mehr nachvollziehbar, zumal das Infektionsrisiko im Einzelhandel von der Wissenschaft als unterdurchschnittlich eingestuft wurde. Dies führt zu Akzeptanzproblemen. Sowohl im Handel als auch in der gesamten Bevölkerung. Viele Kundinnen und Kunden äußerten ihr Unverständnis gegenüber dem Verkaufspersonal, das die Regelungen in vielen Fällen durchsetzen musste. Zahlreiche Kundinnen und Kunden bleiben dem stationären Einzelhandel aufgrund der damals gültigen Auflagen bis heute fern. Andere haben während der staatlich angeordneten Zwangsschließungen ihr Einkaufsverhalten hin zum Onlinehandel verändert und sind bis heute nicht wieder in den stationären Einzelhandel zurückgekehrt. Während der Zeit der Corona-Maßnahmen ist dem Handel ein erheblicher Schaden entstanden.

2. Lehren und Empfehlungen für mögliche künftige Krisenverordnungen

Gerne geben wir für mögliche künftige Krisenverordnungen einige Handlungsempfehlungen, die für den Einzelhandel von enormer Wichtigkeit sind und dessen Fortbestand auch über eine Krise hinaus sichern würden:

- Lockdowns gehen mit einem enormen Schaden für den Einzelhandel, aber auch für die Gesellschaft insgesamt einher und sind deshalb unter allen Umständen zu vermeiden. Vor allem, wenn einzelne Wirtschaftsbranchen die gesamte Last tragen müssen, damit andere Wirtschaftsbereiche nahezu unbehelligt weiterarbeiten können
- Wirtschaftsbetriebe können und sollten bei einer neuerlichen Krise keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen. Dies ist Aufgabe von Ordnungsämtern und der Polizei
- Einschränkungen müssen im Vorfeld rechtzeitig mit Branchenkennern auf deren Praktikabilität und Sinnhaftigkeit besprochen werden
- Unterschiedliche Regelungen zwischen einzelnen Kommunen, Landkreisen oder gar Bundesländern führen zu Wettbewerbsverzerrungen und einer Art Einkaufstourismus, die verhindert werden sollte

3. Erfahrungen mit Hilfsprogrammen während der Krise

Die Coronahilfsprogramme der Bundes- und der Landesregierung waren von großer Wichtigkeit für den Einzelhandel. Vielen Händlerinnen und Händlern konnte dadurch zumindest phasenweise geholfen werden. Trotzdem gibt es für zukünftige Krisen auch an dieser Stelle noch Verbesserungsbedarf. Folgende Probleme sind dem Einzelhandel dabei begegnet:

- Zu Beginn der Coronakrise und den Betriebsschließungen im Einzelhandel haben Bundes- und Landesregierung mit einer schnellen Hilfe, der sogenannten Soforthilfe reagiert. Die Bedingungen für die Soforthilfe und deren Beantragung wurden in FAQs festgelegt, die sich mehrfach geändert haben. Die Mehrheit der Unternehmen hat den Anspruch auf Soforthilfe so aufgefasst, dass sie die Soforthilfe für Umsatz- und Ertragsausfälle erhalten. Durch die Mehrfache Änderung der genannten FAQs waren die Voraussetzungen für den Erhalt der Soforthilfe nicht klar.
- Die Idee der verschiedenen Überbrückungshilfen war sehr gut. Bei der Abwicklung gab es jedoch in der Auslegung der sich ständig ändernden FAQs seitens des Bundes erhebliche Unklarheiten. Selbst Wirtschaftsprüfer und Juristen konnten diese Unklarheiten nicht immer zweifelsfrei auflösen. Die Kommunikation mit der auszahlenden Behörde war aufgrund der ständig wechselnden Sachbearbeiten sowie der wechselnden Auslegung seitens des Bundes kaum möglich. Die Bearbeitungszeiten der Anträge dauerten teilweise über zwei Jahre. Des Öfteren vergingen zwischen den einzelnen Rückfragen der bewilligenden Stellen mehrere Monate. Die Pflicht, einen Steuerberater einzubinden war auf der einen Seite gut und logisch. Auf der anderen Seite entstanden den Unternehmen dadurch jedoch weitere Kosten. Die Beratungskosten konnten auch nicht immer in voller Höhe geltend gemacht werden, dies variierte von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter
- Die L-Bank als bewilligende Stelle in Baden-Württemberg war außerhalb der jeweiligen Bewilligungsverfahren sehr zurückhaltend was den Informationsaustausch mit den antragsstellenden Unternehmen direkt und/oder den prüfenden Dritten (Steuerberater/Wirtschaftsprüfer) betraf. In anderen Bundesländern (z.B. Schleswig-Holstein) informierte die bewilligende Stelle regelmäßig über ihre Bewilligungspraxis (z.B. im Hinblick

auf verbundene Unternehmen) und trat auch im Rahmen von Q&A Sessions in den direkten Austausch mit den prüfenden Dritten
- Die November- und Dezemberhilfe wurde nur wenigen Unternehmen zu Teil. Die Unternehmen, die zwar ab dem 1. November noch öffnen durften, jedoch durch massive Einschränkungen kaum noch Kundenverkehr hatten, dadurch kaum noch Umsätze generieren konnten und in Folge des Lockdowns eine Woche vor Weihnachten schließen mussten, waren von diesen Hilfsprogrammen ausgeschlossen
- Verbundene Unternehmen wurden vor allem bei den Überbrückungshilfen massiv benachteiligt. Mietkosten von Unternehmen, die Unternehmensräume zu marktüblichen Mietpreisen von Verwandten gemietet hatten und bis heute noch haben, wurden nicht erstattet, während dies bei der Miete von Flächen Dritter der Fall war.

4. Lehren und Empfehlungen für künftige Hilfsprogramme während Krisen

- Bei künftigen Krisenhilfsprogramm muss die Kommunikation der Voraussetzungen für den Erhalt der Programme von Anfang an klar gestaltet werden. Ständige Änderungen verursachen Unsicherheiten beim potentiellen Empfängerkreis
- Sofern die Einreichung von Förderanträgen erneut über den Steuerberater/Wirtschaftsprüfer als vorgeschaltete Prüfinstanz laufen sollte, könnte durch eine verbesserte Kommunikation mit der Prüfbehörde das Antragsverfahren deutlich effektiver gestaltet werden
- Der Bearbeitungsprozess könnte durch einen Ersatz des Rückfrageprozesses über das Antragsportal durch Abstimmung per Telefon, per Video-Call oder auch über ein persönliches Gespräch deutlich effizienter gestaltet werden
- Trotz einer großen Flut an Anträgen für Hilfsprogramme müssen diese Anträge bei möglichen künftigen Hilfsprogrammen zügig bearbeitet und beschieden werden, da sonst die Gefahr besteht, dass die Hilfe für Unternehmen zu spät kommt und diese bereits insolvent sind
- Billigkeitszuwendungen bei Zwangsschließungen sollten bei möglichen künftigen Krisenhilfsprogrammen nicht über sich ständig ändernde FAQs erfolgen, sondern sollten einen justiziablen Rechtscharakter haben

IV. Wege zur Unterstützung des Einzelhandels nach mehr als drei Krisenjahren am Stück

Wie beschrieben befindet sich der Einzelhandel nach mehr als drei Krisenjahren am Stück in einer misslichen Lage. Viele Unternehmen stehen mit dem Rücken zur Wand. Sowohl bundesweit als auch speziell in Baden-Württemberg mussten bereits viele bekannte Einzelhändler Insolvenz anmelden oder ihre Geschäfte aufgeben, wie beispielsweise das seit über 100 Jahren familiengeführte Modehaus Kögel aus Esslingen. Klingel aus Pforzheim, Peek & Cloppenburg oder die Schuhhändler Görtz und Reno sind bundesweit bekannte Beispiele. Landes- und Bundespolitik müssen nun alles dafür tun, dass sich der Einzelhandel und unsere Innenstädte weiterentwickeln können und dadurch attraktiv für Besucherinnen und Besucher bleiben.

Stellungnahme für die Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“ zum vierten Handlungsfeld

1. Belastungsmoratorium für den Einzelhandel

Coronajahre mit massiven Umsatzeinbußen in vielen Teilbranchen, steigende Kosten und die Kaufzurückhaltung von Konsumentinnen und Konsumenten. Davon ist die aktuelle Lage des Einzelhandels in Baden-Württemberg gekennzeichnet. Oberste Priorität für die Landespolitik muss nun sein, diese Unternehmen zu entlasten. Auf keinen Fall dürfen Landtag und die Landesregierung durch neue Gesetze und Verordnungen für weiter steigende Preise und sinkende Margen sorgen. Ein konkretes Beispiel unter vielen wäre die geplante LKW-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen, die die Logistikkosten weiter in die Höhe treiben würden. Und dies ausschließlich in Baden-Württemberg, was zudem noch zu einem Wettbewerbsteil gegenüber angrenzenden Ländern sorgen würde.

2. Entbürokratisierung

Der Einzelhandel sieht sich mit einem komplexen Netzwerk von Vorschriften, Genehmigungsverfahren und Berichtspflichten konfrontiert. Der hohe Verwaltungsaufwand bindet Zeit, Ressourcen und finanzielle Mittel, die an anderer Stelle für kundenorientierte Aktivitäten und unternehmerische Innovationen benötigt werden. Besonders betroffen sind Händlerinnen und Händler hier bei Genehmigungsverfahren, die dringend vereinfacht werden müssen, aber auch bei Bericht- und Aufbewahrungspflichten. Hier muss die Landesregierung dringend an Vereinfachungen für den Mittelstand in Baden-Württemberg arbeiten, um Unternehmerinnen und Unternehmer zu entlasten.

3. Investitionsfonds für den Einzelhandel und unsere Innenstädte

Der Handel hat definitiv und ohne Frage eines der größten Sonderopfer erbracht. Die Umsatz- und Ertragsverluste verbunden mit der durch die Coronakrise verstärkten Transformation führt dazu, dass dringend notwendige Investitionen in Kundenansprache und -Rückgewinnung, in Standorte, in Digitalisierungen, in Rückgewinnung von Personal, in Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, sowie klimaoptimierte Systeme nicht vorgenommen werden können.

Um auch künftig attraktiv für Kundinnen und Kunden zu sein, muss sich der stationäre Einzelhandel ständig weiterentwickeln. Hierzu gibt es zahlreiche gute und innovative Konzepte, wie der Ideenwettbewerb „Einkaufserlebnisse im stationären Einzelhandel – Best Practices für Baden-Württemberg“ des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg eindrucksvoll gezeigt hat. Das Problem ist, dass ein Großteil der Händlerinnen und Händler nach mehr als drei Krisenjahren am Stück nicht ohne weiteres die nötigen finanziellen Mittel aufwenden kann, um die Konzepte in die Tat umzusetzen. Hier braucht der Handel Unterstützungsprogramme von Bund und Land. Dadurch wird nicht nur der Einzelhandel zukunftsfest aufgestellt, auch unsere Innenstädte bleiben durch einen bunten und vielfältigen Einzelhandel attraktiv, was sich auch positiv auf andere Dienstleistungsbranchen auswirkt.

4. Erreichbarkeit der Innenstädte

Erfolgreiche Einzelhandelsgeschäfte müssen für ihre Kundinnen und Kunden gut und möglichst bequem erreichbar sein. Laut der Deutschlandstudie Innenstadt geben nach wie vor 42% der Befragten den privaten PKW als Hauptverkehrsmittel zum Erreichen der Innenstadt an. Je kleiner die Stadt, desto wichtiger der PKW.

Handelsverband Baden-Württemberg
E-Mail: info@hv-bw.de
Neue Weinsteige 44, 70180 Stuttgart | Telefon: 0711 64864-0 | Fax: 0711 64864 24

Wir brauchen positive Anreize für einen Umstieg auf andere Verkehrsmittel. Den PKW unattraktiv zu machen kann und darf im Sinne des Einzelhandels und unserer Innenstädte keine Lösung sein. Um den Umstieg zu fördern, muss vor allem der ÖPNV dringend massiv ausgebaut, verbessert und damit verlässlicher gemacht werden. Die Alternativen für einen Wechsel des Verkehrsträgers müssen geschaffen werden, bevor in die bestehende Situation durch Ideen wie dem Abbau und der Verringerung von Parkplätzen, der Sperrung von Straßen oder die Einführung der City-Maut massiv eingegriffen wird. Nur so wird die Mobilitätswende in unseren Städten nicht zulasten des lokalen Einzelhandels und anderer Dienstleister wie der Gastronomie gehen. Hierbei ist zu beachten, dass ein Besuch eines Dienstleisters oder eines Restaurants nicht digital erfolgen kann, ein Einkauf inzwischen schon, mit allen daran anknüpfenden Folgen.

V. Abschlussbemerkung

Die Coronakrise hat die gesamte Gesellschaft vor große, bisher nicht dagewesene Herausforderungen gestellt. Der Einzelhandel ist eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen des Landes. Er trägt zur kulturellen Vielfalt sowie zur Förderung von Kunst und Kreativität in der Gesellschaft bei und führt Menschen zusammen. Nun gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen die dazu führen, dass sich der Einzelhandel nach der Krise in eine positive Richtung entwickeln und innovative Ideen in die Tat umsetzen kann. Denn nur ein starker Einzelhandel kann auch die nächste Krise meistern und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung garantieren.

Ansprechpartnerin:

Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin

Handelsverband Baden-Württemberg e.V.
Neue Weinsteige 44, 70180 Stuttgart | Telefon: 0711 64864-0 | Fax: 0711 64864 24
E-Mail: hagmann@hv-bw.de

HANDWERK BW

Die Gemeinschaft der
Handwerksorganisationen
in Baden-Württemberg

HANDWERK BW Postfach 10 06 36 70005 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Enquetekommission
z.Hd. Frau Sandy Dobosch
Urbanstraße 32
70182 Stuttgart

Bearbeiter/Durchwahl
Dr. Sebastian Egelhof/ -106
egelhof@handwerk-bw.de

Datum
31.08.23

Stellungnahme zur Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, uns im Rahmen der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" äußern zu können. Als Dachverband des baden-württembergischen Handwerks vertreten wir die Interessen von gut 100 Organisationen und rund 140.000 Handwerksbetrieben im Land.

Grundlegend für die Arbeit der Enquetekommission erachten wir die Anerkennung der Systemrelevanz handwerklicher Arbeit. So hat die Pandemie eindrücklich gezeigt, dass unser Wirtschaftssystem vernetzt und nicht isoliert zu betrachten ist, wie nur drei konkrete Beispiele verdeutlichen:

1. Ohne Kfz-Werkstätten können Rettungswagen und Einsatzfahrzeuge nicht gewartet und instand gehalten werden.
2. Elektroinstallateure sorgen im Notfall für den Weiterbetrieb von Einrichtungen der im engeren Sinne „kritischen Infrastruktur" und sind daher selbst als „kritisch" zu erachten.
3. Ohne das Handwerk der Textilreiniger können Kleidung und Equipment für Operationen nicht steril aufbereitet werden. Eigene Wäschereien haben mittlerweile bei Weitem nicht mehr alle Krankenhäuser.

Diese Beispiele deuten bereits an, dass das Handwerk auf ganz unterschiedliche Weise einen entscheidenden Beitrag zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung leistet.

Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.

Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Telefon: 0711 263709-0

E-Mail: info@handwerk-bw.de
www.handwerk-bw.de
Vereinsregisternummer:
VR 1338, Amtsgericht Stuttgart

HANDWERKBW

Im Namen des Friseur- und Kosmetikhandwerks möchten wir folgende Punkte einbringen:

1. Es braucht nach unserer Erfahrung einen besser geordneten Prozess der inhaltlichen Beteiligung der fachlich kompetenten Ansprechpartner der Fachverbände so früh und so substanziell wie möglich bei der Ausarbeitung von Rechtsverordnungen und anderen maßgeblich wirksamen Entscheidungen (einschließlich Förderschemata etc.). Grund hierfür ist die Erfahrung, dass politische Fehler und dysfunktionale Regelungsinhalte vermeidbar gewesen wären, wenn die Fachverbände frühzeitig einen erreichbaren Ansprechpartner gehabt hätten.

2. Zu den wesentlichen und grundsätzlich problematischen Fehlern dieser Pandemie gehört es, dass Widersprüche und Missverhältnisse zu (gleichrangig gültigen) anderen Maßgaben etwa des Arbeitsschutzes (hier: der BGW-Arbeitsschutzstandard) trotz unserer Hinweise und Vorschläge billigend in Kauf genommen, jedenfalls viel zu lange ignoriert wurden. Das ist für die betroffenen Betriebe, die versuchen regelrecht und rechtstreu zu arbeiten, ein Problem. Auch der Hinweis, dass z.B. immer der (jeweils) höhere Standard zu beachten ist, hilft hier in der Praxis nicht weiter, zumal angesichts der Dynamik der Entscheidungen und Änderungen.

3. Normen und Regeln, die ab einem Montag beachtlich sind, sollten nicht am Wochenende oder Freitagabend bekannt gemacht werden. Das nimmt allen regelrecht und rechtstreu arbeitenden Betrieben praktisch jede Chance, unter den sowieso schwierigen Umständen einen geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten (Personalplanung, Standards einhalten, insbesondere zur Hygiene etc.). Wir möchten ergänzend darauf hinweisen, dass Hygienestandards im Friseurhandwerk, als gefahrengeneigtem Handwerk im Sinne der Anlage A, traditionell und aus gutem Grund eine besonders hohe, um nicht zu sagen: entscheidende Bedeutung haben. Sie sind keine Randfrage unter vielen wichtigen Aspekten der Betriebsführung.

4. Zum Thema Corona-Soforthilfe ist nach unserer Auffassung alles Wesentliche bekannt: sie wurden als nicht-rückzahlbarer Zuschuss versprochen und verstanden, und das nachfolgende Handling ist einigermaßen katastrophal. Über 70% aller Friseurbetriebe im Land, welche die Corona-Soforthilfe als Rettungsanker für das von der Landesregierung verhängte Arbeitsverbot beantragten, müssen aufgrund des Rückmeldeverfahrens einen Teil der Soforthilfe bzw. die ganze Soforthilfe zurückzahlen. Dies wird als rechtliche Hintertür im Kleingedruckten verstanden. Die Unternehmer müssen sich aber darauf verlassen können, dass das allgemeine Verständnis dieser Hilfe auch dann noch gilt, wenn die Krise vorbei ist. Sonst werden sie ihre ansonsten sicher entscheidend hilfreiche Funktion nicht erfüllen können, nämlich den Fortbestand der Betriebe zu sichern und das Zutrauen in Staat und Politik zu behalten, dass auch pandemische Krisen überwunden werden. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass das insoweit dysfunktionale Handling der Soforthilfen nach der Pandemie namentlich viele alteingesessene Ausbildungsbetriebe getroffen hat – gar nicht so sehr die Kleinstbetriebe ohne Ausbildungsleistung, die womöglich unterhalb der Kleinunternehmerregelung bei der Mehrwertsteuer liegen.

HANDWERKBW

5. Die Pandemie hat zu Unternehmensschließungen geführt. Die Friseurbetriebe im Land Baden-Württemberg wurden in besonderer Weise stark von der Corona-Pandemie benachteiligt. Diese mussten zwei Mal schließen. Vom 20.03.2020 bis 03.05.2020 und vom 16.12.2020 bis 28.02.2021. Dieser Effekt ist strukturell und kann auch, vor allem angesichts der Fachkräfteentwicklung, wie in vielen anderen Branchen auch, nicht mehr aufgeholt werden, selbst bei einem Wiederanspringen der Konjunktur. Aus mittelstands- und handwerkspolitischen Gründen muss die Politik bei ihrer Politik in der Pandemiephase, bei der Einrichtung von Unterstützungsprogrammen ebenso wie bei der Formulierung von Auflagen, Restriktionen etc. zwingend darauf achten, dass ein möglichst geringer Strukturschaden entsteht. Denn Mittelstand und Handwerk sind das Rückgrat einer resilienten Wirtschaft und dürfen nicht nur in Sonntagsreden bedacht werden.

6. Differenzen zwischen Restriktionen in unterschiedlichen Bundesländern (dass z.B. Dauerwellen in Land A erlaubt, in Land B aber nicht erlaubt sind) sind nicht erklärbar. Sie führen auch zu einem Vertrauensverlust in die Organisationen des Handwerks seitens der Betriebe. Denn diese gehen dann davon aus, dass es dem Handwerk (im restriktiveren Bundesland) nicht gelungen ist, für die liberale Regelung einzustehen.

Im Bereich Bildung ist es entscheidend, den Blick nicht nur auf den allgemeinen Schulbetrieb zu lenken, sondern auch den Betrieb unserer Bildungsstätten zu betrachten, zu welchen wir folgende Punkte einbringen möchten:

1. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass auch die berufliche Aus- und Weiterbildung darauf vorbereitet wird, mit Krisen und systemrelevanten Veränderungen besser umzugehen. Dafür müssen jetzt die eingeschlagenen Wegänderungen konsequent fortgesetzt werden. Nach Ende der „offiziellen Pandemie", die in den Köpfen der Menschen mit dem Ende der Maskenpflicht eingetreten ist, zeigt sich in der beruflichen Aus- und Weiterbildung ein gewisser Stillstand statt einer Reaktion auf den Anpassungsdruck.

2. Die handwerklichen Bildungsträger und gewerblichen Schulen haben die Bemühungen für einen modernen, zeitgemäßen Unterricht entweder auf dem „Pandemie-Niveau" eingefroren oder wieder „ad acta" gelegt. Hier muss die Politik mit klaren Vorgaben und ggf. Förderungen für Dynamik sorgen. Darüber hinaus müssen Verordnungen und gesetzliche Vorgaben auf die neuen gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden. Ein Beispiel ist die Anpassung des Aufstiegs-BAföG.
   Online- und Hybrid-Unterricht müssen auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung als normale Unterrichtsform vorgehalten werden.

3. Bürokratische Vorgaben, wie z.B. Formulare und Abrechnungsmodalitäten für berufliche Bildung (Beispiel ÜBA/ÜLU) müssen deutlich entbürokratisiert werden und z.B. auch digitale tagesgenaue Unterschriften akzeptieren.

HANDWERKBW

4. Die allgemeine schulische Bildung muss die Jugendlichen besser auf die digitale Lern- und Arbeitswelt vorbereiten. IT-Unterricht in den allgemeinbildende Schulen wird immer noch unzureichend erteilt; Folgen daraus bringt der Jugendliche mit in den Berufseinstieg. Noch immer kann die Mehrheit der Schulabgänger Text- und zahlenverarbeitende Programme nicht anwendungssicher nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

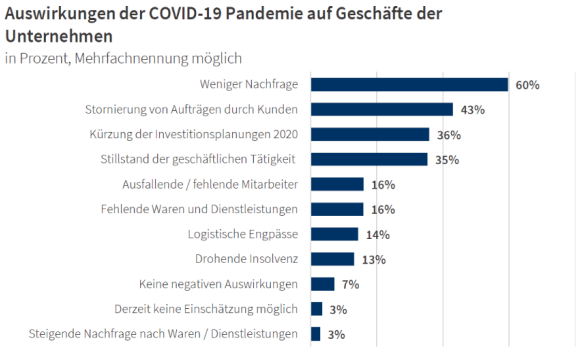
Rainer Reichhold
Präsident

Peter Haas
Hauptgeschäftsführer

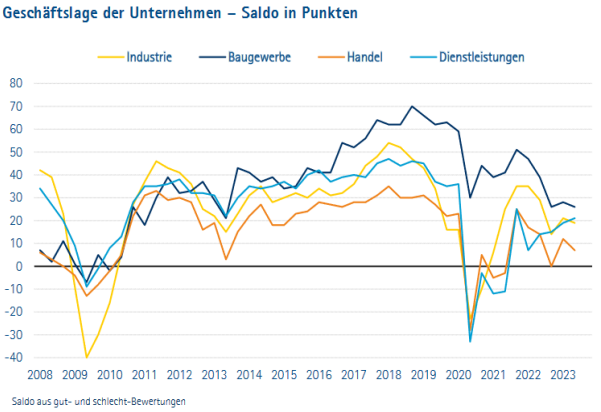
Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Corona: Lessons Learned – Die Perspektive der Wirtschaft
Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg im Rahmen der *Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtages Baden-Württemberg*

2020 und 2021 entstand nach Berechnungen des IW Köln durch die Corona-Pandemie ein wirtschaftlicher Schaden von 300 Milliarden Euro.[1] Im Jahr 2022 verringerten die Pandemie-Spätfolgen und der Krieg in der Ukraine die Wertschöpfung um weitere 120 Milliarden Euro. Dazu kommen mögliche Schäden, die erst mit weiterer Verzögerung zu Tage treten können, etwa Bildungslücken durch Schulschließungen oder Investitionslücken durch eine dünnere Finanzdecke. Auch die aktuelle Inflation wurde zum Teil durch corona-bedingte Unterbrechungen von Lieferketten befeuert. Die Corona-Pandemie (und in abgeschwächter Form auch die Energiekrise) betraf alle Branchen der deutschen Wirtschaft: Sei es durch Betriebsschließungen, Personal- und Materialmangel, Absatz- und Lieferschwierigkeiten und in einigen Fällen auch einer angespannten Finanzierungslage.



Dritte Corona-Blitzumfrage, DIHK, Mai 2020



IHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2023

Dabei waren die Wirtschaft und die Industrie- und Handelskammern ein Teil der Lösung: Betriebe führten unverzüglich Hygieneschutzkonzepte ein, investierten in den Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten durch Änderungen ihrer betrieblichen Prozesse und beteiligten sich an der Impfkampagne. Dass die Aufrechterhaltung von Pandemieschutz und wirtschaftlicher Produktivität unter einen Hut gebracht werden konnte, führte dazu, dass während und nach der Pandemie die negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Wirtschaft reduziert werden konnten.

Die IHKs haben für die Unternehmen und Betriebe erfolgreich eine zentrale Koordinierungs- und Informationsfunktion in der Pandemie übernommen. Sie haben fragmentiert vorliegende Informationen, u. a. zu gesetzlichen Regelungen, aufbereitet und gebündelt. Sie haben ein koordiniertes Vorgehen – insbesondere auch in den Bereichen Testen und Impfen – sichergestellt und für die Einbindung des betriebsärztlichen Impfens in die nationale Impfstrategie gesorgt. Vor allem die „Übersetzungsfunktion“ zwischen Unternehmen auf der einen und Behörden und Politik auf der anderen Seite war dabei von herausragender Bedeutung. Auch wurden sie im direkten Auftrag des Landes tätig bei der Verteilung von

[1] Grömling, Michael (2022). Ökonomische Verluste in Deutschland durch Pandemie und Krieg. IW-Kurzbericht Nr. 91. Verfügbar unter https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/michael-groemling-krieg-und-pandemie-kosten-420-milliarden-euro.html

Testkits an Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie in der Abwicklung der Soforthilfe, der Stabilisierungshilfe und des Tilgungszuschusses.

Die Erkenntnisse aus der Hochzeit der Pandemie sollten in konkrete Handlungsempfehlungen und Vorschläge einfließen, um die Resilienz für künftige Krisen und Pandemien zu stärken. Dass es zu weiteren Krisen kommen wird, steht außer Frage, auch ihre Auftrittsfrequenz wird nach Meinungen von Expertinnen und Experten voraussichtlich zunehmen. Durch die hohe globale und sektorale Vernetzung von Gesellschaft, Finanzmärkten, Staaten und Wirtschaftsräumen kann die Form der nächsten Krise nur bedingt prognostiziert werden. Ein strategischer Maßnahmenkatalog steigert deshalb die Resilienz von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat insgesamt, schon bevor die nächste Krise eintrifft. Aus Sicht der IHKs bedeutet dies zum einen eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die es erlaubt, dass sich die tragfähigsten Lösungen am Markt durchsetzen. Diese Perspektive wird auch von einer Analyse des Roman-Herzog-Instituts gestützt.[2] Zum anderen sollte das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort und seine politischen Rahmenbedingen gestärkt werden. Nur die Unternehmen nehmen Effizienzeinbußen zum Wohle der Widerstandsfähigkeit in Kauf, die am Standort eine Zukunft für sich sehen und den politischen Institutionen zutrauen, für diese einzutreten.

Für den nächsten Krisenfall ziehen die IHKs aus der Corona-Pandemie unter anderem folgende Erkenntnisse:[3]

1. Politik transparent und konsistent gestalten

Der Regelungsrahmen muss einheitlich und konsistent sein, wobei unterschiedlichen regionalen Betroffenheiten durch differenzierte Regelungen Rechnung getragen werden kann. Dort wo einheitliche Regelungen nicht möglich sind, müssen die Maßnahmen in einer digitalen Regulierungslandkarte transparent und aktuell zur Verfügung gestellt werden.

Alle Maßnahmen müssen evidenzbasiert, notwendig, hinreichend bestimmt und angemessen sein. Ziel sollte es sein, Einschränkungen und Schließungen von Betrieben und Einrichtungen lediglich als letztes Mittel zu wählen, nachdem Alternativen intensiv geprüft und ausgeschöpft wurden.

Die Regelungen müssen verlässlich auf allen Ebenen und mit ausreichend Vorlauf kommuniziert werden, damit sie organisiert und umgesetzt werden können. Die Kommunikation von Rechtsverordnungen in Form von verständlichen FAQs und grafischen Darstellungen hat sich bewährt. Dabei ist darauf zu achten, dass die Erläuterungen und die zugehörigen Rechtsverordnungen deckungsgleich sind.

Ein zentrales Krisenmanagement des Landes, unterstützt durch klare Rollenverteilung, eng verknüpft mit dem Krisenstab des Bundes und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, unterstützt eine zielrechtete, abgestimmte Krisenreaktion und Kommunikation. Für die Adressaten der Krisenmaßnahmen ist dadurch klarer, was gilt und an wen sie sich bei Rückfragen wenden können. Die Verbände und andere wichtigen Intermediäre müssen kontinuierlich in die Stäbe und Maßnahmenplanungen eingebunden werden. So können Erfahrungen aus der Praxis schon frühzeitig berücksichtigt werden und unpraktikable sowie nicht umsetzbare Maßnahmen erkannt bzw. Maßnahmen so angepasst werden, dass sie inhaltlich verständlich, umsetzbar und mit möglichst wenig Belastungen verbunden sind.

2. Digitalisierung zum Schlüssel der Krisen- und Pandemiebekämpfung machen

Der Zugang zu Verwaltungen muss digital und medienbruchfrei möglich sein. Verwaltungen müssen so ausgestattet sein, dass sie auch im Krisenfall voll arbeitsfähig sind; dies schließt auch den Fall eines Cyberangriffs ein. Dabei darf der Schutz personenbezogener Daten im Rahmen einer weltweiten

[2] Hüther et al. (2023). Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich? Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation. RHI-Studie, Nr. 37. Verfügbar unter https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/wie-resilient-ist-die-soziale-marktwirtschaft-im-internationalen-vergleich.html

[3] Basierend auf „Lehren aus der Corona-Krise: Wie wir gemeinsam zukünftige Krisen besser bewältigen können – 10-Punkte-Papier der Deutschen Wirtschaft“ – Stellungnahmen von BDA, BDI, DIHK und ZDH gegenüber des BMWKs im März 2022, ergänzt und aktualisiert durch die IHKs in Baden-Württemberg im August 2023.

Pandemiebekämpfung nicht absolut gesetzt werden, insbesondere wenn dadurch andere Grundrechte pandemiebedingt stärker eingeschränkt werden, als dies bei vertretbaren Kompromissen im Datenschutz nötig wäre.

Um mobile digitale Arbeit zu unterstützen, muss der Breitband- und Mobilfunkausbau vorangetrieben und müssen die zahlreichen bestehenden Hemmnisse (z.B. Rechtsunsicherheiten im Steuer- und Sozialversicherungsrecht) abgebaut werden.

Betriebsverfassung und -mitbestimmung müssen digitalisiert werden. Bewährte Ausnahmeregelungen müssen fortgeführt, die Arbeit der Betriebsräte und Wahlvorstände muss umfassend digitalisiert und die Möglichkeit für elektronische Wahlen dauerhaft vorgesehen werden.

3. Verwaltungsstrukturen professionalisieren

Die IT-Struktur zur Beantragung von Wirtschaftshilfen muss bundesweit einheitlich und interoperabel sein. Die Antragsverfahren müssen über den gesamten Prozess – von der Beantragung, über die Beratung hin zur Bewilligung und Auszahlung – vereinheitlicht werden. Hiervon profitieren nicht nur Unternehmen, die über Grenzen von Bundesländern hinaus tätig sind, sondern auch die Verwaltung durch etablierte, abgestimmte Verfahren. Die Erreichbarkeit von Hotlines, telefonisch sowie per E-Mail, muss sichergestellt und eine kompetente Auskunft sollte gewährleistet sein.

Es bedarf einer möglichst weitgehenden und bundeseinheitlichen Umstellung von Genehmigungs- auf Anzeigeverfahren (siehe auch Punkt 6).

Die Abwicklung von Entschädigungsansprüchen soll vollständig im Verhältnis zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Leistungsberechtigten und dem Staat als Leistungsverpflichtetem erfolgen.

Eine schnelle und eindeutige Identifizierung von Unternehmen hat für diese wie auch die Verwaltung Vorteile: Durch die Umsetzung des Once-Only-Prinzips und dem (datenschutzkonformen) Austausch von Informationen zwischen den Behörden können Prüfungen schnell abgeschlossen und Missbrauchsrisiken reduziert werden.

4. Mobilität und reibungslosen Güter- und Warenverkehr sicherstellen

Zur Sicherstellung der Produktion und Versorgung müssen Grenzschließungen und unkoordinierte nationale Maßnahmen für Warentransporte, Berufspendlerinnen und Berufspendler, Saisonkräfte, Monteurinnen und Monteure sowie Geschäftsreisende im Binnenmarkt und zur Schweiz vermieden werden. Das im Notfallinstrument für den Binnenmarkt (SMEI) enthaltenen Ampelsystem ist in diesem Belang ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus können Erleichterungen bei der Grenzabfertigung unterstützen, etwa durch die in der Pandemie bewährten „Fast Lanes“ für priorisierte Waren und übergangsweise Stichprobenkontrollen. Ebenfalls hilfreich ist ein volldigitaler Informationsaustausch zwischen Unternehmen und Behörden (siehe eFTI-Verordnung). Gerade im Hinblick auf die Einbeziehung der Schweiz kommt der Landesregierung eine zentrale Rolle zu.

Der Prozess zur Einstufung als Unternehmen kritischer Infrastruktur (KRITIS) war zu Beginn der Pandemie bei Unternehmen und vielen unteren Behörden unbekannt. Dadurch ergaben sich Wartezeiten und Unstimmigkeiten. Hier hat die Landesregierung im Verlauf der Pandemie nachgebessert, ein Prozessdiagramm zur Verfügung gestellt und die KRITIS-Liste aktualisiert. Eine Harmonisierung von KRITIS-Bestimmungen (und weiteren krisenbezogenen Einschränkungen, siehe Punkt 5) zwischen den Bundesländern ist vor allem für Logistikbetriebe und Betreiberinnen und Betreiber von Personentransporten relevant.

Um den globalen Gesundheitshandel auch über die Corona-Krise hinaus zu erleichtern, sollten alle WTO-Länder sich rasch auf ein WTO-Gesundheitsabkommen einigen (ähnlich SPS-Abkommen). Aus Sicht zahlreicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Gesundheitsorganisationen, z. B.

der WHO, ist der effektivste Weg, eine Pandemie wirksam einzudämmen, eine weltweite Impfkampagne. Die Aufhebung von Handelsbarrieren in Form nationaler Exportverbote für Impfstoffe, impfrelevanter Vorprodukte oder Produktionsausrüstung kann die Impfproduktion deutlich beschleunigen und die wünschenswerte, zeitnahe Versorgung von Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen.

Eine engagierte Handelspolitik der EU und der Bundesregierung für freien Handel, offene Märkte sowie WTO-konforme weltweite Wettbewerbsbedingungen sowie stabile Handelsbeziehungen innerhalb sowie außerhalb der EU-Nachbarschaft muss sichergestellt werden. Zudem ist für die hoch internationalisierte deutsche, insbesondere auch baden-württembergische Wirtschaft, der Schutz des Wettbewerbs wichtig. Für ein globales Level-Playing-Field ist ein stärkeres Einfordern von Reziprozität im Handelsbereich etwa mit Blick auf restriktive Handelspartner wie China zunehmend angemessen. Ziel sollte dabei der Abbau von Hemmnissen bleiben. Das Land kann darüber hinaus prüfen, inwiefern es regionale Abkommen zur Förderung von Wirtschaftstätigkeiten schließen kann.

Durch die Verschiebung geopolitischer Machtachsen – das wirtschaftliche Wachstum und Selbstbewusstsein Chinas, der Wettbewerb um den afrikanischen Kontinent oder die Tendenz der USA, sich gen Indopazifik auszurichten – justieren sich der Handel und die internationalen Beziehungen neu und die Unternehmen sind gezwungen, geopolitische Risiken in Gänze zu erfassen und in ihren Geschäftsstrategien zu berücksichtigen. Hierfür müssen Unternehmen deutlich mehr Ressourcen aufwenden, um Investitionsentscheidungen auf geopolitische Risiken zu überprüfen, Lieferketten zu diversifizieren und dabei wertegeleitet zu wirtschaften. Aus diesem Grund sollten Unternehmen, insbesondere KMU, unterstützt und Bürokratie abgebaut werden. So müssen sich im internationalen Kontext agierende Unternehmen an eine Vielzahl von Sorgfalts- und Dokumentationspflichten (z.B. im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes) halten. Es sollte daher z.B. eine Harmonisierung von Sorgfalts- und Dokumentationspflichten stattfinden, um unnötigen Mehraufwand zu vermeiden und den Unternehmen die Implementierung von Compliance-Maßnahmen zu erleichtern.

5. Systemrelevante Versorgung absichern

Es bedarf einer individuellen Definition von betriebskritischen Bereichen, Personen und Tätigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Abläufe innerhalb des Unternehmens und der Lieferkette beitragen. Dabei muss die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass mit zunehmender Dauer von Beschränkungen immer weitere Teile der Wirtschaft eine kritische Bedeutung für die öffentliche Versorgung erhalten – Autowerkstätten ebenso wie die Produktion von Hygieneartikeln oder auch diverse persönliche Dienstleistungen. Die Pandemie hat vor Augen geführt, wie intensiv die Liefer- und Wertschöpfungsketten verflochten sind.

Es müssen bundeseinheitliche Kriterien und Vorgaben zur Arbeitsquarantäne sowie bundeseinheitliche Flexibilisierungsoptionen zur Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit, Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen) geschaffen werden, um Personalengpässe zu vermeiden. Überregional tätige Unternehmen hatten keine zentrale Ansprechperson zur Verfügung und mussten mit verschiedenen Gesundheitsämtern in Kontakt treten und deren z.T. unterschiedlichen Handlungsempfehlungen berücksichtigen.

Es müssen Sonderregeln zur Aufrechterhaltung der Logistik- und Lieferketten etabliert werden. Ein positives Beispiel war die temporäre Aussetzung des Sonn- und Feiertagsfahrverbots.

Die komplizierten Normen zur öffentlichen Ausschreibung waren in der Krise zu langwierig. Wären sie konsequent umgesetzt worden, hätten Kundinnen und Kunden aus Deutschland zu lange auf die erste Lieferung von Schutzkleidung und Mundschutz warten müssen. Das System der öffentlichen Ausschreibung kam in der Krise auf den Prüfstand – eine Ausrichtung an KMU und Start-ups könnte das System verschlanken und Beschleunigen. Die Pläne der Landesregierung, Sonderregelungen für Vergaben an Start-ups einzuführen sind daher zu begrüßen und könnten ein passendes Vorbild sein.

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

6. Wirtschaftshilfen einfach und unbürokratisch gestalten, Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen

Wirtschaftshilfen müssen einfach und unbürokratisch beantragt und schnell ausgezahlt werden. Eine detaillierte Überprüfung erst nach Abschluss des Förderzeitraums (Schlussabrechnungen) hat eine schnelle Auszahlung zu Beginn der Krise erlaubt. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der Förderbedingungen an branchenspezifische Gegebenheiten sind zentral für eine passgenaue Unterstützung in Krisenzeiten. Hierzu sind die Wirtschaftshilfen regelmäßig zu evaluieren. Der Zeitpunkt der Antragstellung sollte nicht zu einem Nachteil durch geänderte Antragskonditionen führen – auch hier können Schlussabrechnungen hilfreich sein, um Korrekturen vorzunehmen, die Änderungen im Unterstützungsprogramm berücksichtigen.

Inhaltlich sind die Wirtschaftshilfen länderübergreifend abzustimmen und Bedürfnisse von Klein- und Kleinstunternehmen zu berücksichtigen. Die Einführung von ergänzenden Hilfsprogrammen seitens der Länder kann länderspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen – sie sollten sich jedoch auf die strukturell wichtigsten Wirtschaftsbereiche beschränken, um Doppelstrukturen und -förderungen zu vermeiden. Die Anrechnung von verschiedenen Förderprogrammen erhöht stark die Komplexität des Antragsverfahrens, vor allem über das Beihilferecht.

Die Krisenregelungen beim Kurzarbeitergeld müssen ebenfalls evaluiert und ggf. für zukünftige Krisen angepasst werden. Die Sonderregelungen trugen dazu bei, dass in Zeiten des Fachkräftemangels viele Mitarbeitende gehalten werden konnten. Als Dauerinstrument ist das Kurzarbeitergeld nicht geeignet, da es unter anderem notwendige Strukturanpassungen in Unternehmen verhindern kann.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Politik in Krisenzeiten die Liquidität der Unternehmen stärken und Investitionsanreize setzen muss. Dazu gehört auch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere das bewährte Kriseninstrument der Verlustverrechnung sollte weiter ausgebaut werden: Ein Verlustrücktrag sollte auf Steuerjahre ausgedehnt werden können, in denen noch Verrechnungspotential besteht (in Anbetracht der Krisenjahre entsprechend aktuell auf fünf Jahre). Ein Verlustvortrag sollte nicht durch die sogenannte Mindestbesteuerung behindert werden

7. Arbeits-, Gesundheits- und Infektionsschutz wirksam, bedarfsorientiert und flexibel gestalten

Unternehmen und Betriebe brauchen zur Pandemiebekämpfung ein Regelwerk, welches schlank, übersichtlich, für Kleinst- und Kleinbetriebe verständlich ist und auch von diesen so angewendet werden kann, dass betriebsspezifischen Besonderheiten hinreichend berücksichtigt werden können. Sie brauchen auch in Zukunft Unterstützung und keine Sanktionierung. Zur Sicherstellung der Praxisnähe sind Wirtschaftsverbände strategisch in die Krisenstäbe einzubinden (siehe Punkt 1).

Weiterhin ist ein Gleichlauf von Maßnahmen im allgemein-gesellschaftlichen und im betrieblichen Bereich erforderlich. Strengere Vorgaben im betrieblichen Bereich sind sowohl den Beschäftigten als auch den Betrieben nicht zu vermitteln und sind auch nicht angemessen.

Zudem sind eine bessere Kommunikation und ausreichend Ankündigungsfristen der zuständigen Ministerien erforderlich, so dass Betriebe bei der Umsetzung von Infektionsschutz- und Hygienekonzepten (z. B. Anforderungen aus sich ständig ändernden Arbeitsschutzverordnungen, Überprüfung der Gültigkeit von Impf-/Genesenenzertifikaten) besser planen und die Maßnahmen in den Betrieben praktikabel umsetzen können.

Der Datenschutz muss von Anfang an bei den Regelungen mitgedacht und – wenn erforderlich – müssen auch konkrete Ermächtigungsgrundlagen geschaffen werden.

Unternehmen sowie Betriebsärztinnen und Betriebsärzte müssen frühzeitig in Impfkampagnen eingebunden werden und benötigen ausreichend Impfstoff (keine Kontingentierung). Die Impfstoffmengen müssen planbar und verlässlich sein und es muss Transparenz über die Liefermengen (auch an die einzelnen Betriebe) und die Lieferwege hergestellt werden. Darüber hinaus muss auch zukünftig eine belastbare gesetzliche Grundlage für betriebsärztliches Impfen bestehen. Herausforderungen für KMU müssen zudem stärker berücksichtigt werden. Da landesweit nicht ausreichend Betriebsärztinnen und

Betriebsärzte flächendeckend vorhanden sind, sollte auch der Einbezug der Apotheken bei zukünftigen Pandemien stärker in Betracht gezogen werden.

8. Alle Bildungsbereiche stärken und krisenfest ausgestalten

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Bildungsbereiche wurden zum Teil noch nicht abschließend erhoben. Untersuchungen deuten jedoch auf nicht unerhebliche Lernrückstände und zumindest mittelfristig andauernde psychische Belastungen hin. Dies wird sich voraussichtlich auch in der Verfügbarkeit von qualifizierten und leistungsstarken Arbeitskräften in naher Zukunft niederschlagen. Die zukünftigen Studienergebnisse gilt es aufzubereiten und strategisch in das zukünftige Krisenmanagement einzubeziehen. Eine zentrale Fragstellung ist die Abwägung des (Gesundheits-)Schutzes in der Krise und den zu erwartenden langfristigen Auswirkungen der Schutzmaßnahmen. Das Ziel muss dabei sein, die Qualität der dualen Ausbildung nachhaltig zu sichern. Sie ist der zentrale Baustein zur langfristigen Fachkräftesicherung – ohne qualifizierte Beschäftigte, lassen sich weder im Alltag und schon gar nicht in Krisenzeiten angemessene Maßnahmen ergreifen.

Für Bildungseinrichtungen, überbetriebliche Lehrwerkstätten und Ausbildungsbetriebe sollten grundsätzlich einheitliche Regelungen gelten. Auch für die Durchführung von Prüfungen im Bereich der Beruflichen Bildung müssen Ausnahmeregelungen von Pandemie-Anordnungen erlassen werden, nicht nur für Schulen und Hochschulen. Die Regelungen zur Entgeltersatzleistung nach § 56 IfSG sollten grundsätzlich auch für Ausbildungsverhältnisse greifen.

Der noch laufende Digitalpakt Schule muss mit Hochdruck umgesetzt werden. Der Ansatz beim neuen Digitalpakt 2.0 mit einer tragfähigen Ausstattung und Infrastruktur für die Schulen, insbesondere auch für die Berufsschulen, muss verbessert werden. Dazu zählt auch die Schaffung von digitalen Kompetenzen an den Schulen, um diese Infrastruktur angemessen einzusetzen.

Um einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten zu können, müssen Schulen und Kitas besser vorbereitet werden, um mit den Herausforderungen zukünftiger Gesundheitskrisen besser umgehen zu können.

9. Versorgungsinfrastruktur in Deutschland stärken und ausbauen

Der Forschungs- und Produktionsstandort für Gesundheitsgüter muss gestärkt werden, um zukünftige Krisen besser bewältigen zu können, z.B. besserer Zugang zu Gesundheitsdaten im Rahmen des Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG) und kein generelles Verbot von per- und polyfluorierten Chemikalien (PFAS).

Um Zulassungsprozesse für dringend benötigte medizinische Güter unter Wahrung aller Qualitätssicherungen zu beschleunigen, sollte sich die Bundesregierung für eine stärkere gegenseitige (Teil-)Anerkennung von Zulassungsverfahren zwischen der EU und Partnerstaaten wie die USA einsetzen. Zudem sind pragmatische Lösungen bei der Umsetzung der EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) wichtig.

Die Attraktivität des hiesigen Produktionsstandortes für Gesundheitsgüter sollte systematisch gestärkt werden (u.a. Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren). Die Ansiedelungsstrategie des Landes sollte sich zwingend auch mit der Bindung systemrelevanter Unternehmen und forschender Unternehmen beschäftigten. Hier sollten die IHKs Partner und erster Ansprechpartner gegenüber ihren Mitgliedsunternehmen sein.

Auch ist hier zu erwähnen, dass die regionale Versorgungsinfrastruktur nicht losgelöst von den globalen Wertschöpfungsketten betrachtet werden kann, da eine vollständige Autarkie weder machbar noch wünschenswert ist (Stichwort De-Risking statt Decoupling, siehe auch Punkt 4). Aufgrund der komplexen Wertschöpfungsketten sehen wir eine allgemeine Stärkung der Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort als zielführend zur Verbesserung der Versorgungsinfrastruktur an. Dazu zählen nach Ergebnissen der IHK-Konjunkturumfrage unter anderem der Abbau von Bürokratie, wettbewerbsfähige

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Energiepreise, eine ausreichende Fachkräftedeckung. Ebenfalls sind ausreichende Flächenverfügbarkeiten zu berücksichtigen.

10. Intelligente Krisen- und Pandemieschutzkonzepte entwickeln

Bund und Länder müssen den nationalen Pandemieschutzplan auf Grundlage der auf europäischer Ebene getroffenen Maßnahmen von Tag 1 an anpassen und umsetzen und somit zu einem intelligenten Pandemieschutzkonzept für Wirtschaft und Bürger weiterentwickeln. Die Konzepte sollten auf einer verlässlichen Datengrundlage beruhen. Auf dieser Basis können schnell und zielgerichtet Maßnahmen ergriffen werden. Kennzahlen können in einer Pandemie unter anderem sein: eine Übersicht über die staatliche Bevorratung von Schutzkleidung, Kontakte zu den wichtigsten Akteuren, die von Maßnahmen betroffen wären und Daten zur Identifikation von Infektionsherden. Letztere sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage bei der Einschränkung von Grundrechten und Eingriffen in die unternehmerische Freiheit.

Ganzheitlich angelegte Konzepte, wie z. B. das Modell des „Sozial-raumorientierten Bevölkerungsschutzes“ des Deutschen Roten Kreuzes können für die zukünftige Pandemie- und Krisenbewältigung hilfreich sein. Eine kontinuierliche Fortschreibung und Kommunikation der Konzepte erleichtert es Unternehmen, mit entsprechenden innerbetrieblichen Krisenvorbereitungen anzuknüpfen.

Stuttgart, 01.09.2023

Christian O. Erbe
Präsident
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V.

Thomas Albiez
Hauptgeschäftsführer
Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg



Stellungnahme des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg zur Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Ökonomische Aspekte

Grundsätzlich besteht in der Politik sowie bei allen gesellschaftlich relevanten Organisationen, Gruppierungen, Verbänden etc. bis hin zu den einzelnen Bürgern und Verbrauchern in der großen Mehrheit Konsens darüber, dass nur eine nachhaltige Wirtschaftsweise auf die Dauer erfolgreich sein kann. Daher lassen sich die Herausforderungen der Zukunft nur mit nachhaltigen Wirtschaftssystemen bewältigen.

In der politischen und öffentlichen Diskussion wird Nachhaltigkeit jedoch an erster Stelle und oft auch ausschließlich mit „ökologisch verträglich“ gleichgesetzt. Auch die Sicherung von Arbeitsplätzen wird ins Feld geführt. Das Wirtschaftsteilnehmer bzw. Betriebe oder Unternehmen in erster Linie ökonomisch erfolgreich sein müssen, um überhaupt am Wirtschaftsgeschehen teilnehmen zu können und damit die von Politik und Gesellschaft geforderten Leistungen bezüglich Ökologie und der Sicherung von Arbeitsplätzen erbringen zu können, wird dahingehend meist nicht hinreichend, sozusagen als „conditio sine qua non“ gewürdigt.

Dies trifft insbesondere auch auf die landwirtschaftlichen Unternehmen hierzulande zu, die mit vielen Erwartungen der Gesellschaft konfrontiert sind.

Der Kern des Problems ist, dass diese Erwartungen, die wiederum in politische Vorgaben und Auflagen münden, mit den wirtschaftlichen Realitäten des Wettbewerbs in Einklang gebracht werden müssen.

Eine nachhaltige und gesicherte Eigenversorgung mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen ist ein wichtiger Faktor für die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland, aber auch in Europa und mehr noch in anderen Teilen der Welt. Insbesondere Corona, Kriege und Naturkatastrophen haben uns eindrücklich vor Augen geführt, dass die Preise für Nahrungsmittel regelrecht explodieren und Versorgungsengpässe auslösen können. Umso mehr ist eine eigene leistungsfähige Landwirtschaft entscheidend für die Ernährungssicherung, damit bezahlbare Lebensmittel mit hoher Qualität erzeugt werden können.

Trotz aller Wetterextreme ist Deutschland nach wie vor ein Gunststandort, was die Produktion von Lebensmitteln betrifft. Dieses Potential gilt es auszuschöpfen, d. h. die Herausforderungen des Klimawandels und der Biodiversität müssen intelligent mit einer hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmittelerzeugung verbunden werden.

Die baden-württembergischen Landwirte wollen und können ihren Teil dazu beitragen.

Um die Erfüllung dieser Aufgabe abzusichern, fordert der Landesbauernverband in Baden-Württemberg – ebenso wie der Deutsche Bauernverband – eine Ergänzung des Grundgesetzes im Artikel 20 a (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere) um die Ziele der Ernährungssicherung und des Klimaschutzes.

Des Weiteren brauchen wir eine deutliche Senkung des Flächenverbrauchs und einen grundsätzlichen Vorrang für den Erhalt produktiver Agrarflächen. Die Kommissionsvorschläge zur Naturwiederherstellung (NRL) und zu Verboten im Bereich des Pflanzenschutzes (SUR) stehen dem entgegen, da damit wertvolle landwirtschaftliche Flächen aus der Nahrungsmittelproduktion zu fallen drohen. Dies würde zu erheblichen Erzeugungslücken und Kostensteigerungen für Nahrungsmittel führen und wäre nicht mit der Aufrechterhaltung einer resilienten Ernährungssicherung zu vereinbaren.

Aus Sicht des Landesbauernverbandes muss daher – auch aus Wettbewerbsgründen – der vertragliche Natur- und Umweltschutz Vorrang vor Verboten und Auflagen haben. Ergänzend muss die EU-Handelspolitik endlich gewährleisten, dass höhere EU-Standards nicht durch Lebensmittelimporte mit deutlich niedrigeren Standards unterlaufen werden.

Unterstützend im Sinne einer nachhaltigen Produktion müssen die Rahmenbedingungen für die Nutzung neuer Züchtungstechnologien wie z. B. CRISPER/CAS offener werden – unter Wahrung der Patentfreiheit für die Erzeugung von Rohstoffen für die Nahrungsmittelerzeugung.

Von herausragender Bedeutung sind jedoch resiliente Lieferketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Diese umfassen sowohl die Urproduktion in der Landwirtschaft sowie die Verarbeitungsebene bis hin zum LEH, aber auch die vorgelagerte Ebene, also die Herstellung und der Vertrieb von Betriebsmitteln.

Die Chancen regionaler Wertschöpfungsketten liegen auf der Hand: die regionale Produktion hält die Wertschöpfung eher in der Region und ist auch weniger austauschbar – wenn sie als solche klar erkennbar ist. Ebenso vermindert die Verteilung des Bezuges von Vorprodukten wie z. B. von Energie, Pflanzenschutz- und Düngemitteln auf viele Lieferanten, eine Verringerung von Abhängigkeiten. Höhere Löhne und fehlendes Fachpersonal wirken sich jedoch zunehmend auch auf die Produktions- und Verarbeitungsebene aus.

Allerdings ergeben sich daraus auch ökonomische Konsequenzen bzw. Risiken. Regionale Wertschöpfungsketten produzieren in der Regel in kleineren Einheiten und auch der Bezug der Betriebsmittel von mehreren Lieferanten verteuern diese, da man die Nachfragemacht nicht auf wenige Vorlieferanten konzentrieren kann. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass solche Lieferketten zwar resilienter, aber das Endprodukt dafür tendenziell teurer ist. Regionale Wertschöpfungsketten bedeuten auch, dass nicht alle Produkte zu jeder Jahreszeit zur Verfügung stehen. Entscheidend ist daher, dass der Verbraucher regionale Produkte als solche erkennt und sie auch nachfragt.

Diese Entwicklung sehen wir aktuell auch in der übrigen Wirtschaft (z. B. auf dem Energiemarkt) oder auf dem Markt für Arzneimittel (in Deutschland produzierte Arzneimittel sind z. B. deutlich teurer als in Asien produzierte etc.).

Ein Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten wäre z. B. über regionale Einrichtungen, die eine Gemeinschaftsverpflegung anbieten, möglich.

Für den nachhaltigen Aufbau resilienter Wertschöpfungsketten im Nahrungsmittelbereich bedarf es eines Umdenkens und konzertierten Zusammenwirkens aller Beteiligten: Gefordert sind hier nicht nur die Politik, sondern insbesondere auch die Verbraucher, die gesellschaftlich relevanten Gruppen und ebenso die landwirtschaftlichen Unternehmer.

Ein konzertiertes Zusammenwirken ist vor allem dann erfolgreich wenn alle Akteure die gleichen oder zumindest gleichgerichteten Ziele haben. Wo aber sind die gleichgerichteten Interessen zwischen z. B. Gewerkschaften, Lebensmitteleinzelhandel, Verbrauchern und Landwirtschaft? Solange einerseits der Verbraucher prioritär günstig einkaufen will oder die Gewerkschaften möglichst hohe (Mindest)Löhne wollen oder der LEH möglichst hohe Margen beim Verkauf seiner Produkte erzielen will und die Landwirtschaft andererseits aber deutlich höhere Erzeugerpreise benötigt um wirtschaftlich über die Runden zu kommen, ist eine einheitliche Vorgehensweise schwierig.

Gerade deshalb kam es auch zur Bildung der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und der „Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft“ (ZKHL). Wir können nur versuchen im Dialog zusammen zu finden, den Blick für das Ganze zu schärfen und daraus Kompromisse abzuleiten die für alle tragfähig sind. Das ist zugegebenermaßen keine leichte Aufgabe.

Solange alle Produkte reichlich und günstig vorhanden sind machen sich z. B. die Verbraucher über deren Produktionsweise oder –kosten oft wenig Gedanken. Eine Sensibilisierung ist nur möglich, wenn sich der Verbraucher für Zusammenhänge interessiert. Also beispielsweise, dass Produkte die vor Ort produziert werden, aufgrund der höheren Auflagen/Standards in der Regel auch teurer sind, dass damit aber gleichzeitig regionale Kreisläufe und die regionale Landwirtschaft unterstützt werden.

Des Weiteren liegt es auf der Hand, dass dies global gesehen, dem Umwelt-, Natur-, Tier- und Klimaschutz weit mehr dient, als wenn wir Produkte importieren, die unter weit geringeren Standards hergestellt und über tausende von Kilometern erst ins Land gebracht werden müssen. Pro Nahrungsmitteleinheit haben wir in Baden-Württemberg zudem einen der niedrigsten ökologischen Fußabdrücke weltweit. Es reicht aber nicht nur die Leute dafür zu sensibilisieren, sondern diese Erkenntnisse müssen sich auch im Kaufverhalten niederschlagen und die Landwirtschaft, d. h. die Erzeuger, müssen einen adäquaten Anteil in der Wertschöpfungskette erhalten.

Die größte Herausforderung ist nicht, dass die Erzeuger hierzulande nicht saisonal, regional oder möglichst klimaneutral produzieren können. Das Problem ist, dass eine saisonale, regionale und klimaschonende Produktion einen entsprechend höheren Aufwand und damit entsprechend höhere Kosten bedingt. Eine solche Entwicklung kann nur Hand in Hand gehen. D. h. kein Landwirt wird z. B. in neue Ställe im siebenstelligem Eurobereich investieren, solange er nicht eine gewisse Planungssicherheit hat. Alleine von Bekundungen der Politik und der Verbraucher, dass man saisonale, regionale und möglichst klimaneutrale Produkte will, kann kein Landwirt und übrigens auch kein anderer Unternehmer leben.

Insofern muss also die Erzeugung entsprechend der Nachfrage ausgebaut werden. Das wird nur gelingen, wenn überall ein Umdenken dergestalt stattfindet, dass das große Ganze in seinem Zusammenhang gesehen wird.

Als Paradebeispiel für die Notwendigkeit einer primär marktgetriebenen und nicht politisch orientierten Nachfrage kann der aktuelle Markt für Ökoprodukte dienen. Die produktionsbedingt höheren Preise für Bioprodukte haben zu einer merklichen Kaufzurückhaltung auf der Verbraucherseite geführt.

Generell für die landwirtschaftliche Produktion gilt, dass höhere Produktionskosten aufgrund höherer Auflagen gegenüber den Wettbewerbern die heimische Land- und Agrarwirtschaft grundsätzlich schwächen. Dies führt dazu, dass unsere Betriebe im Wettbewerb nicht mehr mithalten können und die Produkte dann verstärkt importiert werden müssen. Dem Umwelt-, Natur- und Tierschutz wird dadurch ein Bärendienst erwiesen, da die diesbezüglichen Standards – wie bereits mehrfach betont – hier meistens deutlich höher sind als in vielen EU-Ländern, ganz zu schweigen von Importen aus Drittstaaten.

Es liegt auf der Hand, dass eine Erhöhung des Importanteils auch zu höheren Abhängigkeiten gegenüber dem Ausland führt. Vor allem in Krisenzeiten kann sich dies enorm negativ auf die Versorgung auswirken.

Ein Nachteil im Wettbewerb ist ohne Frage die relativ geringe Größe unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe in Baden-Württemberg. Umso mehr gilt es die Marktmacht auf Erzeugerebene zu stärken. An der Bündelung auf der Produktionsebene zur Stärkung ebendieser Marktmacht haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften einen nicht unerheblichen Anteil. Dies gilt es weiter auszubauen.

Als Fazit für den Aufbau einer krisenfesten Landwirtschaft kommt der Landesbauernverband in Baden-Württemberg zu der Schlussfolgerung, dass alles daran gesetzt werden muss, die heimische Landwirtschaft auf allen Ebenen zu unterstützen, damit sie ihre primäre Aufgabe, nämlich die Produktion regionaler und hochqualitativer Nahrungsmittel erfüllen kann.

Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischen Auflagen, um den landwirtschaftlichen Unternehmern auch die Flexibilität zu ermöglichen, die sie für eine eigenverantwortliche, nachhaltige Produktion benötigen. Eine Entlastung ist hier dringend notwendig, da die Betriebsleiter in vielen Bereichen nicht nach Terminkalender arbeiten können, sondern von der Witterung abhängig sind.

Zu der weiter oben eingeforderten Planungssicherheit gehört unabdingbar auch der Schutz des Eigentums. Leider müssen wir feststellen, dass durch zahlreiche Vorschriften dieser Schutz unter dem Deckmantel der Sozialpflichtigkeit immer weiter ausgehöhlt wird. Nur wenn das Eigentum entsprechend geschützt wird, sind Unternehmer auch bereit, ihr persönliches Eigentum in den Dienst für die Allgemeinheit einzubringen.

Stuttgart, 15.11.2023

Ansprechpartner

Landesbauernverband in Baden-Württemberg e. V.
Bopserstraße 17
70180 Stuttgart

Marco Eberle
Hauptgeschäftsführer
Tel. 0711-2140-120
Mail: marco.eberle@lbv-bw.de

Horst Wenk
stv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0711-2140-126
Mail: horst.wenk@lbv-bw.de

Sparkassenverband Baden-Württemberg

September 2023

Stellungnahme zur Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft
Handlungsfeld 4 – Ökonomische Aspekte von Krisen

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) fördert das öffentliche Sparkassenwesen und die Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und koordiniert vielfältige Aktivitäten. Er stärkt somit die Position der baden-württembergischen Sparkassen als Dienstleister für ihre Kundinnen und Kunden und verbessert gemeinsam mit ihnen das Service- und Produktangebot. Der SVBW unterstützt die Sparkassen bei der Ausrichtung auf veränderte Rahmenbedingungen und ermöglicht den gemeinschaftlichen öffentlichen Auftritt mit den Verbundunternehmen. Er bietet weiterhin ein umfangreiches Aus- und Fortbildungsprogramm für Sparkassenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der baden-württembergischen Sparkassenakademie. Außerdem prüft der Verband die baden-württembergischen Sparkassen und ihre Tochtergesellschaften über seine Prüfungsstelle. Der SVBW übernimmt also Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft der Region gleichermaßen. Ferner berät der Verband die Rechtsaufsichtsbehörden der Sparkassen und steht in engem Kontakt zum Landtag, der Landesregierung von Baden-Württemberg und den zuständigen Ministerien sowie zu anderen Verbänden und Institutionen. Der SVBW unterhält zur Klärung und Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedssparkassen und deren Kunden eine Schlichtungsstelle.

In Deutschland hat sich ein dreigliedriges Bankensystem bestehend aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken bewährt. Sparkassen stellen gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken aufgrund ihrer regionalen Präsenz und ihrer hohen Vor-Ort-Expertise die Grundversorgung breiter Bevölkerungskreise und des Mittelstands mit Finanzmitteln sicher.

Derzeit gibt es 50 Sparkassen in Baden-Württemberg, deren Bilanzsummen zwischen 500 Millionen und 15 Milliarden Euro liegen. Gemäß aktuellen Erhebungen ist über die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung Kunde der Sparkassen. Knapp die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs unterhält ihre/ seine Hauptbankverbindung bei einer Sparkasse. Damit sind die Sparkassen Marktführer im Privatkundengeschäft in Baden-Württemberg. Aber auch im Firmenkundengeschäft sind Sparkassen in Baden-Württemberg Marktführer. Deutlich über die Hälfte der Unternehmen in Baden-Württemberg unterhält eine Bankverbindung zu einer Sparkasse. Dies zeigt, dass Sparkassen eine Schlüsselstellung bei der flächendeckenden Versorgung mit Finanzdienstleistungen zukommt. Sie treffen ihre unternehmerischen Entscheidungen eigenverantwortlich mit dem Ziel, die langfristige Leistungsfähigkeit zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags als flächendeckender Allfinanzanbieter für alle Bevölkerungskreise und wichtigster Kreditversorger des Mittelstands zu sichern.

Dass Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag gerade auch in herausfordernden Zeiten gerecht werden, hat sich in der Vergangenheit wiederholt gezeigt.

Trotz aller Probleme in der Finanzkrise 2008/09 hat das Finanzsystem in Deutschland und Baden-Württemberg eine hohe Resilienz gezeigt. Denn die Kreditversorgung der Realwirtschaft war trotz vielfältiger Probleme gewährleistet. Dies ist vor allem den Sparkassen zu verdanken. Sparkassen haben gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken eine Kreditklemme verhindert und so stabilisierend in der Finanzkrise gewirkt.
Während in der Hochphase der Krise (Ende 2007-2010) etliche Banken (Auslandsbanken -1,2 Milliarden Euro/ -3 % auf 37 Milliarden Euro und Großbanken -15,2 Milliarden Euro/ -8 % auf 169 Milliarden Euro) ihre Kredite an Unternehmen und Selbstständige in Deutschland abgebaut haben, haben Sparkassen (+33,3 Milliarden Euro/ +12 % auf 317 Milliarden Euro) die Kredite an Unternehmen und Selbstständige ausgebaut. Allein die Sparkassen in Baden-Württemberg haben ihre Kredite an Unternehmen und Selbstständige von Ende 2007 bis 2010 um 5 Milliarden Euro bzw. 12 % auf 45,9 Milliarden Euro erhöht.

Auch im Privatkundengeschäft haben Sparkassen in Baden-Württemberg ihre Geschäftspolitik während der Krise nicht verändert. Im Gegenteil, durch das solide Geschäftsmodell, die hohe Sicherheit durch die Institutssicherung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe, langjährige Kundenbeziehungen und dem damit verbundenen Kundenvertrauen sind die Kundeneinlagen bei den Sparkassen in Baden-Württemberg in der Hochphase der Krise von Ende 2007 bis 2010 um 11 Milliarden Euro auf 111 Milliarden Euro gestiegen. Die Kundinnen und Kunden können darauf vertrauen, dass ihre Einlagen bei den Sparkassen sicher sind. In der Vergangenheit hat noch keine Kundin oder Kunde bei einer Sparkasse auch nur einen Cent ihres/ seines Geldes verloren.

Auch in der Corona-Pandemie haben Sparkassen ihre Kundinnen und Kunden durch die Krise begleitet. Vom ersten Tag der Pandemie sind Sparkassen voll handlungsfähig geblieben und haben die Bargeldversorgung, das Online-Banking sowie die Liquiditätssicherung des Mittelstands und der Wirtschaft insgesamt vollumfänglich garantiert.
In vielen zehntausend Beratungsgesprächen, die sowohl in den Filialen als auch digital stattfanden, haben die Sparkassen mit ihren Kundinnen und Kunden Lösungen für finanzielle Engpässe gesucht und gefunden. Neben der Aussetzung von Ratenzahlungen handelte es sich hierbei in erster Linie um neue Kredite, Überbrückungsgelder und natürlich die Zuschuss- und Förderkreditangebote aus den Programmen der staatlichen Förderbank KfW sowie der landeseigenen L-Bank und der Bürgschaftsbank.
Die Kreditzusagen an Unternehmen und Selbstständige wurden im 1. Halbjahr 2020 in der Hochphase der Pandemie mit insgesamt 8,1 Milliarden Euro in kürzester Zeit deutlich ausgeweitet (Vorjahreszeitraum: 6,7 Milliarden Euro).

Insgesamt haben die Sparkassen in der Corona-Krise zehntausende Kredite gestundet mit in der Spitze bis zu 1,7 Milliarden Euro. Gemeinsam mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) wurden seit März 2020 fast 10.000 coronabedingte Förderkredite mit einem Volumen von 2,4 Milliarden Euro durch die Sparkassen in Baden-Württemberg vermittelt.
Sparkassen wurden somit ihrer Verantwortung als Marktführer in dieser besonders herausfordernden Zeit gerecht, denn nur mit ihnen konnten die Hilfen des Landes und des Bundes überhaupt erst ihre Adressaten vor allem im Mittelstand und bei den Selbständigen erreichen.

Zählt man die Landesbanken hinzu, sind die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute mit 50 Prozent am Steueraufkommen des Kreditgewerbes beteiligt. Auch damit tragen sie dazu bei, den Wohlstand der Menschen und Unternehmen in Deutschland nachhaltig zu stärken und die Lebensqualität zu verbessern. Die baden-württembergischen Sparkassen haben allein in den letzten fünf Jahren gewinnabhängige Steuern in Höhe von deutlich über 2 Milliarden Euro bezahlt.

Weitere Aspekte, die die Bedeutung der Sparkassen als Stabilisator gerade auch in Krisenzeiten zeigen, sind ihre Rollen als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft und insbesondere für das Handwerk und als gesellschaftlicher Förderer vor Ort durch Spenden und Sponsoring. Sparkassen sind eine unerlässliche Stütze des gesellschaftlichen Engagements: Dazu gehören Sportvereine, Theater und Chöre ebenso wie Schulen und Hochschulen, soziale Projekte und der Umweltschutz. Sie sind der größte nichtstaatliche Sport- sowie Kunst- und Kulturförderer. Das Volumen der Förderleistungen (Spenden, Stiftungsausschüttungen, Sponsoring etc.) betrug 2022 insgesamt über 61 Millionen Euro; davon flossen fast 38 Millionen Euro in kulturelle und soziale Projekte. Damit leisten die baden-württembergischen Sparkassen weiterhin einen großen Beitrag für das kulturelle und soziale Leben in der Region.

Bei den großen Flüchtlingswellen 2015/16 wie auch 2022 infolge des Ukraine-Kriegs haben Sparkassen gezeigt, dass sie der erste Ansprechpartner sind, wenn es um Girokonten und die Bargeldversorgung geht. Allein die Sparkassen in Baden-Württemberg haben innerhalb kürzester Zeit mehrere zehntausend Flüchtlinge mit Girokonten versorgt. Damit stellen die Sparkassen den Großteil der Konten für Geflüchtete und Bedürftige zur Verfügung. Darüber hinaus haben die Sparkassen in Baden-Württemberg für kommunale oder private Initiativen rund um die Flüchtlingshilfe gespendet - sowohl für Projekte in Baden-Württemberg als auch für Hilfe vor Ort. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Sparkassenorganisation haben sich zudem ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert.

Eine weitere Herausforderung stellt die Digitalisierung dar. Im Zuge dessen ändern sich die Bedürfnisse und das Verhalten der Kundinnen und Kunden. Während die Kundennachfrage nach digitalen Zugangswegen bzw. Dienstleistungen erheblich zunimmt, sinkt die Kundenfrequenz in klassischen Filialen seit Jahren. Dieser Herausforderung stellen sich die Sparkassen erfolgreich. Sie bieten auf der einen Seite digitale Angebote an und verbessern mit dem Ausbau des Online-Bankings und mobiler Bankdienstleistungen über Apps das Serviceangebot für die Kundinnen und Kunden. Auf der anderen Seite sind und bleiben Sparkassen mit ihren Filialen vor Ort in der Fläche präsent und sichern so die flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen. In Baden-Württemberg verfügen die Sparkassen über 1.859 Geschäftsstellen.

Des Weiteren stellt die ökologische Transformation der Wirtschaft unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Sie benötigt enorme Investitionen, die ohne Sparkassen nicht zu stemmen sind. Allerdings belasten die umfangreichen und hochkomplexen Berichtspflichten und Vorgaben in der Taxonomie-Verordnung die Unternehmen massiv. Gerade für den Mittelstand in Baden-Württemberg und seine Hauptkreditgeber wie Sparkassen mit teilweise bis zu 50 Prozent Marktanteil in der Mittelstandsfinanzierung wird die Transformation so zu einem kaum mehr zu stemmenden bürokratischen Kraftakt, der sie im Wettbewerb auch benachteiligt und ungleich stärker belastet als große Unternehmen. Ohne die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Rückgrat der Wirtschaft in Baden-Württemberg bilden und ihre verlässliche Kreditfinanzierung durch kleine und mittlere Kreditinstitute wie Sparkassen wird es aber auf der anderen Seite keine erfolgreiche Transformation im Land geben können.

Jüngst hat das Südwest-Konsortium unter Beteiligung der Mehrheit der Sparkassen in Baden-Württemberg und der SV SparkassenVersicherung Anteile am Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW erworben. So können erhebliche Investitionen in den Ausbau des deutschen Übertragungsnetzes fließen, der für eine erfolgreiche Energiewende essentiell ist. Als größte Kapitalsammelstelle des Landes, der über die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner in Baden-Württemberg ihr Geld anvertrauen, werden Sparkassen ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

All diese Beispiele zeigen, dass die Finanzwirtschaft für die Wirtschaft und Gesellschaft systemrelevant ist. Sparkassen nehmen mit ihrem öffentlichen Auftrag eine besondere Rolle ein und fungieren in Krisen als Stabilitätsanker. Sparkassen müssen daher zwingend funktionsfähig bleiben, um ihrer Rolle auch in Zukunft gerecht werden zu können. Dafür bedarf es jedoch gewisser Rahmenbedingungen.

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise wurden zahlreiche Regulierungsmaßnahmen ergriffen, die den europäischen Bankenmarkt stabilisieren und damit ein erneutes

Aufflammen der Bankenkrise verhindern sollten. Der Grundgedanke nach mehr Stabilität unter europäischen Banken ist nachvollziehbar und richtig. Eine zielgerichtete Regulierung muss dabei aber auch der Vielfalt des europäischen Finanzsektors Rechnung tragen. Dies geschieht allerdings bislang nur unzureichend. So werden kleinere und mittlere Institute mit einem regional ausgerichteten und vergleichsweise risikoarmen Geschäftsmodell - wie Sparkassen - häufig der gleichen Regulierung unterworfen wie global aufgestellte Großbanken. Und dies, obwohl Sparkassen nicht Verursacher der Finanzkrise 2007 waren und auch bei den Anfang 2023 aufgetretenen Verwerfungen am US-Bankenmarkt nicht beteiligt waren. Vielmehr sind es die Sparkassen, die während der Krisen der letzten Jahre durch die Ausweitung ihres Kreditengagements eine Kreditklemme verhindert haben und den Sparern sichere Anlagemöglichkeiten geboten haben. Die bisherige Regulierung belastet daher kleine und mittlere Institute unverhältnismäßig stark. Insbesondere die umfangreichen Melde- und Dokumentationspflichten stellen eine zunehmende Herausforderung für diese Institute dar. Dies führt zu einem steigenden Personal-, IT- und Kostenaufwand, der durch seinen starken Fixkostencharakter besonders kleinere Institute unverhältnismäßig stark belastet.

Um der Vielfalt des europäischen Bankensektors und damit auch der Größe der europäischen Banken Rechnung zu tragen, ist eine konsequente proportionale Ausgestaltung des Regelwerks erforderlich. Die Einführung einer wirklichen „Small and Simple Banking Box“ würde zu einer deutlichen Entlastung kleinerer und mittlerer Institute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken führen. Konkret sollten Erleichterungen für kleine, nicht komplexe Institute als Standardprozess bei neuen Regulierungsvorhaben etabliert werden. Bei jeder neuen Vorgabe sollte eine am Proportionalitätsgrundsatz ausgerichtete Version mitgeliefert werden, die vor allem den durch die Regulierung verursachten Aufwand reduziert, ohne dabei die Finanzstabilität zu gefährden.
Bei bereits bestehenden Regulierungsanforderungen bedarf es unter anderem deutlicher Erleichterungen im Meldewesen. Wichtig sind auch Erleichterungen beim aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process - SREP) und der Eigenmittelzielkennziffer. Diese Eigenmittelzuschläge sind von Ermessensspielräumen geprägt mit der Folge, dass die hieran anknüpfenden Eigenkapitalanforderungen oft intransparent und in ihrer Höhe schwer nachvollziehbar sind. Vor diesem Hintergrund sollte geprüft werden, kleine, nicht komplexe Institute vom SREP ebenso wie von der Eigenmittelzielkennziffer auszunehmen.

Im Zentrum der nach der Finanzkrise erfolgten grundlegenden Reform des Finanzmarktsystems steht Basel III als ein weltweit geltendes System, das durch die Eigenkapitalverordnung (CRR) und der Eigenkapitalrichtlinie (CRD) in europäisches Recht und die Richtlinie wiederum in deutsches Recht umgesetzt wurde. Mit diesem Regelwerk wurden die Eigenkapitalvorgaben deutlich erhöht. Die schon unter Basel II erforderliche Grundausstattung von 8 % Eigenkapital wurde verschärft, so dass die baden-württembergischen Sparkassen heute eine Eigenkapitalanforderung von knapp 13% erfüllen müssen. U.a. wurde die Quote für das harte Kernkapital von ursprünglich 2 % bis 2019 auf 4,5 % angehoben. Hinzu kommen Puffer, wie z.B. der Kapitalerhaltungspuffer oder ein antizyklischer Kapitalpuffer.
Darüber hinaus wird im aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP) beurteilt, ob Geschäftsmodell, Unternehmensführung, Kapitalausstattung und Liquidität einer Bank über den gesetzlichen Standard hinausgehende Kapitalaufschläge erfordern. Im Zuge des Bankenpakets der EU, das voraussichtlich Ende dieses Jahres/ Anfang nächsten Jahres seinen Abschluss finden wird, zeichnet sich ab, dass der Eigenkapitalbedarf der Sparkassen weiter steigen wird. Proberechnungen zeigen, dass dieser im Durchschnitt der Institute bis zu 7 Prozent höher ausfallen wird.
Immer höhere Eigenkapitalanforderungen und steigende Eigenkapitalbedarfe gilt es bei Sparkassen mit einem vergleichsweise risikoarmen Geschäftsmodell unbedingt zu vermeiden, da dies die Kreditvergabe deutlich verteuern und damit einschränken wird.

In der Vergangenheit wurden wiederholt Stimmen zu einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa laut. Die EU-Kommission hat hierzu auch einen Vorschlag vorgelegt. Die Sparkassen-Finanzgruppe als auch die Bundesregierung sowie der baden-württembergische Landtag und die Landesregierung lehnen dies ab. Die zurückgelegten Mittel für die Absicherung der Sparerinnen und Sparer in Baden-Württemberg und Deutschland dürfen nicht als Haftungsmasse für in Schieflage geratene Banken in anderen Ländern zweckentfremdet werden. Das würde in Baden-Württemberg bzw. in Deutschland das große Vertrauen der Menschen und Unternehmen in die Sicherheit der Ersparnisse untergraben und die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an den Mittelstand schwächen.
Die hohe Sicherheit der Spargelder und die Leistungsfähigkeit der regional ausgerichteten kleineren und mittleren Kreditinstitute in Deutschland sind ein tragendes Element unserer erfolgreichen mittelständischen Wirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind zur Finanzierung von Investitionen, Arbeitsplätzen und Wachstum auf Kredite angewiesen, die ihre Hauptkreditgeber, die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, vor Ort über Kundeneinlagen refinanzieren. Ohne eine hohe Sicherheit der Ersparnisse können stabile mittelständisch geprägte Wirtschafts- und Finanzierungskreisläufe, wie wir sie flächendeckend haben, nicht funktionieren.

Auch kritisch zu betrachten sind die jüngst vorgestellten Vorschläge der EU-Kommission zur Reform der Bankenabwicklung und Einlagensicherung. Sie bedrohen die bestehenden gut funktionierenden Institutssicherungssysteme von Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Schnelle und pragmatische Stabilisierungsmaßnahmen zur Abwendung eines Problemfalls wären so künftig nicht mehr wie bisher möglich. Zudem dürften die Vorschläge nicht dazu genutzt werden, eine europäische Einlagensicherung durch die Hintertür einzubringen.

Transparency International Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44 | 10119 Berlin

Herrn Alexander Salomon MdL
Vorsitzender der Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“
Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Siegfried Gergs & Prof. Dr. Dr. Jürgen Louis
Regionalgruppenleitung Baden-Württemberg
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
10119 Berlin
Tel.: +49 30 549898-0
E-Mail: rg-bw@transparency.de
www.transparency.de

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft
Drucksache 17/1816 vom 07.02.2022
hier: Stellungnahme von Transparency International Deutschland e.V.

Stuttgart, den 5. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon,
Sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission,

die Regionalgruppe Baden-Württemberg ist eingeladen, zu den Themenfeldern aus dem der Arbeit der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zugrundeliegenden Einsetzungsbeschluss (Drucksache 17/1816 vom 07.02.2022) Stellung zu nehmen. Hierfür bedanken wir uns. Gerne geben wir unsere Einschätzung dazu ab, welche Maßnahmen notwendig sind, um das baden-württembergische Gemeinwesen resilienter und krisenfester zu gestalten:

Grundsätzliches

Wir sind davon überzeugt, dass die Korruptionsverhütung ein zentraler Baustein ist, um die Resilienz der Gesellschaft zu stärken. Denn Korruption führt u.a. zu Machtmissbrauch, Betrug und der Fehlallokation von Mitteln, wodurch Krisen nicht effektiv bekämpft werden können.

In der Zukunft müssen wie mit Krisen rechnen, die sich heute bereits abzeichnen – wie beispielsweise die Klimakrise oder geopolitische Krisen – und vor allem mit Krisen, die uns unerwartet herausfordern werden. Politische Entscheidungsträgerinnen und –träger auf Bundes- und Landesebene stehen dann immer wieder vor der Herausforderung, oft unter großem Zeitdruck, Ungewissheit und erheblich gestiegener Arbeitsbelastung weitreichende Entscheidungen zu treffen. In Krisenzeiten müssen diese Entscheidungen gleichzeitig besonders nachvollziehbar und transparent sein, damit die Bevölkerung die weitreichenden Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens mitträgt. Sonst gerät die Integrität politischer Prozesse und somit auch das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System in Gefahr.

Krisensituationen ist die Gefahr immanent, dass Akteure aus Wirtschaft und Politik die Lage ausnutzen, um sich persönlich zu bereichern (wie z.B. bei der "Maskenaffäre" und dem Betrug mit fiktiven Testzentren während der Corona-Pandemie). Die verschwendeten öffentlichen Gelder fehlen dann bei der Bekämpfung der Krise. Die besten Ideen für die Krisenbewältigung nützen am Ende nichts, wenn die Finanzmittel für deren Umsetzung erschöpft sind.

Wir geraten immer wieder in einem krisenbedingten Ausnahmezustand, der es notwendig macht, Standardprozesse zu verlassen, und verschlankte Entscheidungswege erfordert. Einige potentiell ohnehin besonders korruptionsanfällige Bereiche, wie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel und das Gesundheitswesen, werden dann einem Stresstest unterzogen. Der Abbau von Bürokratie darf nicht dazu führen, dass der Staat die Kontrolle darüber verliert, wie öffentliche Gelder verwendet werden.

Trotz allen Handlungsdrucks sollten Korruptionsrisiken im Kontext einer Gefahr möglichst wirksam bekämpft werden. Um in dieser Situation systemischen Fehlentwicklungen und Machtmissbrauch vorzubeugen, muss an kritischen Stellen die Integrität des Systems durch Transparenz, Kontrolle und Rechenschaft gesichert werden.

Transparency Deutschland hat für die im Einsetzungsbeschluss genannten vier Handlungsfelder im Einzelnen Empfehlungen entwickelt, die geeignet sind, unser Gemeinwesen krisenfester aufzustellen:

I. Gesundheitsvorsorge

In der Krise wächst der Druck auf die Ressourcen des Gesundheitswesens enorm, gleichzeitig fließt viel Geld in das System. Anlässlich der Corona-Pandemie wurde weltweit so viel Geld in das Gesundheitssystem gepumpt wie nie zuvor.

Einerseits sollten Unternehmen zügig Geräte, Schutzausrüstung und Medikamente für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellen; aus diesem Grund mussten politische Entscheidungsträgerinnen und -träger unter Zeitdruck über notwendige Maßnahmen im komplexen Gesundheitsbereich entscheiden.

Rasch verabschiedete Maßnahmenpakete und mangelnde Transparenz bergen Risiken einseitiger Einflussnahme durch einflussreiche Lobbyorganisationen. Dies kann zu unberechtigten Subventionen oder mangelnder Sorgfalt bei der Bestellung und Vergabe von Waren und Aufträgen führen.

Vor diesem Hintergrund schlägt Transparency Deutschland vor:

1. Transparenz bei der Verteilung von Geldern

Es sollen klare, transparente Kriterien für die Förderung von Forschung beziehungsweise Entwicklung und Herstellung von medizinischen Produkten entwickelt und veröffentlicht werden. Darüber hinaus muss eine effektive Kontrolle stattfinden, ob die bereitgestellten Mittel ordnungsgemäß verwendet werden.

2. Transparenz bei klinischen Studien und fairer Zugang zu Medikamenten

Die Entwicklung eines Medikaments muss eine transparente und gemeinschaftliche Anstrengung sein, kein geheimer Wettbewerb. Wir begrüßen, dass die Forschung zum Impfstoff gegen das Corona-Virus zuletzt immer offener, transparenter und kollaborativer geworden ist. Forschungsergebnisse und klinische Studien müssen vollständig transparent und für alle im Deutschen Register Klinischer Studien (DRKS) zugänglich gemacht werden.

Transparency International Deutschland e.V.
Tel. +49 30 549898-0 | Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
Webseite: www.transparency.de

Vorsitzender: Alexandra Herzog
Stellvertretend: Margarete Bause,
Carel Carlowitz Mohn
Geschäftsführerin: Dr. Anna-Maija Mertens

Jetzt spenden!
IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00
BIC: GENODEM1GLS
Vereinsregister Berlin: 16181

TRANSPARENCY INTERNATIONAL Deutschland e.V.
Die Koalition gegen Korruption.

3. Offenlegung möglicher Interessenkonflikte

Die Interessen der für die Entscheidungsfindung der herangezogenen Expertinnen und Experten aus dem Gesundheits- und Wissenschaftsbereich müssen durch öffentlich zugängliche Interessenregister dargelegt werden, um die Unabhängigkeit von Empfehlungen nachvollziehen zu können. Bei der Schweinegrippe-Pandemie waren wissenschaftliche Beraterinnen und Berater der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gleichzeitig für Pharmafirmen tätig, die an der Pandemie verdient haben. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, müssen Beraterinnen und Berater der WHO mittlerweile ihre Einnahmen und Verbindungen offenlegen.

4. Transparente Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft müssen transparent sein, um die Unabhängigkeit der Forschung beurteilen zu können. Nur damit kann unterschieden werden, was im Interesse der Auftraggeber und was im Interesse der Allgemeinheit erforscht wird.

5. Transparentes Beschaffungswesen

Die Vergabe im Gesundheitsbereich generell muss einheitlich und transparent geregelt sein, um freie und faire Prozesse zu sichern und Preismanipulation, Absprachen und Gefälligkeiten zu Lasten des Gemeinwohls und der anderen Wettbewerbsteilnehmer zu vermeiden. Auch in Krisenzeiten muss der Wettbewerb aufrechterhalten werde. Das sind wir den Unternehmen, die sonst nicht zum Zuge kommen, schuldig.

II. Staatliche Krisenvorsorge Früherkennung und Bekämpfung von Krisen unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Um „eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen“ (Ziffer 2f des Einsetzungsbeschlusses), verweisen wir auf die folgende Ziffer III.

III. Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Im Einsetzungsbeschluss ist davon die Rede, dass „Neben der Kompetenz, mit Veränderungen umzugehen, der niedrigschwellige Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Informationen […] aufzubauen ist.“

In der Tat wäre im Lauf der Corona-Pandemie die unmittelbare, proaktive Veröffentlichung von Corona-bezogenen Dokumenten ein positives Signal gewesen, um Verwaltungshandeln transparenter und bürgernäher zu machen und das Vertrauen in getroffene Entscheidungen zu stärken. Die durch den Lockdown forcierte und im Konjunkturprogramm sehr gezielt geförderte Digitalisierung muss jetzt weiterentwickelt werden. Die digitale Technik kann durch Effizienz- und Transparenzgewinne zu einem Verbündeten sowohl der Bürgerschaft als auch ihrer Verwaltung werden.

Transparency International Deutschland e.V.
Tel. +49 30 549898-0 | Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
Webseite: www.transparency.de

Vorsitzender: Alexandra Herzog
Stellvertretend: Margarete Bause,
Carel Carlowitz Mohn
Geschäftsführerin: Dr. Anna-Maija Mertens

Jetzt spenden!
IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00
BIC: GENODEM1GLS
Vereinsregister Berlin: 16181

Mit dieser weiteren Digitalisierung der Verwaltung soll der Aufbau eines Transparenzportals Hand in Hand gehen. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) soll zu einem Transparenzgesetz weiterentwickelt werden. Dafür setzt sich Transparency Deutschland seit vielen Jahren ein.

IV. Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Nutzung ihrer Potentiale zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Im Einsetzungsbeschluss steht in der Einleitung zu Ziffer 4: „Die globale Dimension der Pandemie verdeutlichte, wie vernetzt moderne Gesellschaften sind und wie grundlegend Kontinente überspannende Kausalketten als Merkmal einer globalisierten Welt gesundheitliche, ökonomische – aber auch ökologische – Risiken nach sich ziehen." Diese Risiken werden u.a. durch Interessenkonflikte, Missbrauch öffentlicher Ressourcen, bevorzugte Informationen und Lobbyismus verursacht. Die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegen diese Formen der modernen Korruption soll gestärkt werden. Korruption schwächt die Wirtschaft, weil die damit einhergehende Wettbewerbsverzerrung nicht nur zu schlechter Qualität und überhöhten Preisen, sondern auch zur Benachteiligung vieler, nicht beteiligter Unternehmen führt. Um den Wettbewerb aufrecht zu erhalten, dürfen Politiker nicht nur einzelnen wenigen Unternehmen Aufträge verschaffen.

Transparency Deutschland fordert daher erweiterte Offenlegungspflichten für die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg entsprechend dem auf Bundesebene seit dem 19.10.2021 geltenden Abgeordnetengesetz. Um das Vertrauen in die repräsentative Demokratie zu stärken und die Integrität des Mandats zu gewährleisten, müssen Abgeordnete frei von Interessenkonflikten sein, die mit der Unabhängigkeit ihres Mandats nicht vereinbar sind. Ferner soll gewährleistet werden, dass das Mandat im Mittelpunkt der Tätigkeit steht. Die Abgeordneten sind den Wählern und Steuerzahlern eine entsprechende Rechenschaft schuldig.

Dafür braucht es Regeln. Unter dem Druck schwerwiegender Verfehlungen im Rahmen der Beschaffung von Masken und Test-Kits wurden auf Bundesebene und in Bayern umfassende Reformen der Regeln für Abgeordnete erlassen. Baden-Württemberg ist aber neben Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen immer noch das einzige Flächenland, in dem die Abgeordneten nicht einmal die Höhe ihrer Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen.

Transparente Vergabe in Kommunen

Insbesondere auf kommunaler Ebene ist der Vergabebereich korruptionsanfällig, wie das Bundeslagebild Korruption des BKA immer wieder belegt. Regelungen zur Beschaffung von Schutzausrüstung wurden erheblich gelockert, Schwellenwerte bei der freihändigen Vergabe nach oben verschoben oder ganz aufgehoben. Die „Corona-Vergaben" funktionierten insgesamt schneller aber ohne umfangreiche Prüfung, was Betrug und unverhältnismäßige Masken-Geschäfte erleichtert hat.

Wir schlagen die Weiterentwicklung der geltenden VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung zu einem Antikorruptionsgesetz vor. Mit einem ganzheitlichen Bekämpfungsansatz sollen

Transparency International Deutschland e.V.
Tel. +49 30 549898-0 | Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
Webseite: www.transparency.de

Vorsitzender: Alexandra Herzog
Stellvertretend: Margarete Bause,
Carel Carlowitz Mohn
Geschäftsführerin: Dr. Anna-Maija Mertens

Jetzt spenden!
IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00
BIC: GENODEM1GLS
Vereinsregister Berlin: 16181

TRANSPARENCY INTERNATIONAL Deutschland e.V.
Die Koalition gegen Korruption.

die Regelungen für die gesamte öffentliche Verwaltung in Baden-Württemberg gebündelt werden. Außerdem plädieren wir für die Einrichtung einer zentralen Compliance-Stelle für die öffentliche Verwaltung in Baden-Württemberg.

In der Wirtschaft und gerade in den Konzernen ist das Thema „Compliance“ bereits heute fester Bestandteil der Unternehmensführung. Compliance wird dabei nicht nur auf Korruptionsvorbeugung reduziert, sondern allumfassend als regelkonformes Verhalten verstanden. Damit werden auch legale, aber nicht erwünschte Verhaltensweisen erfasst, so dass auch „Unternehmensethik“ in diesen Bereich fällt. In der Strafverfolgungspraxis wird immer wieder deutlich, dass oft noch zu wenig Sensibilität in der Verwaltung für die Themen „Anfüttern“ und „Klimapflege“ besteht.

Es stellt sich die Frage, warum ein solches Instrumentarium nicht auch von den Bundesländern in meist noch personalstärkeren Landesverwaltungen eingesetzt wird. Eine zentrale Compliance-Stelle wäre nach hiesiger Auffassung zukunftsweisend, einmalig in Deutschland, ein enormer Fortschritt bei der Korruptionsbekämpfung, eine Hilfe für Hinweisgeber, eine Entlastung für die Justiz- und Polizeibehörden und nicht zuletzt ein großer Schritt hin zu einer modernen, bürgernahen und krisenfesten Landesverwaltung.

Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme einen Beitrag zur Erarbeitung von Handlungsempfehlungen leisten kann – mit dem Ziel, das baden-württembergische Gemeinwesen resilienter und krisenfester aufzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.	gez.	gez.
Siegfried Gergs	Prof. Dr. Dr. Jürgen Louis	Dr. Konstantin Mey

Transparency International Deutschland e.V.
Tel. +49 30 549898-0 | Fax +49 30 549898-22
E-Mail: office@transparency.de
Webseite: www.transparency.de

Vorsitzender: Alexandra Herzog
Stellvertretend: Margarete Bause,
Carel Carlowitz Mohn
Geschäftsführerin: Dr. Anna-Maija Mertens

Jetzt spenden!
IBAN: DE07 4306 0967 1146 0037 00
BIC: GENODEM1GLS
Vereinsregister Berlin: 16181

UBW Unternehmer Baden-Württemberg

Stellungnahme

final

Toe

17.08.2023

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Vorbemerkung:

Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft in Baden-Württemberg vor enorme Herausforderungen gestellt und hinterließ ab 2020 deutliche Spuren in allen Wirtschaftsbereichen.

Einige dieser Wirtschaftsbereiche, wie beispielsweise das Hotel- und Gaststättengewerbe oder der stationäre Einzelhandel, waren durch staatlich verordnete Schutzmaßnahmen über einen längeren Zeitraum quasi komplett von einer wirtschaftlichen Betätigung abgeschnitten.

Die baden-württembergische Wirtschaft ist dennoch vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch und ein dauerhafter Anstieg der Arbeitslosigkeit konnten verhindert werden.

Einen wesentlichen Beitrag hierzu haben die verbesserten Zugangsregelungen zur Kurzarbeit sowie die staatlichen Unterstützungsleistungen von Land und Bund geleistet.

Die Corona-Krise hat Risiken und Schwächen des Standorts Baden-Württemberg offenbart. Die Unternehmer Baden-Württemberg begrüßen daher ausdrücklich die Einrichtung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“, damit in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs erarbeitet werden kann, welche organisatorischen und Institutionellen Veränderungen notwendig sind, um Baden-Württemberg krisenfester aufzustellen.

Bereits zum Ende der Pandemie kam mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eine neuerliche Krise. Das macht sehr deutlich: Krisen sind kein einmaliges Ereignis. Es lohnt sich daher umso mehr, Maßnahmen zu entwickeln, um Baden-Württemberg krisenfester zu machen.

Die Unternehmer Baden-Württemberg bedanken sich für die Möglichkeit, vorliegend eine Stellungnahme für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zum Themenfeld 4 des Einsetzungsbeschlusses abgeben zu können.

Zu a) die Potenziale des Marktes in der Trias Staat – Markt – Bürgergesellschaft zu aktivieren, um zur Krisenfestigkeit des Landes beizutragen, insbesondere auch mit Blick auf die Herausforderungen der ökologischen Krise

Aktuelle multiple Herausforderungen haben zu einer Wiederbelebung der Industriepolitik geführt. Bei der Bewältigung aktueller und auch zukünftiger Herausforderungen stellt sich im Kern die Frage, inwieweit der Staat in Marktmechanismen eingreifen sollte. Denn solche Maßnahmen können bestenfalls kurzfristig Anpassungen erleichtern.

Markteingriffe wie Subventionen bergen zudem die Gefahr, überholte Strukturen zu verfestigen. Industriepolitik sollte aber nicht überholte Strukturen konservieren, sondern sollte die Transformation von Wirtschaftszweigen wirksam unterstützen.

In Sondersituationen, wie z. B. dem massiven Anstieg der Energiepreise und der Neuausrichtung der Energieversorgung im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sind preisstabilisierende Maßnahmen richtig und wichtig. Die aktuelle Diskussion um einen Industriestrompreis ist entsprechend als notwendige Brückenmaßnahme bis zur Verfügbarkeit wettbewerbsfähiger Stromangebote und -preise aus erneuerbaren Energien einzuordnen.

Generell ist eine Anpassung der bisherigen Marktmechanismen, bei der allein die gelieferte Strommenge vergütet wird, zwingend notwendig. Im 'Energy only'-Markt wird der Betreiber nur vergütet, wenn auch wirklich Strom fließt. Nur wenn für Investoren und Betreiber zeitnah ein darstellbares Geschäftsmodell für vorgehaltene Kapazitäten entsteht, kann der Zubau benötigter Leistung rechtzeitig beginnen.

Industriepolitik sollte Freiräume und Bedingungen schaffen, bei denen industrieller Wandel gelingen kann. Das erfordert Technologieoffenheit und ein möglichst breites Zulassen von Marktprozessen.

Während der Pandemie hat die Kurzarbeit ihre Funktion erfüllt, vielen tausenden Betrieben geholfen und Millionen Beschäftigten den Arbeitsplatz gesichert. Das war in dieser Krise enorm wichtig. Kurzarbeitergeld wurde aber ursprünglich entwickelt, um kurzfristige, konjunkturelle zeitlich sehr eng begrenzte Ausfälle von Betrieben oder Branchen abzudecken, nicht jedoch um über mehrere Jahre einen flächendeckenden Ausfall vieler Branchen wie bei Corona unbürokratisch abzufedern.

Darüber hinaus wurde während Corona die Abrechnung für Betriebe wie AA komplexer. Viele Einzelregelungen wurden jeweils getrennt voneinander und für begrenzte Zeiträume festgelegt (per VO und per Gesetz), z.B. wurde die maximale Bezugsdauer mehrfach angepasst oder die Anrechnung von Nebeneinkommen mehrfach geändert. Komplexität in der Abrechnung brachte auch die (unterschiedliche) Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge und die Einbeziehung zusätzlicher Personenkreise (Zeitarbeitnehmer) in die Kurzarbeit. Die Abrechnung von Auszubildenden gewann an Bedeutung (mit allen Schwierigkeiten und Hürden aus dem BBiG). Gleichzeitig wurden personenbezogene Erhöhungsbeträge in Abhängigkeit von der individuellen Kurzarbeitsbezugsdauer eingeführt. Diese hohe Komplexität und der Individualbezug auf Arbeitnehmer*innen führt trotz maschineller Lohnabrechnungen in der Praxis zu hohen Fehlerquoten.

Für vergleichbare Situationen und Krisen, die üblicherweise eine Vielzahl von Branchen und Betrieben betreffen und deren Dauer durch die Betriebe in der Regel nicht beeinflussbar und prognostisch sinnvoll einschätzbar ist, sollte daher über ein neu zu schaffendes Krisengeld nachgedacht werden. Dieses sollte in vielen Punkten unbürokratischer und einfacher und als steuerfinanzierte und nicht als beitragsfinanzierte Leistung ausgestaltet werden:

- Der Anspruch kann staatlicherseits mit der z. B. pandemischen Lage dem Grunde nach festgestellt werden und muss nicht für jeden Betrieb bzw. für Branchen einzeln in Anzeigen begründet und entschieden werden.
- Die Abrechnung kann auf Basis der ausgefallenen Bruttolohnsumme, die der Betrieb als Ganzes nachweist, in einer festzulegenden Höhe als betrieblicher Anspruch und nicht als Individualanspruch des einzelnen Arbeitnehmers erfolgen.

Um die Krisenfestigkeit des Landes mittel- und langfristig zu verbessern, kommt es daher darauf an, die Standortqualität umfassend zu verbessern.

Die Weiterentwicklung einer Wachstumsagenda sowie eine Investitions- und Innovationsoffensive in Baden-Württemberg stehen unter Haushaltsvorbehalt. Wir fordern eine klare Priorisierung der Ausgaben auf die Zukunftsfähigkeit des Landes. Vorrang müssen Investitionen haben, die eine gute Rendite durch hohe Beschäftigung und damit stabil hohe Steuereinnahmen generieren.

Dazu zählen neben der Stimulierung von Investitionen in Forschung und Entwicklung von zukunftssichernden Technologien (vgl. b.) auch Investitionen in Bildung, in Ganztagsbetreuung, Fachkräftesicherung oder in Infrastrukturen.

Die klare Priorisierung der staatlichen Kraft auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes erfordern eine Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen hin zu einer echten Subsidiarität, einen spürbaren Abbau von Regulierungsstandards und eine konsequente Aufgabenkritik und Entbürokratisierung.

Die Unternehmer Baden-Württemberg haben sich in einem breiten Bündnis aus Wirtschafts- und Finanzverbänden sowie den Kommunalen Landesverbänden mit der Landesregierung auf eine Entlastungsallianz für Baden-Württemberg verständigt und diese am 13. Juni 2023 unterzeichnet. Beide Regierungsfraktionen haben die Unterstützung der Entlastungsallianz zugesagt.

Erfolgsentscheidend für die Verbesserung der Standortqualität ist es, dass es gelingt, den vereinbarten Arbeitsprozess konsequent und umfassend umzusetzen.

Die Wirtschafts- und Finanzverbände sowie die Kommunalen Landesverbänden haben umfassende Maßnahmenvorschläge erarbeitet, die auf Landesebene umgesetzt werden können, und diese an die Landesregierung übermittelt. Aber auch Maßnahmenvorschläge zur Anpassung von Bundes- und Europarecht sowie von Regelungen Dritter wurden von den Partnern der Entlastungsallianz vereinbarungsgemäß eingebracht.

Geeinte Vorschläge sollen vom Ministerrat beschlossen und konsequent umgesetzt werden. Dabei sollen schnell umsetzbare Ansätze vorgezogen werden. Der neu aufzustellende Normenkontrollrat wird in den Arbeitsprozess einbezogen. Der Arbeitsprozess ist darauf angelegt, noch im Jahr 2023 einen ersten Katalog zur politischen Entscheidung vorzulegen.

Zu b) die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu stärken, damit sie in ihrer Resilienz gestärkt werden und zugleich einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung künftiger Krisen leisten können

Die von der Politik beschriebenen Ziele der Innovationspolitik und damit verbundene Programme und Projekte müssen ambitioniert und klar sein. Es

gilt Basis-, Zukunfts- und Schlüsseltechnologien zu identifizieren und strategisch zu bearbeiten.

Dabei darf die Politik aber nicht der Versuchung erliegen, technologische Lösungswege zu verstellen. Das Bekenntnis zur technologieoffenen Transformation im grün-schwarzen Koalitionsvertrag ist ein wichtiges Signal für alle Bereiche der Wirtschaft, muss aber auch konsequent und umfassend in der Förderpraxis umgesetzt werden.

Die Innovationsförderung sollte sich vorrangig am Innovationsgrad bzw. der Innovationsqualität orientieren. Wegen der Gefahr von Fehlallokationen sehen wir daher die Einführung eines Klimavorbehalts für neue und fortzuschreibende Wirtschaftsförderungsprogramme sowie die Fokussierung der Start-up-Förderung auf ökologische und soziale Ziele kritisch.

In Krisen mit ökonomischen Auswirkungen sehen sich Unternehmen oftmals gezwungen, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu reduzieren. Ein solcher Rückgang der FuE-Investitionen gefährdet die Spitzenstellung des Innovationsstandorts Baden-Württemberg und damit zukünftige Wertschöpfung und Innovation in Baden-Württemberg.

Zur Stimulierung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit von Unternehmen sollte Baden-Württemberg daher ergänzend zur Forschungsförderung des Bundes öffentliche FuE-Förderprogramme ausbauen, welche die spezifischen Anforderungen in Baden-Württemberg berücksichtigen.

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ohne eigene Forschung und Entwicklung müssen zum Erhalt ihrer Innovationsfähigkeit weiterhin niedrigschwellige Angebote wie z. B. die Beratungsförderung, das Coaching oder die Innovationsgutscheine beibehalten werden.

Die Wirtschaft braucht die Hochschulen als Innovationstreiber und Transferpartner. Baden-Württemberg verfügt über eine differenzierte und flächendeckende Hochschullandschaft. Das ist eine klare Stärke Baden-Württembergs gegenüber anderen Standorten im Innovationswettbewerb, die es zu erhalten gilt.

Das baden-württembergische Hochschulsystem kann im forschungsbasiertem Technologie- und Innovationstransfer nur dann qualitativ hochwertig arbeiten, wenn es ausreichend finanziert ist.

Hochschulische Kernaufgaben müssen über eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung abgesichert sein. Gleichzeitig sind wettbewerbliche Verfahren zur Umsetzung befristeter Projekte und Programme notwendig, um Impulse für innovative Weiterentwicklungen zu setzen. Auf Grundlage positiver Evaluationen gilt es dann, überzeugende Formate in Daueraufgaben zu überführen und nachhaltig abzusichern.

Das System der mittelfristig ausgerichteten Hochschulfinanzierungsvereinbarungen ermöglicht den Hochschulen Planungssicherheit. Es hat sich bewährt und sollte fortgeführt werden. Der immer noch starke Fokus auf die Studierendenzahlen als dominierende Messgröße sollte bei den anstehenden Verhandlungen zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung III jedoch dringend überdacht werden.

Selbstverständlich unter Achtung der Freiheit von Forschung und Lehre sollten zusätzlich zu den fachkräfterelevanten Kriterien weitere qualitätssichernde Kennzahlen eingeführt werden, beispielsweise zu Innovation, Technologietransfer und Gründungsaktivitäten. Durch ergänzende kennzahlen- und leistungsorientierte Mittelvergaben können wichtige Innovationsimpulse ausgelöst und hochschulische Schwerpunktbildungen gefördert werden. Hierzu braucht es eine unvoreingenommene Diskussion entsprechender Modelle.

Um eine bestmögliche Verzahnung von Theorie und Praxis in Forschung und Lehre zu erreichen, sollten die Hochschulen noch stärker darin unterstützt werden, Technologietransfer-Professuren und Duale Professuren einzurichten. Die Wahrnehmung von Aufgaben des Technologietransfers müssen bei Ermäßigungen im Rahmen der Lehrverpflichtungsverordnung berücksichtigt werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen noch schneller in marktgängige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle überführt werden. Die Hochschulen sollten vor allem beim Mittelstand ihr Transferpotential noch aktiver und verständlicher vermarkten. Für kleine und mittlere Unternehmen ist es zuweilen schwer, konkrete Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit mit Hochschulen zu identifizieren. Eine Lösung ist die Unterstützung hochschulartübergreifender Plattformen für Technologietransferanbahnungen.

Innovation braucht Gründer- und Unternehmerpersönlichkeiten. Die Hochschulen müssen verstärkt Lust auf Unternehmertum machen und Studierende befähigen, den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit zu

gehen. Die Entwicklung von Gründerkultur muss als Kernaufgabe der Hochschulen verstanden und dauerhaft finanziert werden. Punktuelle und zeitlich befristete Programmfinanzierungen reichen hier nicht aus.

Insbesondere für innovative Industrie-Start-ups mit anspruchsvoller Technologie und hohen Entwicklungsanforderungen wird auch weiterhin Wachstumskapital in allen Phasen der unternehmerischen Entwicklung benötigt. Erforderlich ist daher eine Ausweitung des Investitionsfokus von der Seed-Phase bis zur nachgelagerten Scale-up-Phase durch den deutlichen Ausbau eines stetigen finanziellen Engagements des Landes bei den regional verankerten Risikokapitalfonds.

Auch sind die rechtlichen Rahmenbedingungen bei Beteiligungen von Hochschulen an Ausgründungen sehr komplex und teilweise hinderlich. Hier besteht dringender Handlungsbedarf im Innovationssystem.

Zu c) Risiken für zentrale Infrastrukturen (Verkehrswege und -träger; Telefon, Internet, Strom, Gas, Wasser/Abwasser) zu minimieren bzw. deren Schutz und Belastbarkeit zu erhöhen

In der Pandemie haben die Unternehmen in den dafür geeigneten Bereichen sehr schnell und umfassend auf mobiles Arbeiten umgestellt. Dieser Prozess hat die aktuell bestehenden Limitationen in der Belastbarkeit der digitalen Infrastruktur deutlich gemacht.

Die digitale Infrastruktur insbesondere in den ländlichen Regionen ist oftmals nicht ausreichend in ihrer Leistungsfähigkeit. Es muss nun alles darangesetzt werden, dass die verbliebenen weißen und grauen Flecken in der Versorgung mit leistungsfähigen Glasfaser-Datenleitungen verschwinden.

Der flächendeckende Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur muss im Flächenindustrieland Baden-Württemberg als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden. Gerade der Ausbau der Gigabitnetze muss weiter voranschreiten. Die Erkenntnisse aus den Modellregionen innerhalb der Leuchtturmprojekte „Transferzentrum 5G4KMU“ müssen beschleunigt in die Fläche gebracht werden. Insbesondere muss der Dialog zwischen Land, Kommunen und Netzbetreibern intensiviert werden, um den 5G-Aufbau durch die Nutzung öffentlicher Gebäude und Liegenschaften zu beschleunigen und um Investitionssicherheit für Telekommunikationsunternehmen zu erreichen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sehr schnell die Schwachstellen unserer Energieversorgung aufgezeigt und die Bedeutung einer gesicherten, bezahlbaren und ökologisch nachhaltigen Energieversorgung verdeutlicht. Schon heute fehlt es an grundlastfähigen Stromerzeugungskapazitäten. Mit dem Kernkraft- und Kohleausstieg verschärft sich die Lage, und der Industrie drohen bei Engpässen in Zukunft Abschaltungen.

Baden-Württemberg ist Energie- bzw. Stromimportland. Der Importanteil wird sich durch den Ausstieg aus Kernkraft und Kohle weiter erhöhen. Deutschlandweit müssen wir versuchen, unsere Abhängigkeiten – soweit möglich – nicht stetig zu erweitern. Baden-Württemberg ist wichtiger Teil eines deutschen Gesamtgefüges, ein schneller und ausreichend dimensionierter Ausbau der Stromnetze dementsprechend sehr wichtig.

Nur wenn in Baden-Württemberg hinreichend Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, wird industrielle Produktion im Südwesten weiterhin möglich sein. Zusätzlich zur Erreichung einer klimaneutralen Energieversorgung muss sich Baden-Württemberg dabei an den Industriestrompreisen im nahen und ferneren Ausland messen lassen.

Neben dem Ausbau der Stromnetze ist der Ausbau der Erdgas- und Wasserstoffnetze eine zentrale Aufgabe und der schnelle Aufbau einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft essenziell. Baden-Württemberg muss alles daransetzen, seine künftigen Wasserstoffbedarfe frühzeitig einzufordern und langfristig decken zu können.

Für ein ausreichendes Angebot an Wasserstoff gilt es, eine kluge Strategie aus dem notwendigen Hochlauf von Elektrolyseanlagen im industriellen Maßstab vor Ort, dem Import von Wasserstoff wie auch der technologieoffenen Einbindung von anderweitig nachhaltig erzeugtem Wasserstoff zu finden. Dabei ist das Netz so zu planen, dass sowohl der innerdeutsche Leitungstransport von Wasserstoff gewährleistet werden kann als auch die Anbindung an Importpunkte bzw. ausländische Wasserstoffnetze erfolgt.

Auch der Aufbau von Speicherkapazitäten für Wasserstoff muss schnellstmöglich angegangen werden. Der derzeit bekannte Umfang von Speicherprojekten in Deutschland bzw. Baden-Württemberg ist nicht ausreichend, um die Nachfrage zu decken. Diese Speicherkapazitäten werden neben der Sicherung der Energieversorgung auch insbesondere benötigt, um aus der fluktuierenden Erzeugung von erneuerbarer Energie die für die großindustriellen Anwendungen notwendigen kontinuierlichen und bedarfsgerechten Belieferungen bereitzustellen.

Gerade in einer grundlegenden Krise ist eine funktionierende Logistik essenziell. Auch vor diesem Hintergrund ist Baden-Württemberg weiterhin gefordert, sein Güterverkehrskonzept mit Leben zu füllen und die dort hinterlegten Maßnahmen umzusetzen.

In jedem Falle bedarf es einer leistungsfähigen Infrastruktur – dies betrifft zum einen Tank- und Lademöglichkeiten, was wiederum die Frage nach der Verfügbarkeit von Energie beinhaltet, zumal angesichts der sich beschleunigenden Flottenumstellung auf klimaneutrale Antriebsarten. Zum anderen geht es ganz klassisch um die Verkehrswege. Sowohl bei der teilweise mangelhaften Straßeninfrastruktur, insbesondere im Bereich der Brücken, als auch bei der Schiene als auch auf den Wasserstraßen (bspw. Neckarschleusen) besteht hier Handlungsbedarf.

Zu d) eine Maßnahmenfolgeabschätzung zu entwickeln

Keine Anmerkungen.

Zu e) die baden-württembergische Wirtschaft krisenfester aufzustellen, insbesondere Vorschläge zu machen, wie rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen und für den Krisenfall Produktionswege und Produktionsprozesse definiert werden können, die in der gebotenen Schnelligkeit und ausreichenden Anzahl die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Waren und medizinischem Material am Standort Baden-Württemberg sicherstellen

Sollten wieder Krisensituationen eintreten, in denen fehlende Schutzprodukte schnell beschafft werden müssen, so ist die inländische Produktion mit höherer Priorität zu verfolgen. Um die inländische Produktion zu befördern, sollten in Ausschreibungen Kriterien wie die Versorgungssicherheit und Liefergeschwindigkeit neben dem Preis angemessen berücksichtigt werden.

Das heißt aber auch, die inländische Wirtschaft entsprechend zu unterstützen und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Produktionsstandort Baden-Württemberg stärken. Neben den vergleichsweisen hohen Lohnkosten sorgen insbesondere hohe bürokratische Hürden, hohe gesetzlich Auflagen und lange Entscheidungsprozesse dafür, dass Unternehmen vor Ort sich zunehmend dafür entscheiden, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlegen. In Krisenfällen ist es dann oft schwierig, die Kapazitäten für dringend benötigte Produkte wiederaufzubauen.

Um eine kurzfristige Umstellung und den schnellen Hochlauf der Produktion von akut benötigten Gütern leichter zu organisieren, ist der Aufbau einer zentralen Matching-Plattform anzuraten. Mit einer solchen Matching-Plattform können Anbieter und Nachfrager bei Engpasssituationen (bspw. Produktionskapazitäten und -kompetenzen, Fachkräfte, Rohstoffe) zusammengebracht werden.

Zu f) bezüglich des mobilen Arbeitens Lehren aus der Krise zu ziehen

Die Corona-Pandemie hat mit dem umfassenden Mobilen Arbeiten zu einem tiefgreifenden Wandel in der Arbeitswelt geführt. Hierbei hat sich gezeigt, wie wichtig Mobile Arbeit für die Funktionsfähigkeit einzelner Unternehmen ist. Auch nach der Pandemie bleibt die Arbeitswelt hybrid mit Arbeiten im Büro und Mobilem Arbeiten.

Es ist jedoch auch festzuhalten, dass ein genereller Anspruch auf Mobile Arbeit die betrieblichen Realitäten verkennt. Um auch in Krisenzeiten angemessen reagieren zu können, darf es keinen Anspruch auf Mobile Arbeit geben, den die Arbeitgeber nur begründet ablehnen können.

Ein solcher Anspruch würde unnötig Bürokratie fördern. Die Pandemie hat gezeigt, Mobile Arbeit wird dort gelebt, wo dies möglich und sinnvoll ist. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist dies auch nach der Pandemie weiterhin der Fall. Diese Eigeninitiative und gewünschte und gelebte Flexibilität auf beiden Seiten darf nicht durch Überregulierung und Überbürokratisierung eingeschränkt und damit unattraktiv gemacht werden.

Auch in Bezug auf Regelungen zum Arbeitsschutz gilt es, Augenmaß und Sinn für das Machbare zu bewahren. Ohne Zweifel muss auch die Arbeit von unterwegs und zu Hause sicher und gesund sein. Da sich die Beschäftigten aber hier dem direkten Blick des Arbeitgebers entziehen, ist der Schwerpunkt stärker auf die Eigenverantwortung des Beschäftigten zu legen, statt auf klassische Überwachung, wie sie im Betrieb möglich ist.

Der Blick sollte jedoch nicht nur auf die Mobile Arbeit gerichtet werden. Für eine funktionierende hybride Arbeitswelt braucht es ein modernes Arbeitsrecht. Derzeit ist leider nicht erkennbar, dass der Gesetzgeber dieses Ziel konsequent erreichen möchte.

Der bekannt gewordene Entwurf des BMAS bzgl. eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes sieht eine massive Ausweitung der Pflichten

zur Arbeitszeiterfassung vor und geht über die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sowie des Bundesarbeitsgerichts (BAG) hinaus. Der Aufwand für Arbeitgeber und Beschäftigte würde sich weiter erhöhen und zu noch weniger Flexibilität führen. Freiräume zur europarechtskonformen Regelung einer Arbeitszeiterfassung werden nicht genutzt.

Der Entwurf des BMAS beschränkt sich ferner auf Regelungen zur Arbeitszeiterfassung. Weitere dringend notwendige Modernisierungen des Arbeitszeitrechts, insbesondere bzgl. Regelungen für eine wöchentliche anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit und nach den EU-Vorgaben mögliche Flexibilisierungen bei der täglichen Ruhezeit, werden nicht thematisiert.

Baden-Württemberg muss seinen Einfluss über den Bundesrat geltend machen, um eine dringend notwendige Modernisierung des Arbeitsrechts zu erreichen.

g) darauf hinzuwirken, systemrelevante Tätigkeiten im Hinblick auf verschiedene Krisen zu identifizieren, gesellschaftlich anzuerkennen und angemessen zu bezahlen, ohne dabei die Tarifautonomie in Frage zu stellen

Aktuell sind verstärkte Tendenzen des Staates zu beobachten, als Bedingung für bestimmte Erleichterungen oder als Voraussetzung für die Marktteilnahme eine Tarifbindung bzw. die Gewährung tariflicher Standards zu setzen. Dabei wird unterstellt, dass nur tarifliche Standards “gute Rahmenbedingungen” gewährleisten.

Solche Bestrebungen sind aus mehreren Gründen nicht hilfreich: So wird die Tarifautonomie, die sich in den vergangenen Dekaden als einer der Erfolgsfaktoren für eine starke Wirtschaft und den erreichten Wohlstand erwiesen hat, faktisch immer mehr geschwächt.

Anreize für ein gewerkschaftliches Engagement werden immer weiter sinken, wenn die Tarifbindung durch den Staat unmittelbar (im Rahmen von Allgemeinverbindlichkeit) oder mittelbar “verordnet” wird.

Ebenso wird die Bereitschaft von Arbeitgebern, sich durch den Beitritt zu Arbeitgeberverbänden bewusst für eine Tarifbindung zu entscheiden, weiter sinken.

Zudem sorgt die demografische Entwicklung automatisch für eine sehr viel höhere Marktmacht der Beschäftigten bei der Aushandlung angemessener Arbeitsbedingungen.

Nicht zuletzt konterkarieren solche politischen Regulierungen die dringend gebotene Wachstumsagenda: Eine überbordende Bürokratie entwickelt sich neben Faktoren wie den Energiepreisen immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor bei Standortentscheidungen. Eine Steigerung der Attraktivität systemrelevanter Tätigkeiten darf daher weder mit Eingriffen in die Tarifautonomie noch mit neuen bürokratischen Regularien verbunden sein.

Zu h) Abschottungstendenzen und -folgen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entgegenzutreten

Die Unternehmer Baden-Württemberg sehen mit großer Sorge bestimmte De-Globalisierungstendenzen.

Debatten über De-Risking und Resilienz der Wirtschaft dürfen nicht zu einer Abkehr von der Globalisierung führen. Denn es ist gerade die Einbindung in die internationale Wirtschaft, die Baden-Württemberg wirtschaftlich stark gemacht hat und für Beschäftigung im Südwesten sorgt.

Hohe Exportquoten und die Einfuhr von Vorprodukten und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen sind nur zwei der Vorteile der Globalisierung, die nicht riskiert werden dürfen.

Einer Debatte über Abhängigkeiten, die auch zu Erpressbarkeiten geführt haben mögen, versperrt sich die Wirtschaft nicht. Eine generelle De-Integration aus großen Wachstumsmärkten und Chancenregionen ist aber für eine international aufgestellt Wirtschaft in Baden-Württembergs undenkbar.

Das zähe Ringen um Freihandelsabkommen – bspw. MERCOSUR – ist aufgrund politischer Vorgaben zwar nachvollziehbar, mit Blick auf die Chancen für unsere Unternehmen mit ihren Beschäftigten aber unverständlich. Wir brauchen mehr Handel und Austausch, nicht weniger.

Handel und Wirtschaftsbeziehungen werden immer stärker politisch aufgeladen: Lieferkettensorgfaltsregulierungen in Bund und EU schaden den Unternehmen und Beschäftigten in Baden-Württemberg und den Partnerländern. Darüber hinaus wird eine bürokratische Belastung generiert, die nicht nur für KMU nicht mehr zu stemmen ist. Am Ende steht weniger Handel, weniger Austausch und weniger Wachstum für alle.

Baden-Württemberg ist mit seinen international tätigen Unternehmen in hohem Maße auf die Integration in internationale Lieferketten und Märkte angewiesen.

Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.

VdAW e.V.◆ Wollgrasweg 31 ◆ 70599 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Datum: 22.09.2023
Name: Brigitta Hüttche
Telefon: 0711-16779-27
E-Mail: huettche@vdaw.de
Zeichen: Hü-2023-4097

"Krisenfeste Gesellschaft" viertes Handlungsfeld „ökonomische Aspekte“
Stellungnahme Enquetekommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns um eine Stellungnahme gebeten, wie die baden-württembergische Wirtschaft zur Bewältigung künftiger Krisen gestärkt werden kann. Der Aufforderung kommen wir hiermit gerne nach, beschränken uns auf die Tätigkeitsfelder unserer Mitglieder, die in der Regel familiengeführte KMU sind. Es handelt sich dabei um Weinkellereien und Fruchtsaftkeltereien, Viehhandel und Schlachtbetriebe, Landhandel und Mühlen, Landtechnisches Handwerk und Handel, Landwirtschaftliche und Forstwirtschaftliche Lohnunternehmen.

Die Unternehmen sind im Liefer- oder Abnahmegeschäft der Landwirtschaft tätig und als Bestandteil der Wertschöpfungskette Lebensmittel systemrelevant. Nachdem diese Eigenschaft am Beginn des ersten Lockdowns festgestellt und in den Verordnungen abgebildet war, lief der Betrieb in den Unternehmen weiter und teilweise wurde die Produktivität z.B. aufgrund einer hohen Nachfrage an Getreideprodukten sogar gesteigert. Ausgenommen davon waren die Schlachtbetriebe deren Betrieb aufgrund geringerer Nachfrage, der strengen Hygieneauflagen und des arbeitsrechtlichen Ausschlusses von Subunternehmen und Leiharbeit in besonderer Weise beeinträchtigt waren. Trotzdem ist es der Branche gelungen die Funktion auch unter den widrigen Umständen aufrecht zu erhalten und die Landwirtschaft durch die Abnahme der Tiere zu entlasten.

Soweit wir wissen, wurde im privaten Agrargewerbe kein Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen und wir können daher annehmen, dass die Branche im Bezug auf die Coronakrise bereits resilient war.

Wie andere Branchen würde das Agrargewerbe von Bürokratieabbau, Planungssicherheit durch stabile rechtliche Rahmenbedingungen, Investitionen in Bildung, Gewinnung von ausländischen Fachkräften, sinkenden Energiepreisen und gesicherter Energieversorgung usw. profitieren. Ganz konkret sind es aber andere Handlungsfelder, die wir aufzeichnen möchten.

Aufgrund der Abhängigkeit von der Landwirtschaft mit den hier produzierten Rohstoffen führen Klimawandel, Einschränkungen beim Pflanzenschutz, Umbau der Tierhaltung und Umstellung auf ökologische Produktion zu Beeinträchtigungen und ökonomischen Einbußen. Im Wesentlichen stehen die Unternehmen mit Ihren Produkten im internationalen Wettbewerb,

Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft (VdAW) e.V.
Wollgrasweg 31 ◆ 70599 Stuttgart ◆ Telefon: 0711-16779-0 ◆ Fax: 0711-4586093 ◆ E-Mail: info@vdaw.de ◆ www.vdaw.de
Steuernummer: 99018/08988 ◆ VR 2704 Stuttgart ◆ IBAN: DE 04 6005 0101 0001 2965 83 ◆ BIC: SOLADEST600
Präsident: Wilhelm Lohrmann ◆ Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Brigitta Hüttche

VdAW
Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.

und die Merkosten für die höheren Produktionsstandards lassen sich am Markt nur ausnahmsweise realisieren. Auch sehen wir, dass eine mangelnde öffentliche Wertschätzung der Leistungen von Land- und Agrarwirtschaft nicht spurlos an den Unternehmen und Ihren Mitarbeitenden vorbei geht. Ein unvermindert wachsender bürokratischer Aufwand und Fachkräftemangel beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Branche.

Für die die Wertschöpfungskette Lebensmittel ist die aktuelle Situation bedrohlicher als es die Coronapandemie rückblickend war.

Aus unserer Sicht müssen dringend Grundlagen geschaffen werden, die eine ausreichende Lebensmittelversorgung mit regionalen Rohstoffen mit oder trotz der hohen Standards in Baden-Württemberg bzw. Deutschland gewährleisten.

Politische Maßnahmen müssen nachfrageorientiert sein. Nehmen wir als Beispiel den Bio-Markt. Während die Nachfrage nach Bio-Produkten in der Coronakrise gestiegen ist, sank sie mit Ausbruch des Ukraine-Kriegs deutlich und eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Hohe Energiekosten und steigende Inflationsraten werden die Preisempfindlichkeit der Kunden beim Lebensmittelkauf weiter steigern und den Absatz von Bio-Produkten behindern. Das politische Ziel einer Umstellung von 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen auf ökologischen Landbau, setzt aber eine steigende Nachfrage voraus.

Unabhängig von der Frage der Umstellung der Produktionsweise zeigt sich, dass die steigenden Produktionskosten durch hohe Standards und reduzierte Erträge durch Einschränkungen bei Pflanzenschutz und Düngung die heimische Land- und Agrarwirtschaft grundsätzlich schwächen. Letztlich stehen die Unternehmen in einem internationalen Wettbewerb und die Nachfrage nach günstigen Lebensmitteln wird aus dem Ausland befriedigt. Wenngleich auch das heimische Agrargewerbe nicht ausschließlich von einer lokalen Urproduktion abhängig ist, wird es durch einen Mangel an Rohstoffen über kurz oder lang ökonomisch geschwächt.

Zur Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln brauchen wir Urproduktion und Verarbeitung im Land. Sowohl für die Landwirte als auch für die Verarbeiter in Deutschland schwächen nationale Alleingänge im Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialrecht die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur gegenüber Drittstaaten, sondern auch massiv gegenüber Ländern der europäischen Union. Ein gemeinsames Haus Europa hat nur eine Zukunft, wenn Wirtschaftsbetriebe innerhalb des Geltungsbereiches nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern von einheitlichen Rahmenbedingungen wechelsseitig profitieren können.

Mit freundlichen Grüßen

Verband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.

Dr. Brigitta Hüttche

Der Datenschutz ist uns sehr wichtig. Alle Informationen finden Sie unter: www.vdaw.de/datenschutz

Wollgrasweg 31 ◆ 70599 Stuttgart ◆ Telefon: 0711-16779-0 ◆ Fax: 0711-4586093 ◆ E-Mail: info@vdaw.de ◆ www.vdaw.de

Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Stellungnahme des VDMA Baden-Württemberg zu Handlungsfeld 4: Ökonomische Aspekte // Handlungsempfehlungen zu folgenden Themen:

- Stärkung der unternehmerischen Innovationsfähigkeit
- Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft
- Abschottungstendenzen und – folgen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entgegentreten

Stärkung der unternehmerischen Innovationsfähigkeit

1. Forschungsförderung ausbauen

Forschung und Entwicklung gehören zu den wichtigsten unternehmerischen Entscheidungsbereichen. Investitionen in technisches Wissen sind entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit, Produktivitätsentwicklung und langfristiges Wachstum. Der Eigenfinanzierungsanteil bei den FuE-Aufwendungen im Maschinenbau ist hoch (nur gut 2 % kommen vom Staat). Staatliche Investitionen zu Beginn der Wertschöpfungskette – Produktionstechnologien – sind effizienter und nachhaltiger als Markteingriffe am Ende. Themenoffene und breitenwirksame Förderinstrumente wirken Verzerrungen entgegen.

Entsprechend vertritt der VDMA einen „Dreiklang“ bei den Instrumenten:

- **Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF):**
  Die vorwettbewerbliche IGF schlägt eine Brücke zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Anwendung und bietet KMU-Zugang zu aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Unter dem Dach der AiF-Forschungsvereinigungen werden neue Technologien für gesamte Branchen und zunehmend branchenübergreifend aufbereitet, um die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu erhalten und zu stärken. Außerdem trägt die IGF zur Fachkräftesicherung bei, sie begünstigt Unternehmensgründungen und unterstützt kleine und mittlere Unternehmen bei ihren internationalen Aktivitäten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) fördert sie mit öffentlichen Mitteln.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind aufgrund ihrer geringen Größe zumeist nicht in der Lage, Forschungsaufträge an externe Forschungsstellen zu finanzieren oder eigene Forschungsabteilungen zu unterhalten. Die IGF bietet KMU-Zugang zu neuesten Erkenntnissen für die Weiterentwicklung von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen. Die Industrie generiert Themen, die zur Bearbeitung benötigten Fördermittel fließen im Rahmen der Projektforschung an die beteiligten Forschungsinstitute, die gemeinsam mit der Wirtschaft Kooperationsprojekte aufsetzen. Die IGF (Industrielle Gemeinschaftsforschung) ist das Förderinstrument der Wahl im Maschinenbau, der VDMA tritt – trotz finanzieller Verbesserungen im Bundeshaushalt in den letzten Jahren – weiter für eine massive Stärkung ein.

- **Breitenwirksame Verbundforschung (BMBF, BMWK):**
  Sog. „Transferplattformen“ wie die VDMA-Effizienzfabrik zur Ressourceneffizienz sorgen dafür, dass möglichst viele Unternehmen von den Forschungsergebnissen der geförderten Konsortien profitieren. Technologietransfer ist wichtig: Transferplattformen sollten Regelfall bei allen Förderbekanntmachungen werden. Geförderte Konsortien sind zu einem Ergebnistransfer in Richtung Transferplattformen zu verpflichten (ohne Ergebnistransfer kein Förderzuschlag). Der VDMA bietet an, bei Maschinenbau-relevanten Themen (geförderte) Transferplattformen aufzubauen.

- **Steuerliche Forschungsförderung:**
  Zum 1. Januar 2020 ist das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (Forschungszulagengesetz, kurz FZulG) in Kraft getreten. Das Gesetz ermöglicht die steuerliche Begünstigung von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) von in Deutschland steuerpflichtigen Unternehmen – unabhängig von Größe, Rechtsform und Branche. Ziel ist es, den Investitionsstandort Deutschland zu stärken und die FuE-Aktivitäten insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen anzuregen.

  Die Industrie als Ganzes muss langfristig auf einen höheren Wachstumspfad gebracht werden. Themenoffene, technologieneutrale, breitenwirksame und schnell umsetzbare Maßnahmen, die Investitionen und Innovationen unter privater Risikobeteiligung anreizen, können dies leisten. Hierzu zählt die steuerliche Forschungsförderung an erster Stelle.

  Weitere finanzielle Verbesserungen bei der steuerlichen Forschungsförderung sind essenziell, z.B. indem die Deckelung abgeschafft bzw. erhöht wird. Die bisherige Deckelung der förderfähigen FuE-Personalaufwendungen bei 4 Mio. € führt dazu, dass – je nach Forschungsintensität – FuE-Aktivitäten außerhalb der Förderung bleiben. Die „Entdeckelung“ unterstützt den Transformationsprozess der Kernindustrien Automobil- und Maschinenbauindustrie in Baden-Württemberg.

2. Allgemeine Steuersenkung

Die politisch Verantwortlichen sind dringend gefordert, über Reformen im Unternehmenssteuerrecht einen signifikanten Beitrag für mehr private Investitionen zu ermöglichen. Denn nur durch Wachstum können Beschäftigung langfristig gesichert und die enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Krise bewältigt werden. Zudem liegt Deutschland im Spitzenfeld der Unternehmenssteuerbelastung der Industriestaaten. Die Gesamtbelastung muss spürbar abgesenkt werden, um die Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Die im internationalen Vergleich erforderliche Senkung der Steuerbelastung für Unternehmen ist entscheidend, um weltweit wettbewerbsfähig mit anderen Volkswirtschaften zu sein. Die letzte Steuerstrukturreform erfolgte im Jahr 2009. Der Standort Deutschland braucht ein modernes Unternehmenssteuerrecht, sofern er für Investitionsentscheidungen von ausländischen, aber vor allem auch inländischen Unternehmen attraktiv bleiben will.

In den vergangenen Jahren haben viele Industriestaaten im Zuge von Steuerreformen eine Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung Richtung 25 % vorgenommen: Frankreich senkte bis 2022 auf 25,8 % (2020: 28,9 %); Belgien hat 2020 von 29,6 % auf 25 % gesenkt; USA haben 2018 (Trump) von 40,1 % auf 26,1 % gesenkt; in Großbritannien liegt der Steuersatz bei 19 %, in Irland bei 12,5 %. In Deutschland dagegen variiert die durchschnittliche Steuerbelastung einer GmbH bspw. in Abhängigkeit des Gewerbesteuerhebesatzes zwischen 29 % und 34 % (durchschnittlich 29,9 %).

Um im Zuge des internationalen Wettbewerbes keine Nachteile für Unternehmen zu kreieren, sollte Deutschland diese Steuerbelastung absenken. Die Absenkung kann dabei entweder durch die Anpassung der nominalen Steuersätze in den Einzelgesetzen oder durch eine Verringerung der steuerlichen Bemessungsgrundlage im Wege einer umfassenden Steuerstrukturreform erreicht werden.

Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft

1. Mobilität europaweit und weltweit bürokratiearm gewährleisten

Berufliche Reisen sind existenziell für den Maschinenbau und dürfen nicht unnötig eingeschränkt werden. Sie müssen immer und ohne Einschränkungen möglich sein.

Berufliche Reisen (Wartungs- und Reparaturarbeiten, Vertragsabschlüsse, eigene Produktionsstätten in wichtigen Auslandsmärkten) sind existenziell für den Maschinenbau und dürfen nicht unnötig eingeschränkt werden. Gerade der baden-württembergische Maschinenbau ist durch seine Nähe zu Frankreich oder die Schweiz massiv betroffen, sofern grenzüberschreitende Montage- und Serviceleistungen eingeschränkt werden. Wichtig ist vor allem, dass der innereuropäische Grenzverkehr funktioniert, ansonsten zerreißen Lieferketten und beeinträchtigen die Produktion. Ohne Wartungs- und Reparaturarbeiten stehen Anlagen in der ganzen Welt still oder können gar nicht erst aufgebaut und in Betrieb genommen werden.

Forderungen des VDMA:

- Die Grenzen in der EU müssen für berufliche Reisen offenbleiben.
- Angesichts der vielen Reisebeschränkungen, die seitens Drittstaaten (insb. auch die USA und China) ergriffen worden sind, sollte sich die Bundesregierung für Erleichterungen bei notwendigen Geschäftsreisen in diese Länder einsetzen.
- Einreisen für wichtige Geschäftsreisen aus Drittstatten nach Deutschland müssen durchgängig und verlässlich zugelassen werden. Die nachgelagerten Quarantäne-Bestimmungen reichen als Schutzmaßnahmen aus.
- Berufliche Reisen innerhalb Deutschlands müssen immer und ohne Einschränkungen möglich sein.

2. Kurzarbeit nur als Brücke

Kurzarbeitergeld ist ein sehr erfolgreiches Instrument, darf aber nicht zum Dauerzustand in Krisenzeiten werden. Speziell in der Corona-Krise hat es vielen betroffenen Unternehmen geholfen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Arbeitslosigkeit bewahrt.

Die Maschinenbauindustrie ist grundsätzliche auf wettbewerbsfähige Lohnnebenkosten angewiesen – Zielgröße sind maximal 40 %. Eine endlose Ausweitung des Kurzarbeitergelds läuft dem zuwider. Eine alternative Finanzierung aus allgemeinen Steuermitteln ist eine reine Umverteilung der Kosten und nicht zielführend. Es gibt derzeit keine außergewöhnlichen Verhältnisse am Arbeitsmarkt, die für weitere Sonderregelungen die Voraussetzung sein müssen. Punktuell mögen Unternehmen wegen Engpässen in den Lieferketten oder Corona-bedingt gezwungen sein, vorübergehend Kurzarbeit anzumelden. Demgegenüber gibt es aber sehr viele Unternehmen, die bereits händeringend nach Fachkräften suchen. Diese haben das Nachsehen, weil die erforderlichen Arbeitskräfte durch die Sondergelungen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Wirtschaftlicher Zwang für Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss außerdem wieder spürbar werden, um die Verschleppung struktureller Anpassungen zu verhindern.

Abschottungstendenzen und – folgen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene entgegentreten

1. Diskussion um Resilienz in Hinblick auf Abschottung ist gefährlich

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben eine bisher wenig beachtete Verwundbarkeit international vernetzter Wertschöpfungsketten deutlich werden lassen. Eine Neujustierung zur Erhöhung der Resilienz dürfte zu einer Diversifikation der Lieferketten führen. Die Reorganisation der Wertschöpfungsketten muss aber den Unternehmen überlassen werden, die Risiken, Kosten und Handlungsbedarf in ihren jeweiligen Märkten am besten einschätzen können. Die EU oder die Mitgliedstaaten dürfen nicht in diese Prozesse eingreifen. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass diese Anpassungsprozesse möglichst effizient ablaufen können.

Im Januar 2021 veröffentlichte die IMPULS-Studie vom IfW Kiel folgendes dazu:
Internationale Lieferketten sind für den Erfolg des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus von herausragender Bedeutung, 26 % der direkt verwendeten Vorprodukte stammen aus dem Ausland. Berücksichtigt man zudem indirekte Verflechtungen, steigt der Anteil ausländischer Vorprodukte auf 42,8 %.

Sollte die EU gegenüber dem Rest der Welt ihre Handelsbarrieren um 100 Prozentpunkte erhöhen, so würde dies zu Produktionsrückgängen in Höhe von 3,8 % in Deutschland führen. Der Maschinenbau wäre mit einem Rückgang von 14,3 % besonders stark betroffen. Die Wohlfahrt in Deutschland in Form des realen Einkommens wäre entsprechend dauerhaft um 3,3 % niedriger (entspricht 114 Mrd. €, gemessen am BIP 2019). In den restlichen EU-Staaten würde das reale Einkommen um durchschnittlich 3,6 % abnehmen. In den Ländern außerhalb der EU würde sich die Wohlfahrt um durchschnittlich 0,9 % reduzieren. Sofern Europas weltweite Handelspartner ebenfalls entsprechende Importbeschränkungen einführen würden, würde sich der Wohlfahrtsverlust in Deutschland auf 6,9 % mehr als verdoppeln. EU-weit betrüge er in diesem Fall durchschnittlich 4,9 %, im Rest der Welt 1,5 %. Ein nationaler Alleingang wäre für Deutschland nochmals wesentlich teurer.

2. Freihandel muss Vorrang haben

Die hohe Exportquote der baden-württembergischen Industrie, die exemplarisch für den Maschinen- und Anlagenbau bei über 70 % liegt, steht dafür, den Freihandel zu stärken und den weltweiten Protektionismus zu bekämpfen. Notwendig ist deshalb, das EU-Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Mexiko zügig zu ratifizieren, Verhandlungen mit Indonesien, Australien und Malaysia abzuschließen und mit Indien voranzutreiben. Freihandelsabkommen sollten dabei nicht mit umwelt- und sozialpolitischen Vorgaben und Zielen überfrachtet werden. In Bezug auf China ist ein Level-Playing-Field (gleiche Wettbewerbsbedingungen) einzufordern.

Wachstum und Beschäftigung basieren auf offenen Märkten und Freihandel. Das Auslandsengagement des Maschinen- und Anlagenbaus sichert Wohlstand im In- und Ausland. Politik und Gesellschaft müssen immer wieder die Vorteile des Freihandels und der Globalisierung verteidigen und deren Gefährdung durch Decoupling, Protektionismus und politisch motivierte Restriktionen auch auf Ebene der Bundesländer entgegentreten.

Wasserwirtschaftsverband Baden-Württemberg e. V.

Wasserwirtschaftsverband
Baden-Württemberg e. V. (WBW)

Geschäftsstelle:
c/o Fichtner Water & Transportation GmbH
Sarweystr. 3, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711/8995-736
Fax: 0711/8995-666
E-Mail: gs@wbw-ev.de

Geschäftsführer:
Prof. Dr.-Ing. Stephan Heimerl
Tel.: 0711/8995-737
E-Mail: gf@wbw-ev.de

3. September 2023

Zeichen:
WBW_230903_Stellungnahme_Enquetekommission

WBW e. V. · c/o Fichtner · Sarweystr. 3 · 70191 Stuttgart

Landtag von Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Enquetekommission
z.Hd. Frau Sandy Dobosch
Urbanstraße 32

70182 Stuttgart

-

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
Stellungnahme des WBW zum 4. Handlungsfeld

Sehr geehrte Damen und Herren!

wir bedanken uns für die Einbeziehung des Wasserwirtschaftsverbands Baden-Württemberg e. V. (WBW) in Ihre Arbeit durch die Abgabe einer Stellungnahme, der wir gerne hiermit nachkommen möchten.

Der Wasserwirtschaftsverband Baden-Württemberg (WBW) ist ein gemeinnütziger Fachverband mit seinem Engagement rund um das Wasser ein integrierender Interessensvertreter für alle im Bereich der Wasserwirtschaft tätigen Unternehmen, Ingenieurbüros, Behörden, Gebietskörperschaften, Hochschulen und Bildungseinrichtungen sowie die Öffentlichkeit in Baden-Württemberg. Der WBW weiß um die besondere Bedeutung des Wassers und leistet mit seinen Mitgliedern einen wichtigen Beitrag zu einer verantwortungsvollen Wasserwirtschaft, von der Gewässerökologie und -entwicklung über den Betrieb von Hochwasserschutzeinrichtungen und Talsperren bis hin zur Wassernutzung zur Wasserversorgung und Energieerzeugung.

Aufgrund dieses Hintergrundes fokussiert sich unsere Stellungnahme vor allem auf den unter 4 c) genannten Themenbereich der Risiken für zentrale Infrastrukturen.

Klimawandel und Wetterextreme

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen für unseren Planeten. Er führt u. a. zu einer jahreszeitlichen Verschiebung der Niederschläge und deren Form, zu extremen Wetterereignissen, der Verschlechterung der Umweltbedingungen und damit der Bedrohung der Lebensgrundlagen.

Insbesondere das Element Wasser spielt als grundlegendes „Lebenselixier“ sowohl für die Bevölkerung als auch die sie umgebende Umwelt mit Flora und Fauna eine zentrale Rolle. Hierbei sind alle auf ein ausgewogenes, über das ganze Jahr zur Verfügung stehendes Dargebot angewiesen, das vielfältige Bereiche betrifft, wie insbesondere:

- Wasserversorgung in ausreichender Menge und Qualität

Vorstand:
Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. mult. Franz Nestmann, Karlsruhe (Präsident)
Dr.-Ing. Nicolaus Römer, Laufenburg (Stellv. Präsident)
Dipl.-Ing. Matthias Weiß, Weil der Stadt (Stellv. Präsident)

Bankverbindung:
Baden-Württembergische Bank AG
IBAN: DE35 6005 0101 7495 5074 89
BIC: SOLADEST600

- Brauchwasserbereitstellung
- Wasserverfügbarkeit in der Natur einschließlich der Gewässer zum Erhalt der natürlichen Funktionen

Wasser galt bisher in Baden-Württemberg nicht als knappe Ressource. Vom durchschnittlichen jährlichen Wasserdargebot aus Niederschlag und Zuflüssen von rund 49 Mrd. m³/a wurden bislang nur 10 % für Trinkwasser, als Kühl- und Prozesswasser von Industrie und Gewerbe sowie für die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen genutzt.

Der Sommer 2022 war in Baden-Württemberg mit 20,1 °C (1961-1990: 16,2 °C) nach 2003 der zweitwärmste. Die Niederschlagssumme im Sommer erreichte nach vorläufigen Berechnungen nur 190 l/m² (292 l/m²). Gemessen an den anderen Bundesländern schaffte es Baden-Württemberg dennoch auf Platz 2 der nassesten Regionen (Deutscher Wetterdienst). Das Jahr 2022 wird damit wieder als Extremjahr in die Wetterstatistik eingehen. Und diese häufen sich signifikant in den letzten 20 Jahren.

Die mit Klimamodellen zu prognostizierende Steigerung der Temperaturen kann ausreichend abgeschätzt werden - schwieriger wird es beim Niederschlagsgeschehen und der Grundwasserneubildung für unseren wichtigsten natürlichen Wasserspeicher. Verlässliche und ausreichende Niederschläge insbesondere während der Vegetationsruhe in den Wintermonaten sind Voraussetzung für eine ausreichende Grundwasserneubildung, die allerdings deutlich zurückgeht!

Bedeutende Handlungsfelder

Aufgrund des Klimawandels ergibt sich ein höherer oder gar neuer Wasserbedarf in vielen Bereichen, wie beispielsweise die Beregnungsbedürftigkeit in der Landwirtschaft, die als neuer Nutzer der Wasservorräte hinzukommt. Zusammen mit weiteren fachlichen Disziplinen und Bedürfnissen nehmen konkurrierende Nutzungsansprüche zu. Die Abwägung für Entscheidungen wird nur gelingen, wenn das Bewusstsein für den Wert unserer wichtigsten Ressourcen gesteigert wird.

Es sind daher einige bedeutende Handlungsfelder - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - zu nennen:

- **Wasserbedarf:** Der Anspruch an den Wasserbedarf in einem Wasserversorgungsgebiet kann umso genauer definiert werden, je besser die Bedürfnisse der unterschiedlichen Nutzergruppen aus der Vergangenheit bekannt sind bzw. zukünftig prognostiziert werden (Haushalte, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Veränderung von Siedlungsstrukturen, des demografischen Wandels, Klimawandel). Der mittlere spezifische Trinkwasserbedarf pro Einwohner und Jahr ist mit derzeit rund 129 Liter pro Einwohner und Tag in den letzten Jahren moderat angestiegen. In Spitzenzeiten ist von einer Verdopplung des Trinkwasserbedarfs auszugehen.
- **Dargebot:** Die vorhandenen Bezugskapazitäten aus eigenen Brunnen und Quellen sind hinsichtlich ihrer aktuellen Leistungsfähigkeit und der wasserrechtlichen Genehmigung zu überprüfen. Bei Defiziten können neue interne Verbundmöglichkeiten für einen Ausgleich sorgen, die Reaktivierung alter Gewinnungsanlagen geprüft oder der Bau neuer Gewinnungsanlagen in die Überlegungen einbezogen werden. Wenn die eigenen Ressourcen nicht ausreichend sind, sind bestehende regionale Verbundstrukturen auf eine Erweiterung hin zu prüfen bzw. Neuanschlüsse zu planen. Gleiches gilt für etwaigen Fernwasserbezüge. Jedoch auch diese Versorger hatten und haben eine hohe Auslastung.
- **Wasserrechte** und Bezugsrechte sollten flexibel und ausreichend gestaltet werden.

- **Wasserverfügbarkeit durch Wasserspeicherung**: Aufgrund des natürlicherseits zu keinem Zeitpunkt passenden Dargebotes - zeitweise zu viel oder zu wenig - sind Speicher für Wasser zu schaffen. Diese können sowohl im Grundwasser zu verorten sein, in dem dieses gezielt durch Versickerung o. ä. angereichert wird, oder auch große Oberflächenspeicher in Form von Talsperren, wie beispielsweise die Trinkwassertalsperre Kleine Kinzig im Schwarzwald, sein. Ohne nennenswerte, in sehr absehbarer Zeit zur Verfügung stehende Speicher in Verbindung mit großen Leitungsnetzen zum überregionalen Transport wird in Zukunft keine gesicherte Wasserversorgung möglich sein.
- **Qualität:** In vielen Fällen wird es zu einer Mischwasserversorgung kommen, die ggf. ergänzende Aufbereitungsmaßnahmen nach sich zieht. Gleiches gilt, falls Rohwässer mit einer qualitativen Belastung zur Versorgung herangezogen werden sollen.
- **Kontinuierliches Monitoring:** Es ist anzustreben das nutzbare Wasserdargebot über Bilanzmodelle den Entnahmen aller Nutzergruppen gegenüberzustellen und in einem Echtzeitmonitoring zu überwachen. Das Monitoring wird schon heute durch die staatliche Wasserwirtschaftsverwaltung unterstützt. Es sind bereits einige Versorger (z.B. in Hessen) dazu übergegangen, ihre Versorgungssituation ihren Kunden über ein Ampelsystem aktuell anzuzeigen und in den Stufen Gelb und Rot aktiv zu Wassersparmaßnahmen (z. B. keine Poolbefüllung) aufzufordern bzw. zu verpflichten.
- **Betriebsoptimierung:** Hierzu zählen die Überprüfung der Funktion und Größe der Speicheranlagen; Minimierung von Wasserverlusten etc. Aus Gründen der Betriebssicherheit sind Redundanzen zu berücksichtigen.
- Mit der begonnenen Umsetzung des **Masterplans Wasserversorgung** (2021) in den ersten 10 Land- und Stadtkreisen unterstützt das Land Baden-Württemberg derzeit mit einer landesweiten, detaillierten Erhebung der Versorgungsstrukturen in allen Kommunen die Überprüfung. Hieraus sollen Handlungsoptionen zur Verbesserung der Versorgungssituation kommunenscharf abgeleitet werden.
- **Finanzierung:** Die Investitionen für resultierende Maßnahmen werden jedoch häufig aufwändig sein (Leitungsbau, Brunnenbau, zusätzlicher Speicherraum usw.). Die Landesförderung für den Ausbau der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur sollte deshalb entsprechend angepasst werden.
- **Wasserbewusste Stadtentwicklung**: Die Gestaltung unserer Städte muss die voraussichtlichen Veränderungen berücksichtigen und die verschiedensten Bereiche - von der Stadt- und Landschaftsplanung über Bau und Dachbegrünung bis zur Gewässerökologie - umfassen, die sich gemeinsam zum Ziel setzen müssen, Wasser in den Städten in sinnvoller Weise zu halten und zu einer stärkeren Klimaresistenz derselben beizutragen.
- **Stärkung des Hochwasserschutzes**: Die bisherigen Anstrengungen des Schutzes vor klassischem Hochwasser und Folgen von Starkregenereignissen müssen in Anbetracht nicht zuletzt der Ereignisse in Braunsbach oder im Ahrtal fortgesetzt werden und dabei werden auch kleinere und größere Stauanlagen wieder eine verstärkte Rolle spielen müssen. Möglicherweise können diese Anlagen durch eine intelligente, jahreszeitlich unterschiedliche Steuerung neben dem Hochwasserschutz auch für den Wasserrückhalt zur Wassernutzung, zur Grundwasseranreicherung und anderen Funktionen genutzt werden.
- **Stärkung der dezentralen Energieerzeugung und Energieversorgung**: Gerade bei Extremereignissen und Störungen unserer Infrastruktur hat sich gezeigt, dass zentrale Systeme weitaus anfälliger als dezentrale sind. Dies gilt besonders für die Energieerzeugung und Energieversorgung vor allem mit elektrischer Energie, da diese in allen Fällen eine wichtige Grundlage darstellt von der Kommunikation über das Betreiben der normalen Systeme bis hin zu den Sondersystemen im Krisenfall (Pumpen im Hochwasserfall, Transport von Wasser, lebenswichtige Systeme z. B. in Krankenhäuser n u. v. a. m). Es müssen daher alle regionalen und regenerativen Energieerzeugungsformen, die alle von

überragendem öffentlichem Interesse sind (Windkraft, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft, Geothermie etc.) ohne nennenswerte Einschränkungen genutzt und weiter ausgebaut werden. Auch Speicher von elektrischer Energie in Form von Pumpspeicherkraftwerken als einzigem ökonomisch-ökologisch sinnvollen System müssen ausgebaut werden, um die Energieversorgungssystem in allen Versorgungslagen aufrecht erhalten zu können.

Gerne stehen wir mit unseren Experten bei Bedarf für eine vertiefende Diskussion zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Heimerl

Stellungnahme des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg.

Kontakt: Prof. Dr. Frithjof Staiß,Tel. 0711 / 7870-210, E-Mail: staiss@zsw-bw.de
Dipl. Volksw. Andreas Püttner, E-Mail: andreas.puettner@zsw-bw.de
Dr. Peter Bickel, E-Mail: peter.bickel@zsw-bw.de
Dipl.-Wirt.-Ing. Maike Schmidt, E-Mail: maike.schmidt@zsw-bw.de

Ein wesentliches Element für die Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Gesellschaft und Wirtschaft ergibt sich aus einer gesicherten Versorgung mit Energie, der Bezahlbarkeit von Energie und dem Übergang zu einem klimaneutralen, nachhaltigen Energiesystem.

Die Ereignisse in der Ukraine haben sehr deutlich gemacht, wie vulnerabel die Energieversorgung in Deutschland und Baden-Württemberg derzeit noch ist und die zunehmend spürbarer werdenden Auswirkungen des Klimawandels erhöhen zusätzlich den Handlungsdruck auf die Transformation des Energiesystems. Die aktuell staatlich subventionierten Energiepreise können nur kurzfristig Entlastung bringen und alle Konsumenten müssen sich nolens volens darauf einstellen, dass ein Rückgang der Energiepreise auf das Vorkrisenniveau im Jahr 2019 höchst unwahrscheinlich ist und ein „weiter wie bisher“ nicht zielführend sein kann.

Im Kern geht es für Baden-Württemberg darum, die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren – primär Erdgas im Wärmemarkt und Mineralöl im Verkehr - und die notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, rechtlichen und ökonomischen Randbedingungen so zu setzen, dass dieser Prozess nicht nur effektiv, sondern auch effizient gestaltet und Verteilungskonflikte und negative Folgen – vor allem auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit - weitestgehend vermieden werden. Dies wird nur im Rahmen eines kooperativen Zusammenwirkens von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft möglich sein. Gleichzeitig bietet diese Transformation besonders für Baden-Württemberg erhebliche Chancen, durch damit verbundene Innovationen einerseits unmittelbar zu profitieren, andererseits aber auch beispielgebend für andere Regionen zu wirken.

An bereits vorhandenen best practices mangelt es nicht, denn Vorreiter in der Zivilgesellschaft, in Gebietskörperschaften und Unternehmen gibt es seit langem. Es gilt jetzt, diese und notwendige neue Initiativen in die Breite zu tragen. Dafür liegen zahlreiche Konzepte vor, die im Folgenden aufgrund des vorgegebenen Rahmens nur punktuell angesprochen werden können. Daraus ergeben sich u. a. folgende Handlungsempfehlungen, die sich vor allem am Sektor Industrie ausrichten und den Gestaltungsmöglichkeiten in Baden-Württemberg Rechnung tragen, d. h. ohne die Schaffung weiterer, z. B. rechtlicher Voraussetzungen auf Bundes- oder EU-Ebene:

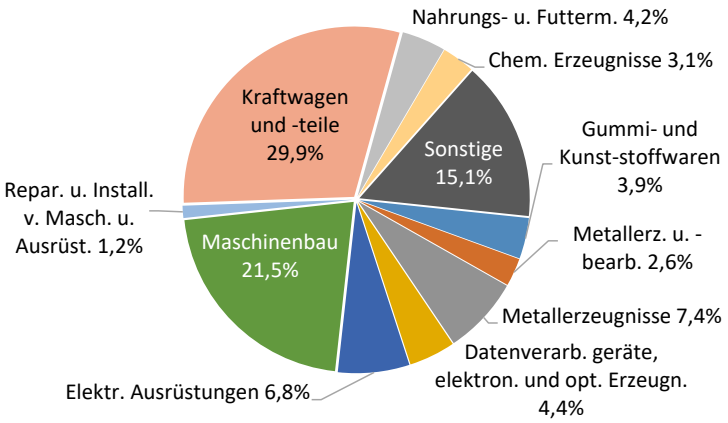
- Konkretisierung des Klima-Maßnahmen-Registers (KMR) der Landesregierung mit Blick auf die Sektorziele nach dem Klimaschutzgesetz für das Jahr 2030.
- Nutzung von erneuerbarem Strom durch zügige Flächenausweisung und –belegung beschleunigen und die elektrische Infrastruktur nachziehen.
- Tragfähige Lösungen für Akzeptanzprobleme erneuerbarer Energien vor Ort finden.
- Grünen bzw. klimaneutralen Wasserstoff als eine wesentliche Säule der Energieversorgung und als neues Geschäftsfeld für die Industrie etablieren.
- Von linearen Stoffströmen zu Stoffkreisläufen gelangen.
- Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken und verstetigen.

Die Empfehlungen sind aufgrund vielfältiger Wechselwirkungen mit anderen Belangen nicht als „Patentrezepte“ zu verstehen, sondern als Impulse für eine weitere Vertiefung der Themen und die Ausgestaltung zielführender Maßnahmen.

Status Quo der baden-württembergischen Wirtschaft

Die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs ist wesentlich durch mittelständische Unternehmen geprägt. Laut dem Unternehmensregister Baden-Württembergs waren im Berichtsjahr 2020 99% aller Unternehmen dem Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zuzurechnen. Diese beschäftigten rund die Hälfte aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (51%) und steuerten fast ein Drittel des gesamten Umsatzes in Baden-Württemberg bei. Das produzierende Gewerbe, d. h. die Industrie, ist dabei in besonderem Maße wichtig für die Ökonomie des Landes. Sie besaß nach Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg 2022 mit 32% den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes (StaLa BW 2023a).

Die wichtigsten Branchen der baden-württembergischen Industrie sind gestaffelt nach Umsatzanteilen die Automobilindustrie (ca. 30%), der Maschinenbau (ca. 22%), die Herstellung von Metallerzeugnissen (ca. 7%) sowie die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (ca. 7%).



Umsatzanteile der verschiedenen Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg im Jahr 2019 (Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Landesamtes).

Die Industrieunternehmen des Landes sind stark exportorientiert (StaLa BW 2023b): Die Exportquote beträgt knapp 58% und liegt damit deutlich über der deutschen Industrieexportquote (knapp 49%). Der große Exportanteil bietet der Industrie im Land auf der einen Seite große Chancen von den Entwicklungen auf dem Weltmarkt profitieren zu können, erhöht jedoch auf der anderen Seite auch das Risiko durch globale Krisen beeinträchtigt zu werden.

Baden-Württemberg verfügt über eine sehr hohe Innovationskraft. Beim Innovationsindex der Europäischen Union belegt das Land insgesamt den ersten Rang. Besonders hervorzuheben ist die Spitzenposition bei der F&E-Intensität, also dem Verhältnis zwischen Forschungsausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (StaLa BW 2023c).

Der Energiebedarf der Industrie ist zu etwa drei Vierteln geprägt durch den Einsatz von Strom (2021: 41,5 %) und Erdgas (2021: 32,0 %). Weitere nennenswerte Anteile entfallen auf die

Nutzung von Biomasse (2021: 9,4 %) und Fernwärme (2021: 6,9 %), während Kohle, Mineralöl und sonstigen Energieträgern nur eine geringe Bedeutung zukommt (StaLa 2023c). Der Strommix setzt sich aus der Erzeugung in Baden-Württemberg (davon im Jahr 2021 27,1 % aus erneuerbaren Energien) und dem Import aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland zusammen, wobei sich die Nettoimporte auf rund 25 % des Bedarfs beziffern lassen. Damit dürfte sich der nicht erneuerbare Anteil am gesamten Energiebedarf der Industrie im Bereich von drei Vierteln bewegen. Die energiebedingten CO_2-Emissionen beliefen sich 2021 auf 5,8 Mio. t, mithin 9,4 % der gesamten energiebedingten Emissionen in Baden-Württemberg (nach dem Territorialprinzip). Gegenüber 1990 konnten die energiebedingten Emissionen der Industrie um etwa 45 % reduziert werden. Nach dem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz vom Februar 2023 soll der Sektor Industrie bis 2030 allerdings eine Treibhausgasminderung um 62 % erreichen (einschließlich prozessbedingter Emissionen). Für das gesamte Land soll eine Treibhausgasminderung ggü. 1990 um 65 % erreicht werden (2021: -20 %), wobei zu berücksichtigen ist, dass die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken (2021: 22 % der Bruttostromerzeugung) inzwischen weggefallen ist.

Daraus ergeben sich als wesentliche Herausforderungen

- der Ausbau der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg,
- die Sicherstellung eines weitgehend CO_2-freien Stromimports sowie
- die sukzessive Substitution von Erdgas unter anderem durch CO_2-freien Wasserstoff.

Auswirkungen externer Einflüsse auf die baden-württembergische Industrie

Die nach wie vor starke Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die internationale Vernetzung der baden-württembergischen Industrie machen die Wirtschaft verletzlich gegenüber negativen externen Einflüssen. Dies haben die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit den damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung von Produktionsprozessen durch Verzögerungen in den weltweit verflochtenen Lieferketten gezeigt. Auch die damit einhergehenden weltweit gesunkenen Wirtschaftsaktivitäten hatten negative Auswirkungen insbesondere auf exportorientierte Unternehmen.

Besonders negativ wirkte sich der hohe Anteil fossiler Energieträger an der Energieversorgung im Zuge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die baden-württembergische Industrie aus. Die große Abhängigkeit von russischem Erdgas führte wie im Rest Deutschlands zu stark gestiegen **Energiekosten**, die die Produktion im Land deutlich verteuert und damit die Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Unternehmen im globalen Wettbewerb beeinträchtigt haben. So lag der durchschnittliche Strompreis für die Industrie im zweiten Halbjahr 2022 um das Zweieinhalbfache höher als im Jahr 2021 (BDEW 2023a). Noch deutlicher stiegen die Preise zwischenzeitlich auf dem Gasmarkt. Durch staatliche Maßnahmen – Strom- und Gaspreisbremse - wurden die Preisausschläge zwar begrenzt und erfreulicherweise sinken die Marktpreise seit einiger Zeit wieder, allerdings ist ein Rückgang auf das Vorkrisenniveau nicht zu erwarten (unabhängig davon, ob die aktuelle politische Diskussion zu subventionierten Industriestrompreisen führt, weil dies ebenfalls nur übergangsweise möglich sein wird). Als Indikatoren können hierfür die Terminkontrakte an der Strombörse und im Erdgas-Großhandel herangezogen werden: Die Futures am Großhandelsmarkt Strom betragen aktuell (Juli 2023) für das Lieferjahr 2026 10,2 ct/kWh, was etwa dem Doppelten des Wertes für 2019 entspricht. Für die längere Sicht bis zum Jahr 2030 erwarten Experten Werte um 7,3 ct/kWh (ZDF 2023), wobei dann der Anteil erneuerbarer Energien bereits bei 80 % liegen könnte (Ziel des Koalitionsvertrages der Bundesregierung) und somit preisstabilisierend wirkt. Die Terminkontrakte für Erdgas liegen aktuell bei 3,8 ct/kWh für das Lieferjahr 2026, also etwa beim Doppelten im Vergleich zum Jahr 2019 (BDEW 2023b).

Eine weitere Anforderung für die baden-württembergische Industrie stellt die zur Bekämpfung des Klimawandels erforderliche Transformation durch sukzessive **Defossilisierung von Produktionsprozessen** und Produkten dar, die den Anpassungsdruck weiter verstärkt. Hierbei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass dies ebenso wie ein längerfristiger Anstieg der Energiepreise im Zuge der Transformation des Energiesystems nicht überraschend kommt. So wurde das europäische Emissionshandelssystems bereits im Jahr 2005 eingeführt mit dem klaren Ziel, klimaschädliche Prozesse und Energieträger sukzessive zu verteuern und gleichzeitig Anreize für Alternativen zu setzen, z. B. für Effizienzmaßnahmen und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Und spätestens mit der Implementierung des europäischen Green Deals und den Klimaneutralitätszielen auf EU-Ebene (bis spätestens 2050), beim Bund (bis 2045) und im Land Baden-Württemberg (bis 2040) sollten allen Akteure die daraus resultierenden Konsequenzen klargeworden sein. Eine Reihe von zumeist mittelständischen Unternehmen, z. B. diejenigen, die sich am Klimabündnis Baden-Württemberg oder anderen Netzwerken beteiligen, haben sich zum Teil sehr früh auf die absehbaren Veränderungen eingestellt, viele andere haben aber offenbar gewartet und stehen jetzt unter einem entsprechend hohen Transformationsdruck. Dies gilt beispielsweise für die Automobilzulieferindustrie, die sich im Zuge des Übergangs zu Elektromobilität und den Klimaschutzambitionen der OEM mit neuen Anforderungen konfrontiert sieht und dies sowohl bei den Produkten als auch im Sinne einer klimaneutralen Produktion.

Auf der anderen Seite bietet die erforderliche Transformation des Energie- und Wirtschaftssystems zahlreiche Chancen für baden-württembergische Unternehmen, wodurch schrumpfende Geschäftsfelder und potenziell wegfallende Arbeitsplätze in „konventionellen“ Bereichen ausgeglichen werden können.

Optionen für mehr Resilienz

Generell lassen sich verschiedene Ansatzpunkte zur Steigerung der Resilienz der Wirtschaft des Landes identifizieren: Einen wichtigen Punkt stellt die Steigerung der **Energie- und Ressourceneffizienz** dar. Die Senkung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen verringert die Anfälligkeit gegenüber Preissprüngen und Lieferengpässen. In diesen Bereichen ist das Land u. a. im Rahmen des landesweiten Netzwerks Ressourceneffizienz mit Umwelttechnik BW und KEFF+ bereits aktiv. In diesem Zuge sind auch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger sowie die Umstellung von Produktionsverfahren, das Recycling/Upcycling von Stoffen oder längerfristig auch der Ersatz kritischer Rohstoffe (z. B. Ersatz von Lithium durch Natrium als Kathodenmaterial für Batterien) zu nennen. Hierfür sind in der Regel entsprechende Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten erforderlich. Häufig dürften sich durch Innovationen neue Wertschöpfungsketten erschließen lassen, die für die zukünftige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von großer Bedeutung sind. Ein weiteres Element zur Stärkung der Resilienz ist die Diversifizierung der Lieferketten auf der Beschaffungsseite und der Absatzseite, etwa bei stark exportorientierten Unternehmen der Aufbau von Aktivitäten in verschiedenen Weltregionen, um mögliche Einschränkungen der Geschäftstätigkeit bei regionalen Krisen ausgleichen zu können.

Im Bereich Klimaschutz hat das Land Baden-Württemberg im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz ambitionierte Minderungsziele festgelegt, die eine umfangreiche Anpassung der Wirtschaft des Landes erfordern. Für die Industrie ergibt sich daraus insbesondere die Notwendigkeit, die **Bereitstellung von Prozesswärme** von Erdgas auf Elektrizität (Elektrodenkessel, Wärmepumpen) oder perspektivisch auf klimaneutralen Wasserstoff (v. a. für Hochtemperaturprozesswärme) umzustellen. Letzterer wird auch für die stoffliche Nutzung in der (Petro-)Chemie-, Mineral- und Metallverarbeitung benötigt. Für nicht vermeidbare, prozessbedingte CO_2-Emissionen (insbesondere in der Zementherstellung) ist der Einsatz von

sog. carbon capture and storage- bzw. carbon capture and use-Verfahren (CCS/CCU) erforderlich.

Insbesondere die einleitend beschriebene hohe Innovationskraft der Industrie Baden-Württembergs in Verbindung mit der großen Exportorientierung der Unternehmen bietet gute Voraussetzungen, die beschriebenen, u. a. durch externe Schocks induzierten, Auswirkungen überwinden zu können. Hierfür gilt es, die Innovationsstärke der baden-württembergischen Unternehmen weiter anzureizen und vielversprechende Ansätze kontinuierlich zu unterstützen.

Im Folgenden sollen dazu einige konkrete **Beispiele** aufgezeigt werden, welche zur Steigerung der Resilienz der baden-württembergischen Industrie beitragen: **Grüner bzw. klimaneutraler Wasserstoff** ist ein Schlüsselelement der globalen Defossilisierung und gewinnt immer mehr an Bedeutung. Neben der Nutzung von grünem Wasserstoff im Land kann Baden-Württemberg von der sich weltweit abzeichnenden starken Nachfragesteigerung nach Wasserstoff und Anlagen zu dessen Herstellung insbesondere durch die Entwicklung, Produktion und den Export solcher Systeme und deren Komponenten profitieren. So hat bspw. das vom Wirtschaftsministerium initiierte Projekt **„Elektrolyse made in Baden-Württemberg“** gezeigt, dass viele Unternehmen insbesondere im Zuliefererbereich durch ihre bisherige Produktpalette sowie Produktionsverfahren über das für die Fertigung von Elektrolysekomponenten erforderliche Knowhow verfügen. Es konnte anhand des Aufbaus einer alkalischen Druckelektrolyse der Megawatt-Klasse gezeigt werden, dass praktisch alle Anlagenteile in Baden-Württemberg hergestellt werden können. Besonders hervorzuheben ist dabei der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Herstellung von Metallerzeugnissen. Da viele der verwendeten Komponenten auch für andere Elektrolysesysteme eingesetzt werden können (z. B. Leistungselektronik, Wasserversorgung), lassen sich die Ergebnisse mit gewissen Einschränkungen auch auf Elektrolyseanlagen anderen Typs (PEM, SOEC) übertragen.

Das im Rahmen des Projekts „Elektrolyse made in Baden-Württemberg“ ermittelte **ökonomische Potenzial für die baden-württembergische Industrie durch die Fertigung von Elektrolyseanlagen und -komponenten** beläuft sich je nach unterstellter weltweiter Entwicklung der tatsächlichen Nachfrage nach grünem Wasserstoff und dem damit verbundenen Bedarf an Elektrolysekapazität sowie je nach Entwicklung der baden-württembergischen Welthandelsanteile in den entsprechenden Branchen in der Dekade 2031 bis 2040 auf ein Umsatzvolumen von 0,8 bis 2,1 Mrd. Euro pro Jahr und für 2041 bis 2050 von jährlich 1,5 bis 8,4 Mrd. Euro. Damit verbunden ist ein Beschäftigungspotenzial im Zeitraum 2031 bis 2040 von ca. 3.600 bis 9.700 Arbeitsplätzen und im Zeitraum 2041 bis 2050 von rund 6.600 bis 36.900 Arbeitsplätzen (zum Vergleich: Im Jahr 2019 waren in den baden-württembergischen Sektoren Herstellung von Metallerzeugnissen und Maschinenbau rund 162.000 bzw. 335.000 Personen beschäftigt). Die große Bandbreite der Potenziale verdeutlicht, dass die globale Entwicklung des Wasserstoffmarkts noch sehr unsicher ist. Die genannten Umsatz- und Beschäftigungszahlen enthalten allerdings noch nicht das ökonomische Potenzial durch die Fertigung von Produktionsanlagen zur Herstellung von Elektrolysesystemen und -komponenten. Für Baden-Württemberg als klassisches Land des Maschinen- und Anlagenbaus bestehen hier weitere umfassende Potenziale.

Mit dem zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff kann die baden-württembergische Industrie darüber hinaus auch von weiteren **Wertschöpfungsstufen entlang der Wasserstoffwertschöpfungskette** profitieren. Dies ist bspw. im Rahmen der für die Herstellung von erneuerbaren Kraftstoffen (sog. eFuels), die auf grünem Wasserstoff beruhen, benötigten Anlagen und -komponenten zur Gewinnung von CO_2 der Fall. Eine mögliche nachhaltige CO_2-Quelle für eFuels stellt das **Direct Air Capture-Verfahren** (DAC) dar. Die baden-württember-

gische Industrie kann auch bei diesen Anlagen von der Entwicklung und Produktion der entsprechenden Komponenten profitieren. Die Ermittlung der ökonomischen Potenziale ist Gegenstand des Projekts „Direct Air Capture made in Baden-Württemberg“ des Verkehrsministeriums. Erste Analysen zeigen bereits, dass auch hier **das baden-württembergische Profil vorteilhaft für die Produktion von Anlagen und -komponenten** sein dürfte.

Weiteres Umsatzpotenzial in der Größenordnung von mehreren Milliarden Euro entlang der Wasserstoffwertschöpfungskette besteht durch die Produktion von **Synthese-Anlagen für eFuels**, aber auch im Bereich von Systemen zur direkten Nutzung von Wasserstoff wie **Brennstoffzellen**. Insbesondere in diesem Bereich ist die baden-württembergische Industrie hervorragend aufgestellt. Dies wird durch bestehende Netzwerke (z. B. Cluster Brennstoffzelle BW) und Kooperationen mit Forschungseinrichtungen ergänzt. Ein Beispiel ist die Forschungsfabrik für Wasserstoff und Brennstoffzellen (HyFaB), die vom Land und dem Bund in erheblichem Umfang gefördert wird und entscheidend zur Weiterentwicklung und Skalierung der Brennstoffzellentechnik in Deutschland beiträgt. Als öffentlich gefördertes Projekt bietet die HyFaB eine Plattform, auf der Akteure aus der Nutzfahrzeug-/Automobil- und Brennstoffzellen-Zulieferindustrie sowie Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau eng und langfristig zusammenarbeiten können mit dem Ziel, die Umsetzung einer industriellen Massenfertigung von wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen zu beschleunigen.

Neben der Entwicklung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität gilt es ganz allgemein für die Industrie, ihre Produktionsprozesse auf klimaneutrale Verfahren umzustellen. Besonderes Augenmerk sollte hier auch auf die Umsetzung im Sinne einer **Kreislaufwirtschaft** gelegt werden. Denn Produktionsprozesse, die auf Rohstoffkreisläufe umgestellt werden, vermindern für produzierende Unternehmen nicht nur Emissionen - insbesondere auf der sog. Scope 3-Ebene nach dem Greenhouse Gas (GHG) Protocol, auf der nicht nur direkt vor Ort entstehende Emissionen bilanziert, sondern auch die Emissionen entlang aller vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen, also von der Rohstoffgewinnung bis zu Nutzung von Produkten -, sondern verbessern zudem die Verfügbarkeit von Rohstoffen und erhöhen somit die Resilienz gegenüber externen Schocks auf den globalen Rohstoffmärkten. Mit der zurzeit auf Landesebene entwickelten „Roadmap klimaneutrale Produktion Baden-Württemberg“ sollen die Unternehmen unterstützt werden, ihre Produktion auf klimaneutrale Verfahren umzustellen. Insgesamt sollte die Rohstoffsicherung in Gänze als Resilienzstrategie begriffen werden.

Ein **beschleunigter Ausbau der Nutzung von erneuerbaren Energien** (EE) trägt dazu bei, die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern zu reduzieren, Preissprünge bei der Strom- und Wärmeversorgung zu vermeiden, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und dadurch die Resilienz der baden-württembergischen Industrie sowie der gesamten Gesellschaft zu stärken. Neben der allgemeinen Schaffung eines positiven Investitionsklimas für den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien durch Politik und Gesellschaft sollte auch die Industrie die Absicherung der eigenen Energieversorgung durch EE-Anlagen stärker in das Blickfeld nehmen. Die Optionen sind hier vielfältig. Denkbar sind der Abschluss langfristiger Lieferverträge mit Anlagenbetreibern (sog. power purchase agreements PPA) für regenerativen Strom, die Errichtung eigener EE-Anlagen zur Deckung des (eigenen) Strom-, Wärme- und ggf. Wasserstoffbedarfs oder auch Beteiligungen an Erzeugungsanlagen.

Auch die **Bereitstellung von Abwärme aus industriellen Prozessen** als Wärmequelle für kommunale Wärmeversorgungskonzepte insbesondere in Wärmenetzen sollte seitens der Industrie stärker in den Blick genommen werden. Auch wenn dies nicht unmittelbar zu einer Reduktion der Emissionen am Standort führt – diese erfolgt bereits über den Energieträgerwechsel von Erdgas zu grünem Wasserstoff oder erneuerbarem Strom – kann sie eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen, vor allem aber in erheblichem Maß die Transformation zu

einer klimaneutralen Wärmeversorgung unterstützen. Dabei ist bei der Ausgestaltung der Lieferverträge darauf zu achten, dass die notwendige Flexibilität in der Produktion gewahrt bleibt, ohne die Wärmeversorgung zu gefährden.

Herausforderungen für den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Bereitstellung von Wasserstoff

Die Nutzung heimischer erneuerbarer Energien trägt wesentlich zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität bei. Dies gilt vor allem für den für die Industrie in Baden-Württemberg wichtigsten Energieträger Elektrizität, unabhängig davon, ob Strom der allgemeinen Versorgung oder mittels Eigenerzeugung genutzt wird. Die Landesregierung strebt nach dem Entwurf des Energiekonzepts vom März 2023 an, den Anteil erneuerbarer Energien an der Bruttostromerzeugung von 36 % im Jahr 2021 auf 80 % bis 2030 anzuheben. Dies soll fast ausschließlich durch die Nutzung der Windenergie (Erhöhung der installierten Leistung von 1,6 Gigawatt in 2020 auf 6,1 Gigawatt) und Photovoltaik (von 6,9 auf 24,6 Gigawatt) erreicht werden, wobei Photovoltaikanlagen in erster Linie auf und an Gebäuden errichtet werden sollen, ein Teil aber auch in Form größerer Anlagen auf Freiflächen. Dazu sind die Regionen nach dem Klimaschutzgesetz 2023 (§ 20, KlimaG BW) verpflichtet, bis 30. September 2025 mindestens 1,8 % der Gebietsfläche für die Nutzung der Windenergie und mindestens 0,2 % der Fläche für die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik (§ 21) auszuweisen. Wichtig ist hierbei jedoch, dass nicht nur ein Ausweis geeigneter Flächen erfolgt, sondern anschließend auch eine Belegung mit Anlagen, um die Ausbauziele zu realisieren. Denn bisher sind mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Baden-Württemberg nur zwischen Null und 0,12 % der Flächen in den Landkreisen belegt (Stand Ende 2022), während in Bayern bereits bis zu 0,4 % erreicht sind.

Der geplanten Ausbaudynamik bei den erneuerbarer Energien stehen immer noch deutlich **zu lange Genehmigungsverfahren** entgegen: Bei den Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land sind neben immissionsschutzrechtlichen Verfahren insbesondere Vorschriften des Natur- und Artenschutzes sowie bauordnungs- und bauplanungsrechtliche Belange zu beachten (FA Wind 2023a). Darüber hinaus bestehen weitere, teilweise je nach Bundesland unterschiedliche Regelungen. Eine Auswertung der Fachagentur Windenergie an Land ergab, dass in Deutschland mit stark unterschiedlichen Zeiträumen von der Antragstellung bis zur Behördenentscheidung zu rechnen ist. Während bei Verfahren mit Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung zwischen 2018 bis Juli 2023 die durchschnittliche Genehmigungsdauer für ganz Deutschland bei 24,4 Monaten lag, wurden für Baden-Württemberg im Durchschnitt fast 33 Monate beobachtet (FA Wind 2023b). Nur in Hessen lagen die Verfahrensdauern mit 38,5 Monaten noch höher als in Baden-Württemberg. Die kürzesten Verfahrensdauern konnten für Sachsen mit durchschnittlich 12,5 Monaten ermittelt werden. Dies zeigt, dass insbesondere in Baden-Württemberg die Genehmigungsverfahren und die in der Praxis erreichten Genehmigungsdauern drastisch gestrafft werden müssen, um die Zielsetzungen für den EE-Ausbau erreichen zu können, denn zwischen der Entscheidung eines Projektierers, eine Anlage an einem konkreten Standort errichten zu wollen, und der Fertigstellung der Anlage vergehen hierzulande zwischenzeitlich bis zu sieben Jahre (Task Force EE 2023). Der Bund und das Land streben bereits verschiedene Verfahrenskürzungen an, die es rasch umzusetzen und weiter fortzuführen gilt. So hat sich die von der Landesregierung eingesetzte Task Force Erneuerbare Energien zum Ziel gesetzt, die Planungs- und Genehmigungszeiten insbesondere für die Realisierung von Windenergieanlagen zu halbieren.

Für die Transformation des Energiesystems ist gleichzeitig der **Auf- und Ausbau entsprechender, leistungsfähiger Infrastrukturen** erforderlich. Ein Beispiel ist die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung SuedLink, die die Netzverknüpfungspunkte Brunsbüttel in

Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg verbinden soll, um künftig den im Norden an Land und auf See erzeugten Windstrom nach Süden zu transportieren und die mit einer Übertragungsleistung von 2.000 Megawatt einen wichtigen Beitrag leisten soll, den Energiebedarf in Baden-Württemberg und Bayern nach dem Atomausstieg abzudecken. Das Vorhaben ist bereits seit 2013 im Bundesbedarfsplangesetz als vordringlich enthalten und sollte ursprünglich nach dem Baubeginn im Jahr 2016 im Jahr 2022 in Betrieb gehen. Aufgrund zahlreicher Verzögerungen sind bisher allerdings erst 17 km der insgesamt 689 km langen Trasse genehmigt (Tagesschau 2023) - nicht gebaut - und die Bundesnetzagentur geht inzwischen von einer Realisierung im Jahr 2028 aus (BNetzA 2023). Anhand dieses und vieler weiterer verzögerter Vorhaben wird deutlich, wie wichtig es auch im Bereich von Infrastrukturen ist, Genehmigungsverfahren auf allen Entscheidungsebenen zu beschleunigen und eine zügige Realisierung zu unterstützen. Dies gilt im Übrigen auch für andere Netzebenen im Strombereich, wenngleich hier die Probleme etwas anders gelagert sind.

Auch für die **Bereitstellung und Verteilung von klimaneutralem Wasserstoff** sind entsprechende Versorgungsinfrastrukturen (z. B. Pipelines) aufzubauen (bzw. bestehende Erdgasnetze zu transformieren). Parallel zu den Planungen der Gasnetzbetreiber wurden seitens der Landesregierung bereits vielfältige Aktivitäten angestoßen. So läuft derzeit u. a. eine koordinierte Bedarfsabfrage auf Unternehmensebene, um die für Baden-Württemberg erforderliche Wasserstoffinfrastruktur bestmöglich planen zu können. Es ist zwar davon auszugehen, dass auf Grund begrenzter Potenziale an erneuerbaren Energien der benötigte grüne Wasserstoff nicht vollständig in Baden-Württemberg hergestellt werden kann, allerdings ist eine anteilige Erzeugung erstrebenswert, um mit lokalen oder regionalen Wasserstoff-Hubs nicht zuletzt Bedarfe der Industrie für Hochtemperatur-Prozesswärme (d. h. nicht für den Raumwärmemarkt) oder eine stoffliche Nutzung von Wasserstoff in Regionen bedienen zu können, die nicht oder voraussichtlich erst jenseits des Jahres 2035 an die übergeordnete leitungsgebundene Wasserstoff-Infrastruktur angebunden werden. Dies konsequent umzusetzen ist besonders für Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung: Erstens, weil die aktuellen Planungen der Fernleitungsnetzbetreiber zum Wasserstoff-Kernnetz in Deutschland zeigen, dass bis zum Jahr 2032 nur ein geringer Teil Baden-Württembergs durch Wasserstoff-Pipelines erschlossen sein wird (vgl. FNBGas 2023). Und zweitens bedeutet das Ziel der Klimaneutralität im Land bis 2040, dass in 17 Jahren kein Erdgas mehr zur Verfügung stehen wird!

Eine weitere Herausforderung für die Transformation des Energiesystem stellt die **Akzeptanz vor Ort** beim Bau von EE-Anlagen sowie weiterer energiewenderelevanter Infrastrukturen dar (Netze, Elektrolyseanlagen, Wasserstoffpipelines, Energiespeicher etc.). Erneuerbare Energien genießen bundesweit zwar weiterhin eine hohe allgemeine Akzeptanz - in der neuesten Akzeptanzumfrage der Agentur für Erneuerbare Energien aus dem Jahr 2022 sprechen sich 86% der Befragten für den weiteren Ausbau von EE-Anlagen aus (AEE 2022) -, wird der Fokus jedoch auf den konkreten Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort (Umkreis bis zu 5 km) gelenkt, so sinkt die Akzeptanz teilweise deutlich ab: Solaranlagen auf Dächern besitzen die größten Zustimmungswerte mit 80%, bei Freiflächenanlagen finden nur noch 65% der Befragten den Zubau in der Nachbarschaft sehr gut oder gut und bei Windenergieanlagen sinkt dieser Wert weiter auf 50%. Überlandleitungen besitzen mit 25% den geringsten Zustimmungswert. Dies deckt sich mit vielen Projekterfahrungen, wonach insbesondere Windkraftanlagen und Hochspannungsleitungen vor Ort teilweise mit großen Widerständen zu kämpfen haben, wodurch sich der Ausbau von Anlagen zusätzlich zu langwierigen Genehmigungsverfahren durch juristische Auseinandersetzungen weiter verzögert und in einigen Fällen sogar verhindert wird. Bemerkenswert ist an den Umfragen allerdings auch der Effekt, dass bei erfolgter Installation von EE-Anlagen ein positiver Effekt auf die Akzeptanz vor Ort erkennbar ist: So steigt die Zustimmung zu Windenergieanlagen bspw. um 13 Prozentpunkte, wenn mindestens eine Anlage in der Nachbarschaft der Befragten betrieben wird. Entscheidend ist somit, bereits

vor der Errichtung von EE-Anlagen die Betroffenen „mitzunehmen“ und mittels verschiedener begleitender Maßnahmen einzubinden.

Weitere Herausforderungen für die baden-württembergische Industrie

Zu den weiteren Herausforderungen mit Blick auf das produzierende Gewerbe zählt, dass vielen, insbesondere kleineren Unternehmen, die sich aus Transformationsprozessen, etwa in Bezug auf die Produktion von Zukunftstechnologien ergebenden **Chancen oftmals unzureichend bekannt** sind, weil sie nicht immer über ausreichendes Wissen zur Einschätzung der Einsatzmöglichkeiten ihrer Produkte bzw. Fertigungsverfahren in neuen Bereichen verfügen. Es besteht deshalb die Gefahr, dass die Unternehmen nicht oder zu langsam agieren. Für Wasserstofftechnologien und viele weitere Bereiche ist jedoch ein schneller Markteinstieg wichtig, um sich auf dem Weltmarkt frühzeitig zu etablieren und ggf. gemeinsam mit Partnern behaupten zu können. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der Fachkräftemangel den Einstieg in Zukunftstechnologien erschwert, was durch die Konkurrenz verschiedener neuer Technologiefelder zusätzlich verstärkt wird. Hier dürfte es auch außerhalb des Energiebereichs hinreichend viele kreative Lösungen geben, die aber vermutlich noch nicht in der Breite etabliert sind.

Im Rahmen der **EU-Taxonomie** besteht für große Unternehmen die Verpflichtung zu berichten, in welchem Ausmaß ihre Geschäftstätigkeiten hinsichtlich der sechs von der EU definierten Umweltziele Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Wasser- und Meeresressourcen, Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Umweltverschmutzung sowie Biodiversität und Ökosysteme taxonomiekonform sind. Perspektivisch sind über die Corporate Sustainability Reporting Directive der EU auch kapitalmarktorientierte kleine und mittelständische Unternehmen von den Berichtspflichten betroffen. Aber bereits zum jetzigen Zeitpunkt reichen betroffene (große) Unternehmen die Anforderungen oftmals an ihre Zulieferer weiter, um den Grad ihrer eigenen Taxonomiekonformität ermitteln zu können. Gemäß einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC aus dem Jahr 2022 (PWC 2022) entstehen durch die Einhaltung der Pflichten aus der EU-Taxonomie durchaus erhebliche Kosten. Für etwa die Hälfte der befragten Unternehmen fielen zwar weniger als 100.000 Euro an Kosten für die Implementierung der Berichterstattung an, für 26% betrugen die Kosten zwischen 100.000 und 500.000 Euro und für 16% der Unternehmen mehr als 500.000 Euro. So steigen zum einen die Kosten für Unternehmen zur Erfüllung von Nachhaltigkeitsberichtspflichten kontinuierlich an, zum anderen könnten Finanzmarktakteure zunehmend den Grad der Taxonomiekonformität als ein Bewertungskriterium für die Festlegung der Finanzierungskonditionen heranziehen. Dadurch dürfte es für Unternehmen, die in nicht-taxonomiekonformen Geschäftsfeldern aktiv sind, zunehmend schwieriger werden, an (ausreichend) günstige Finanzmittel zu gelangen. Andererseits können kontinuierlich anspruchsvoller werdende Berichtspflichten auch nachhaltigere Unternehmensaktivitäten befördern, da Unternehmen gezwungen werden, sich mit der Nachhaltigkeit ihrer Geschäftsmodelle zu befassen. Die Anforderungen der EU-Taxonomie sollten von den Unternehmen daher als Chance begriffen werden, sich zukunftsfähig und resilienter aufzustellen.

Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Resilienz der baden-württembergischen Industrie

Förderung strategischer Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie Clusterbildung

Zur Stärkung der Innovationskraft der baden-württembergischen Industrie sowie zur Erleichterung des Einstiegs in die Produktion von Zukunftstechnologien im Energiebereich sollten strategische Kooperationen von Wissenschaft mit der Wirtschaft sowie Wirtschaftsnetzwerke weiter gestärkt werden. Als positive Beispiele können die o. g. Vorhaben wie „Elektrolyse made in Baden-Württemberg“ dienen. Durch den im Rahmen dieses Projekts initiierten Industriedialog konnte ein Netzwerk von über 70 Unternehmen aufgebaut werden. Es wurde ein breites Spektrum an Branchen adressiert, wodurch den Unternehmen wichtige Informationen für den Einstieg in diese Zukunftstechnologie vermittelt werden konnten. Zugleich ist es gelungen, einen Elektrolyse-Systemdemonstrator mit Expertise und Hardware von über 40 baden-württembergischen Unternehmen aufzubauen und in Betrieb zu nehmen (ZSW 2023). Ein vergleichbares Netzwerk besteht mit der o. g. HyFab im Bereich Brennstoffzellen und ein weiteres für die DAC-Technologie soll im Rahmen eines vom Verkehrsministeriums geförderten Vorhabens „Direct Air Capture made in Baden-Württemberg“ aufgebaut werden. Dabei ist der Rückgriff auf bestehende Unternehmensbeziehungen beim Aufbau solcher Netzwerke generell von Vorteil.

Verstetigung der Förderung von Forschung und Entwicklung in Zukunftstechnologien

Zugleich ist die Unterstützung von Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen bei der Weiterentwicklung und Skalierung von Wasserstofftechnologien sowie bei der Automatisierung der Produktion entsprechender Anlagen zu verstetigen, um die bestehenden ökonomischen Zukunftspotenziale für die baden-württembergische Industrie auf dem Weltmarkt realisieren zu können. Dies gilt selbstverständlich für weiteren Schlüsseltechnologien wie Batterieproduktion und –recycling usw.

Ausbau finanzieller Unterstützung für Unternehmen, die in Zukunftstechnologien einsteigen und diese als neues Geschäftsfeld aufbauen möchten.

Für Unternehmen, die in Klimaschutzzielen entgegenstehenden Geschäftsfeldern tätig sind (z. B. Automobilzulieferer mit Fokus Verbrennungsmotor) verschlechtern sich die Ertragsprognosen und Finanzierungskonditionen zunehmend. Dies erschwert die Finanzierung der für die Erschließung neuer Geschäftsfelder erforderlichen Investitionen, was die erforderliche Transformation hemmt. Um den Umstieg in zukunftsträchtige Technologiebereiche zu fördern, sind entsprechende Unterstützungsangebote (z. B. erleichterter Zugang zu Krediten) für betroffene Unternehmen immer wieder zu überprüfen und ggf. anzupassen, um die Verfügbarkeit ausreichender Investitionsmittel sicherstellen zu können.

Entwicklung von Strategien zur Gewinnung benötigter Arbeitskräfte

Die Verfügbarkeit von Fachkräften stellt ein Hemmnis für viele Unternehmen dar und ein Mangel an gut ausgebildeten Mitarbeitenden bedroht die Innovationsfähigkeit der Unternehmen insbesondere in den für die Transformation relevanten Branchen (Klimaschutz, Infrastrukturausbau usw.) und beeinträchtigt darüber hinaus die Resilienz aller baden-württembergischen

Unternehmen. Deshalb sollten in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren (Handwerk, Bundesagentur für Arbeit, usw.) Strategien zur Gewinnung benötigter Arbeitskräfte durch Aus- und Fortbildung sowie zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland durch Attraktivitätssteigerung des Standorts Baden-Württemberg und der Unternehmen als Arbeitgeber entwickelt werden.

Aufbau lokaler H_2-Hubs zur Sicherstellung der Wasserstoffversorgung für die heimische Wirtschaft

Weil Baden-Württemberg auf absehbare Zeit nicht flächendeckend an Wasserstofffernleitungen angeschlossen sein wird (siehe oben), sollte der Aufbau lokaler H_2-Hubs als lokale (Innovations-)Keimzellen ergänzend zu den bereits implementierten Modellregionen weiter angereizt werden. Diese ermöglichen eine frühzeitige Bereitstellung von grünem Wasserstoff sowie eine stärkere regionale Verflechtung von Unternehmen und Kommunen. Dadurch wird die lokale Wertschöpfung erhöht und ein resilienteres Energiesystem vor Ort ermöglicht. Zugleich ermöglichen lokale H_2-Hubs durch bereits entwickelte Verteilnetze und Wasserstoffabnehmer perspektivisch eine schnellere Anbindung an überregionale Wasserstoffverteilinfrastrukturen.

Förderung der (finanziellen) Bürgerbeteiligung zur Förderung der Akzeptanz von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien

Um die Herausforderungen, die mit der teilweisen Ablehnung des Anlagenzubaus vor Ort verbunden sind, bewältigen zu können, sollte die finanzielle Beteiligung von Kommunen und Bürgern am EE-Ausbau weiter gestärkt werden, die über die freiwilligen Regelungen des EEG 2023 hinausgehen. So besteht bspw. in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz für Betreiber von Windkraftanlagen an Land eine Pflicht zur finanziellen Beteiligung von Anwohnern sowie standortnahen Kommunen in Höhe von mindestens 20% am Gesellschaftskapital. Alternativ zu einer finanziellen Beteiligung können weitere wirtschaftliche Teilhabeoptionen wie z. B. ein vergünstigter lokaler Stromtarif, die Zahlung einer Ausgleichsabgabe an die betroffenen Kommunen oder ein Sparprodukt für die Anwohner angeboten werden. Bei Nutzung der Ausgleichsabgabe als Erfüllungsoption haben die Gemeinden die finanziellen Mittel zur Steigerung der Akzeptanz für Windenergieanlagen zu verwenden. Darunter zählen u. a. die Aufwertung von Ortsbild und Infrastruktur oder die Förderung kommunaler Veranstaltungen oder Einrichtungen im Bereich von Kultur, Bildung oder Freizeit. Weitere gesetzliche Regelungen zur Beteiligung an Windenergievorhaben bestehen derzeit in Brandenburg und Hessen. In Thüringen und Niedersachsen werden konkrete Gesetzesentwürfe diskutiert. Auch in Sachsen-Anhalt, Bayern und Nordrhein-Westfalen werden Gesetzesvorhaben diskutiert (Maslaton 2023 und Rothe, S. 2023). Um die Akzeptanz von EE-Anlagen vor Ort weiter zu stärken, sollte auch Baden-Württemberg vergleichbare Regelungen prüfen und neben Windenergieanlagen auch Regelungen für weitere Anlagentypen wie Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Betracht ziehen. Positiver Nebeneffekt der Bürgerbeteiligung ist die gleichzeitige Stärkung der lokalen Wertschöpfung.

Konkretisierung des Klima-Maßnahmen-Registers für zentrale Maßnahmen

Um die baden-württembergische Wirtschaft aber auch das Land Baden-Württemberg insgesamt resilienter aufzustellen, ist eine Weiterentwicklung des Klima-Maßnahmen-Registers der Landesregierung zur Umsetzung der Ziele des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg zwingend erforderlich. Hierfür sind insbesondere darin als zentral

für die Erreichung der Klimaziele identifizierte Maßnahmen stärker hervorzuheben sowie konkreter und eindeutig inkl. Umsetzungs- und Wirkungszeitraum zu formulieren, um eine Überprüfung und Nachsteuerung der Maßnahmen im Zeitverlauf zu ermöglichen. Dadurch wird das Commitment des Landes stärker deutlich und die betroffenen Akteurinnen und Akteure können ihre Aktivitäten stärker an den den Maßnahmen hinterlegten Zielsetzungen ausrichten. Für die konkrete Weiterentwicklung des Klima-Maßnahmen-Registers sollten u. a. die vom Klima-Sachverständigenrat ausgearbeiteten Empfehlungen (Schmidt, M. et al. 2023) berücksichtigt werden.

Quellenverzeichnis

AEE 2022: Umfrage: Wunsch nach Versorgungssicherheit beflügelt Akzeptanz von Erneuerbaren Energien. Agentur für Erneuerbare Energien e.V., abgerufen am 08.08.2023: https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/umfrage-wunsch-nach-versorgungssicherheit-befluegelt-akzeptanz-von-erneuerbaren-energien

AGEB 2022: Auswertungstabellen zur Energiebilanz Deutschland – Daten für die Jahre 1990 bis 2021. Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Münster und Berlin, September 2022.

BDEW 2023a: BDEW-Strompreisanalyse Juli 2023. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Abgerufen am 11.08.2023: https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/

BDEW 2023b: BDEW-Gaspreisanalyse Juli 2023. BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Abgerufen am 11.08.2023: https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-gaspreisanalyse/

BNetzA 2023: Monitoring des Stromnetzausbaus, Erstes Quartal 2023: https://www.netzausbau.de/Vorhaben/uebersicht/report/de.html

FA Wind 2023a: Genehmigung. Fachagentur Windenergie an Land. Abgerufen am 16.08.2023: https://www.fachagentur-windenergie.de/themen/genehmigung/

FA Wind 2023b: Dauer förmliche Genehmigungsverfahren (mit UVP-Pflicht) für Windenergieanlagen an Land. Fachagentur Windenergie an Land. Abgerufen am 16.08.2023: https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Genehmigung/FA_Wind_Dauer_Genehmigungsverfahren_Wind_an_Land.pdf

FNBGas 2023: Wasserstoff-Kernnetz. Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V., abgerufen am 08.08.2023: https://fnb-gas.de/wasserstoffnetz-wasserstoff-kernnetz/

Maslaton 2023: Windenergie – Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung: Eine Bestandsaufnahme. Pressemitteilung vom 19.07.2023. Maslaton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH.

PWC 2022: EU-Taxonomie 2022: Nachhaltigkeitsberichterstattung im Wandel. PricewaterhouseCoopers Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Abgerufen am 15.08.2023: https://www.pwc.de/de/im-fokus/accounting-reporting/eu-taxonomie-nachhaltigkeitsberichterstattung-im-wandel.html

Rothe, S. 2023: Wie Bürger von Windkraft profitieren sollen. Badische Neueste Nachrichten Karlsruhe vom 03.08.2023, S. 13.

Schmidt, M. et al. 2023: Stellungnahme des Klima-Sachverständigenrats gemäß § 10 KSG BW – 31.07.2022 Stellungnahme zum Startdokument des Klima-Maßnahmen-Registers. Februar 2023.

SuedLink 2023: Über das Projekt. Ein Vorhaben von Tennet und Transnet BW. Abgerufen am 16.08.2023: https://suedlink.com/s-a

StaLa BW 2023a: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Abgerufen am 07.08.2023: https://www.statistik-bw.de/GesamtwBranchen/VGR/LRtBWSjewPreise.jsp

StaLa BW 2023b: Strukturdaten – Exportquote im Bundesvergleich. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Abgerufen am 07.08.2023: https://www.statistik-bw.de/Industrie/Struktur/VG-XpQuote.jsp

StaLa BW 2023c: Forschung und Entwicklung – Innovationsindex. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Abgerufen am 07.08.2023: https://www.statistik-bw.de/GesamtwBranchen/ForschEntwicklung/Innovation-I_EU.jsp

Tagesschau 2023: Warum sich der Ausbau der SuedLink verzögert. Tagesschau vom 24.07.2023. Abgerufen am 16.08.2023: https://www.tagesschau.de/wirtschaft/suedlink-stromtrassen-100.html

Task Force EE 2023: Erneuerbare Energien - Die Energiewende beschleunigen. Homepage des Staatsministeriums Baden-Württemberg. Abgerufen am 3.9.2023: https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/task-force-erneuerbare-energien

UM 2023: Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg – Erste Abschätzung April 2023. Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Stuttgart, April 2023.

ZDF 2023: ZDF heute Sendung vom 29. August 2023: https://www.zdf.de/nachrichten/heute-19-uhr/heute-19-uhr-vom-29-august-2023-100.html

ZSW 2023: Elektrolyse made in Baden-Württemberg. Projekthomepage des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg. Abgerufen am 08.08.2023: https://www.bw-elektrolyse.de/

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 2923**

17. Wahlperiode **25.7.2022**

Große Anfrage

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Antwort

der Landesregierung

Krisenfestigkeit des Gesundheitswesens Baden-Württemberg

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe wurden bisher Mittel aus dem Landeshaushalt für konkrete Schutzmaßnahmen, Ausgleiche, Finanzhilfen, Förderungen, zusätzliche Personalaufwendungen usw. im Zusammenhang mit der Pandemie ausgegeben?

2. Aus welchen Gründen wurden im Frühjahr 2021 die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg – anders als in anderen Bundesländern – nicht in der Priorität geimpft, die ihnen nach der Coronaimpfverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 18. Dezember 2020 auf Grundlage des Stufenplans der Ständigen Impfkommission (STIKO) zur Priorisierung der COVID-19-Impfung zukam?

3. Wo liegen aus ihrer Sicht die Stärken, Schwächen und insbesondere Verbesserungsmöglichkeiten beim Impfvergabetool der Kassenärztlichen Vereinigung, das im Frühjahr 2021 zum Einsatz kam?

4. Inwiefern hat es das Land zu verantworten, dass das Impfterminvergabetool im Frühjahr 2021 massiv überlastet war und sehr viele Menschen – trotz Einordnung in hohe Priorisierungsgruppen – keine Impftermine erhalten haben?

5. Wie häufig kam es im Frühjahr 2021 durch die Entscheidung welches Ressorts, kurz vor der Landtagswahl Beschäftige des Landes in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen entgegen der vereinbarten Priorisierung vorrangig zur Impfung zuzulassen, zu Verzögerungen bei der Terminvergabe für Bewohnerinnen, Bewohner sowie Beschäftigte in Pflegeheimen und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung?

Eingegangen: 25.7.2022 / Ausgegeben: 27.9.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. Aus welchen Gründen wurden Menschen in Baden-Württemberg nicht wie z. B. in Brandenburg oder Bremen entsprechend ihrer Priorisierung durch persönliche Anschreiben zu individuellen Impfterminen eingeladen?

7. Welche Kosten bzw. Folgekosten wurden durch den Auf- und Abbau bzw. den Betrieb der einzelnen Impfzentren sowie der anschließenden Einrichtung der jeweiligen Impfstützpunkte ausgelöst?

8. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage wurde an Gründonnerstag 2021 in Baden-Württemberg ein weitgehendes Behandlungsverbot für Zahnärztinnen und Zahnärzte erlassen bzw. kurze Zeit später wieder revidiert?

9. Inwieweit waren die Kassenärztliche Vereinigung und die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg vorab in die unter Frage 8 beschriebenen Entscheidungen eingebunden?

10. Ist es zutreffend, dass die Initiative für das in Frage 8 genannte Behandlungsverbot aus dem Staatsministerium kam?

11. Welche Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Personalausstattung im Bereich von Medizin und Pflege in Baden-Württemberg unter Darlegung, welche Engpässe in der Zeit der Pandemie besonders deutlich wurden und wie sie solchen Personalengpässen in Zukunft vorbeugen will (Bewertung bitte aufschlüsseln nach Berufsgruppen, insbesondere auch Medizinische Fachangestellte, Pflegeassistenten und Hebammen)?

12. Aus welchem Grund hat das Land Baden-Württemberg Ärztinnen und Ärzte bei den Coronaprämien explizit ausgeschlossen?

13. Was tut das Land gegen die regelmäßigen Arbeitszeitgesetzverstöße im ärztlichen Dienst in den Kliniken, wobei besonders berücksichtigt werden soll, ob es in den Universitätskliniken in Baden-Württemberg eine manipulationsfreie elektronische Arbeitszeiterfassung für Ärztinnen und Ärzte gibt?

14. Welche Fassungen von (nicht in Entwurfsform) veröffentlichten Seuchenalarmplänen existierten in Baden-Württemberg vor dem Jahr 2021, unter Darlegung, in welcher Form diese während der Pandemie bearbeitet bzw. aktualisiert wurden (bitte jeweils Datum der Veröffentlichung nennen)?

15. Gibt es eigene Forschungsprogramme des Landes Baden-Württemberg zur Seuchenprävention und zur Behandlung von Coronapatientinnen und Coronapatienten?

16. Welche strukturellen und finanziellen Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu tätigen, damit die Krankenhäuser die zahlreichen pandemiebedingt entfallenen oder aufgeschobenen medizinischen Behandlungen zeitnah und ohne drohende Überlastung aufholen können?

17. Wie groß ist die wirtschaftliche und finanzielle Belastung für das Land aufgrund von mit Post-Covid oder Long-Covid verbundenen Krankheitsausfällen in der öffentlichen Verwaltung?

18. Wie hoch sind die Kosten für das Land in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen aufgrund der Folgen von Isolation, psychischen Erkrankungen und Auffälligkeiten, Kinderschutzfällen usw.?

19. Was wird konkret dafür getan, therapeutische Angebote auszubauen und zu sichern sowie einen besseren Zugang für alle, insbesondere auch an Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen, zu schaffen?

20. Gibt es aktuelle, einheitlich erfasste und belastbare Krankenhausdaten zu Ressourcen wie Personal und Material sowie die Belegung über die Intensivbettenbelegung hinaus (Daten bitte nach Landkreisen aufschlüsseln)?

21. In welchen Gesundheitsämtern und wofür wurden die bisher abgerufenen Mittel aus dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ eingesetzt, unter besonderer Berücksichtigung, welche Optionen in der digitalen Unterstützung für die Gesundheitsämter bereits genutzt werden (bitte prozentualen Anteil der Gesamtsumme der Mittel sowie restliche Summe angeben sowie aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

22. Wie war die Personalausstattung im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg in Vollzeitäquivalenten zum 1. Januar 2020, zum 1. Januar 2021, zum 1. Januar 2022 und zum 1. Juli 2022 (bitte tabellarisch und jeweils differenziert nach besetzten und unbesetzten Planstellen, besetzten und unbesetzten Arztstellen bzw. Stellen im höheren Dienst, befristeten und unbefristeten Stellen sowie befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

23. In welcher Form und in welchem Umfang wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg durch andere Kräfte wie Aushilfen und abgeordnete Beschäftigte während der Pandemie unterstützt (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

24. Wie sind Konzepte und Pläne zur (Weiter-)Entwicklung des baden-württembergischen öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bereich Digitalisierung konkret hinsichtlich Zeitplan und Umsetzung ausgestaltet?

25. Inwieweit wird mit welcher konkreten zeitlichen und konzeptionellen Zielsetzung derzeit an der Implementierung einer technisch angemessenen Telematik-Infrastruktur gearbeitet?

26. Inwieweit werden die umfangreichen Evaluationen zu den (gesundheits-)politischen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung genutzt, um bereits jetzt Vorsorge für weitere Krisen vorzuhalten (unter Berücksichtigung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen und einer Analyse, wie die Qualität der getroffenen Maßnahmen von den gegebenen institutionellen und normativen Strukturen sowie gesellschaftlichen Faktoren abhängen, innerhalb derer sie beschlossen und implementiert wurden)?

27. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die internationalen Lieferketten medizinischer Bedarfsgüter nach Baden-Württemberg abzusichern und für zukünftige Krisen resilienter, effizienter und schneller zu gestalten?

28. Welche versorgungskritischen Medizinprodukte und Arzneimittel erachtet die Landesregierung im Hinblick auf die Grundversorgung und Krisenfälle für so wichtig, dass deren Herstellung vorrangig in Baden-Württemberg erfolgen sollte, um mehr Autonomie bzw. Unabhängigkeit von internationalen Lieferketten zu erreichen?

29. Was hat das Land seit März 2020 dafür getan, um die Herstellung von Medikamenten und Desinfektionsmitteln in Baden-Württemberg auszubauen?

30. Welche Schritte wurden bereits unternommen, um ein nationales Forschungskonzept bzw. eine fachübergreifende Begleitforschung im Bereich Public Health aufzubauen, um eine bessere Wissensgrundlage im zukünftigen Krisenmanagement zur Verfügung zu haben?

15.7.2022

Stoch, Binder, Wahl, Dr. Kliche-Behnke

und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann, Reith, Karrais

und Fraktion

Begründung

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ soll Handlungsempfehlungen mit dem Ziel erarbeiten, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. In der ersten Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ kamen Expertinnen und Experten aus verschiedensten Bereichen zu Wort. Erarbeitet wurde durch die Beiträge ein generelles Grundverständnis des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission. In der Enquetekommission sollen zu den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten sowie global vernetzte Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Mit dieser Großen Anfrage soll das erste Themenfeld Gesundheit in den Blick genommen werden, um die weitere Arbeit der Kommission vorzubereiten. Referenzpunkt und Anlass der Enquetekommission ist die Coronapandemie, durch die das Gesundheitssystem in Baden-Württemberg vor erhebliche Herausforderungen gestellt wurde. Dabei wurden auch Entwicklungspotenziale und strukturelle Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems offengelegt. Die Große Anfrage hat deshalb maßgeblich zum Anliegen, die Situation der letzten zwei Jahre aufzuarbeiten. Diese Bestandsaufnahme soll eine Grundlage dafür bieten, Anknüpfungspunkte zu identifizieren, an denen das Gesundheitssystem in Baden-Württemberg krisenfest gemacht werden kann.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 14. September 2022 Nr. STM32-0142.5-13/13/3:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Mit Schreiben vom 9. September 2022 Nr. KKG-0141.5-017/2923 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

1. In welcher Höhe wurden bisher Mittel aus dem Landeshaushalt für konkrete Schutzmaßnahmen, Ausgleiche, Finanzhilfen, Förderungen, zusätzliche Personalaufwendungen usw. im Zusammenhang mit der Pandemie ausgegeben?

Im Zeitraum 2020 bis 2022 (Stichtag 30. Juni 2022) wurden bislang Mittel in Höhe von insgesamt 7,674 Mrd. Euro aus dem Landeshaushalt im Zusammenhang mit der Coronapandemie verausgabt. Grundlage der angegebenen Daten ist die Meldung an die zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister zur Überwachung der europäischen Stabilitätskriterien in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie, welche quartalsmäßig zu erfolgen hat. Nicht enthalten sind Bundesmittel, die auch im Zusammenhang mit der Pandemie zur Verfügung gestellt wurden und über den Landeshaushalt abgewickelt werden bzw. wurden (z. B. Bundesprogramm technische Modernisierung der Gesundheitsämter oder COVID-19-Krankenhausentlastung). Die verausgabten Mittel aus dem Landeshaushalt im Zusammenhang mit der Coronapandemie setzen sich wie folgt zusammen:

Verausgabte Mittel aus dem Landeshaushalt im Zeitraum 2020 bis 30. Juni 2022 (in Mio. Euro)	
Personalausgaben	45,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.478,2
davon u. a.	
Persönliche Schutzausrüstungen, Antigen-Schnelltests	*620,7*
Impfen	*497,5*
Zuweisungen und Zuschüsse	5.710,6
davon u. a.	
Soforthilfen für Gemeinden und Gemeindeverbände	*270,0*
Gewerbesteuerkompensation (Landesmittel)	*1.040,0*
Kompensation kommunaler Finanzausgleich	*1.016,0 und 355,0*
Beteiligung an kommunalen Pandemiekosten	*67,0*
Entschädigungsleistungen Infektionsschutzgesetz und Mehrausgaben Wohngeld	*270,0*
Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Unternehmen	*616,8*
Zuschüsse für lfd. Zwecke an private Unternehmen	*1.381,4*
Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen	*163,5*
Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige (z. B. Tourismus)	*122,0*
Baumaßnahmen	8,8
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	426,9
Gesamt	**7.669,8**

2. Aus welchen Gründen wurden im Frühjahr 2021 die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg – anders als in anderen Bundesländern – nicht in der Priorität geimpft, die ihnen nach der Coronaimpfverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit vom 18. Dezember 2020 auf Grundlage des Stufenplans der Ständigen Impfkommission (STIKO) zur Priorisierung der COVID-19-Impfung zukam?

Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg wurden durch die 145 mobilen Impfteams (MIT) des Landes geimpft. Das Land hat sich in der aufsuchenden Arbeit mit den MIT an die in der Coronaimpfverordnung vorgegebene Reihenfolge gehalten. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat für die Stadt- und Landkreise auf Grundlage der Coronaimpfverordnung bzw. des Stufenplans der Ständigen Impfkommission (STIKO) einen Leitfaden erstellt, in welcher Reihenfolge Zielgruppen durch MIT aufgesucht werden konnten, um die durch den Bund im Rahmen der Coronaimpfverordnung bzw. des Stufenplans der STIKO vorgegeben Priorisierung Rechnung zu tragen. Erst wenn die Nachfrage in der höchsten Priorisierungsstufe befriedigt war, konnten die Kreise nach diesem Leitfaden eigenständig die nächste Personengruppe in den Fokus nehmen.

3. Wo liegen aus ihrer Sicht die Stärken, Schwächen und insbesondere Verbesserungsmöglichkeiten beim Impfvergabetool der Kassenärztlichen Vereinigung, das im Frühjahr 2021 zum Einsatz kam?

4. Inwiefern hat es das Land zu verantworten, dass das Impfterminvergabetool im Frühjahr 2021 massiv überlastet war und sehr viele Menschen – trotz Einordnung in hohe Priorisierungsgruppen – keine Impftermine erhalten haben?

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Terminvergabe wurde zu diesem Zeitpunkt zentral online über den Impfterminservice (kv.digital im Auftrag des Bundes) bzw. telefonisch über die Patientenservicenummer 116117 durchgeführt, wobei die buchenden Call-Center-Anbieter (inkl. Gebärdenvideochat) des Landes auch auf die genannte Bundes-Software zurückgriffen. Für die telefonische Buchung wurde durch das Land ein separates Kontingent eingeführt, sodass für Personen, die keine Online-Buchungen vornehmen konnten oder wollten, noch Termine für die telefonische Buchung zur Verfügung standen. Das System war in der Lage, einer hohen Anzahl an Zugriffen standzuhalten, jedoch war eine Suche nach Verfügbarkeit in der Umgebung nicht möglich.

Allerdings waren sowohl telefonisch als auch online freie Termine in der Regel innerhalb kürzester Zeit ausgebucht, da die Nachfrage nach Terminen das Angebot an Impfstoff im gegenständlichen Zeitraum um ein Vielfaches überstiegen hat. Die Überlastung des Impfterminvergabesystems war primär auf die durch das Impfstoffbeschaffungsmanagement des Bundes resultierende Impfstoffknappheit zurückzuführen.

Für an einer Impfung interessierte Personen ab 80 Jahren bzw. berechtigte Personen ab 65 Jahren mit der höchsten Impfpriorität wurde durch das Land eine Warteliste eingeführt, um diese mit einem Impfangebot gezielt kontaktieren zu können. So konnte der Aufwand der Terminfindung für die priorisierten impfwilligen Personen reduziert werden.

5. Wie häufig kam es im Frühjahr 2021 durch die Entscheidung welches Ressorts, kurz vor der Landtagswahl Beschäftige des Landes in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen entgegen der vereinbarten Priorisierung vorrangig zur Impfung zuzulassen, zu Verzögerungen bei der Terminvergabe für Bewohnerinnen, Bewohner sowie Beschäftigte in Pflegeheimen und in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung?

Sowohl Bewohnerinnen und Bewohnern als auch Beschäftigten von Alten- und Pflegeheimen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurden Impfangebote durch MIT gemacht. Diese Terminplanung der MIT war zu jedem Zeitpunkt unabhängig von der allgemeinen Terminvergabe über den Impfterminservice bzw. die Patientenservicenummer 116117. Daher kam es hier zu keinen priorisierungsbedingten Verzögerungen.

6. Aus welchen Gründen wurden Menschen in Baden-Württemberg nicht wie z. B. in Brandenburg oder Bremen entsprechend ihrer Priorisierung durch persönliche Anschreiben zu individuellen Impfterminen eingeladen?

Die Landesregierung setzte aufgrund der für die priorisierten Zielgruppen einfacheren und schnelleren Umsetzbarkeit schwerpunktmäßig auf breit gestreute Information. Die entsprechend priorisierten Personengruppen wurden durch Pressemitteilungen, die weitreichend in Print- und Rundfunkmedien tagesaktuell aufgegriffen wurden, über die Reihenfolge der Impfpriorisierung informiert. Gerade vor dem Hintergrund einer dynamischen Entwicklung der Impfstofflogistik, bei der sich kurzfristig Änderungen bei der Terminvergabe und Priorisierung realisieren ließen, war es effizienter, die betroffenen Personen auf diese Weise direkt und tagesaktuell zu informieren, als über ein einmaliges persönliches Anschreiben. Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sind keine Rückmeldungen von Personen in Bezug auf fehlende Informationen zur Priorisierung bekannt.

7. Welche Kosten bzw. Folgekosten wurden durch den Auf- und Abbau bzw. den Betrieb der einzelnen Impfzentren sowie der anschließenden Einrichtung der jeweiligen Impfstützpunkte ausgelöst?

Gegenüber dem Bund wurden zu den durch die Coronaimpfverordnung vorgegebenen Stichtagen (30. Juni 2022 für die Quartale 1/2021, 2/2021 und 3/2021 bzw. 31. Juli 2022 für die Quartale 4/2021 und 1/2022) die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Kosten für die Impfinfrastruktur eingereicht:

Zeitraum	Gesamtkosten (in Euro)
Quartalsabrechnung Q1/2021	132.287.213,52
Quartalsabrechnung Q2/2021	180.592.144,98
Quartalsabrechnung Q3/2021	134.311.413,16
Quartalsabrechnung Q4/2021	36.809.458,01
Quartalsabrechnung Q1/2022	50.927.251,08
Summe	**534.927.480,75**

Darüber hinaus wurden rund 16,3 Mio. Euro als Schätzbetrag nach § 11 Absatz 1a der Coronaimpfverordnung als nicht fristgerecht abrechenbare, erstattungsfähige Kosten gemeldet.

Für die Zeit ab dem 1. April 2022 ist eine Kostendarstellung nicht möglich, da mit der Abrechnung erst begonnen wurde.

8. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage wurde an Gründonnerstag 2021 in Baden-Württemberg ein weitgehendes Behandlungsverbot für Zahnärztinnen und Zahnärzte erlassen bzw. kurze Zeit später wieder revidiert?

9. Inwieweit waren die Kassenärztliche Vereinigung und die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg vorab in die unter Frage 8 beschriebenen Entscheidungen eingebunden?

10. Ist es zutreffend, dass die Initiative für das in Frage 8 genannte Behandlungsverbot aus dem Staatsministerium kam?

Die Fragen 8 bis 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Am Gründonnerstag 2021 galten keine speziellen Einschränkungen zahnärztlicher Behandlungen. Es wird daher davon ausgegangen, dass sich die Fragestellung auf den Zeitpunkt Gründonnerstag 2020 (9. April 2020) bezieht.

Die mit der Vierten Verordnung zur Änderung der Corona-Verordnung vom 9. April 2020 (GBl. S. 181) in § 6a eingeführte Einschränkung zahnärztlicher Behandlungen wurde im Rahmen der zur damaligen Zeit für Coronafragen eingesetzten Lenkungsgruppe der Amtschefinnen und Amtschefs der Ministerien unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei thematisiert. Die übliche Ressortabstimmung erfolgte unter Beteiligung aller Ministerien sowie die Anhörung der kommunalen Landesverbände (Artikel 71 Absatz 4 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg). Die Einbeziehung weiterer Interessenvertreter ist im Rahmen der Ressortabstimmung von Entscheidungen der Landesregierung nicht erforderlich und erfolgte insbesondere aufgrund der Eilbedürftigkeit dementsprechend auch in diesem Fall nicht.

Die Landesregierung hat sich dazu entschieden, diese Einschränkung zahnärztlicher Behandlung zum Schutz der Bevölkerung und des zahnmedizinischen Personals anzuordnen. Zu dem damaligen Zeitpunkt bestanden zum einen noch nicht ausreichende Erkenntnisse zu Übertragungswegen und Infektionsrisiken, sodass eilige Entscheidungen unumgänglich waren. Zum anderen waren zu dem damaligen Zeitpunkt auch noch keine hinreichenden Schutzmaßnahmen vorhanden. Es gab insbesondere keinen Impfschutz gegen SARS-CoV-2 (nachfolgend als Coronavirus bezeichnet) und die Verfügbarkeit von persönlicher Schutzausrüstung wie Schutzmasken, Schutzhandschuhen und Schutzkitteln war aufgrund von Lieferengpässen nicht gewährleistet.

Bei zahnärztlichen Maßnahmen besteht aus infektiologischer Betrachtung grundsätzlich ein Expositionsrisiko der die Behandlung durchführenden Person durch Patientinnen und Patienten mit asymptomatischer oder milder COVID-19-Infektion, da das Tragen einer Schutzmaske durch die Patientinnen und Patienten nicht möglich ist. Bei zahnärztlichen Behandlungen können zudem durch den Rückprall von Spraynebeln (Kühlwasser, Pulverstrahl) Aerosole entstehen, die – wie sich im späteren Verlauf der Pandemie erwiesen hat – die Hauptübertragungsquelle für das Coronavirus darstellen. Im Bereich der Zahnmedizin konnte vor dem dargestellten Hintergrund ein erhöhtes Risiko, sich mit dem über die Atemwege übertragenen Virus anzustecken, angenommen werden.

Auf dieses Expositionsrisiko haben verschiedene Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie deren Interessenvertreter im März 2020 in mehreren Schreiben an das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hingewiesen. Auch die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung hat in einer Pressemitteilung vom 20. März 2020 darauf hingewiesen, dass „in der aktuellen Situation sämtliche Behandlungen auf erforderliche Interventionen beschränkt werden“ sollen (siehe: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) – Pressemitteilung vom 20. März 2020, abrufbar unter: *www.kzbv.de/pressemitteilung-vom-20-3-2020.1380.de.html*).

11. Welche Auswirkungen hatte die Pandemie auf die Personalausstattung im Bereich von Medizin und Pflege in Baden-Württemberg unter Darlegung, welche Engpässe in der Zeit der Pandemie besonders deutlich wurden und wie sie solchen Personalengpässen in Zukunft vorbeugen will (Bewertung bitte aufschlüsseln nach Berufsgruppen, insbesondere auch Medizinische Fachangestellte, Pflegeassistenten und Hebammen)?

Im Krankenhaus- und im Pflegebereich zeichnet sich seit längerem ein Pflegepersonalmangel ab, der sich sowohl infolge der demografischen Entwicklung als auch der Coronapandemie weiter verschärft hat. Laut dem Barmer-Pflegereport werden im Jahr 2030 rund sechs Mio. Menschen in Deutschland pflegebedürftig sein und für die Versorgung dieser Menschen werden mehr als 180.000 Pflegekräfte zusätzlich benötigt. Gleichzeitig haben Medienberichten zufolge bundesweit allein von Anfang April bis Ende Juli 2020 ca. 9.000 Personen den Pflegeberuf aufgegeben, dies entspricht einem Rückgang von 0,5 Prozent. Der Mangel an Pflegekräften ist insbesondere im Krankenhausalltag und in Pflegeeinrichtungen deutlich spürbar.

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen hierzu die Zahlen des Statistischen Landesamtes lediglich bis 2020 vor.

Die vorliegenden Zahlen zeigen einen deutlichen Anstieg der Zahl der beschäftigten Personen und der Vollkräfte. So ist beispielweise die Anzahl der beschäftigten Ärztinnen und Ärzte von 2010 bis 2020 um 6.421 gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um 34,1 Prozent. Die Zahl der Vollkräfte im ärztlichen Bereich ist von 2010 bis 2020 um 4.543 Vollkräfte gestiegen (+27,7 Prozent). Die Anzahl der Pflegekräfte ist zwischen 2010 und 2020 um 7.339 gestiegen (+14,4 Prozent). Die Zahl der Vollkräfte in der Pflege ist von 2010 bis 2020 um 6.371 Vollkräfte gestiegen (+18,1 Prozent).

Diesen Zahlen lässt sich entnehmen, dass bis 2020 mehr Ärztinnen und Ärzte in Teilzeit arbeiten, während in der Pflege mehr Mitarbeitende ihre Arbeitszeit (wieder) erhöht haben.

Der generelle Personalmangel verstärkte sich in der Coronapandemie und führte zeitweise zu einer reduzierten Bettenkapazität. Zuweilen gab und gibt es nahezu keine Kompensationsmöglichkeiten mehr bei Krankheitsausfällen. Planbare Eingriffe mussten phasenweise verschoben werden.

Während der Coronapandemie kam es in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten insbesondere während der durch eine höhere Ansteckungsfähigkeit des Virus geprägten Omikron-Welle zu krankheits- oder quarantänebedingten Personalausfällen, die alle in den Einrichtungen tätigen Berufsgruppen gleichermaßen betrafen.

Bei einer Gesundheitskrise wie der Coronapandemie können Vorsorgemaßnahmen wie Personalreserven Personalausfälle nicht kompensieren. Personalausfälle werden soweit wie möglich durch die Einrichtungen im Wege von Dienstplananpassungen ausgeglichen. Soweit eine Kompensation der Personalausfälle nicht möglich ist, reagieren die Einrichtungsträger beispielsweise mit einer vorübergehenden Reduzierung des Angebots. Infektionen unter den Beschäftigten erfolgen in der Regel nicht in den Einrichtungen, sondern überwiegend im Alltag im privaten Umfeld außerhalb der Einrichtungen. Aufgrund der Infektionsdynamik kann Personalengpässen nicht ausreichend durch gezielte Maßnahmen in den Einrichtungen vorgebeugt werden. Während der Pandemie hat sich gezeigt, dass krankheits- und quarantänebedingte Personalausfälle mit der Infektionsdynamik in der Gesamtbevölkerung korrelieren.

Des Weiteren hat die Coronapandemie auch die Krankenhäuser und insbesondere das Personal in der Intensivversorgung vor große Herausforderungen gestellt. Um die Anzahl an qualifizierten Pflegekräften im Intensivpflegebereich zu steigern und einen wichtigen Beitrag für die Pflege in unserem Land zu leisten, hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration am 29. Juli 2022

fünf innovative Modellprojekte für eine schnellere Weiterbildung auf dem Gebiet der Intensivpflege an Universitätskliniken in Baden-Württemberg genehmigt. Die Modellprojekte sind so konzipiert, dass direkt im Anschluss an die generalistische Pflegeausbildung die Weiterbildung für eine Tätigkeit auf der Intensivstation erfolgen kann. Damit stehen die angehenden Intensivpflegekräfte eineinhalb Jahre früher für den Arbeitsmarkt zur Verfügung, als dies regulär der Fall wäre.

An Pflegeschulen und Schulen für Gesundheitsfachberufe stand auch während der Hochphasen der Pandemie zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung im Fokus, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten, um insbesondere Auszubildende für die Abschlussprüfung lückenlos vorbereiten und ihnen im Anschluss einen raschen Berufseinstieg ermöglichen zu können. Parallel zur Pandemiesituation wurde die Ausbildung von Hebammen von einer schulischen auf eine hochschulische Ausbildung umgestellt. Die Einrichtungen beider Ausbildungsarten (Schulen und Hochschulen) haben in der Umstellungsphase Ausbildungskapazitäten im größtmöglichen Umfang angeboten, um der hohen Bewerberinnenzahl trotz der durch die Pandemie schwierigen Begleitumstände gerecht zu werden und Engpässe bei der Verfügbarkeit von Hebammen zu verhindern. Durch diese Anstrengungen ist die Zahl der Auszubildenden/Studierenden in der Summe in den beiden Pandemiejahren hoch geblieben.

Die Kapazität des medizinischen Personals in den Vertragsarztpraxen wurde ebenfalls insbesondere durch eigene COVID-19-Infektionen und damit zusammenhängende Quarantänepflicht oder durch Absonderungsvorgaben aufgrund Kontaktes zu Infizierten beeinträchtigt. Zudem gerieten viele der versorgenden Vertragsarztpraxen durch die hohe Anzahl an – auch nicht zum eigenen Patientenstamm gehörenden – COVID-19-Patientinnen und -Patienten kapazitätstechnisch an ihre Grenzen. Zusätzlich arbeitete das medizinische Fachpersonal parallel zur Praxistätigkeit in gesonderten Corona-Strukturen (z. B. Abstrichstellen, Fieberambulanzen und Impfzentren), was die Arbeitsbelastung ebenfalls erhöhte. Auf Basis des Feedbacks der Ärzteschaft lässt sich darüber hinaus feststellen, dass die hohe Arbeitsbelastung teilweise zur Abwanderung von Fachpersonal hin zu nichtmedizinischen Berufen führte. Eine Nachbesetzung gestaltet sich in vielen Fällen aufgrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt schwierig.

Speziell durch die Absonderungsbefreiung aufgrund eines gültigen Immunisierungsstatus konnten die Kapazitätseinschränkungen der Praxen reduziert werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen für Kontaktpersonen keine Absonderungsvorgaben mehr, für infiziertes Personal gelten mittlerweile auch grundsätzlich kürzere Quarantänezeiträume. Des Weiteren versorgen aktuell wieder mehr Vertragsarztpraxen COVID-19-Patientinnen und -Patienten, wodurch die entsprechende Arbeitsbelastung für die einzelne Praxis abnimmt. Zusätzlich sinkt das eigene Infektionsrisiko durch das dauerhafte Tragen von Schutzausrüstung während der Behandlung von (potenziell) Infizierten, was ebenfalls die Arbeitskapazität bewahrt.

Ähnliche Maßnahmen erscheinen auch für zukünftige Pandemien wirksam. In der Coronapandemie hat sich zudem gezeigt, dass die Etablierung von Infektsprechstunden in dafür ausgestatteten Corona-Schwerpunktpraxen zur Entlastung der übrigen Praxen beiträgt.

Die Sicherung der ärztlichen Versorgung war schon vor der Coronapandemie ein Thema für die Gesundheitspolitik des Landes. Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW), des Hausärzteverbandes Baden-Württemberg, des Bundes und des Landes (Aktionsprogramm Landärzte) in den vergangenen zehn Jahren haben dazu beigetragen, dass die hausärztliche Tätigkeit wieder an Attraktivität gewonnen hat.

Mit dem Programm „Ziel und Zukunft“ führt die KVBW bereits Maßnahmen gegen den Ärztemangel durch. Aufgrund der sich zuspitzenden Versorgungssituation hat die KVBW ein Konzeptpapier mit Lösungsansätzen entwickelt. Ziel des Konzepts ist es, in einer Handlungs- und Verantwortungsgemeinschaft aus KVBW, den Partnern der Selektivverträge und den Krankenkassenverbänden des

Landes durch gezielte Maßnahmen Unterversorgung zu vermeiden und dabei modulare und konsentierte Lösungsansätze vorzulegen.

Gründe für einen Fachkräftemangel sind vielfältig, deshalb braucht es auch ein vielfältiges Bündel an Gegenmaßnahmen. Gemeinsam mit der originär zuständigen (zahn-)ärztlichen Selbstverwaltung arbeiten Bund, Land und Kommunen daran, die Versorgungsstrukturen, die Arbeitsbedingungen und die örtliche Infrastruktur an den Bedürfnissen der nächsten (Zahn-)Ärztegeneration auszurichten (interprofessionelle Kooperation, Work-Life-Balance, weniger Bürokratie etc.).

12. Aus welchem Grund hat das Land Baden-Württemberg Ärztinnen und Ärzte bei den Coronaprämien explizit ausgeschlossen?

Es gab bisher zwei Prämien, die im Zuge der Coronapandemie bereitgestellt wurden: die Pflegeprämie I im Jahr 2020 und die Landeshilfen II – Pflegeprämie im Jahr 2021.

Die anteilsmäßig auf Baden-Württemberg entfallenden Bundesmittel für die Pflegeprämie I für Mitarbeitende in Krankenhäusern von rund 20 Mio. Euro wurden seitens des Landes um 10 Mio. Euro aufgestockt. Damit standen den Mitarbeitenden in 69 Krankenhäusern, die die folgenden gesetzlichen Voraussetzungen nach § 26a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes erfüllten, in Baden-Württemberg bis zu 1.500 Euro Pflegeprämie pro Person als Dank für Ihren Einsatz während der Coronapandemie zur Verfügung:

– Anspruchsberechtigt waren ausschließlich Krankenhäuser, die im Zeitraum von Januar bis Mai 2020 mindestens 20 Patientinnen und Patienten (bei Krankenhäusern bis 500 Betten) respektive mindestens 50 Patientinnen und Patienten (bei Krankenhäusern mit mehr als 500 Betten) mit einer COVID-19-Infektion voll- oder teilstationär behandelt haben.
– Der krankenhausindividuelle Betrag wurde jeweils hälftig anhand der Zahl der im vorgenannten Zeitraum behandelten Patientinnen und Patienten mit einer COVID-19-Infektion und nach den im Jahr 2019 beschäftigten Pflegevollkräften in der unmittelbaren Patientinnen- und Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen verteilt.
– Voraussetzung für die Ausschüttung der Mittel war eine Veröffentlichung der anspruchsberechtigten Krankenhäuser auf der Internetseite des Instituts für das Entgeltsystem im Krankenhaus. Die Frist hierfür war der 5. November 2020.

Der Gesetzgeber hat die Regelung getroffen, dass der jeweilige Krankenhausträger im Einvernehmen mit der Arbeitnehmendenvertretung die weiteren Einzelheiten zur Auszahlung, insbesondere die Prämienempfangenden sowie die Prämienhöhe, regelt. Diese sollte neben Pflegekräften in der unmittelbaren Patientinnen- und Patientenversorgung auch anderen Beschäftigten zugutekommen, die aufgrund der Versorgung von COVID-19-Infizierten besonders belastet waren, z. B. Reinigungskräften.

Die Mitarbeiterprämie (Landeshilfe II) konnte von der Klinikleitung in Abstimmung mit der Personalvertretung ausdrücklich an alle Mitarbeitenden (also auch Ärztinnen und Ärzte) ausbezahlt werden, die auf einer Corona-Intensivstation gearbeitet haben.

Im Bescheid hieß es ausdrücklich:

„Die Sonderleistung ist zweckgebunden und als Prämie von bis zu 1.500 Euro an die Mitarbeitenden auf den Intensivstationen im Einvernehmen mit der Arbeitnehmervertretung auszuzahlen."

Die finale Entscheidung oblag aber – wie oben beschrieben – dem jeweiligen Krankenhausträger im Einvernehmen mit der Arbeitnehmendenvertretung.

13. Was tut das Land gegen die regelmäßigen Arbeitszeitgesetzverstöße im ärztlichen Dienst in den Kliniken, wobei besonders berücksichtigt werden soll, ob es in den Universitätskliniken in Baden-Württemberg eine manipulationsfreie elektronische Arbeitszeiterfassung für Ärztinnen und Ärzte gibt?

Für die Universitätsklinika des Landes ist das Thema Sicherstellung von planbarer, arbeitszeitgesetz- und tarifkonformer Arbeitszeit für alle Mitarbeitenden ein wichtiges Anliegen. Dies erfolgt auch zur Erlangung einer hohen Mitarbeitendenzufriedenheit und zur Sicherstellung der Krisenfestigkeit der Universitätsklinika. Die Universitätsklinika nutzen hierfür etablierte Dienstplansysteme. Eine Herausforderung sei laut den Universitätsklinika, die Komplexität der externen Vorgaben wie z. B. tarifliche, gesetzliche und qualitätsbedingte in den entsprechenden Systemen individuell anzupassen. Elektronische Arbeitszeiterfassungen – insbesondere auch für Ärztinnen und Ärzte – sind grundsätzlich in allen Universitätsklinika umgesetzt. Ihre Einführung innerhalb der einzelnen Universitätsklinika ist allerdings noch nicht in allen Bereichen abgeschlossen und wird weiter fortgesetzt.

Arbeitszeiten werden in allen kommunalen Krankenhäusern in eigener Verantwortung erfasst. Seit dem 1. Juli 2019 besteht laut Tarifvertrag des Marburger Bundes mit der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber für die Krankenhäuser die Verpflichtung, die Arbeitszeiten der Ärztinnen und Ärzte elektronisch oder auf andere Art mit gleicher Genauigkeit zu erfassen.

Die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeiten ist Ziel der Dienstplanung, ebenso wie die Einhaltung von Ruhepausen. Je kleiner die ärztliche Besetzung einer Krankenhausabteilung ist, desto schwieriger ist allerdings eine arbeitszeitgesetzkonforme Planung und Einhaltung von Dienstzeiten. So setzt ein arbeitszeitkonformer Bereitschaftsdienst mindestens fünf teilnehmende Ärztinnen und Ärzte voraus. Fallen Personen aus, kommt es nach Angaben der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) zwangsläufig zu Verstößen, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Auch die Einhaltung von Ruhezeiten nach Inanspruchnahme im Rufbereitschaftsdienst lässt sich nicht immer gewährleisten.

In der Gesamtbetrachtung sind die Arbeitszeitbelastungen der Ärztinnen und Ärzte über die Jahre bis zur Coronapandemie kontinuierlich zurückgegangen. Die BWKG hat anlässlich einer Pressekonferenz des Marburger Bundes im September 2021 zur gleichen Thematik darauf hingewiesen, dass sich die Ärzteschaft eines Krankenhauses heutzutage um deutlich weniger Patientinnen und Patienten kümmert als noch vor zehn Jahren (2009: 121 Patientinnen bzw. Patienten pro Ärztin bzw. Arzt, 2019: 105 Patientinnen bzw. Patienten pro Ärztin bzw. Arzt).

Während es in der Pandemie bei Ärztinnen und Ärzten bestimmter Fachbereiche (insbesondere im Bereich Intensivmedizin) zu zusätzlichen Belastungen kam, gab es in anderen Fachbereichen dagegen einen Rückgang der Patientinnen- und Patientenzahlen.

In Fällen, in denen der zuständigen Gewerbeaufsicht in einer der 48 Arbeitsschutzbehörden des Landes Arbeitszeitverstöße bekannt werden, findet eine Überprüfung der erfassten Arbeitszeiten des Krankenhauspersonals statt. Führen diese Überprüfungen nicht zu Erkenntnissen über Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz, können keine weiteren Maßnahmen eingeleitet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Methode zur Erfassung der Arbeitszeit dem Arbeitgeber vorbehalten bleibt und die Erfüllung tarifrechtlicher Vereinbarungen wie die elektronische Erfassung der Arbeitszeit nicht von der Gewerbeaufsicht eingefordert werden kann, sondern nur von den Tarifvertragsparteien.

14. Welche Fassungen von (nicht in Entwurfsform) veröffentlichten Seuchenalarmplänen existierten in Baden-Württemberg vor dem Jahr 2021, unter Darlegung, in welcher Form diese während der Pandemie bearbeitet bzw. aktualisiert wurden (bitte jeweils Datum der Veröffentlichung nennen)?

Ein Seuchenalarmplan für Baden-Württemberg wurde erstmals im Jahr 2001 erstellt. Dieser umfasst Regelungen zu den folgenden Szenarien:

– lebensbedrohende hochkontagiöse Infektionskrankheiten, insbesondere Ebola-Fieber, Marburg-Virus-Krankheit, Lassa-Fieber, hämorrhagisches Krim-Kongo-Fieber, Pocken, humane Affenpocken und Lungenpest,

– Auftreten einer bedrohlichen übertragbaren Erkrankung, wenn dies auf eine schwerwiegende Gefahr für die Allgemeinheit hinweist,

– übertragbare Krankheiten, die aufgrund des Ausmaßes oder der Anzahl betroffener Personen überregionale Maßnahmen erforderlich machen,

– Ereignisse, die eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite darstellen können (Internationale Gesundheitsvorschriften),

– (bio)terroristische Anschläge und Havarien, soweit diese die Zuständigkeit der Gesundheitsverwaltung betreffen.

Der Seuchenalarmplan wurde in den Jahren 2006 und 2007 umfassend überarbeitet und neu strukturiert. Er ist seitdem modular aufgebaut und umfasst neben den allgemeinen Regelungen spezifische Regelungen zu einzelnen Lagen und Erregern.

Im März 2007 wurde der überarbeitete und aktualisierte allgemeine Teil des Seuchenalarmplans in einer Entwurfsfassung den Gesundheitsämtern als Handlungsgrundlage zugeleitet. Die Bezeichnung „Entwurf“ sollte deutlich machen, dass der Plan in einzelnen Punkten einer kontinuierlichen Überarbeitung unterliegt.

Eine weitere Aktualisierung des Seuchenalarmplans einschließlich des Moduls „Virusbedingte hämorrhagische Fieber“ wurde im Oktober 2014 erstellt.

Als weiteres Modul des Seuchenalarmplans wurde im Oktober 2006 ein Influenzapandemieplan des Landes erstellt. Dieser wurde im Mai 2009 zu Beginn der ersten Influenzapandemie des 21. Jahrhunderts aktualisiert. Beide Versionen wurden vor dem Hintergrund des kontinuierlichen Überarbeitungsbedarfs als „Entwürfe“ gekennzeichnet. Eine weitere Aktualisierung erfolgte im Zusammenhang mit der Coronapandemie im März 2020. Diese Version wurde nicht als „Entwurf“ gekennzeichnet, sondern mit dem Hinweis „wird laufend überarbeitet“ versehen.

Eine Überarbeitung ist jedoch erst nach Beendigung des aktuellen Pandemiegeschehens sinnvoll, wenn die Erfahrungen nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene abschließend bewertet und in die Planung für zukünftige Pandemien umgesetzt werden können.

15. Gibt es eigene Forschungsprogramme des Landes Baden-Württemberg zur Seuchenprävention und zur Behandlung von Coronapatientinnen und Coronapatienten?

Das Land Baden-Württemberg hat Forschungsprogramme zur Seuchenprävention und zur Behandlung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten aufgelegt. Im Zusammenhang mit der COVID-19-Forschung bzw. Pandemieforschung wurden von 2020 bis einschließlich 2022 Mittel in Höhe von 14,7 Mio. Euro verausgabt, welche mit den Themenbereichen Prävention, Diagnose, Therapie und Long-COVID zur Seuchenprävention und zu Verbesserungen der Behandlung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten (und möglichen Spätfolgen bei denselben) beigetragen haben.

Aktuell laufen das Forschungsprojekt „EPILOC“ zu Long-COVID-Folgen mit insgesamt 2,3 Mio. Euro bis Ende November 2022 und das Projekt zur Reduktion der Aerosolpartikelbelastung im öffentlichen Personennahverkehr mit 0,5 Mio. Euro bis Ende Mai 2023.

Des Weiteren hat die Landesregierung Ende Juli 2022 die Förderung einer neuen Sonderförderlinie COVID-19 mit insgesamt 12,7 Mio. Euro bis 2024 beschlossen. Im Rahmen der Sonderförderlinie setzt das Land mit insgesamt 7,8 Mio. Euro die Förderung des Forschungsprojekts „EPILOC“, des Obduktions-Netzwerks der pathologischen Institute in Baden-Württemberg und die Technologieentwicklung IR-eNose, bei der die Atemgas-Schnellteststrategie zur frühen Erkennung von Long-COVID-Patientinnen und -Patienten weiterentwickelt wird, fort. Darüber hinaus stehen in der Sonderförderlinie bis Ende November 2024 rund 4,9 Mio. Euro für ein wettbewerbliches Verfahren im Themenbereich Long-COVID zur Verfügung. Die Ausschreibung hierzu läuft aktuell.

Derzeit gibt es für Long-/Post-COVID keine klaren Behandlungspfade. Daher soll ein Versorgungskonzept erarbeitet werden, das die entsprechenden Versorgungsstrukturen definiert und miteinander verknüpft. In Modellregionen werden mit Spezialambulanzen und Netzwerken neue Strukturen geschaffen, die immer weiter ausgebaut werden. Anhand eines Modellprojektes wird nun ein Stufenkonzept für eine flächendeckende, sektorenübergreifende und adaptive Versorgung von Long-/Post-COVID-Patientinnen und -Patienten in Baden-Württemberg entwickelt.

Die RKH-Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim und das Universitätsklinikum Freiburg haben Ende April beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration einen Förderantrag „CoFit II – Baden-Württemberg stärkt die intensivmedizinische Versorgung für Bürgerinnen und Bürger mit akuten und sogenannten Long-COVID-19-Erkrankungen“ eingereicht. Die Grundlage des beantragten Projekts bildet die „Sektorenübergreifende Telemedizinplattform 2025“, die seit 2020 im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg gefördert wird. Das Projekt zielt dabei darauf ab, durch den flächendeckenden Einsatz der Telemedizin frühzeitig Konsultationen für akut an COVID-19 erkrankte oder von Long-COVID-19 betroffene Personen zu ermöglichen. Dafür soll die Telemedizinplattform zu einem telemedizinischen Intensiv- und Post-COVID-19-Netzwerk weiterentwickelt werden. Die Fördersumme beträgt insgesamt 1,536 Mio. Euro.

16. Welche strukturellen und finanziellen Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu tätigen, damit die Krankenhäuser die zahlreichen pandemiebedingt entfallenen oder aufgeschobenen medizinischen Behandlungen zeitnah und ohne drohende Überlastung aufholen können?

Die duale Krankenhausfinanzierung teilt sich in die Bereiche der Investitionskosten und der Betriebskosten. Die Investitionskosten, die für die stationäre Versorgung notwendig sind, werden durch die Länder getragen, die Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) werden von den Krankenkassen übernommen. Die Betriebskostenfinanzierung wird von der Bundesregierung gestaltet und festgelegt.

Der Bund hat durch entsprechende Ausgleichzahlungen darauf hingewirkt, dass pandemiebedingte Leerstände ausgeglichen wurden. Darüber hinaus hat das Land die in den Kliniken angefallenen Mehrkosten mit finanziellen Landeshilfen in den Jahren 2020 und 2022 ausgeglichen. Die finanziellen Hilfen des Bundes sowie des Landes haben dazu beigetragen, dass die Kliniken bei der Bewältigung ihrer Aufgaben finanziell unterstützt wurden. Dies hat dazu beigetragen, dass die Arbeit in den Krankenhäusern fortgeführt werden konnte.

17. Wie groß ist die wirtschaftliche und finanzielle Belastung für das Land aufgrund von mit Post-Covid oder Long-Covid verbundenen Krankheitsausfällen in der öffentlichen Verwaltung?

Bestätigte Post-COVID- oder Long-COVID-Fälle sind nicht bekannt, da keine Daten zu damit verbundenen Krankheitsausfällen vorliegen. Die Betroffenen müssen die Art und die Ursache ihrer Erkrankung aus Datenschutzgründen nicht mitteilen. Daher ist selbst bei Krankheitsausfällen im Anschluss an eine COVID-19-Erkrankung keine Aussage möglich, ob ein Fall von Post-COVID oder Long-COVID vorliegt. Folglich ist auch keine Aussage zu den daraus resultierenden finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen für das Land möglich.

18. Wie hoch sind die Kosten für das Land in der medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen aufgrund der Folgen von Isolation, psychischen Erkrankungen und Auffälligkeiten, Kinderschutzfällen usw.?

Die Kosten für die vertragsärztliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Zusätzliche Kosten für das Land entstehen in diesem Bereich nicht.

19. Was wird konkret dafür getan, therapeutische Angebote auszubauen und zu sichern sowie einen besseren Zugang für alle, insbesondere auch an Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen, zu schaffen?

Ausbau therapeutischer Angebote

Aus Landessicht ist eine Reform der Bedarfsplanung für ambulante Psychotherapie, die auf Bundesebene zu erfolgen hat, dringend erforderlich. Wie bereits im Vorgriff auf eine Reform der Bedarfsplanung durch den Bund gesetzliche Regelungen für eine kurzfristige Kapazitätsausweitung in der ambulanten Psychotherapie geschaffen werden können, erscheint unklar.

Üblicherweise wird für eine Verbesserung der Versorgungssituation die Schaffung neuer Niederlassungsmöglichkeiten in der Bedarfsplanung gefordert. Dies könnte über die Bundesebene erreicht werden, indem der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Absenkung der Verhältniszahl für die Arztgruppe der Psychotherapeutinnen und -therapeuten beschließt.

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ist nicht bekannt, dass ein solcher Schritt für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen derzeit seitens des G-BA angestrebt wird. Es ist daher auch für die gesamte psychotherapeutische Versorgung zu erwarten, dass sich die Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte und Krankenkassen gegen eine pauschale Ausweitung von Niederlassungsmöglichkeiten aussprechen wird.

An den Bund gerichtete Initiativen, eine Reform der Bedarfsplanung Psychotherapie auf der Grundlage einer systematischen Berücksichtigung der Morbiditäts- und Sozialstruktur zeitnah anzugehen, werden seitens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt.

Auf Landesebene hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Rahmen der Taskforce zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Zusammenhang mit der Coronapandemie Behandlungsfälle von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten im Zeitraum vom 1. Quartal 2019 bis zum 1. Quartal 2021 erhoben. Ein genereller Anstieg der Zahl der Behandlungsfälle über den genannten Zeitraum war nicht zu erkennen. Die Rückmeldungen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten in der Taskforce deuten allerdings auf einen steigenden Bedarf hin. Entsprechende Einschätzungen seitens der Vertragspsychotherapeutinnen und -therapeuten finden sich ebenfalls im Bericht des Landesgesundheitsamtes „Ausgewählte gesundheitsbezogene Folgen der Covid-19-Pandemie“, der im Dezember 2021 vorgelegt wurde. Auch Rückmeldungen aus der kinder-

und jugendpsychiatrischen Versorgung auf dem Fachgipfel vom 18. August 2021 zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Zusammenhang mit der Coronapandemie wiesen auf erhöhte Notfallraten und längere Wartezeiten für geplante Behandlungen in der Versorgung hin.

Die Taskforce „Psychische Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Coronapandemie“ wurde vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration nach einem Fachgipfel zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen im August 2021 eingerichtet. Unter den Mitgliedern waren Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Landesverbände, der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft, der Landesärztekammer, der Landespsychotherapeutenkammer und der Kassenärztlichen Vereinigung, der Krankenkassen, der Universitätsklinika (Versorgungsbereich und Prävention), des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, der Verbände der Träger der sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe, von Betroffenenverbänden, des Landesfamilienrats, von Fachberatungsstellen und der Gesellschafts- und Gesundheitsabteilungen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration.

Im Rahmen der Taskforce wurden zahlreiche Maßnahmen erarbeitet, um Kinder, Jugendliche und Familien zu stärken, und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kapazitäten im Gesundheitswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe kurzfristig weiter ausgebaut und möglichst zielgerichtet genutzt werden können. Hilfen und präventiv wirkende Angebote sollen in gemeinsamer Verantwortung von Gesundheitswesen und Kinder- und Jugendhilfe verstärkt werden. Konkret werden aufgrund der Arbeit der Taskforce in Baden-Württemberg folgende Maßnahmen umgesetzt:

– kurzfristige Erhöhung der ambulanten Behandlungskapazitäten im Bereich der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung u. a. durch Ermächtigungen, welche auf Antrag von den Zulassungsausschüssen genehmigt werden können, sowie Aufhebung der Deckelung bei Jobsharing-Praxen,

– kurzfristige Erhöhung der stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Behandlungskapazitäten (über 120 zusätzliche Betten oder Plätze), die im Wege eines Sonderbedarfs aufgrund der Coronapandemie für zwei Jahre ab Inbetriebnahme im Jahr 2022 ausgewiesen werden (für die zeitlich befristeten Kapazitätsausweitungen ist eine Bedarfsevaluation im Rahmen der Laufzeit vorgesehen),

– Erhöhung der Kapazitäten für stationsäquivalente Behandlung (STäB) im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Aufhebung der Deckelung für Neuantragsteller (um Ungleichbehandlungen zu vermeiden, galten Antragsteller mit bereits bestehenden STäB-Einheiten, die zusätzliche Plätze beantragten, einmalig nochmals als Neuantragsteller),

– Verbesserung der Möglichkeit für intensivere Behandlungen in den kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanzen versorgender Krankenhäuser,

– Förderprogramm für Fachberatungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend,

– Impulse zur weitergehenden Vernetzung der Hilfesysteme, insbesondere von Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie sowie Kinder- und Jugendmedizin,

– landesweite Durchführung von Regiokonferenzen zur Verbesserung der Vernetzung von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe und Schulen in den Jahren 2022/2023,

– Erarbeitung einer interdisziplinären Handreichung zur Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit vor Ort.

Sicherung des Angebots

Präsenzkontakte und aufsuchende Kontakte haben im Bereich der psychotherapeutischen, psychiatrischen und sozialpsychiatrischen Versorgung generell gro-

ßen Wert, ebenso wie die Erreichbarkeit und die angemessene Kontinuität der Versorgungsangebote. Um Erreichbarkeit und Kontinuität unter den erschwerten Bedingungen der Coronapandemie zu sichern, hatte die kurzfristig bereit gestellte Möglichkeit zum befristeten Ausweichen auf Online- und Telefonkontakte große Relevanz im Bereich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Auch die Sozialpsychiatrischen Dienste stellten ihre Betreuungsangebote zunächst schwerpunktmäßig auf Telefonkontakt um.

Die Möglichkeit zum raschen Wechsel von Kommunikationsformen hat sich im Verlauf der Pandemie für die Sicherstellung von Versorgungsangeboten für bestehenden psychosozialen Bedarf, auch im Suchtbereich, als besonders bedeutsam gezeigt. Das Vorhalten digitaler und, wenn zur Aufrechterhaltung der Kommunikation erforderlich, auch telefonischer Kontaktformen stellt einen wichtigen Beitrag zu einer krisenfesten Versorgung dar und sollte über das aktuelle Erfordernis der Pandemie hinaus verfügbar bleiben. Im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch wird dabei die Regelungskompetenz des G-BA und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung berührt.

Im Bereich vernetzter therapeutischer Hilfen unterstützt das Land die Weiterentwicklung digitalisierter und vernetzter Versorgungsformen, u. a. auch im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

Hier kann beispielhaft das Projekt „Sektorenübergreifende Regionale und Interprofessionelle Versorgung bei Anorexia nervosa“ genannt werden, das die Verbesserung und Koordinierung telemedizinischer Versorgung für Menschen, die an Anorexie erkrankt sind, erprobt.

Zugang zu therapeutischen Hilfen

Der Zugang zu erforderlichen therapeutischen Hilfen hängt sowohl von der Offenheit und Niederschwelligkeit des Versorgungssystems ab als auch vom Hilfesuchverhalten der Betroffenen.

Eine natürliche Schnittstelle bei der Versorgung psychischer Störungen, die in der Pandemie besonders hervorgetreten ist, liegt zwischen der Versorgung belasteten psychischen Erlebens, das noch als kohärente Resonanz auf die Lebensumstände zu werten ist und nach psychosozialer Unterstützung und Beratung verlangt, und der Versorgung psychischer Symptomatik, die als bereits störungswertig einzuschätzen und behandlungsbedürftig ist. Für die Versorgung von jungen Menschen und Familien kommt in diesem Übergangsfeld den Beratungsstellen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und den Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten eine wichtige Beratungs- und Lotsenfunktion bei der Suche nach geeigneter Hilfe zu, im Erwachsenenbereich sind Hausärztinnen und Hausärzte die wichtigsten ersten Anlaufstellen. Eine gute Orientierung an der Schnittstelle zwischen resilienzfördernder Beratung und Unterstützung einerseits und heilkundlicher Diagnostik und Behandlung andererseits hat ganz besondere Relevanz, um den Auswirkungen der Pandemie in der psychosozialen und therapeutischen Versorgung zu begegnen. Aus der Taskforce heraus wurden daher im Zusammenwirken mit den kommunalen Landesverbänden Impulse für eine weitergehende Vernetzung und Kooperation der vor Ort relevanten Akteure gesetzt.

Besonders deutlich erkennbar wird sektorenübergreifender Vernetzungs- und Koordinationsbedarf bei der Gruppe der psychisch schwer erkrankten Menschen mit komplexem Behandlungsbedarf. Die ambulante Behandlung der Betroffenen erfolgt typischerweise unter hohem Versorgungsdruck in psychiatrischen Praxen und ist mit einem hohen Koordinierungsaufwand im Einzelfall verknüpft. Der Bedarf nach ambulanten Behandlungssettings, die den typischerweise komplexen und intensiven Problemstellungen gerecht werden, kann in der Praxis häufig nicht gedeckt werden.

Dem Aufbau komplexer wohnortnaher Versorgungsangebote und ihrer Vernetzung kommt daher aus Sicht des Landespsychiatrieplans eine Schlüsselrolle zu.

Die im Dezember 2021 in Kraft getretene Richtlinie des G-BA über die berufsgruppenübergreifende, koordinierte und strukturierte Versorgung insbesondere für schwer psychisch kranke Versicherte mit komplexem psychiatrischen oder psychotherapeutischen Behandlungsbedarf kann hierfür ein wichtiger Ansatzpunkt werden. Eine im Mai 2022 in Kraft gesetzte, vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration moderierte Arbeitsgruppe will die Umsetzung der Richtlinie in Baden-Württemberg unterstützen und begleiten. U. a. haben das Zentralinstitut für seelische Gesundheit Mannheim und die universitär ausgerichtete Arbeitsgemeinschaft der Psychotherapeutischen Ausbildungsambulanzen ihre Teilnahme an der Arbeitsgruppe „Komplexer Bedarf“ zugesagt.

Zentrale Anliegen der Arbeitsgemeinschaft sind aus Sicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration:

– Unterstützung, dass Behandlungsverbünde sich im Sinne der KSVPsych-Richtlinie flächendeckend bilden,

– beizutragen, dass die vorgesehene Vernetzung mit den Gemeindepsychiatrischen Verbünden gut gelingt, Unterstützungsmöglichkeiten der KSVPsych-Richtlinie für eine möglichst patientinnen- und patientenorientierte Anschlussversorgung für psychisch schwer erkrankte Menschen nach längerer Krankenhausbehandlung zu nutzen.

20. Gibt es aktuelle, einheitlich erfasste und belastbare Krankenhausdaten zu Ressourcen wie Personal und Material sowie die Belegung über die Intensivbettenbelegung hinaus (Daten bitte nach Landkreisen aufschlüsseln)?

Krankenhäuser sind gemäß § 21 des Krankenhausentgeltgesetzes meldepflichtig und übermitteln die Belegungszahlen dem Statistischen Landesamt. Darüber hinaus werden keine weiteren Zahlen erfasst, da hierfür keine gesetzliche Grundlage gegeben ist. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat ferner mitgeteilt, dass die Universitätsklinika des Landes keine eigenen, zentralen Datenbanken führen.

21. In welchen Gesundheitsämtern und wofür wurden die bisher abgerufenen Mittel aus dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ eingesetzt, unter besonderer Berücksichtigung, welche Optionen in der digitalen Unterstützung für die Gesundheitsämter bereits genutzt werden (bitte prozentualen Anteil der Gesamtsumme der Mittel sowie restliche Summe angeben sowie aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

Im Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) stellt der Bund 4 Mrd. Euro für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. Euro (insbesondere für den Personalaufwuchs) im Wege der Umsatzsteuerverteilung gegen Nachweis der geschaffenen Stellen (ohne Mittelabruf). In den übrigen Bereichen stellt der Bund die Mittel über Förderprogramme bereit.

Unter dem Leitbild „Digitales Gesundheitsamt 2025“ soll der ÖGD noch stärker als bisher von digitalen Anwendungen profitieren. Bund und Länder haben sich im November 2021 auf eine Vereinbarung zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den ÖGD verständigt. Nach der Vereinbarung werden die Digitalisierungsmittel in zwei Teile aufgegliedert. Für den ersten bisher abgerufenen Teil der Mittel (sog. Mittel aus Teil B der Vereinbarung) entfallen insgesamt rund 8,5 Mio. Euro auf Baden-Württemberg. Förderfähig sind insbesondere Investitionen des ÖGD im Bereich des Infektionsschutzes im Zeitraum vom 29. September 2020 bis 31. Dezember 2022. Diese Mittel sollen in Baden-Württemberg nach derzeitiger Planung u. a. für die Verbesserung der Hardware-Ausstattung des Landesgesundheitsamtes und für Maßnahmen, die allen Gesundheitsämtern gleichermaßen zu Guten kommen, eingesetzt werden. In Anlehnung an das Abrechnungsverfahren der Mittel für die Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104b Absatz 1 des Grundgesetzes für Investitionen der Länder, einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände, sollen die 38 Gesundheits-

ämter nochmals die Möglichkeit erhalten, einzelne Maßnahmen zur technischen Modernisierung des ÖGD abzurechnen.

22. Wie war die Personalausstattung im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg in Vollzeitäquivalenten zum 1. Januar 2020, zum 1. Januar 2021, zum 1. Januar 2022 und zum 1. Juli 2022 (bitte tabellarisch und jeweils differenziert nach besetzten und unbesetzten Planstellen, besetzten und unbesetzten Arztstellen bzw. Stellen im höheren Dienst, befristeten und unbefristeten Stellen sowie befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

Die Personalausstattung der Gesundheitsämter im mittleren, gehobenen und höheren Dienst des Landes zu den genannten Stichtagen ergibt sich aus *Anlage 1*. Um Überschneidungen der Kategorien und Mehrfachzählungen zu vermeiden (die Stellen des höheren Dienstes Land sind Planstellen und somit unbefristete Stellen – diese müssten daher dreifach gezählt werden) wurde einheitlich auf besetzte und unbesetzte Stellen sowie befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse abgestellt. Die Stellen des höheren Dienstes werden überwiegend mit Ärztinnen und Ärzten, aber auch mit anderen Berufsgruppen besetzt – eine eigene Kategorie „Arztstellen“ gibt es nicht.

Die Zunahme der Stellen zum 1. Januar 2021 gegenüber dem Vorjahresstichtag erklärt sich im Wesentlichen aus der Umsetzung der 1. Tranche des Pakts für den ÖGD, die weitere Steigerung zum 1. Januar 2022 aus der Umsetzung der 2. Tranche des Pakts für den ÖGD. Der Ausbruch der Coronapandemie zu Anfang des Jahres 2020 hat gezeigt, dass das vorhandene Personal an den Gesundheitsämtern nicht ausreicht, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig neu hinzukommende Aufgaben zu bewältigen. Daher wurde zwischen Bund und Ländern der Pakt für den ÖGD geschlossen. Im Rahmen des Pakts hat Baden-Württemberg bei den Gesundheitsämtern in der 1. Tranche 205 neue Stellen geschaffen und in der 2. Tranche 414,5 neue Stellen, jeweils unbefristet. Weitere Stellen hat die kommunale Seite geschaffen, um die Gesundheitsämter im Hinblick auf die Herausforderungen der Pandemiebewältigung zu stärken.

Die Schaffung der vielen Neustellen zum Beginn des Haushaltsjahrs 2022 erklärt die hohe Zahl an unbesetzten Stellen zum Stichtag 1. Januar 2022. Aber auch zum 1. Juli 2022 hat sich die Zahl an unbesetzten Stellen nicht überall deutlich verringert. Zum einen braucht die Stellenbesetzung Zeit, insbesondere in Bereichen mit Fachkräftemangel (hier vor allem beim ärztlichen Personal), da mehrfach ausgeschrieben werden muss. Zum zweiten müssen wegen der hohen Teilzeitquote sehr viel mehr Personen gewonnen werden, um die in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) genannte Zahl an Stellen zu besetzen. Ein weiterer Grund sind freie Stellenanteile in Folge der Reduzierung des Beschäftigungsumfangs der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers. Schließlich spiegelt sich hier auch die nicht nahtlose Nachbesetzung von Stammpersonal im Rahmen der üblichen Fluktuation. Neben ärztlichem Personal werden auch andere Berufsgruppen eingestellt, hier insbesondere die Fachrichtungen Biologie und Gesundheitswissenschaften, bei denen sich die Bewerberlage besser darstellt.

Nicht in der Tabelle enthalten sind die befristeten Stellen für Gesundheitsuntersuchungen von Geflüchteten in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Abhängig von der Standortkonzeption und dem konkreten Flüchtlingszuzug werden hier lediglich bedarfsabhängig Stellen an den zuständigen Gesundheitsämtern befristet besetzt.

23. In welcher Form und in welchem Umfang wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg durch andere Kräfte wie Aushilfen und abgeordnete Beschäftigte während der Pandemie unterstützt (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gesundheitsämtern)?

Das Land hat die Gesundheitsämter einerseits personell durch Abordnungen von Landesbediensteten sowie durch Vermittlung von Pensionärinnen und Pensionä-

ren sowie Studierenden und andererseits finanziell durch Übernahme der Kosten von externem Aushilfspersonal im Rahmen von einwohnerzahlbezogenen Budgets für die einzelnen Kreise unterstützt.

Anlage 2 zur personellen Unterstützung zeigt kreisscharf das zum Stichtag 15. Februar 2021 eingesetzte Personal. Die personelle Unterstützung erfolgte vor allem zu Beginn der Coronapandemie bis etwa Frühjahr 2021, als weite Bereiche im Lockdown waren. Die Vermittlung erfolgte über Aufrufe vonseiten der Ministerien an ihre Beschäftigten, ihre Pensionärinnen und Pensionäre und ihren nachgeordneten Bereich. Die Meldungen von Interessierten waren über zentrale Portale von den Gesundheitsämtern abrufbar oder wurden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration weitergeleitet. Die Zahl der Angebote überstieg die Zahl der realisierten Abordnungen und vermittelten Arbeitsverhältnisse, wie sie die Tabelle aufführt, da sich die Bedarfe der Gesundheitsämter (Tätigkeit auch vor Ort, Wochenenddienste und höherer Beschäftigungsumfang) nicht immer mit den Möglichkeiten der Interessierten deckten.

Daher akquirierten die Gesundheitsämter selbst Aushilfspersonal zum einen für die Kontaktpersonennachverfolgung (KPNV), zum anderen im ärztlichen Bereich. Das Land hat für beide Bereiche die Kosten des Personaleinsatzes innerhalb von vorgegebenen Budgets übernommen. Die abgerechneten Zeiträume und jeweiligen Erstattungssummen sind den beiden *Anlagen 3 und 4* zur finanziellen Unterstützung zu entnehmen. Für die KPNV dauert die Abrechnung der Zeiträume ab Oktober 2021 noch an (siehe *Anlage 3*). Die Unterstützung für ärztliche Aushilfen (siehe *Anlage 4*) ist Ende Juni 2022 ausgelaufen, da den Gesundheitsämtern zu Beginn des Jahres 2022 aus dem Pakt für den ÖGD insgesamt 201,5 neue Stellen für Ärztinnen und Ärzte sowie andere ÖGD-nahe Berufsgruppen des höheren Dienstes zugegangen sind, die nach und nach besetzt werden.

Darüber hinaus hat auch die Bundeswehr einen großen Beitrag zu Unterstützung der Gesundheitsämter im Bereich KPNV geleistet. Im Rahmen der Amtshilfe war die Bundeswehr im Zeitraum Mai 2020 bis März 2022 in unterschiedlicher bedarfsangepasster Personalstärke aktiv. In der Spitzenzeit wurden die Gesundheitsämter im Land mit insgesamt rund 680 zeitgleich eingesetzten Soldatinnen und Soldaten unterstützt.

Des Weiteren konnten die Gesundheitsämter aus dem Programm des Bundes „Containment-Scouts“ personelle Unterstützung zur KPNV bekommen.

24. Wie sind Konzepte und Pläne zur (Weiter-)Entwicklung des baden-württembergischen öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bereich Digitalisierung konkret hinsichtlich Zeitplan und Umsetzung ausgestaltet?

Die Höhe des zweiten Teils der Mittel (sogenannte Mittel aus Teil C der Vereinbarung) für Baden-Württemberg beläuft sich in einem ersten Förderaufruf (2022 bis 2024) auf rund 50 Mio. Euro, welche durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration fristgerecht und vollständig beantragt wurden. Die Entscheidung des Förderträgers über den Antrag steht derzeit noch aus. In einem zweiten Förderaufruf (2024 bis 2026) beläuft sich das Mittelkontingent für Baden-Württemberg voraussichtlich auf rund 15 Mio. Euro.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat im Rahmen des ersten Förderaufrufs insgesamt sechs inhaltliche Handlungsfelder identifiziert: ein digitaler Zugang für die Bürgerinnen und Bürger, die technische Infrastruktur der Gesundheitsämter, die Prozessoptimierung, -harmonisierung und -digitalisierung sowie Fortbildung und Schulungen, die Digitalisierungsstrategie und Umsetzung innovativer Ideen sowie die digitale Vernetzung der Gesundheitsämter. Ein siebtes organisatorisches Handlungsfeld stellt ein sogenanntes Gesamtprojektmanagement dar. Die Ausarbeitung der Handlungsfelder erfolgte gemeinsam mit den baden-württembergischen Gesundheitsämtern sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Landkreistag und dem Städtetag. Aus den sechs Handlungsfeldern ergeben sich 25 Teilprojekte, welche laut erstem Förderaufruf im Jahr 2022 mit einer Pro-

jektlaufzeit von 24 Monaten starten sollen. Das Land Baden-Württemberg wird sich zudem an länderübergreifenden Maßnahmen beteiligen.

25. Inwieweit wird mit welcher konkreten zeitlichen und konzeptionellen Zielsetzung derzeit an der Implementierung einer technisch angemessenen Telematik-Infrastruktur gearbeitet?

Die Fristen für die Einführung der einzelnen Anwendungen der Telematikinfrastruktur (TI) sind im Fünften Buch Sozialgesetzbuch geregelt und öffentlich beispielsweise auf der Website der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg einsehbar. Aktuelle Bestrebungen der Bundesregierung, einzelne Fristen im Rahmen des Gesetzes zur Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus sowie zur Anpassung weiterer Regelungen im Krankenhauswesen und in der Digitalisierung zeitlich nach hinten zu verschieben, werden seitens der Landesregierung nicht unterstützt.

Die TI entspricht in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht mehr den aktuellen technischen Ansprüchen und Möglichkeiten. Die gematik GmbH, die im Jahr 2005 von den Spitzenorganisationen des deutschen Gesundheitswesens gegründet worden ist und an der der Bund 51 Prozent der Geschäftsanteile hält, hat daher einen Lösungsvorschlag erarbeitet, wie die Anforderungen und Rahmenbedingungen mit einer weiterentwickelten TI, einer TI 2.0, erfüllt werden können. Das Whitepaper „Telematikinfrastruktur 2.0“ kann unter *https://www.gematik.de/media/gematik/Medien/Telematikinfrastruktur/Dokumente/gematik_Whitepaper_Arena_digitale_Medizin_TI_2.0_Web.pdf* abgerufen werden. Nach dem der Landesregierung bekannten Zeitplan der gematik GmbH soll die TI 2.0 frühestens im Jahr 2025 an den Start gehen. Das Land Baden-Württemberg wird den Einführungsprozess im Rahmen des gematik-Beirats und durch die aktive Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Digitalisierung eng begleiten.

Aus der Perspektive des ÖGD lässt sich festhalten, dass die Anbindung des ÖGD an die TI noch eine relativ neue Fragestellung ist. So ist die Beantragung einer Institutionskarte durch die Gesundheitsämter zur Anbindung an die TI erst seit dem 31. August 2022 möglich. Im Gegensatz zu anderen Leistungserbringern ist der ÖGD bisher gesetzlich nicht verpflichtet, die TI zu nutzen. Das Land befindet sich daher bezüglich einer Anbindung des ÖGD in Baden-Württemberg an die TI noch in der Prüfungs- und Konzeptionsphase. Dabei sollen die Gesundheitsämter vor Ort einbezogen werden.

26. Inwieweit werden die umfangreichen Evaluationen zu den (gesundheits-)politischen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung genutzt, um bereits jetzt Vorsorge für weitere Krisen vorzuhalten (unter Berücksichtigung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen und einer Analyse, wie die Qualität der getroffenen Maßnahmen von den gegebenen institutionellen und normativen Strukturen sowie gesellschaftlichen Faktoren abhängen, innerhalb derer sie beschlossen und implementiert wurden)?

Die Landesregierung hat umfangreich und ressortbezogen unterschiedliche Maßnahmen getroffen, die zur Vorsorge für weitere Krisen grundlegend zum Ansatz gebracht werden können.

Die Ministerien waren über die Gremien des Landes, insbesondere das Kabinett, die Lenkungsgruppe Corona der Amtschefinnen und Amtschefs der Ministerien unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei und den Interministeriellen Verwaltungsstab, in ressortübergreifende Fragen der Pandemiebekämpfung eingebunden. Wesentliche Grundlage für diese Befassung und auch für die Umsetzung im eigenen Fachbereich ist die fachliche Arbeit der zuständigen Ressorts.

In regelmäßig stattfindenden Abstimmungsrunden des Interministeriellen Verwaltungsstabes wurden seitens der Ministerien mit Beteiligung der Regierungspräsidien, der Landtagsverwaltung. des Rechnungshofs sowie der kommunalen Lan-

desverbände unter anderem folgende Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie identifiziert und in eigener Verantwortung umgesetzt:

- Regelungen zur Masken- und Abstandspflicht bei der Arbeit,
- Ermöglichen einer Homeoffice-Tätigkeit,
- Reduzierung der Mehrfachbelegung von Büroräumen auf das betriebsnotwendige Minimum,
- Ausstattung von Büro- bzw. Besprechungsräumen mit Trennwänden, CO_2-Messgeräten und Luftreinigersystemen,
- Umsetzung der gemäß Infektionsschutzgesetz geltenden 3G-Regelung,
- Erarbeitung von Hygienekonzepten,
- Präsenzbesprechungen nur in Ausnahmefällen und mit strengen Kapazitätsbeschränkungen in Besprechungsräumen,
- Zutrittsbeschränkungen zu den Dienstgebäuden für externe Personen,
- Bereitstellung von COVID-19-Selbsttests,
- Bereitstellung von FFP2-Masken/medizinischen Masken,
- Bereitstellung von Informationen zur COVID-19-Schutzimpfung bzw. Organisation von Impfterminen für Beschäftigte.

Diese Maßnahmen wurden und werden bei Bedarf laufend den aktuellen Entwicklungen angepasst. Einzelne Maßnahmen, wie zum Beispiel „Mobiles Arbeiten/ Homeoffice“, wurden dauerhaft im Dienstbetrieb etabliert und bilden einen wichtigen Baustein für die Bewältigung künftiger Herausforderungen.

Daneben ist ressortübergreifend geplant, die Beschaffung Persönlicher Schutzausrüstung und COVID-19-Selbsttests z. B. durch Rahmenverträge zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Im Bereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Die Ständige Konferenz der Innenministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren der Länder (IMK) hat unter Vorsitz Baden-Württembergs auf ihrer 214. Sitzung vom 16. bis 18. Juni 2021 unter Tagesordnungspunkt (TOP) 31 bereits grundlegende Beschlüsse zur Verbesserung des Krisenmanagements bei Bund und Ländern aufgrund der Erfahrungen aus der Coronakrise beschlossen. U. a. heißt es dort:

„Die Aufbau- und Ablauforganisation des Krisenmanagements muss von den Kommunen über die Länder bis hin zum Bund auf einer einheitlichen Basis und auf Bund- und Länderebene unter Einbeziehung aller Ressorts gestärkt werden. […] Die Schnittstelle zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den beteiligten Ressorts muss im Sinne eines bidirektionalen Krisenmanagements unter Beachtung der veränderten Bedrohungslage verbessert werden. Die Einrichtung eines Bund-Länder-Kompetenzzentrums beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe kann hierbei eine wesentliche Rolle spielen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Grenzen des Datenschutzes sind unter dem Blickwinkel des Krisenmanagements zu beleuchten. IT-Systeme, die auf verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden, sollen einen schnellen Datenaustausch gewährleisten. Einschränkungen des Datenaustausches sind auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen. Die Ressourcenvorhaltung für Krisensituationen ist sowohl von staatlicher als auch von privatwirtschaftlicher Seite verantwortungsvoll zu betreiben. Hierzu müssen Staat und Privatwirtschaft entsprechende Notfallreserven vorhalten oder deren zeitnahe Produktion gewährleisten. Hierzu gilt es gegebenenfalls auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Unter TOP 33 derselben IMK-Sitzung wurde weiter beschlossen:

„1. Die IMK hat mit Beschluss vom 10. Dezember 2020 zu TOP 36 einen Strategie- und Konzeptrahmen für die Entwicklung des staatlichen Krisen- und Informationsmanagements zur Kenntnis genommen. Sie sieht hierin eine geeignete Arbeitsgrundlage für einen gemeinsamen Diskussionsprozess im Bereich des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements.

2. Die IMK ist der Auffassung, dass Ziel einer solchen Reform sein muss,

   – das fachliche und politische Krisenmanagement Ebenen übergreifend zu vernetzen und die Einbindung der Ressorts in den Entscheidungsprozess zu verbessern (zu prüfen ist insbesondere, wie die in der sogenannten interministeriellen Koordinierungsgruppe angelegten Formen der Zusammenarbeit verstetigt und für außergewöhnliche Ereignisse von nationaler Tragweite effektiver ausgestaltet werden können),

   – die fachlichen Aufgabenverantwortungen und Ressortzuständigkeiten im Bevölkerungsschutz zu identifizieren und zu stärken,

   – eine arbeitsmarktbezogene Unterstützung von krisenbedingten Personalengpässen in den Verwaltungen sicherzustellen,

   – eine Unterstützung und Entlastung der kommunalen Aufgabenträger durch gute Krisenvorsorge und Stärkung kritischer Infrastrukturen zu erreichen,

   – angesichts geänderter Gefahrenlagen die Möglichkeit des Bundes zur Unterstützung im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zu erweitern

   – und die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes durch Konzentration auf die Kernaufgaben der allgemeinen Gefahrenabwehr zu erhalten.“

Auf ihrer 217. Sitzung vom 1. bis 3. Juni 2022 hat die IMK unter TOP 43 darüber hinaus ein umfangreiches Strategiepapier „Lernen aus der Krise: Staatliches Krisen- und Informationsmanagement von Bund und Ländern“ beschlossen. Unter Zugrundelegung der Prinzipien föderaler Partnerschaft und sektoraler Vorsorge wird hierin die Fortentwicklung eines Strategie- und Konzeptrahmens für einen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz mit seinen vielfältigen Schnittstellen beschrieben. Entsprechend der Beschlussfassung der IMK wurden auch die Fachministerkonferenzen sowie die Arbeitskreise II und III der IMK beteiligt.

Der Bericht unterstreicht die Bedeutung eines ressortübergreifenden Krisenmanagements. Er bestätigt damit auch die in Baden-Württemberg bewährte Aufbauorganisation mit einer Lenkungsgruppe, einem Interministeriellen Verwaltungsstab, den Verwaltungsstäben in den Ministerien, bei den Regierungspräsidien und Landratsämtern sowie in den Gemeinden.

Die etablierten Strukturen des Krisenmanagements der Landesverwaltung wurden auch zur Bekämpfung der Coronapandemie wirksam und zielführend eingesetzt. Es lässt sich feststellen, dass sich das System auch in dieser Lage bewährte. Dies galt gleichermaßen für präventive wie auch für reaktive Maßnahmen und Werkzeuge. So war das Krisenmanagement des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen durch die sehr frühzeitige Beobachtung und Analyse der Lage bereits vor Auftreten der ersten Infektionsfälle in Deutschland und Baden-Württemberg auf die Coronapandemie vorbereitet und konnte „nahtlos“ in den Krisenmodus wechseln.

Gerade in der Coronapandemie zeigte sich darüber hinaus, dass moderne Kommunikationswerkzeuge wie Videokonferenzen oder ein Chatbot hilfreiche Ergänzungen zu den bewährten Werkzeugen der Stabsarbeit darstellen. Wichtig ist, diesen Möglichkeiten offen gegenüberzutreten, anfängliche Vorbehalte zu überwinden und sie sinnvoll in die etablierten Abläufe und Strukturen zu integrieren.

Im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Die Schulpsychologischen Dienste setzen verschiedene Online-Unterstützungsformate wie Impulsvorträge und Handreichungen insbesondere für Lehr- und Unterstützungskräfte ein. Diese zentralen Impulsvorträge sind in regelmäßigen Abständen durchgeführt und beworben worden. Viele Lehr- und Unterstützungskräfte nahmen dieses Angebot war. Insbesondere das Format der Online-Impulsvorträge eignet sich, zeitnah wesentliche krisenbezogene Informationen aus schulpsychologischer Zuständigkeit zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern sowie hinsichtlich der Selbstfürsorge der Lehrkräfte zu vermitteln.

Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg ist mit seinem Beratungs- und Fortbildungssystem regional und flächendeckend in Baden-Württemberg aufgestellt und kann auf Anfrage hin das Angebot an Schulen für Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie sonstiges pädagogisches Fachpersonal umsetzen. Aus den Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Pandemie heraus hält das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg zusammen mit den Stadt- und Kreismedienzentren ein breites Angebot vorsorglich parat. Hierunter fallen beispielsweise Fortbildungsangebote und Sprechstunden zum Unterrichten in Fernlernsituationen sowie Jitsi als Videokonferenzsystem, das der Medienzentrenverbund bedarfsentsprechend skalieren kann. Zusätzlich wurden die Angebote der zentralen Unterrichtsmedienplattform „SESAM-Mediathek“ während der pandemiebedingten Sondersituation des Fernlernens massiv ausgebaut, insbesondere durch einen umfassenden Erwerb von Unterrichtsmedien als auch durch den Ausbau der Serverkapazitäten. Für potenziell erforderliche künftige Fernlernsituationen sind die technischen Kapazitäten vorhanden und es werden weitere Medienangebote, u. a. auch Inhalte von Lernplattformen, bereitgestellt.

Über die dargestellten Angebote hinaus erfolgen derzeit keine Auswertungen gesundheitspolitischer Daten für den Ressortbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Sofern sich weitere Evaluationsergebnisse ergeben sollten, die auf den Ressortbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport übertragbar sind, werden diese für künftige Planungen berücksichtigt.

Im Bereich des Ministeriums der Justiz und für Migration wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Auf allen Ebenen der Justizverwaltung wurden Lehren aus der Coronapandemie gezogen. Alle Dienststellen wurden durch die Coronapandemie mit neuen Herausforderungen konfrontiert und haben durch deren Bewältigung ihre Kompetenz im Krisenmanagement erweitert. Gleichzeitig werden angesichts der aktuellen Krisenlagen die Anstrengungen der Justiz zur Krisenvorsorge weiter verstärkt.

Die Strategie zur Bewältigung der Coronapandemie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften hat sich bewährt.

Durch die Gesamtheit der getroffenen – eng an den innerhalb der Landesregierung für die Landesverwaltung abgestimmten Vorgaben orientierten – organisatorischen Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen konnte verhindert werden, dass Krankheitsausbrüche bei Gerichten und Staatsanwaltschaften die Funktionsfähigkeit der Justiz in Frage gestellt hätten. Dies gilt zum einen für den internen Dienstbetrieb, aber auch und gerade für die Schutzmaßnahmen für Gerichtsverhandlungen und andere öffentlich zugängliche Bereiche des Gerichtsbetriebs. Die Justiz war auch in der Krise leistungsfähig und konnte den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zum Recht jederzeit erfüllen.

Nach Abschluss des aktuell laufenden Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes besteht Klarheit, welche rechtlichen Möglichkeiten zur Anordnung von Schutzmaßnahmen für die im kommenden Herbst und Winter befürchtete weitere Krankheitswelle zur Verfügung stehen werden. Auf dieser Grundlage wird geprüft werden, welche organisatorischen Vorkehrungen

und Schutzmaßnahmen für den Dienstbetrieb in der Justiz erforderlich und umzusetzen sein werden.

Auch im Justizvollzug haben sich die zur Bewältigung der Coronapandemie ergriffenen Maßnahmen als wirksam erwiesen.

Die präventiven Maßnahmen zur Vermeidung einer Ausbreitung des Coronavirus im Justizvollzug hatten zunächst zwei Säulen: Zum einen wurden Vorkehrungen getroffen, die ein Hineintragen und ein mögliches Ausbreiten des Coronavirus innerhalb der Justizvollzugsanstalten vermeiden sollten. Neben der Reduktion der Außenkontakte der Gefangenen waren hier vor allem die Einhaltung der allgemeinen Hygieneregeln sowie vorübergehende Masken- und Testpflichten wesentlich. Zum anderen wurden durch Reduktion der Belegung freie Kapazitäten geschaffen, um in den Justizvollzugsanstalten soweit wie möglich Zugangs- und Isolationsbereiche einrichten zu können. Positiv haben sich als Nebeneffekte hierbei eine geringere Gefangenenfluktuation sowie eine Gefahrenreduzierung einer Ansteckung für Risikogruppen unter den Gefangenen ergeben. Als dritte Säule ist mittlerweile die Möglichkeit der Impfung der Bediensteten und Gefangenen zu nennen. Das Impfangebot wurde sowohl von den Gefangenen als auch von den Bediensteten insgesamt gut angenommen.

Bezüglich der im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Coronapandemie ergriffenen und gegebenenfalls zu ergreifenden Maßnahmen gilt für die Vergangenheit wie auch für die Zukunft, dass diese im Rahmen der jeweils gültigen Rechtslage fortlaufend auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und entsprechend der jeweiligen Infektionslage angepasst, ergänzt oder aufgehoben werden. Neben dem Schutz der Gesundheit der Bediensteten und der Gefangenen ist hierbei stets Ziel, die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Justizvollzugs zu gewährleisten.

Hinsichtlich der jeweiligen zu ergreifenden Maßnahmen, war es durchgängige Linie des Ministeriums der Justiz und für Migration, gemeinsam mit der vollzuglichen Praxis und anhand der Empfehlungen der Zentralen Hygienekommission für den Justizvollzug klare Rahmenbedingungen zu schaffen, die einerseits Leitlinien bieten und zu einem einheitlichen und verbindlichen Vorgehen führen und andererseits den Justizvollzugseinrichtungen gleichwohl den nötigen Spielraum belassen.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich für den Justizvollzug – trotz einer möglicherweise veränderten Ausgangslage der Coronapandemie – derzeit kein Strategiewechsel. Ziele bleiben die Gewährleistung der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Justizvollzugs sowie der Schutz der Bediensteten und Gefangenen. Insoweit haben sich die bislang ergriffenen Maßnahmen bewährt. Dementsprechend sind die allgemein gültigen Hygieneregelungen bzw. Basismaßnahmen – soweit möglich – zur Reduzierung eines Infektionsrisikos weiterhin einzuhalten.

Hierfür wird insbesondere ausreichend Persönliche Schutzausrüstung vorgehalten. Das leicht zugängliche Impfangebot bzw. die bislang erfolgreiche Impfkampagne im Justizvollzug wird – unter kontinuierlicher Überprüfung der Impfempfehlungen durch die Ständige Impfkommission – fortgeführt, wobei die Impfquote bei den Gefangenen durch geeignete Maßnahmen weiter ausgebaut werden soll. Die zu ergreifenden Maßnahmen sollen auch künftig anhand der jeweils gültigen Rechtslage dem jeweiligen Infektionsgeschehen angepasst werden. Hierbei soll die vollzugliche Praxis weiterhin eng eingebunden werden.

Auch im Migrationsbereich kann auf Erfahrungen aus den letzten Krisenjahren zurückgegriffen werden.

Bereits zu Beginn der Coronapandemie wurden in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes umfassende Maßnahmen zum Infektionsschutz ergriffen, um die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die in den Einrichtungen Tätigen zu schützen. Zur Regelung der Maßnahmen wurde die Corona-Erstaufnahme-Schutz-Verordnung (CoronaErstaufnSchVO) erlassen. Zudem wurden Umsetzungshinweise zur Corona-Verordnung sowie weitere Maßnahmen zum Schutz der Bewohne-

rinnen und Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtungen und der Beschäftigten vom Ministerium der Justiz und für Migration bzw. vormals Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erarbeitet. Diese Regelungen werden laufend an die jeweils gültigen Rechtsgrundlagen und die Infektionslage angepasst.

Aufgrund der besonderen Situation in der Erstaufnahme mit einem erhöhten Risiko der Verbreitung von COVID-19-Infektionen infolge der gemeinschaftlichen Unterbringung und gemeinschaftlich genutzten Aufenthalts- und Sanitäranlagen wird die aktuell gültige Rechtsgrundlage zur Regelung von Maßnahmen zum Infektionsschutz vollumfänglich ausgenutzt. Die CoronaErstaufnSchVO sieht daher eine Masken- und Testpflicht vor, um Infektionsrisiken zu reduzieren.

Daneben wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie ergriffen, die auch weiterhin zur Anwendung kommen. So wurden u. a. spezielle Quarantänebereiche in den Einrichtungen und zusätzlich eine eigene temporäre Isolierunterkunft geschaffen, um eine separate Unterbringung von Infizierten gewährleisten zu können. Generell wird auf das Reduzieren von Kontakten hingewirkt, beispielsweise durch eine zeitlich und nach Kohorten gestaffelte Essensausgabe oder die Verlängerung von Öffnungszeiten der medizinischen Ambulanz. Personen, die in eine Erstaufnahmeeinrichtung aufgenommen werden, erhalten zudem bereits frühzeitig ein Impfangebot.

Die dargestellten Maßnahmen haben sich bewährt. Mit dem bei den letzten Wellen zur Verfügung stehenden Instrumentenkasten konnte der Infektionsschutz in den Erstaufnahmeeinrichtungen bisher gewährleistet werden. Im Hinblick auf das für den Herbst geplante neue Infektionsschutzgesetz wird für den Bereich der Flüchtlingserstaufnahme – abhängig von der weiteren Entwicklung der Coronapandemie – eine tragfähige rechtliche Grundlage benötigt, um wirksame Schutzmaßnahmen ergreifen zu können.

Aus dem Bereich des Ministeriums für Finanzen wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Konkrete Maßnahmen werden jeweils situationsbezogen im vorgegebenen rechtlichen Rahmen und in Absprache mit den betriebsärztlichen und arbeitssicherheitstechnischen Dienstleistern in der Finanzverwaltung getroffen.

Die im Rahmen der Coronapandemie aufgebaute Fähigkeit mobil – insbesondere im Homeoffice – arbeiten zu können, wurde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen als dauerhafte Beschäftigungsform eingeführt. In der Finanzverwaltung wird durch eine Ausstattung mit Notebooks oder ThinClients und den notwendigen VPN-Zugängen die Arbeitsfähigkeit der Finanzverwaltung durch eine kurzfristige Umstellungsmöglichkeit auf ein Arbeiten im Homeoffice sichergestellt. Ebenfalls auf Dauer angelegt ist in den verschiedenen Verwaltungsbereichen die Ausstattung der Besprechungsräume zur Durchführung von Online-Konferenzen oder hybriden Veranstaltungen.

Bereits vor der Coronapandemie existierte ein Angebot einer psychosozialen Beratung im gesamten Ressortbereich.

Im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Mit Ausbreitung des Coronavirus in Baden-Württemberg Anfang 2020 haben beide Ministerien im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung die Gefahren für die Beschäftigten im Zusammenhang mit dem Coronavirus beurteilt und im Laufe der Pandemie fortlaufend aktualisiert. Auf die obigen Ausführungen zu den regelmäßig stattfindenden Abstimmungsrunden im Interministeriellen Verwaltungsstab wird verwiesen.

Rückblickend kann festgehalten werden, dass sich die von beiden Ministerien ergriffenen Maßnahmen als wirksam erwiesen haben.

Im Gesamtverlauf der Pandemie wurden in beiden Ministerien alle arbeitsschutzspezifischen Prozesse optimiert und ein „Arbeitsschutzmanagement-System“ implementiert. Dies ermöglicht ein schnelles und effektives sowie lagebezogenes Handeln durch die Dienststellen.

Im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Während der Coronapandemie sind Praxiserfahrungen gesammelt worden, auf die das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im weiteren Verlauf der aktuellen Pandemie, hierbei insbesondere auch bei Auftreten weiterer Virusvarianten und auch bei ggf. neu auftretenden anderen Pandemien, zurückgreifen kann.

Konkrete Maßnahmen werden jeweils situationsbezogen im vorgegebenen rechtlichen Rahmen und nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft getroffen. Hierbei sind aktuelle Evaluierungen zur konkreten Auswirkung auf das Infektionsgeschehen insbesondere im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu berücksichtigen.

Mittlerweile sind eine Infrastruktur und eine Grundausstattung an Materialien und Geräten vorhanden, auf die im Ernstfall zurückgegriffen werden kann. Bereits beschaffte Luftreiniger werden weiter betrieben und können auch vor weiteren Infektionskrankheiten schützen. Ein Mindestbestand an Schutzausrüstung (Masken, Handschuhe) wird aufrechterhalten. Das Thema Infektionsschutz (inkl. Impfungen) ist Bestandteil der betriebsärztlichen Betreuung sowie der jährlichen Sicherheitsunterweisungen.

Die im Rahmen der Coronapandemie aufgebaute Homeoffice-Fähigkeit des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wird auch zukünftig beibehalten. Durch eine Vollausstattung der Beschäftigten mit Notebooks und VPN-Zugängen kann somit die Arbeitsfähigkeit des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz durch jederzeitige und kurzfristige Umstellung auf ein Arbeiten im Homeoffice sichergestellt werden. Ebenfalls auf Dauer angelegt ist die umfängliche Neuausstattung aller Besprechungsräume zur Durchführung von Online-Konferenzen bzw. hybriden Veranstaltungen.

In den letzten zweieinhalb Jahren wurden im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auch weitere Maßnahmen zur Förderung der persönlichen Resilienz der Beschäftigten angestoßen, um auch gerade in Krisenzeiten den Herausforderungen in Beruf, Familie und Umfeld weiterhin gewachsen zu sein. So wurde ein Angebot einer psychosozialen Beratung für das gesamte Ressort eingeführt und Fortbildungen für Führungskräfte und Beschäftigte zu den besonderen Herausforderungen beispielsweise im Hinblick auf Arbeiten und Führen auf Distanz, Teamarbeit unter Nutzung neuer Medien und zu Stressresilienz allgemein angeboten. Weitere Fortbildungen und sonstige Angebote, die sich stets am konkreten aktuellen Bedarf ausrichten, sind in Planung.

Im Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Im Rahmen seiner Zuständigkeit hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die grundlegende Aufgabe für eine Einschätzung der Gesundheitskrise aus der Perspektive des Infektionsschutzes zu sorgen und für die Landesregierung die weiteren Schritte der Pandemiebekämpfung in Absprache mit dem jeweils zuständigen Fachressort zu erarbeiten.

Im Oktober 2006 wurde – wie bereits bei Frage 14 ausgeführt – ein Influenzapandemieplan als Modul des Seuchenalarmplans des Landes erstellt. Die Pandemieplanung ist klassischerweise auf das Auftreten von Influenzaviren ausgerichtet, die Planungsgrundlagen sind jedoch auch auf andere Krankheitserreger, die vorwiegend Atemwegssymptome auslösen, übertragbar. Insofern kann der Pande-

mieplan grundsätzlich auch beim Ausbruchsgeschehen mit dem Coronavirus zur Anwendung kommen.

Um die Maßnahmen entsprechend des aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes anpassen zu können, fand mehrmals auch eine direkte Anhörung und Diskussion mit entsprechenden Fachexpertinnen und -experten statt.

Zum fachlichen Austausch der betroffenen Akteure wurde die AG Corona unter der Leitung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration bereits einen Tag nach Auftreten des ersten Falls in Baden-Württemberg als Arbeitsgremium ins Leben gerufen. Mitglieder sind neben dem Ministerium die kommunalen Landesverbände, die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, die Ärzte- und Apothekerschaft, die Krankenkassen, weitere Expertinnen und Experten sowie weitere Ressorts.

Am 26. Juli 2022 hat die AG Corona eine gemeinsame Erklärung zum Pandemiemanagement im Herbst und Winter 2022/23 verabschiedet. Zentral aufgeführt sind Impfungen gegen das Coronavirus, zielgerichtete Testungen sowie der Schutz vulnerabler Gruppen. Daneben forderten die Mitglieder des Gremiums vom Bund, das Infektionsschutzgesetz zeitnah anzupassen und damit eine solide rechtliche Grundlage zu schaffen, um schnell auf eine sich verändernde Lage reagieren zu können. Grundlage der gemeinsamen Erklärung bildet ein Expertenhearing vom 1. Juli 2022.

Neben dem regelmäßigen fachlichen Austausch aus dem Bereich des Infektionsschutzes, wurden Expertenanhörungen durchgeführt, die sich im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration mit besonders schutzbedürftigen Personengruppen befassten.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat aus der im April 2020 eingerichteten Taskforce Langzeitpflege und Eingliederungshilfe heraus die „Studie zur aktuellen Lage in Einrichtungen der stationären und ambulanten Langzeitpflege in Baden-Württemberg“ von Frau Prof. Dr. Astrid Elsbernd von der Hochschule Esslingen initiiert. Die Studie dokumentierte und analysierte die aktuelle pandemische Situation und deren Auswirkungen auf die Langzeitpflege und entwickelte Empfehlungen in verschiedenen Themenblöcken wie z. B. der gesellschaftlichen Sichtbarkeit der (Pflege-)Arbeit und der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner, der personellen Ausstattung in der Langzeitpflege oder der Reduzierung von Bürokratie sowie der Verbesserung der Kommunikation aller an der Bewältigung der Coronapandemie Beteiligten. Ausgehend von den Empfehlungen der Studie wurden in der Taskforce drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich der Problemfelder Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern, ärztliche Versorgung in Pflegeheimen, Verbesserung der Kommunikation aller Beteiligten und Digitalisierung annehmen.

Im Mai 2021 führte das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ein eigenes Jugendhearing mit über 200 Kindern und Jugendlichen aus Baden-Württemberg durch, beim dem die Belange und besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Krise erörtert wurden. In Folge des Hearings wurde deutlich, dass Kinder und Jugendliche insbesondere auch im Krisenfall soziale Kontakte zu Gleichaltrigen und Freiräume brauchen. Daher war es stets eine Leitlinie des Ministeriums, entsprechende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit auch bei hohen Infektionszahlen zu ermöglichen. Zusammenfassungen der Expertenhearings sowie die gemeinsame Erklärung der AG Corona sind auf der Homepage des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zu finden: *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheit-pflege/gesundheitsschutz/infektionsschutz-hygiene/informationen-zu-coronavirus/pandemiemanagement/*

Des Weiteren hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Vorbereitung auf den Herbst/Winter 2022/2023 ein Maßnahmenpaket erarbeitet, das am 16. August 2022 vom Kabinett beschlossen wurde. Es beinhaltet unter anderem folgende Aspekte:

– Ausweitung des Surveillance-Systems,

– Impfkonzept für den Zeitraum von Oktober 2022 bis März 2023,

– Modellprojekt adaptive, sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung Long-/Post-Covid in Baden-Württemberg,

– Unterstützung der Gesundheitsämter sowie

– Bereitstellung von Tests in Schulen, Kindergärten sowie der Kindertagespflege/Covid-Testungen an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ).

Weitere Informationen zu den Maßnahmen sind unter *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vorbereitungen-auf-den-herbst-und-winter-land-stellt-weitere-weichen-fuer-corona-management/* einsehbar.

Im Bereich des Ministeriums für Verkehr wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Die Coronapandemie stellte eine vollkommen neue Situation dar und erforderte Handlungen und Verfahrensweisen, die bis zu diesem Zeitpunkt nur in geringerem Maße erwartbar und denkbar waren. Das Ministerium für Verkehr hat diese neue Situation mit all ihren Facetten jedoch genutzt, um seine Handlungsfähigkeit noch weiter zu verbessern. Krisensituationen können dadurch besser bewältigt werden, da Strukturen, Verfahrens- und Handlungsabläufe hinterfragt und ggf. an die aktuell vorherrschende Situation angepasst wurden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Verkehrsbereich die Coronapandemie bislang gut bewältigen konnte. Der Öffentliche Personennahverkehr als Grundversorgung für die Bürgerinnen und Bürger konnte aufrechterhalten und das Ansteckungsrisiko durch begleitende Vorgaben, insbesondere die Maskentragungspflicht, reduziert werden. Der Straßenbetriebsdienst wurde aufrechterhalten, die Straßenbauvorhaben konnten auch unter Pandemiebedingungen umgesetzt werden. Die Erlangung von Fahrerlaubnissen war über weite Phasen weiterhin möglich, wenn auch mit Einschränkungen. Hierbei handelt es sich zwar nur um eine exemplarische Aufzählung, diese zeigt jedoch, dass immer ein gelungener Ausgleich zwischen dem Schutz von Gesundheit und Leben und weiteren Grundrechten erreicht wurde.

Dieser Erfolg wurde durch eine pragmatische, der Situation angepasste und flexible Herangehensweise unter Beteiligung verschiedenster Akteure mitsamt einer offenen Kommunikation erreicht. Ziel dabei war stets, ein bürgernahes und umsetzbares Ergebnis zu erreichen.

Im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurden folgende Maßnahmen identifiziert:

Die Hochschulen des Landes halten als Konsequenz der Coronapandemie die erforderlichen Instrumente und Ressourcen für die bisherigen erfolgreich durchgeführten Maßnahmen, wie z. B. die Möglichkeit von Online- oder Hybrid-Veranstaltungen für die Studierenden, weiterhin vor. Falls die entsprechenden Pandemiekennzahlen wieder steigen oder ähnlich gelagerte Krisen entstehen und Einschränkungen im Lehrbetrieb aufgrund einer entsprechenden Verordnung des Landes erforderlich werden sollten, können die Maßnahmen erneut umgesetzt werden. Dies gilt auch für die Sensibilisierung oder die Verpflichtung der Studierenden zu bestimmten Hygienemaßnahmen. Die Hochschulen sind zudem in der Lage, die unverzügliche Einberufung von internen oder externen Taskforces mit allen maßgeblichen Akteuren, z. B. auch mit dem Ministerium für Wissenschaft,

Forschung und Kunst, jederzeit zu aktivieren. Dies gilt ebenso für die in der Verwaltung implementierten und erprobten Videokonferenzen für die interne Kommunikation und für die Kommunikation mit anderen Einrichtungen.

Auch die Kunst- und Kultureinrichtungen können die bisher erfolgreich angewandten Maßnahmen, wie z. B. Zugangsbeschränkungen oder Zugangsverbote, in kürzester Zeit erneut umsetzen, sofern erforderlich.

27. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die internationalen Lieferketten medizinischer Bedarfsgüter nach Baden-Württemberg abzusichern und für zukünftige Krisen resilienter, effizienter und schneller zu gestalten?

Zur generellen Absicherung internationaler Lieferketten hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg gemeinsam mit der IHK (Industrie- und Handelskammer) Stuttgart seit Mai 2020 eine Kontaktstelle für die Wirtschaft zur Unterstützung bei Lieferketten-Problemen eingerichtet. Die Landeskontaktstelle wurde als Teil einer Bundesinitiative zu Lieferketten etabliert, die als zentrale Anlaufstelle der Bundesregierung für Unternehmen dient, die Probleme in ihren Lieferketten haben, sei es auf europäischer Ebene oder global. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz behandelt gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aller relevanten Bundesorganisationen, der Wirtschaftsministerien der Länder und aller bei Lieferkettenfragen zuständigen Bundesministerien (insbesondere Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Innern und für Heimat) Schwierigkeiten sowohl bei der Herstellung und Lieferung von Zuliefererprodukten als auch der allgemeinen Rohstoffversorgung sowie Fragestellungen bei grenzüberschreitendem Personenverkehr. Fragen der Absicherung medizinischer Bedarfsgüter könnten über diese Kontaktstelle an den Bund adressiert werden, um dann dort unter Einbeziehung des Bundesministeriums für Gesundheit die notwendigen Fragestellungen zwischen Bund und Ländern erörtern zu können.

Das Thema „Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln“ wurde bereits vor der Coronapandemie im Rahmen der Arbeitsgruppe Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung unter dem Dach des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg aufgegriffen und mit den beteiligten Akteuren diskutiert. Die Arbeitsgruppe hat im Juli 2022 erneut getagt und wird die Arbeit in den Unterarbeitsgruppen im Herbst fortführen und intensivieren. Dabei sollen insbesondere auch die Erfahrungen der Coronapandemie berücksichtigt werden und konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, die entweder direkt auf Landesebene umgesetzt werden können, oder auf Bundes- oder EU-Ebene transportiert werden müssen.

Im Zusammenhang mit einem akuten Lieferengpass hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das Bundesministerium für Gesundheit aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Sicherung von Lieferketten und zur Abmilderung von Lieferengpässen zu prüfen. Dies setzt ein gutes Frühwarnsystem voraus, das auch Abhängigkeiten von einigen wenigen Zulieferern berücksichtigt. Ziel muss es sein, die Produktion in Europa zu stärken und die krisenfeste Produktion in der Preisgestaltung zu berücksichtigen. Dabei soll auch insbesondere die Sicherstellung von Generika in den Blick genommen werden.

Die Landesregierung unterstützt die Vorhaben der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Arzneimittelstrategie für Europa, die u. a. das Ziel verfolgt, durch Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen die Attraktivität des Standorts Europa zu erhöhen. In einem strukturierten Dialog mit allen Akteuren aus dem Bereich der Arzneimittelherstellung werden Schwachstellen in der globalen Lieferkette kritischer Arzneimittel ermittelt und politische Optionen zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der EU erarbeitet.

Als legislative Maßnahmen werden derzeit strengere Verpflichtungen der Industrie zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung, eine frühere Meldung von Engpässen und Rücknahmen, eine verbesserte Transparenz über Lagerbestände in der gesamten Lieferkette und eine stärkere Koordinierungsrolle der Europäischen Arzneimittelagentur bei der Überwachung und Bewältigung von Engpässen zwi-

schen den Beteiligten erörtert. Diese Maßnahmen könnten durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ergänzt werden, beispielweise durch verbesserte Beschaffungskonzepte und -strategien, eine gemeinsame Beschaffung kritischer Arzneimittel und eine Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Instrumenten für die nationale Preis- und Kostenerstattungspolitik. Etwaige Maßnahmen müssen dabei mit den Wettbewerbsvorschriften der EU und den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) im Einklang stehen. Die EU wird daher mit den WTO-Mitgliedern an einer Initiative arbeiten, die den Handel mit Gesundheitsprodukten erleichtern und zu einer wirksamen Reaktion im Falle einer gesundheitlichen Notlage beitragen soll.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg hat in diesem Prozess die Möglichkeit der öffentlichen Konsultation genutzt und u. a. vorgebracht, dass die Bereithaltung einer strategischen Wirkstoffreserve innerhalb der EU eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Versorgungssicherheit, auch in Krisensituationen, darstellen könnte. Es sollten außerdem regulatorische Hürden, beispielweise beim notwendigen Wechsel von Wirkstofflieferanten im Fall von Lieferengpässen, reduziert werden, ohne die Arzneimittelsicherheit zu gefährden. Dazu ist es jedoch notwendig, dass pharmazeutische Unternehmen in die Lage versetzt werden, Abweichungen im Wirkstoffherstellungsprozess zu erkennen und zu bewerten. Neue Herstellungstechnologien bei der Produktion von Arzneimitteln müssen gefördert und Zulassungen hierfür ermöglicht werden, um die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu Standorten mit niedrigeren Personalkosten zu verbessern. Auch soll die Möglichkeit zur Erteilung von Standardzulassungen für Deutschland erhalten bleiben. Sie haben sich in Krisensituationen bewährt, da sie eine Möglichkeit darstellen, dringend benötigte, aber nicht verfügbare Arzneimittel kurzfristig und flächendeckend herzustellen.

Die Medizintechnik-Unternehmen am Gesundheitsstandort Baden-Württemberg benötigen vor dem Hintergrund der Komplexität der europäischen Verordnungen Unterstützung in erheblichem Umfang u. a. durch die Landesbehörden, zum einen als direkte Ansprechpartner vor Ort, zum anderen auch im Rahmen des Ziels der Landesregierung einer resilienten und im internationalen Vergleich konkurrenzfähigen Aufstellung des Gesundheitsstandorts Baden-Württemberg.

28. Welche versorgungskritischen Medizinprodukte und Arzneimittel erachtet die Landesregierung im Hinblick auf die Grundversorgung und Krisenfälle für so wichtig, dass deren Herstellung vorrangig in Baden-Württemberg erfolgen sollte, um mehr Autonomie bzw. Unabhängigkeit von internationalen Lieferketten zu erreichen?

Für die Bereiche systemrelevante Arzneimittel und Medizinprodukte wurden basierend auf den Erfahrungen der Coronapandemie im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg Empfehlungen für dessen langfristige Sicherung gegen Pandemiefälle erarbeitet. Zur langfristigen Sicherung erscheint es nach einer ersten Analyse sinnvoll, die Produktion von besonders versorgungsrelevanten Wirkstoffen im Land zu verstärken. Als allgemein versorgungsrelevant gelten Wirkstoffe entsprechend der Liste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte sowie solche, die zudem während der Coronapandemie auf europäischer Ebene als relevant identifiziert wurden und für die ein gesteigerter Bedarf während der Pandemie festgestellt wurde. Diese Empfehlungen müssen jedoch weiter evaluiert und angepasst werden.

29. Was hat das Land seit März 2020 dafür getan, um die Herstellung von Medikamenten und Desinfektionsmitteln in Baden-Württemberg auszubauen?

Eine entscheidende Voraussetzung für die verstärkte Herstellung von medizinischen Produkten in Europa und Deutschland sind geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz insbesondere aus den USA und Asien. Allerdings weist die derzeitige Gesetzgebung eher in die andere Richtung und verschlechtert die Bedingungen für die Hersteller. Aktuelle Beispiele sind die EU-Verordnungen für Medizinpro-

dukte und In-Vitro-Diagnostika, die den Aufwand und die Kosten für die Zertifizierung von Produkten für europäische Hersteller deutlich erhöhen. Das Land setzt sich hier im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Belange der Unternehmen ein, um für eine wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu sorgen.

Darüber hinaus unterstützt das Land die Ansiedlung von Unternehmen in Baden-Württemberg. Die Wirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden technologischen Veränderungsprozess. Faktoren wie der Klimawandel, die Digitalisierung oder die demografische Entwicklung treiben diesen Strukturwandel, auch zum Teil bedingt durch politische Vorgaben, mit hohem Tempo voran.

Baden-Württemberg begleitet und steuert wichtige Transformationsprozesse sowohl in bisherigen Schlüsselbranchen als auch neuen, zukunftsweisenden Technologien erfolgreich mit neuen Formaten der Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren, wie z. B. im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort.

Im Rahmen dieses Gesamtprozesses will das Land Baden-Württemberg auch international noch sichtbarer werden – die neue Ansiedlungsstrategie ist insofern der nächste konsequente Schritt. Am 3. Mai 2022 hat die Landesregierung daher die Eckpunkte für die neue Ansiedlungsstrategie vorgestellt.

Die Ansiedlungsstrategie konzentriert sich zum einen auf Unternehmen aus Branchen, die für den Standort Baden-Württemberg prägend sind und weiter gestärkt werden sollen, wie z. B. Automobilwirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau sowie die Gesundheitswirtschaft. Ein weiterer Fokus wird bei der Ansiedlungsstrategie zum anderen auf Unternehmen aus dem In- und Ausland gelegt, die dynamisch wachsen und für die zukünftige Wertschöpfung von besonderer Bedeutung sind. Dabei werden explizit Unternehmen aus dem Pharma-Bereich genannt.

Zu Beginn der Pandemie haben Apotheken in großem Umfang Desinfektionsmittel hergestellt und dadurch zur Abfederung von Engpässen beigetragen. Bei Hände- und Flächendesinfektionsmitteln handelt es sich in der Regel um Biozidprodukte. Im März 2020 wurde es Apotheken aufgrund einer Gestattung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) erlaubt, entsprechende Händedesinfektionsmittel herzustellen und in den Verkehr zu bringen. Die für Defekturarzneimittel geltenden Begrenzungen von maximal 100 abgabefertigen Packungen täglich wurden für Biozidprodukte ausgesetzt. Biozidprodukte mit Altwirkstoffen wie z. B. Ethanol sind auch ohne biozidproduktrechtliche Zulassung verkehrsfähig. Apotheken müssen deren Herstellung lediglich gemäß Biozid-Meldeverordnung melden.

Projekte von Arzneimittelherstellern, die einer neuen oder geänderten Herstellungserlaubnis bedürfen, werden – auch schon vor der Pandemie – von der zuständigen Arzneimittelüberwachungsbehörde von Anfang an eng begleitet, um Verzögerungen durch regulatorische Hürden bei der Erteilung oder Änderung von Herstellungserlaubnissen zu vermeiden.

30. Welche Schritte wurden bereits unternommen, um ein nationales Forschungskonzept bzw. eine fachübergreifende Begleitforschung im Bereich Public Health aufzubauen, um eine bessere Wissensgrundlage im zukünftigen Krisenmanagement zur Verfügung zu haben?

Die Zuständigkeit für Begleitforschung im Bereich Public Health liegt primär beim Bund (Forschungsförderung) und den Bundesoberbehörden, insbesondere dem Robert Koch-Institut. Sofern entsprechende Forschungsprogramme seitens des Bundes aufgelegt werden, wird das Landesgesundheitsamt eine Beteiligung im Rahmen seiner Möglichkeiten prüfen.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration

Anlage 1 (Mittlerer Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Mittlerer Dienst	**Stand 1.1.2020**				**Stand 1.1.2021**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**11,25**	9,25	2,00	1,00	**11,25**	9,25	2,00	2,00
LRA Freudenstadt	**5,85**	5,85	0,00	0,50	**5,85**	5,85	0,00	0,00
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**24,92**	19,80	5,12	1,62	**166,26**	20,05	146,21	140,71
LRA Karlsruhe	**59,71**	55,46	4,25	1,05	**72,15**	56,35	15,80	12,69
LRA Neckar-Odenwald-Kreis[1]	**9,12**	9,12	0,00	0,00	**15,94**	11,04	4,90	1,00
LRA Enzkreis	**26,39**	25,19	1,20	1,17	**29,28**	28,47	0,81	0,28
LRA Rastatt	**10,23**	10,02	0,21	0,73	**12,01**	11,24	0,77	0,10
Stadtkreis Mannheim[2]	**9,99**	9,15	0,83	1,65	**17,55 + 20,15 (E3)**	12,24	5,31 + 20,15 (E3)	12,51 + 14,85 (E3)
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**9,05**	9,05	0,00	0,80	**10,67**	10,67	0,00	1,18
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**26,03**	25,65	0,38	2,75	**26,32**	26,32	0,00	12,96
LRA Konstanz	**15,65**	15,65	0,00	1,85	**17,63**	17,63	0,00	1,80
LRA Lörrach	**12,89**	10,89	2,00	1,75	**14,49**	11,99	2,50	3,29
LRA Ortenaukreis	**22,20**	20,45	1,75	0,15	**20,71**	19,96	0,75	3,89
LRA Rottweil	**10,49**	10,49	0,00	1,30	**12,39**	12,39	0,00	-0,15
LRA Tuttlingen	**8,25**	3,00	5,25	0,00	**23,40**	10,85	12,55	0,00
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**12,65**	12,65	0,00	0,55	**16,20**	13,20	3,00	1,00
LRA Waldshut	**11,50**	11,50	0,00	0,00	**16,00**	16,00	0,00	0,00
RP Tübingen								
LRA Biberach	**9,25**	9,25	0,00	0,25	**9,25**	9,25	0,00	0,25
LRA Bodenseekreis	**14,55**	14,55	0,00	1,25	**14,15**	14,15	0,00	2,65
LRA Zollernalbkreis	**12,60**	12,60	0,00	1,80	**22,41**	13,90	8,51	1,50
LRA Ravensburg	**13,35**	12,35	1,00	0,05	**15,15**	15,15	0,00	1,25
LRA Reutlingen	**11,41**	11,41	0,00	0,00	**48,21**	11,21	37,00	0,20
LRA Sigmaringen	**7,70**	5,70	2,00	0,00	**11,10**	7,70	3,40	1,00
LRA Tübingen	**9,30**	9,30	0,00	1,95	**12,55**	12,55	0,00	1,20
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**12,65**	9,65	3,00	0,85	**13,85**	12,80	1,05	2,50
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**15,50**	13,09	1,30	1,37	**15,87**	14,87	1,00	1,63
LRA Böblingen	**28,10**	26,10	2,00	0,05	**33,45**	28,95	4,50	5,20
LRA Esslingen	**12,30**	12,30	0,00	0,75	**16,85**	16,85	0,00	0,00
LRA Göppingen	**16,30**	16,30	0,00	0,75	**25,39**	23,89	1,49	1,50
LRA Heidenheim	**12,50**	12,30	0,20	0,00	**25,13**	12,23	12,90	1,00
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**0,00**	19,00	0,00	1,00	**13,00**	13,00	0,00	0,00
LRA Hohenlohekreis	**9,52**	9,42	0,10	0,01	**9,80**	9,80	0,00	0,11
LRA Ludwigsburg	**21,77**	20,27	1,50	1,83	**21,15**	21,15	0,00	1,45
LRA Schwäbisch Hall	**14,40**	12,40	2,00	3,75	**25,21**	13,70	11,51	3,75
LRA Main-Tauber-Kreis	**10,44**	5,20	5,24	0,00	**22,67**	6,30	16,37	0,00
LRA Rems-Murr-Kreis	**20,55**	19,55	1,00	0,30	**20,88**	19,15	1,73	1,47
Stadtkreis Heilbronn	**8,75**	7,00	1,75	0,84	**12,88**	10,00	2,88	2,46
Stadtkreis Stuttgart[3]	**40,09**	34,49	5,60	2,05	**39,83 (1,33)**	34,76	5,08 (1,33)	10,44 (23,67)

[1] Für den Rhein-Neckar-Kreis sind kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Corona-Pandemie in den Zahlen für den mittleren und gehobenen Dienst mitberücksichtigt.
[2] Im Rahmen der Corona-Pandemie beschäftigt der Stadtkreis Mannheim temporäre Hilfskräfte in der Entgeltgruppe E3. Diese Hilfskräfte werden in den Tabellen für den mittleren Dienst separat ausgewiesen.
[3] Die VZÄ der befristet eingestellten Corona-Unterstützungskräfte, deren Einsatz temporär ist, sind in Klammern ausgewiesen. Des Weiteren hat die Landeshauptstadt Stuttgart ein Pool an Ermächtigungen geschaffen, um bei notwendigem Bedarf zügig einzustellen. Diese Stellen sind als unbesetzte VZÄ in Klammern ausgewiesen.

Weiter Anlage 1 (Mittlerer Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Mittlerer Dienst	**Stand 1.1.2022**				**Stand 1.7.2022**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**14,45**	12,45	2,00	0,00	**17,80**	16,80	1,00	0,00
LRA Freudenstadt	**6,85**	6,85	0,00	2,50	**7,75**	7,75	0,00	0,50
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**197,68**	23,30	174,38	172,13	**107,13**	28,70	78,34	81,58
LRA Karlsruhe	**53,31**	50,91	2,40	7,31	**54,25**	52,75	1,50	5,99
LRA Neckar-Odenwald-Kreis	**15,57**	9,57	6,00	0,10	**15,82**	9,82	6,00	4,00
LRA Enzkreis	**29,34**	28,54	0,80	8,42	**29,37**	28,87	0,50	1,94
LRA Rastatt	**12,72**	12,12	0,60	2,13	**15,53**	15,32	0,21	0,00
Stadtkreis Mannheim	**18,70 + 26,21 (E3 Corona)**	12,13 + 0 (E3 Corona)	6,53 + 26,21 (E3 Corona)	5,46 + 7,80 (E3 Corona)	**21,51 + 14,60 (E3)**	11,59	9,92 + 14,60 (E3)	1,80 + 7,40 (E3)
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**12,77**	12,77	0,00	1,87	**14,32**	14,32	0,00	0,32
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**28,90**	28,90	0,00	5,58	**30,60**	30,60	0,00	4,88
LRA Konstanz	**15,48**	15,48	0,00	4,95	**16,48**	16,48	0,00	3,95
LRA Lörrach	**15,19**	15,09	0,10	3,80	**15,89**	12,79	3,10	5,10
LRA Ortenaukreis	**21,11**	19,61	1,50	3,64	**21,96**	20,46	1,50	3,00
LRA Rottweil	**13,39**	13,39	0,00	0,86	**13,74**	11,74	2,00	0,51
LRA Tuttlingen	**30,05**	17,80	12,25	0,00	**13,75**	12,10	1,65	0,00
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**18,20**	17,20	1,00	4,00	**15,70**	15,70	0,00	3,50
LRA Waldshut	**16,00**	16,00	0,00	0,00	**17,50**	17,50	0,00	1,50
RP Tübingen								
LRA Biberach	**6,90**	6,90	0,00	2,10	**9,00**	9,00	0,00	0,00
LRA Bodenseekreis	**14,30**	14,30	0,00	1,60	**15,00**	15,00	0,00	4,40
LRA Zollernalbkreis	**21,05**	15,45	5,60	4,50	**20,45**	17,80	2,65	2,50
LRA Ravensburg	**15,65**	14,65	1,00	1,75	**16,90**	16,90	0,00	2,25
LRA Reutlingen	**59,04**	12,01	47,03	0,00	**51,39**	12,86	38,53	3,30
LRA Sigmaringen	**25,40**	7,90	17,50	0,00	**19,50**	9,00	10,50	1,50
LRA Tübingen	**13,05**	13,05	0,00	0,70	**13,35**	13,35	0,00	2,90
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**17,31**	15,46	1,85	3,04	**18,31**	18,31	0,00	2,04
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**15,27**	15,27	0,50	5,73	**15,37**	15,37	0,50	5,63
LRA Böblingen	**33,20**	26,70	6,50	11,20	**31,35**	24,85	6,50	13,05
LRA Esslingen	**16,05**	16,05	0,00	1,80	**16,05**	16,05	0,00	1,80
LRA Göppingen	**31,70**	15,20	16,50	6,50	**35,10**	21,10	14,00	2,25
LRA Heidenheim	**24,94**	9,73	15,21	3,00	**20,94**	11,98	8,96	1,00
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**12,35**	12,35	0,00	0,95	**12,20**	12,20	0,00	3,10
LRA Hohenlohekreis	**8,64**	8,07	0,57	4,70	**11,42**	11,15	0,27	1,00
LRA Ludwigsburg	**22,30**	21,80	0,50	2,05	**26,03**	25,25	0,78	0,82
LRA Schwäbisch Hall	**29,20**	11,65	17,55	6,80	**27,55**	13,10	14,45	6,85
LRA Main-Tauber-Kreis	**26,56**	9,56	17,00	0,00	**29,70**	8,05	21,65	0,00
LRA Rems-Murr-Kreis	**34,00**	20,00	14,00	7,65	**31,45**	21,10	10,35	5,10
Stadtkreis Heilbronn	**16,68**	9,72	6,96	3,9	**15,95**	13,76	2,19	9,63
Stadtkreis Stuttgart	**47,48 (20,72)**	44,64	2,84 (20,72)	4,03 (7,3)	**51,93 (23,25)**	47,44	4,49 (23,25)	1,35 (4,75)

Weiter Anlage 1 (Gehobener Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Gehobener Dienst	**Stand 1.1.2020**				**Stand 1.1.2021**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**6,00**	6,00	0,00	0,00	**5,00**	5,00	0,00	1,00
LRA Freudenstadt	**3,40**	3,40	0,00	0,50	**4,40**	3,90	0,50	2,00
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**17,96**	16,96	1,00	1,51	**30,11**	21,46	8,65	0,39
LRA Karlsruhe	**7,60**	7,60	0,00	1,25	**16,62**	8,47	8,15	0,85
LRA Neckar-Odenwald-Kreis	**1,50**	1,50	0,00	1,00	**3,54**	3,54	0,00	0,10
LRA Enzkreis	**6,83**	5,83	1,00	1,67	**7,00**	7,00	0,00	4,50
LRA Rastatt	**6,80**	6,80	0,00	0,20	**7,30**	7,30	0,00	3,20
Stadtkreis Mannheim	**18,35**	16,22	2,13	0,45	**47,29**	18,62	28,67	7,01
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**0,75**	0,75	0,00	0,00	**0,75**	0,75	0,00	1,00
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**11,25**	11,25	0,00	0,00	**13,00**	13,00	0,00	10,20
LRA Konstanz	**1,20**	1,20	0,00	0,30	**2,00**	2,00	0,00	0,00
LRA Lörrach	**2,00**	2,00	0,00	1,00	**3,50**	2,50	1,00	2,50
LRA Ortenaukreis	**2,00**	1,00	1,00	0,80	**4,00**	2,00	2,00	0,00
LRA Rottweil	**5,10**	4,65	0,45	0,55	**5,65**	5,65	0,00	1,45
LRA Tuttlingen	**4,00**	2,50	1,50	0,00	**3,50**	3,50	0,00	0,00
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**3,25**	2,25	1,00	0,50	**2,75**	2,75	0,00	0,00
LRA Waldshut	**1,50**	1,50	0,00	0,00	**1,50**	1,50	0,00	0,00
RP Tübingen								
LRA Biberach	**7,40**	7,40	0,00	1,40	**8,90**	8,90	0,00	0,10
LRA Bodenseekreis	**1,40**	1,40	0,00	0,10	**3,10**	3,10		0,00
LRA Zollernalbkreis	**0,00**	0,00	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00	1,00
LRA Ravensburg	**10,00**	9,50	0,50	0,70	**10,75**	10,25	0,50	0,20
LRA Reutlingen	**11,85**	11,65	0,20	0,00	**12,75**	12,05	0,70	0,70
LRA Sigmaringen	**5,10**	5,10	0,00	0,00	**5,20**	4,60	0,60	1,00
LRA Tübingen	**8,50**	8,50	0,00	0,10	**10,00**	10,00	0,00	1,00
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**3,15**	3,15	0,00	0,35	**11,70**	9,10	2,60	0,60
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**6,50**	6,50	0,00	0,00	**6,50**	6,50	0,00	1,00
LRA Böblingen	**2,55**	2,55	0,00	0,20	**5,80**	5,80	0,00	0,00
LRA Esslingen	**8,00**	8,00	0,00	0,00	**10,00**	10,00	0,00	0,00
LRA Göppingen	**4,25**	4,25	0,00	0,25	**5,50**	5,50	0,00	0,00
LRA Heidenheim	**1,80**	1,80	0,00	0,00	**3,00**	2,00	1,00	1,00
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**3,00**	3,00	0,00	0,00	**13,00**	13,00	0,00	3,00
LRA Hohenlohekreis	**1,75**	1,75	0,00	0,00	**4,00**	4,00	0,00	0,00
LRA Ludwigsburg	**21,90**	19,90	2,00	2,35	**25,41**	22,41	3,00	4,84
LRA Schwäbisch Hall	**0,00**	0,00	0,00	0,00	**1,90**	1,90	0,00	0,10
LRA Main-Tauber-Kreis	**9,77**	8,27	1,50	0,00	**11,69**	9,27	2,42	0,00
LRA Rems-Murr-Kreis	**13,60**	13,40	0,20	0,10	**16,90**	15,20	1,70	1,20
Stadtkreis Heilbronn	**2,80**	2,80	0,00	0,20	**3,00**	3,00	0,00	0,00
Stadtkreis Stuttgart	**51,39**	45,31	6,08	2,15	**64,28 (0,41)**	54,20	10,08 (0,41)	13,51 (1,09)

Weiter Anlage 1 (Gehobener Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Gehobener Dienst	**Stand 1.1.2022**				**Stand 1.7.2022**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**6,00**	6,00	0,00	0,00	**6,00**	6,00	0,00	0,00
LRA Freudenstadt	**4,90**	4,90	0,00	1,00	**4,90**	4,90	0,00	2,10
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**31,13**	24,02	7,12	1,41	**24,36**	19,93	4,43	5,36
LRA Karlsruhe	**12,45**	12,45	0,00	4,65	**14,32**	13,45	0,87	3,65
LRA Neckar-Odenwald-Kreis	**3,30**	3,30	0,00	0,00	**2,80**	2,80	0,00	0,50
LRA Enzkreis	**12,54**	11,54	1,00	0,76	**13,79**	13,79	0,00	0,51
LRA Rastatt	**7,60**	6,60	1,00	5,40	**9,60**	9,60	0,00	2,33
Stadtkreis Mannheim	**61,60**	19,60	42,00	11,91	**39,51**	19,35	20,17	9,31
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**1,75**	1,75	0,00	1,66	**1,75**	1,75	0,00	1,66
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**14,50**	11,90	2,60	6,41	**13,15**	11,45	1,70	7,76
LRA Konstanz	**1,00**	1,00	0,00	2,60	**1,20**	1,20	0,00	1,90
LRA Lörrach	**4,00**	5,00	0,00	3,00	**4,50**	4,50	0,00	3,50
LRA Ortenaukreis	**2,75**	0,75	2,00	0,00	**2,75**	1,75	1,00	0,00
LRA Rottweil	**5,60**	5,60	0,00	6,05	**9,35**	8,60	0,75	2,30
LRA Tuttlingen	**5,20**	5,20	0,00	0,00	**5,20**	5,20	0,00	0,00
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**3,00**	1,00	2,00	2,25	**3,90**	2,00	1,90	1,35
LRA Waldshut	**2,30**	2,30	0,00	0,00	**2,30**	1,30	1,00	2,00
RP Tübingen								
LRA Biberach	**10,25**	10,25	0,00	3,75	**12,33**	12,33	0,00	1,67
LRA Bodenseekreis	**4,10**	4,10	0,00	0,00	**4,10**	4,10	0,00	1,00
LRA Zollernalbkreis	**0,00**	0,00	0,00	2,00	**1,80**	2,80	0,00	1,70
LRA Ravensburg	**13,00**	12,20	0,80	1,90	**13,25**	12,75	0,50	0,65
LRA Reutlingen	**12,70**	12,70	0,00	2,10	**12,70**	12,70	0,00	2,15
LRA Sigmaringen	**7,05**	6,10	0,95	0,80	**7,05**	6,95	0,10	0,70
LRA Tübingen	**11,00**	11,00	0,00	0,00	**11,00**	11,00	0,00	2,50
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**14,30**	13,30	1,00	2,00	**13,50**	12,50	1,00	0,00
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**9,40**	9,40	1,00	1,85	**8,30**	8,30	1,00	2,95
LRA Böblingen	**4,80**	4,80	0,00	3,45	**5,10**	5,10	0,00	3,15
LRA Esslingen	**10,00**	10,00	0,00	6,00	**10,00**	10,00	0,00	6,00
LRA Göppingen	**6,50**	6,50	0,00	1,00	**6,25**	6,25	0,00	1,25
LRA Heidenheim	**3,50**	3,50	0,00	1,00	**4,00**	4,00	0,00	0,00
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**14,25**	14,25	0,00	1,00	**14,25**	14,25	0,00	4,00
LRA Hohenlohekreis	**8,25**	7,75	0,50	0,00	**8,25**	6,75	1,50	0,00
LRA Ludwigsburg	**28,65**	26,65	2,00	10,60	**24,70**	22,70	2,00	11,55
LRA Schwäbisch Hall	**1,80**	1,80	0,00	2,95	**2,80**	2,80	0,00	1,95
LRA Main-Tauber-Kreis	**11,08**	8,58	2,50	0,00	**10,08**	8,58	1,50	0,00
LRA Rems-Murr-Kreis	**19,07**	16,20	2,87	0,03	**20,00**	17,70	2,30	0,9
Stadtkreis Heilbronn	**3,00**	3,00	0,00	3,00	**6,55**	6,55	0,00	2,45
Stadtkreis Stuttgart	**74,33 (5,41)**	62,22	12,11 (5,41)	5,22 (6,09)	**76,13 (25,29)**	61,87	14,26 (25,29)	6,77 (6,21)

Weiter Anlage 1 (Höherer Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Höherer Dienst	**Stand 1.1.2020**				**Stand 1.1.2021**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**4,20**	3,20	1,00	1,45	**7,30**	5,70	1,60	0,35
LRA Freudenstadt	**2,50**	2,50	0,00	1,50	**5,25**	4,25	1,00	0,75
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**28,55**	28,55	0,00	0,45	**31,60**	31,10	0,50	0,00
LRA Karlsruhe	**29,05**	29,05	0,00	2,45	**34,50**	30,90	4,00	0,00
LRA Neckar-Odenwald-Kreis	**6,50**	6,50	0,00	0,00	**7,00**	6,20	0,80	0,80
LRA Enzkreis	**11,45**	10,75	0,70	1,00	**16,60**	15,60	1,00	0,00
LRA Rastatt	**6,65**	6,65	0,00	2,35	**13,23**	12,23	1,00	0,00
Stadtkreis Mannheim	**17,20**	14,25	2,95	1,30	**24,09**	18,51	5,58	8,21
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**6,50**	6,50	0,00	0,00	**7,90**	7,90	0,00	0,00
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**18,45**	18,45	0,00	3,15	**24,55**	21,25	3,30	0,00
LRA Konstanz	**9,60**	9,60	0,00	1,00	**11,95**	11,60	0,35	0,65
LRA Lörrach	**8,50**	8,50	0,00	1,00	**9,35**	9,35	0,00	2,15
LRA Ortenaukreis	**12,45**	12,45	0,00	4,30	**20,10**	16,60	3,50	0,90
LRA Rottweil	**6,85**	6,85	0,00	0,00	**9,20**	8,50	0,70	0,00
LRA Tuttlingen	**5,00**	5,00	0,00	0,00	**6,00**	5,00	1,00	0,00
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**8,75**	8,25	0,50	1,35	**8,40**	7,90	0,50	3,70
LRA Waldshut	**6,80**	6,80	0,00	1,00	**7,50**	7,50	0,00	10,35
RP Tübingen								
LRA Biberach	**7,00**	6,50	0,50	0,50	**8,00**	8,00	0,00	1,50
LRA Bodenseekreis	**6,40**	6,40	0,00	2,10	**8,70**	8,70	0,00	1,80
LRA Zollernalbkreis	**8,00**	8,00	0,00	0,50	**10,35**	8,45	1,90	0,15
LRA Ravensburg	**10,70**	10,70	0,00	2,00	**11,30**	10,80	0,50	3,40
LRA Reutlingen	**13,80**	13,20	0,60	0,00	**17,99**	13,89	4,10	0,00
LRA Sigmaringen	**6,00**	6,00	0,00	0,00	**7,35**	6,55	0,80	0,00
LRA Tübingen	**8,80**	8,80	0,00	1,25	**15,45**	10,80	4,65	0,00
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**12,10**	12,10	0,00	0,10	**14,10**	12,40	1,70	0,60
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**10,85**	10,85	0,00	0,75	**12,35**	12,10	0,25	1,75
LRA Böblingen	**13,85**	13,85	0,00	3,75	**15,85**	14,75	1,10	4,25
LRA Esslingen	**14,40**	13,65	0,75	1,00	**14,90**	12,50	2,40	3,50
LRA Göppingen	**8,35**	7,35	1,00	1,35	**10,60**	9,10	1,50	1,10
LRA Heidenheim	**4,80**	4,80	0,00	0,00	**5,55**	5,55	0,00	0,75
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**10,75**	10,75	0,00	1,35	**9,95**	9,95	0,00	4,65
LRA Hohenlohekreis	**4,90**	4,90	0,00	0,00	**5,40**	5,40	0,00	1,00
LRA Ludwigsburg	**20,45**	**20,45**	0,00	0,45	**20,60**	20,60	0,00	3,30
LRA Schwäbisch Hall	**6,15**	6,15	0,00	1,55	**6,95**	6,45	0,50	2,75
LRA Main-Tauber-Kreis	**4,63**	4,13	0,50	0,67	**5,73**	5,13	0,60	1,07
LRA Rems-Murr-Kreis	**11,50**	11,50	0,00	2,00	**11,45**	9,95	1,50	**4,55**
Stadtkreis Heilbronn	**5,41**	5,41	0,00	0,50	**5,84**	4,84	1,00	1,08
Stadtkreis Stuttgart	**41,33**	35,79	5,54	2,90	**44,38 (2,11)**	39,95	5,03 (2,11)	9,15 (17,88 befristet)

Weiter Anlage 1 (Höherer Dienst)

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Höherer Dienst	**Stand 1.1.2022**				**Stand 1.7.2022**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**8,40**	8,20	0,20	2,75	**8,60**	8,60	0,00	2,55
LRA Freudenstadt	**3,25**	2,25	1,00	5,75	**5,00**	5,00	0,00	4,00
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**38,50**	37,45	1,05	0,00	**38,50**	37,45	1,05	0,00
LRA Karlsruhe	**35,00**	31,90	3,10	10,50	**31,36**	30,61	0,75	13,14
LRA Neckar-Odenwald-Kreis	**7,55**	7,55	0,00	3,25	**7,35**	7,35	0,00	3,45
LRA Enzkreis	**16,80**	12,65	4,15	4,15	**17,05**	16,40	0,65	3,90
LRA Rastatt	**13,57**	10,66	2,91	4,43	**13,96**	12,95	1,01	4,04
Stadtkreis Mannheim	**30,40**	17,33	13,07	11,06	**29,81**	17,37	12,44	5,85
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**8,05**	8,05	0,00	3,70	**8,30**	7,80	0,50	3,45
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**25,15**	22,15	3,00	9,95	**23,95**	23,55	0,40	11,15
LRA Konstanz	**11,05**	10,80	0,25	7,05	**9,05**	9,05	0,00	9,05
LRA Lörrach	**10,60**	9,60	1,00	4,40	**9,70**	9,70	0,00	5,30
LRA Ortenaukreis	**13,41**	13,41	0,00	11,85	**15,76**	15,76	0,00	9,49
LRA Rottweil	**8,20**	8,20	0,00	2,45	**8,10**	8,10	0,00	2,55
LRA Tuttlingen	**5,93**	5,93	0,00	3,82	**5,13**	5,13	0,00	4,62
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**9,75**	8,25	1,50	5,85	**9,15**	7,65	1,50	6,45
LRA Waldshut	**7,55**	7,55	0,00	5,75	**7,75**	6,75	1,00	5,55
RP Tübingen								
LRA Biberach	**8,10**	7,40	0,70	5,40	**8,46**	8,46	0,00	5,04
LRA Bodenseekreis	**7,20**	6,70	0,50	7,30	**6,90**	6,10	0,80	7,60
LRA Zollernalbkreis	**9,95**	9,95	0,00	4,05	**9,65**	9,65	0,00	4,35
LRA Ravensburg	**14,90**	14,40	0,50	4,30	**13,60**	13,60	0,00	5,60
LRA Reutlingen	**14,90**	14,10	0,80	5,80	**14,50**	14,00	0,50	6,20
LRA Sigmaringen	**8,35**	7,25	1,10	1,45	**7,10**	6,50	0,60	2,70
LRA Tübingen	**15,38**	13,78	1,60	2,67	**16,63**	15,63	1,00	1,42
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**17,45**	15,80	1,65	3,75	**14,25**	14,25	0,00	6,95
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**12,05**	10,65	1,40	6,55	**12,70**	12,45	0,25	5,90
LRA Böblingen	**15,60**	14,00	1,60	10,50	**15,85**	14,85	1,00	10,25
LRA Esslingen	**17,23**	14,85	2,38	9,17	**16,65**	16,65	0,00	9,75
LRA Göppingen	**10,55**	10,05	0,50	6,65	**10,70**	10,20	0,50	6,50
LRA Heidenheim	**6,20**	6,20	0,00	3,10	**6,20**	6,20	0,00	3,10
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**10,15**	10,15	0,00	9,45	**9,95**	9,95	0,00	9,65
LRA Hohenlohekreis	**4,40**	4,40	0,00	5,00	**5,40**	5,40	0,00	4,00
LRA Ludwigsburg	**22,35**	21,35	**1,00**	13,05	**27,80**	27,30	0,50	7,60
LRA Schwäbisch Hall	**8,05**	8,05	0,00	5,15	**7,85**	7,55	0,30	5,35
LRA Main-Tauber-Kreis	**5,55**	4,80	0,75	4,25	**6,35**	6,35	0,00	3,45
LRA Rems-Murr-Kreis	**13,05**	12,05	1,00	8,95	**12,95**	12,45	0,50	9,05
Stadtkreis Heilbronn	**5,85**	5,85	0,00	3,41	5,55	5,55	0,00	3,69
Stadtkreis Stuttgart	**49,86 (18,64)**	44,60	5,26 (18,64)	6,17 (8,36)	**51,59 (28,22)**	47,35	4,24 (28,22)	6,95 (18,78)

Weiter Anlage 1

Personalausstattung Gesundheitsämter gemäß Großer Anfrage 17/2923								
Höherer Dienst	**Stand 1.1.2022**				**Stand 1.7.2022**			
	VZÄ besetzte Stellen	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**	**VZÄ besetzte Stellen**	**VZÄ unbefristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ befristete Arbeitsverhältnisse**	**VZÄ unbesetzte Stellen**
RP Karlsruhe								
LRA Calw	**8,40**	8,20	0,20	2,75	**8,60**	8,60	0,00	2,55
LRA FDS	**3,25**	2,25	1,00	5,75	**5,00**	5,00	0,00	4,00
LRA Rhein-Neckar-Kreis	**38,50**	37,45	1,05	0,00	**38,50**	37,45	1,05	0,00
LRA KA	**35,00**	31,90	3,10	10,50	**31,36**	30,61	0,75	13,14
LRA Necker-Odenwald-Kreis	**7,55**	7,55	0,00	3,25	**7,35**	7,35	0,00	3,45
LRA Enzkreis	**16,80**	12,65	4,15	4,15	**17,05**	16,40	0,65	3,90
LRA Rastatt	**13,57**	10,66	2,91	4,43	**13,96**	12,95	1,01	4,04
RP Freiburg								
LRA Emmendingen	**8,05**	8,05	0,00	3,70	**8,30**	7,80	0,50	3,45
LRA Breisgau Hochschwarzwald	**25,15**	22,15	3,00	9,95	**23,95**	23,55	0,40	11,15
LRA Konstanz	**11,05**	10,80	0,25	7,05	**9,05**	9,05	0,00	9,05
LRA Lörrach	**10,60**	9,60	1,00	4,40	**9,70**	9,70	0,00	5,30
LRA Ortenaukreis	**13,41**	13,41	0,00	11,85	**15,76**	15,76	0,00	9,49
LRA Rottweil	**8,20**	8,20	0,00	2,45	**8,10**	8,10	0,00	2,55
LRA Tuttlingen	**5,93**	5,93	0,00	3,82	**5,13**	5,13	0,00	4,62
LRA Schwarzwald-Baar-Kreis	**9,75**	8,25	1,50	5,85	**9,15**	7,65	1,50	6,45
LRA Waldshut	**7,55**	7,55	0,00	5,75	**7,75**	6,75	1,00	5,55
RP Tübingen								
LRA Biberach	**8,10**	7,40	0,70	5,40	**8,46**	8,46	0,00	5,04
LRA Bodenseekreis	**7,20**	6,70	0,50	7,30	**6,90**	6,10	0,80	7,60
LRA Zollernalbkreis	**9,95**	9,95	0,00	4,05	**9,65**	9,65	0,00	4,35
LRA Ravensburg	**14,90**	14,40	0,50	4,30	**13,60**	13,60	0,00	5,60
LRA Reutlingen	**14,90**	14,10	0,80	5,80	**14,50**	14,00	0,50	6,20
LRA Sigmaringen	**8,35**	7,25	1,10	1,45	**7,10**	6,50	0,60	2,70
LRA Tübingen	**15,38**	13,78	1,60	2,67	**16,63**	15,63	1,00	1,42
LRA Alb-Donau-Kreis Ulm	**17,45**	15,80	1,65	3,75	**14,25**	14,25	0,00	6,95
RP Stuttgart								
LRA Ostalbkreis	**12,05**	10,65	1,40	6,55	**12,70**	12,45	0,25	5,90
LRA Böblingen	**15,60**	14,00	1,60	10,50	**15,85**	14,85	1,00	10,25
LRA Esslingen	**17,23**	14,85	2,38	9,17	**16,65**	16,65	0,00	9,75
LRA Göppingen	**10,55**	10,05	0,50	6,65	**10,70**	10,20	0,50	6,50
LRA Heidenheim	**6,20**	6,20	0,00	3,10	**6,20**	6,20	0,00	3,10
LRA Heilbronn ohne Stadtkreis	**10,15**	10,15	0,00	9,45	**9,95**	9,95	0,00	9,65
LRA Hohenlohekreis	**4,40**	4,40	0,00	5,00	**5,40**	5,40	0,00	4,00
LRA Ludwigsburg	**22,35**	21,35	**1,00**	13,05	**27,80**	27,30	0,50	7,60
LRA Schwäbisch Hall	**8,05**	8,05	0,00	5,15	**7,85**	7,55	0,30	5,35
LRA Main-Tauber-Kreis	**5,55**	4,80	0,75	4,25	**6,35**	6,35	0,00	3,45
LRA Rems-Murr-Kreis	**13,05**	12,05	1,00	8,95	**12,95**	12,45	0,50	9,05

Anlage 2

Personalverstärkung der Gesundheitsämter in der KPNV – Einsatz von Aushilfskräften (VZÄ) zum Stichtag 15.2.2021

Landkreis/Stadtkreis	Unterstützung aus dem LRA (ohne Gesundheitsamt)		Abordnungen Land	Rechtsassessorinnen und Rechtsassessoren	Pensionäre Polizei	Studierende	Amtshilfe Bundeswehr	Eingestellte externe Aushilfen
	Gesamteinsatz	davon Landesbedienstete	Einsatz	Einsatz	Einsatz	Einsatz	Einsatz	Einsatz
Alb-Donau-Kreis	78,6	5,8	4,6		2,0	2,0	12,0	21,1
Biberach	33,0				1,0	5,0	10,0	33,3
Böblingen	8,5			0,5			15,0	23,4
Bodenseekreis	42,0	2,0	3,0			4,0		13,4
Breisgau-Hochschwarzwald	30,0	6,0	6,0			1,0	26,0	14,0
Calw	10,0	1,0					19,0	37,0
Emmendingen	9,0							11,0
Enzkreis	3,0				1,5	1,2	22,0	24,9
Esslingen	20,0	4,0	1,0				6,0	56,7
Freudenstadt	5,0		1,0			3,5	5,0	1,0
Göppingen	5,0							10,9
Heidenheim	40,1	3,7					2,0	17,2
Heilbronn Land	15,0	2,0	1,0				20,0	19,5
Heilbronn Stadt	5,0						18,0	5,5
Hohenlohekreis	11,0						10,0	14,1
Karlsruhe	40,0		1,0			4,0	35,0	40,0
Konstanz	43,0	3,0				2,0		22,5
Lörrach	56,0	1,0	4,0				30,0	14,4
Ludwigsburg	34,8	0,4		0,6		3,5		81,5
Main-Tauber-Kreis	16,0	2,0					5,0	36,0
Mannheim	29,5		0,5	1,0	0,4	0,5	30,0	60,0
Neckar-Odenwald-Kreis	8,0	1,0	2,0		2,0	1,0	8,0	23,6
Ortenaukreis	56,1	2,0					50,0	30,8
Ostalbkreis	13,0	1,0		1,0		16,8	25,0	9,4
Rastatt	37,0						8,0	9,5
Ravensburg	26,0	2,0			0,8		10,0	22,0
Rems-Murr-Kreis	59,8	2,3						31,4
Reutlingen	18,0		10,0			3,0	15,0	44,0
Rhein-Neckar-Kreis	15,0	1,0			7,0	29,9	30,0	103,1
Rottweil	4,0		1,0		1,0		16,0	15,6
Schwäbisch Hall	17,0	4,0						2,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	25,0	2,0	1,0			5,0	10,0	15,5
Sigmaringen	24,0	2,0				1,0		14,0
Stuttgart	40,0					5,0	42,0	16,0
Tübingen	36,0	0,5		0,6		4,0	6,0	8,8
Tuttlingen	5,5					1,6	10,0	36,8
Waldshut	4,0		1,0				10,0	33,5
Zollernalbkreis	8,0			1,0	0,2			12,4
Insgesamt	**930,9**	**48,7**	**37,1**	**4,7**	**15,9**	**94,0**	**505,0**	**985,5**

Anlage 3

Unterstützung der Gesundheitsämter durch Aushilfskräfte für die KPNV ab Oktober 2021 (laufend)			
Landkreis / Stadtkreis	**Kostenerstattung (in Euro)**		
	bis 6/2021	**7/2021 bis 9/2021**	**Insgesamt**
LK Alb-Donau-Kreis	592.190,37	327.050,64	919.241,01
LK Biberach	525.568,84	861.558,85	1.387.127,69
LK Böblingen	629.927,09	310.623,87	940.550,96
LK Bodenseekreis	404.480,93	211.285,13	615.766,06
LK Breisgau-Hochschwarzwald	504.117,30	407.746,21	911.863,51
LK Calw	449.973,12	689.129,96	1.139.103,08
LK Emmendingen	188.403,22	69.285,42	257.688,64
LK Enzkreis	677.134,67	151.540,22	828.674,89
LK Esslingen	1.048.372,67	1.227.678,98	2.276.051,65
LK Freudenstadt	135.726,19	46.095,95	181.822,14
LK Göppingen	420.691,70	149.467,48	570.159,18
LK Heidenheim	335.805,63	117.050,77	452.856,40
LK Heilbronn	336.931,94	238.276,76	575.208,70
LK Hohenlohekreis	343.645,12	99.656,82	443.301,94
LK Karlsruhe	1.035.830,25	306.206,99	1.342.037,24
LK Konstanz	374.302,41	204.872,61	579.175,02
LK Lörrach	317.187,87	172.765,74	489.953,61
LK Ludwigsburg	1.065.290,78	917.359,64	1.982.650,42
LK Main-Tauber-Kreis	319.152,79	103.570,49	422.723,28
LK Neckar-Odenwald-Kreis	435.146,28	266.755,78	701.902,06
LK Ortenaukreis	884.273,34	864.588,06	1.748.861,40
LK Ostalbkreis	523.909,33	240.848,85	764.758,18
LK Rastatt	364.147,49	228.471,52	592.619,01
LK Ravensburg	655.629,89	472.666,67	1.128.296,56
LK Rems-Murr-Kreis	872.452,60	558.617,57	1.431.070,17
LK Reutlingen	659.882,91	616.500,18	1.276.383,09
LK Rhein-Neckar-Kreis	1.319.344,28	1.371.562,00	2.690.906,28
LK Rottweil	233.277,90	86.895,98	320.173,88
LK Schwäbisch Hall	396.274,48	161.961,53	558.236,01
LK Schwarzwald-Baar-Kreis	201.730,76	63.206,44	264.937,20
LK Sigmaringen	273.222,91	130.207,97	403.430,88
LK Tübingen	246.290,14	85.966,50	332.256,64
LK Tuttlingen	425.960,97	167.240,83	593.201,80
LK Waldshut	354.746,93	82.623,33	437.370,26
LK Zollernalbkreis	197.401,64	80.249,15	277.650,79
Stadt Stuttgart	262.440,66	143.605,92	406.046,58
Stadt Heilbronn	165.492,46	38.542,27	204.034,73
Stadt Mannheim	713.552,46	430.829,23	1.144.381,69
Insgesamt	**18.889.910,32**	**12.702.562,30**	**31.592.472,62**

Anlage 4

Unterstützung der Gesundheitsämter durch ärztliche Aushilfen und andere ÖGD-nahe Berufsgruppen von Beginn der Pandemie bis 30.6.2022	
Landkreis / Stadtkreis	**Kostenerstattung (in Euro)**
LK Alb-Donau-Kreis	381.648,20
LK Biberach	31.722,70
LK Böblingen	56.328,38
LK Bodenseekreis	11.267,09
LK Breisgau-Hochschwarzwald	492.095,12
LK Calw	188.177,55
LK Emmendingen	305.523,41
LK Enzkreis	46.426,87
LK Esslingen	117.410,01
LK Freudenstadt	31.666,66
LK Göppingen	15.769,14
LK Heidenheim	63.059,52
LK Heilbronn	186.323,80
LK Hohenlohekreis	66.765,42
LK Karlsruhe	226.837,39
LK Konstanz	240.450,64
LK Lörrach	0,00
LK Ludwigsburg	312.442,92
LK Main-Tauber-Kreis	115.696,09
LK Neckar-Odenwald-Kreis	79.510,02
LK Ortenaukreis	32.961,72
LK Ostalbkreis	71.318,00
LK Rastatt	72.264,97
LK Ravensburg	38.431,77
LK Rems-Murr-Kreis	321.512,43
LK Reutlingen	6.378,56
LK Rhein-Neckar-Kreis	285.415,82
LK Rottweil	0,00
LK Schwäbisch Hall	66.820,00
LK Schwarzwald-Baar-Kreis	15.888,74
LK Sigmaringen	22.059,88
LK Tübingen	243.667,22
LK Tuttlingen	14.141,80
LK Waldshut	14.264,76
LK Zollernalbkreis	0,00
Stadt Stuttgart	1.351.786,99
Stadt Heilbronn	86.847,24
Stadt Mannheim	659.646,13
Insgesamt	**6.272.526,96**

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 2934**

17. Wahlperiode **25.7.2022**

Große Anfrage

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

und

Antwort

der Landesregierung

Erste Bestandsaufnahme anlässlich der Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu den Bereichen Krisenbegriff und Gesundheitskrisen

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Krisenbegriff

1. Gibt es ein gemeinsames Verständnis der Landesregierung sowie der ihr unterstellten Landesverwaltung davon, wie sie Krise – auch in Abgrenzung von verwandten Begriffen wie etwa Katastrophe – definiert und verwendet unter Angabe, wie sich diese Definition im Einzelnen gestaltet?

2. Als Leitbegriff der Enquetekommission wird das Ziel der „Krisenfestigkeit“ beschrieben – welche konkreten Auswirkungen und Ausformungen nehmen dieses Ziel beziehungsweise verwandte Konzepte wie etwa „Resilienz“ oder „Widerstandsfähigkeit“ bisher in Politik und Landesverwaltung des Landes Baden-Württemberg ein?

3. Welche Krisenszenarien erwartet die Landesregierung zukünftig unter Darlegung, für welche Szenarien Vorbereitungen innerhalb der Landesregierung getroffen werden und welche der entsprechenden Resilienz anderseits es aufzubauen gilt?

4. Um welche Vorbereitungen handelt es sich hierbei, unter Darlegung des Zuständigkeitsbereichs aus der Geschäftsverteilung der Landesregierung im Hinblick auf die Differenzierung von Katastrophen sowie von Krisen unterhalb der Schwelle einer Katastrophe?

5. Welches Organigramm der Zuständigkeiten gibt es unter Darlegung der Gesamtkoordination, der Verantwortlichkeit je nach Stadium und des jeweiligen Arbeitsmodus?

Eingegangen: 25.7.2022 / Ausgegeben: 7.10.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. Welche konkreten tatsächlichen Szenarien für Katastrophen, Großschadensereignisse und Krisen legt die Landesregierung derzeit und zukünftig unter Darlegung der spezifischen Pläne, Konzepte und Strukturen mit verbindlicher Auslösung jeweils im Einzelnen, insbesondere zur Bewältigung von Krisen, die keine Katastrophen sind, zugrunde?

II. Gesundheitskrise

1. Wie stellen sich die Zuständigkeiten hinsichtlich der Krisenvorsorge und der Krisenreaktion bei Gesundheitskrisen im Bund, im Land sowie in den Landkreisen und Kommunen allgemein unter Angabe der Schnittstellen in horizontaler und vertikaler Ebene zwischen den Zuständigkeiten in der Coronapandemie und der Schnittstellenfähigkeit und etwaigen Änderungsbedarfs dar?

2. Welche Grundstrukturen und Instrumente des Monitorings, der Surveillance, der Beobachtung usw. gibt es im Land unter Angabe der jeweiligen Verantwortlichkeit, um Gesundheitskrisen frühzeitig zu erkennen?

3. Wie können die dortigen Erkenntnisse datenschutzkonform als Beurteilungsgrundlage unter Darlegung abweichender Regelungen zum Datenschutz in der Krise sowie der vorgesehenen weiteren Regeln herangezogen werden?

4. Welche Herausforderungen zeichnen sich im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes unter Darlegung der derzeitigen Herausforderungen neben der Coronakrise ab (insbesondere auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel, die Digitalisierung, die Schnittstellen zum Katastrophenschutz sowie die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention)?

5. Wer ist jeweils für welchen Bereich unter Darlegung der konkreten Parameter, um den Sicherstellungsauftrag des öffentlichen Gesundheitsdienstes in der Krise zu gewährleisten, und der Entscheidungszuständigkeiten verantwortlich?

6. Wie stellt sich die Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdiensts in Baden-Württemberg seit dem Beginn der Coronapandemie unter Darlegung zukünftiger Entwicklungen dar (Haushaltsvolumen, Stellen, Nachhaltigkeit der IT-Infrastruktur, Schnittstellenfähigkeit etc.; unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums bis 2019 und seit 2020)?

7. Gibt es – unter Darlegung von Einzelheiten – Pläne für den Aufbau einer dauerhaften Notreserve von medizinischen Bedarfsgütern für künftige Pandemien sowie für die Neuausrichtung der Impfinfrastruktur?

8. Mit welchen Vorhaltekosten von Notfallstrukturen in Klinik und präklinischem Stadium für Krisen ist unter Darlegung der Kostenträgerschaft und der Ausgleichsmechanismen zukünftig zu rechnen?

9. Gab es unter Beschreibung im Einzelnen eine konzeptionelle Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes?

10. Welche konkreten Vorteile erhofft sich die Landesregierung – unter Darlegung der Art und Weise der Evaluierung der Erwartungen – von der Eingliederung des Landesgesundheitsamts als Abteilung sieben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration?

11. Welche Rolle haben die Krankenhäuser unter Darlegung der Schlüsse für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Krankenhaus- und Kapazitätsplanung, die Robustheit der Versorgung im Krisenfall, die Digitalisierung und die Finanzierung) und der Pläne der Landesregierung zu diesen einzelnen, vorgenannten Faktoren in der Coronapandemie gespielt?

12. Welche Rolle hat die niedergelassene Ärzteschaft in der Coronapandemie unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Inpflichtnahme der ambulanten Regelstrukturen im Krisenfall) gespielt?

13. Welche Rolle haben die Reha-Kliniken, die Betriebsärzteschaft, die Apotheken, Zahnärzte und Veterinärmediziner unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Inpflichtnahme dieser Akteure in einem Krisenfall) in der Coronapandemie gespielt?

14. Welche Rolle haben die Regierungspräsidien, Landratsämter, Städte und Gemeinden in der Coronapandemie unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die ihnen in der Coronapandemie zugewachsene Funktion als Ausfallbürgen für das reguläre Gesundheitssystem und im Hinblick auf die damit verbundenen Haushaltsbelastungen) gespielt?

15. Welche Relevanz misst die Landesregierung dem medizinischen Personal bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen unter Darlegung der Rechnungstragung dieser Relevanz zu?

16. Welche Pläne und Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gab es im Land bis 2019, unter Angabe von deren Weiterentwicklung aufgrund der Erfahrungen mit der Coronapandemie?

17. Gibt es – unter Angabe von deren Inhalt – Pläne zu einer Verbesserung der bevölkerungsbezogenen Gesundheitskompetenz sowie zur randgruppensensiblen Gesundheitsförderung und Prävention?

18. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um gesundheitsbezogene Forschung einerseits und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft andererseits miteinander zu vernetzen und diese zu stärken?

19. Wie wird der freie Zugang zu Gesundheits- und Medizinprodukten auf den Weltmärkten unter Darlegung der bisher erfolgten und weiter vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung heimischer (europäischer) Produktionskapazitäten sichergestellt?

20. Welche „lessons learned“ ergeben sich für die Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt aus der Coronapandemie hinsichtlich des Umgangs mit Gesundheitskrisen, insbesondere auch in Fragen von Art und Zeitpunkt der Kommunikation?

21. Bestehen Auswertungen der Pandemieerfahrungen nach Communities/Herkunftsländern, unter Angabe der Erfahrungswerte zur Rückkoppelung der Impfentscheidung u. ä. nach sozio-kulturellen sowie religiösen oder anderen Aspekten?

22. Welche Konzeptionen für die Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachbarstaaten (etwa Frankreich und der Schweiz) bestehen für weitere Gesundheitskrisen unter Darlegung der konkreten diesbezüglichen Lehren aus der Pandemie?

21.7.2022

Andreas Schwarz, Krebs

und Fraktion

Hagel, Dr. Miller

und Fraktion

Begründung

Ziel der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist es, der Frage nachzugehen, welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen notwendig sind, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um vor uns liegende Krisen zu bewältigen (siehe Einsetzungsantrag, Drucksache 17/1816). Entsprechend sollen in der Enquetekommission in den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten sowie global vernetzter Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Dabei soll sich die Kommission auf Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Mit dieser Großen Anfrage geht es den Fragestellern darum, zu Beginn der Arbeit der Enquetekommission eine erste Bestandaufnahme vorzunehmen und bestehende Informationsgrundlagen wie z. B. Drucksache 16/8175 zu aktualisieren.

Diese erste Bestandsaufnahme fokussiert auf das erste Themenfeld der Gesundheit. Sie soll dazu beitragen, eine gemeinsame Ausgangsbasis und ein gemeinsames Verständnis für den Status quo zu schaffen, also eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Organisationsstrukturen und Institutionen aktuell in Baden-Württemberg vorhanden sind, um vor Gesundheitskrisen zu warnen und in Gesundheitskrisen zu handeln.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 16. September 2022 Nr. KKG-0141.5-017/2934:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Mit Schreiben vom 16. September 2022 Nr. KKG-0141.5-017/2934 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

I. Krisenbegriff

1. Gibt es ein gemeinsames Verständnis der Landesregierung sowie der ihr unterstellten Landesverwaltung davon, wie sie Krise – auch in Abgrenzung von verwandten Begriffen wie etwa Katastrophe – definiert und verwendet unter Angabe, wie sich diese Definition im Einzelnen gestaltet?

Krise wird in der Literatur, in der Normung und in der Wissenschaft auf unterschiedliche Art beschrieben. Allen Begriffsdefinitionen gemeinsam ist das Verständnis einer Störung bzw. einer Bedrohung des Systems bzw. der diesem zugehörigen Menschen.

In der Landesverwaltung verwendet das für Krisenmanagement federführende Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen eine Begriffsdefinition, die sich an die verschiedenen Begrifflichkeiten anlehnt und insbesondere aus den Erkenntnissen des Flüchtlingszustroms 2014 bis 2016 entwickelt wurde. Diese Begriffsdefinition erscheint als geeignet, die Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns abzubilden. Die gewählte, nachfolgend dargestellte Begrifflichkeit enthält die Merkmale, die das Handeln im Krisenmanagement prägen:

Krise ist demnach ein in aller Regel unvorhersehbares und kurzfristig auftretendes Ereignis, welches die zuständige Regelorganisation überfordert und die Verantwortlichen der zuständigen Organisation und die davon abhängigen Menschen als bedrohlich empfinden. Eine Krise kann jedoch auch mit einem bestimmten zeitlichen Vorlauf auftreten, wobei deren Konsequenzen allerdings nicht oder nicht vollständig absehbar sind.

Krise ist aber auch ein Wendepunkt und die Hinführung zu einem guten Ergebnis bzw. zu deren Bewältigung mit einem guten Ausgang. Die Krisenbewältigung hat deswegen auch zum Ziel, die Regelorganisation im Sinne der Resilienz nach Beendigung der Krise besser aufgestellt zu sehen, als sie es zu Krisenbeginn war.

Aus der oben dargestellten Krisendefinition lässt sich die sogenannte Trias des Krisenmanagements als grundlegende Krisenbewältigungsstrategie ableiten:

– Krisenkommunikation – zeitnahe und zuverlässige Information der Betroffenen,

– Krisenkompensation – ausgleichende Ersatzmaßnahmen bis zum Wegfall der bedrohlichen Situation oder bis zur Anpassung der Regelorganisation,

– Krisenbeseitigung – Beseitigung der krisenauslösenden Ursachen oder dauerhafte Anpassung der Regelorganisation an die neuen Anforderungen.

Der Begriff der Katastrophe wird von der Bevölkerung umgangssprachlich als Ereignis mit schlimmem Ausgang verstanden. Im Verwaltungshandeln ist die Katastrophe ein rechtlicher Begriff. Katastrophe wird nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes über den Katastrophenschutz (Landeskatastrophenschutzgesetz [LKatSG]) als ein Geschehen verstanden, welches das Leben oder die Gesundheit zahlreicher Menschen oder Tiere, die Umwelt, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maße gefährdet oder schädigt, dass es geboten erscheint, ein zu seiner Abwehr und Bekämpfung erforderliches Zusammenwirken von Behörden, Stellen und Organisationen unter die einheitliche Leitung der Katastrophenschutzbehörde zu stellen.

Entscheidend ist hierbei, dass das Vorliegen einer Katastrophe dann festgestellt werden kann, wenn nicht nur ein entsprechendes Szenario vorhanden ist, sondern wenn es hierbei auch geboten erscheint, das Zusammenwirken von Behörden, Stellen und Organisationen unter einheitliche Leitung zu stellen. Während die Verwendung der Begrifflichkeit der Krise die rechtlichen Zuständigkeiten an keiner Stelle verändert, begründet die Feststellung des Katastrophenfalls nach § 5 LKatSG eine Koordinationspflicht der Katastrophenschutzbehörde und eine Koordinationspflicht der Arbeit der im Katastrophenschutz Mitwirkenden; ausgenommen sind hiervon die obersten Landesbehörden.

2. Als Leitbegriff der Enquetekommission wird das Ziel der „Krisenfestigkeit" beschrieben – welche konkreten Auswirkungen und Ausformungen nehmen dieses Ziel beziehungsweise verwandte Konzepte wie etwa „Resilienz" oder „Widerstandsfähigkeit" bisher in Politik und Landesverwaltung des Landes Baden-Württemberg ein?

Resilienz bzw. Krisenfestigkeit in der Politik der Landesregierung und der Landesverwaltung

Der Begriff der Resilienz beschreibt die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit eines Systems oder einer Organisation, bei unerwarteten Störungen die eigene Funktion zuverlässig aufrechtzuerhalten oder möglichst rasch in einen funktionsfähigen Zustand zurückzuführen.

Das Ziel der Krisenfestigkeit oder Resilienz nimmt in der Politik der Landesregierung eine zentrale Rolle ein. Wie in der Präambel des Koalitionsvertrags 2021 bis 2026 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU aufgeführt, sieht sich Baden-Württemberg mit einer Reihe von grundlegenden Herausforderungen konfrontiert. Zu nennen sind hier vor allem der Klimawandel, der bereits heute sowohl global als auch in Baden-Württemberg markante Folgen wie Trockenheit und Dürreperioden, aber auch extreme Wetterereignisse wie Starkregen und Überschwemmungen zur Folge hat. Die für den Klimaschutz notwendige Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wirkt sich massiv auf die Unternehmen im Land aus und ist eine Herausforderung für den aktuellen und vor allem für den künftigen Wohlstand in Baden-Württemberg. Der Schutz des Klimas und die Unterstützung der Wirtschaft bei der Transformation hin zu einer kohlenstofffreien und digitalen Produktion sind erklärte Schwerpunkte der Landesregierung mit dem Ziel, diese Transformation zu einem Erfolg zu führen.

Die ökologische und digitale Transformation stellt zudem nicht nur eine ökonomische und technologische Herausforderung dar, sie stellt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Deshalb sind die vielfältigen Beteiligungsprozesse, die das Land unter dem Begriff „Politik des Gehörtwerdens" verfolgt, ebenso von zentraler Bedeutung für einen erfolgreich bewältigten Wandel wie der Erhalt eines leistungsfähigen und stabilen Gemeinwesens und der dazu gehörenden Institutionen.

Neue Herausforderungen im Umgang mit Gefahren, Risiken, Katastrophen und Krisen erfordern neue Strategien. Ein ganzheitlicher Ansatz von Resilienz muss alle Gefahren in den Blick nehmen und als eine politische Daueraufgabe verstanden werden, die sich stets neu stellt und in die gesamtstaatliche Sicherheitsarchitektur eingebettet ist. Um zukünftig noch besser auf Krisen und Katastrophen vorbereitet zu sein, ist deswegen eine alle Ebenen übergreifende Zusammenarbeit besonders wichtig. Bund, Länder und Kommunen sowie eine Vielzahl von Beteiligten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Privatwirtschaft und Medien müssen das gleiche Ziel verfolgen, um das Krisenmanagement insgesamt nachhaltig zu stärken.

Von der Ständigen Konferenz der Innenministerinnen, Innenminister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (IMK) wurden unter Vorsitz von Baden-Württemberg wesentliche Entwicklungen zur Erhöhung der Krisenfestigkeit vorangetrieben. Besonders hervorzuheben ist das von Bund und Ländern gemeinsam eingerichtete „Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz" (GeKoB).

Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der Krisenresilienz. Das GeKoB soll künftig auf Bund-Länder-Ebene ein zentraler Knotenpunkt für das Informationsmanagement und die Koordinierung von Maßnahmen bilden. Damit besteht zukünftig eine leistungsstarke und komplexe Bund-Länder-Einrichtung, die Krisen fachlich möglichst optimal prognostiziert, vorbereitet, kommuniziert und Ressourcen besser koordinieren soll, um möglichst alle relevanten Akteure optimal auf jedwede Krise vorzubereiten. Dabei werden Entscheidungen weiterhin von Verantwortlichen vor Ort gefällt.

Baden-Württemberg nimmt unter Federführung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen seit der ersten Übung im Jahr 2004 regelmäßig an Übungen der Übungsreihe der länder- und ressortübergreifenden strategischen Krisenmanagementübung LÜKEX teil. Die Übungen finden in der Regel alle zwei Jahre statt. Ziel der Übungen der LÜKEX-Reihe ist es, das gemeinsame Management von Bund und Ländern in nationalen Krisen aufgrund von außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen auf strategischer Ebene zu üben und zu verbessern. Im Rahmen der LÜKEX-Reihe werden Szenarien mit besonderer Relevanz für Bund, Länder und KRITIS-Betreiber in den Blick genommen. So wurde in der letzten Übung der LÜKEX-Reihe im Jahr 2018 die Bewältigung einer Gasmangellage in Süddeutschland geübt. Auf die Ausführungen in der Stellungnahme zu den Fragen I.4 und I.14 der Landtagsdrucksache 17/2942 wird verwiesen.

Auf Landesebene findet eine enge Vernetzung der für das Krisenmanagement in den Ressorts Verantwortlichen unter Leitung des Referats „Krisenmanagement“ des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen statt. Ziel ist die Steigerung der Resilienz von Landesregierung und -verwaltung, um deren Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit insbesondere in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten. Hierzu erfolgt – unter Wahrung der originären Zuständigkeiten der Ressorts – eine gezielte Vorbereitung auf mögliche Krisensituationen sowie die Härtung kritischer Geschäftsprozesse.

Im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport hat sich in der schulischen Gesundheitsförderung in den vergangenen 15 Jahren ein neuer Ansatz mit einem grundlegend anderen Verständnis der Bedeutung und der Herangehensweise von Gesundheitsförderung etabliert. Der Begriff der Gesundheit wird in diesem Zusammenhang zunehmend durch den Begriff der Resilienz ergänzt und erweitert. Resilienz meint hier die Fähigkeit, auch in Krisen oder Veränderungsprozessen, die durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet sind und oft mit Unsicherheit und Unklarheit einhergehen, achtsam und wirksam zu agieren und sich zu entfalten.

In dem Wissen, dass Gesundheit und Resilienz Voraussetzung, Ressource und Ergebnis erfolgreicher Bildungs- und Erziehungsprozesse sind, zielen alle Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung im Kultusbereich auf eine Stärkung der Resilienz der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte ab.

Schulen haben die Aufgabe, sich auf den Umgang mit möglichen Krisenereignissen vorzubereiten (siehe beispielsweise Verwaltungsvorschrift Gewaltvorfälle, Schadensereignisse). Das schulische Krisenteam an den Regierungspräsidien und das System der Schulpsychologischen Dienste (Psychologische Schulberaterinnen und Schulberater an den Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an den Schulpsychologischen Beratungsstellen, Beratungslehrkräfte an den Schulen) unterstützen Schulen bei der Vorsorge sowie bei Bedarf auch bei der Nachsorge nach schulischen Krisenereignissen. Bei der Vorsorge werden neben Strukturen und Prozessen auch geeignete Handlungsweisen (z. B. nach einem Todesfall) in den Blick genommen. Diese Vorbereitungen helfen den Beteiligten bei einem Krisenereignis vorhandene Strukturen aufzurufen sowie bedarfsgerechte und abgestimmte Schritte der Krisenbewältigung einzuleiten.

Des Weiteren wird bezüglich der psychischen Gesundheit bei Kindern auf die Drucksachen 17/2486 und 17/2681 verwiesen.

Das Ministerium der Justiz und für Migration prüft und überarbeitet ständig die Vorkehrungen für Krisenszenarien im eigenen fachlichen Zuständigkeitsbereich. Aufgrund der aktuellen Krisenlagen und der Erfahrungen aus der Coronapandemie wurde die Arbeit in diesem laufenden Aufgabenfeld weiter intensiviert. Zusätzlich zu Vorbereitungen auf konkrete Krisenlagen verbessert das Ministerium der Justiz und für Migration derzeit gezielt übergreifende Strukturen der Krisenvorsorge. Dies betrifft beispielsweise die Kommunikation unter Krisenbedingungen innerhalb des Geschäftsbereichs oder die Krisenplanung im Ministeriums selbst.

Das Ministerium für Finanzen nennt die Aufrechterhaltung bzw. Wiederaufnahme des IT-Betriebs bei Störungen als ein wichtiges Szenario der Krisenfestigkeit. Typische Krisenszenarien sind dabei Gefährdungen durch Stromausfälle, durch Brand oder Wasser (Starkregen, Hochwasser) oder auch Cyberangriffe. Gegenmaßnahmen zielen darauf ab, Schadensauswirkungen der genannten Risiken zu begrenzen bzw. zu minimieren. Dazu gehören die redundante Auslegung wichtiger IT-Komponenten, eine Notstromversorgung, der IT-Betrieb auch an einem Ausweichstandort und wirksame Sicherheitskonzepte. Vorsorge wird u. a. durch systematische Schwachstellenuntersuchungen sowie Zertifizierung der Sicherheit getroffen.

Im Rahmen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine (nachfolgend als Ukraine-Krieg bezeichnet) hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus eine Ansprechperson für Fragen im Zusammenhang mit Krisenmanagement benannt. Diese nimmt an den oben genannten regelmäßig stattfindenden und vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen geleiteten Besprechungen teil. Im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wurde das Krisenmanagement evaluiert und mit der Erstellung verschiedener Notfallkonzepte begonnen.

Bezüglich weiterer Ausführungen zur Krisenfestigkeit unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird auf Frage I. 3 verwiesen.

Im Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen wurde zusammen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus das Krisenmanagement evaluiert und die Ausarbeitung verschiedener Notfallkonzepte eingeleitet.

Mit der neu eingesetzten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) „Resiliente Ländliche Räume“ beschäftigt sich der Kabinettsausschuss Ländlicher Raum des Ministeriums für Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz mit der Zukunftsfähigkeit und der Resilienz der Ländlichen Räume. Um Herausforderungen wie beispielsweise dem demografischen, wirtschaftlichen und klimatischen Wandel sowie aktuellen Krisen wie der Coronapandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs entgegen zu treten, muss der Ländliche Raum stets anpassungsfähig sein. Themen wie Daseinsvorsorge, Wirtschaft, Mobilität, Wohlstand, Lebensqualität und Wertschöpfung im ganzen Ländlichen Raum werden ebenfalls eine Rolle spielen.

Konzept für die Resilienz der Ländlichen Räume in Baden-Württemberg

Im Rahmen der IMA soll ein „Konzept für die Resilienz der Ländlichen Räume in Baden-Württemberg“ als wissenschaftliche Grundlage für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit ländlicher Räume erarbeitet werden. Resiliente Ländliche Räume sollen in der Lage sein, mit den Herausforderungen unserer Zeit umzugehen und daraus Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Um resiliente Ländliche Räume zu schaffen, braucht es überzeugende und funktionierende Ideen und Lösungen für die Raumplanung und deren Herausforderungen. Der Ländliche Raum muss einschneidende Strukturveränderungen ohne Brüche und Entwicklungsabrisse bewältigen und gestalten können.

Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Die Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) adressiert die drängenden Herausforderungen in der jeweiligen Förderperiode durch

Investitionen in Innovation und nachhaltige Entwicklung. Seit der Erweiterung um REACT-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) im Jahr 2021 infolge der Auswirkungen der Coronapandemie werden EFRE-Mittel gezielt in die Krisenresilienz zur Vorbereitung einer grünen, digitalen und stabilen Wirtschaft investiert. Daran anknüpfend investiert das EFRE-Programm 2021 bis 2027 mit den Prioritäten „Zukunftstechnologien und Kompetenzen“ sowie „Ressourcen und Klimaschutz“ in die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Wirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), in die Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Bioökonomie sowie in den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel (Klimaresilienz).

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) ist ein Förderinstrument, das die gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung hin zu einem krisenresilienten Ländlichen Raum vorantreibt. Sichere Grundversorgung, nachhaltige und ökologisch verträgliche Wohnraumentwicklung und resilientere Wirtschaftsweisen stehen u. a. im Förderfokus. Das ELR wird immer wieder flexibel an aktuelle strukturelle Herausforderungen angepasst.

Förderprogramm LEADER

Das EU-Programm LEADER soll in der Förderperiode 2023 bis 2027 einen aktiven Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Green Deal leisten. Durch die Vernetzung und das partnerschaftliche Miteinander von Vertretern der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung kann LEADER die ökologische und soziale Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft mit vorantreiben. LEADER ist somit ein wichtiges Instrument zur Schaffung eines krisenresilienten Ländlichen Raums.

Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie Baden-Württemberg

Im Rahmen der Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie Baden-Württemberg“ werden Innovationen gefördert, die den Strukturwandel von einer fossilbasierten Wirtschaft hin zu einer resilienten und nachhaltigen, ressourceneffizienten Wirtschaftsweise unter Nutzung nachwachsender Rohstoffe ermöglichen. Die Bioökonomie soll dazu beitragen, die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten zu reduzieren, die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg zu reduzieren, natürliche Ressourcen zu schonen und die Biodiversität zu erhalten. Verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sollen der Wirtschaft helfen, die Potenziale robuster Wachstumsmärkte und innovativer Technologien auszuschöpfen und resiliente Wertschöpfungsnetze aufzubauen.

Die Landentwicklung unterstützt die Entwicklung der Landschaft und ländlicher Kommunen auf ihrem Weg zu mehr Klimaresilienz durch die Entflechtung von Nutzungsinteressen sowie durch Maßnahmen zur Entschärfung möglicher Klimafolgen wie Starkregen oder Dürreperioden.

Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung

Im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung wird der Begriff „Krise“ für solche Fälle verwendet, in denen auf Lebensmittel oder Futtermittel zurückzuführende unmittelbare oder mittelbare Risiken für die menschliche Gesundheit voraussichtlich nicht durch bereits vorhandene Vorkehrungen verhütet, beseitigt oder auf ein akzeptables Maß gesenkt werden oder ausschließlich durch Anwendung bestehender Maßnahmen der Überwachungsbehörden (Aussetzung des Inverkehrbringens oder der Verwendung des fraglichen Lebensmittels oder Futtermittels, Festlegung besonderer Bedingungen für das fragliche Lebensmittel oder Futtermittel) angemessen bewältigt werden können (Verordnung [EG] Nr. 178/2002). Die Überwachungsbehörden bereiten sich durch gemeinsame Besprechungen und Krisenübungen auf mögliche Krisen vor, um dadurch die Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit der Landesverwaltung zu erhöhen.

Ernährungsnotfallvorsorge

In der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV) wurde durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise vom 4. April 2017 (Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz [ESVG]) die staatliche Ernährungsvorsorge rechtlich neu geordnet.

Einheitliche Auslöseschwelle für die Anwendung der Sicherstellungsinstrumente ist die Feststellung einer Versorgungskrise durch die Bundesregierung. Diese tritt ein, wenn die Bundesregierung rechtsverbindlich festgestellt hat, dass die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Lebensmitteln in mindestens zwei Ländern ernsthaft gefährdet ist und diese Gefährdung ohne hoheitliche Eingriffe in den Markt nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben ist. Die Kernaufgabe der Ernährungsnotfallvorsorge in Baden-Württemberg ist die hoheitliche Verteilung der verknappten Lebensmittel.

Mit dem ESVG wurde eine einheitliche Rechtsgrundlage für zivile und militärisch bedingte Versorgungskrisen geschaffen. Zeitgleich traten die bisherigen Gesetze, das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Ernährungsvorsorgegesetz, sowie die Ernährungsbewirtschaftungsverordnung und die Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung außer Kraft. Die Neuregelung der staatlichen ENV legt fest, dass die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder organisatorische, personelle und materielle Vorkehrungen treffen, um die Ausführung des ESVG sowie der auf Grund des ESVG erlassenen Rechtsverordnungen in einer Versorgungskrise sicherstellen zu können. Eine weitere Konkretisierung dieser Regelung ist erforderlich, um eine Umsetzung des Gesetzes durch die Länder zu ermöglichen.

Resilienz bzw. Krisenfestigkeit der Gesundheitsversorgung

a) Krankenhausversorgung und ärztliche Versorgung

Auch im Krisenfall ist die stationäre Krankenhausversorgung zu jedem Zeitpunkt sicherzustellen. Durch eine kontinuierliche gezielte Investitionsförderung der Plankrankenhäuser durch das Land Baden-Württemberg gemäß dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und dem Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg (LKHG) werden die Krankenhäuser in die Lage versetzt, hochwertige Behandlungsmöglichkeiten entsprechend dem medizinischen und technischen Fortschritt vorzuhalten.

Öffentlich geförderte Akutkrankenhäuser und ihre Träger wirken gemäß § 5 Absatz 1 des LKatSG im Rahmen ihres Aufgabenbereichs am Katastrophenschutz mit und haben eigenverantwortlich umfassende Vorsorge für ihre Einsatzfähigkeit bei Katastrophen zu treffen. Insbesondere wird darunter die Pflicht nach § 5 Absatz 2 Nummer 2 LKatSG verstanden, die Alarm- und Einsatzpläne in Abstimmung mit der Katastrophenschutzbehörde auszuarbeiten und weiterzuentwickeln. In § 5 Absatz 3 LKatSG werden die Anforderungen wie folgt präzisiert: „Die Alarm- und Einsatzpläne der Krankenhäuser berücksichtigen die Unterstützungsmöglichkeiten durch benachbarte Krankenhäuser, durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte, öffentliche Apotheken, pharmazeutische Großhandlungen, Betriebe der Arzneimittel- und Verbandstoffindustrie sowie durch Personal nichtakademischer Helferberufe des Gesundheitswesens. Sie berücksichtigen auch Maßnahmen zur Ausweitung der Bettenkapazität.“

Der Schwerpunkt wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in den nächsten Jahren auf einer bedarfsgerechten Krankenhausplanung durch das Land Baden-Württemberg unter Einbindung der sektorenübergreifenden Versorgung liegen. Es gilt, Krankenhausplanung und ambulante Versorgung verstärkt zusammenzudenken.

Krisenfestigkeit und Resilienz ist im Hinblick auf die ärztliche Versorgung so zu verstehen, dass systemische Reserven (z. B. ausreichende Behandlungskapazitäten) vorhanden sein müssen, um auf Gesundheitskrisen oder externe Schocks

reagieren zu können. Um hier Vorsorge zu treffen, muss die ärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes flächendeckend sichergestellt sein.

Landesweit gibt es bis heute keinen Planungsbereich für den nach den Maßstäben der Bedarfsplanungsrichtlinie eine Unterversorgung oder drohende Unterversorgung festgestellt wurde.

Die Sicherung der ärztlichen Versorgung war daher bisher schon ein Thema für die Gesundheitspolitik des Landes. Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW), des Hausärzteverbandes Baden-Württemberg, des Bundes und des Landes (Aktionsprogramm Landärzte) in den vergangenen zehn Jahren haben dazu beigetragen, dass die hausärztliche Tätigkeit wieder an Attraktivität gewonnen hat.

b) Vulnerable Personengruppen

Eine entscheidende Grundlage einer resilienten Gesellschaft liegt auch darin, wie sich Resilienz als Ressource in der Bevölkerung verteilt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Personen einen resilienten Umgang mit Belastung zeigen, variiert mit sozioökonomischen, biographischen und dispositionellen Faktoren. Verschiedene Risiken und vulnerable Zielgruppen, die mit einem erhöhten Risiko für einen dysfunktionalen Umgang mit Stress und Belastung verbunden sind, sind statistisch erkennbar.

Vulnerable Gruppen weisen im Vergleich zu anderen Personengruppen einen größeren Bedarf an präventiven und kurativen Hilfen auf. Diese nehmen aber von sich aus, verglichen mit weniger vulnerablen Personengruppen, deutlich seltener Angebote der Prävention und Gesundheitsversorgung gezielt in Anspruch. Um diesem bekannten Ungleichgewicht wirkungsvoll zu begegnen, bedarf es der Anerkennung einer erhöhten Vulnerabilität auch in Bezug auf die Inanspruchnahme von Hilfe und spezifischen Wissens darüber, wie vulnerable Zielgruppen in der Versorgung möglichst erfolgreich angesprochen werden können.

Das Bündnis der gesetzlichen Krankenkassen für Gesundheit (GKV-Bündnis) nennt folgende vulnerable Zielgruppen, die von einer gezielten Unterstützung der Inanspruchnahme besonders profitieren:

– Arbeitslose Menschen,
– werdende und junge Familien sowie Alleinerziehende,
– Menschen mit Migrationshintergrund,
– Menschen mit Behinderungen,
– ältere Menschen,
– pflegebedürftige Menschen,
– Menschen mit Suchtbelastungen, und
– Kinder aus suchtbelasteten Familien.

Im Verlauf der Coronapandemie wurde erkennbar, dass die vulnerablen Personengruppen neben der teilweise direkt erhöhten somatischen Vulnerabilität mit deutlich erhöhter psychosozialer Intensität auf die Belastungen durch die Coronapandemie reagierten.

Das Erreichen vulnerabler Zielgruppen ist als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe und als eine Schlüsselfrage für die Qualität von Versorgung während der Coronapandemie zusätzlich hervorgetreten. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz die vulnerablen Personengruppen mit relevanten Versorgungsangeboten in Kontakt zu bringen. Zwei Aspekte, die besonders hervorzuheben sind, sind die Verfügbarkeit von Kommunikationsformen in der Versorgung, die für Betroffene und Fachleute auch unter erhöhtem Stress handhabbar bleiben, und das Vorhalten hilfreicher Kontaktangebote auch

für jene Betroffenen, die sich in akuten psychosozialen Krisensituationen befinden, ohne sich ausreichend um Hilfe bemühen zu können.

c) Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)

Durch die Coronapandemie wurden die strukturellen Herausforderungen des ÖGD deutlich. Es braucht eine strukturelle Stärkung des ÖGD, um neben den gesetzlichen Kernaufgaben auch zukünftige Gesundheitskrisen bewältigen zu können.

So wurde bereits im Rahmen des 2018/2019 laufenden Projekts NEO (Neuausrichtung des ÖGD) die Situation des ÖGD analysiert und entsprechende Handlungsvorschläge unterbreitet.

Die Ergebnisse des Projektes NEO bildeten während der Coronapandemie eine Grundlage für die Kabinettsvorlage „Stärkung des ÖGD“, die der Ministerrat am 21. Juli 2020 beschlossen hat.

Die strukturelle Stärkung des ÖGD ist unabdingbar. Um den ÖGD nachhaltig aufzustellen, muss u. a. der Pakt für den ÖGD konsequent umgesetzt werden. Nur so können die Herausforderungen unseres Gesundheitssystems proaktiv angenommen und eine bessere Widerstandfähigkeit gegen Krisen im ÖGD gewährleistet werden. Somit ist ein Hauptziel der Stärkung des ÖGD eine deutliche Verbesserung der Krisenfähigkeit (z. B. für zukünftige Pandemien oder andere gesundheitliche Notlagen) durch stabile Strukturen und die Vereinfachung von Prozessabläufen. Zu Beginn der Coronapandemie hat sich deutlich gezeigt, dass es neben einer ausreichenden personellen auch genügend materielle Ausstattung im ÖGD bedarf, um die Handlungsfähigkeit zu allen Zeiten aufrechtzuerhalten.

Der Schwerpunkt des Personalaufwuchskonzeptes im Rahmen des Pakts für den ÖGD liegt im Aufbau krisenfester Strukturen und in der Beratung und Begleitung von anderen Institutionen (z. B. stationäre Einrichtungen der Altenhilfe, Eingliederungshilfe etc.) zur besseren Vorbereitung auf zukünftige gesundheitliche Notlagen.

Darüber hinaus gilt es wie oben ausgeführt, sektorenübergreifende Lösungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiter zu optimieren. Hierzu zählen die Weiterentwicklung von sektorenübergreifenden strukturellen Kooperationen auf kommunaler Ebene, die Unterstützung von vulnerablen Gruppen und eine evidenzbasierte Vorgehensweise bei der Stärkung der Gesundheitsberichterstattung und der Gesundheitsfolgenabschätzung, insbesondere auch in Krisensituationen.

Nicht nur der ÖGD muss noch widerstandfähiger gegen Gesundheitskrisen werden, auch das Zusammenspiel der wesentlichen Akteure soll weiter gefördert werden, um eine höhere Resilienz des Gesundheitswesens in Gesundheitskrisen gewährleisten zu können.

Präventive Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe

Ziel der Kinder- und Jugendhilfe ist die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Unter dem Begriff der Prävention umfasst dies nicht nur Hilfe, wenn die Entwicklung beeinträchtigt ist, sondern auch zahlreiche Maßnahmen, die Kinder, Jugendliche und Familien stärken, bevor Problemlagen entstehen. Der Begriff der Prävention ist dabei weitzufassen, da durch die Verfügbarkeit von Frei- und Gestaltungsräumen sowie der niederschwellige Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und Familien unverzichtbare Strukturen entstehen.

Grundsätzlich liegt die Erbringung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in kommunaler Verantwortung. Auf die Stärkung präventiver Angebote legt die Landesregierung seit langem besonderen Wert und trägt durch verschiedene Programme dazu bei, dass landesweit präventive Angebote zur Stärkung von Kindern, Jugendlichen und Familien zur Verfügung stehen. Im Einzelnen:

a) Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen von Familien

Eltern waren seit Beginn der Coronapandemie doppelbelastet. Sie waren von Veränderungen der Arbeitsbedingungen betroffen und mussten die Betreuung und Beschulung ihrer Kinder zeitweise nahezu vollständig selbst übernehmen. Mit dem GesellschaftsReport BW 04/2021 „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien“ wurden die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbstätigkeit, die Rollenverteilung in Familien und das Belastungsempfinden dargestellt. Es zeigt sich, dass vor allem Eltern mit einem geringen Einkommen oder geringerem sozialen Status von Beeinträchtigungen der Erwerbstätigkeit betroffen waren. Mütter waren wiederum höheren Einkommens- und Beschäftigungsrisiken ausgesetzt als Väter. Aus den Ergebnissen des GesellschaftsReports BW wurden abschließend familien- und gleichstellungspolitische Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter abgeleitet.

Angebote der Familienbildung dienen dazu, dass Familien sich die für ihre jeweilige Erziehungs- und Familiensituation erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen können. Das „Brennglas“ der Coronapandemie hat besonders deutlich gemacht, wie entscheidend die Ressourcen von Eltern für die gute Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind – gerade in Krisen. Mit dem Landesprogramm STÄRKE fördert die Landesregierung offene Begegnungsstätten für alle Familien sowie Familienbildungsangebote und Familienbildungsfreizeiten für Familien in besonderen Lebenslagen, wie z. B. Alleinerziehende, Familien mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, Familien mit einem chronisch kranken Familienmitglied oder armutsgefährdete Familien.

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig niederschwellige Anlaufstellen wie offene Begegnungsstätten sind, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gefühl von Zugehörigkeit zu bewahren und zu stärken. In Familien in bestimmten Lebenslagen ist das Risiko für Entwicklungsbeeinträchtigungen von Kindern und Jugendlichen besonders hoch – insbesondere, wenn weitere äußerliche widrige Umstände dazukommen. Deshalb fokussieren sich weitere Angebote vor allem auf die Familien in besonderen Lebenslagen. Sowohl in als auch zur Vorbereitung auf Krisen kommt diesen Instrumenten daher eine besondere Bedeutung zu.

b) Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und außerschulischen Jugendbildung

Die Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und außerschulischen Jugendbildung ist eines der zentralen Anliegen der Landesregierung, welches durch den Masterplan Jugend umgesetzt wird. Um dieses Vorhaben auch nachhaltig zu finanzieren, sind ab dem Haushaltsjahr 2020 rund 10,5 Mio. Euro jährlich für den Masterplan Jugend im Kapitel 0918 etatisiert. Im Sinne der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit wurden ab den Haushaltsjahren 2021 und 2022 innerhalb des Kapitels insgesamt 3 Mio. Euro in den Bereich der Förderung der Jugendbildung und insgesamt 2 Mio. Euro in den Bereich der Förderung der Jugenderholung übertragen.

Im Rahmen der Fortsetzung des Masterplans Jugend wird seitens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration als eines der zentralen jugendpolitischen Vorhaben der aktuellen Legislaturperiode angestrebt, den Schwerpunkt Jugendbeteiligung weiterzuentwickeln und die hierfür notwendige Infrastruktur aufzubauen.

In den Pandemiejahren 2020, 2021 und 2022 hat die Landesregierung auf die besonderen Herausforderungen für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit und außerschulischen Jugendbildung reagiert, indem sie die Fördermodalitäten und Förderhöhen innerhalb der Förderungen nach der entsprechenden Verwaltungsvorschrift angepasst hat.

Auch durch die Umsetzung des Aktionsprogrammes des Bundes und der Länder „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ hat die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die außerschulische Jugendbildung zusätzliche Unterstützung in Höhe von rund 11,9 Mio. Euro im Jahr 2021 und voraussichtlich in Höhe von rund 23,8 Mio. Euro im Jahr 2022 durch die Landesregierung erfahren.

Integrationsangebote, Konzepte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung

Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit im Rahmen des Verwaltungshandelns auf Landesebene können im Bereich der Integration zum einen auf die Bereitstellung von Integrationsangeboten und deren Aufrechterhaltung in Krisenzeiten bezogen werden, zum anderen auf einen diskriminierungsfreien Umgang der Menschen miteinander.

In Krisenzeiten werden oftmals vermeintliche Ursachen bzw. Verursachende der Krise benannt, um Schuldzuweisungen vornehmen zu können. Während der Coronapandemie wurde abhängig vom Pandemiegeschehen unterschiedlichen Gruppen die Rolle als „Pandemie-Treiber“ zugeschrieben, was Diskriminierung und Anfeindungen von Menschen zur Folge hatte, die diesen Gruppen zugeordnet wurden. Die Antidiskriminierungsstelle des Landes (LADS) und die regionalen Beratungsstellen der Antidiskriminierungsberatung haben hier ein spezifisches Anfrageaufkommen beobachtet.

Um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft als Ganzes zu stärken, müssen daher einerseits allgemeine präventive Maßnahmen gegen alle Formen von Diskriminierungen im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel verstärkt werden, um zukünftige Krisen zu bewältigen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt als solchen nicht weiter zu beschädigen. Zeichnet sich eine Krise ab, ist eine proaktive diskriminierungskritische Kommunikation der Landesregierung erforderlich, um drohenden Diskriminierungen und Anfeindungen im Krisenkontext präventiv begegnen zu können. Konzepte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung sind daher auch zur Bewältigung künftiger Krisen von besonderer Bedeutung.

Für die von Diskriminierung Betroffenen müssen andererseits Angebote zur Aufklärung und Beratung flächendeckend und niedrigschwellig im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es zeigt sich, dass während Krisen häufig ohnehin bereits marginalisierte und vulnerable Gruppen überproportional von den direkten Auswirkungen der Krise und auch von Maßnahmen, die der Krisenbewältigung dienen, betroffen sind.

Im Hinblick auf die Krisenfestigkeit der Integrationsangebote ist die Aufrechterhaltung der Integrations- bzw. Beratungsstrukturen (z. B. Sprachkurse, Beratungsgespräche im Kontext des Integrationsmanagements und der beruflichen Anerkennung, Begegnungsräume, diverse Integrationsprojekte) zu benennen. Durch die Coronapandemie war dies vor allem in der Anfangsphase schwierig. Integrationsprozesse wurden dadurch verlangsamt oder ausgesetzt, Behördenkontakte wurden deutlich erschwert. Zudem hat sich gezeigt, dass der Ländliche Raum mit seinen ohnehin spezifischen Herausforderungen für die Integration geflüchteter und zugewanderter Menschen von den pandemiebedingten Einschränkungen besonders betroffen war.

Resilienz bzw. Krisenfestigkeit des Mobilitätsbereichs

Im Ministerium für Verkehr greift im Fall einer Krise die Stabsdienstordnung, welche die Arbeit und Besetzung des Verwaltungsstabs regelt. Der Verwaltungsstab kann je nach Lage eingesetzt werden und behandelt und koordiniert übergeordnete Aufgaben. Daraus ergeben sich konkrete Arbeitsaufträge für die Fachstabsbereiche innerhalb des Verwaltungsstabs, die vorwiegend in Linienorganisation abgearbeitet werden.

In der Querschnittsabteilung wurden Aspekte betrachtet, mit denen die Arbeitsfähigkeit des Ministeriums für Verkehr auch unter Einschränkungen beispielsweise bei der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik bestmöglich sichergestellt wird.

In der Abteilung Straßenverkehr, Straßeninfrastruktur wurden hinsichtlich der Krisenfestigkeit verschiedene Maßnahmen beleuchtet, wie z. B. die Aufrechterhaltung der Befahrbarkeit der Straßen und der Ingenieurbauwerke, sodass Resilienzaspekte bereits Berücksichtigung finden.

Im Bereich des Öffentlichen Verkehrs wurden im Zuge der Coronapandemie verschiedene Instrumente entwickelt und umgesetzt, die sicherstellen sollen, dass der Öffentliche Verkehr als Kritische Infrastruktur auch unter Krisenbedingungen aufrechterhalten werden kann. Dazu zählen Stufenkonzepte zur Aufrechterhaltung des Fahrbetriebs, aber auch der von Bund und Ländern finanzierte Corona-Rettungsschirm, der eine wirtschaftliche Absicherung der zwangsläufig entstehenden Kosten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch unter den Bedingungen pandemiebedingt wegbrechender Fahrgasteinnahmen sicherstellt.

Im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das für die Hochschulen mit seinen Forschungslaboren, die Universitätsklinika und die Kunst- und Kultureinrichtungen zuständig ist, ist die Herstellung und ständige Verbesserung der Krisenfestigkeit in allen Bereichen notwendiger Bestandteil des Krisenmanagements. In ganz besonderem Maße gilt dies für die Bewältigung akuter Krisen für den Betrieb von Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur (KRITIS), zu denen die Universitätsklinika zählen, insbesondere aber auch für die Forschungslabore der Hochschulen.

Konkrete Auswirkungen und Ausformungen zur Herstellung und zur weiteren Verbesserung der Krisenfestigkeit finden sich in den Plänen, Konzepten und Strukturen der einzelnen Einrichtungen für den Krisenfall.

Resilienz umfasst – im Unterschied zu Krisenfestigkeit und Adaptionsfähigkeit – ein zukunftsgerichtetes Moment: Resilienz impliziert nicht allein die Fähigkeit, eine exogen erzeugte krisenhafte Situation zu bewältigen oder sich daran anzupassen, sondern zielt darauf, sich zu erneuern (vgl. Positionspapier des Wissenschaftsrates „Impulse aus der COVID-19 Krise“, WR-Drs. 8834-21). Hierfür bilden die Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und auch der Kunst das Fundament.

3. Welche Krisenszenarien erwartet die Landesregierung zukünftig unter Darlegung, für welche Szenarien Vorbereitungen innerhalb der Landesregierung getroffen werden und welche der entsprechenden Resilienz anderseits es aufzubauen gilt?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nimmt zu den Fragen I. 3 und I. 6 aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung (vgl. Frage I. 6).

Im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport werden folgende Krisenszenarien zukünftig gesehen:

Im Zuge der Coronapandemie mussten Schulen sich sehr schnell auf Fernunterrichtsszenarien einstellen. Dazu hat das ZSL kurzfristig umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zur Nutzung von Lernmanagement- und Webkonferenzsystemen sowie zur Übertragung verschiedener Lehr- und Lernszenarien in digitalen Formaten angeboten. In diesem Zuge wurde ein Großteil der Fortbildenden und gut 20 000 Lehrkräfte allein im Jahr 2020 geschult. Seit 2020 werden neben Fortbildungsangeboten im Bereich des digitalen Lehrens und Lernens auch Unterstützungsmaterialien hierzu, wie ready-to-use-Moodle-Kurse, ein umfangreiches Support-System, Anleitungen, Checklisten, Unterrichtsbeispiele etc., laufend erweitert und aktualisiert. Es ist daher aus Sicht des Ministeriums

für Kultus, Jugend und Sport davon auszugehen, dass Eventualitäten, die Fernunterrichtsszenarien erfordern, Schulen und Lehrkräfte nicht mehr überraschend treffen und dass zudem auf eine gute Basis an digitalen Kompetenzen aufgebaut werden kann.

Das Ministerium der Justiz und für Migration teilt die Erwartungen der Gremien der Landesregierung zu künftigen Krisenlagen. Zusätzliche Erkenntnisse liegen hier nicht vor.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums werden für alle konkret ermittelten Krisenlagen Vorbereitungen getroffen. Dies gilt aktuell insbesondere für die für den Winter befürchtete Gasmangellage. Von dieser wären auch die Einrichtungen der Justiz, des Justizvollzugs und des Migrationsbereichs betroffen. Hier werden organisatorische Vorbereitungen getroffen, um die Arbeitsfähigkeit dieser Einrichtungen auch im Krisenfall aufrechtzuerhalten und etwaige Unterstützungsbedarfe zu identifizieren.

Nach den Erfahrungen des Ministeriums der Justiz und für Migration bestehen zwischen den Vorbereitungen auf unterschiedliche Krisenlagen vielfach Überschneidungen. Daher können bereits bestehende Vorbereitungen oft auch zur Vorbereitung auf neu erkannte künftige Krisenlagen genutzt werden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus äußert sich wie folgt zu den erwarteten zukünftigen Krisenszenarien:

In den Jahren 2008/2009 und 2020 musste die baden-württembergische Wirtschaft die zwei stärksten Rezessionen der Nachkriegszeit hinnehmen. Auch aktuell dominieren angesichts der geopolitischen Lage die vor allem außenwirtschaftlich induzierten Abwärtsrisiken für die Konjunktur. Mit größerer gesamtwirtschaftlicher Volatilität stellt sich auch die Frage nach der Anpassungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft neu.

Unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten bedeutet Krisenfestigkeit die Fähigkeit des Wirtschaftssystems, nach einer temporären angebots- oder nachfrageseitigen Störung auf den alten Wachstumspfad zurückzukehren. Die Anpassung erfolgt umso schneller, je weniger Friktionen und Rigiditäten auf den Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten vorliegen. Insofern unterstützen beispielsweise Maßnahmen zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung der Verwaltung die gesamtwirtschaftliche Resilienz. Des Weiteren wurden die genannten Rezessionen durch expansive fiskalpolitische Impulse abgefedert, sodass das Abreißen von Wertschöpfungsketten verhindert und die Gefahr eines gesellschaftlich suboptimalen Unterbeschäftigungsgleichgewichts gebannt wurde.

Eine derzeit tendenziell zu beobachtenden Rückabwicklung des globalen Weltwirtschaftssystems beobachtet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus mit Sorge. Stattdessen sollten von der Europäischen Union (EU) zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Resilienz Handelsverträge schneller abgeschlossen werden und Unternehmen sollten ihre Lieferketten überprüfen und ggf. stärker diversifizieren.

Im Bereich des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz werden folgende Krisenszenarien zukünftig gesehen:

Im Rahmen der Zertifizierung der Informationssicherheit der EU-Zahlstelle wurde ein übergreifendes Business-Continuity-Management (BCM)/Notfallmanagement etabliert und sukzessive weiter auf- und ausgebaut. Das BCM hat zum Ziel, die kritischen Prozesse des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu identifizieren, dessen Gefährdung durch verschiedene Notfall- und Krisenszenarien zu bewerten und ggf. sinnvolle Vorbereitungsmaßnahmen zu initiieren. Damit wird gewährleistet, dass die vorhandene Resilienz regelmäßig überprüft und kontinuierlich verbessert wird.

Gemeinsame Agrarpolitik

Ein wesentliches Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) ist es, die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen, die Märkte zu stabilisieren, die Versorgung sicherzustellen und für die Belieferung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit sicheren Lebensmitteln zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

Mit der aktuellen GAP-Reform, deren Umsetzung ab 2023 beginnt, wird verstärkt darauf abgezielt, einen wettbewerbsfähigen, krisenfesten und diversifizierten Agrarsektor zu schaffen, der die langfristige Ernährungssicherheit gewährleistet. Um dies zu erreichen, setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass die Direktzahlungen weiterhin zum Erhalt der landwirtschaftlichen Familienbetriebe beitragen und gleichzeitig ausreichend Mittel für Maßnahmen zur Innovation, Diversifizierung, Ökologisierung und Modernisierung in den landwirtschaftlichen Betrieben für nachhaltige Produktionsmethoden bereitgestellt werden. Die Landesregierung ergänzt dazu die bundesweit einheitlichen Fördermaßnahmen mit einer großen Bandbreite an regional angepassten Landesprogrammen für Land- und Forstwirtschaft einschließlich des vor- und nachgelagerten Bereichs sowie den ländlichen Raum, die in Teilen über EU-Mittel kofinanziert werden.

Darüber hinaus will die Landesregierung mit der Umsetzung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes und des Green Deals der EU die Nachhaltigkeit und damit Krisenfestigkeit des Lebensmittelsystems weiter dauerhaft steigern. Dies soll nicht nur zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch, zur Verbesserung der biologischen Vielfalt und der Gesundheit der Bevölkerung führen, sondern auch faire Bedingungen für alle Akteure entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette ermöglichen.

Ernährungsnotfallversorgung

Baden-Württemberg hat sich an den Reformaktivitäten für eine Modernisierung der Ernährungsnotfallvorsorge schon in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen sehr aktiv und konstruktiv eingebracht.

Weiter wurde die Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV) weiter verbessert.

– Auf Bund- und Länderebene wurde ein ENV-Aufgabenkatalog erarbeitet, in dem die erforderlichen Einzelaufgaben, die von den nachgeordneten Behörden in den Ländern auf dem Gebiet der ENV vorbereitend bzw. im Krisenfall wahrzunehmen sind, zusammengestellt wurden.
– Die Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise trat zum 1. April 2021 in Kraft. Sie legt die Zusammenarbeit in einer Versorgungskrise, insbesondere Gremien und Verfahren zur gegenseitigen Information und Koordinierung, fest.
– Mit dem Entwurf einer Leitlinie „Hoheitliche Verteilung von Lebensmitteln in einer Versorgungskrise“ soll den für die ENV zuständigen Stellen auf allen Verwaltungsebenen eine Handlungsempfehlung zur hoheitlichen Verteilung von Lebensmitteln in einer Versorgungskrise gegeben werden. Die Leitlinie wurde durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung Baden-Württembergs erarbeitet.
– Ein Ausführungsgesetz zur Regelung der Zuständigkeiten für die ENV im Land wird derzeit erarbeitet.
– Baden-Württemberg beteiligte sich am Forschungsvorhaben mit dem Thema „Skalierbare Notfall-Logistik für urbane Räume als öffentlich-private Partnerschaft im Katastrophenfall“ und hat sein Interesse an einem weiteren geplanten Forschungsvorhaben zum Forschungsprojekt zur Erarbeitung innovativer Kooperations- und Entscheidungssysteme für den Krisenfall zwischen staatlichen

und privatwirtschaftlichen Akteuren in der kritischen Infrastruktur Ernährung (KRITIS-ENV) bekundet.

– Es finden Gespräche mit den in Baden-Württemberg ansässigen Handelsunternehmen statt. Ziel ist es, in Baden-Württemberg ein ständiges ein- und abrufbares Netzwerk aufzubauen, das die Resilienz der Lebensmittelwirtschaft erhöht und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Landesverwaltung in einer Versorgungskrise erleichtert.

Wasserversorgung

Im Bereich der Wasserversorgung können sich Szenarien wie Trockenheit, Starkregen oder ein Stromausfall zu Krisen entwickeln, sollten sie über mehrere Tage bzw. Wochen Auswirkungen auf die Trinkwassergewinnung oder -verteilung haben. Primär sind die Wasserversorger und Kommunen verantwortlich, sich auf solche Szenarien mit entsprechenden Maßnahmen vorzubereiten, z. B. durch das Vorhalten von Notstromaggregaten und der Schaffung redundanter Strukturen („zweites Standbein"). Das Land unterstützt die Wasserversorger und Kommunen durch das derzeit laufende Projekt „Masterplan Wasserversorgung Baden-Württemberg". Hier werden die Folgen des Klimawandels, insbesondere die zunehmenden, langanhaltenden Trockenphasen, auf die öffentliche Trinkwasserversorgung untersucht. Die Wasserversorger und Kommunen erhalten auf Basis der Ergebnisse Handlungsempfehlungen, wie sie die Versorgungssicherheit jeweils erhöhen und die Wasserversorgung zukunftsfest aufstellen können, beispielsweise durch die Schaffung von Versorgungsverbünden und eine stärkere Vernetzung der Versorgungsstrukturen.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration bezieht wie folgt Stellung zu den erwarteten zukünftigen Krisenszenarien:

Kinder, Jugendliche und Familien

Zur Stärkung der Resilienz von Kindern, Jugendlichen und Familien und der sie unterstützenden Systeme sind aus Sicht der Landesregierung im Rahmen der Coronapandemie im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel die folgenden Maßnahmen erforderlich:

– Ausbau präventiv wirkender Angebote zur Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Familien, mit besonderem Blick auf Familien in belasteten Lebenssituationen,

– soweit möglich Aufrechterhaltung des Zugangs zu unterstützenden – auch präventiv wirkenden – Angeboten und Anlaufstellen,

– Ausbau digitaler Angebote, um Kinder, Jugendliche und Eltern auch im digitalen Raum zuverlässig erreichen zu können,

– weiterhin besondere Berücksichtigung der potenziellen negativen Auswirkungen von Maßnahmen zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus (nachfolgend als Coronavirus bezeichnet) auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie übergeordnete Ziele wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe z. B. die Handlungsempfehlungen im Gesellschaftsreport 04/2021 „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien") und sozialen Zusammenhalt.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Digitale sowie häusliche Gewalt gegen Frauen hat durch die Coronapandemie massiv zugenommen. Dies ist ein grundsätzliches Phänomen in Krisensituationen. Hier gilt es, das Hilfe- und Unterstützungssystem, sowie die Fachberatungsstellen des Landes gegen häusliche und sexuelle Gewalt, Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution und für Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie der Frauen- und Kinderschutzhäuser im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel auf diese neuen Herausforderungen bes-

ser vorzubereiten, damit diese aktiv Betroffene von geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt beraten können.

Integration

Integrationsangebote müssen im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel so aufgebaut werden, dass sie flexibel an die Situation angepasst und auch in Krisensituationen aufrechterhalten werden können. Während der Coronapandemie wurde daher sowohl die Digitalisierung vorangetrieben, wie z. B. Online-Angebote bei Sprachkursen und im Beratungskontext, als auch auf experimentelle bzw. angepasste Methoden im Rahmen von Integrationsmaßnahmen zurückgegriffen, wie z. B. Sprachkurse im Freien oder Beratungsgespräche im Rahmen von Spaziergängen.

Die Herausforderungen der Digitalisierung werden gerade im Kontext der Integration von Geflüchteten deutlich, da längst nicht alle Personen der Zielgruppe über digitale Endgeräte oder WLAN-Zugang verfügen. Zur Bewältigung künftiger Krisen muss die Digitalisierung im Integrationsbereich weiter vorangebracht werden, um krisenunabhängiger zu sein. Es müssen zudem Möglichkeiten gefunden werden, Menschen ohne eigenen digitalen Zugang teilhaben zu lassen (z. B. über Geräte in Begegnungsräumen oder Sprachcafés). Hier ist das Augenmerk v. a. auf den Ländlichen Raum zu richten, da die Verfügbarkeit digitaler Endgeräte u. a. von der Mobilität der zu erreichenden Gruppe als auch von der Qualität der digitalen Zugänge abhängt.

Ambulante und hausärztliche Versorgung

Bezüglich einer resilienten Versorgung ist es wichtig, die ambulante Versorgung im Land flächendeckend zu erhalten und sich auf den demographischen Wandel in der Ärzteschaft vorzubereiten. Dabei geht es vor allem darum, sich auf das Szenario einer Unterversorgung in der hausärztlichen Versorgung vorzubereiten.

Mit dem Programm „Ziel und Zukunft“ führt die KVBW bereits Maßnahmen gegen den Ärztinnen- und Ärztemangel durch. Aufgrund der sich zuspitzenden Versorgungssituation hat die KVBW ein Konzeptpapier mit Lösungsansätzen entwickelt. Ziel des Konzepts ist es, in einer Handlungs- und Verantwortungsgemeinschaft aus KVBW, den Partnern der Selektivverträge und den Krankenkassenverbänden des Landes durch gezielte Maßnahmen Unterversorgung zu vermeiden und dabei modulare und konsentierte Lösungsansätze vorzulegen (vgl. Frage I. 2, Beitrag zur Resilienz bzw. Krisenfestigkeit der Gesundheitsversorgung).

Psychotherapeutische, psychiatrische und sozialpsychiatrische Versorgung

Präsenz- und aufsuchende Kontakte haben im Bereich der psychotherapeutischen, psychiatrischen und sozialpsychiatrischen Versorgung generell großen Wert, ebenso wie die Erreichbarkeit und die angemessene Kontinuität der Versorgungsangebote.

Die Möglichkeit zum raschen Wechsel von Kommunikationsformen hat sich im Verlauf der Coronapandemie für die Sicherung von Versorgungsangeboten für bestehenden psychosozialen Bedarf, auch im Suchtbereich, als besonders bedeutsam gezeigt.

Während der Coronapandemie und insbesondere während der Lockdowns hat sich das Konsumverhalten verändert, z. B. wurden größere Mengen und früher am Tag Alkohol konsumiert. Alkohol- und Drogenkonsum ist auch ein Seismograph für die Bewältigung von gesellschaftlichen und persönlichen Krisen. Die Suchtberatung als Institution für zwischenmenschliche Rettungsschirme ist hier besonders wichtig. Die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, insbesondere die Maßnahmen zur Kontaktreduzierung, haben die Arbeit in der Suchtprävention und Suchthilfe sehr erschwert und einen Stabilisierungsbedarf aufgezeigt.

Das Suchthilfesystem ist vielgliedrig aufeinander bezogen: Information, Motivation und Beratung, Maßnahmen der Schadensminderung, Entgiftung in Akutklini-

ken, Entwöhnungsbehandlung (ambulant, ganztägig ambulant, stationär), Nachsorge und weitere Stabilisierung, Begleitung und Umsetzung des Erreichten im Alltag (z. B. mit Unterstützung durch Selbsthilfegruppen). Idealerweise sollten diese Komponenten nahtlos ineinandergreifen. Dabei sind die jeweiligen Beratungs- und Behandlungsprozesse stark durch die Beziehungsarbeit zwischen Behandelnden und Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten geprägt. Das Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen zu sichern, erfordert zudem eine starke Vernetzung von Institutionen und Strukturen.

Auch suchtpräventive Maßnahmen, insbesondere in den verschiedenen Lebenswelten (z. B. Schulen, Betriebe) konnten durch die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, besonders in der ersten Lockdown-Phase, nicht mehr durchgeführt werden. Zielgruppengerechte, digitale Angebote müssen daher auch in der Suchtprävention dringend aufgebaut werden. Alle Settings der Suchtprävention, die in der analogen Präventionsarbeit bedient werden, brauchen ebenso digitale Zugänge.

Impulse zur digitalen Stärkung von Suchthilfe und Suchtprävention sind aus gesundheitspolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen notwendig und ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg.

Das Vorhalten digitaler und, wenn zur Aufrechterhaltung der Kommunikation erforderlich, auch telefonischer Kontaktformen stellt einen wichtigen Beitrag zur Krisenfestigkeit der Versorgung dar und sollte über das aktuelle Erfordernis der Coronapandemie hinaus verfügbar bleiben.

Im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung wird dabei die Regelungskompetenz des Gemeinsamen Bundesausschusses und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung berührt. Im Bereich der Suchtprävention und Suchthilfe konnte im Rahmen des Programms „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ im Jahr 2021 ein Förderaufruf des Landes zur Weiterentwicklung digitalisierter Versorgungsformen erfolgreich platziert werden. Für die ausgewählten Projekte stehen Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro für eine Laufzeit bis 2023 zur Verfügung.

Neben dem Suchtbereich sind die Kommunen unter Beteiligung des Landes auch für die gemeindepsychiatrische Versorgung zuständig. Die angemessene Inanspruchnahme relevanter Hilfen und Versorgungsangebote durch Menschen mit erhöhter Vulnerabilität ist ein zentraler Aspekt sozialer Teilhabe. Es ist ein wichtiges Ziel des Landespsychiatrieplans, den Aufbau aufsuchender und niederschwellig tätiger gemeindepsychiatrischer Krisendienste zu fördern, um eine selbstbestimmte Inanspruchnahme von Hilfen auch für jene Betroffenen zu unterstützen, die kein ausreichendes Hilfesuchverhalten zeigen oder nach Krisenhilfe außerhalb der Regelzeiten suchen.

Die vorgesehenen Angebote der gemeindepsychiatrischen Krisenversorgung zielen darauf ab, psychische Krisen abzufangen und zu deeskalieren, bevor der Einsatz von Zwang erforderlich wird. Längerfristig ist hierüber eine Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum mit einer Entlastung des ÖGD und der Ordnungsämter sowie eine Verringerung von Unterbringungsverfahren nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) zu erwarten.

Öffentlicher Gesundheitsdienst und Infektionsschutz

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Pandemie-Managements für weitere Pandemien ist künftig vorgesehen, im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel insbesondere Surveillance-Systeme wie folgt aufzubauen bzw. zu stärken:

– Einsatz eines weiterentwickelten Surveillance-Systems zu Beginn der nächsten Atemwegsinfektionssaison,

– Fortführung der molekularen Surveillance,

– Frühzeitige Detektion neuartiger Varianten.

Für die Stärkung vorhandener Ressourcen sind bedeutsam:

– beim Personal:
  • Pakt für ÖGD (dauerhafte Stärkung aller Ebenen des ÖGD),
  • Zugewinn von Personal mit unterschiedlicher Fachexpertise (Public Health, Epidemiologie, Biologie bzw. Virologie, Medizin),
  • Bildung von Personalpools zur Bereitstellung kurzfristiger Unterstützungskräfte.
– bei der Digitalisierung:
  • Entwicklung von flexibel anpassbaren und skalierbaren Hilfsmitteln für den ÖGD,
  • Aufbau einer dauerhaften Datenerfassung aus den wichtigsten Sektoren des Gesundheitswesens (Bettenbelegung, Auslastungsauswertungen etc.) als stabile Datenbasis zur Entscheidungsfindung.

Es müssen zukünftig nachhaltige Strukturen, die bei Bedarf aktiviert werden können, geschaffen werden. Es gilt, flexible, modulare Lösungen zu etablieren, die auch skalierbar sind und mit dem Aufgabenumfang mitwachsen können. Daneben sind digitale Lösungen für den ÖGD zu organisieren, die eine skalierbare Automatisierung von Prozessen zur Arbeitsentlastung ermöglichen.

Im Bereich des Infektionsschutzes ist zukünftig mit folgenden Szenarien biologischer Gefahrenlagen zu rechnen:

– lebensbedrohende, hochkontagiöse Infektionskrankheiten (insbesondere Ebola-Fieber, Marburg-Virus-Krankheit, Lassa-Fieber, hämorrhagisches Krim-Kongo-Fieber, Pocken, humane Affenpocken und Lungenpest),
– Auftreten einer bedrohlichen übertragbaren Erkrankung, wenn dies auf eine schwerwiegende Gefahr für die Allgemeinheit hinweist,
– übertragbare Krankheiten, die wegen des Ausmaßes oder der Anzahl betroffener Personen überregionale Maßnahmen erforderlich machen,
– Ereignisse, die eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite darstellen können (Internationale Gesundheitsvorschriften),
– (bio)terroristische Anschläge und Havarien, soweit sie die Zuständigkeit der Gesundheitsverwaltung betreffen.

Zur Bewältigung der vorgenannten Szenarien enthält der Seuchenalarmplan des Landes entsprechende Vorkehrungen und Regelungen. Das Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz des Landesgesundheitsamtes (LGA), welches in das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration eingegliedert ist, steht bei entsprechenden Verdachtssituationen mit seiner Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft (24/7) für die Beratung der Gesundheitsämter und anderer Behörden zur Verfügung. Im LGA wird zudem ein Labor der Sicherheitsstufe BSL3 zur Untersuchung bioterroristisch relevanter Erreger und Erregern im Zusammenhang mit biologischen Gefahrenlagen betrieben. Für den Transport von Patientinnen und Patienten mit lebensbedrohenden hochkontagiösen Krankheiten wird beim Deutschen Roten Kreuz Stuttgart ein spezieller Infektionsrettungswagen (I-RTW) vorgehalten, der über eine spezielle Abdichtung der Patientenkabine und spezifische Desinfektionseinrichtungen verfügt. Beim Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart ist eine Sonderisoliereinheit der Sicherheitsstufe S3 etabliert, die als Behandlungszentrum für Patientinnen und Patienten mit einer lebensbedrohenden hochkontagiösen Krankheit fungiert.

– Verschiedene biologische Krisen und Gefahrensituationen der vergangenen Jahre (z. B. Lassafall (2000), Enterohämorrhagische Escherichia coli-Ausbruch (2011), Bioterror Köln-Chorweiler [2018]) haben gezeigt, dass die im Seuchenalarmplan abgebildeten Szenarien einen realistischen Hintergrund aufweisen.

In Bezug auf Infektionskrankheiten ist davon auszugehen, dass auch zukünftig zoonotischen Erregern eine besondere Bedeutung zukommt. Durch das zunehmende Vordringen des Menschen in unberührte Regionen einerseits und das enge Zusammenleben von Tier und Mensch in vielen Ballungsräumen andererseits sowie die Globalisierung und klimabedingte Änderung von Vektorlebensräumen bestehen ideale Bedingungen für die Übertragung und Weiterverbreitung entsprechender Erreger.

Resilienz hinsichtlich gesundheitlicher Gefahrenlagen

Um im Ereignisfall die reibungslose Umsetzung der Koordination und des Managements der verschiedenen Szenarien sicherzustellen, ist es erforderlich, regelmäßige Übungen abzuhalten. Dies wird, wie in der Antwort auf die Frage I.2 dargestellt, gewährleistet durch die regelmäßige Beteiligung des Landes an den LÜKEX-Übungen, auch zu biologischen Szenarien. Zusätzlich werden vom Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz des Landesgesundheitsamtes Übungen insbesondere zum Transport von Patientinnen und Patienten mit lebensbedrohenden hochkontagiösen Krankheiten und deren Aufnahme in der Behandlungseinrichtung im Robert-Bosch-Krankenhaus durchgeführt. Das LGA hat unter der Leitung des Kriminaltechnischen Instituts (KTI) des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg (LKA BW) an einer behördenübergreifenden Vollübung zur Bewältigung einer bioterroristischen Bedrohungslage (BAO SALUS/2019) teilgenommen und die Planung unterstützt. Dort wurden die innerhalb der übungsbeteiligten Stellen bereits bestehenden Einsatz- und Ausstattungskonzepte praktisch erprobt und Kooperationsstrukturen überprüft und gefestigt.

Im Ministerium für Verkehr hat die Abteilung Straßenverkehr, Straßeninfrastruktur im Rahmen der Krisenfestigkeit der Straßeninfrastruktur entsprechende Handlungsoptionen aufgezeigt. So nehmen beispielsweise die Aufgaben des Straßenunterhaltungsdienstes im Zuge von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen die unteren Verwaltungsbehörden mit den jeweils zuständigen Straßenmeistereien wahr. Hauptaufgabe ist die Gewährleistung einer sicheren Befahrbarkeit der Straßen. In diesem Zusammenhang wurden landesweit bei Tunnel mit einer Länge von mehr als 400 Metern im Zuge von Bundes- und Landesstraßen externe Stromeinspeisemöglichkeiten mittels Stromerzeugern geprüft, da die vorhandene unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV-Anlage) der vorgenannten Tunnel den Betrieb nur kurzzeitig gewährleisten kann. Grundsätzlich wurde im Ministerium für Verkehr veranlasst, dass wesentliche Kontaktdaten und Informationen zur Straßeninfrastruktur nicht ausschließlich digital vorgehalten werden, sodass im Ereignisfall weiterhin umgehend Fachpersonal hinzugezogen werden kann.

Im Bereich des Öffentlichen Verkehrs wurden Maßnahmenpläne etabliert, mittels derer im Fall von breiten Personalausfällen durch planmäßige Leistungsreduzierungen in einem komplexen System ein sinnvolles Grundangebot aufrechterhalten werden kann.

Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen führt zu den erwarteten künftigen Krisenszenarien Folgendes aus:

Wohnungswesen und Wohnraumförderung

Unter Gesichtspunkten des Wohnungswesens und der Wohnraumförderung bedeutet Krisenfestigkeit die Fähigkeit, einerseits einer Wohnraumunterversorgung aufgrund eines Überhangs von Unterkunfts- und Wohnungssuchenden und andererseits einer nicht mehr vertretbaren Belastung der Bevölkerung infolge der Kosten angemessenen Wohnens entgegenwirken zu können. Für eine ausreichende Wohnraumversorgung bedarf es neben einem im Rahmen des Möglichen auszubauenden Bestands sozial gebundenen Wohnraums der Stärkung des allgemeinen, den unterschiedlichen Bedarfen entsprechenden Wohnraumangebots in den für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbaren Angebotssegmenten. Ergänzend muss für kurzfristige Bedarfsspitzen durch neu ins Land kommende Geflüchtete ausreichend Vorsorge getroffen werden.

Dabei wirkt das Land mit den Kommunen sowie mit dem Bund zusammen. So wurden die Förderangebote der sozial orientierten Wohnraumförderung ausdifferenziert und zwischenzeitlich auf ein Bewilligungsvolumen von rund 377 Mio. Euro erhöht, das in diesem Umfang auch vom Markt nachgefragt wird.

Ein wesentliches Instrument, die Resilienz der Förderanreize selbst für Investitionen in zusätzlichen Wohnraum mit einem typischerweise längeren Vorlaufzeitraum zu gewährleisten, ist die Dynamisierung der berücksichtigungsfähigen Preise entsprechend der tatsächlichen Kostenentwicklung.

Jenseits der sozialen Wohnraumförderung ist ein Förderangebot zur Stärkung „Neuen Wohnens“ in Vorbereitung.

Auf die Schaffung von zusätzlichen Unterkunftsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden für die Anschlussunterbringung Geflüchteter, wie auch subsidiär die Schaffung weiteren sonstigen miet- und belegungsgebundenen Wohnraums, zielt das in Entstehung befindliche Programm der Förderung von Wohnraum für Geflüchtete mit einem Volumen von 80 Mio. Euro in 2022 und 2023. Die Förderangebote zielen auf die Schaffung langfristig wirkender Entlastungen, z. B. durch entsprechende Ausgestaltung der Förderanreize oder durch Vorgaben einer über die unmittelbare Bindungsfrist noch hinausreichenden Verpflichtung, die Gebäude weiter im Eigentum zu halten.

Weitere Krisenszenarien für das Wohnungswesen und Gebäude

Die drohende Energiekrise sowie die Reduzierung und möglicherweise gänzliche Einstellung von Gaslieferungen aus Russland stellen weitere Krisen für das Wohnungswesen dar. Jedenfalls ist mit steigenden Preisen bei der Energieversorgung insgesamt zu rechnen, möglicherweise auch mit Engpässen bei der Versorgung mit Gas. Hiervon betroffen sind sämtliche Wohnhaushalte (Mietwohnungen und selbst bewohntes Wohneigentum) in Form der Nebenkosten für Heizung, Warmwasser und ggf. auch Strom. Existenziell betroffen sind allerdings vor allem einkommensschwache Haushalte, bei denen energiebedingte Nebenkosten einen höheren Anteil der gesamten Wohnkosten ausmachen.

Eine Resilienz für betroffene Wohnhaushalte gilt es insoweit aufzubauen, als dass die sozialen Sicherungssysteme im Bundesrecht (Zweites Buch Sozialgesetzbuch [SGB II], Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch [SGB XII], Wohngeld etc.) zur Abfederung der Mehrbelastungen für betroffene Wohnhaushalte dauerhaft und nachhaltig ausgerüstet werden müssen. Über den einmaligen Heizkostenzuschuss 2022 für Wohngeldbeziehende hinaus sind hier die Reform zum Bürgergeld nach SGB und die Wohngeldreform 2023 seitens der Bundesregierung angekündigt und in die Wege geleitet.

Ferner können zunehmend Naturkatastrophen wie Erdbeben, extreme Stürme oder extreme Niederschläge lokal oder großräumig zu erheblichen Einwirkungen auf Gebäude führen. Gebäude werden nach den Technischen Baubestimmungen ausgelegt und bemessen. In den Technischen Baubestimmungen sind die in der Bemessung anzusetzenden Einwirkungsgrößen für Erdbeben, Wind und Niederschlag so festgelegt, dass sie zwar im Laufe der Gebäudelebensdauer überschritten werden können, aber in Verbindung mit dem Bemessungskonzept (mit den darin berücksichtigten Sicherheitsfaktoren) ein Gebäudeeinsturz bei einer Überschreitung sehr unwahrscheinlich, jedoch nicht gänzlich auszuschließen ist. Erdbeben-, Wind-, und Niederschlagsereignisse werden aufgezeichnet und statistisch ausgewertet. Bei Bedarf werden die in den Technischen Baubestimmungen festgelegten Ansätze für die Einwirkungsgrößen angepasst.

In Verbindung mit Naturkatastrophen können Folgeereignisse wie Überflutungen, Murgänge oder Lawinen auftreten. Eine wirtschaftliche Bemessung von Gebäuden gegen die Folgeereignisse ist außer bei kalkulierbaren Überflutungen meist nicht möglich. Zur Abwehr von Gefahren kommen bauliche Schutzanlagen wie Dämme, Sperren oder Ablenkbauten in Betracht.

4. Um welche Vorbereitungen handelt es sich hierbei, unter Darlegung des Zuständigkeitsbereichs aus der Geschäftsverteilung der Landesregierung im Hinblick auf die Differenzierung von Katastrophen sowie von Krisen unterhalb der Schwelle einer Katastrophe?

5. Welches Organigramm der Zuständigkeiten gibt es unter Darlegung der Gesamtkoordination, der Verantwortlichkeit je nach Stadium und des jeweiligen Arbeitsmodus?

Zu den Fragen I. 4 und I. 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Aufgrund der Vielfalt vorhandener Risiken und denkbarer Schadenszenarien ist es nicht zielführend, sich nur auf die Optimierung eines einzelnen Schadenszenarios, beispielsweise der Coronapandemie oder eines Hochwassers, zu konzentrieren. Vielmehr werden Strukturen benötigt, die bei jedwedem Schadenszenario greifen. Dies sind vor allem allgemeingültige Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation.

Eine professionelle und effiziente Gefahrenabwehr und ein zielgerichtetes Krisenmanagement verlangen nach einem schnellen, planvollen und koordinierten Zusammenwirken sowie einem einheitlichen Führungsverständnis aller Entscheidungsebenen.

In Baden-Württemberg besteht daher bereits seit 2004 ein durchgängiges und bewährtes System zur Bildung von Verwaltungs- und Führungsstäben auf den verschiedenen Verwaltungsebenen von den Ministerien über die Regierungspräsidien sowie die Stadt- und Landkreise bis hin zu den Gemeinden. Berücksichtigt wurden die von der IMK im November 2003 gebilligten bundeseinheitlichen „Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ-organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe VwS)“, die damals maßgeblich von Baden-Württemberg mitentwickelt wurden.

Gerade in krisenhaften Situationen, die sich durch besonderen Zeitdruck, durch nicht regelhafte Situationen und durch besondere Gefahren sowie deren Brisanz auszeichnen, müssen Entscheidungen von denjenigen getroffen werden, denen dies im täglichen Handeln obliegt und die die rechtlichen sowie ressortspezifischen Zuständigkeiten innehaben. Nur so können die Gesamtzusammenhänge umfassend bewertet und die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

Hierzu muss im alltäglichen Arbeits- beziehungsweise Dienstgeschäft bereits das Bewusstsein für eine gemeinsame und ressortübergreifende Verantwortung im Risiko- und Krisenmanagement entwickelt worden sein.

Die Einberufung von Stäben hat zudem keinen Einfluss auf die rechtlichen und fachlichen Zuständigkeiten. Stäbe dienen regelhaft dazu, das in der Alltagsverwaltung erprobte Verwaltungshandeln zu beschleunigen. Hierzu sind allen Beteiligten zeitnah aktuelle Lagebilder zu vermitteln, Kommunikationskanäle zwischen den zuständigen Bereichen zu etablieren, gemeinsame Ziele zu erarbeiten und eine einheitliche Kommunikation zu gewährleisten. Die rechtlichen und fachlichen Zuständigkeiten bleiben hiervon jedoch unberührt.

Beispielhaft sei der Aufbau der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) der Landesregierung bei der besonders herausfordernden Krisenlage der SARS-CoV-2-Pandemie dargestellt.

Lenkungsgruppe

Zur Bewältigung des Infektionsgeschehens im Zusammenhang mit dem Coronavirus setzte der Ministerrat mit Beschluss vom 13. März 2020 die Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei ein. Die Lenkungsgruppe hat den Auftrag, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Baden-Württemberg sicherzustellen und dabei möglichst die Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Hierzu fasst die Lenkungsgruppe unter Beachtung rechtlicher Vorgaben alle notwendigen exekutiven Beschlüsse, um eine Eindämmung des Infektionsgeschehens zu erreichen sowie die medizinische Versorgung in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Mitglieder der Lenkungsgruppe sind die Amtschefinnen und -chefs der besonders betroffenen Ressorts, weitere Amtschefinnen und -chefs werden bei Bedarf hinzugezogen. Ebenso waren die kommunalen Landesverbände situativ in der Lenkungsgruppe vertreten. Im Staatsministerium wurde eine Geschäftsstelle der Lenkungsgruppe eingerichtet. Die administrative Unterstützung der Lenkungsgruppe erfolgt im Rahmen des Interministeriellen Verwaltungsstabs.

Interministerieller Verwaltungsstab

Ein gemeinsamer Verwaltungsstab der Ministerien (Interministerieller Verwaltungsstab – IVwS) wird gebildet, wenn zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Ereignisses einschließlich des Katastrophenfalls eine ressortübergreifende Zusammenarbeit geboten ist. Die Leitung des IVwS obliegt grundsätzlich dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen.

Zur Koordinierung und schnellen Herbeiführung von ressortübergreifenden Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie wurde der IVwS am 26. Februar 2020 einberufen. Dieser erarbeitet und empfiehlt Maßnahmen, um ein einheitliches und koordiniertes Handeln der Ressorts zu gewährleisten. Geleitet wird der IVwS zur Bewältigung der Coronapandemie vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Die Geschäftsführung obliegt der Leitung der Abteilung „Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement, Verfassungsschutz“ im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Mitglieder sind alle Ministerien. Die Regierungspräsidien, die Landtagsverwaltung, der Rechnungshof und die kommunalen Landesverbände (Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag) sind in den IVwS zur Bewältigung der Coronapandemie als ständige Gäste eingebunden.

Ressortinterne Verwaltungsstäbe

In den einzelnen Fachministerien gibt es ressorteigene Verwaltungsstäbe. Diese sind für die Organisation und die Steuerung sämtlicher operativer Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich gemäß Ressortprinzip verantwortlich. In welchem Umfang die jeweiligen Verwaltungsstäbe in der Coronapandemie aktiv sind oder waren, hängt maßgeblich von den Aufgaben im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung ab. Der Verwaltungsstab des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen wurde am 26. Februar 2020 aufgerufen. Derzeit finden keine Stabsbesprechungen des Verwaltungstabs statt, sie können aber jederzeit wieder durchgeführt werden, wenn es die Lage erfordert.

Der Verwaltungsstab des Sozialministeriums wurde am 26. Februar 2020 einberufen; die diesbezüglichen Lagebesprechungen wurden am 11. Mai 2020 beendet.

Eine wichtige Rolle spielen auch die vier Regierungspräsidien mit ihrer Bündelungs- und Schnittstellenfunktion. Neben der Erfüllung ihrer originären Aufgaben wirken die Regierungspräsidien als Scharnier zwischen Landesregierung und -verwaltung, den Stadt- und Landkreisen und den Kommunen. Dort werden ebenfalls Verwaltungsstäbe eingerichtet.

Durch die beschriebene BAO hat die Landesregierung die Möglichkeit geschaffen, in allen Krisensituationen effektiv und schnell notwendige und abgestimmte Maßnahmen umzusetzen und so ein abgestimmtes Handeln aller Beteiligten zu gewährleisten.

6. Welche konkreten tatsächlichen Szenarien für Katastrophen, Großschadensereignisse und Krisen legt die Landesregierung derzeit und zukünftig unter Darlegung der spezifischen Pläne, Konzepte und Strukturen mit verbindlicher Auslösung jeweils im Einzelnen, insbesondere zur Bewältigung von Krisen, die keine Katastrophen sind, zugrunde?

Die Auswirkungen des Klimawandels auf mögliche Schadenlagen werden künftig eine größere Rolle spielen, die weit über bisher bekannte Waldbrände oder Hochwasserszenarien hinausgehen. Es ist zwingend notwendig, an dieser Stelle umfassend und kreativ zu denken: Niedrigwasserstände auf Wasserstraßen und damit einhergehende Logistikprobleme, Trink- und Löschwasserknappheit sowie Anstiege der Rettungsdiensteinsätze in heißen Sommermonaten prägen das Bild. Eine zunehmende Erwärmung des Stadtklimas und eine höhere Bevölkerungskonzentration werden weitere, bisher nicht gedachte Risiken mit sich bringen.

Mit Pandemien muss aufgrund der Mobilität der Bevölkerung, dem engen Zusammenleben von Tier und Mensch in vielen Ballungsräumen sowie aufgrund des Anstiegs der Weltbevölkerung und des weiter fortschreitenden Klimawandels künftig in engeren zeitlichen Abständen gerechnet werden.

Die globale Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls verändert (Stichwort „Hybride Bedrohung“). Bedrohungsszenarien wie Cyberangriffe, Terroranschläge oder Kommunikationsbeeinflussungen der Bevölkerung sind Wirklichkeit geworden.

Die Interdependenzen zwischen den einzelnen Sektoren der Kritischen Infrastruktur (KRITIS) haben in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. Die Energieabhängigkeit und die zunehmende IT-Durchdringung in allen KRITIS-Sektoren spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Dieser Thematik kommt insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine eine immer größere Bedeutung zu.

Militärische Spannungen und Kriege sind auch innerhalb Europas gerade wieder zu einer bedrückenden Realität geworden. Die Zivile Verteidigung und insbesondere der Zivilschutz muss als real existierendes Handlungsfeld wieder im Blick aller sein.

In diesem globalen und vielfältigen Szenario drohen auch Mehrfachlagen. Dies wurde im zurückliegenden Jahr bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen deutlich und zeigt sich auch im Ukraine-Krieg. In eine Pandemielage hinein waren bzw. sind die Menschen zusätzlich durch weitere Schadenlagen bedroht.

Die künftigen Krisenszenarien werden alle Beteiligten stärker und anders fordern als bisher, da mögliche Schadenlagen das Potenzial zu einer ressort- und einer gesellschaftsübergreifenden Betroffenheit haben. Krisenmanagement ist somit nicht nur allein Angelegenheit der Blaulichtorganisationen, der Katastrophenschutzabteilungen oder der Innenressorts. Künftig bedarf es vor allem eines ressortübergreifenden Handelns sowohl aller staatlichen Stellen als auch der Wirtschaft und der Bevölkerung; mithin der gesamten Gesellschaft.

Auch der Risiko- und Krisenvorsorge kommt in diesem Kontext eine zentrale Bedeutung zu, um im Ereignisfall möglichst „vor die Lage zu kommen“. Das Referat „Krisenmanagement“ des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen beobachtet deswegen fortwährend die Lage in Baden-Württemberg, in Deutschland und der Welt im Hinblick auf sich anbahnende Krisen, die Auswirkungen auf Baden-Württemberg haben könnten. Durch dieses Monitoring können bereits frühzeitig die Vorbereitungen anlaufen, erste Maßnahmen vorgedacht und im Ereignisfall schnell die Reaktionsfähigkeit hergestellt werden. So wurde beispielsweise bereits im Januar 2020 – vor Auftreten der ersten Fälle in Baden-Württemberg – ein besonderes Augenmerk auf das Coronavirus gerichtet und eine vorbereitende Lagepräsentation zu dem Thema erstellt. Derartige Lagepräsentationen werden auch unabhängig von sich aktuell anbahnenden Lagen als

Krisenvorsorge zu verschiedenen Szenarien (z. B. Tierseuchen, hochansteckende Krankheiten, Ausfall kritischer Infrastrukturen, Extremwetterereignisse) in enger Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Fachressort erstellt. Sie ermöglichen einen ersten thematischen Überblick und werden im Ereignisfall kontinuierlich fortgeschrieben. Die Präsentationen beinhalten Hintergrundinformationen, geeignete Schutzmaßnahmen, Ressourcen, Zuständigkeiten und Betroffenheit der Ressorts sowie Informationen zur aktuellen Lage.

Die Landesregierung greift im Hinblick auf den Katastrophenschutz grundsätzlich auf die Bund-Länder-Risikoanalysen zurück, die in Federführung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erstellt werden (abrufbar unter: *www.bbk.bund.de* unter dem Menüpunkt „Themen/Risikomanagement/Risikoanalysen Bund und Länder“).

Das Landeskatastrophenschutzgesetz wählt im Hinblick auf die konkrete Umsetzung einen dezentralen Ansatz. Nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 LKatSG haben die unteren Katastrophenschutzbehörden als vorbereitende Maßnahmen insbesondere

– zu untersuchen, welche Katastrophengefahren in ihrem Bezirk drohen,

– die in ihrem Bezirk für die Katastrophenbekämpfung vorhandenen Einsatzkräfte und -mittel zusammenzustellen und

– Katastrophen-Alarm- und Einsatzpläne auszuarbeiten und weiterzuführen.

Den im Katastrophenschutz mitwirkenden Gemeinden obliegt gemäß § 5 Absatz 2 Nr. 2 LKatSG die Aufgabe, Alarm- und Einsatzpläne für notwendig werdende eigene Maßnahmen in Abstimmung mit den Alarm- und Einsatzplänen der Katastrophenschutzbehörde auszuarbeiten und weiterzuführen.

II. Gesundheitskrise

1. Wie stellen sich die Zuständigkeiten hinsichtlich der Krisenvorsorge und der Krisenreaktion bei Gesundheitskrisen im Bund, im Land sowie in den Landkreisen und Kommunen allgemein unter Angabe der Schnittstellen in horizontaler und vertikaler Ebene zwischen den Zuständigkeiten in der Coronapandemie und der Schnittstellenfähigkeit und etwaigen Änderungsbedarfs dar?

Für die Krisenvorsorge und die Krisenreaktion bei Gesundheitskrisen hat der Bund gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 19 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zum Erlass von Maßnahmen gegen gemeingefährliche oder übertragbare Krankheiten. Dabei erfasst Artikel 74 Absatz 1 Nummer 19 GG alle Maßnahmen, die der Bekämpfung sowie der Vorbeugung der Krankheit dienen. Der Bund hat mit dem Erlass des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) von dieser konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch gemacht und dort Regelungen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vorgesehen. Im Rahmen der Coronapandemie hat der Bund insbesondere die Rechtsgrundlagen im IfSG (§§ 28 f. IfSG) zur Anordnung von Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung des übertragbaren Coronavirus mehrfach geändert und an die jeweilige Pandemielage angepasst.

In horizontaler Ebene bestehen Schnittstellen des Bundes zu den Ländern insoweit, dass die Länder über die Beteiligung des Bundesrates nach Artikel 77 GG am Gesetzgebungsprozess bei den Novellierungen des IfSG mitwirken. Schnittstellen zwischen dem Bund und den Ländern bestehen in vertikaler Hinsicht dahingehend, dass die Landesregierungen in § 32 Satz 1 IfSG ermächtigt werden, unter den Voraussetzungen, die für Maßnahmen nach den §§ 28, 28a und 29 bis 31 IfSG maßgebend sind, auch durch Rechtsverordnungen entsprechende Gebote und Verbote zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten zu erlassen. Im Rahmen der Coronapandemie hat die Landesregierung von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und für das Land Corona-Verordnungen zur Anordnung von Schutzmaß-

nahmen zur Bekämpfung von COVID-19 erlassen. Bei dem Erlass solcher Corona-Verordnungen wurden die kommunalen Landesverbände im Vorfeld beteiligt, sodass zwischen dem Land und den Landkreisen und Kommunen im Hinblick auf die Anordnung von Schutzmaßnahmen durch die Landesregierung Schnittstellen in horizontaler Ebene bestehen. Zudem können die Landesregierungen gemäß § 32 Satz 2 IfSG ihre Verordnungsermächtigung durch Rechtsverordnung auf andere Stellen übertragen. Hierdurch können in vertikaler Hinsicht Stadt- und Landkreise von der Landesregierung ermächtigt werden, bei einem lokalen Ausbruchsgeschehen Schutzmaßnahmen per Rechtsverordnung für ihren Kreis zu erlassen.

Die Erfahrungen der Coronapandemie zeigen, dass die Zuständigkeitsverteilung der effektiven Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten Grenzen setzt. Dies betrifft insbesondere das Gesetzgebungsverfahren zur Anpassung der Rechtsgrundlagen im IfSG durch den Bund. Da eine Pandemielage – und nicht nur die Coronapandemie – in aller Regel ein sofortiges Handeln zur Bekämpfung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten erfordert, reicht es nicht aus, wenn im IfSG Rechtsgrundlagen für Schutzmaßnahmen vorgesehen sind, die lediglich auf die aktuelle Pandemielage zugeschnitten sind und zudem auch noch eine nur befristete Geltungsdauer beanspruchen. Der Gesetzgebungsprozess zur Anpassung der Rechtsgrundlagen im IfSG an die jeweilige Pandemielage ist zu schwerfällig, um unmittelbar auf die aktuelle Pandemiesituation reagieren und den Eintritt einer Notlage verhindern zu können. Daher ist im IfSG die Implementierung einer – von der Coronapandemie losgelösten – abstrakten Rechtsgrundlage vorzugswürdig, die den Ländern bei einer landesweit drohenden epidemischen Verbreitung einer übertragbaren Krankheit sowie der Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Verfügung stellt. Ob und inwiefern dann die Länder im konkreten Fall von den jeweiligen Maßnahmen Gebrauch machen, richtet sich nach den fachlichen Empfehlungen der Expertinnen und Experten und untersteht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Damit die Länder mit Blick auf künftige Entwicklungen vorausschauend und rechtzeitig die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen ergreifen können, wäre es zudem vorzugswürdig, dass die Rechtsgrundlage unbefristete Geltung hat. Dies auch vor dem Hintergrund, wenn der Erlass von Schutzmaßnahmen ohnehin der ständigen Überprüfung auf ihre Notwendigkeit unterliegt und die Anordnung von Schutzmaßnahmen zu befristen ist.

Krisenmanagement und Zusammenarbeit auf Bund-, Länder- und Kommunaler Ebene

Für das Krisenmanagement auf Bundesebene ist in Abhängigkeit von der konkreten Gefahren- oder Schadenslage das jeweils fachlich überwiegend zuständige Ressort federführend. Hierfür werden in den einzelnen Ressorts entsprechende Krisenmanagementstrukturen vorgehalten. So beruft im Pandemiefall das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) als federführendes Bundesministerium seinen Krisenstab ein. Verbindungspersonen aus anderen Ressorts oder den Ländern können zu den Sitzungen eingeladen werden. Der Krisenstab ist in nationale und internationale Strukturen eingebunden und stellt damit die Bündelung der Informationen und die Entwicklung von Strategien zur Bewältigung der gesundheitlichen Schadenslage sicher. International sind der Krisenstab und die Behörden des Geschäftsbereichs eingebunden in die entsprechenden Gremien und Schnellwarnsysteme der EU, der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) und der Globalen Initiative für Gesundheitssicherheit (Global Health Security Initiative, GHSI). Die fachliche Beratung des Krisenstabes wird durch die Behörden des Geschäftsbereichs (Robert Koch-Institut (RKI), Paul-Ehrlich-Institut (PEI) und Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte [BfArM]) gewährleistet.

Auf Länderebene ist die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) das Gremium des fachlichen und politischen Meinungsaustausches zwischen den Ministerinnen und Ministern sowie Senatorinnen und Senatoren für Gesundheit der Länder. Entscheidungen der GMK werden auf Ebene der Amtschefinnen und Amtschefs der Ministerien und Senatsverwaltungen in der Amtschefkonferenz (ACK) und auf Ebene der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Gesundheitsbehörden (AOLG) vor-

bereitet. Sowohl bei der GMK als auch bei der ACK und AOLG ist das BMG als Gast vertreten.

Die AOLG hat zu Schwerpunktthemen Arbeitsgruppen eingerichtet. Für Fragen der Prävention und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten ist die AG Infektionsschutz der AOLG zuständig. In der AG Infektionsschutz haben BMG, das Bundesministerium für Verteidigung (BMVG), das RKI, das PEI und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Gaststatus. Die AG Infektionsschutz stimmt im Pandemiefall mit dem RKI und weiteren Institutionen die konkreten Maßnahmen des Infektionsschutzes ab. Erkenntnisse der gemäß § 11 IfSG für das Meldewesen zuständigen Landesbehörden und der auf Fachebene installierten AG Surveillance werden in den Entscheidungsprozess einbezogen. Darüber hinaus können weitere Arbeitsgruppen der AOLG wie die AG Arzneimittel-, Apotheken-, Transfusions- und Betäubungsmittelwesen der AOLG (AG AATB) oder die AG Krankenhauswesen mit speziellen Fragestellungen befasst werden.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Koordinierung des Infektionsschutzes in epidemisch bedeutsamen Fällen (Verwaltungsvorschrift-IfSG-Koordinierung – IfSGKoordinierungs-VwV) vom 12. Dezember 2013 (BAnz AT 18. Dezember 2013 B3) legt Verfahren fest, wie das RKI und das BMG in epidemisch bedeutsamen Fällen, wie einer Pandemie, mit anderen Behörden des Bundes und den Behörden des ÖGD der Länder Informationen austauschen und zusammenarbeiten.

Die Abstimmung von Maßnahmen erfolgt in Abhängigkeit von der Tragweite der Entscheidung auf allen Ebenen des Bund-Länder-Austausches, wobei der fachlichen Abstimmung zwischen dem RKI und den Mitgliedern der AG Infektionsschutz der AOLG bei der Bewältigung des Tagesgeschäfts eine besondere Bedeutung zukommt.

Grundlage für die Zuständigkeiten auf Ebene der Stadt- und Landkreise bei gesundheitlichen Gefahrenlagen ist das Infektionsschutzgesetz und die Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration für die Zuständigkeiten nach dem IfSG, gegebenenfalls ergänzt durch die jeweiligen Stabsdienstordnungen der beteiligten Behörden.

Bei Verdacht auf eine übertragbare Erkrankung wird das IfSG einschlägig. § 16 IfSG in Verbindung mit der Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration über Zuständigkeiten nach dem IfSG bilden die Grundlage für die notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit übertragbaren Erkrankungen und bioterroristischen Anschlägen. Danach ist die Ortspolizeibehörde, sofern nicht anders bestimmt, zuständig für die Anordnung notwendiger Maßnahmen. Gemäß § 16 Absatz 6 IfSG ordnen die Ortspolizeibehörden die Maßnahmen grundsätzlich auf Vorschlag des Gesundheitsamtes an.

Um Krisensituationen besser entgegenzutreten, bedarf es zudem einer guten Kommunikation innerhalb des ÖGD. Die Fach- und Dienstaufsicht der obersten, mittleren und unteren Verwaltungsbehörde gilt es im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zu stärken. Nur so kann Kommunikation und Steuerung als wesentliches Instrument für die Bewältigung für Krisensituationen eingesetzt werden. Denn mit dem Auftreten neuer, fach-, sektoren- und verwaltungsebenenübergreifender Herausforderungen im Gesundheitswesen (z. B. Umweltschadensfälle, Klimawandel, Katastrophenschutz) sind den Regierungspräsidien als Bündelungs- und Koordinationsbehörde neue Aufgaben zugewachsen.

Die Eingliederung des Landesgesundheitsamts in das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zum 1. Januar 2022 schafft den Rahmen, dass sich der ÖGD noch effektiver auf wichtige Zukunftsthemen konzentrieren kann und krisenfester aufgestellt wird. Durch die Eingliederung wird zudem das Zusammenwirken von Landes- und kommunaler Ebene im Bereich des Gesundheitswesens gestärkt.

Des Weiteren bedarf es der Weiterentwicklung von sektorenübergreifenden strukturellen Kooperationen auf kommunaler Ebene. Es gilt, die Sektorengrenzen im Gesundheitssystem zu überwinden, um bei der Krisenvorsorge und der Krisenreaktion bei Gesundheitskrisen besser handeln zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger stärker an deren Bedürfnissen ausgerichtet werden. Um die gesundheitliche Versorgung umfassend, sektorenübergreifend, interprofessionell und innovativ zu gestalten, muss die Versorgung an die regionalen Gegebenheiten angepasst werden. Die wichtigsten Themen zur Weiterentwicklung der sektorenübergreifenden Versorgung sind: die Stärkung von Koordination und Kooperation innerhalb unterschiedlicher Professionen im Gesundheitswesen, die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung sowie die Stärkung von Bürgerbeteiligungsprozessen. Dies äußert sich u. a. im Ziel des Ausbaus der Primärversorgung, gerade auf dem Land und gerade dort, wo Kliniken schließen und eine gut ausgebaute Grundversorgung an ihre Stelle treten muss.

Rolle der Pandemiebeauftragten

Im Hinblick auf eine Optimierung der Schnittstellen wurde bereits zu Beginn der Coronapandemie die AG Corona unter Einbezug der Versorger und weiterer Verantwortlicher etabliert.

Die für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zuständige KVBW ist institutionell nicht in die Krisenvorsorge und Krisenreaktion der staatlichen Stellen und Kommunen eingebunden. In der Coronapandemie hat die KVBW auf Ebene der Landkreise Pandemiebeauftragte eingerichtet. Die Pandemiebeauftragten haben mit den Landkreisen den Aufbau der Test- sowie Impfinfrastruktur abgestimmt und für die Einbindung der lokalen Ärzteschaft gesorgt. Der Erfolg der Test- sowie Impfkampagnen ist in hohem Maße auf die massive und nachhaltige Unterstützung des ambulanten ärztlichen Sektors zurückzuführen.

Im Ergebnis hat sich die Einrichtung der Pandemiebeauftragten in der Pandemie bewährt.

Die Pandemiebeauftragten wurden von der KVBW daher auch eingesetzt, um die medizinische (Erst-)Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine zu gewährleisten.

2. Welche Grundstrukturen und Instrumente des Monitorings, der Surveillance, der Beobachtung usw. gibt es im Land unter Angabe der jeweiligen Verantwortlichkeit, um Gesundheitskrisen frühzeitig zu erkennen?

Zu den zentralen Aufgabengebieten der epidemiologischen Überwachung gehört die Beobachtung von Infektionskrankheiten. Die infektionsepidemiologische Surveillance ist die fortlaufende systematische Sammlung, Analyse, Bewertung von Daten zu Infektionskrankheiten zum Zweck der Planung, Durchführung und Bewertung von Maßnahmen zur Krankheitsbekämpfung.

Im Rahmen des IfSG gibt es einen Katalog von meldepflichtigen Krankheiten und Krankheitserregern (§ 6 und § 7 IfSG), die von Laboren, Ärztinnen und Ärzten an die zuständigen Gesundheitsämter gemeldet und von dort an das LGA und nachfolgend das RKI übermittelt werden. Diese Daten werden auf Landesebene kontinuierlich vom Landesgesundheitsamt erfasst und wöchentlich auf der Homepage des LGA als „InfektNews“ veröffentlicht (Die Daten sind unter dem folgenden Link zu finden: *https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/de/fachinformationen/infodienste-newsletter/infektnews/*).

Surveillance-Systeme

Darüber hinaus stehen z. B. für Atemwegserkrankungen weitere Surveillance-Systeme zur Verfügung. Die Anzahl der symptomatisch in der Bevölkerung erkrankten Personen und die Zahl der Arztbesuche wird im Rahmen eines Webportals des RKI (GrippeWeb) durch direkte Meldungen von Freiwilligen („citi-

zen-science“) erfasst. Dabei wird der Anteil der Bevölkerung berechnet, der eine neu aufgetretene Atemwegserkrankung hat. Diese Daten sind gemeinsam mit den Daten aus dem ambulanten Bereich (niedergelassene Ärztinnen und Ärzte) der Arbeitsgemeinschaft Influenza (AGI) im wöchentlichen ARE-Wochenbericht (Akute Respiratorische Erkrankungen) der AGI abrufbar *(https://influenza.rki.de/Arbeitsgemeinschaft.aspx)*. Die AGI hat zum Ziel, in Deutschland zeitnah die Überwachung und Berichterstattung des Verlaufs und der Stärke der Aktivität akuter Atemwegserkrankungen – darunter speziell die der Influenza – sicher zu stellen. Für Deutschland wird die Influenzasurveillance neben dem gesetzlichen Meldesystem gemäß IfSG bundesweit hauptsächlich durch die Sentinelärztinnen und -ärzte getragen. In diesem bundesweiten System sind z. B. auch Daten für Baden-Württemberg abrufbar (Die Daten sind unter dem folgenden Link zu finden: *https://influenza.rki.de/Diagrams.aspx?agiRegion=1)*.

Mit der virologischen Surveillance werden in diesen Arztpraxen auch Proben erhoben und auf Atemwegserreger untersucht. Im LGA wurde die Untersuchung auf ein breites Erregerspektrum etabliert, sodass zukünftig Proben aus Sentinelpraxen in Baden-Württemberg regelmäßig auf die aktuell zirkulierenden Erreger untersucht werden.

Zur molekulargenetischen Überwachung der Ausbreitung von bereits bekannten sowie neuartigen SARS-CoV-2-Varianten sowie deren genomische Veränderung wurde zu Beginn des Jahres 2021 die Landesstrategie molekulare Surveillance etabliert. Die Landesstrategie wurde zwischenzeitlich bis zum 30. September 2022 verlängert. Diese sieht jetzt vor, inzidenzabhängig einen repräsentativen Anteil aller SARS-CoV-2-positiven Proben mittels Vollgenomsequenzierung zu analysieren. Dies ermöglicht daher zusätzliche Sequenzierungen im Land, welche über die Regelungen der Coronavirus-Surveillanceverordnung (CorSurV) des Bundes hinausgehen, die lediglich die Finanzierung einer Stichprobe im Umfang von fünf bis zehn Prozent der viruspositiven Tests beinhaltet.

Für die Belastung der Krankenhäuser liegen ebenfalls Daten vor.

Das COVID-19-Resource-Board bildet die tagesaktuelle Bettenbelegung durch bestätigte COVID-19-Patientinnen und -Patienten in den Krankenhäusern Baden-Württembergs ab. Dort melden die Krankenhäuser ihre Intensiv- und Beatmungskapazitäten und die Belegung der Normalstationen mit COVID-19-Patientinnen und -Patienten.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft informiert über den Stand der aktuellen Bettenbelegung bestätigter, stationärer COVID-19-Patientinnen und -Patienten bundesweit (Die Daten sind unter dem folgenden Link zu finden: *https://www.dkgev.de/dkg/aktuelle-corona-bettenbelegung/*).

Das RKI betreibt mit Beratung durch die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) das DIVI-Intensivregister (Weitere Informationen zum DIVI-Intensivregister sind unter folgendem Link zu finden: *https://www.intensivregister.de*). Das Register erfasst Fallzahlen intensivmedizinisch behandelter COVID-19-Patientinnen und -Patienten sowie Behandlungs- und Bettenkapazitäten von etwa 1 300 Akutkrankenhäusern Deutschlands. Dort sind auch Daten nach Bundesland abrufbar. Seit dem 16. April 2020 ist laut IntensivRegister-Verordnung die Meldung für alle intensivbettenführenden Krankenhausstandorte verpflichtend.

Das DIVI-Intensivregister ermöglicht Engpässe in der intensivmedizinischen Versorgung im regionalen und zeitlichen Vergleich zu erkennen.

Die Mortalitätssurveillance ist die Surveillance der vorläufigen Sterbefallzahlen. Hierbei handelt es sich um eine reine Fallzahlauszählung der eingegangenen Sterbefallmeldungen aus den Standesämtern – ohne weitere statistische Aufbereitung. Um die Frage zu beantworten, wie sich COVID-19 auf die Sterbefallzahlen in Deutschland auswirkt, beobachtet das Statistische Bundesamt die Entwicklung anhand einer vorläufigen Sonderauswertung *(https://www.destatis.de/DE/The-*

men/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/bevoelkerung-sterbefaelle.html). Durch Nachmeldungen der Sterbefallzahlen können sich die Fallzahlen auch Monate später noch verändern.

Das IfSG sieht zukünftig eine zusätzliche direkte Meldung der Standesämter (ohne Zeitverzug) auch an die zuständige Landesbehörde (LGA) vor. Damit ist zukünftig eine zeitnahe Auswertung der vorläufigen Sterbefallzahlen auf Landesebene möglich.

Im Rahmen der Abwassersurveillance werden regelmäßig Proben aus dem Abwasser entnommen und auf das Vorkommen und die Menge bestimmter Krankheitserreger untersucht, u. a. auf SARS-CoV-2. Das LGA beteiligt sich derzeit an einem bundesweiten vom BMG, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertem Projekt „Systematische Überwachung von SARS-CoV-2 im Abwasser“ (ESI-CorA), in dem geprüft werden soll, ob die flächendeckende Einführung eines Abwassermonitorings oder eher ein repräsentatives Monitoring befürwortet werden kann.

Notfallversorgung im Fall eines überlasteten Gesundheitssystems

Aus dem Dachgremium der AG Corona heraus wurde die Unterarbeitsgruppe (UAG) Notfall im März 2020 für spezifische Themen rund um die Notfallversorgung im Fall eines überlasteten Gesundheitssystems gegründet, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten zu sichern. Neben verschiedenen Akteuren der ambulanten und stationären Versorgung, insbesondere der Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e. V. (BWKG), der Landesärztekammer (LÄK), der KVBW, des Universitätsklinikums Ulm, sind hier auch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, der Landkreistag und der Städtetag vertreten. In diesem Gremium wurde das sogenannte Schalenmodell, das Ausweichliegenschaften, die alternativ zur Versorgung der Patienten herangezogen werden können, ausweist, entwickelt und abgestimmt.

Zudem erfolgte die Abstimmung und Etablierung des sogenannten Clusterkonzepts. Hierbei ist das Land in sechs Versorgungsregionen unterteilt, die entlang der vorhandenen Intensivkapazitäten im Verhältnis zur Einwohnerzahl ermittelt wurden. Jedes Versorgungs-Cluster hat ein Leitkrankenhaus und einen sogenannten Cluster-Verantwortlichen, der oder die die Verlegungssteuerung im Cluster mittels des verwaltungsinternen Steuerungs-Tools „Resource Board“ koordiniert. Sofern es in einzelnen Clustern zu Engpässen der Intensivkapazitäten kommt, stimmen die Koordinierenden untereinander clusterübergreifende Verlegungen ab. Erst wenn es auf diese Weise nicht mehr gelingt, die Krankenhäuser des Landes zu entlasten, wird bundesländerübergreifend oder auch ins Ausland verlegt. Die enge Abstimmung mit den Notfall- und Intensivmedizinerinnen und -medizinern (Cluster-Koordinierende) ermöglicht eine enge Zusammenarbeit, um eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Beginnende regionale Überlastungen, insbesondere des intensivmedizinischen Bereichs, können auf diese Weise früh erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen, wie beispielsweise Verlegungen in weniger belastete Regionen, veranlasst werden. Die jeweilige Bettenauslastung wird über das DIVI-Intensivregister und ein landesspezifisches Register bezüglich der Normalstationsbelegung überwacht.

Die Zusammenarbeit zwischen Clusterverantwortlichen und der KVBW wurde weiter ausgebaut. In jeder Versorgungsregion gibt es nun auch feste Ansprechpersonen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte für die jeweiligen Clusterkoordinierenden. Auch auf kommunaler Ebene werden feste Ansprechpersonen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte (in der Regel die jeweiligen Pandemiebeauftragten) und der regionalen Krankenhäuser etabliert. Auf diese Weise können auf den jeweiligen Ebenen Behandlungs- und Versorgungskonzepte abgestimmt und an die aktuellste Lage angepasst werden.

3. Wie können die dortigen Erkenntnisse datenschutzkonform als Beurteilungsgrundlage unter Darlegung abweichender Regelungen zum Datenschutz in der Krise sowie der vorgesehenen weiteren Regeln herangezogen werden?

Die unter Frage II. 2 genannten Surveillance-Systeme sind bereits datenschutzkonform aufgebaut. Zumeist werden anonymisierte oder pseudonymisierte Daten erhoben bzw. die erhobenen Daten vor deren Weiterleitung an die übergeordneten Behörden anonymisiert, welche datenschutzkonform als Beurteilungsgrundlage herangezogen werden können. Allerdings hat sich insbesondere zu Beginn der Coronapandemie gezeigt, dass etliche Strukturen zur Erfassung von Daten entweder gar nicht etabliert (z. B. die Meldung von belegten Krankenhauskapazitäten) oder noch nicht vollständig digitalisiert waren (z. B. die Meldung von Infektionsfällen durch die Labore). Zudem hat sich beim Aufbau der Datenerfassung, beispielsweise im Rahmen von COGDat, einer SARS-CoV-2 Genomdatenbank, gezeigt, dass der Umgang mit Datenschutzbedenken bei der Umsetzung von Projekten deutlich Zeit beansprucht. Die Schnittstelle der abstrakten Datenschutzvorgaben und deren projektbezogene Umsetzung in eine praxisnahe Anwendung ausreichend auszufüllen, stellt eine Herausforderung dar.

4. Welche Herausforderungen zeichnen sich im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes unter Darlegung der derzeitigen Herausforderungen neben der Coronakrise ab (insbesondere auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel, die Digitalisierung, die Schnittstellen zum Katastrophenschutz sowie die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention)?

Neben dem Infektionsschutz gibt es viele weitere wichtige Arbeitsbereiche des ÖGD. Auch diese müssen im Fokus bleiben. Zu diesen Arbeitsbereichen gehören die Gesundheitsförderung und Prävention, der umweltbezogene Gesundheitsschutz einschließlich der wichtigen Thematik des Klimawandels, der Schutz von sozial benachteiligten Personen sowie die Gesundheitsberichterstattung. Die gesellschaftlichen Veränderungen, etwa der demografische Wandel und der medizinische Fortschritt, stellen das Gesundheitswesen vor ebenso große Herausforderungen.

a) Klimawandel

Der durch Menschen verursachte Klimawandel und die dadurch zu erwartenden Umweltveränderungen sind nicht nur eine umweltpolitische, sondern laut der WHO sogar die größte Gesundheitsgefahr der Menschheit und somit eine der herausfordernden gesundheitspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die Entwicklung und Umsetzung von Klima-Anpassungsstrategien sind erforderlich, um der zunehmenden klimawandelbedingten Gesundheitsbelastung zu begegnen. Als direkte Auswirkung stehen neben der Entstehung von bodennahem Ozon und Starkregen gesundheitliche Folgen von Hitze im Vordergrund. Indirekte Auswirkungen entstehen durch Veränderungen der Ökosysteme, wie Blühzeiten der Pflanzen, was zu einer früheren und längeren Pollenbelastung führt.

Hitzewellen, also hohe Tagestemperaturen und warme Tropennächte, stellen aufgrund des Klimawandels die unmittelbarste Gefahr auf die Gesundheit dar. Hitzewellen setzen dem Herz-Kreislauf-System zu, was in Extremfällen zum Tod führen kann. Besonders gefährdet sind vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Säuglinge, Kleinkinder, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen und sozial Benachteiligte. Während einer Hitzewelle steigt die Zahl der Krankenhausaufenthalte und Arztbesuche. Die wichtigste Aufgabe ist, die Bevölkerung für den Hitzeschutz zu sensibilisieren und gleichzeitig speziell Pflegeeinrichtungen, Hausärztinnen und -ärzte und Krankenhäuser auf die steigende Belastung durch die Zunahme von Hitzewellen vorzubereiten. Hierbei hilft die Erstellung von kommunalen Hitzeaktionsplänen zur Vorbereitung von öffentlichen Einrichtungen auf Hitzephasen.

b) Gesundheitsförderung und Prävention

Überdies zeichnet sich in der Gesundheitsförderung und Prävention ab, dass die derzeitigen Herausforderungen (Coronapandemie, Ukraine-Krieg und ihre Folgen etc.) gesundheitliche Ungleichheiten verschärfen und damit die Bevölkerungsgesundheit, für die sich der ÖGD verantwortlich zeigt, beeinträchtigen. Gleichzeitig sind die Fachkräfte im ÖGD noch sehr stark in die Pandemiebewältigung eingebunden, sodass den Herausforderungen nicht flächendeckend bedarfsorientiert begegnet werden kann. So kann ein Großteil der Vernetzungsarbeit, die insbesondere für die Gesundheitsplanung unerlässlich ist, derzeit nicht im nötigen Umfang erfolgen. Des Weiteren wird mehr Zeit für die Einschulungsuntersuchungen (ESU) benötigt, weil nun die geburtenstarken Jahrgänge getestet werden und festgestellt wird, dass die Eltern einen höheren Beratungsbedarf haben. Darüber hinaus erschweren heterogene digitale Verfahren und Schnittstellen die Arbeit der Gesundheitsämter in den Kindertageseinrichtungen (die ESU findet in der Regel in den Kindertageseinrichtungen statt). Außerdem zeigt sich, dass der ÖGD stärker als bisher gefordert ist, seine kompensatorischen Aufgaben wahrzunehmen, beispielsweise beim Nachholen versäumter Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen (U-Untersuchungen).

c) Digitalisierung des ÖGD

Der ÖGD muss für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt werden. Im Rahmen des Pakts für den ÖGD soll mit verschiedenen Projekten, die ab Herbst 2022 zusammen mit den Gesundheitsämtern vor Ort durchgeführt werden, eine nachhaltige Digitalisierung des ÖGD in Baden-Württemberg erreicht werden. Zentral ist dabei eine Erleichterung des Informationsaustausches zwischen den Gesundheitsämtern, aber auch weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. So können digitale Lösungen durch eine skalierbare Automatisierung von Prozessen eine Arbeitsentlastung ermöglichen. Im Rahmen der Digitalisierung des ÖGD sind allerdings die Herausforderungen durch die Knappheit und zeitliche Verfügbarkeit von IT-Ressourcen zu berücksichtigen. Dies betrifft sowohl die originären IT-Aufgaben im ÖGD als auch die Ausschreibung von IT-Dienstleistungen. So waren nach Angaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo Institut) im Juli 2022 61,7 Prozent der IT-Dienstleister vom Fachkräftemangel in Deutschland betroffen

d) Personalsituation im ÖGD und in Gesundheitsämtern

Aufgrund des Fachkräftemangels gestaltet sich insbesondere die Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten für den Landesdienst schwierig. Zahlreiche Stellen müssen für Wiederbesetzungen mehrfach ausgeschrieben werden. Zudem ist der Verdienst deutlich niedriger als im Krankenhaus und in den Arztpraxen.

Um der schwierigen Personalsituation im Öffentlichen Gesundheitsdienst auf der einen Seite entgegenzuwirken und einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Personalentwicklung in den Gesundheitsämtern auf der anderen Seite Rechnung zu tragen, wurde die Öffnung des Gesetzestextes von § 4 Absatz 2 Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst Baden-Württemberg (ÖGDG BW) aufgenommen und der Anwendungsbereich von § 4 Absatz 1 ÖGDG für weitere Facharztqualifikationen und andere Abschlüsse eines naturwissenschaftlichen oder gesundheitswissenschaftlichen Studiengangs mit der Befähigung für den höheren Dienst perspektivisch geöffnet.

5. Wer ist jeweils für welchen Bereich unter Darlegung der konkreten Parameter, um den Sicherstellungsauftrag des öffentlichen Gesundheitsdienstes in der Krise zu gewährleisten, und der Entscheidungszuständigkeiten verantwortlich?

Zur Beantwortung wird auf die Antworten zu den Fragen I. 2 sowie II. 1, 2 und 3 verwiesen. Bei der Antwort zu Frage I. 2 wird der Aspekt der Resilienz beziehungsweise der Krisenfestigkeit der Gesundheitsversorgung genauer erläutert. Die Fragen II. 1, 2 und 3 enthalten detailliertere Ausführungen zu den Themen Krisen-

management auf den verschiedenen Verwaltungsebenen und somit der jeweiligen Entscheidungszuständigkeiten sowie zu den Surveillance-Systemen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeiten des ÖGD im ÖGDG geregelt sind.

Unter §1 Abs. 1 ÖGDG wird das Ziel der Arbeit des ÖGD definiert:

„Ziel der Arbeit des öffentlichen Gesundheitsdiensts ist die Förderung und der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung unter Orientierung der Aufgabenwahrnehmung am Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg nach § 1 Absatz 1 Satz 3 des Landesgesundheitsgesetzes sowie an den Grundsätzen der Öffentlichen Gesundheit. Er richtet seine Arbeit strategisch aus und reagiert auf sich verändernde gesundheitliche und sozialmedizinische Problemlagen. Bei der Wahrnehmung der Aufgaben dieses Gesetzes berücksichtigt der öffentliche Gesundheitsdienst zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit die besonderen Belange von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung sowie Personen mit sozialen Benachteiligungen.“

Die Wahrnehmung der Kernaufgaben wird in §1 Abs. 2 ÖGDG geregelt:

„Der öffentliche Gesundheitsdienst stellt insbesondere die Wahrnehmung folgender Kernaufgaben sicher:

1. Gesundheitsplanung, Gesundheitsberichterstattung (§ 6),
2. Gesundheitsförderung und Prävention (§ 7),
3. Gesundheitshilfen für Kinder und Jugendliche (§ 8), Erwachsene sowie besondere Personengruppen (§ 7),
4. Gesundheitsschutz, insbesondere Infektionsschutz und Hygiene (§§ 9 bis 13).“

Darüber hinaus bildet das Landesgesundheitsgesetz die gesetzliche Grundlage für die Schaffung von zukunftsweisenden Strukturen im Gesundheitswesen Baden-Württemberg. Zweck des Gesetzes ist, „durch eine stärkere Vernetzung an den Schnittstellen der ambulanten und stationären Versorgung, eine verstärkte Patientenorientierung und Bürgerbeteiligung sowie eine stärkere Regionalisierung eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten“.

6. Wie stellt sich die Entwicklung des öffentlichen Gesundheitsdiensts in Baden-Württemberg seit dem Beginn der Coronapandemie unter Darlegung zukünftiger Entwicklungen dar (Haushaltsvolumen, Stellen, Nachhaltigkeit der IT-Infrastruktur, Schnittstellenfähigkeit etc.; unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums bis 2019 und seit 2020)?

Die Anforderungen an die gesundheitliche Fachexpertise des ÖGD im Sinne von Public Health sind in den vergangenen Jahren (bereits vor 2020) stark angestiegen. Die Coronapandemie erforderte zusätzlich eine schnelle personelle Stärkung des ÖGD auf allen Ebenen.

Baden-Württemberg hat im Verlauf des Jahres 2020 im ÖGD 243,5 neue, überwiegend unbefristete Stellen und zum 1. Januar 2022 weitere 467 unbefristete Stellen geschaffen. Rund 90 Prozent der unbefristeten neuen Stellen sind bei den Landkreisen und Stadtkreisen mit Gesundheitsamt entstanden.

Exemplarisch wird im Folgenden die Stellenentwicklung beim Landespersonal bei Kapitel 0913 (höherer Dienst Gesundheitsämter, überwiegend Stellen für medizinisches Personal) dargestellt:

Stand 1. Januar 2020:	421,5 Stellen
Stand 1. Januar 2021:	495,5 Stellen
Stand 1. Januar 2022:	680,0 Stellen

Das Haushaltsvolumen des Personalausgabenbudgets (inklusive zugewiesener Ausgabereste) bei Kapitel 0913 entwickelte sich wie folgt:

2020: 40,9 Mio. Euro (40 914 368,83 Euro)

2021: 46,5 Mio. Euro (46 450 094,76 Euro)

2022: 54,8 Mio. Euro (54 763 200,00 Euro), Stand derzeit ohne Tariferhöhungen 2022.

In der Coronapandemie ist zudem deutlicher als bisher sichtbar geworden, wie notwendig die Verbesserung der digitalen Ausstattung und Strukturen des ÖGD ist. So wurde zu Beginn der Coronapandemie eine große Heterogenität von Prozessen und Fachanwendungen im ÖGD Baden-Württembergs festgestellt. Seitdem wurden erhebliche Anstrengungen zur technischen Modernisierung und Stärkung der IT-Infrastruktur auf den Weg gebracht. Zentral ist dabei eine Erleichterung des Informationsaustausches zwischen den Gesundheitsämtern, aber auch weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. So sollen die Kommunikation und das Zusammenspiel der verschiedenen im ÖGD genutzten Softwareprodukte und Anwendungen über alle Ebenen hinweg sichergestellt werden (Interoperabilität).

Bereits im Juli 2020 hatten sich Bund und Länder daher auf die „Verwaltungsvereinbarung zu Finanzhilfen gemäß Artikel 104b Absatz 1 des Grundgesetzes für Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem nach § 14 des Infektionsschutzgesetzes“ geeinigt. Mit dieser Vereinbarung hat der Bund den Ländern einen Finanzierungsanteil von 50 Mio. Euro für Investitionen in Digitalisierungsmaßen zur Verbesserung des Infektionsschutzes zur Verfügung gestellt. Auf das Land Baden-Württemberg entfielen Mittel in Höhe von insgesamt 6,5 Mio. Euro. In diesem Rahmen wurden allen 38 Gesundheitsämtern im Land Finanzhilfen zur technischen Modernisierung – beispielsweise für Investitionen in Hard- und Software – gewährt.

Um eine nachhaltige digitale Transformation des ÖGD zu erreichen, stellt der Bund im Pakt für den ÖGD 4 Mrd. Euro für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen zur Verfügung. Unter dem Leitbild „Digitales Gesundheitsamt 2025“ soll der ÖGD noch stärker als bisher von digitalen Anwendungen profitieren. Bund und Länder haben sich im November 2021 auf eine Vereinbarung zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den ÖGD verständigt. Nach der Vereinbarung werden die Digitalisierungsmittel in zwei Teile aufgegliedert:

– Für den ersten bisher abgerufenen Teil der Mittel (sogenannte Mittel aus Teil B der Vereinbarung) entfallen insgesamt rund 8,5 Mio. Euro auf Baden-Württemberg. Diese Mittel sollen nach derzeitiger Planung u. a. für eine Verbesserung der Hardware-Ausstattung des Landesgesundheitsamtes eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen alle 38 Gesundheitsämter nochmals die Möglichkeit erhalten, einzelne Investitionen in die IT-Ausstattung abzurechnen

– Die Höhe des zweiten Teils der Mittel (sogenannte Mittel aus Teil C der Vereinbarung) für Baden-Württemberg beläuft sich in einem ersten Förderaufruf (2022 bis 2024) auf rund 50 Mio. Euro und in einem zweiten Förderaufruf (2024 bis 2026) voraussichtlich auf rund 15 Mio. Euro. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat im Rahmen des ersten Förderaufrufs insgesamt sechs inhaltliche Handlungsfelder identifiziert: Ein digitaler Zugang für die Bürgerinnen und Bürger, die technische Infrastruktur der Gesundheitsämter, die Prozessoptimierung, -harmonisierung und -digitalisierung, Fortbildungen und Schulungen, die Digitalisierungsstrategie und Umsetzung innovativer Ideen sowie die digitale Vernetzung der Gesundheitsämter.

7. Gibt es – unter Darlegung von Einzelheiten – Pläne für den Aufbau einer dauerhaften Notreserve von medizinischen Bedarfsgütern für künftige Pandemien sowie für die Neuausrichtung der Impfinfrastruktur?

Entsprechend des Koalitionsvertrages vom 11. Mai 2021 erarbeitet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration derzeit ein Konzept für den Aufbau und Betrieb einer dauerhaften Notfallreserve an Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) sowie Desinfektionsmittel, um etwaigen Versorgungsengpässen in künftigen Pandemien vorzubeugen. Hierzu soll zum einem eine physische Notfallreserve (Säule 1) an PSA aufgebaut und zum anderen über den Abschluss von Rahmenvereinbarungen Produktionskapazitäten (Säule 2) an diesen Gütern gesichert werden. Im Rahmen des Aufbaus und Betriebs der Notfallreserve ist geplant eine Kooperation mit den Universitätsklinika des Landes Baden-Württemberg einzugehen, um die Notfallreserve so wirtschaftlich wie möglich auszugestalten. Im Rahmen der Kooperation sollen die Universitätsklinka verpflichtet werden, ihre Bedarfe an PSA künftig schwerpunktmäßig aus der physischen Notfallreserve zu entnehmen und anschließend zu ersetzen, um so mittels eines rollierenden Systems dem Verfall von PSA bestmöglich vorzubeugen.

Die AG Corona hat sich im Juli darauf verständigt, dass Impfungen in der bestehenden Regelstruktur, d. h. in den Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie bei Zahnärztinnen und Zahnärzten, bei Betriebsärztinnen und Ärzten und in Apotheken verabreicht werden sollen. Falls es notwendig werden sollte, werden die erforderlichen Anstrengungen unternommen werden, um schnell zusätzliche Impfangebote zu schaffen.

Die Möglichkeit der aufsuchenden Impfung über mobile Impfteams sowohl für Pflegeeinrichtungen, Eingliederungshilfe-Einrichtungen und in der Wohnungslosenhilfe steht bei Bedarf zur Verfügung. Außerordentliche Impfangebote sollen nur etabliert werden, wenn die regulären Strukturen die Leistung aufgrund des Pandemie-Geschehens nicht erbringen können.

8. Mit welchen Vorhaltekosten von Notfallstrukturen in Klinik und präklinischem Stadium für Krisen ist unter Darlegung der Kostenträgerschaft und der Ausgleichsmechanismen zukünftig zu rechnen?

Die Coronapandemie als eine der schwerwiegendsten Krisen der vergangenen Jahre hat überdeutlich aufgezeigt, dass der ambulante medizinische Bereich maßgeblich zu deren Bewältigung beitrug und noch beiträgt.

Aussagen zu zukünftigen Vorhaltekosten können pauschal nicht getätigt werden. Allerdings wurden in der Vergangenheit folgende Strukturen aufgebaut:

Wesentliche Eckpunkte im Bereich der KVBW und ihrer Mitglieder waren:

- Aufbau und Betrieb von Abstrichstellen und Fieberambulanzen (u. a. Mietkosten, Personalkosten für medizinisches Personal und Koordinierende, Ausstattungskosten, Umsatzgarantie für Ärztinnen und Ärzte, Praxis- und Laborbedarf, Versicherungskosten, Fahrtkosten für Corona-Mobile) mit Rekrutierung und Registrierung von über 3 000 Pool-Ärztinnen und -Ärzten für die Abstrichstellen, Fieberambulanzen und später Impfzentren,
- Corona-Versorgungsstrukturen in den Praxen der niedergelassenen Ärzteschaft in Form von Corona-Schwerpunktpraxen (CSP) und Wochenend-Infektsprechstunden (inklusive Sondervergütung),
- Versorgung der Mitgliederpraxen und Corona-Versorgungsstrukturen mit Schutzmaterial (Kosten für Beschaffung, Lagerung und Logistik),
- permanenter Austausch mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, den Gesundheitsämtern und den Stäben der Städte und Landkreise,
- Koordination der Corona-Versorgung in den Landkreisen und Städten in Baden-Württemberg durch Pandemiebeauftragte aus der niedergelassenen Ärzteschaft (Aufwandsentschädigung),

– flächendeckendes Impfangebot durch die Praxen der niedergelassenen Ärzteschaft,

– Mitarbeit des Praxispersonals in Impfzentren.

Wesentliche Refinanzierungsquellen für die Corona-Versorgungsstrukturen außerhalb der Praxen waren die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg, das Bundesamt für Soziale Sicherung und in Teilen das Land Baden-Württemberg.

Die Zuschläge für die Corona-Versorgungsstrukturen innerhalb der Praxen wurden über das mit den Krankenkassen vereinbarte Honorar und nach Ende der epidemischen Lage allein aus Mitteln der KVBW refinanziert.

Die Kosten im Zusammenhang mit der Beschaffung, Lagerung und Logistik des Schutzmaterials für die Mitgliederpraxen und Corona-Versorgungsstrukturen wurden bis zuletzt mittels einer Erstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg refinanziert. Diese Refinanzierungsgrundlage ist mittlerweile ausgelaufen und die KVBW trägt die aktuell noch anfallenden Kosten.

Neben den Corona-Versorgungstrukturen sind auch die Strukturen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Baden-Württemberg sowie der Betrieb der Terminservicestelle (TSS, in Baden-Württemberg über die KV SiS BW Sicherstellungs-GmbH) über die bundeseinheitliche Patientenservicenummer 116 117 wesentlich für die Krisenversorgung zuständig. Die Strukturen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Baden-Württemberg werden über den Haushalt der KVBW und einen durch die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg getragenen Kostenanteil finanziert. Die Finanzierung der TSS und der KV SiS BW Sicherstellungs-GmbH erfolgt über Mittel aus dem Strukturfonds, welcher sich hälftig aus Einzahlungen der KVBW und hälftig aus Einzahlungen der gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg speist.

Die duale Krankenhausfinanzierung teilt sich in die Bereiche der Investitionskosten und der Betriebskosten. Die Investitionskosten, die für die stationäre Versorgung notwendig sind, werden durch die einzelnen Länder getragen, die Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) werden von den Krankenkassen übernommen. Die Betriebskostenfinanzierung wird bundesgesetzlich geregelt.

In der Krise hat sich gezeigt, dass insbesondere das Personal der bestimmende Faktor einer gut funktionierenden Notfallstruktur ist. Durch entsprechende Ausgleichszahlungen wurde von Bundesseite darauf eingewirkt, dass Leerstände, die aufgrund der Coronapandemie entstanden sind, ausgeglichen wurden.

Des Weiteren hat das Land die in den Kliniken angefallenen Mehrkosten mit finanziellen Landeshilfen in den Jahren 2020 in Höhe von 210 Mio. Euro und 2022 in Höhe von 240 Mio. Euro ausgeglichen. Die finanziellen Hilfen des Bundes sowie des Landes haben dazu beigetragen, dass die Kliniken bei der Bewältigung ihrer Aufgaben finanziell getragen wurden.

9. Gab es unter Beschreibung im Einzelnen eine konzeptionelle Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes?

Die konzeptionelle Weiterentwicklung des ÖGD war bereits vor der Pandemie angedacht, um den ÖGD besser aufzustellen und krisenfester zu gestalten (Projekt NEO).

Grundsätzlich gilt es, einen dreifachen Paradigmenwechsel zu vollziehen:

So muss der ÖGD zum einen unter den Leitgedanken der Governance und des Stewart-ships auch weiterhin von einer rein hoheitlichen Verwaltung mit klassischem rechtlichem Über-Unterordnungsverhältnis weg in Richtung eines partnerschaftlich ausgerichteten ÖGD entwickelt werden. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Versorgungskette und diese beginnt in den Bereichen Prävention,

Förderung und gegebenenfalls im Zusammenwirken mit Institutionen der Primärversorgung. Dabei müssen Praxis und Wissenschaft zusammengebracht und lokal gewonnene Erkenntnisse gegebenenfalls in die Fläche gebracht werden. Zugleich muss insgesamt eine – nachhaltige – Finanzierungssicherheit bestehen.

Des Weiteren bedarf es konzeptionell einer präventiven Wende hin zur Salutogenese. Insofern müssen sich der Gedanke der New Public Health und der One Health niederschlagen. Dabei legt New Public Health den Fokus auf die Gesundheit respektive die Gesunderhaltung der Bevölkerung bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen unter Einbeziehung gesellschaftlicher Einflussfaktoren auf Gesundheit und Krankheit sowie den Strukturen des Gesundheitssystems. Ein zentrales Anliegen dabei ist, sozial bedingte ungleiche Gesundheitschancen zu minimieren. Ein wesentlicher Bezugspunkt von New Public Health ist die Salutogenese, die den Fokus auf die Bedingungsfaktoren der Gesundheit legt. Die vielfältigen Aufgaben und Arbeitsweisen von New Public Health werden interdisziplinär bearbeitet. One Health ist der kollaborative, multisektorale und transdisziplinäre Ansatz, der auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene arbeitet, um optimale Ergebnisse in Bezug auf Gesundheit und Wohlbefinden zu erzielen, wobei die Zusammenhänge zwischen Menschen, Tieren, Pflanzen und ihrer gemeinsamen Umwelt berücksichtigt werden.

Schließlich muss auch im Bereich der von der öffentlichen Gesundheitsverwaltung wahrzunehmenden Querschnittsaufgaben die Entwicklung hin zur Service- und Dienstleistungsorientierung, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, konsequent weiterbeschritten werden. Insofern wird auf die Beantwortung der Frage II. 4 verwiesen.

Um insbesondere die Krisenresilienz des ÖGD zu stärken, bedarf es folgender konzeptioneller Weiterentwicklungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel:

- Kriseninterventionseinheiten im Gesundheitsamt (sofort aktivierbar im Bedarfsfall),
- Vereinfachung von Prozessabläufen (insbesondere in den Gesundheitsämtern, Regierungspräsidien und bei der Kommunikation zwischen den Behörden),
- Aufbau von dauerhaft bestehenden Strukturen (Kriseninterventionseinheiten) in den Gesundheitsämtern für Krisensituationen wie Pandemien, Hitzewellen und weitere Szenarien gesundheitlicher Notlagen etc.,
- Ertüchtigung der Gesundheitsämter im Sinne einer zentralen regionalen Steuerungseinheit für gesundheitliche Belange, gerade auch für Krisenzeiten,
- Einbindung des ÖGD bei gesundheitlichen Notlagen,
- Aufbau von Krisenkommunikationsangeboten und kritische Überprüfung der Bereiche strategische Prävention und Gesundheitsförderung,
- Weiterentwicklung von sektorenübergreifenden strukturellen Kooperationen auf kommunaler Ebene, Unterstützung von vulnerablen Gruppen und evidenzbasierte Vorgehensweise bei der Stärkung der Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsfolgenabschätzung, insbesondere auch in Krisensituationen,
- Mitwirkung beim Aufbau krisenfester Versorgungsstrukturen innerhalb des Gesundheitswesens einschließlich der Überwachung (Materialien wie Impfstoffe, Medikamente, Medizinprodukte, Schutzkleidung etc.),
- Sicherstellung der materiellen Versorgung des ÖGD für Krisensituationen,
- Schaffung allgemeiner Grundlagen, um in Krisensituationen über notwendige Kompetenzen zu verfügen,
- Vorhaltung von fachlich qualifiziertem Stammpersonal innerhalb des ÖGD, das für koordinative Aufgaben geschult und quantitativ so aufgebaut ist, um kurzfristig Personalaufwuchs mit einzulernenden Kräften im Krisenfall zu ermöglichen,

– Beratung, Begleitung, Schulung und Überwachung von Institutionen (z. B. stationäre Einrichtung der Altenhilfe und Eingliederungshilfe, Schulen, Kindertageseinrichtungen, ambulante und stationäre medizinische Einrichtungen etc.) zur Vorbereitung auf zukünftige Krisensituationen.

Bezüglich weiterer Ausführungen zur konzeptionellen Weiterentwicklung des ÖGD wird auf die Fragen I. 2 und II. 1 verwiesen.

10. Welche konkreten Vorteile erhofft sich die Landesregierung – unter Darlegung der Art und Weise der Evaluierung der Erwartungen – von der Eingliederung des Landesgesundheitsamts als Abteilung sieben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration?

Mit der Eingliederung des Landesgesundheitsamts in das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration soll der ÖGD in seiner bisherigen Form neu strukturiert und nachhaltig gestärkt, Zuständigkeiten zusammengeführt und Synergieeffekte geschaffen werden. Darüber hinaus sollen die Weichen für eine Stärkung und Neustrukturierung der fachlichen Expertise im Gesundheitsbereich gestellt werden. Die Eingliederung leistet einen Beitrag zu einer klaren und strukturierten Aufgabenerfüllung durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, was mit einer Verbesserung des ÖGD in der Wahrnehmung der Bevölkerung verbunden ist. Die Anforderungen an die gesundheitliche Fachexpertise ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben gezeigt, welch zentrale Rolle der ÖGD gerade auch im Bereich des Bevölkerungsschutzes einnimmt.

11. Welche Rolle haben die Krankenhäuser unter Darlegung der Schlüsse für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Krankenhaus- und Kapazitätsplanung, die Robustheit der Versorgung im Krisenfall, die Digitalisierung und die Finanzierung) und der Pläne der Landesregierung zu diesen einzelnen, vorgenannten Faktoren in der Coronapandemie gespielt?

Die Krankenhäuser haben bei der Bewältigung der Coronapandemie im Hinblick auf eine Versorgung der schwersten Krankheitsfälle eine zentrale Rolle gespielt. Im Rahmen des sogenannten Schalenmodells und der korrespondierenden Allgemeinverfügungen wurde es den Krankenhäusern ermöglicht, flexibel auf eine große Zahl stationär behandlungsbedürftiger Patientinnen und Patienten zu reagieren, beispielsweise durch die Einrichtung von Satellitenstationen an Fachkrankenhäusern und in Ausweichliegenschaften.

Zur Vermeidung regionaler Überlastungen insbesondere des intensivmedizinischen Bereichs wurde, wie unter Frage II. 2 dargelegt, das sogenannte Clusterkonzept als koordiniertes Verlegungskonzept unterhalb des bundesweiten Kleeblattkonzepts etabliert. Das Konzept hat sich während der bisherigen Pandemiewellen sehr bewährt und soll fortgeführt werden. Dies gilt auch für den Einbezug fester Ansprechpersonen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte für die jeweiligen Clusterkoordinierenden.

Finanzierung, personelle Situation, weitere Planung

Im Hinblick auf die Krankenhaus- und Kapazitätsplanung wird die in der Zuständigkeit des Landes liegende Landeskrankenhausplanung perspektivisch weiterentwickelt. Die Erkenntnisse aus der Coronapandemie werden ebenfalls mit einfließen.

Die Krankenhäuser im Land wurden und werden bisher in hohem Maße über verschiedene Rettungsschirme und Finanzprogramme des Bundes und des Landes finanziell unterstützt:

Verausgabte Mittel aus dem Bundes- und Landeshaushalt für Rettungsschirme und Finanzprogramme für Krankenhäuser		
	Bundesmittel	Landesmittel
Reguläre Förderprogramme und Pauschalförderung des Landes (Mittel aus dem Kommunal-Investitions-Fonds)		2020: 451,309 Mio. Euro 2021: 451,309 Mio. Euro 2022: 454,425 Mio. Euro
Krankenhausstrukturfonds II (2019 bis 2024)	ca. 245 Mio. Euro	240 Mio. Euro
Krankenhauszukunftsfonds (2021)	ca. 384 Mio. Euro	167 Mio. Euro
Ausgleichszahlungen 1.0 des Bundes (2020)	ca. 992 Mio. Euro	
Landeshilfen I (2020)		ca. 210 Mio. Euro
Pflegeprämie I (2020)	ca. 20 Mio. Euro	ca. 10 Mio. Euro
Ausgleichszahlungen 2.0 des Bundes (2020/2021)	ca. 549 Mio. Euro	
Landeshilfen II – Pflegeprämie (2021)		ca. 12 Mio. Euro
Landeshilfen III (2022)		in der Umsetzung; ca. 240 Mio. Euro bereitgestellt
Versorgungsaufschläge des Bundes (2021/2022)	Letztliche Höhe noch nicht bekannt, bisher 46 Mio. Euro	
Ausgleichszahlungen 3.0 des Bundes (2021/2022)	Letztliche Höhe noch nicht bekannt, bisher 349 Mio. Euro	
Digitalisierungsprogramm des Landes (2022)		5 Mio. Euro im Haushalt veranschlagt

Der durch Mittel aus dem Landeshaushalt kofinanzierte Krankenhauszukunftsfonds stellt den KHG-förderfähigen Krankenhäusern und Hochschulkliniken Mittel bereit zur Förderung von Investitionen in Digitalisierung und notwendige technische Ausstattungen, wie etwa die Schaffung eines digitalen Medikationsmanagements oder der Aufbau einer digitalen Pflege- und Behandlungsdokumentation.

Die meisten dieser Digitalanwendungen sind keine Insellösungen, sondern fügen sich in eine vielfältige Struktur unterschiedlichster EDV-Systeme ein. Um den hieraus erwachsenden Mehrwert dieser Systeme vollständig nutzen zu können, ist eine Interoperabilität der verschiedenen eigenständigen Krankenhaussysteme untereinander, aber auch zu IT-Systemen außerhalb der Einrichtung, wie etwa zu externen Pflegedienstleistern, essenziell. Die Einhaltung der Interoperabilitätsstandards ist daher ein wichtiges Förderkriterium vieler Maßnahmen. Es ist Ziel, Medienbrüche zu vermeiden und den Datenaustausch zwischen den Krankenhäusern und den vor- bzw. nachgelagerten Leistungserbringern, wie etwa Pflegedienstleistern, zu erleichtern.

Das Land fördert ferner die KHG-förderfähigen Krankenhäuser mit Digitalisierungsprogrammen im Jahr 2019 in die gesamte IT-Infrastruktur mit insgesamt 10 Mio. Euro und im Jahr 2022 mit 5 Mio. Euro für die IT- und Cybersicherheit in den Klinken. Diese Fördermittel können von den Krankenhäusern auch für die EDV in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden.

12. Welche Rolle hat die niedergelassene Ärzteschaft in der Coronapandemie unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Inpflichtnahme der ambulanten Regelstrukturen im Krisenfall) gespielt?

Die niedergelassene Ärzteschaft hat mit ihren medizinischen Fachangestellten einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung der Coronapandemie geleistet und leistet diesen weiterhin. In Abstimmung mit den Landkreisen und Städten, den Mitgliedern der KVBW und den Pandemiebeauftragten wurden im Verlauf zahlreiche Fieberambulanzen, PCR-Abstrichzentren und Corona-Schwerpunktpraxen eingerichtet.

Am Ende des Jahres 2020 waren 61 Abstrichstellen und Fieberambulanzen der KVBW aktiv. Neben der regulären Versorgung in den Praxen standen in Baden-Württemberg im Juni 2022 zwischenzeitlich fast 1 500 Corona-Schwerpunktpraxen (CSP) zur Infektversorgung bereit. Nach Auslaufen der Regelung auf Bundesebene zur extrabudgetären Vergütung zum 30. Juni 2022 wurden diese Sonderstrukturen mittlerweile aufgrund mangelnder Finanzierungsbasis und Rückkehr in die Versorgung durch alle Vertragsarztpraxen wieder zurückgefahren.

Trotz der Coronapandemie haben die Niedergelassenen in Baden-Württemberg im Jahr 2020 rund 68 Mio. Behandlungsfälle betreut. Eine Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) hat zudem ergeben, dass von den ambulant behandelten COVID-19-Patientinnen und -Patienten während der zweiten Pandemiewelle 2021 mehr als 90 Prozent in den Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte behandelt wurden.

Neben der Infektversorgung bildet die niedergelassene Ärzteschaft eine wichtige Säule bei den COVID-19-Schutzimpfungen. Dies zeigen die Zahlen deutlich: In Baden-Württemberg wurden bis zum 25. Juli 2022 in Vertragsarztpraxen 11 222 439 Impfdosen verabreicht.

Daher steht mit der niedergelassenen Ärzteschaft auch für künftige Pandemien ein starker Akteur zur Bewältigung von Krisen bereit.

Die Coronapandemie hat eindrucksvoll bewiesen, wie wichtig eine belastungsfähige ambulante Versorgung für eine Gesellschaft ist. Insbesondere die gemeinsame Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte und Krankenkassen hat in der Coronapandemie gut funktioniert. Mithilfe von Ausnahmeregelungen (z. B. Ausweitung der Videosprechstunden, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auch aufgrund einer Fernbehandlung für 14 Tage) wurde flexibel auf die Herausforderungen reagiert.

Die Abstimmung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration mit der für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung zuständigen KVBW hätte in der Coronapandemie kaum enger sein können. Das Pandemiemanagement des ambulanten Sektors wurde in der AG Corona mit dem Vorstand der KVBW zeitnah der sich ändernden Situation angepasst.

Auf diese Weise konnte das große Engagement der Ärzteschaft von staatlicher Seite wirkungsvoll bei der Durchführung von Testungen und Impfungen unterstützt werden. Im Ergebnis konnten rund 85 Prozent der Corona-Erkrankten in Baden-Württemberg ambulant versorgt werden. Hierzu wurden folgende organisatorische Maßnahmen von der KVBW in die Tat umgesetzt:

– Einrichtung und Betrieb eines Logistikzentrums,
– Versorgung der Praxen mit Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel,
– Abrechnung der nicht-vertragsärztlichen Leistungen,
– Aufbau und Betrieb von Fieberambulanzen und Abstrichstellen,
– Rekrutierung von Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischen Fachangestellten für die Impfzentren,

– Erweiterung des werktäglichen Fahrdienstes auf das Wochenende und eine Verlängerung der täglichen Dienstzeiten von 8.00 bis 19.00 Uhr zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Pflegeheimen.

Denkbar wäre, für zukünftige Pandemiesituationen von Beginn an eine verbindliche Zuständigkeit der Vertragsärzteschaft für die Durchführung von Schutzimpfungen im Sinne des IfSG festzuschreiben.

Aus fachlicher Sicht wird der Abschluss einer Schutzimpfungsvereinbarung im Rahmen des Sicherstellungsauftrags der Krankenkassen § 132e SGB V zur Gewährleistung der flächendeckenden Durchführung der COVID-19-Schutzimpfungen auch vorerst als ausreichend erachtet.

Impfangebot

Die niedergelassene Ärzteschaft spielt in der Pandemiebekämpfung auch weiterhin eine tragende Rolle. Der Hauptteil der für den Herbst prognostizierten 6,5 Mio. Impfungen für das Land Baden-Württemberg soll durch die niedergelassene Ärzteschaft übernommen werden. Dem entsprechend haben die berufsständischen Vertreter der Ärzteschaft in der mit dem Land geschlossenen Vereinbarung über die Durchführung von Schutzimpfungen (Zielvereinbarung) avisiert, 550 000 der von den Akteuren gemeinsam als durchführbar erachteten 810 000 Impfungen pro Woche zu schaffen. Die Zielvereinbarung manifestiert das Bekenntnis aller Leistungserbringer zum Vorrang regelhaft vorhandener, ressourcenschonender Impfstrukturen, um nicht ohne Not neue zusätzliche Kapazitäten durch das Land (wieder-)errichten zu müssen.

Gleichzeitig sichern die Organisationen der Leistungserbringer ihre Unterstützung bei der Etablierung eines Online-Terminvergabetools des Landes zu. Das Ministerium intendiert anhand des Tools ein landesweites Impfmonitoring zu etablieren, um Kapazitätsengpässe und eventuelle Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen. Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben, sollen weiter telefonisch Impftermine buchen können. Der Erfolg des Tools ist maßgeblich abhängig von der Teilnahme der niedergelassenen Ärzteschaft.

13. Welche Rolle haben die Reha-Kliniken, die Betriebsärzteschaft, die Apotheken, Zahnärzte und Veterinärmediziner unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die Inpflichtnahme dieser Akteure in einem Krisenfall) in der Coronapandemie gespielt?

Die Rehabilitationseinrichtungen im Land sind heterogen. Sie reichen von kleinen familiengeführten Einrichtungen bis hin zu großen, hoch spezialisierten Kliniken z. B. für neurologische Rehabilitation. Ambulante, zunehmend auch ganztägig ambulante Angebote ergänzen das klassische stationäre Angebot. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen konnten zeitweise in Einzelfällen in Kooperation mit einer Akutklinik zur Krankenversorgung nach § 22 Krankenhausfinanzierungsgesetz bestimmt werden. Dies insbesondere dann, wenn eine gute Zusammenarbeit vor Ort etabliert war. Zu Beginn der Coronapandemie wurden die Verbände durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angeschrieben und um Unterstützung dergestalt gebeten, im Falle einer Überlastung der Akut-Krankenhäuser für leichter erkrankte COVID-19-Patientinnen und -Patienten, die nicht intensivpflichtig sind, Bettenkapazitäten bereitzustellen. Zur sinnvollen Patientensteuerung wurde vorgeschlagen, dass die Rehabilitationseinrichtungen auf nahegelegene Akut-Krankenhäuser zugehen. Die Unterstützung hat sich bewährt und war insofern möglich, als pandemiebedingt sowohl Angebot als auch Nachfrage nach Rehabilitationsleistungen zumindest zu Beginn der Coronapandemie einbrachen. Im Bereich der pflegebedürftigen Patientinnen und Patienten kam eine Entlastung von Pflegeeinrichtungen lediglich durch Einrichtungen der gerontologischen Rehabilitation in Betracht, da in anderen Rehakliniken zu umfangreiche bauliche Vorkehrungen erforderlich gewesen wären.

Einige Rehakliniken haben sich schnell auf den Rehabilitationsbedarf von Long-Covid-Patientinnen und -Patienten eingestellt. Zu nennen sind beispielsweise die

Rehaklinik Glotterbad und die Rehaklinik Heidelberg-Königstuhl. Dabei sind neue Netzwerke unter Beteiligung u. a. der hausärztlichen Versorgung, Akutkliniken und verschiedener Therapieangebote entstanden.

Rolle der Apothekerinnen und Apotheker, sowie der Privat- und Zahnärzteschaft

Um für COVID-19-Patientinnen und -Patienten eine zahnmedizinische Versorgung im Notfall zu gewährleisten, hatte die KVBW ein Netzwerk mit Schwerpunktpraxen geschaffen, die sich um die zahnmedizinische Notfallbehandlung von infizierten bzw. sich in Quarantäne befindlichen Personen kümmern. Ergänzend haben die Universitätskliniken Freiburg und Tübingen sowie das Katharinenhospital Stuttgart und das Städtische Klinikum Karlsruhe zahnärztliche Corona-Ambulanzen eingerichtet. Insgesamt standen neben den vorgenannten Kliniken landesweit 20 Zahnarztpraxen für das Netzwerk der Schwerpunktpraxen zur Verfügung.

Bevor in den Zahnarztpraxen COVID-19-Schutzimpfungen durchgeführt werden können, müssen seitens des Bundesgesetzgebers noch die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Ein aktueller Referentenentwurf des BMG zur Änderung der Corona-Impfverordnung sieht u. a. eine Regelung zur Einbindung der Zahnarztpraxen vor. Die weiteren nötigen Regelungen, um das Impfen durch Zahnärztinnen und Zahnärzten in den Praxen zu ermöglichen, sollen Eingang in eine weitere Änderung der Corona-Impfverordnung finden. Diese sind derzeit beim BMG in Abstimmung.

Im Rahmen der Landesimpfkampagne spielen die Apothekerinnen und Apotheker, sowie die Privat- und Zahnärzteschaft in der Pandemiebekämpfung darüber hinaus eine stützende Rolle. Sie sollen im Verhältnis zur niedergelassenen Ärzteschaft einen quantitativ geringeren, aber dennoch wesentlichen Teil der für den kommenden Herbst prognostizierten 6,5 Mio. Impfungen für das Land Baden-Württemberg abdecken. Dem entsprechend haben die Organisationen der Leistungserbringer in der mit dem Land geschlossenen Vereinbarung über die Durchführung von Schutzimpfungen avisiert, insgesamt 260 000 der von den Akteuren gemeinsam als durchführbar erachteten 810 000 Impfungen zu schaffen. Davon entfallen 195 000 auf die Apothekerinnen und Apotheker, 53 000 auf die niedergelassene Privatärzteschaft und 12 000 auf die Zahnärzteschaft. Zusätzlich möglich erscheinen 100 000 Impfungen durch die Betriebsärztinnen und Betriebsärzte. Zur Zielvereinbarung wird im Übrigen auf die Antwort zu Frage II. 12 verwiesen.

14. Welche Rolle haben die Regierungspräsidien, Landratsämter, Städte und Gemeinden in der Coronapandemie unter Darlegung der Schlüsse daraus für die Zukunft (insbesondere auch im Hinblick auf die ihnen in der Coronapandemie zugewachsene Funktion als Ausfallbürgen für das reguläre Gesundheitssystem und im Hinblick auf die damit verbundenen Haushaltsbelastungen) gespielt?

Um krisenfeste Strukturen zu schaffen, müssen die Gesundheitsämter und die Regierungspräsidien sowie das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hinreichend ausgestattet sein. Insbesondere bedarf es gut ausgebildeten Personals, das die Situation in den Landkreisen richtig einschätzen und steuern kann sowie einen weitreichen Blick auf das Gesundheitswesen in Baden-Württemberg hat.

Die vier Regierungspräsidien nehmen mit ihrer Bündelungs- und Schnittstellenfunktion eine wichtige Rolle auch im Krisenmanagement ein. Neben der Erfüllung ihrer originären Aufgaben wirken die Regierungspräsidien als Scharnier zwischen Landesregierung und unteren Verwaltungsbehörden sowie zwischen Land und Kommunen.

Landratsämter, Städte, Gemeinden und teilweise Verbände haben nicht nur zu Beginn der Coronapandemie Aufgaben des regulären Gesundheitssystems übernommen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Einrichtung von Teststellen oder die Etablierung von Corona-Schwerpunktpraxen durch die KVBW.

Zur schnellen Reaktion auf den erhöhten Bedarf an Diagnostikkapazitäten mussten viele Gebietskörperschaften indes deutlich vorher tätig werden.

Die Landratsämter und drei Stadtkreise mit eigenem Gesundheitsamt (Stuttgart, Mannheim und Heilbronn) haben während der Coronapandemie das eigene Gesundheitsamt mit Personal aus anderen Bereichen der Landratsämter und Stadtverwaltungen unterstützt. Dies galt vor allem in der ersten Phase des Lockdowns zu Beginn der Coronapandemie und zu Zeiten späterer Spitzenbelastung. Zur Erstattung der Kosten der Kreise für externe Aushilfskräfte im Rahmen der Kontaktpersonennachverfolgung hat das Land von Beginn der Coronapandemie bis Ende August 2022 bis zu 67,4 Mio. Euro und für ärztliche Aushilfen bis zu 15,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Herausforderungen wie die Coronapandemie können auch in Zukunft nur gemeinsam bewältigt werden, wenn die Kommunikation und die Zusammenarbeit im ÖGD auf allen Verwaltungsebenen sowie mit den externen Akteuren des Gesundheitswesens gewährleistet ist.

Umsetzung des Landesimpfkonzeptes

Ziel des Landesimpfkonzepts war von Beginn an die schnelle, unbürokratische und niederschwellige Einrichtung eines flächendeckenden Impfangebots zur Unterstützung der niedergelassenen Ärzteschaft. In diesem Sinn setzen die Stadt- und Landkreise die Landesimpfkampagne als Vorortpartner des Landes im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten und vereinbarten Verpflichtungen erfolgreich um. Dabei hat das Land sich verpflichtet, den Kreisen alle notwendigen Kosten zu erstatten, die ihnen in Erfüllung der vereinbarten Leistungen entstehen.

Mit sehr viel Kreativität, Engagement sowie mit Unterstützung durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration haben die Stadt- und Landkreise teils sehr effiziente Strukturen zur Impfung der Bevölkerung aufgebaut. Insbesondere die kurzfristig sehr hohe Impfnachfrage in der Bevölkerung Ende des Jahres 2021 konnte dadurch bedient werden.

Beim Aufbau der Impfinfrastruktur war, auch aufgrund des initialen Deltas zwischen Nachfrage und Angebot und der hieraus resultierenden notwendigen Priorisierung, die Organisation außerhalb des regulären Gesundheitssystems und dessen nachfolgende Einbindung zielführend. Im Fokus standen und stehen zudem die vulnerablen Zielgruppen, die vor allem durch aufsuchende Angebote erreicht werden können. Auch weiterhin werden daher mobile Impfteams vorgehalten, um beispielsweise Einrichtungen wie z. B. Alten- und Pflegeheime bei der Ermöglichung der Inanspruchnahme der COVID-19-Schutzimpfung zu unterstützen, da aufsuchende Impfungen durch das reguläre Gesundheitssystem nicht vollumfänglich abgebildet werden können.

Im Rahmen der Pandemiebewältigung kommt der weiteren Umsetzung der Impfkampagne des Landes durch Fortführung des angepassten Landesimpfkonzeptes auch im Jahr 2022 große Bedeutung zu. Eine Verankerung der Impfkampagne in den Kreisverwaltungen ist bis auf Weiteres erforderlich, sodass es sinnvoll ist, in jedem Stadt- und Landkreis eine Grundstruktur zur Unterstützung der niedergelassenen Ärzteschaft und der weiteren genannten Impfangebote weiterhin zu implementieren. Mit dem Impfkonzept des Landes soll auch weiterhin einerseits flexibel auf Veränderungen im Pandemieverlauf (z. B. neue Varianten, angepasster Impfstoff, zusätzliche Impfserien) reagiert werden und andererseits sollen Vorhaltekosten in Form nicht ausgelasteter Impfkapazitäten vermieden werden. Aktuell sind für die Umsetzung der vor allem aufsuchenden Impfungen im Rahmen des Impfkonzepts im Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2022 in jedem Stadt- und Landkreis Kapazitäten in Form von bis zu einer Impfeinheit und einem Impfstützpunkt, d. h. 44 Impfeinheiten und 44 Impfstützpunkte, vorgesehen. Die Fortführung der Impfstützpunkte ist darüber hinaus zur Umsetzung von Konzepten vor Ort zur Erhöhung der Impfkapazitäten bis zum 31. März 2023 vorgesehen. Pro Stadt- und Landkreis ist zusätzlich bis zum 31. März 2023 eine Stelle zur Planung, Koordination, Bewirtschaftung und Aufrechterhaltung des Impfbetriebs

eingeplant. Die Stadt- und Landkreise haben somit die Möglichkeit, durch individuelle Aktivierung das jeweils erforderliche, gegebenenfalls auch schon bestehende Angebot sicherzustellen und auf Bedarfe individuell zu reagieren. Insbesondere soll so das Impfgeschehen über die Leistungserbringer hinweg auf örtlicher Ebene gesteuert werden können.

Darüber hinaus besteht Einigkeit, dass die COVID-19-Schutzimpfungen zukünftig in den – erweiterten – Regelstrukturen, d. h. insbesondere in den Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie bei Zahnärztinnen und Zahnärzten, bei Betriebsärztinnen und -ärzten und in Apotheken, verabreicht werden sollen.

Im Impfkonzept des Landes für den Zeitraum ab Oktober 2022 spielt daher die Einbeziehung aller impfenden Akteure eine hervorgehobene Rolle. Das Land hat hierzu gemeinsam mit den Organisationen der Leistungserbringer eine Zielvereinbarung geschlossen, welche regelt, dass ab Oktober 2022 in Baden-Württemberg rund 810 000 Impfungen pro Woche durch Ärzte und Apotheker durchgeführt werden können. Die Impfeinrichtungen des Landes kommen somit grundsätzlich nur noch subsidiär zum Einsatz.

Ein weiterer Baustein des Landesimpfkonzepts im Herbst 2022 ist die Implementierung eines landesweiten Online-Impfterminportals. In Baden-Württemberg werden ab dem 19. September 2022 die Termine für Schutzimpfungen gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 aller Leistungserbringer vorrangig über dieses Impfterminportal vergeben. Mit dem Impf-terminportal soll insbesondere auch eine rechtzeitige ortsbezogene Analyse und Steuerung von Bedarfen durch das Land ermöglicht werden, sodass vor Ort nicht ohne Not Kapazitäten aufgebaut werden.

15. Welche Relevanz misst die Landesregierung dem medizinischen Personal bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen unter Darlegung der Rechnungstragung dieser Relevanz zu?

Auch in der Coronapandemie ist die Personalsituation in den Krankenhäusern zur Versorgung der Bevölkerung sehr wichtig. Es werden auf Bundes- und Landesebene Anreize geschaffen, damit das vorhandene medizinische und in der Pflege tätige Personal bereit ist, im Beruf zu verbleiben bzw. neues Personal gewonnen werden kann.

Die erste Pflegeprämie hat das Land Baden-Württemberg hat bereits Ende des Jahres 2020 auf den Weg gebracht, indem die Bundesmittel für die Pflegeprämie für Mitarbeitende in Krankenhäusern von rund 20 Millionen Euro, die auf Baden-Württemberg entfielen, um weitere 10 Millionen Euro aufgestockt hat. Damit standen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Südwesten bis zu 1.500 Euro Pflegeprämie als Dank für Ihren Einsatz während der Coronapandemie zur Verfügung. Die zweite Pflegeprämie für 82 baden-württembergische Krankenhäuser wurde im Frühjahr 2021 ausschließlich aus Bundesmittel bestritten; eine Aufstockung aus Landesmitteln war gesetzlich nicht vorgesehen.

Ende 2021 wurden diese Prämien durch eine weitere Prämie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf den Intensivstationen der baden-württembergischen Krankenhäuser zur Anerkennung der außergewöhnlichen Leistungen bei der Bewältigung der Pandemie ergänzt. Hierfür wurden ausschließlich Landesmittel in Höhe von rund 12 Millionen Euro aufgewendet.

Die Bundesregierung würdigt zudem die Leistung von Pflegekräften in der Coronapandemie erneut mit einem Pflegebonus nach dem Pflegebonusgesetz vom 10. Juni 2022. Je 500 Mio. Euro werden für den Pflegebonus im Bereich der Krankenhäuser sowie der Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt.

Bezüglich weiterer Ausführungen bezüglich der Unterstützung von Kliniken und dem Pflegepersonal wird auf die Frage II. 11. verwiesen.

Die Relevanz der Ärzteschaft, Zahnärzteschaft und der medizinischen Fachangestellten in den Praxen für den Erfolg der Pandemiebekämpfung wird als hoch eingeschätzt.

16. Welche Pläne und Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gab es im Land bis 2019, unter Angabe von deren Weiterentwicklung aufgrund der Erfahrungen mit der Coronapandemie?

Die erste Version des Influenzapandemieplans Baden-Württemberg von Oktober 2006 wurde vom damaligen Sozialministerium in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung Landesgesundheitsamt (LGA) erstellt und wurde im Mai 2009 zu Beginn der ersten Influenzapandemie des 21. Jahrhunderts aktualisiert.

Im Influenzapandemieplan Baden-Württemberg erfolgte eine Konkretisierung der im Nationalen Influenzapandemieplan vorgesehenen Maßnahmen in Baden-Württemberg. Der Influenzapandemieplan des Landes enthält neben den Aufgaben und Zuständigkeiten im Rahmen des Managements einer Influenzapandemie und den Planungsgrundlagen für die Bereiche Surveillance (systematische Beobachtung des Krankheitsgeschehens), Diagnostik, Impfung, antivirale Arzneimittel, Infektionsschutzmaßnahmen, medizinische Versorgung sowie Kommunikation und Information auch Planungshilfen für die unteren Verwaltungsbehörden, Krankenhäuser, Altenheime, Rettungsdienst und Betriebe.

Neben dem Landespandemieplan wurde im Jahr 2008 unter Federführung des Landesgesundheitsamtes ein Handbuch Betriebliche Pandemieplanung erarbeitet, das insbesondere kleinen und mittleren Betrieben Hilfestellungen für die Vorbereitung auf eine Influenzapandemie liefert.

Im Zusammenhang mit der Influenzapandemie 2009/2010 hat das Land entsprechend der Empfehlungen des Nationalen Pandemieplans die antiviralen Arzneimittel (sogenannte Neuraminidasehemmer) Oseltamivir (als Wirkstoffpulver und Fertigarzneimittel) sowie Relenza (Fertigarzneimittel) für 20 Prozent der Bevölkerung bevorratet. Die antiviralen Arzneimittel kamen aufgrund des insgesamt milden Verlaufs der Fälle seinerzeit nicht zum Einsatz und werden bis heute vorgehalten. Da die Haltbarkeit der Fertigarzneimittel abgelaufen ist und aus fachlicher Sicht auch die Rekonstitution des grundsätzlich unbefristet haltbaren Wirkstoffpulvers zum gebrauchsfertigen Arzneimittel mit gewissen gesundheitlichen Risiken verbunden ist, hat die GMK im Juli 2022 das BMG um Beauftragung des Expertenbeirats für pandemische Atemwegsinfektionen am RKI hinsichtlich einer Neubewertung der Notwendigkeit der Bevorratung mit Neuraminidasehemmern für 20 Prozent der Bevölkerung sowie des möglichen therapeutischen Einsatzes neuer Wirkstoffe im Influenza-Pandemiefall gebeten.

Zur Sicherstellung von Impfstoffen für künftige Influenzapandemien haben die Länder im Jahr 2015 beschlossen, eine Interessenbekundung im Rahmen des Joint Procurement Agreement der EU-Kommission abzugeben. Grundlage hierfür war ein Beschluss der 88. GMK zur Festlegung von Eckpunkten für die Impfstoffbeschaffung für den Influenzapandemiefall. Im Rahmen der Ausschreibung haben zwei Impfstoffhersteller ein Angebot abgegeben. Im Jahr 2019 hat Baden-Württemberg einen Vertrag mit dem Impfstoffhersteller Seqirus abgeschlossen, der Produktionskapazitäten von insgesamt rund 7,5 Mio. Impfstoffdosen im Pandemiefall sichert. Für einen wirksamen Impfschutz ist dabei von einer zweimaligen Impfung auszugehen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von vier Jahren mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr.

Ein weiterer Vertragsabschluss mit dem Impfstoffhersteller GSK war vor Beginn der Coronapandemie endverhandelt. Das Verfahren wurde dann zunächst ausgesetzt und im Frühjahr 2022 wieder aufgegriffen. Zwischenzeitlich hat der Bund den Rahmenvertrag mit GSK gezeichnet, der Abschluss des spezifischen Vertrags für Baden-Württemberg soll zeitnah erfolgen. Der Vertrag umfasst für Baden-Württemberg rund 5,2 Mio. Impfstoffdosen und hat eine Laufzeit über vier Jahre mit einer Verlängerungsoption.

In den Jahren 2018/2019 erfolgte eine Aktualisierung des Influenzapandemieplans Baden-Württemberg auf der Grundlage der Erfahrungen des Pandemiegeschehens 2009/2010 und des aktualisierten Nationalen Pandemieplans aus dem Jahr 2017. Der aktualisierte Landespandemieplan wurde im März 2020 veröffentlicht.

Die Pandemieplanung ist klassischerweise auf das Auftreten von Influenzaviren ausgerichtet, die Planungsgrundlagen sind jedoch auch auf andere Krankheitserreger, die vorwiegend Atemwegssymptome auslösen, übertragbar. Insofern kann der Pandemieplan grundsätzlich auch beim Ausbruchsgeschehen mit dem Coronavirus zur Anwendung kommen.

Die Fortschreibung des Influenzapandemieplans Baden-Württemberg erfolgt fortlaufend unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration in Zusammenarbeit mit dem Landesgesundheitsamt. Dabei werden weitere Akteure (LÄK, KVBW, Landesapothekerkammer (LAK), Landesapothekerverband (LAV), BWKG u. a.) einbezogen, die in einem Pandemiefall zur fachlichen Beratung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration hinzugezogen werden. Soweit die Ergebnisse der jeweiligen Planungen und internen Abstimmungen für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung bei einer Influenzapandemie bereits vorliegen, wurden diese zusammengefasst und als weitere Anlagen dem Influenzapandemieplan beigefügt.

17. Gibt es – unter Angabe von deren Inhalt – Pläne zu einer Verbesserung der bevölkerungsbezogenen Gesundheitskompetenz sowie zur randgruppensensiblen Gesundheitsförderung und Prävention?

Förderung der Gesundheitskompetenz sowie der randgruppensensiblen Gesundheitsförderung und Prävention

In der Gesundheitsförderung liegt der Fokus auf der Entwicklung von Strategien zur Stärkung von Gesundheitsressourcen und zur Reduktion von gesundheitlichen Belastungen sozial benachteiligter Personengruppen. Das Vorgehen dabei erfolgt bedarfsorientiert. Die Landesregierung setzt sich schon lange für die Förderung der soziallagenbezogenen bzw. randgruppensensiblen Gesundheitsförderung ein. Sie möchte u. a. dafür Sorge tragen, dass sich materielle Armutsgefährdung im Kindesalter möglichst nicht negativ auf die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe im gesamten Leben auswirken. Kinder sind unsere Zukunft und außerdem besonders schutzbedürftig. Ziel ist es, ihnen ein chancenreiches und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür ist es wichtig, dass alle Kinder gut und gesund aufwachsen können und lernen, sich gesund zu ernähren. Sie sollen, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund, die Möglichkeit haben, Sport zu treiben, und verstehen, wie wichtig es ist, sich zu bewegen und körperlich zu betätigen. Dafür fördert das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration seit einigen Jahren den Aufbau von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut im Land. Derzeit bestehen fast 30 Standorte in mehr als 20 Kreisen, von denen die meisten mit unterschiedlichen Angeboten dazu beitragen, die Gesundheitskompetenz insbesondere von armutsgefährdeten Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zu verbessern. Was die Standorte dafür genau anbieten, geht aus den Projektsteckbriefen hervor, die auf der zentralen Informationsplattform der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in Baden-Württemberg unter *www.starkekinder-bw.de/standorte/* zu finden sind.

Ziel des Landes ist es, bis zum Jahr 2030 ein flächendeckendes Netz von Standorten in allen Stadt- und Landkreisen zu etablieren. Neben den Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut werden auch immer wieder einzelne Projekte im Bereich der gesundheitlichen Chancengleichheit gefördert. So auch momentan zwei Projekte zur Förderung von kommunalen Strategien zur Stärkung der gesundheitlichen Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen. Künftig sollen vorbehaltlich der Haushaltsmittel weitere Projekte gefördert werden.

Auch die beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelte Landesstiftung „Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg“ (Präventionsstiftung) setzt sich seit 2018 mit ihrem Förderschwerpunkt „Stärkung

der Gesundheitskompetenz vulnerabler Gruppen“ für die Verbesserung der Gesundheitskompetenz in Baden-Württemberg ein. Die Stärkung von Gesundheitskompetenz zielt darauf ab, dass Menschen verlässliche Gesundheitsinformationen finden, verstehen, beurteilen und anwenden, um die richtige Entscheidung für die eigene Gesundheit treffen zu können. Die gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg stellen dafür Projektmittel durch das Präventionsgesetz zur Verfügung. Bei der Umsetzung des Förderschwerpunkts orientiert sich die Stiftung am Nationalen Aktionsplan Gesundheitskompetenz, der Faktoren bzw. Gruppen benennt – wie beispielsweise ein geringer Bildungsgrad, niedriger sozialer Status, höheres Lebensalter, sowie chronische Erkrankungen –, die die Gesundheitskompetenz beeinflussen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den Projekten der Präventionsstiftung werden in landesweiten Netzwerken verbreitet. U. a. wurden diese für die Förderung ähnlicher Projekte im Rahmen des ESF REACT-EU Programms in 2021 genutzt.

Einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz liefert auch das nationale Gesundheitsportal gesund.bund.de. Wissenschaftlich fundierte und neutrale Gesundheitsinformationen sind hier in leicht verständlicher Form aufbereitet. Die Verbreitung verlässlicher Gesundheitsinformationen ist auf Grund der großen vorhandenen Informationsmenge, insbesondere im digitalen Bereich, relevant. Deshalb wird das nationale Gesundheitsportal auf der Startseite der Internetplattform zum Gesundheitsdialog Baden-Württemberg *(www.gesundheitsdialog-bw.de)* prominent beworben.

Mit der Initiative „Mach den Impfcheck“, die in Zusammenarbeit mit dem YAEZ Verlag und der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) umgesetzt wird, trägt das Land außerdem zur Steigerung der Gesundheitskompetenz bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Bereich Gesundheitsvorsorge bei. Im Rahmen der Kampagne werden speziell für diese Zielgruppe aufbereitete Informationen zu Schutzimpfungen bereitgestellt und über den Nutzen sowie mögliche Risiken von Impfungen aufgeklärt. Dies erfolgt über verschiedene Kanäle im Internet sowie im Rahmen einer jährlich stattfindenden Schülerinnen- und Schülerdialogveranstaltung vor Ort in Schulen. Für Lehrerinnen und Lehrer wurde zudem umfangreiches Material zur Unterrichtsgestaltung zum Thema Impfen zusammen- und bereitgestellt.

Das Land Baden-Württemberg ist seit der Gründung im Jahr 2006 Mitglied des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit. Sein Ziel es ist, gesundheitliche Chancengleichheit in Deutschland zu verbessern und die Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Gruppen zu unterstützen. Dadurch ist das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in ein deutschlandweites Netzwerk eingebunden. Die dort verbreiteten Informationen zur soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung sollen zukünftig noch breiter im Bundesland bekannt gemacht werden. Seit Anfang 2022 ist auch die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Baden-Württemberg (KGC BW) beim Ministerium ansässig. Die KGC BW ist ebenfalls Teil des bundesweiten Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit und fungiert als Kompetenz- und Vernetzungsstelle auf Bundeslandebene für alle Akteure der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention. Vorbehaltlich der weiteren Förderung durch das GKV-Bündnis (Gesetzliche Krankenversicherung) für Gesundheit und der Haushaltsmittel sollen die Aktivitäten der KGC BW zukünftig weiter ausgebaut werden. Besonders die Verbreitung von Wissen über die Praxis der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung soll dabei im Fokus stehen.

Außerdem beteiligt sich das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration an der Verbreitung des StadtRaumMonitors (SRM) in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Der SRM ist ein Instrument zur partizipativen Bedarfserhebung, Priorisierung und intersektoralen Planung im Rahmen der Gesundheitsplanung und der gesundheitsförderlichen Stadt-, Gemeinde- und Quartiersentwicklung. Er basiert auf dem schottischen Instrument „Place Standard – How good is my place?“ und wurde seit 2019 in einer Kooperation des LGA mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Landeszentrum für Gesundheit Nordrhein-Westfalen auf die Rahmenbedingungen in Deutschland übertragen, inhaltlich

weiterentwickelt und ergänzt sowie in der kommunalen Praxis getestet und evaluiert. Das Instrument eignet sich in besonderer Weise, sozial benachteiligte und vulnerable Bevölkerungsgruppen zu beteiligen, indem das Instrument beispielsweise in stark benachteiligten Gebieten eingesetzt wird, und trägt so zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit bei. Außerdem hat die Evaluation der Pilotierungsphase gezeigt, dass der SRM die intersektorale Zusammenarbeit der Kommunalverwaltung unterstützt und somit zur Förderung des Health in All Policies-Ansatzes (HiAP) beiträgt, welcher von der Landesregierung vorangebracht werden soll.

Förderung der Digitalkompetenz im Bereich Gesundheit

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration förderte im Rahmen der Strategie Digitalisierung in Medizin und Pflege die Digitalkompetenz in Gesundheit und Pflege. Mit dem in Höhe von 795 000 Euro geförderten Projekt „gesundaltern@bw“ der Landesanstalt für Kommunikation im Zeitraum vom 1. März 2020 bis 30. Juni 2022 wurden vorrangig Seniorinnen und Senioren in den Blick genommen. So sollte der Gefahr entgegengewirkt werden, große Teile der Gesellschaft von der fortschreitenden Digitalisierung auszuschließen. Das Projekt umfasste einen informellen Teil mit Infoveranstaltungen und Workshops, den Aufbau von Multiplikatorennetzwerken und die Ausrichtung von Bürgerinnen- und Bürgerwerkstätten und Stakeholderkonferenzen, auch unter dem Aspekt der Quartiersentwicklung.

Die im Rahmen von „gesundaltern@bw“ geschaffenen Grundlagen, beispielsweise durch die Ausbildung von Gesundheitsbotschafterinnen und -botschaftern sowie die Entwicklung von Fortbildungen zu Videosprechstunden oder der elektronischen Patientenakte, sollen als nächsten Schritt für den ländlichen Raum fortentwickelt werden und als Basis für ein Folgeprojekt „Gesund und digital im Ländlichen Raum“ dienen. Mit dem weiterentwickelten Projekt, das vom Kabinettsausschuss Ländlicher Raum gefördert werden soll, sollen lokale Strukturen der Seniorenarbeit im Ländlichen Raum unterstützt werden, um älteren Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg in das Internet und somit die Teilhabe an der digitalen Welt zu erleichtern. Ziel ist es, Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum mit zentralen Aspekten digitaler Gesundheitsangebote (beispielsweise Telemedizin, E-Rezept, Buchung digitaler Dienstleistungen und Termine) vertraut zu machen.

Das Projekt „Förderung der digitalen Gesundheitskompetenz (Digital Health Literacy) bei Patient/-innen und Bürger/-innen in Baden-Württemberg“ der Koordinierungsstelle Telemedizin Baden-Württemberg, das im Rahmen des Forum Gesundheitsstandort BW seit dem 15. März 2021 mit ca. 2 Mio. Euro gefördert wird, bietet digitale Gesundheitsanwendungen zum Anfassen. Dabei soll ein DigitalHealth-Bus zum Einsatz kommen, der gezielt öffentliche Plätze und Einrichtungen anfährt und Inhalte transportiert. Auch die Einrichtung von Showrooms und die Etablierung von digitalen Betreuungsplattformen zur Adressierung von älteren Menschen gehören zu den Projektinhalten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen so in ihrem Alltag erreicht und für das Thema sensibilisiert und befähigt werden.

18. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um gesundheitsbezogene Forschung einerseits und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft andererseits miteinander zu vernetzen und diese zu stärken?

Ziel der Innovationspolitik des Landes ist es, den gesamten Innovationsprozess abzubilden – von der Grundlagenforschung, der wirtschaftsnahen Forschung und dem Technologietransfer hin zur weiteren Produktentwicklung und Einführung in den Markt. Das Land verfügt dabei über ein flächendeckendes und effizientes Technologietransfersystem mit mehr als 1 500 Institutionen, die offen für alle Branchen Wissen und neue Technologien aus der Forschung in die betriebliche Praxis bringen.

Beispielhaft genannt seien hier die über 30 leistungsfähigen wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen der Innovationsallianz BW, der Fraunhofer Gesellschaft und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Land, die vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus institutionell unterstützt und fachlich betreut werden. Diese Einrichtungen bilden eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und sind speziell auf die Bedürfnisse der in Baden-Württemberg stark vertretenen KMU ausgerichtet. Weiterhin spielen die Technologietransfermanagerinnen und -manager eine wichtige Rolle, die gezielt in den Regionen des Landes Unternehmen aller Branchen bei ihren Innovationsvorhaben helfen und nach geeigneten Partnern aus der Forschung suchen.

Innovationsstrategie des Landes Baden-Württemberg

Übergeordnete Themenfelder zur Ausrichtung der baden-württembergischen Technologie- und Innovationsförderung wurden mit der Innovationsstrategie des Landes festgelegt, die im Februar 2020 vom Ministerrat beschlossen wurde. Als Wachstums- und Zukunftsbereiche wurden insbesondere Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0, Nachhaltige Mobilität, Gesundheitswirtschaft sowie Ressourceneffizienz und Energiewende identifiziert, in welche Baden-Württemberg zukünftig investiert.

Unternehmen der Gesundheitswirtschaft können auch von dem bisher größten branchenoffenen einzelbetrieblichen Innovationsförderprogramm des Landes „Invest BW“ profitieren. Hier stehen für Fördermaßnahmen bis Ende 2022 insgesamt bis zu 300 Mio. Euro aus der Rücklage „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ zur Verfügung. Das Ziel von Invest BW ist die Schaffung von Anreizen vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen und Start-ups, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu erhöhen und innovative Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle schneller auf den Markt oder innovative Prozesse schneller in die betriebliche Umsetzung zu bringen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im Gesundheitsbereich

Gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren des Gesundheitswesens einschließlich der Patientenvertretungen hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die „Strategie zur Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Baden-Württemberg durch Nutzung digitaler Technologien“ (kurz: Digitalisierung in Medizin und Pflege) entwickelt. Im Rahmen der Strategie, die in die Landesstrategie digital@bw eingebettet ist, konnten inzwischen knapp 50 Projekte mit über 19 Mio. Euro gefördert werden. Gefördert wurden hauptsächlich Projekte, die in eines der vier Themenfelder Ambulante und Stationäre Versorgung, Sektorenübergreifende Versorgung, Pflege oder Personalisierte Medizin fallen.

In den kommenden Jahren möchte die Landesregierung den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Gesundheitswesen zur Verbesserung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger stärker unterstützen. Den Startschuss machte die Förderung von drei zukunftsweisenden Projekten mit insgesamt 2,5 Mio. Euro. Darunter das Projekt „KI-Translations-Initiative“ des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg, durch das unnötige Untersuchungen und Eingriffe bei verschiedenen Krebsformen vermieden werden sollen.

Häufig verbleiben KI-Anwendungen allerdings im Forschungskontext und erlangen keine Marktreife. Die Gründe sind u. a. komplexe regulatorische und technische Rahmenbedingungen sowie Vorbehalte bei Patientinnen und Patienten und dem Fachpersonal. Baden-Württemberg möchte daher den Aufbau eines Reallabors „KI im Gesundheitswesen“ initiieren und mit 2,35 Mio. Euro im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fördern. In diesem Reallabor sollen Forschende, Leistungserbringende, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie weitere Stakeholder interdisziplinär und sektorenüberwindend zusammenarbeiten, um KI im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege zu erproben und mittelfristig zu etablieren. Das Reallabor soll Möglichkeiten bieten, gesundheitsbezogene Forschung und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, aber auch die Gesell-

schaft und Politik für die Lösungsfindung zusammenzubringen. Der Förderaufruf wurde im Mai dieses Jahres veröffentlicht. Die eingegangenen Projektanträge werden derzeit geprüft und ausgewählt. Der Projektstart wird voraussichtlich im Herbst 2022 erfolgen.

Forum Gesundheitsstandort BW und Innovationscampus Health and Life Science Alliance

Mit dem im Jahr 2018 auf Initiative von Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann gegründeten „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“ ist die Landesregierung neue Wege gegangen, um eine engere Verbindung und Vernetzung der Bereiche Forschung, Gesundheitswirtschaft und -versorgung zu erreichen und Baden-Württemberg zum führenden Gesundheitsstandort zu entwickeln. Ziel des Forums ist es, Fachbereiche aufzubrechen, Grenzen zu überwinden und innovative Lösungen für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zu finden. Davon profitieren sowohl die Gesundheitswirtschaft als auch die Patientinnen und Patienten im Land. Das Forum vereint aktuell mehr als 500 Expertinnen und Experten aus Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Forschungsinstituten und Universitäten sowie Biotech-, Pharma- und Medizintechnikfirmen und Krankenkassen in Baden-Württemberg.

Um die gesundheitsbezogene Forschung und die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft im Land gezielt zu stärken, hat das Land im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort seit 2019 bereits über 100 Mio. Euro zur Förderung innovativer Projekte zur Förderung von mehr als 60 Modellvorhaben eingesetzt, die bundesweite bzw. internationale Strahlkraft besitzen. Die Projekte unterstützen Innovationen im Gesundheitsbereich und tragen maßgeblich dazu bei, gesundheitsbezogene Forschung und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft miteinander zu vernetzen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu stärken. Mit diesen Mitteln werden beispielsweise zwei große Forschungsprojekte („ZPM-Netzwerk“ und „ZPM-Zukunftskonzept“) finanziert, mit denen die Personalisierte Medizin in Baden-Württemberg zielgerichtet weiterentwickelt werden soll.

Das Forum hat mit seinen Akteuren strategische Handlungsempfehlungen für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg entwickelt. In einer ebenfalls im Forum erarbeiteten „Roadmap Gesundheitsdatennutzung“ werden Maßnahmen definiert, um mit einer effektiveren Nutzung von Gesundheitsdaten medizinische Weiterentwicklungen möglich zu machen. Derzeit werden in mehreren Arbeitsgruppen im Forum konkrete Schritte für die Erreichung dieses Zieles definiert.

Mit dem „Innovationscampus Health and Life Science Alliance“ fördert das Land die enge Zusammenarbeit unterschiedlicher Einrichtungen und Disziplinen, um schwierige Fragestellungen mit gebündelter Expertise zu beantworten. Dabei geht es auch um den Blick auf ihre medizinische Anwendbarkeit. Die beteiligten Einrichtungen arbeiten eng mit der Wirtschaft zusammen und entfalten eine Hebelwirkung auch in der Gesundheitsversorgung und der Weiterentwicklung Baden-Württembergs als führendem Standort der Medizintechnik und Pharmazeutik. Seit 2021 fördert das Land Projekte des Innovationscampus mit bis zu 40 Mio. Euro. Daneben stellt das Land mit weiteren Mitteln in Höhe von 10,7 Mio. Euro bereit, um die Vorhaben auszubauen und die Voraussetzungen zu schaffen, um den Forschungsverbund zu einem etablierten und weithin sichtbaren Leuchtturm der Lebens- und Gesundheitswissenschaften zu machen.

19. Wie wird der freie Zugang zu Gesundheits- und Medizinprodukten auf den Weltmärkten unter Darlegung der bisher erfolgten und weiter vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung heimischer (europäischer) Produktionskapazitäten sichergestellt?

Der freie Zugang zu Gesundheits- und Medizinprodukten ist gemäß den Vereinbarungen der Agenda 2030 eine gemeinsame globale Herausforderung. Die Landesregierung setzt sich vor diesem Hintergrund für einen multilateralen, regelbasierten und werteorientierten Welthandel ein und betont dazu gegenüber der EU die Notwendigkeit entsprechend ausgestalteter bilateraler und multilateraler

Handelsabkommen. Die Frage der internationalen Diversifizierung unternehmerischer Wertschöpfungs-und Lieferketten liegt dabei in unternehmerischer Verantwortung.

Zur Stärkung der heimischen Produktion trägt die Unterstützung von Unternehmensansiedlungen bei. Am 3. Mai 2022 hat die Landesregierung die Eckpunkte für die neue Ansiedlungsstrategie vorgestellt.

Die Ansiedlungsstrategie konzentriert sich zum einen auf Unternehmen aus Branchen, die für den Standort Baden-Württemberg prägend sind und weiter gestärkt werden sollen, wie z. B. Automobilwirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau sowie die Gesundheitswirtschaft. Ein weiterer Fokus wird bei der Ansiedlungsstrategie zum anderen auf Unternehmen aus dem In- und Ausland gelegt, die dynamisch wachsen und für die zukünftige Wertschöpfung von besonderer Bedeutung sind.

Internationale Kooperationen zur Versorgungssicherheit

Bereits vor der Coronapandemie wurde das Thema „Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln“ im Rahmen der Arbeitsgruppe Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung unter dem Dach des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg aufgegriffen und mit den beteiligten Akteuren diskutiert. Die Arbeitsgruppe hat im Juli 2022 erneut getagt und wird die Arbeit in den Unterarbeitsgruppen im Herbst fortführen und intensivieren. Dabei sollen insbesondere auch die Erfahrungen der Coronapandemie berücksichtigt werden und konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, die entweder direkt auf Landesebene umgesetzt werden können, oder auf Bundes- oder EU-Ebene transportiert werden müssen.

Im Zusammenhang mit einem akuten Lieferengpass hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration das Bundesministerium für Gesundheit aufgefordert, geeignete zur Sicherung von Lieferketten und Lieferengpässe zu prüfen. Dies setzt ein gutes Frühwarnsystem voraus, das auch Abhängigkeiten von einigen wenigen Zulieferern berücksichtigt. Ziel muss es sein, die Produktion in Europa zu stärken und die krisenfeste Produktion in der Preisgestaltung zu berücksichtigen. Dabei soll auch insbesondere die Sicherstellung von Generika in den Blick genommen werden.

Die Landesregierung unterstützt die Vorhaben der EU im Rahmen der Arzneimittelstrategie für Europa, die u. a. das Ziel verfolgt, durch Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen die Attraktivität des Standorts Europa zu erhöhen. In einem strukturierten Dialog mit allen Akteuren der Arzneimittelherstellung werden Schwachstellen in der globalen Lieferkette kritischer Arzneimittel ermittelt und politische Optionen zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der EU erarbeitet.

Als legislative Maßnahmen werden derzeit strengere Verpflichtungen der Industrie zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung, eine frühere Meldung von Engpässen und Rücknahmen, eine verbesserte Transparenz über Lagerbestände in der gesamten Lieferkette und eine stärkere Koordinierungsrolle der Europäischen Arzneimittelagentur bei der Überwachung und Bewältigung von Engpässen zwischen den Beteiligten erörtert. Diese Maßnahmen könnten durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ergänzt werden, beispielsweise durch verbesserte Beschaffungskonzepte und -strategien, eine gemeinsame Beschaffung kritischer Arzneimittel und eine Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Instrumenten für die nationale Preis- und Kostenerstattungspolitik. Etwaige Maßnahmen müssen dabei mit den Wettbewerbsvorschriften der EU und den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) im Einklang stehen. Die EU wird daher mit den WTO-Mitgliedern an einer Initiative arbeiten, die den Handel mit Gesundheitsprodukten erleichtern und zu einer wirksamen Reaktion im Falle einer gesundheitlichen Notlage beitragen soll.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg hat in diesem Prozess die Möglichkeit der öffentlichen Konsultation genutzt und u. a. vorgebracht, dass die Bereithaltung einer strategischen Wirkstoffreserve in-

nerhalb der EU eine geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Versorgungssicherheit, auch in Krisensituationen, darstellen könnte. Es sollten außerdem regulatorische Hürden, beispielsweise beim notwendigen Wechsel von Wirkstofflieferanten im Fall von Lieferengpässen, reduziert werden, ohne die Arzneimittelsicherheit zu gefährden. Dazu ist es jedoch notwendig, dass pharmazeutische Unternehmer in die Lage versetzt werden, Abweichungen im Wirkstoffherstellungsprozess zu erkennen und zu bewerten. Neue Herstellungstechnologien bei der Produktion von Arzneimitteln müssen gefördert und Zulassungen hierfür ermöglicht werden, um die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu Standorten mit niedrigeren Personalkosten zu verbessern. Auch soll die Möglichkeit zur Erteilung von Standardzulassungen für Deutschland erhalten bleiben. Sie haben sich in Krisensituationen bewährt, da sie eine Möglichkeit darstellen, dringend benötigte, aber nicht verfügbare Arzneimittel kurzfristig und flächendeckend herzustellen.

Die Medizintechnik-Unternehmen am Gesundheitsstandort Baden-Württemberg benötigen vor dem Hintergrund der Komplexität der europäischen Verordnungen Unterstützung in erheblichem Umfang u. a. durch die Landesbehörden. Zum einen als direkte Ansprechpartner vor Ort, zum anderen im Rahmen des Ziels der Landesregierung einer resilienten und im internationalen Vergleich konkurrenzfähigen Aufstellung des Gesundheitsstandorts Baden-Württemberg.

20. Welche „lessons learned“ ergeben sich für die Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt aus der Coronapandemie hinsichtlich des Umgangs mit Gesundheitskrisen, insbesondere auch in Fragen von Art und Zeitpunkt der Kommunikation?

Im Hinblick auf Gesundheitskrisen wie die Coronapandemie nimmt die Kommunikation eine entscheidende Rolle ein. Selbstverständlich ist die öffentliche Kommunikation immer abhängig von komplexen politischen Entscheidungsprozessen und findet auf vielen Ebenen und in zahlreichen Diskursräumen statt (Pressearbeit, Onlinekommunikation, Hotline und Bürgeranfragen, Stakeholder-Dialoge, Verbändeschalten etc.). Eine Herausforderung während der Coronapandemie bestand hier insbesondere in der häufig auftretenden Vielstimmigkeit von Diskussionen zwischen Bund und Ländern, einzelnen Ländern untereinander sowie teils sehr stark divergierenden Debattenbeiträgen von Expertinnen und Experten, die eine konsistente Kommunikation mit klaren Handlungsempfehlungen erschwerte. Hinzu kam, dass sich die Lage oft binnen Stunden mehrfach veränderte.

Festhalten lässt sich deshalb, dass sich komplexe Kommunikationsprozesse – z. B. über Social Media oder andere Onlinekanäle – auch in der personellen Ausstattung der betroffenen Ressorts (gerade in Krisenzeiten) wiederspiegeln müssen. Es braucht entsprechend ausgebildete Mitarbeitende (Umgang mit Content-Management-Systemen, Erstellung von Grafiken mit Programmen, Verständnis für Pressearbeit und Onlinekommunikation unter enormem Zeitdruck, vertrauensbildende Maßnahmen in Richtung Medien, Hintergrundgespräche etc.), die sich durch Abordnungen aus anderen Bereichen nur durch eine lange Einarbeitungsphase ausfüllen lassen. Als sinnvoll erweist sich deshalb – gerade in weltumspannenden Krisen wie der Coronapandemie – eine schnell einzurichtende, zentrale Kommunikationseinheit, die sich aus entsprechend geschulten Vertreterinnen und Vertretern von Pressestellen anderer Ministerien bzw. Behörden zusammensetzt. Hierfür ist in der Stabsarbeit die Einrichtung des Verwaltungsstabsbereichs 3 »Bevölkerungsinformation und Medienarbeit (BuMA)« in den jeweiligen Zusammensetzungen vorgesehen.

COVID-19-Schutzimpfung und Impfkampagne des Landes Baden-Württemberg

In gesundheitlichen Krisen spielen insbesondere eine gute Vernetzung mit den relevanten Akteuren (z. B. KVBW, LÄK, Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW), Landeszahnärztekammer (LZK), LAV, LAK, kommunale Landesverbände) sowie ein entsprechendes Erwartungsmanagement der Bevölkerung eine zentrale Rolle. So wurde gleich zu Beginn der Coronapandemie die Arbeitsgruppe Umsetzung Impfen (AGUI) mit allen relevanten Akteuren im Land unter der Leitung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und

Integration ins Leben gerufen. Die AGUI ermöglichte zum einen, die zum Teil sehr dynamischen Vorgaben des Bundes vor Ort in allen Stadt- und Landkreisen zügig umzusetzen. Zum anderen ermöglichte die AGUI, die vor Ort entstandenen Herausforderungen entweder an den Bund zu kommunizieren oder auf Landesebene zu lösen.

Die Impfstoffknappheit im ersten und in Teilen des zweiten Quartals 2021 machte zunächst eine Impfpriorisierung erforderlich. Impftermine waren lange Zeit nur in geringer Anzahl verfügbar, sodass besonders vulnerablen Gruppen zuerst ein Impfangebot gemacht wurde. Gerade in solchen Situationen ist eine klare Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, um die Erwartungshaltung entsprechend anzupassen.

Seit dem Beginn der landesweiten Impfkampagne im Juli 2021 hat das Land seine Kampagne daher bereits auf Maßnahmen und Kanäle ausgerichtet, die auf eine bedarfsgerechte, an der Bevölkerungszusammensetzung orientierte Informationen statt auf verkürzte Impfappelle setzen. Hierzu werden alle Informationen und Veranstaltungshinweise sowohl mit klassischen als auch mit digitalen Mitteln verbreitet. Ebenso verfolgt die Kampagne den Community Ansatz. So wendet sich das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration an Verbände, Vereine und andere Zusammenschlüsse wie Heimat-, Narren- und Trachtenverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen, die kurdische und die alevitischen Gemeinde etc. Bei der Umsetzung geht um niedrigschwellige, zielgerichtete Ansprache. Hierfür stellt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration den Akteuren und den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort entsprechende Instrumente zur Verfügung. Beispielhaft sei hier auf die Austauschrunde mit den im Geflüchtetenbereich haupt- und ehrenamtlich Aktiven (z. B. Integrationsmanagerinnen und -managern) hingewiesen.

Zur direkten Information fanden mittlerweile über zehn Informationsveranstaltungen statt, die sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet haben, teils mit hoher Beteiligung von über 3 000 Teilnehmenden.

Die Kampagneninformationen sind bereits auf dreizehn Sprachen abrufbar, sodass möglichst viele Menschen erreicht werden können.

Dieses Vorgehen hat sich bewährt und die Erfahrungen können für weitere Krisen genutzt werden.

Ambulante ärztliche Versorgung

Die ambulante ärztliche Versorgung hat wesentlich zur erfolgreichen Bekämpfung der Coronapandemie beigetragen: Rund 85 Prozent der COVID-19-Patientinnen und -Patienten wurden und werden in Baden-Württemberg durch niedergelassene Vertragsärztinnen und -ärzte und medizinische Fachangestellte behandelt. Der Erfolg der Test- sowie Impfkampagnen ist in hohem Maße auch auf die Unterstützung des ambulanten ärztlichen Sektors zurückzuführen.

Die in der Coronapandemie bewährte enge Abstimmung mit externen Partnern (z. B. im Rahmen der AG Corona) soll beibehalten werden. Auch künftig dürfte ein zentraler Fokus auf der Personalsituation in den Krankenhäusern liegen: Das bestehende Personal muss gehalten werden, während zusätzlich neues Personal gewonnen wird. Außerdem sollten sektorenübergreifende Lösungen optimiert werden. Die Landeskrankenhausplanung wird perspektivisch weiterentwickelt und die Erkenntnisse aus der Coronapandemie werden ebenfalls mit einfließen.

Langzeitpflege und Eingliederungshilfe

Das Land hat bereits im April 2020 aus Anlass der Coronapandemie die Taskforce Langzeitpflege und Eingliederungshilfe (TFLE) eingerichtet. In der Taskforce sind neben dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration u. a. die Verbände der Leistungserbringer (Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. (LIGA), BWKG, Bundesverband privater Anbieter sozialer

Dienste e. V. [bpa]), die Landesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. (LAG WfbM), die Landesbehindertenbeauftragte, die kommunalen Landesverbände, der Landesseniorenrat, Vertreterinnen und Vertreter der Pflegewissenschaft und Pflegekassen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gesundheitsämtern vertreten.

Die Taskforce befasst sich mit aktuell und zukünftig notwendigen Schutzmaßnahmen für vulnerable Personengruppen in der Langzeitpflege und Eingliederungshilfe wie auch mit flankierenden Schritten zur (Re-)Normalisierung des täglichen Lebens für die in besonderer Weise durch Schutzmaßnahmen betroffenen Personengruppen. Aus der Taskforce heraus wurde die „Studie zur aktuellen Lage in Einrichtungen der stationären und ambulanten Langzeitpflege in Baden-Württemberg (LACOVID-BA-WÜ2020) von Frau Prof. Dr. Astrid Elsbernd von der Hochschule Esslingen initiiert. Die Studie dokumentierte und analysierte die aktuelle pandemische Situation und deren Auswirkungen auf die Langzeitpflege und entwickelte Empfehlungen in verschiedenen Themenblöcken wie z. B. der gesellschaftlichen Sichtbarkeit der (Pflege-)Arbeit und der Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner, der personellen Ausstattung in der Langzeitpflege oder der Reduzierung von Bürokratie sowie der Verbesserung der Kommunikation aller an der Pandemiebewältigung Beteiligten. Ausgehend von den Empfehlungen der Studie wurden in der Taskforce drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich der Problemfelder Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern, ärztliche Versorgung in Pflegeheimen und Verbesserung der Kommunikation aller Beteiligten und Digitalisierung annehmen.

Die Taskforce Langzeitpflege und Eingliederungshilfe hat sich in der Coronapandemie als wichtiges Format bewährt, um die Krisenlage multidisziplinär unter Einbeziehung aller relevanten Akteure zu bewerten und praxistaugliche Lösungen zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen zu finden. Aus Sicht der Landesregierung ist es sinnvoll, für den Bereich der Langzeitpflege und Eingliederungshilfe auch bei der Bewältigung künftiger Krisen auf das bewährte Taskforce-Format zurückzugreifen.

Integration und Antidiskriminierung

Im Zuge der Coronapandemie hat sich die Bedeutung zielgruppenspezifischer Kommunikation immer deutlicher herauskristallisiert. Im Integrationsbereich bedeutet dies zunächst die Bereitstellung von mehrsprachigen Informationsangeboten. Darüber hinaus müssen spezifische Kommunikationskanäle bedient werden, um Menschen zu erreichen, die weder klassische Medien noch soziale Medien konsumieren. Des Weiteren ist im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der kommunizierten Inhalte von großer Bedeutung, wer die Inhalte kommuniziert. Dies ist vor allem wichtig, um geschlossene Milieus zu erreichen, nicht zuletzt, damit sich dort keine Narrative verfestigen, die aus fragwürdigen Quellen stammen. Daher ist es essenziell, frühzeitig gruppenspezifische, mehrsprachige Kommunikationsansätze über einschlägige Kommunikationskanäle und Medien mithilfe von Personen mit Standing und Glaubwürdigkeit innerhalb spezifischer Communities anzugehen. Dieses Vorgehen hat sich im Rahmen der Coronapandemie bewährt und die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dahingehend als äußerst wertvoll erwiesen.

In Bezug auf das Handlungsfeld Antidiskriminierung besteht die Notwendigkeit, beim Umgang mit Gesundheitsrisiken diskriminierungssensible Aspekte stets mit zu berücksichtigen. Dies betrifft sowohl die Ausgestaltung entsprechender Regelungen und weiterer Maßnahmen als auch eine proaktive und zielgruppenspezifische Kommunikation.

Kinder, Jugendliche und Familien

Im Mai 2021 führte das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ein eigenes Jugendhearing mit über 200 Kindern und Jugendlichen aus Baden-Württemberg durch, beim dem die Belange und besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Krise erörtert wurden. In Folge des Hearings wurde deut-

lich, dass Kinder und Jugendlichen insbesondere auch im Krisenfall soziale Kontakte zu Gleichaltrigen und Freiräume brauchen. Daher war es stets eine Leitlinie des Ministeriums, entsprechende Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit auch bei hohen Infektionszahlen zu ermöglichen.

Neben der Aufrechterhaltung des Zugangs ist stets zu prüfen, inwieweit Personengruppen, die besonders belastet sind, in Krisen zielgerichtet zusätzlich unterstützt werden können (vgl. Frage I. 2, Beitrag zu präventiven Angeboten in der Kinder- und Jugendhilfe).

Um gefährdete Gruppen gerade in Gesundheitskrisen zuverlässig zu erreichen, ist der Auf- und Ausbau digitaler Strukturen einschließlich sicherer Kommunikationskanäle notwendig. Des Weiteren ist in der Krisenkommunikation darauf zu achten, dass Informationen gezielt für Kinder und Jugendliche, auch für jene mit eingeschränkten Deutschkenntnissen oder Lesekompetenzen, aufbereitet und über Kanäle verbreitet werden, über die diese Gruppen zuverlässig erreicht werden.

21. Bestehen Auswertungen der Pandemieerfahrungen nach Communities/Herkunftsländern, unter Angabe der Erfahrungswerte zur Rückkoppelung der Impfentscheidung u. ä. nach sozio-kulturellen sowie religiösen oder anderen Aspekten?

Die Impfungen zur COVID-19-Schutzimpfung sind diskriminierungsfrei gestaltet. Daher liegen der Landesregierung hierfür keine Daten vor.

22. Welche Konzeptionen für die Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachbarstaaten (etwa Frankreich und der Schweiz) bestehen für weitere Gesundheitskrisen unter Darlegung der konkreten diesbezüglichen Lehren aus der Pandemie?

Die Pandemie hat in exemplarischer Weise die überaus engen, tagtäglichen Verflechtungen im Grenzraum zu Frankreich und zur Schweiz aufgezeigt, wo heute erfolgreiche gemeinsame Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensräume bestehen. Die offenen Grenzen wurden vielfach im Alltag gar nicht mehr als solche wahrgenommen. Die Einführung von Grenzkontrollen durch den Bund zu Beginn der Pandemie hat diese Räume – wie sich nicht zuletzt auch in zahlreichen Bürgerschreiben niedergeschlagen hat – zunächst schlagartig getrennt, mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft, Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie die Bevölkerung der Grenzgebiete.

Grenzraum Schweiz

(Informationen zu den trinationalen Projekten TRISAN und EpiRhin unter Grenzraum Frankreich)

In einer sehr engen Abstimmung mit den französischen und Schweizer Partnern konnte die Landesregierung in der Folge zahlreiche pragmatische Verbesserungen für die Grenzregionen erreichen, insbesondere die Einführung der sogenannten 24-Stunden-Regel, die einen funktionierenden Grenzverkehr ermöglichte (keine Quarantänepflicht, wenn die Grenze insbesondere aus beruflichen, schulischen, medizinischen, pflegerischen oder familiär bedingten Gründen überquert wurde).

Durch flexible Formate und einen kurzen Draht in zahlreichen regelmäßigen, vom Staatsministerium initiierten Telefon- und Videoschalten im Grenzraum zur Schweiz, an denen alle betroffenen Landes- und Bundesstellen (z. B. Bundesministerium des Innern, Auswärtiges Amt), die Landkreise, die Grenzkantone und Schweizer Bundesstellen (z. B. die eidgenössische Botschaft in Berlin und das Generalkonsulat in Stuttgart) beteiligt waren, konnten konkrete Anliegen aus der Grenzregion, die Planung der Pandemiemaßnahmen (z. B. der notwendigen Testverfahren) und die grenzüberschreitende Kommunikation in der Pandemie abgestimmt werden.

Zwar waren die Pandemiemaßnahmen weiterhin national bzw. landesspezifisch und teilweise auch unterschiedlich ausgerichtet, doch konnten Bürgerinnen und Bürger zügig und transparent informiert werden. Hierzu leisteten die grenzüberschreitenden Beratungsstellen INFOBEST und die Regierungspräsidien in Freiburg und Karlsruhe einen unverzichtbaren Beitrag (interaktives COVID-Einreisetool u. v. a.). Das Land hat sich auch für weitere Verbesserungen der Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung eingesetzt, beispielsweise die Kompatibilität der deutschen und der Schweizer Corona-Warn-App. In digitalen grenzüberschreitenden Bürgerdialogen kamen die Bürgerinnen und Bürger zur Pandemiesituation zu Wort. Als Beispiele sei auf die beiden virtuellen grenzüberschreitenden Bürgerdialoge am 17. und 25. Juni 2020 hingewiesen, die das Staatsministerium in Kooperation mit dem Kanton Aargau und der Hochrheinkommission durchgeführt hat.

Die Pandemie hat den unschätzbaren Wert offener Grenzen deutlich gemacht und den Anstoß dafür gegeben, die Abstimmung im Deutsch-Schweizer Grenzraum auch mit den Bundesstellen in Berlin und Bern weiter zu vertiefen, um Themen der Grenzregion voranzubringen. So wird die vom Staatsministerium initiierte Deutsch-Schweizer Videoschalte zur Pandemieentwicklung weitergeführt, wobei der zeitliche Rhythmus stets der Pandemieentwicklung angepasst wird.

Das Auswärtige Amt in Berlin und das Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern haben federführend am 17. Mai 2022 in Schaffhausen erstmals ein Pilottreffen für einen bilateralen «Deutsch-schweizerischen Dialog über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit» durchgeführt, der neben dem Gesundheitsbereich weitere Themen (EU-Schweiz-Beziehungen, Schienen- und Straßenverkehr, Zoll, Landwirtschaft, Nachhaltigkeit, Sicherheit) behandelte und das Land beteiligte. Die Landesregierung begrüßt diesen Dialog der nationalen Ebenen, da hier wichtige Themen des Deutsch-Schweizer Grenzraumes eine verstärkte Beachtung und Förderung in den Hauptstädten erhalten.

Grenzraum Frankreich

Seit Beginn der Coronapandemie und Inkrafttreten des ersten Lockdowns pflegen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie die Nachbarregion Grand Est, die Präfektur Grand Est und verschiedene Bundesbehörden einen regelmäßigen Austausch zum Pandemiegeschehen. Erörtert wurden in der Anfangsphase beispielsweise Fragen des Grenzübertritts, insbesondere für Pendlerinnen und Pendler, im Bereich der Sorgerechtsausübung und Pflege, Verlegung von Patientinnen und Patienten, Gestaltung von Einreiseverordnungen, Impf- und Testregime im Hinblick auf die Aufrechterhaltung grenzüberschreitend tätiger Arbeitskräfte und Infrastruktur. Die Schaltkonferenzen waren in der Anfangsphase als Koordinierungskreis zur Krisenreaktion und später zunehmend zum Informationsaustausch konzipiert. Inzwischen kommt die Runde ad hoc bei besonderer Zuspitzung der Pandemie oder größeren Entwicklungen in Deutschland oder Frankreich zusammen.

Die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass der Oberrhein in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht als gemeinsamer Lebensraum verstanden wird. Dies gilt insbesondere auch für die Inanspruchnahme von gesundheitlichen Dienstleistungen. Verbunden mit den steigenden Anforderungen durch den demografischen und klimatischen Wandel wird es in den kommenden Jahren zunehmend wichtiger, sich mit den Fragestellungen einer grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung auseinanderzusetzen.

Dementsprechend gilt es Strukturen und Projekte, die sich mit der Gesundheitsplanung und Krisenreaktion in der Oberrheinregion befassen, auf Basis der Erfahrungen zu prüfen, und im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel zu verstetigen und weiter zu entwickeln, so etwa das Projekt TRISAN, ein trinationales Kompetenzzentrum mit dem Ziel, die Gesundheitskooperation am Oberrhein zu unterstützen. Das bisher als INTERREG Projekt finanzierte trinationale Kompetenzzentrum TRISAN hat sich nicht zuletzt in der Coronapandemie durch seine Wissensvermittlung und Koordinierungsfunktion bewährt. Da die bestehenden Grenzen zu Frankreich und der Schweiz im Alltag der Menschen vor der Pan-

demie kaum noch wahrnehmbar waren, hat sich die rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger durch die Behörden im Grenzraum und die Vernetzung der Behörden über Ländergrenzen hinweg in der Pandemiezeit als sehr wichtig erwiesen.

Early Warning Response System, EpiRhin-Expertengruppe und weitere Formate des trinationalen Expertenaustauschs zu „Best Practices“

Für die schnelle Kommunikation und Koordination von grenzüberschreitenden Infektionsgeschehen und somit um seitens der EU schnell und wirksam auf Ereignisse (inklusive Notfälle) im Zusammenhang mit relevanten übertragbaren Krankheiten und besonderen Infektionsgeschehen reagieren zu können, wurde gemäß Artikel 8 des Beschlusses Nr. 1082/2013/EU das Early Warning Response System (EWRS) als EU-weites Schnellwarnsystem zur Meldung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren eingerichtet.

Das EWRS wurde bereits erfolgreich bei früheren Ausbrüchen von SARS, Influenza-Pandemien des Typs A (H1N1), Ebola, Zika, COVID-19 und anderen grenzüberschreitenden Ausbrüchen übertragbarer Krankheiten für Warnungen, Informationsaustausch und die Koordinierung von Maßnahmen eingesetzt.

Während jeder Mitgliedstaat sein eigenes nationales System zur Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten einsetzt, ermöglicht dieses webgestützte System zum vertraulichen Austausch von Informationen eine ständige Verbindung zwischen der Europäischen Kommission und den auf nationaler Ebene zuständigen Behörden („für das EWRS zuständige Behörden“). Die EU-Länder können rechtzeitig und auf sichere Weise auf schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren reagieren; sie können Warnungen übermitteln, Informationen austauschen und nationale Maßnahmen koordinieren. Das EWRS wird daher häufig eingesetzt, um Ausbrüche von Krankheiten zu melden, Informationen auszutauschen und die Koordination von Maßnahmen zwischen den Beteiligten zu erörtern. Das EWRS wird vom ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control) betrieben. Die Kommunikation und Koordination im Rahmen der EWRS erfolgt über die nationalen Gesundheitsbehörden. In Deutschland ist das RKI zuständige Behörde für das EWRS.

Die für das EWRS zuständigen Behörden oder die Europäische Kommission übermitteln eine Warnmeldung, wenn eine schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahr für den betreffenden Ort oder Zeitpunkt ungewöhnlich oder unerwartet ist, für eine erhebliche Morbidität oder Mortalität verantwortlich ist oder rasch anwächst, die nationalen Reaktionskapazitäten überschreitet und mehr als ein EU-Land betrifft und eine koordinierte Reaktion auf Unionsebene erfordert.

Im Rahmen der Coronapandemie hat die EU bereits weitere Maßnahmen zur Stärkung der grenzüberschreitenden Gefahrenabwehr von Infektionsgeschehen ergriffen. Um der Krise entgegenzuwirken, wurden zwei bestehende Behörden der EU gestärkt: die European Medicines Agency und das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC). Außerdem wurde ein neuer, kommissionsinterner Dienst gegründet, die Health Emergency Preparedness and Response Agency (HERA), um eine schnelle und flexible Antwort zu gewährleisten.

Neben dem Netzwerk EWRS wurde in Baden-Württemberg im Rahmen der EpiRhin-Expertengruppe gemeinsam mit den angrenzenden Partnern der Schweiz und Frankreichs ein Konzept zur Beobachtung lokaler Infektionsgeschehen im angrenzenden Ausland erarbeitet. EpiRhin ist ein grenzüberschreitendes trinationales Warnsystem für übertragbare Erkrankungen Es hat zum Ziel, die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen Grenzregionen in Baden-Württemberg, Frankreich und der Schweiz zu intensivieren und die schnelle Kommunikation zu biologischen Lagen zu ermöglichen. Die Expertengruppe EpiRhin ist in der AG Gesundheit der Oberrheinkonferenz angesiedelt. Das Netzwerk EpiRhin hat sich während der Pandemie bewährt und soll weiter gestärkt werden. Zur Verbesserung des Informationsaustausches sollen feste Austauschformate vereinbart wer-

den. Kontaktstellen für den Informationsaustausch sind neben den regionalen Gesundheitsbehörden die von den jeweiligen Ländern benannten Ansprechpartner.

Ebenso haben ab März 2020 und während der ganzen Coronapandemie Expertinnen und Experten und Behörden der Grenzgebiete des Oberrheins und der Großregion Daten über ihre jeweilige sanitäre Lage, die getroffenen sowie geplanten Maβnahmen und Aktionen zur Kontrolle der Epidemie und zur Bewältigung des Zustroms von schwerwiegenden Fällen, die gemeinsam vorgeschlagen werden können, die „Best Practices“ ausgetauscht. Die Folgen der getroffenen Maβnahmen von einem Staat auf das Alltagsleben der Grenzpendlerinnen und -pendler wurden besprochen und, wenn nötig, angepasst.

Diese Austausche wurden auf verschiedenen Ebenen organisiert, etwa unter der Leitung der Präfektin der Region Grand Est mit der Unterstützung der Agence Régionale de Santé, im Rahmen der Einrichtungen der Kooperationsräume Oberrhein und Großregion sowie im Zusammenhang mit dem Deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom Aachener Vertrag.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 2942**

17. Wahlperiode **25.7.2022**

Große Anfrage

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

und

Antwort

der Landesregierung

Erste Bestandsaufnahme anlässlich der Einsetzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zu den Bereichen Organisation und Krisenmanagement

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Organisation und Akteure

1. Welche Aussagen kann die Landesregierung dazu treffen, wie derzeit die Krisenvorsorge, die Krisenfrüherkennung und die Krisenbewältigung im Land (ggf. in den Gemeinden) organisiert sind?

2. Welche Rolle kommt dabei insbesondere staatlichen Einrichtungen und Behörden, spezialisierten Organisationen, der Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft und Ehrenamtlichen zu?

3. Welche aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für das Risiko- und Krisenmanagement bestehen aus Sicht der Landesregierung mit Blick auf eine sich verändernde Bedrohungslage?

4. Gibt es in Baden-Württemberg Netzwerke, einen regelmäßigen Austausch oder andere Formen der Vernetzung für staatliche wie nichtstaatliche Akteure der Krisenfrüherkennung, Krisenvorsorge und Krisenbewältigung und wenn ja, welche?

5. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung umgesetzt oder geplant hinsichtlich des Bevölkerungsverhaltens sowie zu (Informations-) Bedarfen und Selbstschutzkompetenzen in Krisen?

6. Welche Anforderungen stellt die Landesregierung an unterschiedliche Krisenstäbe und Akteure auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen zur Operationalisierung der Erkenntnisse zum Bevölkerungsverhalten?

Eingegangen: 25.7.2022 / Ausgegeben: 28.9.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

7. Sieht die Landesregierung die Erarbeitung von Muster-Notfallplänen für sinnvoll an, zu welchen Katastrophen-Szenarien verfügt das Land über Muster-Notfallpläne für die unteren Katastrophenschutzbehörden (tabellarische Auflistung) und kann die Landesregierung sicherstellen, dass in allen Gemeinden und Landkreisen Notfallpläne existieren und wenn dies nicht der Fall ist, sieht die Landesregierung diesbezüglichen Handlungsbedarf?

8. Welche rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen sind zur Einbindung von Spontanhelferinnen und Spontanhelfern vorhanden oder geplant?

9. Welche Ausbildungen, Schulungen, Fort- und Weiterbildungen finden in Baden-Württemberg statt, um in Krisensituationen verantwortliche Akteure zu schulen und zu unterstützen?

10. Wie kann eine wohnortnahe Ausbildung der Kräfte von Feuerwehren und im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen sichergestellt werden, welche Kapazitäten und Ausstattungen stehen dafür zur Verfügung und sind diese aus Sicht der Landesregierung ausreichend?

11. Welche Maßnahmen der Landesregierung sowie der Landesverwaltung in Baden-Württemberg sind umgesetzt oder geplant, um die Resilienz (technisch, organisatorisch und mental) der Einsatzkräfte der verschiedenen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zu stärken (bitte differenziert nach Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutzbehörden des Landes und privaten Hilfsorganisationen)?

12. Wie werden bezüglich der Vorbereitung auf und des Umgangs mit Krisen Bürgerinnen und Bürger beteiligt bzw. zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertinnen und Experten eingebunden?

13. Wie können die im Bevölkerungsschutz bestehenden Strukturen mit den Strukturen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft besser verbunden werden?

14. Welche Szenarien müssen aus Sicht der Landesregierung in diesem vorgenannten Zusammenhang regelmäßig geübt werden (Ausfall von KRITIS-Unternehmen, Terroranschläge, etc.)?

15. Welche Maßnahmen werden seitens des Landes ergriffen, damit in Krisen der Betrieb von Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag aufrechterhalten werden kann (vgl. Drucksache 17/1816, Abschnitt III Ziffer 2.i)?

16. Wie sind derzeit der Datenaustausch und die krisenbezogene Information über relevante Daten (Dashboards etc.) im Krisenfall seitens der zuständigen Akteure organisiert?

17. Welche Maßnahmen sind umgesetzt oder geplant, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Unterstützung im Krisenfall zu stärken?

18. Welche Maßnahmen und Vorhaben gibt es hierzu insbesondere für die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union?

II. Krisenkommunikation und Logistik

1. Wie kann die Bevölkerung flächendeckend vor möglichen Gefahren gewarnt werden (digital und analog) und welche Aufgaben haben aus Sicht der Landesregierung die Gemeinden, das Land oder der Bund zur Schaffung einer flächendenkenden und funktionierenden Warn-Infrastruktur zu erledigen?

2. Welche Bedeutung kommt nach Auffassung der Landesregierung der Risiko- und Krisenkommunikation zu?

3. Welche unterschiedlichen Formate und Wege nutzt die Landesregierung in Abhängigkeit von verschiedenen Krisen, um in Kommunikation mit der Bevölkerung zu treten?

4. Bietet beispielsweise die Digitalisierung Möglichkeiten, neue Wege der Krisenkommunikation zu erschließen?

5. Was sind aus Sicht der Landesregierung die Vor- und Nachteile einer zentralen und dezentralen Lagerung von Schutzmaterial und wie verhält es sich bei in der Haltbarkeit eingeschränkten Verbrauchsgütern?

III. Lehren aus krisenbehafteten Lagen

1. Wie hat sich die Organisation der Krisenvorsorge, der Krisenfrüherkennung und der Krisenbekämpfung im Land aufgrund der Coronapandemie (ggf. auch aufgrund anderer krisenhafter Lagen) verändert?

2. Welche Schlüsse lassen sich aus dem Vergleich von Coronapandemie und Bewältigung der Folgen des Kriegs in der Ukraine für Baden-Württemberg hinsichtlich der Organisation der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im Land ziehen?

21.7.2022

Andreas Schwarz, Krebs

und Fraktion

Hagel, Dr. Miller

und Fraktion

Begründung

Ziel der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist es, der Frage nachzugehen, welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen notwendig sind, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um vor uns liegende Krisen zu bewältigen (siehe Einsetzungsantrag, Drucksache 17/1816). Entsprechend sollen in der Enquetekommission in den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten sowie global vernetzter Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeiten. Dabei soll sich die Kommission auf Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Mit dieser Großen Anfrage geht es uns darum, zu Beginn der Arbeit der Enquetekommission eine erste Bestandaufnahme vorzunehmen und bestehende Informationsgrundlagen, wie z. B. Drucksache 16/8175, zu aktualisieren.

Diese zweite Bestandsaufnahme fokussiert auf das zweite Themenfeld Staat und Verwaltung. Sie soll dazu beitragen, eine gemeinsame Ausgangsbasis und ein gemeinsames Verständnis für den Status quo zu schaffen, also eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Organisationsstrukturen und Institutionen aktuell in Baden-Württemberg vorhanden sind, um vor Krisen zu warnen und in Krisen zu handeln.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 14. September 2022 Nr. STM14-140-1/4/18:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Mit Schreiben vom 7. September 2022 Nr. IM6-1441-75/1/23 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

I. Organisation und Akteure

1. Welche Aussagen kann die Landesregierung dazu treffen, wie derzeit die Krisenvorsorge, die Krisenfrüherkennung und die Krisenbewältigung im Land (ggf. in den Gemeinden) organisiert sind?

Zu 1.:

Die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung obliegen allen Ressorts des Landes je nach deren jeweiliger fachlicher Betroffenheit von einem Krisenereignis. Hierbei gilt der Grundsatz, dass die Ressorts auch bei Krisen für die erforderlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung in ihrem Zuständigkeitsbereich zuständig bleiben und neben der fachlichen Krisenvorsorge auch entsprechende Vorsorgemaßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in Krisensituationen treffen.

Gerade in krisenhaften Situationen, die sich durch besonderen Zeitdruck, durch nicht regelhafte Situationen und durch besondere Gefahren sowie deren Brisanz auszeichnen, müssen diejenigen die Entscheidungen treffen, denen dies im täglichen Handeln obliegt und die die rechtlichen sowie ressortspezifischen Zuständigkeiten innehaben. Sie sind am besten in der Lage, die Gesamtzusammenhänge umfassend zu bewerten und die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Grundlage hierfür ist ein im alltäglichen Arbeits- beziehungsweise Dienstgeschäft entwickeltes Bewusstsein für eine gemeinsame und ressortübergreifende Verantwortung im Risiko- und Krisenmanagement.

Auch die Einberufung von Stäben ändert nichts an der rechtlichen und fachlichen Zuständigkeit. Stäbe dienen regelhaft dazu, das in der Alltagsverwaltung erprobte Verwaltungshandeln zu beschleunigen. Hierzu sind allen Beteiligten zeitnah aktuelle Lagebilder zu übermitteln, Kommunikationskanäle zwischen den zuständigen Bereichen zu etablieren, gemeinsame Ziele zu erarbeiten und eine einheitliche Kommunikation zu gewährleisten. Die rechtlichen und fachlichen Zuständigkeiten bleiben hiervon unberührt.

Das Referat „Krisenmanagement“ im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen berät und unterstützt die Ressorts, Regierungspräsidien und Sonderbehörden des Landes beim Aufbau einer dauerhaften Krisenmanagementstruktur im eigenen Haus, um die Resilienz und Anpassungsfähigkeit der Landesverwaltung auch in Krisenzeiten aufrechterhalten zu können. Hierzu gehören auch regelmäßige Übungen wie beispielsweise die länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagementübungen der LÜKEX-Reihe (auf die Antworten zu den Fragen I.4 und I.14 wird verwiesen). Auf Landesebene findet eine enge Vernetzung der für das Krisenmanagement in den Ressorts Verantwortlichen unter Leitung des Referats „Krisenmanagement“ des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen statt.

Entscheidender Erfolgsfaktor eines zielgerichteten Krisenmanagements ist neben einer entsprechenden Krisenvorsorge das rechtzeitige Erkennen krisengeneigter Situationen. Daher ist es auch Aufgabe des Referats „Krisenmanagement“, die Lage in Baden-Württemberg, Deutschland und der Welt im Hinblick auf die Entwicklung potenzieller beziehungsweise anwachsender Krisen, die Auswirkungen auf Baden-Württemberg haben könnten, zu beobachten, sie gemeinsam mit dem fachlich hauptbetroffenen Ressort hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Land

zu analysieren und die jeweils zuständigen Stellen möglichst frühzeitig zu informieren, damit diese präventiv entgegensteuern können.

Eine professionelle und effiziente Gefahrenabwehr und ein zielgerichtetes Krisenmanagement verlangen nach einem schnellen, planvollen und koordinierten Zusammenwirken sowie einem einheitlichen Führungsverständnis aller Entscheidungsebenen. In Baden-Württemberg besteht daher bereits seit 2004 ein durchgängiges und bewährtes System zur Bildung von Verwaltungs- und Führungsstäben auf den verschiedenen Verwaltungsebenen von den Ministerien über die Regierungspräsidien und Landratsämter bis hin zu den Gemeinden. Berücksichtigt wurden die von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) im November 2003 gebilligten bundeseinheitlichen „Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ-organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe VwS)“, die damals maßgeblich von Baden-Württemberg mit entwickelt wurden.

Beispielhaft sei der Aufbau der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) der Landesregierung bei der besonders herausfordernden Krisenlage der SARS-CoV-2-Pandemie dargestellt.

Lenkungsgruppe

Zur Bewältigung des Infektionsgeschehens im Zusammenhang mit der durch das Coronavirus entstandenen Pandemie setzte der Ministerrat mit Beschluss vom 13. März 2020 die Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei ein. Die Lenkungsgruppe hat den Auftrag, den Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Baden-Württemberg sicherzustellen und dabei möglichst die Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft in einem erträglichen Rahmen zu halten. Hierzu fasst die Lenkungsgruppe unter Beachtung rechtlicher Vorgaben alle notwendigen exekutiven Beschlüsse, um eine Eindämmung des Infektionsgeschehens zu erreichen sowie die medizinische Versorgung in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

Mitglieder der Lenkungsgruppe sind die Amtschefs der besonders betroffenen Ressorts, weitere Amtschefs werden bei Bedarf hinzugezogen; ebenso waren die kommunalen Landesverbände situativ in der Lenkungsgruppe vertreten. Im Staatsministerium wurde eine Geschäftsstelle der Lenkungsgruppe eingerichtet. Die administrative Unterstützung der Lenkungsgruppe erfolgt durch den vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen geleiteten Interministeriellen Verwaltungsstab.

Interministerieller Verwaltungsstab

Ein gemeinsamer Verwaltungsstab der Ministerien (Interministerieller Verwaltungsstab – IVwS) wird gebildet, wenn zur Bewältigung eines außergewöhnlichen Ereignisses einschließlich des Katastrophenfalls eine ressortübergreifende Zusammenarbeit geboten ist. Die Leitung des IVwS obliegt grundsätzlich dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen.

Zur Koordinierung und schnellen Herbeiführung von ressortübergreifenden Maßnahmen zur Bewältigung der Coronapandemie wurde der IVwS am 26. Februar 2020 einberufen. Dieser erarbeitet und empfiehlt Maßnahmen, um ein einheitliches und koordiniertes Handeln der Ressorts zu gewährleisten. Geleitet wird der IVwS zur Bewältigung der Coronapandemie vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Die Geschäftsführung obliegt der Leitung der Abteilung „Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement und Verfassungsschutz“ im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Mitglieder sind alle Ministerien. Die Regierungspräsidien, die Landtagsverwaltung, der Rechnungshof und die kommunalen Landesverbände sind in den IVwS zur Bewältigung der Coronapandemie als ständige Gäste eingebunden.

Ressortinterne Verwaltungsstäbe

In den einzelnen Fachministerien gibt es ressorteigene Verwaltungsstäbe. Diese sind für die Organisation und die Steuerung sämtlicher operativer Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich gemäß Ressortprinzip verantwortlich. In welchem Umfang die jeweiligen Verwaltungsstäbe in der Coronapandemie aktiv sind oder waren, hängt maßgeblich von den Aufgaben im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung ab. Der Verwaltungsstab des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen wurde am 26. Februar 2020 aufgerufen. Derzeit finden keine Stabsbesprechungen des Verwaltungsstabs statt, sie können aber jederzeit wieder durchgeführt werden, wenn es die Lage erfordert. Der Verwaltungsstab beim Sozialministerium wurde am 26. Februar 2020 einberufen. Die diesbezüglichen Lagebesprechungen wurden am 11. Mai 2020 beendet. Im Herbst 2020 wurde der Verwaltungsstab wieder in den Regelbetrieb übergeführt.

Eine wichtige Rolle spielen auch die vier Regierungspräsidien mit ihrer Bündelungs- und Schnittstellenfunktion. Neben der Erfüllung ihrer originären Aufgaben wirken die Regierungspräsidien als Scharnier zwischen Landesregierung und unteren Verwaltungsbehörden sowie zwischen Land und Kommunen. Dort werden ebenfalls Verwaltungsstäbe eingerichtet.

Die Gemeinden wirken im Rahmen ihrer Zuständigkeiten in allen Bereichen des Krisenmanagements mit. Auch bei ihnen werden lageorientiert bedarfsgerecht Verwaltungsstäbe eingerichtet. Um insbesondere kleinere Gemeinden in der Krisenbewältigung und in der Stabsarbeit zu stärken, wurden vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Empfehlungen zur Stabsarbeit speziell in kleineren Gemeinden herausgegeben.

Durch die beschriebene BAO hat die Landesregierung die Möglichkeit geschaffen, effektiv und schnell notwendige und abgestimmte Maßnahmen umzusetzen und so ein abgestimmtes Handeln aller Beteiligten zu gewährleisten.

2. Welche Rolle kommt dabei insbesondere staatlichen Einrichtungen und Behörden, spezialisierten Organisationen, der Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft und Ehrenamtlichen zu?

Zu 2.:

Das althergebrachte Verständnis des klassischen Bevölkerungsschutzes als rein operativ-taktische Komponente der Gefahrenabwehr ist nicht mehr zeitgemäß, weil es den neuen Schadenszenarien alleine nicht mehr entspricht und gewachsen ist. Ein wirkungsvolles Krisenmanagement lässt sich bei komplexen und multikausalen Schadenlagen nicht mehr nur auf die klassischen Blaulichtbereiche wie Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz reduzieren. Vielmehr muss Bevölkerungsschutz als ganzheitliches System verstanden werden, in dem alle relevanten Akteure aus Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert sind und zusammenwirken müssen.

Zudem muss der Blick künftig auch stärker der Vorsorge gelten. Hierzu bedarf es neben dem Krisenmanagement eines wirkungsvollen und präventiven Risikomanagements. Staat und staatliche Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft dürfen bei neuen Entwicklungen nicht nur auf ihren eigenen Vorteil blicken; sie sind gut beraten, immer auch das damit einhergehende Risiko zu beleuchten und risikomindernde Maßnahmen zu veranlassen. Risikominimierung muss in der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik als Instrument zum Erhalt unserer Lebensgrundlage, zur Arbeitsplatzsicherung, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes begriffen werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den sogenannten Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie) definiert KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen

der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Daher kommt im Kontext von Krisenvorsorge und Krisenbewältigung dem Schutz und der Resilienz von KRITIS eine besondere Bedeutung zu. Einerseits müssen präventive Maßnahmen ergriffen werden, um Ausfälle von KRITIS möglichst zu verhindern. Andererseits sind die Vorplanung und Vorbereitung reaktiver Maßnahmen erforderlich, um trotz aller Vorkehrungen mögliche Ausfälle von KRITIS zumindest in Teilen kompensieren und deren Auswirkungen abmildern zu können.

Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von KRITIS ist Aufgabe der jeweiligen Betreiber. Gleichzeitig erfordert der Schutz von KRITIS ein koordiniertes Zusammenwirken von KRITIS-Betreibern und staatlichen Stellen. Aufgrund der großen Bandbreite von KRITIS fallen die Zuständigkeiten auf staatlicher Seite in verschiedene Ressorts. Daher wurden sowohl beim Bund als auch bei den Ländern „Koordinierungsstellen Kritische Infrastruktur“ (KoSt KRITIS) eingerichtet. Sie dienen der Koordination von Aktivitäten zum Schutz von KRITIS und als Plattform zum Informationsaustausch. In Baden-Württemberg ist die KoSt KRITIS im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen bei Referat 65 „Krisenmanagement“ angesiedelt.

Da ein Ausfall von KRITIS in der Regel nur unzureichend kompensiert werden kann, ist es erforderlich, dass Wirtschaft und Gesellschaft in der Lage sind, zumindest vorübergehende Ausfälle von KRITIS ohne staatliche Hilfe zu bewältigen. Staat und Verwaltung sind hier in der Pflicht, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entsprechend zu sensibilisieren (auf die Antwort zur Frage I.4 wird verwiesen).

3. Welche aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für das Risiko- und Krisenmanagement bestehen aus Sicht der Landesregierung mit Blick auf eine sich verändernde Bedrohungslage?

Zu 3.:

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren verändert und wird sich weiter verändern.

Mit Pandemien muss aufgrund der Mobilität der Bevölkerung, intensiver Kontakte zwischen Mensch und Tier und tierischen Lebensmitteln sowie des Anstiegs der Weltbevölkerung künftig in einem engeren zeitlichen Abstand gerechnet werden.

Militärische Spannungen und Kriege sind leider auch innerhalb Europas wieder zu einer bedrückenden Realität geworden. Die Zivile Verteidigung und insbesondere der Zivilschutz müssen als real existierende Handlungsfelder wieder im Blick aller sein.

Die Interdependenzen zwischen den Sektoren der KRITIS haben in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. Die Energieabhängigkeit und die zunehmende IT-Durchdringung in allen KRITIS-Sektoren spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Dieser Thematik kommt insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine eine immer größere Bedeutung zu.

Bedrohungsszenarien wie Terroranschläge oder Cyberangriffe sind leider längst Wirklichkeit geworden.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf mögliche Schadenlagen werden weit über bisher im Blickpunkt stehende Szenarien wie Waldbrände und Hochwasserszenarien hinausgehen: Niedrigwasserstände auf Wasserstraßen sowie damit einhergehende Logistikprobleme, Trink- und Löschwasserknappheit und Anstiege der Rettungsdiensteinsätze in heißen Sommermonaten.

In diesem globalen und vielfältigen Szenario drohen auch Mehrfachlagen. Dies wurde im zurückliegenden Jahr bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und

Nordrhein-Westfalen deutlich und zeigt sich auch beim Ukraine-Krieg. In eine Pandemielage hinein waren bzw. sind die Menschen zusätzlich durch weitere Schadenlagen bedroht.

Künftige Krisenszenarien werden alle Beteiligten stärker und anders fordern als bisher. Mögliche Schadenlagen haben das Potenzial zu einer ressort- und einer gesellschaftsübergreifenden Betroffenheit. Es bedarf daher eines ressortübergreifenden Handelns sowohl aller staatlichen Stellen als auch der Wirtschaft und der Bevölkerung; mithin der gesamten Gesellschaft.

Auch der Risiko- und Krisenvorsorge kommt in diesem Kontext eine wichtige Bedeutung zu, um im Ereignisfall „vor die Lage zu kommen“. Auf die Ausführungen in der Antwort auf die Frage I.1 wird verwiesen.

4. Gibt es in Baden-Württemberg Netzwerke, einen regelmäßigen Austausch oder andere Formen der Vernetzung für staatliche wie nichtstaatliche Akteure der Krisenfrüherkennung, Krisenvorsorge und Krisenbewältigung und wenn ja, welche?

Zu 4.:

Um die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung auch in Krisenlagen aufrechterhalten zu können, finden regelmäßige Besprechungen zwischen den für das Krisenmanagement in den Ressorts Verantwortlichen unter Leitung des Referats „Krisenmanagement“ des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen statt, die der Vorbereitung auf Krisen und der Härtung kritischer Geschäftsprozesse aber auch der Bewältigung von Krisenlagen dienen.

Für die Vorbereitung auf und die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in Krisen sind – gerade auch auf strategischer Ebene – regelmäßige Übungen erforderlich. Daher hat Baden-Württemberg seit der ersten Übung im Jahr 2004 regelmäßig an Übungen der Übungsreihe der länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX teilgenommen. Ziel der etwa alle zwei Jahre stattfindenden Übungen der LÜKEX-Reihe ist es, das gemeinsame Management von Bund und Ländern in nationalen Krisen aufgrund von außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen auf strategischer Ebene zu üben und zu verbessern. Die Übungen ermöglichen es, die Mechanismen für den Informationsaustausch und die Kommunikationswege genauso wie das Lagebewusstsein und die Reaktionen auf Krisenlagen zu überprüfen. Dabei nehmen neben staatlichen Stellen regelmäßig auch KRITIS-Betreiber und vergleichbare Unternehmen an den Übungen teil, um gerade auch die Schnittstelle zwischen Verwaltung und KRITIS-Betreibern zu trainieren und weiter zu verbessern.

In Baden-Württemberg waren an der letzten Übung der LÜKEX-Reihe im Jahr 2018 zum Thema „Gasmangellage“ von Seiten der Landesverwaltung sieben Ministerien und drei Regierungspräsidien mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Intensitäten beteiligt. Von Seiten der Wirtschaft war der baden-württembergische Gas-Transportnetzbetreiber terranets bw intensiv in die Übung eingebunden. Darüber hinaus beteiligten sich das Landeskommando der Bundeswehr, der Landesverband des Technischen Hilfswerks (THW) und die Hilfsorganisationen ebenso wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die Regionaldirektion Stuttgart der Bundesagentur für Arbeit in Baden-Württemberg an der LÜKEX 18 (auf die Antwort zu Frage I.14 wird verwiesen).

Die LÜKEX 18 umfasste, wie in der LÜKEX-Reihe üblich, neben den beiden Hauptübungstagen eine fast zweijährige Vorbereitungszeit und generierte so bei allen Beteiligten ein gemeinsames Verständnis für das ressortübergreifende Krisenmanagement der Landesregierung, in einer solchen Lage relevante Ansprechpartner und Kommunikationswege.

Im Bereich der KRITIS obliegt der Austausch mit den für das Land relevanten KRITIS-Betreibern aufgrund des Ressortprinzips den jeweils fachlich zuständigen Ministerien. Die beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kom-

munen angesiedelte KoSt KRITIS – auf die Antwort zur Frage I.2 wird verwiesen – pflegt den direkten Kontakt daher nur zu besonders exponierten KRITIS-Betreibern sowie zu entsprechenden Branchenverbänden wie dem Verband kommunaler Unternehmen.

Gleichzeitig ist die KoSt KRITIS auf staatlicher Seite Bindeglied zwischen den für die einzelnen KRITIS-Sektoren zuständigen Landesressorts sowie Brücke zu den KoSt KRITIS des Bundes und der anderen Länder. Der Austausch erfolgt regelmäßig, wobei Frequenz, Umfang und Inhalt der Besprechungen der Lage angepasst werden. So wurde der Austausch aufgrund der Corona-Lage verstärkt und zur Vorbereitung auf die Omikron-Welle nochmals intensiviert. Ebenso fand ein intensiverer Austausch aus Anlass des Kriegs zwischen Russland und der Ukraine sowie der damit einhergehenden drohenden Gasmangellage statt.

Ferner existiert mit der Kooperation UP KRITIS eine Initiative zur Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat zum Schutz von KRITIS in Deutschland.

5. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung umgesetzt oder geplant hinsichtlich des Bevölkerungsverhaltens sowie zu (Informations-)Bedarfen und Selbstschutzkompetenzen in Krisen?

Zu 5.:

Insbesondere die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Sommer 2021 hat gezeigt, dass vielfach elementare Kenntnisse für das Verhalten im Katastrophenfall nicht verbreitet sind. Um diese Situation zu verbessern, muss schon frühzeitig begonnen werden, Kinder und Jugendliche für das richtige Verhalten in Katastrophenfällen zu sensibilisieren. Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erarbeiten hierfür derzeit ein Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen.

Ein wichtiger Baustein ist die vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen koordinierte Vernetzung mit den Akteuren des Bevölkerungsschutzes, um den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die Praxis zu geben, zum Beispiel bei schulischen Kooperationen mit den Feuerwehren, dem THW und den Hilfsorganisationen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur die Strukturen des baden-württembergischen Bevölkerungsschutzes kennen, sondern sie erfahren vor allem frühzeitig, wie sie sich selbst auf den Ernstfall vorbereiten können.

Ein weiterer Baustein zur Information und Sensibilisierung der Bevölkerung ist die Durchführung des bundesweiten Warntags. Ziel des bundesweiten Warntags ist es, neben der technischen Erprobung der Warninfrastruktur, die Menschen für das Thema Warnung und für die unterschiedlichen Warnkanäle wie Warn-Apps, Radio, Fernsehen und digitale Stadtinformationstafeln, Sirenen und zukünftig Cell Broadcast stärker zu sensibilisieren. Der Warntag bietet den Gemeinden die Möglichkeit, über die in der jeweiligen Gemeinde genutzten Warnmittel zu informieren und auch ihre lokalen Warnmittel wie Lautsprecherwagen oder Sirenen zu erproben.

Zugleich verfolgt der Warntag das Ziel, der Bevölkerung notwendiges Wissen zum Umgang mit Warnmeldungen und den darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zu vermitteln. Die von einer Warnmeldung potenziell Betroffenen sollen informiert werden, wie sie sich in Gefahrensituationen schützen und wo sie weitere Informationen zur Gefahrensituation finden können. Hierzu gehört auch die Kenntnis der Bedeutung der Sirenensignale. Denn nur wer weiß, wie gewarnt wird und was zu tun ist, kann sich im Ernstfall bestmöglich schützen.

Darüber hinaus führen Gemeinden, die Sirenen betreiben, in aller Regel Sirenenprobealarme durch, um die Funktionsfähigkeit ihrer Sirenen zu überprüfen sowie ihre Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung der Sirenensignale zu sensibilisieren.

Bezüglich verschiedener Angebote zur Information der Bevölkerung insbesondere zur Vorbereitung auf extreme Naturereignisse wird auf die Stellungnahme zu Fragen 8, 9 und 12 der Landtagsdrucksache 17/580 verwiesen.

Zur weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung für Risiken und Gefahren ist zukünftig die Einbindung der Bevölkerung in Übungen des Bevölkerungsschutzes vorgesehen.

6. Welche Anforderungen stellt die Landesregierung an unterschiedliche Krisenstäbe und Akteure auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen zur Operationalisierung der Erkenntnisse zum Bevölkerungsverhalten?

Zu 6.:

Für ein effizientes Krisenmanagement ist es wichtig, ein möglichst genaues Bild von der Lage zu haben. Dazu gehört auch, Erkenntnisse über die Lage sowie das Verhalten der Bevölkerung einschließlich der Reaktion auf getroffene Entscheidungen und umgesetzte Maßnahmen in die Lagedarstellung und -bewertung einzubeziehen. Hierdurch sollen schnelle Erkenntnisse erzielt werden und die erforderlichen Maßnahmen zielgerichteter ausgerichtet werden.

Als Indikator zur Einschätzung der Akzeptanz von Maßnahmen und Entscheidungen dient unter anderem ein Medien-Monitoring. Diese Medienauswertung soll fachliche und gesellschaftliche Themen berücksichtigen, die im Kontext der Krisenlage relevant sind. Als weitere wichtige Informationsquelle dienen Meinungsumfragen zu relevanten Themenstellungen.

Das vom Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz von Bund und Ländern (GeKoB) erstellte Gemeinsame Lagebild Bevölkerungsschutz (siehe Antwort zu Frage I.16) umfasst daher eine eigene Rubrik für das Bevölkerungsverhalten und abzuleitende Folgerungen beziehungsweise Maßnahmen.

Zudem hat das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im September 2018 als erstes Land ein eigenes Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg (VOSTbw) ins Leben gerufen. Das VOSTbw besteht aus knapp 40 Ehrenamtlichen aus nahezu allen im Bevölkerungsschutz tätigen Einrichtungen und Organisationen. Das VOSTbw beobachtet bei landesweit relevanten Lagen die Sozialen Medien und betreibt ein Internet-Monitoring. Der Fokus liegt dabei neben der Auswertung klassischer lagerelevanter Informationen auf der Gewinnung von Erkenntnissen über das Verhalten der Bevölkerung sowie die Resonanz auf getroffene Entscheidungen. Die gewonnenen Informationen werden vom VOSTbw ausgewertet, aufbereitet und dem jeweiligen Stab zur Verfügung gestellt. Gerade in Zeiten von Fake News ist dieses Monitoring eine besonders verantwortungsvolle und wichtige Aufgabe, denn für eine erfolgreiche Lagebewältigung sind die Stäbe darauf angewiesen, nicht nur schnell, sondern auch zuverlässig auf Informationen zurückgreifen und umgekehrt falsche Informationen in den Sozialen Netzwerken schnell korrigieren zu können.

Die Beobachtung der Sozialen Medien durch das VOSTbw liefert zudem wichtige Hinweise, um eine frühzeitige und widerspruchsfreie Information und Kommunikation mit der Bevölkerung auf allen Kanälen der Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. So kann eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die dafür sorgt, dass getroffene Entscheidungen der Behörden akzeptiert und kommunizierte Handlungsempfehlungen umgesetzt werden. Gerade in Krisensituationen ist es wichtig, das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken.

7. Sieht die Landesregierung die Erarbeitung von Muster-Notfallplänen für sinnvoll an, zu welchen Katastrophen-Szenarien verfügt das Land über Muster-Notfallpläne für die unteren Katastrophenschutzbehörden (tabellarische Auflistung) und kann die Landesregierung sicherstellen, dass in allen Gemeinden und Landkreisen Notfallpläne existieren und wenn dies nicht der Fall ist, sieht die Landesregierung diesbezüglichen Handlungsbedarf?

Zu 7.:

Musternotfallpläne sind für vorhersehbare Schadenlagen für die planenden Katastrophenschutzbehörden eine hilfreiche Arbeitserleichterung und sie können die Planungen im Sinne einer Optimierung vereinheitlichen. Daher sieht die Landesregierung die Zurverfügungstellung von Muster-Notfallplänen grundsätzlich als sinnvoll an.

Derzeit besteht der Musternotfallplan Stromausfall als Ergänzung zu dem vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Jahr 2010 herausgegebenen Krisenhandbuch Stromausfall für die Notfallplanung und das Krisenmanagement bei einem großflächigen Stromausfall.

Teilweise die gleiche Zielrichtung wie Notfallpläne verfolgen die als Konzepte oder (Rahmen-)Empfehlung bezeichneten Planungen, beispielsweise die Rahmenempfehlung Notfallstationen, die Rahmenempfehlung Evakuierungsplanung, eine in Vorbereitung befindliche Rahmenempfehlung Notfalltreffpunkte, die Konzeption für die Einsatzplanung und Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten, die Hinweise für den Bevölkerungsschutz bei Terror- und Amoklagen, die Empfehlungen zur Stabsarbeit für kleinere Gemeinden oder die Konzeption zur Versorgung der Bevölkerung mit Jodtabletten.

In allen unteren Katastrophenschutzbehörden bestehen Katastrophen-, Alarm- und Einsatzpläne und, soweit erforderlich, Sonderschutzpläne. Die Verpflichtung zur Durchführung bestimmter vorbereitender Maßnahmen ergibt sich für die unteren Katastrophenschutzbehörden aus § 2, für die Gemeinden als Mitwirkende aus § 5 Absatz 2 Nummer 2 des Landeskatastrophenschutzgesetzes (LKatSG).

8. Welche rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen sind zur Einbindung von Spontanhelferinnen und Spontanhelfern vorhanden oder geplant?

Zu 8.:

Die Einbindung von Spontanhelferinnen und -helfern würde derzeit lageabhängig im Einsatzfall erfolgen; Vorplanungen im Sinne der Fragestellung bestehen noch nicht. Das Thema ist für die grundlegende Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes vorgemerkt, sodass der rechtliche Rahmen für einen sicheren und geordneten Einsatz von Spontanhelferinnen und -helfern geschaffen werden soll.

Bei einem Einsatz nach dem Feuerwehrgesetz (FwG) können Personen über 18 Jahre unter bestimmten Voraussetzungen gemäß § 30 FwG zur Hilfe verpflichtet werden. Unter anderem muss die Person dazu körperlich in der Lage sein; bei erheblicher eigener Gefahr oder wenn hierdurch andere wichtige Pflichten verletzt würden, kann die Hilfe auch abgelehnt werden.

Bei einem Einsatz nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz können nach § 25 LKatSG über 16 Jahre alte Personen verpflichtet werden, bei der Bekämpfung von Katastrophen und der unmittelbar anschließenden, vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen Hilfe zu leisten. Die Personen, die zur Hilfeleistung herangezogen werden oder freiwillig mit Zustimmung der Katastrophenschutzbehörde, des technischen Leiters oder seines Beauftragten bei der Katastrophenbekämpfung oder der unmittelbar anschließenden vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden Hilfe

leisten, haben für die Dauer ihrer Hilfeleistung die Rechtsstellung von Helfern des Katastrophenschutzdienstes.

9. Welche Ausbildungen, Schulungen, Fort- und Weiterbildungen finden in Baden-Württemberg statt, um in Krisensituationen verantwortliche Akteure zu schulen und zu unterstützen?

Zu 9.:

Grundsätzlich findet die Aus- und Fortbildung des Katastrophenschutzdienstes in den mitwirkenden Gemeindefeuerwehren und Hilfsorganisationen sowie beim THW statt.

An der Landesfeuerwehrschule werden darüber hinaus folgende Lehrgänge mit Katastrophenschutzbezug angeboten:

- ABC Erkundung,
- ABC-Dekontamination-P,
- Betrieb Notfallstation – Organisation,
- Betrieb Notfallstation – Technik,
- drei Lehrgangsarten zur Psychosozialen Notfallversorgung,
- vier Lehrgangsarten zur Stabsarbeit im Verwaltungsstab,
- verschiedene Lehrgänge für die Einsatzleitung mit Führungsgruppen und -stäben und

wechselnde Seminare zu aktuellen Themen des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements durch die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule.

10. Wie kann eine wohnortnahe Ausbildung der Kräfte von Feuerwehren und im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen sichergestellt werden, welche Kapazitäten und Ausstattungen stehen dafür zur Verfügung und sind diese aus Sicht der Landesregierung ausreichend?

Zu 10.:

Die Aus- und Fortbildung des Katastrophenschutzdienstes in den mitwirkenden Gemeindefeuerwehren und Hilfsorganisationen wird teils in zentralen Einrichtungen, überwiegend aber auf örtlicher Ebene, also wohnortnah, durchgeführt.

An der Landesfeuerwehrschule werden die in der Antwort zu Frage I.9 genannten Lehrgänge durchgeführt. Da es sich hier um besondere Lehrgänge handelt, die jede Einsatzkraft in der Regel nur einmal absolviert, erscheint es der Landesregierung sachgerecht, hier auch weitere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen.

Die Ausbildungskapazität der Landesfeuerwehrschule wird aufgrund der Ergebnisse der „Projektgruppe Bedarf“ bedarfsgerecht ausgebaut. Bereits ab dem Jahr 2023 kann eine deutlich größere Anzahl an Lehrgangsplätzen in den Führungslehrgängen angeboten werden. Damit werden jährlich mindestens 40 000 Lehrgangsteilnehmertage angeboten.

Zudem erarbeitet die Landesfeuerwehrschule derzeit Konzepte zur Aus-, Fort- und Weiterbildung durch Einsatz digitaler Lernanwendungen.

Die nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen nehmen gemäß § 11 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) auch die Aufgaben zum Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zweck ergänzend ausgebildet. Das Bundesministerium des Innern legt gemäß

§ 11 Absatz 1 ZSKG Art und Umfang der ergänzenden zivilschutzbezogenen Ausbildung im Benehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden fest. Die ergänzende zivilschutzbezogene Ausbildung findet sowohl auf Standortebene als auch oberhalb der Standortebene an Landesfeuerwehrschulen beziehungsweise an den Ausbildungsstätten der Hilfsorganisationen sowie an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung statt, der zentralen Bildungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland, für alle Akteure im Katastrophen- und Zivilschutz. Auch hier handelt es sich um besondere Lehrgänge, die teilweise außerhalb Baden-Württembergs stattfinden.

Grundsätzlich hat sich die Ausbildung des Katastrophenschutzdienstes in den Gemeindefeuerwehren und Hilfsorganisationen bewährt. Dort wird, ganz überwiegend ehrenamtlich, eine hervorragende Arbeit geleistet.

11. Welche Maßnahmen der Landesregierung sowie der Landesverwaltung in Baden-Württemberg sind umgesetzt oder geplant, um die Resilienz (technisch, organisatorisch und mental) der Einsatzkräfte der verschiedenen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zu stärken (bitte differenziert nach Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutzbehörden des Landes und privaten Hilfsorganisationen)?

Zu 11.:

Polizei

Bei der Erfüllung von hoheitlichen Aufgaben sind insbesondere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte regelmäßig gefahrenreichen Konfliktsituationen ausgesetzt. Derartige Einsatzszenarien erfordern maßgeschneiderte Einsatzkonzepte und Angebote, um die Einsatzkräfte umfassend zu schützen bzw. bei Eingriffsmaßnahmen zu unterstützen. Die Polizei Baden-Württemberg befasst sich bereits seit geraumer Zeit mit dem Phänomen „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und entwickelte auf Basis der Analyse verschiedener einschlägiger Untersuchungen zur „Gewalt gegen Polizeibeamte“ sowie unter Beteiligung von Expertinnen und Experten eine breit gefächerte Strategie, das sogenannte „Drei-Säulen-Modell“.

Dieses sieht insbesondere Maßnahmen zur Steigerung von Respekt und Anerkennung (zum Beispiel: bürgerfreundliches, aber bestimmtes und konsequentes Auftreten der Polizei), die Förderung persönlicher Kompetenzen und Verbesserungen innerhalb der Polizeiorganisation (zum Beispiel: Fortbildung, Ausstattungsoptimierung) sowie eine Vernetzung mit anderen Stellen (zum Beispiel: Justiz, Schule) vor. Ein Kernbereich umfasst das professionelle Auftreten und Einschreiten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Die Erlangung der notwendigen Handlungssicherheit nimmt hierbei einen hohen Stellenwert ein. Daher werden unverändert entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

In Fällen, in denen durch das polizeiliche Gegenüber Waffen eingesetzt werden, ist die Gefahr, physische oder psychische Verletzungen zu erleiden, besonders hoch. Hier ist ein schnelles und konsequentes Vorgehen gefordert. Insbesondere die Thematik „Angriffe mit Messern“ spielt im polizeilichen Alltag eine zunehmend größer werdende Rolle. Zwar ist das Bewusstsein für die Gefährlichkeit von Angriffen mit Messern und anderen gefährlichen Gegenständen aufgrund der fortwährenden Sensibilisierung in der Aus- und Fortbildung bei allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weit verbreitet, dennoch bedarf es fortwährender Maßnahmen in diesem Bereich. Die Polizei Baden-Württemberg hat Anfang dieses Jahres daher die Verhaltensempfehlung „Notabwehr in der Nahdistanz“ veröffentlicht, die nochmals die Gefährlichkeit eines Angriffs mit einem Messer oder einem anderen gefährlichen Gegenstand verdeutlicht und Handlungsalternativen – auch unter Verwendung unterschiedlicher Einsatzmittel – zur Abwehr eines überraschenden Angriffs in der Nahdistanz aufzeigen soll. Die Verhaltensempfehlung ist aufgrund der polizeitaktischen Inhalte als Verschlusssache eingestuft. Im Rahmen der Neugestaltung der Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst wurden zudem die Stundenanteile im Einsatztraining evaluiert und für Beamtinnen und Beamte in Ausbildung erhöht. Auch in der Fortbildung wird die Thema-

tik in verschiedenen Veranstaltungen (beispielsweise Fortbildungen zu Häuslicher Gewalt) aufgegriffen und ausgiebig behandelt.

Die Polizei Baden-Württemberg überprüft ihr Vorgehen, die ihr zur Verfügung stehenden Einsatzmittel sowie ihre Schutzausstattung kontinuierlich und passt diese bei Bedarf an sich ändernde Rahmenbedingungen an. In diesem Kontext soll beispielsweise die abgeschlossene landesweite Einführung von Bodycams einen Beitrag zur nachhaltigen Reduzierung der „Gewalt gegen Polizeibeamte“ leisten. Bodycams können dazu beitragen, eine Verminderung des Aggressionspotenzials in einem frühen Stadium der Konflikteskalation zu erreichen und damit Angriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sowie Dritte bereits im Entstehungsprozess zu unterbinden. Im Ergebnis führten die in den letzten Jahren unternommenen umfangreichen Anstrengungen zu einer insgesamt deutlichen Ausstattungsoptimierung, sodass die Polizei Baden-Württemberg im Bundesvergleich sehr gut ausgestattet ist. So konnten beispielsweise zeitnah nach den Gewaltexzessen in der Stuttgarter Innenstadt vom Juni 2020 zusätzliche Einsatzkräfte mit Mehrzweckeinsatzstöcken (Tonfa), die auch auf beengtem Raum zielgerichtet eingesetzt werden können, ausgestattet werden.

Darüber hinaus erfolgte 2018 in Baden-Württemberg die Einführung des neuen § 80a des Landesbeamtengesetzes, wodurch der Dienstherr die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen gegen Täterinnen und Täter übernehmen kann, sofern von der betroffenen Beamtin oder dem betroffenen Beamten nach einem tätlichen rechtswidrigen Angriff ein entsprechender Vollstreckungstitel erwirkt wurde.

Innerhalb der Polizei des Landes Baden-Württemberg wurde bereits Ende der 1990er-Jahre damit begonnen, eine professionelle Konflikthandhabung aufzubauen. Intention war bereits zu diesem Zeitpunkt, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor, während und nach belastenden Situationen und Erlebnissen eine professionelle Hilfestellung zu bieten und damit auch langfristige seelische oder psychosoziale Schädigungen zu vermeiden. Vor dem Hintergrund einer weitergehenden Professionalisierung und Verbesserung der Rahmenbedingungen wurden ein eigenständiger Institutsbereich „Psychosoziales Gesundheitsmanagement“ an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg eingerichtet und der Grundsatz der Hauptamtlichkeit der Konfliktberaterinnen und Konfliktberater, die zwischenzeitlich als Psychosoziale Beraterinnen bzw. Berater (PSB) bezeichnet werden, bei den Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst eingeführt.

Die Polizei Baden-Württemberg verfügt aktuell bei allen Dienststellen über mindestens eine hauptamtliche PSB oder einen hauptamtlichen PSB sowie nebenamtliche PSB, die vor, während und nach psychischen Belastungssituationen ihren Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Die PSB stehen rund um die Uhr zur Verfügung und werden bei belastenden Situationen anlassbezogen informiert. Sie kommen direkt an den Ort des Geschehens, nehmen Kontakt mit den Betroffenen auf und leisten, wenn nötig und gewollt, psychische erste Hilfe. In der Folge unterstützen sie bei Bedarf, das Erlebte zu verarbeiten. Sollte dies nicht gelingen, unterstützen die PSB bei der Suche nach und der Vermittlung von passender professioneller Hilfe.

Unter der Federführung der hauptamtlichen PSB sowie teilweise unter Einbeziehung externer Supervisorinnen und Supervisoren oder der Polizeiseelsorge werden präventiv, berufsbegleitend und langfristig, halbtägige, eintägige oder mehrtägige Entlastungsveranstaltungen durchgeführt. Diese richten sich nicht nur an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die individuell bereits besondere Belastungen erlebt haben, sondern auch an Angehörige von Zielgruppen, die beispielsweise im Kriminaldauerdienst ständigen Belastungen ausgesetzt sind. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus diesem und vergleichbaren Arbeitsbereichen werden zusätzlich regelmäßige Praxisreflexionen angeboten.

Sowohl in der Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst als auch in der Vorausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst sowie im Studium des gehobenen Polizeivollzugsdienstes werden zum Thema psychische Belastungen theoretische und praktische Grundlagen vermittelt.

Der fachtheoretische Unterricht umfasst dabei schwerpunktmäßig die Themenfelder der Stressbewältigung, Umgang mit Mobbing und sexueller Belästigung, Umgang mit Angst, Umgang mit Gewalt gegen Polizeibeamte, Umgang mit besonderen Belastungssituationen und Umgang mit akuten Belastungssituationen. Weiterhin erhalten sie Informationen über mögliche Auswirkungen von Angst und lernen verschiedene Bewältigungsstrategien kennen. Bereits vor dem ersten Praktikum werden die Auszubildenden zudem im Rahmen von situativen Handlungstrainings (Rollentrainings) mit verschiedenen Grundsachverhalten, aber auch komplexen (Einsatz-)Szenarien konfrontiert. Neben der Reflektion des einsatztaktischen Vorgehens werden die Übungssequenzen durch besonders geschultes Personal immer auch unter psychologischen Gesichtspunkten betrachtet. Im Studium werden darüber hinaus wesentliche Grundlagen zu psychischen Erkrankungen vermittelt.

Der Institutsbereich „Psychosoziales Gesundheitsmanagement“ der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg bietet in Zusammenhang mit der Thematik „Psychische Belastungssituationen und Konfliktsituationen“ für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verschiedene Fortbildungsangebote an.

Feuerwehr

Das Land gewährt den Gemeinden Zuwendungen für die Ausrüstung der Gemeindefeuerwehren. Dabei werden auch Projekte zur Erhöhung der Resilienz der Gemeindefeuerwehren gefördert, insbesondere die Beschaffung von Netzersatzanlagen für Feuerwehrhäuser.

Für eine sichere und leistungsfähige Kommunikation aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben investiert das Land in den Betrieb und die Weiterentwicklung des Digitalfunknetzes. Zur Gewährleistung der Verfügbarkeit des digitalen Funknetzes, auch im Fall eines länger andauernden Stromausfalls, werden landesweit moderne Netzersatzanlagen installiert.

Das psychosoziale Netzwerk der Feuerwehr bietet Präventions- und Nachsorgeverfahren, die dazu entwickelt wurden, Einsatzkräfte bei der Verarbeitung persönlich belastender Einsatzereignisse zu unterstützen. Psychosoziale Ansprechpartner (Peers), Psychosoziale Fachkräfte und Feuerwehrseelsorger können Ansprechpartner für die Feuerwehrangehörigen sein. Die Kräfte der psychosozialen Notfallvorsorge für Einsatzkräfte (PSNV-E) sind besonders geschult und garantieren in ständiger Zusammenarbeit mit dem PSNV-System eine lückenlose Integration in den Einsatzalltag der Feuerwehren und sind auch im Falle einer komplexen Gefahren- und Schadenslage die Grundlage für eine qualifizierte Einsatznachsorge. Kräfte der PSNV-E sind in aller Regel auf Gemeindeebene oder Landkreisebene eingesetzt.

Katastrophenschutz

Die Katastrophenschutzbehörden treffen Vorkehrungen zur Erhaltung der Durchhaltefähigkeit in Krisensituationen. In den Stabsdienstordnungen sind hierfür die erforderlichen Maßnahmen, zum Beispiel Regelungen zur Ersatzstromversorgung, festgelegt.

Für die mentale Resilienz der Einsatzkräfte ist über alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben hinweg ein Netz der PSNV-E gespannt. Die PSNV-E umfasst die Bereiche Einsatzvorbereitung, Einsatzbegleitung und Einsatznachsorge und ist über generelle Maßnahmen in den Einsatzorganisationen zu implementieren.

Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung

An der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg ist die Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung Baden-Württemberg als eine dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nachgeordnete Dienstelle angesiedelt. Sie ist Kompetenzstützpunkt und als Schnittstelle darauf ausgelegt, eine behörden- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit, Zusammenführung und Abstimmung aller vorhandenen PSNV-Aktivitäten im Rahmen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention im Land zu gewährleisten. Eine ihrer Aufgaben ist die Zusammenführung aller PSNV-Aktivitäten für Betroffene und Einsatzkräfte sowie der Teilnetze auf Landesebene (auch in der langfristigen Nachsorge).

12. Wie werden bezüglich der Vorbereitung auf und des Umgangs mit Krisen Bürgerinnen und Bürger beteiligt bzw. zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertinnen und Experten eingebunden?

Zu 12.:

Eine Bürgerbeteiligung zur Vorbereitung auf Krisen ist schwer möglich. Denn gute Bürgerbeteiligung setzt ein konkretes Thema voraus. Abstrakte Erörterungen sind weder für die Bürgerinnen und Bürger noch für Politik und Verwaltung hilfreich.

Ferner kommt hinzu, dass bei Krisen oft sehr schnelles Handeln geboten ist. Dann ist zum Beispiel für eine Dialogische Bürgerbeteiligung gar keine Zeit. Exemplarisch wird auf die Fristen nach dem Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung verwiesen (§ 2 Abs. 4 Satz 1 DBG).

Möglich ist es jedoch, Bürgerbeteiligung bei sich verfestigenden Krisen durchzuführen. Dann kann konkret zum Umgang mit den Krisenfolgen gesprochen werden. Verwiesen sei exemplarisch auf das Bürgerforum Corona der Landesregierung von 2021.

In der Krise muss es einen schnellen Weg geben, um mit der Zivilgesellschaft zu sprechen, um ihre lokalen Kenntnisse und Kontakte zu aktivieren. Das gelingt nur, wenn außerhalb von Krisen bereits eine Struktur dafür besteht. Die Landesregierung hat solch eine Struktur aufgebaut. Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung hat die Aufgabe, sich um die Zivilgesellschaft zu kümmern. Allerdings ist Zivilgesellschaft per se staatsfern. Eine staatliche Verwaltung von Zivilgesellschaft wäre ein innerer Widerspruch. Deshalb fördert das Land die Allianz für Beteiligung e. V. (AfB e. V.). Die AfB e. V. vernetzt die Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg. Ferner gibt es über die AfB e. V. diverse Förderprogramme. Diese sind kleinteilig angelegt. Das entspricht den Strukturen der Zivilgesellschaft, die oft ohne eigene Rechtspersönlichkeit (z. B. e. V., gGmbH etc.) agiert. Der Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien sieht eine stärkere Grundfinanzierung der AfB e. V. und die Beibehaltung der Kleinprojekteförderung vor. So kann die Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg am besten auf Krisen vorbereitet werden.

Aktuell führt die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Nachgang zum Krisengipfel Gas vom 25. Juli 2022 zahlreiche Gespräche mit der Zivilgesellschaft. Hier zeigt sich, dass der Gesprächskontakt sehr eng ist. Der Auftrag des Corona-Forums Zivilgesellschaft der AfB e. V. wird direkt umgesetzt. Damals forderten Vertreter der Zivilgesellschaft, dass sie gefragt werde, wenn eine neue Krise auftrete. Gegenstand der Gespräche ist es, wie die Zivilgesellschaft das Energiesparen unterstützen kann. Vor allem geht es in den Gesprächen darum, wie die Zivilgesellschaft mit anstehenden Spannungen, Verteilungsdebatten und Gerechtigkeitsfragen wegen einer Gasmangellage umgehen kann.

13. Wie können die im Bevölkerungsschutz bestehenden Strukturen mit den Strukturen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft besser verbunden werden?

Zu 13.:

Das Ehrenamt ist die tragende Säule des Bevölkerungsschutzes. Die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft, die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern und deren Partizipation an der staatlichen Aufgabenerfüllung sind grundlegend für den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg. Die Ehrenamtsförderung und die Nachwuchswerbung sind wichtige Tätigkeitsbereiche des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Zur Stärkung des Ehrenamts in Baden-Württemberg wurde im Jahr 2020 das Landeskatastrophenschutzgesetz geändert. Mit dieser Änderung wurde unterhalb des bereits geregelten Katastrophenfalles die sogenannte „außergewöhnliche Einsatzlage“ eingeführt. Seitdem gibt es auch in Fällen dieser außergewöhnlichen Einsatzlage eine Verpflichtung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer freizustellen. Die Ehrenamtlichen erhalten dann für ihren Dienst an der Gemeinschaft zum Beispiel Verdienstausfall, Aufwandsersatz oder Schadensersatz. Außerdem erhalten die Organisationen 130 Euro pro Jahr pro Person für Ausbildung und Fortbildung und persönliche Schutzausstattung. Weitere wichtige Elemente der Ehrenamtsförderung und Nachwuchswerbung sind die etablierten Formate wie das Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen oder der jährliche Empfang für Helferinnen und Helfer und deren Familien oder neue Aktivitäten wie die Nachwuchswerbekampagne, zu der auch das stark nachgefragte Bevölkerungsschutz-Mobil gehört, oder die in der Koalition vereinbarte Ehrenamtskarte. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern der Ehrenamtlichen ist bereits heute für den Bevölkerungsschutz eine ganz wesentliche Säule des Erfolges. Sichtbares Zeichen ist die Auszeichnung Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber, die in mehreren Terminen im Jahr durch den Innenminister verliehen wird.

Gerade im Bereich der Nachwuchsförderung zeigt sich, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. So ist die Zahl der jungen Menschen in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes auch über die Coronapandemie mit ihren zahlreichen Einschränkungen vielfach gleichgeblieben oder sogar gewachsen. Die Zahl der Mädchen und Jungen in den Jugendfeuerwehren ist in den vergangenen fünf Jahren beispielsweise um 6,4 Prozent gestiegen. Über 32.000 junge Menschen treffen sich bei den Gemeindefeuerwehren zur Aus- und Fortbildung, aber auch zum kameradschaftlichen Austausch. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Anteil der Mädchen mit einem Plus von 23 Prozent in den letzten fünf Jahren kontinuierlich wächst.

Einen sinnvollen Ansatz zur weiteren Verbesserung der Verbindung zwischen den Strukturen des Bevölkerungsschutzes sowie der Wirtschaft bietet das Instrument des Integrierten Risikomanagements. Der planvolle Umgang mit Risiken verschiedener Art gehört für viele Behörden, Unternehmen und Einrichtungen längst zum Alltagsgeschäft. Insbesondere größere Betriebe verfügen über ein eigenes systematisches Risikomanagement. Staatliche und kommunale Stellen sowie Behörden und Unternehmen der Privatwirtschaft betreiben dieses mit unterschiedlichem Fokus, jeweils abhängig vom Tätigkeitsfeld, potenziellen Bedrohungslagen und Risiken.

Zu einem bestmöglichen eigenen Risikomanagement bedarf es jedoch vielfach Informationen und Erkenntnissen aus dem Risikomanagement anderer Akteure. Das Integrierte Risikomanagement bietet die Grundlage für einen strukturierten und systematischen Austausch von Informationen, Erkenntnissen oder Ergebnissen mit dem Ziel die Bevölkerung zu schützen. Die Spezifikation „Integriertes Risikomanagement für den Schutz der Bevölkerung“ (DIN SPEC 91390: 2019-12) bietet sinnvolle Empfehlungen und liefert Hilfestellungen und weiterführende Informationen zur Schaffung eines Integrierten Risikomanagements zwischen staatlichen und kommunalen Stellen und Betreibern von KRITIS. Darüber hinaus gibt sie Empfehlungen, in welcher Phase im Prozess des Integrierten Risikomanagements Informationen zwischen den Akteuren ausgetauscht werden sollen.

14. Welche Szenarien müssen aus Sicht der Landesregierung in diesem vorgenannten Zusammenhang regelmäßig geübt werden (Ausfall von KRITIS-Unternehmen, Terroranschläge, etc.)?

Zu 14.:

Die Landesregierung muss sich auf eine Vielzahl möglicher Einsatzszenarien vorbereiten. Hierbei ist es unmöglich, für alle Szenarien regelmäßige Übungen durchzuführen. Dies würde in einer Überlastung des Ehrenamtes, aber auch des Hauptamtes münden. Daher ist es wichtig, auf alle Szenarien gleich anwendbare Aufbau- und Ablauforganisationen vorzubereiten. Diese sind konsequent und ständig zu schulen.

Nur durch regelmäßiges Üben können nämlich vorgeplante Prozesse und Verfahren so erprobt und eingeübt werden, dass diese auch in einer Krise – „unter Stress“ – möglichst fehlerfrei und optimal funktionieren. Das regelmäßige Üben gilt insbesondere für Prozesse und Verfahren, die in Krisenlagen und somit selten zum Einsatz kommen. Nur durch praktisches Üben können Schwächen in bestehenden Prozessen und Verfahren erkannt und beseitigt sowie Abläufe optimiert werden. Aus diesem Grund beteiligt sich die Landesverwaltung regelmäßig an entsprechenden Übungen oder führt diese selbst durch.

Wie in der Antwort zu Frage I.4 dargestellt, hat Baden-Württemberg seit 2004 an verschiedenen Übungen der LÜKEX-Reihe teilgenommen. Im Rahmen der LÜKEX-Reihe werden Szenarien mit besonderer Relevanz für Bund, Länder und KRITIS-Betreiber in den Blick genommen. So wurde in der letzten Übung der LÜKEX-Reihe im Jahr 2018 die Bewältigung einer Gasmangellage in Süddeutschland geübt. Baden-Württemberg war neben Bayern als intensivübendes Land besonders stark involviert. Die LÜKEX 18 ermöglichte allen Beteiligten Einblicke in das Thema „Gasversorgung“ und insbesondere die Bedeutung und die Folgen einer Gasmangellage. So wurde Wissen generiert und Erfahrungen gesammelt, die heute vor dem Hintergrund einer real möglichen Gasmangellage in Deutschland überaus hilfreich sind. Neben der fachlichen Bewältigung einer Gasmangellage lag in Baden-Württemberg ein besonderer Übungsschwerpunkt auf der Krisenkommunikation unter Einbeziehung der sozialen Medien. Ergänzend wurde mit Blick auf mögliche Cyberangriffe die Nutzung von Redundanzkommunikationskanälen bei Ausfall von Telefon- und Datennetzen geübt.

In den vorhergehenden Übungen der LÜKEX-Reihe wurden von Bund und Ländern seit dem Jahr 2004 die folgenden Szenarien in den Blick genommen: Sturmflut an der deutschen Nordseeküste (2015), Biologisches Krisenszenario außergewöhnlicher Art (2013), Bedrohung der Sicherheit der Informationstechnik durch massive Cyber-Attacken (2011), Terroristische Bedrohung mit konventionellen Sprengstoffen, chemischen und radioaktiven Tatmitteln (2009/10), Weltweite Influenza-Pandemie (2007), Terroristische Anschläge im Zusammenhang mit der Fußball-WM 2006 (2005), Winterliche Extremwetterlage mit großflächigem Stromausfall (2004).

Im Fokus der anstehenden LÜKEX 23 stehen die Notfallmechanismen der Cyber-Sicherheitsstrukturen und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen. Die Ausrichtung auf das Thema „Cybersicherheit“ erfolgte dabei insbesondere auch auf Bestreben des baden-württembergischen Innenministers.

15. Welche Maßnahmen werden seitens des Landes ergriffen, damit in Krisen der Betrieb von Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag aufrechterhalten werden kann (vgl. Drucksache 17/1816, Abschnitt III Ziffer 2.i)?

Zu 15.:

Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums

Die Einrichtungen zur Daseinsvorsorge im Ressortbereich des Kultusministeriums werden je nach spezifischer Krisenlage identifiziert. Erforderliche Maßnahmen werden anlassbezogen umgesetzt. Beispielsweise wurden Schulen und insbesondere Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren oder Schulkindergärten der KoSt KRITIS beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und den aktuell eingesetzten Gremien (zum Beispiel: Interministerieller Verwaltungsstab Ukraine und Lenkungsgruppe Ukraine) gemeldet, um dafür Sorge zu tragen, dass sie auch in einer Notfallphase so lange wie möglich durchgehend mit Energie bzw. Wärme versorgt und nicht geschlossen werden müssen.

Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums

Auch im Geschäftsbereich des Sozialministeriums werden entsprechend der jeweiligen Krisenlagen die betroffenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge identifiziert. Die Daseinsvorsorge mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag umfasst alle von erhöhter Vulnerabilität betroffenen Gruppen. Die Einrichtungen werden über entsprechende Gremien informiert und das weitere Vorgehen besprochen.

Im Rahmen der Coronapandemie waren insbesondere folgende Einrichtungen von der Krisenlage betroffen:

Krankenhäuser

Die Coronapandemie hat gezeigt, dass gerade im Krisenfall die stationäre Krankenhausversorgung zu jedem Zeitpunkt sicherzustellen ist. Die enge Abstimmung mit den Notfall- und Intensivmedizinerinnen und -medizinern ermöglicht eine enge Zusammenarbeit, um eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern. Beginnende regionale Überlastungen werden früh erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen, wie beispielsweise Verlegungen in weniger belastete Regionen, veranlasst.

Aus dem Dachgremium der AG Corona heraus wurde die Unterarbeitsgruppe (UAG) Notfall im März 2020 für spezifische Themen rund um die Notfallversorgung im Fall eines überlasteten Gesundheitssystems gegründet, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten zu sichern.

Pflege und Eingliederungshilfe

Das Land hat bereits im April 2020 aus Anlass der Coronapandemie die Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe (TFLE) eingerichtet. In der Task Force sind neben dem Sozialministerium unter anderem die Verbände der Leistungserbringer (Liga der freien Wohlfahrtspflege, Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste), die Landesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen, die Landesbehindertenbeauftragte, die kommunalen Landesverbände, der Landesseniorenrat, Vertreter der Pflegewissenschaft, der Pflegekassen und von Gesundheitsämtern vertreten. Die Task Force befasst sich mit aktuell und zukünftig notwendigen Schutzmaßnahmen für vulnerable Personengruppen in der Langzeitpflege und Eingliederungshilfe wie auch mit flankierenden Schritten zur (Re-)Normalisie-

rung des täglichen Lebens für die in besonderer Weise durch Schutzmaßnahmen betroffenen Personengruppen.

Die Task Force hat sich in der Coronapandemie als wichtiges Format bewährt, um die Krisenlage multidisziplinär unter Einbeziehung aller relevanten Akteure zu bewerten und praxistaugliche Lösungen zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen zu finden. Aus Sicht der Landesregierung ist es sinnvoll, für den Bereich der Pflege und Eingliederungshilfe auch bei der Bewältigung künftiger Krisen auf das bewährte Task-Force-Format zurückzugreifen.

Weitere Bereiche, die im Sinne der Daseinsvorsorge auch während einer Krise mit einem besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag aufrechterhalten werden sollten, sind u. a. folgende Einrichtungen:

- Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe
- Wohnungslosenhilfe, Schuldnerberatung und andere Angebote/Einrichtungen zur Armutsprävention
- Frauen- und Kinderschutzhäuser
- Kinder- und Jugendhilfe.

16. Wie sind derzeit der Datenaustausch und die krisenbezogene Information über relevante Daten (Dashboards etc.) im Krisenfall seitens der zuständigen Akteure organisiert?

Zu 16.:

Die krisenbezogene Information einschließlich des Datenaustauschs findet in einem Krisenfall regelhaft über die üblichen Kommunikationswege statt. Sobald Verwaltungsstäbe oder Führungsstäbe eingerichtet sind, zeichnen dort die Verwaltungsstabsbereiche 2 „Lage und Dokumentation“ für die verwaltungsinterne Kommunikation zuständig und die Verwaltungsstabsbereiche 3 „Bevölkerungsinformation und Medienarbeit“ – regelhaft die Pressestellen – koordinieren und steuern die externe Kommunikation, insbesondere die Medienarbeit.

Für den Daten- und Informationsaustausch werden grundsätzlich IT-Programme verwendet, die auch in der täglichen Arbeit der Verwaltungen angewendet werden, beispielsweise Office-Anwendungen (insbesondere Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, Präsentationsprogramm und E-Mail-Programm).

So erstellt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen seit Beginn der Coronapandemie im Rahmen der Leitung des Interministeriellen Verwaltungsstabes eine ständig aktualisierte Lageübersicht, die allen im Interministeriellen Verwaltungsstab Mitwirkenden zur Verfügung gestellt wird. Die Landesfeuerwehrschule unterstützt hierbei und erstellt bis heute tagesscharf diese Lageübersichten.

Die Melde- und Übermittlungswege für Informationen zum Infektionsschutz sind über das Infektionsschutzgesetz (IfSG) geregelt. Nach §§ 6 und 7 IfSG besteht eine ärztliche und Labor-Meldepflicht für bestimmte Infektionskrankheiten (unter anderem solche mit pandemischem Potenzial) sowie für den Verdacht einer Erkrankung oder einen Todesfall in Bezug auf eine bedrohliche übertragbare Krankheit, die nicht unter einen anderen Meldepflicht-Tatbestand fällt. Diese Arzt- und Labormeldungen sind an das jeweils zuständige Gesundheitsamt zu richten, das diese nach § 11 IfSG digital an die zuständigen Landesbehörden und an das Robert-Koch Institut übermittelt. Hinweise auf relevante Krankheitshäufungen können sich durch die Ermittlungen der Gesundheitsämter nach § 25 IfSG sowie durch regelmäßige Datenanalysen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene ergeben. Zusätzlich greift § 12 IfSG bei Ereignissen, die eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite oder schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren darstellen können. Hier informieren die Gesundheitsämter das Landesgesundheitsamt unverzüglich per Fax und telefonisch – notfalls

auch über das Bereitschaftsdiensttelefon des Landesgesundheitsamts – über den Verdacht oder das Auftreten eines solchen Ereignisses.

Die aktuellen Daten zu meldepflichtigen Krankheiten werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration wöchentlich auf Kreisebene auf der Homepage des Landesgesundheitsamtes veröffentlicht. In Krisenlagen wie z. B. der aktuellen Coronapandemie werden täglich spezifische Lageberichte mit vertieften Analysen der Meldedaten erstellt, die ebenfalls über die Homepage des Landesgesundheitsamtes verfügbar sind.

Im Hinblick auf die Krankenhausbelegung im Rahmen der Coronapandemie stehen das DIVI-Intensivregister sowie das im Frühjahr 2020 vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen angestoßene Steuerungstool „Resource Board“ zur Verfügung. Das Resource-Board stellt sowohl die tagesaktuell zur Verfügung stehenden Intensivbetten sowie insbesondere die invasiven sowie die nicht-invasiven Beatmungskapazitäten als auch die Normalstationsbelegung mit COVID-Patientinnen und -Patienten dar. Dies ermöglicht die gezielte Steuerung und Versorgung von COVID-19-Fällen, zum einen innerhalb Baden-Württembergs über das sogenannte „Clusterkonzept“ und zum anderen für Verlegungen in andere Länder im Rahmen des von Bund und Ländern entwickelten Kleeblattkonzeptes. Die entsprechenden Auslastungsdaten bilden die Grundlage für Versorgungsplanung und -abstimmung beispielsweise innerhalb der Konferenz der Clusterverantwortlichen und der UAG Notfall, die aus dem Dachgremium AG Corona heraus für spezifische Themen rund um die Notfallversorgung im Fall eines überlasteten Gesundheitssystems gegründet wurde, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten zu sichern.

In der Gefahrenabwehr und im Krisenmanagement wird bewusst auf die Verwendung von Standardprogrammen Wert gelegt, da diese in der Landesverwaltung bekannt sind und von allen Beschäftigten beherrscht werden. Eine Umstellung auf andere, spezielle Programme im Krisenfall wird nur dort vorgenommen, wo dies zwingend notwendig ist, und dann auch nur von denjenigen Bediensteten, die diese Programme auch in ihrem Tagesgeschäft verwenden und somit problemlos anwenden können.

Eine dieser speziellen Anwendungen ist die webbasierte Elektronische Lagedarstellung Bevölkerungsschutz (ELD-BS). Die ELD-BS wird zur Sicherstellung des ereignisbezogenen Informationsaustausches zwischen den Katastrophenschutzbehörden auf allen Ebenen seit 2009 verwendet. Die landesweit verfügbare Anwendung dient als einfach zu bedienendes sowie funktional einsetzbares Werkzeug zur Unterstützung der Stabsarbeit für die Bewältigung allgemeiner Einsatzlagen im Katastrophenschutz (Stabsinformationssystem).

In den Jahren 2018 bis 2021 wurde die ELD-BS in Funktionsumfang und Komplexität signifikant erweitert und findet bei den nutzenden Stellen erheblichen Zuspruch. Resultierend aus den Anforderungen des Koalitionsvertrages zum Ausbau eines gut funktionierenden, ressortübergreifenden Krisenmanagements, ist die ELD-BS ein zentraler Baustein der Sicherheitsarchitektur des Landes. Vor dem Hintergrund der Nutzung aller Potenziale der Digitalisierung im Sinne einer digitalen Verwaltung gehören dazu insbesondere der Ausbau des ressort- und behördenübergreifenden Informationsaustausches auf Landesebene und mit dem Bund. Zur Stärkung des ressortübergreifenden Krisenmanagements und der Handlungsfähigkeit im Katastrophenfall wird aktuell das Lagetool der ELD-BS für die Nutzung durch die anderen Ressorts erweitert. Die Nutzung von Teilanwendungen bis auf Gemeindeebene ist in Vorbereitung. Weitere Erweiterungen sind in Planung.

Die Kommunikation mit dem Bund findet derzeit im Krisenmanagement und in der Gefahrenabwehr auf Schiene der Innenressorts mit dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum des Bundes und der Länder statt. Diese Zusammenarbeit soll zukünftig weiter durch das aktuell neu eingerichtete GeKoB verbessert werden. Das GeKoB hat zum Ziel, die verschiedenen Akteure im Bevölkerungsschutz noch enger zusammenzuführen und den Informationsaustausch untereinander zu

vereinfachen und zu beschleunigen. Das GeKoB wird als Kooperationsplattform partnerschaftlich von Bund und Ländern betrieben und getragen.

Das GeKoB dient in der Alltagsorganisation der Optimierung des risiko-, gefahren- und lagebezogenen Informations- und Koordinationsmanagements zwischen Bund und Ländern für eine gute Krisenprävention, Krisenvorsorge und den Schutz der KRITIS. Bei Krisen und insbesondere bei länderübergreifenden Gefahren- und Schadenslagen kann das GeKoB auf Anforderung der zuständigen Stellen unter anderem Krisenstabsfunktionen und Aufgaben zur Unterstützung des Krisenmanagements von Bund und Ländern übernehmen.

Eine der weiteren Aufgaben des GeKoB ist das horizontale und vertikale Informationsmanagement. Hierzu erstellt das GeKoB unter anderem das wöchentliche Gemeinsame Lagebild Bevölkerungsschutz mit einer Frühwarnfunktion mit Blick auf potenzielle Krisenlagen. Gerade diese Frühwarnfunktion ist, wie in der Antwort auf die Frage I.1 dargestellt, ein entscheidender Erfolgsfaktor im Krisenmanagement. Lagebilder müssen daher im Gegensatz zum Status quo künftig auch in die Zukunft blicken lassen. Prognosen müssen Bestandteil künftiger Lageinformationen sein.

Das Gemeinsame Lagebild Bevölkerungsschutz soll in einer weiteren Ausbaustufe zu einem digitalen Lagebild weiterentwickelt werden. Hierbei sollen auch verfügbare Datenbestände miteinander verknüpft werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse sowie KI-Systeme und Simulationsprogramme sollen genutzt werden, um aus der Datenfülle konkrete Erkenntnisse und die Möglichkeit einer strategischen Vorausschau zu gewinnen. Das Ziel eines durchgängigen digitalen Lagebilds ist es, dass das Informationsmanagement zwischen den einzelnen Ebenen medienbruchfrei sichergestellt ist.

17. Welche Maßnahmen sind umgesetzt oder geplant, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Unterstützung im Krisenfall zu stärken?

Zu 17.:

Krisen kennen keine Grenzen und können ohne Vorwarnung mehrere Länder gleichzeitig treffen. Die Coronapandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine haben dies einmal mehr bestätigt. Der Bevölkerungsschutz kann und muss daher künftig noch mehr als bisher die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Blick nehmen.

Vor allem in den Grenzregionen wird die Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten bereits intensiv betrieben. Sie wird in der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr als tägliche Praxis gelebt. Dies ist wichtige Voraussetzung, dass bei Großschadenlagen und Krisen die Kommunikation funktioniert und notwendige Informationen frühzeitig und wechselseitig zur Verfügung stehen.

Eine vertiefte Zusammenarbeit findet insbesondere im Rettungsdienst, beim Katastrophenschutz und im Gesundheitswesen statt.

Rettungsdienst

Der rechtliche Rahmen für die gegenseitige Unterstützung der Rettungsdienste ist in der am 3. Dezember 2021 unterzeichneten deutsch-französischen Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste enthalten. Mit dieser Vereinbarung wurde eine bereits im März 2009 abgeschlossene Vereinbarung aktualisiert. So wurden die Modalitäten der gegenseitigen Hilfeleistung verständlicher gefasst und der Kreis der auf französischer Seite beteiligten Organisationen insbesondere um den „Service d'incendie et de secours" (SIS) erweitert. Die Selbstverwaltung im Rettungsdienst und die staatlichen Stellen haben sich zum Ziel gesetzt, die Vernetzung der maßgeblichen Akteure auf beiden Seiten des Rheins voranzubringen. Dies geschieht beispielsweise durch regelmäßige Treffen der deutschen und der französischen Leitstellen.

Unterzeichner auf der deutschen Seite sind die beiden Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg. Auf der französischen Seite haben neben der Präfektur der Région Grand Est, der Präfektur des Departement Haut-Rhin, dem Service d'Incendie et de Secours Haut-Rhin und dem Service d'Incendie et de Secours Bas-Rhin, der Agence Régional de Santé und der Caisse primaire d´assurance maladie noch weitere acht Akteure im Gesundheitswesen unterzeichnet.

Hervorzuheben ist, dass die Vereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Rettungsdienste nicht darauf abzielt, Rettungskräfte der jeweils anderen Seite regelhaft einzubinden. Zielsetzung ist vielmehr nach wie vor, dass jedes Land die Lage selbst bewältigt und nur im Ausnahmefall Unterstützung anfordert. Das Hilfeersuchen setzt keine spezielle Krisenlage voraus. Grenzüberschreitende Einsätze sind vielmehr bereits dann möglich, wenn im ersuchenden Land – beispielsweise wegen eines hohen Einsatzaufkommens – keine Rettungsmittel verfügbar sind.

Katastrophenschutz

Grundlage für die Zusammenarbeit im Europäischen Katastrophenschutzverfahren ist der Beschluss Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über ein Katastrophenschutzverfahren der Union, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2021/836 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2021 zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union. Auf dieser Grundlage und für dieses Verfahren wird derzeit etwa ein baden-württembergisches Modul zur Waldbrandbekämpfung am Boden mit Fahrzeugen aufgebaut.

Auf bundesgesetzlicher Ebene sind folgende Grundlagen zur grenzüberschreitenden Hilfe vorhanden:

- Gesetz zu dem Abkommen vom 3. Februar 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen vom 14. Januar 1980,
- Gesetz zu dem Abkommen vom 23. Dezember 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesrepublik Österreich über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen vom 20. März 1992 und
- Gesetz zu dem Abkommen vom 28. November 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen vom 22. Januar 1987.

Auf Landesebene ermöglichen schon die bisherigen Regelungen des Landeskatastrophenschutzgesetzes einen Einsatz außerhalb des Landes (§ 21 Absatz 4 sowie im Hinblick auf die Kosten § 34 Absatz 4). Diese wurden zum Ende der vergangenen Legislaturperiode geschaffen bzw. präzisiert. Diese Rechtsgrundlage hat sich grundsätzlich bewährt und einen unbürokratischen und schnellen Einsatz ermöglicht und soll auch in der derzeit in der Novellierung befindlichen Fassung des Landeskatastrophenschutzgesetzes Aufnahme finden.

Im Hinblick auf Frankreich bestehen folgende vertragliche Grundlagen:

- Beistandspakt zwischen der Région Grand Est, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland für eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation und Koordination besonders bei Gesundheitskrisen (vom 27. November 2020),
- Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich (vom 22. Juli 2005),
- Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Gesundheit und Solidarität über die Durchführungsmodalitäten des Rahmenabkommens vom 22. Juli 2005 über die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich (vom 9. März 2006),

- Vereinbarung über die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Rettungsdienste Elsass/Baden-Württemberg zwischen dem Präfekten der Region Alsace, dem Präfekten des Bas-Rhin, dem Direktor der Agence Régional de l'hospitalisation d'Alsace, dem Direktor der Union Régionale des Caisses d'Assurance Maladie d'Alsace sowie den Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg (vom 10. Februar 2009, aktualisiert am 3. Dezember 2021),
- Vereinbarung zwischen dem Präfekten des Département Bas-Rhin und dem Regierungspräsidenten von Freiburg über die Durchführung des Abkommens vom 3. Februar 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (vom 12. Juni 1998),
- Vereinbarung zwischen dem Präfekten des Département Bas-Rhin und der Regierungspräsidentin von Karlsruhe über die Durchführung des Abkommens vom 3. Februar 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (vom 19. Oktober 1999),
- Abkommen zwischen der Präfektin der Verteidigungs- und Sicherheitszone Ost, der Präfektin der Region Grand Est, der Präfektin des Bas-Rhin, dem Präfekten des Haut-Rhin, der Regierungspräsidentin von Freiburg und der Regierungspräsidentin von Karlsruhe über die alltäglichen Hilfeleistungen der Feuerwehren im Grenzgebiet (vom 3. Dezember 2021).

Im Hinblick auf die Schweiz wurde bei einem virtuellen Treffen mit den Schweizer Grenzkantonen und der Landesregierung am 20. November 2020 eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die insbesondere betont, dass die gute Zusammenarbeit von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz weiter vertieft werden soll, etwa im Rahmen gemeinsamer Katastrophenschutzübungen. Die grenzüberschreitenden Partner sprechen sich ferner für eine verstärkte Zusammenarbeit in Gesundheitswesen und Gesundheitswirtschaft aus.

Die oben genannten Abkommen ermöglichen grundsätzlich den Abschluss von Einzelvereinbarungen für die Vorbeugung und Bekämpfung von Gefahren, einen Informationsaustausch, die Durchführung von Tagungen und Übungen und ähnliche Aktivitäten.

Auf dieser Grundlage beruhen auch die Vereinbarungen über die gegenseitige Information bei Gefahren und Schäden, die sich auf das Hoheitsgebiet des Nachbarstaates auswirken können, zwischen dem Regierungspräsidium Freiburg und den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und zwischen den Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg und den Präfekten Haut-Rhin und Bas-Rhin.

Ebenso wurden auf dieser Grundlage die Vereinbarungen über den Austausch von Verbindungspersonen zwischen den Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg und den Präfekturen Haut-Rhin und Bas-Rhin geschlossen.

Ferner ermöglicht das Karlsruher Abkommen von 1996 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen in Artikel 2 Absatz 2 generell den Abschluss von Vereinbarungen nicht-völkerrechtlichen Charakters für die Gemeinden und Landkreise sowie das Land Baden-Württemberg.

Nach Bewertung der Landesregierung bieten die dargestellten rechtlichen Grundlagen eine solide Grundlage für die Planung und Durchführung einer grenzüberschreitenden Hilfe, die in der gutnachbarschaftlichen Praxis in den Grenzregionen bereits gelebt wird.

Gleichwohl wird der Aspekt der grenzüberschreitenden Hilfe in die Überlegungen bei der Überarbeitung des Landeskatastrophenschutzgesetzes einzubeziehen sein.

Grenzüberschreitende Übungen belegen, dass die Zusammenarbeit grundsätzlich funktioniert. Folgende grenzüberschreitende Übungen und Fortbildungen bzw. konzeptionelle Arbeiten sind aus unserer Sicht besonders nennenswert:

- RegioKat 1993 (Erdbeben) und 2006 (Schiffshavarie auf dem Rhein),
- SEISMO 2012 (Erdbeben),
- DEKON 2015: D-F-CH-Treffen der DEKON-Einheiten im Landkreis Lörrach,
- Trinationaler Blackout-Kongress 2016 in Basel,
- Kongress „Pandemie am Oberrhein – Passende Lösungsansätze für eine Metropolregion“ 2021,
- Förderung Übungsprogramm „Akademie der Risiken“ durch die Oberrheinkonferenz,
- AG Katastrophenhilfe mit fünf Expertengruppen: „Gegenseitiger Wissensaustausch und Sprachverständnis“, „Gefahrenabwehr auf dem Rhein“, „Kommunikationstechnik“, „Führung und Einsatz TRINAT“ und „Übungen“,
- Kommunikationswegeübung BINAT/TRINAT,
- „TERREX 2012“: Übung der zivil-militärischen Zusammenarbeit mit Bundeswehr, Schweizer Armee und Österreichischem Bundesheer in Konstanz-Stadt,
- „AIOLOS 2017“: Internationale Stabsrahmenübung (großräumige Orkan-Lage) mit Teilnahme Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, Kanton Thurgau, Landratsamt Konstanz, Regierungspräsidium Freiburg, Kanton Schaffhausen, Polizei, Grenzwacht usw.,
- Gemeinsame Übungen Kernkraftwerke: Mitarbeit Übungskonzept und Teilnahme an den Gesamtnotfallübungen mit der Schweiz sowie Übungen Kernkraftwerk Fessenheim mit Frankreich:
  - Übungen Schweiz seit 2001: INEX 2001, IRIS 2003 Beznau, KRONOS I und II 2005 Leibstadt; 2011 NEMESIS, 2013 ODYSSEUS Leibstadt und Beznau ; 2015 PERIKLES; 2017 RAROS Mühleberg; 2019 STYLOS Beznau, 2022 (in Planung)
  - Übungen Frankreich/Fessenheim: 1999, 2002, 2005, 2008, 2010, 2012 abgesagt wegen Fukushima, 2013, 2018,
- Übung CBRN-Erkunder, zuletzt 2019 in Mulhouse,
- Treffen der Verbindungspersonen bei der NAZ in Bern,
- Übungen Verbindungspersonen bzw. Informationsvereinbarung, zum Beispiel anlässlich der Fortschreibung von Notfallplanungen in französischen Seveso-Betrieben in Lauterbourg 2015 und 2019, in Colmar 2019, im März 2021 in Strasbourg sowie im Oktober 2021 in Drusenheim,
- Mitwirkung bei der Erstellung des Konzepts zum grenzüberschreitenden Koordinationsprozess bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen der Internationalen Bodenseekonferenz gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz, Österreich und Bayern,
- Grenzüberschreitende großräumige Evakuierungsplanung am Beispiel Deutschland – Schweiz,
- INTERREG-Projekt „Sicherstellung der grenzüberschreitenden Kommunikation im Krisenfall“: grenzüberschreitende Beschaffung von Satellitenkommunikationsanlagen sowie geplante monatliche Kommunikationsübungen auf der Grundlage eines trinationalen Kommunikationskonzeptes unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe,
- Nuklearer Notfallschutz: Deutsch-Schweizerische Kommission und Deutsch-Französische Kommission (jährliche Tagungen),
- Behördengespräche Regierungspräsidium Freiburg mit Präfekturen 68 und 67,

- Grenzüberschreitende Stabsübung „Rhein in Flammen“ 2019 in Breisach,
- Übung PPI zu Seveso-Betrieben, zum Beispiel Colmar und Strasbourg,
- Tierseuchenübung Afrikanische Schweinepest mit Teilnahme Schweizerischer Behördenvertreter 2018.

Nichtsdestotrotz haben die jüngsten Krisenereignisse gezeigt, dass eine weitere Intensivierung der bestehenden Strukturen sinnvoll ist. Daher wurden 2021 von den Grenzpartnern erste Ansätze im Hinblick auf die Einrichtung eines „Trinationalen Kompetenz- und Lagezentrums“ erarbeitet. Man ist sich einig, dass es weiterhin einer engen Verzahnung und Abstimmung in grenzüberschreitenden Krisenlagen bedarf. In welcher genauen Struktur dies geschehen soll, wird das Ergebnis der weiteren Abstimmung und Zusammenarbeit der Partner auf französischer, schweizerischer und deutscher Seite sein.

Gesundheitswesen

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie und Inkrafttreten des ersten Lockdowns pflegen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie die Nachbarregion Grand Est, die Präfektur Grand Est und verschiedene Bundesbehörden einen regelmäßigen Austausch zum Pandemiegeschehen. Erörtert wurden in der Anfangsphase beispielsweise Fragen des Grenzübertritts, insbesondere für Pendler, im Bereich der Sorgerechtsausübung und Pflege, Verlegung von Patienten, Gestaltung von Einreise-Verordnungen, Impf- und Testregime im Hinblick auf die Aufrechterhaltung grenzüberschreitend tätiger Arbeitskräfte und Infrastruktur. Die Schaltkonferenzen waren in der Anfangsphase als Koordinierungskreis zur Krisenreaktion und später zunehmend zum Informationsaustausch konzipiert. Inzwischen kommt die Runde ad hoc bei besonderer Zuspitzung der Pandemie oder größeren Entwicklungen in Deutschland oder Frankreich zusammen.

Die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass der Oberrhein in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht als gemeinsamer Lebensraum verstanden wird. Dies gilt insbesondere auch für die Inanspruchnahme von gesundheitlichen Dienstleistungen. Verbunden mit den steigenden Anforderungen durch den demografischen und klimatischen Wandel wird es in den kommenden Jahren eine besondere Bedeutung erlangen, sich mit den Fragestellungen einer grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung auseinanderzusetzen.

Dementsprechend gilt es, Strukturen und Projekte, die sich mit der Gesundheitsplanung und Krisenreaktion in der Oberrheinregion befassen, auf Basis der Erfahrungen zu prüfen, zu verstetigen und weiter zu entwickeln, so etwa das Projekt TRISAN, ein trinationales Kompetenzzentrum mit dem Ziel, die Gesundheitskooperation am Oberrhein zu unterstützen.

18. Welche Maßnahmen und Vorhaben gibt es hierzu insbesondere für die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union?

Zu 18.:

Zwischen den EU-Mitgliedstaaten besteht seit dem Jahr 2006 eine Krisenkoordinierung, die in den Jahren 2013 und 2018 zur „Integrierten Regelung für die politische Reaktion auf Krisen“ (Integrated Political Crisis Response – IPCR) ausgebaut wurde. Der IPCR-Mechanismus koordiniert die Krisenreaktion der EU zwischen den Mitgliedstaaten, indem unter anderem ein informeller Runder Tisch mit Vertretern der EU-Kommission, der EU-Agenturen, des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der EU-Mitgliedstaaten eingerichtet wird, Analyseberichte erstellt werden und über eine Online-Plattform Informationen und Daten ausgetauscht werden. Der Krisenreaktionsmechanismus kann vom Ratsvorsitz oder durch eine Solidaritätsklausel von einem Mitgliedstaat ausgelöst werden. Zuletzt löste der französische Ratsvorsitz den IPCR-Mechanismus am 27. Februar 2022 als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aus.

Zudem besteht seit 2001 das EU-Katastrophenschutzverfahren. Mit dem Katastrophenschutzverfahren werden die Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Katastrophen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und sechs weiteren teilnehmenden Ländern (Island, Norwegen, Serbien, Nordmazedonien, Montenegro und Türkei) von der EU-Kommission koordiniert. Zudem kann ein Land bei einem Notfall die Unterstützung durch die EU-Kommission und andere Länder anfordern. Auch andere Länder sowie internationale Organisationen wie die UN können das EU-Katastrophenschutzverfahren um Hilfe bitten. Gesteuert wird der europäische Katastrophenschutz vom Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen. Mit „rescEU“ hat die EU eine Reserve unter anderem von Löschflugzeugen, Hubschraubern und medizinischer Ausrüstung eingerichtet, die im Notfall in den hilfesuchenden Ländern eingesetzt werden können. Teilnehmende Staaten können zudem nationale Ressourcen für die Notfallreaktion für den Europäischen Katastrophenschutzpool (European Civil Protection Pool, ECPP) bereitstellen.

Wichtig sind mit Blick auf die europäische Zusammenarbeit auch das gegenseitige Kennen und der Wissensaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, deren Bevölkerungsschutzsystemen und den zuständigen Personen. Mit dem neu geschaffenen Instrument des „knowledge network“ eröffnet sich im Europäischen Bevölkerungsschutz eine weitere Vernetzungsmöglichkeit. Es gilt, diese zu nutzen und noch mehr zusammenzurücken. Der Austausch der Menschen und das persönliche Kennen gemäß dem Leitsatz „In Krisen Köpfe kennen“ sowie der Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und von Informationen über Schadenabläufe und Entwicklungen werden zu einer weiteren Verbesserung der Sicherheit der Menschen sowie zur Stärkung Europas führen.

Im Rahmen der Coronapandemie konnte die EU trotz ihrer nur unterstützenden Zuständigkeit im Gesundheitsbereich wichtige koordinierende Maßnahmen erlassen, beispielsweise Leitlinien für Reisebeschränkungen, Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Warenverkehrs im EU-Binnenmarkt trotz Grenzschließungen, das europaweite Verknüpfen der nationalen Corona-Warn-Apps und die Einführung des digitalen europäischen Covid-Zertifikats (Impf-, Test-, oder Genesungszertifikat).

Die EU stärkte zudem die Mandate des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten sowie der Europäischen Arzneimittel-Agentur und schuf als Lehre aus der Pandemie eine neue europäische Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion in gesundheitlichen Notlagen. Die Behörde soll grenzüberschreitende Gesundheitskrisen verhüten, erkennen und rasch darauf reagieren. Die EU erließ eine neue Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, die unter anderem die Ausarbeitung eines EU-Plans sowie nationaler Pläne zur Bewältigung von Gesundheitskrisen und Pandemien vorsieht.

Ende 2021 schlug die EU-Kommission die Einrichtung eines Europäischen Mechanismus zur Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der Ernährungssicherheit (EFSCM) vor. Mit dem EFSCM soll eine Expertengruppe mit Fachleuten aus den Mitgliedstaaten, Interessensgruppen und Drittländern geschaffen werden, der die Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der EU sicherstellen soll.

II. Krisenkommunikation und Logistik

1. Wie kann die Bevölkerung flächendeckend vor möglichen Gefahren gewarnt werden (digital und analog) und welche Aufgaben haben aus Sicht der Landesregierung die Gemeinden, das Land oder der Bund zur Schaffung einer flächendenkenden und funktionierenden Warn-Infrastruktur zu erledigen?

Zu 1.:

Baden-Württemberg setzt zur amtlichen Warnung der Bevölkerung vor Gefahrensituationen seit Oktober 2016 landesweit auf das im gesamten Bundesgebiet verfügbare satellitengestützte Modulare Warnsystem (MoWaS). Über MoWaS

können alle angeschlossenen Warnmittel zeitgleich mit einer Eingabe ausgelöst werden. Warnmeldungen können damit auf möglichst vielen Wegen verbreitet werden, um so einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu erreichen. Derzeit sind an MoWaS die Warn-Apps NINA, KATWARN und BIWAPP, einige regionale Warn-Apps, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitungsredaktionen und Onlinedienste, digitale Stadtinformationstafeln und einige Verkehrsunternehmen angeschlossen. Alle Warnmeldungen über MoWaS werden auch auf der vom BBK betriebenen Internetseite *www.warnung.bund.de* veröffentlicht. Derzeit laufen die erforderlichen Arbeiten zur Integration der Warnung über das sogenannte Cell Broadcast. Darüber hinaus sollen zukünftig auch Sirenen an MoWaS angeschlossen werden.

In Baden-Württemberg können alle für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden, auch die kommunale Ebene, MoWaS zur Warnung der Bevölkerung nutzen. Aus Sicht der Landesregierung hat sich die Nutzung von MoWaS zur Warnung der Bevölkerung in den vergangenen Jahren bei einer Vielzahl von Gefahrenlagen im Land bewährt. Alleine im Jahr 2021 wurden von baden-württembergischen Behörden insgesamt 222 Warnmeldungen über MoWaS ausgelöst.

Grundsätzlich obliegt die Warnung der Bevölkerung als Teil der nötigenfalls zu treffenden Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei einer Schadenlage den Gemeinden in ihrer Eigenschaft als Ortspolizeibehörde. Welche Warnmittel diese neben der Warnmöglichkeit über das MoWaS für die Warnung der Bevölkerung vorhalten und bei einer Gefahrenlage auslösen, entscheiden die Gemeinden in eigener Zuständigkeit auf der Basis ihrer örtlichen Gegebenheiten und des Risikopotenzials im Rahmen ihrer gemeindlichen Alarm- und Einsatzplanung. Gemeinden können neben MoWaS also auch lokale Warnmittel wie Sirenen oder Lautsprecherdurchsagen aus Fahrzeugen einsetzen. Warnungen können auch über Soziale Medien oder Internetauftritte verbreitet werden. Je nach konkreter Gefahrenlage sind vor Ort auch persönliche Ansprachen durch Gemeindebedienstete oder Einsatzkräfte möglich.

Nach Einschätzung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen haben insbesondere die Hochwasser- und Starkregenereignisse vom Sommer 2021 dazu beitragen, dass sich die Kommunen im Land noch stärker mit dem Thema Warnung der Bevölkerung auseinandersetzen und in diesem Zusammenhang auch wieder vermehrt auf das kommunale Warnmittel Sirenen setzen. Darüber hinaus hat das Sonderförderprogramm Sirenen des Bundes einen zusätzlichen Anreiz geschaffen, dass sich die Kommunen mit der Neuinstallation oder Ertüchtigung von Sirenenanlagen als Teil der Warninfrastruktur befassen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass das Antragsvolumen der Gemeinden und Städte die vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel bei weitem überstiegen hat. Auf die detaillierten Ausführungen zum Sirenenförderprogramm des Bundes in den Stellungnahmen zu den Landtagsdrucksachen 17/2017 und 17/2099 wird verwiesen.

Für die Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen ist die gemäß §§ 6 und 7 des LKatSG zuständige Katastrophenschutzbehörde verantwortlich. Diese kann, sofern erforderlich, neben der Warnung über MoWaS die Auslösung der kommunal vorgehaltenen Sirenen veranlassen.

Die Aufgaben der Warnung der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren eines Verteidigungsfalls werden für den Bund durch das BBK wahrgenommen. In eilbedürftigen Fällen löst der Bund die Warnungen unmittelbar aus. Im Übrigen führen die Länder Warnungen im Auftrag des Bundes aus. Zur Warnung greift der Bund auf die in den Ländern vorhandenen Warnmittel zurück. Soweit diese Warnmittel für Zwecke des Zivilschutzes nicht ausreichen, ergänzt der Bund das Instrumentarium.

Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Bedrohungslage machen aus Sicht der Landesregierung eine Neubewertung des Zivilschutzes erforderlich. Hierzu zählt auch die Notwendigkeit einer bundesweiten Sireneninfrastruktur zu Zivilschutzzwecken. Sirenen sollten aus Gründen des Zivilschutzes wieder bundesweit aufgebaut werden. Aus Sicht der Landesregierung ist daher, gerade auf-

grund der Erkenntnisse aus dem Krieg in der Ukraine, eine zeitnahe Aufstockung der Fördermittel für die Errichtung von Sirenenanlagen durch den Bund erforderlich.

Bezüglich der Zuständigkeiten für die Warnung vor wetterbezogenen Gefahren in Deutschland wird auf die Stellungnahme unter anderem zu Fragen 2 und 4 der Landtagsdrucksache 17/580 verwiesen.

Die große Herausforderung beim Thema Warnung der Bevölkerung in der heutigen Zeit und vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels besteht darin, in einer heterogenen und stark individualisierten Gesellschaft möglichst viele Menschen in den unterschiedlichen Lebenssituationen (Arbeitsplatz, Freizeit, Familie, während Auto- und Bahnfahrten usw.) und mit unterschiedlichen Lebensgewohnheiten und -entwürfen (nur Radiohörer, Smartphone-Nutzer usw.) mit Warnmeldungen und entsprechenden Informationen und Handlungsempfehlungen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund genügt es nicht, nur auf ein Warnmittel wie beispielsweise Sirenen, Apps oder Radiodurchsagen als alleiniges Mittel der Wahl zu setzen. Es kommt darauf an, möglichst viele Menschen über verschiedene Kanäle in ihrer jeweiligen Lebenssituation zu erreichen. Genau aus diesem Grund setzt das Land Baden-Württemberg bei der Warnung der Bevölkerung auch auf MoWaS.

Besondere Bedeutung kommt der Einführung von Cell Broadcast zur Warnung der Bevölkerung durch den Bund zu. Der große Nutzen von Cell Broadcast ist, dass alle Menschen, die ein dafür eingerichtetes, empfangsbereites Mobiltelefon haben, als Empfängerin und Empfänger einer Warnmeldung anonym erreicht werden können. Wie oben dargestellt, soll Cell Broadcast als weiterer Warnkanal an MoWaS angeschlossen werden und so den bestehenden Warnmix konsequent weiter ausbauen.

2. Welche Bedeutung kommt nach Auffassung der Landesregierung der Risiko- und Krisenkommunikation zu?

Zu 2.:

Kommunikation ist ein wesentlicher Pfeiler zur Bewältigung einer Krise. Ohne strukturierte Krisenkommunikation kann eine Krisenbewältigung nicht gelingen. Krisenkommunikation ist damit ein integraler Bestandteil des Krisenmanagements.

Krisen und krisenhafte Situationen rufen einen großen Informationsbedarf in der Bevölkerung hervor und verstärken den Wettbewerb der Medien nach möglichst aktuellen und neuen Meldungen. In Krisen ist es deshalb notwendig, Medien und Bevölkerung möglichst schnell, umfassend, wahrheitsgemäß sowie widerspruchsfrei zu informieren. Ansonsten besteht die Gefahr eines Informationsvakuums oder gar einer Verunsicherung der Bevölkerung bis hin zu einem Vertrauensverlust in staatliches Handeln. Im Extremfall können dies andere Akteure nutzen, um die Deutungshoheit in einer Krise zu erlangen.

Ziel einer erfolgreichen Krisenkommunikation muss es sein, dass das Vertrauen der Medien und der Öffentlichkeit in die verantwortlichen Akteure auch in der Krise erhalten bleibt. Krisenkommunikation benötigt daher klare Strukturen und vorbereitete Strategien. Erfolgreiche Krisenkommunikation setzt eine mit den anderen von der Krise betroffenen Behörden und Akteuren abgestimmte Kommunikationslinie voraus. Die einzelnen Akteure sprechen mit einer Stimme für ihre Institutionen und gemeinsam kommunizieren sie mit einer Botschaft.

Häufig wird unter Krisenkommunikation nur die externe Kommunikation mit der Bevölkerung und den Medien verstanden. Übersehen wird dabei, dass eine strukturierte Krisenkommunikation nach innen nicht nur die Grundlage für eine sachlich richtige, fundierte und glaubwürdige Kommunikation nach außen, sondern auch die wesentliche Grundlage für die effiziente Organisation des Krisenmanagements und der Stabsarbeit ist. Die interne Kommunikation in der Krise muss

dazu sowohl stark strukturiert als auch gut mit den Entscheidungsträgern und den verschiedenen Akteuren vernetzt sein. In der akuten Krise ist es notwendig, regelmäßige Abstimmungen vorzunehmen, damit allen relevanten Akteuren frühzeitig belastbare und aussagekräftige Informationen zur Verfügung stehen.

Neben der Kommunikation in einer Krise kommt der Risikokommunikation besondere Bedeutung zu. Eine transparente staatliche Risikokommunikation muss auch verdeutlichen, dass jedes System ein Restrisiko in sich trägt und trotz bestmöglicher Vorbereitungen auf Krisen bei entsprechenden Situationen negative Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht auszuschließen sind. Festzustellen ist, dass Krisenvorsorge und die Bereitschaft, sich auch in krisenfreien Zeiten mit möglichen Restrisiken auseinanderzusetzen, gesellschaftlich schwach ausgeprägt waren und sind. Die Risikokommunikation dient dazu, die Gesellschaft entsprechend zu sensibilisieren und sie so auch bei der Stärkung der eigenen Selbsthilfefähigkeit zu unterstützen. Denn es ist unerlässlich, dass auch die Bürgerinnen und Bürger auf Notsituationen vorbereitet sind und sich selbst und anderen helfen können.

3. Welche unterschiedlichen Formate und Wege nutzt die Landesregierung in Abhängigkeit von verschiedenen Krisen, um in Kommunikation mit der Bevölkerung zu treten?

4. Bietet beispielsweise die Digitalisierung Möglichkeiten, neue Wege der Krisenkommunikation zu erschließen?

Zu 3. und 4.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 3 und 4 zusammen beantwortet:

Die Digitalisierung und die verstärkte Nutzung von Sozialen Medien verändern unseren Alltag nachhaltig. Sie gehören heute für die meisten Menschen genauso zum Alltag wie Telefon, Radio und Fernseher. Damit haben sich in kurzer Zeit das Kommunikationsverhalten und die Mediennutzung der Bevölkerung gravierend verändert. Dies wirkt sich auch auf die Krisenkommunikation mit Medien und Bevölkerung aus. Soziale Medien ergänzen als zusätzlicher Kanal die Instrumente der Krisenkommunikation. Für die Kommunikation in den Sozialen Medien gelten zwar weiterhin die allgemeinen Grundsätze Offenheit, Transparenz, Glaubwürdigkeit sowie Dialogorientierung. Mit ihren besonderen Charakteristika (Interaktivität, Viralität, Schnelligkeit und Transparenz) unterliegt die Krisenkommunikation in den Sozialen Medien jedoch einem besonderen Bedarf der konzeptionellen Vorbereitung und verbindlichen strategischen Abstimmung der verschiedenen Akteure.

Auch bei Krisen oder Katastrophen können Soziale Medien als Informationsquelle dienen und aktiv zur Informationsgewinnung genutzt werden, zum Beispiel für ein umfassendes Lagebild, da sich Ereignisse nicht nur vor Ort, sondern mehr und mehr auch im Internet und in den sozialen Netzwerken abbilden. Dabei geht es sowohl um das „Abgreifen“ klassischer lagerelevanter Informationen als auch um Erkenntnisse über die Stimmung in der Bevölkerung.

Allerdings kann die Masse an Daten und Informationen im Netz eine Organisation auch schnell überfordern. Notwendig sind daher die Anpassung der Arbeitsprozesse und der Aufbau fester Strukturen zur Beobachtung der Sozialen Netzwerke.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erachtet ein VOST als zukunftsweisenden Baustein der Gefahrenabwehr im digitalen Zeitalter und hat daher bereits im September 2018 als erstes Land ein eigenes VOST aufgebaut. Für nähere Informationen zum VOSTbw wird auf die Antwort zu Frage I.6 verwiesen.

Während der Coronapandemie hat die Landesregierung mit dem Chatbot COREY ein neues Instrument zur Krisenkommunikation eingesetzt. Der Chatbot, aufgebaut auf Methoden der künstlichen Intelligenz kombiniert mit menschlicher Intelligenz, beantwortet Fragen der Nutzerinnen und Nutzer zum Corona-Virus und den Corona-Verordnungen.

Der Chatbot ist damit eine Einstiegshilfe zu den unterschiedlichsten Themen rund um Corona, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst durch die Internetseiten klicken müssen. Zudem ist er eine wertvolle digitale Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über die Hotline des Landes, per E-Mail oder in den Sozialen Medien Fragen zu Corona beantworten. Der Einsatz von COREY hat sich bewährt. Details zum Chatbot COREY können der Pressemitteilung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vom 4. Januar 2021 *(https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/17-millionen-fragen-an-chatbot-corey-1/)* entnommen werden.

Der Sonderinformationsdienst der Landesregierung, kurz Kriseninternet, ist ein wichtiges Element der Krisenkommunikationsstrukturen des Landes. Das Kriseninternet kann ressortübergreifend bei Großschadenlagen zur Information der Bevölkerung eingesetzt werden, wenn die Systeme der Ressorts beispielsweise wegen Überlastung durch extrem hohe Zugriffszahlen nicht mehr verfügbar sind. Durch das derzeit genutzte Cloud-System ist das Kriseninternet hochverfügbar und stellt damit eine wichtige Redundanz im Krisenfall dar. Die aktuell genutzte Plattform kann aufgrund der Abkündigung bestimmter Funktionen durch den Anbieter ab dem 1. Januar 2024 nicht mehr weiterbetrieben werden. Darüber hinaus haben sich seit der letzten Neuentwicklung des Kriseninternets im Jahr 2010 neue (technische) Anforderungen ergeben, beispielsweise zur Barrierefreiheit und zur Darstellbarkeit auf mobilen Endgeräten. Eine Neuentwicklung des Systems als Rückfallebene für den Krisenfall ist daher zwingend notwendig. Aus diesem Grund hat das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Finanzierung der Neuentwicklung für den Haushalt angemeldet.

5. Was sind aus Sicht der Landesregierung die Vor- und Nachteile einer zentralen und dezentralen Lagerung von Schutzmaterial und wie verhält es sich bei in der Haltbarkeit eingeschränkten Verbrauchsgütern?

Zu 5.:

Sowohl zentrale als auch dezentrale Vorhaltungen sind aus Sicht der Landesregierung in einem jeweils spezifischen Anwendungsbereich erforderlich. Die dezentrale Lagerung erfolgt im Katastrophenschutz in erster Linie bei den Fahrzeugen des Katastrophenschutzdienstes, die disloziert im gesamten Land entsprechend der Verwaltungsvorschrift über die Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzdienstes untergebracht sind. Diese verfügen über alle nötigen Materialien, die für einen ad-hoc-Einsatz erforderlich sind. Eine zentrale Lagerung ist hingegen erforderlich, um bestimmte Mangelressourcen landesweit vorzuhalten. Soweit möglich, ist eine Wälzung der eingelagerten Güter vorzusehen, die jedoch nicht in jedem Fall möglich ist. Abgelaufenes Lagergut wird ausgesondert und entsorgt.

III. Lehren aus krisenbehafteten Lagen

1. Wie hat sich die Organisation der Krisenvorsorge, der Krisenfrüherkennung und der Krisenbekämpfung im Land aufgrund der Coronapandemie (ggf. auch aufgrund anderer krisenhafter Lagen) verändert?

2. Welche Schlüsse lassen sich aus dem Vergleich von Coronapandemie und Bewältigung der Folgen des Kriegs in der Ukraine für Baden-Württemberg hinsichtlich der Organisation der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung im Land ziehen?

Zu 1. und 2.:

Aufgrund des Sachzusammenhanges werden die Fragen zu 1 und 2 zusammen beantwortet:

Das Krisenmanagement im Land wurde seit dem Jahr 2004 konsequent gemäß der in der Antwort zur Frage I.1 beschriebenen Besonderen Aufbauorganisation durchgeführt und fortentwickelt. Im Mittelpunkt steht bei einem krisenhaften Ereignis die zeitnahe Bildung von Verwaltungsstäben auf allen Verwaltungsebenen und in allen Ressorts. Diese Stabsarbeit wird geschult und neue Erkenntnisse werden hierbei eingebracht. So wurde beispielsweise die beim Staatsministerium unter Leitung des Chefs der Staatskanzlei angegliederte Lenkungsgruppe unterhalb des Ministerrats während des außergewöhnlichen Flüchtlingszustroms im Jahr 2015 aufgrund der bis dahin neuen Erkenntnisse einer über mehrere Monate andauernden krisenhaften Situation erstmal eingesetzt. Sie hat sich dabei bewährt und wurde nun auch zur Bewältigung des Infektionsgeschehens im Zusammenhang mit dem Coronavirus vom Ministerrat mit Beschluss vom 13. März 2020 als Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei eingerichtet. Auch im Zusammenhang und aufgrund der Herausforderungen infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine setzte der Ministerrat mit Beschluss vom 8. März 2022 die Lenkungsgruppe „Ukraine“ unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei ein. Die zu der Lenkungsgruppe „Ukraine“ getroffenen Regelungen entsprechen im Wesentlichen denjenigen für die Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ und legen vor allem auf einen ständigen themenbezogenen Informationsaustausch zwischen allen Ressorts Wert. Die Erkenntnisse zum Krisenmanagement aus der Coronapandemie haben die Aufbauorganisation als geeignete Struktur bestätigt, sodass keine wesentlichen Anpassungen vorgenommen werden mussten.

Nichts ist jedoch so gut, dass es nicht noch besser werden kann. So wird beispielsweise im Koalitionsvertrag ein gut funktionierendes Krisenmanagement als zentraler Baustein der Sicherheitsarchitektur unseres Landes beschrieben. Dazu sollen die bestehenden Strukturen weiter optimiert, ausgebaut und das ressortübergreifende Krisenmanagement des Landes für zukünftige Herausforderungen bestmöglich aufgestellt werden. Hierzu sind auch zukünftig weitere Anstrengungen erforderlich, um die Landesverwaltung sowohl organisatorisch als auch technisch und personell bestmöglich für die Bewältigung zukünftiger Krisen aufzustellen. Über die Bereitstellung gegebenenfalls erforderlicher Mittel entscheidet der Haushaltsgesetzgeber.

Nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine rückt auch das Erfordernis weiterer technischer Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Staats- und Regierungsfunktionen in den Fokus. Hierzu zählen neben geeigneten (Redundanz-)Kommunikationsmitteln wie Satellitentelefonie unter anderem auch die Ausstattung von weiteren Landesbehörden mit Netzersatzanlagen, um auch bei einem länger andauernden Stromausfall weiterhin handlungs- und entscheidungsfähig zu sein.

Die Erfahrungen insbesondere aus der Coronapandemie haben deutlich vor Augen geführt, dass die Personalausstattung unserer behördlichen Regelorganisation in erster Linie für die Bewältigung der alltäglichen Aufgaben ausgelegt ist. Aus Sicht der Landesregierung ist eine stärkere Fokussierung auf mögliche Krisensituationen und deren besondere Anforderungen erforderlich. Dies gilt insbesondere

für langanhaltende Krisensituationen, in denen es erforderlich ist, über einen langen Zeitraum durchhaltefähig zu sein bzw. parallel auftretende Krisensituationen bewältigen zu können.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 3412**

17. Wahlperiode **18.10.2022**

Große Anfrage

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Antwort

der Landesregierung

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld II – Staat und Verwaltung

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Gesellschaft in der Krisenvorsorge

1. Was versteht die Landesregierung unter dem Begriff „Resilienz der Bevölkerung“ im Kontext der Krisenvorsorge?

2. Wie genau definiert die Landesregierung einen Krisenfall und welche Elemente und Kanäle sieht sie in einem solchen Fall vor, um entlang einer standardisierten (und digital unterstützten) Informationskette Bürgerinnen und Bürger zu informieren?

3. Wie lange dauert es gemäß einer solchen Informationskette, welchen Anteil der Bevölkerung oder entsprechende Behörden zu informieren bzw. zu warnen (unter Nennung der entsprechend eingebundenen Stellen und Kanäle)?

4. Auf welche Weise hat die Landesregierung welche vulnerablen Gruppen identifiziert, um sie besonders zu schützen bzw. bereits im Vorfeld konkreter Krisen resilienter zu machen?

5. Auf welche Weise stellen Konzepte oder Maßnahmen der Landesregierung sicher, dass vulnerable Gruppen durch zielgenaue Adressierung, wie beispielsweise im Kontext des MPX-Ausbruchs, nicht stigmatisiert werden?

6. Wie wird sichergestellt, dass vulnerable ältere und pflegebedürftige Personen, die in ihrer eigenen Häuslichkeit leben, zukünftig bei Maßnahmen nicht vergessen und diskriminiert werden?

Eingegangen: 18.10.2022 / Ausgegeben: 20.12.2022

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

7. In welchen Bereichen wird im Krisenfall konkret auf ehrenamtliche Unterstützung zum Schutz der Bevölkerung gesetzt?

8. Welche Maßnahmen plant die Regierung, um den Mangel an sich engagierenden Menschen im Ehrenamt des Bevölkerungsschutzes auszugleichen sowie vorhandene Personen wertzuschätzen?

II. Digitalisierung als Instrument der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

1. Bezugnehmend auf das Positionspapier der Landesregierung „Gemeinsam für eine leistungsstarke KI in Europa“: Wie sieht die konkrete Umsetzung gemeinsamer KI-Forschungsprojekte mit Unternehmen aus (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Unternehmen)?

2. Inwieweit wird KI für den Bereich Katastrophenschutz eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Plänen, die die Landesregierung hierfür hat)?

3. Wie viele der in Drucksache 17/685 Ziffer 8 benannten Schwächen der NINA-App wurden bereits behoben (bitte mit Auflistung der genauen Schwächen und die damit verbundenen Maßnahmen zur Verbesserung)?

4. Ab wann gedenkt die Landesregierung, Warnbenachrichtigungen ohne vorherige Installation einer App durch den Nutzer, im Rahmen des Bevölkerungsschutzes, als Pushnachricht auf Smartphones zu versenden?

5. Bezugnehmend auf die Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu Ziffer 2 und 4 von Drucksache 17/580: Welche technischen Möglichkeiten sieht die Landesregierung stattdessen bzw. alternativ zur Warnung von Bürgerinnen und Bürgern vor, um den größtmöglichen Teil der Bevölkerung, insbesondere Menschen ohne Lese- und/oder Deutschkenntnisse, im Fall einer Krise zu erreichen?

6. Was konkret wurde im „Leitbild Digitales Gesundheitsamt 2025“ für den ÖGD formuliert und bereits umgesetzt?

7. Welche konkreten Teilprojekte sowie länderübergreifenden Maßnahmen meint die Regierung in ihrer Antwort zu Frage 24 Drucksache 17/2923?

III. Unternehmen als Krisenakteur: Resilienz der und durch die Wirtschaft

1. Welche organisatorischen Anpassungen der Zuständigkeiten für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sieht die Landesregierung als Reaktion auf die Coronapandemie zukünftig vor?

2. Welche Fernwasserversorger halten aktuell Notfallmaßnahmenpläne vor (aufgelistet nach Standort)?

3. Wie lange wird derzeit die Kritische Infrastruktur (Kritis) in einem Notfallbetrieb (beispielsweise bei Stromausfall) ohne zusätzliche Unterstützung aufrechterhalten (aufgegliedert nach den Sektoren: Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Siedlungsabfallentsorgung, Medien und Kultur, Staat und Verwaltung, Transport und Verkehr sowie Wasser)?

4. Wie lautete konkret die Ausarbeitung der Empfehlungen zur Verbesserung der Versorgungssituation, um Versorgungsengpässen von Medikamenten vorzubeugen?

5. Welche konkreten Pläne zur weiteren Finanzierung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes auf Kreisebene bestehen nach Auslaufen der Konjunkturprogramme in 2022?

6. Welche konkreten Pläne sieht die Landesregierung vor, um mit Krisennotfallteams großer Unternehmen zu kooperieren (bitte aufgelistet nach Standorten und der jeweiligen Krisensituation)?

7. Welche konkreten Schritte zur Einrichtung eines Bund-Länder-Kompetenzzentrums beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophen wurden bereits umgesetzt?

IV. Wahrung von Bürgerrechten, Gewaltenteilung und Rechtssicherheit

1. Nach welchen Kriterien plant die Landesregierung in zukünftigen Krisenfällen die Abwägung der Verhältnismäßigkeit zwischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und Grundrechtseinschränkungen, damit diese auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten?

2. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass gesetzliche Regelungen und Verordnungen umgesetzt werden können, ohne dass auf eine „Interpretationshilfe“ oder Pressemitteilungen durch das Sozialministerium gewartet werden muss?

3. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass Krisenmaßnahmen unkompliziert, schnell und rechtssicher umsetzbar sind, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums bzw. angemessenen Abstands zwischen Verkündung und verpflichtender Umsetzung?

4. Bewertet die Landesregierung, rückblickend auf die Coronapandemie, die polizeiliche Generalklausel als ausreichend zur Durchsetzung beschlossener pandemiebekämpfender Maßnahmen, wie beispielsweise der Kontrolle von Impfnachweisen, oder hätte es einer speziellen Ermächtigungsgrundlage in den jeweiligen Verordnungen bedurft?

5. Ist bei künftigen Ereignissen angedacht, die Informationen, die das Sozialministerium bisher über die Heimaufsichten an die Einrichtungsleitungen sendet, in einer direkten Kommunikation mit den (übergeordneten) Trägern der Einrichtungen (ambulant, teilstationär, stationär) weiterzugeben?

6. Wann hat welcher Kreis aus welchen Gründen darüber entschieden, dass das Sozialministerium und nicht das Innenministerium die Federführung in der Pandemiebekämpfung übernommen hat?

7. Welche Aufgaben im Sozialministerium konnten aufgrund personeller Überlastung durch die Pandemiebekämpfung nicht fristgerecht erfüllt werden?

8. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der Zuständigkeit bzw. Federführung für die nächste Pandemie aus der Coronapandemie?

18.10.2022

Stoch, Binder, Wahl, Dr. Kliche-Behnke
und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann, Reith, Karrais
und Fraktion

Begründung

Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen mit dem Ziel erarbeiten, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen. In der Enquetekommission sollen zu den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheit sowie global vernetzte Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Mit dieser zweiten Großen Anfrage soll das Themenfeld Staat und Verwaltung in den Blick genommen werden, um die weitere Arbeit der Kommission thematisch zu untermauern.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 6. Dezember 2022 Nr. STM14-140-1/4/33:

In der *Anlage* übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Mit Schreiben vom 30. November 2022 Nr. IM6-1441-75/7/37 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr sowie dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

Wir fragen die Landesregierung:

I. Gesellschaft in der Krisenvorsorge

1. Was versteht die Landesregierung unter dem Begriff „Resilienz der Bevölkerung“ im Kontext der Krisenvorsorge?

Zu I.1.:

Der Begriff der Resilienz beschreibt allgemein die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit eines Systems oder einer Organisation, bei unerwarteten Störungen die eigene Funktion zuverlässig aufrechtzuerhalten oder möglichst rasch in einen funktionsfähigen Zustand zurückzuführen.

Die Landesregierung orientiert sich an der international verbreiteten Definition der Vereinten Nationen für Resilienz: „Resilienz beschreibt die Fähigkeit eines Systems, einer Gemeinschaft oder einer Gesellschaft, sich rechtzeitig und effizient den Auswirkungen einer Gefährdung widersetzen, diese absorbieren, sich an sie anpassen, sie umwandeln und sich von ihnen erholen zu können. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Erhaltung und Wiederherstellung ihrer wesentlichen Grundstrukturen und Funktionen durch Risikomanagement (übersetzt nach Vereinte Nationen 2016).

Auf das Individuum bezogen bezeichnet der Begriff Resilienz die psychische Widerstandsfähigkeit und steht für das Vermögen eines Menschen, mit ungünstigen Lebensumständen oder kritischen Lebensereignissen umzugehen und diese zu verarbeiten.

Eine resiliente Bevölkerung ist damit eine Bevölkerung, die auch unter schwierigen Rahmenbedingungen ihre Funktionsfähigkeit erhält und die Zukunft aktiv gestaltet. Sie ist in der Lage, mit den Herausforderungen unserer Zeit wie etwa dem demographischen Wandel oder dem Klimawandel und den daraus folgenden Sachverhalten wie einer möglichen Versorgungskrise umzugehen und daraus Strategien für die Zukunft zu entwickeln.

Das Ziel der Krisenfestigkeit oder Resilienz nimmt in der Politik der Landesregierung eine zentrale Rolle ein. Baden-Württemberg sieht sich, wie auch andere Länder, mit einer Reihe von grundlegenden Herausforderungen konfrontiert. Zu nennen sind hier vor allem der Klimawandel, der bereits heute sowohl global als auch in Baden-Württemberg markante Folgen wie Trockenheit und Dürreperioden, aber auch extreme Wetterereignisse wie Starkregen und Überschwemmungen zur Folge hat. Die für den Klimaschutz notwendige Dekarbonisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Bevölkerung wirkt sich massiv auf die Unternehmen im Land aus und ist eine Herausforderung für den aktuellen und vor allem für den künftigen Wohlstand in Baden-Württemberg. Der Schutz des Klimas und die Unterstützung der Wirtschaft bei der Transformation hin zu einer kohlenstofffreien und digitalen Produktion sind erklärte Schwerpunkte der Landesregierung mit dem Ziel, diese Transformation zu einem Erfolg zu führen.

Die ökologische und digitale Transformation stellt zudem nicht nur eine ökonomische und technologische Herausforderung dar, sie stellt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Deshalb sind die vielfältigen Beteiligungsprozesse, die das Land unter dem Begriff „Politik des Gehörtwerdens“ verfolgt, ebenso von zentraler Bedeutung für einen erfolgreich bewältigten Wandel wie der Erhalt eines leistungsfähigen und stabilen Gemeinwesens und der dazu gehörenden Institutionen.

Neue Herausforderungen im Umgang mit Gefahren, Risiken, Katastrophen und Krisen erfordern neue Strategien. Ein ganzheitlicher Ansatz von Resilienz muss alle Gefahren in den Blick nehmen und als eine politische Daueraufgabe verstanden werden, die sich stets neu stellt und in die gesamtstaatliche Sicherheitsarchitektur eingebettet ist. Um zukünftig noch besser auf Krisen und Katastrophen vorbereitet zu sein, ist deswegen eine alle Ebenen übergreifende Zusammenarbeit besonders wichtig. Bund, Länder und Kommunen sowie eine Vielzahl von Beteiligten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Privatwirtschaft und Medien müssen das gleiche Ziel verfolgen, um das Krisenmanagement insgesamt nachhaltig zu stärken.

Wesentlichen Einfluss auf die Entstehung von Resilienz der Bevölkerung haben Schutzfaktoren, die die Auftretenswahrscheinlichkeit von Störungen beim Vorliegen von Krisen und Belastungen vermindern.

Unterschieden werden Schutzfaktoren, die sich auf Personen beziehen, z. B. Lebenskompetenzen, Bewältigungsstrategien, stabiles Immunsystem und körperliche Gesundheit sowie soziale Schutzfaktoren. Zu den sozialen Schutzfaktoren zählt die Sicherung von Grundbedürfnissen wie eine angemessene Ernährung, ausreichender Wohnraum und Erwerbsarbeit sowie soziale Unterstützung durch Partnerschaft, Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz oder ein Netz sozialer Bindungen im privaten Bereich.

Im Mittelpunkt der Stärkung der Resilienz der Bevölkerung steht für die Landesregierung daher die Förderung protektiver Ressourcen sowie ein aktives Eintreten gegen gefährdende soziale und gesundheitliche Ungleichheiten und Risikofaktoren. Ansatzpunkte bilden dabei die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals), u. a. mit Bezug zu Gesundheit, Klima, Umwelt und Bildung.

2. Wie genau definiert die Landesregierung einen Krisenfall und welche Elemente und Kanäle sieht sie in einem solchen Fall vor, um entlang einer standardisierten (und digital unterstützten) Informationskette Bürgerinnen und Bürger zu informieren?

3. Wie lange dauert es gemäß einer solchen Informationskette, welchen Anteil der Bevölkerung oder entsprechende Behörden zu informieren bzw. zu warnen (unter Nennung der entsprechend eingebundenen Stellen und Kanäle)?

Zu I.2. und I.3.:

Zu den Fragen I.2 und I.3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Krise wird in der Literatur, in der Normung und in der Wissenschaft auf unterschiedliche Art beschrieben. Allen Begriffsdefinitionen gemeinsam ist das Verständnis einer Störung bzw. einer Bedrohung des Systems bzw. der diesem zugehörigen Menschen.

In der Landesverwaltung verwendet das für Krisenmanagement federführende Innenministerium eine Begriffsdefinition, die sich an die verschiedenen Begrifflichkeiten anlehnt und insbesondere aus den Erkenntnissen des Flüchtlingszustroms 2014 bis 2016 entwickelt wurde. Diese Begriffsdefinition erscheint als geeignet, die Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns abzubilden. Die gewählte, nachfolgend dargestellte Begrifflichkeit enthält die Merkmale, die das Handeln im Krisenmanagement prägen:

Krise ist demnach ein in aller Regel unvorhersehbares und kurzfristig auftretendes Ereignis, welches die zuständige Regelorganisation überfordert und die Verantwortlichen der zuständigen Organisation und die davon abhängigen Menschen als bedrohlich empfinden. Eine Krise kann auch mit einem bestimmten zeitlichen Vorlauf auftreten, wobei deren Konsequenzen allerdings nicht oder nicht vollständig absehbar sind.

Krise ist aber auch ein Wendepunkt und die Hinführung zu einem guten Ergebnis bzw. zu deren Bewältigung mit einem guten Ausgang. Die Krisenbewältigung hat deswegen auch zum Ziel, die Regelorganisation im Sinne der Resilienz nach Beendigung der Krise besser aufgestellt zu sehen, als sie es zu Krisenbeginn war.

Aus der oben dargestellten Krisendefinition lässt sich die sogenannte Trias des Krisenmanagements als grundlegende Krisenbewältigungsstrategie ableiten:

- Krisenkommunikation – zeitnahe und zuverlässige Information der Betroffenen,
- Krisenkompensation – ausgleichende Ersatzmaßnahmen bis zum Wegfall der bedrohlichen Situation oder bis zur Anpassung der Regelorganisation,
- Krisenbeseitigung – Beseitigung der krisenauslösenden Ursachen oder dauerhafte Anpassung der Regelorganisation an die neuen Anforderungen.

Krisen und krisenhafte Situationen rufen einen großen Informationsbedarf in der Bevölkerung nach möglichst aktuellen und neuen Meldungen hervor. In Krisen ist es deshalb notwendig, die Bevölkerung möglichst schnell, umfassend, wahrheitsgemäß sowie widerspruchsfrei zu informieren. Das federführende Ressort hat im Falle einer Krisenlage umgehend die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Information der Bevölkerung bzw. entsprechender Behörden und notwendigenfalls eine Warnung der Bevölkerung in die Wege zu leiten, und stimmt sich hierzu bei Bedarf mit den fachlich berührten Ressorts ab.

Dabei besteht die Herausforderung in der Krisenkommunikation darin, in einer heterogenen und stark individualisierten Gesellschaft möglichst viele Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen mit Informationen bzw. Warnmeldungen und sowie Handlungsempfehlungen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund genügt es nicht, nur auf einen Kommunikationskanal zu setzen, sondern über möglichst viele Kommunikationsplattformen möglichst viele Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation zu erreichen.

Baden-Württemberg setzt daher bei der amtlichen Warnung und Information der Bevölkerung bei Gefahrensituationen auf das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe betriebene Modulare Warnsystem (MoWaS).

MoWaS

MoWaS kann in Baden-Württemberg zur Warnung und Information der Bevölkerung von den für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden eingesetzt werden. Über MoWaS können alle angeschlossenen Warnmittel zeitgleich und mit einer Eingabe ausgelöst werden. Warnmeldungen können damit auf möglichst vielen Wegen verbreitet werden, um so einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu erreichen. Derzeit sind neben Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitungsredaktionen und Onlinediensten, digitalen Stadtinformationstafeln und einigen Verkehrsunternehmen auch Warn-Apps wie NINA, KATWARN und BIWAPP an MoWaS angeschlossen. Alle Warnmeldungen über MoWaS werden auch auf der vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe betriebenen Internetseite *www.warnung.bund.de* veröffentlicht. Aktuell läuft die Integration von Cell Broadcast zur Warnung. In Zukunft sollen auch Sirenen an MoWaS angeschlossen werden.

Der Vorteil von MoWaS liegt darin, dass mit einer einzigen Eingabe die Aussendung vorn Warnmeldungen zeitgleich an die verschiedensten Warnkanäle möglich ist und damit eine schnelle Verbreitung von Warnungen ermöglicht wird.

Sonderinformationsdienst

Der Sonderinformationsdienst der Landesregierung, kurz Kriseninternet, ist ein wichtiges Element der Krisenkommunikationsstrukturen des Landes. Das Kriseninternet kann ressortübergreifend bei Großschadenlagen zur Information der Bevölkerung eingesetzt werden, wenn die Systeme der Ressorts beispielsweise wegen Überlastung durch extrem hohe Zugriffszahlen nicht mehr verfügbar sind. Durch das derzeit genutzte Cloud-System ist das Kriseninternet hochverfügbar und stellt damit eine wichtige Redundanz im Krisenfall dar.

Weitere Informationsdienste

Das Staatsministerium nutzt darüber hinaus seine weiteren Kanäle, um die Bevölkerung und andere Stakeholder schnellstmöglich, transparent und umfassend zu informieren. Im Zuge der Coronapandemie hat das Staatsministerium bereits im März 2020 einen Informationsdienst über die Messenger Telegram und Threema (später auch Signal) eingerichtet, der die bisherigen Kanäle des Staatsministeriums (Landesportal Baden-Württemberg.de inkl. Newsletter sowie die Kanäle in den sozialen Netzwerken (Mastodon, Twitter, Instagram, Facebook und YouTube) ergänzt hat. Das Angebot des Messenger-Broadcasts wurde sehr gut angenommen. In der Spitze hatten etwa 160 000 Personen den Dienst abonniert. Wie in den sozialen Netzwerken profitiert auch die Messanger-Kommunikation von Netzwerk-Effekten, in dem die Informationen durch die Empfängerinnen und Empfänger auf unterschiedlichen Wegen weiterverbreitet werden. Allein das Staatsministerium konnte so in der Coronakrise über die verschiedenen Kanäle täglich über eine Million Menschen direkt erreichen. Das Staatsministerium hat zudem in Zusammenarbeit mit dem Hoster und der Webagentur durch frühzeitige und vorsorgliche Maßnahmen dafür gesorgt, dass die Webpräsenzen des Staatsministeriums und aller Ministerien, die den „Ministerienbaukasten“ nutzen, auch bei sehr hohen Aufrufzahlen durchgehend online und erreichbar blieben.

Schulen

Das Kultusministerium hat die Möglichkeit, die Schulen und nachgeordneten Behörden der Kultusverwaltung im Krisenfall innerhalb einer Stunde per E-Mail über das Service Center Schulverwaltung (SCS) über die offiziellen Schuladressen zu kontaktieren. Der Zeitaufwand hängt dabei vom Einzelfall ab.

Bei krisenhaften Ereignissen, die den Schulbetrieb betreffen, informiert das Lagezentrum der Landesregierung die Kultusverwaltung laufend über den aktuellen Sachstand. Außerdem werden die Verantwortlichen vor Ort an den Regionalstellen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung sowie die Krisenteams an den Regierungspräsidien informiert.

Im seltenen Fall einer bestätigten, schweren Gefahrenlage an einer Schule (bspw. flüchtige und bewaffnete Tatperson) stimmt der kleine Krisenstab am Kultusministerium mit dem Lagezentrum der Landesregierung eine Alarmierungsmeldung ab und versendet diese an alle Schulen, die sich im Gebiet des jeweilig betroffenen Regierungsbezirks befinden. Zu diesem Zweck sind alle Schulen mit einem Pager-Alarmierungsgerät ausgestattet. In der Alarmierungsmeldung wird zum einen über die Gefahrenlage informiert, zum anderen erfolgt ein Verweis auf eine Website (*www.pager-bw.de*). Auf dieser Seite werden weiterführende Informationen sowie Fortschreibungen zur Gefahrenlage kommuniziert.

Gesundheit

Warnmeldungen im Gesundheitsbereich können unterschiedliche Zielgruppen betreffen, wie beispielsweise die Ärzteschaft, die Gesundheitsämter oder die Bevölkerung. Die Warnmeldungen werden den jeweiligen Akteuren per E-Mail über die betreffenden Organisationen und Verbände (z. B. Landesärztekammer, Kassenärztliche Vereinigung, Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft) zugeleitet oder per Pressemitteilung veröffentlicht.

Darüber hinaus kann für eine zeitnahe Warnung der Bevölkerung bei Gesundheitsgefahren MoWaS genutzt werden.

Für die Warnung der Gesundheitsämter stehen dem Sozialministerium bzw. dem Landesgesundheitsamt verschiedene Wege offen. Zum einen haben die Gesundheitsämter einen sogenannten infektiologischen Bereitschaftsdienst und können jederzeit telefonisch oder per Mail informiert werden. Zum anderen wurden insbesondere während der Pandemie die Notfallnummern der Amtsleitungen zusammengestellt, sodass diese bei besonders relevanten Themen umgehend informiert werden konnten.

Energie

Grundsätzlich sind nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) die Netzbetreiber verantwortlich für einen sicheren, zuverlässigen und leistungsfähigen Betrieb der Energieversorgungsnetze. Falls es hier zu Störungen kommen sollte, informieren sie die Öffentlichkeit entsprechend der aufgetretenen Störung. Darüber hinaus werden bei großflächigen Ereignissen die zuständigen Behörden, u. a. das Umweltministerium, informiert.

Je nach Szenario sind unterschiedliche Kommunikationsinstrumente für die unterschiedlichen Akteure und Zielgruppen verfügbar und anzuwenden. So können Informationen über Pressemitteilungen, Internetseiten oder auch Radiodurchsagen an die Öffentlichkeit übermittelt werden. Bei entsprechenden Lagen kann auch MoWaS zur amtlichen Warnung und Information genutzt werden.

Justiz

Die Weitergabe von Informationen an die Justizbehörden kann je nach den Anforderungen des Einzelfalls auf unterschiedlichen Kanälen erfolgen. Hierzu gehören auch zeitverzugslose Kommunikationsmittel, die also eine sehr kurzfristige Weiterleitung von Informationen ermöglichen.

Wetterwarnungen

Bezüglich der Zuständigkeiten für die Warnung vor wetterbezogenen Gefahren in Deutschland wird auf die Stellungnahme unter anderem zu Fragen 2 und 4 der Landtagsdrucksache 17/580 verwiesen.

Hochwasser

Der Hochwassermeldedienst übermittelt von den mit automatischer Meldeeinrichtung ausgestatteten Meldepegeln des Landes (Hochwassermeldepegel) bei Erreichen der pegelspezifischen, festgelegten Meldewasserstände eine Hochwassererstmeldung an die Integrierten Leitstellen. Die Integrierten Leitstellen geben die Meldung auf dem schnellsten Weg und unverzüglich weiter. Die lokalen Meldewege sind in der Hochwassermeldeordnung pegelspezifisch definiert. Diese Informationskette wird bereits vor dem Krisenfall ausgelöst.

Trinkwasserversorgung

In Abhängigkeit von der Bedeutung eines Ereignisses sind gemäß der Meldewege verschiedene Stellen zu informieren. Im Falle der Fernwasserversorger erfolgt eine direkte Meldung an das Landesgesundheitsamt (LGA). Je nach Bedeutung des Ereignisses werden zusätzlich die zuständigen kommunalen Behörden informiert, inklusive der Sicherheitsbehörden. In Abstimmung mit diesen werden auch Presse und Öffentlichkeit informiert. Je nach Bedeutung des Ereignisses erfolgt zudem eine Meldung des LGA an die zuständigen oberen und obersten Landesbehörden (Regierungspräsidium und Ministerien).

Auch im Bereich Hochwasser und Trinkwasser wird dabei zur amtlichen Warnung und Information der Bevölkerung im Krisenfall neben anderen Wegen MoWaS genutzt.

4. Auf welche Weise hat die Landesregierung welche vulnerablen Gruppen identifiziert, um sie besonders zu schützen bzw. bereits im Vorfeld konkreter Krisen resilienter zu machen?

Zu I.4.:

Der Begriff der Vulnerabilität ist mehrdeutig und die Bewertung davon abhängig, welcher Bezugspunkt – etwa Krankheitsrisiko oder Folgen von Infektionsschutzmaßnahmen – prioritär in den Fokus genommen wird. Im Folgenden werden Definition und Maßnahmen nach möglichen Zielgruppen gegliedert dargestellt.

Im medizinischen Kontext erfolgt die Definition vulnerabler Personengruppen insbesondere aufgrund der körperlichen beziehungsweise seelischen Konstitution, z. B. aufgrund einer Behinderung, einer psychischen Störung, einer Schwangerschaft, einer chronischen Krankheit oder hohen Alters. Im sozialen Kontext erfolgt die Definition u. a. aufgrund einer besonderen sozialen Situation, z. B. Menschen, die in prekären Lebensverhältnissen leben müssen. Deshalb erfolgen gezielte Maßnahmen und Angebote für Multiplikatoren beispielsweise über die Koordinierungsstelle gesundheitliche Chancengleichheit (KGC), die vom Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) im Rahmen des Präventionsgesetzes in den Ländern gefördert werden.

Weitere Informationen unter *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheit-pflege/koordinierungsstelle-gesundheitliche-chancengleichheit-baden-wuerttemberg/.*

Zu den vulnerablen Gruppen gehören auch Menschen, die von einer Suchterkrankung betroffen oder suchtgefährdet sind, sowie ihre Angehörigen. Wichtig ist – nicht erst seit Corona – ihren Zugang ins Hilfesystem möglichst niedrigschwellig zu ermöglichen. Im Rahmen des Programms „Zukunftsland Baden-Württemberg – Stärker aus der Krise“ fördert das Land 12 Projekte zur Digitalisierung in der Suchtprävention und Suchthilfe über eine Laufzeit von 2021 bis 2023. Danach sollen sie in die Regelversorgung überführt werden. Digitale Angebote erreichen die Betroffenen in den digitalen Räumen, dort, wo sie sich durch die Pandemie auch zunehmend aufhalten. Sie ermöglichen einen einfachen Zugang zum Suchthilfesystem. Zudem schließen sie mögliche Angebotslücken im ländlichen Raum. Digitale Angebote der Suchtprävention und Suchthilfe tragen daher zur Krisenfestigkeit bei.

Im Bereich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung ist es hier wichtig, niederschwellige Hilfsangebote zu machen und zu fördern, damit auch beeinträchtigte Menschen in zusätzlich schwierigen und belastenden Zeiten möglichst ohne erhöhten Aufwand schnell von fachlichen Stellen Hilfe ersuchen können. Vulnerable Personengruppen mit relevanten Versorgungsangeboten in Kontakt zu bringen ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der gesamten Bevölkerungsresilienz.

Dezentral sind die Gemeindepsychiatrischen Verbünde zu nennen, die eine erste Anlaufstelle für Hilfesuchende sind. Die Hürden sind möglichst niedrig zu halten, um Resilienzeinbußen betroffener Gruppen möglichst abzufedern, sodass jede Person das ihr zustehende und bedarfsgerechte Hilfeangebot erhält. Es bestehen zudem Förderungen von Modellprojekten. In diesen wird beispielsweise auf onlinegestützte Angebote zwischen Expertinnen und Experten ihres Fachs und den in Medizinischen Versorgungszentren tätigen Allgemeinärztinnen und -ärzten gesetzt, sodass auch in lokalen Strukturen auf das Fachwissen der universitären Spezialisten zurückgegriffen werden kann. Weiterführende Beratungen können dann auch onlinegestützt mit den betroffenen Personen und deren Angehörigen geführt werden. Ebenfalls ist eine onlinegestützte Erstdiagnostik möglich. Dies alles beugt langen Wegen vor, die besonders für Menschen mit Behinderungen oder seelisch Behinderten, sowie deren Angehörigen ein Kraftakt darstellt.

Im Rahmen einer stationären psychiatrischen Versorgung ist als niederschwelliges Angebot die stationsähnliche psychiatrische Behandlung (StäB) zu nennen, bei der ein Team aus den Kliniken zu den Menschen nach Hause kommt, um dort

eine psychiatrische Behandlung auf stationärem Niveau anzubieten, sofern eine stationäre klinische Behandlung nicht erreichbar scheint.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden im Rahmen der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Coronapandemie vom Sozialministerium konkrete Maßnahmen festgelegt, u. a.

- die kurzfristige Erhöhung der ambulanten Behandlungskapazitäten im Bereich der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung u. a. durch Ermächtigungen, welche auf Antrag von den Zulassungsausschüssen genehmigt werden können, sowie die Aufhebung der Deckelung bei Jobsharing-Praxen;
- die kurzfristige Erhöhung der stationären Behandlungsplätze (bis zu 120 zusätzliche Betten oder Plätze), die im Wege eines Sonderbedarfs aufgrund der Coronapandemie für zwei Jahre ab Inbetriebnahme im Jahr 2022 ausgewiesen werden;
- die Erhöhung der Kapazitäten für stationsäquivalente Behandlung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie durch Aufhebung der Deckelung für Neuantragsteller und einmalig auch für Antragsteller, die bereits bestehende StäB-Einheiten haben;
- die Verbesserung der Möglichkeit für intensivere Behandlungen in den kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanzen versorgender Krankenhäuser.

Eine genauere Übersicht und Beschreibung ist der Drucksache 17/2934 zu entnehmen.

Pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen sind in Krisen, die sich beispielsweise in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt auswirken oder bei regional begrenzten Umweltkatastrophen, nicht per se als vulnerabel zu betrachten.

In der Coronapandemie als Gesundheitskrise gehörten Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeeinrichtungen und Bewohnerinnen und Bewohner sowie Betreute von Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen aufgrund ihres Alters und/oder des Vorliegens von Vorerkrankungen (z. B. Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen) zu dem Personenkreis mit erhöhtem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf. Darüber hinaus besteht bei Auftreten einer COVID-19-Erkrankung in der Einrichtung aufgrund der gemeinsamen räumlichen Unterbringung, der Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten und zum Teil nahem physischen Kontakt bei pflegerischen Tätigkeiten ein erhöhtes Risiko einer Infektion. Diese Situation erforderte während der Pandemie den Einsatz breitgefächerter Strategien für die Prävention des Auftretens und der Weiterverbreitung einer COVID-19-Erkrankung innerhalb der Einrichtung.

Die Erfahrungen der Coronapandemie haben gezeigt, dass für die Resilienz in Krisen die familiären Ressourcen von entscheidender Bedeutung sind. Von den unbeabsichtigten Nebenfolgen der pandemiebedingten Einschränkungen waren Kinder und Jugendliche, die in Familien mit geringen materiellen Ressourcen, wenig Wohnraum und geringen deutschen Sprachkenntnissen aufwuchsen, überproportional betroffen. Als Schutzfaktoren wirken hingegen eine gute Kommunikationskultur, Vertrauen und gemeinsame Aktivitäten in Familien. Mit zunehmenden und neuen Belastungen in Krisen steigt die Zahl der Familien, in denen die Anforderungen die vorhandenen Ressourcen übersteigen. Während der Pandemie wurden Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie soweit wie möglich, zum Teil auch digital, fortgeführt. Durch die Coronaverordnung Familienbildung und Frühe Hilfen waren ab dem Frühjahr 2021 Angebote zur Unterstützung von Familien unter Beachtung von Infektionsschutzmaßnahmen jeweils angepasst an die Infektionslage auch in Präsenz wieder möglich. Im Jahr 2020 nicht verausgabte Mittel wurden 2021 für zusätzliche Angebote für Familien eingesetzt. Seit Ende 2021 stärkt die Landesregierung die Ressourcen von Familien sowie die Krisenfestigkeit der sie unterstützenden Systeme im Rahmen des Programms „STÄRKER nach Corona“. Neben dem Ausbau von Angeboten vor Ort, digitalen Angeboten und passgenauen neu geschaffenen Angeboten zur Bewältigung der Coronafolgen für besonders belastete Familien liegt der Fokus dabei auf

der Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit vor Ort und resilienten Netzwerken zur Unterstützung von belasteten Kindern, Jugendlichen und Eltern. Die Erkenntnisse aus der Pandemie und den Aufholprogrammen sollen in die Familienförderstrategie einfließen, die ab Ende 2022 gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern erarbeitet wird.

In Bezug auf ein erhöhtes Risiko, schwer oder letal an COVID-19 zu erkranken, sind Kinder und Jugendliche derzeit nicht als vulnerabel zu betrachten. Jedoch sind Kinder und Jugendliche in Bezug auf mittel- bis langfristige Folgen von freiheitseinschränkenden Infektionsschutzmaßnahmen und den sich daraus ergebenden Belastungen in der persönlichen Entwicklung in einem größeren Umfang vulnerabel als Erwachsene. Im Rahmen der Coronaverordnung Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit wurden zum Schutz von vulnerablen Bevölkerungsgruppen, die ein erhöhtes Risiko, schwer oder letal an COVID-19 zu erkranken (Ältere, pflegelbedürftige oder vorerkrankte Personen), aber auch zur Reduzierung eines Übertragungsrisikos in Familien hinein einschränkende Infektionsschutzmaßnahmen vorgenommen, deren Folgen die Resilienz in der persönlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verringert haben.

Wesentliche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden im Rahmen der Coronahauptverordnung als Bestandteil der staatlichen Daseinsfür- und -vorsorge von Infektionsschutzmaßnahmen ausgenommen. In einer eigenen Unterverordnung für die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit, die jeweils in enger Abstimmung mit den landesweiten Dachorganisationen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, dem KVJS/Landesjugendamt und den kommunalen Landesverbänden erarbeitet wurde, wurde das Ziel verfolgt, auch unter Beachtung der aufgrund der jeweiligen Kenntnisse notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen die Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus wurden die Förderprogramme des Sozialministeriums für die Jugenderholung und außerschulische Jugendbildung in ihren Förderbedingungen an die Pandemielage angepasst und zur Stärkung der Träger die Fördersätze sukzessive weiter ausgebaut. Bei der Ausgestaltung des Aktionsprogrammes des Bundes und der Länder „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ hat das Sozialministerium darauf geachtet, dass die zusätzlichen Förderungen möglichst umfassend alle Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit stärken, soweit dies unter den Vorgaben des Aktionsprogrammes möglich war. Im Bereich des Kultusministeriums wurde im Rahmen des o. g. Aktionsprogrammes das Programm „Lernen mit Rückenwind“ aufgelegt. Dieses soll Schülerinnen und Schüler aller Schularten in den Schuljahren 2021/2022 und 2022/2023 dabei unterstützen, pandemiebedingt entstandene Lernrückstände auszugleichen und ihre sozial-emotionalen Kompetenzen zu stärken. Davon sollen vor allem Schülerinnen und Schüler profitieren, deren Bildungserfolg in besonderem Maße gefährdet ist.

In den Masterplan Jugend wurde 2021 gezielt ein neuer Förderschwerpunkt zur Bewältigung der Coronafolgen für Kinder und Jugendliche aufgenommen. Erste Projekte hierzu beginnen im Herbst 2022 und zu Beginn des Jahres 2023.

Frauen sind grundsätzlich keine vulnerable Personengruppe. Allerdings haben die Pandemie sowie der Russische Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt, dass von Gewalt betroffene Frauen in besonderem Maße von den Auswirkungen dieser Krisen betroffen sind und sie somit als besonders vulnerable Personengruppe einzustufen sind. Daher sind gezielte Fördermaßnahmen aufgelegt worden.

Zum Ausbau und der Aufrechterhaltung des Frauenhilfe- und Unterstützungssystems hat die Landesregierung während der Coronapandemie wesentliche Maßnahmen initiiert. Bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt (April 2020 bzw. Juni 2020) wurden mit der Soforthilfe für die Fachberatungsstellen gegen häusliche Gewalt, gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Erwachsene, Interventionsstellen, Frauennotrufe, Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution sowie der Soforthilfe für die Frauen- und Kinderschutzhäuser durch die Landesregierung ein schneller, freiwilliger Beitrag geleistet, um das Angebot bestmöglich zu unterstützen. Zudem wurden die Mobilen Teams der Fachberatungs-

stellen initiiert, die Betroffene in unterversorgten Regionen mitberaten können. Um geflüchtete Frauen aus der Ukraine gezielt zu beraten, wurde die Förderlinie „Mobile Teams – geflüchtete Frauen“ aufgelegt. Das Sozialministerium hat zudem im Sommer 2020 eine Nothilfe als freiwillige Unterstützung des Landes für Ausweichquartiere und neue Schutzplätze in den Frauen- und Kinderschutzhäusern eingerichtet. Die Unterstützung für Ausweichquartiere wurde erneut bis April 2023 verlängert, um weiterhin verlässliche Schutzplätze in der Pandemie sicherstellen zu können.

Menschen mit Migrationsgeschichte können – etwa aufgrund fehlender Sprachkenntnisse oder fehlendem Wissen über Regelstrukturen und Angebote – spezifische Bedürfnisse haben, die bei Krisen und in ihrem Vorfeld zu berücksichtigen sind. Auf Grundlage eines engen Austausches mit kommunalen Akteuren, der Vernetzung mit relevanten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, wie auch durch den Einbezug aktueller wissenschaftlicher Veröffentlichungen ist es dem Sozialministerium möglich, eine Identifizierung von vulnerablen Gruppen sowie die Initiierung bzw. Anpassung von gegebenenfalls notwendigen Maßnahmen für den Schutz potenziell Betroffener vorzunehmen.

Im Fall der Coronakrise hieß dies etwa, dass in der Impfkampagne des Landes die Ansprache und Information unentschiedener Bürgerinnen und Bürger in den Fokus rückte. Mobile Impfteams wurden in Stadtteile und Einrichtungen geschickt, um Informationen und Impfungen niedrigschwelliger anzubieten. Es wurden Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angesprochen, um zielgruppenspezifisch für das Impfen zu werben und Informationen weiterzugeben. Seitens des Ministeriums wurden Gespräche mit Verbänden sowie Akteurinnen und Akteuren geführt, darunter auch migrantische Organisationen.

Die Coronahotline des Landes, die telefonisch Auskunft zu den Fragen der Bürgerinnen und Bürger gab, wurde ab November 2021 mit mehrsprachigen Call-Center-Agentinnen und -Agenten besetzt, sodass die Informationen auch in Englisch, Russisch, Arabisch und Türkisch abrufbar waren. Dieses Angebot war auf die fremdsprachige Hotline des Bundes abgestimmt und ergänzte erfragte Informationen. Die Auswahl der Sprachen erfolgte, um eine größtmögliche Anzahl nicht deutschsprachiger Personen zu erreichen.

Um die Zielgruppe zu erreichen, lief im Juli 2021 u. a. ein türkischsprachiger Werbespot auf dem Radiosender Metropol FM, der im Januar 2022 erneut ausgestrahlt wurde. Darüber hinaus wurden im Dezember 2021 mit einem Ministerschreiben Informationen zur Impfung und Impfaktionen für die Teilnehmenden von Sprach-, Integrations- und BEF-Alphakursen an die Leitungen der Volkshochschulen sowie an die Integrationsbeauftragten der Kommunen zur Weiterleitung an die freien Bildungsträger versandt.

Die Integrationsmanagerinnen und -manager wurden als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für das Impfen angesprochen und gezielt mit entsprechenden mehrsprachigen Informationsmaterialien und Hinweisen versorgt. Über den „Newsletter Integrationsmanagement“ wurden zudem diesbezügliche Good-Practice-Beispiele weiterverbreitet. Durch die etablierte Struktur und Vernetzung des Integrationsmanagements in den Kommunen konnten und können weiterhin Informationen über Corona und die Möglichkeiten zur Impfung vor Ort bekannt gemacht werden, da die Integrationsmanagerinnen und -manager Menschen erreichen, die bisher oftmals dachten, keinen Zugang zur Impfung zu haben oder weitere Informationen benötigten.

Es zeigte sich, dass die in Baden-Württemberg vorhandenen Netzwerke und flächendeckenden Integrationsstrukturen, die u. a. durch die Förderung von Integrationsbeauftragten und Integrationsmanagerinnen und -managern in den Kommunen geschaffen wurden, zu einer zielgruppenspezifischen Ansprache sowie Information führten. Damit wurde erheblich zu einer resilienten Gesellschaft beigetragen. Entsprechende positive Effekte werden bei etwaigen künftigen Krisen erwartet.

Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind, stellen im Kontext von Krisen eine besonders vulnerable Gruppe dar. Dies gilt grundsätzlich für alle Diskriminierungsformen, insbesondere auch für Diskriminierungen aus rassistischen, antisemitischen, sexistischen und queerfeindlichen Gründen sowie für Diskriminierungen aufgrund der sozialen Herkunft oder einer Behinderung.

Diskriminierungen sind für viele Menschen alltäglich. Im Kontext von Krisen kommen bestehende Diskriminierungen allerdings oftmals stärker zum Vorschein. Zum einen wird beispielsweise bestimmten, ohnehin von Diskriminierung betroffenen Gruppen die Schuld an einer Krise zugeschoben. So kam es im Rahmen der Coronapandemie vermehrt zu rassistischen Diskriminierungen asiatisch gelesener Personen sowie zu antisemitischen Diskriminierungen. Zum anderen können sich Regelungen, die im Rahmen des Krisenmanagements getroffen werden, ungleich auf verschiedene Gruppen auswirken und dadurch eine diskriminierende Wirkung haben. Während der Coronapandemie kam es z. B. vielfach zu Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung im Kontext einer ausnahmslosen Durchsetzung der Maskenpflicht.

Die Vermeidung von Diskriminierung muss daher von Anfang an und bei jedem Schritt des Krisenmanagements mitgedacht werden. Um die diskriminierenden Effekte einer Krise abzufedern ist außerdem das Vorhalten eines flächendeckenden Angebots an Antidiskriminierungsberatung ausschlaggebend: Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen im Fall einer erlebten Diskriminierung schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten. Die Antidiskriminierungsberatungslandschaft muss bereits im Vorfeld möglicher Krisen so aufgebaut werden, dass sie den Anforderungen während der Krise standhält, die sich durch die Zunahme von Beratungsanfragen und die spezifischen, gegebenenfalls neu entstehenden Diskriminierungssituationen ergeben.

5. Auf welche Weise stellen Konzepte oder Maßnahmen der Landesregierung sicher, dass vulnerable Gruppen durch zielgenaue Adressierung, wie beispielsweise im Kontext des MPX-Ausbruchs, nicht stigmatisiert werden?

Zu I.5.:

Am Beispiel des MPX-Geschehens (Monkey Pox, Affenpocken) können die Maßnahmen zur zielgenauen, nicht stigmatisierenden Adressierung der Betroffenen wie folgt verdeutlicht werden:

Die Beratungsstellen für sexuell übertragbare Infektionen (STI) der Gesundheitsämter bzw. Landratsämter in Baden-Württemberg bieten eine kostenlose, anonyme und niedrigschwellige Sprechstunde zur Beratung, Aufklärung und Testung von sexuell übertragbaren Erkrankungen an. Die STI-Beraterinnen und -Berater werden u. a. durch Weitergabe aktueller Informationen und Aufklärungsmaterialien durch das Landesgesundheitsamt unterstützt und qualifiziert. Auch die Vernetzung mit beispielsweise der Aidshilfe Baden-Württemberg e. V. und den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in Schwerpunktpraxen trägt dazu bei, eine zielgruppenspezifische Kommunikation und einen regelmäßigen Austausch auf Fachebene zu fördern. Durch diese Maßnahmen werden die STI-Beratungsstellen der Gesundheitsämter bzw. Landratsämter bei der Umsetzung der Empfehlungen zur Prävention unterstützt und tragen somit zur Sensibilisierung der Zielgruppe mit Hilfe von individuellen Beratungen, Verbreitung von Aufklärungsmaterialien und Vernetzung mit weiteren, zielgruppenspezifischen Stellen bei.

Zudem wurden in der Kommunikation seitens der Landesregierung durchgängig neutrale Formulierungen verwendet, um einer Stigmatisierung von schwulen und bisexuellen Männern entgegenzuwirken.

6. Wie wird sichergestellt, dass vulnerable ältere und pflegebedürftige Personen, die in ihrer eigenen Häuslichkeit leben, zukünftig bei Maßnahmen nicht vergessen und diskriminiert werden?

Zu I.6.:

Pflegebedürftige Personen, die in der eigenen Häuslichkeit leben, wurden weder während der Coronapandemie noch in anderen Krisen der Vergangenheit vergessen oder diskriminiert. Das Wohlergehen und die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen stehen stets im Vordergrund der staatlichen Schutzmaßnahmen. In der Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe war der Bereich der ambulanten Pflege von Beginn an vertreten.

Bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen gilt es zu bedenken, dass Schutzmaßnahmen für pflegebedürftige Personen, die in der eigenen Häuslichkeit leben, andere Erschwernisse und Herausforderungen mit sich bringen als Schutzmaßnahmen für beispielsweise pflegebedürftige Menschen, die in Pflegeheimen leben. Beispielhaft ist auf aufsuchende Impfungen zu verweisen, die während der Coronapandemie in der eigenen Häuslichkeit pflegebedürftiger Menschen anders als aufsuchende Impfungen in Pflegeheimen aus logistischen Gründen nicht möglich waren. Gleichermaßen gestaltet sich die Erreichbarkeit der Zielgruppe mit Informationen und Angeboten schwieriger als bei Pflegebedürftigen, die über professionelle Strukturen wie Heimträger, Pflegedienste u. a. erreicht werden können.

7. In welchen Bereichen wird im Krisenfall konkret auf ehrenamtliche Unterstützung zum Schutz der Bevölkerung gesetzt?

8. Welche Maßnahmen plant die Regierung, um den Mangel an sich engagierenden Menschen im Ehrenamt des Bevölkerungsschutzes auszugleichen sowie vorhandene Personen wertzuschätzen?

Zu I.7. und I.8.:

Zu den Fragen I.7 und I.8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Ehrenamtsförderung und die Nachwuchswerbung sind wichtige Tätigkeitsbereiche des Innenministeriums. Zur Stärkung des Ehrenamts in Baden-Württemberg wurde im Jahr 2020 das Landeskatastrophenschutzgesetz geändert. Mit dieser Änderung wurde unterhalb des bereits geregelten Katastrophenfalles die sogenannte „Außergewöhnliche Einsatzlage“ eingeführt. Seitdem gibt es auch in Fällen dieser Außergewöhnlichen Einsatzlage eine Verpflichtung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer freizustellen. Die Ehrenamtlichen erhalten dann für ihren Dienst an der Gemeinschaft zum Beispiel Verdienstausfall, Aufwandsersatz oder Schadensersatz aus Mitteln des Landes. Außerdem erhalten die Organisationen einen jährlichen Beitrag u. a. für Ausbildung und Fortbildung sowie persönliche Schutzausstattung vonseiten des Landes. Weitere wichtige Elemente der Ehrenamtsförderung und Nachwuchswerbung sind die etablierten Formate wie das Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen oder der jährliche Empfang für Helferinnen und Helfer und deren Familien sowie die Nachwuchswerbekampagne, zu der auch das stark nachgefragte Bevölkerungsschutz-Mobil gehört. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern der Ehrenamtlichen ist bereits heute für den Bevölkerungsschutz eine ganz wesentliche Säule des Erfolges. Sichtbares Zeichen ist die Auszeichnung Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber, die in mehreren Terminen im Jahr durch den Innenminister verliehen wird.

Gerade im Bereich der Nachwuchsförderung zeigt sich, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. So ist die Zahl der jungen Menschen in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes auch über die Coronapandemie mit ihren zahlreichen Einschränkungen vielfach gleichgeblieben oder sogar gewachsen. Die Zahl der Mädchen und Jungen in den Jugendfeuerwehren ist in den vergangenen fünf Jahren beispielsweise um 6,4 Prozent gestiegen. Über 32 000 junge Menschen treffen sich bei den Gemeindefeuerwehren zur Aus- und Fortbildung, aber auch

zum kameradschaftlichen Austausch. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Anteil der Mädchen mit einem Plus von 23 Prozent in den letzten fünf Jahren kontinuierlich wächst. Das Land unterstützt die Jugendfeuerwehren hierbei mit einer pauschalen Förderung in Höhe von 40 Euro für jedes Mitglied der Jugendfeuerwehr. Die Jugendarbeit im Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e. V. ist bei der Bemessung der Zuwendung an den Landesfeuerwehrverband mit einem Betrag in Höhe von rund 124 000 Euro jährlich angesetzt.

Die Feuerwehren übernehmen Aufgaben nach dem Feuerwehrgesetz, insbesondere zur Rettung von Menschen und Tieren und zum Schutz von Sachwerten. Von den derzeit fast 114 000 Feuerwehr-Einsatzkräften der Gemeindefeuerwehren sind rund 98 Prozent ehrenamtlich tätig.

Auch im Katastrophenschutz wird ganz überwiegend auf ehrenamtliche Kräfte zurückgegriffen. Die Bereiche sind im Einzelnen aus der Verwaltungsvorschrift über die Stärke und Gliederung des Katastrophenschutzdienstes zu entnehmen.

Der Rettungsdienst wird dagegen heute als präklinische Notfallversorgung mit hohen Qualitätsstandards und der damit einhergehenden umfangreichen Qualifikation des Rettungsdienstpersonals ganz überwiegend durch hauptamtliches Personal sichergestellt. Der Einsatz ehrenamtlicher Einsatzkräfte hat hier einen geringen Stellenwert, der jedoch in einem Krisenfall im Rahmen der insgesamt den Hilfsorganisationen zur Verfügung stehenden ehrenamtlichen Personalressourcen zunehmen kann.

II. Digitalisierung als Instrument der Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung

1. Bezugnehmend auf das Positionspapier der Landesregierung „Gemeinsam für eine leistungsstarke KI in Europa“: Wie sieht die konkrete Umsetzung gemeinsamer KI-Forschungsprojekte mit Unternehmen aus (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Unternehmen)?

Zu II.1.:

Das Positionspapier „Gemeinsam für eine leistungsstarke KI in Europa“ enthält kein Maßnahmenpaket der Landesregierung, sondern fordert die Europäische Union u. a. dazu auf, gemeinsame KI-Forschungsprojekte von Forschungseinrichtungen und von Unternehmen zu finanzieren. Das Positionspapier weist weder einen Bezug zu Krisenvorsorge noch -früherkennung noch -bekämpfung auf. Inwieweit vonseiten der Europäischen Union entsprechende KI-Forschungsprojekte mit möglichem Bezug zur Krisenvorsorge, -früherkennung oder -bekämpfung umgesetzt werden, ist hier nicht bekannt.

Unabhängig von Fördermaßnahmen der Europäischen Union fördern das Wissenschaftsministerium sowie das Wirtschaftsministerium eine Vielzahl von KI-Forschungsprojekten zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Das Wissenschaftsministerium unterstützt mit dem Programm Förderung von KI-Anwendungsfällen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) HAW-KI-Verbünde mit regionalen Anwendungszentren unter Einbezug von mindestens einem KMU zu KI-relevanten Themenfeldern mit insgesamt ca. 1,2 Mio. Euro. Das Wirtschaftsministerium förderte im Rahmen des KI-Innovationswettbewerbs in den Jahren 2020 und 2021 neben Einzelprojekten auch insgesamt 36 Verbundforschungsprojekte mit insgesamt 10 Mio. Euro. Und durch das branchenoffene Förderprogramm Invest BW (Gesamtfördervolumen 300 Mio. Euro) sollen allein im Rahmen des am 11. April 2022 gestarteten missionsorientierten Förderaufrufs „Digitalisierung und Künstliche Intelligenz“ 29 Einzelprojekte und 41 Verbundforschungsprojekte mit insgesamt 31,49 Mio. Euro gefördert werden. Einen expliziten Bezug oder gar Fokus auf Krisenvorsorge, -früherkennung oder -bekämpfung weisen die oben angesprochenen KI-Forschungsprojekte zwar nicht auf. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass einige Projekte Forschungsergebnisse hervorbringen, die im weiteren Sinne in Sachen Krisenvorsorge, -früherkennung und -bekämpfung unter Umständen hilfreich sein könnten (z. B. KI-gestütz-

te Übertragungsanalyse zur Prävention von Krankenhausinfektionen, Entwicklung eines KI-gesteuerten Remote-Patient-Monitorings, KI-basiertes Screening von diagnostischen Peptiden für die serologische Diagnose, Transparente KI-Algorithmen zur Etablierung der Netzhautanalyse in der Primärversorgung, Software zur hochparallelen Auswertung molekularbiologischer Daten, Entwicklung einer neuen KI-Applikation zur automatischen Wundverlaufsdoku). In aller Regel dienen die vom Wirtschaftsministerium geförderten Verbundprojekte aber eher dazu, Innovationen zu stärken und so die Unternehmen wirtschaftlich besser aufzustellen, wodurch sie auch resilienter für die Zukunft werden. Im Zusammenhang mit einer besseren Krisenresilienz der Unternehmen ebenfalls zu nennen sind die Projekte Datenorientierte Realisierung im industriellen Einsatz (DoRiE – *https://ki.ims-chips.de/*) sowie die Entwicklung und Kommerzialisierung von XaaS-Diensten für den Maschinenbau (*https://www.ipa.fraunhofer.de/de/referenzprojekte/X-Forge_Entwicklung_Kommerzialisierung_XaaS-Diensten_Maschinenbau.html*). Weitere Unterstützungsangebote finden KMU auch beim KI-Fortschrittszentrum „Lernende Systeme und Kognitive Robotik“ und den KI-Labs.

2. Inwieweit wird KI für den Bereich Katastrophenschutz eingesetzt (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Plänen, die die Landesregierung hierfür hat)?

Zu II.2.:

Derzeit wird keine KI im Bereich des Katastrophenschutzes eingesetzt.

Auf der Ebene des Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz von Bund und Ländern (GeKoB) ist jedoch geplant, das Gemeinsame Lagebild Bevölkerungsschutz in einer weiteren Ausbaustufe zu einem digitalen Lagebild weiterzuentwickeln. Hierbei sollen auch verfügbare Datenbestände miteinander verknüpft werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse sowie KI-Systeme und Simulationsprogramme sollen genutzt werden, um aus der Datenfülle konkrete Erkenntnisse und die Möglichkeit einer strategischen Vorausschau zu gewinnen. Das Ziel eines durchgängigen digitalen Lagebilds ist es, dass das Informationsmanagement zwischen den einzelnen Ebenen medienbruchfrei sichergestellt ist.

3. Wie viele der in Drucksache 17/685 Ziffer 8 benannten Schwächen der NINA-App wurden bereits behoben (bitte mit Auflistung der genauen Schwächen und die damit verbundenen Maßnahmen zur Verbesserung)?

Zu II.3.:

Wie in der Drucksache 17/685 durch die Landesregierung dargestellt, macht die Nutzung einer Warn-App eine ständige Sicherstellung des Betriebs und der Weiterentwicklung des Systems erforderlich. Der technische Betrieb und die softwaremäßige Weiterentwicklung der Warn-App NINA und des vorgeschalteten Modularen Warnsystems (MoWaS) obliegt dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

4. Ab wann gedenkt die Landesregierung, Warnbenachrichtigungen ohne vorherige Installation einer App durch den Nutzer, im Rahmen des Bevölkerungsschutzes, als Pushnachricht auf Smartphones zu versenden?

Zu II.4.:

Wie in der Stellungnahme zu den Fragen I.2 und I.3 ausgeführt, steht in Baden-Württemberg landesweit das Modulare Warnsystem (MoWaS) des Bundes für die Warnung der Bevölkerung zur Verfügung. Mit dem derzeit auf Bundesebene laufenden Anschluss von Cell Broadcast als weiteren Warnkanal an MoWaS wird der Dienst zukünftig auch den Behörden von Land und Kommunen zur Warnung der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Bundesministerium für Digitales und Verkehr und die Bundesnetzagentur arbeiten zur Einführung eng mit den in Deutschland tätigen Mobilfunkanbietern sowie allen weiteren relevanten Akteuren zusammen.

Bei Cell Broadcast handelt es sich um einen Dienst zum Versenden von Nachrichten an alle Nutzerinnen und Nutzer, deren Mobilfunkgeräte sich in einem bestimmten Abschnitt des Mobilfunknetzes eingebucht haben. Findet ein Gefahrenereignis statt, kann den Nutzerinnen und Nutzer innerhalb der betroffenen Funkzelle, die ein dafür voreingerichtetes, empfangsbereites Mobilfunkendgerät bei sich führen, eine Warnmeldung in Form einer Cell Broadcast-Nachricht gesendet werden.

Mit Cell Broadcast wird es möglich sein, dass in einem potenziellen Gefahrengebiet befindliche Mobilfunkendgeräte angesprochen werden können, ohne dass hierfür zuvor eine Registrierung oder die Installation einer App durch den Nutzer des Endgerätes stattfinden muss. Damit Cell Broadcast-Nachrichten auf den Endgeräten empfangen werden können, spielen allerdings weitere Faktoren eine Rolle. Darunter fallen das Betriebssystem und dessen Version, der Gerätehersteller, die Firmenhardware sowie die SIM-Karte, die den Cell Broadcast-Dienst unterstützen müssen. Für den Empfang von Cell Broadcast-Nachrichten kann es so zum Beispiel erforderlich sein, dass der Nutzer eines Endgerätes prüft, ob ein Update für das Betriebssystem seines Endgerätes verfügbar ist und dieses aktiv installiert.

Beim bundesweiten Warntag am 8. Dezember 2022 soll erstmals eine Testwarnmeldung in der höchsten Warnstufe des Cell Broadcast-Dienstes versendet werden.

In der Testphase von Cell Broadcast ist laut BBK noch kein vollständiger Wirkbetrieb vorgesehen. Der Warnkanal Cell Broadcast soll nach dem Ende der Testphase Ende Februar 2023 für die warnenden Stellen in MoWaS freigeschaltet werden.

5. Bezugnehmend auf die Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu Ziffer 2 und 4 von Drucksache 17/580: Welche technischen Möglichkeiten sieht die Landesregierung stattdessen bzw. alternativ zur Warnung von Bürgerinnen und Bürgern vor, um den größtmöglichen Teil der Bevölkerung, insbesondere Menschen ohne Lese- und/oder Deutschkenntnisse, im Fall einer Krise zu erreichen?

Zu II.5.:

Wie in der Antwort zu den Fragen I.2 und I.3 dargestellt, basiert die Warnung der Bevölkerung in Baden-Württemberg auf einem breiten Ansatz und auf unterschiedlichen Kanälen. Die Landesregierung setzt dabei auf einen Warnmix, das heißt die Behörden nutzen bei Gefahrenlagen nicht nur ein Warnmittel, sondern setzen darauf möglichst viele Menschen über verschiedene Kanäle in ihrer jeweiligen Lebenssituation zu erreichen.

Wie dargestellt, sind an das Modulare Warnsystem verschiedene Warnmittel angeschlossen, darunter die Warn-App NINA und verschiedene Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Die Warn-App NINA bietet eine Mehrsprachigkeits-Funktion und kann neben Deutsch in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch wiedergegeben werden. Alle Menü-Elemente, die Informationsbereiche und wichtige Inhalte von Warnmeldungen, wie der Ereignistyp, das Warngebiet und die wesentlichen Handlungsempfehlungen, werden übersetzt. Die Freisprachen-Texte in den Warnmeldungen können derzeit laut BBK noch nicht mehrsprachig angeboten werden. NINA bietet die Option, deutsche Leichte Sprache auszuwählen. Darüber hinaus ist NINA dazu in der Lage, mithilfe einer Screenreader-Software den Text einer Warnmeldung vorzulesen.

Die Nutzung des Radios zur Warnung der Bevölkerung bietet insbesondere für Menschen, die nicht lesen können, eine Möglichkeit Informationen und Handlungsempfehlungen zu Gefahrenlagen zu erhalten. Menschen, die nicht lesen können, können zugleich durch akustische Signale von Sirenen oder Lautsprecheransagen auf Gefahrenlagen aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus können

im Fernsehen Spruchbänder und Texteinblendungen genutzt werden, um gehörlose Menschen auf Gefahrensituationen aufmerksam zu machen.

6. Was konkret wurde im „Leitbild Digitales Gesundheitsamt 2025“ für den ÖGD formuliert und bereits umgesetzt?

7. Welche konkreten Teilprojekte sowie länderübergreifenden Maßnahmen meint die Regierung in ihrer Antwort zu Frage 24 Drucksache 17/2923?

Zu II.6. und II.7.:

Das Sozialministerium nimmt zu den Fragen II.6 und II.7 aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung.

Die konkreten Inhalte des Leitbilds „Digitales Gesundheitsamt 2025“ für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), können auf der Webseite des Bundesministeriums für Gesundheit unter *https://gesundheitsamt-2025.de/digitalisierung/leitbild* abgerufen werden.

Unter dem Leitbild „Digitales Gesundheitsamt 2025“ soll der ÖGD noch stärker als bisher von digitalen Anwendungen profitieren und somit u. a. den Informationsaustausch zwischen den Gesundheitsämtern, aber auch darüber hinaus, erleichtern. Ziel der Digitalisierung ist es, eine Interoperabilität über alle Ebenen hinweg sicherzustellen.

„Länderübergreifende Maßnahmen (ELFA – Ein Land für alle)“ im Sinne des Förderleitfadens des Bundesministeriums für Gesundheit vom 22. April 2022 sind koordinierte Landesmaßnahmen, an denen sich mehr als ein Bundesland beteiligt. Sie haben die zentrale Entwicklung und Bereitstellung eines digitalen Dienstes zum Inhalt, der für alle beteiligten Länder relevant ist und in diesen angewendet werden soll. Sie folgen einem als „Ein Land für alle“ (ELFA) bezeichneten Prinzip. Dies bedeutet, dass ein Land die Federführung für die ELFA-Maßnahme übernimmt. Die weiteren beteiligten Länder sind kooperierende Partner. Sie unterstützen den Entwicklungsprozess, beispielsweise indem sie Vorversionen testen, und setzen die entwickelte Lösung in den ÖGD-Einrichtungen in ihrer Zuständigkeit ein. Baden-Württemberg nimmt hierbei u. a. an ELFA-Maßnahmen zu den Themen „Todesbescheinigung und internationaler Leichenpass“, „Impfinformationssystem“ und „Trinkwasserdatenaustausch“ teil.

Zur umfassenden Digitalisierung des ÖGD in Baden-Württemberg wurden im Zuge der vorbereitenden Projektarbeiten 24 Teilprojekte identifiziert. Darin enthalten sind auch die bereits genannten ELFA-Maßnahmen, an denen das Land teilnimmt. Ein Überblick über die geplanten Teilprojekte soll die nachfolgende Tabelle liefern:

Handlungsfeld	*Teilprojekt*
Handlungsfeld 1: Digitaler Zugang	1.1 Information
	1.2 Beratung
	1.3 Services
	1.4 Befragung
Handlungsfeld 2: Infrastruktur	2.1 Datenaustausch, Schnittstellen & Bestandssysteme und Data Warehouse
	2.2 Reporting/Statistik
Handlungsfeld 3: Prozesse	3.1 Todesbescheinigungen
	3.2 Patientenfragebögen
	3.3 Begehungen
	3.4 Begutachtungen
	3.5 Einschulungsuntersuchungen (ESU)
	3.6 Zahngesundheit
	3.7 Entschädigungsverfahren
	3.8 Impfinformationssystem
	3.9 Trinkwasserdatenaustausch
	3.10 Prozessharmonisierung und -optimierung
Handlungsfeld 4: Mitarbeitende	4.1 Schulungen
	4.2 Digitale Qualifizierung
Handlungsfeld 5: Innovation/Leistung	5.1 Künstliche Intelligenz
	5.2 Strategie
	5.3 Innovations-Management
Handlungsfeld 6: Digitale Zusammenarbeit	6.1 Anforderungsmanagement
	6.2 ÖGD Wissensportal (BW)
	6.3 ÖGD Kollaborationsplattform

III. Unternehmen als Krisenakteur: Resilienz der und durch die Wirtschaft

1. Welche organisatorischen Anpassungen der Zuständigkeiten für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sieht die Landesregierung als Reaktion auf die Coronapandemie zukünftig vor?

Zu III.1.:

Die etablierte Struktur des Bevölkerungsschutzes hat sich, gerade auch während der Coronapandemie, grundsätzlich bewährt. Gleichwohl gilt es Verbesserungsmöglichkeiten umzusetzen, die jedoch die Zuständigkeiten nach bisheriger Bewertung unberührt lassen.

Bereits zu Beginn der Coronapandemie hat das Landespolizeipräsidium eine Geschäftsstelle zum Thema Corona eingerichtet. Diese steht seither den nachgeordneten Polizeidienststellen und Einrichtungen des Polizeivollzugdienstes als zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle im Zusammenhang mit COVID-19 zur Verfügung und gewährleistet u. a. eine fortlaufende Informations- und lageangepasste Auftragssteuerung. Die Einrichtung der Geschäftsstelle hat sich im bisherigen Verlauf bewährt, sodass diesbezüglich kein Bedarf an zukünftigen Anpassungen als Reaktion auf die Coronapandemie gesehen wird.

Während der Coronapandemie wurden die Gemeindefeuerwehren mit Hinweisen zum Ausbildung-, Übungs- und Dienstbetrieb unterstützt. Durch Beachtung dieser Hinweise und die Erfahrung der Feuerwehrangehörigen im Umgang mit Persönlicher Schutzausrüstung konnten Infektionen im Dienstbetrieb grundsätzlich verhindert werden. Durch die große Anzahl an zur Verfügung stehenden Feuerwehr-Einsatzkräften war die Einsatzfähigkeit der Gemeindefeuerwehren zu jedem Zeitpunkt vollumfänglich gegeben. Für die Durchführung von Veranstaltungen, die nicht zwingend in Präsenz durchgeführt werden müssen, wie Fortbildungen und Hauptversammlungen wurden Möglichkeiten für die Durchführung im virtuellen Raum geschaffen. Weitere grundsätzliche organisatorische Anpassungen sind auch in Abstimmung mit den Gemeindefeuerwehren derzeit nicht erforderlich.

2. Welche Fernwasserversorger halten aktuell Notfallmaßnahmenpläne vor (aufgelistet nach Standort)?

Zu III.2.:

Für Wasserversorgungsunternehmen ist das Vorhalten sowie das regelmäßige Prüfen und ggf. Aktualisieren von Notfallmaßnahmenplänen verpflichtend. Daher halten alle vier Fernwasserversorger in Baden-Württemberg, die Zweckverbände Bodenseewasserversorgung, Landeswasserversorgung, Wasserversorgung Nordostwürttemberg sowie die Wasserversorgung Kleine Kinzig, entsprechende Pläne für ihre Anlagen und Versorgungssysteme vor.

3. Wie lange wird derzeit die Kritische Infrastruktur (Kritis) in einem Notfallbetrieb (beispielsweise bei Stromausfall) ohne zusätzliche Unterstützung aufrechterhalten (aufgegliedert nach den Sektoren: Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Siedlungsabfallentsorgung, Medien und Kultur, Staat und Verwaltung, Transport und Verkehr sowie Wasser)?

Zu III.3.:

Die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) definiert KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Um zu verhindern, dass KRITIS ausfallen und dadurch benötigte Dienstleistungen oder Güter, sogenannte „kritische Dienstleistungen“, nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, müssen geeignete Maßnahmen zu deren Schutz ergriffen werden. Dies umfasst sowohl präventive Maßnahmen, um Ausfälle von KRITIS möglichst zu verhindern, als auch die Vorplanung und Vorbereitung reaktiver Maßnahmen, um trotz aller Vorkehrung mögliche Ausfälle zumindest in Teilen kompensieren, deren Auswirkungen abmildern und um gestörte kritische Dienstleistungen möglichst schnell wieder erbringen zu können.

Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von KRITIS ist Aufgabe der jeweiligen KRITIS-Betreiber. Gleichzeitig erfordert der Schutz KRITIS ein koordiniertes Zusammenwirken von KRITIS-Betreibern und staatlichen Stellen.

Umfang, Dauer und Auswirkungen eines Ausfalls von kritischen Dienstleistungen hängen von verschiedenen Faktoren ab:

Mit Blick auf die zugrundeliegende Störung, etwa einen Stromausfall, sind beispielsweise Art und Ursache, Zeitpunkt und Dauer sowie Ort und Umfang der jeweiligen Störung von Relevanz. Hinzu kommen Rahmenbedingungen, die die Auswirkungen einer Störung verstärken oder abschwächen können, beispielsweise das Wetter oder örtliche Gegebenheiten.

Ebenso sind Art und Umfang der bestehenden Vorplanungen, vorhandene Materialressourcen sowie entsprechend ausgebildetes und zur Bewältigung bestimmter Szenarien trainiertes Personal Einflussfaktoren auf die Fähigkeiten eines KRITIS-Betreibers, bestimmte Störungen zu bewältigen.

Aufgrund der großen Anzahl an Faktoren, die im Falle einer Störung deren Auswirkungen auf die Erbringung kritischer Dienstleistungen bestimmen, sind allgemeine Aussagen zu den KRITIS der einzelnen Sektoren nicht möglich. Bei der Betrachtung von Gefahren für KRITIS und Störungen der Erbringung von kritischen Dienstleistungen von besonderer Bedeutung sind mögliche Abhängigkeiten zwischen den einzelnen KRITIS-Sektoren, sogenannte „Interdependenzen“: Im Fall entsprechender Abhängigkeiten zieht eine Störung mit Auswirkungen auf einen KRITIS-Sektor kaskadenartig Störungen in anderen KRITIS-Sektoren nach sich. Beispielsweise bestehen in nahezu allen KRITIS-Sektoren hohe Abhängigkeiten von einer funktionsfähigen Stromversorgung und in zunehmendem Maße auch von funktionsfähigen IT-Infrastrukturen einschließlich der Netze zum Datenaustausch.

4. Wie lautete konkret die Ausarbeitung der Empfehlungen zur Verbesserung der Versorgungssituation, um Versorgungsengpässen von Medikamenten vorzubeugen?

Zu III.4.:

Die Landesregierung hat sich mit dem Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt, eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Sie steht in diesem Rahmen in engem Austausch mit den an der Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung beteiligten Akteuren. In mehreren Arbeitsgruppen wurden regulatorische Hürden für eine resiliente Versorgung identifiziert. Diese wurden und werden an die nationale und europäische Ebene herangetragen, so im Zusammenhang mit dem Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz) sowie der Umsetzung der Europäischen Pharmastrategie und der damit verbundenen Neuordnung der pharmazeutischen Gesetzgebung. Begleitet wird dies etwa durch Veranstaltungen der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, z. B. zur Umsetzung der EU-Verordnung über Medizinprodukte.

Auf Ebene des Bundes wurde erkannt, dass die geplante Förderung der flexiblen und im Falle einer Epidemie skalierbaren inländischen Produktion bestimmter Zweige und Zulieferer für wichtige Medizinprodukte notwendig ist. Dies spiegelt sich auch im aktuellen Konjunkturprogramm des Bundes wider.

5. Welche konkreten Pläne zur weiteren Finanzierung des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes auf Kreisebene bestehen nach Auslaufen der Konjunkturprogramme in 2022?

Zu III.5.:

Das Ausstattungsprogramm des Landes für den Katastrophenschutzdienst wird ständig fortgeschrieben und mit den Haushaltsmitteln unterlegt, die durch den Landtag hierfür bereitgestellt werden.

6. Welche konkreten Pläne sieht die Landesregierung vor, um mit Krisennotfallteams großer Unternehmen zu kooperieren (bitte aufgelistet nach Standorten und der jeweiligen Krisensituation)?

Zu III.6.:

Dem Ressortprinzip folgend erfolgt der Austausch mit entsprechenden Unternehmen beziehungsweise Verbänden durch die jeweils fachlich zuständigen Ministerien je nach Erfordernis.

Das Referat „Krisenmanagement“ der Abteilung „Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement, Verfassungsschutz“ des Innenministeriums steht regelmäßig mit dem Krisenmanagement von Unternehmen mit herausgehobener Bedeutung für das Baden-Württemberg im Austausch, beispielsweise mit der Deutschen Bahn, großen Telekommunikationsunternehmen oder Energieversorgern. Auch im Rahmen dieses Austauschs sollen ein wechselseitiges Verständnis für die jeweiligen Krisenmanagementstrukturen und relevante Ansprechpartner geschaffen werden. Ebenso stehen ein wechselseitiges Lernen aus Erfahrungen und „Best-Practices“ im Fokus.

Für die Vorbereitung auf und die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in Krisen sind – gerade auch auf strategischer Ebene – regelmäßige Übungen erforderlich. Daher nimmt Baden-Württemberg beispielsweise regelmäßig an Übungen der Übungsreihe LÜKEX teil. Die etwa alle zwei Jahre stattfindenden Übungen ermöglichen es, die Mechanismen für den Informationsaustausch und die Kommunikationswege genauso wie das Lagebewusstsein und die Reaktionen auf Krisenlagen zu überprüfen. Dabei nehmen neben staatlichen Stellen regelmäßig auch Betreiber Kritischer Infrastrukturen und vergleichbare Unternehmen sowie deren Krisennotfallteams an den Übungen teil. Dies ermöglicht es, gerade auch die Schnittstelle zwischen Verwaltung und entsprechenden Unternehmen zu trainieren und weiter zu verbessern. Insbesondere die Phase der Übungsvorbereitung ermöglicht es, ein gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen Krisenmanagementstrukturen und -prozesse zu entwickeln, einschließlich der Kenntnis relevanter Ansprechpartner und Kontaktdaten. An der letzten Übung der LÜKEX-Reihe im Jahr 2018 zum Thema „Gasmangellage“ war von Seiten der Wirtschaft die baden-württembergische Gas-Transportnetzbetreiberin terranets bw intensiv in die Übung eingebunden.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) unterstützt betroffene Unternehmen bei der Aufarbeitung von Angriffen mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund. Bei der Bearbeitung von Cyberangriffen befasst sich das LfV im Wesentlichen mit drei Hauptaufgaben: der Detektion, Attribution und Prävention. Das LfV hat dagegen keine Befugnisse, Cyberangriffe aktiv abzuwehren. Wesentlicher Teil der präventiven Aufgaben des LfV ist es, potenziell betroffene Unternehmen im Vorfeld zu warnen und zu sensibilisieren. Bei konkreten Verdachtsfällen finden anlassbezogene Sensibilisierungsgespräche mit den mutmaßlich betroffenen Unternehmen statt. Hierbei werden nach Möglichkeit technische Indikatoren des jeweiligen Angriffs übermittelt, tiefergehende Analysemöglichkeiten und Analyseparameter aufgezeigt, Angriffsvektoren beschrieben und adäquate Schutzmaßnahmen vorgeschlagen.

Die beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) angesiedelte Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) steht Unternehmen und Behörden als zentraler und kompetenter Ansprechpartner im Bereich Cybercrime zur Verfügung. Sie nimmt insbesondere Hinweise und Anzeigen zu Cybercrime-Vorfällen rund um die Uhr entgegen und veranlasst zeitnah polizeiliche Erstmaßnahmen. Im Falle eines Cyberangriffs kann die ZAC eine Task Force aufrufen, in der Expertinnen und Experten aus verschiedenen Spezialisierungsbereichen des LKA BW vertreten sind und eng zusammenarbeiten. Die weiteren Ermittlungen werden entweder von der Abteilung „Cybercrime und Digitale Spuren“ beim LKA BW selbst oder von den entsprechend spezialisierten Einheiten der 13 regionalen Polizeipräsidien in Baden-Württemberg übernommen.

7. Welche konkreten Schritte zur Einrichtung eines Bund-Länder-Kompetenzzentrums beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophen wurden bereits umgesetzt?

Zu III.7.:

Von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) wurden bereits unter Vorsitz von Baden-Württemberg wesentliche Entwicklungen zur Erhöhung der Krisenfestigkeit vorangetrieben. Besonders hervorzuheben ist das von Bund und Ländern gemeinsam eingerichtete GeKoB. Die Vereinbarung des Bundes und der Länder über die Errichtung des Gemeinsamen Kompetenzzentrums wurde im Juni 2022 unterzeichnet. Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der Krisenresilienz.

Das GeKoB versteht sich als partnerschaftliche Kooperationsplattform von Bund und Ländern. Ziel ist es, unter Beibehaltung der föderalen Strukturen den Bevölkerungsschutz zu stärken und das ebenen- und ressortübergreifende Risiko- und Krisenmanagement zu fördern. Das GeKoB hat insbesondere die Aufgabe, das risiko-, gefahren- und lagebezogene Informations- und Koordinationsmanagement zwischen Bund und Ländern für eine gute Krisenprävention und Krisenvorsorge sowie den Schutz Kritischer Infrastrukturen zu optimieren. Letztendlich zu treffende Entscheidungen werden weiterhin von Verantwortlichen vor Ort gefällt.

IV. Wahrung von Bürgerrechten, Gewaltenteilung und Rechtssicherheit

1. Nach welchen Kriterien plant die Landesregierung in zukünftigen Krisenfällen die Abwägung der Verhältnismäßigkeit zwischen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und Grundrechtseinschränkungen, damit diese auch einer gerichtlichen Überprüfung standhalten?

3. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass Krisenmaßnahmen unkompliziert, schnell und rechtssicher umsetzbar sind, unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums bzw. angemessenen Abstands zwischen Verkündung und verpflichtender Umsetzung?

Zu IV.1. und IV.3.:

Die Fragen IV.1 und IV.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Angesichts der Vielgestaltigkeit denkbarer Krisenfälle lässt sich im Vorhinein nicht abstrakt sagen, wie genau etwaige künftige Regelungen im Einzelnen auszugestalten sind, damit sie einer (verfassungs-)gerichtlichen Überprüfung standhalten. Dies war und ist nach wie vor auch bei der Bekämpfung der Coronapandemie der Fall. Bei der Anordnung der Schutzmaßnahmen in der Coronaverordnung handelt es sich in aller Regel um komplexe Abwägungsentscheidungen. Die Landesregierung beachtet bei der Abwägung grundrechtsrelevanter Maßnahmen den aus dem Rechtsstaatsprinzip und den Freiheitsgrundrechten abgeleiteten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die maßgeblichen Kriterien sind dabei nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das Vorliegen eines legitimen Zwecks, die Geeignetheit der Maßnahmen zur Erreichung dieses Zwecks, ihre Erforderlichkeit (Ausschluss der Verfügbarkeit milderer, gleich geeigneter Mittel) und ihre Angemessenheit, d. h. die Proportionalität der Belastung Einzelner zu dem verfolgten Zweck und den dabei erstrebten Vorteilen für die Allgemeinheit.

Die Landesregierung wird auch weiterhin, im Rahmen dieser allgemein gültigen Grundsätze möglichst schnell, rechtssicher und unkompliziert handeln. Die jeweiligen Maßnahmen können aber ausschließlich an dem konkreten Einzelfall beurteilt und getroffen werden.

Krisenfälle erfordern meist schnelles Regierungshandeln, das häufig mit grundrechtsrelevanten Entscheidungen verbunden sein kann. Die Landesregierung hat mit ihren Schutzmaßnahmen unter Abwägung aller widerstreitenden Interessen und Belange Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger des Landes einschränken müssen, da sie nach Artikel 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 2 des Grundgesetzes die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems im Land und den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung zu gewährleisten hat. Hierfür hat die Landesregierung Maßnahmen zu ergreifen, die das Infektionsgeschehen durch Reduktion der Ausbreitungsgeschwindigkeit eindämmen und das Funktionieren der medizinischen, insbesondere der stationären Versorgung der Bevölkerung gewährleisten und die Bevölkerung, insbesondere die vulnerablen Gruppen, zu schützen. Gleichzeitig hat die Landesregierung sich regelmäßig und engmaschig mit der jeweils aktuellen Entwicklung auseinandergesetzt. Hierbei hat sie die von ihr getroffenen Schutzmaßnahmen fortlaufend auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und entsprechend der jeweiligen Infektions- und Gefahrenlage unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und insbesondere der vulnerablen Personen, der Belastung des Gesundheitssystems sowie der verfassungsrechtlichen Grundrechtspositionen umgehend anpasst, ergänzt oder aufgehoben. Außerdem wurden die Coronamaßnahmen aus Verhältnismäßigkeitsgründen jeweils befristet angeordnet.

Die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Schutzmaßnahmen hat auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) in zahlreichen Normenkontrollverfahren immer wieder bestätigt. So wurden im Rahmen der über 600 Normenkontrollverfahren, die sich gegen die Schutzmaßnahmen der Coronaverordnungen der Landesregierung richteten, bislang nahezu sämtliche Schutzmaßnahmen für rechtmäßig erklärt und lediglich in drei Prozent dieser Verfahren Schutzmaßnahmen in Eilverfahren nach summarischer Prüfung aufgehoben. Zudem wurde vom VGH für den Lockdown in der ersten Pandemiewelle von März bis Juni 2020 in drei Musterhauptsacheverfahren entschieden, dass die damaligen Betriebsschließungen rechtmäßig und insbesondere verhältnismäßig waren. Dies zeigt auch mit Blick auf künftige Krisen, dass ein maßvolles und abgewogenes Handeln in der Krisenbewältigung – so wie es in der Bekämpfung der Coronapandemie erfolgt ist – einer gerichtlichen Überprüfung voraussichtlich standhalten wird.

Das Kultusministerium trifft seine Entscheidungen hinsichtlich der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie in enger Abstimmung insbesondere mit dem Staatsministerium sowie dem Sozialministerium. Dabei fließt auch das Fachwissen von nationalen und internationalen Expertinnen und Experten aus Medizin, Psychologie, Wissenschaft und Pädagogik mit ein. Bei der Abwägung, welche Infektionsschutzmaßnahmen im Falle einer Pandemielage im Schul- und Kitabereich zu ergreifen sind, sind neben dem Infektions- und Gesundheitsschutz immer auch die mit den pandemiebedingten Einschränkungen einhergehenden psychosozialen Belastungen der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen.

Über die Einführung von Schutzmaßnahmen in diesen Bereichen muss daher stets mit Augenmaß und nach Abwägung aller zu berücksichtigenden pädagogischen und infektiologischen Gesichtspunkte entschieden werden. Die zur Eindämmung der Coronapandemie erlassenen Bestimmungen der CoronaVO Schule und CoronaVO Kita wurden bisher von den Gerichten nicht beanstandet.

Die Aufrechterhaltung des kontinuierlichen Präsenzunterrichts für alle Schülerinnen und Schüler ist von zentraler Bedeutung. Das Bundesverfassungsgericht hat dementsprechend am 21. November 2021 betont, dass Beschränkungen des Präsenzunterrichts einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf schulische Bildung der Schülerinnen und Schüler bedeuten und nur in Betracht kommen, wenn mildere Maßnahmen nicht gleichermaßen geeignet sind, den Gefahren der Coronapandemie wirksam entgegenzutreten. Flächendeckende Schulschließungen kommen daher nur als letztes Mittel in Betracht.

2. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass gesetzliche Regelungen und Verordnungen umgesetzt werden können, ohne dass auf eine „Interpretationshilfe“ oder Pressemitteilungen durch das Sozialministerium gewartet werden muss?

Zu IV.2.:

Mit der Coronapandemie hat uns ein weltumspannendes Ereignis ereilt, das seit über zweieinhalb Jahren in Politik, Medien und im Alltag der Bürgerinnen und Bürger omnipräsent ist. Die Dynamik des Infektionsgeschehens forderte und fordert nach wie vor dessen stetige Beobachtung und die Anpassung der jeweils notwendigen Schutzmaßnahmen in den entsprechenden Regelungen. Gerade in solchen Zeiten war und ist es das Anliegen der Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Schutzmaßnahmen zu informieren. Die umfassende Unterrichtung der Bevölkerung über die Arbeit der Regierung dient zudem der Transparenz und ist ein zentrales Element einer demokratischen Gesellschaft.

Ein wesentliches Anliegen der Landesregierung war, die Coronaverordnung trotz der komplexen Zusammenhänge und der Verwendung der Rechtssprache möglichst für alle Bürgerinnen und Bürger verständlich auszugestalten und zugleich den rechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen, um einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten. Zudem hat die Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger des Landes von Anfang an über die aktuellen Maßnahmen und Strategien zur Bekämpfung der Coronapandemie informiert. Pressemitteilungen haben stets auf Änderungen von bestehenden Regeln aufmerksam gemacht. Die Coronaverordnungen des Landes waren immer auf den Webseiten des Landes zu finden. Durch die Online-Redaktion des Staatsministeriums wurden zudem Meldungen, FAQs, Übersichten und Shareables für die sozialen Netzwerke zu den jeweiligen aktuellen Coronaverordnungen des Landes (Hauptverordnungen) erstellt, die die Regelungen in einfacher, verständlicher und bürgernaher Sprache erklärt haben. Die Veröffentlichung dieser Informationsmaterialien erfolgte immer sehr zeitnah vor oder mit Inkrafttreten der neuen (Änderungs-)Verordnungen. Darüber hinaus ist durch das Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 18. November 2020 eine Pflicht zur Begründung der Coronaverordnungen eingeführt worden. Die Landesregierung ist diesem Erfordernis nachgekommen und hat seit November 2020 die von ihr erlassenen Coronaverordnungen umfassend begründet. Im Rahmen der Begründung hat die Landesregierung ihre wesentlichen Entscheidungsgründe für die getroffenen Maßnahmen dargelegt und damit den Anforderungen des Grundrechtsschutzes Rechnung getragen. Sämtliche Begründungen der bisherigen Coronaverordnungen sind jeweils auf der Homepage der Landesregierung abrufbar und damit für die Bevölkerung transparent gemacht. Außerdem ist auf der Webseite des Landes auch eine englische Fassung der Verordnung eingestellt, sodass Sprachbarrieren begegnet wird.

Daneben können die Bürgerinnen und Bürger seit Beginn der Pandemie auf der Homepage der Landesregierung umfangreiche Informationen zur Pandemiebekämpfung sowie Antworten und Ratschläge zu ihren Fragen und berechtigten Sorgen im Zusammenhang mit der Coronapandemie erhalten. So können etwa über einen Fragenkatalog (FAQ) viele Einzelfragen der Bürgerinnen und Bürger zu den Schutzmaßnahmen der Landesregierung unmittelbar beantwortet werden. Daneben besteht immer die Möglichkeit, sich mit Fragen an die jeweiligen Bürgerreferentinnen und -referenten zu wenden. Diese umfassende Informationsarbeit empfiehlt sich auch für zukünftige Krisen, da ein erfolgreiches Krisenmanagement auch die umfassende Unterrichtung der Bevölkerung einschließt.

4. Bewertet die Landesregierung, rückblickend auf die Coronapandemie, die polizeiliche Generalklausel als ausreichend zur Durchsetzung beschlossener pandemiebekämpfender Maßnahmen, wie beispielsweise der Kontrolle von Impfnachweisen, oder hätte es einer speziellen Ermächtigungsgrundlage in den jeweiligen Verordnungen bedurft?

Zu IV.4.:

Mit der 12. Änderungsverordnung der 11. CoronaVO vom 19. März 2022 wurde erstmalig für einen konkret bestimmten engen Anwendungsbereich eine Ermächtigungsgrundlage für eine Parallelzuständigkeit des Polizeivollzugsdienstes eingeführt. Danach soll dieser neben den nach der IfSGZustV zuständigen Behörden zuständig sein für die Überwachung der sich aus der CoronaVO ergebenden Verpflichtungen zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung, zur Vorlage eines Impf-, Genesenen- oder Testnachweises in Betrieben der Gastronomie, Diskotheken, Clubs sowie sonstigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die clubähnlich betrieben werden und zur Überwachung der Überprüfung der vorgenannten Nachweise durch die Betreiberinnen und Betreiber der genannten Einrichtungen. Diese Ermächtigungsgrundlage ist auch in der aktuell geltenden Coronaverordnung vom 27. September 2022 enthalten, hat jedoch mit Ausnahme der Überwachung der Maskenpflicht derzeit keinen Anwendungsbereich.

Die Generalklausel der §§ 1, 3 Polizeigesetz ist nach Auffassung der Landesregierung als Auffangtatbestand ausreichend, um beispielsweise sichtbare Verstöße gegen die Einhaltung der Maskenpflicht, zu überwachen.

5. Ist bei künftigen Ereignissen angedacht, die Informationen, die das Sozialministerium bisher über die Heimaufsichten an die Einrichtungsleitungen sendet, in einer direkten Kommunikation mit den (übergeordneten) Trägern der Einrichtungen (ambulant, teilstationär, stationär) weiterzugeben?

Zu IV.5.:

Das Sozialministerium kommuniziert alle für Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe relevanten Informationen direkt an die Verbände der Leistungserbringer, in denen die Einrichtungen organisiert sind. Zusätzlich werden die der Heimaufsicht unterliegenden Einrichtungen regelmäßig auch über die Heimaufsichtsbehörden in den Stadt- und Landkreisen informiert. Dadurch ist sichergestellt, dass die Einrichtungen die für sie relevanten Informationen rechtzeitig erhalten. Eine direkte Information der Träger durch das Sozialministerium ist nicht leistbar. Allein der mit der Pflege eines entsprechenden Verteilers verbundene Verwaltungsaufwand wäre bei einer mittleren vierstelligen Zahl von Trägern im Land nicht darstellbar.

6. Wann hat welcher Kreis aus welchen Gründen darüber entschieden, dass das Sozialministerium und nicht das Innenministerium die Federführung in der Pandemiebekämpfung übernommen hat?

7. Welche Aufgaben im Sozialministerium konnten aufgrund personeller Überlastung durch die Pandemiebekämpfung nicht fristgerecht erfüllt werden?

8. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der Zuständigkeit bzw. Federführung für die nächste Pandemie aus der Coronapandemie?

Zu IV.6. bis IV.8.:

Die Fragen IV.6 bis IV.8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung obliegen allen Ressorts des Landes je nach deren jeweiliger fachlicher Betroffenheit von einem Krisenereignis. Hierbei gilt der Grundsatz, dass die Ressorts auch bei Krisen für die erforderli-

chen Maßnahmen zur Krisenbewältigung in ihrem Zuständigkeitsbereich zuständig bleiben und neben der fachlichen Krisenvorsorge auch entsprechende Vorsorgemaßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in Krisensituationen treffen. Denn diejenigen, die die rechtlichen und ressortspezifischen Zuständigkeiten innehaben, sind bestmöglich in der Lage, die Gesamtzusammenhänge für ihren Bereich umfassend zu bewerten und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Die Coronapandemie stellt eine weltumspannende Gesundheitskrise dar. In diesem Zusammenhang wurde innerhalb der Landesregierung die Übereinkunft getroffen, die Federführung zur Bewältigung der Coronapandemie dem für Gesundheitsfragen zuständigen Sozialministerium zu überlassen. Seitens des Staatsministeriums wurden die nötigen Strukturen zur engmaschigen Abstimmung der Ressorts der Landesregierung errichtet. So wurde unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei die Lenkungsgruppe zur Bewältigung der Coronapandemie unter Beteiligung der Amtschefinnen und Amtschefs aller betroffenen Ministerien der Landesregierung eingerichtet, die zur regelmäßigen Abstimmung von Coronabekämpfungsmaßnahmen eingesetzt wurde.

Zudem wurde der Interministerielle Verwaltungsstab (IVwS) unter der Leitung des Innenministeriums zur Koordinierung und schnellen Herbeiführung von ressortübergreifenden Maßnahmen aufgerufen, mit dem besonderen Ziel der Schaffung einheitlicher Vorgehensweisen. Das Sozialministerium übernahm hierbei gemäß seiner Ressortzuständigkeit die fachliche Koordinierung von infektiologischen und auf den Gesundheitsschutz gerichteten Maßnahmen, die zwischen den Ressorts geeint wurden.

Die Vorgehensweise hat sich im Rahmen der Pandemiebekämpfung von COVID-19 bewährt.

Im Geschäftsbereich des Sozialministeriums führte die Übernahme der Federführung der Bekämpfung der Coronapandemie zur Aufgabenhäufung und dem Bedarf interner temporärer Umstrukturierungsmaßnahmen, wie beispielsweise der vorübergehenden Abordnung von Beschäftigten aus von der Coronapandemie nicht direkt betroffenen Bereichen in die neu eingerichteten Stäbe zur Erarbeitung von Coronabekämpfungsmaßnahmen oder andere unterstützende Funktionen. Es ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die Coronapandemie insbesondere in den Lockdownphasen in nahezu allen Lebensbereichen – nicht nur im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums – Einfluss hatte und zu einem Herunterfahren des öffentlichen Lebens geführt hat. Das Sozialministerium reagierte auf die äußeren Umstände und passte sich hinsichtlich des Personaleinsatzes an die geltenden pandemiebedingten Gegebenheiten entsprechend an. Es ist mithin eine allgemeine Konsequenz der Coronapandemie, dass die Aufgabenerfüllung des Sozialministeriums, aber auch anderer Ministerien der Landesregierung, einer anderen Gewichtung zuzuführen war.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 4307**

17. Wahlperiode **2.3.2023**

Große Anfrage

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Antwort

der Landesregierung

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld III – Gesellschaft

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was versteht sie im Rahmen der Krisenvorsorge und -bewältigung unter dem Begriff der gesellschaftlichen Eigenverantwortung?

2. Wie schätzt sie die Gefahr ein, dass in Krisen durch staatliche Eingriffe das eigenverantwortliche Handeln und insbesondere die eigenverantwortliche Hilfe durch die Gesellschaft beeinträchtigt wird?

3. Wie kann es trotz Angst vor möglichen Fehlentscheidungen und deren Konsequenzen gelingen, bürgerliche Eigenverantwortung zu fördern?

4. Was würde sie als gutes Urteilsvermögen der Bevölkerung bezeichnen bzw. an welchen Faktoren macht sie dies fest?

5. Welche Maßnahmen setzt sie bereits um und welche wird sie ergreifen, um die Eigenverantwortung der Krisenvorsorge und -bekämpfung in der Bevölkerung zu stärken?

6. Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um das Vereinswesen und das ehrenamtliche Engagement, welches unter den Coronamaßnahmen stark gelitten hat, nach der Krise zu stärken?

7. Welche Maßnahmen plant sie, um das Vereinswesen und das ehrenamtliche Engagement auch auf zukünftige Krisen besser vorzubereiten?

8. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie haben die größten Auswirkungen auf die Bildungschancen, mentale Gesundheit und Charakterentwicklung von Kindern und Jugendlichen?

Eingegangen: 2.3.2023 / Ausgegeben: 6.6.2023

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

9. Welche volkswirtschaftlichen Schäden durch Bildungsdefizite sind infolge von Schulschließungen und anderen Beschränkungen des Unterrichts an Schulen und Hochschulen entstanden (bitte aufgelistet nach Schadenssache und geschätztem Betrag in Euro)?

10. Wie will sie die Folgen der Schulschließungen auf die Bildungschancen von jungen Menschen bekämpfen?

11. Wie will sie angesichts des Personalmangels im Bildungswesen Maßnahmen für eine psychosoziale Stärkung der Kinder und Jugendlichen ergreifen?

12. Inwieweit hätte ein Großteil der Probleme, welche sich aus den Schulschließungen ergeben hat, durch andere Konzepte an Schulen (bspw. Schichtunterricht für Klassenstufen, Luftfilteranlagen etc.), verhindert werden können?

13. Welche Mehrbelastung entstand für Lehrerinnen und Lehrer durch den Online-Unterricht und Schulschließungen?

14. Inwieweit haben die Pauschalisierungen von Aussagen über Kritikerinnen und Kritiker der Pandemiemaßnahmen, auch vonseiten der Landesregierung, zu einer Radikalisierung dieser Kritikerinnen und Kritiker geführt?

15. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus den Erfahrungen des Hybrid-Unterrichts gewonnen unter besonderer Darstellung, wie diese weiter genutzt werden können?

16. Welche dauerhaften Strukturen will die Landesregierung zum Aufbau der Schulpsychologie an den Schulen implementieren (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Schularten)?

17. Wie beurteilt sie die Folgen von Kitaschließungen auf die Förderung insbesondere sozial benachteiligter Kinder oder auch von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und wie will sie diese Folgen bekämpfen?

18. Wie hat sich der durch die Kitaschließungen teilweise verursachte verspätete Kontakt zur deutschen Sprache für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und die nicht stattgefundene Sprachförderung in den Kitas ausgewirkt und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung diesbezüglich?

19. Wie viele Fälle von häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen in Baden-Württemberg wurden in den letzten fünf Jahren polizeilich gemeldet?

20. Wie häufig wurden dabei in den letzten fünf Jahren auch Fälle von Kindeswohlgefährdung oder Gewalt gegen Kinder gemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Art der Kindeswohlgefährdung und Inobhutnahmen durch das Jugendamt)?

21. Auf welche Weise stellt die Landesregierung sicher, dass die Belange von queeren Menschen bei der Verordnungsgebung in Krisenzeiten angemessen berücksichtigt werden?

22. Inwiefern hat sich in der Zeit der Coronapandemie Armut verstärkt und wie bemisst die Landesregierung diese?

23. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus dem Runden Tisch Prostitution zur Verlagerung der Prostitution in private Räume während der Coronapandemie gewonnen (aufgeschlüsselt nach besonderen Schutzbedarfen und Kontrollmöglichkeiten in den jeweiligen Kommunen)?

24. Welche Konzepte liegen der Landesregierung vor, um Menschen mit Behinderungen in Bezug auf künftige Pandemien adäquat zu schützen und gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe besser zu ermöglichen?

25. Wie bewertet die unabhängige und weisungsungebundene Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Coronamaßnahmen hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe und des Schutzes von Menschen mit Behinderungen?

26. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Wohnungslosigkeit besser zu vermeiden insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Coronapandemie auf wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen?

27. Inwiefern hat die Landesregierung für Verordnungen die Notwendigkeit von mehrsprachigen Informationen berücksichtigt und auf welche Weise stellt sie die Berücksichtigung für künftige Verordnungen sicher?

28. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit der kommunalen Demokratie zu Zeiten der Coronapandemie hinsichtlich digitaler Sitzungen gemacht (aufgeschlüsselt nach Kommunen, Landratsämtern und hinsichtlich der Frage, ob sich die jeweilige Kommune wieder im Sitzungsmodus mit Präsenzsitzungen befindet)?

29. Welche Auswirkungen hatten die Schließungen von Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden auf die kommunale Demokratie sowie die Teilhabemöglichkeiten und wie gedenkt die Landesregierung, diese Auswirkungen künftig abzumildern?

1.3.2023

Stoch, Binder, Wahl, Dr. Kliche-Behnke

und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann, Reith, Karrais

und Fraktion

Begründung

Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen mit dem Ziel erarbeiten, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen.

In der Enquetekommission sollen zu den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheit sowie global vernetzte Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Mit dieser dritten Großen Anfrage soll das Themenfeld Gesellschaft in den Blick genommen werden, um die Erkenntnisse in die weitere Arbeit einzubringen.

Antwort*)

Schreiben des Staatsministeriums vom 12. Mai 2023 Nr. STM32-0142.5-27/23/3:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

*) Der Überschreitung der Sechs-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Mit Schreiben vom 2. Mai 2023 Nr. KKG-0141.5-017/4307 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Namen der Landesregierung die Große Anfrage wie folgt:

1. Was versteht sie im Rahmen der Krisenvorsorge und -bewältigung unter dem Begriff der gesellschaftlichen Eigenverantwortung?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Staatliche Krisenvorsorge und -bewältigung sind als ein essentielles Schutzversprechen des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verstehen. Gerade in Krisensituationen ist es notwendig, den Menschen Orientierung, Sicherheit und Vertrauen zu geben. Hiermit geht einher, die Sicherheitsarchitektur des Landes stetig weiter auszubauen und an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.

Trotz bestmöglicher Vorbereitung gehört aber auch zur Wahrheit, dass immer auch ein Restrisiko verbleiben wird. Entscheidend ist daher, das kollektive Krisenbewusstsein und damit auch die Krisenakzeptanz weiter zu fördern.

Hierzu ist eine transparente staatliche Risikokommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unverzichtbar. Es muss eine offene und ehrliche Kommunikation geführt werden, die den Menschen verdeutlicht, dass es trotz aller Anstrengungen eine absolute Absicherung der Bevölkerung durch den Staat letztlich nicht geben kann. Trotz bestmöglicher Vorbereitungen auf Krisen können bei entsprechenden Situationen negative Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Nur mit einem breiten und ehrlichen Dialog können wir auch eine Vertrauensbasis schaffen, die dafür sorgt, dass getroffene Entscheidungen der Behörden akzeptiert und kommunizierte Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

Hier muss angesetzt werden, um den Menschen zu verdeutlichen, dass ein gewisses Maß an Eigenverantwortung und Selbstinitiative unabdingbar ist.

Unter dem Begriff der gesellschaftlichen Eigenverantwortung im Rahmen der Krisenvorsorge und -bewältigung ist daher zu verstehen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger selbst für ihre oder seine eigene Vorsorge und den Schutz vor möglichen Krisen und Gefahren verantwortlich ist. Darüber hinaus sind auch das Wohl und der Schutz anderer Personen im Auge zu behalten.

Das bedeutet konkret, dass der Staat einen Schutzrahmen schafft, in dem jede Person dazu angehalten ist, sich über mögliche Krisenszenarien und Risiken zu informieren, sich auf diese vorzubereiten und im Ernstfall auch selbst Hilfe zu leisten. Dabei kann es sich zum Beispiel um die Vorratshaltung von Lebensmitteln und Trinkwasser handeln oder die Leistung von Erster Hilfe bei einem Unglücksfall.

Gleichzeitig ist es jedoch auch wichtig, dass die Gesellschaft als Ganzes Verantwortung übernimmt, sich gegenseitig stützt und unterstützt. Jede und jeder Einzelne soll in der Gesellschaft seinen Beitrag leisten, indem sie oder er zum Beispiel seine Nachbarn oder vulnerable Personen in Notfällen unterstützt oder sich ehrenamtlich engagiert.

Voraussetzung hierzu ist jedoch auch der niedrigschwellige Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Informationen, um diese Eigenverantwortung und die Fähigkeit, Resilienz in einer Krise aufzubauen, zu fördern.

Die gesellschaftliche Eigenverantwortung spielt eine wichtige Rolle bei der gesamtgesellschaftlichen Vorbereitung und Bewältigung von Krisen. Indem jede Einzelne und jeder Einzelne Verantwortung für die eigene Sicherheit und die Sicherheit anderer übernimmt, kann auch die Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger gegenüber Krisen werden.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt ergänzend aus:

Alle Krisen der vergangenen Jahre haben zudem anschaulich gezeigt, welches Potential durch gesellschaftliche Eigenverantwortung, Engagement und die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger freigesetzt wird. Ob bei der Nachbarschaftshilfe während der Coronapandemie oder der Integration von Geflüchteten in der Flüchtlingskrise 2015 und im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, durch die Bereitschaft breiter Teile der Bevölkerung, Verantwortung zu übernehmen und sich einzubringen, entstanden zusätzliche und wesentliche Hilfsangebote, die staatliche Stellen in dieser Breite wohl nicht hätten anbieten können.

Besondere Bedeutung kommt der gesellschaftlichen Eigenverantwortung auch mit Blick auf das Themenfeld Gesundheit zu. Gerade hier ist es von Bedeutung, dass Menschen in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen, um gesund zu bleiben. Dies erfordert ein hohes Maß an Gesundheitskompetenz. Definiert ist die Gesundheitskompetenz als Fähigkeit, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu beurteilen und anzuwenden. Hier bestehen in Deutschland im internationalen Vergleich noch Defizite. Deshalb ist es wichtig, dass zur Krisenvorsorge und bewältigung bei Pandemien auch im Sinne der gesellschaftlichen Eigenverantwortung die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung gestärkt wird, um beispielsweise Nutzen und Risiken von Impfungen oder die Verlässlichkeit verschiedener Informationsquellen besser einschätzen zu können.

2. Wie schätzt sie die Gefahr ein, dass in Krisen durch staatliche Eingriffe das eigenverantwortliche Handeln und insbesondere die eigenverantwortliche Hilfe durch die Gesellschaft beeinträchtigt wird?

Erforderlich ist ein breiter und gesamtgesellschaftlicher Dialog, wie eine Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Vorsorge erreicht werden kann. Ziel ist es, das Krisenbewusstsein der Bevölkerung zu schärfen und den Gedanken der eigenen Krisenvorsorge stärker zu verankern sowie die Akzeptanz für erforderliche staatliche Maßnahmen zu fördern.

Die Notwendigkeit, dass der Staat in Krisenzeiten einschreitet und aus übergeordneten Gründen Maßnahmen ergreifen muss, um die Bevölkerung zu schützen und die Krise zu bewältigen, hat unbestreitbar Auswirkungen auf das eigenverantwortliche Handeln der Menschen.

Ein Beispiel dafür waren die Ausgangsbeschränkungen, die zu Beginn der Coronapandemie in vielen Ländern verordnet wurden. Während diese Maßnahme getroffen wurde, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und damit einer Überlastung der Intensivstationen in den Krankenhäusern entgegenzuwirken, führte sie auch dazu, dass die Bewegungsfreiheit der Menschen erheblich eingeschränkt wurde. Stringente Maßnahmen können dazu führen, dass die Menschen ihre Eigenverantwortung abgeben und sich stattdessen ausschließlich auf die Maßnahmen des Staates verlassen oder sich aber im Gegenteil gegen die Maßnahmen auflehnen, was wiederum zu einer gesellschaftlichen Spaltung beitragen kann.

Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass staatliche Eingriffe in Krisenzeiten sorgfältig abgewogen werden. Es ist zudem von großer Bedeutung, dass die Bevölkerung über die Gründe der Maßnahmen informiert wird und ihr, soweit es die Krisensituation zulässt, Autonomie und Entscheidungsfreiheit in dem dann möglichen Rahmen erhalten bleibt.

3. Wie kann es trotz Angst vor möglichen Fehlentscheidungen und deren Konsequenzen gelingen, bürgerliche Eigenverantwortung zu fördern?

Mit Blick auf mögliche Krisenszenarien in der Zukunft ist es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, bürgerliche Eigenverantwortung bestmöglich zu fördern.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt hierzu aus:

Eigenverantwortung bedingt aber in jedem Fall auch den Umgang mit den Konsequenzen, die nicht immer im Sinne der beabsichtigten Wirkung sein müssen. Hier gilt es, das Bewusstsein zu schärfen und Maßnahmen zu ergreifen, die nicht dazu führen, dass die Verantwortung abgeschoben wird.

Dies kann durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:

a) Aufklärung

Durch eine gute und umfassende Informationsvermittlung kann das Verständnis für komplexe Zusammenhänge, Maßnahmen und Entscheidungen gefördert und auch Vertrauen in die eigene Kompetenz aufgebaut werden.

b) Risiko- und Krisenkommunikation

Unverzichtbar ist eine transparente staatliche Risikokommunikation, die sowohl die erforderlichen Informationen bereitstellt als auch offen darlegt, dass es trotz aller Anstrengungen eine absolute Absicherung der Bevölkerung durch den Staat nicht geben kann. Trotz bestmöglicher Vorbereitungen auf Krisen, können bei entsprechenden Situationen negative Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Diese Erkenntnis könnte sich wiederum im Verhalten der Bevölkerung widerspiegeln. In Krisensituationen ist die transparente Kommunikation im Rahmen einer zielgerichteten Krisenkommunikation fortzuführen, die zum Beispiel erforderliche staatliche (Eingriffs-)Maßnahmen erläutert und in den Kontext der Krisenbewältigung stellt.

c) Teilhabe und Beteiligung

Eigenverantwortung kann dadurch gesteigert werden, dass Menschen aktiv oder passiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und sich gegebenenfalls auch beteiligen können. Mit einem breiten und offenen Dialog kann eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die dafür sorgt, dass getroffene Entscheidungen der Behörden akzeptiert und kommunizierte Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

Der Bevölkerung müssen konkrete Hinweise gegeben werden, wie sie sich auf Krisen bestmöglich vorbereiten kann, um so Handlungssicherheit zu erzeugen. Bei jedem Einzelnen, bei jeder Einzelnen muss die Selbsthilfefähigkeit gestärkt und das Bewusstsein für die Eigenverantwortung geweckt werden.

Es ist essentiell, dass schon frühzeitig damit begonnen wird, Kinder und Jugendliche für das richtige Verhalten in Katastrophenfällen zu sensibilisieren. So können Berührungsängste und damit einhergehende Angstschwellen reduziert oder ganz verhindert werden. Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport haben hierfür ein Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen erarbeitet. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur die Strukturen des baden-württembergischen Bevölkerungsschutzes kennen, sondern sie erfahren vor allem frühzeitig, wie sie sich selbst auf den Ernstfall vorbereiten können. Dies schafft Sicherheit im Umgang mit anormalen Situationen.

d) Fortbildungen und Übungen

Durch die Einbeziehung der Bevölkerung in Übungen könnten Konsequenzen und deren Auswirkungen simuliert werden. Ferner sollten hierbei auch die recht-

lichen Konsequenzen erläutert werden. Es muss verhindert werden, dass Menschen in Krisensituationen untätig bleiben, aus Angst, etwas falsch zu machen. (Beispiel: Erste Hilfe bei Massenanfall Verletzter, die Hilfeleistung hat zu Schädigungen geführt). Durch eine offene Kommunikation wird Vertrauen geschaffen. Dies führt dazu, dass die Angstschwelle reduziert wird.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führt dazu aus:

Die Vermittlung eigenverantwortlichen Handelns mit Blick auf den Einzelnen sowie im Sinne der Gesellschaft ist Teil des schulischen Bildungsauftrags. Dies lässt sich beispielsweise anhand der Themenbereiche „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ oder „Demokratiebildung“ veranschaulichen.

Die für alle Unterrichtsfächer verbindliche Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) der Bildungspläne 2016 befähigt Lernende, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine funktionierende Wirtschaft und eine gerechte Weltgesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln. Dies erfordert verantwortungsvoll eingesetzte Kreativität, intelligente Lösungen und Weitsicht. Neben dem Erwerb von Wissen über (nicht)-nachhaltige Entwicklungen geht es insbesondere um folgende Kernanliegen: Bereitschaft zum Engagement und zur Verantwortungsübernahme, Umgang mit Risiken und Unsicherheit, Einfühlungsvermögen in Lebenslagen anderer Menschen und solide Urteilsbildung in Zukunftsfragen.

Ferner leistet die Leitperspektive einen wertvollen Beitrag zur Wertebildung, indem sie Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, eine demokratische Grundeinstellung zu entwickeln und zu selbstständig denkenden, rational urteilenden und sozial verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und -bürgern zu werden. Es gilt, mit den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit einzuüben, eigenständig politische Meinungen zu vertreten, aber auch Kritik an den eigenen Urteilen zu tolerieren und somit zu reflektierten und resilienten Persönlichkeiten heranzuwachsen.

Im Zentrum schulischer Demokratiebildung steht die Erziehung zur politischen Mündigkeit. Mit einem Leitfaden Demokratiebildung verfügen die Schulen über ein ganzheitliches Konzept und eine verlässliche Orientierungshilfe, wie sie diese gesellschaftspolitische Aufgabe im Unterricht, in der Schulkultur und in der Zusammenarbeit mit externen Partnern umsetzen können. Schule wird darin als Erprobungs- und Erfahrungsraum für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung von Freiheits- und Selbstbestimmungsrechten verstanden. Dazu gehört auch, dass sich Schülerinnen und Schüler mit Spielräumen und Grenzen in Spannungsfeldern zwischen Selbstbestimmung und Regeln, Erwartungen sowie Rechtsnormen auseinandersetzen.

4. Was würde sie als gutes Urteilsvermögen der Bevölkerung bezeichnen bzw. an welchen Faktoren macht sie dies fest?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt hierzu aus:

Ein gutes Urteilsvermögen manifestiert sich in den Verhaltensmustern, die in der Gesellschaft feststellbar sind. Während der Coronapandemie konnten Handlungsmuster, wie zum Beispiel der Kauf von großen Mengen Toilettenpapier oder zu Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine von Sonnenblumenöl, beobachtet werden. Dies deutete auf eine große Unsicherheit in der Bevölkerung hin, die das Urteilsvermögen in die objektiven Gegebenheiten einschränkte, gepaart mit dem Bestreben, durch konkrete Handlungen der Unsicherheit zu begegnen.

Gutes Urteilsvermögen der Bevölkerung bezieht sich daher auf die Fähigkeit, rationale Entscheidungen auf der Basis von Fakten, Erfahrungen und moralischen Grundsätzen zu treffen.

Die Faktoren, an denen dies gemessen werden könnte, könnten sein:

- Die Fähigkeit zu kritischer Denkfähigkeit: Bürgerinnen und Bürger sollten in der Lage sein, Informationen kritisch zu hinterfragen und zu analysieren, um Falsch- und Desinformationen erkennen und einordnen zu können;
- Verantwortungsbewusstsein: Die Auswirkungen der eigenen Entscheidungen auf sich selbst, die Mitmenschen und die Gesellschaft sollten im Auge behalten werden; die Verantwortung für das Tun wird übernommen;
- Offenheit und Toleranz: Eine offene und tolerante Haltung gegenüber neuen Ideen und Veränderungen kann dazu beitragen, dass Menschen bessere Entscheidungen treffen, insbesondere in einer sich schnell verändernden Welt;
- Fähigkeit zur Bildung und Akzeptanz von Kompromissen.

5. Welche Maßnahmen setzt sie bereits um und welche wird sie ergreifen, um die Eigenverantwortung der Krisenvorsorge und -bekämpfung in der Bevölkerung zu stärken?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Wie bereits in der Antwort zur Frage 1 dargestellt, kommt es ganz wesentlich auf die präventive Vorbereitung der Bevölkerung an, um die Eigenverantwortung in der Bevölkerung zu stärken. Kein staatliches Hilfeleistungssystem kann bei allen erdenklichen Lagen eine gleichzeitige Hilfeleistung für alle Bürgerinnen und Bürger in Aussicht stellen. Dem Selbstschutz der Bevölkerung, also einer sinnvollen Eigenvorsorge und die Aneignung elementarer Notkompetenzen, kommt daher eine zentrale Bedeutung zu.

Bei den Menschen muss das Krisenbewusstsein geschärft und dadurch die Bereitschaft zur Selbsthilfefähigkeit gestärkt und das Bewusstsein für die Eigenverantwortung geweckt werden. Denn mit den Annehmlichkeiten des Fortschritts ist gleichzeitig auch viel Wissen zur so genannten Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung verloren gegangen. Die Gleichzeitigkeit von starker Vernetzung und Verlust der Selbsthilfefähigkeit ist eine unheilvolle Symbiose, die es durch gezielte Maßnahmen zu überwinden gilt. Festzustellen ist, dass Krisenvorsorge und die Bereitschaft, sich auch in krisenfreien Zeiten mit möglichen Restrisiken auseinanderzusetzen, in der Vergangenheit gesellschaftlich schwach ausgeprägt waren und zum Teil immer noch sind. Es muss daher schon frühzeitig damit begonnen werden, Kinder und Jugendliche für das richtige Verhalten in Katastrophenfällen zu sensibilisieren – siehe hierzu auch das in der Antwort auf Frage 3 vorgestellte Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen.

Besondere Bedeutung kommt auch dem ganz überwiegend ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutz zu. Die Arbeit im Bereich des Bevölkerungsschutzes wäre ohne die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer aus der Bevölkerung so nicht denkbar. Daher ist auch die Ehrenamtsförderung ein wichtiger Tätigkeitsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, um die Bevölkerung insgesamt resilienter aufzustellen. Im Bevölkerungsschutz Engagierte verfügen über ein besonderes Maß an Eigenverantwortung für Krisenvorsorge und -bewältigung, wirken darüber hinaus aber auch als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Förderung von Eigenverantwortung und Selbsthilfefähigkeit in der Gesellschaft.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Steigerung der Krisenresilienz der Gesellschaft ist die Einbindung der Bevölkerung in Übungen des Bevölkerungsschutzes. Denn nur wer weiß, wie er sich in Gefahrensituationen verhalten soll, kann sich selbst und andere in einer realen Bedrohungslage schützen. Dazu dient unter anderem auch der bundesweite Warntag, welcher zuletzt im Dezember 2022 stattfand. Neben der technischen Erprobung der Warninfrastruktur hat dieser das Ziel, die Menschen für das Thema Warnung und für die unterschiedlichen Warnkanäle zu sensibilisieren.

Darüber hinaus ist geplant, mit einem gemeinsamen Bevölkerungsschutztag von Bund und Ländern ein zusätzliches gemeinsames Angebot an die Bürgerinnen und Bürger zur Förderung des Selbstschutzes und der Resilienz der Gesellschaft zu schaffen. Eckpunkte dieses Bevölkerungsschutztages werden aktuell in einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erarbeitet. In diesem Kontext findet am 24. Juni 2023 ein Pilotprojekt „Bevölkerungsschutztag“ in Potsdam statt. Das Land Baden-Württemberg wird mitvertreten sein und auf einer eigenen Ausstellungsfläche von der Bergwacht Schwarzwald präsentiert.

Des Weiteren wird auf unterschiedlichste, besonders niedrigschwellige Informationsangebote gesetzt, beispielsweise über den Internetauftritt des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Auf der Seite *www.im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/tipps-fuer-ihre-sicherheit* stehen verschiedene Tipps für das richtige Verhalten in Gefahrenlagen zur Verfügung. Informationen zur Warnung der Bevölkerung werden auf der Seite *www.im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/krisenmanagement/warnung-der-bevoelkerung* angeboten. Auch das BBK bietet auf seiner Internetseite *(www.bbk.bund.de)* eine Reihe von Informationen und Empfehlungen zum richtigen Verhalten in Gefahrensituationen an, auf die auch mit einer entsprechenden Verlinkung im Internetauftritt des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen hingewiesen wird. Neben dem Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen stehen verschiedene themenbezogene Informationen, zum Beispiel zu Hochwasser, Starkregen oder Unwetter zur Verfügung, die auch in gedruckter Form als Broschüren oder Flyer beim BBK bezogen werden können.

Ergänzend führt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport aus:

Die Schulpsychologischen Dienste bieten Beratungs- und Fortbildungsangebote im Umgang mit schulischen Krisenlagen an. So unterstützen etwa Schulpsychologinnen und Schulpsychologen die an jeder Schule vorhandenen schulinternen Krisenteams (vgl. Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums, des Innenministeriums und des Umweltministeriums über das Verhalten an Schulen bei Gewaltvorfällen und Schadensereignissen; abrufbar unter: *https://km-bw.de/,Lde/startseite/service/Verordnungen+und+Verwaltungsvorschriften)* bei Bedarf in der Krisenvor- und -nachsorge. Bei der Vorsorge werden neben Strukturen und Prozessen auch geeignete Handlungsweisen (z. B. nach einem Todesfall) in den Blick genommen, um sicher und bedarfsgerecht Schritte der Krisenbewältigung einzuleiten. Alle neu berufenen Schulleitungen durchlaufen zudem eine Schulung zum schulischen Krisenmanagement.

Des Weiteren werden Schülerinnen und Schüler ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 vertieft mit dem Thema Katastrophenschutz vertraut gemacht. Im Zuge der bereits oben erwähnten Kooperation zwischen dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ein Maßnahmenbündel bereitgestellt, um das Thema an die Schülerinnen und Schüler heranzutragen und mittelbar dadurch auch deren Familien zu erreichen.

So werden unter anderem Unterrichtsmaterialien für alle Schulen erarbeitet, die von den Lehrkräften bedarfsgerecht eingesetzt werden können, wie auch Flyer, Plakate und Kurzfilme mit grundlegenden Informationen zur Thematik bereitgestellt. Darüber hinaus ist ein jährlicher Aktionstag an den Schulen vor Ort anvisiert, der Schülerinnen und Schülern das Thema anschaulich machen soll.

Des Weiteren wird auf die Antwort auf Frage 3 verwiesen.

6. Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um das Vereinswesen und das ehrenamtliche Engagement, welches unter den Coronamaßnahmen stark gelitten hat, nach der Krise zu stärken?

7. Welche Maßnahmen plant sie, um das Vereinswesen und das ehrenamtliche Engagement auch auf zukünftige Krisen besser vorzubereiten?

Alle im Folgenden aufgeführten Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung des Vereinswesens und des ehrenamtlichen Engagements tragen auch dazu bei, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement krisenfest zu machen, daher werden die Fragen 6 und 7 zusammen beantwortet. Einleitend kann festgestellt werden, dass sich in Baden-Württemberg allgemein gesehen etwa die Hälfte der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert, was im bundesweiten Durchschnitt führend ist.

a) Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

Nach Einschätzung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen lässt sich ein genereller Rückgang des ehrenamtlichen Engagements insbesondere im Bevölkerungsschutz nicht überall bestätigen. So konnte beispielsweise bei den Gemeindefeuerwehren die Anzahl der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr nahezu konstant gehalten werden; gleiches gilt auch für die Jugendfeuerwehren.

Um negative Auswirkungen abzufedern, hat das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen ein Corona-Hilfsprogramm zu Gunsten von Vereinen im Geschäftsbereich des Ministeriums mit einem Gesamtvolumen von 10 Mio. Euro aufgelegt.

Auch für die Zukunft wurden bereits wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Durch die Anpassung des Ausbildungsbetriebs an der Landesfeuerwehrschule hin zu mehr digitalen Lernanwendungen, können mehr Teilnehmende für Krisen ausgebildet werden. Gleichzeitig wird das Risiko vermindert, dass Unterricht entfällt, wie es beispielsweise zu Beginn der Coronapandemie geschehen ist.

b) Vereinswesen und Sport

Um die Auswirkungen der Coronapandemie auf das Vereinswesen zu verringern, hat das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport den gemeinnützigen Sportvereinen und Sportfachverbänden im Zeitraum von Sommer 2020 bis Dezember 2021 im Rahmen der „Soforthilfe Sport“ Landesmittel in Höhe von rund 25 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. So konnten existenzbedrohende Liquiditätsengpässe vermieden werden.

Darüber hinaus wurden während der Lockdown-Monate die jährlichen Übungsleiterzuschüsse in Höhe von rund 17 Mio. Euro auch ohne den eigentlich erforderlichen Nachweis an die ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter auf Basis des Jahres 2019 ausgezahlt.

Unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat wird derzeit in Zusammenarbeit mit den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden sowie dem organisierten Sport als Empfehlung der „Entwicklungsplan Sport“ mit den zentralen Handlungsfeldern Ertüchtigung von Sportstätten, Nachhaltigkeit, Integration, Inklusion, Sport in Schulen und Kinderbetreuung sowie Stärkung des Ehrenamtes erarbeitet. Eine Arbeitsgruppe „Förderung des Ehrenamts“ unter Beteiligung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport befasst sich hierbei mit der Aufgabe, ein Ziel- und Maßnahmenpaket zur Stärkung der Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu entwickeln. Hierdurch soll auch die Grundlage dafür geschaffen werden, zukünftige Herausforderungen besser zu bewältigen.

Zudem plant die interministerielle Arbeitsgruppe „Bildung im Ländlichen Raum“ eine Umfrage zum ehrenamtlichen Engagement von Jugendlichen an Gymnasien

in eher ländlichen Regionen, mit der die Jugendstiftung Baden-Württemberg beauftragt wurde.

c) Verbesserte Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement

Arbeitsgrundlage für eine gelingende und zukunftsorientierte Engagementpolitik ist für die Landesregierung, insbesondere für das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, nach wie vor die weiterentwickelte Engagementstrategie. Die Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement (BE) sollen damit weiter verbessert, das Engagement verstetigt und neue Engagierte gewonnen werden. So soll allen Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung, ein Engagement ermöglicht werden. Wichtiges Instrument der Strategie ist das Landesnetzwerk BE. Innerhalb des Netzwerks wurden und werden unter anderem Ideen und Konzepte zur Bewältigung von Krisen und zur Krisenvorbeugung ausgetauscht. Innerhalb des Netzwerks spielen insbesondere die Kommunalen Landesverbände eine wichtige Rolle, weil die vom Land finanzierten Fachberatungen als Anlauf- und Beratungsstelle und Multiplikatoren fungieren. Sie vernetzen in alle Richtungen und sind ansprechbar für alle BE-Fachkräfte auf kommunaler Ebene. Die Fachberatungsstellen beraten zum Beispiel bei der Beantragung kommunaler Entwicklungsbausteine des Landes oder bieten Unterstützung bei Anträgen für die Förderprogramme des Landes an.

Als eine konkrete Maßnahme zur Förderung nachhaltigen Engagements soll es noch in diesem Frühjahr zur zweiten Auflage des Förderprogramms „Gemeinsam engagiert in BW“ kommen. Es soll abermals Anreize zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Bürgerschaftlichen Engagements schaffen. Hierzu zählt insbesondere die Einführung und Unterstützung von Projekten zur Stärkung und Zukunftssicherung des Engagements vor Ort – in Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Um Bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen, hat die Landesregierung im Jahr 2022 vor dem Hintergrund der Corona-Krise eine institutionelle Förderung des Landesverbandes Tafel e. V. eingeführt. Diese Förderung wird im Rahmen des Staatshaushaltsplans in den Jahren 2023 und 2024 fortgeführt und der Betrag erhöht. Hierfür stehen 275 000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Zusätzlich hat das Land – angesichts der aktuellen Krisensituation – einmalig für das Jahr 2023 750 000 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag dient dazu, die Tafeln vor Ort im Rahmen eines Entlastungspakets (Tafelunterstützungsprogramm) direkt zu unterstützen.

Der Engagementnachweis Baden-Württemberg dokumentiert und würdigt auch zukünftig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Mit dem Engagementnachweis können die ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürger ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen sowie ihre erworbenen Fähigkeiten im Ehrenamt individuell dokumentieren und bescheinigen lassen.

Den in den Kommunen hauptamtlich tätigen Fachberatungskräften werden noch in diesem Jahr Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, in denen unter anderem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer im Mittelpunkt stehen sollen.

Weiterhin schützt die Landesregierung ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierte in Form einer pauschalen Unfall- und Haftpflichtversicherung. Diese Versicherung greift, wenn im Schadenfall keine andere Versicherung die Engagierten absichert.

Als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für besonders umfangreiches Bürgerschaftliches Engagement wird die Einführung einer Ehrenamtskarte in diesem und im kommenden Kalenderjahr in vier Regionen modellhaft erprobt.

8. Welche Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie haben die größten Auswirkungen auf die Bildungschancen, mentale Gesundheit und Charakterentwicklung von Kindern und Jugendlichen?

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt dazu aus:

Familien standen in der Pandemie unter erheblichem Druck. In vielen Fällen war die Eltern-Kind-Beziehung einer starken Belastung ausgesetzt oder hat darunter gelitten. Kinder und Jugendliche konnten aufgrund der Einschränkungen oftmals wichtige Entwicklungsschritte nicht altersgerecht vollziehen und es kam im schlimmsten Fall zu psychischen Störungen von Krankheitswert. Besonders von den negativen Folgen betroffen sind Kinder und Jugendliche, die unter ohnehin belasteten Rahmenbedingungen aufwachsen.

Wie Kinder und Jugendliche auf äußere Umstände reagieren, ist sehr individuell und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Viele Kinder und Jugendliche haben eine enorme Bewältigungsfähigkeit aufgezeigt. Untersuchungen zu den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche identifizieren verschiedene Risiko- und Schutzfaktoren, die Einfluss darauf haben können, wie gut Kinder und Jugendliche mit Belastungen umgehen können (s. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Interdisziplinäre Handreichung der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen, 2023, S. 18 m.w.N.; abrufbar unter: *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Handreichung_TFPsychKuJ-Corona.pdf*)

Als Risikofaktoren, als Kind oder Jugendliche/Jugendlicher von den negativen Folgen der Pandemie im Hinblick die gesundheitsbezogene Lebensqualität sowie die psychische Gesundheit überproportional betroffen zu sein, wurden identifiziert:

- psychische Erkrankungen eines Elternteils,
- alleinerziehende Eltern,
- niedrige elterliche Bildung,
- Eltern in systemrelevanten Berufen,
- Migrationshintergrund,
- stärkeres Belastungserleben der Eltern, insbesondere ein erhöhtes Stresserleben der Mütter,
- Konflikte in Familien,
- fehlende Routinen,
- ausgeprägte Mediennutzung,
- Förderbedarf oder psychische Erkrankung eines Kindes,
- häufiger Distanzunterricht,
- eingeschränkte soziale Kontakte,
- beengte Wohnverhältnisse und
- wenig Aufenthalt im Freien.

Als Schutzfaktoren werden benannt:

- Familie und Beziehungen,
- Optimismus,
- wenig finanzielle Sorgen,
- ein positives Familienklima,
- gute familiäre Kommunikation,

- soziale Unterstützung,
- Freizeitverhalten außerhalb der Wohnung,
- Routinen sowie
- angemessene Spiel- und Freizeitmöglichkeiten.

Ergänzend führt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport aus:

Alle vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Zuge der Coronapandemie getroffenen einschränkenden Schutzmaßnahmen und Vorgaben wurden unter Abwägung unterschiedlicher Interessen und Rahmenbedingungen getroffen. Sie wurden ständig überprüft und angepasst. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung war dabei für alle Entscheidungen prioritär.

Die Leitungsbefragung identifiziert gestiegene Förderbedarfe insbesondere bei benachteiligten Kindern. Eltern berichteten im Rahmen der Studie von starken Beeinträchtigungen des Wohlbefindens ihrer Kinder während der Pandemie.

Auch die Schulschließungen bildeten eine schwerwiegende Infektionsschutzmaßnahme für Kinder und Jugendliche. Unstrittig ist, dass der Lernerfolg im Präsenzunterricht am größten ist. Gleichzeitig gibt Schule Kindern und Jugendlichen Struktur und Halt, ist Lern- und Lebensraum und wichtiger sozialer Begegnungsort. Insbesondere für jüngere Kinder sind die sozialen Kontakte mit Gleichaltrigen und das gemeinsame Lernen von herausragender Bedeutung. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen bzw. sozioökonomisch benachteiligten Familien sowie Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf können im Fernunterricht zudem nur bedingt erreicht werden (vgl. dazu den Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ vom 8. Februar 2023 – *https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/b2bb16239600b9e257c31db91d872129/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf*).

Ab Wiederöffnung der Schulen war es daher vorrangiges Ziel des Kultusministeriums, durch geeignete Schutzmaßnahmen den Präsenzunterricht möglichst aufrechtzuerhalten.

Ergänzend führt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus:

Über die Schließung von Schulen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hinaus haben der Wegfall von Freizeit-, kulturellen und sozialen Angeboten, Kontaktbeschränkungen und Sorgen um Gesundheit und Zukunft viele Kinder und Jugendliche zusätzlich stark belastet.

Vor diesem Hintergrund fand am 18. August 2021 in digitaler Form ein Fachgipfel zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen infolge der Coronapandemie statt. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter der stationären und ambulanten Psychiatrie, psychologischen Beratungsstellen, Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Betroffenenverbände nahmen an diesem Austausch teil. Im Ergebnis wurde festgehalten, die Behandlungskapazitäten für junge Menschen mit Blick auf die Folgen der Coronapandemie auszubauen und eine Task Force einzurichten, um entsprechende Vorschläge im Detail zu erarbeiten.

Auf die Abschlusserklärung dieser „Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen infolge der Coronapandemie“ wird verwiesen *(https://sozialministerium. baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Anhang_PM/Abschlusserklaerung_Taskforce_Kinde_und_Jugendliche.pdf)*.

Als ein Ergebnis der Task Force wurde die Durchführung von Regiokonferenzen beschlossen. Die FamilienForschung BW plant im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ab 2023 landesweit neun Regiokonferenzen durchzuführen. Ziel ist die bessere Abstimmung der Hilfen untereinander, die

Weiterentwicklung bestehender Kooperationsstrukturen, beziehungsweise auch die Initiierung neuer Strukturen, wo sie als notwendig erachtet werden. Primär wenden sich die Konferenzen an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) und an Schulen. Darüber hinaus können situativ Hilfen aus dem Bereich der Erwachsenenpsychiatrie, weitere Bildungsträger, Jugendarbeit etc. eingebunden werden. Die Konferenzen richten sich immer am konkreten Bedarf vor Ort aus und werden in Kooperation der FamilienForschung BW mit lokalen Partnern organisiert.

Für die Beurteilung der Auswirkungen der Coronapandemie sowie der zu ihrer Bekämpfung getroffenen Maßnahmen auf Kinder sind auch die Ergebnisse der landesweit standardisierten Einschulungsuntersuchung (ESU) von Relevanz. Der Bereich Kinder- und Jugendgesundheit wird in den Gesundheitsämtern insbesondere von den Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten (KJGD) und den Zahnärztlichen Diensten (ZÄD) abgedeckt. Die Durchführung der ESU bei jedem Kind im Alter zwischen vier und sechs Jahren ist eine zentrale Aufgabe.

Die Durchführung der ESU konnte in den Untersuchungsjahren 2019/2020 und 2020/2021 nicht flächendeckend erfolgen. Ursächlich sind hier insbesondere die Einschränkungen durch die Pandemie in den Einrichtungen (Schließungen, Hygieneregelungen, Betretungsverbote, Erkrankungen etc.). Bei unverändert begrenzten Möglichkeiten im Untersuchungsjahr 2020/2021 sichteten viele Ämter systematisch die Akten und legten einen besonderen Fokus auf Kinder mit besonderen Risiken oder Bedarfen.

Die Ergebnisse der ESU sind vor diesem Hintergrund ab dem Untersuchungsjahr 2019/2020 nur eingeschränkt repräsentativ und mit den Vorjahren vergleichbar. Aufgrund unterschiedlicher Einschränkungen (Repräsentativität, Selektionseffekt durch die Priorisierung von Kindern, Stichtagsvorverlegung ab dem Untersuchungsjahr 2020/2021, Abweichungen von den Arbeitsrichtlinien) und deren Auswirkungen auf die Datencharakteristika lassen sich anhand der ESU-Daten keine unmittelbaren Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf die Entwicklung und Gesundheit der Kinder im Vorschulalter in Baden-Württemberg ableiten. Die Auswirkungen der Coronapandemie, der damit verbundenen Kitaschließungen bzw. dem Kitabetrieb unter Pandemiebedingungen und der weiteren Einschränkungen im Leben der Kinder werden sich vermutlich verstärkt in den nächsten Jahren zeigen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Entwicklung der Kinder im Rahmen der ESU aufmerksam weiter zu beobachten. Dies gilt insbesondere für vulnerable Gruppen. Da im Untersuchungsjahrgang 2021/2022 erstmals wieder von einem steigenden Anteil untersuchter Kinder in Baden-Württemberg und somit von steigender Repräsentativität ausgegangen wird, wird der Auswertung des Untersuchungsjahrgangs 2021/2022 ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Ergebnisse werden im Sommer 2023 vorliegen.

Im Rahmen der ESU werden keine Daten zur mentalen Gesundheit erhoben.

Jedoch werden Hinweise auf Hyperaktivität anhand des Beobachtungsbogens für Erzieherinnen und Erzieher erfasst. Hierfür werden fünf Fragen der Einzelskala zu „Hyperaktivität/Aufmerksamkeitsprobleme“ des Strengths and Difficulties Questionnaire (SDQ) herangezogen. Die Ergebnisse dürfen nicht als Prävalenz von ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung) interpretiert werden. Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass der Beobachtungsbogen nur von Kindern vorliegt, die eine Kindertageseinrichtung besuchen und nur dann vom Gesundheitsamt eingesehen werden darf, wenn die sorgeberechtigten Personen einwilligen. Die Angaben von Erzieherinnen und Erziehern im Beobachtungsbogen scheinen für die Untersuchungsjahre 2019/2020 und 2020/2021 auf einen leicht ansteigenden Trend von Kindern mit Hinweisen auf Hyperaktivität hinzudeuten. Wie jedoch bereits aufgeführt, sind die Daten nur bedingt aussagekräftig.

9. Welche volkswirtschaftlichen Schäden durch Bildungsdefizite sind infolge von Schulschließungen und anderen Beschränkungen des Unterrichts an Schulen und Hochschulen entstanden (bitte aufgelistet nach Schadenssache und geschätztem Betrag in Euro)?

Nach übereinstimmender Einschätzung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst können dazu keine substantiierten Aussagen getroffen werden. Etwaige volkswirtschaftliche Schäden durch Bildungsdefizite infolge von Schulschließungen und anderen Beschränkungen des Unterrichts an Schulen und Hochschulen lassen sich nicht quantifizieren. Eine Auflistung nach Schadenssache und geschätztem Betrag in Euro ist daher nicht möglich.

10. Wie will sie die Folgen der Schulschließungen auf die Bildungschancen von jungen Menschen bekämpfen?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führt dazu aus:

Grundsätzliches Ziel der Landesregierung ist es, allen Kindern und Jugendlichen optimale Bildungschancen zu ermöglichen. Soziale und emotionale Kompetenzen sind eine wichtige Grundlage für gelingendes Lernen und können gefördert werden, wenn sie in einem engen Zusammenhang zum Lernen und zum Abbau von Lernrückständen stehen.

Eine zentrale Maßnahme stellt in diesem Kontext das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ im Rahmen des Bund-Länder-Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ dar. Mit diesem Programm sollen Schülerinnen und Schüler in den Schuljahren 2021/2022 und 2022/2023 dabei unterstützt werden, pandemiebedingt entstandene Lernrückstände auszugleichen und ihre sozial-emotionalen Kompetenzen zu stärken. Davon sollen vor allem Schülerinnen und Schüler profitieren, deren Bildungserfolg in besonderem Maße gefährdet ist.

Ein spezieller Fokus liegt auf denjenigen Klassenstufen, die für eine Schulwegeentscheidung besonders relevant sind. Das sind:

- die Klassenstufe vier der Grundschule,
- die Klassenstufen neun und zehn der Sekundarstufe I,
- die auf das Abitur vorbereitenden Jahrgangsstufen sowie
- das Übergangssystem im beruflichen Bereich.

Schülerinnen und Schüler mit pandemiebedingtem Unterstützungsbedarf in allen weiteren Klassenstufen, Bildungsgängen und in den Vorbereitungsklassen werden ebenfalls in angemessener Weise berücksichtigt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung sind:

- die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch,
- an den beruflichen Schulen zusätzlich die beruflichen Profilfächer, Kompetenzbereiche, Lern- und Handlungsfelder,
- an den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren die weiteren Bildungsbereiche.

Die Förderung in weiteren maßgeblichen Fächern ist möglich.

Zudem spielen die verstärkte individuelle Förderung als Alltagsprinzip in allen Bildungsgängen und der sprachsensible Unterricht eine Rolle.

Mit Blick auf die beruflichen Vollzeitschulen wurde das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) beauftragt, Aufgabensammlungen für Schülerinnen und Schüler zu den Profilfächern zu erstellen, um auf diese Weise pandemiebedingte Lernrückstände selbstständig aufholen zu können. Die Materialien sollen zum Üben, zur Selbstüberprüfung der Lernenden hinsichtlich ihres Kompetenzerwerbs und zum selbstorganisierten Lernen geeignet sein.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt dazu ergänzend aus:

In der Kinder- und Jugendhilfe im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration wird mit zahlreichen Maßnahmen darauf hingewirkt, Teilhabe von und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Die entsprechenden Programme wurden infolge der Pandemie ausgebaut und verstärkt, z. B. durch Angebote der Familienbildung und -beratung, die das Land über die Landesprogramme STÄRKE und das Sonderförderprogramm STÄRKER nach Corona fördert, oder das Elternmentorenprogramm der Elternstiftung Baden-Württemberg, das ebenfalls durch das Land gefördert wird.

Auf der lokalen Ebene haben sich auch Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut als wirkungsvolles Instrument erwiesen. Mithilfe zielgerichteter, niedrigschwelliger sozialpädagogischer Unterstützung und Beratung sowie eines vor Ort zwischen allen kinderrelevanten Organisationen abgestimmten Handelns kann verhindert werden, dass sich Einschränkungen durch die Coronapandemie mittel- und langfristig ungünstig auf die Teilhabechancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien auswirken.

11. Wie will sie angesichts des Personalmangels im Bildungswesen Maßnahmen für eine psychosoziale Stärkung der Kinder und Jugendlichen ergreifen?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führt hierzu aus:

In Baden-Württemberg stehen die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Schulpsychologischen Dienste, das heißt der rund 1 550 Beratungslehrkräfte in den Schulen und der rund 220 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an den 28 Schulpsychologischen Beratungsstellen, allen allgemein bildenden und beruflichen Schulen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zur Verfügung.

Schulpsychologinnen und -psychologen unterstützen Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte und Schulleitungen im Rahmen von Einzelfallberatung zu schulbezogenen Problemlagen, wie beispielsweise Lernen und Leisten, Motivation oder Ängsten. Beratungslehrkräfte sind erste Ansprechpersonen vor Ort, zum Beispiel bei Fragen der Schullaufbahn.

Zusätzlich stellen die Schulpsychologischen Dienste im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung Unterstützungsangebote wie Materialsammlungen zu Maßnahmen des sozialen und emotionalen Lernens, Impulsvorträge und Weiteres online bereit.

Die Präventionsbeauftragten des ZSL bieten Schulen und Lehrkräften Beratung, Fortbildung und Vernetzungsunterstützung – auch zur psychosozialen Stärkung – an. Dies kann strukturell geschehen, zum Beispiel bei der Umsetzung eines schulischen Präventionskonzeptes. Ebenso ist eine niedrigschwellige Unterstützung und Beratung zu verschiedenen Themen zur Förderung der psychosozialen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern möglich (zum Beispiel zu Mobbing-Prävention, Gewalt, Sucht, Klassenführung, sozial-emotionales Lernen, Resilienz und Selbstwirksamkeit). Durch Vernetzungsangebote und Kooperationen im Umfeld der Schule werden weitere Synergien und Kapazitäten gebündelt und effizient genutzt. Dies ermöglicht ressourcenschonende Unterstützungsleistungen in Form von multiprofessionellen Teams oder externen Experten, die beraten und begleiten.

Mit dem Programm „Lernen mit Rückenwind“ haben die Schulen die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler sowohl fachlich als auch im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung mit entsprechenden Angeboten zu unterstützen.

Insbesondere Angebote, die dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler wieder besser lernen und im Schulalltag ankommen, können im sozial-emotionalen Bereich umgesetzt werden. Die konkreten schulspezifischen Bedarfe können hierbei mit individuellen Angeboten umgesetzt werden. Eine entsprechend breite Angebotsspanne hat sich im Programm etabliert. Hierfür stehen insbesondere verschiedene Kooperationspartner, die sich im sogenannten Onlineverfahren RW registriert haben, zur Verfügung.

Im Rahmen des Programms „Lernen mit Rückenwind“ konnten für einen begrenzten Zeitraum Psychologinnen und Psychologen sowie pensionierte Beratungslehrkräfte gewonnen werden, um Schülerinnen und Schülern zusätzliche Unterstützung im sozial-emotionalen Bereich anbieten zu können. Dafür stehen im Rahmen des Programms befristet Mittel für bis zu 23 weitere Vollzeitäquivalente für psychologische Unterstützungskräfte zur Verfügung. Mit diesem zusätzlichen Personal beziehungsweise Mehr an Arbeitszeit sollen ergänzende Angebote im besonders schulnahen Bereich mit Schwerpunkt Leistung und Leistungsdiagnostik, Selbstregulation, Organisation des Schulalltags, Schulabsentismus (Gruppen- und Kleingruppenangebote, längerfristige Begleitungen) möglich werden.

Für Schulen und Lehrkräfte stehen zudem zusätzliche Angebote online *(www.zsl-bw.de/rueckenwind-schulpsychologie)* zur Verfügung, zum Beispiel eine Checkliste für belastete Schülerinnen und Schüler, Online-Impulsvorträge zu Themen wie herausforderndem Verhalten von Schülerinnen und Schülern oder Schulabsentismus, diverse Handreichungen und eine Materialsammlung für den Umgang mit sozial-emotionalen Themen im Unterricht.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt ergänzend aus:

Die psychosoziale Stärkung von Kindern und Jugendlichen erfolgt nicht nur im Bildungswesen, sondern auch in vielen anderen Bereichen, insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe sowie im Gesundheitswesen. Die Landesregierung hat in diesen Bereichen unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration in Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren im Land ein Maßnahmenpaket zusammengestellt und umgesetzt, damit Kinder und Jugendliche verpasste Entwicklungschancen auch im psychosozialen Bereich nachholen und Belastungen und ggf. auch Erkrankungen bewältigen können. Im Familienbereich wurden z. B. durch das Landesprogramm „STÄRKER nach Corona“ die Angebote der Familienbildung und -beratung im Hinblick auf zusätzliche und neue Belastungen infolge der Pandemie ausgebaut.

Die verschiedenen in Gesundheitswesen sowie Kinder- und Jugendhilfe angestoßenen Maßnahmen sind in der Abschlusserklärung der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen infolge der Coronapandemie zusammengestellt.

Die Maßnahmen umfassen unter anderem (Auswahl):

- Erhöhung der ambulanten Behandlungskapazitäten im Bereich der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung,
- Kurzfristige Erhöhung der stationären Behandlungskapazitäten (bis zu 120 zusätzliche Betten oder Plätze),
- Erhöhung der Kapazitäten für stationsäquivalente Behandlung im Bereich der KJP durch Aufhebung der Deckelung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie für Neuantragsteller.
- Verbesserung der Möglichkeit für intensivere Behandlungen in den kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanzen versorgender Krankenhäuser.

- Ausbau der Familienbildungs- und -beratungsangebote sowie der Familienbildungsfreizeiten durch Fördermittel in Höhe von 3 Mio. Euro.
- Erhöhung der Förderung für das Netzwerk Familienpatinnen und Familienpaten beim Deutschen Kinderschutzbund, Landesverband Baden-Württemberg.
- Förderprogramm für Fachberatungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.
- Impulse zur weitergehenden Vernetzung der Hilfesysteme, insbesondere von Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie sowie Kinder- und Jugendmedizin.

(Siehe Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Abschlusserklärung der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen infolge der Coronapandemie vom 7. April 2022, abrufbar unter: *https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Anhang_PM/Abschlusserklaerung_Taskforce_Kinde_und_Jugendliche.pdf*).

12. Inwieweit hätte ein Großteil der Probleme, welche sich aus den Schulschließungen ergeben hat, durch andere Konzepte an Schulen (bspw. Schichtunterricht für Klassenstufen, Luftfilteranlagen etc.), verhindert werden können?

Vordringliches Ziel der Landesregierung war es, einen bestmöglichen Gesundheitsschutz beim Schulbetrieb zu gewährleisten. Das Konzept zur Eindämmung der Coronapandemie an Schulen umfasste ein Bündel an Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen, die in Abhängigkeit von der Entwicklung des Pandemiegeschehens eingesetzt wurden. Zu diesen Maßnahmen gehörten regelmäßige Testungen, Maskenpflicht, Hygiene- und Lüftungsvorgaben, Abstandsgebot und Kohortenbildung.

Die Anschaffung von mobilen Raumluftfiltergeräten und CO_2-Sensoren für Schulen und Kindergärten durch ihre Träger wurde mit Mitteln des Landes und des Bundes gefördert. Der Einbau fest installierter Raumluftfilteranlagen wurde zudem mit Bundesmitteln gefördert und kann nach wie vor Bestandteil einer vom Land geförderten baulichen Schulsanierung sein.

Zu den Infektionsschutzmaßnahmen zählten phasenweise auch Modelle des Wechselunterrichts. Wechselunterricht allerdings stellt sowohl Schulen als auch Eltern vor erhebliche organisatorische Herausforderungen. Für jüngere Kinder muss zudem eine ergänzende Notbetreuung eingerichtet werden, wenn sie zu den üblichen Unterrichtszeiten nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können. Dies wäre grundsätzlich auch bei „Schichtunterricht“ der Fall.

In der Zeit vom 23. April bis zum 30. Juni 2021 galten ferner die Bestimmungen des § 28b Absatz 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG) in der Fassung vom 22. April 2021 (BGBl. I S. 802) sogenannte „Bundesnotbremse“), die regional ab einer 7-Tage-Inzidenz von über 165 grundsätzlich Schulschließungen vorsahen. Diese Bestimmungen waren auch für die Schulen in Baden-Württemberg bindend, sodass in diesem Fall keine milderen Maßnahmen möglich waren.

13. Welche Mehrbelastung entstand für Lehrerinnen und Lehrer durch den Online-Unterricht und Schulschließungen?

Dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport liegen keine Studien vor, die explizit etwaige Mehrbelastungen bei den Lehrkräften erfasst haben. Allerdings lassen sich anhand der Studie „Erfahrungen der Schulen hinsichtlich digitaler Unterstützung bei der Durchführung von Fernunterricht“ des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) sowie aufgrund von Erfahrungen vor Ort einzelne Befunde hinsichtlich der Mehrbelastung durch den Online-Unterricht ableiten. So sorgten zu Beginn der Pandemie vor allem die fehlende Infrastruktur, Ausstattung und fehlende Qualifikation sowie Erfahrung beim Einsatz digitaler Instrumente aufseiten der Lehrenden und Lernenden für Mehrbelastungen.

Aufgrund der Schulschließungen musste der Unterrichtsalltag an den Schulen neu strukturiert und organisiert werden (z. B. neue Stundenpläne, neue Materialien wie Lernvideos oder neue Lehr- und Lernkonzepte wie Wochenpläne) und es mussten Kompetenzen hinsichtlich des digitalen Unterrichtens aufgebaut werden. Hierbei galt es unter anderem, Phasen des Fernunterrichts und des Unterrichts in der Präsenz einerseits gut aufeinander und andererseits individuell auf den Bedarf, die Leistungsfähigkeit und die Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler abzustimmen.

Die teilweise zum Einsatz kommenden unterrichtsorganisatorischen Mischmodelle – ein Teil der Schülerinnen und Schüler im Klassenraum, ein anderer Teil online – lösten einen erhöhten Vorbereitungsaufwand aus. Hinzu kam die Erstellung zusätzlichen Lernmaterials für vom Präsenzunterricht befreite bzw. der Absonderungspflicht unterliegende Schülerinnen und Schüler.

Während der Phasen der Schulschließungen und des Wechselunterrichts musste für Kinder der Klassen 1 bis 7 und die entsprechenden Klassenstufen der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren ferner zusätzlich eine Notbetreuung eingerichtet werden.

Zusätzlich musste die aufwachsende digitale Infrastruktur ausgerollt und gewartet werden. Dafür waren intensive Planungs- und Abstimmungsprozesse, digitale Sprechstunden und schulinterne Mikrofortbildungen notwendig. Von dieser Mehrbelastung waren neben den Schulleitungen sowohl digitalaffine Lehrkräfte durch die Schulung ihrer Kollegien betroffen als auch jene, die neue Kompetenzen aufbauen mussten.

Des Weiteren stellte vor allem zu Beginn der Pandemie die mangelnde Erreichbarkeit der Schülerinnen und Schüler trotz des Einsatzes vielfältiger Mittel (z. B. Telefon, E-Mail, Messenger) eine große Herausforderung für die Lehrkräfte dar.

Die „neuen“ und flexiblen Lehr- und Lernformate wurden als gewinn- und erfolgsbringend eingeschätzt, stehen aber auch in Zusammenhang mit einer höheren Arbeitsbelastung und komplexerer Unterrichtsplanung, -vorbereitung und -nachbearbeitung.

Die notwendigen, kurzfristigen und zahlreichen Regeländerungen bedeuteten insbesondere für die Schulleitungen eine Mehrbelastung.

14. Inwieweit haben die Pauschalisierungen von Aussagen über Kritikerinnen und Kritiker der Pandemiemaßnahmen, auch vonseiten der Landesregierung, zu einer Radikalisierung dieser Kritikerinnen und Kritiker geführt?

Die Landesregierung geht nicht davon aus, dass es einen Zusammenhang zwischen pauschalisierenden Aussagen über Kritikerinnen und Kritiker der Pandemiemaßnahmen und deren Radikalisierung gibt. Die Landesregierung hat sich nicht pauschalisierend über Kritikerinnen und Kritiker der Coronamaßnahmen geäußert.

Mit dem Bürgerforum Corona hat sich die Landesregierung auch einer kritischen Auseinandersetzung gestellt. Das Bürgerforum hat auf negative Konsequenzen der Coronaschutzmaßnahmen hingewiesen und der Landesregierung empfohlen gegenzusteuern. Die Antwort der Fachministerien auf die Empfehlungen sind unter *https://beteiligungsportal-bw.de/buergerforum_corona/* abrufbar.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Die Feststellung von „Radikalisierung“ bzw. deren Ursachen unterliegt nicht der prioritären Aufgabenstellung der Polizei, sodass diesbezügliche Erkenntnisse nur dann vorliegen, wenn das Aufgabenfeld, mithin die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, bzw. die der Beseitigung von bereits eingetretenen Störungen sowie der Verfolgung strafbewehrten Verhaltens, eröffnet ist. Zudem wird darauf hingewiesen, dass eine Radikalisierung im Sinne der zu-

nehmenden Hinwendung zu bzw. der Übernahme einer extremistischen Ideologie regelmäßig nicht auf einen kausalen Faktor zurückgeführt werden kann, sondern verschiedene Faktoren individuell zusammenwirken.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) hat im Zusammenhang mit der Beobachtung von „Querdenken 711“ und seinen baden-württembergischen Ablegern öffentlich immer wieder darauf hingewiesen, dass die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Protestveranstaltungen gegen die Coronaschutzmaßnahmen nicht als extremistisch eingestuft wird und sich sein gesetzlicher Auftrag ausschließlich auf Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bezieht. Daher erfolgten vonseiten des LfV selbst keine pauschalisierenden Aussagen im Sinne der Fragestellung.

Eine Einschätzung zur Radikalisierung von Kritikerinnen und Kritikern der staatlichen Maßnahmen aufgrund einer möglicherweise anderweitigen pauschalisierenden Außenwahrnehmung kann durch das LfV nicht belastbar getätigt werden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass Radikalisierungsprozesse nicht monokausal begründet sind. Eine als solche empfundene Stigmatisierung allein dürfte dementsprechend regelmäßig nicht dazu führen, dass sich Protestteilnehmende radikalisieren.

15. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus den Erfahrungen des Hybrid-Unterrichts gewonnen unter besonderer Darstellung, wie diese weiter genutzt werden können?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führt dazu aus:

Hybridunterricht meint u. a. Formen des Unterrichtens, bei der eine Lehrkraft in Präsenz unterrichtet und per Livestream Lernende von außerhalb zugeschaltet werden. Davon zu unterscheiden sind Organisationsformen, bei denen Einzelpersonen z. B. von zu Hause aus den Unterricht verfolgen.

Nach den Erfahrungen aus der Pandemie können die Einbindung von Videokonferenzformaten, digitalen Medien und eine Kombination von analogen und digitalen Verfahren nach Auskunft des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport grundsätzlich einen modernen und schüleraktiven Unterricht befördern. Für einen qualitativ hochwertigen und nach pädagogischen sowie didaktischen Gesichtspunkten eingesetzten Hybridunterricht sind u. a. folgende Themenfelder in den Blick zu nehmen:

- Qualität des Angebots
- Nutzung der Potenziale des Hybridunterrichts
- angepasste Planung und Durchführung des Hybridunterrichts mit Blick auf den zu erreichenden Lernfortschritt
- Unterrichtsformen im Hybridunterricht
- Formen der Schülerbeteiligung
- Bereitstellung von Unterrichtsmaterial und E-Learning-Tools
- Berücksichtigung schulorganisatorischer Besonderheiten und technischer Voraussetzungen

Grundsätzlich muss sichergestellt sein, dass auch Schülerinnen und Schüler, die im häuslichen Umfeld keine adäquate Lernumgebung vorfinden (aufgrund familiärer Verhältnisse und/oder fehlender technischer Voraussetzungen) im Falle von digitalen Unterrichtsformaten entsprechende Unterstützung in räumlicher und/oder technischer Hinsicht erhalten.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst führt ergänzend aus:

Die Erfahrungen mit hybriden Lehrveranstaltungen an den Hochschulen des Landes im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zeigen, dass aufgrund der coronabedingten Einschränkung der Präsenzlehre digitale Formen der Lehre, die bis dahin nicht oder nur wenig genutzt wurden, erfolgreich eingeführt werden konnten. Dies gilt sowohl für Veranstaltungen ausschließlich über die digitalen Medien als auch für Hybrid-Veranstaltungen. Lehrveranstaltungen an den Hochschulen finden grundsätzlich in Präsenz statt. Die Lehrenden an den Hochschulen können jedoch auch Lehrveranstaltungen in hybrider Form anbieten, sofern dies gewünscht und technisch möglich ist.

16. Welche dauerhaften Strukturen will die Landesregierung zum Aufbau der Schulpsychologie an den Schulen implementieren (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Schularten)?

Die Angebote der Schulpsychologischen Dienste stehen allen Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und Schulleitungen der allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Neben der Schulpsychologie gibt es in Baden-Württemberg die Unterstützungsgruppe der Präventionsbeauftragten.

Während in anderen Ländern die Schulpsychologie die Aufgaben von Prävention und Intervention zugleich umfasst, fand in Baden-Württemberg eine Spezialisierung der Unterstützergruppen statt. Die an den Regionalstellen des ZSL verankerten Präventionsbeauftragten sind qualitativ gut ausgebildete Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung und haben strukturelle Ansprechpersonen in jeder Schule, die sog. Präventionslehrkräfte, deren Funktion durch eine Verwaltungsvorschrift geregelt ist. Die Präventionsbeauftragten haben einen Vernetzungsauftrag und arbeiten so in das soziale Umfeld der Schule hinein, damit wird nicht nur in der Schule, sondern auch in der Raumschaft eine gute Verankerung ermöglicht.

Daneben stehen den Schülerinnen und Schülern vor Ort die 1 550 vorhandenen Beratungslehrkräfte zur Verfügung, die ebenfalls einen Teil der Schulpsychologischen Dienste ausmachen.

Des Weiteren wird auf die Antwort auf Frage 11 verwiesen.

17. Wie beurteilt sie die Folgen von Kitaschließungen auf die Förderung insbesondere sozial benachteiligter Kinder oder auch von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und wie will sie diese Folgen bekämpfen?

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führt dazu aus:

Im Hinblick auf die Folgen von Kitaschließungen wird zunächst auf die Antwort auf Frage 8 verwiesen.

Darüber hinaus fördert das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Rahmen der Gesamtkonzeption „Kompetenzen verlässlich voranbringen“ (Kolibri) als Teil des Pakts für gute Bildung und Betreuung die Implementierung des EMIL-Konzepts im frühkindlichen Bereich. EMIL – Emotionen regulieren lernen ist ein wissenschaftlich fundiertes, in der Praxis erprobtes Konzept zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und von Resilienz.

Die Gestaltungshoheit über die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen liegt auf kommunaler Seite bzw. bei den freien Trägern. Im Rahmen des Pakts für gute Bildung und Betreuung – unabhängig von der Coronapandemie – erprobt das Forum Frühkindliche Bildung einen Modellversuch Inklusion. Aktuell wird der Modellversuch Inklusion als Unterstützungssystem in acht Stadt- und Landkreisen erprobt. Im Rahmen des Modellversuchs wird ein System aus mo-

bilem Fachdienst und Qualitätsbegleitern etabliert, um Kita-Teams und Kindertagespflegepersonen bei der Inklusion von Kindern mit (drohender) Behinderung zu begleiten.

Ergänzend führt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus:

Die Pandemie hat bestehende soziale Benachteiligungen sicherlich verstärkt. Dies muss Anlass dafür sein, insbesondere Maßnahmen, die sich an sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche richten, im Rahmen der Regelförderungen zu stützen. Dementsprechend hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration beispielsweise im Bereich der Jugenderholung und außerschulischen Jugendbildung Maßnahmen aus dem durch Bundesmittel finanzierten Aktionsprogramm des Bundes und der Länder „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für das Jahr 2023 verlängert. Auch können durch in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 zusätzlich bereitgestellte Mittel die im Rahmen des Aktionsprogrammes neugeschaffenen Stellen oder Stellenaufstockungen im Bereich der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen und der mobilen Kinder- und Jugendsozialarbeit in die Regelförderungen überführt werden.

Des Weiteren wird bezüglich des Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut auf die Antwort auf Frage 10 verwiesen.

18. Wie hat sich der durch die Kitaschließungen teilweise verursachte verspätete Kontakt zur deutschen Sprache für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und die nicht stattgefundene Sprachförderung in den Kitas ausgewirkt und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung diesbezüglich?

Die Gestaltungshoheit über die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen liegt auf kommunaler Seite. Seitens der Landesregierung wurden keine – über die auch vor der Pandemie angebotenen Förderprogramme hinausgehenden – Maßnahmen ergriffen. Seitens der Träger liegen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport keine Problemanzeigen vor.

19. Wie viele Fälle von häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen in Baden-Württemberg wurden in den letzten fünf Jahren polizeilich gemeldet?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallerfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Der Begriff „häusliche Gewalt“ unterliegt keiner einheitlichen Definition. In Baden-Württemberg wird häusliche Gewalt als Partnergewalt definiert und im Bereich sogenannter Opferdelikte (also Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung) ausgewertet. Darunter ist die direkte physische oder psychische Einflussnahme von gewisser Erheblichkeit auf Ehe- oder gleichzustellende Partnerinnen und Partner einer Beziehung zu verstehen, wobei die Beziehung auch bereits aufgelöst worden sein kann[1]. Partnergewalt beschränkt sich nicht nur auf strafbare Handlungen im Wohnbereich der Beteiligten, sondern umfasst alle Lebens- und Sozialbereiche, in denen die Partnerinnen und Partner verkehren.

[1] Umfasst die Opfer-Tatverdächtigen-Beziehungen: „Ehemaliger Ehepartner/Lebenspartner“, „Ehepartner“, „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ und „Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften“.

Die Anzahl der Fälle von Partnergewalt in Baden-Württemberg entwickelt sich in den Jahren 2018 bis 2022 wie folgt.

Anzahl der Fälle von Partnergewalt in Baden-Württemberg	2018	2019	2020	2021	2022
Straftaten gesamt	12.109	13.048	13.819	13.234	14.963
- darunter Straftaten gegen das Leben	56	44	63	47	51
- darunter Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	338	350	369	390	387
- darunter Rohheitsdelikte/Straftaten gegen die persönliche Freiheit	11.711	12.650	13.385	12.792	14.522
- darunter sonstige Straftatbestände StGB	2	4	2	5	3

Bei der Anzahl der Fälle von Partnergewalt ist im Betrachtungszeitraum der Jahre 2018 bis 2022 eine insgesamt ansteigende Tendenz festzustellen, die maßgeblich auf eine Zunahme der Fälle im Bereich der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zurückzuführen ist.

Im Jahr 2022 steigen die Fallzahlen im Vorjahresvergleich um 13,1 Prozent auf 14 963 (13 234) Fälle an. Mit einem Anteil von rund 58 Prozent entfällt der Großteil der Zunahme im Jahr 2022 auf den Bereich der vorsätzlichen leichten bzw. einfachen Körperverletzungen. Diese steigen um 11,9 Prozent auf 2 120 (1 722) Fälle. Dieser Umstand könnte auf eine erhöhte Sensibilisierung und Anzeigebereitschaft der Opfer hindeuten.

Überdies nehmen Bedrohungen im Rahmen von Partnergewalt um 23,1 Prozent auf 2 120 (1 722) Fälle zu. Hintergrund dieses Anstiegs dürfte insbesondere die Verschärfung des § 241 Strafgesetzbuch (StGB) sein, die im Zuge der Umsetzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität am 3. April 2021 in Kraft getreten ist und bereits Auswirkungen auf die PKS-Zahlen für das Jahr 2021 hat. Vor der Gesetzesverschärfung war wesentlich, dass mit einem Verbrechen gegen die Person gedroht wurde. Seit April 2021 ist bereits die Drohung mit einer rechtswidrigen Tat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen eine Sache von bedeutendem Wert unter Strafe gestellt. Zudem wurde eine Strafverschärfung für öffentliche Drohungen, Drohungen auf Versammlungen oder durch Verbreiten eines Inhalts aufgenommen.

Die Straftaten gegen das Leben im Zusammenhang mit Partnergewalt nehmen um 8,5 Prozent auf 51 (47) Fälle zu. Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stagnieren im Jahr 2022 bei 387 (390) Fällen.

Opfer unterliegen in der PKS keiner sogenannten Echtzählung, sodass Personen mehrfach als Opfer erfasst werden, wenn sie innerhalb eines Berichtsjahres mehrfach Opfer von strafbaren Handlungen geworden sind. Die Anzahl der Personen, die Opfer einer Straftat wurden, kann höher liegen als die Anzahl der Straftaten, da zu einem Fall auch mehrere Opfer erfasst sein können.

Daher ergibt sich bei Betrachtung der Anzahl der Opfer ein aussagekräftigeres Bild als bei der Betrachtung der reinen Fallzahlen. Im Sinne der Fragestellung stellt sich die Entwicklung der Anzahl der weiblichen Opfer von Opferdelikten, insbesondere von Aggressionsdelikten (diese umfassen u. a. Delikte der Gewaltkriminalität sowie die einfache Körperverletzung und den tätlichen Angriff) und von Gewaltkriminalität (umfasst die folgenden Delikte: Mord; Totschlag und Tötung auf Verlangen; Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge; Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer; Körperverletzung mit Todesfolge; gefährliche und schwere Körperverletzung; Verstümmelung weiblicher Genitalien; erpresserischer Menschenraub; Geiselnahme; Angriff auf den Luft- und Seeverkehr), in den Jahren 2018 bis 2022 wie folgt dar.

Anzahl der weiblichen Opfer in Baden-Württemberg	2018	2019	2020	2021	2022
Weibliche Opfer gesamt	41.248	40.986	41.504	40.013	46.711
- davon Anzahl weiblicher Opfer von Aggressionsdelikten	25.505	25.393	25.545	23.126	27.285
- davon Anzahl weiblicher Opfer von Gewaltkriminalität	6.148	5.876	5.861	5.458	6.881

Die Anzahl der weiblichen Opfer insgesamt steigt im Jahr 2022 um 16,7 Prozent auf 46 711 (40 013) an. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der Körperverletzungsdelikte um 17,3 Prozent auf 25 153 (21 437) Opfer zurückzuführen.

Im Fünfjahresvergleich der Jahre 2018 bis 2022 ist bei der Anzahl der weiblichen Opfer von Aggressionsdelikten ein insgesamt leicht ansteigender Trend – nach einem Rückgang im Jahr 2021 – festzustellen. Im Jahr 2022 steigt die Anzahl der Opfer von Aggressionsdelikten im Vergleich zum Vorjahr um 18,0 Prozent auf 27 285 (23 126) Opfer. Auch dieser Anstieg ist von der oben dargestellten Entwicklung der Körperverletzungsdelikte geprägt.

Der Anstieg der Anzahl weiblicher Opfer von Gewaltkriminalität im Jahr 2022 um 26,1 Prozent auf 6 881 (5 458) Opfer ist maßgeblich von der Entwicklung der Anzahl der weiblichen Opfer von schweren und gefährlichen Körperverletzungen beeinflusst. Deren Anzahl steigt um 26,4 Prozent auf 4 673 (3 697) Opfer an.

20. Wie häufig wurden dabei in den letzten fünf Jahren auch Fälle von Kindeswohlgefährdung oder Gewalt gegen Kinder gemeldet (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Art der Kindeswohlgefährdung und Inobhutnahmen durch das Jugendamt)?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

„Kindeswohlgefährdung“ oder Maßnahmen, wie „Inobhutnahme“, sind keine Erfassungsparameter der PKS. Zudem führt die Polizei keine anderweitige Statistik zur Anzahl von Meldungen an Jugendämter über den Verdacht oder Hinweise auf eine etwaige Kindeswohlgefährdung. Im Sinne der Fragestellung wird ersatzweise die Entwicklung der Anzahl der Kinder als Opfer von Gewalt im familiären Umfeld sowie von Aggressionsdelikten und von Gewaltkriminalität dargestellt. Die nachfolgend aufgeführten Fälle müssen daher nicht zwingend im Kontext einer Partnergewalt polizeilich bekannt geworden sein.

In der PKS Baden-Württemberg erfolgt die Auswertung der „Gewalt gegen Kinder im familiären Umfeld“ anhand der verwandtschaftlichen Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung. Hierbei werden Opfer im Kindesalter (bis unter 14 Jahre) mit den Opfer-Tatverdächtigen-Beziehungen „Kinder/Pflegekinder“, „Enkel“, „Geschwister“ und „sonstige Angehörige“[2] ausgewertet.

Die Entwicklung der Kinder als Opfer von Gewalt im familiären Umfeld stellt sich in den Jahren 2018 bis 2022 wie folgt dar.

[2] Sonstige Angehörige nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB.

Anzahl der Kinder als Opfer von Gewalt im familiären Umfeld in Baden-Württemberg	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl Kinder als Opfer	1.212	1.555	1.598	1.547	1.559
- darunter Kinder als Opfer von Straftaten gegen das Leben	16	11	18	22	12
- darunter Kinder als Opfer von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	238	340	315	344	326
- darunter Kinder als Opfer von Rohheits-delikten/Straftaten gegen die persönliche Freiheit	952	1.203	1.263	1.181	1.219
- darunter Kinder als Opfer von sonstigen Straftatbeständen gem. StGB	6	1	2	0	2

Die Anzahl der Kinder als Opfer von Gewalt im familiären Umfeld stagniert im Jahr 2022 im Vorjahresvergleich bei 1 559 (1 547) Opfern. Rückgänge sind hierbei insbesondere bei der Anzahl der Opfer im Zusammenhang mit Straftaten gegen das Leben um zehn auf zwölf (22) Opfer sowie bei den im Zusammenhang mit Sexualdelikten erfassten Opfern um 5,2 Prozent auf 326 (344) Opfer festzustellen. Die Anzahl der als Opfer von Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit erfassten Kinder steigt im Jahr 2022 um 3,2 Prozent auf 1 219 (1 181) Opfer. Ein Anstieg um zwei auf zwei (null) Opfer ist im Zusammenhang mit sonstigen Straftatbeständen gemäß StGB festzustellen.

Die Anzahl der Kinder als Opfer insbesondere von Aggressionsdelikten und von Gewaltkriminalität entwickelt sich in den Jahren 2018 bis 2022 wie folgt.

Anzahl der Kinder als Opfer in Baden-Württemberg	2018	2019	2020	2021	2022
Kinder als Opfer gesamt	6.556	6.840	6.351	6.534	7.858
- davon Kinder als Opfer von Aggressionsdelikten	3.393	3.503	3.206	3.229	4.012
- davon Kinder als Opfer von Gewaltkriminalität	859	861	766	915	1.154

Mit Ausnahme des pandemiegeprägten Jahres 2020 nimmt die Anzahl der als Opfer in der PKS registrierten Kinder in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich zu. Im Jahr 2022 steigt die Anzahl der Opfer im Kindesalter im Vorjahresvergleich um 20,3 Prozent auf 7 858 (6 534) Opfer an. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der als Opfer von Körperverletzungsdelikten erfassten Kinder um 23,2 Prozent auf 4 467 (3 625) Opfer zurückzuführen und ist auch der Grund für den Anstieg der Opferzahlen der Aggressionsdelikte. Diese steigen um 24,2 Prozent auf 4 012 (3 229) Opfer an.

Die Zunahme der Anzahl der Kinder als Opfer von Gewaltkriminalität im Jahr 2022 um 26,1 Prozent auf 1 154 (915) hängt mit der Entwicklung der zu schweren und gefährlichen Körperverletzungen erfassten Opfer im Kindesalter zusammen. Deren Anzahl steigt im Jahr 2022 im Vorjahresvergleich um 17,4 Prozent auf 897 (764) Opfer an.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt ergänzend aus:

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen darüber hinaus Zahlen zu Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII in Baden-Württemberg seit 2012 nach dem Ergebnis des Verfahrens vor *(https://www.statistik-bw.de/SozSicherung/KindJugendhilfe/KJH_Ergebnisse-GEF.jsp)*. Diese sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Es wird darauf hingewiesen, dass aktuelle Daten im September 2023 veröffentlicht werden.

Über die in der Tabelle dargestellten Informationen hinaus werden keine weiteren Daten erhoben.

Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII in Baden-Württemberg seit 2012 nach dem Ergebnis des Verfahrens

	Verfahren								
Jahr	**Insgesamt**	**akute Kindeswohlgefährdung**		**latente Kindeswohlgefährdung**		**keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfebedarf**		**keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf**	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
2012	9.630	1.498	15,6	1.965	20,4	3.278	34	2.889	30
2013	9.861	1.361	13,8	1.782	18,1	3.485	35,3	3.233	32,8
2014	10.136	1.461	14,4	1.890	18,7	3.708	36,6	3.077	30,3
2015	10.963	1.762	16,1	1.956	17,8	3.959	36,1	3.286	30
2016	12.133	1.814	15	2.181	18	4.420	36,4	3.718	30,6
2017	12.298	1.751	14,2	2.173	17,7	4.533	36,9	3.841	31,2
2018	13.781	2.196	15,9	2.339	17	4.906	35,6	4.340	31,5
2019	14.429	2.287	15,9	2.393	16,6	5.306	36,8	4.443	30,8
2020	16.718	2.473	14,8	2.652	15,9	6.082	36,4	5.511	33
2021	16.727	2.719	16,3	2.493	14,9	5.879	35,1	5.636	33,7

Datenquelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe.
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2023

21. Auf welche Weise stellt die Landesregierung sicher, dass die Belange von queeren Menschen bei der Verordnungsgebung in Krisenzeiten angemessen berücksichtigt werden?

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Daher wurde bei den Schutzmaßnahmen der Corona-Verordnungen eine Unterscheidung der Adressatinnen und Adressaten nach sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität nicht vorgenommen. Die Schutzmaßnahmen richteten sich ausschließlich nach infektiologischen Kriterien unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit wie insbesondere dem Immunstatus. Auch bei künftigen Krisen wird der Gleichheitsgrundsatz bei der Verordnungsgebung entsprechend berücksichtigt werden.

Darüber hinaus besteht regelmäßiger Austausch der Landesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern über spezifische Belange der queeren Community. So wurde die Struktur der landesweiten, psychosozialen Beratung für queere Menschen ebenso wie Fortbildungs- und Beratungsangebote zur geschlechtlichen Vielfalt auch in der Krisenzeit als Unterstützung und Hilfeleistung für Ratsuchende gefördert.

22. Inwiefern hat sich in der Zeit der Coronapandemie Armut verstärkt und wie bemisst die Landesregierung diese?

Ein geeigneter Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und deren Entwicklung über die Zeit ist die Armutsgefährdungsquote. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist.

Die Armutsgefährdungsquote gemessen am Landesmedian hat sich nach Angaben der amtlichen Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamtes (destatis) wie folgt entwickelt:

2019 15,6 %

2020 15,4 %

2021 16,6 %

2022 liegt noch nicht vor.

Die Armutsgefährdungsquote bemisst sich nur am verfügbaren Einkommen, nicht an weiteren qualitativen Kriterien, sodass nicht gewertet werden kann, ob diese Entwicklung auf den Einfluss der Coronapandemie zurückzuführen ist.

In Gesprächen mit Projektträgern und Verbänden wird dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration mitgeteilt, dass sich Armutslagen durch die Coronapandemie verschärft haben und dass die Gefahr besteht, dass sich die pandemiebedingten Einschränkungen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen auch mittel- und langfristig ungünstig auf die Teilhabechancen auswirken.

23. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus dem Runden Tisch Prostitution zur Verlagerung der Prostitution in private Räume während der Coronapandemie gewonnen (aufgeschlüsselt nach besonderen Schutzbedarfen und Kontrollmöglichkeiten in den jeweiligen Kommunen)?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Als Reaktion auf die Coronapandemie wurden seitens der Landesregierung zahlreiche Maßnahmen getroffen, um die Bevölkerung zu schützen und das Virus einzudämmen. Unter anderem kam es zu erheblichen Einschränkungen des Prostitutionsbetriebs. So wurde zeitweise die Ausübung der Prostitution in Bordellen untersagt. Die Ausübung der Prostitution im Rahmen der Solo-Selbstständigkeit war jedoch weiterhin möglich. Dies hatte eine Verschiebung der Prostitution in den staatlich nur schwer kontrollierbaren privaten Bereich zur Folge.

Um nicht die Mindestanforderungen eines Prostitutionsgewerbes nach dem Prostituiertenschutzgesetz erfüllen zu müssen, arbeiten die Menschen vermehrt alleine, was die Gefahr von gewaltsamen Übergriffen deutlich erhöht. Nach der pandemiebedingten Schließung der Prostitutionsstätten werden im Rahmen von Kontrollen vermehrt andere Frauen angetroffen als zuvor. Viele dieser Frauen sind deutlich unerfahrener und dadurch im Hinblick auf Übergriffe und der Gefahr sexueller Ausbeutung vulnerabler. Die langjährigen Prostituierten ziehen sich dagegen aus dem Anmeldeverfahren nach dem Prostituiertenschutzgesetz zurück.

Die Fachdienststellen der jeweiligen Polizeipräsidien bewerten kontinuierlich in einem auf Dauer angelegten Prozess die jeweilige Situation vor Ort, führen – unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten – eigenverantwortliche Kontrollen durch und treffen daraus resultierend lageorientierte Maßnahmen, um die vulnerable Gruppe der in der Prostitution tätigen Personen zu schützen und deren Umstände zu verbessern.

Eine zentrale Erfassung dieser individuellen Maßnahmen erfolgt nicht, weshalb eine Aufschlüsselung der Kontrollen nach den jeweiligen Kommunen nicht dargestellt werden kann.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt ergänzend aus:

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat im September 2020 einen Runden Tisch Prostitution und im März 2022 ein Fachgespräch zur Situation der Prostituierten während der Coronapandemie durchgeführt und steht in regelmäßigem Austausch mit den Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution und für Betroffene von Menschenhandel (zum Zweck der sexuellen Ausbeutung). Die Ergebnisse der Gespräche decken sich im Wesentlichen mit den Erkenntnissen der oben genannten Fachdienststellen der Polizeipräsidien. Seit der pandemiebedingten Schließung der Bordellbetriebe arbeiten weniger Prosituierte in Bordellen, stattdessen ist die Anzahl der unangemeldeten Wohnungs-, Straßen-

und Hotelprostitution gestiegen. Durch die Auswirkungen der Coronapandemie und die langfristige Schließung der Prostitutionsstätten hat sich das Prostitutionsmilieu bundesweit ins Dunkelfeld verlagert. Die Anbahnung der Prostitution erfolgt häufig über das Internet und Vermittlungsplattformen. Für die in der Prostitution tätigen Menschen hat sich die Gefahr und Unsicherheit in dem staatlich nicht kontrollierbaren illegalen privaten Bereich erhöht. Die in der Prostitution tätigen Menschen befinden sich in einer Situation ohne Anknüpfungsmöglichkeiten und sind für Unterstützungsangebote äußerst schwierig zu erreichen. Gleichzeitig zeichnet sich der andauernde Strukturwandel im Milieu durch eine größere Vulnerabilität, eine erhöhte Gefahrenexposition und prekäre Lebensumstände aus, was den Zugang zu Hilfsangeboten umso wichtiger werden lässt.

Diese Entwicklungen werden von der Landesregierung an geeigneter Stelle in die derzeit laufende Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes durch den Bund eingebracht. Im Land hat die Landesregierung die Förderung von Beratungsangeboten von Prostituierten und Ausstiegsprojekten aus der Prostitution angepasst.

24. Welche Konzepte liegen der Landesregierung vor, um Menschen mit Behinderungen in Bezug auf künftige Pandemien adäquat zu schützen und gleichzeitig gesellschaftliche Teilhabe besser zu ermöglichen?

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration führt dazu aus:

Die Coronapandemie war für Menschen mit Behinderungen mit besonderen Belastungen verbunden, da die im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz ergriffenen Schutzmaßnahmen auf vielfältige Weise ihren Alltag und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinflusste. Menschen mit Behinderungen sind noch mehr als Menschen ohne Behinderungen darauf angewiesen, dass sie angemessene Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Noch mehr als Menschen ohne Behinderungen drohen sonst zum Beispiel der Verlust der Alltagsstruktur, Vereinsamung oder psychische Probleme. Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) kommt in ihrem Abschlussbericht zum Konsultationsprozess „Sicherung der Teilhabe während und nach der Pandemie: Problemlagen, Herausforderungen, Handlungsoptionen (vgl.: *https://www.dvfr.de/fileadmin/user_upload/DVfR/Downloads/Projektberichte/Konsultationsprozess-Berichte-6-2021/Abschlussbericht_bf.pdf*) zu dem Ergebnis, dass viele Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Pandemie von massiven Einschränkungen ihrer Grund- und Freiheitsrechte, z. B. durch Beschränkungen ihrer Kontakte, ihres Bewegungsradius und der sinngebenden Alltagsstruktur betroffen waren (vgl. S. 15). Der Abschlussbericht kommt deshalb auch zu dem Schluss, dass die Verhältnismäßigkeit auf gesetzlicher und institutioneller Ebene grundsätzlich der Maßstab aller Maßnahmen sein muss, um in der Pandemie restriktive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr effektiv durchzusetzen und zugleich die Fortgeltung von Grund- und Freiheitsrechten aller Menschen zu wahren. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit sind die Folgen von Beschränkungen für die gesellschaftliche Teilhabe zwingend zu berücksichtigen (vgl. S. 16).

Deshalb müssen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen politische Entscheidungen zur Krisenbewältigung und -prävention in besonderer Weise daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die Teilhabemöglichkeiten dieser Menschen am gesellschaftlichen Leben haben. Erforderlich ist eine differenzierte Sichtweise, denn zum Beispiel im Hinblick auf die Auswirkungen der Coronapandemie, galt es stets zu beachten, dass Menschen mit Behinderungen nicht per se zur Gruppe der besonders betroffenen vulnerablen Menschen zählen. Die während der Coronapandemie vom Sozialministerium erlassene Verordnung zur Einschränkung des Betriebs von Werkstätten für behinderte Menschen und anderen Angeboten zur Eindämmung der Infektionen mit SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung WfbM) hat deshalb von Beginn an den von der Verordnung betroffenen Einrichtungen einen Ermessenspielraum bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen eingeräumt.

Während der Coronapandemie waren oft kurzfristige Entscheidungen unter hohem Zeitdruck erforderlich. Vor diesem Hintergrund war es nicht immer einfach,

Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenvertretungen in politische Entscheidungsprozesse einzubinden – siehe hierzu auch die Ausführungen der unabhängigen Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Frage 25.

Ein Ansatz dafür können jedoch regelmäßige Konsultationen mit den relevanten Akteuren sein. So hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in der Task Force „Pflege und Eingliederungshilfe“ während der Coronapandemie in insgesamt 47 Sitzungen alle relevanten Akteure regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informiert und deren Expertise und Einschätzungen in seine Entscheidungen miteinbezogen. Neben den Vertreterinnen und Vertretern der Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe war auch die Landes-Behindertenbeauftragte als Interessenvertreterin der Menschen mit Behinderungen in die Task Force eingebunden. Dieser Ansatz einer Vertrauens- und Verantwortungsgemeinschaft hat sich bewährt.

25. Wie bewertet die unabhängige und weisungsungebundene Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen die Coronamaßnahmen hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe und des Schutzes von Menschen mit Behinderungen?

Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen führt aus:

Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen waren von den Folgen der Coronapandemie in besonderem Ausmaß betroffen. Sie gehören nicht per se zur vulnerablen Gruppe. Dennoch hatten die Coronamaßnahmen große Auswirkungen und stellten vielerorts einen gravierenden Einschnitt in die Grund- und Freiheitsrechte dar, vielfach stärker als bei der Mehrheit der Bevölkerung. Die Situation von Menschen mit Behinderungen wurden in der Pandemiebekämpfung nicht ausreichend berücksichtigt. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation sowie die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte: „Covid-19: Auswirkungen auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (vgl.: *https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position/Position_Covid_10_Auswirkungen_auf_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen.pdf*).

Die Folgen der Coronapandemie zeigen, dass Menschen mit Behinderungen in den oft eilig getroffenen Maßnahmen auf vielen Ebenen nicht mitgedacht wurden, vielfach wurde über sie entschieden. Beispielhaft ist die Neuregelung des Infektionsschutzgesetzes der Bundesregierung im Oktober 2022 zu nennen, welches für Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, Maßnahmen getroffen hat, die sie im Verhältnis zum Rest der Bevölkerung gefühlt wieder in die Anfänge der Pandemie katapultierten. Das Gesetz sah eine permanente FFP2-Maskenpflicht für Beschäftigte in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen bei der Ausführung ihrer Tätigkeit vor, welche Arbeitnehmende in anderen Betrieben nicht betroffen hat. Genauso sah die Regelung vor, dass Bewohnerinnen und Bewohner in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe eine FFP2-Maske tragen mussten, wenn sie ihr Zimmer verlassen und die Gemeinschaftsräume (Wohnzimmer, Küche, Bad der Wohngemeinschaft) aufsuchen wollten. Während das Gesetz beispielsweise vorsah, dass im Flugzeug, wo Menschen willkürlich zusammentreffen, keine Maskenpflicht galt, wurde von behinderten Menschen verlangt, die Maske in ihrem Zuhause zu tragen, wo die Bewohnerinnen und Bewohner beständig zusammenleben. Insgesamt erhielten sie durchweg weniger Besuche, da die Zugänge durch die Infektionsschutzmaßnahmen mit viel Aufwand verbunden waren und sie selbst in ihrer Mobilität stark eingeschränkt wurden. Die Teilhabe war immens eingeschränkt, die Welt der Bewohnerinnen und Bewohner konzentrierte sich über die gesamte Zeit der Coronapandemie fast ausschließlich auf das unmittelbare, exklusive Lebensumfeld. Auch innerhalb der Wohngruppen mussten Begegnungen und Gemeinschaft reduziert werden. Die Folge waren unter anderem auch Rückzug, Trauer, Depression bis hin zu Suizidgedanken, Desorientierung oder Demenz.

Dies ist unter dem Gesichtspunkt, dass gerade Menschen mit Behinderungen vielerorts immer noch nicht selbstverständlich aussuchen können, wie, wo und mit wem sie zusammenleben wollen, besonders gravierend. Hier zeigte sich eindrücklich, wie schmal der Grat zwischen Selbstbestimmung bzw. Freiheit und reglementierender Fürsorge sein konnte und wie wichtig es war, vor Ort so viel Schutz wie nötig und so viel Autonomie wie möglich zu schaffen.

Schulunterricht ist für Kinder mit sog. geistiger Behinderung digital nicht immer möglich. Angehörige leisten Beachtliches in der Betreuung, Förderung und Pflege ihrer Kinder zuhause. Lange konnten sie nicht auf entlastende Angebote zugreifen, mussten ihrer eigenen Arbeit nachgehen. Häufig verfügen sie über weniger Freizeit, finden weniger Gelegenheit zur Regeneration, fühlen sich noch mehr isoliert als zuvor. Die Folgen der Coronapandemie haben diese Familien in starkem Ausmaß gefordert.

Es muss eine Konsequenz sein, weiter daran zu arbeiten, inklusive Lebens- und Wohnwelten sowie die Repräsentanz und Beteiligung von Menschen mit Behinderungen voranzubringen. Immer dort, wo exklusive Strukturen bestehen, wurden nochmals Sonderlösungen der Sonderlösungen angestrebt, wenn beispielsweise wie in einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ), einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) oder in einer Wohngruppe überdurchschnittlich viele Menschen aufeinandertreffen, die der Risikogruppe angehören. Teilweise wurden Regelungen getroffen, die tief in die eigene Würde und Selbstbestimmung eingriffen und mancherorts über die Corona-Verordnung hinausgingen. Dies zeigten auch Beschwerden und Erfahrungen davon betroffener Menschen, die auch bei der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen eingingen. Entlastungsangebote für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien müssen niedrigschwellig und auskömmlich vorhanden sein.

Unbestritten ist, dass der Schutz vulnerabler Personen erforderlich war. Bei der Umsetzung der Maßnahmen vor Ort und in der jeweiligen Situation konnte jedoch mit Augenmaß und individueller Betrachtung der Situation selbst sowie der Beteiligung der betroffenen Personen der Umgang mit den Regelungen die Einschränkung der Selbstbestimmung reduziert werden. Dies setzt entsprechende Spielräume bei der Ausgestaltung der Maßnahmen in der konkreten Umsetzung voraus.

Die Frage nach dem Zugang zu intensivmedizinischer Behandlung beschäftigte insbesondere Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung und ihre Angehörigen. Was mit ihnen passiert, wenn nicht mehr ausreichend Intensivplätze zur Verfügung stünden und die Diskussion um die Fragen der Triage verfolgten sie sehr aufmerksam. Auch aus diesem Grund war es richtig, dass alles getan wurde, dass unser Gesundheitssystem alle Menschen versorgen kann. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, dass er in Notsituationen eine gleichberechtigte, gerechte und menschliche Versorgung bekommt. Dies darf keine Frage von Behinderung oder Alter sein.

Informationen und Warnsysteme wurden nach und nach angepasst, müssen künftig auch bzw. gerade bei eilig zu treffenden Maßnahmen automatisch barrierefrei mitgedacht und den Menschen zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Menschen mit Behinderungen tiefe Einschnitte in ihrem Lebensalltag, bei der Arbeit und im sozialen Umfeld erlebten, vielfach stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt, vielfach erlebten sie Benachteiligung und Isolation noch stärker als vor der Pandemie. Eine differenzierte Betrachtung hinsichtlich des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung hat vielerorts nicht ausreichend stattgefunden. Menschen mit Behinderungen waren in Bezug auf die rechtlichen Regelungen und deren Umsetzung vor Ort zu wenig beteiligt. Dies wurde auch daran deutlich, dass ihr Recht auf Teilhabe durch die Rücknahme von Maßnahmen im Vergleich erst sehr spät wiederhergestellt wurde. Auch davon waren insbesondere jene Menschen betroffen, welche in einer besonderen Wohnform leben oder in einer WfbM arbeiten. Hier wurden vielerorts pauschale Regelungen getroffen, der Blick auf den individuellen Lebens-

alltag kam in der Umsetzung häufig zu kurz, die persönliche Selbstbestimmung wurde meist pauschal und deutlich eingeschränkt.

Selten kamen behinderte Menschen selbst zu Wort, anbei ein paar Stimmen, vgl. z. B. S. 20 ff.: *https://www.domino1.stuttgart.de/web/ksd/KSDredsystem.nsf/0/8E088CD95241 C89AC1258750002C2F22/$File/Jahresbericht%202020%20final%20barrierefrei.pdf?OpenElement*

26. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Wohnungslosigkeit besser zu vermeiden insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen der Coronapandemie auf wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen?

Für die Wohnungslosenhilfe in Baden-Württemberg sind die Kommunen zuständig. Als freiwillige Leistung fördert das Land bauliche Investitionen in der Wohnungslosenhilfe im Rahmen des Investitionsförderprogramms Wohnungslosenhilfe.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration förderte im Zeitraum von Ende 2021 bis Anfang 2023 insgesamt 18 Projekte im Land (Fördervolumen: ca. 1,1 Mio. Euro), die mithilfe von zielgenauen, niedrigschwelligen und nachhaltigen Maßnahmen dazu beitragen, dass es gar nicht zur Wohnungslosigkeit von Familien kommt oder dass im Falle von Wohnungslosigkeit die Unterstützung von Familien für ein gutes und gesundes Aufwachsen ihrer Kinder verbessert und die Wohnungslosigkeit der Familie schnell überwunden werden kann. Die Projekte werden durch die Hochschule Esslingen wissenschaftlich begleitet und bilanziert.

Es wurde ein weiterer Förderbedarf in diesem Bereich festgestellt. Deshalb hat das Sozialministerium die laufenden Projekte mit Fördervolumen von ca. 900 000 Euro bis Mai 2024 im Rahmen der hierfür im Epl. 09 vorgesehenen etatisierten Mittel verlängert. Zudem wurde ein weiterer Förderaufruf für neue Projekte veröffentlicht, für den ca. 600 000 Euro zur Verfügung stehen. Damit soll zusammen mit den laufenden Projekten eine flächendeckende Wirkung im Land erreicht werden. Die zusätzlichen Projekte befinden sich noch im Antragsverfahren und sollen im Juni/Juli 2023 starten (Laufzeit bis Ende 2024).

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, den sogenannten Housing First-Ansatz mithilfe von Modellprojekten in den Jahren 2024 bis 2026 zu erproben. Das Konzept Housing First bezeichnet die möglichst unmittelbare Integration von wohnungs- und obdachlosen Menschen mit komplexen Problemlagen in dauerhaften und mietvertraglich abgesicherten Wohnraum – verbunden mit dem Angebot wohnbegleitender Hilfen. Die Erstellung einer Förderkonzeption erfolgt seit März 2023 in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe, der Wissenschaft und Stiftungen.

27. Inwiefern hat die Landesregierung für Verordnungen die Notwendigkeit von mehrsprachigen Informationen berücksichtigt und auf welche Weise stellt sie die Berücksichtigung für künftige Verordnungen sicher?

Als Erfahrung aus der Coronapandemie empfiehlt es sich aus Sicht der Landesregierung insbesondere im Krisenfall, dass die Ressorts die grundlegenden Informationen zu Verordnungsinhalten mehrsprachig zur Verfügung stellen.

Die Corona-Verordnung der Landesregierung wurde in elf Sprachen übersetzt und auf der Website des Landes veröffentlicht:

Englisch, Französisch, Italienisch, Türkisch, Polnisch, Russisch, Arabisch, Rumänisch, Farsi, Spanisch und Ukrainisch.

Zusätzlich wurden zweisprachige Übersetzungen (Französisch und Englisch) des Verordnungstexts bzw. anlassbezogen von Pressemitteilungen für die Lebensbereiche, bei der die Mehrsprachigkeit von Bedeutung war (Corona-Verordnungen zur Einreise-Quarantäne), zur Verfügung gestellt. Zudem erfolgte regelmäßig –

aufgrund des besonderen Interesses an der Erläuterung der geltenden Rechtslage – eine Übersetzung von Merkblättern zur Rechtsfolge positiver Coronatests (Corona-Verordnung Absonderung) in 10 Sprachen. Diese Praxis hat sich bewährt und sollte auch bei künftigen vergleichbaren Lagen fortgeführt werden.

28. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit der kommunalen Demokratie zu Zeiten der Coronapandemie hinsichtlich digitaler Sitzungen gemacht (aufgeschlüsselt nach Kommunen, Landratsämtern und hinsichtlich der Frage, ob sich die jeweilige Kommune wieder im Sitzungsmodus mit Präsenzsitzungen befindet)?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Die Durchführung von Gemeinderatssitzungen auf Grundlage von § 37a der Gemeindeordnung (GemO) und von Kreistagssitzungen auf Grundlage von § 32a der Landkreisordnung (LKrO) wird – wie auch andere Sitzungen kommunaler Gremien – statistisch nicht erfasst. Wie sich aus der Drucksache 16/9208 (Stand November 2020) und aus der Wahrnehmung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im weiteren Verlauf der Pandemie ergibt, wurde von der im Mai 2020 eingeführten Möglichkeit der Durchführung digitaler Sitzungen der kommunalen Gremien von einigen Kommunen Gebrauch gemacht. Mit Blick auf die dynamische Entwicklung der Pandemie mit diversen Infektionswellen und jahreszeitbedingten erheblichen Unterschieden ist jedoch anzunehmen, dass sich die Handhabung in den Kommunen auch im Laufe der Pandemie situationsbedingt, ggf. mehrfach, geändert hat. Zu welchem Zeitpunkt welche Kommunen, die digitale Sitzungen durchgeführt haben, wieder zur Durchführung von Präsenzsitzungen zurückgekehrt sind, ist dem Innenministerium nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass im Zuge der Abschwächung der Pandemie auch die Anzahl der digitalen Sitzungen sukzessive zurückgegangen ist.

29. Welche Auswirkungen hatten die Schließungen von Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden auf die kommunale Demokratie sowie die Teilhabemöglichkeiten und wie gedenkt die Landesregierung, diese Auswirkungen künftig abzumildern?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen führt dazu aus:

Es ist allgemein bekannt, dass es während der Pandemie in den Kommunen vor Ort zu Beschränkungen des Zutritts der Öffentlichkeit zu Rathäusern und sonstigen Verwaltungsgebäuden gekommen ist. Die Kommunen haben dieser schwierigen Situation durch unterschiedlichste, teils kreative Lösungen Rechnung getragen. So wurden etwa Möglichkeiten der Terminbuchung ausgeweitet oder Außenschalter eingeführt sowie Möglichkeiten der anderweitigen Kontaktaufnahme verstärkt. Auch diese Maßnahmen wurden ggf. im Laufe der Pandemie, abhängig von deren Entwicklung, entsprechend angepasst.

Da demokratische Prozesse weitgehend auf Kommunikation und dem persönlichen Austausch basieren, hatte die Pandemie zweifellos vielfältige Auswirkungen auf diese Prozesse und auch auf die Teilhabe der Bevölkerung daran. Die kommunale Demokratie erwies sich jedoch aufgrund der durch die Landesregierung in der Pandemie durchweg aufrecht erhaltenen rechtlichen Möglichkeit zur Durchführung von Sitzungen der kommunalen Gremien und durch die Nutzung moderner Kommunikationsformen als stabil und krisenfest. Auch bestand während dieser Zeit zum Beispiel die Möglichkeit der Durchführung von Einwohnerversammlungen, Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden fort. Wegen der erschwerten Rahmenbedingungen aufgrund der Pandemie wurden im Sommer 2020 durch den kurzfristig eingeführten § 140a GemO Fristen für Einwohneranträge und Bürgerbegehren vorübergehend ausgesetzt.

Fortbestehende Auswirkungen der Coronapandemie auf die kommunale Demokratie sowie Teilhabemöglichkeiten im Sinne der Fragestellung sind dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nicht bekannt.

Ergänzend führt das Staatsministerium aus:

Im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung haben sich zudem Videokonferenzen als geeigneter Ersatz bewährt. Nähere Informationen hat das Staatsministerium unter *http://beteiligungsportal-bw.de/videokonferenzen* veröffentlicht. Gerade bei landesweiten Bürgerforen wird die Landesregierung weiterhin auf Videoformate setzen. Ein Teil der Sitzungen wird online durchgeführt. Dies sind die Sitzungen, in denen es einen großen Informationsteil gibt. Die Sitzungen, die vor allem dazu dienen, dass sich die Teilnehmenden eine Meinung bilden, werden vorzugsweise in Präsenz stattfinden.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 4311**

17. Wahlperiode **1.3.2023**

Große Anfrage

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

und

Antwort

der Landesregierung

Bestandsaufnahme zum dritten Handlungsfeld „gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten“ der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Grundlagen

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, wie unterschiedliche Teile der Bevölkerung Baden-Württembergs sich auf Krisen vorbereiten und wie weit diese über die Fähigkeiten, Ressourcen und Informationen verfügen, um in Krisen eigenverantwortlich zu handeln (z. B. anhand sozialstruktureller Merkmale)?

2. Welche Informationen liegen der Landesregierung hinsichtlich besonderer Belastungen infolge des Klimawandels und der Coronapandemie zu folgenden Bevölkerungsgruppen vor: Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten, Wohnungslosen, pflegebedürftigen Menschen, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen etc.?

3. Welche Informationen liegen der Landesregierung hinsichtlich besonderer Belastungen von Vereinen und Religionsgemeinschaften im Kontext der Coronapandemie vor?

4. Welche strukturellen Ursachen für Krisen, die die Bevölkerung betreffen, hat die Landesregierung identifiziert?

II. Unterstützungsmaßnahmen

1. Welche Fähigkeiten und Ressourcen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, damit die Bevölkerung in einer Krise resilient ist?

2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, damit diese Fähigkeiten und Ressourcen zukünftig gestärkt und breit in der ganzen Bevölkerung verankert sind?

Eingegangen: 1.3.2023 / Ausgegeben: 12.6.2023

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

3. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung ergriffen, um durch die Coronapandemie oder andere große Krisen, wie zum Beispiel den Klimawandel, besonders betroffene Bevölkerungsgruppen (Kinder und Jugendliche, Pflegebedürftige, Geflüchtete, Wohnsitzlose) zu unterstützen bzw. zu schützen?

4. Mit welchen Maßnahmen, wie beispielsweise gesetzlicher Teilhabe oder nutzergerechten Angeboten, und auf Basis welcher Informationen zu Fähigkeiten und Ressourcen unterstützt die Landesregierung die Bevölkerung sowie die organisierte Gesellschaft, eigenverantwortliche Vorsorge für krisenhafte Situationen oder auch Katastrophen zu treffen?

5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um strukturelle Ursachen für Krisen, die die Bevölkerung treffen, zu beseitigen und die Auswirkungen zu minimieren?

III. Kommunikation

1. Wie werden zum einen die Bevölkerung, zum anderen Einrichtungen und Institutionen, die sich um Menschen kümmern, die selbst keine Krisenvorsorge treffen können, hinsichtlich krisenbezogener Fragen sowohl zur Krisenvorsorge als auch in einer krisenhaften Lage unter Darlegung der Kommunikationsformen und Kommunikationskanäle durch die Landesregierung oder andere Akteurinnen und Akteure informiert?

2. Wie wird sichergestellt, dass grundsätzliche Informationen, insbesondere in einer Krise, die gesamte Bevölkerung erreichen (mit Bezug auf Kommunikationsformate, Informationskanäle und interkulturell genutzte Kanäle sowie die Sprache und Sprachvermittlung, mit besonderem Blick auch auf Mehrsprachigkeit, funktionalen Analphabetismus, Sinnesbeeinträchtigungen sowie kognitive Einschränkungen)?

3. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, welche Bevölkerungsgruppen in Krisen aus welchen Gründen nur schwer oder gar nicht zu erreichen sind, mit Bezug auf den Ort der möglichen Kontaktaufnahme?

4. Verfügt die Landesregierung über Pläne, wie die in der Antwort zu Frage 3 genannten Bevölkerungsgruppen zukünftig über Krisenvorsorge und Schutzmaßnahmen informiert und auch tatsächlich erreicht werden können?

5. Welche Informationen liegen der Landesregierung unter Betrachtung der letzten zehn Jahre darüber vor, wie groß der prozentuale Bevölkerungsanteil in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern ist, der sich an Verschwörungsmythen und Fake News orientiert unter Darlegung, welchen Milieus dieser Bevölkerungsteil zugeordnet werden kann und über welche Medien der Informationsaustausch der vorgenannten Bevölkerungsgruppe erfolgt?

6. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. plant sie, um einer im Krisenfall um sich greifenden Verbreitung von Verschwörungsmythen, Fake News, Wissenschaftsskeptizismus oder -leugnung sowie der gezielten Desinformation sowohl in digitalen als auch analogen Kommunikationsmedien entgegenzuwirken?

IV. Förderung Zusammenhalt

1. Wie haben sich aus Sicht der Landesregierung das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg während der letzten zehn Jahre entwickelt unter Darlegung der von der Landesregierung zur Bestimmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Solidarität der Bevölkerung herangezogen Kriterien, Kennzahlen und deren Datengrundlagen?

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen während eines Krisenfalls und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg zu stärken, damit einer zunehmenden Polarisierung bzw. einer drohenden Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt wird?

3. Wie kann aus Sicht der Landesregierung gewährleistet werden, dass die Bedürfnisse der folgenden Gruppen, die im Krisenfall von den negativen Folgen erfahrungsgemäß besonders betroffen sind, bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden können: Kinder (null bis 14 Jahre), Jugendliche (15 bis 25 Jahre), Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen, in Armut lebende bzw. armutsgefährdete Menschen, pflegebedürftige Menschen, Wohnungslose?

4. Was unternimmt die Landesregierung, um die Stärkung von Resilienz, Eigenverantwortung, sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen sowohl in schulischen als auch außerschulischen Bildungseinrichtungen auch im Krisenfall zu fördern?

5. Ist es aus Sicht der Landesregierung möglich, im Bildungsplan für die Schulen sowie im Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen die Entstehung von Krisen, den Umgang mit Krisen sowie die Krisenfolgenbewältigung altersangemessen fächerübergreifend zu verankern?

6. Wie kann aus Sicht der Landesregierung eine engere Einbindung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in das Bildungssystem in Baden-Württemberg erfolgen, um bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein für den ehrenamtlich organisierten Bevölkerungsschutz zu schärfen?

7. Wie werden Kinder und Jugendliche an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen durch die Landesregierung beteiligt, unter Darlegung der Beteiligung im Krisenfall?

8. Welche Maßnahmen werden aktuell von der Landesregierung durchgeführt und sind geplant, um eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung an der Ausgestaltung von Politik und Gesellschaft von Baden-Württemberg zu ermöglichen und im Krisenfall aufrechtzuerhalten sowie zum Überwinden einer Krise zu nutzen?

9. Was ist seitens der Landesregierung geplant, damit sich die Diversität der Gesellschaft zukünftig auch innerhalb von Regierung und Verwaltung widerspiegelt und zur Krisenüberwindung ressourcenorientiert genutzt wird?

10. Was hat die Landesregierung in den letzten 15 Jahren aus Fluchtmigration und Migrationsbewegungen, Terroranschlägen, Naturkatastrophen (auch diese, die durch den Klimawandel verstärkt wurden) und Kriegen gelernt und welche Präventions- und Aktionspläne sind daraus entstanden bzw. in welcher Form wurden sie aktualisiert?

11. In welcher Form steht die Landesregierung in diesem Lernprozess (Frage 10) im Austausch mit weiteren Entscheidungsinstanzen und wie wird hierbei Wissen von Expertinnen und Experten genutzt – zur Bewältigung einer Krise, aber auch um ihr vorzubeugen und sie zu vermeiden?

12. In welcher Art und Weise bindet die Landesregierung zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in Krisenfällen in ihr Handeln mit ein – insbesondere in Bezug auf deren Funktion als Hilfenetz für die Bevölkerung und deren vergleichsweise schnelles und unbürokratisches Handeln?

13. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung ergriffen, um die (Förder-)Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements und der Quartiersarbeit so auszurichten, dass sie zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung beitragen können?

14. Wie können städtebauliche Strukturen und neue Wohnformen aus Sicht der Landesregierung das gesellschaftliche Miteinander und damit den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken, unter Darlegung der aktiven Unterstützung der städtebaulichen Entwicklungen durch die Landesregierung?

15. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung ergriffen, um sogenannte „Spontanhelfer“ in Krisenbewältigungsstrukturen rechtsicher und abgesichert einzubinden?

1.3.2023

Schwarz, Krebs

und Fraktion

Hagel, Dr. Miller

und Fraktion

Begründung

Ziel der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist es, der Frage nachzugehen, welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen notwendig sind, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um vor uns liegende Krisen zu bewältigen (siehe Einsetzungsantrag, Drucksache 17/1816). Entsprechend sollen in der Enquetekommission in den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten sowie global vernetzte Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Dabei soll sich die Kommission auf Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Mit dieser Großen Anfrage geht es uns darum, zu Beginn des dritten Themenfelds „Gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten“ der Enquetekommission eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und eine gemeinsame Ausgangsbasis für die Arbeit der Enquetekommission in diesem dritten Themenfeld sowie eine Grundlage für ausbauende Handlungsempfehlungen zu schaffen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 12. Mai 2023 Nr. STM32-0142.5-27/28/1:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Mit Schreiben vom 5. Mai 2023 Nr. KKG-0141.5-017/4311 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Namen der Landesregierung und im Einvernehmen mit allen Ministerien die Große Anfrage wie folgt:

I. Grundlagen

1. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, wie unterschiedliche Teile der Bevölkerung Baden-Württembergs sich auf Krisen vorbereiten und wie weit diese über die Fähigkeiten, Ressourcen und Informationen verfügen, um in Krisen eigenverantwortlich zu handeln (z. B. anhand sozialstruktureller Merkmale)?

Der Landesregierung ist es ein großes Anliegen, die Bevölkerung in Baden-Württemberg auf mögliche Krisenlagen durch umfassende Informationen zur Vorsorge, Förderung des Krisenbewusstseins und Wissen zum Vorgehen im Krisenfall gezielt vorzubereiten.

Für den Umgang mit Krisen ist es insbesondere aus Sicht des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen essentiell, möglichst gut vorbereitet zu sein, um im Falle des Eintritts eines Krisenszenarios möglichst schnell „vor die Lage zu kommen“. Eine gut aufgebaute und etablierte Vorsorgestruktur bildet das Rückgrat eines funktionierenden Krisenmanagements auf Seiten des Staates. Diese Strukturen müssen so angelegt sein, dass sie bei möglichst allen denkbaren Krisenszenarien greifen.

Das Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen sieht aber auch die Notwendigkeit, dass die Bevölkerung ein gewisses Maß an Eigenverantwortung und Selbstinitiative ergreift, denn trotz bestmöglicher Vorbereitung wird immer ein Restrisiko verbleiben. Deshalb muss in der Bevölkerung das Bewusstsein etabliert werden, dass es eine vollkommene Sicherheit nicht geben kann und ein gewisses Maß an Eigenverantwortung und Selbstinitiative daher unabdingbar ist.

Der Staat schafft einen Schutzrahmen, in dem jede Person dazu angehalten ist, sich über mögliche Krisenszenarien und Risiken zu informieren, sich auf diese vorzubereiten und im Ernstfall auch selbst Hilfe zu leisten. Dabei kann es sich zum Beispiel um die Vorratshaltung von Lebensmitteln und Trinkwasser handeln oder die Leistung von Erster Hilfe bei einem Unglücksfall. Den Menschen steht in Baden-Württemberg hierfür ein umfassendes Informationsangebot, zugeschnitten auf verschiedene Zielgruppen und Themen, zur Verfügung. Die Landesregierung setzt daher auch auf das Verantwortungsbewusstsein der Menschen, sich über die verfügbaren Quellen bestmöglich über mögliche Gefahrensituationen und eigene Vorsorgemaßnahmen zu informieren. Informationen über das Vorsorgeverhalten der Menschen werden von der Landesregierung nicht umfassend erhoben, es gibt jedoch Untersuchungen etwa im ländlichen Raum.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport adressiert die Stärkung von Krisenbewusstsein und Handlungsbereitschaft auch in den Bildungsplänen. Schule hat die Aufgabe, junge Menschen zu selbstverantwortlichem und demokratischem Handeln in der Gesellschaft zu befähigen. So befähigt die in den Bildungsplänen 2016 für alle Unterrichtsfächer verbindliche Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) Lernende beispielsweise dazu, informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine funktionierende Wirtschaft und eine gerechte Weltgesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln. Neben dem Erwerb von Wissen über (nicht) nachhaltige Entwicklungen geht es insbesondere um folgende Kernanliegen: Bereitschaft zum Engagement und zur Verantwortungsübernahme, Umgang mit Risiken und Unsicherheit, Einfühlungsvermögen in Lebenslagen anderer Menschen und solide Urteilsbildung in Zukunftsfragen.

Für Informationen zur Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“ (PG) wird auf die Antwort zu Frage II.1 verwiesen.

Die Schulpsychologischen Dienste bieten Beratungs- und Fortbildungsangebote im Umgang mit schulischen Krisenlagen an. So unterstützen etwa Schulpsychologinnen und Schulpsychologen die an jeder Schule vorhandenen schulinternen Krisenteams (vgl. VwV Gewaltvorfälle, Schadensereignisse an Schulen; abrufbar unter: *https://km-bw.de/,Lde/ startseite/service/Verordnungen+und+Verwaltungsvorschriften*) bei Bedarf in der Krisenvor- und -nachsorge. Bei der Vorsorge werden neben Strukturen und Prozessen auch geeignete Handlungsweisen (z. B. nach einem Todesfall) in den Blick genommen, um sicher und bedarfsgerecht Schritte der Krisenbewältigung einzuleiten. Alle neu berufenen Schulleitungen durchlaufen zudem eine Schulung zum schulischen Krisenmanagement.

Daneben werden Schülerinnen und Schüler ab dem kommenden Schuljahr 2023/2024 vertieft mit dem Thema Katastrophenschutz vertraut gemacht. Im Zuge dessen wird in Kooperation zwischen Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein Maßnahmenbündel bereitgestellt, um das Thema an die Schülerinnen und Schüler heranzutragen und mittelbar dadurch auch deren Familien zu erreichen. So werden unter anderem Unterrichtsmaterialien für alle Klassenstufen erarbeitet, die von den Lehrkräften bedarfsgerecht eingesetzt werden können, wie auch Flyer und Plakate sowie Kurzfilme mit grundlegenden Informationen zur Thematik bereitgestellt. Darüber hinaus ist ein jährlicher Aktionstag an den Schulen vor Ort anvisiert, gegebenenfalls auch unter Einbindung von Hilfsorganisationen, der Schülerinnen und Schülern das Thema anschaulich machen soll. Hierzu wird es bereits im Sommer eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung geben.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben im Zusammenhang mit der Pandemie belastbare Kommunikationsstrukturen aufgebaut, um deren Mitglieder mit Informationen zu unterstützenden Angeboten erreichen zu können.

Ergänzend ist aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration anzufügen, dass sich in der Coronapandemie gezeigt hat, dass Menschen mit Migrationshintergrund teilweise nur eingeschränkten Zugang zu Informationen über die Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung hatten. Hauptgrund war, dass die Deutschkenntnisse (noch) nicht ausreichend waren, aber auch, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich teilweise über andere Quellen informieren als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Ausführlich dargestellt werden von Seiten des Ministeriums getroffene Maßnahmen im Abschnitt III. 1 bis III. 4.

Daten zum Vorsorgeverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen liegen der Landesregierung nicht vor. Jedoch wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Skalierbare Notfall-Logistik für urbane Räume als Public-Private Emergency Collaboration“, kurz NOLAN, das vom BMBF über den Zeitraum 2018 bis 2022 gefördert wurde, die Rolle der Bevölkerung im Krisenmanagement untersucht. Hierbei wurde das Thema „eigenverantwortliche Bevorratung von lebensnotwendigen Gütern“ in einer separaten Studie analysiert.

Die Bevölkerungsumfrage zur Bevorratung im ländlichen Raum Baden-Württemberg erfolgte in einer im Januar/Februar 2020 im Rahmen des NOLAN-Projekts durchgeführten repräsentativen Erhebung. Im ländlichen Raum Baden-Württembergs wurde die Vorratslänge verschiedener Lebensmittelkategorien sowie Getränke und benötigter Arzneimittel untersucht. Die Mehrheit der befragten Haushalte gab an, maximal einen Dreitagesvorrat in den Kategorien „Gemüse, Hülsenfrüchte“ (58 Prozent), Obst, Nüsse (59 Prozent) und „Fleisch, Fisch, Eier, Ersatzprodukte“ (52 Prozent) vorrätig zu haben. Etwa ein Viertel der Befragten hatte einen Vorrat für die Dauer von über einer Woche in den Kategorien „Getränke“ (exkl. Leitungswasser), „Getreide, Getreideprodukte“ (je 26 Prozent) und „Milch, Milchprodukte“ (27 Prozent). Von den Haushalten mit Mitgliedern, die lebens-

notwendige oder regelmäßig einzunehmende Medikamente benötigen, haben 84 Prozent diese pharmazeutischen Produkte länger als zwei Wochen vorrätig.

Die statistische Auswertung der Daten ergab, dass eine Haushaltsgröße ab vier Personen sich meist negativ auf die Vorratslänge auswirkt und dass das Alter der Befragten keine Auswirkungen auf die Vorratslänge bei den untersuchten Gütern hatte. Aus den Daten lässt sich ableiten, dass die ländliche Bevölkerung den Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hinsichtlich der Lebensmittel-, Trink- und Nutzwasserbevorratungsdauer zum größten Teil nicht gerecht wird. Die Umfrage war unmittelbar vor der Coronapandemie durchgeführt worden, weshalb eine Vergleichsuntersuchung Mitte 2021 mögliche Veränderungen in dem Bevorratungsverhalten der Bevölkerung, ausgelöst durch die Coronapandemie, untersuchte. Ersten Erkenntnissen zufolge waren zwar kurzfristige Zunahmen bei der Bevorratung im ersten Lockdown erkennbar, jedoch bevorrateten die Befragten auf lange Sicht nicht mehr.

Die vorgenannten Informationen sind der Broschüre „Öffentlich-private Partnerschaften zur Krisenbewältigung in Lebensmittel-Lieferketten/Grundlagen, Beispiele und Anwendungen“, entnommen. Diese ist abrufbar unter *https://www.nolan-sifo.de/brochures.html*.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat sich an dem Forschungsprojekt als assoziierter Partner beteiligt.

2. Welche Informationen liegen der Landesregierung hinsichtlich besonderer Belastungen infolge des Klimawandels und der Coronapandemie zu folgenden Bevölkerungsgruppen vor: Kindern und Jugendlichen, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten, Wohnungslosen, pflegebedürftigen Menschen, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen etc.?

Die Landesregierung beantwortet die Frage zu den Belastungen infolge des Klimawandels und der Coronapandemie in einem ersten Schritt zunächst allgemein und geht dann auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen ein.

Klimawandel

Heutige Kinder und Jugendliche werden in späteren Jahren, insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, im Brennpunkt des aus bisheriger Sicht ungebremsten Klimawandels stehen. Vor diesem Hintergrund weist das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft darauf hin, dass ein rasches Umsteuern in Richtung eines wirksamen Klimaschutzes mit entsprechenden Maßnahmen zur schnellen und deutlichen Reduktion der Treibhausgasemissionen zentral ist. Jede weitere jetzt anfallende Tonne an Treibhausgasen reduziert das noch verbleibende CO_2-Budget, das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch in Anspruch genommen werden kann, ohne die international und national verbindlich eingegangenen Klimaschutzziele zu verletzen (Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Beschluss vom 24. März 2021, 1 BvR 2656/18, 1 BvR 78/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 288/20, Rn. 119 f., 122). Ein Verbrauch großer Teile des „CO_2-Budgets“ in wenigen Jahren mit der Folge radikaler werdender Reduktionslasten und sich zugleich massiv verstärkender Klimafolgen für nachfolgende Generationen wäre aber wegen des Verstoßes gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit rechtswidrig (BVerfG, ebd., Rn. 192). Das Grundgesetz verlangt vielmehr, dass die unausweichliche Minderung von CO_2-Emissionen so schnell geschieht, dass noch CO_2-neutrale Verhaltensweisen verfügbar gemacht werden können, bevor das Restbudget erschöpft ist (BVerfG, ebd., Rn. 194, 248).

Der Klimawandel wirkt sich bereits heute direkt und indirekt auf die Gesundheit der Menschen in Baden-Württemberg aus, dieser Effekt wird sich in Zukunft noch deutlich verschärfen. Die Auswirkungen auf die Gesundheit werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit Integration beobachtet und dokumentiert.

Direkte Auswirkungen erfolgen durch Extremwetterereignisse wie Überflutungen oder Hitze. Indirekte Auswirkungen werden durch Veränderungen der Umwelt

verursacht. So können Überträger von Infektionskrankheiten wie Zecken oder Mücken sich bei steigenden jährlichen Durchschnittstemperaturen vermehrt ausbreiten beziehungsweise für einen längeren Zeitraum im Jahr aktiv sein. Mildere Winter und höhere Tagesmitteltemperaturen ermöglichen aber auch die Vermehrung beziehungsweise Etablierung von Erregern wie beispielsweise des West-Nil-Virus oder Nicht-Cholera-Vibrionen (Bakterien, die natürlich in Gewässern vorkommen und bei entsprechender Vermehrung, vor allem in leicht salzhaltigem Wasser, zu Wund- oder Magen-Darm-Infektionen führen können).

Die sogenannte Vulnerabilität gegenüber verschiedenen gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels ist aber auch von sozioökonomischen und demografischen Faktoren wie Alter, Geschlecht und Haushaltsgröße abhängig.

Hitze stellt die größte gesundheitliche Bedrohung durch den Klimawandel in Baden-Württemberg dar. Generell gilt, dass ältere und alte Menschen, pflegebedürftige und Menschen in Heimen (z. B. Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Heime für Schutzsuchende), Menschen mit physischer, psychischer, akuter oder chronischer Erkrankung, Beeinträchtigung oder Behinderung, Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder besonders von Hitze betroffen sind. Aber auch Personengruppen, die beruflich im Freien arbeiten oder Sport treiben, sind stärker der Hitze ausgesetzt. Nicht zu vernachlässigen sind auch Wohnungslose und Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status, die häufiger in dicht bebauten Gebieten mit weniger Grünflächen und in Wohnverhältnissen mit einer stärkeren Hitzeentwicklung in Innenräumen leben. Menschen mit Migrationshintergrund sind in dieser Gruppe überproportional vertreten.

Bei der Betrachtung vulnerabler Gruppen müssen in Baden-Württemberg ebenso regionale Unterschiede berücksichtigt werden: Zum einen ist das Risiko gesundheitlicher Auswirkungen von Hitze in urbanen Räumen aufgrund des urbaneren Hitzeinseleffekts höher und zum anderen zeigen Klimaprojektionen für Baden-Württemberg, dass vor allem der Oberrheingraben und die Rhein-Neckar-Region in Zukunft von Hitze betroffen sein werden.

Eine weitere gesundheitliche Folge durch die Erderwärmung erfolgt durch UV-Belastung aufgrund von intensiver Sonneneinstrahlung. Hier bedarf es, wie bei Hitze, des besonderen Schutzes von Menschen, die sich selbst nicht ausreichend oder nur eingeschränkt schützen können. Dies betrifft insbesondere Kinder, welche aufgrund ihrer sehr dünnen Haut extrem empfindlich gegenüber UV-Exposition sind, und ältere Menschen, da sich die Haut mit zunehmendem Alter weniger gut regeneriert, sowie Erkrankte, da einige Medikamente die Empfindlichkeit der Haut gegenüber UV-Licht erhöhen. Ebenso sind Personen betroffen, die aufgrund äußerer Umstände sich selbst nicht oder nur eingeschränkt vor Sonne schützen können wie z. B. Menschen, die im Freien arbeiten, Wohnungslose und Menschen in Heimen.

Die Landesregierung sieht unter anderem aufgrund des Klimawandels in Zukunft ein Risiko für das Auftreten von lokalen Infektionen durch bestimmte Arboviren, d. h. durch Insekten oder Zecken übertragene Viren. Die asiatische Tigermücke, eine mögliche Überträgerin von Dengue-, Chikungunya- oder Zika-Viren, hat sich bereits in vielen Teilen Baden-Württembergs etabliert. Durch Blutsaugen an einem mit den genannten Viren infizierten Reiserückkehrer kann die Mücke diese Viren aufnehmen. Bei entsprechend hohen Temperaturen über mehrere Tage können sich die Viren in der Mücke vermehren und durch Stiche auf andere Menschen übertragen werden. Momentan ist das Risiko dafür noch relativ gering. Mit fortschreitender Ausbreitung der Tigermücke und weiterer Erwärmung im Rahmen des Klimawandels steigt aber das Risiko.

Bisher werden die Folgen des Klimawandels in Bezug auf die Anzahl der in Baden-Württemberg ankommenden Geflüchteten als Hintergrund eher gering eingeschätzt. Grundlage dieser Einschätzung ist eine Analyse der Hauptherkunftsländer, die sich in den letzten Jahren vor allem aus Ländern mit bewaffneten Konflikten, politischer Verfolgung und damit auch einhergehenden sehr schwierigen Lebensbedingungen zusammensetzten.

Es ist jedoch zu erwarten, dass der Klimawandel die Anzahl geflüchteter Menschen nach Baden-Württemberg erhöhen wird. Denn der Klimawandel stellt eine Ursache für Migration insbesondere aus Ländern und Regionen des Südens dar, wenn klimatische Veränderungen zunehmend dazu führen, dass Ernten ausbleiben und Wetterextreme Lebensräume zerstören. So haben nach Aussagen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) seit dem Jahr 2010 extreme Wetterereignisse im Durchschnitt bereits rund 21,5 Millionen Menschen pro Jahr zur Flucht gezwungen (UNHCR, 2021; abrufbar unter: *https://storymaps.arcgis.com/stories/065d18218b654c798ae9f360a626d903*). Außerdem kämen rund 90 Prozent der geflüchteten Menschen aus Ländern, die gegenüber dem Klimawandel eine hohe Vulnerabilität und eine geringe Anpassungsfähigkeit aufweisen. Entsprechend schätzt die Weltbank, dass bis zum Jahr 2050 bis zu 143 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden könnten. Die Möglichkeit steigender Zugangszahlen von geflüchteten Menschen nach Baden-Württemberg ist daher grundsätzlich gegeben.

Coronapandemie

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration teilt einleitend mit, dass aus medizinischer Sicht eine Vielfalt verschiedener potenziell prädisponierender Vorerkrankungen für einen schweren Verlauf der COVID-19-Erkrankung existieren. Bei folgenden Personengruppen[1] werden auf der Grundlage verschiedener wissenschaftlicher Studien schwere Krankheitsverläufe häufiger beobachtet:

- ältere Personen (mit stetig steigendem Risiko für einen schweren Verlauf ab etwa 50 bis 60 Jahren)
- Personen männlichen Geschlechts
- Raucher (schwache Evidenz)
- adipöse (BMI > 30) und stark adipöse (BMI > 35) Menschen
- Schwangere
- Menschen mit Down-Syndrom (Trisomie 21)
- Personen mit bestimmten Vorerkrankungen, beispielsweise des Herz-Kreislauf-Systems (z. B. koronare Herzerkrankung und Bluthochdruck), chronische Lungenerkrankungen (z. B. Chronisch obstruktive Lungenerkrankung [COPD]), Patienten mit geschwächtem Immunsystem (z. B. aufgrund einer Erkrankung, die mit einer Immunschwäche einhergeht, wie z. B. bei hämatologischen Neoplasien oder bei schlecht kontrollierter HIV-Erkrankung; oder durch die regelmäßige Einnahme von Medikamenten, die die Immunabwehr beeinflussen und herabsetzen können, wie z. B. systemische Kortikosteroide, Methotrexat, Cyclophosphamid, Azathioprin, Antikörper wie Rituximab sowie Immunsuppressiva bei Zustand nach Organ- oder Stammzelltransplantation.

Da einige der Risikofaktoren, z. B. Rauchen und Adipositas, ungleich in der Bevölkerung verteilt sind und mit anderen sozioökonomischen Faktoren wie Bildung und Einkommen zusammenhängen, verteilt sich somit auch das medizinische Risiko für schwere Verläufe nicht gleichmäßig.

Ein Forschungsteam des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik hatte untersucht *(https://www.mpisoc.mpg.de/max-planck-emeritus-gruppe/publikationen/detail/publication/determinants-of-sars-cov-2-vaccinations-in-the-50-population/)*, welche demografischen, sozioökonomischen und gesundheitlichen Faktoren bei der Entscheidung, sich gegen Corona impfen zu lassen, eine Rolle spielen. Dazu nutzten sie den Survey on Health, Ageing and Retirement

[1] Robert Koch-Institut (RKI): Erregersteckbrief SARS-CoV-2, abrufbar unter: *https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html*
STIKO-Empfehlungen (Ständige Impfkommission) zur COVID-19-Impfung, insbesondere 2. Aktualisierung, Tabelle 14 unter: *https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2021/Ausgaben/05_21.pdf?__blob=publicationFile*

in Europe (SHARE), der in 27 europäischen Ländern und Israel Daten über die Impfbereitschaft in der Risikogruppe 50+ erhoben hat. Während der Anteil der Unentschlossenen und Impfverweigerer in der Gruppe der Personen mit niedriger Schulbildung bei knapp 15 Prozent lag, betrug er in der Gruppe der Personen mit mittlerer Schulbildung etwas mehr als 16 Prozent, in der Gruppe der Personen mit höherer Schulbildung jedoch nur gut neun Prozent.

Da Personen mit niedrigerem sozioökonomischen Status häufiger einen schlechteren Gesundheitszustand und erhöhte gesundheitliche Risikofaktoren aufweisen (vgl. Bericht des RKI: *https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GesInDtld/gesundheit_in_deutschland_2015.pdf?__blob=publicationFile*), sind somit nicht nur die Risikofaktoren für einen schwerwiegenden Verlauf (s. o.) häufiger, sondern auch eine geringere Wahrnehmung der Schutzmaßnahme Impfung. Eine ebenfalls verminderte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zeigt sich auch in Teilen bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Gesellschaftliche Gruppen

Die genannten gesellschaftlichen Gruppen waren und sind infolge des Klimawandels und der Coronapandemie Belastungen ausgesetzt. Diese werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Folgenden beleuchtet.

Eine gesellschaftliche Gruppe, die von den Folgen der Pandemie besonders betroffen war und potenziell auch von künftigen Krisen besonders betroffen sein wird, sind Eltern von auf Betreuung und Unterstützung angewiesenen Kindern. Diese waren seit Beginn der Coronapandemie mehrfach belastet. Zunächst waren sie von den Einschränkungen der Pandemie und veränderten Arbeitsbedingungen generell gleichermaßen betroffen wie andere Bevölkerungskreise. Zusätzlich mussten sie jedoch die Betreuung und Beschulung ihrer jüngeren Kinder zeitweise nahezu vollständig selbst und ohne Unterstützung durch Institutionen und private Unterstützungsnetzwerke leisten und waren in ihrer Erziehungsaufgabe besonders gefordert, um ihren Kindern unter Pandemiebedingungen eine altersgerechte Entwicklung zu ermöglichen, z. B. im Bereich der psychosozialen Unterstützung der durch die Folgen der Pandemie oftmals besonders betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Nicht selten kamen Sorge um die Generation der Großeltern und zusätzliche Aufgaben zu deren Unterstützung hinzu. Das Belastungsempfinden der Eltern – vor allem von Müttern – hat in der Pandemie deutlich zugenommen. Eltern sind überproportional negativ von den psychosozialen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie betroffen.

Die Belastungen von erwerbstätigen Eltern in Baden-Württemberg wurden im Gesellschaftsreport der FamilienForschung Baden-Württemberg, Ausgabe 4/2021, „Vereinbarkeit im Stresstest“ (Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien; abrufbar unter: *https://www.statistik-bw.de/FaFo/Familien_in_BW/R20214.pdf*) näher untersucht. Dieser zeigt, dass pandemiebedingte Einschränkungen der Erwerbstätigkeit und Einkommenseinbußen Mütter stärker getroffen haben als Väter und sich ungleiche Aufteilungen der Sorge- und Hausarbeit in der Pandemie vertieft haben.

Durch den Gesellschaftsreport wurde deutlich, dass gegenwärtige Infrastrukturen und Rahmenbedingungen der Sorge- und Erwerbsarbeit überprüft und weiterentwickelt werden sollten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und krisenfester zu gestalten.

Die im Sommer 2022 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt hat ergeben, dass Frauen den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich schwächer wahrnehmen als Männer und sich vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende während der Coronapandemie besonders im Stich gelassen fühlten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass „Geschlechtergerechtigkeit ein Faktor ist, der positiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt – deshalb darf bei der Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen nicht nach-

gelassen werden“ (*https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung*, siehe auch Frage IV.1).

Die mit der Coronapandemie einhergehenden Einschränkungen im beruflichen und privaten Leben haben zudem die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen im Familienkontext verschärft.

Laut ersten Ergebnissen des Mikrozensus ging die Erwerbstätigkeit von Müttern während der Coronapandemie um 2,8 Prozent auf insgesamt 76 Prozent zurück. Bei den Vätern war es lediglich ein Rückgang von 1,3 Prozent. Damit ist das seit 2011 anhaltende Wachstum der Erwerbstätigenquote von Müttern verloren gegangen. Überwiegend leisteten Mütter das Mehr an Sorgearbeit in Zeiten von geschlossenen Betreuungseinrichtungen und Schulen, was ein Rückschritt in der Aufteilung der Sorgearbeit und der Erwerbsbeteiligung von Frauen bedeutet. Dadurch wurde deutlich, dass die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein entscheidender Faktor für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist: Mutterschaft zeigt sich damit (immer noch) als wesentlich treibend für die Ungleichheit der (beruflichen) Chancen.

Insgesamt haben die Folgen der Pandemie auch innerhalb der Gruppe der Familien zu ungleichen Belastungen geführt und bestehende Ungleichheiten verschärft. Familien (Eltern, Kinder und Jugendliche), die z. B. unter finanziell angespannten Bedingungen leben, alleinerziehend sind oder für ein Kind mit Behinderungen sorgen, haben die Pandemie und ihre Folgen oftmals als belastender erlebt und waren stärker negativ betroffen als andere.

Als Risikofaktoren, als Kind oder Jugendliche/Jugendlicher von den negativen Folgen der Pandemie im Hinblick auf die gesundheitsbezogene Lebensqualität sowie die psychische Gesundheit überproportional betroffen zu sein, wurden identifiziert:

- psychische Erkrankungen eines Elternteils,
- alleinerziehende Eltern,
- niedrige elterliche Bildung,
- Eltern in systemrelevanten Berufen,
- Migrationshintergrund,
- stärkeres Belastungserleben der Eltern, insbesondere ein erhöhtes Stresserleben der Mütter,
- Konflikte in Familien,
- fehlende Routinen,
- ausgeprägte Mediennutzung,
- Förderbedarf oder psychische Erkrankung eines Kindes,
- häufiger Distanzunterricht,
- eingeschränkte soziale Kontakte,
- beengte Wohnverhältnisse und
- wenig Aufenthalt im Freien.

(Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, Interdisziplinäre Handreichung der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen, 2023, S. 18 m. w. N.; abrufbar unter: *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/interdisziplinaere-handreichung-der-task-force-zur-psychischen-situation-von-kindern-und-jugendlichen-in-folge-der-coronapandemie*).

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wurden durch die Einschränkungen von sozialen Kontakten, von Schulschließungen und Reduzierungen des sozialen Umfelds auf die Kernfamilie besonders belastet. Es fehlten nicht nur die sozialen Kontakte, sondern auch die Möglichkeiten zur Entfaltung im öffentlichen Raum und die Teilhabe an Freizeitmöglichkeiten. Durch stark reduzierte Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit entstand ein Vakuum in allen Altersgruppen. Damit hat die Coronapandemie als Verstärker für Folgen von sozio-ökonomischer Benachteiligung gewirkt.

Auch wenn Kinder und Jugendliche von ihrem Alter her nicht zu den besonders gefährdeten Personengruppen gehören, sind Folgen der Coronapandemie auch gesundheitlich nachweisbar. Eine Übersicht über die gesundheitlichen Belastungen für Kinder und Jugendliche in Folge der Coronapandemie gibt der Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ (IMA) der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), an dem auch die Länder mitgewirkt haben (siehe auch *https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/K/ Kindergesundheit/Abschlussbericht_IMA_Kindergesundheit.pdf* vom 8. Februar 2023).

Ein zentrales Ergebnis des Berichts ist, dass die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche bis heute anhalten. Zudem wurden Kinder aus ohnehin benachteiligten Familien besonders hart getroffen: Kinder von Alleinerziehenden, aus Familien mit Migrationshintergrund, aus beengten Wohnverhältnissen oder mit psychisch belasteten Eltern. Zu den Auswirkungen auf die Psyche junger Menschen zitiert der Abschlussbericht auch eine neue europaweite Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (Stand Januar 2023), die erstmalig und auf einer breiten Datenbasis die Evidenz für das Auftreten von Depressionssymptomen bei Kindern und Jugendlichen während der Pandemie in Abhängigkeit von Restriktionsmaßnahmen darstellt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Steigerung von Depressionssymptomen bei Kindern und Jugendlichen mit den coronabedingten Restriktionen und Schulschließungen unmittelbar im Zusammenhang steht. Kinder und Jugendliche wiesen während der Schulschließungen zu 75 Prozent häufiger Depressionssymptome auf als vor der Pandemie. Auch nach dem Ende der Maßnahmen liegen die Werte weiterhin teilweise deutlich über den Vor-Pandemiewerten.

Jugendliche sind laut Studien vermehrt von Sorgen und Ängsten durch den Klimawandel betroffen.

Die Studie „Junge Menschen in der Klimakrise“ ist Teil von „Zukunft? Jugend fragen! 2021“, die alle zwei Jahre im Auftrag des Umweltbundesamts und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz durchgeführt wird (BMUV, 2022; abrufbar unter: *https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_127-2022_junge_menschen_in_der_klimakrise.pdf*), lässt Rückschlüsse auf das Befinden von Jugendlichen in Bezug auf Klimaveränderungen zu. Es wurde untersucht, ob und wie das Erleben der Klimakrise und von Umweltzerstörung junge Menschen belastet.

Die Ergebnisse zeigen bezüglich psychischer und emotionaler Auswirkungen der drohenden Konsequenzen von Klimawandel und anderen Umweltproblemen, dass die Mehrheit der jungen Menschen in Deutschland stark von negativen Emotionen wie Angst, Trauer, Wut und Ungerechtigkeitsempfinden betroffen ist.

Auch die Ergebnisse der repräsentativen Studie des SINUS-Institutes im Auftrag der Barmer Ersatzkasse von 2021, bei der Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren unter anderem zum Thema Klimawandel befragt wurden, zeigen, dass Klimawandel für Jugendliche ein vordringliches Thema ist. Einer deutlichen Mehrheit (ungefähr 70 Prozent) der Jugendlichen macht der Klimawandel auch Angst. Die größte Klimaangst der Jugendlichen ist die Zunahme extremer Wetter-

phänomene (vgl. *https://www.sinus-institut.de/media-center/studien/barmer-jugendstudie-2021*).

In Gesprächen mit Projektträgern und Verbänden wird dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zurückgemeldet, dass sich Armutslagen durch die Coronapandemie verschärft haben und die Gefahr besteht, dass sich die coronabedingten Einschränkungen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen auch mittel- und langfristig ungünstig auf die Teilhabechancen auswirken.

Die Coronapandemie war für Menschen mit Behinderungen mit besonderen Belastungen verbunden, da die im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz ergriffenen Schutzmaßnahmen auf vielfältige Weise ihren Alltag und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinflusste. Menschen mit Behinderungen sind noch mehr als Menschen ohne Behinderungen darauf angewiesen, dass sie angemessene Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Noch mehr als Menschen ohne Behinderungen drohen sonst z. B. der Verlust der Alltagsstruktur, Vereinsamung oder psychische Probleme. Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) kommt in ihrem Abschlussbericht zum Konsultationsprozess: „Sicherung der Teilhabe während und nach der Pandemie: Problemlagen, Herausforderungen, Handlungsoptionen (vgl.: *https://www.dvfr.de/fileadmin/user_upload/DVfR/Downloads/Projektberichte/Konsultationsprozess-Berichte-6-2021/Abschlussbericht_bf.pdf*) zu dem Ergebnis, dass viele Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Pandemie von massiven Einschränkungen ihrer Grund- und Freiheitsrechte, z. B. durch Beschränkungen ihrer Kontakte, ihres Bewegungsradius und der sinngebenden Alltagsstruktur betroffen waren (vgl. oben genannter Bericht, S. 15).

Der Abschlussbericht kommt deshalb auch zu dem Schluss, dass die Verhältnismäßigkeit auf gesetzlicher und institutioneller Ebene grundsätzlich der Maßstab aller Maßnahmen sein muss, um in der Pandemie restriktive Maßnahmen zur Gefahrenabwehr effektiv durchzusetzen und zugleich die Fortgeltung von Grund- und Freiheitsrechten aller Menschen zu wahren. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit sind die Folgen von Beschränkungen für die gesellschaftliche Teilhabe zwingend zu berücksichtigen (vgl. oben genannter Bericht, S. 16).

Menschen mit Pflegebedarf waren in der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt. Generell zählen pflegebedürftige Menschen aufgrund ihres Alters und/ oder des Vorliegens von Vorerkrankungen (z. B. Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen) zu dem Personenkreis mit erhöhtem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf. Insbesondere in stationären Pflegeeinrichtungen besteht darüber hinaus bei Auftreten einer COVID-19-Infektion in der Einrichtung aufgrund der gemeinsamen räumlichen Unterbringung, der Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten und zum Teil nahem physischen Kontakt bei pflegerischen Tätigkeiten ein erhöhtes Risiko für den Erwerb einer Infektion. Neben die unmittelbaren gesundheitlichen Risiken einer COVID-19-Infektion traten mit den notwendigen Schutzmaßnahmen einhergehenden Belastungen wie beispielsweise Beschränkungen der sozialen Kontakte. So mussten in den ersten Wochen der Coronapandemie bis Anfang Mai 2020 Besuche von Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern mit Ausnahme von besonderen Härtefällen grundsätzlich untersagt werden, um Viruseinträge in die Einrichtungen zu verhindern. Auch ab Mai 2020 waren Besuche in Pflegeheimen teilweise nur eingeschränkt möglich und insbesondere in konkreten Ausbruchsfällen regelmäßig ausgeschlossen.

Von der mit dem Klimawandel zunehmenden Wärmebelastung sind Personen mit einer eingeschränkten Anpassungskapazität wie beispielsweise ältere Menschen mit Pflegebedarf besonders betroffen. Untersuchungen aus besonders heißen Jahren wie z. B. 2003, 2010 und 2015 zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen einer Hitzewelle und einer überhöhten Sterblichkeit bei älteren, pflegebedürftigen Menschen.

Durch die Pandemie wurden viele Seniorinnen und Senioren an frühere Krisenzeiten (Kriegs-/Nachkriegszeit) und damit einhergehende belastende Einschränkungen erinnert. Darüber hinaus fühlten sie sich aufgrund der Corona-Maßnah-

men häufig sozial isoliert und einsam. Aktivitäten und Begegnungen, die den Alltag der Seniorinnen und Senioren gestaltet haben, sind weggebrochen und einige konnten die zum Teil entstandenen digitalen Angebote aufgrund mangelnder Kenntnisse nicht nutzen.

Auch der Klimawandel, insbesondere die zunehmende Hitze in den Sommermonaten, kann eine Belastung für Seniorinnen und Senioren darstellen. Im Alter nimmt beispielsweise das Durstgefühl ab und die Abkühlung des Körpers ist eingeschränkt. Somit sollten möglichst kühle Orte aufgesucht oder die Wohnung nicht verlassen werden. Dies kann ebenfalls Einsamkeit und soziale Isolation zur Folge haben.

Insbesondere zu Anfang der Pandemie gestaltete sich die Aufrechterhaltung der Integrationsstrukturen als sehr schwierig. Integrationsprozesse wurden dadurch verlangsamt oder ausgesetzt. Auch Behördenkontakte wurden deutlich erschwert. Zudem hat sich gezeigt, dass der ländliche Raum mit seinen ohnehin spezifischen Herausforderungen für die Integration geflüchteter und zugewanderter Menschen nochmals besonders von den pandemiebedingten Einschränkungen betroffen war.

Auch wenn schnell viele Angebote digitalisiert wurden und damit die Erreichbarkeit verbessert werden konnte, verfügten längst nicht alle Personen der Zielgruppe über digitale Endgeräte oder W-LAN-Zugang. Diese Personengruppe war in den ersten Phasen der Pandemie und in Lockdown-Situationen schwer zu erreichen.

Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind, stellen im Kontext von Krisen eine besonders vulnerable Gruppe dar. Dies gilt grundsätzlich für alle Diskriminierungsformen, insbesondere auch für Diskriminierungen aus rassistischen, antisemitischen, sexistischen und queerfeindlichen Gründen sowie für Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung und aufgrund der sozialen Herkunft.

Diskriminierungen sind für viele Menschen alltäglich. Aktuelle Studien, bspw. zu den Folgen der Coronapandemie, weisen allerdings darauf hin, dass bestehende Diskriminierungen im Kontext von Krisen oftmals stärker zum Vorschein kommen. Zum einen wird beispielsweise bestimmten, ohnehin von Diskriminierung betroffene Gruppen die Schuld an der Krise zugeschoben. So kam es im Rahmen der Coronapandemie beispielsweise vermehrt zu rassistischen Diskriminierungen asiatisch gelesener Personen sowie zu antisemitischen Diskriminierungen. Zum anderen können sich Regelungen, die im Rahmen des Krisenmanagements getroffen werden, ungleich auf verschiedene Gruppen auswirken und dadurch diskriminierende Wirkung haben: Im Rahmen der Coronapandemie kam es beispielsweise vielfach zu Diskriminierungen von Menschen mit Behinderung im Kontext der Regelungen zur Maskenpflicht.

3. Welche Informationen liegen der Landesregierung hinsichtlich besonderer Belastungen von Vereinen und Religionsgemeinschaften im Kontext der Coronapandemie vor?

Die allgemeine Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements in den letzten Jahren fasst das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration wie folgt zusammen:

Erste Befunde des ZiviZ-Survey 2023 zeigen, dass insgesamt betrachtet bundesweit weder ein flächendeckender Einbruch der Mitgliederzahlen noch ein allgemeiner Rückgang des Engagements im Zeitverlauf festzustellen ist (vgl ZiviZ – Trendbereicht Zivilgesellschaft in Zahlen, *https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_trendbericht.pdf*).

Von den befragen Organisationen haben 49 Prozent unveränderte Mitgliederzahlen, 30 Prozent berichten von steigenden und 21 Prozent von sinkenden Mitgliederzahlen. Jedoch zeigt sich, dass im Vergleich zu früheren Erhebungswellen weniger Organisationen von Zuwächsen in den Mitgliederzahlen berichten.

Über drei Erhebungswellen des ZiviZ-Survey hinweg ist sichtbar, dass immer weniger Organisationen von unveränderten Zahlen freiwillig Engagierter berichten. Der bundesweite Anteil der Organisationen, die in den vergangenen fünf Jahren Rückgänge verzeichneten, stieg zwischen 2012 und 2022 von 15 auf 21 Prozent.

Mit einer Länderauswertung ist im dritten Quartal 2023 zu rechnen.

Bevölkerungsschutz und landsmannschaftliche Verbände und Organisationen

Dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen liegen Rückmeldungen zu Auswirkungen von Verbänden und Organisationen aus seinem Geschäftsbereich vor.

Im Zusammenhang mit den notwendigen Maßnahmen war das Vereinsleben in den im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen zeitweise nicht mehr möglich. Dies hatte vielgestaltige Auswirkungen finanzieller, organisatorischer aber auch zwischenmenschlicher Art.

Die Arbeit der landsmannschaftlichen Verbände und Organisationen in Baden-Württemberg, die sich im Bereich „Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ engagieren, war durch die Coronapandemie stark belastet. Pandemiebedingt erfolgte beispielsweise die Absage zahlreicher Präsenzveranstaltungen, woraus Einnahmeausfälle und Beeinträchtigungen in der Kontaktpflege zu den Vereinsmitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit resultierten.

Sportvereine und Religionsgemeinschaften

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hält fest, dass für viele Sportvereine im Land die Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen vor allem eine große finanzielle Belastung darstellten. Deshalb wurden den gemeinnützigen Sportvereinen und Sportfachverbänden im Zeitraum von Sommer 2020 bis Dezember 2021 im Rahmen der „Soforthilfe Sport“ Landesmittel in Höhe von rund 25 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. So konnten existenzbedrohende Liquiditätsengpässe vermieden werden.

Darüber hinaus wurden während der Lockdown-Monate die jährlichen Übungsleiterzuschüsse in Höhe von rund 17 Mio. Euro auch ohne den eigentlich erforderlichen Nachweis an die ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter auf Basis des Jahres 2019 ausgezahlt.

Während der Coronapandemie stieg auch die Zahl der Vereinsaustritte. Insbesondere Großvereine, die viele Kurse zu verschiedenen Schwerpunktthemen (z. B. Rückentraining, Fitnesskurse etc.) anbieten, hatten zeitweise unter einem Rückgang der Mitgliederzahlen zu leiden. Ebenso führten fehlende Neueintritte von Kindern aufgrund mangelnder Angebote insgesamt zu sinkenden Mitgliederzahlen. Die vergangenen Monate zeigen jedoch, dass sich die Zahlen inzwischen wieder auf Normalniveau bewegen und die negativen Entwicklungen der vergangenen Zeit inzwischen weitestgehend kompensiert werden konnten.

Die Rückmeldungen der Vereine und des Landessportverbands zeigen auch, dass durch Einschränkungen während der Pandemie ein Rückgang von ehrenamtlichem Engagement zu verzeichnen war. Vor allem ältere Menschen, die über viele Jahre hinweg ehrenamtlich tätig waren, haben nach den Corona-bedingten Lockdowns häufig keine weitergehende ehrenamtliche Tätigkeit übernommen. Die offenen Aufgabenbereiche konnten in vielen Fällen nicht neu besetzt werden. Die Coronapandemie kann jedoch nicht als Hauptverursacher dieses Problems gesehen werden. Bereits vor der Pandemie war ein Rückgang von ehrenamtlichem Engagement zu verzeichnen, der durch die Einschränkungen und Lockdowns nur noch weiter verstärkt wurde.

Die Herausforderungen und Belastungen für die Vereine in den vergangenen Jahren waren groß. Insgesamt hat sich jedoch gezeigt, dass Sportvereine stabile Gemeinschaften sind, die die Coronapandemie gut bewältigt haben.

Einzelne Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbände mit religiösen Aufgaben erklärten während der Pandemie wegen des Rückgangs von Spenden in finanzielle Schwierigkeiten gekommen zu sein. Es ist davon auszugehen, dass die Einnahmeausfälle zum Teil im Rahmen von Nachholeffekten kompensiert werden konnten. Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Ersatzleistungen für an öffentlichen Schulen erteilten Religionsunterricht erhalten, erhielten eine Kompensation für pandemiebedingt entstandene Einnahmeausfälle.

4. Welche strukturellen Ursachen für Krisen, die die Bevölkerung betreffen, hat die Landesregierung identifiziert?

Krisen können in verschiedensten strukturellen Ursachen wurzeln, die im Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren gravierende Auswirkungen auf unsere gesamte Gesellschaft haben können. Gerade auch solche Sachverhalte, die krisenunabhängig auch im Alltag bestehen und sich in Krisenzeiten verstärken können, rücken folglich in Krisenzeiten stärker in den Fokus.

Klimawandel

Das Jahr 2022 war das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Der lineare Anstieg der durchschnittlichen Jahresmitteltemperatur bezogen auf den Gesamtzeitraum seit 1881 beträgt 1,6° C. Wird hingegen die rapide Erwärmung der letzten 30 bis 40 Jahre mit einbezogen und eine nichtlineare Methodik zu Grunde gelegt, beträgt der Anstieg bereits 2,3° C.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft weist darauf hin, dass die Auswirkungen und Folgen des Klimawandels vielfältig und komplex sind. In Baden-Württemberg sind die steigenden Durchschnittstemperaturen besonders alarmierend. Damit einher gehen Hitzewellen, wovon unter anderem aufgrund der Versiegelung besonders Stadträume oder Gewässer mit extremen Niedrigwassersituationen betroffen sind. Plötzlich auftretende Extremwetterereignisse nehmen in ihrer Häufigkeit und Intensität zu. Ebenso dramatisch können schleichende Auswirkungen des Klimawandels sein, die beispielsweise mit abnehmenden Grundwasserständen die Wasserversorgung beeinträchtigen können. Die Veränderung von Lebensräumen erfordert Anpassungsmaßnahmen in allen Handlungsfeldern – von offensichtlichen Fragen im Natur- und Artenschutz bis hin zu Gesundheit, Tourismus oder auch der Landwirtschaft.

Kernenergie und Strahlenschutz

Bei der Nutzung der Kernenergie können Risiken für die Bevölkerung bei schweren Unfällen, wenn auch mit niedriger Eintrittswahrscheinlichkeit, nicht ausgeschlossen werden. Die deutschen Kernkraftwerke sind inzwischen abgeschaltet und gehen nun in den Rückbau, sodass sich die Gefahr eines schweren kerntechnischen Unfalls in Deutschland noch einmal deutlich reduziert hat. Allerdings werden im benachbarten Ausland weiterhin Kernkraftwerke betrieben. Ein Unfall in einer dieser Anlagen kann in Deutschland zu einer großräumigen Kontaminationslage führen, die Einschränkungen auch für die Bevölkerung erforderlich machen könnten. Eine weitere Bedrohungslage kann bei der unbefugten Handhabung oder dem missbräuchlichen Einsatz von radioaktiven Stoffen (z. B. schmutzige Bombe) entstehen. Bei Hochwasserereignissen können gegebenenfalls offene radioaktive Stoffe aus nuklearmedizinischen Einrichtungen, aber auch umschlossenen Strahlern verloren gehen, die in Medizin und Technik eingesetzt werden.

Energieversorgung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, bei dem Russland durch gezielte Energieverknappungen eine Energiekrise in Europa und Deutschland ausgelöst hat, verdeutlicht, dass Abhängigkeiten von fossiler Energie und eine geringe Diversifizierung bei der Energieversorgung zu Krisen führen können, die weitreichende Folgen für die Bevölkerung haben. Infolge der bisher bestehenden Abhängigkeit Europas von fossilen russischen Energieträgern sind die Energiepreise und in diesem Zusammenhang auch die Nahrungsmittelpreise durch die russische

Energieverknappung im Jahr 2022 dramatisch gestiegen und haben zahlreiche Menschen in existenzielle Probleme gebracht.

Steigende Energiepreise haben auch große Folgeeffekte für die Wirtschaft und ihre Lieferketten, etwa im energieintensiven produzierenden Gewerbe und der chemischen Industrie. So entstanden als Nebeneffekt der Energiekrise 2022 beispielsweise weitere Mangellagen bei Betriebsstoffen zur Abgasreinigung und Fällstoffen zur Abwasserreinigung, in denen Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten bestehen.

Biodiversität

Der Verlust der Biodiversität ist so weit vorangeschritten, dass man von einer „Biodiversitätskrise“ sprechen kann. Vor diesem Hintergrund wurden in den vergangenen Jahren in mehreren Ländern Volksbegehren oder vergleichbare Prozesse insbesondere zum Thema „Biodiversitätsverlust und Landnutzung“ initiiert, so auch 2019 in Baden-Württemberg das Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Der Verlust der Biodiversität hat für den Menschen vielfältige und weitreichende Folgen. Hierzu zählen gravierende Auswirkungen auf die Nahrungsketten, etwa durch den Verlust von Bestäubern von (Nutz-)Pflanzen, ebenso wie nachteilige Veränderungen der Qualität von Böden und Gewässern. Das Verschwinden einzelner Arten kann umfassende Folgen für das gesamte betroffene Ökosystem und damit letztlich auch für den Menschen haben.

Ursachen im wirtschaftlichen Bereich

Die Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre betrafen nicht nur die Unternehmen, sondern auch die privaten Haushalte, z. B. in Form von Arbeitslosigkeit oder anderen Arten der Unterbeschäftigung und den damit verbundenen Einkommenseinbußen. Auch krisenbedingte Verbraucherpreisanstiege schmälern die Kaufkraft über sinkende Reallöhne. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus weist darauf hin, dass berücksichtigt werden muss, dass die vergangenen Rezessionsphasen im Land ihre Ursachen nicht in landesspezifischen strukturellen Gegebenheiten des Landes haben. Vielmehr handelte es sich um exogene Störungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die freilich in Baden-Württemberg mitunter andere Folgen nach sich zog als in anderen Wirtschaftsräumen.

So war die Rezession des Jahres 2009 zunächst durch einen Einbruch der Auslandsnachfrage induziert, was die baden-württembergische Wirtschaft infolge des höheren Wertschöpfungsanteils des verarbeitenden Gewerbes und der Einbindung in die internationalen Wertschöpfungsketten stärker getroffen hat als die deutsche Wirtschaft insgesamt. Allerdings erwies sich die heimische Wirtschaft insofern als sehr resilient, als die darauffolgende Erholung die Lücke zum Bund wettgemacht hat.

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung des Jahres 2020 war wesentlich durch die nicht-pharmakologischen Maßnahmen zu Eindämmung der Coronapandemie bedingt. Diese führten im zweiten Quartal im Bund wie im Land zu einem tiefen Rückgang der Wirtschaftsleistung, wobei der Erholungsprozess, der bereits im dritten Quartal 2020 einsetzte, im Zuge der ökonomischen Verwerfungen infolge des russisch-ukrainischen Krieges etwa ab dem zweiten Quartal 2022 in eine Seitwärtsbewegung mit rezessiven Tendenzen im vierten Quartal 2022 und ersten Quartal 2023 übergegangen ist. Von daher können hier keine strukturellen Ursachen, aber folgende Faktoren identifiziert werden, die das Ausmaß und Verlauf der Krise beeinflusst haben: Rohstoffabhängigkeit, auf bestimmte Herkunftsländer konzentrierte Lieferketten, Fachkräftemangel, fehlende oder veraltete Infrastruktur (z. B. bei der Digitalisierung) und bürokratische Hürden.

Ursachen im sozialen Bereich

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich bestehende Ungleichheiten (z. B. in Bezug auf finanzielle Ressourcen oder Teilhabe- und Bildungschancen) in der Pandemie, aber auch durch Energiekrise und Inflation weiter verschärft haben.

Auch künftig gilt, dass krisenhafte Ereignisse weitere soziale Problemlagen herbeiführen, verstärken oder deren Entstehungswahrscheinlichkeit erhöhen können. Dies betrifft etwa die Bereiche Armutsgefährdung, nicht länger ausreichende staatliche Sozialleistungen bei steigenden Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit, Krankheit und Behinderung, Alter und Pflegebedürftigkeit. Prävention und Förderung von Chancengleichheit sind daher von besonderer Bedeutung, um die Krisenfestigkeit der Gesellschaft zu stärken.

Krieg, Armut und der Klimawandel führen zu immer neuen Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Dies betrifft selbstverständlich auch die Bevölkerung von Baden-Württemberg. Schon die erste große Fluchtbewegung nach Europa vor der Pandemie hat den Staat und die Bevölkerung vor enorme Herausforderungen gestellt. Kinder müssen in den Kindertagesstätten und Schulen untergebracht, Deutschkurse zur Verfügung gestellt und Wohnungen gefunden werden. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration rechnet im Integrationsmanagement, einer Maßnahme die erst in der sogenannten Anschlussunterbringung für geflüchtete Menschen in den Gemeinden, also meist erst nach zwei Jahren Aufenthalt im Land beginnt, mit einer Betreuungszeit von drei bis vier Jahren. All diese Maßnahmen binden ein hohes Maß an Zeit und Ressourcen. Der derzeit vorherrschende Fachkräftemangel macht sich zudem auch im Bereich Integration verstärkt bemerkbar.

Die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes lassen bis 2030 einen weiteren Anstieg der 60-Jährigen und Älteren auf einen Anteil von 32 Prozent an der Gesamtbevölkerung erwarten. Dieser Altersgruppe steht eine abnehmende Zahl Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. So könnte bereits bis zum Jahr 2035 die Zahl der Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren um ca. 600 000 sinken (Quelle: Stat. Landesamt BW, Stat. Monatsheft 1/2022, S. 22/23, *https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag22_01_02.pdf*). Der entsprechende Mangel an Fach- und Arbeitskräften ist bereits aktuell spürbar.

Gleichzeitig wird die Anzahl an Menschen mit Pflegebedarf vermutlich bis 2050 um ca. die Hälfte steigen (Quelle: Rothgang H. (2012) Themenreport „Pflege 2030“: Was ist zu erwarten – was ist zu tun?, *https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Themenreport_Pflege_2030.pdf*), dies liegt z. B. am potenziellen Pflegebedarf der Baby-Boomer Generation (Kaiser M (2022) Steigender Personalbedarf in der Pflege – Demografischer Wandel: Mehr Pflegebedürftige, weniger Personal. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 104, *https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag22_10_01.pdf*).

Herausforderungen im Verbraucherschutz

Der Konsumalltag stellt Bürgerinnen und Bürger als Verbraucherinnen und Verbraucher jeden Tag und vor allem in einer Krise vor neue Herausforderungen. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen fortlaufend auf schnelllebige Veränderungen, oftmals widrige Umstände, in ihrem Konsumalltag reagieren und sich an diese anpassen. Die Ergebnisse der Verbraucherforschung in den vergangenen Jahren verdeutlichen die zunehmende Bedeutung von Verbraucherresilienz in unserer Gesellschaft. Verbraucherresilienz ist eine notwendige Bedingung für einen selbstbestimmten Verbraucheralltag sowie ein zentraler Baustein für Lebensqualität und gilt als eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe.

Verbraucherschutz hat die Aufgabe, das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Unternehmen und einzelnen Verbraucherinnen und Verbrauchern auszugleichen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. In Krisenzeiten kommen die Entlastung verschiedener Bevölkerungsgruppen, die Einsparung von Ressourcen und der Schutz vor unseriösen Anbietern hinzu. Die Pandemie hat den digitalen Wandel in allen Lebensbereichen rasant vorangetrieben, aber auch zu Unsicherheiten und weiteren Herausforderungen beigetragen. Hinzu kommen die Probleme um Energieknappheit, steigende Preise und finanzielle Belastungen bis zur

Überschuldung. Dies verdeutlicht, wie schnell der Verbraucheralltag von Krisen beeinflusst werden kann.

II. Unterstützungsmaßnahmen

1. Welche Fähigkeiten und Ressourcen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, damit die Bevölkerung in einer Krise resilient ist?

Grundlegende Fähigkeiten in der Bevölkerung

Eine resiliente Bevölkerung ist eine Bevölkerung, die auch unter schwierigen Rahmenbedingungen ihre Funktionsfähigkeit erhält und die Zukunft aktiv gestaltet. Sie ist in der Lage, mit den Herausforderungen unserer Zeit wie etwa dem demographischen Wandel oder dem Klimawandel und den daraus folgenden Sachverhalten wie einer möglichen Versorgungskrise umzugehen und daraus Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Neben der Kompetenz, mit Veränderungen umzugehen, ist der niedrigschwellige Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Informationen jedoch Voraussetzung für die Fähigkeit, Resilienz in einer Krise aufzubauen. Vulnerable Personengruppen mit relevanten Versorgungsangeboten in Kontakt zu bringen ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der gesamten Bevölkerungsresilienz.

Um dies zu erreichen, weist das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nachdrücklich darauf hin, wie wesentlich die präventive Vorbereitung der Bevölkerung ist. Kein staatliches Hilfeleistungssystem kann bei allen erdenklichen Lagen eine gleichzeitige Hilfeleistung für alle Bürgerinnen und Bürger in Aussicht stellen. Dem Selbstschutz der Bevölkerung, also einer sinnvollen Eigenvorsorge und die Aneignung elementarer Notkompetenzen, kommt daher eine zentrale Bedeutung zu.

Bei den Menschen muss weiter das Krisenbewusstsein geschärft und dadurch die Bereitschaft zur Selbsthilfefähigkeit gestärkt und das Bewusstsein für die Eigenverantwortung geweckt werden. Denn mit den Annehmlichkeiten des Fortschritts ist gleichzeitig auch viel Wissen zur so genannten Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung verlorengegangen. Festzustellen ist, dass Krisenvorsorge und die Bereitschaft, sich auch in krisenfreien Zeiten mit möglichen Restrisiken auseinanderzusetzen, gesellschaftlich schwach ausgeprägt waren und zum Teil immer noch sind.

Für die Resilienz der Bevölkerung ist entscheidend, dass insbesondere auch in einer Krise ein grundsätzliches Vertrauen in den Staat und dessen Handlungsfähigkeit besteht. Dessen Krisenmanagement und eine funktionierende Daseinsfürsorge mit gesicherten Zugängen und einfach zu erreichenden Ansprechstellen sind dabei elementare Bausteine.

Eine tragende Säule der Sicherheitsarchitektur des Landes ist daher ein leistungsfähiger und flächendeckend aufgestellter Bevölkerungsschutz, bestehend aus Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Das Herzstück der Gefahrenabwehr im Bevölkerungsschutz sind die Integrierten Leitstellen (ILS) als zentrale Anlaufstellen für Menschen in Notfällen. Funktionierende ILS sind bei allen bevölkerungsschutzrelevanten Lagen ein wesentliches Element staatlichen Handelns. Sie tragen damit maßgeblich zur Sicherheit der Menschen im Land, zur Glaubwürdigkeit des Staates und damit zum Vertrauen der Menschen in den Staat bei.

Die Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sind ebenfalls grundlegende Pfeiler der Sicherheitsstrukturen in Baden-Württemberg. Essentiell in Krisenzeiten ist ein möglichst hohes Vertrauen der Bevölkerung in den Sicherheitsapparat. Transparente Polizeiarbeit und ein hohes Maß an Professionalität, auch in Nicht-Krisenzeiten, beeinflussen dieses Vertrauen in die staatliche Exekutive positiv und tragen so zu einer resilienten Bevölkerung in einer Krise bei.

Bei der Vorbereitung der Kommunen auf mögliche Krisen und Gefahrenlagen kann laut Staatsministerium Bürgerbeteiligung eine unterstützende Rolle spielen. Zum einen entwickelt die Bevölkerung Maßnahmen mit. Zum anderen wird sie für kommende Krisen sensibilisiert. Bürgerbeteiligung führt zusätzlich dazu, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen steigt. Voraussetzung ist, dass auf Empfehlungen reagiert wird.

Aufbau von Kernkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen

Die durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in den Bildungsplänen 2016 für alle Unterrichtsfächer festgelegte verbindliche Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung“ (PG) zielt auf die Förderung von Lebenskompetenzen und die Stärkung persönlicher Schutzfaktoren ab. Kinder und Jugendliche sollen dabei unterstützt werden, altersspezifische Entwicklungsaufgaben bewältigen zu können. Eine Voraussetzung dafür ist auf Seiten der Erwachsenen eine Haltung, die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, sich im täglichen Handeln als selbstwirksam zu erleben.

Problemsituationen sollen konstruktiv, kreativ, aber auch kritisch analysiert werden, Entscheidungen sollen auf der Grundlage von Werten, Regeln und Normen getroffen sowie auf der Handlungsebene umgesetzt werden können. Die für eine nachhaltige Wirkung von Präventionsmaßnahmen notwendige Grundlage bildet dabei die Grundprävention. Sie hat eine unspezifische Ausrichtung und zielt auf die grundlegende Stärkung von Lebenskompetenzen sowie allgemein förderlicher Lern- und Lebensbedingungen ab. Die darauf aufbauende Primärprävention hat ergänzend eine themenspezifische Ausrichtung, indem bestimmte Themenfelder der Prävention in den Mittelpunkt der Förderung gestellt werden. Grund- und Primärprävention haben alle Kinder und Jugendlichen einer Lerngruppe im Blick und ergänzen einander.

Prävention beginnt vor allem in der Schule, denn die Schule ist ein zentraler Ort, um junge Menschen so zu stärken, dass sich diese zu eigenen Persönlichkeiten mit einem gesunden Selbstwertgefühl entwickeln können. Das Gefühl für den eigenen Wert, der Umgang mit (eigenen) Gefühlen, den eigenen Anlagen und Fähigkeiten in Auseinandersetzung mit der Umwelt sind wichtige Faktoren für eine gestärkte Resilienz und sind erlernbar. In der Schule ist es wichtig, ein Klima zu schaffen, das es ermöglicht, dieses Selbstwertgefühl zu entwickeln und selbstwirksames Handeln zu erleben sowie durch lösungsorientiertes Denken auch schwierige Lebenssituationen meistern zu können. In dem Wissen, dass Gesundheit und Resilienz Voraussetzung, Ressource und Ergebnis erfolgreicher Bildungs- und Erziehungsprozesse sind, zielen alle Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung im Kultusbereich auf eine Stärkung der Resilienz der Schülerinnen und Schüler ab.

Soziale Ressourcen

Bei aller Notwendigkeit, die negativen Folgen der Pandemie in den Blick zu nehmen, muss auch gesehen werden, dass viele Menschen – Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus allen Milieus – eine enorme Fähigkeit zur Krisenbewältigung und Resilienz gezeigt haben. Die Forschung zu den psychosozialen Auswirkungen der Coronapandemie hat beeinflussbare Schutz- und Risikofaktoren (zu letzteren s. oben I. 2.) identifiziert, die Anknüpfungspunkte für zielgerichtete Präventions- und Interventionsansätze liefern mit dem Ziel, beeinflussbare Schutzfaktoren zu stärken, beeinflussbare Risikofaktoren zu minimieren und bei Folgenabwägungen und Maßnahmen zur Kompensation im Krisenmanagement ungleiche Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen besonders zu berücksichtigen.

Für alle Bevölkerungsgruppen konnten als Schutzfaktoren identifiziert werden:

- Familie und Beziehungen,
- Optimismus,
- wenig finanzielle Sorgen.

Als wirksame Schutzfaktoren für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen haben sich in der Forschung zu den Auswirkungen der Pandemie gezeigt:

- ein positives Familienklima,
- gute familiäre Kommunikation,
- soziale Unterstützung,
- Freizeitverhalten außerhalb der Wohnung,
- Routinen,
- angemessene Spiel- und Freizeitmöglichkeiten sowie
- Einbindung in Strukturen und Angebote von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

In der Pandemie ist die Bedeutung der Ressourcen von Familien und der Qualität der familiären Bindungen für das gute Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in besonderem Maße zu Tage getreten. Die Kernfamilie ist die kleinste und in der Regel besonders verbindliche soziale Gemeinschaft innerhalb der Gesellschaft, die auch in der Krise und ungeachtet der jeweiligen Rahmenbedingungen Bestand hat und besonders wichtig ist, um in Krisenfällen den Wegfall anderweitiger Systeme und Unterstützung aufzufangen.

Zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft ist es daher notwendig, präventiv familiäre Systeme und ihre Ressourcen zu stärken, die Qualität der innerfamiliären Beziehungen und der Kommunikation zu fördern sowie Wissen um schützende Faktoren und Kompetenzen zum Umgang mit Belastungslagen zu vermitteln.

Auf Familien, in denen unabhängig von gesellschaftlichen Krisen besondere Herausforderungen zu bewältigen sind (siehe oben I. 2.), ist dabei ein besonderer Blick zu legen. Auch im Rahmen des Managements akuter Krisen sollte die Unterstützung belasteter Familien so weit wie möglich aufrechterhalten, gegebenenfalls auch gestärkt werden.

Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass dort, wo bereits vor der Pandemie stabile Nachbarschaften und gute Netzwerke der Unterstützung existierten, die Verwaltung, die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Bevölkerung sich schnell neu organisieren und Unterstützung leisten konnten. Etablierte Netzwerke und Kommunikationswege konnten sofort genutzt werden. Dafür muss die Bevölkerung über die lokalen, im Quartier vorhandenen Angebote und Ansprechpersonen informiert sein, die örtlichen Anlaufstellen kennen und Vertrauen in diese haben.

Unterstützende Ressourcen für Leistungsbeziehende

Leistungsbeziehende wenden sich bei persönlichen, finanziellen oder anderweitigen Krisen (z. B. Corona, Inflation, Energiesteigerungen, Mietschulden, generelle Überschuldung) an die bekannten Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen ihres Sozialamts oder an weitere Beratungsstellen in ihrer Nähe. Dort können sie gemäß § 11 SGB XII beraten werden, soweit dies von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern geleistet werden kann beziehungsweise das nötige Grundwissen zur Krisenbewältigung vorliegt. Auf weiterführende Beratungsstellen z. B. Schuldnerberatung, psychologische Beratung, Mietervereine, Tafelläden, Energieeinsparberatungen bei Energieversorgern oder Möglichkeiten zur Beantragung von Corona-Hilfen wird dabei hingewiesen.

Im Bereich der Landesregierung wurde eine Zunahme an Anfragen von Leistungsbeziehenden registriert. Insbesondere die psychische Belastung der Leistungsbeziehenden durch die Auswirkungen der Coronapandemie, auch in Form der Maßnahmen der Regierung durch die Vielzahl an Corona-Verordnungen, war spürbar.

Um Informationen über eine Krise und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung verstehen zu können, sind sprachliche Kompetenzen ein entscheidender Faktor. Sie sind bei Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere bei Geflüchteten, teilweise (noch) nicht vorhanden. Dafür werden unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration stetig unterstützende Maßnahmen entwickelt und bereitgestellt.

Ressourcen und Fähigkeiten im Gesundheitsbereich

Einzelne Gruppen der Bevölkerung sind von gesundheitlicher Ungleichheit betroffen, weil sie zum Beispiel aufgrund ihrer psychischen Konstitution oder sonstigen sozialbedingter Umstände benachteiligt sind und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben deshalb erschwert ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen einen resilienten Umgang mit Belastung zeigen, variiert mit sozioökonomischen, biographischen und dispositionellen Faktoren. Besonders vulnerable Gruppen weisen im Vergleich zu anderen Personengruppen einen größeren Bedarf an präventiven und kurativen Hilfen auf. Das Erreichen dieser Menschen ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Diese Personengruppe mit relevanten Versorgungsangeboten in Kontakt zu bringen, ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz.

Zwei Aspekte haben hierbei eine besondere Bedeutung: Zum einen die Verfügbarkeit von Kommunikationsformen in der Versorgung, die auch unter Bedingungen von erhöhtem Stress für Betroffene und Fachleute handhabbar bleiben muss, beispielsweise der unkomplizierte Wechsel von Präsenz- auf videogestützte Therapieangebote. Zum anderen das Vorhalten hilfreicher Kontaktangebote auch für jene Betroffenen, die sich in zugespitzten psychosozialen Krisensituationen befinden, ohne sich ausreichend um Hilfe zu bemühen.

In beiden Fällen spielt die Vernetzung und Flexibilität von Angeboten der psychosozialen Versorgung, wie die der Gemeindepsychiatrischen Verbünde oder der Suchthilfe/-prävention und deren niedrigschwellige Zugänglichkeit, z. B. über digitale Angebote, eine wichtige Rolle. Die Möglichkeit des raschen Wechsels von Kommunikationsformen ist für die Sicherung von Versorgungsangeboten für bestehenden psychosozialen Bedarf besonders bedeutsam.

Eine zukunftssichere und stabile Gesellschaft wird auch durch resiliente Kinder und Jugendliche getragen. Einschränkungen, die Kinder und Jugendliche betroffen haben, haben während der Coronapandemie ganz erheblich zur Pandemieeindämmung beigetragen, gleichzeitige hat die Pandemie viele Familien unter Druck gesetzt und Kinder und Jugendliche stark belastet. Belastungen führen nicht unbedingt zu langfristigen Beeinträchtigungen. Wichtig ist aber, dass sie wahrgenommen werden und die Möglichkeit besteht, sie gut zu verarbeiten. Wo sie jedoch zur psychischen Erkrankung geführt oder diese verstärkt haben, bedarf es ausreichender Hilfsangebote im psychiatrisch-psychotherapeutischen Bereich, um die psychische Gesundheit möglichst wiederherzustellen. Damit die Resilienz und Ressourcen von Kindern, Jugendlichen und Eltern gestärkt werden, müssen Hilfesysteme gut vernetzt sein.

Es gibt auch einen großen Bedarf an verbesserten Versorgungsstrukturen und Netzwerken für Kinder psychisch- und suchtkranker Eltern. Zwar gibt es Hilfsangebote, die sich gezielt an Kinder psychisch- oder suchtkranker Eltern und deren Familien richten. Dennoch kommt die Hilfe häufig nicht an, unter anderem weil die verschiedenen Hilfssysteme nicht ausreichend vernetzt sind oder die Angebote den Betroffenen nicht bekannt sind. Zusammenarbeit und Vernetzung zu stärken und Zugangswege zu verbessern sind daher wichtige Ziele. Impulse zur digitalen Stärkung von Suchthilfe und Suchtprävention sind im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aus gesundheitspolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen notwendig und ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Ressourcen und Kompetenzen in den unterschiedlichen Netzwerken sollten so gut wie möglich ineinandergreifen und betroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern den Weg in die passenden Angebote ermöglichen.

Die Gesundheitskompetenz allgemein, also die Fähigkeit, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu bewerten und für gesundheitsbezogene Entscheidungen anzuwenden, ist zu stärken. Hierbei sind insbesondere vulnerable Gruppen in den Blick zu nehmen.

Sicherer Straßenbetrieb

Im Ministerium für Verkehr wurden verschiedene Maßnahmen zur Krisenfestigkeit beleuchtet und entsprechende Handlungsoptionen aufgezeigt. So nehmen beispielsweise die Aufgaben des Straßenunterhaltungsdienstes im Zuge von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen die unteren Verwaltungsbehörden mit den jeweils zuständigen Straßenmeistereien wahr. Hauptaufgabe ist die Gewährleistung einer sicheren Befahrbarkeit der Straßen. In diesem Zusammenhang wurden landesweit bei Tunnel über 400 Metern Länge im Zuge von Bundes- und Landesstraßen externe Stromeinspeisungsmöglichkeiten mittels Stromerzeugern geprüft, da die vorhandene unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV-Anlage) der vorgenannten Tunnel den Betrieb nur kurzzeitig gewährleisten kann. Grundsätzlich wurde im Ministerium für Verkehr veranlasst, dass wesentliche Kontaktdaten und Informationen zur Straßeninfrastruktur nicht ausschließlich digital vorgehalten werden, sodass die Handlungsoptionen im Ereignisfall nicht zum Erliegen kommen.

Katastrophenfälle resultierend aus dem Klimawandel, wie z. B. „Starkregenereignisse“, können in Bezug auf den Straßenbetriebsdienst bei den unteren Verwaltungsbehörden dort gut koordiniert werden, da die Landratsämter zugleich untere Katastrophenschutzbehörden sind. Ergänzend ist diesbezüglich anzuführen, dass durch die im Jahr 2022 im Einvernehmen mit dem Landkreistag von Seiten des Ministeriums für Verkehr eingeführte ganztägige Rufbereitschaft bei den Straßenbetriebsdiensten deutlich verbesserte Kommunikationswege für Erstkontakte auch außerhalb der regulären Arbeitszeit gewährleistet werden.

Verbraucherschutz und -information

Der Verbraucherschutz im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz schützt die Existenzgrundlagen von Menschen in Krisen. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Risikokommunikation und zum Selbstschutz der Bürgerinnen und Bürger, indem diese beispielsweise über spezielle Risiken (z. B. über Betrug), Verbraucherrechte und Leistungen (z. B. Versicherungen) in Krisen informiert werden. Aber nicht nur durch Information, sondern vor allem durch Beratung und Bildung zu Alltagsthemen in verschiedenen Lebensbereichen sowie durch ein faires Miteinander mit der Politik und der Wirtschaft vertrauen Verbraucherinnen und Verbraucher in die eigene Handlungsfähigkeit und damit in die eigene Zukunft. Verbraucherschutz gibt Orientierung und ermöglicht die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen der eigenen (Kauf-)Entscheidungen zu reflektieren.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge“ (NeuENV), das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde, haben unter anderem bestätigt, dass das wirksamste Mittel zur Vorsorge für eine Versorgungskrise die dezentrale Vorratshaltung durch die einzelnen Privathaushalte ist.

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt NeuENV finden sich unter *https://www.sifo.de/sifo/de/projekte/schutz-kritischer-infrastrukturen/sicherung-der-lebensmittel-und-lebensmittelwarenketten/neuenv/neuenv-neue-strategien-der-ernaehrungsnotfallvorsorge.html*.

Weiter wird auf die vom Bund und den Ländern betriebene Internetpräsenz zum Thema Ernährungsvorsorge *http://www.ernaehrungsvorsorge.de* hingewiesen. Hier gibt es Tipps und Hinweise zum Anlegen eines Notvorrats sowie Beispiele, wie ein solcher Notvorrat typischerweise aussehen kann. Darüber hinaus steht ein Vorratskalkulator zur Verfügung, mit dem der persönliche Vorrat für einen Zeitraum von 1 bis 28 Tage berechnet werden kann.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Broschüre „Katastrophen-alarm! – Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) empfohlen. Die Broschüre fasst Vorsorge- und Verhaltensempfehlungen für verschiedene Notsituationen zusammen und enthält unter anderem auch wichtige Informationen zu Bevorratung von Lebensmitteln und Getränken, eine Checkliste zur Zusammenstellung eines persönlichen Notvorrats, sowie ein Beispiel für einen 10-tägigen Grundvorrat für eine Person.

2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, damit diese Fähigkeiten und Ressourcen zukünftig gestärkt und breit in der ganzen Bevölkerung verankert sind?

Information der Bevölkerung

Zur Information der Bevölkerung wird auf unterschiedlichste, besonders niedrigschwellige Informationsangebote gesetzt, beispielsweise im Internetauftritt des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Auf der Seite *www.im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/tipps-fuer-ihre-sicherheit* stehen verschiedene Tipps für das richtige Verhalten in Gefahrenlagen zur Verfügung. Informationen zur Warnung der Bevölkerung werden auf der Seite: *www.im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/krisenmanagement/warnung-der-bevoelkerung* angeboten. Auch das BBK bietet auf seiner Internetseite *(www.bbk.bund.de)* eine Reihe von Informationen und Empfehlungen zum richtigen Verhalten in Gefahrensituationen an, auf die auch mit einer entsprechenden Verlinkung im Internetauftritt des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen hingewiesen wird. Neben dem Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen stehen verschiedene themenbezogene Informationen, zum Beispiel zu Hochwasser, Starkregen oder Unwetter zur Verfügung, die auch in gedruckter Form als Broschüren oder Flyer beim BBK bezogen werden können.

Ehrenamts- und Nachwuchsförderung

Darüber hinaus sind die Ehrenamtsförderung und die Nachwuchswerbung wichtige Maßnahmen des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, um die Resilienz der Bevölkerung gerade auch in Krisenzeiten zu etablieren. Im Bevölkerungsschutz Engagierte verfügen über ein besonderes Maß an Eigenverantwortung für Krisenvorsorge und -bewältigung, wirken darüber hinaus aber auch als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Förderung von Eigenverantwortung und Selbsthilfefähigkeit in der Gesellschaft.

Zur Stärkung des Ehrenamts in Baden-Württemberg wurde im Jahr 2020 das Landeskatastrophenschutzgesetz geändert. Mit dieser Änderung wurde unterhalb des bereits geregelten Katastrophenfalles die sogenannte „Außergewöhnliche Einsatzlage“ eingeführt. Seitdem gibt es auch in Fällen dieser Außergewöhnlichen Einsatzlage eine Verpflichtung der Arbeitgeber, Arbeitnehmer freizustellen. Die Ehrenamtlichen erhalten dann für ihren Dienst an der Gemeinschaft zum Beispiel Verdienstausfall, Aufwandsersatz oder Schadensersatz aus Mitteln des Landes. Außerdem erhalten die Organisationen einen jährlichen Beitrag u. a. für Ausbildung und Fortbildung sowie persönliche Schutzausstattung von Seiten des Landes. Weitere wichtige Elemente der Ehrenamtsförderung und Nachwuchswerbung sind die etablierten Formate wie das Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen oder der jährliche Empfang für Helferinnen und Helfer und deren Familien sowie die Nachwuchswerbekampagne, zu der auch das stark nachgefragte Bevölkerungsschutz-Mobil gehört. Die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern der Ehrenamtlichen ist bereits heute für den Bevölkerungsschutz eine ganz wesentliche Säule des Erfolges. Sichtbares Zeichen ist die Auszeichnung Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber, die in mehreren Terminen im Jahr durch den Innenminister verliehen wird.

Gerade im Bereich der Nachwuchsförderung zeigt sich, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. So ist die Zahl der jungen Menschen in den Organisationen des Bevölkerungsschutzes auch über die Coronapandemie mit ihren zahlrei-

chen Einschränkungen vielfach gleichgeblieben oder sogar gewachsen. Die Zahl der Mädchen und Jungen in den Jugendfeuerwehren ist in den vergangenen fünf Jahren beispielsweise um 6,4 Prozent gestiegen. Über 32 000 junge Menschen treffen sich bei den Gemeindefeuerwehren zur Aus- und Fortbildung, aber auch zum kameradschaftlichen Austausch. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Anteil der Mädchen mit einem Plus von 23 Prozent in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gewachsen ist. Das Land unterstützt die Jugendfeuerwehren hierbei mit einer pauschalen Förderung in Höhe von 40 Euro für jedes Mitglied der Jugendfeuerwehr. Die Jugendarbeit im Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e. V. ist bei der Bemessung der Zuwendung an den Landesfeuerwehrverband mit einem Betrag in Höhe von rund 124 000 Euro jährlich angesetzt.

Einbindung der Bevölkerung in Übungen

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Steigerung der Krisenresilienz der Gesellschaft ist die Einbindung der Bevölkerung in Übungen des Bevölkerungsschutzes. Denn nur wer weiß, wie er sich in Gefahrensituation verhalten soll, kann sich selbst und andere in einer realen Bedrohungslage schützen. Dazu dient unter anderem auch der bundesweite Warntag, welcher zuletzt im Dezember 2022 stattfand, der neben der technischen Erprobung der Warninfrastruktur das Ziel hat, die Menschen für das Thema Warnung und für die unterschiedlichen Warnkanäle zu sensibilisieren.

Darüber hinaus ist geplant, mit einem gemeinsamen Bevölkerungsschutztag von Bund und Ländern ein zusätzliches gemeinsames Angebot an die Bürgerinnen und Bürger zur Förderung des Selbstschutzes und der Resilienz der Gesellschaft zu schaffen. Eckpunkte dieses Bevölkerungsschutztages werden aktuell in einer länderoffenen Arbeitsgruppe unter der Leitung des BBK erarbeitet. In diesem Kontext findet am 24. Juni 2023 ein Pilotprojekt „Bevölkerungsschutztag“ in Potsdam statt, das Land Baden-Württemberg wird mit vertreten sein und auf einer eigenen Ausstellungsfläche von der Bergwacht Schwarzwald präsentiert.

Prävention an Schulen

Gemäß dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport ist das Ziel von Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen, über den einzelnen Unterricht hinaus, das Setting Schule in den Blick zu nehmen und über einen Prozess gesundheitsförderlicher Schul- und Unterrichtsentwicklung gesundes Lehren, Lernen und Arbeiten zu ermöglichen. Dabei unterstützt das Präventionsrahmenkonzept „stark.stärker. WIR.“ die Schulen bei der Entwicklung zielgerichteter, systematischer und nachhaltiger Prävention und Gesundheitsförderung. Präventionsbeauftragte begleiten und beraten Schulen individuell und nach Bedarf oder bieten Fortbildungen an. Dabei steht die einzelne Schülerin und der einzelne Schüler mit seinen/ihren Ressourcen im Mittelpunkt der Arbeit, um altersspezifische Entwicklungsaufgaben bewältigen und sich als selbstwirksam erleben zu können.

Speziell für die Grundschulen wird im Jahr 2023 eine weitere Unterstützungsleistung zur Förderung von sozial-emotionalem Lernen ausgerollt: Das evaluierte Programm „MindMatters – mit psychischer Gesundheit gute Schule machen“ soll bereits bestehende schulische Präventions- und Gesundheitsförderungsangebote des Landes unterstützen und ergänzen.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und das Ministerium für Kultus Jugend und Sport haben ein Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen erarbeitet. Bezüglich Einzelheiten wird auf die Antwort zu Frage 6. verwiesen.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft nennt Maßnahmen im Bereich des Klimawandels und der Biodiversitätskrise, um Ressourcen und Fähigkeiten zur Resilienzsteigerung in der Bevölkerung breit zu verankern.

Klimawandel und Biodiversitätskrise

Am 1. Februar 2023 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg aus dem Jahr 2013, das in den Jahren 2020 und 2021 novelliert wurde, fortentwickelt. Mit der Fortentwicklung wird unterstrichen, dass mit voranschreitendem Klimawandel die ambitionierten Bemühungen beim Klimaschutz stärker als bislang durch Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels ergänzt werden müssen („Klimawandelanpassung“). Im Gesetz wird geregelt, dass die unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels mit Hilfe einer landesweiten Anpassungsstrategie und vorsorgenden Anpassungsmaßnahmen begrenzt werden sollen. Ziel der Anpassungsstrategie ist es, die Verwundbarkeit des Landes gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu mindern, mögliche Klimafolgen und entstehende Gefahren, Schäden und Kosten zu senken sowie sich ergebende Chancen zu nutzen.

Von der Akademie für Natur- und Umweltschutz des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft werden in enger Zusammenarbeit mit weiteren einschlägigen Institutionen Bildungsangebote für die Zivilgesellschaft und für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren organisiert, die der Wissensvermittlung über die Grundlagen des Klimawandels und der damit verbundenen Risiken für die Bevölkerung, Klimaanpassungsmaßnahmen sowie der Vorstellung von Best-Practice-Projekten dienen. Neben der Klimakrise wird auch die Biodiversitätskrise thematisiert. Alle Bildungsangebote sind handlungsorientiert gestaltet, sodass den Teilnehmenden konkrete Umsetzungsschritte vermittelt werden. Vielzählige Bildungsangebote werden dabei online angeboten, um möglichst vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine Teilnahme zu ermöglichen. Im Rahmen der Veranstaltungen werden interaktive Elemente integriert, sodass die Erfahrungen, Fragen und Rückmeldungen der Teilnehmenden direkt einbezogen werden.

Um in die Breite zu kommen, kooperiert die Akademie für Natur- und Umweltschutz mit unterschiedlichsten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft.

Maßnahmen im sozialen Bereich

Um die Fähigkeiten und Ressourcen im Bereich der Resilienz in der breiten Bevölkerung zu stärken, bedarf es zielgenauer, niedrigschwelliger Strategien und Programme, die gleichzeitig möglichst viele Menschen erreichen, aber auch die Bedürfnisse besonders vulnerabler Personen zielgruppenspezifisch adressieren.

Zur Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen von Familien hat die Landesregierung beispielsweise bereits das Programm „STÄRKER nach Corona“ aufgelegt. Gegenwärtig werden gemeinsam mit der kommunalen Ebene, Verbänden und für die Unterstützung von Familien relevanten Institutionen Maßnahmenvorschläge für eine Familienförderstrategie ausgearbeitet, deren Ziel es ist, dass Familien in ihrer Vielfalt gegenwärtig und auch langfristig mit Blick auf künftige Krisen Herausforderungen gut bewältigen können (Einzelheiten zur Familienförderstrategie unter Frage II. 5.).

Ziel der Kinder- und Jugendhilfe ist die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Dies umfasst nicht nur Hilfe, wenn die Entwicklung beeinträchtigt ist, sondern unter dem Begriff der Prävention auch zahlreiche Maßnahmen, die Kinder, Jugendliche und Familien stärken, bevor Problemlagen entstehen. Der Begriff der Prävention ist dabei weitzufassen, da durch die Verfügbarkeit von Frei- und Gestaltungsräumen sowie der niederschwellige Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und Familien unverzichtbare Strukturen entstehen.

Die Präventionsmaßnahmen unterstützen die Resilienz der Zielgruppe für künftige Krisenlagen.

Um bestmögliche Voraussetzungen für die Entwicklung jedes jungen Menschen zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gewährleisten, erarbeitet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration derzeit einen Masterplan Kinderschutz, der zahlreiche Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Intervention und Betroffenenarbeit bei Gefährdungen des Kindeswohls vorsieht.

Weitere Maßnahmen der Landesregierung zur Armutsbekämpfung insbesondere im Bereich Kinderarmut und Schuldnerberatung für Familien sind in der Antwort zur Frage II. 4. detailliert aufgeführt.

Informationen über Krisen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erfolgen von Seiten der Landesregierung in mehreren Sprachen, damit sie auch von Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse wahrgenommen werden können. Dies ist im Zuge der Coronapandemie bereits erfolgreich praktiziert worden und sollte auch bei künftigen Krisen beibehalten werden.

In Baden-Württemberg ist mit dem Integrationsmanagement eine flächendeckende Beratungsstruktur für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung geschaffen worden, die – in der Corona-Krise unterstützt durch zusätzliche Informationsveranstaltung zu relevanten Themen – zu allen Fragen des Alltags berät. Insgesamt arbeiten derzeit 12 000 Personen im Rahmen des Integrationsmanagements, weitere ca. 400 im Rahmen der Soforthilfe Ukraine. Das zeigt, dass die Landesregierung auch in Krisenzeiten flexibel auf die Bedarfe vor Ort reagiert. Für die kommenden Jahre ist zum einen durch die Förderung des Integrationsmanagements gesichert, dass Integration vor Ort als Daueraufgabe im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel wahrgenommen werden kann. Zum anderen werden durch Sonderprogramme wie die Soforthilfe Ukraine zusätzliche Bedarfe temporär ergänzend bedient.

Diskriminierung und Benachteiligung wirken sich in Krisensituationen oftmals besonders stark aus. Die Vulnerabilität von Menschen und Personengruppen, die auch in anderen Zeiten von Diskriminierung betroffen sind, zeigt sich in Krisen besonders deutlich. Das Netz an Antidiskriminierungsberatungsstellen bietet Betroffenen Unterstützung und Beratung an und leistet Sensibilisierung, um auf Diskriminierung und Benachteiligung hinzuweisen und diese nach Möglichkeit zu verhindern. Die im Jahre 2018 im Ministerium für Soziales und Integration eingerichtete Antidiskriminierungsstelle des Landes (LADS) dient dabei als Erstanlaufstelle, um ratsuchende Personen an die neun lokalen und eine überregionale Beratungsstelle gegen Diskriminierung bzw. an andere geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote zu verweisen. Das Ziel, Benachteiligung wirksam zu begegnen und allen Menschen in Baden-Württemberg ein Leben ohne Diskriminierung zu ermöglichen, wird im Übrigen durch die Aufstellung eines Landesaktionsplans gegen Diskriminierung und Rassismus verfolgt, in dem die bestehenden Maßnahmen zusammengeführt und notwendige weitere Ansatzpunkte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel identifiziert werden sollen.

Maßnahmen im gesundheitlichen Bereich

Zum jetzigen Zeitpunkt werden bereits viele Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration umgesetzt.

Die Information der Bevölkerung zum Auftreten von Infektionskrankheiten und möglichen Präventionsmaßnahmen trägt durch Aufklärung und Sensibilisierung entscheidend zum weiteren Verlauf von Infektionsgeschehen und zur Entlastung des Gesundheitssystems bei. Das Landesgesundheitsamt leistet hierbei einen wichtigen Beitrag, um Bürgerinnen und Bürger bei Auftreten von Infektionslagen schnell und wissenschaftlich fundiert über spezielle Infektionsrisiken und Schutzmaßnahmen aufzuklären. Ziel ist es, den Bürger (die Bürgerin) durch eigenverantwortliches Handeln bei der Bewältigung von Infektionsgeschehen zu stärken. Surveillancesysteme bieten die Möglichkeit, anhand von Erkenntnissen zur regionalen und demografischen Betroffenheit Präventionsstrategien zielgerichtet zu empfehlen, was die Akzeptanz in der Bevölkerung entscheidend beeinflussen

kann. Das Landesgesundheitsamt arbeitet im Bereich der Surveillance eng als fachliche Leitstelle des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit den kommunalen Gesundheitsämtern und wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Es finden regelmäßige fachliche Austausche zwischen dem Landesgesundheitsamt und lokalen Gesundheitsämtern statt, um Handlungsbedarfe zur Aufklärung und zum Infektionsschutz zu identifizieren.

Die Risikokommunikation beinhaltet hierbei neben Daten zur Häufigkeit und Verteilung von Erkrankungen durch Krankheitserreger mögliche Schutzmaßnahmen individuell und auf Bevölkerungsebene. Voraussetzung hierfür ist die systematische Erfassung und Bewertung dieser Daten sowie die Informationsweitergabe an die Bevölkerung. Das Landesgesundheitsamt (LGA) ist in Baden-Württemberg die nach Infektionsschutzgesetz zuständige Behörde für die Übermittlung der an die Gesundheitsämter gemeldeten Daten zu meldepflichtigen Infektionskrankheiten an das Robert Koch-Institut. Das LGA analysiert und bewertet im Rahmen der Surveillance von Infektionskrankheiten fortlaufend das Infektionsgeschehen auf Landesebene zur Planung, Durchführung und Bewertung von Maßnahmen zur Krankheitsbekämpfung. Neben der Anzahl von gemeldeten Neuinfektionen lassen sich anhand der Fallangaben Rückschlüsse auf die Schwere der Verläufe, die regionale Verteilung, vulnerable Gruppen und die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen wie zum Beispiel die Impfung ziehen. Anhand vorliegender Erkenntnisse informiert das Landesgesundheitsamt in der Regel wöchentlich über die Situation zu meldepflichtigen Erkrankungen, bei Bedarf wird die Berichtsfrequenz erhöht. Die Informationen werden allgemeinverständlich dargestellt und bieten der Bürgerschaft die Möglichkeit, sich zum Beispiel vor saisonalen Expositionsrisiken zu schützen. Hierzu gehören zum Beispiel die saisonalen Hinweise zum Schutz vor Zecken und die Impfempfehlung gegen FSME. Weitere Zahlen und Fakten zur Gesundheitssituation der Bevölkerung können auf Kreisebene über den Online-Gesundheitsatlas Baden-Württemberg abgerufen werden.

Neben der nach Infektionsschutzgesetz (IfSG) gesetzlich festgelegten Surveillance von meldepflichtigen Erkrankungen wurden am Landesgesundheitsamt weitere Surveillance-Instrumente wie die Abwassersurveillance auf SARS-CoV-2 und die Surveillance akuter respiratorischer Erkrankungen temporär etabliert. Anhand der regelmäßigen Berichterstattung kann sich die Bürgerschaft zur Aktivität von respiratorischen Infektionen informieren und eigenverantwortlich Schutzmaßnahmen wie zum Beispiel das Tragen einer Maske individuell auf Grundlage der eigenen gesundheitlichen Verfassung anwenden.

Aufgrund der Klimaveränderung steigt das Risiko für das Auftreten neuer, bislang in Baden-Württemberg noch nicht auftretenden Infektionen, die durch Stechmücken übertragen werden, wie Infektionen durch das West-Nil-, Dengue- und Chikungunya-Virus. Durch die vergleichende Betrachtung und Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Surveillancesystemen kann die Bürgerschaft regional und zeitnah zu möglichen Risiken für entsprechende Infektionen informiert werden. Bürgerinnen und Bürger werden so in die Lage versetzt, beispielsweise während der Stechmückensaison aktiv empfohlene Präventionsmaßnahmen anzuwenden und sich vor Stechmückenstichen zu schützen.

Zukünftig ist geplant, im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel digitale Berichtsformate und Informationsmaterialien zu Infektionsgeschehen und Schutzmaßnahmen weiterzuentwickeln und Strategien der Risikokommunikation weiter auszubauen. Hierbei ist die Verfügbarkeit der Materialien in mehreren Sprachen geplant, damit auch Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse erreicht werden können.

Im Rahmen des Förderschwerpunkts „Stärkung der Gesundheitskompetenz für vulnerable Gruppen“ der Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg können Projektförderungen beantragt werden. Weitere Infos unter: *https://praeventionsstiftung-bw.de/foerderung/allgemeine-informationen*. Der Stiftung für gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg kommt in der Umsetzung des Präventionsgesetzes in Baden-Württemberg eine wichtige Rolle zu. Die

Stiftung bietet für alle Sozialversicherungsträger eine geeignete Plattform, um gemeinsam nachhaltige Projekte zu initiieren und zu fördern.

Menschen, die sich in zugespitzten psychosozialen Krisensituationen befinden, ohne sich ausreichend um Hilfe zu bemühen, bedürfen möglichst niedrigschwelliger Hilfsangebote. Der Aufbau gemeindepsychiatrisch organisierter Krisenversorgung wird im Landespsychiatrieplan empfohlen und ist ein wichtiges Anliegen im Trialog. Der Koalitionsvertrag „Jetzt für Morgen“ schreibt als Vorhaben fest, gemeindenahe, psychiatrische Angebote weiterhin zu fördern sowie Krisen- und Notfalldienste sicherzustellen.

Die Arbeitsgruppe „Gemeindepsychiatrische Klärung von Krisensituationen“ des Landesarbeitskreis Psychiatrie befasst sich mit dieser Thematik. Geplant ist eine Konzeption zur gemeindepsychiatrischen Krisenversorgung in Form telefonischer gemeindepsychiatrischer Krisenhilfe. Langfristig soll dies auch außerhalb der Regelzeiten, also abends/nachts, an Feiertagen und an Wochenenden etabliert werden.

Die Konzeption für eine flächendeckende gemeindepsychiatrische Krisen- und Klärungshilfe beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Psychotherapeutische und psychiatrische Sprechstunden bzw. Terminserviceangebote der Regelversorgung,
- niederschwellig aufsuchende gemeindepsychiatrische Klärung von Krisensituationen zu Regelzeiten,
- telefonische gemeindepsychiatrische Krisenhilfe für Hilfesuchende in psychischen Krisensituationen außerhalb von Regelzeiten.

Mögliche mit der Konzeptionsumsetzung verbundene finanzielle Mehrbelastungen obliegen der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers im Rahmen der Aufstellung künftiger Staatshaushalte.

Für das Thema „Kinder psychisch- und suchtkranker Eltern“ wurde vom Landesarbeitskreis Psychiatrie eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Der Hilfebedarf im Kontext von Suchterkrankung oder psychischer Störung von Eltern steht in der Schnittmenge verschiedener kommunaler Zuständigkeiten, insbesondere Psychiatrieplanung, Suchthilfebeauftragten und Jugendhilfe. Aus der AG heraus wurden unter anderem Handlungsempfehlungen für eine auf die Zielgruppe bezogene Vernetzung erarbeitet und an die Stadt- und Landkreise versendet.

Im Bereich der Vernetzung von Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche wurde aus der „Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen“ eine Handreichung erarbeitet. Ziel war eine bessere Kooperation und Zusammenarbeit an den Schnittstellen sowie leichtere Übergänge zwischen den beteiligten Systemen Gesundheitswesen, Schulen sowie Kinder- und Jugendhilfe. In der „Interdisziplinären Handreichung“ wird ein Überblick gegeben, welche Hilfen es gibt und wie die jeweiligen Zugangswege sind. Sie trägt auch dazu bei, die Systeme besser zu verstehen und im Zweifel auch falsche Erwartungen und Missverständnisse auszuräumen, sodass es aufgrund fehlender Zuständigkeiten möglichst nicht zu Verzögerungen in der Versorgung der Kinder und Jugendlichen kommt. Die Handreichung soll zudem ermutigen, dort, wo es noch keine entsprechenden Strukturen gibt, Kooperationen einzugehen und Netzwerke aufzubauen.

Ein weiteres Ergebnis der „Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen“ ist die Durchführung von Regiokonferenzen, die als interdisziplinäre Zusammenarbeit der verschiedenen Systeme (Gesundheitswesen, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe) auf regionaler Ebene gedacht sind und so die Kooperation „vor Ort“ verbessern und Doppelstrukturen vermeiden sollen.

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden zusätzliche Betten und Plätze geschaffen. Im letzten Krankenhausausschuss im März 2023 wurde dahingehend eine Entfristung von 136 Betten und Plätzen beschlossen, die im Rahmen einer

kurzfristigen Soforthilfe während der Coronapandemie zunächst auf zwei Jahre begrenzt waren. Nunmehr können die kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken diese zusätzlichen Betten ohne Befristung beantragen. Die Bedarfsplanung für die Kinder- und Jugendpsychiatrie wird ebenfalls auf den Prüfstand gestellt. Dies ist eine erste Entlastung der angespannten Versorgungssituation, die sich durch lange Wartelisten der Kliniken auszeichnet, wodurch das Risiko von Chronifizierungen psychischer Störungen stark erhöht wird.

Zur besseren Vernetzung im Bereich psychischer Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen läuft derzeit ein Modellprojekt, in welchem Coachings von Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmedizinern durch Fachärztinnen und Fachärzte der Psychiatrie einer Universitätsklinik in Form von videogestützten Besprechungen stattfinden. So kann auch in Gebieten, in denen die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung aufgrund zu weniger kinder- und jugendpsychiatrischer Praxen nicht gewährleistet ist, eine ausreichende Früherkennung psychischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen erfolgen und daher rasch ein passender Behandlungsprozess eingeleitet werden kann. Auch dafür werden digitale Medien genutzt, in Form von online gestützter interdisziplinärer Fallbesprechungen sowie Online-Diagnostik und Beratung durch Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Dieser Ansatz soll weiterverfolgt werden. So könnten auch Menschen im ländlichen Raum von der Expertise der Universitätskliniken profitieren.

Maßnahmen der Verbraucherzentrale

In Baden-Württemberg existieren bereits bewährte Angebote der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V., die vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gefördert wird und deren digitalen Angebote ausgebaut werden sollen.

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V. bietet umfassende Informationen und Beratung auf verschiedenen Kanälen sowie zahlreiche Online-Veranstaltungen an, um Verbraucherinnen und Verbraucher in der Krise zu unterstützen. In den Krisen der vergangenen Jahre sind Hilfen zu Preissteigerungen bei Energie, Krediten, Lebensmittel, Altersvorsorge, Versicherungen und Pflegekosten besonders nachgefragt. Durch die Digitalisierung in immer mehr Lebensbereichen in den Krisen liegt ein Schwerpunkt bei den Gefahren im Online-Handel, etwa durch Fake-Shops, Betrugsmaschen im Internet, Datenmissbrauch oder manipulative Techniken. Beispielsweise informiert die Verbraucherzentrale, wie man sich vor Betrügern und Fallen im Internet schützen kann.

Gemeinsam mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz engagiert sich die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V. bei der Verbraucherbildung in den Schulen sowie für Erwachsene, Familien, Seniorinnen und Senioren und gering literalisierte Verbrauchergruppen. Die gemeinsamen Angebote und Projekte mit Bildungsträgern stärken die Alltags- und Konsumkompetenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern und somit die Verbraucherresilienz. Diese Angebote sollen fortgesetzt und ausgebaut werden.

3. Welche Maßnahmen werden seitens der Landesregierung ergriffen, um durch die Coronapandemie oder andere große Krisen, wie zum Beispiel den Klimawandel, besonders betroffene Bevölkerungsgruppen (Kinder und Jugendliche, Pflegebedürftige, Geflüchtete, Wohnsitzlose) zu unterstützen bzw. zu schützen?

Die Planungen des Krisenmanagements und des Bevölkerungsschutzes berücksichtigen gerade auch die Bedürfnisse von vulnerablen Personengruppen. Welche Maßnahmen getroffen werden, leitet sich gemäß dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen von der jeweiligen konkreten Krisensituation ab.

Unterstützende Maßnahmen für Kinder und junge Menschen

Die Präventionsbeauftragten des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport bieten Schulen und Lehrkräften kostenlos Beratung, Fortbildung und Vernetzungsunterstützung an. Sie bieten Themen zur Sucht- und Gewaltprävention, hier vor allem zur Prävention von Essstörungen, Mobbing-Geschehen und sexualisierter Gewalt sowie zum sozial-emotionalen Lernen an. Die aktuellen Herausforderungen an Schulen werden von den Präventionsbeauftragten vor allem mit Unterstützung zur Förderung der Resilienz und Selbstregulation, zu Stärkung von Lebenskompetenzen, Motivationsförderung sowie Stressabbau begleitet. Hierzu werden unter anderem evaluierte Präventionsprogramme wie „MindMatters“ zur Entwicklung und Einübung von Lebenskompetenzen und zum sozial-emotionalen Lernen oder das Programm gegen (Cyber-)Mobbing „Gemeinsam Klasse sein“ der Techniker Krankenkasse angeboten und begleitet. Gegen Formen von sexualisierter Gewalt gibt es in Baden-Württemberg seit Jahren ein Schutzkonzept gegen sexualisierte Gewalt „Schutz Macht Schule“. Dieses wird derzeit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiterentwickelt und soll in einem Pilotprojekt weitere Erkenntnisse für eine flächendeckende Umsetzung an allen Schulen bringen.

In Baden-Württemberg stehen die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Schulpsychologischen Dienste, d. h. der rund 1 550 Beratungslehrkräfte in den Schulen und der rund 220 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an den 28 Schulpsychologischen Beratungsstellen, allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zur Verfügung.

Schulpsychologen und -psychologinnen unterstützen Schülerinnen und Schüler, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte und Schulleitungen im Rahmen von Einzelfallberatung zu schulbezogenen Problemlagen, wie beispielsweise Lernen und Leisten, Motivation oder Ängste. Beratungslehrkräfte sind erste Ansprechpersonen vor Ort, z. B. bei Fragen der Schullaufbahn.

Im Kontext der Coronapandemie stellt das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ im Rahmen des Bund-Länder-Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ eine zentrale Maßnahme dar. Mit dem Förderprogramm sollen Schülerinnen und Schüler in den Schuljahren 2021/2022 und 2022/2023 dabei unterstützt werden, pandemiebedingt entstandene Lernrückstände auszugleichen und ihre sozial-emotionalen Kompetenzen zu stärken. Davon sollen vor allem Schülerinnen und Schüler profitieren, deren Bildungserfolg in besonderem Maße gefährdet ist.

Dabei konnten für einen begrenzten Zeitraum auch Psychologinnen und Psychologen sowie pensionierte Beratungslehrkräfte gewonnen werden, um Schülerinnen und Schülern zusätzliche Unterstützung im sozial-emotionalen Bereich anbieten zu können.

Für Schulen und Lehrkräfte stehen zudem zusätzliche Angebote online *(www.zsl-bw.de/ rueckenwind-schulpsychologie)* zur Verfügung, zum Beispiel eine Checkliste für belastete Schülerinnen und Schüler, Online-Impulsvorträge zu Themen wie herausforderndem Verhalten von Schülerinnen und Schülern oder Schulabsentismus, diverse Handreichungen und eine Materialsammlung für den Umgang mit sozial-emotionalen Themen im Unterricht.

Im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ wurden zusätzliche außerschulische Freizeit- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche insbesondere im Jahr 2022 ermöglicht. Den Projektträgern (Jugendbildungsakademien, Sportjugend, Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und andere) wurden hierfür Zuschüsse in Höhe von rund 1,2 Mio. Euro bewilligt, mit denen eine weitgehend kostenlose Teilnahme an diesen Angeboten möglich wurde.

Den gemeinnützigen Trägern von Schullandheimen in Baden-Württemberg wurden in den Jahren 2020 bis 2022 zur Überbrückung pandemiebedingt erhöhter Defizite Soforthilfen in Höhe von rund 0,9 Mio. Euro bereitgestellt.

Für die Landesregierung hatte und hat die Aufnahme und Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher oberste Priorität. Durch die Erfahrungen aus den Jahren 2015 und 2016 konnten schnell bekannte und bewährte Strukturen reaktiviert und Erfahrungswerte aus der Vergangenheit genutzt werden. Der steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern, die aufgrund ihres Sprachförderbedarfs in Vorbereitungsklassen aufzunehmen waren, wurde durch die rasche Bildung neuer VKL (Vorbereitungsklassen) und VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen) an allen Schularten begegnet. Bis Ende April 2023 wurden rund 890 neue VKL an den allgemein bildenden Schulen und 330 neue VABO-Klassen an den beruflichen Schulen neu eingerichtet.

Dort können die Schülerinnen und Schüler über feste Strukturen und Ansprechpartner ein Stück Alltag und Sicherheit sowie auch Freude erleben. Der Unterricht in einer Vorbereitungsklasse dient vorwiegend dem Erlernen der deutschen Sprache, des Fachwortschatzes sowie schulischer Techniken und Arbeitsweisen. Er bereitet auf den Unterricht und die Integration in die Regelklassen vor und ist mit diesem eng verzahnt.

In der organisatorischen Umsetzung der Beschulung von geflüchteten Kindern verfügen Schulen über große Flexibilität, die Sprachförderung an die Lernvoraussetzungen und die Lernprogression der Schülerinnen und Schüler anzupassen. Das Ziel besteht darin, die Integration in die Regelklasse sukzessive voranzubringen und auf diese Weise Sprachförderung, Fachunterricht und soziale Integration bestmöglich miteinander zu verbinden. Anders als 2015/2016 sind hier auch die Gymnasien stark gefragt.

Bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die Zahl der Geflüchteten erneut angestiegen. Die in Zusammenhang mit dem enormen Zustrom Geflüchteter aus der Ukraine notwendige Einrichtung neuer Sprachförder- und Regelklassen können mit dem vorhandenen Personalstamm nicht betrieben werden.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hat daher für Personen, die beim Unterricht der Geflüchteten unterstützen wollen, unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die Möglichkeit eröffnet, sich auf einem zentralen Portal zu registrieren. Hierzu zählen u. a. (pensioniertes) Lehr- und Betreuungspersonal, Dolmetscher sowie ukrainische oder sonstige ausländische Lehrkräfte. Bis Ende April 2023 konnten rund 1 200 Personen im Umfang von 740 VZÄ zusätzlich für die Beschulung Geflüchteter gewonnen werden, darunter rund 190 Lehrkräfte aus der Ukraine.

Vor allem von der vermehrten Einstellung ausländischer Lehrkräfte können die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort bei der Beschulung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen direkt profitieren. Darüber hinaus werden aber auch verstärkt Informations- und Unterstützungsangebote, z. B. im Bereich Traumapädagogik und Deutsch als Zweitsprache, für die Lehrkräfte durch das ZSL angeboten.

Im Zusammenhang mit der Klimakrise stellt das Land im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen für die pädagogische Arbeit in der Schule eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten zur Verfügung, die sich auf unterschiedliche Art und Weise mit Fragen der Klimakrise auseinandersetzen (z. B. Anregungen zur Nutzung von Simulationsprogrammen „World Climate“, „En-ROADS“, Themenhefte und Handreichungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Fragen sowie der Klimakrise, Mentorenprogramm für Schülerinnen und Schüler zum Umweltschutz – Schwerpunkt Klimaschutz, Internetangebot zur Durchführung eines Schulprojekttages Klima). Die Aktivitäten erfolgen z. T. in ressortübergreifender Kooperation zwischen dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Darüber hinaus werden vom Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung im Rahmen der zur Verfügung stehenden

Haushaltsmittel Fortbildungsangebote zum Themenkomplex „Klima“ angeboten. Mit den Angeboten sollen die schulische Auseinandersetzung mit der Klimakrise unterstützt sowie individuelle und gesellschaftliche Handlungsoptionen thematisiert werden.

Im Bedarfsfall werden in Krisenlagen (ressortspezifische) Regelungen und Rechtsquellen entsprechend entworfen oder angepasst (z. B. Corona-Verordnung).

Ergänzend wird auf die Antwort auf Frage I. 1. verwiesen.

Weitere Maßnahmen, um insbesondere junge Menschen zu unterstützen, ergreift das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Das vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst geförderte Reallabor „Künstliche Intelligenz für digitale personalisierte psychische Gesundheitsförderung bei jungen Menschen (AI4U)“ des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim hat ein digitales Training zur psychischen Gesundheitsförderung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen entwickelt. Die Ergebnisse des Reallabors mit den ersten praktischen Anwendungen wurden von den Projektverantwortlichen im Rahmen des Jugendforums der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ auch in den politischen Diskurs eingebracht.

Maßnahmen im Themenfeld Klimawandel

Die Landesregierung hat erstmals im Jahr 2015 eine Anpassungsstrategie Baden-Württemberg verabschiedet. Eine Neufassung der Anpassungsstrategie ist aktuell in Vorbereitung und erscheint im Jahr 2023. Die Anpassungsstrategie wird in der Folge in angemessenen Abständen und unter Einbezug von Verbänden und Vereinigungen aktualisiert werden. Ebenso wird wiederkehrend ein Monitoringbericht erstellt werden. Um die Wirkung der Strategie zu stärken, wird die aktualisierte Strategie die wesentlichen Klimawirkungen Hitze, Trockenheit und Niedrigwasser, Starkregen, Hochwasser und Extremereignisse sowie Wandel von Lebensräumen und Arten noch stärker gewichten und speziell für diese Bereiche geeignete Anpassungsmaßnahmen formulieren.

Die Akademie für Natur- und Umweltschutz des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft adressiert Kinder- und Jugendliche über verschiedenste Angebote und arbeitet beispielsweise eng mit dem Landesjugendring zusammen. Daneben werden im ganzen Land „Zertifizierte Natur- und Landschaftsführerinnen und -führer“ (ZNL) ausgebildet, die wiederum in ihren Regionen Kurse, geführte Touren und andere Bildungsangebote u. a. für Kinder- und Jugendliche organisieren und durchführen.

Die Akademie für Natur- und Umweltschutz arbeitet auch eng mit der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) zum Thema Klimafolgenanpassung zusammen. So wurden im Anfang 2023 in mehreren Seminaren für Verwaltungsspitzen konkrete Maßnahmen für naturverträgliche Klimaanpassungsmaßnahmen vorgestellt, die wiederum die lokale Bevölkerung direkt adressieren.

Maßnahmen im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen

Aufgrund der besonderen Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit einem erhöhten Risiko der Verbreitung von Infektionskrankheiten wegen der gemeinschaftlichen Unterbringung wurden zu Beginn der Coronapandemie die bereits bestehenden Infektionsschutzmaßnahmen frühzeitig umfassend verstärkt. Zur Regelung der erforderlichen Maßnahmen wurde die Corona-Erstaufnahme-Schutz-Verordnung (CoronaErstaufnSchVO) erlassen. Durch das Ministerium der Justiz und für Migration beziehungsweise durch das vormals zuständige Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration wurden ferner Umsetzungshinweise zur Corona-Verordnung mit weiteren Maßnahmen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtungen und der Beschäftigten herausgegeben. Als weitere Schutzmaßnahmen sind unter anderem ein frühzeitiges Impfangebot für neu aufgenommene Personen, die Schaffung von speziellen Corona-

Quarantänebereichen in den Einrichtungen sowie die Inbetriebnahme einer temporären Isolierunterkunft zu nennen. Mithilfe der getroffenen Maßnahmen konnte flexibel auf das wellenförmig auftretende Infektionsgeschehen reagiert werden.

Während der Coronapandemie fanden regelmäßige Abstimmungen zwischen dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration und dem Ministerium der Justiz und für Migration beziehungsweise dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowie dem nachgeordneten Bereich auf Ebene der Regierungspräsidien und lokalen Gesundheitsämter statt, um Handlungsbedarfe zu identifizieren.

4. Mit welchen Maßnahmen, wie beispielsweise gesetzlicher Teilhabe oder nutzergerechten Angeboten, und auf Basis welcher Informationen zu Fähigkeiten und Ressourcen unterstützt die Landesregierung die Bevölkerung sowie die organisierte Gesellschaft, eigenverantwortliche Vorsorge für krisenhafte Situationen oder auch Katastrophen zu treffen?

Die Landesregierung unterstützt und informiert die Bevölkerung mit verschiedenen Maßnahmen zu krisenhaften Situationen und hat dabei stets die Bedürfnisse der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Blick.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen verweist auf das mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport erarbeitete Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur die Strukturen des baden-württembergischen Bevölkerungsschutzes kennen, sondern sie erfahren vor allem frühzeitig, wie sie sich selbst auf den Ernstfall vorbereiten können. Dies schafft Sicherheit im Umgang mit anormalen Situationen. Bezüglich Einzelheiten wird auf die Antwort zu der Frage IV. 6. verwiesen.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verweist auf die Antwort zu Frage I. 1.

Kernenergie und Strahlenschutz

Für den Bereich des radiologischen Notfallschutzes z. B. für schwere Unfälle bei kerntechnischen Anlagen hat das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg auf seiner Homepage Maßnahmen und Hinweise zur Information der Bevölkerung veröffentlicht. Für den Bereich der nuklearen Gefahrenabwehr (z. B. schmutzige Bombe) sind Antworten zu häufig gestellten Fragen (FAQs) eingestellt. Damit wird das Ziel verfolgt, die Bevölkerung vorsorglich über vorbereitete staatliche Maßnahmen und geeignetes eigenverantwortliches Handeln in Fällen des radiologischen Notfallschutzes zu informieren.

Hochwasservorsorge

Im Rahmen der Hochwasservorsorge ist jede Person nach § 5 Abs. 2 WHG (Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts) verpflichtet, Eigenvorsorge zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen. Zur Bewusstseinsbildung und Information der Bevölkerung werden verschiedene Formate seitens des Landes bedient. Beispielsweise betreibt das Land die Homepage: *www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de* und hat ergänzend diverse Kurzfilme und Videoclips erstellt, welche zielgruppenspezifisch die Bevölkerung auf die Gefahren von Hochwasser und Starkregen hinweisen und entsprechende Maßnahmen zur eigenverantwortlichen Vorsorge aufzeigen.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration beantwortet die Fragen II. 3. und II. 4. aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam.

Maßnahmen für einzelne Bevölkerungsgruppen

a) Kinder, Jugendliche und Familien

Den Belangen von Familien mit Unterstützungsbedarf wurde im Rahmen der rechtlichen Vorgaben im Verlauf der Pandemie zunehmend Rechnung getragen. Um Familien bei der Bewältigung der Corona-Folgen zu unterstützen, hat das Ministerium für Soziales Gesundheit und Integration Ende 2021 das Sonderförderprogramm „STÄRKER nach Corona“ aufgelegt, mit dem insbesondere Familienbildungsangebote vor Ort mit Blick auf durch die Pandemie verschärfte und neu entstandene Belastungslagen ausgebaut wurden und die Weiterentwicklung der familienunterstützenden Systeme zu krisenfesteren Strukturen, insbesondere durch Vernetzung und die Förderung digitaler Angebote, vorangetrieben wurde.

Aktuell ist festzustellen, dass die Bewältigung der gesellschaftlichen Folgen und der Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche weiterhin besonderen Einsatz erfordert, zumal weitere Krisen hinzugetreten sind, die wiederum benachteiligte und marginalisierte Familien besonders treffen. Im Rahmen des Sonderförderprogramms „STÄRKER nach Corona“ als auch des Landesprogramms zur Förderung der Familienbildung STÄRKE liegt der Fokus weiterhin darauf, diese Familien zu erreichen und an die jeweiligen Herausforderungen angepasste Angebotsformate (vor Ort und digital) zu schaffen. So werden zum Beispiel zur Unterstützung von aus der Ukraine geflüchteten Eltern – oftmals Mütter – niedrigschwellige offene Ankommenskurse im Rahmen der Familienbildung angeboten, in denen für Eltern relevantes Wissen im Kontext Krieg und Flucht, aber auch zum Ankommen in Deutschland vermittelt wird und Raum für Austausch und Vernetzung besteht. Für diese Familien wurde auch auf das Format von digitalen, mehrsprachigen Angeboten, das insbesondere im Rahmen der Impfkampagne entwickelt worden war, zurückgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Ulm ein mehrsprachiger Livestream zu den Auswirkungen von Flucht und Trauma auf Kinder angeboten.

Für besonders belastete Familien – zum Beispiel Familien mit Kindern mit Behinderungen oder verwaiste Familien – werden seit Anfang 2023 in Zusammenarbeit mit den Trägern der Familienerholung in Baden-Württemberg Familienbildungsfreizeiten angeboten, die deren besondere Bedarfe adressieren und auch bei selteneren Belastungslagen eine Vernetzung mit anderen betroffenen Familien ermöglichen. Um den familiären Zusammenhalt in belasteten Familien zu stärken, wurden „Familienfreizeiten zuhause“ mit Übernachtung im eigenen Haushalt als niedrigschwelliges Angebot in die förderfähigen Angebotsformen von Familienbildung im Rahmen von STÄRKE aufgenommen. Ein weiterer neu geschaffener Baustein der Familienförderung sind interdisziplinäre Gruppenangebote für psychisch belastete Familien. Die Landesregierung sieht weiterhin einen hohen Bedarf an familienunterstützenden Angeboten, wobei die Bedeutung niedrigschwelliger Zugänge nochmals an Bedeutung gewonnen hat, da viele – vor allem belastete Familien – gegenwärtig krisenbedingt weniger in Netzwerke und Strukturen eingebunden sind.

Zur Unterstützung psychisch belasteter und erkrankter Kinder, Jugendlicher und Familien wurde in einer gemeinsamen Task Force der relevanten Akteure aus dem Gesundheitswesen und der Kinder- und Jugendhilfe ein Maßnahmenpaket entwickelt, um die gestiegenen Unterstützungsbedarfe bestmöglich zu decken. Neben dem Ausbau der Kapazitäten in der ambulanten und stationären Versorgung sowie den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel liegt ein besonderes Augenmerk auf der besseren Kooperation und Vernetzung, um Kinder, Jugendliche und Eltern im Kontext psychischer Erkrankungen passgenau zu unterstützen. Hierzu wurde gemeinsam mit den Expertinnen und Experten aus der Praxis eine ausführliche interdisziplinäre Handreichung verfasst (Nähere Ausführungen unter Frage II. 2.). Die Praxis der Vernetzung unterstützt die Landesregierung durch eine Reihe von durch die FamilienForschung Baden-Württemberg durchgeführten Regiokonferenzen, in denen die konkreten Entwicklungsbedarfe einzelner Regionen aufgegriffen werden.

Im Bereich der Unterstützung von Familien hält die Landesregierung die Stärkung der Ressourcen von und Bindungen in Familien generell sowie die Einbindung von Familien in soziale Netzwerke für ein wichtiges Instrument der Krisenvorsorge (s. oben Frage II. 1. zu Schutzfaktoren in Krisen) und unterstützt diese insbesondere über die im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE geförderten Angebote.

Gegenwärtig wird unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration in Zusammenarbeit mit weiteren betroffenen Ressorts, der kommunalen Ebene, den Familienverbänden und zahlreichen für die Unterstützung von Familien in den verschiedensten Bereichen relevanten Trägern, Verbänden und Einrichtungen eine Familienförderstrategie ausgearbeitet. Ziel ist die Entwicklung einer Präventionsstrategie für gutes Aufwachsen und Teilhabe, die vernetzt und diversitätssensibel darauf hinwirkt, dass Familien gegenwärtig und mit Blick auf künftige Entwicklungen in der Lage sind, Herausforderungen gut zu meistern.

In diesem Zusammenhang werden aktuell Maßnahmenvorschläge in den Bereichen:

- Lebens- und Bedarfslagen von Familien (einschließlich der Kompetenz zur Krisenbewältigung),
- Umfeld von Familien sowie
- Organisation von Familienförderung und resiliente Strukturen ausgearbeitet, die bis Ende des Jahres zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden sollen. Ein wesentliches Ziel der Strategie ist es, benachteiligte und marginalisierte Familien besser zu erreichen und zu unterstützen. Die gezielte Stärkung der Ressourcen aller Familien sowie die Einbindung in soziale Zusammenhänge ist aus Sicht der Landesregierung eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Stärkung des Zusammenhalts und der Krisenfestigkeit der Gesellschaft. Mögliche mit der Strategieumsetzung verbundene finanzielle Mehrbelastungen obliegen der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers im Rahmen der Aufstellung künftiger Staatshaushalte.

Über den regulären Ausbau der Förderungen hinaus wurden im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes und der Länder „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ zusätzliche Stellen(anteile) in der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen, der mobilen Kindersozialarbeit und mobilen Jugendsozialarbeit geschaffen. Durch das Aktionsprogramm wurden im Schuljahr 2022/2023 rund 90 zusätzliche Vollzeitstellen in der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen und rund 40 zusätzliche Vollzeitstellen in der mobilen Kinder- und Jugendsozialarbeit gefördert. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2023/2024 konnte durch eine Weiterführung des Programms mit Landesmitteln gewährleistet werden, dass diese Stellen auch künftig vom Land im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gefördert werden können.

Mit einer Soforthilfe für Kinder und Jugendliche (1. Mai bis 31. August 2020) sollten diesen in der Anfangsphase der Coronapandemie sinnvolle Ideen aufgezeigt werden, mit denen sie die langwierige und ungewisse Zeit im Lockdown gestalten können. Dafür wurden ihnen zum Beispiel Bastelmaterial, Malutensilien sowie Bücher oder Spiele/Spielzeug überlassen. Damit verbunden war auf pädagogisch wertvolle Weise der direkte Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern. Es wurden 97 Anträge gestellt und Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 108 000 Euro ausbezahlt.

Auf der lokalen Ebene haben sich Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut als wirkungsvolles Instrument erwiesen *(https://www.starkekinder-bw.de/)*. Mithilfe zielgerichteter, niedrigschwelliger sozialpädagogischer Unterstützung und Beratung sowie eines vor Ort zwischen allen kindrelevanten Organisationen abgestimmten Handelns kann verhindert werden, dass sich Einschränkungen durch die Coronapandemie mittel- und langfristig ungünstig auf die Teilhabechancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien auswirken.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration fördert im Zeitraum von Ende 2021 bis Anfang 2023 insgesamt 18 Projekte im Land (Fördervolumen: ca. 1,1 Mio. Euro), die mithilfe von zielgenauen, niedrigschwelligen und nachhaltigen Maßnahmen dazu beizutragen, dass es gar nicht zur Wohnungslosigkeit von Familien kommt oder dass im Falle von Wohnungslosigkeit die Unterstützung von Familien für ein gutes und gesundes Aufwachsen ihrer Kinder verbessert und die Wohnungslosigkeit der Familie schnell überwunden werden. Die Projekte werden durch die Hochschule Esslingen wissenschaftlich begleitet und bilanziert.

Es wurde ein weiterer Förderbedarf in diesem Bereich festgestellt. Deshalb hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die laufenden Projekte bis Mai 2024 verlängert (Fördervolumen: ca. 900 000 Euro) und einen weiteren Förderaufruf für neue Projekte veröffentlicht (es stehen ca. 600 000 Euro zur Verfügung), die zusammen mit den laufenden Projekten eine flächendeckende Wirkung im Land erreichen sollen. Die zusätzlichen Projekte befinden sich noch im Antragsverfahren und sollen im Juni/Juli 2023 starten (Laufzeit bis Ende 2024).

Überschuldung stellt eine enorme Belastung für die ganze Familie dar, unter der meist auch die Kinder leiden. Geldsorgen der Eltern führen häufig zu Problemen in der Schule oder Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern. Neun Pilotprojekte in Baden-Württemberg sollen von Ende 2022 bis Ende 2023 erproben, wie eine solche Hilfe gelingen kann. Es geht im Kern darum, die Beratungsmöglichkeiten für Familien in der bestehenden sozialen Schuldnerberatung auszubauen und verschuldete Familien möglichst früh zu erreichen, um eine Überschuldung zu verhindern und insbesondere die Folgen für die Kinder und Jugendlichen abzuwenden.

Der Bedarf an Schuldnerberatung für Familien ist aufgrund der anhaltenden Teuerung der Energie- und Lebensmittelpreise so hoch, dass das Land im zweiten Förderaufruf das Gesamtvolumen nun verdoppelt und weitere 800 000 Euro zum Auf- und Ausbau der bestehenden sozialen Schuldnerberatung für Familien bereitstellt. Die zusätzlichen Projekte befinden sich noch im Antragsverfahren und sollen im September 2023 starten (Laufzeit bis Ende 2024).

Damit die organisierte Gesellschaft in Form von Landesverbänden ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben wahrnehmen kann, werden besonders repräsentative Verbände aus Landesmitteln mit einer institutionellen Förderung bezuschusst. Hierzu gehören z. B. die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, die jährlich eine Zuwendung von ca. 4 Mio. Euro erhält, die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg, die jährlich eine Zuwendung von ca. 50 000 Euro erhält, sowie der Landesverband Tafel Baden-Württemberg, der jährlich eine Förderung von 275 000 Euro erhält.

b) Maßnahmen für von Wohnungslosigkeit Betroffene

Eine erste Soforthilfe für Obdachlose wurde im Frühjahr 2020 (17. März bis 30. April 2020) aufgelegt und erstmals ein Förderaufruf „Soforthilfe für Obdachlose“ gestartet. Kommunen, Stadt- und Landkreise konnten so finanziell unterstützt werden, um zusätzliche Unterkünfte/Zimmer für die Unterbringung von Obdachlosen anzumieten. Ziel der finanziellen Unterstützung war die Entzerrung der Mehrfachbelegungen in Notunterkünften beziehungsweise die Neuschaffung von Notunterkünften für Obdachlose (Einzelbelegung bei Einzelpersonen). Dazu gehörten auch geeignete Unterkünfte zur Unterbringung unter Quarantänebedingungen. Es wurden 16 Anträge gestellt und insgesamt rund 164 000 Euro an Landesmitteln ausbezahlt.

Die Soforthilfe für Obdachlose wurde in den Wintern 2020/2021, 2021/2022 sowie 2022/2023 fortgesetzt und ein Förderaufruf „Soforthilfe für Obdachlose“ aufgelegt. Ziel der finanziellen Unterstützung war bei der vierten Auflage der Soforthilfe zusätzlich die befristete Erhöhung der räumlichen Kapazität durch die Neuschaffung von Notunterkünften für Obdachlose zur Bewältigung von Wohnungsverlusten in Folge der anhaltenden Teuerung.

- Frühjahr 2020: 16 Anträge gestellt und insgesamt rund 164 000 Euro an Landesmitteln ausbezahlt.
- Winter 2020/2021: 14 Anträge wurden gestellt. Rund 252 000 Euro an Landesmitteln ausbezahlt.
- Winter 2021/2022: 20 Anträge mit einer Antragssumme von rund 178 000 Euro gestellt.
- Winter 2022/2023: Es wurden 20 Anträge mit einer Antragssumme von rund 385 000 Euro gestellt.

c) Menschen mit Behinderungen

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat während der Coronapandemie dafür Sorge getragen, dass die Informationen, die für eine eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge für Menschen mit Behinderungen erforderlich waren, barrierefrei bereitgestellt wurden. So wurden zum Beispiel die Schutzmaßnahmen vor dem SARS-CoV-2-Virus in einem Video in Leichter Sprache erläutert. Auch zur Impfung gegen SARS-CoV-2 wurden Erklärvideos in Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache bereitgestellt.

d) Maßnahmen im Pflegebereich

Was den Schutz beziehungsweise die Unterstützung von Pflegebedürftigen im Rahmen der Coronapandemie anbelangt, kann auf die umfangreichen Maßnahmen der Landesregierung in den vergangenen drei Jahren verwiesen werden. Ergänzend sind die Anstrengungen des Landes im Bereich Digitalisierung in der Langzeitpflege zu erwähnen. Die Digitalisierung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, soziale Isolation in Krisensituationen zu vermeiden und die Erreichbarkeit ansonsten schwer erreichbarer Zielgruppen wie beispielsweise pflegebedürftiger Menschen in der eigenen Häuslichkeit zu verbessern.

Mit Blick auf Klimawandel-assoziierte Belastungen kann auf zahlreiche Programme und Projekte wie „Hitzeschulungen für die Pflege“ oder das Projekt „Klimaanpassung in der Pflege“ (KlapP) verwiesen werden, im Rahmen dessen bereits verschiedene Informationsmaterialien sowohl für Pflegefachkräfte als auch für die Betroffenen selbst und Online-Schulungen für pflegende Angehörige und beruflich Pflegende entwickelt wurden. Umfassende Informationen hierzu stellt das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg zur Verfügung *(https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/de/themen/gesundheit-umwelt/gesundheit-hitze/informationen-fuer-den-oegd/)*.

e) Maßnahmen im Bereich häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt besonders betroffene Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen, an aktuelle Entwicklungen angepassten Förderlinien, wie zum Beispiel die Förderlinie „Mobile Teams der Fachberatungsstellen“ oder „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Stärkung der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit“.

Zudem ist das Land mit der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums für die Förderung des Auf- und Ausbaus von Fachberatungsstellen 2021 erstmals in die Finanzierung des ambulanten Hilfesystems eingestiegen. Gefördert werden die Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution, für Betroffene von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, gegen häusliche Gewalt und gegen sexualisierte Gewalt sowie Interventionsstellen, Frauennotrufe und Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.

Das Land Baden-Württemberg hat mehrere Aktionspläne verabschiedet, um bestimmte Bevölkerungsgruppen spezifisch zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem der Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“.

Der Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen (2014) beschreibt das bestehende baden-württembergische Hilfesystem, erarbeitet Handlungsbedarfe und gibt zugleich einen darauf aufbauenden Maßnahmenkatalog vor, um diese Hilfen noch zielgenauer zu verbessern. Der baden-württembergische Landesaktionsplan nimmt nicht allein die häusliche Gewalt in den Blick, sondern auch sexualisierte Gewalt, Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution und Zwangsverheiratung. Mit Hilfe der Analyse der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg und dem Abgleich der Ergebnisse mit dem Landesaktionsplan soll dieser ab 2023 überarbeitet werden.

Zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Coronapandemie (April beziehungsweise Juni 2020) wurden die Soforthilfen für das Frauenhilfe- und -unterstützungssystem ins Leben gerufen. Im Zuge der Coronapandemie mussten die Beratungsstellen sowie die Frauen- und Kinderschutzhäuser ihre tägliche Arbeit umstellen. Als Reaktion darauf wurde mit der Soforthilfe für die Fachberatungsstellen gegen häusliche Gewalt, gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Erwachsene, Interventionsstellen, Frauennotrufe, Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution sowie der Soforthilfe für die Frauen- und Kinderschutzhäuser durch die Landesregierung ein schneller, freiwilliger Beitrag geleistet, um das Angebot auch unter den Umständen der Corona-Krise bestmöglich zu unterstützen.

Um das Beratungsangebot während der Pandemie auch im ländlichen Bereich sicherzustellen, wurde die Förderlinie „Mobile Teams der Fachberatungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt sowie Prostitution und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung während der Coronapandemie“ aufgesetzt. Die mobilen Teams erfahrener Fachberatungsstellen leisten durch innovative, bedarfsgerechte Ansätze über das ganze Land verteilt einen aktiven Beitrag zum Gewaltschutz von Frauen und Kindern, insbesondere im ländlichen Raum. Sie stellen auch eine Antwort auf den gestiegenen Bedarf angesichts des Anstiegs häuslicher Gewalt und die besonderen Herausforderungen durch die Coronapandemie dar.

Digitale Gewalt gegen Frauen hat durch die Coronapandemie zugenommen. Um die Fachberatungsstellen gegen häusliche und sexuelle Gewalt, Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution und für Opfer von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung sowie Frauen- und Kinderschutzhäuser auf diese neuen Herausforderungen besser vorzubereiten und aktiv Betroffene von geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt beraten zu können, wurde eine Förderlinie eingerichtet. Die Förderlinie soll das Hilfesystem und Frauen stärken und ihnen Werkzeuge zum Umgang mit den Gefahren digitaler Gewalt an die Hand geben.

f) Maßnahmen im Gleichstellungsbereich

Um das berufliche Vorankommen von Frauen in der Verwaltung gezielt zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu verbessern, hat Baden-Württemberg ergänzend zu den unterschiedlichen Strategien und Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene ein Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet. Das aktuelle, novellierte Chancengleichheitsgesetz (ChancenG) trat 2016 in Kraft und wurde um die gesetzliche Verankerung von Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich (ab 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern) ergänzt. Das Land fördert durch das ChancenG sowohl die Gleichstellungsarbeit auf Landes-, wie auch auf kommunaler Ebene.

Im Jahr 2022 wurde eine Vernetzungsstelle für kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte für Chancengleichheit der Ministerien eingesetzt, die für mehr Informationsfluss und Austausch von Expertise sorgt sowie die Arbeit der Akteurinnen im Land unterstützt. Durch diese und weitere Maßnahmen das ChancenG betreffend unterstützt die Landesregierung die Gesellschaft und insbesondere die Bevölkerungsgruppe der Frauen dabei, eine eigenverantwortliche Vorsorge für krisenhafte Situationen zu treffen und an entscheidender Stelle mitzubestimmen.

g) Maßnahmen im Bereich der Quartiere

Das gemeinsame Agieren von Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist der einzige Weg, um handlungsfähig zu bleiben und gesellschaftliche Veränderung wirksam zu gestalten. Insgesamt ist es erforderlich, flexibler und innovativer zu werden, über Sektoren hinweg zusammenzuwirken, damit Synergien geschaffen und Ressourcen gut genutzt werden können.

Ein vorbildliches Beispiel für ein gemeinsames Agieren unterschiedlicher staatlicher Ebenen und Akteure ist die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten." des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration. Mit dieser Landesstrategie werden seit 2017 Städte, Gemeinden, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung ihrer Nachbarschaften, Stadtteile und Ortschaften begleitet. Ziel ist es, alters- und generationengerechte Quartiere zu gestalten, in die Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Aufgebaut wurden die Angebotsbausteine Information, Beratung, Förderung, Vernetzung und Qualifizierung. Die Hälfte aller Kommunen im Land hat diese Angebote bereits genutzt.

Dadurch, dass langfristig sowohl Vernetzung als auch Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen verschiedenen Akteuren und Menschen gefördert werden, können Quartiere für aktuelle und zukünftige Krisensituationen gestärkt werden.

Das Quartier ist das „Reallabor", in welchem sich alle Megatrends vom demografischer Wandel, Klimawandel etc. unmittelbar auswirken. Hier können individuelle Lösungen, die direkt der Bevölkerung zu Gute kommt, erprobt werden und wirken.

Erfolgsfaktoren, die auch die wissenschaftliche Begleitung der Landesstrategie durch die DHBW Heidenheim gezeigt hat, sind hier vor allem:

- Kommunikation des Projekts im Quartier;
- Sichtbarkeit/Präsenz von Ansprechpersonen im Quartier;
- Vernetzung und Zusammenwirken aller Akteure auf Augenhöhe;
- Realisierbare Ziele und Transparenz in der Zielerreichung;
- Vermeidung von Parallel- und Konkurrenzstrukturen;
- Einbezug des Landkreises, insbesondere bei kleineren Gemeinden.

h) Maßnahmen im Integrationsbereich

Niedrigschwellige Informationen und Beratungsangebote sind grundsätzlich und insbesondere in Krisensituationen wesentlich, um Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt zu unterstützen. In Baden-Württemberg ist mit dem Integrationsmanagement eine flächendeckende Beratungsstruktur für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung geschaffen worden, die – in der Corona-Krise unterstützt durch zusätzliche Informationsveranstaltung zu relevanten Themen – zu allen Fragen des Alltags berät. Derzeit wird die Verwaltungsvorschrift Integrationsmanagement novelliert, um die Integrationsmanagenden vor Ort weiter zu stärken. Zukünftig ist das Integrationsmanagement im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel langfristig vor Ort gesichert. Zudem hat die Landesregierung mit der Soforthilfe Ukraine schnell und passgenau auf die neuen und zusätzlichen Bedarfe durch die vielen Geflüchteten aus der Ukraine reagiert.

Das Land fördert die Durchführung von Sprachkursen, die diejenigen des Bundes ergänzen, durch die Stadt- und Landkreise. Dadurch werden Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Geflüchtete, in die Lage versetzt, Informationen über Krisen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung besser zu verstehen. Unabhängig davon werden diese Informationen auch in anderen Sprachen verbreitet. Darüber hinaus fördert das Land die Qualifikation ehrenamtlicher Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die bei der Bewältigung von Krisen als Sprachmittlerinnen und -mittler fungieren können.

Um Menschen mit Migrationshintergrund bei Informationen über Krisen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung besser zu erreichen, werden diese über Migrantenorganisationen und ihre Dachverbände als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verbreitet.

Die Landesregierung bindet zudem Migrantenorganisationen und ihre Dachverbände in Krisenfällen eng ein und verfügt dadurch auch über krisenrelevante Kommunikationskanäle in unterschiedliche Milieus und Sprachgemeinschaften.

i) Antidiskriminierungsarbeit

Der Schutz und die Unterstützung von Menschen und Personengruppen, die sich diskriminierenden und/oder rassistischen Anfeindungen ausgesetzt sehen, vor den zusätzlich negativ wirkenden Symptomen von Krisen ist Gegenstand und Zweck einer flächendeckenden Antidiskriminierungsarbeit. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen im Fall einer erlebten Diskriminierung schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten können. Bereits im Vorfeld möglicher Krisen ist zu berücksichtigen, dass die Antidiskriminierungsberatungslandschaft in einer Weise auf- und ausgebaut ist, um den Anforderungen während der Krisensituation standzuhalten, die sich durch die Zunahme von Beratungsanfragen und die spezifischen, gegebenenfalls neu entstehenden Diskriminierungssituationen ergeben. In Baden-Württemberg gibt es derzeit neun lokale Antidiskriminierungsberatungsstellen. Diese sind in Esslingen, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Stuttgart und Tübingen/ Reutlingen angesiedelt. Zudem gibt es eine überregionale Beratungsstelle.

Im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 ist darüber hinaus die Aufstellung eines „Landesaktionsplans gegen Diskriminierung und Rassismus“ (LAP) vorgesehen. Der Landesaktionsplan soll die bereits bestehenden Maßnahmen des Landes zusammenführen und kenntlich machen sowie Bereiche identifizieren, in denen ein Bedarf besteht, weitere Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus vorzusehen. Die Stärkung der Maßnahmen gegen Diskriminierung zielt auch darauf ab, von Diskriminierung Betroffene in Krisensituationen zu unterstützen.

j) Maßnahmen im Gesundheitsbereich bezüglich des Klimawandels

Das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (LGA) hat als fachliche Leitstelle des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in 2022 das Kompetenzzentrum „Klimawandel und Gesundheit“ eingerichtet, um speziell die Arbeit des ÖGD zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen.

Bezüglich der gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze unterstützt das Kompetenzzentrum durch diverse Aktivitäten die Erstellung und Umsetzung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit (kurz HAP) auf kommunaler Ebene. Die besondere Beachtung von Risikogruppen (vgl. Antwort zu Frage I. 2.) ist eines der acht Kernelemente der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eines HAP und spielt bei der Erstellung von HAP in Baden-Württemberg eine zentrale Rolle. Unter Leitung des LGA wird im Rahmen eines durch das Bundesministerium für Gesundheit geförderten Verbundprojektes „Hitzeaktionsplan Öffentlicher Gesundheitsdienst BW (HOT BW)“ der Frage nachgegangen, welche Strukturen nötig sind, damit der ÖGD die Entwicklung und Umsetzung von HAP in Baden-Württemberg sinnvoll unterstützen und vorantreiben kann. Zusätzlich wird die Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen zu Hitzeschutz und HAP für den ÖGD (s. *https://www.gesundheitsamt-bw.de/lga/de/themen/gesundheit-umwelt/gesundheit-hitze/informationen-fuer-den-oegd/*), die Sensibilisierung und Information im Rahmen von Vorträgen und Panels, der Aufbau eines Netzwerks auf Landes- und Bundesebene mit relevanten Akteuren des Hitzeschutzes und dem Aufbau einer Informationsveranstaltungsreihe für den ÖGD im Jahr 2023 fortgeführt und weiterentwickelt. Seit Januar 2023 bietet das LGA Gesundheitsämtern die Plattform für einen kollegialen Erfahrungs- und Wissensaustausch zum Thema Hitzeschutz und Hitzeaktionsplan.

Das Landesgesundheitsamt sorgt außerdem mittels Schulungsveranstaltungen für die Gesundheitsämter allgemein zum Thema Klimawandel und Gesundheit dafür, dass diese in ihren Kreisen dem Klimawandel adäquat begegnen können.

Bezüglich der Gefährdung durch die Ansiedlung von Vektoren wie der asiatischen Tigermücke (Aedes albopictus) und der dadurch begünstigten Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie Dengue-, Chikungunya- und Zika-Virusinfektionen bestehen innerhalb Baden-Württembergs regionale Unterschiede. Zur Einschätzung der entsprechenden Risiken und der Entwicklung entsprechender gezielter Maßnahmen hat das Landesgesundheitsamt in Kooperation mit der Universität Bayreuth Modellierungen zu den Gunsträumen für die Ansiedlung von Aedes albopictus durchgeführt. Eine weitere Modellierung zum Risiko von West-Nil-Virus Infektionen ist Anfang des Jahres beauftragt worden. Diese Modellierung ermöglicht es, zukünftig über die Gesundheitsämter und die Einbindung der niedergelassenen Ärzteschaft zielgerichtet Präventionsmaßnahmen zum Schutz der vulnerablen Bevölkerung durchzuführen.

Wichtig ist eine gute Information der Bevölkerung, die alle genannten Gruppen erreicht und in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention eine Stärkung der Gesundheitskompetenz bewirkt.

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Landeszentrum für Gesundheit Nordrhein-Westfalen wird zurzeit der StadtRaumMonitor (SRM, *https://stadtraummonitor.bzga.de/#srmbackgrnd*), ein Bürgerbeteiligungsinstrument zur Bewertung des direkten Lebensumfeldes in Bezug auf Klimaanpassung, pilotiert. Ziel ist es, den SRM so weiterzuentwickeln, dass Kommunen ihn für Anpassungsprozesse in Bezug auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels nutzen können.

k) Maßnahmen im Gesundheitsbereich bezüglich Coronapandemie

Der Schutz von Risikogruppen (vgl. Antwort zu Frage I. 2.) stellte eines der Kernelemente der Corona-Strategie der Landesregierung dar. So verfolgten insbesondere zahlreiche Regelungen in den Corona-Verordnungen des Landes das Ziel des Schutzes von Risikogruppen. Diese wurden stets der aktuell herrschenden pandemischen Situation unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes angepasst.

So diente insbesondere die Verordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zur Eindämmung von Übertragungen des Virus SARS-CoV-2 in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen sowie Unterstützungsangeboten im Vor- und Umfeld von Pflege (Corona-Verordnung Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen) dem Schutz der in besonders schutzwürdigen Einrichtungen behandelten, betreuten, gepflegten oder untergebrachten älteren Personen und Menschen mit Grunderkrankungen. Hier wurden besondere Schutzmaßnahmen wie etwa Masken- und Testpflichten für Besucherinnen und Besucher und das Personal angeordnet. Die Corona-Verordnung sah zum Schutz vulnerabler Personen zudem Maskenpflichten in Arzt- und Zahnarztpraxen, in Einrichtungen und Fahrzeugen sowie an Einsatzorten des Rettungsdienstes und in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe vor. Um die Verbreitung des Virus SARS-CoV-2 einzudämmen und damit auch vulnerablen Personengruppen die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur Erledigung ihrer Alltagsgeschäfte zu ermöglichen, wurde außerdem zeitweise eine Maskenpflicht im ÖPNV angeordnet.

Die Landesregierung hat zur Berücksichtigung der spezifischen Belange verschiedener Risikogruppen Informationsschreiben und Handreichungen erstellt. Zu nennen sind hier insbesondere:

- Informationsschreiben Hygiene in Pflegeeinrichtungen an die Heimaufsichten, März 2020,

- Empfehlungen zur Prävention von sowie Umgang mit Infektionen mit SARS-CoV-2 in den Landeserstaufnahmestellen für Flüchtlinge, an die Regierungspräsidien, April 2020,
- Gemeinsame Empfehlungen und Hinweise für die Durchführung von und zur Hygiene bei Angeboten und für den Betrieb von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg, Juni 2020,
- Empfehlungen zum Umgang mit Erkältungs- und Krankheitssymptomen bei Kindern und Jugendlichen, Juli 2020,
- Handlungsleitfaden zum Kontaktpersonenmanagement und Umgang mit SARS-CoV-2 positiven Fällen in Schulen und Kitas, November 2020.

Die Erarbeitung und Kommunikation der entsprechenden Handlungsempfehlungen erfolgte insbesondere durch Einbeziehung der jeweiligen Fachexpertise in verschiedenen Arbeitsgruppen wie z. B. der Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe oder der Task Force Erziehungshilfe.

5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um strukturelle Ursachen für Krisen, die die Bevölkerung treffen, zu beseitigen und die Auswirkungen zu minimieren?

Strukturelle Ursachen von Krisen sind vielschichtig und deren Auswirkungen können je nach Lage aus den verschiedensten Gründen in einer Krise verstärkt in den Vordergrund rücken. Eine Beseitigung solcher Ursachen ist angesichts der Komplexität unserer Gesellschaft und den zahlreichen Interdependenzen in einer globalisierten Welt nicht immer möglich.

In diesen Fällen muss der Fokus darauf gerichtet sein, die Auswirkungen bestmöglich zu minimieren.

Risiko- und Krisenmanagement

Zentral hierfür ist ein zielgerichtetes und wirkungsvolles Risiko- und Krisenmanagement. Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen weist darauf hin, dass ein gut funktionierendes Krisenmanagement zentraler Baustein der Sicherheitsarchitektur unseres Landes ist. Daher sollen die bestehenden und bewährten Strukturen im Rahmen der vorhandenen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen weiter optimiert, ausgebaut und das ressortübergreifende Krisenmanagement des Landes für zukünftige Herausforderungen bestmöglich aufgestellt werden. Risikomanagement und -minimierung müssen in der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik als Instrument zum Erhalt unserer Lebensgrundlage, zur Arbeitsplatzsicherung, zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg begriffen werden.

Für Krisen, aus denen Gefahrenlagen für die Bevölkerung entstehen, die ein Eingreifen von Feuerwehren, Rettungsdienst oder Katastrophenschutz erforderlich machen, bedarf es eines leistungsfähigen Bevölkerungsschutzes, der sich auf sich verändernde Rahmenbedingungen einstellt. Festzustellen ist, dass sich die Struktur des Bevölkerungsschutzes in Baden-Württemberg, gerade auch während der Coronapandemie, etabliert und bewährt hat.

Die Dienststellen und Einrichtungen der Polizei Baden-Württemberg sind bereits in ihrer allgemeinen Aufbauorganisation breit aufgestellt und sehen für besondere Einsatzlagen, auch als Auswirkungen in Krisenzeiten, situationsangepasste Strukturen zur Lagebewältigung vor. Darüber hinaus trägt das LfV als Frühwarnsystem der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dazu bei, Krisen früh zu erkennen, die Verfassungsfeinden oder ausländischen Nachrichtendiensten Gelegenheit bieten können, gesellschaftliche Unsicherheiten zu verstärken und zu instrumentalisieren.

Wie in der Antwort auf die Frage I. 1. dargestellt, verbleibt trotz bestmöglicher staatlicher Vorbereitung immer auch ein Restrisiko. Daher ist es erforderlich, bei

den Menschen das Krisenbewusstsein weiter zu schärfen und dadurch die Bereitschaft zur Selbsthilfefähigkeit zu stärken und das Bewusstsein für die Eigenverantwortung zu wecken.

Bildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Gute Bildung in Kindertageseinrichtungen und Schulen ist die beste Vorsorge für den konstruktiven, individuellen Umgang mit Krisen.

Grundsätzlich haben Schulen den in der Landesverfassung verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verwirklichen. Jeder junge Mensch muss zur Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verweist auf das Schulgesetz für Baden-Württemberg § 1 Absatz 1: *„[…] Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler […] zur Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen […], auf die Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten vorzubereiten und die dazu notwendige Urteils- und Entscheidungsfähigkeit zu vermitteln […], auf die Mannigfaltigkeit der Lebensaufgaben […] vorzubereiten."* (s. § 1 Absatz 2 SchG).

Des Weiteren wird auf die Beantwortung der Fragen I. 1., II. 1., II. 2. und II. 3. verwiesen.

Klimawandel und erneuerbare Energien

Baden-Württemberg soll bis 2040 treibhausgasneutral sein. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hält fest, dass bis 2030 hierfür eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 65 Prozent (gegenüber 1990) erforderlich ist. Das entspricht auf alle Sektoren verteilt einem Emissionsrückgang von rund 32 Millionen CO_2-Äquivalenten im Jahr 2030. Auch die Beiträge der einzelnen Sektoren zur Emissionsminderung, die sogenannten Sektorziele, sind Bestandteil des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz des Landes Baden-Württemberg (KlimaG BW). Sie geben vor, welche Einsparungen an Emissionen in den verschiedenen Bereichen (Energiewirtschaft, Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft, Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft sowie Abfallwirtschaft) in den kommenden knapp acht Jahren erreicht werden müssen. Alle Maßnahmen, welche die Landesregierung zur Emissionsminderung ergreift, sind im Klima-Maßnahmen-Register (KMR) zusammengefasst: *https://klimaschutzland.baden-wuerttemberg.de/kmr*. Die Maßnahmen im Klima-Maßnahmen-Register sind nach Sektoren gegliedert, die Verantwortung für das Ergreifen zusätzlicher Maßnahmen liegt bei dem jeweils federführenden Ministerium.

Die Verringerung der Abhängigkeit von endlichen fossilen Energiequellen ist ein zusätzlicher wichtiger Baustein, um zukünftige Energiekrisen zu verhindern und der Klimakrise entgegenzusteuern. Mit der Etablierung der am Staatsministerium angesiedelten „Task Force Erneuerbare Energien" im Herbst 2021 hat die Landesregierung der Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien höchste Priorität eingeräumt.

Die Landesregierung unterstützt die Netzbetreiber im Land bei dem dafür notwendigen Ausbau des Stromübertragungs- und -verteilnetzes. In der „Arbeitsgruppe 5 Netzanschluss von Erneuerbare Energien-Anlagen" der „Task Force Erneuerbare Energien" werden Maßnahmen ermittelt, die den Netzanschluss von Erneuerbare Energien-Anlagen beschleunigen und eine bessere Abstimmung der Beteiligten beim Anschluss an das Stromnetz herbeiführen sollen.

Im Zeitraum von 2018 bis 2021 hat die Landesregierung in zwei Förderrunden Batteriespeicher für Photovoltaik-Anlagen bezuschusst. Mit einem Batteriespeicher lässt sich die Autarkiequote auf bis zu ca. 80 Prozent steigern; eine netzdienliche Fahrweise des Speichers trägt zudem mit zur Stabilisierung des Stromnetzes bei.

Außerdem wird auch die Wärmeversorgung in Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten sukzessive dekarbonisiert und dadurch zukunftsfest und belastbar gestaltet. Um dies zu erreichen und gleichzeitig die Resilienz von Gebäuden zu stärken, setzt sich die Landesregierung für die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden sowie den Einsatz Erneuerbarer Energien zur Heizung, Kühlung und Warmwasserbereitung von Gebäuden ein. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise das Erneuerbare-Wärmegesetz Baden-Württemberg (EWärmeG), die Photovoltaikpflicht sowie der im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erstellte Beitrag „Neukonzeption des Gebäudeenergiegesetzes (GEG 2.0)“ zu nennen. Gleichzeitig wird die Wärmewende durch die im KlimaG BW verankerte kommunale Wärmeplanung unterstützt.

Darüber hinaus wird die Umsetzung der Wärmewende im Land – ergänzend zur Bundesförderung – im Rahmen des Landesförderprogramms Energieeffiziente Wärmenetze unterstützt. Gefördert werden Investitionen in energieeffiziente Wärmenetze unter Nutzung von Erneuerbaren Energien, industrieller Abwärme und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung.

Hinsichtlich weiterer Details zur kommunalen Wärmeplanung und kommunalen Wärmewende wird auf die Drucksachen des Landtags 17/3049 „Wärmeversorgung in Baden-Württemberg“ (insbesondere Fragen 6., 8., 9.) und 17/3668 „Wasserstoff im Wärmemarkt“ (insbesondere Frage 3.) verwiesen.

Immissionsschutz

Zur Erreichung der Energieeinsparungsziele in der aktuellen Energiekrise wurden Gegenmaßnahmen, wie z. B. eine Diversifizierung der Bezugsquellen, eine beschleunigte Energiewende und Möglichkeiten zum sogenannten „Fuel-Switch“ zusammen mit der Bundesregierung eingeleitet. Um die Diversifizierung auch bei immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen, in denen ein gewichtiger Teil des Gasverbrauchs stattfindet, genehmigungsrechtlich zu ermöglichen und gleichzeitig weiterhin ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu gewährleisten, braucht es flexible Verwaltungsverfahren, die es erlauben, schnell zu reagieren. Für den Fall der Gasmangellage wurde dies zusammen mit der Bundesregierung über Änderungen im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) im Rahmen der durch EU-Recht begrenzten Möglichkeiten realisiert und der Vollzug im Land rasch darauf vorbereitet und unterstützt. Für weitergehende Maßnahmen im Krisenfall bedarf es Änderungen im EU-Recht. Der aktuelle Vorschlag zur Novellierung der Richtlinie über Industrieemissionen (IE-Richtlinie) enthält den Entwurf einer entsprechenden Notfallklausel.

Kernenergie und Strahlenschutz

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft begleitet aktiv den Ausstiegsprozess aus der Kernkrafttechnologie unter anderem durch zügige Rückbau- und Stilllegungsgenehmigungsverfahren und durch eine intensive Aufsicht auch vor Ort bei der Durchführung des Rückbaus. Auch während des Rückbaus hat weiterhin die Sicherheit Vorrang.

Für radiologische Notfallereignisse existiert ein radiologisches Lagezentrum des Landes, das szenarienabhängig die radiologische Lage ermittelt, den Vollzugsbehörden geeignete radiologische Schutzmaßnahmen empfiehlt und als Fachberater der Katastrophenschutzbehörden fungiert. Für Szenarien, für die das radiologische Lagezentrum des Bundes die Federführung bei der Ermittlung der radiologischen Lage und geeigneter Schutzmaßnahmen übernimmt, liegt der Schwerpunkt auf der radiologischen Beratung der Vollzugsbehörden und der Bevölkerung.

Messungen sind ein wichtiges Element zur Ermittlung der radiologischen Situation und bilden die Basis für geeignete Schutzmaßnahmen. Hierfür existieren radiologische Landesmessstellen, deren Ressourcen und Personal in den vergangenen Jahren ausgebaut wurden.

Die Stärkung der Fähigkeiten bei der nuklearen Gefahrenabwehr ist in der Koalitionsvereinbarung der laufenden Legislaturperiode einer der Schwerpunkte der Landesregierung. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen wurden notwendige Einsatzmittel beschafft und entsprechende Organisationsstrukturen und Einsatzstrategien aufgebaut. In allen genannten Bereichen finden regelmäßige Trainings und Übungen statt.

Biodiversität

Im Fall der Biodiversitätskrise sind große Anstrengungen nötig und bestehende Wissenslücken müssen geschlossen werden. Der Landtag hat am 22. Juli 2020 das Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes mit großer Mehrheit beschlossen. Das Gesetz trat am 31. Juli 2020 in Kraft.

Die gesetzlichen (und damit verbindlichen) Regelungen des „Biodiversitätsstärkungsgesetzes“ leisten einen zentral wichtigen und wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Biodiversitätskrise. Hierzu zählen die Erhöhung des Anteils der ökologischen Landwirtschaft und die Reduktion von Pestiziden ebenso wie der Ausbau von Refugialflächen, der bessere Schutz von Streuobstbeständen, das Verbot von Schottergärten oder auch die Umrüstung auf insektenfreundliche Straßenbeleuchtung.

Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft

Die Erfahrungen aus vergangenen Krisen haben gezeigt, dass die Wirtschaft Baden-Württembergs stärker auf außenwirtschaftlich induzierte Nachfragestörungen reagiert, wobei sich die Auswirkungen nach Wegfall der Ursachen bislang nicht als persistent gezeigt haben. Die strukturellen Gründe, die beispielsweise 2009 zu einer vergleichsweise tiefen Rezession beigetragen haben – hoher Wertschöpfungsanteil des verarbeitenden Gewerbes bei starker Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten – ließen die heimische Wirtschaft in der Erholungsphase auch an der lebhaften Nachfrage internationaler Wachstumsmärkte nach Ausrüstungsinvestitionen teilhaben.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus weist darauf hin, dass generell die vielfältigen Maßnahmen zur Förderung von Innovationen und Investitionen, Werbung von Fachkräften im In- und Ausland ebenso dazu beitragen, die Resilienz der Wirtschaft zu stärken, wie alle Ansätze, Absatz- und Bezugsmärkte international weiter zu diversifizieren. Gleichzeitig wird die Digitalisierung auch im ländlichen Raum und innerhalb der Verwaltung vorangebracht. Außerdem ist das richtige Maß an Bürokratie beim Beseitigen der Krisen von entscheidender Bedeutung, sodass die Verwaltung einerseits schnelle Hilfe leisten, auf der anderen Seite Missbrauch bei Hilfsmaßnahmen verhindern kann.

Maßnahmen gegen Versorgungskrisen

Durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise vom 04.04.2017 (Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz – ESVG) wurde die staatliche Ernährungsvorsorge rechtlich neu geordnet.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz weist darauf hin, dass mit dem ESVG eine einheitliche Rechtsgrundlage für zivile und militärisch bedingte Versorgungskrisen geschaffen wurde. Zeitgleich traten die bisherigen Gesetze, das Ernährungssicherstellungsgesetzes (ESG) und das Ernährungsvorsorgegesetzes (EVG) außer Kraft, darauf fußende Rechtsverordnungen, die Ernährungsbewirtschaftungsverordnung (EBewiV) und die Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung (EWMV) wurden aufgehoben.

Einheitliche Auslöseschwelle für die Anwendung des Gesetzes ist die Feststellung einer Versorgungskrise durch die Bundesregierung. Diese tritt ein, wenn die Bundesregierung rechtsverbindlich festgestellt hat, dass die Deckung des lebens-

notwendigen Bedarfs an Lebensmitteln in mindestens zwei Ländern ernsthaft gefährdet ist und diese Gefährdung ohne hoheitliche Eingriffe in den Markt nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben ist.

Für Maßnahmen zur Vorsorge für eine Versorgungskrise ist in § 12 ESVG festgelegt, dass die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder organisatorische, personelle und materielle Vorkehrungen treffen, um die Ausführungen dieses Gesetzes in einer Versorgungskrise sicherstellen zu können.

Entgegen den bisherigen Regelungen ist das ESVG von den Ländern als eigene Angelegenheit auszuführen, soweit sie nicht Zwecken der Verteidigung dienen. Allein das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) kann jedoch durch den Erlass von Rechtsverordnungen, mit Zustimmung des Bundesrates, eine Konkretisierung der Rechtslage herbeiführen.

Inzwischen konnten Verbesserungen in der Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV), unterhalb gesetzlicher Regelungen, auf den Weg gebracht werden. Diese Verbesserungen bestehen aus einem ENV-Aufgabenkatalog, einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise sowie dem Entwurf einer Leitlinie zur hoheitlichen Verteilung von Lebensmitteln in einer Versorgungskrise. Um bundesweit eine möglichst einheitliche Umsetzung des ESVG zu gewährleisten, wurden diese Verfahrensregeln erarbeitet.

Zwischen Bund und Ländern wurde ein ENV-Aufgabenkatalog vereinbart. Dieser umfasst die erforderlichen Einzelaufgaben, die von den nachgeordneten Behörden in den Ländern auf dem Gebiet der Ernährungsnotfallvorsorge (ENV) vorbereitend beziehungsweise im Krisenfall wahrzunehmen sind. Dies ist ein wichtiges Instrument, um bundesweit eine möglichst einheitliche Umsetzung des ESVG zu gewährleisten.

Darüber hinaus wurde eine Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise abgeschlossen und zum 1. April 2021 in Kraft gesetzt. Sie legt die Zusammenarbeit in einer Versorgungskrise, insbesondere Gremien und Verfahren zur gegenseitigen Information und Koordinierung fest. Sie soll im Krisenfall ein „Versorgungsmanagement“ ermöglichen, in dem die Koordinierung des Gesetzesvollzugs, sowie eine einheitliche Außenkommunikation vereinbart und abgestimmt werden kann.

Derzeit wird zwischen dem Bund und den Ländern der Entwurf einer Leitlinie erarbeitet. Dieser soll den für die Ernährungsnotfallvorsorge zuständigen Stellen auf allen Verwaltungsebenen eine Handlungsempfehlung zur hoheitlichen Verteilung von Lebensmitteln in einer Versorgungskrise geben. Die Leitlinie wird durch die Referentinnen und Referenten für Ernährungsnotfallvorsorge des Bundes und der Länder unter Einbeziehung des Lebensmitteleinzelhandels erarbeitet.

Weiter wird derzeit ein Ausführungsgesetz zur Regelung der Zuständigkeiten für die Ernährungsnotfallvorsorge im Land erarbeitet.

III. Kommunikation

1. Wie werden zum einen die Bevölkerung, zum anderen Einrichtungen und Institutionen, die sich um Menschen kümmern, die selbst keine Krisenvorsorge treffen können, hinsichtlich krisenbezogener Fragen sowohl zur Krisenvorsorge als auch in einer krisenhaften Lage unter Darlegung der Kommunikationsformen und Kommunikationskanäle durch die Landesregierung oder andere Akteurinnen und Akteure informiert?

Die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung obliegen allen Ressorts des Landes je nach deren jeweiliger fachlicher Betroffenheit von einem Krisenereignis. Hierbei gilt der Grundsatz, dass die Ressorts auch bei Krisen für die erforder-

lichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung in ihrem Zuständigkeitsbereich zuständig. Hierzu gehört auch die Information der entsprechenden Bereiche. Denn diejenigen, die die rechtlichen und ressortspezifischen Zuständigkeiten innehaben, sind bestmöglich in der Lage, die Gesamtzusammenhänge für ihren Bereich umfassend zu bewerten und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen und erforderliche Informationen weiterzugeben.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nennt folgende Kanäle, die der Landesregierung neben den üblichen Kommunikationsmitteln zusätzlich zur Verfügung stehen:

Während der Coronapandemie hat die Landesregierung mit dem Chatbot COREY ein neues Instrument zur Krisenkommunikation eingesetzt. Der Chatbot, aufgebaut auf Methoden der künstlichen Intelligenz kombiniert mit menschlicher Intelligenz, beantwortete Fragen der Nutzerinnen und Nutzer zum Corona-Virus und den Corona-Verordnungen. Der Chatbot war damit eine Einstiegshilfe zu den unterschiedlichsten Themen rund um Corona, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger sich selbst durch die Internetseiten klicken mussten. Zudem war er eine wertvolle digitale Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über die Hotline des Landes, per E-Mail oder in den Sozialen Medien Fragen zu Corona beantworteten. Der Einsatz von COREY hat sich bewährt. Dieser Kommunikationskanal soll daher auch in künftigen Krisenlagen wieder eingesetzt werden, wenn es sich aufgrund der Lage anbietet.

Der Sonderinformationsdienst der Landesregierung, kurz Kriseninternet, ist ebenfalls ein wichtiges Element der Krisenkommunikationsstrukturen des Landes. Das Kriseninternet kann ressortübergreifend bei Großschadenlagen zur Information der Bevölkerung eingesetzt werden, wenn die Systeme der Ressorts beispielsweise wegen Überlastung durch extrem hohe Zugriffszahlen nicht mehr verfügbar sind. Durch das derzeit genutzte Cloud-System ist das Kriseninternet hochverfügbar und stellt damit eine wichtige Redundanz im Krisenfall dar.

Zur amtlichen Warnung der Bevölkerung vor Gefahrenlagen steht allen für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden das satellitengestützte Modulare Warnsystem (MoWaS) zur Verfügung. Über MoWaS können alle angeschlossenen Warnmittel zeitgleich mit einer Eingabe ausgelöst werden. Warnmeldungen können damit auf möglichst vielen Wegen verbreitet werden, um so einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu erreichen. Derzeit sind an MoWaS die Warn-Apps NINA, KATWARN und BIWAPP, einige regionale Warn-Apps, Cell Broadcast, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitungsredaktionen und Onlinedienste, digitale Stadtinformationstafeln und einige Verkehrsunternehmen angeschlossen. Alle Warnmeldungen über MoWaS werden auch auf der vom BBK betriebenen Internetseite *www.warnung.bund.de* veröffentlicht. Zukünftig sollen auch Sirenen an MoWaS angeschlossen werden.

Krisenkommunikation im sozialen Bereich

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration informiert – analog zu anderen Landes- und Bundesbehörden – über alle gängigen Informationskanäle. Dies umfasst alle Formen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sei es über die klassische Pressemitteilung, das Beantworten von Anfragen von Medien sowie Bürgerinnen und Bürgern, Websites, Social-Media-Kanäle, per Brief, Rundschreiben, Mail, Telefon, Video-Chat in Gebärdensprache, etc. Inhalte der Homepage, Merkblätter und Rundschreiben werden teilweise in mehr als zehn Sprachen zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich können bei Bedarf spezielle Formate und Task Forces etabliert werden, um betreffende Einrichtungen und Institutionen zu informieren. Beispielsweise wurde während der Coronapandemie die Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe geschaffen. Ziel ist es, sowohl Informationen und Handlungsanweisungen zur Verfügung zu stellen, als auch auf Fragen und Anregungen einzugehen.

Generell kann konstatiert werden, dass die bestehenden Netzwerke in der Familien-, Kinder- und Jugendarbeit, aber beispielsweise auch zu Trägereinrichtungen im Ehrenamt ein wichtiger Transmissionsriemen zum Informationsaustausch im Krisenfall sein können. Hervorzuheben ist hier insbesondere die Bedeutung langjähriger und etablierter Strukturen und einer dadurch bestehenden Vertrauensbasis.

Im Zuge der Coronapandemie hat sich gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund teilweise nur eingeschränkt mit Informationen über die Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erreicht werden konnten. Ein Grund dafür war die Sprachbarriere. Informationen im Internetauftritt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration sind daher in mehreren Sprachen erfolgt. Um darüber hinaus Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erreichen, wurden Informationen auch über die Migrantenorganisationen verbreitet.

2. Wie wird sichergestellt, dass grundsätzliche Informationen, insbesondere in einer Krise, die gesamte Bevölkerung erreichen (mit Bezug auf Kommunikationsformate, Informationskanäle und interkulturell genutzte Kanäle sowie die Sprache und Sprachvermittlung, mit besonderem Blick auch auf Mehrsprachigkeit, funktionalen Analphabetismus, Sinnesbeeinträchtigungen sowie kognitive Einschränkungen)?

Wichtig ist bei der Krisenkommunikation, verschiedenste Kanäle zu bedienen, um so möglichst viele Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation erreichen zu können.

Dies ist insbesondere bei der Warnung der Bevölkerung vor Gefahrensituationen von zentraler Bedeutung. Die Landesregierung setzt daher auf den sogenannten Warnmix aus unterschiedlichen Warnmitteln und -kanälen. Als zentrales Element nennt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen hierbei das in der Antwort auf die Frage III. 2. dargestellte MoWaS.

Auf lokaler Ebene können neben MoWaS also auch lokale Warnmittel wie Sirenen oder Lautsprecherdurchsagen aus Fahrzeugen eingesetzt werden. Warnungen können auch über Soziale Medien oder Internetauftritte verbreitet werden. Je nach konkreter Gefahrenlage sind vor Ort auch persönliche Ansprachen durch Gemeindebedienstete oder Einsatzkräfte möglich.

Die an MoWaS angeschlossene Warn-App NINA bietet eine Mehrsprachigkeits-Funktion und kann neben Deutsch in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch wiedergegeben werden. Alle Menü-Elemente, die Informationsbereiche und wichtige Inhalte von Warnmeldungen, wie der Ereignistyp, das Warngebiet und die wesentlichen Handlungsempfehlungen, werden übersetzt. Die Freisprachen-Texte in den Warnmeldungen können derzeit nach Informationen des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) noch nicht mehrsprachig angeboten werden. NINA bietet die Option, deutsche Leichte Sprache auszuwählen. Darüber hinaus ist NINA dazu in der Lage, mithilfe einer Screenreader-Software den Text einer Warnmeldung vorzulesen.

Über den seit Februar 2023 im Wirkbetrieb an MoWaS angeschlossenen Warnkanal Cell Broadcast ist es möglich, auch Menschen ohne vorinstallierte WarnApp oder Menschen ohne Kenntnis über regionale Warnkanäle, wie beispielsweise Touristen, zu erreichen.

Die Nutzung des Radios zur Warnung der Bevölkerung bietet insbesondere für Menschen, die nicht lesen können, eine Möglichkeit, Informationen und Handlungsempfehlungen zu Gefahrenlagen zu erhalten. Menschen, die nicht lesen können, können zugleich durch akustische Signale von Sirenen oder Lautsprecheransagen auf Gefahrenlagen aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus können im Fernsehen Spruchbänder und Texteinblendungen genutzt werden, um gehörlose Menschen auf Gefahrensituationen aufmerksam zu machen.

So wird sichergestellt, dass möglichst viele Bevölkerungsgruppen auf allen zur Verfügung stehenden Wegen mit relevanten Informationen versorgt werden können.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration stellt nach Möglichkeit wichtige Informationen nach Möglichkeit in mehreren Sprachen, in einfacher Sprache sowie barrierefrei zur Verfügung. Komplexe Vorgänge werden grafisch aufbereitet, um eine bessere Verständlichkeit und damit schnelle Information der Öffentlichkeit zu erreichen. Pressestatements werden bei sehr hoher Relevanz von Gebärdendolmetschern simultanübersetzt.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration wurde ein Landeszentrum Barrierefreiheit errichtet, welches im Dezember 2022 seine Arbeit aufgenommen hat. Es berät öffentliche Stellen im Sinne des § 2 Landes-Behindertengleichstellungsgesetz kostenlos zu allen Aspekten der Barrierefreiheit. Hierzu zählt auch die Thematik der barrierefreien Kommunikation, wie zum Beispiel Leichte Sprache. Durch eine barrierefreie Kommunikation kann nicht nur in Krisensituationen der Informationsfluss zwischen Verwaltung und Bevölkerung grundsätzlich verbessert werden.

Zu Menschen mit Migrationshintergrund vgl. Antwort zu Frage III. 1. Auch in künftigen Krisenlagen ist diese Vorgehensweise möglich.

3. Welche Informationen liegen der Landesregierung darüber vor, welche Bevölkerungsgruppen in Krisen aus welchen Gründen nur schwer oder gar nicht zu erreichen sind, mit Bezug auf den Ort der möglichen Kontaktaufnahme?

4. Verfügt die Landesregierung über Pläne, wie die in der Antwort zu Frage 3 genannten Bevölkerungsgruppen zukünftig über Krisenvorsorge und Schutzmaßnahmen informiert und auch tatsächlich erreicht werden können?

Das Staatsministerium beantwortet die Fragen III. 1. bis 4. aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam.

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen III. 3. und III. 4. durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration gemeinsam beantwortet.

Die Landesregierung sieht sich verpflichtet, die Bürgerinnen und Bürger mit zeitgemäßen Mitteln über ihre politische Arbeit zu informieren. Wie andere Länder und der Bund sieht sie soziale Netzwerke daher als wichtige Kommunikationskanäle an, um ihrer Informationspflicht nachzukommen und dort präsente, anderweitig schwer erreichbare Bürgerinnen und Bürger anzusprechen.

Soziale Medien sind zu einem wesentlichen Bestandteil im Informations- und Kommunikationsverhalten vieler Menschen geworden: Die Hälfte der Bevölkerung ab 14 Jahren ist wöchentlich oder häufiger in den Sozialen Medien unterwegs. Die hohe Zahl der Nutzerinnen und Nutzer der Kanäle der Landesregierung in den Sozialen Medien rechtfertigt dieses weitere Informationsangebot. Die Präsenz ermöglicht denjenigen eine Teilhabe an seriöser, gesicherter Information, die soziale Medien vordergründig oder ausschließlich als Informationsquelle nutzen. Gleichzeitig stellt sich die Landesregierung dort kursierenden Fake News, Verschwörungsmythen und gezielter Desinformation bewusst entgegen.

Die Landesregierung verfolgt die Strategie, wichtige Informationen breit und kanalübergreifend auszuspielen, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern eine Teilhabe an gesellschaftspolitisch relevanten Themen und Nachrichten zu ermöglichen. Klar ist aber auch, dass die Website *www.baden-württemberg.de* und die zugehörigen Webseiten der Ministerien die zentralen Informationsplattformen darstellen.

Das bedeutet: Die Landesregierung veröffentlicht keine exklusiven Inhalte in den sozialen Netzwerken. Alle dort veröffentlichten Informationen lassen sich auf

dem Landesportal „Baden-Württemberg.de“ und den Webseiten der Ministerien finden. Es entsteht somit keine Situation, in der Personen gezwungen sind, Soziale Medien zu nutzen, um Nachrichten, Mitteilungen und Auskünfte seitens der Landesregierung zu bekommen. Es handelt sich um zusätzliche Kanäle in dem übergreifenden Kommunikationsangebot.

Die interaktiven Funktionen (Kommentieren, Bewerten, etc.), die Soziale Medien eröffnen, gehen über das reine Informationsangebot hinaus und sind darauf ausgerichtet, in einen intensivierten Austausch mit der Landesregierung zu treten. Auch hierfür bietet diese alternativen Kommunikationsmöglichkeiten außerhalb der sozialen Netzwerke, wie zum Beispiel E-Mail, Kontaktformulare, Bürgertelefon oder Beteiligungsportal.

Die Landesregierung Baden-Württemberg spielt bedeutende Informationen zu aktuellen und wichtigen Themen, z. B. Coronapandemie oder Energiekrise, auch über die datenschutzfreundlichen Messenger-Dienste „Threema“, „Signal“ und „Telegram“ aus.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen nennt als Ziel einer guten Krisenkommunikation, möglichst viele Menschen zu erreichen. Hierfür nutzen die zuständigen Behörden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, wobei es entscheidend darauf ankommt, dass sich alle betroffenen Menschen dieser Informationen bedienen.

Welche Kommunikationswege und -strukturen im konkreten Fall genutzt werden, ist selbstredend stets szenarienabhängig und orientiert sich an den verfolgten Zielen.

Ergänzend wird auf die Antwort zur Frage II. 2. verwiesen.

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, welches verschiedene Zielgruppen im Blick hat, ist es ein großes Anliegen, die gesellschaftlichen Gruppen gezielt zu informieren und zu unterstützen.

Grundsätzlich werden in einer fragmentierten Öffentlichkeit Informationen unterschiedlich auf- und wahrgenommen. Ziel staatlicher Öffentlichkeitsarbeit ist es, möglichst umfassend und niedrigschwellig zu informieren. Dazu gehört die Wahl unterschiedlicher Informationskanäle und die Bereitstellung von Informationen, die wiederum durch andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weiterverbreitet werden können. Eine besondere Herausforderung ist es, fremdsprachige/migrantische Communities und Milieus zu erreichen.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration informiert teilweise in mehr als zehn Sprachen, mit Gebärdensprache und barrierefrei, um die jeweiligen Milieus zu erreichen.

Im Zuge der Coronapandemie hat sich gezeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund teilweise nur eingeschränkt mit Informationen über die Pandemie und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung erreicht werden konnten. Ein Grund dafür war die Sprachbarriere. Darüber hinaus wurde auch festgestellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund auf den üblichen Informationswegen häufig nicht erreicht werden konnten, weil sie sich über andere Quellen, z. B. Publikationen in der Heimatsprache, informieren. Es wurde daher versucht, Informationen auch über diese Publikationen zu verbreiten. Außerdem wurden sie auch über die Migrantenorganisationen versandt.

Die genannten Maßnahmen haben sich in der Coronapandemie bewährt und sollen daher auch bei einer künftigen Krise wieder angewandt werden.

Auch im Familienbereich sind grundsätzlich solche Familien schwerer erreichbar, die nicht über ausreichend deutsche Sprachkenntnisse verfügen und/oder nicht über Institutionen (Schule, Kita) eingebunden sind. Armutsgefährdeten Familien fehlt oftmals die Möglichkeit, an digitalen Informationsangeboten teilzuhaben.

Neben dem Fehlen passender Endgeräte (z. B. mit ausreichend großem Bildschirm, um auch Online-Veranstaltungen mitverfolgen und an ihnen partizipieren zu können, zum Teil auch fehlender Smartphones, insbesondere, wenn in Familien mehrere Mitglieder auf die Nutzung einzelner oder weniger Geräte angewiesen sind), wird die Teilhabe an digitaler Kommunikation auch durch fehlende Datenvolumina oder schlechte Verbindungen begrenzt. Ohne eine verlässliche Einbindung in örtliche Strukturen und soziale Interaktion ist nicht nur der Zugang zu Information erschwert, sondern es besteht auch ein besonderes Risiko, in „Informationsblasen“ zu geraten.

Um die genannten Zielgruppen zu erreichen, ist zum einen die Nutzung verschiedener Informationsformate und -kanäle, auch in Fremdsprachen, notwendig, zum anderen sind aber auch Netzwerke und Strukturen, in die möglichst alle Bevölkerungsgruppen eingebunden sind, unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden, die mit schwer erreichbaren Zielgruppen arbeiten bzw. diese repräsentieren, und mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus verschiedenen Communities ist von besonderer Bedeutung. Entsprechende Kanäle und Strukturen müssen vor einer Krise aufgebaut sein, um sie im Krisenfall nutzen zu können.

Generell sind vulnerable Personengruppen wie pflegebedürftige Menschen, die in der eigenen Häuslichkeit leben und weder Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten wie das Internet nutzen, noch beispielsweise über ambulante Pflegedienste mit Informationen versorgt werden können, nur schwer erreichbar.

Ähnlich verhält es sich bei Menschen ohne dauerhaften festen Wohnsitz.

Zwar kommen die allermeisten Menschen bei einem Verlust der Wohnung in ordnungsrechtlichen Notunterkünften oder sozialhilferechtlichen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe unter. Es gibt aber auch Menschen, die selbst gewählt sowie wegen Scham oder Unkenntnis auf der Straße leben. In Krisensituationen sind diese stärker als andere von der Kommunikation abgeschnitten, wenn wie in der Coronapandemie auch die zentralen öffentlichen Anlaufstellen eingeschränkt werden oder gar schließen.

5. Welche Informationen liegen der Landesregierung unter Betrachtung der letzten zehn Jahre darüber vor, wie groß der prozentuale Bevölkerungsanteil in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern ist, der sich an Verschwörungsmythen und Fake News orientiert unter Darlegung, welchen Milieus dieser Bevölkerungsteil zugeordnet werden kann und über welche Medien der Informationsaustausch der vorgenannten Bevölkerungsgruppe erfolgt?

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD-PMK). Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung Politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Diese beinhalten unter anderem bundeseinheitlich vereinbarte Katalogwerte (Themenfelder, Angriffsziele und Tatmittel), welche statistisch auswertbar sind.

Politisch motivierte Straftaten im Sinne der Fragestellung werden erst seit dem 1. Januar 2023 unter dem Themenfeld „Verschwörungserzählungen“ erfasst und sind deshalb statistisch für den erfragten Zeitraum nicht auswertbar.

Dem LfV liegen hierzu keine eigenen landesspezifischen Daten vor. Hinsichtlich der deutschen Gesamtbevölkerung wird auf eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien der Konrad-Adenauer-Stiftung verwiesen, die 2020 zu dem Ergebnis kam, dass 30 Prozent der Bevölkerung Verschwörungstheorien für wahrscheinlich richtig oder sicher richtig halten. 11 Prozent können laut dieser

Studie als überzeugte Verschwörungstheoretiker bezeichnet werden. Die Ergebnisse der Umfrage deuten des Weiteren darauf hin, dass ältere Befragte (über 65 Jahre) tendenziell entschiedener zum Verschwörungsglauben neigen. Ferner darauf, dass Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen seltener an Verschwörungstheorien glauben als jene mit niedrigeren formalen Schulabschlüssen und Menschen mit Migrationshintergrund häufiger der Ansicht sind, die Welt werde von geheimen Mächten gesteuert, als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Verschwörungserzählungen wurden und werden hauptsächlich über soziale Medien verbreitet. Während hierfür zu Beginn Plattformen wie Facebook genutzt wurden, ist es inzwischen vor allem der Messengerdienst Telegram, der sich aufgrund seiner geringen Regulierung und seiner (vermeintlichen) Anonymität auch in extremistischen Kreisen etabliert hat. Weiterhin werden zur Verbreitung Videoplattformen wie YouTube und Odysee genutzt, deren Algorithmen dazu geeignet sind, Verschwörungsideologien auch bislang nicht mit entsprechenden Themen befassten Personen näher zu bringen.

Seit längerer Zeit sind überdies mehrere Verlage bekannt, die Verschwörungsliteratur publizieren und verkaufen und gezielt die Interessen von Extremisten unterschiedlicher Phänomenbereiche adressieren.

Die einschlägige Forschung geht nach den Erkenntnissen des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration davon aus, dass die Zahlen zur Verbreitung von Verschwörungsideologien seit 20 Jahren relativ stabil seien, bei gesellschaftlichen – und privaten – Krisen aber zunehmen könnten.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hält fest, dass mit dem Aufkommen des Internets Verschwörungsmythen an Sichtbarkeit – und in moderatem Maße auch an Verbreitung – gewonnen haben. Zudem entstanden digitale Gegenöffentlichkeiten, in denen Verschwörungsmythen als legitimes Wissen zirkulieren.

Auch laut der Bertelsmann-Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ ist im Zuge der Coronapandemie das Potenzial für Verschwörungsglauben in der Bevölkerung gewachsen. Ein Drittel der Befragten war zum Befragungszeitpunkt der Meinung, geheime Organisationen übten im Hintergrund großen Einfluss auf politische Entscheidungen aus. Geringgebildete, Einkommensarme und Menschen mit Migrationshintergrund bezogen sich laut der Bertelsmann-Studie in ihrem Umgang mit der Pandemie vermehrt auf Verschwörungsmythen.

Amlinger und Nachtwey kommen in der Studie „Gekränkte Freiheit“ (2022) hingegen zum Schluss, dass viele Anhänger von Verschwörungsmythen im süddeutschen Raum aus dem Milieu der „alten Alternativen“ beziehungsweise der „Hedonisten“ stammen. Bei ihnen sei zudem eine große Entfremdung von der repräsentativen Demokratie festzustellen.

Das größte Gefahrenpotenzial, Verschwörungserzählungen anheim zu fallen, liegt nach Ansicht der einschlägigen Forschung bei der Generation 40+.

Die Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2022 und die durch den Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus geförderte Sonderauswertung für Baden-Württemberg zeigt jedoch, dass der Glauben an Verschwörungserzählungen bis weit in die Mitte der Bevölkerung und auch in den bildungsnahen Teil reicht. Insbesondere war dies in Bezug auf Verschwörungsmythen im Kontext der Covid-19-Pandemie zu beobachten. Die Studienlage stellt sich in diesem Punkt somit nicht eindeutig dar.

6. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. plant sie, um einer im Krisenfall um sich greifenden Verbreitung von Verschwörungsmythen, Fake News, Wissenschaftsskeptizismus oder -leugnung sowie der gezielten Desinformation sowohl in digitalen als auch analogen Kommunikationsmedien entgegenzuwirken?

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei gerade auch im Krisenfall zu festigen, Akzeptanz für ihr Handeln zu schaffen und gleichzeitig Falschinformationen, Spekulationen oder Verschwörungsmythen entgegenzutreten, wird den informationellen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger durch eine offensive, transparente und zielgruppenorientierte polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit begegnet. Das gilt laut Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowohl für die analogen als auch die digitalen Kommunikationswege.

Die Zielsetzung der Medienarbeit der Polizei Baden-Württemberg wurde im April 2021 (zuletzt aktualisiert am 14. März 2022) in Richtlinien für publizistische Grundsätze gefasst, die für alle Polizeidienststellen und Einrichtungen des Polizeivollzugsdienstes in Baden-Württemberg (DuE) Gültigkeit haben.

Im Sinne dieser Grundsätze ist die Medienarbeit der Polizei Baden-Württemberg geprägt von Neutralität und Sachlichkeit. Sie beruht auf Tatsachen und unterstützt eine wahrheitsgemäße, aktuelle Berichterstattung („Qualität vor Schnelligkeit“). Gerüchte, spekulative oder gar vorverurteilende Inhalte haben innerhalb der polizeilichen Berichterstattungen keinen Platz. Die DuE sind angehalten, in der Öffentlichkeit beziehungsweise in den Medien kursierende Falschmeldungen mit Sachbezug zu einem konkreten polizeilichen Thema bei Bekanntwerden konsequent durch faktenbasierte polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit richtigzustellen.

Des Weiteren wird durch proaktive und zeitnah auf das jeweilige Ereignis folgende Medienarbeit nicht nur seriöser Journalismus unterstützt, sondern auch der Spielraum für Fehlinformationen oder Fehlinterpretationen bereits im Vorfeld minimiert. Dies gilt nicht nur, aber vor allem auch für die Präsenz der Polizei in den Sozialen Medien.

Dafür werden sowohl zentral als auch auf regionaler Ebene verifizierte Kanäle in den Sozialen Medien betrieben, welche so für Nutzende unmissverständlich als seriöse Quelle erkennbar sind und einen erhöhten Bedeutungsgehalt gewinnen. Durch das 24/7-Monitoring der polizeilichen Präsenzen kann darüber hinaus generell und auch in Krisensituationen der viralen Verbreitung von Gerüchten oder gar Falschmeldungen unter Anwendung der publizistischen Grundsätze entgegengewirkt werden. Hierzu zählt unter anderen die schnelle und regelmäßige Veröffentlichung von sachlichen Informationen, eine transparente Kommunikation sowie die unverzügliche und konsequente Richtigstellung von kursierenden Falschmeldungen. Oberstes kommunikationstaktisches Ziel der Polizei ist dabei, die Deutungshoheit zu erhalten und sich als verlässliche Informationsquelle zu etablieren, um ein Informationsvakuum zu vermeiden, welches die Ausbreitung gezielter Desinformation begünstigen kann.

Die publizistischen Grundsätze der Polizei Baden-Württemberg können als sogenannte „Medienkodex“ unter folgendem Link nachvollzogen werden: *https://www.polizei-bw.de/medienkodex-polizei-baden-wuerttemberg/*.

Im Koalitionsvertrag vom 8. Mai 2021 ist die Einrichtung eines Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ verankert, welcher am 14. September 2021 durch den Ministerrat eingesetzt wurde. Beteiligt sind unter Vorsitz des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen das Staatsministerium, das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie das Ministerium der Justiz und für Migration. Unter Leitung des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg wurde zudem eine Task Force eingesetzt, deren Aufgabe es ist, einschlägige Bedrohungen im Bereich Hass und Hetze festzustellen und diesen entgegenzuwirken. Weitere Mitglieder der Task Force sind die Landesanstalt für Kommunikation, die Landeszentrale für politische Bildung, das Landesamt für Verfassungsschutz, das

Institut für Bildungsanalysen, das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, das Demokratiezentrum sowie das Landesmedienzentrum. Einer der Schwerpunkte der professionsübergreifenden Zusammenarbeit ist die Stärkung der Medienkompetenz, insbesondere von jungen Menschen.

Damit verfolgt die Landesregierung unter anderem das Ziel, bereits unabhängig von einem Krisenfall auch das Vertrauen in Staat und Behörden zu stärken, die Bevölkerung damit resilienter gegen Verschwörungsmythen und Desinformation zu machen und dadurch auch die demokratischen Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg noch besser zu schützen. Zukünftig sollen auch vermehrt zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertisen in die Arbeit einfließen. Bislang haben die Mitglieder des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ bereits 22 Arbeitspakete initiiert beziehungsweise teilweise bereits umgesetzt.

Das beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) angesiedelte Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) bietet gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratungen gegen politisch und religiös motivierten Extremismus an. Neben Fortbildungsangeboten des dem konex zugehörigen Landesbildungszentrum Deradikalisierung stellt insbesondere die Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren unmittelbarem Umfeld die Kernaufgabe des konex dar. Das konex ist vorrangig für die Sekundär- und Tertiärprävention im Bereich der Extremismusbekämpfung zuständig.

Im Bereich der Prävention veröffentlichte das Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK) am 15. November 2021 den interaktiven Film „Chris + Lea“, in welchem der Verlauf eines schleichenden Radikalisierungsprozesses aufgezeigt wird. Durch Möglichkeiten der Zuschauenden, während des Films eigene Entscheidungen zu treffen und dadurch aktiv in das Geschehen einzugreifen sowie mittels umfangreicher Hintergrundinformationen sollen insbesondere junge Menschen gezielt über Antisemitismus und Rechtsextremismus aufgeklärt werden. Der auf *www.zivile-helden.de* veröffentlichte Film „Chris + Lea“ erhielt 2022 bei den internationalen Wirtschaftsfilmtagen den Prix Victoria in Gold, den SILVER Award für herausragende Lösungen in modernen Medien bei den WorldMediaFestivals und wurde im Oktober 2022 auch von der Jury des Deutschen Wirtschaftsfilmpreises in der Kategorie „Nachwuchs“ mit einem Sonderpreis für „die besonders eindrucksvolle Gestaltung“ ausgezeichnet.

Neben dem Filmprojekt der Zivilen Helden stellt ProPK auch auf deren Internetseite *www.polizei-beratung.de* Verhaltenstipps sowie umfangreiche Informationen zu Fake News und Verschwörungstheorien zur Verfügung. So sollen Bürgerinnen und Bürger über Falschinformationen sensibilisiert und Tipps zum Umgang mit diesen aufgezeigt werden.

Das LfV informiert die Öffentlichkeit regelmäßig über Publikationen, Homepagebeiträge, Berichte sowie Vorträge zum Thema (extremistische) Verschwörungsideologien, um die Sensibilität hierfür zu erhöhen.

Im Sinne der Durchdringung aller Lebensbereiche durch zumeist digitale Medien werden im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport im Bildungsplan der allgemein bildenden Schulen mit der Leitperspektive „Medienbildung“ (MB) vielfältige Kompetenzen rund um das Thema Medienbildung fokussiert und spiralcurricular und fächerübergreifend im Unterricht verankert.

Im Basiskurs Medienbildung werden des Weiteren zahlreiche Aspekte der Medienkompetenz thematisiert. Hierunter fallen beispielsweise die Beschaffung von Informationen, Urteilsbildung, die Fähigkeiten, Manipulationsversuche, Falschinformationen und tendenziöse Inhalte zu identifizieren sowie der Umgang mit Meinungsverschiedenheiten im demokratischen Diskurs.

Gemeinsam von ZSL und Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) wurde ein MOOC (Massive Open Online Course) für Lehrkräfte zum Thema Fake News erstellt. Darin werden zentrale Diskurse, wichtige Begriffe für Lehr-

kräfte und aktuelle Problemlagen in kurzen Videos skizziert und in Form von Übungen, Spielen und Unterrichtsmaterialien anwendbar gemacht. Zudem finden sich im MOOC entsprechende Handreichungen, wie sich das Thema Fake News in der Schule unterrichten lässt.

Die Kampagne „Bitte Was?! Kontern gegen Fake und Hass“ aus dem Projekt „RespektBW“, die das LMZ im Auftrag des Kultusministeriums durchführt, hat zum Ziel, ein klares Zeichen gegen Hass, Fake und Hetze in sozialen Medien zu setzen. Die Kampagne motiviert Kinder und Jugendliche, sich aktiv für ein gutes gesellschaftliches Miteinander und demokratische Werte online wie offline einzusetzen. Im Rahmen der Kampagne wurde eine Vielzahl von Materialien veröffentlicht. Für die in der Frage genannten Themen sind von besonderem Belang die umfangreichen Materialsammlungen „Informationskompetenz“, „Kommunikation im Netz“ und „Demokratiebildung“. Im Kontext der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges wurden zusätzlich die Materialien „Corona-Spezial“ sowie „Desinformation in den sozialen Medien“ veröffentlicht. Aktuell wird ein Materialpaket zum Thema „Antisemitismus im Netz“ vorbereitet.

Lehrkräfte, Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen können sich zusätzlich an die medienpädagogische Beratungsstelle des LMZ wenden. Die Beratungsstelle berät bei Fragen zum pädagogischen Jugendmedienschutz und zur jugendlichen Mediennutzung und unterstützt in der Planung und Durchführung von Veranstaltungen.

Darüber hinaus finanziert das Kultusministerium die Zentrale Beratungsstelle für Weltanschauungsfragen *(zebra-bw)*, die Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen zu Fake News und Verschwörungsmythen berät und hierzu auch allgemeine Informationen im Internet bereitstellt.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst weist darauf hin, dass davon ausgegangen werden kann, dass Phänomene wie Verschwörungsmythen, Fake News, Wissenschaftsskeptizismus oder gezielte Desinformation zumindest teilweise in Verbindung stehen mit rechtsextremen Strategien zur Destabilisierung der demokratischen Kultur. Insofern betrachtet die Landesregierung auch den Aufbau der Forschungsstelle Rechtsextremismus an der Universität Tübingen als Beitrag zur „krisenfesten Gesellschaft“ durch eine wissenschaftsgeleitete Versachlichung der Debatten; denn ihr ausgewiesenes Ziel ist es, mit wissenschaftlichen Mitteln zu einer gelebten demokratischen Kultur und zu einer aktiven Zivilgesellschaft beizutragen. Ihr Leitmotiv ist eine Stärkung der Demokratie durch eine dezidierte Praxis- und Transferorientierung. Die Forschungsstelle bindet hierzu gezielt Akteure der Zivilgesellschaft ein. Um die Resilienz (zivil-) gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen gegen rechtsextremes Gedankengut und die Solidarität mit von Rechtsextremismus angegriffenen Einrichtungen und Gruppen zu stärken und eine konstruktive Veränderung (zivil-)gesellschaftlicher, (demokratie-)politischer und administrativer Handlungsstrukturen zu erreichen, sollen Forschungsergebnisse zusammen mit den Praxispartnern auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen kommuniziert werden, die insgesamt als Maßnahmen politischer Bildung zu verstehen sind.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg, das durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ gefördert wird, bietet über seine Fachstellen Vorträge, Workshops und E-Learning-Module an, die die Medienkompetenz vor allem im Umgang mit sozialen Medien stärken und dabei helfen sollen, Verschwörungsmythen sowie Fake News zu erkennen. Ein Schwerpunkt liegt auf antisemitischen Verschwörungserzählungen. Die vom Demokratiezentrum ausgerichtete Landesdemokratiekonferenz 2023 widmet sich dem Schwerpunktthema „Wirksamer Umgang mit Verschwörungsideologien in der Extremismusprävention“.

Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) ist auf die Festigung des Gedankenguts der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung ausgerichtet. Neben der Überparteilichkeit und den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens ist die Wissenschaftsorientierung einer der wichtigsten Arbeitsgrundlagen der LpB.

Leitbild der LpB sind die mündigen Bürgerinnen und Bürger, die sich am demokratischen politischen Prozess im Sinne ihrer Interessen beteiligen können. Politisches Wissen, Urteilskompetenzen sowie Medienkompetenzen sind zentrale Voraussetzung für die Beteiligung am politischen Geschehen. Sie zu vermitteln und damit der Verbreitung von Verschwörungsmythen, Fake News, Wissenschaftsskeptizismus entgegenzutreten ist daher eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung.

Diesem Auftrag kommt die LpB mit ihrem breit gefächerten Portfolio nach. Im Angebot im Bereich E-Learning sind folgende Kurse:

- „Mit Herz gegen Hatespeech!“ für Schulklassen
- „Sind denn alle verrückt hier? Verschwörungstheorien erkennen“ für Schulklassen
- „Gemeinsam gegen Extremismus“ für erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Präsenzveranstaltungen für Schulklassen:

- Workshop: Check your facts
- Was hat das alles zu bedeuten? Ein Projekttag für Jugendliche zu Verschwörungstheorien
- Workshop: Achtung Fake News: Gib Falschmeldungen keine Chance!
- Schülermedientage mit Workshop: Fakten gegen Fake News
- Escape-Room „Hacker Attack“ für Berufsschulen

Präsenzveranstaltungen für erwachsene Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie die allgemeine Öffentlichkeit:

- Stuttgarter Tage der Medienpädagogik
- Von Bielefeld nach Bilderberg – Fortbildung zu Verschwörungstheorien
- Fortbildung: Hatespeech, Fake News und Big Data – Politische Medienbildung konkret
- Laufend Einzelvorträge zu unterschiedlichen Facetten von Verschwörungsmythen, Fake News und Desinformation und Wissenschaftsskeptizismus

Publikationen und Internetangebote:

- Internetdossiers unter anderem zu Verschwörungstheorien, Fake News, Klimawandel, Ukraine-Krieg, Coronapandemie
- Ausgaben von „Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung“ unter anderem zu den Themen „Digital ist besser? Die Leitperspektive Medienbildung in Schule und Unterricht“ und „Wehrhafte Demokratie“
- Ausgaben von „Mach´s klar! Politik – Einfach erklärt“ unter anderem zu den Themen „Inflation und Rezession. Darum steigen die Preise“, „Verschwörungs-“Theorien“ ... nicht nur zu Corona“ sowie „Krieg in der Ukraine – Putins Angriff auf den Frieden“
- Ausgaben von „Deutschland & Europa. Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Wirtschaft“ unter anderem zu den Themen „Demokratie in Krisenzeiten – Herausforderungen und Chancen“ und „Politik und Gesellschaft in Zeiten der Corona Krise“
- Die Zeitschrift „Bürger & Staat“ ist die traditionsreichste Zeitschrift der LpB. Sie richtet sich an Bürgerinnen und Bürger und ist auch ein Fortbildungsmedium für die Lehrenden im Bereich der politischen Bildung. 2022 erschienen folgende Ausgaben: „Nachhaltigkeit. Ressourcen gerecht und zukunftsorientiert gedacht“, „Care-Arbeit. Pflege auf dem Prüfstand“, „Öffentliche Infrastruktu-

ren. Die politische Gestaltung der vernetzten Gesellschaft“. Die Ausgaben liefern jeweils Grundinformationen und bilden wichtige Kontroversen und Fragestellungen im jeweiligen Themenfeld ab. Sie unterstützen so die faktenbasierte Urteilsbildung in wichtigen Politikfeldern.

Im Rahmen seines Auftrags der Information der Öffentlichkeit hält der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus zahlreiche Vorträge und Workshops in ganz Baden-Württemberg und spricht u. a. über die Themen Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Fake News. Weiterhin klärt der Beauftragte in dem seit 2020 erscheinenden Podcast „Verschwörungsfragen“ u. a. über Hintergründe und Wirkungsweisen von Verschwörungsmythen auf.

IV. Förderung Zusammenhalt

1. Wie haben sich aus Sicht der Landesregierung das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg während der letzten zehn Jahre entwickelt unter Darlegung der von der Landesregierung zur Bestimmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Solidarität der Bevölkerung herangezogen Kriterien, Kennzahlen und deren Datengrundlagen?

Zur Darstellung der Entwicklung des Vertrauens der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verweist die Landesregierung auf die Ergebnisse verschiedener Studien, die im Folgenden zusammengefasst werden. Leider liegen nicht für alle angefragten Bereiche für den ganzen angefragten Zeitraum von zehn Jahren Daten in vergleichbarer Form vor. Wo möglich, werden jedoch Entwicklungen und Trends aufgezeigt.

a) Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen

Eine aktuelle Studie (2022) der Universität Hohenheim untersucht die Zufriedenheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg und bundesweit mit den demokratischen Institutionen. Demnach waren 68 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg mit der Demokratie auf Landesebene zufrieden. (Vgl. Prof. Dr. Frank Brettschneider: Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie aus Sicht der Bürger/-innen in Baden-Württemberg, 2022, *https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/uni_hohenheim/Aktuelles/Uni-News/Pressemitteilungen/2022-10_Buergerbeteiligung.pdf*). Die Zufriedenheit in Baden-Württemberg ist höher als im Durchschnitt der anderen Länder (57 Prozent). Im Vergleich zu Erhebungen im Vorjahr sank die Zufriedenheit in Baden-Württemberg um sechs Prozentpunkte. In den anderen Bundesländern sank die Zufriedenheit im Schnitt um sieben Prozentpunkte.

Das Vertrauen in staatliche Institutionen in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt gesunken. In Baden-Württemberg ist das Vertrauen in staatliche Institutionen dieser Studie nach höher als im deutschlandweiten Schnitt.

Für die Darstellung des Vertrauens der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen wird zudem auf Veröffentlichungen der Bertelsmann Stiftung u. a. im Auftrag des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2017, 2019, 2020 und 2022 zurückgegriffen (siehe auch Bertelsmann Stiftung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022 *https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Studie_Zusammenhalt-BW_2022_Langfassung.pdf*). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die letzte Befragung zur Studie 2022 im Winter 2021/22 durchgeführt wurde, also in einem Zeitraum, der durch eine besonders herausfordernde Situation für den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine Vielzahl von einschneidenden Maßnahmen im gesellschaftlichen Leben geprägt war. Ob die Befunde der letzten Studie von Dauer sind, muss in den nächsten Jahren überprüft werden.

Das von der Bertelsmann Stiftung verwendete Konzept des Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt misst unter anderem das Vertrauen in Institutionen in Form eines Index, der Werte zwischen 0 und 100 erreichen kann.

Das Vertrauen in Institutionen wies dabei über die Jahre einen konstanten Wert auf (54,6). Die neueste Studie aus 2021/2022 zeigt in dieser Dimension einen rückläufigen Wert (47,9), der auf ein abnehmendes Vertrauen in Institutionen hinweist. Die Einzelauswertung der der Dimension zugehörigen Fragen zeigt, dass während es bei denjenigen, deren Vertrauen in die demokratischen Institutionen ohnehin eingeschränkt war, über die Pandemiejahre zur Entwicklung einer ablehnenden Haltung gekommen ist. Das Vertrauen derjenigen Bevölkerungsanteile in die Institutionen, das bereits vor der Pandemie hoch war, bleibt weitgehend unerschüttert.

Zusätzlich zum Vertrauen in (deutschlandweite) Institutionen wurde in den speziell auf Baden-Württemberg bezogenen Studien der Bertelsmann Stiftung 2019 und 2022 nach dem Vertrauen in die Landesregierung und den Landtag gefragt. Auch hier zeigt sich der Trend, dass die Personengruppe mit keinem oder geringem Vertrauen in die Landesregierung auf rund ein Drittel der Befragten angewachsen ist. Auch der Anteil derjenigen, die kein Vertrauen in den Landtag haben, ist deutlich angewachsen. Parallel dazu ist die Gruppe derer, die großes Vertrauen haben, kleiner geworden.

Auch gegenüber anderen staatlichen Institutionen ist laut der Bertelsmann-Studie das Vertrauen in den zurückliegenden Jahren schwächer geworden: So haben sich die Anteile derjenigen, die Polizei und Gerichten mit Misstrauen begegnen, um jeweils rund zehn Prozentpunkte erhöht.

b) Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die Studie der Bertelsmann Stiftung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ untersucht darüber hinaus, wie sich der gesellschaftliche Zusammenhalt im Zeitverlauf verändert hat, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen diesen erleben und welche Auswirkungen die Pandemie auf den Zusammenhalt hat. Da als Datengrundlage vier Umfragen zwischen den Jahren 2017 und 2022 dienen, konnte untersucht werden, wie sich der Zusammenhalt in Baden-Württemberg über die Zeit verändert hat. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf die Lebenssituation Jugendlicher bzw. junger Erwachsener im Alter von 16 bis 24 Jahren gelegt.

Die Studie untersucht den gesellschaftlichen Zusammenhalt hinsichtlich Sozialer Netze, Vertrauen in die Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln sowie Gesellschaftliche Teilhabe. Für jede dieser neun Dimensionen verzeichnet die Studie einen deutlichen Rückgang.

Zudem fällt auf, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg unter Frauen, chronisch Kranken und Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen als schwächer wahrgenommen wird. Als besonders stark wird der Zusammenhalt hingegen in der Gruppe der jüngsten Befragten (16- bis 24-Jährige) sowie auf dem Land erlebt.

Die Studie weist auch auf ein wahrgenommenes höheres Konfliktpotenzial zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hin. Durch die Pandemie sei der Zusammenhalt in Deutschland schwächer geworden, sagen 62 Prozent der Befragten. Rund jeder Fünfte meint, die Pandemie habe den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend geschwächt. Auch langfristig sind die Befragten mehrheitlich der Meinung, die Gesellschaft gehe geschwächt aus der Pandemie hervor. Zwei Drittel der Befragten geben an, aus ihrer Perspektive hätten die Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zugenommen, und eine relative Mehrheit sagt, ihnen begegne im Alltag tendenziell eher Feindseligkeit denn Solidarität.

Fast 25 Prozent der Befragten waren der Auffassung, man könne sich auf niemanden mehr verlassen. Vor der Pandemie sagten dies gerade einmal neun Prozent. Vergleichbare Erhebungen für ganz Deutschland weisen darauf hin, dass es sich

bei dem Rückgang weder um einen spezifischen Trend in Baden-Württemberg handelt noch, dass diese niedrigen Werte allein dem konkreten Erhebungszeitpunkt geschuldet sind.

Einschränkend sollte jedoch trotzdem darauf hingewiesen werden, dass die zugrundeliegende Erhebung zur Hochphase der Pandemie im Dezember 2021/Januar 2022 stattfand. Aktuellere Zahlen, die ggf. eine Veränderung nach weitgehendem Auslaufen der pandemischen Maßnahmen nachweisen könnten, liegen derzeit leider nicht vor.

Zusammenfassend legt die Studie dar, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg seit 2019 deutlich zurückgegangen ist. Heute liegt der Prozentsatz der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs, die den Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sehen, bei 48 Prozent und ist damit in fünf Jahren insgesamt um gut zehn Prozentpunkte gestiegen.

In der Studie der Bertelsmann-Stiftung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie – Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten“ (abrufbar unter: *https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-zeiten-der-pandemie*) die bundesweit durchgeführt wurde, fällt Folgendes auf: Im Vergleich zur ersten Erhebungswelle im Februar und März 2020, wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt über alle unterschiedlichen sozialen Gruppen hinweg im Sommer 2020 als deutlich weniger gefährdet wahrgenommen. Die Autoren der Studie bewerten diese Entwicklung als Indiz dafür, dass die Krise in dieser frühen Phase nicht den pessimistischen Blick auf die Gesellschaft verstärkt oder verfestigt habe, sondern dazu beigetrug, vorhandene Stärken besser wahrzunehmen und wertzuschätzen. Sie interpretieren die Ergebnisse als Zeichen für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der stärker ist, als vermutet und fügen als Beispiel an, dass dieser in der ersten Phase der Pandemie unter anderem durch spontane Initiativen der Nachbarschaftshilfen sichtbar wurde (vgl. S. 10 ff. *https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-zeiten-der-pandemie*).

Ab Ende 2020, als weitere stark einschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie umgesetzt wurden und die Pandemie andauerte, nahmen viele Bürgerinnen und Bürger den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder als gefährdeter wahr.

Vergleiche der Zahlen der beiden Erhebungen der Bertelsmann-Stiftung (2020 und 2022) legen die Vermutung nahe, dass Ermüdungserscheinungen in der Gesellschaft möglich sind und das Empfinden gesellschaftlichen Zusammenhaltes dynamisch ist.

c) Entwicklung der Fallzahlen Politisch motivierter Kriminalität

Einen gänzlich anderen Blickwinkel auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen liefert die Entwicklung der Fallzahlen Politisch motivierter Kriminalität (PMK).

Hinsichtlich der statistischen Erfassung politisch motivierter Straftaten wird auf die Ausführungen des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu Frage III. 5. verwiesen.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg anhand der Fallzahlen der PMK darstellen zu können, wurde eine Auswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD)-PMK mit dem Themenfeld „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ für die Jahre 2012 bis 2022 vorgenommen.

In den Jahren 2012 bis 2022 wurden nachfolgende jährliche Gesamtfallzahlen im KPMD-PMK unter dem Themenfeld „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ erfasst:

2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
358	394	366	522	661	490	521	807	885	1 439	3 503

Bei einem Betrachtungshorizont über zehn Jahre, der insbesondere in den Jahren 2016 und 2021 die Landtagswahlen sowie in den Jahren 2021 und 2022 die Coronapandemie miteinschließt, ist festzustellen, dass das landesweite Fallzahlenniveau bei politisch motivierten Straftaten „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ im Jahr 2022 seinen Höchststand erreicht hat. Im Jahr 2022 handelt es sich bei über 2 300 Delikten um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Dieser Umstand geht überwiegend mit der Coronapandemie und der damit einhergehenden staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen einher. Vor diesem Hintergrund ist auch der starke Anstieg im Jahr 2021 zu erklären.

Die Tiefstände verzeichnen die Jahre 2012 bis 2014. Der deliktische Schwerpunkt liegt in diesen Jahren überwiegend bei Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Propagandadelikten. Die überwiegende Mehrheit der erfassten Delikte ist linksmotiviert.

Nach einem Anstieg der Fallzahlen in den Jahren 2015 und 2016 verzeichnet das Jahr 2017 einen Rückgang. Der stärkere Anstieg im Jahr 2016 ist mit den stattgefundenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu erklären. Der deliktische Schwerpunkt liegt in diesen Jahren ebenfalls bei Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Propagandadelikten sowie in den Jahren 2015 und 2016 bei Körperverletzungen. Die Delikte sind in diesem Zeitraum überwiegend dem Phänomenbereich PMK – links – zuzuordnen, gefolgt vom Phänomenbereich PMK – rechts.

Seit 2018 steigen die Fallzahlen in diesem Themenfeld kontinuierlich an. Im Jahr 2021 führen unter anderem die stattfindenden Landtags- und Bundestagswahlen zu einem starken Anstieg um 554 Delikte auf 1 439 Delikte. Der deliktische Schwerpunkt liegt in den Jahren 2018 und 2019 ebenfalls bei Beleidigungen, Sachbeschädigungen und Propagandadelikten, während die Delikte überwiegend aus einer linken und rechten Tatmotivation heraus begangen wurden. In den Jahren 2021 und 2022 dominieren Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Das Angebot von vermeintlich einfachen Lösungen und klaren Freund-Feind-Bildern findet besonders in Zeiten anhaltender gesellschaftlicher Herausforderungen Zulauf und lässt das klassische Links-Rechts-Schema zunehmend verschwimmen. Aus diesen Gründen steigen die Gesamtfallzahlen der PMK im Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen – in den Jahren 2020 bis 2022 stark an und dominieren auch das Themenfeld „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ in diesem Zeitraum.

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen während eines Krisenfalls und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg zu stärken, damit einer zunehmenden Polarisierung bzw. einer drohenden Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt wird?

Gerade in Krisenfällen kommt dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und einem Grundvertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen aus Sicht der Landesregierung eine enorme Bedeutung zu. Um einer zunehmenden Polarisierung und einem Vertrauensverlust entgegenzuwirken, setzt die Landesregierung auf ein breites Spektrum unterschiedlicher Maßnahmen, die im Folgenden dargestellt werden. Es geht einerseits darum, durch langfristig wirkende, präventive Maßnahmen, die Solidarität innerhalb der Gesellschaft zu fördern, das Vertrauen in die Gemeinschaft zu stärken sowie ein Krisenbewusstsein und den Gedanken der eigenen Krisenvorsorge in der Bevölkerung zu verankern und dadurch im Krisenfall resilienter zu sein. Andererseits kommt es im Falle konkreter Krisenlagen darauf an, durch gutes Krisenmanagement und transparente Krisenkommunikation das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates und die Verlässlichkeit der demokratischen Institutionen zu stärken.

Impulsprogramm für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Landesregierung hat im März 2019 ein ressortübergreifendes Impulsprogramm für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Federführung des Staatsministeriums mit einem Volumen von 20 Millionen Euro beschlossen. Unter dem Motto „Na klar, zusammen halt …“ entstehen in acht Themenfeldern konkrete Projekte, die durch mutige und unkonventionelle Ansätze das Miteinander im Land stärken. Die Aktivitäten reichen von der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung über die Umsetzung einer Kampagne für eine respektvolle Diskussionskultur in den Sozialen Medien bis hin zur Wiederbelebung öffentlicher Orte im ländlichen Raum. Das Programm orientiert sich dabei an zentralen gesellschaftlichen Fragestellungen, um durch neuartige und unkonventionelle Ansätze das Miteinander im Land zu stärken. Die Einzelvorhaben sind bewusst an den Schnittstellen der Ressorts angesiedelt und werden ganz gezielt von zwei oder mehreren Ministerien gemeinsam durchgeführt. Das Programm endet im Dezember 2023.

Transparentes Risiko- und Krisenmanagement

Krisen sind immer auch ein Stresstest für die Demokratie und für das Vertrauen der Menschen in staatliches Handeln. Deshalb weist das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen darauf hin, dass staatliche Krisenvorsorge und -bewältigung stets als ein essentielles Schutzversprechen des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verstehen sind. Gerade in Krisensituationen ist es notwendig, den Menschen Orientierung, Sicherheit und Vertrauen zu geben. Durch ein zielgerichtetes und wirkungsvolles Krisenmanagement gilt es, das Vertrauen in staatliches Handeln zu erhalten und zu fördern. Daher ist ein gut funktionierendes Krisenmanagement einschließlich einer umfassenden Krisenkommunikation ist ein zentraler Baustein für die Sicherheitsarchitektur des Landes. Dies bedingt, die Sicherheitsarchitektur des Landes stetig weiter auszubauen und an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.

Für den Schutz und die Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und ihr Handeln ist aber auch eine transparente staatliche Risikokommunikation erforderlich, die den Menschen gerade auch verdeutlichen muss, dass jedes System ein Restrisiko in sich trägt und trotz bestmöglicher Vorbereitungen auf Krisen bei entsprechenden Situationen negative Auswirkungen auf die Gesellschaft nicht auszuschließen sind. Die Risikokommunikation dient dazu, die Gesellschaft entsprechend zu sensibilisieren und sie so auch bei der Stärkung der eigenen Selbsthilfefähigkeit zu unterstützen. Denn es ist es unerlässlich, dass auch die Bürgerinnen und Bürger auf Notsituationen vorbereitet sind und sich selbst und anderen helfen können. Nur mit einem breiten und ehrlichen Dialog kann auch eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die dafür sorgt, dass getroffene Entscheidungen der Behörden akzeptiert und kommunizierte Handlungsempfehlungen umgesetzt werden, um eine Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Vorsorge erreichen zu können. Es ist daher essentiell, das Krisenbewusstsein der Bevölkerung zu schärfen und den Gedanken der eigenen Krisenvorsorge noch stärker in der Bevölkerung zu verankern.

Aktivitäten des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“

Folgende Maßnahmen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ können exemplarisch genannt werden:

- Die Task Force „Gegen Hass und Hetze“ veröffentlichte Mitte des Jahres 2022 die Landing-Page „Initiative für Toleranz im Netz“ *(www.initiative-toleranz-im-netz.de)*, die Betroffene, Hilfesuchende und Interessierte über Meldestellen, Präventionsangebote und Opferschutzhilfen in Bezug auf Hasskriminalität zusammenfassend informiert.
- Unter wechselnder Federführung der beteiligten Ressorts erfolgt die Durchführung eines Fachtags, der die Thematik des Kabinettsausschusses aufgreift und in die Öffentlichkeit spiegelt. Im Jahr 2022 veranstaltete das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen den Fachtag zum Thema

„Klick. Klick. Hass. – Das Internet – (K)ein Raum für Hatespeech“. Die Entstehung von Hass und Hetze und die besonderen Herausforderungen im Umgang damit wurden beim Fachtag von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Polizei diskutiert.

- Um für das Thema Hass und Hetze in allen Gesellschaftsgruppen umfassend zu sensibilisieren, veröffentlichte der Kabinettsausschuss im Juli 2022 die Social-Media-Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz in Baden-Württemberg“. Diese warb unter Beteiligung verschiedener (auch prominenter) Botschafterinnen und Botschafter, darunter Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger, Lehrkräfte, Juristinnen und Juristen sowie Polizeibeamtinnen und -beamten für ein gemeinsames Engagement für Vielfalt und Toleranz in unserer Gesellschaft.
- Die Task Force „Gegen Hass und Hetze“ führt thematisch aufeinander aufbauende Aktionstage durch, die den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise die Möglichkeit eröffnen, Onlinebeiträge über den richtigen Umgang mit Hass und Hetze zu verfolgen sowie Expertinnen und Experten unmittelbar ihre Fragen zu stellen.
- Im Bereich der Polizei wurden Kontaktpersonen für Hasskriminalität, die bei den Staatsschutzdienststellen angesiedelt sind, benannt. Diese Kontaktpersonen bündeln Expertise in den Bereichen Strafverfolgung, Beratung und Betroffenenschutz sowie im Bereich der Prävention und stellen ihr Wissen innerorganisatorisch zur Verfügung.
- Um Kandidierende bei politischen Wahlen vor Hass, Hetze und Übergriffen besser zu schützen, wird aktuell durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen eine Anpassung der landesweiten Vorschriften (Kommunalwahlordnung und Landtagswahlordnung) zur Veröffentlichung der Adressangabe auf Wahlscheinen und Wahlbekanntmachungen geprüft.
- Ein weiteres Arbeitspaket des Kabinettsausschusses sieht vor, Hasskriminalität stärker in Aus- und Fortbildung der Polizei zu verankern. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise die Ausbildung um ein Bildungsprogramm zu Hasskriminalität ergänzt und eine elektronische Lernanwendung mit dem Schwerpunkt „Politisch motivierte Kriminalität“ für die Fortbildung entwickelt.
- Im November 2022 veranstaltete die Geschäftsstelle des Kabinettsausschusses das Netzwerktreffen „Antisemitische (Hass-)Kriminalität“ mit dem Ziel, die wesentlichen Ansprechpartnerinnen und -partner in diesem Bereich miteinander auf polizeilicher, justizieller, politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene zu vernetzen. Neben den polizeilichen Ansprechpartnern der israelitischen Religionsgemeinschaften (AP IRGen), dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex) und den Polizeirabbinern waren die neu eingerichteten Kontaktpersonen für Hasskriminalität aus den Staatsschutzdienststellen der Polizeipräsidien, Vertretende der Task Force und Vertretende der Geschäftsstelle des Beauftragten für Antisemitismus der Landesregierung anwesend. Weitere Gäste der Veranstaltung waren Vertretende aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für die Bedürfnisse von Betroffenengruppen von Hass und Hetze engagieren.
- Um ergänzend enger in den Austausch mit zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu gelangen, wurde im Februar 2023 darüber hinaus das Netzwerktreffen „Gemeinsam gegen Hass und Hetze“ veranstaltet. Neben den Ansprechpartnern der im Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ vertretenen Ressorts und Vertretenden der Task Force „gegen Hass und Hetze“ des LKA waren Vertretende von NGOs, die im Bereich Hass und Hetze tätig sind und Betroffenengruppen von Hass und Hetze vertreten, geladen. Mit der Veranstaltung konnte zum einen die Vernetzung der Interessensgruppen untereinander und zum anderen die Kenntniserlangung von Bedürfnissen der NGOs für die weitere Arbeit im Rahmen des Kabinettsausschusses erreicht werden.
- Derweil arbeitet der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ an einem Aktionsplan, der alle Maßnahmen auch online darstellen und für jedermann erreichbar und verständlich sein soll.

Strukturen stärken gegen Extremismus

Aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen lassen sich die weiteren bestehenden Maßnahmen im Sinne der Fragestellung wie folgend darstellen:

- Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) leistet mit seinem Aufgabenbereich der angewandten Wissenschaft einen zusätzlichen und wichtigen Beitrag zur Erforschung des Extremismus, der Früherkennung des gewaltbereiten Personenspektrums sowie der Deradikalisierungsarbeit.
- Mit KriFoBW (Kriminologische Forschung Baden-Württemberg) wurde 2022 in Kooperation zwischen dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg eine institutsähnliche Einrichtung geschaffen, um sich insbesondere mit Viktimisierung, Anzeigeverhalten, Sicherheitsempfinden und Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger im Kontakt mit Sicherheitsbehörden sowie weiteren – beispielsweise soziologischen – Fragestellungen zu beschäftigen. Die erste KriFoBW-Studie ist eine für 2023 im Sommer angesetzte repräsentative Bürgerbefragung, die im regelmäßigen Turnus wiederholt werden soll und bei der auch Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts, des Sozialkapitals und sozialen Vertrauens erhoben werden.

Die Maßnahmen im Rahmen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg, welches durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ gefördert wird, beziehen sich mit unterschiedlichen Ansatzpunkten auf die Demokratieförderung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

- So berät die Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ im Demokratiezentrum Baden-Württemberg Menschen, die mit extrem rechten Äußerungen und Handlungen oder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind, sowie Fachkräfte, Lehrkräfte, Vereine und Verbände oder Einzelpersonen, die sich für die Demokratie einsetzen wollen.
- Die Fachstelle „mobirex – Monitoring | Bildung | Information zur extremen Rechten und GMF“ beobachtet Entwicklungen und Aktivitäten in Baden-Württemberg, die im Kontext der extremen Rechten und daran angrenzenden Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stehen. Die Fachstelle bietet Hintergrundinformationen und unterstützt Anfragende bei der Einordnung von Gruppierungen, Handlungen und Vorkommnissen. Das Fachwissen wird darüber hinaus auf Veranstaltungen in Form von Vorträgen, sowie über die Veröffentlichung EINSICHTEN für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht.
- Die Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) entwickelt präventive Ansätze im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus. Diese zielen auf die Stärkung und Handlungsfähigkeit im Umgang mit sich radikalisierenden jungen Menschen und richten sich an (sozial-)pädagogische Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Verbandslandschaft.
- Die Fachstelle LEUCHTLINIE bietet Beratung für Betroffene von rechter Gewalt an. Sie unterstützt, wenn Menschen aus einer rechten, rassistischen oder antisemitischen Haltung heraus psychische oder physische Gewalt erleiden. LEUCHTLINIE berät direkt Betroffene, sowie deren Angehörige und Menschen, die Zeugin oder Zeuge einer Tat wurden.
- Die Meldestellen REspect! und #Antisemitismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg bieten die Möglichkeit, online per Screenshot unkompliziert Hass und Hetze im Internet zu melden. Die Meldestellen prüfen die eingehenden Meldungen danach, ob eine strafbare Handlung vorliegt und leitet ggf. weitere Schritte ein. Dem Plattformbetreiber werden strafbare Einträge gemeldet, die Löschung der Beiträge wird beantragt und Fälle von Volksverhetzung nach §130 StGB werden angezeigt.

Zu den weiteren Maßnahmen in diesem Bereich zählt das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), das durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration gefördert wird und in dem sich seit 2002 ehrenamtlich engagierte Jugendliche und junge Erwachsene in Baden-Württemberg im Alter von 18 bis 30 Jahren im Bereich Bildungsangebote für Jugendliche engagieren. Im Rahmen der Projektförderung werden beispielsweise verschiedene Projekttage an Schulen ab der 8. Klasse sowie an Jugendeinrichtungen angeboten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Teilhabe

Die Familienförderstrategie, die gegenwärtig entwickelt wird, ist für die Landesregierung ein zentraler Baustein, um die gesellschaftliche Teilhabe von Familien und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Insbesondere Alleinerziehende, aber auch Familien mit kleineren Kindern nehmen den gesellschaftlichen Zusammenhalt – verstärkt durch die Coronapandemie – als geringer wahr als andere Bevölkerungsgruppen (siehe auch Frage IV. 1. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022 S. 29, 93 ff., 103). Auch in anderen benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen (z. B. im Zusammenhang mit Armutsgefährdung, Zuwanderungsgeschichte und/oder chronischen Erkrankungen) finden sich viele Familien, die in der Familienförderstrategie in den Blick genommen werden sollen. Gut erreichbaren und niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten sowie Begegnungsräumen für Familien kommt dabei nach Auffassung der Landesregierung eine besondere Bedeutung zu.

Auch der Masterplan Jugend beinhaltet Maßnahmen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken (siehe auch Frage IV. 7.).

Ziele des Masterplan Jugend sind:

- Chancen für alle Jugendlichen
- Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowohl in der politischen Partizipation als auch in der gesellschaftlichen Teilhabe auf Landesebene, ebenso wie in Quartieren und auf kommunaler Ebene,
- Umwelt- und Klimaschutz: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sollen zentrale Themen auch in den Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sein,
- Abmilderung der Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche,
- Stärkung der außerschulischen politischen Jugendbildung, um Verschwörungsmythen, Hatespeech und anderen Formen der Verrohung des gesellschaftlichen Diskurses, bei denen die Pandemie zusätzlich als Katalysator gewirkt hat, entgegen zu treten,
- Digitalisierung in der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit.

Von besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das Thema „Demokratie lernen und demokratische Teilhabe“. Bei der Frage des Erfahrungslernens demokratischer Haltungen und politischer Bildung von Kindern und Jugendlichen im gelegentlich so beschriebenen „postfaktischen“ Zeitalter kommt der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit eine zentrale Bedeutung zu.

Kommunikation und Information von Betroffenen können das Verständnis für Entscheidungen und Verwaltungshandeln weiter stärken. Aus diesem Grund wurden Austauschforen, wie das Netzwerk Integration Baden-Württemberg, etabliert und der Erlass von Verwaltungsvorschriften, etwa zum Integrationsmanagement, durch einen breiten Anhörungsprozess und regionale Informationsveranstaltungen flankiert. Zudem werden konkrete Maßnahmen in den Kommunen über den Förderaufruf „Integration vor Ort – Stärkung kommunaler Strukturen“ gefördert, die sich an Menschen mit Migrationsgeschichte richten und dem Verständnis zentraler Bereiche der Gesellschaft sowie der gesellschaftlichen und politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten widmen.

Vertrauen durch Beteiligung

Neben konkreten Maßnahmen sollte auch abseits von Krisen das Vertrauen in die staatlichen Institutionen gestärkt werden. Dabei spielt Bürgerbeteiligung eine Rolle. Denn in aktuellen Studien (siehe auch Prof. Dr. Frank Brettschneider, Frage IV. 1.) zeigt sich:

Menschen, die bei Beteiligungsverfahren mitgewirkt haben, sind mit der Demokratie zufriedener. Sie vertrauen den Institutionen auch mehr. Dies ist nur der Fall, wenn diese Menschen entweder das Beteiligungsverfahren oder die Ergebnisse oder beides als gut empfunden haben. Ansonsten sind Vertrauen und Zufriedenheit geringer als bei Menschen, die noch nie bei Beteiligungsverfahren mitgemacht haben.

Unter dem Dach der erwähnten Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten." des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration werden seit 2017 Städte, Gemeinden, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung ihrer Nachbarschaften, Stadtteile und Ortschaften begleitet. Ziel ist es, alters- und generationengerechte Quartiere zu gestalten, in die Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Bisher konnten bereits rund 500 Projekte von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Durch die Beteiligung der Menschen in ihren Quartieren, die Vernetzung zwischen verschiedenen institutionellen Akteuren und Einwohnerinnen und Einwohnern kann Zusammenhalt erfahren und gestaltet werden.

Als Verantwortliche in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist es eine gemeinsame Aufgabe, diese Herausforderungen anzunehmen und die notwendigen Veränderungen zu gestalten. Das gemeinsame Agieren ist der einzige Weg, um handlungsfähig zu bleiben und gesellschaftliche Veränderung wirksam zu gestalten. Insgesamt ist es erforderlich, flexibler und innovativer zu werden, über Sektoren hinweg zusammenzuwirken, damit Synergien geschaffen und Ressourcen gut genutzt werden können.

3. Wie kann aus Sicht der Landesregierung gewährleistet werden, dass die Bedürfnisse der folgenden Gruppen, die im Krisenfall von den negativen Folgen erfahrungsgemäß besonders betroffen sind, bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden können: Kinder (null bis 14 Jahre), Jugendliche (15 bis 25 Jahre), Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen, in Armut lebende bzw. armutsgefährdete Menschen, pflegebedürftige Menschen, Wohnungslose?

Die Landesregierung setzt bereits mehrere Maßnahmen um, damit die genannten Gruppen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Des Weiteren sind aus Sicht der Landesregierung weitere Maßnahmen denkbar, die im Folgenden mitaufgeführt werden.

Kinder, Jugendliche und Familien

Zur Erarbeitung der jeweiligen Unterverordnungen (zur Coronaverordnung der Landesregierung) für die Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit wurde seitens des Ministeriums eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände, der kommunalen Landesverbände, der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales während der Pandemie eingerichtet. Eine unmittelbare Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgte im Sommer 2022 in Form eines ganztägigen Jugendhearings (siehe auch Frage IV. 7.).

Um auch im Krisenfall eine angemessene Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen sicherstellen zu können, sind etablierte Strukturen und Netzwerke mit den Jugendverbänden, den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und den kommunalen Landesverbänden sehr wichtig. Diese vor der Krise

bereits bestehenden und gut eingespielten Kanäle ermöglichen im Krisenfall eine schnelle, wechselseitige Kommunikation und Einbeziehung. So konnte während der Pandemie beispielsweise zur Erarbeitung der jeweiligen Unterverordnungen für die Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit seitens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände, der kommunalen Landesverbände, der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales eingerichtet werden.

Besonders zu beachten ist, im Krisenfall nicht nur die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in Hinsicht auf Schul- und Betreuungssituation zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus auch weitere wichtige Themen wie das soziale Umfeld, Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und vieles mehr im Blick zu behalten. Eine weitere wichtige Aufgabe liegt darin, auch in Krisensituationen gleiche Teilhabemöglichkeiten für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Da negative Auswirkungen von Krisen regelmäßig in Familien kompensiert werden müssen, um ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen auch in krisenhaften Situationen zu ermöglichen, sollten auch die Bedürfnisse von Eltern, die oftmals auch eng mit den Bedürfnissen der Kinder – insbesondere auch jüngerer Kinder, die altersbedingt noch nicht selbst eingebunden werden können – besonders berücksichtigt werden. Es sollte daher ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, welche zusätzlichen Aufgaben in Krisen und aufgrund von Maßnahmen zu ihrer Bewältigung übernommen werden müssen. Zugleich sollte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel jeweils geprüft werden, welche Ressourcen Familien zur Verfügung gestellt werden müssen bzw. wie Rahmenbedingungen so beeinflusst werden können, dass Familien und Eltern krisenbedingt gestiegene Anforderungen auch bewältigen können. Die Auswirkungen auf und Rolle von Familien im Rahmen der Krisenbewältigung könnte z. B. in Krisenplänen besonders berücksichtigt werden; Familien könnten über entsprechende Institutionen (z. B. Landesfamilienrat, Landeselternbeirat) in Entscheidungsprozesse einbezogen werde. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass auch die besonderen Belange marginalisierter und benachteiligter Familien zum Tragen kommen.

Menschen mit Behinderungen

Wie in der Antwort zu I. 2. dargestellt, müssen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen politische Entscheidungen zur Krisenbewältigung und -prävention in besonderer Weise daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die Teilhabemöglichkeiten dieser Menschen am gesellschaftlichen Leben haben. Erforderlich ist eine differenzierte Sichtweise, denn z. B. im Hinblick auf die Auswirkungen der Coronapandemie galt es stets zu beachten, dass Menschen mit Behinderungen nicht per se zur Gruppe der besonders betroffenen vulnerablen Menschen zählen. Die während der Coronapandemie vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration erlassenen Verordnungen zur Einschränkung des Betriebs von Werkstätten für behinderte Menschen und anderen Angeboten zur Eindämmung der Infektionen mit SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung Werkstatt für behinderte Menschen [WfbM]) hat deshalb von Beginn an den von der Verordnung betroffenen Einrichtungen einen Ermessenspielraum bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen eingeräumt. Dies hat sich bewährt, denn damit konnte der Heterogenität des von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffenen Personenkreises der Menschen mit Behinderungen Rechnung getragen werden.

Während der Coronapandemie waren oft kurzfristige Entscheidungen unter hohem Zeitdruck erforderlich. Vor diesem Hintergrund war es nicht immer einfach, Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenvertretungen in politische Entscheidungsprozesse einzubinden. Ein Ansatz dafür können jedoch regelmäßige Konsultationen mit den relevanten Akteuren sein. So hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in der Task Force „Pflege und Eingliederungshilfe“ während der Coronapandemie in insgesamt 47 Sitzungen alle relevanten Akteure regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informiert und deren Expertise und Einschätzungen in seine Entscheidungen miteinbezogen. Neben den

Vertreterinnen und Vertretern der Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe war auch die Landes-Behindertenbeauftragte als Interessenvertreterin der Menschen mit Behinderungen in die Task Force eingebunden. Dieser Ansatz einer Vertrauens- und Verantwortungsgemeinschaft hat sich bewährt und wird auch, wenn erforderlich, in ähnlich gelagerten Krisensituationen weiterverfolgt werden.

Über die Task Force Langzeitpflege und Eingliederungshilfe wurde sichergestellt, dass alle in der Pflege und Eingliederungshilfe relevanten Akteure einschließlich der Betroffenen selbst in die Entscheidungsfindung eingebunden waren.

Menschen mit Armutserfahrung

Armutserfahrungen gehen mit ungleichen Chancen der bürgerschaftlichen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten einher. Aber auch das Interesse einer solchen Beteiligung sinkt, wenn Menschen längere Zeit einem Armutsrisiko ausgesetzt sind. In der Folge gehen die eigenen Interessen von Menschen mit Armutserfahrung häufig in der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung unter und das Empfinden eines gesellschaftlichen Abgehängt-Seins steigt. Ungleiche bürgerschaftliche und politische Beteiligungsmöglichkeiten und mangelnde soziale Teilhabechancen aufgrund von materieller Armutsgefährdung gefährden den sozialen Zusammenhalt im Land und die Zustimmung zu den Werten unserer freien, demokratischen Gesellschaft.

Mit einer ressortübergreifenden Landesstrategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener werden seit März 2021 Maßnahmen insbesondere im Bereich Grundbildung verstärkt. Neben den Fähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen wird Grundbildung verstanden als die Möglichkeit des Wissenserwerbs in politischer, wirtschaftlicher, kultureller, gesundheitsförderlicher Hinsicht und im Hinblick auf das Führen eines Haushalts und auf andere Alltagstätigkeiten. Erwachsene Menschen mit geringer Grundbildung sollen über passgenaue Angebote möglichst niedrigschwellig und zielgerichtet in ihrer jeweiligen Umgebung angesprochen und für eine Teilnahme an Kursen motiviert werden.

Ein ausreichendes Maß an Grundbildung ist eine Voraussetzung dafür, dass die vorhandenen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe auch individuell genutzt werden können. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat daher 2021 und 2022 mit den Förderaufrufen „Impulse Teilhabeförderung“ (jeweils Fördervolumen von 100.000 Euro) einen Beitrag dazu geleistet, um die Grundbildung und damit die gesellschaftliche Teilhabe von erwachsenen Menschen mit Armutserfahrung zu verbessern. Auch 2023 ist im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wieder ein Förderaufruf geplant.

Das Sozialministerium wird eine Förderung von Modellprojekten zur aufsuchenden politischen Bildungsarbeit für Menschen mit Armutserfahrung im Land durchführen. Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter sollen Menschen mit Armutserfahrung aufsuchen und mit ihnen zusammen Möglichkeiten erarbeiten, wie sie sich eine reflektierte politische Meinung bilden und diese in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen können. Denn bisher ist die Stimme von Menschen mit Armutserfahrung selten im politischen Diskurs vertreten. Dafür soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in den Jahren 2023 bis 2025 ein Förderprogramm durchgeführt werden. Die Konzeption des Förderprogramms, also was ganz konkret mit einem oder mehreren Projekten erprobt werden soll, wird derzeit im Dialog mit dem Netzwerk Politische Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen in Baden-Württemberg erarbeitet.

Menschen mit Migrationsgeschichte

Um Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsgeschichte zu eruieren und passgenaue Angebote zu vorzuhalten bzw. zu entwickeln, ist ein kontinuierlicher wie auch spezifischer Austausch von Bedeutung, wie er über etablierte Netzwerke (etwa Netzwerk für Integration in Baden-Württemberg), Austauschforen (etwa Landesbeirat für Integration) und mit – oftmals durch das Sozialministerium geförderten – Organisationen, wie dem Landesverband der kommunalen Migranten-

vertretungen in Baden-Württemberg und dem neuen Landesverband der Migrantenorganisationen in Baden-Württemberg, erfolgt.

Auch der regelmäßige Austausch zwischen dem Sozialministerium und den vom Land Baden-Württemberg geförderten kommunalen Integrationsbeauftragten, die für alle integrationspolitischen Belange der Kommune zuständig sind und die Integrationsarbeit vor Ort an zentraler Stelle systematisch planen, gezielt steuern und koordinieren, ist dabei von großer Bedeutung. Die Integrationsbeauftragten stehen in regelmäßigem Kontakt zu allen Akteuren der lokalen Integrationsarbeit. Sie beraten unter anderem Entscheidungsträger der institutionellen Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung bei integrationspolitischen Fragestellungen und werden in die kommunalen Gremienstrukturen eingebunden, sofern die Beratungen oder Entscheidungen der Gremien von integrationspolitischer Bedeutung sind. Die von den Integrationsbeauftragten geführten Integrationspläne mit konkreten Maßnahmen zur Förderung der Integration vor Ort und die von ihnen aufgebauten Integrationsnetzwerke stellen den Informationsfluss über Bedarfe, Angebote und Akteure sicher und tragen so zur Transparenz der lokalen Integrationsarbeit bei.

Diskriminierung

Die Vermeidung von diskriminierenden Folgen sollte von Beginn an und bei jedem Schritt des Krisenmanagements mitgedacht werden. Weiterhin ist das Vorhalten eines flächendeckenden Angebots an Antidiskriminierungsberatung ausschlaggebend, um diskriminierende Effekte einer Krise abzufedern. Alle Menschen in Baden-Württemberg sollen im Fall einer erlebten Diskriminierung schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten können. Bereits im Vorfeld möglicher Krisen ist zu berücksichtigen, dass die Antidiskriminierungsberatungslandschaft in einer Weise auf- und ausgebaut ist, um den Anforderungen während der Krisensituation standzuhalten, die sich durch die Zunahme von Beratungsanfragen und die spezifischen, gegebenenfalls neu entstehenden Diskriminierungssituationen ergeben.

4. Was unternimmt die Landesregierung, um die Stärkung von Resilienz, Eigenverantwortung, sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Informationen sowohl in schulischen als auch außerschulischen Bildungseinrichtungen auch im Krisenfall zu fördern?

Resilienz als pädagogisches Ziel

Aus Sicht des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport ist die Stärkung der Resilienz pädagogisches Ziel in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Nur mit ausreichend Resilienz, Selbstwertgefühl und dem Vertrauen in die eigene Stärke, auch Krisen zu überstehen, können Kinder und Jugendliche anstehenden dauerhaften Notsituationen, Schwierigkeiten oder Problemen standhalten und emotional angemessen reagieren.

Der Schulunterricht leistet einen wertvollen Beitrag zur Wertebildung, indem er Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, eine demokratische Grundeinstellung zu entwickeln und zu selbstständig denkenden, rational urteilenden und sozial verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu werden.

Es gilt, mit den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit einzuüben, eigenständig politische Meinungen zu vertreten, aber auch Kritik an den eigenen Urteilen zu tolerieren. Dies wird an den allgemein bildenden Schulen sowohl durch verschiedene Leitperspektiven als auch im Fachunterricht fokussiert.

Die Unterstützung der schulinternen Krisenteams durch die Schulpsychologischen Dienste verfolgt das Ziel, Schulen im Umgang mit krisenhaften Ereignissen zu stärken und Handlungssicherheit, beispielsweise in der Kommunikation nach innen und außen, zu erlangen.

Die Förderung von Trägern der außerschulischen Jugendbildung und deren Angeboten ergänzt in sinnvoller Weise die schulische Bildung. Sie soll im Sinne des Jugendbildungsgesetzes junge Menschen zur Selbstverwirklichung, zur Verantwortlichkeit und zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft sowie zur Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Pflichten im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befähigen. Hierfür stehen derzeit jährlich insgesamt rund 3,4 Mio. Euro bereit. Auch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz unterstützen außerschulische Jugendbildung.

Des Weiteren wird auf die Antworten auf die Fragen I. 1., II. 1., II. 2., II. 5., III. 6. und IV. 6. verwiesen.

Klimawandel und Biodiversitätskrise

Die Akademie für Natur- und Umweltschutz des Umweltministeriums kommuniziert mit ihren außerschulischen Bildungsangeboten unterschiedlichste Handlungsansätze u. a. auf kommunaler und individueller Ebene im Zusammenhang mit der Biodiversitäts- und der Klimakrise. Auf Basis der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden in den Bildungsveranstaltungen die Auswirkungen von konkreten Handlungen aufgezeigt, in den gesellschaftlichen Kontext eingeordnet und aktiv Kompetenzen vermittelt – z. B. in Form von anwendbarem Artenwissen oder Klimawandel-angepassten Maßnahmen.

5. Ist es aus Sicht der Landesregierung möglich, im Bildungsplan für die Schulen sowie im Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen die Entstehung von Krisen, den Umgang mit Krisen sowie die Krisenfolgenbewältigung altersangemessen fächerübergreifend zu verankern?

Die allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele, z. B. die Förderung der Eigenverantwortung, werden im Bildungsplan in besonderer Weise in verschiedenen fachübergreifenden Leitperspektiven aufgegriffen und in den Fachplänen konkretisiert. Diese werden so verpflichtend in allen Fächern zur Unterrichtswirklichkeit.

Inwieweit die Thematik bereits in der Kindertagesstätte altersgerecht vermittelt werden kann, bedürfte einer intensiven Abwägung.

Die Bildungspläne der allgemein bildenden Schulen Baden-Württembergs steuern nicht allein über Inhalte, sondern primär über Kompetenzen das Unterrichtsgeschehen. Diese bieten den Schulen eine große Freiheit bei der Auswahl von Themen und Unterrichtsgegenständen. Zudem können Lehrkräfte generell in unterschiedlichen Fächern, Klassenstufen und Schularten situativ und altersangemessen auf aktuelle Themen eingehen. Grundsätzlich können die oben genannten Themen an vielerlei Stellen im Fachunterricht behandelt werden, z. B. auch anhand der Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die spiralcurricular und fächerintegrativ im Bildungsplan 2016 verankert ist.

Des Weiteren wird auf die Antworten auf die Fragen I. 1. und IV. 6. verwiesen.

6. Wie kann aus Sicht der Landesregierung eine engere Einbindung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in das Bildungssystem in Baden-Württemberg erfolgen, um bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein für den ehrenamtlich organisierten Bevölkerungsschutz zu schärfen?

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport arbeiten gemeinsam an der Umsetzung des Programmes „Katastrophenschutz an Schulen“. Kinder und Jugendliche sollen hier im Umgang mit Krisen sensibilisiert und gestärkt werden. Hierzu wurde im Januar 2022 das Eckpunktepapier „Katastrophenschutz an Schulen“ beschlossen. Als Teil des Projekts „Katastrophenschutz an Schulen“ stellt das Land im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel künftig Angebote für die Zielgrup-

pe zur Verfügung, die für mehr Handlungssicherheit im Umgang mit Krisensituationen sorgen. So soll ab dem Schuljahr 2023/2024 z. B. jährlich und landesweit ein Aktionstag stattfinden. Die Schülerinnen und Schüler sollen damit Einblicke in die Praxis von Einsatzkräften der Feuerwehren und des Bevölkerungsschutzes erhalten. Eine zentrale und öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung soll im Juli 2023 stattfinden. Für die Lehrkräfte sollen ab dem Schuljahr 2023/2024 ausgearbeitete Handreichungen zur Thematik Katastrophenschutz digital bereitstehen. Dabei soll das Thema altersgerecht in den Unterricht integriert werden. Die Handreichungen reichen von der Grundschule bis zur Kursstufe und beziehen sich auf alle Schularten. Auf der Internetseite des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und dem Landesbildungsserver werden die Materialien und Informationen bereitgestellt. Daneben wird den Schulen auch ein Informationsflyer für die Schülerinnen und Schüler an die Hand gegeben, der praktische Hinweise enthält und auch zum gemeinsamen Gespräch in den Familien einlädt. Diese Materialien sollen durch kurze Filmclips, angelehnt an die Unterrichtsmaterialien, ergänzt werden. Die Filmakademie in Ludwigsburg wurde vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen mit der Erstellung der Filmclips beauftragt.

Des Weiteren wird auf die Antworten auf die Fragen I. 1. und IV. 4. verwiesen.

7. Wie werden Kinder und Jugendliche an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen durch die Landesregierung beteiligt, unter Darlegung der Beteiligung im Krisenfall?

Die Landesregierung fördert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch präventive Maßnahmen im Bereich der Bildung, aber auch im akuten Krisenfall.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport geht es vor allem darum, die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und politische Beteiligung zu legen. Die Erziehung zur politischen Mündigkeit als verfassungsmäßiger Aufgabe für die Schule umfasst die Vermittlung einer Vielzahl von Teilkompetenzen. Schülerinnen und Schüler lernen Informationen zu sammeln, Zusammenhänge zu erkennen, Interessen zu gewichten, eigene Positionen selbstbewusst zu formulieren und andere Menschen für Ideen zu gewinnen. Über die kognitive Vermittlung dieser Fähigkeiten hinaus erleben Kinder und Jugendliche Schule dabei als Erprobungs- und Erfahrungsraum für Beteiligung, z. B. in der SMV, über die digitale Schülerbeteiligungsplattform „aula“, Projekte wie „Schule als Staat“ oder im Alltag von handlungsorientiertem Unterricht.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration verweist auf die Antwort zu Frage IV. 3. Eine unmittelbare Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfolgte im Sommer 2022 in Form eines ganztägigen Jugendhearings. Diese Form der direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zeigte sich als sehr wirksam, um die Bedürfnisse dieser Altersgruppe zu ermitteln, und kann auch in zukünftigen Krisensituationen wieder erfolgen. Die Ergebnisse des Jugendhearings haben auf die danach erfolgende Gestaltung der Corona-Verordnung für die Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit Einfluss genommen. Im Rahmen des aktuellen Masterplans Jugend ist die Jugendbeteiligung ein wesentlicher Schwerpunkt. Gleichzeitig wurde die Förderung der Servicestelle Jugendbeteiligung, welche vom Landesjugendring, der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung und der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit getragen wird, verstetigt. Auch im Rahmen der Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes Baden-Württemberg (LKJHG) soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine Stärkung der formellen und informellen Jugendbeteiligung erfolgen.

8. Welche Maßnahmen werden aktuell von der Landesregierung durchgeführt und sind geplant, um eine aktive Mitwirkung der Bevölkerung an der Ausgestaltung von Politik und Gesellschaft von Baden-Württemberg zu ermöglichen und im Krisenfall aufrechtzuerhalten sowie zum Überwinden einer Krise zu nutzen?

Die Landesregierung verfolgt seit 2011 die Politik des Gehörtwerdens. Menschen werden seitdem stärker an politischen Entscheidungen beteiligt. Die Regierung wird dies weiter ausbauen. Zum Beispiel werden zu wichtigen Gesetzentwürfen Bürgerforen durchgeführt. Mit der Servicestelle Bürgerbeteiligung wird die Landesregierung Bürgerbeteiligung im ganzen Land fördern. Mit dem Gesetz über die Dialogische Bürgerbeteiligung steht den Behörden im Land die Möglichkeit offen, Menschen zufällig über die Melderegister anzuschreiben und zu einem Beteiligungsprozess einzuladen. Diese Möglichkeit wird immer stärker genutzt.

Aktuell führt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eine Bürgerbeteiligung über das Beteiligungsportal des Landes zur Anpassung an den Klimawandel durch. Gegenstand ist der aktuelle Entwurf zur Fortschreibung der Strategie des Landes zur Anpassung an den Klimawandel.

Im akuten Krisenfall steht die Krisenbewältigung im Vordergrund. Bei andauernden Krisen, wie bei einer Pandemie oder einer Energiekrise, können Dialoge mit Bürgerinnen und Bürger wie Stakeholdern helfen, Lösungen zu finden. Ihre Belange und Sichtweisen können dann besser verstanden und, wenn möglich, stärker berücksichtigt werden. Beispielsweise wurden in der Grenzregion Baden-Württemberg/Schweiz/Grand Est Bürgerdialoge durchgeführt. Diese Gespräche trugen dazu bei, dass die besonderen Belange der Menschen in der Grenzregion Berücksichtigung in den Corona-Verordnungen der Landesregierung fanden. Im Bürgerforum Corona wurde über viele Maßnahmen wie auch deren Konsequenzen gesprochen. Auch wenn hierbei die Maßnahmen kritisch betrachtet wurden, so wurde doch die Richtung der Maßnahmen bestätigt. Insofern war das Bürgerforum Corona für die Landesregierung ein wichtiger Raum für Resonanz. Vor dem Hintergrund von Kontaktbeschränkungen und social distancing zeigte sich auch, dass Online-Formate diese Lücke in der Beteiligung größtenteils füllen können.

Nach Krisensituationen kann Bürgerbeteiligung helfen, den Neuaufbau zu gestalten. Die Gemeinde Braunsbach ist hier ein Bespiel. Wenn Maßnahmen entwickelt werden, um Krisen vorzusorgen, spielt Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle. Als Beispiele dienen hier auch der Hochwasserschutz oder Anpassungen an den Klimawandel. Sie erhöhen die Akzeptanz von Maßnahmen und das Bewusstsein für mögliche Gefahrenlagen.

9. Was ist seitens der Landesregierung geplant, damit sich die Diversität der Gesellschaft zukünftig auch innerhalb von Regierung und Verwaltung widerspiegelt und zur Krisenüberwindung ressourcenorientiert genutzt wird?

Die Landesverwaltung betreibt einen grundlegenden Transformations- und Modernisierungsprozess. Dieser wird durch den „Masterplan für die Transformation der Verwaltung“ strukturiert. Ein Teil des Masterplans ist eine gemeinsame Vision. Impulse aus Wissenschaft und Praxis stellen Ansätze vor, um die Vision zu erreichen. In „Transformationspiloten“ erproben die Landesbehörden diese Ansätze. Sind sie erfolgreich, werden sie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verstetigt und in die Fläche gebracht.

„Exzellentes Personalmanagement“ ist ein zentrales Element der Vision. Ein Ziel aus diesem Bereich: Die Landesverwaltung soll die Vielfalt der Gesellschaft wiederspiegeln.

Organisationen, die die Diversität ihrer Mitarbeitenden nutzen, sind innovativer und bewältigen Krisen besser. Mitarbeitende bringen ihre Kenntnisse zu unterschiedlichen Lebenswelten mit. Sie kennen die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen und können sie vertreten. Gleichzeitig steigt die Akzeptanz staatlichen Handelns. Der Staat wird ein attraktiverer Arbeitgeber.

Gleichzeitig muss die Landesverwaltung die angestrebte Diversität aktiv nutzen. Derzeit lädt das Staatsministerium deshalb im Rahmen des Masterplans zu Impulsen ein, die dieses Thema behandeln. Darüber hinaus erarbeitet die Führungsakademie derzeit gemeinsam mit der Landesregierung Strategien, um Führungskräfteentwicklung und Personalmanagement weiter zu verbessern.

Die Besetzung freier Stellen und Dienstposten im öffentlichen Dienst erfolgt auf der Grundlage von Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Es darf nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz keine Benachteiligung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität geben. Dieser rechtliche Rahmen sorgt dafür, dass kein Teil der Bevölkerung von einer Tätigkeit in der Verwaltung ausgeschlossen ist und der Zugang zum öffentlichen Dienst diskriminierungsfrei erfolgt.

Durch den Beitritt zur Charta der Vielfalt im Jahr 2012 hat das Land darüber hinaus ein Bekenntnis zur Vielfalt unter seinen Beschäftigten abgelegt. Das Land als Dienstherr und Arbeitgeber macht damit deutlich, dass in der gesamten Landesverwaltung ein Arbeitsumfeld angestrebt wird, das frei von Vorurteilen ist. Alle Beschäftigten sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

In Stellenanzeigen und bei der Werbung um Arbeitskräfte für die Landesverwaltung wird die gesamte Vielfalt der Bevölkerung angesprochen und zu einer Bewerbung ermutigt. Durch die Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen und Abkürzungen wie „(w/m/d)“ in Stellenanzeigen werden Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht angesprochen. In Stellenausschreibungen werden regelmäßig Frauen ausdrücklich zur Bewerbung aufgefordert. Stellenausschreibungen müssen den Hinweis enthalten, dass schwerbehinderte Menschen bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt werden. Verschiedentlich wird die Werbung für Nachwuchskräfte so gestaltet, dass sich besonders auch Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund angesprochen fühlen dürfen.

In dieser Legislaturperiode soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit dem Ziel der umfassenden Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen entwickelt werden. Ziel dieser Gleichstellungsstrategie ist es dabei auch, Diversität und Teilhabe in der Regierung und Verwaltung in Zusammenarbeit aller Ressorts der Landesregierung durch gezielte Maßnahmen zu fördern.

Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ aus dem Jahr 2015 werden Maßnahmen ergriffen, um Diskriminierungen und Vorurteile gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen – kurz LSBTTIQ – abzubauen. Im Aktionsplan sind sechs wesentliche Themenfelder und dazugehörige Maßnahmen festgelegt, die alle wesentlichen Lebensphasen abdecken. Der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“ im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel soll ab 2023 weiterentwickelt werden.

Aktuell wird sich das 12. „BW Forum Personalverantwortliche im Öffentlichen Dienst“ als Veranstaltungs- und Vernetzungsformat der FamilienForschung Baden Württemberg in Kooperation mit der Führungsakademie Baden Württemberg am 8. Mai 2023 mit dem Thema Facettenreichtum und Diversität in der Verwaltung auseinandersetzen und Impulse für ein erfolgreiches Diversitätsmanagement in der Verwaltung setzen. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden Württemberg fördert dieses Angebot.

Auch im Bereich aktueller Herausforderungen wie der digitalen Gewalt und Hass im digitalen Raum handelt die Landesregierung ressortübergreifend. Im Rahmen des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ arbeiten das Innen-, das Staats-, das Justiz-, das Kultus- und das Sozialministerium an gemein-

samen und effektiven Maßnahmen. Neben konkreten Arbeitspaketen wird das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Herbst 2023 einen öffentlichen Fachtag des Kabinettsausschusses zu geschlechtsspezifischer Hass und Hetze durchführen und somit zur Sensibilisierung und Prävention von Hatespeech beitragen.

Eine diversitätssensible, interkulturell offene Verwaltung soll dem Leitbild einer Gesellschaft der Vielfalt folgen. Die baden-württembergische Gesellschaft ist kein homogenes Gebilde, sie lebt von der Unterschiedlichkeit ihrer einzelnen Teile. Diversität ist für die Landesregierung daher weniger eine Herausforderung, die es zu bewältigen gilt, sondern vielmehr eine Stärke, die Baden-Württemberg zukunfts- und wettbewerbsfähig aufstellt und insgesamt vielfältiger und lebenswerter macht. An diesem Querschnittsziel orientiert sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten bereits seit Jahren, insbesondere seit dem Beitritt des Landes zur oben bereits genannten Charta der Vielfalt.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration werden auch künftig Maßnahmen zur nachhaltigen Verankerung von gesellschaftlicher Vielfalt und Diversität ergriffen und bedarfsspezifisch koordiniert. Neben einer regelmäßigen Abfrage zum Umsetzungsstand der Charta der Vielfalt im Bereich der gesamten Landesregierung ist ein Landesaktionsplan gegen Diskriminierung und Rassismus in Vorbereitung. Mit Hilfe der geplanten Maßnahmen im Bereich der diversitätssensiblen, interkulturellen Öffnung sollen öffentliche Bereiche sich noch besser im Hinblick auf eine gesamtgesellschaftliche Teilhabe im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel aufstellen können und damit zur Stärkung demokratischer Strukturen mit beitragen.

10. Was hat die Landesregierung in den letzten 15 Jahren aus Fluchtmigration und Migrationsbewegungen, Terroranschlägen, Naturkatastrophen (auch diese, die durch den Klimawandel verstärkt wurden) und Kriegen gelernt und welche Präventions- und Aktionspläne sind daraus entstanden bzw. in welcher Form wurden sie aktualisiert?

11. In welcher Form steht die Landesregierung in diesem Lernprozess (Frage 10) im Austausch mit weiteren Entscheidungsinstanzen und wie wird hierbei Wissen von Expertinnen und Experten genutzt – zur Bewältigung einer Krise, aber auch um ihr vorzubeugen und sie zu vermeiden?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen IV.10. und IV. 11. vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen gemeinsam beantwortet.

Zu beachten ist, dass aufgrund der Vielzahl an Gremien und Entscheidungsinstanzen, in denen ein fortlaufender, konkreter Austausch zu Expertinnen und Experten besteht, an dieser Stelle keine vollständige Auflistung vorliegt. Vielmehr dienen die gewählten Beispiele aus den unterschiedlichsten Themen dazu, um zu illustrieren, wie Expertenwissen in verschiedensten Formen aufgenommen und berücksichtigt wird und dadurch Lernprozesse im Sinne der Frage ermöglicht werden.

Stärkung des Bevölkerungsschutzes und Krisenmanagements

Als Konsequenz aus vergangenen Krisensituationen, wie insbesondere der Flüchtlingskrise, hat Baden-Württemberg im Jahr 2015 als erstes Land im Ministerium des Inneren, für Digitales und Kommunen eine eigene Abteilung für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement gegründet. Mit dieser Maßnahme wurden das Krisenmanagement und der Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg in besonderem Maße gestärkt.

Erkennungsmerkmal eines gut funktionierenden Bevölkerungsschutzes, wie wir ihn in Baden-Württemberg haben, ist die Fähigkeit, sich stets an neue Erfordernisse und Gegebenheiten anzupassen.

In vielen Fällen besteht die besondere Herausforderung für den Bevölkerungsschutz darin, dass er regelmäßig in doppelter Hinsicht von Schadenlagen betroffen ist. Zum einen sind die erforderlichen Gefahrenabwehrmaßnahmen zu treffen, zum anderen können die Einheiten und Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes selbst ebenfalls von den Auswirkungen der Schadenlage betroffen sein, wie beispielsweise bei einem flächendeckenden Stromausfall oder einem großflächigen Naturereignis. Der Bevölkerungsschutz muss sich darüber hinaus auch verstärkt auf die Bewältigung von parallel auftretenden Lagen einstellen. Dies wurde beispielsweise deutlich, als während der Coronapandemie gleichzeitig die schweren Hochwasserereignisse in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zu bewältigen waren.

Zur weiteren Stärkung des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements wurden von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) bereits unter Vorsitz von Baden-Württemberg wesentliche Entwicklungen zur Erhöhung der Krisenfestigkeit vorangetrieben. Unter dem Blickwinkel „Lernen aus der Krise“ hat die IMK unter Beteiligung der anderen Fachministerkonferenzen das umfassende Strategiepapier „Sicherheit durch föderale Partnerschaft und sektorale Vorsorge – Strategie- und Konzeptrahmen für die Entwicklung des Staatlichen Risiko- und Krisenmanagements unter Beachtung der Erfahrungen aus der Coronapandemie und des Krieges in der Ukraine“ beschlossen. Unter Zugrundelegung der Prinzipien föderaler Partnerschaft und sektoraler Vorsorge wird hierin die Fortentwicklung eines Strategie- und Konzeptrahmens für einen zukunftsfähigen Bevölkerungsschutz mit seinen vielfältigen Schnittstellen beschrieben.

Enge Zusammenarbeit zwischen EU, Bund und Ländern im Bevölkerungsschutz

Besonders hervorzuheben ist darüber hinaus das von Bund und Ländern gemeinsam eingerichtete Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB). Dies ist ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der Krisenresilienz. Das GeKoB versteht sich als partnerschaftliche Kooperationsplattform von Bund und Ländern. Ziel ist es, unter Beibehaltung der föderalen Strukturen den Bevölkerungsschutz zu stärken und das ebenen- und ressortübergreifende Risiko- und Krisenmanagement zu fördern. Das GeKoB hat insbesondere die Aufgabe, das risiko-, gefahren- und lagebezogene Informations- und Koordinationsmanagement zwischen Bund und Ländern für eine gute Krisenprävention und Krisenvorsorge sowie den Schutz Kritischer Infrastrukturen zu optimieren.

Je nach Sachverhalt und Erfordernis wurden und werden Expertinnen und Experten in die Entscheidungsfindungen eingebunden. Zu welchen Fragestellungen die Landesregierung den Rat von Spezialisten konkret einholt, hängt stark vom zu beurteilenden Ereignis und dessen potenziellen Auswirkungen auf die Bevölkerung und das Gemeinwesen ab. Exemplarisch sei auf das oben dargestellte GeKoB verwiesen, welches bei Bedarf auch externe Expertise hinzuzieht.

Wichtig ist auch der Austausch von Wissen und Erfahrungen über die Grenzen hinaus. Hierzu steht das Innenministerium in regelmäßigem Austausch mit Institutionen der EU, wie insbesondere der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (DG ECHO). Mit dem im Aufbau befindlichen „knowledge network“ der EU eröffnet sich im Europäischen Bevölkerungsschutz eine weitere Vernetzungsmöglichkeit. Es gilt, diese zu nutzen und noch mehr zusammenzurücken. Der Austausch von Erfahrungen sowie von wissenschaftlichen Erkenntnissen und von Informationen über Schadenabläufe und Entwicklungen werden zu einer weiteren Verbesserung der Sicherheit der Menschen sowie zur Stärkung Europas führen.

Gemeinsam gegen Extremismus und Terror

Das unmittelbar nach dem Terroranschlag vom 7. Januar 2015 in Paris im ersten Anti-Terror-Paket der Landesregierung beschlossene „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) hat im November 2015 seine Arbeit aufgenom-

men. Das KPEBW wurde zwischenzeitlich auf alle Phänomenbereiche ausgeweitet und im Juni 2018 in Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) umbenannt. Die Ausstiegsprogramme für die Bereiche Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus und Auslandsbezogener Extremismus wurden sukzessive aufgebaut. Diese Ausstiegsprogramme richten sich an Ausstiegswillige sowie deren enges soziales Umfeld. Konex verfügt zudem über einen eigenen wissenschaftlichen Aufgabenbereich für die permanente Weiterentwicklung der Beratungsmethoden und die Auswertung von Forschungsergebnissen oder relevanten Ereignissen. Hierdurch kann flexibel auf neue Entwicklungen reagiert werden.

Als Reaktion auf Anwerbeversuche des sog. Islamischen Staats und darauffolgenden Ausreisen auch junger Menschen aus Baden-Württemberg führte das LKA BW in den Jahren 2014 und 2015 eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte an den Standorten der Regierungspräsidien durch. Inhalt der Fortbildungen war eine Abgrenzung der Religion des Islams von extremistischen Tendenzen sowie praxisrelevante Workshops für den Kontext Schule. Die Veranstaltungsreihe wurde in Kooperation mit dem Islambeauftragten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und dem Landesamt für Verfassungsschutz BW durchgeführt.

Zum Schutz von Einzelpersonen und Gruppen vor einer religionsbedingten Viktimisierung richtete das LKA BW in enger Abstimmung mit konex das landesweite Opferschutzprogramm „Sicher in Glaubensgemeinschaften“ ein. Das Kommunikationskonzept setzt bei bestehenden Befürchtungen und Erfahrungen an und vermittelt konkrete Verhaltenstipps und -hinweise vorrangig für Mitglieder von muslimischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften bei verdächtigen Wahrnehmungen.

In der Präventionsarbeit ist das LKA BW in verschiedenen Gremien im Austausch mit weiteren Akteuren der (Extremismus-)Prävention. Daneben ist die aktive Vernetzung mit einer Vielzahl weiterer gesellschaftlicher Organisationen, wie beispielsweise im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ anzuführen.

Das LKA BW ist regelmäßig in Kooperation mit anderen Organisationen durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen präsent. Jährlich finden mehrere Veranstaltungen zu den Themenfeldern Islamismus, Rechtsextremismus oder Populismus statt. Gesellschaftliche Resilienz baut unter anderem auf der langjährigen Erfahrung der guten Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele auf und ist dann im Krisenfall als Ressource verfügbar.

Für eine effektive Aufklärung und Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ist es unabdingbar, dass die Sicherheitsbehörden ihre eigenen Strukturen und Maßnahmen fortlaufend an die sich permanent verändernden Rahmenbedingungen anpassen. Eine abschließende Aufzählung der aus einzelnen Terroranschlägen bzw. terroristischen Aktivitäten abgeleiteten Maßnahmen bzw. überarbeiteten Präventions- und Aktionsplänen ist angesichts der komplexen und dynamisch verlaufenden Entwicklungen, die auf verschiedenen Ebenen ineinander übergreifen, nicht möglich.

Als maßgebliches Beispiel soll hier angeführt werden, dass die Landesregierung vor allem aus der Aufarbeitung der Taten des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) umfassende Lehren gezogen hat. Nach einer intensiven kritischen Überprüfung der Strukturen und Arbeitsabläufe sind zahlreiche Reformmaßnahmen ergriffen worden, um die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zu verbessern und das Risiko für weitere solcher Taten möglichst weitgehend auszuschließen. Insoweit wird auf den Bericht der Landesregierung zu den Empfehlungen des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses der 16. Wahlperiode „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“, Drucksache 16/7587, Bezug genommen. Zudem wird auch auf den Beitrag des LfV „Zehn Jahre nach der Enttarnung des NSU: eine rechtsterroristische Ver-

brechensserie und ihre Konsequenzen für den Verfassungsschutz Baden-Württemberg“ verwiesen (online abrufbar unter *https://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/_10_+Jahrestag+der+Enttarnung+des+NSU_?QUERYSTRING=nsu*).

Folgen des Klimawandels

Der Klimawandel und damit einhergehende weltweite Naturkatastrophen haben das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2012 bewogen, erste Schritte zur Förderung einer Wissenschaft für Nachhaltigkeit einzuleiten mit der Förderlinie „Stärkung des Beitrags der Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung“. Sie wurde im Rahmen des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) mit acht Mio. Euro ausgestattet, die an neun Hochschulen des Landes zum Beispiel für die Entwicklung neuer Studiengänge und Kooperationen mit strategischen Partnern vergeben wurden. Die Förderungen eint der ausgewiesene Bezug zum Klimaschutz.

Im Frühjahr 2012 hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eine unabhängige Expertengruppe „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ einberufen unter dem Vorsitz von Prof. Uwe Schneidewind. Deren Empfehlungen zu Förderungs- und Steuerungsansätzen einer nachhaltigen Entwicklung des Wissenschaftssystem Baden-Württembergs beruhen auf Bestandsaufnahmen und Debatten mit Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und sind in die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs eingeflossen. Aus der Empfehlung, transdisziplinäre und transformative Forschungsformate anzuregen, sind die erfolgreichen Förderlinien der Reallabore hervorgegangen. Seit 2015 werden an Hochschulen des Landes 21 Reallabore für Nachhaltigkeit mit insgesamt ca. 22 Mio. Euro durch das MWK gefördert.

In den genannten Reallaboren wird transformative Forschung zur Stärkung von Nachhaltigkeit umgesetzt. Klimaschutz wird in den Bereichen Energie, Daten, Mobilität, Stadtentwicklung in Städten, Stadtquartieren, Industriearealen, im ländlichen Raum und in Gebäudekomplexen mit Beteiligung von wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt und langfristig und selbsttragend implementiert.

Die Landesstrategie zur Anpassung an den Klimawandel des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (seit 2015) fügt sich in den Kontext der Europäischen sowie der Deutschen Anpassungsstrategie ein. Sie integriert bestehendes Wissen, verweist auf weitere Informationen und stellt eine gebündelte Orientierung zur Klimaanpassung Baden-Württemberg bereit und wird aktuell fortgeschrieben. Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 Nummer 3 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz ist ab 2025 spätestens alle fünf Jahre ein Monitoring-Bericht zur Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels, insbesondere zu den wesentlichen Folgen des Klimawandels für Baden-Württemberg und zu der Umsetzung und Wirkung wichtiger Anpassungsmaßnahmen und mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Strategie zur Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels, zu erstellen. Der Klima-Sachverständigenrat, der die Landesregierung und den Landtag zu Klimaschutz und Klimawandel berät, nimmt jeweils Stellung zu diesen Berichten.

Zur Strategie wurde zuletzt 2020 ein Monitoring durchgeführt. Die Ergebnisse des Monitorings fließen in die Neufassung der Anpassungsstrategie ein, die noch nicht final vorliegt.

Die Akademie für Natur- und Umweltschutz arbeitet bei der Konzipierung von Seminaren und Fortbildungen sowie bei der Wissensvermittlung eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen, beispielsweise mit den Partnerinstitutionen der Landesinitiative Integrative Taxonomie (Universität Hohenheim, Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart), aber auch mit weiteren Universitäten und Forschungseinrichtungen im Lande und darüber hinaus, etwa im Rahmen des bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) mit den Akademien der anderen Länder.

Außerdem werden zum Transfer von bereits erprobten Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien einschlägige Expertinnen und Experten sowie erfahrene Praktikerinnen und Praktiker, etwa aus Kommunen, anderen Behörden oder Planungsbüros, aktiv in Veranstaltungen und deren inhaltliche Konzeption einbezogen.

Hochwasser- und Wassermangelstrategie

Die Strategie zum Umgang mit Hochwasser in Baden-Württemberg wurde besonders unter dem Eindruck der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Juli 2021 und den erneuten Starkregenereignissen im Juni und Juli 2021 in ganz Baden-Württemberg weiterentwickelt.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend wurde ein 10-Punkte-Programm entwickelt, welches die wichtigsten Handlungsfelder zur Verringerung von Hochwasserrisiken adressiert.

Nach 2003 und 2015 waren auch die Jahre 2018 bis 2020 sowie 2022 in weiten Landesteilen Baden-Württembergs dagegen von langanhaltenden Trockenphasen mit ausgeprägtem Niedrigwasser und abnehmenden Grundwasserständen und Quellschüttungen geprägt. Dabei wurden gravierende Auswirkungen des Wassermangels auf die Natur und zahlreiche Nutzungen deutlich. Um den Ursachen und Auswirkungen von Trockenperioden mit sommerlichen Wassermangel entgegenzuwirken und die Resilienz der Systeme zu stärken, wurde die Wassermangelstrategie des Landes für einen verbesserten Umgang mit Wasserknappheit entwickelt. Bereits in 2019 erfolgte im Hinblick auf die öffentliche Wasserversorgung der Startschuss für den Masterplan Wasserversorgung. Mit diesem wird die öffentliche Wasserversorgung einem Klimacheck unterzogen. Aufbauend auf einer Bestandsaufnahme zur Wasserbilanz und Struktur der Trinkwasserversorgung werden eine Evaluation der Versorgungssicherheit und Empfehlungen für eine zukunftsfähige Trinkwasserversorgung erarbeitet.

Gemeinsam mit der WBWF Fortbildungsgesellschaft für Gewässerentwicklung mbH steht das Umweltministerium in engem Kontakt mit verschiedenen Akteuren und hat Netzwerke aufgebaut:

Seit 2003 existieren in Baden-Württemberg die Hochwasserpartnerschaften, ein Zusammenschluss von Kommunen, Fachverwaltungen und Institutionen innerhalb eines Gewässereinzugsgebietes. Im regelmäßigen Erfahrungsaustausch wird über aktuelle Themen aus dem Bereich Hochwasservorsorge informiert. Neben der reinen Information spielen die Weitergabe von Erfahrungen im Bereich des vorsorgenden Hochwasserschutzes sowie der Aufbau eines Netzwerkes zwischen den Kommunen eine wichtige Rolle. Zukünftig soll in diesem Netzwerk auch die Thematik Niedrigwasser und Wassermangel mit aufgegriffen werden.

Darüber hinaus zählt Baden-Württemberg 43 sogenannte Gewässernachbarschaften, in welchen ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer aus der Landesverwaltung (Landratsämter, Regierungspräsidien) einen Austausch mit Kommunen und Planungsbüros organisieren. Dabei werden den Personen, welche vor Ort mit Unterhaltungsaufgaben an Gewässern betraut sind, die Methoden und Vorgehensweisen naturgemäßer Gewässerentwicklung und -unterhaltung vermittelt und Know-how weitergegeben.

Der Erfahrungsaustausch und die Weiterbildungslehrgänge für Stauwärter und Betriebsbeauftragte dienen einem sicheren Betrieb und der Instandhaltung der rund 800 Hochwasserrückhaltebecken in Baden-Württemberg, die als wesentlicher Bestandteil des technischen Hochwasserschutzes errichtet wurden. Die Pflege dieser Anlagen erfordert fachkundiges Personal, welches im Rahmen von Stauwärternachbarschaftstagen aus- und fortgebildet wird.

Energieversorgung

Die Landesregierung hat in den vergangenen Monaten das Krisenmanagement für potenzielle Energiekrisen weiter geschärft. Die internen Krisenprozesse konnten hier durch eine Krisenübung nochmals optimiert werden. Zudem fanden zahlreiche Abstimmungen mit dem Bund und den anderen Ländern statt, bei denen die Prozesse definiert und festgelegt wurden, die im Falle einer Energiemangellage zur gemeinsamen Bewältigung der Energiekrise anzuwenden sind. Darüber hinaus fanden und finden regelmäßige Besprechungen mit der Energiebranche statt, bei der sich die Landesregierung mit Expertinnen und Experten aus dem Energiesektor über aktuelle und anstehende Herausforderungen austauscht und gleichzeitig einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und Probleme in der Branche erhält. Dadurch erhält die Landesregierung die Möglichkeit, sich anbahnende Krisenlagen so früh wie möglich zu erkennen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel geeignete Maßnahmen zur Krisenvermeidung oder Krisenbewältigung zu ergreifen.

Kernenergie und Strahlenschutz

Der Kernkraftwerksunfall in Fukushima (infolge einer Naturkatastrophe) hat dazu geführt, dass der radiologische Notfallschutz in Deutschland eine neue Bedeutung erlangt hat und auf Gesetzesebene neu geregelt wurde (neues Strahlenschutzgesetz). Die Landesbehörden wurden ebenfalls vor neue Aufgaben gestellt. Die Abläufe und Prozesse des radiologischen Lagezentrums im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für die Aufgabenbewältigung bei radiologischen Notfällen wurden an die neuen Anforderungen angepasst.

Im Bereich des radiologischen Notfallschutzes findet auf Bundes- und Länderebene, aber auch international ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den Entscheidungsinstanzen und in den Fachgremien statt. Daraus resultiert eine ständige Fortschreibung der Regelungen. Zudem finden im Land insbesondere mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen vielfältige Abstimmungen in den Bereichen radiologischer Katastrophenschutz und nukleare Gefahrenabwehr statt.

Vorbereitung auf biologische Krisen bzw. Gefahrenlagen

In Bezug auf Infektionskrankheiten wurde ein Seuchenalarmplan in Baden-Württemberg erstmals im Jahr 2001 erstellt. Dieser umfasst Regelungen

- zu lebensbedrohenden hochkontagiösen Infektionskrankheiten (insbesondere Ebola-Fieber, Marburg-Virus-Krankheit, Lassa-Fieber, hämorrhagisches Krim-Kongo-Fieber, Pocken, humane Affenpocken und Lungenpest),
- zum Auftreten einer bedrohlichen übertragbaren Erkrankung, wenn dies auf eine schwerwiegende Gefahr für die Allgemeinheit hinweist,
- zu übertragbaren Krankheiten, die wegen des Ausmaßes oder der Anzahl betroffener Personen überregionale Maßnahmen erforderlich machen,
- zu Ereignissen, die eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite darstellen können (Internationale Gesundheitsvorschriften) und zu (bio)terroristischen Anschläge und Havarien, soweit sie die Zuständigkeit der Gesundheitsverwaltung betreffen.

Der Seuchenalarmplan wurde 2006/2007 umfassend überarbeitet und neu strukturiert. Eine weitere Aktualisierung des Seuchenalarmplans einschließlich des Moduls „Virusbedingte hämorrhagische Fieber (VHF)“ erfolgte im Oktober 2014.

Als weiteres Modul des Seuchenalarmplans wurde im Oktober 2006 ein Influenzapandemieplan des Landes erstellt. Dieser wurde im Mai 2009 zu Beginn der ersten Influenzapandemie des 21. Jahrhunderts aktualisiert. Eine weitere Aktualisierung erfolgte im Zusammenhang mit der Coronapandemie im März 2020. Während des Pandemiegeschehens erfolgten Änderungen der Regelungen durch entsprechende Rechtssetzungen, Kabinettsbeschlüsse bzw. Beschlüsse der Len-

kungsgruppe SARS-CoV-2 sowie im direkten Austausch mit den beteiligten Akteuren (z. B. in der AG Corona, mit den kommunalen Landesverbänden und den Gesundheitsämtern).

Zur Vorbereitung von großen und mittelständischen Unternehmen auf eine Influenzapandemie wurde durch das Landesgesundheitsamt im Jahr 2008 zudem ein „Handbuch Betriebliche Pandemieplanung“ erstellt, dessen 2. Auflage im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) herausgegeben wurde. Darüber hinaus wurde im Dezember 2005 ein Pockenalarmplan entwickelt.

Die Erfahrungen der Coronapandemie machen eine Aktualisierung und Weiterentwicklung der Pandemiepläne erforderlich. Die Pandemieplanung der Länder erfolgt dabei sinnvollerweise auf Basis des Nationalen Pandemieplans. Dieser sollte zukünftig erregerunspezifisch konzipiert werden, um mit einem allgemeingültigeren Handlungsleitfaden bestmöglich auf eine potenzielle neue Pandemie vorbereitet zu sein.

In der Ausgestaltung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie griff die Landesregierung natürlich auch auf wissenschaftliche Expertise aus dem Land zu. Ein Beispiel:

Der Expertenkreis Aerosole, der sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern baden-württembergischer Hochschulen zusammensetzte, hat die Landesregierung in der Coronapandemie mit neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bezüglich des Übertragungsweges „Aerosole“ unterstützt. Hierbei wurde beispielsweise die Effektivität unterschiedlicher Maßnahmen zum Schutz vor Virusübertragung beleuchtet und Empfehlungen für Schutzkonzepte und -strategien in unterschiedlichen Räumlichkeiten und unter unterschiedlichen Gegebenheiten (Luftfilter ja/nein, Lüftung möglich ja/nein) ausgesprochen.

Zusammenarbeit im Bereich der Versorgung mit Lebensmitteln

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat die Initiative ergriffen, die Strukturen der privaten Ernährungswirtschaft stärker in die Planungen der staatlichen Notfallvorsorge einzubeziehen. Dies erfolgte zum einen durch die Beteiligung an einem Forschungsvorhaben mit dem Thema „Skalierbare Notfall-Logistik für urbane Räume als öffentlich-private Partnerschaft im Katastrophenfall“ (NOLAN). Dieses Vorhaben hat zum Ziel, ein ganzheitliches Konzept einer Notfalllogistik zu entwickeln, um den Ausfall privatwirtschaftlicher Versorgungsstrukturen zu überbrücken. Darüber hinaus hat das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sein Interesse an einem weiteren geplanten Forschungsvorhaben zur Erarbeitung innovativer Kooperations- und Entscheidungssysteme für den Krisenfall zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren in der kritischen Infrastruktur Ernährung (KRITIS-ENV) bekundet.

Auch hat das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Gespräche mit den in Baden-Württemberg ansässigen Handelsketten aufgenommen. Ziel ist es ein Netzwerk aufzubauen, das die Resilienz der Lebensmittelwirtschaft erhöht und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung in einer Versorgungskrise erleichtert.

Die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, vor allem dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen; dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und dem Ministerium für Verkehr wird verstärkt. Eine isolierte, nur auf Ernährung bezogene Versorgungskrise ist ein eher unwahrscheinliches Szenario. Aus diesem Grund soll die Verzahnung der Instrumente des Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG) mit anderen Sicherstellungsgesetzen durch ressortübergreifendes Arbeiten noch erweitert werden.

Migration und Flucht

Bedingt durch plötzliche und anhaltend extrem hohe Flüchtlingszugänge in den Jahren ab 2015 war das Erstaufnahmesystem organisatorisch und personell sehr stark belastet. Als Folge daraus hat das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das seinerzeit zuständige Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, das System der Erstaufnahme ab dem Jahr 2016 reformiert und konzeptionell auf neue Grundlagen gestellt. Die seinerzeit ebenfalls beschlossenen Maßnahmen zu Kapazitätsausbau und -konsolidierung haben sich in nachfolgenden krisenhaften Ereignissen (Bewältigung Coronapandemie, Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge) bewährt. Aktuell erfolgt eine Evaluation der konzeptionellen Grundlagen.

Das Land Baden-Württemberg hat das System der Erstaufnahme als sog. „atmendes System“ angelegt. Dabei werden landesweit ein Ankunftszentrum sowie vier Landeserstaufnahmeeinrichtungen (mit Asylverfahrensteil) betrieben, die durch weitere Erstaufnahmeeinrichtungen (ohne Asylverfahrensteil – nur Unterbringung) unterstützt werden. Ankommende Asylsuchende werden im Ankunftszentrum zentral erfasst und in das Asylverfahren eingebracht und nach der Registrierung und Gesundheitsuntersuchung in den Einrichtungen untergebracht. Bei krisenhaft steigenden Ankunftszahlen können diese Regelstrukturen durch die vorbereiteten Verfahren sehr schnell dezentralisiert werden. Bedarfsgerechte Unterbringungskapazitäten können dabei durch Belegungs- und Verfahrensoptimierungen geschaffen bzw. ausgeweitet werden. Die im Bedarfsfall aktivierte Dezentralisierung ermöglicht es, notwendige Asylverfahrensschritte wie die Registrierung, Gesundheitsuntersuchung und Asylantragstellung an mehreren Standorten durchzuführen, um das Ankunftszentrum zu entlasten.

In der sich anschließenden Stufe der Flüchtlingsaufnahme, der vorläufigen Unterbringung bei den unteren Aufnahmebehörden der Stadt- und Landkreise, sollen künftig Überlegungen eines agilen Liegenschaftsmanagements in die Ausgestaltung einfließen. Für die Bewältigung von dynamischen Zugängen in kurzer Zeit sollen Lösungen für ein schnelles sowie wirtschaftliches Anpassen der Unterbringungskapazitäten überlegt werden. Die unteren Aufnahmebehörden sollen damit in die Lage versetzt werden, eine Mindestanzahl an Plätzen auch in den Zeiten vorzuhalten, in denen diese Plätze nicht mehr voll ausgelastet werden können, um ein Mindestmaß an Strukturen (z. B. Liegenschaften, Personal) zu erhalten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklung des Immobilien- und Arbeitsmarktes relevant. Weiter bedarf es Liegenschaften, die ergänzend dazu die Möglichkeit einer Stand-by-Funktion bieten und damit flexibel, je nach vorliegender Zugangssituation, schnell hochgefahren oder auch zeitweise stillgelegt werden können.

Der Schutz der Geflüchteten in Baden-Württemberg ist von großer Bedeutung. Beispielsweise hat das Landeskriminalamt Baden-Württemberg explizit für die Geflüchteten aus der Ukraine frühzeitig eine Präventionskampagne entwickelt, die auch lageorientiert angepasst und weiterentwickelt wird. Ziel der Kampagne ist es, Geflüchteten sowie Helfenden in Baden-Württemberg konkrete Verhaltensempfehlungen zu vermitteln und vor möglichen Gefahren zu warnen, ohne dabei Kriminalitätsfurcht zu erzeugen. Hierzu wurden ein Faltblatt sowie ein Plakat für Geflüchtete in deutscher und ukrainischer Sprache erstellt, die die Notrufnummern 110 und 112 sowie Informationen zur Notruf-App „nora“ und Hilfsangebote bestehender Institutionen und Hilfestellen enthalten. Zudem werden auch Tipps für die Weiterreise und Unterkunftssuche vermittelt. Die Informationsmedien wurden an alle regionalen Polizeipräsidien im Land zur weiteren Verteilung als Druckerzeugnisse ausgegeben. Darüber hinaus wurden die öffentlichen Stellen über die Kommunalen Landesverbände über die Präventionsmaßnahmen der Landespolizei informiert. Auch die bestehenden Handreichungen des ProPK „Gemeinschaftsunterkünfte für Zuwanderer sicher gestalten“ und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ enthalten vor allem für Helferinnen und Helfer sowie die betroffenen Stellen umfangreiche Informationen.

Darüber hinaus stellen die Präventionsreferate der regionalen Polizeipräsidien sowie das Landeskriminalamt ein umfangreiches Beratungsangebot und -netzwerk zur technischen und verhaltensorientierten Beratung sowie unterschiedliche Präventionsmedien speziell für Frauen und rund um die Themen Gewalt gegen Frauen oder sexuelle Gewalt – zum Teil auch in Leichter Sprache – zur Verfügung. Diese Informationen können von Betroffenen, Helfenden und Bezugspersonen kostenlos genutzt und im Bedarfsfall auch an geflüchtete Frauen und Kinder weitergeleitet werden.

Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen erfolgt zu herausragenden Ereignissen regelmäßig interne und externe Öffentlichkeitsarbeit durch die Stabstellen Öffentlichkeitsarbeit des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg und des im Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen angesiedelten Landespolizeipräsidiums, in welcher auch auf die Kampagnen weiterer Stellen wie der Bundespolizei oder des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat hingewiesen wird.

Auf fachlicher Ebene besteht für den Bereich Migration ein umfangreicher Austausch zwischen den auf Bundesebene beteiligten Akteuren und den Ländern. Es existieren regelmäßige Kommunikationsformate, auf Bund-Länder-Ebene zu migrationsrelevanten Themenstellungen, bei denen anlassbezogen auch Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis hinzugezogen werden. Seitens des Ministeriums der Justiz und für Migration wurde Ende des Jahres 2022 erstmalig zum Heidelberger Migrationssymposium zum Thema „Der Krieg in der Ukraine“ eingeladen, bei dem Fachleute aus Politik, Verwaltung Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Medien aus Bund und Land über die immensen Herausforderungen und Folgen für die Migrationspolitik durch den Krieg in der Ukraine diskutierten. Das Land will das Heidelberger Symposium für Migration zu einer festen Größe der politischen und gesellschaftlichen Debatte etablieren.

12. In welcher Art und Weise bindet die Landesregierung zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in Krisenfällen in ihr Handeln mit ein – insbesondere in Bezug auf deren Funktion als Hilfenetz für die Bevölkerung und deren vergleichsweise schnelles und unbürokratisches Handeln?

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure tragen mit ihrem großen Engagement wesentlich zur Krisenresilienz Baden-Württembergs bei. Ihre gelungene Einbindung sowohl in konkreten Krisenlagen als auch in Prävention und Krisenkommunikation ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen.

Die große Mehrzahl der Einsatzkräfte des operativen Katastrophenschutzes ist ehrenamtlich tätig. Dies ist eine ganz großartige Teilhabe und eine unentbehrliche Mitwirkung der Zivilgesellschaft an staatlichen Aufgaben und Strukturen. Hierzu wird auf die Ausführungen zu der Beantwortung von Frage II. 2. verwiesen.

Darüber hinaus würde die Einbindung von Spontanhelferinnen und -helfern derzeit lageabhängig im Einsatzfall erfolgen; Vorplanungen im Sinne der Fragestellung bestehen noch nicht. Das Thema ist für die grundlegende Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes vorgemerkt, sodass der rechtliche Rahmen für einen sicheren und geordneten Einsatz von Spontanhelferinnen und -helfern geschaffen werden soll. Bei einem Einsatz nach dem Feuerwehrgesetz (FwG) können Personen über 18 Jahre unter bestimmten Voraussetzungen gemäß § 30 FwG zur Hilfe verpflichtet werden. Unter anderem muss die Person dazu körperlich in der Lage sein; bei erheblicher eigener Gefahr oder wenn hierdurch andere wichtige Pflichten verletzt würden, kann die Hilfe auch abgelehnt werden. Bei einem Einsatz nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz können nach § 25 LKatSG über 16 Jahre alte Personen verpflichtet werden, bei der Bekämpfung von Katastrophen und der unmittelbar anschließenden, vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen Hilfe zu leisten. Die Personen, die zur Hilfeleistung herangezogen werden oder freiwillig mit Zustimmung der Katastrophenschutzbehörde, des technischen Leiters oder seines Beauftragten bei der Katastrophenbekämpfung oder der unmittelbar anschließenden vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden Hilfe leisten, haben

für die Dauer ihrer Hilfeleistung die Rechtsstellung von Helfern des Katastrophenschutzdienstes.

13. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung ergriffen, um die (Förder-)Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements und der Quartiersarbeit so auszurichten, dass sie zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung beitragen können?

Die Landesregierung arbeitet zurzeit im Rahmen verschiedener Strategien im Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration an der Erarbeitung von Maßnahmen.

Alle Maßnahmen der Landesregierung sind darauf ausgerichtet, Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement (BE) möglichst krisenfest zu machen.

Arbeitsgrundlage für eine gelingende und zukunftsorientierte Engagementpolitik ist für die Landesregierung nach wie vor die weiterentwickelte Engagementstrategie. Die Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement sollen damit weiter verbessert, das Engagement verstetigt und neue Engagierte gewonnen werden. So soll allen Menschen, unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung, ein Engagement ermöglicht werden. Wichtiges Instrument der Strategie ist das Landesnetzwerk BE. Innerhalb des Netzwerks wurden und werden unter anderem Ideen und Konzepte zur Bewältigung von Krisen und zur Krisenvorbeugung ausgetauscht. Innerhalb des Netzwerks spielen insbesondere die Kommunalen Landesverbände eine wichtige Rolle, weil die vom Land finanzierten Fachberatungen als Anlauf- und Beratungsstelle und Multiplikatoren fungieren. Sie vernetzen in alle Richtungen und sind ansprechbar für alle BE-Fachkräfte auf kommunaler Ebene. Die Fachberatungsstellen beraten zum Beispiel bei der Beantragung kommunaler Entwicklungsbausteine des Landes oder bieten Unterstützung bei Anträgen für die Förderprogramme des Landes an.

Als eine konkrete Maßnahme zur Förderung nachhaltigen Engagements soll es im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel noch in diesem Frühjahr zur zweiten Auflage des vielfach überzeichneten Förderprogramms „Gemeinsam engagiert in BW“ kommen. Es soll abermals Anreize zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und Bürgerschaftlichen Engagements schaffen. Hierzu zählt insbesondere die Einführung und Unterstützung von Projekten zur Stärkung und Zukunftssicherung des Engagements vor Ort – in Gemeinden, Städten und Landkreisen.

Der Engagementnachweis Baden-Württemberg dokumentiert und würdigt auch zukünftig das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Mit dem Engagementnachweis können die ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagierten Bürgerinnen und Bürger ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen sowie ihre erworbenen Fähigkeiten im Ehrenamt individuell dokumentieren und bescheinigen lassen.

Den in den Kommunen hauptamtlich tätigen Fachberatungskräften werden noch in diesem Jahr Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, in denen unter anderem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer im Mittelpunkt stehen sollen.

Weiterhin schützt die Landesregierung ehrenamtlich und Bürgerschaftlich Engagierten in Form einer pauschalen Unfall- und Haftpflichtversicherung. Diese Versicherung greift, wenn im Schadenfall keine andere Versicherung die Engagierten absichert.

Als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für besonders umfangreiches Bürgerschaftliches Engagement wird die Einführung einer Ehrenamtskarte in diesem und im kommenden Kalenderjahr in vier Regionen modellhaft erprobt.

Auch im Rahmen der Familienförderstrategie werden vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Coronapandemie Maßnahmenvorschläge ausgearbeitet, um

im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Ausbau von vernetzten Strukturen vor Ort, die auch im Krisenfall greifen und Familien unterstützen können, voranzutreiben. Sowohl vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels als auch der Bedeutung in Krisen nimmt die Bedeutung von Koordinierung und Vernetzung zu. Die Förderung entsprechender Strukturen, wie sie z. B. im Rahmen der Frühen Hilfen bereits erfolgt, sowie möglichst flächendeckend vorhandener niedrigschwelliger Anlaufstellen für Familien ist aus Sicht der Landesregierung noch ein Entwicklungsfeld.

Die Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten." des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt auch in den zukünftigen Jahren Städte, Gemeinden, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung ihrer Nachbarschaften, Stadtteile und Ortschaften. Bis 2030 sollen mit den bewährten Angebotsbausteinen der Information, Beratung, Förderung, Vernetzung und Qualifizierung alle Kommunen im Land erreicht werden. Dazu werden gezielt Informations- und Vernetzungsangebote in Form von Fachtagen und Regionalkonferenzen angeboten oder in Kooperation mit den Kommunalen Landesverbänden kommunale Netzwerke unterstützt. Hierdurch wird die Vernetzung auf regionaler und lokaler Ebene gestärkt. Die Angebotsbausteine werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiter ausgebaut und die Vernetzung auf Landesebene wird ebenfalls weiter vorangetrieben. Die Vernetzung auf Landesebene findet sowohl mit den Verbänden und Organisationen als Partner der Landesstrategie wichtige Akteures als auch zwischen den Ressorts statt.

Dadurch, dass langfristig sowohl Vernetzung als auch Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen verschiedenen Akteuren und Menschen gefördert werden, entstehen stabile und tragfähige Kooperationen. Da etablierte Netzwerke und eingeübte Kommunikationswege für die Bewältigung von aktuellen und zukünftigen Krisen hilfreich sind, kann Quartiersarbeit einen wertvollen Beitrag zur Krisenvorsorge leisten.

14. Wie können städtebauliche Strukturen und neue Wohnformen aus Sicht der Landesregierung das gesellschaftliche Miteinander und damit den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken, unter Darlegung der aktiven Unterstützung der städtebaulichen Entwicklungen durch die Landesregierung?

Bedarfsgerechter Wohnraum für die verschiedensten Lebensphasen mit einem attraktiven Wohnumfeld, gut gestaltete öffentliche Räume und Plätze als Orte der Begegnung und des Austauschs sowie eine hinreichende Nahversorgung und soziale Infrastruktur stellen wesentliche Erfolgsfaktoren für eine gelungene Quartiersentwicklung dar, die das gesellschaftliche Miteinander positiv beeinflussen können.

Die Städtebauförderung unterstützt seit mehr als 50 Jahren die Städte und Gemeinden in ihrer Innenentwicklung und trägt maßgeblich zu lebendigen Zentren und Quartieren bei.

Unterstützung bei der Quartiersentwicklung erfahren die Kommunen im Rahmen der Städtebauförderung insbesondere bei Maßnahmen

- zur Bereitstellung von adäquatem Wohnraum durch Umnutzung, Modernisierung und Aktivierung von Flächen und leerstehenden Immobilien und
- zur Neugestaltung und Aufwertung der öffentlichen Räume (insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit, Klimaanpassung und Digitalisierung).

Ergänzend steht den Kommunen mit der nichtinvestiven Städtebauförderung (NIS) ein Programm der Städtebauförderung zur Verfügung, dass sie bei der Durchführung von nichtinvestiven Projekten unterstützt.

Ein wesentlicher Zweck der nichtinvestiven Städtebauförderung besteht neben der Verstetigung der Erfolge der investiven Maßnahmen darin, die Identifikation der

Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Quartier und den sozialen Zusammenhalt vor Ort sowie die lokale Wirtschaft zu stärken.

Im Rahmen des NIS sind u. a. Projekte zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Freizeit, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder Teilhabe von älteren Menschen im Quartier förderfähig.

15. Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung ergriffen, um sogenannte „Spontanhelfer“ in Krisenbewältigungsstrukturen rechtsicher und abgesichert einzubinden?

Spontanhelfende sind Personen, die ohne hierzu verpflichtet zu sein und ohne durch staatliche Stellen eingesetzt zu sein, in einer Krisenlage freiwillig Hilfe leisten. Derartige spontane und solidarische Hilfe hat sich bei nahezu allen größeren Schadenszenarien der vergangenen Jahre gezeigt. Dies entspricht dem, was gesellschaftlich wünschenswert ist und stellt damit eine sehr erfreuliche Entwicklung dar. Spontanhelfende sind ein großes Potenzial in Krisenfällen. Sie müssen jedoch durch die zuständigen Stellen gut informiert und deren Einsatz muss gut koordiniert werden. Gleichzeitig ist es angemessen, den Spontanhelfenden eine gewisse Absicherung von Seiten staatlicher Stellen zukommen zu lassen.

Diese Fragen werden nach derzeitigem Sachstand im Entwurf zur Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes berücksichtigt.

Des Weiteren wird auf die Antwort auf Frage IV. 12. verwiesen.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 5089**

17. Wahlperiode **12.7.2023**

Große Anfrage

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

und

Antwort

der Landesregierung

Bestandsaufnahme zum vierten Handlungsfeld „Wirtschaft, Ökologie und Einbettung in globale Zusammenhänge“ der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Risiken und Szenarien

1. Welche zukünftigen Krisenszenarien sieht die Landesregierung für die baden-württembergische Wirtschaft und welche sektorenspezifischen Auswirkungen sind durch entsprechende Szenarien bekannt oder müssen ermittelt werden, um auf Krisen zu reagieren?

2. Welche Risiko- und Resilienzfaktoren inklusive der Wohlstandsverteilung identifiziert die Landesregierung für Unternehmen, Menschen und Gesellschaft vor dem Hintergrund der globalen und nationalen, wirtschaftlichen und ökologischen Megatrends und der oben beschriebenen Krisenszenarien?

3. Gibt es Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg in Abhängigkeit vom Klimawandel?

4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft vor, insbesondere in Bezug auf deren Abhängigkeit von globalen Lieferketten und Märkten mit Blick auf die Abhängigkeit von einzelnen Ländern wie China sowie zum Erhalt der Innovationsfähigkeit?

5. Welche Chancen und Risiken entstehen aus der starken Exporttätigkeit baden-württembergischer Unternehmen und welche Chancen und Risiken bieten sich bei einer verstärkten Binnenorientierung zum Beispiel durch den Ausbau von regionalen und innereuropäischen Wirtschaftskreisläufen?

Eingegangen: 12.7.2023 / Ausgegeben: 28.9.2023

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. Welche Risiken birgt der Arbeits- und Fachkräftemangel für Wirtschaft und Gesellschaft unter Darlegung der besonders betroffenen Branchen und gesellschaftlichen Bereiche sowie welche Maßnahmen geeignet wären, dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken und wie die Landesregierung diese bewertet (z. B. Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen; Ausdehnung der Lebensarbeitszeit; Steigerung der Anreize für Geringbeschäftigte oder Erwerbslose, Arbeit anzunehmen; Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften, Regulierung von Leiharbeit)?

7. Welche Schlüsselkompetenzen – Stichwort Future Skills – sind in den Schulen und im Rahmen des lebenslangen Lernens aus der Sicht der Landesregierung gezielt zu fördern, damit sich unser Land erfolgreich auf die sich stark verändernden gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen kann?

8. Welche permanenten Prozesse des Monitorings, der Potenzialanalyse für Innovationen und Verhaltensänderungen sowie der begleitenden Evaluation von getätigtem Regierungshandeln nimmt die Landesregierung vor, um deren Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit festzustellen?

II. Krisenfeste Wirtschaftspolitik

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung bezüglich der Fragen I. 4. und I. 5. kurz-, mittel- und langfristig für die Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarn Frankreich und Schweiz sowie insgesamt in Europa und auf internationaler Ebene?

2. Wie haben sich die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmaßnahmen, die während der letzten Krisen aufgelegt wurden, in Baden-Württemberg nach derzeitigem Stand bewährt (z. B. Kurzarbeitergeld, Subventionen für Betriebe während der Coronapandemie, Ausbildungszuschüsse usw.)?

3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus Frage II. 2., um zukünftig durch Krisen ausgelösten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit kurz-, mittel- und langfristig zu verhindern?

4. Wie bewertet die Landesregierung die Akzeptanz in der Landesbevölkerung für kurzfristige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall, auf Grundlage der Erfahrungen in vergangenen Krisen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Grenzgebiete?

5. Wie bewertet die Landesregierung die Höhe des notwendigen Finanzmittelbedarfs für zukünftige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall unter Angabe, welche Auswirkungen auf die Staatsverschuldung und damit den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sie sieht?

6. Welche wirtschaftspolitischen, wissenschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen als Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen zu stärken?

7. Welche wirtschaftspolitischen, wissenschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, dass Unternehmen in Krisenzeiten langfristige Investitionen in Forschung, Entwicklung, Ausbildung, Anlagen und ähnliches nicht vernachlässigen?

8. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, dass Unternehmen in Krisenzeiten notwendige Investitionen zur Eindämmung und Bewältigung des Klimawandels und damit zusammenhängende Maßnahmen vornehmen?

9. Wie tragen innovative und nachhaltige Konzepte für wirtschaftliches Handeln, wie zum Beispiel die Kreislaufwirtschaft, nach Einschätzung der Landesregierung zur Resilienz der Wirtschaft bei unter Darlegung, wie die Landesregierung solche Konzepte stärkt?

10. Inwiefern werden Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Verbände in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisen eingebunden unter Angabe, wie dabei sichergestellt werden kann, dass staatliche Politik auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen angemessen berücksichtigt?

11. Sieht die Landesregierung eine verstärkte Notwendigkeit der besseren Koordination der unterschiedlichen Politikfelder im Krisenfall (Arbeitsmarkt, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik) und wenn ja, wie wäre diese Koordination zu erreichen?

12. Wie bewertet die Landesregierung die Finanzstabilität der in Baden-Württemberg ansässigen Finanzdienstleister sowie der systemrelevanten Finanzinstitute unter Darlegung der Maßnahmen, die aus Sicht der Landesregierung unter Umständen erforderlich sind, um die Finanzstabilität zu erhalten?

13. Wie bewertet die Landesregierung die Sicherstellung des Geldkreislaufs in Katastrophen und Krisenszenarien (Stromausfälle etc.)?

14. Welche gesetzlichen und auch strukturellen Änderungen wurden und werden von der Landesregierung im Kontext mobiles Arbeiten im Einzelnen durchgeführt, insbesondere auch, um in allen Ministerien die Möglichkeit, mobil zu arbeiten zu eröffnen beziehungsweise hybride Lösungen zu schaffen?

III. Versorgungssicherheit

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus vergangenen Krisen, um zukünftig Liefer- und Produktionsketten in akuten Krisen zu schützen und damit die wirtschaftliche Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Waren und medizinischem Material am Standort Baden-Württemberg sicherzustellen?

2. Welche potenziellen Schwachstellen identifiziert die Landesregierung für die Krisenfestigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft in Baden-Württemberg und inwiefern sieht die Landesregierung hier Handlungsbedarf unter Berücksichtigung des Selbstversorgungsgrads mit Lebensmitteln in der EU, in Deutschland und in Baden-Württemberg?

3. Welche Risiken für die Sicherheit der Lebensmittelversorgung in Baden-Württemberg identifiziert die Landesregierung, etwa aufgrund des Klimawandels und zurückgehender Biodiversität, und welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung, auch unter Berücksichtigung von Mindererträgen oder gar Verlusten von Anbaugebieten zum Beispiel in Spanien, Italien und Griechenland?

4. Welche Risiken für die Sicherheit der Trinkwasserversorgung in Baden-Württemberg identifiziert die Landesregierung unter Darstellung, wie sie die kurz-, mittel- und langfristige Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser unter anderem mit Blick auf die Klimakrise und deren Folgen sicherstellt?

5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von Energieimporten vor, unter Darlegung infrage kommender Maßnahmen, um diese Abhängigkeit insbesondere durch Energieeffizienz, Energieeinsparungen und Elektrifizierung zu verringern?

6. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung, um sicherzustellen, dass für eine klimaneutrale Energieversorgung unabdingbare Technologien verstärkt in Baden-Württemberg und Deutschland produziert werden und die Verfügbarkeit der notwendigen Materialien gesichert ist?

7. Ist – unter Darlegung der Organisationen und Unternehmen der KRITIS in Baden-Württemberg sowie deren Unterstützung während der Pandemie – zukünftig eine dynamische Anpassung der KRITIS-Sektoren und -Branchen in Abhängigkeit von der eintretenden Krise oder Katastrophe konzipiert, unter Darlegung der Kriterien, etwa bei der Kinderbetreuung dort Beschäftigter?

12.7.2023

Andreas Schwarz, Krebs

und Fraktion

Hagel, Dr. Miller

und Fraktion

Begründung

Ziel der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist es, der Frage nachzugehen, welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen notwendig sind, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um vor uns liegende Krisen zu bewältigen (siehe Einsetzungsantrag, Drucksache 17/1816). Entsprechend sollen in der Enquetekommission in den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten sowie global vernetzter Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Dabei soll sich die Kommission auf Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit entfalten können, auf Landesebene umsetzbar sind und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

Mit dieser Großen Anfrage geht es uns darum, zu Beginn des vierten Handlungsfelds „Wirtschaft, Ökologie und Einbettung in globale Zusammenhänge“ der Enquetekommission eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und eine gemeinsame Ausgangsbasis für die Arbeit der Enquetekommission in diesem vierten Handlungsfeld sowie eine Grundlage für aufbauende Handlungsempfehlungen zu schaffen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 19. September 2023 Nr. STM31-4200-3/6/5:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

Anlage: Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Mit Schreiben vom 14. September 2023 Nr. 51-42-530/562/2 beantwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr, dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen die Große Anfrage wie folgt.

I. Risiken und Szenarien

1. Welche zukünftigen Krisenszenarien sieht die Landesregierung für die baden-württembergische Wirtschaft und welche sektorenspezifischen Auswirkungen sind durch entsprechende Szenarien bekannt oder müssen ermittelt werden, um auf Krisen zu reagieren?

2. Welche Risiko- und Resilienzfaktoren inklusive der Wohlstandsverteilung identifiziert die Landesregierung für Unternehmen, Menschen und Gesellschaft vor dem Hintergrund der globalen und nationalen, wirtschaftlichen und ökologischen Megatrends und der oben beschriebenen Krisenszenarien?

Zu I. 1. und I. 2.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen Ziffer I. 1. und I. 2. gemeinsam beantwortet.

Mögliche Krisenszenarien wirken auf das gesellschaftliche Subsystem Wirtschaft über verschiedene potenzielle Kanäle, in erster Linie produktionsseitig. Essenziell für den Produktionsprozess ist hier zunächst das Funktionieren der kritischen Infrastrukturen. Angesichts der sich auch gegenseitig bedingenden Digitalisierung und Elektrifizierung industrieller Prozesse stellen sich Herausforderungen der IT-Sicherheit und der Versorgungssicherheit mit großer Dringlichkeit, gerade auch im Hinblick auf neue geopolitische Rahmenbedingungen. Mit dem Klimawandel einhergehende Extremwetterereignisse stellen ebenso eine angebotsseitige Belastung dar. Durch Pandemien können zur Unterbrechung von Infektionsketten temporär Eingriffe in die Produktionsprozesse von Gütern und Dienstleistungen angezeigt sein.

Die resultierenden gesamtwirtschaftlichen Vulnerabilitäten sind in ihrer konkreten Ausformung kaum zu antizipieren. Insofern kommt es wesentlich darauf an, die Resilienz der Wirtschaft gegenüber unvorhergesehenen Störungen durch marktwirtschaftliche Anpassungsmechanismen im Zusammenwirken mit staatlicher Daseinsvorsorge zu stärken. Wichtige Bausteine für die Resilienz sind allerdings Freiheit, Fortschritt und Veränderungsbereitschaft. Zudem sind Interdependenzen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu beachten. Resiliente Gesellschaften sind in der Regel marktwirtschaftlich geprägte und freiheitlich orientierte Gemeinwesen, die zugleich ein hoher gesellschaftlicher Zusammenhalt und eine gute Qualität staatlicher Rahmenbedingungen auszeichnen. Resilienz bedeutet in diesem Sinne, dass die Gesamtwirtschaft über Reserven und eine organisatorisch-institutionelle Flexibilität verfügt, um nach dem Einwirken exogener Schocks auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückzukehren.

Ein anders geartetes, da in seiner ökonomischen Wirkung qualitativ und teilweise quantitativ bereits absehbares Krisenszenario ergibt sich aus dem demografischen Wandel und den Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotenzial. Dieser Megatrend, zusammen mit weiteren Trends, wie digitale Transformation, Klimaschutz und der Wandel der Globalisierung, sind die zentralen Treiber der aktuellen Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dabei liegen in allen

Herausforderungen und krisenbedingten Handlungsnotwendigkeiten meist auch beachtliche Chancen für Entwicklung und Fortschritt. Bedingung ist jedoch, dass Effizienz und Wirksamkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung klug mobilisiert werden. Strukturelle Veränderungen sind dabei unausweichlich.

Bestehende Prozesse für Entscheidungen zu analysieren sowie die Implementierung und Umsetzung von Maßnahmen zu strukturieren und zu systematisieren, stellen dabei wesentliche Faktoren zur Stärkung der Resilienz des Landes im Zusammenhang mit zukünftigen Krisenszenarien dar. Zu den für die Wirtschaft grundlegenden Resilienzfaktoren zählt nicht zuletzt die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes, der in einem demokratischen Rechtsstaat von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung ist. Dies gilt gerade in Krisenzeiten. Daher ist die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates auch in künftigen Krisen jederzeit sicherzustellen.

Im Folgenden soll auf die umrissenen Krisenszenarien und die aus den gesellschaftlichen Megatrends resultierenden Handlungsfelder detaillierter eigegangen werden. Die dargestellten möglichen Krisen- und Schadenlagen haben das Potenzial zu einer ressort- und gesellschaftsübergreifenden Betroffenheit, einschließlich der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Kritische Infrastruktur

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren verändert und wird sich weiter verändern. Mit Pandemien muss aufgrund der Mobilität der Bevölkerung, intensiver Kontakte zwischen Mensch und Tier und tierischen Lebensmitteln sowie des Anstiegs der Weltbevölkerung künftig in einem engeren zeitlichen Abstand gerechnet werden. Militärische Spannungen und Kriege sind leider auch innerhalb Europas wieder zu einer bedrückenden Realität geworden.

Die Zivile Verteidigung und insbesondere der Zivilschutz müssen als real existierende Handlungsfelder wieder im Blick aller sein. Die Interdependenzen zwischen den Sektoren der kritischen Infrastrukturen (KRITIS) haben in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. Die Energieabhängigkeit und die zunehmende IT-Durchdringung in allen KRITIS-Sektoren spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Dieser Thematik kommt insbesondere seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine immer größere Bedeutung zu. Bedrohungsszenarien wie Terroranschläge oder Cyberangriffe sind leider längst Wirklichkeit geworden. Die Auswirkungen des Klimawandels auf mögliche Schadenlagen werden weit über bisher im Blickpunkt stehende Szenarien wie Waldbrände und Hochwasserszenarien hinausgehen: zum Beispiel Niedrigwasserstände auf Wasserstraßen sowie damit einhergehende Logistikprobleme oder Trink- und Löschwasserknappheit. In diesem globalen und vielfältigen Szenario drohen auch Mehrfachlagen. Dies wurde im Jahr 2021 bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen deutlich und zeigt sich auch beim Ukraine-Krieg. Künftige Krisenszenarien werden daher alle Beteiligten stärker und anders fordern als bisher.

Die Informationstechnologie wird zudem immer wichtiger; neben herkömmlichen Computern finden sich solche Technologien heutzutage auch in zahlreichen mobilen Endgeräten, Autos (zum Beispiel Navigationssysteme), Wohnhäusern (zum Beispiel Heizungssteuerung) und vor allem in zentralen Infrastruktureinrichtungen wie Elektrizitätsversorgung, Straßenverkehrslenkung, im Bahnverkehr, in Flughäfen und an vielen weiteren zentralen Stellen. Ein längerer oder flächenhafter Ausfall wichtiger IT-Komponenten und zentraler IT-Einheiten wäre ein ernstzunehmendes Krisenszenario.

Bei der Belieferung der Landesverwaltung mit notwendigen Gütern haben die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine nach den Erfahrungen des Logistikzentrums Baden-Württemberg (LZBW) sehr deutlich gemacht, dass vor dem Hintergrund der weltweit vernetzten Produktionsketten, Abweichungen bei Produktionsabläufen und Lieferketten auch an fernen Standorten, rasch zu massiven Problemen bei der Versorgungssicherheit führen können. Um hier die Stabilität der Versorgung zu verbessern, bedarf es zum einen einer gewissen Vorratshaltung

an notwendigen Gütern und zum anderen schneller wirtschaftspolitischer Reaktionen im Krisenfall.

Gesundheitswesen

Die Landesregierung kann Krisen, die maßgebliche Auswirkungen auf die Gesundheitsbranche haben können, für die Zukunft nicht ausschließen. Für die Bewältigung von Krisen, die das Gesundheitswesen betreffen, ist eine gute Ausstattung mit Fachkräften von maßgeblicher Bedeutung. Maßnahmen zur Reduktion des Fachkräftemangels im Gesundheitsbereich, etwa durch Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens für Berufsqualifikationen von Fachkräften aus dem Ausland, spielen dabei eine tragende Rolle und werden in der Antwort zu Frage Ziffer I. 6. genauer ausgeführt. Um die Gesundheitsversorgung resilienter zu gestalten, ist neben dem benötigten Fachpersonal auch die Verfügbarkeit bestimmter Medizinprodukte, Arzneimittel und Desinfektionsmittel unabdingbar.

Die Sicherstellung der Versorgung mit Medizinprodukten und Arzneimitteln in Baden-Württemberg ist häufig abhängig von der Produktion im Ausland. Die Diversifizierung der Lieferketten spielt bei der Vorsorge hinsichtlich künftiger Gesundheitskrisen eine entscheidende Rolle. Die Landesregierung evaluiert Liefer- und Versorgungsengpässe im Rahmen der Arbeitsgruppe Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung des Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg. Maßnahmen zur Beschaffung und Bevorratung von Arzneimitteln und persönlicher Schutzausrüstung für künftige Krisenzeiten werden in der Antwort zu Frage Ziffer III. 1. ausführlich dargestellt.

Wohnungswesen

Schon zu Beginn des Sommers 2022 hatte die Materialknappheit auf deutschen Baustellen ihren Höchststand seit 1991 erreicht. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hatten sich die Lieferprobleme bei Baustoffen drastisch verschärft. Zwar haben sich die Lieferengpässe für Baumaterial inzwischen gebessert. Dafür verteuern die hohen Energiepreise die in der Herstellung oft energieintensiven Baustoffe zusätzlich. Neben den steigenden Preisen für Bauleistungen bestehen als weitere Hemmnisse vor allem der nach wie vor relevante Fachkräftemangel sowie ein Auftragsrückgang.

Die rückläufigen Baugenehmigungszahlen bestätigen einen Abwärtstrend im Wohnungsbau, der negative Auswirkungen auf die Bauwirtschaft hat. Ein ausreichendes Wohnungsangebot ist zudem ein wichtiger Standortfaktor für die gesamte heimische Wirtschaft. Mit der Digitalisierung baurechtlicher Verfahren unterstützt die Landesregierung die beschleunigte Realisierung von Bauvorhaben. Darüber hinaus werden ergänzende Maßnahmen zur Beschleunigung und Optimierung baurechtlicher Verfahren und deren mögliche Umsetzung geprüft.

Klimawandel – Extremwetterereignisse

Der Klimawandel führt zu signifikanten Änderungen für den Wasserhaushalt und die Gewässer. Extreme von Überfluss und Mangel nehmen zu. Dies haben die Hochwasserkatastrophe in 2021, vermehrte Starkregenereignisse, aber auch zunehmende langanhaltende Trockenphasen mit einhergehendem Wassermangel im Grundwasser und den Oberflächengewässern in den letzten Jahren eindrücklich gezeigt. Seitens der Wasserwirtschaft ist ein konsequentes Handeln erforderlich, um Gefahren für die Bevölkerung abzuwehren beziehungsweise abzumildern, ökologische und ökonomische Schäden sowie eine Übernutzung der Wasserressourcen so gut wie möglich zu vermeiden oder zu minimieren und eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser zu gewährleisten. Die aktualisierte Hochwasserstrategie und die neu entwickelte Strategie zum Umgang mit Wassermangel für Baden-Württemberg zeigen die Handlungserfordernisse auf.

Als mögliche Krisenszenarien für die baden-württembergische Wirtschaft sind insbesondere Hochwasser- und Starkregenereignisse sowie Wassermangelsituationen relevant. Unmittelbar betroffen ist der primäre Sektor „Land- und Forst-

wirtschaft, Fischerei“. Die Landwirtschaft wird sich durch eine sich ändernde Verteilung der Niederschläge über die Vegetationsperiode hinweg auf länger anhaltende Trockenphasen einstellen müssen. Während in den Sommermonaten die Niederschläge rückläufig sind und die Temperaturen ansteigen, nehmen Niederschläge in den Wintermonaten zu. Verbunden mit einer steigenden Hitzebelastung ist mit Qualitäts- und Ertragseinbußen zu rechnen. Infolge des Klimawandels verändert sich neben der Niederschlagsverteilung auch die Art der Niederschläge. Gewitter mit Starkregen und Hagel treten verstärkt auf, zudem steigt die Gefahr von Spätfrösten. Diese Veränderungen stellen die Landwirtinnen und Landwirte vor neue Herausforderungen, denen sie sich anpassen müssen. Ein vielfältigerer Anbau sowohl hinsichtlich der Sorten- wie auch der Kulturartenwahl reduziert das Risiko starker Einkommensverluste insbesondere bei Auftreten von Extremwetterereignissen und gewährleistet eine möglichst hohe Lieferzuverlässigkeit. Aufgrund der prognostizierten Trockenphasen gilt es, die Ressource Wasser so effizient wie möglich zu nutzen. Hierzu gehören auch vorbeugende Maßnahmen, die das Wasser im Boden halten. Eine dauerhafte Bodenbedeckung fördert die Wasserspeicherkapazität, verringert das Erosionsrisiko und reduziert die Evaporationsverluste. Diese kann zum Beispiel über Zwischenfrüchte, Untersaaten oder Mulch- und Direktsaat erreicht werden. Das Land unterstützt die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Reihe von Maßnahmen bei einer adäquaten Risikovorsorge (zum Beispiel Förderung von Ertragsversicherungen oder von präventiven Maßnahmen im Einzelbetrieb, wie zum Beispiel Investitionen in effiziente Bewässerungsanlagen). Zukünftig wird der Ausbau der Möglichkeiten zur Speicherung von Winterniederschlägen zum Einsatz in der Bewässerung angestrebt. Die Speisung von Wasserspeicherbecken oder Teichen erfolgt im Idealfall direkt über Niederschläge sowie indirekt über Drainagewasser, von Flächen abfließendem Regenwasser oder durch die Überleitung aus Oberflächengewässern zu stark wasserführenden Zeiten. Speicherbecken und Zuleitungen zur Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen oder zur Frostschutzberegnung sind in Baden-Württemberg bisher nur in geringer Zahl vorhanden.

Die sektorenspezifischen Auswirkungen beziehungsweise der potenzielle Schaden bei einem landesweiten Hochwasserereignis, das statistisch einmal in 100 Jahren auftritt (HQ 100) liegen in Baden-Württemberg bei rund 5,1 Milliarden Euro, bei einem Extremereignis insgesamt bei rund 30 Milliarden Euro. Die Schäden, die durch Wassermangel entstehen, sind schwerer zu beziffern, da die Auswirkungen indirekter sind als bei Hochwasser und Starkregen. Es ist jedoch mit enormen Kosten in vielen Daseinsbereichen zu rechnen. Hier sind unter anderem die Trinkwasserversorgung, die Land- und Forstwirtschaft, der Energiesektor, die Schifffahrt oder auch der Tourismus betroffen.

Die Risikofaktoren für Hochwasser werden in Baden-Württemberg in Hochwassergefahrenkarten (zum Beispiel Ausdehnung und Tiefe der Überflutung) detailliert dargestellt. Zudem werden die Hochwasserrisiken von Flusshochwasser in Risikokarten beziehungsweise Risikobewertungskarten aufgezeigt. *(https://www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de/hochwasserrisikokarten)*. Hochwasserrisikokarten zeigen, welche Landnutzungen und Objekte (zum Beispiel Industrie- und Gewerbeflächen) von den Hochwasserszenarien betroffen sind. In Hochwassersteckbriefen werden unter anderem die Flächen der von Hochwasser betroffenen Industrie- und Gewerbeflächen für verschiedene Überflutungswahrscheinlichkeiten (HQ10, HQ100, HQextrem) gesondert dargestellt. Zudem sind in den Hochwasserrisikokarten die IVU-Betriebe (Betriebe, die unter die Regelungen der EU-Richtlinie über die integrale Vermeidung der Umweltverschmutzung fallen) in den Überflutungsflächen als Punktinformation aufgeführt.

Das Land Baden-Württemberg hat darüber hinaus gemeinsam mit zahlreichen Akteurinnen und Akteuren einen Maßnahmenkatalog zum Umgang mit den Hochwasserrisiken erstellt, der verschiedene Handlungsfelder umfasst. Der Umsetzungsfortschritt der kommunalen Maßnahmen wird regelmäßig bei den Akteuren (Kommune oder Hochwasserzweckverband) entlang von Gewässern mit Hochwassergefahrenkarten evaluiert.

Ein Hochwasser kann für Unternehmen existenzbedrohend werden. Betriebsausfälle, haftungsbedingte Folgekosten, Ausfälle von technischen Anlagen und aus Lieferschwierigkeiten resultierende Vertragsstrafen führen schnell zu erheblichen finanziellen Schäden. Die Gefährdung durch Hochwasser müssen Unternehmerinnen und Unternehmer daher regelmäßig überprüfen. Als Hilfestellung hat das Land im Hochwasserportal BW eine eigene Rubrik für Unternehmen eingerichtet, um sich auf Hochwasserereignisse vorzubereiten *(www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de/unternehmen.)*.

Mithilfe eines Starkregenrisikomanagements werden die Risiken von Starkregen und Sturzfluten sowie die entsprechenden Resilienzfaktoren systematisch durch die Kommunen erarbeitet. Die Kommunen werden dabei durch das Land unterstützt, nicht zuletzt mit einer Förderung von 70 Prozent für Starkregenrisikomanagementkonzepte und bis zu 70 Prozent für erforderliche Maßnahmen.

Ferner können Naturkatastrophen wie Erdbeben, extreme Stürme oder extreme Niederschläge lokal oder großräumig zu erheblichen Einwirkungen auf Gebäude führen. Gebäude werden nach den Technischen Baubestimmungen ausgelegt und bemessen. In den Technischen Baubestimmungen sind die in der Bemessung anzusetzenden Einwirkungsgrößen für Erdbeben, Wind und Niederschlag so festgelegt, dass sie zwar im Laufe der Gebäudelebensdauer überschritten werden können, aber in Verbindung mit dem Bemessungskonzept (mit den darin berücksichtigten Sicherheitsfaktoren) und Anforderungen an den Tragwerksentwurf ein Gebäudeeinsturz bei einer Überschreitung sehr unwahrscheinlich, jedoch nicht gänzlich auszuschließen ist. Dies gilt für Wohngebäude und Nichtwohngebäude gleichermaßen. Erdbeben-, Wind- und Niederschlagsereignisse werden aufgezeichnet und statistisch ausgewertet. Bei Bedarf werden die in den Technischen Baubestimmungen festgelegten Ansätze für die Einwirkungsgrößen angepasst. In Verbindung mit Naturkatastrophen können Folgeereignisse wie Überflutungen, Murgänge oder Lawinen auftreten. Eine wirtschaftliche Bemessung von Gebäuden gegen die Folgeereignisse ist außer bei kalkulierbaren Überflutungen meist nicht möglich. Zur Abwehr von Gefahren kommen bauliche Schutzanlagen wie Dämme, Sperren oder Ablenkbauten in Betracht.

Ausgeprägte Trockenphasen mit Niedrigwasser in Oberflächengewässern und abnehmenden Grundwasserständen und Quellschüttungen bergen ebenfalls Risiken für die baden-württembergische Wirtschaft, da gerade in Wassermangelzeiten die erforderliche Ressource regional sehr unterschiedlich zur Verfügung steht und es in der Folge beispielsweise zu Produktionsausfällen kommen kann. In der 2021 entwickelten Wassermangelstrategie werden die Risiken dargestellt und der resultierende Handlungsbedarf aufgezeigt, der sich im Land durch ein abnehmendes Wasserdargebot und beim Umgang mit Wasserknappheit ergibt. Die Resilienz kann insbesondere durch eine verbesserte Datengrundlage gestärkt werden. Kernelement hierbei ist die Einrichtung eines Niedrigwasser-Informations-Zentrums (NIZ), in dem benötigte Informations- und Datengrundlagen mit erweiterten Prognosen und kleinräumigen Wasserbilanzen aufgebaut werden, die zur nachhaltigen Nutzung und Bewirtschaftung der zunehmend begrenzt zur Verfügung stehenden Ressource Wasser erforderlich sind. Dies umfasst sowohl die Oberflächengewässer als auch das Grundwasser. Die Wassermangelstrategie wurde unter Anhörung und breiter Beteiligung der betroffenen Ressorts und einschlägiger Verbände entwickelt und fachlich abgestimmt. Sie stellt den Ausgangspunkt zur Umsetzung des in einem Zwölf-Punkte-Plan zusammengefassten Maßnahmenkatalogs dar *(www.um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/wasser/wasserversorgung/wassermangel)*.

Die Zusammenhänge und wechselseitigen Einflüsse unterschiedlicher Klimawandelfolgen werden aber auch mit Blick auf die Energieversorgung besonders deutlich. Sowohl punktuelle Hitzeereignisse als auch längere Trockenperioden und Extremereignisse wie Hochwasser oder Stürme wirken sich auf die Energieerzeugung und Verteilung aus. Da Baden-Württemberg traditionell ein Energieimportland ist, ist eine verlässliche, überregionale Energieinfrastruktur mit ausreichender Redundanz bei regionalen Ausfällen (beispielsweise infolge von Extremwetterereignissen) von besonderer Bedeutung für die Gewährleistung der

Versorgungssicherheit. Für die Sicherstellung einer zuverlässigen Stromversorgung ist zudem der Zubau ausreichender flexibler und gesicherter Leistung sowie von Strom- und Wärmespeicherkapazitäten notwendig. Durch die Energiewende und die verringerte Nutzung fossiler Energieträger sowie durch die zunehmende Verkabelung von Nieder- und Mittelspannungsleitungen kann bereits einigen Vulnerabilitäten entgegengewirkt werden, wie zum Beispiel den Auswirkungen von Niedrigwasser auf den Kühlwasserbedarf und die Anlieferung fossiler Energieträger per Schiff sowie den Auswirkungen von Stürmen auf Stromleitungen. Durch die Errichtung dezentraler Brennstofflager kann zudem der Beeinträchtigung durch gestörte Lieferwege begegnet werden.

Im Übrigen wird auch auf die Antwort zu Frage I. 4. verwiesen.

Klimawandel – Transport und Logistik

Die Verkehrsinfrastruktur dient der Mobilität der Menschen und dem Transport von Waren und Gütern. Ihre Funktionsfähigkeit ist durch die Folgen des Klimawandels wie Extremwetterereignissen gefährdet. Starkregen, Überschwemmungen, Stürme, Hitze und Trockenperioden können die Verkehrsinfrastruktur beeinträchtigen und zu Unterbrechungen der Verkehrssysteme und Lieferketten führen. Derartige Beschädigungen der Verkehrsinfrastruktur führen bereits heute zu steigenden Instandhaltungskosten für die Baulastträger. Indirekte Schäden der Verkehrsunterbrechungen wie verlängerte Reisezeiten sind weitere Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine resiliente Verkehrsinfrastruktur ist daher im Hinblick auf die Anpassung an die Folgen des Klimawandels von großer Bedeutung. Klimaresilienz meint die Fähigkeit einer Gesellschaft, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen. Diese umfasst einerseits die Bewältigungskapazität, also auf Schäden wie Streckensperrungen zügig reagieren zu können. Andererseits ist die Anpassungskapazität gemeint, also beispielsweise Siedlungen und Verkehrsmittel auf höhere Temperaturen und Extremwetterereignisse auszulegen.

Bei Störungen ist das Straßennetz wegen vorhandener Alternativwege und einem größeren Spektrum an Fahrzeugen deutlich resilienter als das Schienennetz. Gesellschaft und Wirtschaft brauchen ein zuverlässiges und in Teilen redundantes Verkehrsnetz in der Fläche. Für einen verlässlichen schienengebundenen Verkehr ist insbesondere auf schnell verfügbare Ausweichtrassen im Falle beschädigter Strecken hinzuarbeiten. Der Erhalt des Straßennetzes in Baden-Württemberg sowie die Erhöhung der Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels ist daher von zentraler Bedeutung für die Mobilität der Zukunft.

Durch den im Jahr 2011 vollzogenen Paradigmenwechsel „Erhaltung vor Um-, Aus- und Neubau“ und der damit verbundenen Schwerpunktsetzung der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg auf Erhaltungsmaßnahmen konnte erreicht werden, dass der Zustand des Landesstraßennetzes in der Gesamtschau der letzten rund zehn Jahre weitestgehend konstant geblieben ist.

Angesichts des bestehenden Bedarfs werden vor allem Erhaltungsmaßnahmen an bestehenden sanierungsbedürftigen Brücken, Fahrbahnen, Radwegen, Stütz- und Lärmschutzwänden sowie Hang- und Felssicherungen durchgeführt. Wenn die Voraussetzungen für den Vermögenserhalt durch entsprechende Mittelausstattung nicht geschaffen werden, besteht die Gefahr, dass das Landesstraßennetz an Wert verliert. Damit werden nicht nur Lasten auf künftige Generationen verschoben, die Sanierung des Landesstraßennetzes wird auch teurer. Dies kann zu einer fortschreitenden Verschlechterung der Substanz des Landesstraßennetzes führen. Größer werdende Schäden werden auch zu immer höheren Folgekosten führen. Die Verzögerung führt in der Summe zu höheren Gesamtkosten. Dieser Sachverhalt wird zukünftig in besonderem Maße dadurch verstärkt, dass im Landesstraßennetz zunehmend vorzeitige Erhaltungsmaßnahmen infolge des Klimawandels (beispielsweise durch Starkregenereignisse, Hochwasser, Felsstürze, Hangrutschungen) erforderlich werden.

Gleichartig betroffen ist die Unterhaltung des Landesstraßennetzes, die sowohl den vorgenannten Folgen der Erhaltungsdefizite als auch jenen des Klimawandels mit den derzeit zugewiesenen Mitteln nicht gerecht werden kann. Die vielfältigen Aufgaben im Landesstraßennetz stehen gleichermaßen auch im Bundesstraßennetz, das im Rahmen der Auftragsverwaltung vom Land betrieben wird.

Die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in Baden-Württemberg wurde im Juli 2023 fortgeschrieben. Sie umfasst für insgesamt elf Handlungsfelder – darunter auch die Verkehrsinfrastruktur – aktuelle Vulnerabilitätsbewertungen. Ein Maßnahmenkatalog zeigt anhand von über 100 Steckbriefen auf, wie man den Auswirkungen des Klimawandels im Land vorbeugen und begegnen kann.

Die insgesamt zunehmenden Niedrigwasserereignisse auf dem freifließenden Rhein werden mit großer Sorge gesehen und führten bereits des Öfteren zu deutlichen Einschränkungen im Warentransport auf der Wasserstraße. Aufgrund der Zuständigkeitsabgrenzung kann und darf nur der Bund in diesem Bereich Maßnahmen an der Bundeswasserstraße Rhein ergreifen und hat 2019 den „Aktionsplan Niedrigwasser Rhein“ aufgestellt. Zu dessen wichtigsten Aussagen zählt das Erfordernis beschleunigter Infrastrukturmaßnahmen. Etwa durch die punktuelle Fahrrinnenvertiefung durch das Projekt „Abladeoptimierung Mittelrhein“ kann bei Niedrigwasser die Kapazität von Binnenschiffen um rd. 200 Tonnen gesteigert werden. Dennoch ist die Umsetzungsgeschwindigkeit von engpassbeseitigenden Infrastrukturmaßnahmen wie dieser auch heute noch nicht ausreichend. Mit einer Beseitigung des Flaschenhalses Mittelrhein kann auch in Baden-Württemberg das enorme Potenzial klimafreundlicher, effizienter und wirtschaftlicher Güterverkehre auf der Wasserstraße stärker genutzt und die Resilienz des Warenverkehrs insgesamt erhöht werden.

Energiesicherheit und sichere Rohstoffversorgung

Auch im Bereich der Strom- und Erdgasversorgung sowie im Bereich der Versorgung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen sind Krisenszenarien bekannt. Für den Sektor Siedlungsabfallentsorgung wäre eine länger andauernde Gasmangellage problematisch, weil an verschiedenen Stellen von der Erfassung über das Recycling bis hin zum Einsatz der entstandenen Sekundärrohstoffe Gas benötigt wird.

Bezüglich der Stromversorgung hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) im Rahmen des Risikovorsorgeplans des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nach Artikel 10 der Verordnung (EU) 2019/941 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/89/EG die neun „wichtigsten nationalen Krisenszenarien“ für Deutschland bestimmt. Dies sind:

- Angriff auf die IT-Sicherheit netzgekoppelter Einrichtungen
- Hitzewelle; eine mehrtägige Periode mit ungewöhnlich hoher thermischer Belastung
- Angriff auf und Ausfall von kritischer Infrastruktur
- Angriff auf und Ausfall von Kontrollzentren
- Innerbetriebliche Sabotage
- Dürreperiode; eine länger anhaltende Trockenperiode
- Knappheit der Energieträger Erdgas und Kohle
- Pandemie
- Waldbrände

Bei der Bestimmung der nationalen Krisenszenarien wurden die Ursachen und Wirkungsketten, die Eintrittswahrscheinlichkeiten und das potenzielle Schadensausmaß der bereits ausgewiesenen regionalen Szenarien – bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland – betrachtet. Bei ihren Bewertungen hat die BNetzA dabei das aktuelle Stromversorgungssystem in der Bundesrepublik Deutschland zu-

grunde gelegt. Die Einschätzungen der Übertragungsnetzbetreiber zu möglichen Ursachen und Wirkungsketten sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeiten hat die BNetzA unter Konsultation anderer Fachbehörden und Organisationen plausibilisiert. Im Rahmen der Aufstellung des Risikovorsorgeplans wurden auch aktuell bestehende Verfahren und Maßnahmen zur Vorbeugung oder Bewältigung von Stromversorgungskrisen zusammengestellt. Der Risikovorsorgeplan wird periodisch aktualisiert. In diese Prozesse im Rahmen der Aufstellung und Aktualisierung des Risikovorsorgeplans ist das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg eingebunden.

Bezüglich der Erdgasversorgung werden im Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland des BMWK gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 vom September 2019 entlang der in der europäischen Verordnung aufgeführten Anforderungen (unter anderem Festlegung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Maßnahmen, Darlegung von Plänen für den Informationsfluss, Darlegung von Mechanismen für die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten) die Eckpfeiler der Organisation und die Systematik eines operativen Krisen- und Notfallmanagements im Falle eines Gasmangels in Deutschland beschrieben. Dabei werden auch die aus der Risikobewertung gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt. Der Notfallplan Gas wird periodisch aktualisiert, aktuell befindet sich ein Aktualisierungsentwurf in Abstimmung. Eine Veröffentlichung wird bis Ende 2023 erwartet. Gasknappheit stellt ein nationales Krisenszenario dar, eine auf Baden-Württemberg begrenzte Mangellage ist nicht zu erwarten, da die Versorgung durch ein engmaschiges Versorgungsnetz sichergestellt wird. Eine Reaktion auf eine Gasmangellage folgt den Festlegungen im Notfallplan Gas.

Bezüglich der Versorgung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen haben die westlichen Industrienationen in Reaktion auf die weltweite Ölkrise 1973/1974 mit dem Internationalen Energieprogramm ein System geschaffen, das es ermöglicht, einer Störung der Mineralölversorgung zu begegnen. Die Mitgliedstaaten haben unter anderem Vereinbarungen über Vorratshaltung, koordinierte Verbrauchseinschränkungen und Ölumverteilung während einer Krise getroffen.

Innerhalb dieses Systems der Krisenvorsorge arbeitet das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bei der Anwendung des Internationalen Energieprogramms und des Energiesicherungsgesetzes im Rahmen der National Emergency Strategy Organisation (NESO) eng mit der Mineralölwirtschaft, dem BMWK und dem Erdölbevorratungsverband (EBV) zusammen. Es setzt verschiedene Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen einer Versorgungsstörung in der Bundesrepublik Deutschland um, insbesondere im Hinblick auf die Einrichtung des Datensystems und den administrativen Versorgungsausgleich.

Der EBV wurde im Jahre 1978 auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes (ErdölBevG) als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet. Aufgabe des EBV ist es, Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen im Umfang von mindestens 90 Tagen der entsprechenden Nettoimporte von Rohöl und Mineralölprodukten bezogen auf das vorangegangene Jahr und ausgedrückt in Rohöläquivalenten zu halten. Die Bestände des EBV umfassen neben Rohöl, Ottokraftstoff, Dieselkraftstoff, leichtes Heizöl und Flugturbinenkraftstoff (JET A-1). Zurzeit werden vom EBV rund 24 Millionen t Erdöl und Erdölerzeugnisse bevorratet.

Eine sichere Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung für den Industriestandort Baden-Württemberg. Die Industrie ist auf eine kontinuierliche Versorgung mit unterschiedlichsten Rohstoffen und Materialien zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Starke Abhängigkeiten von einzelnen Regionen oder einem einzigen Land für die Rohstoffversorgung können mit erheblichen Risiken verbunden sein, da der Zugang zu Rohstoffen einen zunehmend wichtigen geopolitischen Machtfaktor darstellt. Politisch motivierte Markteingriffe und Handelskonflikte können hier zu erheblichen Herausforderungen für die Unternehmen in Baden-Württemberg führen. Dies gilt insbesondere für Zukunftsbranchen und -technologien, wie beispielsweise Digitalisierung oder Transformationstechnologien. Hier

bilden sich aktuell neue Wertschöpfungsstrukturen aus. Ein sicherer Zugang zu den benötigten Rohstoffen kann dabei einen wichtigen Faktor bei Standortentscheidungen darstellen.

Die wesentlichen Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze im Bereich „Rohstoffe“ sind Gegenstand des aktuell in Vorbereitung befindlichen Critical Raw Materials Act (CRMA) der EU. Der CRMA verfolgt das Ziel, die Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen langfristig zu sichern und problematische Abhängigkeiten zu reduzieren. Er legt damit eine neue strategische Grundlage für die europäische Rohstoffversorgung. Die Transformation hin zu treibhausgasneutralen Technologien bringt einen erheblichen Mehrbedarf insbesondere an speziellen metallischen Rohstoffen und Industriemineralen mit sich: Elektroautos, Wärmepumpen, Windräder, Solarmodule – je schneller weltweit auf diese Technologien umgestellt wird, desto schneller wird die globale Nachfrage nach den notwendigen Rohstoffen wachsen. Der CRMA soll dazu die Lieferketten strategischer und kritischer Rohstoffe stärken, die Importe diversifizieren, ein EU-Monitoring und die Resilienz gegenüber kurzfristigen Lieferengpässen ausbauen und die Kreislaufwirtschaft in der EU stärken. Er fordert dabei die Einhaltung hoher ESG-Standards mit Blick auf Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (sogenannte ESG-Standards).

Eine sichere Rohstoffversorgung und das Niveau der Energiepreise insgesamt stellen dauerhaft eine Herausforderung für das Wohnungswesen dar. Hiervon betroffen sind sämtliche Wohnhaushalte (Mietwohnungen und selbst bewohntes Wohneigentum) in Form der Nebenkosten für Heizung, Warmwasser und ggf. auch Strom. Existenziell betroffen sind allerdings vor allem einkommensschwache Haushalte, bei denen energiebedingte Nebenkosten einen höheren Anteil der gesamten Wohnkosten ausmachen. Eine Resilienz für betroffene Wohnhaushalte gilt es insoweit aufzubauen, als dass die sozialen Sicherungssysteme im Bundesrecht (Zweites Buch Sozialgesetzbuch [SGB II], Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch [SGB XII], Wohngeld etc.) zur Abfederung der Mehrbelastungen für betroffene Wohnhaushalte dauerhaft und nachhaltig ausgerüstet werden müssen. Über den einmaligen Heizkostenzuschuss 2022 für Wohngeldbeziehende hinaus wurden hier die Reform zum Bürgergeld nach SGB und die Wohngeldreform 2023 auf Bundesebene umgesetzt und sind jeweils am 1. Januar 2023 in Kraft getreten.

Mit der Wohngeldreform finden erstmals auch die Energiekosten Berücksichtigung in der Berechnung des Wohngeldes. Die Dynamisierung des Wohngeldes, das heißt turnusmäßige Anpassung an steigende Lebenshaltungs- und Wohnkosten alle zwei Jahre, wurde bereits mit der Wohngeldreform 2020 umgesetzt.

Fachkräftesicherung

Trotz Konjunktureintrübung wird in Baden-Württemberg weiterhin über die Branchen und Berufe hinweg von Fachkräftemangel berichtet. Mit dem aktuell beginnenden Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge und dem Nachrücken schmalerer Jahrgänge wird Vorausberechnungen zufolge die Erwerbstätigenzahl in Baden-Württemberg, die seit den 1950er-Jahren beinahe kontinuierlich zugenommen hat, demnächst ihren Höhepunkt erreichen und danach einen Abwärtspfad einschlagen oder bestenfalls stagnieren. Zugleich wird die Nachfrage nach Fachkräften in einigen Berufsfeldern voraussichtlich weiter ansteigen, wie zum Beispiel in den Pflege- und Gesundheitsberufen, in den für die Energie- und Klimawende relevanten Berufen oder den IT-Berufen.

Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang wird die weitere Entwicklung der Passungsprobleme zwischen den am Arbeitsmarkt nachgefragten und den von den Stellenbewerbern angebotenen Qualifikationsprofilen sein. Verschlechtert sich diese Passung entweder nachfrageseitig, zum Beispiel aufgrund von Strukturveränderungen in der Wirtschaft, oder angebotsseitig, zum Beispiel aufgrund veränderter Berufswahlentscheidungen junger Menschen, kann dies Mangellagen verschärfen. Hinzu kommt, dass viele Betriebe im Land ihre altersbedingt ausscheidenden Fachkräfte mit beruflichem Ausbildungsabschluss in den kommenden Jahren nicht vollständig ersetzen werden können. Dies liegt auch daran, dass

bei den nachrückenden Jahrgängen der Anteil mit beruflichem Ausbildungsabschluss deutlich geringer und der Anteil mit akademischem Ausbildungsabschluss deutlich höher ist als bei den Jahrgängen, die in Rente gehen. Diese Lücke kann nicht allein durch die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie die ungebrochen große Integrationsleistung des dualen Ausbildungssystems bei der Aufnahme geflüchteter Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund kompensiert werden. Um den Bedarf zu decken, sind alle inländischen Potenziale für die berufliche Ausbildung zu heben. Darüber hinaus ist eine gezielte Zuwanderung in Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses wichtig.

Eine zentrale Herausforderung für die Daseinsvorsorge ist der insbesondere auch mit dem demografischen Wandel verbundene zunehmende Fachkräftemangel im Pflege- sowie Sozial- und Gesundheitsbereich. Einerseits sinkt aufgrund des demografischen Wandels das Angebot an Fachkräften in diesem wichtigen gesellschaftlichen Handlungsfeld. Andererseits nehmen der Anteil und die Zahl älterer und insbesondere hochbetagter Menschen zu, die in besonderem Maße auf funktionsfähige Gesundheits-, Sozial- und Pflegestrukturen angewiesen sind. Ohne eine ausreichende Zahl von Fachkräften können diese Strukturen der Daseinsvorsorge nicht gesichert werden. Dieser Fachkräftemangel wirkt sich unmittelbar auf die Quantität und Qualität der Angebote aus. Dies bedeutet, dass überall dort, wo Menschen persönliche Begleitung und Unterstützung benötigen, immer häufiger die erforderlichen Fachkräfte fehlen. Da dieser Mangel zum Teil von den Familien und Verwandten kompensiert wird, können kaum auflösbare Konkurrenzen zwischen beruflichen, familiären und pflegerischen Verpflichtungen entstehen, die Arbeitskräfte aus anderen Bereichen der Volkswirtschaft dazu zwingen, ihr berufliches Engagement einzuschränken oder sogar vollständig aufzugeben. Dies hat wiederum ungünstige Auswirkungen auf die gesamtökonomische Entwicklung (Wohlstandsverlust). Die Fachkräftesicherung im Pflege-, Gesundheits- und Sozialwesen ist vor diesem Hintergrund eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Vor dem Hintergrund des Krisenszenarios Arbeits- und Fachkräftemangel gerät das Thema Migration noch mehr als bisher in den Blickpunkt. Es bedarf einer möglichst gezielten Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften, um den Wohlstand und die sozialen Sicherungssysteme in Baden-Württemberg zu erhalten. Für die Integration in den Arbeitsmarkt spielt die qualifikationsadäquate Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten eine große Rolle. Hierfür sind Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen notwendig. In Baden-Württemberg gibt es deshalb flächendeckend Beratungszentren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die Personen aus dem In- und Ausland zu ihren Anerkennungsmöglichkeiten beraten und sie im Prozess begleiten.

Da die demografische Entwicklung sich auf das Fach- und Arbeitskräfteangebot in Baden-Württemberg insgesamt auswirkt, sind keine unmittelbaren Schlüsse auf die künftigen Personallücken in einzelnen Branchen oder Berufen möglich. Absehbar ist gleichwohl, dass die Konkurrenz zwischen den Branchen, Berufen und auch den einzelnen Betrieben um knapper werdende Fachkräfte tendenziell zunehmen wird und damit auch die Frage nach der Attraktivität der jeweiligen Branche, des Berufs oder auch des einzelnen Betriebs weiter an Bedeutung gewinnt.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist das wahrscheinliche Szenario bezogen auf die künftige Fachkräfteverfügbarkeit in Baden-Württemberg das einer anhaltenden Knappheit. Das Krisenszenario hingegen umfasst einen sich verschärfenden Fachkräftemangel, der im schlechtesten Fall mit wirtschaftlicher Stagnation oder gar sinkender Wirtschaftsleistung einhergeht, mit dem Nichterreichen politischer Ziele zum Beispiel in dem Bereich der Klima- und Energiewende, mit Versorgungslücken bei wichtigen Dienstleistungen in der Fläche des Landes, mit instabilen Finanzen der sozialen Sicherungssysteme sowie mit der Zunahme von Verteilungskonflikten unter anderem zwischen den Generationen.

Die Risiko- und die Resilienzfaktoren im Bereich der Fachkräftesicherung sind in gesamtwirtschaftlicher Perspektive weitgehend identisch. Entscheidend dafür, ob es sich um einen Risiko- oder um einen Resilienzfaktor handelt, ist, ob bei den

nachfolgend aufgeführten Faktoren die jeweiligen Werte abnehmen oder zunehmen beziehungsweise sich verschlechtern oder verbessern. Zu den maßgeblichen Faktoren im Bereich Fachkräftesicherung gehören:

- die Erwerbsbeteiligung der Menschen im erwerbsfähigen Alter,
- der Anteil von Erwerbspersonen mit Berufsabschluss,
- die Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbspersonen,
- die Lebensarbeitszeit,
- die wöchentlichen Arbeitsstunden von Teilzeitbeschäftigten,
- die Entwicklung der Arbeitsproduktivität,
- der Wanderungssaldo von Fachkräften.

Ergänzend kommt der Faktor angemessener Wohnraum für die Fachkräfte hinzu. Ein Weg, die Wohnraumversorgung zu verbessern, ist die soziale Wohnraumförderung des Landes. Durch die spezielle Förderlinie zum Mitarbeiterwohnen der sozialen Wohnraumförderung unterstützt die Landesregierung durch diese sozial motivierte Förderung auch die Versorgung von Betriebsangehörigen. Neben der Förderung des Landes von sozialgebundenem Wohnraum bedarf es darüber hinaus einer Stärkung der Wohnraumangebote aller Segmente, um auch weiteren Einkommensgruppen bezahlbare Angebote zu ermöglichen.

Anzumerken ist, dass Fach- und Arbeitskräfteknappheit auch positive Wirkungen hat. Denn Knappheit verbessert die Chancen von Personengruppen, die bislang besondere Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt hatten. Arbeitgeber müssen bei Fach- und Arbeitskräfteknappheit mehr dafür tun, damit sich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohlfühlen und gerne im Unternehmen bleiben. Sofern sich der Faktor Arbeit verteuert, geht davon auch ein Impuls aus für mehr Investitionen der Unternehmen in die Arbeitsproduktivität.

Eine weitere Auswirkung des demografischen Wandels kann aber auch eine geringere Nachfrage nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen sein, während gleichzeitig der Bedarf an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen steigt. Dies kann beispielsweise Auswirkungen auf den Einzelhandel, das Gesundheitswesen und andere sektorspezifische Bereiche haben.

Gesellschaftliche Resilienz

Über die fachliche Qualifikation des Erwerbspersonenpotenzials hinaus reflektiert die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) im Bildungsplan für die allgemein bildenden Schulen angesichts der globalen Herausforderungen (zum Beispiel des Klimawandels) die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses in Richtung Nachhaltige Entwicklung. BNE soll Lernende dazu befähigen, „informierte Entscheidungen zu treffen und verantwortungsbewusst zum Schutz der Umwelt, für eine funktionierende Wirtschaft und eine gerechte Weltgesellschaft für aktuelle und zukünftige Generationen zu handeln.“ Dies betrifft vor allem die Beachtung der natürlichen Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems sowie den Umgang mit wachsenden sozialen und globalen Ungerechtigkeiten. Dies erfordert verantwortungsvoll eingesetzte Kreativität, intelligente Lösungen und Weitsicht. Nachhaltige Entwicklung setzt Lernprozesse voraus, die den erforderlichen mentalen und kulturellen Wandel befördern. Neben dem Erwerb von Wissen über (nicht) nachhaltige Entwicklungen geht es insbesondere um folgende Kernanliegen: Bereitschaft zum Engagement und zur Verantwortungsübernahme, Umgang mit Risiken und Unsicherheit, Einfühlungsvermögen in Lebenslagen anderer Menschen und solide Urteilsbildung in Zukunftsfragen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt Schülerinnen und Schüler, als Konsumenten, im Beruf, durch zivilgesellschaftliches Engagement und politisches Handeln einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten zu können. Es geht daher nicht allein darum, auf die existenten Problemlagen reagieren zu können,

sondern vor allem darum, vorausschauend mit Zukunft umzugehen sowie an innovativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen mitzuwirken, die einen zukunftsweisenden und verantwortlichen Übergang in eine nachhaltige Welt möglich machen. *(https://www.bildungsplaene-bw.de/,Lde/LS/BP2016BW/ALLG/LP/BNE)*

Über die Leitperspektive BNE im Bildungsplan unterstützt die Landesregierung im Rahmen der Umsetzungsstrategie „BNE-BW 2030“ die Umsetzung des Bildungskonzeptes BNE in den unterschiedlichen Bereichen der formalen, non-formalen und informellen Bildung und leistet damit einen Beitrag, unsere Gesellschaft zukunftsfähig und damit krisenfest zu machen.

Für die Entwicklung von Resilienz sind im Kindesalter eine stabile Bindung an mindestens eine Bezugsperson sowie während der gesamten Lebensspanne ein stabiles familiäres Umfeld zentrale Faktoren. Die Stärkung zeitgemäßer elterlicher Be- und Erziehungskompetenzen ist daher langfristig ein wichtiger Baustein für eine krisenfeste Gesellschaft, da in Familien die Grundlagen für zentrale Fähigkeiten zur Bewältigung von Krisen wie zum Beispiel Beziehungskompetenz, Selbstwirksamkeitserfahrungen oder Problemlösungsverhalten gelegt werden.

Krisen, wie sie zum Beispiel durch weltweite Klimaereignisse und Kriege hervorgerufen werden, werden als Zuwanderungsursachen zu weiterer Flüchtlingszuwanderung nach Europa allgemein, in die Bundesrepublik Deutschland und damit auch nach Baden-Württemberg führen. Hierbei ist die (qualifizierte) Zuwanderung in den deutschen beziehungsweise baden-württembergischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufgrund des Fachkräftebedarfs im migrations- und integrationspolitischen Fokus. Die Globalisierung führt allgemein dazu, dass die kulturelle Diversität auch in Baden-Württemberg zunimmt.

Integration in Baden-Württemberg muss daher aktiv gestaltet werden und ist dabei als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, die alle Bevölkerungsgruppen in den Blick nimmt. Dabei sind zum einen die Integrationsstrukturen vor Ort so zu gestalten und zu stärken, dass Integration in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erfolgreich verläuft. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration unterstützt die Kommunen dabei zum Beispiel hinsichtlich der Integration von Geflüchteten, indem es flächendeckende Strukturen des Integrationsmanagements als Erstanlauf- und Orientierungsstelle fördert.

Zum anderen muss der gesellschaftliche Zusammenhalt, und dabei das gesellschaftliche Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft, gestärkt werden. Dazu gehört es auch, Benachteiligung und Diskriminierung zu verhindern beziehungsweise zu bekämpfen. Die Förderung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration von Integrationsbeauftragten auf kommunaler Ebene, die für alle integrationspolitischen Belange der Kommunen zentral zuständig sind, trägt hierzu genauso bei wie das Netz an Beratungsstellen gegen Diskriminierung.

Im Rahmen der Wohlstandsverteilung ist vor allem die Armutsgefährdung in der Gesellschaft zu betrachten. Armutsgefährdung trifft Menschen zunehmend auch aus der Mitte der Gesellschaft, darunter auch Familien mit Kindern. Hohe Preise für Wohnen, Lebensmittel und Energie haben die Situation vielfach verschärft. In Baden-Württemberg hat ein Anteil von 16,4 Prozent der Bevölkerung ein Armutsrisiko (Landesmedian). Unter Armut wird in diesem Zusammenhang das Fehlen hinreichender Teilhabemöglichkeiten aufgrund unzureichender finanzieller Mittel verstanden. Armut erschwert die individuelle freie Entfaltung der Persönlichkeit, ruft Schamgefühle hervor, erhöht die physische und psychische Vulnerabilität und ist häufig mit gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozessen verbunden. Armut ist regelmäßig eine Folge von sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft und meist nicht das Ergebnis individuellen Versagens. Die Realisierung individueller Teilhabe setzt Einkommen und/oder Vermögen voraus. Die Höhe der erforderlichen finanziellen Mittel ist vom jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld, auch von der zugänglichen Infrastruktur und den entsprechenden Nutzungsentgelten, und vom Preisniveau abhängig. In der etablierten Sozialberichterstattung wird überwiegend davon ausgegangen, dass ein teilnehmendes Leben in der Gemeinschaft nicht mehr möglich ist, wenn man ein Einkommen von weniger als 60 Prozent

des Betrags in der Mitte der Einkommensverteilung zur Verfügung hat (Median) – derartig betroffene Menschen leben demnach in Armut. Zur Erreichung gesellschaftlicher Resilienz ist Bewusstseinsschaffung und Sichtbarmachung von Armut ein wesentlicher Faktor.

Zudem muss für neu ins Land kommende Geflüchtete ausreichend Wohnraum geschaffen werden. Hierauf zielt das Programm zur Förderung von Wohnraum für Geflüchtete mit einem Volumen von 80 Millionen Euro in 2022 und 2023 ab. Dies ermöglicht zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden für die Anschlussunterbringung Geflüchteter.

Gesellschaftliche und ökonomische Resilienz wird ferner über das soziale Sicherungssystem gestärkt. Dieses funktioniert über den Rechtskreis SGB II und damit die Sicherung des verfassungsrechtlich garantierten finanziellen Existenzminimums auch in Krisenzeiten und fungiert gesamtwirtschaftlich auch als automatischer Stabilisator der Nachfrage. Während der Pandemie war die Auszahlung der Grundsicherungsleistungen (seit 2023 Bürgergeldleistungen) durch die Jobcenter, aber auch der Zugang für Menschen, die infolge der Pandemie ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigenen Mitteln bestreiten konnten, gewährleistet. Den Jobcentern ist es zudem gelungen, die Geflüchteten aus der Ukraine nach dem Rechtskreiswechsel aus dem Asylbewerberleistungsrecht im Juni 2022, nahtlos in das SGB II-System zu überführen und das Existenzminimum abzudecken. Die Jobcenter haben sich als krisenfeste Organisation bewährt.

Bereits mehrfach hat sich außerdem die Kurzarbeit in Krisensituationen als wirksames Instrument zur Stabilisierung der Beschäftigung erwiesen. Das Kurzarbeitergeld trägt dazu bei, dass Entlassungen und Arbeitslosigkeit vermieden werden und so der Arbeitsmarkt in Krisenzeiten stabilisiert wird. Es ist zudem ein flexibles Instrument für die betroffenen Betriebe, das ihnen in Krisenzeiten ermöglicht, eingearbeitete Arbeitskräfte zu halten und damit Arbeitsplätze auch in schwierigen Lagen zu sichern. Darüber hinaus können Produktionsprozesse schnell wieder hochgefahren und dadurch Lieferketten gesichert werden. Resilienzfaktoren, wie Robustheit oder Schnelligkeit, erfüllt das Instrument grundsätzlich und trägt damit dazu bei, die Resilienz der Gesellschaft gegenüber Krisen zu steigern.

Zunahme von Handelskonflikten

Eine Zunahme von Handelskonflikten und protektionistischen Maßnahmen kann ebenfalls direkte Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft haben. Als exportorientierte Region könnte eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu anderen Ländern zu einem Rückgang der Exporte führen und somit insbesondere Sektoren wie den Maschinenbau und die Automobilindustrie negativ beeinflussen. Auch ein erschwerter Import von Vorprodukten und Rohstoffen könnte negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Im Hinblick auf die Identifikation von wirtschaftlichen Entwicklungschancen und Megatrends sei auf das Projekt „Zukunftswirtschaft Baden-Württemberg“ (Foresight-Prozess Baden-Württemberg) verwiesen. Die Strategische Vorausschau für Baden-Württemberg unterstützt die Innovations- und Wirtschaftsakteure des Landes dabei, sowohl neue Chancen als auch potenziell negative Entwicklungen für Baden-Württembergs frühzeitig zu erkennen, indem mögliche zukünftige Innovationspotenziale unter Berücksichtigung der globalen und regionalen Perspektive aufgezeigt werden.

Im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus entwickelte das Competence Center Foresight des Fraunhofer ISI gemeinsam mit dem Fraunhofer IAO einen Zukunftsscanner für die Innovations- und Wirtschaftsakteure in Baden-Württemberg. Elemente des Monitorings von Signalen sowie der Bewertung von Weak Signals werden dafür methodisch verknüpft und die Ergebnisse in einer neu entwickelten digitalen Plattform, dem Zukunftsscanner, aufbereitet. Im Rahmen des Projekts wurden fünf Zukunftswelten mit besonders großer Bedeutung für das Wirtschafts- und Innovationsgeschehen in Baden-Württemberg ausgewählt und analysiert, bei denen sich Transformationsprozesse andeuten und zwar:

- Mobilitäts- & Logistikwelt,
- Gesundheits- & Ernährungswelt,
- Material- & Ressourcenwelt,
- Robotic-Welt sowie
- Cyber- und Servicewelt.

Ziel des Projektes war es, Hinweise zu sammeln, wie sich diese fünf „Zukunftswelten“ zukünftig verändern könnten. Das Projekt unterstützt die Verfügbarkeit von Informationen für die Abschätzung der Relevanz von Ereignissen und neuen Entwicklungen, für die keine umfangreichen Erfahrungen aus der Vergangenheit vorliegen und die daher Gefahr laufen, in ihrer Relevanz unterschätzt zu werden.

3. Gibt es Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg in Abhängigkeit vom Klimawandel?

Zu I. 3.:

Projektionen der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich über einen sehr weiten Zeithorizont erstrecken, sind keine Prognosen in dem Sinne, dass Daten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den entsprechenden Fehlerintervallen berechnet würden, sondern vielmehr Untersuchungen, die die Auswirkungen von verschiedenen möglichen Entwicklungen bestimmter Variablen relativ zu einem Ausgangsszenario untersuchen.

Generell steht die Szenarienanalyse in Bezug auf die Effekte des Klimawandels auf die Wirtschaftsleistung noch am Anfang und ist mit hohen Unsicherheiten behaftet. Die Schwierigkeiten bestehen zum einen darin, dass die Modellierung der Wirkungszusammenhänge komplex ist, zum anderen, dass die historische Datengrundlage für die Kalibrierung der Modelle noch unzureichend und man daher stark auf Plausibilitätsannahmen angewiesen ist. Hinzu kommt, dass eine eventuelle Verhaltensanpassung der Wirtschaftssubjekte – sei es der privaten Haushalte, der Unternehmen oder der staatlichen Akteure – in einem Modellrahmen schwer zu fassen sind. Andererseits sind gerade auch solche Anpassungen makroökonomisch relevant.

Szenarien für die Auswirkungen des Klimawandels auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Baden-Württemberg sind der Landesregierung nicht bekannt. Eine aktuelle bundesweite Studie *(https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Klimaschutz/kosten-klimawandelfolgen-in-deutschland.html)* schätzt die finanziellen Kosten durch Extremereignisse, die im Kontext des Klimawandel verstärkt auftreten. Je nach unterstelltem Klimaszenario summieren sie sich über den Zeitraum 2022 bis 2050 real auf mindestens 280 bis 900 Milliarden Euro (bundesweit). Je kleinräumiger die gesamtwirtschaftlichen Effekte des Klimawandels betrachtet werden, desto größer werden die Unsicherheiten aufgrund der genannten Einschränkungen.

Diese genannten Vorbehalte mitbedacht, können sich aus internationalen Studien Anhaltspunkte für die Auswirkungen des Klimawandels auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herleiten lassen, die sich zumindest teilweise und qualitativ auf das Land Baden-Württemberg übertragen lassen dürften. So untersucht eine Studie anhand von Temperaturdaten der Jahre 1957 bis 2012 die Auswirkungen höherer Temperaturen unter Kontrolle saisonaler und regionaler Effekte auf die sektoralen Wertschöpfungen der US-Bundesstaaten. Es wurde nachgewiesen, dass Temperaturanstiege in den Sommermonaten per Saldo negative Wertschöpfungseffekte hatten, und zwar nicht nur in dem vergleichsweise kleinen Sektor Landwirtschaft, sondern auch in weiten Teilen der Dienstleistungsbranchen und der Bauwirtschaft, wohingegen Auswirkungen auf das Produzierende Gewerbe nicht eindeutig waren. Auf dieser Daten- und Modellgrundlage werden verschiedene Szenarien künftiger Treibhausgasemissionen auf das Wirtschaftswachstum gegen Ende des Jahrhunderts berechnet. Unter der Annahme, dass keine Anpassungen

an Klimafolgen stattfinden, liegt das jährliche Wirtschaftswachstum im günstigsten Szenario um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt, im ungünstigsten Fall um bis zu 1,2 Prozentpunkte.

Die EU-Kommission betrachtet verschiedene Szenarien für die Entwicklung der Wirtschaftsleistung in der Europäischen Union bis 2050. Zum einen den Fall, dass Netto-Treibhausgasneutralität bis 2050 in der EU erreicht wird (konsistent mit dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5° C zu begrenzen), zum anderen den Fall, dass die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden (konsistent mit einer Erderwärmung von 2° C). Unter der Prämisse, dass die übrige Welt sich den jeweiligen Zielen entsprechend verhält, kommt die EU-Kommission zu dem Ergebnis, dass die Zielerreichung nur begrenzte Auswirkungen auf das Niveau der Wirtschaftsleistung hat. Je nach Modell und Szenario liegt demnach das Niveau der Wirtschaftsleistung der EU im Jahr 2050 in einem Bereich von –1,30 Prozent bis +2,19 Prozent über dem Bezugsszenario.

4. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft vor, insbesondere in Bezug auf deren Abhängigkeit von globalen Lieferketten und Märkten mit Blick auf die Abhängigkeit von einzelnen Ländern wie China sowie zum Erhalt der Innovationsfähigkeit?

Zu I. 4.:

Zur Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft liegen der Landesregierung keine gesicherten Erkenntnisse vor. Allerdings werden regelmäßig Resilienzanalysen verschiedener Organisationen auf nationaler Ebene und damit auch für Deutschland veröffentlicht. So legt der FM Global Resilienzindex (FM Global 2022) vor allem Wert auf die wirtschaftliche Resilienz. Resilienz wird dabei gemessen an Indikatoren für die ökonomische Lage (unter anderem Produktivität, politische Risiken, Gesundheitsausgaben, Risikoexposition etwa hinsichtlich Klimakrise, Cyberangriffe und Erdbeben) sowie Rahmenbedingungen (Diversifikation und Qualität der Lieferketten, Korruption, Infrastruktur und Corporate Governance). Bei diesem Vergleich liegen von den europäischen Ländern Dänemark (100 Punkte), die Schweiz (97,7 Punkte) und Luxemburg (97,5 Punkte) knapp vor Deutschland (96,5 Punkte). Weltweit gehört Deutschland zu den Top 6 der widerstandsfähigsten Volkswirtschaften (Michael Hüther, Dominik H. Ernste, Jennifer Potthoff in: Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich? Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation, 2023).

Baden-Württemberg hat eine stark industriell geprägte Wirtschaft, die einen Exportanteil von rund 45,9 Prozent am BIP aufweist, und war auch 2022 wieder das exportstärkste Bundesland mit 262,8 Milliarden Euro (gefolgt von NRW mit 233,6 Milliarden Euro und Bayern mit 215,8 Milliarden Euro). Die Europäische Union (EU-27) blieb 2022 mit einem Anteil von 47 Prozent an den Gesamtexporten weiterhin die wichtigste Zielregion baden-württembergischer Waren. Das weiterhin größte Zielland der baden-württembergischen Exporte sind die USA, die 2022 den mit Abstand stärksten Anstieg um 10,6 Milliarden Euro auf 39,4 Milliarden Euro (+36,9 Prozent) verzeichneten. Dagegen wuchs der Exportumsatz mit China mit 2,9 Prozent nur noch vergleichsweise gering. Mit rund 20,12 Milliarden Euro belegte China sowohl Rang 3 (nach den USA und der Schweiz) der wichtigsten Exportländer als auch mit rund 38,98 Milliarden Euro Rang 2 der wichtigsten Importländer (nach der Schweiz) im Jahr 2022. China ist damit der zweitwichtigste Handelspartner des Landes.

Die baden-württembergische Wirtschaft ist aufgrund ihrer starken Exportorientierung in hohem Maße international verflochten, das gilt für Europa in gleicher Weise wie in globaler Perspektive. Diese internationale Verflechtung bietet insgesamt erhebliche Chancen, birgt aber gleichzeitig auch Risiken.

Nach Auffassung der Landesregierung war und ist die starke Exporttätigkeit und das große Engagement der baden-württembergischen Unternehmen auf interna-

tionalen Märkten auch weiterhin eine Chance und eine wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum, Arbeit und Wohlstand im Land. Die internationalen Handelsbeziehungen sind eine Basis für eine resiliente Wirtschaft und werden durch die Außenwirtschaftsförderung des Landes unterstützt.

Gleichzeitig zeigen Ergebnisse einer Studie des ifo-Instituts (Baur/Flach 2022, in ifo-schnelldienst 75, S. 56 ff.) für Deutschland, dass insgesamt und über alle Handelspartner hinweg etwa fünf Prozent aller deutschen Importe auf Güter mit kritischen Abhängigkeiten entfallen. Dabei liegt eine kritische Abhängigkeit bei Industriegütern vor allem gegenüber EU-Mitgliedsländern vor, einzelne Branchen wie die Chemiebranche weisen allerdings auch eine hohe Abhängigkeit von China auf. Bei Rohstoffen fällt die Abhängigkeit gerade von China noch stärker ins Gewicht, denn zum Beispiel werden rund 65 Prozent der der für Elektromotoren notwendigen Rohstoffe aus China importiert. Gleiches gilt für die Abhängigkeit von sogenannten Seltenen Erden, sodass hier Klumpenrisiken in den Wertschöpfungsketten vorliegen.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine waren auf Baden-Württemberg, trotz der nicht ausgeprägten Handelsvolumina mit der Ukraine, vielfältig. Fehlende Rohstoffe oder Vorprodukte der Industrie, aber auch steigende Energiepreise sowie eine zunehmende Inflation sorgten für gesamtwirtschaftliche Schwächephasen, die durch anhaltende Lieferkettenstörungen verstetigt wurden. Dies betraf insbesondere die baden-württembergischen Automobilhersteller und Unternehmen aus anderen exportorientierten Leitbranchen wie dem Maschinen- und Anlagenbau, die Produktions- und Vertriebsstätten in der Ukraine oder in Russland haben und die von Handelssanktionen betroffen sind. Neben den Auswirkungen auf Produktion und Handel war auch ein zunehmender Druck auf die ohnehin angespannten Lieferketten in den Bereichen Energie, Metalle und Edelgase festzustellen. Laut einer Veröffentlichung des Münchener Ifo-Instituts vom 6. Oktober 2022 hat die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen seit der Coronapandemie bereits konkrete Maßnahmen ergriffen, um ihre Lieferketten anzupassen.

China besitzt für die Wirtschaft im Land eine zentrale Rolle. China ist dabei nicht nur Absatz- und Beschaffungsmarkt, sondern auch Mitbewerber auf Dritt- und verstärkt auch dem Heimatmarkt, China ist dominierender Rohstofflieferant und zugleich systemischer Rivale. Es liegt daher entlang der Chinastrategie des Bundes im wirtschaftspolitischen Interesse Baden-Württembergs, die daraus resultierenden Risiken zu adressieren, diese zu minimieren und internationale Lieferketten und Handelsströme zu diversifizieren.

Eine andauernde Störung der weltweiten Lieferketten kann zu Problemen bei der Beschaffung notwendiger Betriebsstoffe für Anlagen zur thermischen Abfallverwertung (Müllverbrennungsanlagen) führen. Im schlimmsten Fall könnte dies dazu führen, dass Anlagen abgefahren werden müssen, wenn die erforderliche Abgasreinigung nicht mehr durchgeführt werden kann. Dies war bislang nicht erforderlich, kann aber auch für die nahe Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Ursächlich sind überwiegend eher geringe Lagerkapazitäten sowie lange und komplexe weltweite Lieferketten, die für Störungen besonders anfällig sind.

Erhalt der Innovationsfähigkeit

Der Erhalt der Innovationsfähigkeit, auch über temporäre gesamtwirtschaftliche Störungen hinweg, ist eine wichtige Voraussetzung für die Krisenfestigkeit des Landes. Nach Feststellung des Statistischen Landesamtes in Baden-Württemberg stabilisierten sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in den Forschungsstätten der Wirtschaft, an den Hochschulen und in den öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen außerhalb der Hochschulen (Staatssektor) in Baden-Württemberg im Jahr 2021 auf hohem Niveau bei insgesamt rund 30,4 Milliarden Euro für FuE. Der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt betrug damit 5,6 Prozent.

Table 2: Regional performance in overall TASICI and components sorted by overall TASICI

Overall Rank	Region	Country	Overall Score	Knowledge Rank	Knowledge Score	Globalization Rank	Globalization Score	Capacity Rank	Capacity Score
1	Massachusetts	USA	95.1	3	87.4	12	70.7	2	93.2
2	California	USA	86.9	6	77.4	42	43.0	4	91.6
3	Baden-Württemberg	DEU	84.9	19	54.4	4	83.1	1	95.2
4	Berlin	DEU	80.3	1	95.1	46	40.5	5	78.2

Hiermit liegt Baden-Württemberg bei der FuE-Intensität weit vor allen anderen Bundesländern und belegt auch international einen Spitzenplatz. Über 80 Prozent der FuE-Ausgaben bringt die Wirtschaft des Landes auf. Baden-Württemberg ist heute eine der innovativsten Regionen in Europa und in der Welt. Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) liegt Baden-Württemberg gleich nach Massachusetts und Kalifornien auf Platz drei im Transatlantic Subnational Competitiveness Index und ist damit das erstplatzierte deutsche Bundesland (November 2022).

Gegenüber großen Unternehmen mit eigenen Forschungsabteilungen haben kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Bereich Forschung und Entwicklung größenbedingte Nachteile, etwa im Hinblick auf technische und finanzielle Risiken. Die Innovationspolitik des Landes trägt durch ein ausdifferenziertes Technologietransferinstrumentarium dazu bei, solche größenbedingten Nachteile abzumildern, um KMU in den Innovationsprozess einzubinden. Insbesondere die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen bilden neben den Innovationsökosystemen im Land, wie zum Beispiel dem Cyber Valley, eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und sind speziell auf die Bedürfnisse der in Baden-Württemberg stark vertretenen KMU ausgerichtet. Zu den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen zählen:

- 13 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft,
- 10 Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und
- 12 Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg.

Durch ihre Forschungstätigkeit erschließen sie neue für die Wirtschaft interessante Technologiefelder, bereiten Erkenntnisse aus der Spitzen- und Grundlagenforschung anwendungsorientiert auf und unterstützen die Unternehmen dabei, innovative Ideen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das Land fördert diese Einrichtungen institutionell und unterstützt ihren Ausbau und ihre Weiterentwicklung durch Investitionen in Gebäude und Geräte. Darüber hinaus werden wirtschaftsnahe Forschungsprojekte gefördert, die von den Forschungsinstituten häufig in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt werden.

Laut der aktuellen bundesweiten Studie der Bertelsmann-Stiftung „Innovative Milieus 2023“ hat sich der Anteil der Milieus mit aktivem Innovationsfokus von 2019 bis 2022 allerdings reduziert, sind Unternehmen heute im Vergleich der drei Jahre weniger innovationsaktiv. Laut der Studie werden unter anderem passgenaue Maßnahmen für einzelne Milieus benötigt. Vor allem auch eine gute Vernetzung und Kollaboration werden als Schlüssel für den innovativen Erfolg gesehen.

Künstliche Intelligenz

Mit Blick auf die Innovationsfähigkeit ist es wichtig, sich auch bei den Zukunftstechnologien nicht in die Abhängigkeit zu anderen Ländern zu begeben. Bei der wichtigen Technologie Künstliche Intelligenz (KI) gibt es laut einer Studie der EU-Kommission aus dem Jahr 2021 eine jährliche Investitionslücke von vier bis acht Milliarden Euro im Vergleich zu den USA und China. Eine Studie des KI Bundesverbands aus 2022 zeigt, dass bei den bedeutsamen KI-Foundation-Mo-

dellen, auf denen die großen Sprachmodelle wie ChatGPT basieren, seit 2017 rund 73 Prozent in den USA und 15 Prozent in China entwickelt wurden.

Mit Blick auf diese Entwicklungen ist es in Europa und Deutschland notwendig, bei der Schlüsseltechnologie KI international wettbewerbsfähig zu bleiben, um ein Mindestmaß an digitaler Souveränität zu erhalten und nicht auf die Anwendung von KI-Systemen, die im Ausland entstehen, angewiesen zu sein. Daher ergreift das Land Baden-Württemberg eine Vielzahl an Maßnahmen, um die hiesige KI-Landschaft zu stärken und insbesondere die Wertschöpfung bei KI deutlich zu erhöhen. So zum Beispiel seit 2016 das Cyber Valley mit dem neuen ELLIS-Institut sowie mit dem Innovation Park AI, den regionalen KI-Exzellenzzentren, dem KI-Fortschrittszentrum, den regionalen KI-Labs, dem KI-Innovationswettbewerb, den KI-Champions Baden-Württemberg oder dem Projekt AI Matters. Darüber hinaus setzt sich das Land Baden-Württemberg dafür ein, dass die Bundesregierung die Large European AI Models (LEAM)-Initiative des KI-Bundesverbandes umsetzt. Diese betrachtet die Landesregierung als eine herausragende Projektidee, um insbesondere bei der technologischen Souveränität Europas im Bereich generativer KI voranzukommen.

Digitalisierung

Der Monitoring Report Wirtschaft DIGITAL Baden-Württemberg wird im zwei- bis dreijährigen Rhythmus vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beauftragt. Die 2018, 2020 und 2023 veröffentliche Studie zum Stand der Digitalisierung der Wirtschaft Baden-Württemberg lässt insbesondere im Vergleich zu den Studien der Vorjahre Trends und Fortschritte der digitalen Wirtschaft erkennen. Der Digitalisierungsgrad der Gewerblichen Wirtschaft in Baden-Württemberg liegt somit aktuell bei 58 von möglichen 100 Indexpunkten (2020: 55 Indexpunkte) – ein Ergebnis, das die Prognose von 2020 erst für das Jahr 2025 voraussagte. Dennoch lässt sich in der Studie von 2020 eine Stagnation der Digitalisierung erkennen. Die Ergebnisse der Erhebungswelle sind geprägt von den anfänglichen Einflüssen der Coronapandemie, da die Befragung der Unternehmen im Frühjahr 2020 stattfand. Dies zeigte sich insbesondere darin, dass es keine größeren Veränderungen des Digitalisierungsgrads im Vergleich zu 2017 in den betrachteten Branchen gab. Im Hinblick auf die erneute Befragung der Unternehmen im Winter 2022/2023 zeigte sich aber, dass die Befragten unter dem Eindruck der bestehenden Herausforderungen in Digitalisierungs- und Innovationsmaßnahmen investierten und investieren werden.

Die Unternehmen sind auch mit Blick auf die weitere Entwicklung der Digitalisierungsprozesse trotz aller künftigen Herausforderungen optimistisch: Bis 2028 könnte der Wirtschaftsindex DIGITAL auf 62 Punkte ansteigen. Vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen haben große Schritte nach vorne gemacht und werden laut Prognose weiter aufholen. Der positive Trend des Digitalisierungsindex über alle Branchen hinweg – mit Ausnahme der Gastronomiebranche – in den vergangenen fünf Jahren lässt darauf schließen, dass die Unternehmen Baden-Württembergs trotz zahlreicher Krisen die Wichtigkeit von Digitalisierungs- und Innovationsmaßnahmen erkannt, zahlreiche Prozesse umgesetzt und Resilienz gezeigt haben.

5. Welche Chancen und Risiken entstehen aus der starken Exporttätigkeit baden-württembergischer Unternehmen und welche Chancen und Risiken bieten sich bei einer verstärkten Binnenorientierung zum Beispiel durch den Ausbau von regionalen und innereuropäischen Wirtschaftskreisläufen?

Zu I. 5.:

Nach Auffassung der Landesregierung waren und sind die starke Exporttätigkeit und das große Engagement der baden-württembergischen Unternehmen auf internationalen Märkten auch weiterhin eine Chance und eine wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum, Arbeit und Wohlstand im Land. Die baden-württembergische Wirtschaft wird auch künftig auf ihre globale Wettbewerbsfähigkeit

angewiesen sein, denn nur in globaler Perspektive und in Partnerschaft lassen sich zukünftige Wachstumspotenziale heben.

Es geht nach Einschätzung der Landesregierung daher mittel- bis langfristig nicht um eine grundsätzliche Deglobalisierung, sondern um einen Wandel in der Globalisierung der Weltwirtschaft. Die fundamentalen Veränderungen des weltwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeldes bedeuten nicht das Ende des „Geschäftsmodells Deutschland". „Aber das Modell muss angepasst werden, indem außenwirtschaftliche Strategien schneller und umfassender umgestellt werden, als es die Politik und viele Unternehmen aus der Vergangenheit gewohnt waren" (Studie „Stehen die Globalisierung und das Geschäftsmodell Deutschland vor dem Aus? Warum Politik und Unternehmen konsequent handeln müssen – und wie ihnen das gelingt", Prognos und Bayern LB Research 2023). Das birgt nicht nur Risiken. Wenn sich die deutsche und baden-württembergische Wirtschaft auf ihre Stärken besinnt und diese passgenau für das neue geopolitische Umfeld weiterentwickelt, liegen auch in einer Welt der „Globalisierung im Wandel" große Chancen.

Allerdings dürften die fundamentalen Veränderungen des weltwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeldes von den Unternehmen eine Überprüfung und Anpassung ihrer Geschäftsmodelle erfordern. Dies gilt einerseits grundsätzlich im Hinblick auf die Diversifizierung der Exportmärkte und der Produkte und Dienstleistungen sowie der Zielländer für Auslandsinvestitionen. Folgende Handlungsfelder stehen dabei für die Politik im Fokus:

- Eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes und der Ausbau regionaler und innereuropäischer Wirtschaftskreisläufe stellen wichtige Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz dar, stehen allerdings in einem komplementären Verhältnis zur notwendigen entschlossenen Handelspolitik der Europäischen Union mit globalen Partnern.
- Der Abschluss von neuen, umfassenden Investitions- und Freihandelsabkommen wäre eine wichtige Hilfestellung bei der Erschließung neuer Märkte. Dabei könnte auch der Export von Dienstleistungen eine größere Rolle spielen.
- Eine weitere Strategie könnte sein, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit im Dienstleistungsbinnenmarkt durch die Vollendung des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen und Anreize für ausländische Investoren zu stärken.
- Zudem kann auch die Binnenorientierung durch den Ausbau der regionalen Wirtschaft Erfolg versprechen, zum Beispiel in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft sowie in der Veranstaltungs- und Kulturwirtschaft durch eine weitere Steigerung der Attraktivität Baden-Württembergs für in- und ausländische Gäste.

Zu den Chancen und Risiken der starken Exporttätigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft wird zudem auf Frage I. 4. verwiesen.

6. Welche Risiken birgt der Arbeits- und Fachkräftemangel für Wirtschaft und Gesellschaft unter Darlegung der besonders betroffenen Branchen und gesellschaftlichen Bereiche sowie welche Maßnahmen geeignet wären, dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken und wie die Landesregierung diese bewertet (zum Beispiel Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen; Ausdehnung der Lebensarbeitszeit; Steigerung der Anreize für Geringbeschäftigte oder Erwerbslose, Arbeit anzunehmen; Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften, Regulierung von Leiharbeit)?

Zu I. 6.:

a) Risiken des Arbeits- und Fachkräftemangels für Wirtschaft und Gesellschaft

Grundsätzlich entfaltet der Arbeits- und Fachkräftemangel eine hemmende Wirkung auf das Wachstum und die Produktivität einer Wirtschaft. Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird eingeschränkt und ein verschärfter Wettbewerb um Arbeitnehmer führt potenziell zu steigenden Ausgaben

für Löhne und folglich auch zu einem erhöhten Inflationsrisiko. Fehlen Arbeits- und Fachkräfte in kritischen Bereichen, kann dies zur Einschränkung in der Versorgung mit essentiellen Dienstleistungen führen.

Fachkräftesicherung ist demografiebedingt, aber auch aufgrund von wirtschaftsbezogenen Innovationen, von Veränderungen auf internationalen Märkten, von politischen Rahmensetzungen sowie nicht zuletzt aufgrund der konjunkturellen Unwägbarkeiten eine komplexe Daueraufgabe. Die Fachkräftenachfrage wird nach jetzigem Kenntnisstand in den in I. 1. genannten Berufsfeldern langfristig zunehmen. Sofern allein die demografische Entwicklung berücksichtigt wird, ist unter der Annahme einer unveränderten Erwerbsbeteiligung und ohne Erwerbsmigration nach dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit davon auszugehen, dass die Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in Deutschland im Zeitraum von 2020 bis 2035 um 7,2 Millionen Personen und bis 2060 um weitere 8,9 Millionen sinken wird.

Die Landesregierung sieht den Arbeits- und Fachkräftemangel in der Folge des demografischen Wandels als einen der großen Megatrends für Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialwesen und Gesellschaft. Der Arbeits- und Fachkräftemangel betrifft inzwischen viele Branchen in der Industrie und in der Dienstleistungswirtschaft. Insbesondere im Handwerk, im Einzelhandel, im Gastgewerbe und in der Tourismuswirtschaft, aber auch in der Logistik und im Transportgewerbe können zahlreiche Unternehmen wegen Arbeits- und Fachkräftemangel Aufträge nicht annehmen und ausführen, mit allen Risiken für Umsatz und Gewinnerzielung in ihren Unternehmen.

b) Besonders betroffene Branchen und gesellschaftliche Bereiche

Soziale Berufsfelder

Der Fachkräftemangel in den sozialen Berufen (insbesondere Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger, Haus- und Familienpflegerinnen und Haus- und Familienpfleger, Jugend- und Heimerzieherinnen und Jugend- und Heimerzieher, Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschafter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter) gefährdet nicht nur die Aufrechterhaltung der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, sondern auch die Wirtschaftskraft. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft ist es essentiell, dass Menschen in jeder Lebensphase am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und entsprechende Hilfe und Unterstützung erhalten. Die Sicherung der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge sichert somit gleichzeitig auch den wirtschaftlichen Wohlstand.

Eine der wesentlichen Ursachen für den Rückgang der Zahl der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen im erwerbsfähigen Alter ist nach Lage der Dinge der demografische Wandel, also die Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen. Der Fachkräftemangel im sozialen Bereich besteht bereits seit einigen Jahren und nimmt in allen Feldern der sozialen Arbeit stetig zu.

Als weitere Ursachen für den Fachkräftemangel sind zu nennen:

- Der demografische Wandel erfordert mehr soziale Betreuung und Beratung hochaltriger, multimorbid erkrankter Menschen;
- neue Herausforderungen/Tätigkeitsfelder in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Sicherung von Inklusion und Teilhabe;
- die Fluchtmigration erhöht den Bedarf an Beratung, Betreuung und Begleitung;
- die Konkurrenz der Berufe untereinander; Tätigkeitsfelder mit herausfordernden Rahmenbedingungen (keine geregelten Arbeitszeiten beziehungsweise Arbeiten in Schichten [zum Beispiel in Einrichtungen der Eingliederungs- und Jugendhilfe], ganzjährige Verfügbarkeit, hohe physische und psychische Belastbarkeit, fehlende gesellschaftliche Anerkennung, geringe Bezahlung, Überforderung von Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern, usw.) sind weniger

attraktiv als Bereiche, die dem Wunsch nach einem Ausgleich zwischen beruflichen Verpflichtungen und anderen Lebensbereichen (Familie, Freizeit) stärker Rechnung tragen.

Es werden folgende Ansatzpunkte für die Sicherung von Fachkräften gesehen:

- Erschließung neuer Zielgruppen (zum Beispiel Frauen/Männer in familiären Tätigkeiten – Vereinbarkeit);
- Erforschung der maßgeblichen Motivationsfaktoren (Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitsmodelle, Sinnhaftigkeit der Tätigkeit);
- Vermeidung eines negativen Klimas am Arbeitsplatz (Druck, Streit/Mobbing);
- Konzepte zur einrichtungsübergreifenden Zusammenarbeit erstellen und umsetzen;
- Attraktivität des Berufsfeldes erhöhen;
- Personalbindungsmaßnahmen umsetzen;
- Steigerung der Attraktivität und Verbesserung der Rahmenbedingungen in den sozialen Berufen der Heilpädagogik, Heilerziehungspflege, Jugend- und Heimerziehung, Sozialarbeit durch engen Austausch mit den Fachschulen für Sozialwesen;
- Stärkung der beruflichen Orientierung und Verbesserung des Zugangs junger Menschen zu Bildung durch sozialpolitische Maßnahmen;
- Absenkung der Anzahl der unversorgten Jugendlichen sowie der Anzahl der Schul-, Studien- und Ausbildungsabbrecher;
- höhere Priorisierung der sozialen Berufe in der Berufsberatung und unmittelbare Zusammenarbeit der Berufsberatung mit Trägern, landesweite Kampagnen zum jeweiligen Berufsbild.

Darüber hinaus könnten Handlungsoptionen in dem Bereich der Ausbildung beziehungsweise der Schulen liegen. Die Ausbildungsstätten beziehungsweise die Schulen haben einen sehr engen Kontakt zu den Auszubildenden und können diese für das Berufsbild motivieren und begeistern. Hierbei ist allerdings darauf zu achten, dass die gelehrte Theorie auch der Praxis entspricht. Teilweise erfahren Auszubildende bereits im Rahmen ihrer ersten Praxiseinheiten, dass die Praxis weit von der Theorie entfernt ist. Enttäuschungen und etwaiger Berufsaufgabe nach erfolgreichem Abschluss kann durch frühe Praxiserfahrungen entgegengewirkt werden.

Gesundheitsbereich

Der Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen (akademische Heilberufe, Gesundheitsfachberufe) gefährdet in einigen Bereichen inzwischen unmittelbar die gesundheitliche und pflegerische Versorgung. Zu den Ursachen gehören insbesondere:

- finanzielle Hürden in der Ausbildung (zum Beispiel Schulgeld),
- psychisch, physisch und sozial belastende Arbeitsbedingungen,
- zum Teil verbesserungswürdige finanzielle Rahmenbedingungen,
- die Tendenz zum dauerhaften Ausstieg aus dem Beruf und Hürden beim beruflichen Wiedereinstieg nach längerer Pause,
- aufwändige Verfahren bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.

Um den Ursachen für diese Situation entgegenzuwirken und die Versorgung in Gegenwart und Zukunft insbesondere auch mit Blick auf die demografische Entwicklung zu sichern, ist das Thema „Personal im Gesundheitswesen“ eines der Schwerpunktthemen im Rahmen des zum 1. Januar 2023 übernommenen Vor-

sitzes der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Die GMK hat zu diesem Thema am 5./6. Juli 2023 einen Grundsatzbeschluss gefasst (TOP 9.1), der ein ganzes Bündel von konkreten Maßnahmen enthält, um dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen entgegenzuwirken. Der Beschluss kann auf der Homepage der GMK unter folgendem Link abgerufen werden: *https://www.gmkonline.de/Beschluesse.html?id=1407&jahr=2023*.

Der demografische Wandel führt insbesondere auch in der Pflege zu steigenden Bedarfen an Fach- und Hilfskräften. Um einem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sind verschiedene Stellschrauben erforderlich. Eine zentrale Maßnahme ist hierbei die Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe durch ein modernes Berufsbild, das für die angehenden Fachkräfte viele Einsatzmöglichkeiten und Aufstiegschancen bereithält. Die generalistische Pflegeausbildung hat durch die Zusammenführung der ehemaligen sektorenspezifischen Ausbildungen in der Alten-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und die Einführung von Vorbehaltsaufgaben sowie die Möglichkeit der Übertragung heilkundlicher Tätigkeiten zu einer erheblichen Flexibilisierung der Einsatzbereiche geführt und das Berufsbild insgesamt aufgewertet. Da in der Pflege besonders viele weibliche Fachkräfte tätig sind, sind Rahmenbedingungen notwendig, die auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die generalistische Pflegeausbildung ermöglicht eine Ausbildung in Teilzeit. Hierzu wurden im Land flexible Rahmenkriterien erarbeitet, die eine rechtssichere Umsetzung der Teilzeitausbildung zu ermöglichen.

Den Entwicklungen kann auch durch die Stärkung der hochschulischen Ausbildung entgegengewirkt werden. Bei einer primärqualifizierenden hochschulischen Pflegeausbildung werden von Beginn an pflegewissenschaftliche Kenntnisse unter Einbeziehung neuer Technologien vermittelt und die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt. Dies trägt nicht nur zur erforderlichen Kompetenz bei, um hochkomplexe Pflegeprozesse steuern und gestalten zu können, sondern steigert zugleich auch die Attraktivität des Pflegeberufes.

Zu beachten ist, dass es nicht nur um die Frage geht, wie dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden kann. Vielmehr wird es in naher und mittlerer Zukunft auch darauf ankommen, trotz Arbeitskräftemangel konkrete Lösungen vor Ort zu finden und zu gestalten, um die Versorgung mit den notwenigen Dienstleistungen sicherzustellen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bereits heute punktuell auseinander. Beispiele hierfür sind:

- Menschen mit Behinderungen bleiben trotz bewilligter Leistung ohne Versorgung zu Hause, weil sich niemand findet, der die Aufgabe erfüllt (Schulbegleitung, teilweise Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf in besonderen Wohnformen);
- Plätze in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder in der Eingliederungshilfe müssen reduziert werden, weil die notwendige Unterstützung und Betreuung nicht mehr gesichert werden kann beziehungsweise das Fachkräftegebot nicht erfüllt werden kann;
- notwendige Angebote und deren Qualitätssicherung sind gefährdet;
- Bedarfe der Eltern zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie können nicht mehr erfüllt werden.

Damit tut sich ein Dilemma zwischen individuellen Rechtsansprüchen und real vorhandenen Angeboten auf. Es besteht die Gefahr, dass hiervon insbesondere die Menschen mit dem höchsten Unterstützungsbedarf besonders betroffen sind.

Kinder- und Jugendhilfe

In Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe herrscht in vielen Stadt- und Landkreisen ein Fachkräftemangel insbesondere in den Arbeitsfeldern im Bereich der (teil-)stationären Einrichtungen, aber auch in den Jugendämtern. Diese Problematik besteht bundesländerübergreifend. So betrug der Anteil offener Stellen im Sozial- und Ge-

sundheitsbereich, für die im Dezember 2022 kein qualifizierter Bewerber oder keine qualifizierte Bewerberin gefunden wurde, bundesweit 56 Prozent.

Neben den aktuellen demografischen Entwicklungen im Hinblick auf die Verrentung der sogenannten „Babyboomer"-Generation befindet sich die Kinder- und Jugendhilfe in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Beanspruchung ihrer personellen Kapazitäten im Krisenmodus. Einerseits hat die Coronapandemie spürbare Auswirkungen auf die Konstitution und Resilienz der sozialpädagogischen Fachkräfte hinterlassen, andererseits nimmt der Betreuungsbedarf der bereits hier lebenden Kinder und Jugendlichen (etwa bei den Inobhutnahmen) sowie von unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (UMA) konstant zu. Nach Auffassung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration bedarf es gemeinsamer Bemühungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, um die Fachkräftesituation in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt und den Hilfen zur Erziehung (HzE) im Besonderen zu konsolidieren. Diese Einschätzung spiegelt sich auch im Strategiepapier der Länderoffenen Arbeitsgruppe Fachkräftebedarf und -sicherung im Bereich HzE, das bei der Jugend- und Familienministerkonferenz am 25./26. Mai 2023 in Potsdam verabschiedet wurde.

Für den Bereich der (teil-)stationären Hilfen zur Erziehung wird derzeit seitens des KVJS/Landesjugendamts an der Entwicklung eines Maßnahmenpakets gearbeitet. Erste Maßnahmen wurden bereits beschlossen und können von Trägern der Erziehungshilfe umgesetzt werden:

- Erweiterung der Fachkraftliste seit 2016 auf mittlerweile 18 Abschlüsse in den Hilfen zur Erziehung sowie weiteren neun Abschlüssen für die Eingliederungshilfe für Minderjährige und zwei weiteren Abschlüssen für Internate und Wohnheime.
- Veränderungen im Zulassungsverfahren nach § 21 LKJHG für Nicht-Fachkräfte: Auf Antrag können Quereinsteigende oder sonstige Personen als Betreuungskräfte zugelassen werden, sofern sie über pädagogische Vorbildung und pädagogische Vorerfahrung hinsichtlich der Zielgruppe verfügen. Die maximale Zulassungszahl wurde auf 1,5 Vollzeitkräfte pro Wohngruppe mit mindestens sechs Plätzen erhöht. Zusätzlich können Studierende von Studiengängen der Fachkraftliste unter gewissen Voraussetzungen zugelassen werden, sodass Studienpraktikantinnen und -praktikanten langfristig gebunden werden können.
- Erarbeitung eines Fortbildungskonzeptes „Neu in der Stationären Jugendhilfe" in Kooperation mit zwei Fachschulen für Sozialwesen. Das modulare Angebot richtet sich an Fachkräfte und bereits zugelassene Betreuungskräfte und dient der Wissensvermittlung, Praxisreflektion und handlungspraktischen Anleitung in Ergänzung zu den jeweiligen Einarbeitungskonzepten der Träger.
- Konzeptionelle Überlegungen: Zur Ermöglichung einer inklusiven Jugendhilfe im Handlungsfeld HzE benötigt es erweiterte Fachkräftestrukturen und eine Differenzierung des Personaleinsatzes in den unterschiedlichen Wohnformen. Dafür konnten vier Kategorien gebildet werden: Die Priorität liegt nach wie vor bei qualifizierten Sozialpädagogischen Fachkräften mit Fachschul- oder (Fach-)Hochschulabschluss. Zusätzlich könnten sogenannte Zugelassene Betreuungskräfte aus anderen Berufen und Fachbereichen eingesetzt werden. Des Weiteren könnten junge Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr oder (Vor-) Praktikantinnen und Praktikanten beschäftigt werden. Darüber hinaus könnten auch Assistenzkräfte in Wohngruppen engagiert werden, die ihr Einsatzgebiet bisher in der Eingliederungshilfe finden.

Im laufenden Novellierungsprozess des Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) wurde eine Unterarbeitsgruppe (UAG 8) gebildet, die mit dem Themenfeld „Stärkung der Fachkräfte" befasst ist. Teilnehmende sind unter anderem Vertretungen der Liga der freien Wohlfahrtsverbände und der Landesverbände der Jugendsozialarbeit sowie des Kommunalverbands für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)-Landesjugendamts.

Der Fokus der Arbeitsgruppe liegt auf einer Überarbeitung von § 21 des LKJHG, in dem die fachlichen Voraussetzungen für die Beschäftigung von Betreuungskräften in erlaubnispflichtigen Einrichtungen nach § 45 SGB VIII festgelegt sind. Diskutierte Lösungsansätze in diesem Kontext umfassen:

- Eine Überarbeitung der Regelungen zum Fachkräfteprofil im Einklang mit der vorgenannten Konzeption unterschiedlicher Fachkräftekategorien.
- Eine Reform der Voraussetzungen und fachlichen Begleitung für Zusatzkräfte sowie der Rahmenbedingungen für die Einbindung von Auszubildenden, Freiwilligendienstleistenden und Ehrenamtlichen.
- Eine vereinfachte Eingliederung und Qualifizierung von Quereinsteigern.

Ein weiterer Ansatzpunkt, um den Fachkräftemangel im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe besser bewältigbar zu machen, kann die Stärkung präventiver gruppenorientierter sowie digitaler Angebote sein, da wirksame Prävention dazu beitragen kann, dass die Zahl der Personen, die einzelfallorientierte und personalintensivere Unterstützung benötigen, sich reduziert.

Siedlungsabfallentsorgung

Auch im Sektor Siedlungsabfallentsorgung wirkt sich der Mangel an Lkw-Fahrerinnen beziehungsweise -Fahrern seit längerem – das heißt bereits vor der Coronapandemie – auf die Abfuhr haushaltsnah erfasster Abfälle aus, insbesondere auf die Erfassung von Leichtstoffverpackungen (Gelber Sack/Gelbe Tonne), aber auch hinsichtlich Verpackungen aus Glas und Papier/Pappe. Es kommt immer wieder zu Verzögerungen bei der Abfuhr, weil die Entsorgungsunternehmen nicht genügend Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer akquirieren können. Auch die kurzfristige Beauftragung von Subunternehmern kann nur selten den Mangel auffangen. Neben hygienischen Risiken durch herumliegende Verkaufsverpackungen bestehen auch Risiken für die Behälterglasindustrie, die zum großen Teil auf eine kontinuierliche Belieferung mit Altglas angewiesen ist.

Es handelt sich beim Fahrermangel um ein grundsätzliches Problem, das alle Branchen betrifft und deswegen auch branchenübergreifend angegangen werden sollte.

c) Maßnahmen, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken

Angesichts der Größe dieser Herausforderung ist es wichtig, alle verfügbaren Ansätze und „Hebel“ der Fachkräftesicherung zu nutzen, damit die Fach- und Arbeitskräftelücke in der Zukunft möglichst gering ausfällt. Dabei sollten die unter Ziffer I. 2. aufgeführten Risiko- und Resilienzfaktoren besonders berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen grundsätzlich geeignet, die dazu beitragen,

- die Erwerbsbeteiligung von bislang am Arbeitsmarkt unterrepräsentierten Personengruppen zu erhöhen,
- die Zahl junger Menschen zu senken, die ihr Berufsleben ohne berufsbezogene Ausbildung starten,
- die Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbspersonen zu erhöhen,
- die Lebensarbeitszeit zu verlängern,
- die vollzeitnähere Beschäftigung von Teilzeitkräften zu fördern,
- die Arbeitsproduktivität zu stärken; wichtige Ansätze liegen im breiten Feld der Digitalisierung der internen Prozesse in den Betrieben und in der Anwendung von Technologien der Künstlichen Intelligenz (KI),
- den Zuzug von Fachkräften zu erhöhen und deren Wegzug zu vermindern,
- die Gesundheit der Beschäftigten im Rahmen der für Arbeitgeber vorhandenen Möglichkeiten zu fördern.

Zu berücksichtigen sind dabei auch Maßnahmen, die indirekt auf das Fach- und Arbeitskräfteangebot einwirken, wie etwa die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum, ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Reduzierung von Regulierungslasten oder positive Anreize des Steuer- und Abgabensystems.

Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen

Für die Fachkräftesicherung in Baden-Württemberg stellt die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und des Arbeitszeitvolumens von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund eine wichtige Zielsetzung dar. Hier besteht ein erhebliches Potenzial an gut ausgebildeten Fach- und Arbeitskräften, die bisher für den Arbeitsmarkt nicht ausreichend erschlossen sind.

Die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und insgesamt die Erreichung von (beruflicher) Chancengleichheit sind Schlüsselfaktoren, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Neben sozialen und individualökonomischen Perspektiven wird die Gleichstellung der Geschlechter damit als wirtschaftliche Investition begriffen. Gleichzeitig ist das Ziel von Gleichstellungspolitik, die gleichberechtigte Teilhabe und Integration in den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen von großer Bedeutung. Gleiche berufliche Verwirklichungschancen unabhängig vom Geschlecht sind in vielfältiger Weise mit ökonomischen Rahmenbedingungen verknüpft. Dabei gibt es nach wie vor große Unterschiede im Erwerbsleben von Frauen und Männern. Zwar ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, allerdings arbeiten Frauen sehr viel häufiger in Teilzeit als Männer und sind damit oftmals nicht in ausreichendem Maße eigenständig finanziell abgesichert. Ebenso sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten. Mit Blick auf die Berufswahl zeigt sich zudem, dass es nach wie vor Berufe und Branchen gibt, in denen zu großen Teilen weibliche Beschäftigte arbeiten, wie zum Beispiel in den Sozial- und Gesundheitsberufen (sogenannte SAHGE-Berufe). MINT-Berufe hingegen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sind überwiegend männerdominiert. Gerade in diesen Branchen ist der Fachkräftebedarf in Baden-Württemberg sehr hoch. Die Bestrebung, mehr Mädchen und junge Frauen für diese Branche zu erreichen, wird aus diesem Grund als wichtige Maßnahme betrachtet.

Die Sorge- und Pflegearbeit in der Familie wird nach wie vor hauptsächlich von den Frauen übernommen und ist im Zuge der Coronapandemie, durch einen Rückfall in traditionelle Rollenbilder, weiter deutlich zu Lasten der Frauen gegangen. Hier hat sich gezeigt, dass Frauen als Krisenmanagerinnen gefordert waren und viele Zusatzbelastungen unter anderem durch Lockdowns und Home-Schooling getragen haben. Viele Frauen haben ihre Arbeitszeiten reduziert, um diese Herausforderungen bewältigen zu können. Die Pandemie hat über Jahre erreichte Fortschritte in der Erwerbsbeteiligung von Müttern auf das Niveau des Jahres 2011 zurückgeworfen. Seit Beginn der Pandemie ist der Anteil der Frauenbeschäftigung insgesamt in Baden-Württemberg gesunken – von 2019 bis 2020 um zwei Prozentpunkte von 47 Prozent auf 45 Prozent, in einigen Branchen zeigte sich sogar ein Rückgang um vier Prozentpunkte.

Besonders getroffen hat es Alleinerziehende. Zwischen 2019 und dem 1. Halbjahr 2021 fiel der Anteil erwerbstätiger alleinerziehender Mütter um 4,1 Prozent von 72,3 Prozent auf 68,2 Prozent. Aber auch Frauen in Teilzeit und Minijobs, selbstständig tätige Frauen sowie Migrantinnen spürten die Folgen der Coronapandemie durch den Wegfall von Minijobs, Aufträgen und Stellen im Dienstleistungssegment in besonderem Maße. Denn Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig in Wirtschaftszweigen, die von den Auswirkungen der Pandemie wirtschaftlich negativ betroffen waren, hierzu zählen insbesondere die Dienstleistungssektoren, wie etwa das Gastgewerbe oder das Gesundheits- und Sozialwesen sowie der Einzelhandel.

Bei Neueinstellungen lag der Frauenanteil im Jahr 2020 sogar auf dem niedrigsten Niveau (45 Prozent) seit dem Jahr 2011 (damals 46 Prozent, 2019: 49 Prozent). Und die Frauenerwerbstätigkeit erholte sich von diesen negativen Folgen der Pandemie deutlich langsamer als die der Männer.

Im Jahr 2021 arbeitete mit 49 Prozent in Deutschland beziehungsweise 48 Prozent in Baden-Württemberg fast jede zweite Frau in Teilzeit. Mit durchschnittlich 31,1 geleisteten Wochenarbeitsstunden liegt Deutschland im EU-weiten Vergleich auf dem vorletzten Platz. Erwerbstätige Frauen in Teilzeit arbeiten 2021 durchschnittlich 21,8 Wochenstunden. Der vergleichsweise geringe Arbeitsumfang weiblicher Beschäftigter, insbesondere von Müttern, bietet folglich ein erhebliches Arbeits- und Fachkräftepotenzial für die Wirtschaft. Eine Ausweitung der Arbeitszeiten von Frauen könnte den Fachkräfteengpass erheblich verringern.

Bundesweit arbeiten von den insgesamt 5,3 Millionen erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren etwa 2,5 Millionen weniger als 28 Stunden pro Woche. Würden diese Mütter ihre Erwerbstätigkeit durch eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben um lediglich eine Stunde pro Woche erhöhen, ließen sich bundesweit 71 000 zusätzliche Vollzeitäquivalente gewinnen. Gemäß der benannten Untersuchung entspricht der Anteil derjenigen Mütter, die derzeit nicht in Vollzeit tätig sind, dies aber gerne wären und deren jüngstes Kind unter drei Jahre alt ist, einem zusätzlichen Potenzial von etwa 110 000 Personen. Bei den Müttern mit jüngstem Kind zwischen drei und fünf Jahren entspricht dieses Potenzial weiteren 37 000 Personen. In Summe wären durch den erfüllten Arbeitszeitwunsch der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren etwa weitere 147 000 Mütter in Vollzeit statt in Teilzeit tätig.

In Baden-Württemberg wäre nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit durch eine Erhöhung des Arbeitszeitvolumens von Frauen ein Potenzial von bis zu 112 000 Vollzeitäquivalenten möglich. Durch eine generelle Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund, in Baden-Württemberg ließen sich zusätzliche Potenziale erschließen.

Eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes ist daher unumgänglich. Der EuGH hat im Mai 2019 entschieden, dass die Mitgliedstaaten die Arbeitgeber verpflichten müssen, ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die von jedem Beschäftigten täglich geleistete Arbeitszeit dokumentiert wird. Im September 2022 hat nun das Bundesarbeitsgericht ein gleichlautendes Urteil erlassen. Die Pflicht zur korrekten und zeitnahen Erfassung der gesamten Arbeitszeit ist im Hinblick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich positiv zu bewerten. Bei einer Neufassung des Arbeitszeitgesetzes sollten daher auch mehr Freiräume für die Unternehmen durch Flexibilisierung der Arbeitszeit geschaffen werden. Dies wäre im Rahmen der EU-Arbeitszeitrichtlinie realisierbar. Dadurch könnte es gelingen, Arbeitszeitmodelle zu schaffen, die einerseits den Unternehmen und andererseits den Beschäftigten entgegenkommen. Hiermit könnte nicht nur die Erwerbstätigkeit von Frauen in Teilzeit erhöht werden, sondern allgemein ein Beitrag zur Flexibilisierung und Ausdehnung der Arbeitszeit geschaffen werden.

Ziel der baden-württembergischen Wirtschaftspolitik ist eine weitere Steigerung der Beschäftigungsanteile und eine möglichst vollzeitnahe und qualifikationsgerechte Beschäftigung von Frauen. Hier gilt es mit gezielten Maßnahmen den durch die Krise unterbrochenen Prozess fortzuführen. Passgenaue Angebote und Programme für Frauen sind wichtiger denn je, um die Rückschritte gezielt auszugleichen und das Potenzial von Frauen als Fach- und Führungskräfte zu erschließen.

Die Vorteile, die sich für Frauen, Familien und Gesellschaft ergeben können, reichen von der Erhöhung des Lebenseinkommens, über die Reduzierung der Einkommenslücke, der Verbesserung der beruflichen Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur Vermeidung von Altersarmut. Denn von Altersarmut sind vor allem Frauen betroffen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert daher das Landesprogramm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ mit aktuell 9 Beratungseinrichtungen an 15 Standorten in Baden-Württemberg.

Die Ziele des Landesprogramms sind

- die Erschließung des Fachkräftepotenzials von Frauen für die Wirtschaft,
- die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben.

Zentrale Aufgabe der Kontaktstellen ist es, die erfolgreiche berufliche Integration und Entwicklung von Frauen durch ein verlässliches, ganzheitliches Beratungsangebot zu unterstützen. Die Kontaktstellen leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Integration von Frauen ins Erwerbsleben und unterstützen Frauen in allen Stationen ihres Berufsweges, passend zur jeweiligen Lebensphase: zu Neu- und Umorientierung, Wiedereinstieg, berufliche Weiterentwicklung und Aufstieg, Existenzgründung und Berufsorientierung. Sie setzen sich für Chancengleichheit von Frauen im Berufsleben ein und unterstützen Unternehmen bei der Fachkräftesicherung durch Information und Beratung zu Themen wie Gewinnung und Bindung weiblicher Fachkräfte, Unternehmensnachfolge durch Frauen, Teilzeitausbildung, flexible Arbeitszeitmodelle und Diversity Management.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 5 967 Beratungen von Frauen durchgeführt. Die Kontaktstellen arbeiten dabei als niederschwellige und regionale Anlaufstellen eng mit Wirtschaftsorganisationen, Weiterbildungsträgern, Arbeitsagenturen und Unternehmen zusammen. Sie tragen mit ihren Maßnahmen zur Aktivierung des Fachkräftepotenzials von Frauen, insbesondere auch aus der sogenannten „stillen Reserve“ entscheidend bei und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Ziele der Allianz für Fachkräfte. Frauen können über die „Kontaktstellen Frau und Beruf“, Arbeitsagenturen, Gleichstellungsbeauftragte, Wirtschaftsorganisationen, Frauenverbände etc. sowie über Werbemaßnahmen für die Chancen vollzeitnaher Beschäftigungsmodelle sensibilisiert werden.

Seit 2017 führt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Rahmen des Landesprogramms „Kontaktstellen Frau und Beruf“ das „Mentorinnenprogramm für Migrantinnen – eine Initiative für weibliche Migrantinnen und geflüchtete Frauen“ durch. Übergreifendes Ziel des Programms ist, die Integration der Frauen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt des Landes Baden-Württemberg zu verbessern. Dabei werden sowohl die beruflichen Interessen und Qualifikationen der Mentees als auch die Interessen und der Bedarf der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften berücksichtigt. Das Mentoring zielt ab auf

- die Förderung der Integration und Chancengleichheit von Frauen mit Migrationsgeschichte und geflüchtete Frauen am Arbeitsmarkt,
- Erschließung des Fachkräftepotenzials der Zielgruppe für die Unternehmen des Landes und
- die Unterstützung der Frauen in beruflichen Fragen und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Es konnten bislang rund 420 Tandems gebildet werden; jährlich kommen weitere 70 Tandems hinzu. Zentrale Ergebnisse der Evaluation sind: 90 Prozent der Mentees sind Akademikerinnen und weisen ein hohes Bildungsniveau auf. 43 Prozent der Mentees waren danach in Arbeit, 16 Prozent in Weiterbildung, sieben Prozent in Ausbildung und neun Prozent absolvierten ein Praktikum. Seit 2020 ist die Förderung mit zweckgebundener Förderung ins Landesprogramm integriert. Aufgrund des Programmerfolgs ist beabsichtigt, die Anzahl der Tandems ab 2024 zu erhöhen. Das Programm soll 2024 und 2025 weiter ausgebaut werden.

Um das Potenzial an gut ausgebildeten Frauen und Müttern in Baden-Württemberg in Anbetracht des zunehmenden Fachkräftebedarfs für die Wirtschaft zu erschließen, stellt der Ausbau einer verlässlichen Ganztagsbetreuung insbesondere im Bereich der Kleinkindbetreuung, aber auch in der Schulkindbetreuung, eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Hier gilt es, sowohl die deutliche Diskrepanz zwischen Betreuungsbedarf und Betreuungsquote zu reduzieren, als auch das Betreu-

ungsangebot für Schulkinder in den Fokus zu nehmen, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2026/27 erfüllen zu können.

Um den zunehmenden Betreuungsbedarf decken zu können, gilt es, den Ausbau der Kinderbetreuung fortzusetzen und weiter zu forcieren. Es müssen Anreize geschaffen werden, um den steigenden Fachkräftebedarf für Baden-Württemberg decken zu können. Dabei gilt es, auch die Möglichkeiten betrieblicher Kinderbetreuung weiter auszubauen und hierfür die Unternehmen zu sensibilisieren und informieren.

Die mit der Coronapandemie einhergehenden Einschränkungen im beruflichen und privaten Leben haben die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen im Familienkontext verschärft. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hält daher die Entlastung von Berufstätigen mit Fürsorgepflichten sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Fürsorgepflichten mit Erwerbstätigkeit für Männer und Frauen für wichtig. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk auf die besondere Situation Alleinerziehender zu richten.

Der Gesellschaftsreport der FamilienForschung BW „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbsbeteiligung und Rollenverteilung in Familien“ hat deutlich gemacht, dass gegenwärtige Infrastrukturen und Rahmenbedingungen der Sorge- und Erwerbsarbeit überprüft und weiterentwickelt werden sollten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und krisenfester zu gestalten. Neben dem generellen Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten können eine bessere Passgenauigkeit zwischen beruflichen und familiären Anforderungen, zum Beispiel durch Flexibilisierungen von Arbeitsbedingungen und Betreuungsangeboten oder die Beratung und Unterstützung von Arbeitgebern und Eltern zur Entwicklung von zeitgemäßen Vereinbarkeitsmodellen zur Verbesserung der Situation beitragen. Auch ein familiengerecht gestaltetes Umfeld – zum Beispiel im Bereich der eigenständigen Mobilität von Kindern – kann dazu beitragen, elterlichen Stress zu reduzieren und so auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Die genannten Faktoren werden darüber hinaus auch als Hauptgründe für den sogenannten unbereinigten Gender Pay Gap gesehen. Der „Gender Pay Gap“ beschreibt den Abstand zwischen dem Entgelt der Männer und dem der Frauen. Demnach verdienten Frauen im Jahr 2022 weitaus weniger als Männer. In Baden-Württemberg ist der unbereinigte Gender Pay Gap mit 23 Prozent (2022) im bundesweiten Vergleich am höchsten (Bundesdurchschnitt 18 Prozent).

Rechnet man bei der Ermittlung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke die genannten Faktoren wie den Erwerbsumfang, beruflichen Status und geschlechtsspezifische Berufswahl sowie bspw. Qualifikation und erwerbsbiografische Faktoren heraus, erhält man den sogenannten bereinigten Gender Pay Gap. Dieser wird für das Jahr 2022 bundesweit mit 7 % ausgewiesen. Demnach verdienten Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt auch bei vergleichbarer Tätigkeit, Qualifikation und Erwerbsbiografie im Berichtsjahr 2022 pro Stunde 7 % weniger als Männer. In Baden-Württemberg liegt der bereinigte Gender Pay Gap aktuell ebenfalls bei 7 %.

Die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Fürsorgeverpflichtungen und Beruf werden sowohl für die allgemeine Gleichstellung von Frauen und Männern als auch als Maßnahmen, dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzutreten, als geeignet gesehen.

Steigerung der grundsätzlichen Erwerbstätigkeit

Um das Fachkräftepotenzial möglichst umfassend zu heben, sind zielgerichtete Maßnahmen erforderlich, um auch Personengruppen zu erreichen, deren Zugang zum Arbeitsmarkt durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren erschwert ist, wie zum Beispiel Mütter mit Migrationsgeschichte. Hier können gestufte Modelle, die zum Beispiel bei Patenschaftsmodellen, sozialer Integration und

Spracherwerb ansetzen und über grundständigere Qualifikationen bis hin zu einer qualifizierten Ausbildung führen, ein zielführender Ansatz sein.

Weiterhin ist ein zentraler Hebel zur Gewinnung von Fachkräften die Weiterbildung geringqualifizierter Beschäftigter und von Migrantinnen und Migranten. So ist laut einer Studie der Universität Hamburg von 2018 mehr als jeder vierte geringqualifizierte Beschäftigte (27,3 Prozent) gleichzeitig gering literalisiert, kann also nicht ausreichend lesen und schreiben, rund 2,4 Millionen Personen bundesweit. Diese Beschäftigten müssen zunächst grundlegende Kompetenzen erwerben, um sich an einer fachlichen Weiterqualifizierung beteiligen zu können. Hierzu muss die Zusammenarbeit zwischen Weiterbildungsträgern und Arbeitsverwaltung deutlich ausgebaut werden. Bei Migrantinnen und Migranten ist die Ausweitung berufsorientierter Sprachkurse notwendig für die Themenbereiche Alphabetisierung/Sprachvermittlung, Berufsorientierung/digitale Grundbildung und Demokratiebildung. Ein weiteres Steuerungselement zur Unterstützung bei der Fachkräftegewinnung ist die Weiterbildungsberatung. Dadurch ist es möglich, weitere Zielgruppen zu erreichen und einen niederschwelligen Zugang zu Beratung zu ermöglichen.

Hinzu kommt, dass ohne beruflich qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl beispielsweise die Energiewende und die Transformation der Wirtschaft nicht erreicht werden können. Maßnahmen der Beruflichen Orientierung können wesentlich zur Sicherung des benötigten beruflich qualifizierten Fachkräftenachwuchses in der baden-württembergischen Wirtschaft beitragen. Eine systematische Berufliche Orientierung erleichtert Jugendlichen den direkten Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung. Maßnahmen der Beruflichen Orientierung tragen dazu bei, dass mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden. Außerdem wird Ausbildungsabbrüchen aufgrund einer falschen Berufswahl vorgebeugt.

Jugendliche mit Förderbedarf unterstützen das Ministerium für Kultus-, Jugend und Sport und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beim Übergang von der Schule in den Beruf bestmöglich mit dem Reformvorhaben zur „Neugestaltung Übergang Schule–Beruf“. Dazu gehören eine systematische Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen, der Bildungsgang „Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual)“ zum besseren Übergang von Jugendlichen in Ausbildung und ein starkes „Regionales Übergangsmanagement“ (RÜM), d. h. ein enges partnerschaftliches Netzwerk vor Ort (Schulträger, Arbeitsagentur, Jobcenter, Wirtschaft, Gewerkschaften). Die „Neugestaltung Übergang Schule–Beruf“ wird bisher in 31 der 44 Stadt- und Landkreisen umgesetzt und soll ab dem Schuljahr 2023/2024 in weiteren Stadt- bzw. Landkreisen eingeführt werden. Ziel ist, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mittelfristig bis 2025 diese Unterstützungsstrukturen flächendeckend im Land umzusetzen.

Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften

Sofern die Hebung des inländischen Fachkräftepotenzials nicht ausreicht, um die Fachkräftebedarfe zu decken, stellt die Gewinnung internationaler Fachkräfte grundsätzlich eine geeignete Maßnahme zur Fachkräftesicherung dar. Durch die gesetzliche Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung auf Bundesebene im Jahr 2023 wurden die Möglichkeiten der Erwerbszuwanderung erweitert.

Maßgeblich ist jedoch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hier braucht es schnelle, effiziente und transparente Prozesse. Von Bedeutung ist es aber nicht nur, internationale Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch, dass sie sich in Baden-Württemberg wohlfühlen und gerne hierbleiben. Speziell mit Blick auf die Gewinnung und Integration von Fachkräften aus dem Ausland fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus elf regionale Welcome Center sowie ein landesweit zuständiges Welcome Center für die Sozialwirtschaft. Die Welcome Center sind zentrale Anlaufstellen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und gleichzeitig auch für (potenzielle) internationale Fachkräfte. Daneben gibt es weitere Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen des Landes und des Bundes, wie zum Beispiel die Beratungszentren zur

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in allen Regierungsbezirken im Land. Das Beratungsangebot des Landes wird ergänzt durch das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie des Europäischen Sozialfonds. Weiterhin gibt es die Arbeitgeber-Services sowie die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit.

Mit ihren Erfahrungen bei der marktorientierten Rekrutierung sollten Personaldienstleister und Zeitarbeitsfirmen aus Sicht des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus auch bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte tätig sein dürfen. Dies wäre insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von Vorteil. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus deshalb eine entsprechende Prüfbitte eingebracht, die jedoch im Bundesratsverfahren keine Mehrheit gefunden hat.

Insbesondere im Gesundheitssystem wird der Fachkräftebedarf mit den inländischen Arbeitskräften allein nicht gedeckt werden können. Neben den in Deutschland ausgebildeten Fachkräften sind im Ausland ausgebildete Fachkräfte für den Gesundheits- und Pflegesektor unverzichtbar. Damit diese in Deutschland tätig werden können, ist die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen erforderlich.

Die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften ist eine Maßnahme zur Linderung des bestehenden und zukünftig stärker werdenden branchenübergreifenden Arbeits- und Fachkräftemangels in Baden-Württemberg. Ziel ist die qualifikationsadäquate Beschäftigung der Migrantinnen und Migranten. Hierfür ist in der Regel eine Anerkennung der ausländischen Qualifikation notwendig. Aufgrund der Komplexität der Anerkennungsverfahren ist eine kompetente Beratung zu den Verfahren wichtig.

In Baden-Württemberg gibt es deshalb eine flächendeckende Anerkennungsberatungsstruktur. Weiterhin arbeitet die Landesregierung permanent an der Verbesserung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Das Land Baden-Württemberg hat bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um das Anerkennungsverfahren und die berufliche Integration der zugereisten Fachkräfte zu unterstützen und zu beschleunigen. So hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Stuttgart als Anerkennungsbehörde die verschiedenen Bestandteile des Anerkennungsverfahrens eingehend überprüft, um sowohl qualitative als auch quantitative Verbesserungen zu erreichen.

Ziel war es, auch unter den Bedingungen einer erwünschten Steigerung bei der Fachkräfteeinwanderung ein bürgerfreundliches, von der Anerkennungsbehörde administrativ leistbares Anerkennungsverfahren zu gewährleisten, das eine effiziente Antragsbearbeitung und zügige Verfahrensabschlüsse ermöglicht. Die entwickelten Maßnahmen werden Zug um Zug umgesetzt. Aktuell werden die Möglichkeiten einer engeren Verzahnung der berufsrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Verwaltungsprozesse geprüft. Im Rahmen eines Runden Tisches, der auf Einladung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration sowie des Ministeriums der Justiz und für Migration am 10. Juli 2023 erstmals getagt hat, werden wichtige im Land mit der Zuwanderung von Gesundheits- und Pflegekräften befasste Akteure in die Planungen einbezogen.

Allerdings kann dies nur ein Teil der Lösung sein. Gerade auch in den Sozialberufen sind gute deutsche Sprachkenntnisse und Kenntnisse der Lebenswelten sowie der Lebensweisen der zu unterstützenden Personen eine wesentliche Voraussetzung für die Beratung, Unterstützung und Teilhabesicherung. Von daher dürfen die Möglichkeiten der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland nicht überschätzt werden.

In Bezug auf die Arbeitsnehmerüberlassung (Leiharbeit) sieht die Landesregierung derzeit keinen weiteren Regulierungsbedarf, um dem Arbeits- und Fach-

kräftemangel entgegenzuwirken. Die Arbeitsnehmerüberlassung ist ein bewährtes Instrument zur Flexibilisierung in der Arbeitswelt, die zusätzlich eine Brückenfunktion für Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt beinhaltet. Im Jahresdurchschnitt 2022 waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 830 000 Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer in Deutschland sozialversicherungspflichtig oder ausschließlich geringfügig beschäftigt. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung lag bei 2,1 Prozent.

7. Welche Schlüsselkompetenzen – Stichwort Future Skills – sind in den Schulen und im Rahmen des lebenslangen Lernens aus der Sicht der Landesregierung gezielt zu fördern, damit sich unser Land erfolgreich auf die sich stark verändernden gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen kann?

Zu I. 7.:

Für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg ist die Vermittlung und Stärkung von Schlüsselkompetenzen sowohl in den Schulen, während der Ausbildung als auch im Erwerbsleben ein zentraler Faktor. Die Landesregierung sollte im Lebenslangen Lernen auf diejenigen Schlüsselkompetenzen besonders fokussieren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu aktiven Akteuren in der sich schnell wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft machen. Um die benötigten Qualifikationen gezielt aufbauen zu können, ist es wichtig, die künftigen Bedarfe genauer zu kennen. Hierzu gehören zunächst Kompetenzen wie Veränderungsbereitschaft, Kreativität und Konflikt- und Teamfähigkeit. Ein Schwerpunkt sollte darüber hinaus auf denjenigen Kompetenzen liegen, die den kompetenten Umgang mit Medien, Daten und Künstlicher Intelligenz ermöglichen.

Schule hat grundsätzlich die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler auf die Herausforderungen der Zukunft und die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Dies ist sowohl in der Landesverfassung als auch im Schulgesetz § 1 im Rahmen allgemeiner Erziehungs- und Bildungsziele formuliert: „Die Schule hat den in der Landesverfassung verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verwirklichen. Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler […] auf die Mannigfaltigkeit der Lebensaufgaben und auf die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Entwicklungen vorzubereiten.“ Diese allgemeinen Erziehungs- und Bildungsziele sind fest im Bildungsplan 2016 verankert. In besonderer Weise werden sie in den fachübergreifenden Leitperspektiven aufgegriffen und in den Fachplänen konkretisiert:

„Die Leitperspektiven sind also in ihrer Gesamtheit und ihrem Zusammenspiel zu verstehen als zeitgemäße Auslegung solcher normativen Grundlagen, eine Auslegung, die jede Generation angesichts wechselnder Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben von Neuem leisten muss. Dabei gilt es, Aspekte der Persönlichkeitsbildung und -stärkung, der Bildung zur Gemeinschafts- und Teilhabefähigkeit in einer zunehmend pluralen Gesellschaft sowie die Sensibilisierung für den globalen Kontext des Alltagshandelns in ihrem komplexen wechselseitigen Bedingungsgefüge zu sehen. Zu den prominentesten Herausforderungen zählen die Überlebensfrage angesichts der Begrenztheit eigener und natürlicher Ressourcen (Nachhaltigkeit), die Orientierungsfähigkeit, Verantwortungsübernahme und Konfliktfähigkeit angesichts konkurrierender Geltungsansprüche in der modernen Gesellschaft (Pluralitätsfähigkeit) sowie die Frage nach einem achtsamen Umgang mit eigenen psychischen und physischen Möglichkeiten und Grenzen (Resilienz) sowie denen des Anderen (Empathie). Hinzu kommen die Herausforderungen etwa in Gestalt einer sich rasant verändernden Berufs- und Arbeitswelt, der Digitalisierung sowie der Ökonomisierung.“ *(https://www.bildungsplaene-bw.de/,Lde/BP2016BW_ALLG_EINFUEHRUNG)*

Schule muss die Transformation gestalten, weg von einer Welt, in der traditionelles Wissen rasch an Wert verliert, hin zu einer Welt, in der die Bedeutung von fundierten Kompetenzen zunimmt. Dazu gehört die Förderung von traditionellem

und modernem Wissen zusammen mit Skills, Charaktereigenschaften sowie der Fähigkeit zum selbstgesteuerten Lernen.

Durch die Transformation steigt der Anspruch an Individuen und Organisationen, komplexe Herausforderungen bewältigen zu können. Dafür werden bestimmte Zukunfts- und Schlüsselkompetenzen benötigt. Dazu gehören technologisch-methodische Kompetenzen zur Anwendung digitaler Medien und Künstlicher Intelligenz, soziale Kompetenzen zur Zusammenarbeit pluraler Teams und zur Dialog- und Konfliktfähigkeit sowie personale Kompetenzen zur Problemlösung und zum Selbstmanagement. Darüber hinaus gibt es weitere Fähigkeiten, die in Alltag und Beruf immer stärker an Bedeutung gewinnen. Dazu gehören beispielsweise Resilienz, die Fähigkeit mit Unsicherheit umzugehen oder sich flexibel auf neue Anforderungen anzupassen. In der ressortübergreifenden Weiterbildungsoffensive WEITER.mit.BILDUNG@BW sowie im Rahmen der länderseitigen Mitarbeit bei der Nationalen Weiterbildungsstrategie spielen diese sogenannten Future Skills bei strategischen Überlegungen eine wichtige Rolle.

Eine deutschlandweite Studie des Stifterverbandes von 2018 benennt 18 Kompetenzen in den Kategorien technologischen Fähigkeiten, digitale Grundfähigkeiten und klassische Fähigkeiten, wie Problemlösungs- und Adaptionsfähigkeit, die Beschäftigte zukünftig benötigen werden. Mit der Studie „Future Skills: Welche Kompetenzen für den Standort Baden-Württemberg heute und in Zukunft erfolgskritisch sind“ wurde dieser Ansatz auf Baden-Württemberg und insbesondere die Schlüsselindustrien Automobil- und Zulieferbranche, Maschinenbau, Metallindustrie und Medizintechnik übertragen. Die Studie wurde von der AgenturQ – einer Gemeinschaftseinrichtung von IG Metall und Südwestmetall – in Auftrag gegeben und vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu fünfzig Prozent mitfinanziert. Die im Herbst 2021 veröffentlichen Ergebnisse weisen 33 zukünftig benötigte Kompetenzen aus, welche den vier Kategorien technologische Fähigkeiten, Industriefähigkeiten, digitale Schlüsselqualifikationen und überfachliche Fähigkeiten zugeordnet werden können. Diese Ergebnisse können von Betrieben sowie Weiterbildungsanbietern im Land aufgegriffen werden, um eine bedarfsorientierte Qualifizierung voranzutreiben und Beschäftigte fit für die kommenden Anforderungen zu machen.

Unterstützt wird die Entwicklung und Erprobung passender Angebote der beruflichen Weiterbildung, insbesondere für KMU, vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus durch die Förderung von innovativen Weiterbildungsprojekten. Aus dem Förderaufruf *WEITER.mit.FUTURE_SKILLS@BW* von 2022, der im Rahmen der Weiterbildungsoffensive *WEITER.mit.BILDUNG@BW* vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus umgesetzt wurde, werden hierzu sieben Projekte gefördert. Basierend auf den Ergebnissen der Studie für Baden-Württemberg haben berufliche Bildungsträger und Organisationen der Wirtschaft Konzepte zur Entwicklung und Erprobung von Weiterbildungsbausteinen für Future Skills der Bereiche technologische Fähigkeiten, Industriefähigkeiten und digitale Schlüsselqualifikationen erstellt. Die entwickelten Bausteine werden nach Projektende in 2024 öffentlich zugänglich gemacht und kommen so dem gesamten Weiterbildungsmarkt zugute, um landesweit die Qualifizierung mit Future Skills voranzutreiben.

8. Welche permanenten Prozesse des Monitorings, der Potenzialanalyse für Innovationen und Verhaltensänderungen sowie der begleitenden Evaluation von getätigtem Regierungshandeln nimmt die Landesregierung vor, um deren Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit festzustellen?

Zu I. 8.:

Der RIT-Monitor BW (Regionales Innovationssystem und Transformationsherausforderungen in BW) wird von der beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus angesiedelten RegioClusterAgentur für Innovation und Transformation in Baden-Württemberg angeboten. Er adressiert Clusterinitiativen, Wirtschaftsfördereinrichtungen und weitere regionale Akteure innerhalb ihrer regionalen Innovationssysteme im Land. Im Rahmen des RIT-Monitors werden die

regionalen Potenziale ausgewählter Transformationsfelder untersucht, denen eine besondere Bedeutung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in den Regionen zugeschrieben wird, um

- das Innovationsgeschehen und Trends sowie Schlüsseltechnologien und mögliche Anwendungsfelder für die jeweilige Region zu identifizieren,
- Transformationspotenziale und -herausforderungen auf regionaler Ebene und auf Unternehmensebene zu analysieren und zu bewerten,
- strukturelle Faktoren und Rahmenbedingungen des regionalen Innovationssystems für dynamische Innovations- und Transformationsprozesse zu erfassen und zu bewerten sowie
- verfügbare und notwendige Kapazitäten von Humankapital und Kompetenzen innerhalb des regionalen Innovationssystems zu eruieren und Handlungsbedarfe abzuleiten.

Auf diese Weise sollen letztlich transformative Innovationsaktivitäten in KMU gesteigert werden.

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Die Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Baden-Württemberg adressiert die drängenden Herausforderungen in der jeweiligen Förderperiode durch Investitionen in Innovation und nachhaltige Entwicklung. Sie ist eng mit den Zielen der Innovationsstrategie des Landes verknüpft. Für die Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Baden-Württemberg werden auf Basis eines vom Begleitausschuss zu genehmigenden Bewertungsplans für die jeweilige Förderperiode begleitende Programmbewertungen (bestehend aus einer Halbzeitbewertung, Zuarbeiten für die Halbzeitüberprüfung des Programms durch die EU-Kommission, Bewertungen zu Auswirkungen des Programms sowie thematischen Bewertungen und Studien) vorgenommen. Die Innovationsstrategie des Landes sowie die sich hieraus ergebenden Maßnahmen der EFRE-Förderung unterliegen daher einem engmaschigen Netz des Monitorings und der Potenzialanalyse.

Digitalisierung

Im Rahmen der Initiative Wirtschaft 4.0 Baden Württemberg (IW4.0) ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in stetem Austausch mit den über 30 Partnerinnen und Partnern, sowie mit Startups, kleinen und mittleren Unternehmen, wie auch Großunternehmen, der Forschung und Intermediären. In unterschiedlichen Dialogformaten (beispielsweise KI-Dialog BW oder Blockchain Breakfasts BW) werden unter anderem Vorhaben zur Unterstützung der Innovationsfähigkeit besprochen und vorgestellt.

Förderprogramme, wie die Digitalisierungsprämie Plus, werden laufend intern und auch im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit evaluiert.

Der Monitoring Report Wirtschaft DIGITAL Baden-Württemberg wird im zwei- bis dreijährigen Rhythmus vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beauftragt. Die 2018, 2020 und 2023 veröffentliche Studie zum Stand der Digitalisierung der Wirtschaft Baden-Württemberg lässt insbesondere im Vergleich zu den Studien der Vorjahre Trends und Fortschritte der digitalen Wirtschaft erkennen. Zudem können auf Basis der Befragung der Unternehmen zur langfristigen Planung Einschätzungen zu den weiteren Entwicklungen der digitalen Transformation der Wirtschaft Baden-Württembergs getroffen und herausgelesen werden, welche Maßnahmen die Wirtschaft ergreift und wo noch Unterstützungsbedarfe bestehen. Der „Wirtschaftsindex DIGITAL“ misst den aktuellen und künftigen Digitalisierungsgrad der gewerblichen Wirtschaft, des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors differenziert nach Kernbranchen und verschiedenen Unternehmensgrößen. Diese differenzierte Auswertung lässt Rückschlüsse auf die besonderen Chancen und Unterstützungsbedarfe, unter anderem für kleinere und mittlere Unternehmen, zu.

Für die Politik identifiziert die Studie Handlungsfelder zur aktiven Gestaltung der digitalen Transformation. Weitere Adressaten der Studie sind insbesondere auch die Unternehmen, Wirtschaftsfördereinrichtungen und weitere regionale Akteure mit Unterstützungsangeboten im Land.

Rohstoffe

Im Bereich Rohstoffe existieren mehrere sich ergänzende Maßnahmen. Mit dem Rohstoffdialog verfügt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus über ein Format, um flexibel und anlassbezogen mit ausgewählten Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft und Gesellschaft über die für den Standort relevanten Entwicklungen im Rohstoffsektor zu diskutieren und gemeinsam Handlungsoptionen zu eruieren. Mit dem am KIT angesiedelten Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ wurde zudem gemeinsam mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft eine Einrichtung etabliert, um kontinuierlich an ressourcenstrategischen Themen zu arbeiten. Die Landesstrategie Ressourceneffizienz, die aktuell weiterentwickelt wird, bildet hier einen strategischen Rahmen für die Arbeit der Landesregierung.

Batterien

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst haben mit Unterstützung der Landesagentur e-mobil BW den „Runden Tisch Batterie“ etabliert. Es handelt sich dabei um ein agiles Dialogformat, um flexibel wesentliche Themen im Bereich Batterie zu diskutieren und neue mögliche Maßnahmen und Aktivitäten zu entwickeln.

Wasserstoff

Angelehnt an die im Juni 2020 veröffentlichte Nationale Wasserstoffstrategie hat Baden-Württemberg als eine der ersten Landesregierungen Mitte Dezember 2020 auch eine eigene Wasserstoff-Roadmap für Baden-Württemberg beschlossen. Damit hat die Landesregierung einen Fahrplan für die kommenden Jahre erarbeitet, um das Land als einen führenden Wasserstoff-Standort zu etablieren.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Energieversorgungssituation und der sich rasch verändernden Rahmenbedingungen erfährt das Thema Wasserstoff eine zusätzliche Dynamik. Im Mai 2023 wurde daher ein Fortschrittsbericht der Wasserstoff-Roadmap im Kabinett verabschiedet, der diese Entwicklungen berücksichtigt und die Maßnahmen der Wasserstoff-Roadmap um weitere Handlungsfelder in den verschiedenen Sektoren ergänzt. Der Fortschrittsbericht betrachtet insbesondere folgende Themen und Handlungsbedarfe:

- Schaffung entsprechender Voraussetzungen für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für Erzeugung, Speicherung und Transport (einschließlich Import) von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten.
- Frühzeitige Erschließung von Exportpotenzialen für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien auf internationalen Märkten.
- Nutzung der Potenziale für baden-württembergische Unternehmen bei der Entwicklung und Produktion von Brennstoffzellenkomponenten und -systemen sowie im Bereich der Fertigung von Elektrolysetechnologien, insbesondere der Skalierung und seriellen Fertigung.

Baden-Württemberg ist von der zunehmenden Bedeutung von Wasserstoff ganz besonders betroffen: Als führendes Industrieland mit einer starken Automobil- und Zuliefererbranche sowie einem Schwerpunkt im Bereich Maschinen- und Anlagenbau muss das Land zwingend eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft aufbauen. Denn Wasserstoff ist nicht nur eine Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz, er ist auch eine Zukunftstechnologie, um Wertschöpfung im Land zu erzielen, Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Arbeitsplätze im Land zu schaffen.

Bereits seit zehn Jahren arbeitet der bei der Landesagentur e-mobil bw eingerichtete Cluster Brennstoffzelle BW daran, Wasserstoff als Energieträger der Zukunft stärker in die Fläche zu tragen. Der Cluster Brennstoffzelle BW ist eine zentrale Anlaufstelle, die sich stetig mit den Bedarfen der Mitglieder weiterentwickelt und damit wertvolle Arbeit leistet, damit sich Unternehmen gemeinsam im Technologiefeld Wasserstoff entwickeln können.

Klimaneutrale Produktion

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert die Erstellung der „Roadmap klimaneutrale Produktion". Mit der Roadmap soll aufgezeigt werden, wie der Weg zur Klimaneutralität für die Unternehmen im Land erfolgreich gestaltet werden kann. Es geht darum, die Bandbreite zukunftsweisender Technologien aufzuzeigen, welche im Sinne des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit richtungsweisend sind. Die identifizierten technologischen Trends und die sich darin abzeichnenden klimaschutzrelevanten technischen Lösungen sollen anschaulich aufbereitet werden, um die Unternehmen dabei zu unterstützen, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Darüber hinaus sollen dem Land Handlungsoptionen zur Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen aufgezeigt werden.

II. Krisenfeste Wirtschaftspolitik

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung bezüglich der Fragen I. 4. und I. 5. kurz-, mittel- und langfristig für die Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarn Frankreich und Schweiz sowie insgesamt in Europa und auf internationaler Ebene?

Zu II. 1.:

Die Landesregierung zieht aus der Bewertung der Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft (vgl. Frage I. 4.) sowie der Darlegung der Chancen und Risiken eines starken Exporthandels beziehungsweise einer verstärkten Binnenorientierung (vgl. Frage I. 4. und I. 5.) die nachfolgenden Schlüsse für die Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung ihrer internationalen Dimension.

Europäische und internationale Handelspolitik

Die fundamentalen Veränderungen des weltwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeldes dürften von den Unternehmen eine Überprüfung und Anpassung ihrer Geschäftsmodelle erfordern. Dies gilt einerseits grundsätzlich im Hinblick auf die Diversifizierung der Exportmärkte und der Produkte und Dienstleistungen sowie der Zielländer für Auslandsinvestitionen.

Die Politik hat auch hier den geeigneten Rahmen zu setzen – insbesondere durch möglichst gute, zuverlässige regionale Handelsabkommen. Die EU sollte weitere Handelsabkommen mit Drittländern schließen um auf diese Weise den Unternehmen mehr Möglichkeiten und Sicherheit zu bieten.

Der Handelspolitik der EU mit dem Abschluss multi- und bilateraler Handelsabkommen sowie dem Abschluss von Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf europäischer und nationaler Ebene kommt daher eine herausragende Bedeutung für die Diversifizierungsbemühungen der deutschen wie baden-württembergischen Unternehmen zu. Es gilt daher, neben der Stärkung des Europäischen Binnenmarktes die zukünftigen Wachstumsmärkte im Indo-Pazifik-Raum mit Indien, zusammen mit Südamerika und dem Chancenkontinent Afrika noch deutlich stärker und strategischer als bisher in den Blick zu nehmen. Nur so können kritische Abhängigkeiten und Klumpenrisiken in Lieferketten und Absatzmärkten unter Berücksichtigung geopolitischer Risiken verringert werden, nur so kann die Diversifizierung internationaler Wertschöpfungsketten der Unternehmen im Land

gelingen. Dies haben die Erfahrungen aus der Corona-Krise und die vielfältigen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine eindrücklich vor Augen geführt.

Die EU muss die internationale Handelspolitik deutlich stärker als bisher an den Fragen des indopazifischen Raumes orientieren und insoweit eine qualifizierte Position zum RCEP-Abkommen [(Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP, deutsch: Regionale umfassende Wirtschaftspartnerschaft)] vertreten. Des Weiteren sollte eine weitere Stärkung der transatlantischen Beziehungen seitens der EU, derzeit wesentlich basierend auf dem TTC (Trade and Technology Council), erfolgen. Auch die Freihandelsabkommen der EU mit Partnerländern werden an Bedeutung gewinnen, insbesondere im Hinblick auf Energie- und Rohstoffpartnerschaften. Die Ratifizierung von CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement, deutsch: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada, seit 20. Januar 2023 in Kraft) ist dabei ein wichtiger Schritt in Richtung Kanada. Notwendig wäre auch der Abschluss des Abkommens mit MERCOSUR (vor allem im Hinblick auf die Erschließung eines Binnenmarktes mit über 700 Millionen Einwohnern und erheblichen Rohstoffvorkommen). Auch das von der EU ausverhandelte Freihandelsabkommen mit Neuseeland und die Verhandlungen mit Australien sind der richtige Weg. Alle Handelsabkommen der EU sollten aus Sicht der Landesregierung unter Berücksichtigung des Eckpunktepapiers der Landesregierung Baden-Württemberg vom 17. März 2015 sowie der Verpflichtungen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele und Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen geschlossen werden.

Das Land unterstützt die Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten mit zielgerichteten Maßnahmen ergänzend zu den Angeboten des Bundes. Dabei werden die Außenwirtschaftsfördermaßnahmen des Landes kontinuierlich gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren an den aktuellen Rahmenbedingungen und unternehmerischen Bedarfen ausgerichtet. Baden-Württemberg hat beispielsweise als erstes Bundesland die Förderung von Clustern zur Internationalisierung ermöglicht und ein Innovation Camp im Silicon Valley Ökosystem für Unternehmen initiiert, um mit Expertinnen und Experten und Mentorinnen und Mentoren Innovationsmethoden zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu vertiefen. Hierzu tragen auch die geförderten Beteiligungen von Unternehmen an internationalen Auslandsmessen und Delegationsreisen (Durchführung durch Baden-Württemberg International) bei und werden durch ein neues Förderangebot von Incoming Delegations (Durchführung durch IHK Exportakademie) ergänzt. Hierbei werden gezielt ausländische Unternehmen und baden-württembergische KMUs mit dem Ziel von Kooperationen und Kaufabschlüssen in Kontakt gebracht.

Auch die zielgerichtete und strategische Etablierung von Wirtschaftsrepräsentanzen ist ein bewährter Ansatz des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, um Unternehmen bei ihrer zukunftsfähigen Ausrichtung und ihren Innovationsvorhaben mit direkten Informationen aus erster Hand vor Ort zu unterstützen. In den letzten Jahren wurden daher in strategisch wichtigen Zielmärkten die Beratungsangebote der Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros, zum Teil unterstützt durch Innovationsscouts, ausgebaut. Auslandsbüros des Landes bestehen derzeit in den USA, China, Japan, Großbritannien, Brasilien, den VAE, Israel, Indien, Äthiopien und Südafrika.

Der Ministerrat hat beschlossen, dass die Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros künftig ihren Fokus auf wissensintensive, innovative Unternehmen sowie Unternehmen mit einem hohen Wertschöpfungsgrad für Baden-Württemberg sowie auf Zukunftsbranchen und -technologien in Hightech-Märkten, wie zum Beispiel Digitalisierung, Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie, neue und nachhaltige Mobilität, Green Tech und effiziente Technologien, Gesundheitswirtschaft sowie Energie- und Wasserstoffwirtschaft, legen.

Ein weiterer Fokus liegt auf Zukunftsmärkten in Schwellenländern sowie Ländern mit einem besonders hohen Entwicklungs- und Marktpotenzial, in denen Unternehmen einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Hier werden insbesondere auch KMU und Anbieter klassischer Technologien unterstützt, damit diese die

sich ihnen bietenden Möglichkeiten in neuen Märkten nutzen und ihr wirtschaftliches Engagement diversifizieren können (vgl. Antrag 17/4667 Ziffer 7 und 8).

Ebenfalls bundesweit einmalig wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus eine China-Kompetenz-Reihe zur Beratung und Vertiefung der China-Kenntnisse baden-württembergischer Unternehmen, Hochschulen und Kommunen zusammen mit dem Mercator Institute for China Studies (MERICS) entwickelt und durchgeführt.

Auch das bereits seit 2020 bestehende und von UPI e. V. durchgeführte Beratungsangebot „global verantwortlich BW“ hat zum Ziel, kleinen und mittleren Unternehmen praktisches Handlungswissen für ein verantwortungsvolles Wertschöpfungs- und Lieferkettenmanagement sowie einen Rahmen für peergroup-learning zur Verfügung zu stellen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Um grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten mit den unmittelbaren Nachbarländern Baden-Württembergs (Frankreich, Schweiz, aber auch indirekt Österreich) zu erleichtern, engagiert sich das Staatsministerium und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in den Gremien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Ziel ist es dabei, mögliche bürokratische und rechtliche Hemmnisse abzubauen, die einem integrierten Wirtschaftraum und Arbeitsmarkt am Bodensee sowie an Hoch- und Oberrhein im Wege stehen. Angestrebt wird dabei eine Verbesserung der ohnehin bereits sehr guten Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Austausch mit den Nachbarländern. Die Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarktes (mit den EU-/EWR-Staaten) sowie von zahlreichen (Handels-)Abkommen (mit der Schweiz) sollten für Unternehmen und Arbeitnehmer konkret erfahrbar sein. Am Beispiel der Schweiz zeigt sich aktuell die Wichtigkeit von Handelsabkommen für die Wirtschaft. Diese geben rechtliche Sicherheit, vermindern Bürokratie und erleichtern den Handel für alle Wirtschaftsakteure. Langfristig führt dies zum Ausbau der Handelsbeziehungen und zu verstärkten Investitionen der Unternehmen. Derzeit bestehen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz über 120 bilaterale Abkommen, mithilfe derer die technischen Handelshemmnisse und Hürden beim grenzüberschreitenden Wirtschaften in den letzten Jahrzehnten abgebaut werden konnten.

Seit dem Abbruch der Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen (kurz: InstA) durch den Schweizer Bundesrat am 26. Mai 2021 haben sich die Rahmenbedingungen für das grenzüberschreitende Wirtschaften verschlechtert. Das Staatsministerium initiierte unter Einbeziehung der Ressorts nach dem Abbruch der Verhandlungen eine Folgenabschätzung des Scheiterns des InstA für Baden-Württemberg. Gemäß der trinationalen Studie des Schweizer Instituts BAK Economics Basel AG vom November 2021, die auf Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus über die Oberrheinkonferenz in Auftrag gegeben wurde, besteht die Gefahr von langfristigen Folgen. Schlimmstenfalls sind langfristig die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und letztendlich auch der Wohlstand in der trinationalen Grenzregion am Oberrhein bedroht. Obwohl die Schweizer Seite stärker von den Auswirkungen betroffen sein wird, wirken sich diese aufgrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen auch auf die deutsche beziehungsweise französische Seite am Oberrhein aus.

Das Land Baden-Württemberg setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als „Brückenbauer“ für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen der EU und der Schweiz sowie für gute, rechtssichere und langfristige Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz ein. Neben bilateralen Gesprächen mit politischen Vertretern der Schweiz und in Brüssel gehört hierzu auch die Betreuung der Monitoringgruppe „Technische Handelshemmnisse“ in der Oberrheinkonferenz auf Arbeits- und Fachebene, mithilfe derer zweimal jährlich die Stimmen aus der Wirtschaft in der Grenzregion eingeholt werden. Dies bietet die Möglichkeit, frühzei-

tig über aufkommende Problemstellungen im Zusammenhang mit dem Auslaufen weiterer Abkommen informiert zu sein.

Turnusgemäß hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zum Jahresbeginn 2023 für drei Jahre den Vorsitz der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit in der D-F-CH Oberrheinkonferenz übernommen. In dieser Steuerungsrolle können Hemmnisse für grenzüberschreitendes Wirtschaften und Arbeiten im Austausch mit den Vor-Ort-Akteuren identifiziert und über Gremien wie die D-F-CH Regierungskommission Oberrhein oder den deutsch-französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit an die zuständigen Stellen im Bund und bei der Europäischen Union herangetragen werden. Beispielsweise hat sich das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bereits frühzeitig nach Ausbruch der Coronapandemie mit den langfristig wirkenden Veränderungen auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt beschäftigt. Aufgrund entsprechender Initiativen in den genannten Gremien konnten so rechtssichere und nachvollziehbare Regelungen für grenzüberschreitende Telearbeit gefunden werden. Weitere Themen, die in diesem Zusammenhang bearbeitet werden, sind unter anderem die Arbeitnehmerentsendung, die EU-Schweiz-Beziehungen oder Lohnersatzleistungen für Grenzgänger.

Gerade auch in den herausfordernden Zeiten der Coronapandemie waren die bestehenden Netzwerke wie die D-F-CH Oberrheinkonferenz essentiell, um trotz Kontakt- und Reisebeschränkungen den Austausch mit den Stellen in den Nachbarländern aufrechtzuerhalten und sogar zu intensivieren. Nur so konnte bzw. kann eine gegenseitige, vertrauensvolle Verständigung über die damaligen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung und nun über wechselseitige Marktzugangsbarrieren entstehen.

Kooperationen und die Vernetzung werden als elementare Bestandteile der Innovations- und Wirtschaftspolitik des Landes gesehen und gefördert, insbesondere wenn es um die Verzahnung und den Transfer von Wissen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geht – vor allem bei den Schlüsseltechnologien der Zukunft.

Baden-Württemberg arbeitet daher traditionell eng mit seinen Nachbarländern, auch im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz, zusammen. Die Bodenseeregion umfasst verschiedene Länder und Regionen, darunter Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Schweiz und Liechtenstein. Insgesamt stärkt die Kooperation innerhalb der Internationalen Bodenseekonferenz die Position Baden-Württembergs in der europäischen und internationalen Arena, fördert die wirtschaftliche Entwicklung und trägt dazu bei, gemeinsame Herausforderungen effektiv zu bewältigen. Insbesondere stehen die Themen Digitalisierung, verstärkte Hochschulzusammenarbeit mit dem Fokus auf die Förderung von Innovationen sowie das Zielbild Raum und Verkehr im Vordergrund. Baden-Württemberg als eine der innovativsten Regionen Europas nimmt aufgrund seiner Lage im Herzen Europas auch an vier Interreg B-Programmen teil. Diese Interreg-Kooperationsräume bieten für Baden-Württemberg auch in der aktuellen Förderperiode 2021 bis 2027 vielfältige Chancen zur Vernetzung und Zusammenarbeit in Europa. Die geförderten Projekte befassten sich beispielsweise mit Themen wie Innovation, Energiewende oder nachhaltige Entwicklung.

Des Weiteren arbeitet Baden-Württemberg auch im Rahmen der makroregionalen Strategien eng mit anderen europäischen Staaten zusammen. Die Strategien zielen darauf ab, die wichtigsten Akteure zusammenzubringen und Initiativen in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Innovation, Transportwesen, Umwelt oder Katastrophenschutz zu koordinieren, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern. Die Strategien gewährleisten die Koordinierung der Politik und bringen die wichtigsten Akteure aller Verwaltungsebenen zusammen, um diese aktiv einzubinden und gemeinsame Maßnahmen durchzuführen.

Innerhalb der EU-Donauraumstrategie (EUSDR) koordinieren das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und das kroatische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus gemeinsam den Schwerpunktbereich 8 (PA 8 „För-

derung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“). Ende 2020 hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (in seiner Funktion als PA8 Koordinator) mit Unterstützung des Staatsministeriums ein sogenanntes Flagship-Projekt angestoßen. Die Danube Alliance zielt darauf ab, zu einer besseren Resilienz ausgewählter bioökonomischer Wertschöpfungsketten im Donauraum beizutragen, vor allem um die regionale Wettbewerbsfähigkeit in Teilregionen des Donauraums auf nachhaltigem Wege zu fördern. Das Konsortium der Danube Alliance, bestehend aus VDI/VDE-IT, Biopro Baden-Württemberg, Steinbeis und HHZ (Hochschule Reutlingen), verfolgte in der ersten Projektphase bis Ende 2022 zwei Hauptansätze:

1. Analyse und Modellierung ausgewählter Wertschöpfungsnetzwerke hinsichtlich Stabilität, Anpassungsfähigkeit, Ressourceneffizienz sowie Kostenstrukturen;
2. Simulation der modellierten Wertschöpfungsnetzwerke und Entwicklung von digitalen Pilotanwendungen zur Optimierung des Supply beziehungsweise Value Chain Managements.

Eine weitere Möglichkeit für die Positionierung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Interessen bietet der Wirtschaftsgipfel 2023, der am 25. und 26. Oktober 2023 in Brüssel stattfinden wird. Die durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus initiierte und etablierte Jahresveranstaltung bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche Anliegen und Interessen Baden-Württembergs auf europäischer Ebene einzubringen und bei der Gestaltung von politischen Maßnahmen und Richtlinien mitzuwirken.

2. Wie haben sich die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsmaßnahmen, die während der letzten Krisen aufgelegt wurden, in Baden-Württemberg nach derzeitigem Stand bewährt (zum Beispiel Kurzarbeitergeld, Subventionen für Betriebe während der Coronapandemie, Ausbildungszuschüsse usw.)?

3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus Frage II. 2., um zukünftig durch Krisen ausgelösten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit kurz-, mittel- und langfristig zu verhindern?

Zu II. 2. und II. 3.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen Ziffer II. 2. und II. 3. gemeinsam beantwortet:

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Coronapandemie hat die heimische Wirtschaft vor bislang nicht gekannte Herausforderungen gestellt, denen auf europäischer, Bundes- und Landesebene entschieden begegnet wurde.

So hat die Europäische Union mit REACT-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) eine Aufbauhilfe zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronapandemie aufgelegt. Aus diesen von der Europäischen Union zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln konnten aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Förderbereich Wirtschaft in Baden-Württemberg einmalig die folgenden fünf, insgesamt stark nachgefragten Förderlinien mit einem Volumen von rund 37,1 Millionen Euro umgesetzt werden:

- Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen mit bis zu 9 Mitarbeiter/-innen stärken (REACT-EU)
- Neustart nachhaltig und zukunftsorientiert (REACT-EU) – Beratung von Notgründungen
- Coaching zur Neuausrichtung von Geschäftsmodellen für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeiter/-innen (REACT-EU)

- Betriebliche Weiterbildung (REACT-EU)
- EQ-Betriebscoaching (REACT-EU)

Darüber hinaus wurden sehr weitreichende Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Unternehmen, Selbstständige und Beschäftigte vom Bund und dem Land geschaffen. In diesem Rahmen wurden seit Frühjahr 2020 alleine in Baden-Württemberg in etwa 580 000 Fällen Zuschüsse in Höhe von rund elf Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln ausbezahlt. Zentrales Unterstützungsinstrument waren die branchenoffene Soforthilfe Corona und in der Nachfolge die branchenoffene Überbrückungshilfe des Bundes, mit der Unternehmen aller Branchen, die monatliche Umsatzeinbrüche von mindestens 30 Prozent erlitten, einen Zuschuss zu den betrieblichen Fixkosten erhalten konnten. Alternativ zur Überbrückungshilfe konnten Soloselbstständige und Kleinstunternehmen mit weniger als einer Vollzeitkraft eine Unterstützung durch die Neustarthilfe erhalten.

Bestehende Lücken in den Bundesprogrammen wurden durch die Landesregierung von Baden-Württemberg unter erheblichem Einsatz von Landesmitteln geschlossen. Als landesseitige Ergänzung der Überbrückungshilfe des Bundes konnte ein fiktiver Unternehmerlohn gewährt werden, der der Existenzsicherung geschäftsführender Personen diente, die keine eigenen Gehälter beziehen, weshalb für sie die reine Fixkostenerstattung in der Überbrückungshilfe nicht ausreichte.

Das branchenspezifische Landesförderprogramm Tilgungszuschuss Corona schloss eine weitere Förderlücke in der Überbrückungshilfe des Bundes für Unternehmen und Soloselbstständige, die besonders von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen waren. Die Unternehmen wurden mit einem direkten Zuschuss zu den Tilgungsraten für betriebliche Kredite, für Raten aus Mietkaufverträgen und Leasingverträgen („Finanzierungsleasing“) sowie für Geldmarktdarlehen unterstützt.

Um das besonders von den coronabedingten Einschränkungen betroffene Hotel- und Gaststättengewerbe zu unterstützen, hat die Landesregierung für diese Branche im Frühjahr 2020 zudem eine Stabilisierungshilfe beschlossen, die bis einschließlich erstes Quartal 2021 als existenzsichernde Alternative zur Überbrückungshilfe zur Verfügung stand.

Besonders hart durch die Pandemie betroffen waren auch die für das Land so wichtigen innovativen Nachwuchsunternehmen, die bei ausbleibenden Finanzierungsrunden schnell mit dramatischen Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben. Für diese Jungunternehmerinnen- und Unternehmer wurde das Förderprogramm Start-up BW Pre-Seed mit dem Programmteil Start-up BW Pro-Tect ausgeweitet. Ein wie ein Wandeldarlehen gestalteter Zuschuss zur Deckung eines Kapitalbedarfs von bis zu 200 000 Euro ermöglichte die Überbrückung bis zur nächsten Finanzierungsrunde und leistete damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von rund 200 innovativen und aussichtsreichen Gründungsvorhaben und agiler Start-ups über die Krise hinaus.

Mit der „Restart-Prämie“ unterstützte die L-Bank von der Pandemie besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen bei ihrem wirtschaftlichen Neustart. Im Rahmen der „Restart-Prämie“ wurde ein Tilgungszuschuss in Höhe von zehn Prozent in Kombination mit einem zinsverbilligten Förderdarlehen der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW-BW) der L-Bank gewährt.

Mit den Härtefallhilfen, einem gemeinsamen Programm des Bundes und der Länder, konnte das Land schließlich auch Unternehmen unterstützen, die aufgrund besonderer Umstände trotz einer coronabedingt existenzbedrohlichen Lage keinen Zugang zu einem Corona-Programm des Bundes oder des Landes hatten.

Neben diesem breiten Angebot an Zuschussprogrammen hat das Land zudem noch eine Vielzahl an Beratungs- und Finanzierungsprogrammen bereitgestellt.

So wurden beispielsweise mit dem Mezzanine-Beteiligungsprogramm zur Eigenkapitalstärkung neben Start-ups vor allem mittelständische Unternehmen unter-

stützt, deren Eigenkapitalbasis sich infolge laufender Einnahmeausfälle, der Zurückhaltung privater Investoren und erhöhter Kreditaufnahme in der Corona-Krise verschlechtert hatte. Dabei wurden Mittel an akkreditierte Finanzintermediäre vergeben, die die Mittel in Form von stillen Beteiligungen bis hin zu direkten Beteiligungen im Einzelfall an die Unternehmen zu attraktiven Konditionen ausreichen konnten.

Der Zugang zu Krediten stellt eine entscheidende Voraussetzung für die Liquiditätssicherung und den mittel- bis langfristigen Erhalt der mittelständisch geprägten Wirtschaft im Land dar. Um diesen sicherzustellen, hat die Landesregierung während der Coronapandemie verschiedene Maßnahmen ergriffen. So wurde die gemeinsam von Bund und Land gewährte Rückbürgschaft zugunsten der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg erweitert und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Zum einen wurden dadurch die Entscheidungsprozesse für Bürgschaftsbewilligungen beschleunigt. Zum anderen konnte dadurch die maximale Obergrenze für Bürgschaftsübernahmen der Bürgschaftsbank von 1,25 auf 2,5 Millionen Euro angehoben werden. Auch wurde hierdurch ermöglicht, Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern eine bis zu 100-prozentige Bürgschaft anzubieten. Die L-Bank erhielt befristet bis zum 30. Juni 2022 eine 100-prozentige Rückbürgschaft des Landes mit einem Bürgschaftsrahmen in Höhe von 400 Millionen Euro. Auf Seiten der L-Bank wurde die Obergrenze für Bürgschaftsübernahmen von fünf Millionen Euro auf 20 Millionen Euro angehoben und die Bewilligungsprozesse beschleunigt. Ergänzend wurde der Liquiditätskredit Plus mit Tilgungszuschuss aufgesetzt, mit dem in der Corona-Krise gezielt kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt werden konnten, die von den Bundesprogrammen und den KfW-Programmen nicht lückenlos erfasst wurden.

Schlussendlich konnten Unternehmen neben den rein finanziellen Unterstützungsangeboten im Rahmen der „Krisenberatung Corona“ bis zu vier kostenlose Beratungstage in Anspruch nehmen, um die jeweilige unternehmerische Lage zu analysieren, Möglichkeiten der Liquiditätssicherung aufzuzeigen und eine Strategie zur Krisenüberwindung zu entwickeln.

Insgesamt haben sich die Corona-Hilfsprogramme in der Krise bewährt. So ist es in der Breite gelungen, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern, zahlreiche Existenzen zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Auch nach Ende der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zeigt sich, dass eine Insolvenzwelle verhindert wurde.

Anlässlich der zwischenzeitlich massiven Energiekostensteigerungen des Jahres 2022, die sich nahtlos an die Coronapandemie anschlossen, haben das Land und der Bund eine Reihe weiterer Unterstützungsmaßnahmen aufgelegt:

- Mit dem Dezemberabschlag hatte der Bund eine erste notwendige Entlastung für die Bevölkerung, aber auch für KMU geschaffen, um die plötzliche Kostenexplosion bei den Energiekosten zum Jahresende 2022 abzufangen.
- Die Strom- und Gaspreisbremse des Bundes konnte zudem dabei helfen, die Energiekosten auf einem stabilen Niveau zu halten und das Vertrauen in den Standort Deutschland zu sichern.
- Um die Lücke bis zur Wirksamkeit der Entlastungsmaßnahmen des Bundes zu überbrücken, hatte das Land bereits im Dezember 2022 den Liquiditätskredit Plus auf den Weg gebracht. Dieser erwies sich als ideales und erfolgreiches Überbrückungsinstrument, um diejenigen kleinen und mittleren Unternehmen mit Liquidität zu unterstützen, die aufgrund der multiplen Krisensituationen und insbesondere der gestiegenen Energiepreise kurzfristig und befristet zusätzliche Betriebsmittel benötigten.
- Auch die ebenfalls im Dezember 2022 gestartete Krisenberatung Energiekostenentlastung des Landes, mit der betroffenen Betrieben Möglichkeiten zur kurz- und mittelfristigen Energiekostenentlastung sowie Strategien zur Krisenüberwindung aufgezeigt werden konnten, hat erfolgreich zur Bewältigung der damaligen Herausforderungen beigetragen. Darüber hinaus konnten die Unter-

nehmen dabei unterstützt werden, zukünftig resilienter bei Preisschwankungen auf dem Energiemarkt zu werden.

- Darüber hinaus konnten Unternehmen, die im Einzelfall besonders massiv von den Energiekostensteigerungen betroffen und dadurch in ihrer Existenz bedroht waren, auch eine Unterstützung im Rahmen eines Härtefallprogramms erhalten.

Der gemeinsame Einsatz von Bund und Land zur Bewältigung der enormen Energiepreissteigerungen hat maßgeblich zur Sicherung unserer Wirtschaft und zahlreicher Arbeitsplätze sowie zur Verhinderung struktureller Brüche beigetragen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist hier zuvorderst das Instrument der konjunkturellen Kurzarbeit zu nennen, das zwar nicht neu aufgelegt wurde, aber mehrere zeitlich befristete – zuletzt bis zum 30. Juni 2023 – Anpassungen für einen erleichterten Zugang im Rahmen von Sonderregelungen erfuhr.

Sinn und Zweck der konjunkturellen Kurzarbeit ist es, in einer wirtschaftlichen Krisensituation Arbeitsplätze zu erhalten sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Teil des durch die Kurzarbeit bedingten Lohnausfalls zu ersetzen. Insofern soll ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden. Zudem soll den Betrieben ermöglicht werden, rasch auf wieder ansteigende Auftragseingänge reagieren zu können, indem auf die erfahrenen Beschäftigten zurückgegriffen werden kann.

In der Hochzeit der Coronapandemie waren deutschlandweit sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit und wurden insgesamt 45,5 Milliarden Euro für Kurzarbeitergeld ausgegeben. In Baden-Württemberg waren während der Coronapandemie mehr als 81 000 Betriebe mit bis zu einem Höchstwert von annähernd einer Million Menschen in Kurzarbeit. Die kumulierten Leistungen der Regionaldirektion Baden-Württemberg für konjunkturelles Kurzarbeitergeld von 2020 bis zum Juli 2023 betragen rund 7,3 Euro Milliarden Euro.

Wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) schreibt, hat sich das konjunkturelle Kurzarbeitergeld bewährt (siehe: IAB Forschungsbericht 10/2022: *https://doku.iab.de/forschungsbericht/2022/fb1022.pdf*). Auch in der Corona-Krise ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit, gemessen an der immensen Wucht des wirtschaftlichen Schocks, stark zu begrenzen. Die für die Bearbeitung des Kurzarbeitergeldes zuständigen Agenturen für Arbeit haben es innerhalb kurzer Zeit geschafft, diesen Leistungsbereich erheblich auszubauen und digitale Zugangswege zur Antragstellung auf- und auszubauen. Die kurzfristige Auszahlung der Geldleistungen wurde als prioritäre Aufgabe definiert und konsequent umgesetzt. Dies hat auch zur wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen.

Gleichwohl hat die Coronapandemie auch die Grenzen des Instruments der konjunkturellen Kurzarbeit aufgezeigt. Die massenhafte und schwankende Nutzung, die der Einsatz von Kurzarbeit zur Stabilisierung der Beschäftigung mit sich brachte, stieß auf ein auf individuellen Ansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruhendes Instrument. Die Bearbeitung aller Einzelfälle belastet vor allem die Bundesagentur für Arbeit massiv, bedeutet aber auch für die betroffenen Betriebe einen hohen bürokratischen Aufwand.

Aus diesem Grund hat sich bereits der Beirat Arbeitsmarktpolitik der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit im Frühjahr 2022 mit der Weiterentwicklung des Kurzarbeitergeldes in Krisensituationen befasst und fordert die Einführung eines neuen Instruments der Kurzarbeit („Krisen-KUG“). Dieses soll für krisenhafte Lagen genutzt werden, bei denen eine massenhafte Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld besteht. Diese Umstände können sich aufgrund eines staatlichen Eingriffs infolge von höherer Gewalt („force majeure“) ergeben. In diesem Sinne argumentiert auch die Bundesagentur für Arbeit und befasst sich unter anderem das IAB mit der Fortentwicklung des Kurzarbeiter-

geldes in seinem bereits zuvor genannten IAB-Forschungsbericht 10/2022. Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut MdL hat sich für die Einführung eines Krisen-KUG ausgesprochen und sich bereits im August 2022 mit dieser Forderung auch schriftlich an Herrn Bundesminister Heil gewandt.

Durch den Rechtskreiswechsel der ukrainischen Geflüchteten in das SGB-II-System stehen diesem Personenkreis bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen die vielfältigen Unterstützungs- und Beratungsinstrumente der Jobcenter zur Integration in den Arbeitsmarkt zu Verfügung. Die Jobcenter sind bereits durch die Flüchtlingskrise 2015/2016 sehr erfahren bei der Integration von Geflüchteten. Diese Erfahrungen können sie nunmehr nutzen, auch wenn durch den Systemwechsel zeitgleich viele Menschen zugegangen sind, was zu erheblichen Kapazitätsengpässen geführt hat. Im Schnitt betreuen die Jobcenter in Baden-Württemberg 20 Prozent mehr Leistungsberechtigte als vor dem Rechtskreiswechsel.

Zudem hat sich das Landesarbeitsmarktprogramm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ mit allen vier Bausteinen bewährt und als eine sinnvolle Ergänzung zu existenten Angeboten und Programmen der Jobcenter erwiesen. Insbesondere der Baustein „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken BeJuga“ hat gezeigt, wie wichtig die Begleitung und die Stabilisierung der Familien mit Kindern und Jugendlichen in der Coronapandemie ist. Durch die niederschwellige und enge Begleitung der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften konnten wertvolle Hilfestellungen gegeben werden. Diese Angebote können im Hinblick auf die ukrainischen Geflüchteten und Alleinerziehende genutzt werden, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung wurden im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ besonders von der Coronapandemie betroffene kleine und mittlere Unternehmen darin unterstützt, das bisherige Ausbildungsplatzangebot zu erhalten oder zu erhöhen und begonnene Berufsausbildungen fortzuführen. Sie erhielten unter anderem eine Ausbildungsprämie für den Erhalt beziehungsweise die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse. In Baden-Württemberg wurden über 11 000 Prämien durch die Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt. Zudem wurden beispielsweise Zuschüsse zur Ausbildungs- und Ausbildervergütung zur Vermeidung von Kurzarbeit von Auszubildenden sowie Lockdown-Sonderzuschüsse für ausbildende Kleinstunternehmen gewährt.

Eine abschließende Bewertung des Programms kann nicht vorgenommen werden, da ein Vergleich mit einem Szenario ohne das Programm nicht möglich ist. Nach den bislang vorliegenden Daten blieb aber beispielsweise ein übermäßiger Anstieg des Anteils vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge während der Coronapandemie aus. Es ist davon auszugehen, dass das Programm dazu beitrug, Ausbildungsabbrüche aufgrund finanzieller Engpässe der Ausbildungsbetriebe zu vermeiden.

4. Wie bewertet die Landesregierung die Akzeptanz in der Landesbevölkerung für kurzfristige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall auf Grundlage der Erfahrungen in vergangenen Krisen unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Grenzgebiete?

Zu II. 4.:

Die Erfahrungen mit der Corona Pandemie haben gezeigt, dass in der Landesbevölkerung insgesamt ein recht hohes Maß an Akzeptanz für die pandemiebedingten Maßnahmen bestand. Dies war sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die Maßnahmen (wie etwa Betriebsuntersagungen) von bundes- und landesseitigen (Wirtschafts-)Hilfsprogrammen flankiert wurden. Vor allem das arbeitsmarktpolitische Instrument der (konjunkturellen) Kurzarbeit und das Arbeiten im Homeoffice, das während der Coronapandemie zeitweise verpflichtend war, scheinen nach Kenntnistand der Landesregierung eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erfahren zu haben.

Das Arbeiten im Homeoffice hat über die Coronapandemie hinweg weiterhin einen hohen Zuspruch in der Bevölkerung (siehe unter anderem DAK 2021: Digitalisierung und Homeoffice in der Corona-Krise – Baden-Württemberg. Sonderanalyse zur Situation in der Arbeitswelt vor und während der Pandemie. *https://www.dak.de/dak/landesthemen/homeoffice-studie-baden-wuerttemberg-2466514.html#*). Trends in der Arbeitsorganisation, wie zum Beispiel New Work, tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen im Homeoffice arbeiten beziehungsweise dies wünschen.

Zeiten der Kurzarbeit während der Coronapandemie haben den Beschäftigten zusätzliche Zeiteinheiten für private Verwendungszwecke beschert. Eine Analyse des Böckler-Instituts aus dem Jahre 2022 zeigt, dass diese Zeiten vor allem für häusliche Aktivitäten, für Familie, Haushalt, Kindererziehung und Medienkonsum sowie für Hobby und Sport verwendet wurden. Umgekehrt wurde der zeitliche Aufwand für außerhäusliche Aktivitäten, für ehrenamtliches Engagement, für Weiterbildung sowie für politische und gewerkschaftliche Aktivitäten reduziert, dies ist unter anderem auch auf die damaligen Kontaktbeschränkungen zurückzuführen (siehe: WSI-Mitteilungen 6/2022: Kurzarbeit – für welche Zwecke die Beschäftigten die zusätzliche disponible Zeit verwenden, S. 427 bis 436).

Insgesamt kann die Akzeptanz für kurzfristige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall in Deutschland variieren und hängt von verschiedenen Faktoren ab. In der Regel werden kurzfristige Maßnahmen zur Abfederung von Krisen begrüßt, wenn sie dazu beitragen, Arbeitsplätze zu sichern, soziale Sicherheit zu gewährleisten und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Genau hier setzt das Binnenmarkt-Notfallinstrument an. Es ist ein Mechanismus der EU, der dazu dient, rasch auf schwerwiegende Störungen im Binnenmarkt zu reagieren, die aufgrund von Naturkatastrophen, Gesundheitskrisen, politischen Ereignissen oder anderen außergewöhnlichen Umständen auftreten können. Es soll sicherstellen, dass der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital innerhalb der EU aufrechterhalten wird, selbst wenn bestimmte Mitgliedstaaten oder Regionen von schweren Störungen betroffen sind.

In den Grenzregionen, vor allem zu Frankreich, zeigte sich, dass es im Zusammenspiel zwischen dem Deutsch-Französischen Doppelbesteuerungsabkommens und der Berechnungsmethode des deutschen Kurzarbeitergeldes Nachteile für Personen gab, die in Frankreich ansässig sind, aber in Deutschland arbeiten und dort Kurzarbeitergeld erhalten. Zunächst bestand die Schwierigkeit darin, dass das deutsche Kurzarbeitergeld auf einer Nettogrundlage berechnet wurde, bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern aber zusätzlich in Frankreich nach nationalem Recht besteuert wurde. Im Ergebnis blieb in Frankreich ansässigen Beschäftigten damit im Ergebnis ein geringerer Betrag ihres Kurzarbeitergeldes als den in Deutschland ansässigen Beschäftigten, deren Bezug von Kurzarbeitergeld steuerbefreit ist. Im Zuge des Achten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (8. SGB IV-Änderungsgesetz – 8. SGB IV-ÄndG) vom 20. Dezember 2022 wurden die Rechtsgrundlagen im SGB III geschaffen (§ 153 Absatz 4 SGB III). Im Vorgriff darauf hatte die Bundesagentur für Arbeit bereits am 29. November 2022 über dienstliche Weisungen die Problematik gelöst, indem bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern ein (fiktiver) Lohnsteuerabzug vom Kurzarbeitergeld unterbleibt.

Die D-F-CH Oberrheinkonferenz und der Oberrheinrat (Vertretung der Gewählten am Oberrhein) haben am 26. November 2021 gemeinsam die Online-Konferenz „Pandemie am Oberrhein – passende Lösungsansätze für eine Metropolregion“ durchgeführt, um eine (Zwischen-)Bilanz der politisch-administrativen Zusammenarbeit am Oberrhein während der Coronapandemie zu ziehen. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat sich maßgeblich organisatorisch und auch finanziell an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses beteiligt.

Zentrale Erkenntnis der dort vorgetragenen Erfahrungen aus der Grenzregion war es, dass Beschränkungen beim Grenzübertritt, zum Beispiel für Arbeitnehmer, Dienstleister oder Lieferanten, und die unzureichende, häufig zu kurzfristige In-

formation darüber als übermäßige Eingriffe in die grenzüberschreitende Lebensgestaltung wahrgenommen wurden. Vielmehr wurde der Wunsch geäußert, dass unkomplizierte Austauschformate zwischen allen zentralen Akteuren vor Ort und den Verantwortlichen für entsprechende Maßnahmen im Krisenfall geschaffen werden. Dabei wurde ebenfalls hervorgehoben, dass Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen vor Ort als sinnvolle Multiplikatoren für die Umsetzung bestimmter Maßnahmen dienen können (Verteilung von Corona-Testkits an Grenzgänger durch Kammern und Unternehmen). Ziel sollte es sein, im Krisenfall einheitliche beziehungsweise gemeinsame Verfahren in der Grenzregion zu etablieren, um bürokratische Mehrfachbelastungen weitgehend zu vermeiden.

5. Wie bewertet die Landesregierung die Höhe des notwendigen Finanzmittelbedarfs für zukünftige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall unter Angabe, welche Auswirkungen auf die Staatsverschuldung und damit den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg sie sieht?

Zu II. 5.:

Die Bezifferung der Höhe des notwendigen Finanzmittelbedarfs für zukünftige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Krisenfall ist ohne Kenntnis über das Ausmaß der Krise und deren Folgen nicht möglich. Folglich muss jeweils im Einzelfall und auch unter Berücksichtigung etwaiger Maßnahmen auf EU- beziehungsweise Bundesebene entschieden werden, welche landesseitigen Maßnahmen sinnvoll, geeignet und notwendig sind, um auf den jeweiligen Krisenfall adäquat reagieren zu können. In Krisenfällen müssen dabei neben Umschichtung von Mitteln auch Einsparungen an anderer Stelle geprüft werden, um Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu finanzieren.

Die (finanzielle) Bewältigung der zuletzt akuten Krisen stellte und stellt auch für den Landeshaushalt von Baden-Württemberg eine enorme Kraftanstrengung dar, zumal die Haushalte von Bund und Ländern gem. der Schuldenbremse grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind (Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz). Umso wichtiger ist eine vorausschauende Finanzpolitik unter zielgerichteter Nutzung der vorhandenen rechtlichen Handlungsmöglichkeiten.

So konnte zur Bewältigung der Coronapandemie und ihrer Folgen seinerzeit auf originär veranschlagte Haushaltsmittel sowie vorhandene Mittel in der Rücklage für Haushaltsrisiken zurückgegriffen werden. Vor allem durch die Ausbringung von – im Rahmen der Schuldenbremse zulässigen – konjunktur- und notlagenbedingten Kreditermächtigungen konnte sowohl einnahme- als auch ausgabeseitig die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sichergestellt werden.

Auch auf die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges auf die Ukraine konnte adäquat reagiert werden. Neben entsprechenden Schwerpunktsetzungen bei der Haushaltsaufstellung wurden konjunkturbedingte Kreditermächtigungen in Anspruch genommen. Auf diese Weise war es möglich, die Rücklage für Haushaltsrisiken zu stärken, weitere Entnahmetatbestände aufzunehmen und eine neue Rücklage für Inflations- und Energiepreisrisiken zu schaffen. Darüber hinaus konnten auch Steuermindereinnahmen aufgrund bundesrechtlicher Entlastungsmaßnahmen teilweise ausgeglichen werden.

Im Ergebnis haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass die haushaltsrechtlich zur Verfügung stehenden Instrumente grundsätzlich sowohl in der Haushaltsplanung als auch im -vollzug ausreichende Möglichkeiten zulassen, um schnell und umfassend auf Krisen reagieren und die finanzielle Handlungsfähigkeit sicherstellen zu können. Auch wenn es enorme Kraftanstrengungen bei allen Beteiligten (Verwaltung, Regierung, Parlament) hinsichtlich der kurzfristigen Erstellung und Beratung der Nachtragshaushalte bedurfte, so ist nur auf diesem Wege eine demokratische Legitimation sichergestellt.

Ebenso haben sich die Regelungen der Schuldenbremse rückblickend betrachtet bisher bewährt. Sie haben einerseits über die Not- und Konjunkturkreditfinanzierungsmöglichkeit die erforderliche Flexibilität zugelassen, andererseits aber

auch eine „mäßigende Wirkung“ entfaltet. Durch die Verknüpfung der Notkredite mit einem gesetzlich verankerten Tilgungsplan sowie die an die Konjunkturentwicklung geknüpfte Möglichkeit zur Aufnahme von Krediten beziehungsweise Verpflichtung zur Kredittilgung trägt die Schuldenbremse maßgeblich zur Eindämmung weiterer Staatsverschuldung bei. So erfolgt die Tilgung der Notkredite entsprechend des Tilgungsplans ab dem Jahr 2024 und ist im Haushalt berücksichtigt beziehungsweise für die Folgejahre in der Mittelfristigen Finanzplanung fortgeschrieben.

Angesichts der aktuellen Haushaltssituation wird es insgesamt, aber auch im Hinblick auf die Bewältigung künftiger Krisen darauf ankommen, noch gezielter die Notwendigkeit, Zielgerichtetheit sowie die Wirkung von Maßnahmen in den Fokus zu nehmen. Der finanzielle Ausgleich entsprechend einer „Vollkasko-Mentalität“ durch den Staat und die Ausschüttung von Krisenhilfen nach dem „Gießkanne-Prinzip“ in zukünftigen Fällen wird allerdings die staatlichen Haushalte überfordern. Angesichts multipler Krisen wird also eine noch zielgerichtetere Unterstützung erfolgen müssen.

Sofern zukünftige Krisen es erforderlich machen, wird die Landesregierung weiter alles daransetzen, die zur Bewältigung erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen, etwa um strukturelle Brüche mit nicht wiedergutzumachenden wirtschaftlichen Schäden und schwere Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt abzuwenden. Dabei sollten Maßnahmen und Instrumente zum Einsatz kommen, die unter den Gesichtspunkten der Resilienz einen effizienten und nachhaltigen Mitteleinsatz gewährleisten. Die gesamtwirtschaftlichen Stabilitätskriterien – auch auf europäischer Ebene – sind dabei zu beachten.

Ergänzend zum Arbeitsmarkt:

Eine wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahme stellte das Kurzarbeitergeld dar. Dieses belastet nicht den Landeshaushalt, sondern den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit und wird aus Beitragsmitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert. Weil die Bundesagentur für Arbeit durch die Maßnahmen zur Krisenbewältigung in den Jahren 2020 bis 2022 – insbesondere durch die konjunkturelle Kurzarbeit – finanziell stark belastet wurde und die vorhandenen Rücklagen vollständig aufgebraucht hat, erhielt sie vom Bund finanzielle Unterstützung in Form von Zuschüssen und Darlehen. Diese Unterstützung durch Steuermittel des Bundes war aus Sicht der Landesregierung notwendig und richtig.

Für die Zukunft setzt sich die Landesregierung für ein eigenes Krisenkurzarbeitergeld mit stark vereinfachtem Verfahren ein (siehe Antwort Ziffer II. Frage 2 und 3). So könnten die Bürokratie und der Aufwand, insbesondere bei der Abrechnung, für die Agenturen für Arbeit reduziert werden, die so besser auf zukünftige Krisenlagen reagieren könnten. Zudem sollte es anders als das reguläre Kurzarbeitergeld durch Mittel des Bundes finanziert werden, nicht durch Beitragsmittel.

Mit dem Landesprogramm „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ fördert das Land arbeitsmarktpolitische Projekte, mit denen sich die Integrationschancen besonders von Arbeitslosigkeit betroffener Zielgruppen erhöhen und einer weiteren Verfestigung des Langzeitleistungsbezugs vorgebeugt werden soll. Gerade Frauen, Erziehende, Geflüchtete, Ältere und Langzeitarbeitslose haben deutlich geringere Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt. Durch die Pandemie, aber auch den verstärkten Zuzug Geflüchteter, ist der künftige Bedarf sehr groß. Um bestehende Projekte, wie beispielsweise BeJuga, fortführen beziehungsweise landesweit ausrollen und neue zusätzliche Projekte zum Beispiel im Bereich Digitalisierung realisieren zu können, besteht für 2025 ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von rund 4,3 Millionen Euro.

Kritisch sieht die Landesregierung die Pläne der Bundesregierung zum Budget der Jobcenter ab dem Jahr 2024. Die Jobcenter haben seit 2022 mit der Betreuung der ukrainischen Geflüchteten und der Bürgergeldreform neue Aufgaben bekommen, die sehr kostenintensiv sind. Ihr Budget wurde aber nicht entsprechend angepasst, vielmehr drohen ab 2024 sogar weitere Kürzungen um 500 Millionen

Euro. Unter diesen Voraussetzungen ist den Jobcentern eine Umsetzung der Reform deutlich erschwert. Die Landesregierung setzt sich daher für eine deutliche Mittelaufstockung für die Jobcenter ein.

6. Welche wirtschaftspolitischen, wissenschaftspolitischen und arbeitsmarkpolitischen Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen als Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen zu stärken?

7. Welche wirtschaftspolitischen, wissenschaftspolitischen und arbeitsmarkpolitischen Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, dass Unternehmen in Krisenzeiten langfristige Investitionen in Forschung, Entwicklung, Ausbildung, Anlagen und ähnliches nicht vernachlässigen?

Zu II. 6. und II. 7.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen Ziffer II. 6. und II. 7. gemeinsam beantwortet.

Steuerliche Rahmenbedingungen

Um die Innovations- und Investitionsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, hält die Landesregierung auch und insbesondere gesetzgeberische Maßnahmen zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für erforderlich. Die Landesregierung unterstützt daher im Grundsatz die steuerpolitischen Maßnahmenvorschläge des Bundesministeriums der Finanzen, die im kürzlich vorgelegten Referentenentwurf eines Wachstumschancengesetzes enthalten sind. Hervorzuheben sind insoweit die geplante Einführung einer Investitionsprämie, der Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung, die Ausweitung der steuerlichen Verlustverrechnung, die Verbesserung der Thesaurierungsbegünstigung, die Steigerung der Attraktivität der Option zur Körperschaftsbesteuerung sowie die Verbesserung der Abschreibungsregeln vor allem zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen.

Innovationsförderung

In der Schlüsseltechnologie KI sieht die Landesregierung generell ein großes Potenzial, um die Unternehmen bei der Bewältigung künftiger Krisen zu stärken. KI kann auf vielfache Weise einen wesentlichen Beitrag zu einer krisenresilienteren Wirtschaft leisten. Insbesondere im Medizinwesen kann der Einsatz von KI dazu beitragen, die Forschung zu beschleunigen und bei der Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungen zu unterstützen. Aber auch durch eine effizientere Ressourcenplanung und -nutzung, die Automatisierung von Lieferketten oder den Einsatz datenbasierter Frühwarnsysteme für Versorgungsengpässe kann KI zu einer krisenresilienteren Wirtschaft beitragen.

Um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und die Resilienz der Wirtschaft Baden-Württembergs zu stärken, hat das Land in den letzten Jahren zahlreiche Innovations- und Digitalisierungsfördervorhaben auf den Weg gebracht. Der Monitoring Report Wirtschaft DIGITAL Baden-Württemberg 2023 zeigt, dass Unternehmen einen sehr großen Einfluss der Digitalisierung auf den Unternehmenserfolg sehen (68 Prozent). Weiterhin benennen neun von zehn Unternehmen die Förderung von Digitalisierungsvorhaben, insbesondere in KMU, als Anforderung an die Landespolitik. So fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zum Beispiel den KI-Innovationswettbewerb, Invest BW, den Innovation Park AI oder die regionalen KI-Exzellenzzentren. Außerdem stehen regionale Anlaufstellen, wie die regionalen Digital Hubs oder regionale KI-Labs, Unternehmen vor Ort bei Fragen zu Innovationen zur Seite. Zudem sollte der direkte Austausch zwischen Regierung und Unternehmen beibehalten werden. Hierdurch kann die Landesregierung Vorhaben mit der Zielgruppe spiegeln und evaluieren.

Als Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen gilt ein bestimmtes Maß an Digitalisierung. Dieses kann durch niederschwellige Förderprogramme, wie die Digitalisierungsprämie Plus, erreicht werden. Mit der Di-

gitalisierungsprämie Plus werden Digitalisierungsprojekte und Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit in Unternehmen aller Branchen mit bis zu 500 Mitarbeitenden sowie bei Angehörigen freier Berufe gefördert. Seit dem ersten Modellversuch im Jahr 2017 wurden über 24 200 Digitalisierungsvorhaben im Umfang von mehr als 720 Millionen Euro ausgelöst.

Um branchenübergreifend Unternehmen bei Innovationen und Investitionen zu unterstützen, wurde seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus mit Invest BW das größte einzelbetriebliche Förderprogramm in der Geschichte Baden-Württembergs ins Leben gerufen. Dafür stehen insgesamt bis zu 330 Millionen Euro zur Verfügung. Seit dem Neustart von Invest BW als Innovationsförderprogramm im Oktober 2021 wurden fünf Förderaufrufe abgeschlossen, bei denen Anträge im Gesamtvolumen von über einer Milliarde Euro eingingen und über die das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Zukunftsprojekte unterstützt. Die dadurch gehobenen Investitionen von Unternehmen in ihre Zukunftsfähigkeit übersteigen die Fördersumme bei weitem. Davon profitieren vor allem Gründerinnen und Gründer sowie der Mittelstand. Über die Hälfte der Fördermittel ging an Start-ups sowie KMU. Zudem sind Start-ups und KMU an mehr als 80 Prozent aller Projekte beteiligt, entweder als maßgeblich Verantwortliche oder als Konsortialpartner in Verbundvorhaben mit anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen. Durch die Branchenoffenheit des Förderprogramms werden Innovationsvorhaben über alle Sektoren hinweg gefördert. Es erlaubt den Unternehmen durch Innovationen neue Wege einzuschlagen. Zudem wurden in den missionsorientierten Förderaufrufen Vorhaben aus den Bereichen Klimaschutz, KI und Digitalisierung und Green-Tech gefördert. Die dort getätigten Innovationsvorhaben tragen zur Krisenresilienz der Wirtschaft bei. Insgesamt hat sich das Förderprogramm Invest BW sehr bewährt, um einen Anreiz für Unternehmen zu schaffen, auch in Krisenzeiten in Innovationen zu investieren.

Unter dem Eindruck der Herausforderung von Transformationsprozessen fördert die Landesregierung eine Vielzahl an weiteren Projekten, die die Wirtschaft in dieser Hinsicht unterstützen. Durch die jeweilige Eigenbeteiligung lösen die genannten Förderprogramme insbesondere im einzelbetrieblichen Bereich privatwirtschaftliche Investitionen in den Zukunftsbereichen aus, die den Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken.

Insgesamt hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus seit 2017 weit über eine halbe Milliarde Euro sowohl für Projekte und Maßnahmen für die Digitalisierung als auch für Zukunfts- und Schlüsseltechnologien bereitgestellt. Diese richten sich von digitalen Neulingen bis zu digitalen Vorreitern und dies in der Fläche des Landes. Etwa 180 Millionen Euro davon wurden für die Förderung von KI in der Wirtschaft bereitgestellt. Die Schwerpunkte der Maßnahmen liegen in den Handlungsfeldern wirtschaftsnahe Forschung, Förderung von Innovationen in Unternehmen sowie Vernetzung und Stärkung des KI-Ökosystems. Hinzu kommen KI-Einzelprojekte sowie Projekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Denn Zukunftstechnologien wie KI oder Quantentechnologie können zu erheblichen konjunkturellen Impulsen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage führen. So können wesentliche Beiträge zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen zukünftiger Krisen geleistet werden.

Zur Umsetzung der Wasserstoff-Roadmap sind unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft rund 500 Millionen Euro an Landesmitteln in zahlreichen Förderprojekten entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette wirksam oder in Aussicht gestellt, um den Transformations- und Innovationsprozess in Industrie, Forschung und Entwicklung zu begleiten und voranzutreiben (vgl. im Einzelnen den ersten Fortschrittsbericht zur Wasserstoff-Roadmap vom Mai 2023).

Vor diesem Hintergrund sind empfohlene Maßnahmen unter anderem:

- Zuschussprogramme sollten in der Regel einen Eigenanteil voraussetzen, um weitere Mittelzu hebeln,
- Informationsveranstaltungen und Dialoge sollten Praxisbeispiele beleuchten,

- regionale oder branchenspezifische Beratungsangebote sollten bei der Identifikation und Umsetzung unterstützen und
- der Abbau von Bürokratie (wie beispielsweise eine Überarbeitung der Schriftformerfordernis bei Antragsstellung) sollte stetig vorangebracht werden.

Für die Landesregierung hat die Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen als Schlüssel zur Bewältigung künftiger Krisen oberste Priorität. Dabei geht es nicht nur um technische Innovationen, sondern auch um nichttechnische Innovationen und Dienstleistungs-Innovationen sowie soziale Innovationen. Zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der KMU hält das vom Fraunhofer IAO geleitete und vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus geförderte „Kompetenzzentrum Smart Services“ vielfältige Unterstützungsangebote für die Unternehmen bereit.

Das „Kompetenzzentrum Smart Services“ ist Kernstück des Technologie- und Wissenstransfers im Dienstleistungsbereich mit Themenfeldern Innovation, Digitalisierung und KI, neue Geschäftsmodelle und Nachhaltigkeit. Das Kompetenzzentrum versteht sich als Innovationsmotor für die kleinen und mittleren Betriebe, um diese über neue digitale und neue organisatorische Lösungen zu informieren und zu qualifizieren sowie gemeinsam innovative Anwendungen umzusetzen. Insbesondere das „Umsetzen“ unterscheidet das Kompetenzzentrum von anderen Transferansätzen. Interessierte Betriebe erhalten von den wissenschaftlichen Expertinnen und Experten des Kompetenzzentrums – oft im Netzwerk mit qualifizierten Unternehmensberatern – kompetente Unterstützung „aus einer Hand“ – von dem Erstgespräch über gemeinsame Workshops bis hin zu Umsetzung neuer Lösungen in so genannten „Impuls-Projekten“.

Die Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Baden-Württemberg adressiert die drängenden Herausforderungen in der jeweiligen Förderperiode durch Investitionen in Innovation und nachhaltige Entwicklung. Seit der Erweiterung um REACT-EU (Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe) im Jahr 2021 infolge der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie werden EFRE-Mittel gezielt in die Krisenresilienz durch die Vorbereitung einer nachhaltigen, digitalen und stabilen Wirtschaft investiert. Daran anknüpfend investiert das EFRE-Programm 2021 bis 2027 mit den Prioritäten „Zukunftstechnologien und Kompetenzen“ sowie „Ressourcen und Klimaschutz“ in die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Wirtschaft, vor allem der KMU, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Bioökonomie sowie Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (Klimaresilienz).

Wissenschaft und Wirtschaft

Für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen ist die enge Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ein strategischer Fokus der Landesregierung. Durch die enge Vernetzung werden die Themen der Spitzenforschung frühzeitig für Unternehmen zugänglich, eine akademische und bedarfsgerechte Fachkräftesicherung in relevanten Bereichen sichergestellt, gemeinsame Lösungen sektorenübergreifend erarbeitet und der Transfer in FuE-Abteilungen sowie durch Start-ups effektiv und effizient umgesetzt. Dabei ist auch wichtig, dass in der Forschung dringliche Themen der Wirtschaft aufgegriffen werden.

Das baden-württembergische Wissenschafts- und Wirtschaftssystem zeichnet sich durch eine im internationalen Vergleich ausgeprägte Differenzierung aus, die für eine ausgewogene Balance zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie Leistungsfähigkeit auf einem insgesamt hohen Niveau sorgt. Diese Eigenschaften ermöglichen vielfältige strategische Partnerschaften der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene.

Das Land unterstützt die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dabei gezielt, gemeinsam Forschungsaktivitäten mit Partnern außerhalb des Wissenschaftssystems im Rahmen von neuen Kooperationsformen oder strategischen Partnerschaften umzusetzen. Dabei ist es für Baden-Württemberg – als

ressourcenarmes Land – essentiell, etwaige Transferpotenziale in den Hochschulen frühzeitig zu identifizieren und so gezielt zu fördern, um gemeinsam mit den außerakademischen Partnern Innovationen für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche zu entwickeln und diese in marktfähige Produkte oder Geschäftsmodellinnovationen umzusetzen.

Der „Transfer über Köpfe“ erfolgt zum einen durch eine anwendungsnahe Ausbildung der Studierenden, die nach ihrem Abschluss neue Ideen und Forschungsansätze in die Unternehmen übertragen, zum anderen durch Professorinnen und Professoren, die sowohl an einer Hochschule lehren und forschen als auch in einem Unternehmen tätig sind und so als Bindeglied zwischen der Wissenschaft und Wirtschaft fungieren und dabei Forschungsbedarfe in die eine und innovative Lösungsansätze in die andere Richtung transferieren. Daneben unterstützt das Land die Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowohl durch gezielte Forschungsprogramme als auch durch den Aufbau von strukturellen Forschungs- und Innovationsplattformen.

Seit 2016 verfolgt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst dabei das Ziel, durch Innovationsökosysteme bei Schwerpunktthemen exzellente Forschung und Wirtschaft von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung (unter anderem in Form von Start-ups) zusammenzubringen. Damit werden Themen der Grundlagenforschung und der Anwendung von Anfang an zusammengebracht sowie die Wertschöpfungsketten und die Diversifikation der baden-württembergischen Wirtschaft beschleunigt. Hervorzuheben sind hierbei die drei bereits etablierten Innovationscampus-Vorhaben:

- Cyber Valley
- Mobilität der Zukunft (ICM)
- Health and Life Science Alliance (ICL)

Darüber hinaus entstehen aus der Initiative QuantumBW ein übergreifender Innovationscampus Quantentechnologie und weitere Instrumente zum Aufbau eines Quantenökosystems. Daneben ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in der Konzeptionsphase für ein Innovationscampus-Vorhaben im Bereich Nachhaltigkeit, in der auch die damit verbundenen etwaigen Mittelbedarfe erhoben werden, um diese dem Haushaltsgesetzgeber zur abschließenden Entscheidung vorlegen zu können.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass Anreize für FuE-Investitionen, wie beispielsweise durch die steuerliche Forschungsförderung, bestehen und hinsichtlich möglicher Verbesserungspotenziale regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Zudem ist die niedrigschwellige Möglichkeit für Kooperationen mit Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen ein wissenschaftspolitisches Ziel.

Arbeitsmarkt

Wie bereits bei der Antwort zur den Ziffern II. 2. und II. 3. dargestellt, bewährte sich während der Coronapandemie das arbeitsmarkpolitische Instrument des (konjunkturellen) Kurzarbeitergeldes. Gerade zu Beginn der Krise konnte durch den massenhaften Einsatz von Kurzarbeit ein Rückgang der Beschäftigung verhindert und die Wirtschaft stabilisiert werden. Gleichwohl zeigte sich, dass die Kurzarbeit vergleichsweise selten für Weiterbildung genutzt wurde. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt unter anderem fest, dass dies anderen Staaten stärker gelungen ist (siehe: IAB Forschungsbericht 5/2023: Kurzarbeitergeld in der Covid-19-Pandemie: Lessons learned. *https://doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb0523.pdf*). Laut einer Untersuchung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. im Auftrag der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit aus dem Jahre 2022 haben in Baden-Württemberg nur wenige Betriebe mit Beschäftigten in Kurzarbeit auch Weiterbildung gefördert (siehe: IAW Kurzberichte 1/2022: Weiterbildung im Kontext von befristeter Beschäftigung und Kurzarbeit – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels. *https://www.iaw.edu/iaw-kurz-*

berichte.html?fjahr=1640991600&file=files/dokumente/ab_04_2021/iaw_kurzbericht_2022_01.pdf). So gaben bei der Untersuchung nur sieben Prozent der Betriebe an, die Beschäftigte in Kurzarbeit hatten, dass diese Beschäftigten an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen haben. Angesichts der großen Herausforderungen, denen sich unsere Wirtschaft und die Beschäftigten gegenübersehen, wäre es aus Sicht der Landesregierung wünschenswert gewesen, wenn die Zeiten der Kurzarbeit stärker für Weiterbildung genutzt worden wären.

Leider ist festzustellen, dass die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Weiterbildung während der Kurzarbeit wenig förderlich waren und weiterhin sind. So werden beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein Transferkurzarbeitergeld von weniger als sechs Monaten beziehen, grundsätzlich von längerfristigen Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Die Landesregierung ist deshalb der Auffassung, dass die Regelung des § 111a Absatz 2 Nummer 1 SGB III „Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld“ angepasst werden sollte. Hier ist die Bundesregierung gefordert. So haben die Bundesländer im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zum Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung in ihrer Stellungnahme (BT-Drucksache 20/7116) ihre Forderung aus dem Jahr 2020 erneuert, während die Bunderegierung in ihrer Gegenäußerung zusicherte, das Anliegen zu prüfen.

Ein weiteres Hemmnis stellt nach Auffassung der Bundesländer der geforderte Mindeststundenumfang von 120 Stunden bei Weiterbildungsmaßnahmen dar. Gerade für Kleinstbetriebe ist die Freistellung von Beschäftigten für einen solch langen Zeitraum kaum möglich. Eine signifikante Absenkung des Mindeststundenumfangs ist deshalb auch nach Auffassung der Landesregierung geboten, um auch kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen den Einsatz des Instrumentes zu ermöglichen. Darüber hinaus sollten neben der sogenannten „AZAV-Zertifizierung“ (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) ausnahmsweise auch andere Qualifikationszertifikate zugelassen werden. Die Rückmeldungen aus der Wirtschaft legen nahe, dass sich insbesondere mit diesen Veränderungen der Anreiz für die Betriebe stark erhöhen würde, Weiterbildung und Kurzarbeit miteinander zu verbinden.

Krisen sind unterschiedlicher Natur und hinsichtlich der Auswirkungen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sehr unterschiedlich zu bewerten. Deshalb können für den Bereich der beruflichen Ausbildung keine allgemeingültigen Aussagen zu künftig möglichen Krisenzeiten getroffen werden.

Die Landesregierung begreift die betriebliche Ausbildung in erster Linie als Aufgabe der Wirtschaft, die gerade auch angesichts des Fachkräftemangels ein starkes Eigeninteresse an der Ausbildung ihres Fachkräftenachwuchses hat. So kam es beispielsweise während der Coronapandemie zwar zu einem rund zehnprozentigen Rückgang der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg. Die Unternehmen im Land hielten aber an bestehenden Ausbildungsverhältnissen fest. Zudem deuten die bislang verfügbaren Ausbildungsmarktzahlen einen spürbaren Anstieg der Zahl der Neuverträge für das kommende Ausbildungsjahr 2023/2024 an.

Baden-Württemberg hat zudem ein funktionierendes Ausbildungsbündnis aus Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Landesverbänden. Die Partner des Ausbildungsbündnisses beobachten stets die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt und stimmen bei Bedarf erforderliche Maßnahmen eng miteinander ab.

8. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, dass Unternehmen in Krisenzeiten notwendige Investitionen zur Eindämmung und Bewältigung des Klimawandels und damit zusammenhängende Maßnahmen vornehmen?

Zu II. 8.:

Klima- und Wirtschaftspolitik müssen auch in herausfordernden Zeiten zusammen gedacht werden. Die Wirtschaft im Land sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung und kann mit ihren Technologien und ihrer Innovationskraft entscheidend zu einem erfolgreichen Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig müssen die Emissionen weiterhin gesenkt und der klimafreundliche Umbau von Produktionsprozessen und -anlagen weiter vorangebracht werden. Dabei ist zentral, dass auf allen Ebenen ein Rahmen geschaffen wird, der den Transformationsprozess unterstützt, wobei die Industrie in weiten Teilen der EU- und Bundesgesetzgebung unterliegt.

Unbeschadet dessen sind aber auch auf Landesebene Maßnahmen erforderlich, um den Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft weiter voranzubringen. Gerade in herausfordernden Zeiten gilt es die Investitions- und Innovationsdynamik für Klimaschutz hier im Land weiter voranzubringen, etwa durch gezielte Förderung von Zukunftstechnologien. So kann das Land einen Beitrag leisten, dass klimafreundliche Technologien – unter Einbindung der exzellenten Forschungslandschaft in Baden-Württemberg – hier vor Ort entwickelt und eingesetzt werden.

Beispielhaft kann insofern auf das Förderprogramm Invest BW verwiesen werden, mit dem das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus unter anderem Innovationen für den Klimaschutz und im Bereich Greentech voranbringt. Der Beitrag der Vorhaben zur Einhaltung der Ziele der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial), dabei insbesondere zur Reduzierung des Einsatzes von Energie und anderen Ressourcen (Umwelt- und Ressourcenschonung, Abfallvermeidung etc.), ist ein wesentliches Bewertungskriterium bei der Förderauswahl. Die eingesetzten Fördermittel tragen erheblich zu einer Steigerung der Innovationsbemühungen in den Unternehmen bei und hebeln zusätzliche Mittel aus der Wirtschaft.

Ferner wird beispielhaft auf die in Arbeit befindliche Roadmap klimaneutrale Produktion verwiesen. Mit der vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus geförderten Roadmap sollen Aktivitäten und Lösungsansätze hin zu einer klimaneutralen Produktion aufgezeigt werden. Technologische Trends und die sich abzeichnenden klimaschutzrelevanten technischen Lösungen werden dabei branchenbezogen aufbereitet. Daraus soll eine Handreichung für Unternehmen entwickelt werden, die technologische Entscheidungen im Hinblick auf eine klimaneutrale Produktion unterstützt. Im Übrigen wird auf das Klima-Maßnahmen-Register des Landes und die hier aufgeführten Maßnahmen im Industriesektor verwiesen. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft stellt in diesem Zusammenhang auf einer Best Practice Plattform beispielhafte Maßnahmen und Leuchtturmprojekte von Unternehmen aus Baden-Württemberg vor.

Durch die Klimaschutzstrategie „Unternehmen machen Klimaschutz“ des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sollen außerdem möglichst viele baden-württembergische Unternehmen systematisch und strukturiert unternehmerischen Klimaschutz umsetzen und signifikant Treibhausgase reduzieren. So können die THG-Reduktionspotenziale der Unternehmen genutzt werden, um sie auf den Weg zur Klimaneutralität zu begleiten. Nachhaltiges und klimaneutrales Wirtschaftswachstum soll unterstützt und gleichzeitig Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Mit der Klimaschutzstrategie „Unternehmen machen Klimaschutz“ soll das Ziel der Klimaneutralität durch den notwendigen Beitrag der Wirtschaft bis 2040 unterstützt werden. Die Klimareduktionspotenziale der Unternehmen bieten einen wichtigen Ansatzpunkt für die bereitgestellten Unterstützungsangebote. Diese Angebote tragen zur Erreichung der Klimaschutzziele von Baden-Württemberg bei und unterstützen nachhaltiges und klimaneut-

rales Wirtschaftswachstum. Zusätzlich wird unternehmerischer Klimaschutz in die Breite getragen und der Transformationsprozess für kleine, mittlere und große Unternehmen unterstützt, denn Unternehmen fungieren als Multiplikatoren in Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat zudem das Klimaforschungsprogramm „Neue Forschungsideen für das Klima: Mikrobielle Prozesse für eine klimaneutrale Zukunft nutzen – Mit Ökolandbau Biodiversität und Klima schützen“ kürzlich aufgelegt, um mithilfe disruptiver Forschungsideen und innovativer Technologien den anthropogenen Fußabdruck möglichst rasch zu minimieren. Das Förderprogramm bietet auch große Chancen für die Transformation der Wirtschaft, denn gerade im klimarelevanten Bereich entstehen derzeit die meisten Ausgründungen und die Schaffung völlig neuer Arbeitsplätze.

Eine wichtige Rolle nimmt die Umsetzung der Wasserstoff-Roadmap durch zahlreiche Förderprojekte entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette ein (vgl. Antworten zu II. 6. und zu III. 6.).

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass in der aktuellen Fortschreibung zur Anpassungsstrategie (Juli 2023: *https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimawandel/AnpassungsstrategieBW-2023.pdf*) Vulnerabilitäten für Wirtschaft und Energiewirtschaft analysiert und Maßnahmen gelistet werden, die auch die Unternehmen bei ihren Anpassungsaktivitäten unterstützen sollen (unter anderem der Klimaatlas +, die Hochwasservorhersagezentrale oder das Niedrigwasserinformationszentrum).

9. Wie tragen innovative und nachhaltige Konzepte für wirtschaftliches Handeln, wie zum Beispiel die Kreislaufwirtschaft, nach Einschätzung der Landesregierung zur Resilienz der Wirtschaft bei unter Darlegung, wie die Landesregierung solche Konzepte stärkt?

Zu II. 9.:

Die Stärkung der Kreislaufwirtschaft im umfassenden Sinne einer Circular Economy sowie die Steigerung der Ressourceneffizienz tragen dazu bei, die Resilienz der Wirtschaft zu stärken, da so die Abhängigkeit von Ressourcen und Rohstoffen aus Drittstaaten reduziert und die Versorgungssicherheit verbessert werden kann. Ziel der Landesregierung ist es, über die Kreislaufwirtschaft hinausgehend Maßnahmen zur Entwicklung neuer nachhaltiger Geschäftsmodelle zu fördern.

Stärkung der Kreislaufwirtschaft

Die Landesregierung unterstützt Aktivitäten in diesem Bereich im Rahmen der Landesstrategie Ressourceneffizienz, beispielsweise in den Handlungsfeldern „Material- und Energieeffizienz in Unternehmen“, „Nachhaltige Rohstoffgewinnung und sichere Rohstoffversorgung der Wirtschaft“ sowie „Sekundärrohstoffe nutzen und Kreislaufwirtschaft stärken“. Konkrete Aktivitäten sind beispielsweise die Unterstützungs- und Informationsangebote der Umwelttechnik BW oder Forschungs- und Förderprogramme in diesen Themenfeldern.

Das Land hat im Bereich der Schließung von Stoffkreisläufen durch konsequente Nutzung von Sekundärrohstoffen keine originäre Gesetzgebungskompetenz, unternimmt aber umfangreiche Anstrengungen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und auszubauen. Ging es in der Abfallwirtschaft früher nur um die Entsorgung von Abfällen, so steht heute das Verständnis im Vordergrund, dass Abfälle Ausgangspunkt für wertvolle Rohstoffe sind. Integriert werden muss die bislang noch weitgehend lineare Produktpolitik. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Durch Design for Recycling muss sichergestellt werden, dass sich Produkte am Ende ihrer Lebensdauer recyceln lassen, das heißt Quelle für Sekundärrohstoffe sind. Durch Regularien zum Materialeinsatz – etwa Materialeinsatzquoten – wird ein Markt für Sekundärrohstoffe geschaffen.

Konkrete Forderungen beziehungsweise Maßnahmen zur Steigerung des Rezyklateinsatzes hat die von Baden-Württemberg und Brandenburg ins Leben gerufene Sonderarbeitsgruppe „Rezyklateinsatz stärken“ der Umweltministerkonferenz unter Mitwirkung vieler Player aus der Wirtschaft, von Verbänden und der Politik erarbeitet. Der umfangreiche Katalog wurde von der 98. Umweltministerkonferenz beschlossen und der Bundesregierung vorgelegt.

Der Beitrag des Sports zum Klimaschutz und zur Sekundärrohstoffgewinnung ist ebenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung; es bestehen erhebliche Potentiale, die es zu erschließen gilt. Allein in Baden-Württemberg gibt es über 1 000 Kunststoffrasensportplätze. Am Ende der Lebensdauer eines Kunststoffrasenplatzes fallen große Mengen an Kunststoffen an (pro Platz circa 12 bis 14 Lkw-Ladungen, die aufgerollt und abtransportiert werden). Diese werden derzeit größtenteils thermisch verwertet, also verbrannt. Wertvolle Rohstoffe gehen daher verloren, was mit dem Kreislaufwirtschaftsgedanken und einer konsequenten Rohstoffsicherung wenig zu tun hat.

Abfallvermeidung und Recycling

Ein weiteres wirksames Instrument zur Ressourcenschonung, welches gleichzeitig zur Verringerung von Rohstoffimporten beiträgt, ist die konsequente Vermeidung von Abfällen wie zum Beispiel von Einwegkunststofflebensmittelverpackungen. So schreibt die seit 1. Januar 2023 gültige Mehrwegangebotspflicht ein zusätzliches Auswahlangebot von Mehrwegverpackungen bei To-go- und Take-away-Lebensmittelbestellungen vor. Durch nachhaltige Kaufentscheidungen und Nutzung innovativer Mehrweg-Poolsysteme können so große Mengen Einwegkunststofflebensmittelverpackungen vermieden und mittelfristig der Import von Rohstoffen minimiert werden. Da im Lebensmittelbereich ausschließlich Virgin Material – also neuer Kunststoff aus frischem Rohöl – verwendet wird, ergibt sich ein beachtliches Einsparpotenzial, das zusätzlich zum Klimaschutz beiträgt. Durch entsprechende Umweltbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Kunststoff(-Abfallvermeidung) informiert und unterstützt die Landesregierung nachhaltige Konzepte für wirtschaftliches Handeln.

Des Weiteren kann die Technologie des Chemischen Recyclings helfen, die Kunststoffe, die bislang nur thermisch verwertet werden können (wie zum Beispiel Verbundmaterialien, Autoreifen und Sortierreste), wieder in den Stoffkreislauf zurückzuholen. Weiterhin kann bei konsequenter Stoffstromtrennung des Gewerbeabfalls ein erheblicher Anteil von Kunststoff separiert und dem Recycling zugeführt werden, der bislang als Ersatzbrennstoff dient.

Zirkuläres Bauen

Das Konzept des zirkulären Bauens verfolgt mit seinen drei Prinzipien Bestandserhalt, Einsatz von Sekundärrohstoffen und einer kreislaufgerechten Gebäudeplanung den Ansatz, Gebäude, Bauprodukte und Rohstoffe möglichst lange und intensiv zu nutzen. In der Baupraxis führt dies zu mehr Flexibilität und Resilienz gegenüber Materialengpässen, da sich die Akteure des Bausektors beim zirkulären Bauen darauf einstellen, unterschiedlichste Baustoffe und Produkte je nach Verfügbarkeit zu verwenden und auch verstärkt die Flexibilität gesetzlicher Rahmenbedingungen zu nutzen. Der Rohstoffbedarf liegt in Deutschland für nichtmetallische Mineralien bei jährlich rund 730 Millionen Tonnen, wovon rund acht Prozent aus Sekundärrohstoffen stammen. Das Abfallaufkommen für Bau- und Abbruchabfälle liegt bei rund 230 Millionen Tonnen (siehe: *https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/fb_die_nutzung_natuerlicher_ressourcen_2022_0.pdf*). Eine noch bessere Verwertung der Bau- und Abbruchabfälle in geschlossenen Stoffkreisläufen sowie eine Nutzungsverlängerung bei Gebäuden und Bauprodukten könnte zusätzlich erhebliche Mengen des Primärrohstoffbedarfs substituieren – allerdings bei weitem nicht den gesamten Bedarf. Insgesamt kann das zirkuläre Bauen einen Beitrag dazu leisten, die Abhängigkeit von Rohstoff- und Produktimporten zu verringern, die Flexibilität beim Bauen zu erhöhen und dadurch die Krisenresilienz zu stärken. Das Land hat im Bereich des kreislaufgerechten Bauens nur teilweise eine originäre Gesetz-

gebungskompetenz. Aufgrund der Relevanz der Themen zirkuläres Bauen und Kreislaufwirtschaft wurden diese auch im Rahmen des von Herrn Ministerpräsident Kretschmann initiierten und vom Staatsministerium koordinierten Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ aufgegriffen. Die Federführung liegt dabei bei dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (Themensäule I und II) sowie dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Themensäule III). Ziel der eingerichteten Arbeitsgruppe „Kreislaufwirtschaft“ ist es, eine echte Kreislaufwirtschaft in der Bau- und Immobilienwirtschaft zu erreichen. Erste Ansätze und Ideen, die zur Kreislaufwirtschaft beitragen sollen, wurden bereits identifiziert. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Entwicklung des zirkulären Bauens auch bereits mit konkreten Forschungs- und Förderprogrammen und hat für dieses Themenfeld das Informationszentrum Zirkuläres Bauen (InZiBau) eingerichtet.

Nachhaltige Geschäftsmodelle in der textilen Wertschöpfungskette

Im Rahmen der textilen Wertschöpfungskette ist das Projekt CycleTex BW der Allianz für faserbasierte Werkstoffe (AFBW) ein wichtiges Beispiel. Das übergeordnete Ziel des Projekts besteht darin, Unternehmen der Textilbranche zu unterstützen, ein „grünes Portfolio“ zu entwickeln und damit eine resiliente Lieferkette aufzubauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das Projekt wird mit rund 250 000 Euro durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus gefördert. Aktuell sind rund 80 Unternehmen in das Projekt eingebunden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung hat durch einen gesteigerten Energieverbrauch eine Kehrseite. Allerdings gibt es auch ein großes Einsparpotenzial. Zum einen können durch den Einsatz von verschiedenen Technologien, wie Virtual Protoyping, Predictive Maintenance oder intelligentes Wärmemanagement, Ressourcen und Geld eingespart werden. Auf der anderen Seite können Software und Hardware, zum Beispiel durch sparsame Datenbankabfragen oder dem Hardwaredesign, nachhaltig gestaltet werden. Um die Unternehmen im Land für diese Themen zu erreichen, wurde über die Initiative Wirtschaft 4.0 eine Arbeitsgruppe „Green Digital“ gestartet, die eine Auftaktveranstaltung zur Sensibilisierung der Unternehmen ausrichtet, die Ende 2023 stattfinden soll.

Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle bei Gründungen

Gründungen, die ökologisch oder sozial nachhaltige Ziele verfolgen, tragen zur Resilienz der Wirtschaft bei. Im Förderprogramm Start-up BW Pre-Seed besteht beispielsweise im Bewertungsverfahren eine besondere Gewichtung (Bonuspunkte) für Gründungsteams, welche einen Beitrag zur Lösung eines gesellschaftlichen und/oder umweltpolitischen Problems leisten.

Nachhaltige Gestaltung von Lieferketten

Durch ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement und ein damit verbundenes CSR-Risikomanagement können Risiken in der eigenen Lieferkette identifiziert und reduziert werden, um die Resilienz von Unternehmen zu stärken. Die Landesregierung unterstützt mit dem Angebot „global verantwortlich BW – Lieferketten nachhaltig gestalten“ vor allem mittelständische baden-württembergische Unternehmen, die ein verantwortungsvolles Wertschöpfungs- und Lieferkettenmanagement im globalen Wettbewerbsumfeld entwickeln und umsetzen. Im Fokus des Angebots stehen eine Veranstaltungsreihe mit Informationsveranstaltungen und vertiefenden Workshops sowie ein Online-Leitfaden. Alle Formate vermitteln praktisches Handlungs- und Umsetzungswissen.

10. Inwiefern werden Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Verbände in Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisen eingebunden unter Angabe, wie dabei sichergestellt werden kann, dass staatliche Politik auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen angemessen berücksichtigt?

Zu II. 10.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat während der Coronapandemie und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eigene Spitzengespräche organisiert, bei denen neben Unternehmer Baden-Württemberg (UBW, damals Arbeitgeber Baden-Württemberg) und dem DGB Baden-Württemberg (sowie einiger Einzelgewerkschaften) der BWIHK, Handwerk BW und eine ganze Reihe von Wirtschafts- und Branchenverbänden einbezogen und feste Teilnehmer der Gespräche zur Krisenbewältigung waren. Letztere dienten dem Informationsaustausch und der Rückkopplung mit Blick auf die zahlreichen, mitunter sehr spezifischen Schutzmaßnahmen und damit verbundener Förder- und Hilfsprogramme.

Ein großes Teilnehmerfeld war in Bezug zur Coronapandemie aufgrund der Beschaffenheit der Corona-Krise als umfassende ökonomische und gesellschaftliche Problemstellung einerseits und der inhaltlich spezifischen sowie in ihrem Ausmaß differenten Betroffenheit einzelner Wirtschaftsbereiche andererseits erforderlich. Wie die Sozialwissenschaftler Fuchs und Sack in ihrem Artikel „Corporatism as usual? – Staat und organisierte Wirtschaftsinteressen in der Corona-Krise“ schreiben, war dies auch deshalb notwendig, um gerade in der Anfangszeit sicherstellen zu können, dass Informationen fließen konnten und die Interessenakteure durch die Bereitstellung von Dienstleistungen zur Bewältigung der Krise beitrugen (siehe: Fuchs, Sebastian; Sack, Detlef 2022: Corporatism as usual? – Staat und organisierte Wirtschaftsinteressen in der Corona-Krise, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 32, 601 bis 626: *https://link.springer.com/article/10.1007/s41358-021-00296-x#Sec10, abgerufen am 31. Juli 2023).*

Dass dieser Ansatz erfolgversprechend ist, zeigen auch verschiedene Formate des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, wie zum Beispiel die Fachkräfteallianz und das Ausbildungsbündnis. Auch außerhalb von Krisenzeiten werden hier Themen gemeinsam mit den Interessenakteuren beraten, um möglichst zielgenaue Maßnahmen generieren zu können. Neben diesen Spitzengesprächen erfolgt auch auf Arbeitsebene ein enger und regelmäßiger Austausch mit Interessenakteuren der Arbeitsmarktpolitik, so zum Beispiel im Beirat Arbeitsmarktpolitik der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit und der AG Arbeit, in der die baden-württembergischen Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen sowie Verbände im Bereich der Arbeitsmarktpolitik organisiert sind.

Während der Coronapandemie fanden in Baden-Württemberg zudem regelmäßige Online-Besprechungen zum Arbeitsschutz in der Pflege mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung, Arbeitgeberverbänden für Krankenhäuser und Pflegebetriebe sowie weiteren berufsständischen Interessenvertretern zum aktuellen Stand der Arbeitsschutzmaßnahmen in Kliniken, Pflegeeinrichtungen und niedergelassenen Praxen der Gesundheitsberufe statt. Mit der Gefährdungsbeurteilung in der Aktion Kooperation Breitenumsetzung Arbeitsschutz in der Pflege – KOBRA war die Pflege in Baden-Württemberg auch für die Coronapandemie gut aufgestellt. Durch den regelmäßigen Austausch zwischen allen Akteuren der Pflege konnte so eine gemeinsame Basis entstehen für das Handeln zum Schutz der Beschäftigten.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration beteiligt die seiner Rechtsaufsicht unterliegenden Kammern der Heilberufe in Baden-Württemberg (Landesärztekammer, Landeszahnärztekammer, Landesapothekerkammer und Landespsychotherapeutenkammer) als öffentliche, körperschaftlich organisierte Berufsvertretungen der akademischen Heilberufe an bundes- und landesrechtlichen Gesetzgebungs- und Verordnungsgebungsvorhaben. Die Positionen der

Heilberufe-Kammern werden in die Meinungsbildung einbezogen. Darüber hinaus steht das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im regelmäßigen Austausch mit den Heilberufe-Kammern. Dies gilt insbesondere in Zeiten gesundheitlicher sowie wirtschaftlicher Krisensituationen, die mit besonderen Herausforderungen verbunden sind. Künftig könnte auch die sich noch im Aufbau befindende Pflegekammer in ähnlicher Weise beteiligt werden.

11. Sieht die Landesregierung eine verstärkte Notwendigkeit der besseren Koordination der unterschiedlichen Politikfelder im Krisenfall (Arbeitsmarkt, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik) und wenn ja, wie wäre diese Koordination zu erreichen?

Zu II. 11.:

In einer Welt sich zunehmend gegenseitig verstärkender Polykrisen wird auch die Landesregierung künftig mit neuartigen Bedrohungslagen und -szenarien konfrontiert sein, die eine Kooperation über verschiedene Politikfelder hinweg zwingend erfordern. Krisen zeichnen sich oft dadurch aus, dass sich bestimmte Lagen mit unerwarteter Dynamik entwickeln. Um diesen präventiv begegnen oder in der akuten Krisenlage gezielt reagieren zu können, ist es notwendig, ein ständig aktuelles Lagebild zur Verfügung zu haben und mögliche Strukturen und Kommunikationsabläufe stetig zu üben, wo sinnvoll auch unter Einbeziehung aller betroffenen Ressorts.

In der Vergangenheit hat sich die Bildung gezielter Taskforces als sehr wirkungsvolles Instrument erwiesen, um abteilungs- und ressortübergreifend auf konkrete Auswirkungen von Krisen reagieren zu können. Im Falle einer neuen Bedrohungslage ist es wichtig, möglichst frühzeitig zu eruieren, welche Politikfelder hauptsächlich betroffen sind, und dann die entsprechende Expertise aus den Ressorts in den Taskforces zu berücksichtigen. Ergänzend müssen auch die betroffenen Ressorts in der Lage sein, kurzfristig über bestehende Netzwerke auf dringend benötigte Expertise etwa aus der Forschung, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft zurückgreifen zu können. Es ist dabei zu beachten, dass entsprechende Strukturen dauerhaft und bereits vor Auftreten einer konkreten Krisenlage etabliert sein sollten, um dann zügig an spezifisches Wissen zu kommen, Best Practice auszutauschen oder auch spezifische Zielgruppen in der Krisenkommunikation erreichen zu können. Die Coronapandemie hat dabei gezeigt, dass selbst unter hohem Zeitdruck zwischen verschiedenen Politikfeldern ein effizientes Zusammenwirken jederzeit möglich ist. Insbesondere durch Aufrufung des Interministeriellen Verwaltungsstabs sind der enge Austausch und eine entsprechend intensive Rückkopplung der Ministerien gewährleistet. Auf politischer Ebene wurde beim Staatsministerium eine Lenkungsgruppe eingerichtet, um notwendige Aktivitäten der Landesregierung zu koordinieren und dringende exekutive Beschlüsse für den Ministerrat vorzubereiten. Sie bestand aus den Amtschefinnen und Amtschefs aller Ressorts und bei Bedarf aus Vertretern der Kommunalen Landesverbände.

Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, bei der die Gesetzgebungskompetenz grundsätzlich beim Bund liegt, wurde auf Landesebene während der vergangenen Krisen gut und vertrauensvoll mit der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit zusammengearbeitet und fand auch mit den Sozialpartnern ein enger Austausch statt, so zum Beispiel im Rahmen der Spitzengespräche, die Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut durchführte.

12. Wie bewertet die Landesregierung die Finanzstabilität der in Baden-Württemberg ansässigen Finanzdienstleister sowie der systemrelevanten Finanzinstitute unter Darlegung der Maßnahmen, die aus Sicht der Landesregierung unter Umständen erforderlich sind, um die Finanzstabilität zu erhalten?

Zu II. 12.:

Ausschuss für Finanzstabilität (ASF)

Unter Finanzstabilität wird die Fähigkeit des Finanzsystems verstanden, seine zentrale makroökonomische Funktion – insbesondere die effiziente Allokation finanzieller Mittel und Risiken sowie die Bereitstellung einer leistungsfähigen Finanzinfrastruktur – jederzeit reibungslos zu erfüllen, und zwar auch in Stresssituationen und in strukturellen Umbruchphasen (vgl. Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2010, S. 7).

Zu den Finanzdienstleistungsunternehmen gehören neben den Banken und Sparkassen in Baden-Württemberg mit überproportionaler Bedeutung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auch Versicherungen und Immobilienfinanzierer sowie Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Fonds (Investmentsektor).

In seinem aktuellen Bericht an den Deutschen Bundestag zur Finanzstabilität in Deutschland vom Juni 2023 schätzt der Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) als zentrales Gremium der makroprudenziellen Überwachung in Deutschland die Lage auf dem deutschen Bankensektor im Berichtszeitraum als stabil ein. Als „makroprudenziell“ wird die Überwachung der Stabilität des Finanzsystems im Gesamten bezeichnet (im Gegensatz zur mikroprudenziellen Aufsicht einzelner Bankinstitute). Die Verwundbarkeiten erhöhten sich jedoch wegen der verschlechterten makrofinanziellen Rahmenbedingungen weiter, insbesondere aufgrund deutlich gestiegener Zinsen und erhöhter Unsicherheit über die weitere konjunkturelle Entwicklung.

Der Versicherungsmarkt ist dadurch gekennzeichnet, dass die Versicherer ihre Solvenzquoten erhöhen konnten, gleichzeitig nahmen Liquiditätsrisiken zu. Insbesondere Lebensversicherer profitierten von steigenden Zinsen und verzeichneten deutlich höhere Solvenzquoten. Durch das höhere Zinsniveau nahm jedoch das Risiko vermehrter Vertragskündigungen zu. Angesichts fester Rückkaufwerte gewannen alternative Anlagen zunehmend an Attraktivität. Stornoquoten zeigten im Berichtszeitraum jedoch keine Auffälligkeiten. Zusätzliche Liquiditätsrisiken für Versicherer und Pensionseinrichtungen könnten sich aus Derivategeschäften ergeben. Weitere Zinsanstiege und Wechselkursschwankungen könnten zu umfangreichen Nachschusspflichten aus Absicherungsgeschäften führen. Der AFS begrüßt daher die Einführung eines verbesserten Liquiditätsmonitorings seitens der BaFin. Dieses soll eine zeitnahe Überwachung der Liquiditätsrisiken von Versicherern und Pensionseinrichtungen ermöglichen.

Die Risiken, die vom deutschen Immobilienmarkt ausgehen, stabilisierten sich auf einem erhöhten Niveau. Einerseits führten die im Jahresdurchschnitt moderaten Preisanstiege dazu, dass sich im Jahr 2022 keine neuen Verwundbarkeiten aufbauten. Andererseits sanken die Preise seit Ende 2022, insbesondere bei Bestandsimmobilien, was dazu führte, dass der Wert von Immobilien als Kreditsicherheit sank. Dies hat zur Folge, dass die Verluste für die Kreditinstitute höher wären, wenn ein Kredit ausfallen würde.

Das makroprudenzielle Maßnahmenpaket erhöht die Resilienz des Finanzsystems gegenüber den Verwundbarkeiten am deutschen Wohnimmobilienmarkt. Der AFS diskutierte die Angemessenheit des makroprudenziellen Maßnahmenpaktes. Er stellte fest, dass der sektorale Systemrisikopuffer auf mit Wohnimmobilien besicherte Kredite trotz der Trendwende am Wohnimmobilienmarkt weiterhin angemessen ist, da die Verwundbarkeiten nach wie vor hoch sind.

Im deutschen Investmentfondssektor kam es trotz Marktwertverlusten aufgrund des starken Zinsanstiegs nur vorübergehend in Teilsegmenten zu Nettomittelab-

flüssen. Im Niedrigzinsumfeld der vergangenen Jahre versuchten deutsche Investmentfonds ihre Rendite durch einen steigenden Portfolioanteil langlaufender Anleihen zu erhöhen. Der deutsche Investmentfondssektor reduzierte im Jahr 2022 den Portfolioanteil langlaufender Anleihen, unter anderem um das Zinsänderungsrisiko zu reduzieren. Ein weiterer Zinsanstieg dürfte daher geringere Marktwertverluste verursachen. Der Investmentfondssektor wäre allerdings stark betroffen, wenn es gleichzeitig zu einem Konjunktureinbruch und einem weiteren starken Zinsanstieg käme. Bricht die Realwirtschaft ein, drohen umfangreiche Rating-Herabstufungen bei Wertpapieren, die von deutschen Investmentfonds gehalten werden. Die Verstärkungseffekte, die in einem solchen Fall zu erwarten wären, sind stärker als die bei einem isolierten Zinsanstieg.

Aufgrund der anhaltend hohen Risiken für die Finanzstabilität erachtet der AFS das bisherige makroprudenzielle Maßnahmenpaket der BaFin insgesamt weiterhin für angemessen. Die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensektors gegenüber möglichen Verlusten wurde durch die im Frühjahr 2022 angeordneten Maßnahmen deutlich erhöht. Die Kapitalanforderungen des antizyklischen Kapitalpuffers sowie des speziell auf den Wohnimmobiliensektor ausgerichteten sektoralen Systemrisikopuffers waren von den Banken seit dem 1. Februar 2023 vollständig zu erfüllen. Das Maßnahmenpaket stärkt insgesamt die Resilienz des Finanzsystems. Der AFS fand im Berichtszeitraum keine Hinweise darauf, dass das Bankensystem aufgrund des Maßnahmenpakets sein Kreditangebot einschränkte.

Wesentliche Maßnahmen auch im Hinblick auf die Zukunft zur Erhaltung der Finanzstabilität liegen in erster Linie in einem guten Risikomanagement und insbesondere ausreichendem Eigenkapital in jedem einzelnen Institut. Zusätzlich wird ein Risikomanagementsystem einschließlich Überwachung und Regulierung für das Finanzsystem insgesamt benötigt – um Ansteckungseffekte und systemische Risiken zu identifizieren und durch geeignete Instrumente Gefahren für die Finanzstabilität abzuwehren. Dieses Risikomanagement ist die Aufgabe der internationalen und nationalen Aufsichtsbehörden und der Zentralbanken.

Auf europäischer Ebene (EZB)

Baden-Württemberg ist Teil der Eurozone. Die Finanzstabilität der Eurozone sicherzustellen, ist Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie führt zu diesem Thema auf ihrer Homepage Folgendes aus:

„Finanzstabilität kann als Zustand definiert werden, in dem das Finanzsystem – also die Finanzintermediäre, Finanzmärkte und Marktinfrastrukturen – widerstandsfähig gegenüber Schocks sowie unerwarteten Entwicklungen in Bezug auf finanzielle Ungleichgewichte ist. [Sie] reduziert die Wahrscheinlichkeit einer Störung des Finanzintermediationsprozesses, die so schwerwiegend ausfällt, dass es zu einer Beeinträchtigung der realwirtschaftlichen Aktivität kommt.“ Weiter heißt es dort: „Die EZB überwacht Entwicklungen sowohl im Bankensektor des Euroraums und der Europäischen Union als auch in anderen Finanzsektoren, um Schwachstellen zu erkennen und die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems zu prüfen. Diese Aufgaben erfüllt sie zusammen mit den anderen Zentralbanken des Eurosystems und des Europäischen Systems der Zentralbanken. Der Entstehung möglicher Systemrisiken im Finanzsystem wird durch makroprudenzielle Maßnahmen entgegengewirkt. Das übergreifende Ziel der makroprudenziellen Politik ist die Erhaltung der Finanzstabilität.

Makroprudenzielle Maßnahmen zielen darauf ab,

- das Entstehen übermäßiger Risiken durch externe Faktoren und Marktstörungen zu verhindern, um den Finanzzyklus zu glätten (zeitliche Dimension),
- den Finanzsektor widerstandsfähiger zu machen und Ansteckungseffekte zu begrenzen (Querschnittsdimension),
- in der Finanzregulierung eine systemweite Sichtweise zu fördern, um das richtige Anreizsystem für Marktteilnehmer zu schaffen (strukturelle Dimension)“.

Aus Sicht der Landesregierung hat sich das derzeitige System im Grundsatz bewährt. Aufgrund der durch die Zinsanhebungen der Zentralbanken ausgelösten Anpassungsprobleme im Bankensektor mussten einige US-Institute und eine Schweizer Großbank abgewickelt beziehungsweise gerettet werden. In der Eurozone gab es bisher keinen dadurch bedingten Abwicklungsfall. Auch in der Corona-Krise hatten die EZB und der europäische Gesetzgeber rasch, zielgenau und wirksam Maßnahmen ergriffen, die die Funktionsfähigkeit des Bankensystems in der Eurozone sichergestellt hatten.

Die Landesregierung steht in diesem Zusammenhang im Dialog mit der EZB, um die baden-württembergische Sicht auf diese Dinge darzulegen und sich über das Instrumentarium der EZB auszutauschen. Herr Ministerpräsident Kretschmann führt regelmäßig Gespräche mit der Präsidentschaft, Herr Finanzminister Dr. Bayaz hält regelmäßigen Kontakt zu deutschen Mitgliedern des EZB-Rates.

Aus Sicht der Landesregierung besteht – über die Begleitung der einschlägigen europäischen und nationalen Gesetzgebung im Bundesrat hinaus – kein ergänzender Handlungsbedarf für das Land. Die BaFin setzt die einschlägigen gesetzlichen Regelungen auf EU- und Bundesebene um. Sie beaufsichtigt die Kreditinstitute im Land auch unter dem Aspekt der Finanzstabilität und hat zum Beispiel in der Vergangenheit im Rahmen ihrer Stresstests kleine und mittlere Banken gezielt auf Zinsanpassungsrisiken geprüft – also genau auf das Szenario, das bei einigen US-Banken und einer Schweizer Großbank zur Katastrophe führte.

13. Wie bewertet die Landesregierung die Sicherstellung des Geldkreislaufs in Katastrophen und Krisenszenarien (Stromausfälle etc.)?

Zu II. 13.:

Die Sicherstellung des Geldkreislaufs hat eine hohe Bedeutung. Sie ist in der Eurozone Aufgabe des Systems der Europäischen Zentralbanken und in Deutschland Aufgabe der Deutschen Bundesbank als Teil dieses Systems. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Deutsche Bundesbank für alle denkbaren Katastrophen und Krisenszenarien Vorsorge getroffen und Notfallpläne erarbeitet hat.

Grundsätzlich steht der Euro als Giralgeld und als Bargeld zur Verfügung. Beim Giralgeld können Probleme durch einen Ausfall der Computertechnik – sei es durch technische Störungen, Hackerangriffe oder Stromausfälle – entstehen. Die für die Aufsicht über die Kreditinstitute und den Zahlungsverkehr zuständige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin misst diesen potenziellen Problemen große Bedeutung bei und hat in den vergangenen Jahren einen Schwerpunkt ihrer Aufsichtstätigkeit auf den Bereich Cybersicherheit gelegt.

Sollte die Computertechnik dennoch ausfallen, steht das Bargeld als „Backup“ zur Verfügung. Selbst bei einem vorübergehenden Ausfall der Geldautomaten bleibt das vorhandene Bargeld im Umlauf und kann eingesetzt werden. Außerdem verfügen immer noch eine Vielzahl von Bankfilialen über Kassen, die im Krisenfall Auszahlungen auch ohne Computertechnik vornehmen könnten. Im Übrigen geht die Landesregierung davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in eigener Verantwortung so viel Bargeld vorhalten, wie sie zur Deckung ihres täglichen Bedarfs einige Tage lang benötigen. Ein Problem könnte aus Sicht der Landesregierung eher dadurch auftreten, dass die flächendeckende Einführung elektronischer Kassensysteme den Einsatz von Bargeld bei Stromausfällen stark erschweren könnte.

Im Kontext der Einführung eines digitalen Euro sind im vorliegenden Zusammenhang insbesondere folgende Aspekte von Belang: Nach dem Kenntnisstand der Landesregierung soll es eine Offline-Funktion geben, bei der digitale Euros zum Beispiel auf Mobiltelefonen gespeichert werden können. Ferner soll es wohl Zahlungsströme unter Privaten ohne Einschaltung der Banken und Zahlungsdienstleister geben können. Die Landesregierung hält es für wahrscheinlich, dass dann in Krisenfällen auch Zahlungen von Mobiltelefon zu Mobiltelefon möglich sein werden.

14. Welche gesetzlichen und auch strukturellen Änderungen wurden und werden von der Landesregierung im Kontext mobiles Arbeiten im Einzelnen durchgeführt, insbesondere auch, um in allen Ministerien die Möglichkeit, mobil zu arbeiten zu eröffnen beziehungsweise hybride Lösungen zu schaffen?

Zu II. 14.:

Die Landesregierung hat ein neues „Leitbild räumlich flexibles Arbeiten“ entwickelt. Die betreffenden Eckpunkte verstehen sich dabei nicht als verbindliche Regelungen, sondern als Handlungsempfehlungen, die den einzelnen Ministerien bewusst die notwendigen Spielräume bei der konkreten Ausgestaltung in ihren Geschäftsbereichen lassen, um die unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Organisationsstrukturen berücksichtigen zu können. Auf der Grundlage sind landesweit nach dem Ressortprinzip Möglichkeiten für räumlich flexibles Arbeiten durch Telearbeit oder mobiles Arbeiten geschaffen worden. Die Umsetzung erfolgte in der Regel in Form von Dienstvereinbarungen mit den zuständigen Personalvertretungen.

Staatsministerium

Im September 2020 hat das Staatsministerium seine bereits vorhandene Dienstvereinbarung, die sich seiner Zeit insbesondere auf das sog. Telearbeiten aufgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftiger Angehöriger bezog, ausgeweitet. Seither können Beschäftigte das Arbeiten von zu Hause sachgrundlos beantragen. Die hierfür erforderliche technische Ausstattung, wie z. B. Laptops, gehören im Staatsministerium seit Jahren zur Standardausstattung.

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Die Coronapandemie erforderte aufgrund der massiven Beschränkungen erhebliche Änderungen im IT-Betrieb des Landes. Innerhalb kürzester Zeit musste eine hohe Anzahl mobiler Endgeräte beschafft sowie der Rechenzentrumsbetrieb bei der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) auf zentrale Zugangstechnologien und Online-Kommunikation konzentriert werden. Die Verfügbarkeit von digitalen Kommunikations- und Kollaborationsmöglichkeiten wie Telefon- und Videokonferenzen war gewährleistet und wurde durch Nachrüstung kurzfristig massiv erhöht. Die hierfür erforderlichen Bandbreiten waren vorhanden und wurden durch geeignete Maßnahmen verfügbar gehalten. Die Mobilstrategie des Landes mit der grundsätzlichen Forderung, dass die Bediensteten der Landesverwaltung unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Regelungen an jedem Ort und zu jeder Zeit arbeiten können, hat sich ausgezahlt.

Aufgrund des Ressortprinzips ist eine einheitliche Umsetzung von Standards jedoch nicht möglich, da es unterschiedliche Rahmenbedingungen, Anforderungen und Kulturen in den jeweiligen Behörden gibt. Daher wurde im November 2021 von den Ressorts ein Eckpunktepapier erarbeitet, das einige Grundsätze festhält und andererseits Spielräume für verwaltungsspezifische Besonderheiten lässt. Diese Eckpunkte sehen unter anderem vor, dass die Fortführung des räumlich flexiblen Arbeitens in Dienstvereinbarungen geregelt werden soll.

Für das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen gilt die Dienstvereinbarung über das mobile Arbeiten vom 11. April 2022. Die Vereinbarung legt fest, dass mobiles Arbeiten grundsätzlich an bis zu 60 Prozent der vereinbarten Wochenarbeitszeit oder an bis zu drei Tagen in der Woche möglich ist. Alle Mitarbeitenden des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sind mit den erforderlichen technischen Ressourcen ausgestattet, die es ihnen ermöglichen, mobil zu arbeiten. Dies schließt einen mobilen Zugang über VPN und die Bereitstellung dienstlicher Notebooks ein.

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft ist am 1. November 2022 eine neue Dienstvereinbarung zur Durchführung der alternierenden Telearbeit und dem situativen Arbeiten zu Hause in Kraft getreten. Die Dienstvereinbarung

stellt die Neuausrichtung in die hybride Arbeitswelt sicher und beruht auf einer Rahmendienstvereinbarung für den gesamten UM-Geschäftsbereich.

Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen

Zur Erleichterung der hybriden oder mobilen Arbeitsweise wurde in den Räumlichkeiten des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen neue großformatige Polycom-Anlagen angeschafft. Zudem findet derzeit noch ein Austausch älterer PC-Monitore gegen neue Modelle für das Mobile Arbeiten statt. Durch entsprechende Dienstvereinbarungen sind mehrere mobile Arbeitstage pro Woche möglich.

Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde bereits angesichts der Herausforderungen der Coronapandemie eine Anpassung der Arbeitsmöglichkeiten an den digitalen Fortschritt vorgenommen, um den neuen Gegebenheiten und Anforderungen nach Flexibilität gerecht zu werden.

Dazu wurden schnellstmöglich die technischen Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten über eine seit 2014 bestehende Dienstvereinbarung hinaus geschaffen. Nach Normalisierung der Gesamtsituation wurde, basierend auf dem ressortübergreifend vereinbarten interministeriellen Eckpunktepapier, eine neue Dienstvereinbarung „räumlich flexibles Arbeiten“ erarbeitet. Es wird in dieser sowohl die alternierende Telearbeit (als Regelfall) als auch das situative „sonstige mobile Arbeiten“, das die alternierende Telearbeit ergänzt, ermöglicht. Mobiles Arbeiten in Form von alternierender Telearbeit ist mit bis zu 60 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit möglich (bei Vollzeittätigkeit). Bei Teilzeittätigkeit ist mindestens ein Präsenztag vorgesehen. Durch das sonstige mobile Arbeiten kann dieser Umfang überschritten werden.

Die technische Ausstattung für mobiles Arbeiten wird in Absprache mit der/dem Beschäftigten zur Verfügung gestellt. Der Internetzugang und die telefonische Erreichbarkeit sind durch die Beschäftigten sicherzustellen. Auf eine arbeitsschutzkonforme Handhabung und die Beachtung der Regelungen zum Datenschutz sowie die Informationssicherheit wird besonderer Wert gelegt.

Für den nachgeordneten Bereich wurde in Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat ebenfalls eine neue Regelung erarbeitet. Dabei handelt es sich wegen der Mannigfaltigkeit des nachgeordneten Bereichs um eine Rahmendienstvereinbarung, innerhalb deren Grenzen die einzelnen Dienststellen individuelle Regelungen treffen können. Somit kann im gesamten Ressortbereich die Flexibilisierung der Arbeitsmöglichkeiten gewährleistet werden, soweit es die jeweiligen Aufgaben zulassen.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg hat mit dem Örtlichen Personalrat eine „Dienstvereinbarung Homeoffice und mobiles Arbeiten“ abgeschlossen. In dieser ist die Möglichkeit für alle Beschäftigten geregelt, bis zu 60 Prozent der individuellen Arbeitszeit im Homeoffice zu leisten. Die Arbeitszeit in Präsenz und im Homeoffice kann in Abstimmung mit der/dem direkten Vorgesetzten ganztägig oder tagesanteilig flexibel gestaltet werden. Darüber hinaus ist für ein sporadisches, nicht regelmäßiges Arbeiten außerhalb der Dienststelle die Möglichkeit von Mobilem Arbeiten eröffnet. Das Antragsverfahren für die Arbeit im Homeoffice ist durch die Einstellung eines Formulars in der eAkte schlank gehalten und zeitlich effizient abzuschließen. Bei Bedarf können die Beschäftigten für das Arbeiten im Homeoffice im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten eine erweiterte IT-Ausstattung erhalten. Diese besteht in der Regel aus einem Monitor, einer Dockingstation (inkl. Netzteil), Headset, Webcam sowie Maus und Tastatur.

Neben besserer Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf leisten Homeoffice und Mobiles Arbeiten einen aktiven Beitrag zur Umsetzung des Chancengleichheitsgesetzes und schaffen Arbeitserleichterungen für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Beschäftigte. Darüber hinaus werden Büroflächen effizienter genutzt und der Flächenbedarf insgesamt reduziert. In Verbindung mit einem geringeren Pendelaufkommen wird zudem ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration

Für die Beschäftigten des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg ist am 18. Juli 2023 die neue Dienstvereinbarung zum räumlich flexiblen Arbeiten in Kraft getreten, welche unter anderem bereits bestehende Telearbeitsvereinbarungen im Haus ersetzt hat. Hierin ist festgelegt, dass die Teilnahme am räumlich flexiblen Arbeiten auf freiwilliger Basis im Rahmen eines formlosen Verfahrens, welches lediglich der Zustimmung der/des direkten Vorgesetzten bedarf, erfolgt.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist ein räumlich flexibles Arbeiten im gesamten Bundesgebiet sowie im Einzelfall im Schengenraum möglich. Die Dienstvereinbarung sieht vor, dass die Beschäftigten in einem Umfang von bis zu 60 Prozent der individuellen Arbeitszeit, bei einer Vollzeitbeschäftigung maximal drei Tage pro Woche, räumlich flexibel arbeiten können. Einer der beiden Präsenztage, die sich in dieser Konstellation pro Woche ergeben, wird durch den unmittelbaren Vorgesetzten für seine Organisationseinheit festgelegt. Dies dient beispielsweise der Durchführung gemeinsamer Besprechungen. Eine hybride Teilnahme kann jedoch auch hier ermöglicht werden. Zur besseren Nachvollziehbarkeit, an welchen Tagen räumlich flexibles Arbeiten durch die Beschäftigten in Anspruch genommen oder die Arbeit in der Dienststelle verrichtet wird, führt jedes Referat ein so genanntes Lokationstableau. Räumliche Überschneidungen werden so kenntlich gemacht und eine flexible Raumbelegung ermöglicht.

Hinsichtlich der technischen Voraussetzungen ist zu sagen, dass vom Ministerium für alle Beschäftigten für den räumlich flexiblen Arbeitsplatz auf Wunsch zusätzlich zum Laptop eine Ausstattung bereitgestellt wird, welche sich aus Bildschirm, Tastatur, Maus, Dockingstation sowie Headset/Tischmikrofon zusammensetzt. Des Weiteren erfolgte eine ergänzende medientechnische Ausstattung der Besprechungsräume, in deren Rahmen unter anderem Video- und Audiotechnik installiert wurden. Eine Piloterprobung für so genannte 360-Grad-Kameras läuft derzeit. Die vorgenannten Maßnahmen unterstützen langfristig eine hybride Arbeitsweise. Bereits vor der Pandemie erfolgte die Bereitstellung von notwendigen Qualifizierungsangeboten für die Beschäftigten zur Nutzung entsprechender Tools, wie zum Beispiel Skype und WebEx, welche sehr gut angenommen werden.

Ministerium der Justiz und für Migration

Im Januar 2022 sind zwei neue Dienstvereinbarungen über die Arbeit außerhalb der Dienststelle in Kraft getreten, die zuvor gemeinsam mit dem Hauptpersonalrat, dem Landesrichter- und -staatsanwaltsrat, den Obergerichten, Generalstaatsanwaltschaften sowie den Hauptvertrauenspersonen der schwerbehinderten Beschäftigten erarbeitet wurden.

Konkret handelt es sich um die Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium der Justiz und für Migration und dem Hauptpersonalrat über das Arbeiten außerhalb der Dienststelle für Beschäftigte i. S. v. § 4 LPVG (DV Arbeit außerhalb der Dienststelle) sowie die Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium der Justiz und für Migration und dem Landesrichter- und -staatsanwaltsrat über das Arbeiten außerhalb der Dienststelle für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (DV Arbeit außerhalb der Dienststelle RiStA).

Die Dienstvereinbarungen bilden die Grundlagen, auf denen seither mobiles Arbeiten sowohl im Ministerium der Justiz und für Migration als auch im nachgeordneten Bereich ermöglicht werden kann.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist auf der Grundlage einer Dienstvereinbarung aus dem Jahr 2022 Telearbeit in einem Umfang bis zu 60 Prozent der individuellen Arbeitszeit möglich. Die bis dahin geltende Regelung wurde damit weiter geöffnet. Die Genehmigung der Telearbeit erfolgt auf Antrag durch den unmittelbaren Vorgesetzten. Daneben kann in bestimmten Fällen von mobilem Arbeiten Gebrauch gemacht werden, unter anderem bei aus privaten Gründen erforderlicher Abwesenheit oder im Rahmen einer Wiedereingliederung. Hierfür genügt eine mündliche Absprache mit dem unmittelbaren Vorgesetzten.

Grundsätzlich erhalten alle Beschäftigten ein Notebook mit gesichertem Zugang zum Landesverwaltungsnetz. Im Bedarfsfall erhalten die Beschäftigten für den heimischen Arbeitsplatz zusätzlich ein Headset, eine Webcam sowie einen Monitor. Darüber hinaus haben alle Beschäftigten die Möglichkeit, Videokonferenzen mit internen und externen Personen selbst zu initialisieren. Die telefonische Erreichbarkeit ist durch Skype for Business (Modul Telearbeit) gewährleistet.

Der IT-Arbeitsplatz im Ministerium selbst wurde ebenfalls um ein Headset und eine Webcam erweitert. Ebenso stehen leicht handhabbare hybride Videokonferenzlösungen zur Verfügung, welche in den vorhandenen Besprechungsräumen genutzt werden können. So sind auch kurzfristige hybride Veranstaltungen mit einem kleinen Personenkreis (Referatsgröße) ad hoc und ohne tiefgreifende technische Kenntnisse möglich.

Ministerium der Finanzen

Im Ministerium der Finanzen können grundsätzlich alle Beschäftigten mobil arbeiten. Eine Ausnahme bilden ausschließlich die Organisationseinheiten, welche für den Hausservice (beispielsweise Hausmeister, Haustechnik) zuständig sind. Die spezifischen Festlegungen zur Nutzung der Beschäftigungsform „Mobiles Arbeiten“ sind in einer Dienstvereinbarung geregelt. Die IT-Ausstattung (Hard- und Software) wurde entsprechend angepasst. Insbesondere durch die Nutzung der eAkte BW können die verwaltungsspezifischen Arbeitsabläufe ortsunabhängig erledigt werden.

Ministerium für Verkehr

Die Beschäftigten des Ministeriums für Verkehr sind seit 2017 technisch so ausgestattet, dass mobiles Arbeiten für alle möglich ist. Die Dienstvereinbarung „Ortsflexibles Arbeiten“ bildet seit 2021 die strukturelle Grundlage für Homeoffice und mobiles Arbeiten.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wurde im Februar 2022 eine neue Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten abgeschlossen, die die bisherige Dienstvereinbarung zur Telearbeit ersetzt. Sie zählt zu den modernsten Dienstvereinbarungen der gesamten Landesverwaltung.

Die EDV-Arbeitsplätze im Ministerium sind alle mit entsprechender Technik ausgestattet, um mobil arbeiten zu können. Darüber hinaus ist es mit der Einführung von eAkte und Videokonferenzsystemen noch einfacher möglich, einen großen Teil der Arbeit elektronisch zu erledigen. Dies schafft gleichzeitig die Möglichkeit für mobiles Arbeiten und somit flexible Arbeitsbedingungen, die das Ministerium seinen Beschäftigten anbieten kann. Mehr als 50 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit kann grundsätzlich von Zuhause aus gearbeitet werden. An einem festgelegten, wöchentlichen Team-Tag treffen sich alle am Arbeitsplatz. Zudem ist es möglich, an bis zu zehn Tagen im Jahr aus dem europäischen Ausland zu arbeiten.

III. Versorgungssicherheit

1. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus vergangenen Krisen, um zukünftig Liefer- und Produktionsketten in akuten Krisen zu schützen und damit die wirtschaftliche Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Waren und medizinischem Material am Standort Baden-Württemberg sicherzustellen?

Zu III. 1.:

Die jüngsten Krisen haben die Verletzlichkeit der Märkte deutlich aufgezeigt. Auch erfahrene Akteure an den Märkten waren von den mannigfaltigen Auswirkungen überrascht. Insbesondere die Coronapandemie und der Krieg gegen die Ukraine haben deutlich gemacht, wie zentral beispielsweise funktionierende Lieferketten für die Wirtschaft und damit auch für das Gemeinwesen sind. Bei der Frage, wie die Gesellschaft resilient und krisenfest aufgestellt werden kann, kommt daher der Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu, denn Krisenvorsorge ist auch und gerade die Aufgabe der Wirtschaft selbst. Gerade deshalb muss die Krisenvorsorge in der Wirtschaft weiter etabliert und ein Krisenbewusstsein dort geschaffen werden, wo es noch nicht vorhanden ist.

Es ist eine Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und entsprechend zu sensibilisieren, dass beispielsweise Lieferketten auch in der Krise stabil funktionieren und Produktionsstandorte gefestigt sind. Besonders in den Blick zu nehmen sind dabei die KRITIS, also die Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Besonders relevante Produktions- und Versorgungsprozesse müssen so resilient aufgestellt werden, dass Störungen und Vorfälle, sowohl im Cyberraum als auch in unserer realen Welt, möglichst wenig Einfluss auf diese haben. Aktuelle gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene und das auf Bundesebene in Vorbereitung befindliche KRITIS-Dachgesetz sind daher wichtige Schritte.

Die Erfahrungen der vergangenen Krisen haben deutlich gezeigt, dass je nach Lage ganz unterschiedliche Güter zur Mangelressource werden können. So hat zum Beispiel die Coronapandemie gezeigt, dass zur Sicherung der Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten neben dem Fachpersonal die Verfügbarkeit einer ganzen Reihe bestimmter Medizinprodukte (zum Beispiel Beatmungsgeräte, Masken, Spritzen, Kanülen etc.), Arzneimittel (zum Beispiel Wirkstoffe für die intensivmedizinische Versorgung, Antibiotika, fiebersenkende Mittel, Impfstoffe etc.) und Desinfektionsmittel unabdingbar ist.

Gleichzeitig ist die Versorgung mit Medizinprodukten und Arzneimitteln in einer globalisierten Welt häufig abhängig von der Produktion im Ausland, was zu einem umfangreichen Logistikaufwand führt und in Krisenzeiten zur Fragilität von Lieferketten beitragen kann. Selbst wenn es heimische Produktionsstätten gibt, stammen Komponenten und Materialien vielfach aus dem Ausland. Daher prüft die Landesregierung weiterhin, wie der relevante Bedarf im Bereich der Medizinprodukte und Arzneimittel im Krisenfall bestimmt und die Resilienz des Gesundheitsstandorts durch den Aufbau beziehungsweise die Erweiterung von Produktionskapazitäten verbessert werden kann.

Um der Verteilproblematik entgegen zu wirken, wurde die Einrichtung einer digitalen Bestandsplattform für versorgungskritische Medizinprodukte vorgeschlagen und die Sinnhaftigkeit einer entsprechenden Notbevorratung diskutiert. Allerdings soll für die Problematik einer besseren Versorgung unter anderem mit Medizinprodukten und deren effiziente und dezentrale Bevorratung auf Bundesebene mit einem Gesundheitssicherstellungsgesetz ein Rahmen vorgegeben werden. In Übereinstimmung mit dem Pandemiepapier „Langfristige Sicherung des Gesund-

heitsstandorts Baden-Württemberg gegen Pandemiefälle“ vom Januar 2021 stärkt die Landesregierung insbesondere weiterhin die heimische Medizintechnik- und Pharmabranche und evaluiert Liefer- und Versorgungsengpässe im Rahmen der Arbeitsgruppe Arzneimittel- und Medizinprodukteverordnung des Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

Herstellungs- und logistikseitig aufgetretene Unterbrechungen von Lieferketten während der Coronapandemie wirken noch heute nach und tragen zu den aktuell bestehenden Arzneimittelengpässen bei.

Gerade im Bereich der patentfreien, verschreibungspflichtigen Arzneimittel und Wirkstoffe, deren Herstellung in den letzten rund 15 Jahren durch den gesetzten Erstattungsrahmen stark unter Kostendruck geraten ist, besteht derzeit eine weitreichende Abhängigkeit von Lieferanten in kostengünstiger produzierenden Nicht-EU-Staaten (vorwiegend Indien und China). Diese Abhängigkeit erstreckt sich von chemischen Grundstoffen über Wirkstoffvorstufen, die Wirkstoffe selbst bis hin zu den Fertigarzneimitteln.

Die Regelungskompetenz im Bereich der Gesetzgebung für Arzneimittel liegt auf Bundes- beziehungsweise europäischer Ebene. Einige Regelungen des im Juni 2023 durch den Bundestag verabschiedeten Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) zielen darauf ab, die Herstellung von Wirkstoffen und Arzneimitteln in Europa wieder attraktiver zu machen, um somit die entsprechenden Hersteller in Europa zu halten beziehungsweise wieder nach Europa zurückzuholen (sogenanntes „Reshoring“). Dies bezieht sich unter anderem auf die Aufhebung von Rabattverträgen für Kinderarzneimittel und die Vorgabe, dass für Antibiotika Rabattverträge zum Teil so auszuschreiben sind, dass Wirkstoffhersteller aus Europa bevorzugt zu berücksichtigen sind. Leider hat der Bund viele Vorschläge der Länder zum ALBVVG nicht aufgegriffen. Auf der 96. Gesundheitsministerkonferenz hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration daher einen Beschluss zur Arzneimittelknappheit eingebracht, um die Versorgung von Arzneimitteln mittelfristig und langfristig zu verbessern. Konkret fordern die Länder die systematische Stärkung der Lieferketten, neue Finanzierungskonzepte für Apotheken, die insbesondere die flächendeckende Arzneimittelversorgung im Fokus haben, und eine kritische Evaluierung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes.

Die Arbeitsgruppe Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg erarbeitet derzeit unabhängig von den auf Bundesebene zu treffenden Maßnahmen Handlungsempfehlungen auf Landesebene für den Fall einer erneuten Zuspitzung der Arzneimittelversorgungssituation im Winter 2023/2024. Um die Arzneimittel besser identifizieren zu können, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung besonders relevant sind und deren Nachschub nicht ausreichend gesichert ist, erstellt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) derzeit im Rahmen der Erarbeitung eines Lieferengpass-Frühwarnsystems eine Liste versorgungskritischer Wirkstoffe. Ähnliche Ansätze werden derzeit auch auf EU-Ebene verfolgt (European Shortages Monitoring Platform „ESMP“; Medicine Shortages Steering Group „MSSG“; Health Emergency Preparedness and Response „HERA“).

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration hat im Rahmen des europäischen Joint Procurement Agreement (JPA)-Beschaffungsverfahrens Bereitschaftsverträge für die Herstellung von pandemischen Influenzaimpfstoffen abgeschlossen. Baden-Württemberg setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, das Potenzial der mRNA-Technologie (Boten-Ribonukleinsäure-Technologie) zu erörtern, um diese gegebenenfalls perspektivisch bei entsprechenden Verträgen berücksichtigen zu können (Beschluss zu TOP 7.2 der 96. GMK). Darüber hinaus setzen sich die Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Coronapandemie auch dafür ein, in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ein Gesamtkonzept für die Beschaffung und Bevorratung von Arzneimitteln zur Vorbereitung auf epidemisch bedeutsame Infektionslagen zu entwickeln (Beschluss zu TOP 12.3 der 96. GMK).

In Umsetzung der Festlegungen im Koalitionsvertrag vom 11. Mai 2021 hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ein Konzept für den Aufbau und die Implementierung einer angemessenen Notfallreserve an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) und Desinfektionsmitteln erarbeitet. Die entsprechende Kabinettsvorlage befindet sich aktuell in der Ressortabstimmung und wird danach dem Ministerrat zu Beschlussfassung vorgelegt. Um die Versorgung insbesondere der Polizei und der Justiz mit den notwendigen Gütern sicherzustellen, wird daneben ein zusätzlicher ausreichender Lagerbestand erforderlich sein, um zumindest kurzfristige Lieferschwankungen auszugleichen.

Lieferprobleme gab es darüber hinaus in den Jahren 2020 und 2021 beispielsweise auch bei Mikroelektronikkomponenten. Daraufhin verstärkte die Landesregierung ihre Anstrengungen zur Schaffung resilienter Lieferketten für Mikrochips und mikroelektronische Systeme. In Kooperation mit der Bundesregierung wurden mit dem Förderprogramm „IPCEI Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien“ die Weichen gestellt, dass unser Land ein wichtiger Standort für die Produktion von Mikroelektronik bleibt, die von führenden Industriebranchen des Landes in Produkten für die Elektromobilität, das autonome Fahren, Erneuerbare Energien und intelligente Maschinen und Anlagen eingesetzt wird. Mit sieben von 31 Projekten ist Baden-Württemberg eine der am stärksten vom IPCEI-Programm profitierenden Industrieregionen in Deutschland. Für diese sieben Vorhaben im Land strebt das BMWK eine staatliche Förderung in Höhe von insgesamt über 1,1 Milliarden Euro an, bis zu 332 Millionen Euro trägt das Land dazu bei.

Bei aller Notwendigkeit, verstärkt eigene Produktionskapazitäten in Deutschland beziehungsweise Europa aufzubauen und zu erweitern, setzt sich die Landesregierung weiterhin gezielt für die Stärkung des internationalen und werteorientierten Handels und eine global verantwortliche Außenwirtschaftspolitik ein. Abschottung und Protektionismus stellen dagegen keine geeigneten Instrumente zur Erhöhung der wirtschaftlichen Resilienz dar (vgl. Ziffer II. 1.).

2. Welche potenziellen Schwachstellen identifiziert die Landesregierung für die Krisenfestigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft in Baden-Württemberg und inwiefern sieht die Landesregierung hier Handlungsbedarf unter Berücksichtigung des Selbstversorgungsgrads mit Lebensmitteln in der EU, in Deutschland und in Baden-Württemberg?

Zu III. 2.:

Nicht nur in Baden-Württemberg steht die Land- und Ernährungswirtschaft an einem Scheideweg. Die bisherige Wirtschaftsweise ist in vielen Bereichen ökonomisch, ökologisch und sozial nicht resilient und nachhaltig. Prioritärer Handlungsbedarf besteht beim Umbau des Agrar- und Ernährungssystems. Hierbei ist der Fokus auf Ertragssicherheit und nicht auf Höchstertrag zu richten, um Resilienz zu gewährleisten. Bei diesem Transformationsprozess sollte die Landwirtschaft unterstützt und ihre Leistungen anerkannt werden.

Der Selbstversorgungsgrad (SVG) von Nahrungs- und Futtermitteln in Baden-Württemberg liegt insgesamt mit wenigen Ausnahmen deutlich unter 100 Prozent, zu Teilen deutlich unter 50 Prozent. Auch Deutschland insgesamt wäre nicht in der Lage, sich komplett autark mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wenn man die bisherige Nachfrage und Nachfragestruktur sowie Ernährungspräferenzen zugrunde legt. Limitierende Faktoren für eine Selbstversorgung in Baden-Württemberg stellen unter anderem die knappe Flächenausstattung pro Kopf (eingeschränkte Verfügbarkeit von Ackerflächen), Ernteausfälle aufgrund von Wetterextremen sowie eine steigende Bevölkerung dar.

Selbstversorgungsgrad von Nahrungs- und Futtermitteln in der EU, in Deutschland und in Baden-Württemberg (Quelle: LEL Schwäbisch Gmünd):

in %	**Baden-Württemberg**[4]		**Deutschland**		**EU**[5]	
Pflanzliche Erzeugnisse[1]	*09/10*[s]	*21/22*[v]	*09/10*	*21/22*[v]	*09/10*	*21/22*[v]
Getreide	*125*	*112*	*117*	*109*	*101*	*113*
- Brotgetreide (Weizen)	*116*	*119*	*138*	*121*	*112*	*127*
Ölsaaten	.	.	*72*	*27*	*67*	*60*
Kartoffeln	*34*	*33*	*136*	*150*	*106*	.
Zucker[2]	*93*	*87*	*138*	*149*	*83*	*98*
Gemüse[3]	*19*	*21*	*38*	*38*	*103*	.
Obst[3] (ohne Zitrusfrüchte)	*45*	*31*	*21*	*14*	.	.
Tafeläpfel	*158*	*236*	*58*	*66*	*106*	*108*
Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette	*2010*[s]	*2022*[s]	*2010*	*2022*[v]	*2010*	*2022*[v]
Fleisch (ohne Abschnittsfette)	.	.	***114***	***118***	***110***	***114***
- Rind- und Kalbfleisch	*70*	*58*	*117*	*95*	*104*	*106*
- Schwein	*55*	*51*	*110*	*126*	*114*	*121*
- Geflügel	*27*	*20*	*106*	*97*	*108*	*109*
Milch u. Milcherzeugnisse	***58***	***56***	***101***	***103***	***101***	***103***
- Konsummilch	.	.	*123*	*117*	*101*	*103*
- Magermilchpulver	.	.	*309*	*567*	*147*	*204*
- Käse (einschl. Frisch- und Schmelzkäse)	.	.	*126*	*125*	*111*	*111*
- Butter	.	.	*98*	*97*	*105*	*110*
Eier u. Eierprodukte	***22***	***30***	***55***	***76***	***102***	***105***

1) Inlandserzeugung bei pflanzlichen Erzeugnissen abzüglich Emteschwund; Gesamtverbrauch für Nahrungszwecke, industrielle Verwertung, Futterzucker, Saatgut einschl. Marktverluste
2) Weißzuckerwert, Verbrauch einschl. Futterzwecke aus Einfuhren
3) Einschl. eingeführter Erzeugnisse in Frischgewicht
4) Schätzung aus Bundesverbrauch und Landeserzeugung
5) 2018/19: EU-28; 2009/10: EU-27
6) 2017, FAO

Quellen: EUROSTAT; BLE; BMEL; StaLa BW; Toepfer International; WVZ; AMI; LEL Stand: 26.05.23

Über die gesamte EU betrachtet sehen die Selbstversorgungsgrade bei vielen Nahrungsmitteln (abgesehen von einem relativ hohen Importbedarf von Eiweißfuttermitteln) deutlich besser aus. Insgesamt ergeben Schätzungen aus dem Jahr 2020, dass die EU-27 rund 16 bis 17 Millionen Hektar zusätzliche Fläche aus anderen Teilen der Welt importiert. Das entspricht einer Fläche von rund 15 bis 20 Prozent der Ackerfläche in der EU, wovon der Großteil auf Ölsaaten/-produkte entfällt. Um den heutigen Herausforderungen zu begegnen, ist eine rein isolierte Betrachtung der Selbstversorgung auf deutscher und/oder baden-württembergischer Ebene nicht zielführend, sondern es ist eine gesamtheitliche Betrachtung der Lebensmittelwertschöpfung auf EU-weiter Ebene sinnvoll.

Eines der zentralen Ziele bei der Gründung der Europäischen Union war und ist noch immer die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung in den Mitgliedsstaaten der EU. Kernaufgabe der Landwirtschaft ist es, Nahrungsmittel zu produzieren. Die aktuelle Farm-to-Fork-Strategie der EU hat das Ziel, die Ernährungssicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung durch den Zugang zu ausreichenden, nahrhaften und nachhaltigen Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten und gleichzeitig fairere wirtschaftliche Erträge für alle Beteiligten in den Lieferketten zu erzielen.

Die Aufrechterhaltung der regionalen landwirtschaftlichen Produktion und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit bedeuten auch, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft nicht zu gefährden. Mit der Farm-to-Fork-Strategie verfolgt die EU einen ganzheitlichen Ansatz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, der auch Wechselwirkungen und Zielkonflikte in den Blick nimmt. Dies beinhaltet Maßnahmen und Ziele für jeden Schritt in der Lebensmittelkette, von der Produktion über die Verarbeitung und den Vertrieb bis hin zum Konsum, und greift auch das Problem der Lebensmittelverschwendung auf.

Um eine nachhaltige und krisenfestere Landwirtschaft der Zukunft voranzubringen, den Selbstversorgungsgrad zu festigen und den Herausforderungen zu begegnen, unterstützen sowohl die EU als auch die Landesregierung hier mit zahlreichen Maßnahmen der Agrarpolitik, welche auch zukünftig weiter ausgebaut werden. So wird beispielsweise der Ausbau des Anbaus von Eiweißpflanzen sowohl als Futtermittel bei der Tierproduktion als auch für die humane Ernährung unterstützt. Auch im Rahmen der Ernährungsstrategie Baden-Württemberg sollen lokale Ernährungssysteme gestärkt werden. Geplant ist die Unterstützung der Innovationskraft von lokalen Akteuren in Form von kommunalen Ernährungsinitiativen, wie beispielsweise Ernährungsräten. Hierdurch können zum Beispiel regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut und die entsprechende Nachfrage unterstützt werden.

3. Welche Risiken für die Sicherheit der Lebensmittelversorgung in Baden-Württemberg identifiziert die Landesregierung, etwa aufgrund des Klimawandels und zurückgehender Biodiversität, und welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung, auch unter Berücksichtigung von Mindererträgen oder gar Verlusten von Anbaugebieten zum Beispiel in Spanien, Italien und Griechenland?

Zu III. 3.:

Die Landwirtschaft spürt bereits jetzt die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Auch durch den Rückgang der biologischen Vielfalt werden die Agrarökosysteme anfälliger, da wichtige Funktionen wie die Bestäubungsleistungen durch Wildbienen oder die Regulierung von Schaderregern verloren gehen. Negative Effekte auf das Klima und die Biodiversität müssen bei der landwirtschaftlichen Produktion möglichst minimiert werden. Vor allem muss klarwerden, dass dies für ein resilientes Agrarsystem fundamental und in unser aller Interesse ist. Handlungsbedarf ist vor allem beim Umbau der Produktion zu sehen: es sollte weniger für den „Trog“ angebaut werden. Es müssen vermehrt Produktionsweisen angewandt werden, die neben der Produktion von Lebensmitteln auch die biologische Vielfalt in den Agrarlandschaften erhalten und wieder erhöhen und an das sich ändernde Klima angepasst sind. Dies ist für eine langfristige Produktionssicherheit zwingend erforderlich.

Die Landwirtschaft ist seit jeher von der Witterung abhängig. In diesem Frühjahr war die Befahrbarkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen wegen ausgeprägter Niederschläge häufig ein Problem. Aufgrund der sich anschließenden, anhaltenden Trockenheit verbunden mit hohen Temperaturen werden Ernteeinbußen befürchtet. Es zeigt sich, dass insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten eine Zunahme von Extremwetterereignissen zu verzeichnen ist. Infolge des Klimawandels treten Gewitter mit Starkregen und Hagel verstärkt auf und die Gefahr von Spätfrösten steigt. Durch eine sich ändernde Verteilung der Niederschläge über die Vegetationsperiode hinweg wird sich die Landwirtschaft auf länger anhaltende Trockenphasen einstellen müssen. Verbunden mit einer steigenden Hitzebelastung ist mit Qualitäts- und Ertragseinbußen zu rechnen. Diese Veränderungen stellen die Landwirtinnen und Landwirte vor neue Herausforderungen, denen es zu begegnen gilt.

In erster Linie sind die landwirtschaftlichen Unternehmen selbst für eine adäquate Risikovorsorge gegen Wetterextreme verantwortlich. Dazu gehört auch, das Spektrum der angebauten Kulturarten kontinuierlich zu erweitern. So bieten zwischenzeitlich Soja, Kichererbse und Hirse neue Marktchancen. Auch im Obstbau werden neue Obstarten wie Wassermelone, Kiwi, Kaki und Feige getestet und in einzelnen Betrieben schon erfolgreich angebaut.

Das Land ist sich seiner Verantwortung bewusst und unterstützt die Betriebe mit einer Reihe von Maßnahmen:

- Förderung von präventiven Maßnahmen im Einzelbetrieb, wie zum Beispiel Investitionen in Hagelschutznetze und effiziente Bewässerungsanlagen,

- Stärkung einer eigenbetrieblichen Risikovorsorge. Förderung von Ertragsversicherungen im Obst- und Weinbau gegen die Risiken Starkfrost, Sturm und Starkregen,

- Förderung von gemeinschaftlichen Bewässerungsinfrastrukturen:

  Ziel der Maßnahme ist der Aufbau koordinierbarer, steuerbarer und umweltgerechter Wasserentnahmen und die Steigerung der Wassereffizienz bei Bewässerungsmaßnahmen,

- Förderung von Tröpfchenbewässerungsanlagen im Weinbau im Rahmen des Programms „Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen“,

- Förderung im Rahmen von Agrarumweltprogrammen wie FAKT II:

  zum Beispiel Maßnahme „Mehrjähriger leguminosenbetonter Ackerfutterbau“ oder „reduzierte Bodenbearbeitung mit Strip-Till-Verfahren“,

- Forschungsvorhaben an den landwirtschaftlichen Landesanstalten (Auswahl):

  – verschiedene Versuche zur Trockenheitstoleranz von Sorten und alternativer Kulturen,

  – Bewässerungsversuche: langjährige Versuche zum effizienten Einsatz von Beregnungen an beregnungswürdigen, ackerbaulichen Kulturen mit dem Ziel der Ertragsoptimierung,

  – Versuche zur konservierenden Bodenbearbeitung, um mittels ganzjähriger Bodenbedeckung die Bodenfeuchte zu halten,

- Wissenstransfer:

  Das geförderte Beratungsmodul „Klimaschutz und Klimawandelanpassung“ wurde bei der Konzessionsvergabe neu aufgenommen. In vielen anderen Beratungsmodulen ist das Thema zudem integriert.

  Die landwirtschaftlichen Landesanstalten und unteren Landwirtschaftsbehörden nehmen die Themen zum Klimawandel/-schutz in die Veranstaltungen zur beruflichen Weiterbildung auf.

  Ein Beispiel hier ist das Projekt GeNIAL „Bildung zur nachhaltigen Anpassung der Landwirtschaft in Deutschland an den Klimawandel“: Im Zuge dessen wurden Unterlagen für die Fachschulen für Landwirtschaft erstellt sowie Broschüren für Praktiker/innen entwickelt. Seit der auslaufenden Förderperiode fördert das MLR erstmals Maßnahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-AGRI). Allein 11 Operationelle Gruppen nahmen ein Projekt in Angriff, das sich mit dem Thema Klimaschutz/-wandel befasste,

- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz, zum Beispiel über INTERREG-Projekt „KlimaCrops – Strategien zur Anpassung von Ackerbausystemen an den Klimawandel und deren Beitrag zum Klimaschutz am Oberrhein”

- Modellregion Agri-PV: Neben dem Beitrag zur Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien entstehen Synergieeffekte zur Klimawandelanpassung:

  Agri-PV-Anlagen können Schutz vor zu starker Sonneneinstrahlung oder Hagel bieten. Zudem ist es eine flächenschonende Alternative zur reinen Freiflächen-Photovoltaik. Bisher wurden von UM und MLR Projektmittel in Höhe von rund 4,8 Millionen Euro bewilligt.

4. Welche Risiken für die Sicherheit der Trinkwasserversorgung in Baden-Württemberg identifiziert die Landesregierung unter Darstellung, wie sie die kurz-, mittel- und langfristige Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser unter anderem mit Blick auf die Klimakrise und deren Folgen sicherstellt?

Zu III. 4.:

Die öffentliche Trinkwasserversorgung ist von großer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung und eines funktionierenden Gemeinwesens. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits heute auch bei der öffentlichen Wasserversorgung in Baden-Württemberg spürbar. Klimaprognosen bis 2050 zeigen, dass in manchen Teilen des Landes Quellschüttungen deutlich zurückgehen werden und bis zu 20 Prozent weniger Grundwasser neu gebildet wird. Messungen bei Quellen und Grundwasserpegeln bestätigen, dass bestimmte Wasserressourcen bereits heute Werte unterhalb der langjährigen Mittelwerte aufweisen. Zudem ist insbesondere in den zunehmend langanhalten Hitze- und Trockenperioden mit einem zunehmenden Wasserbedarf zu rechnen. Dies hat bereits in der jüngsten Vergangenheit, wenn auch lokal sehr begrenzt, zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung geführt. Gleichzeitig zeigt diese Entwicklung den Handlungsbedarf der öffentlichen Wasserversorgung. Mit dem Projekt „Masterplan Wasserversorgung Baden-Württemberg (MP)“ unterstützt das Land die für die Versorgung der Bevölkerung verantwortlichen Kommunen dabei, diese wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge auch zukünftig sicherzustellen.

Dabei wird auch geprüft, welche Auswirkungen die Folgen des Klimawandels auf die Rohwasserqualität haben und ob die von den Kommunen derzeit genutzten Wasservorkommen auch zukünftig nutzbar sein werden. Im Masterplan Wasserversorgung soll die zukünftige Entwicklung der Wasserressourcen der prognostizierten Entwicklung des Trinkwasserbedarfs vor dem Hintergrund des Klimawandels gegenübergestellt werden. Dafür werden die geeigneten und verfügbaren Wassermengen erhoben und mithilfe von Klimamodellen eine Prognose mit einem Zeithorizont bis 2050 erstellt. Anhand von Prognosen wird die Bevölkerungsentwicklung und der zukünftige Trinkwasserbedarf, insbesondere auch während Hitzeperioden, abgeschätzt.

Nach einer etwa einjährigen Phase der Datenerhebung in den ersten Land- und Stadtkreisen liegen nun die Daten und Auswertungen der ersten Charge vor. Die Ergebnisse zeigen, dass für viele Kommunen Handlungsbedarf besteht. Vereinzelt wird Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen empfohlen, eine detailliertere Betrachtung der Wasserversorgung zu veranlassen. Insbesondere bei kleinen Versorgungseinheiten ohne zweites Standbein sind Defizite bereits vorhanden oder teilweise zu erwarten.

5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Krisenfestigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft hinsichtlich ihrer Abhängigkeit von Energieimporten vor, unter Darlegung infrage kommender Maßnahmen, um diese Abhängigkeit insbesondere durch Energieeffizienz, Energieeinsparungen und Elektrifizierung zu verringern?

Zu III. 5.:

Rund zwei Drittel des Primärenergieverbrauchs in Baden-Württemberg wird aktuell durch fossile Energieträger gedeckt und damit vorrangig importiert. Baden-Württemberg wird auch in Zukunft ein Energieimportland bleiben, auch wenn ein klimaneutrales Energiesystem etabliert werden soll. Dies gilt auch für Strom, den Baden-Württemberg auch in der Vergangenheit in nennenswertem Umfang importiert hat – in den letzten zwanzig Jahren wurden durchschnittlich rund 20 Prozent importiert. Auch in Zukunft wird Strom importiert werden. Durch den regionalen Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz kann die Importabhängigkeit künftig merklich gesenkt werden. Dennoch müssen auch bei der Transformation hin zu einem klimaneutralen Energiesystem noch Energieträger nach Baden-Württemberg importiert werden. Künftig werden

beim Import fossile durch grüne Energieträger ersetzt werden, allen voran durch grünen Strom und Wasserstoff. Die Landesregierung setzt sich mit Nachdruck für den Aufbau der benötigten Infrastruktur und weiterer Rahmenbedingungen ein, zum Beispiel die Diversifikation der Lieferländer.

6. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung, um sicherzustellen, dass für eine klimaneutrale Energieversorgung unabdingbare Technologien verstärkt in Baden-Württemberg und Deutschland produziert werden und die Verfügbarkeit der notwendigen Materialien gesichert ist?

Zu III. 6.:

GreenTech verbindet Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz mit Technik und bietet insbesondere der mittelständisch geprägten Wirtschaft in Baden-Württemberg ausgezeichnete Chancen auf einem wichtigen Zukunftsmarkt. Die Landesregierung möchte die GreenTech-Branche im Land ausbauen und mit dem Ziel fördern, Baden-Württemberg als weltweiten Leitmarkt und Leitanbieter bei Umwelt- und Energietechnologien zu etablieren. Innovationen werden dabei als zentraler Schlüssel für effektiven Klima- und Ressourcenschutz angesehen. Dafür soll eine zentrale Plattform für GreenTech bei Umwelttechnik BW eingerichtet werden. Ein Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten bietet die von Umwelttechnik BW im Juli 2023 veröffentlichte Studie „Analyse der GreenTech-Branche in Baden-Württemberg“, die den Status quo und Potenziale der GreenTech-Branche im Land untersucht.

Die Landesregierung fördert außerdem Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien im Rahmen von Förderprogrammen und relevanten Demonstrations- und Leuchtturmprojekten in Baden-Württemberg, insbesondere in den Bereichen FuE, Infrastruktur und Modellregionen. Ebenso beteiligt sich das Land Baden-Württemberg unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft an den so genannten IPCEI-Vorhaben (Important Projects of Common European Interest) in Baden-Württemberg, die Leuchtturmcharakter insbesondere für die Entwicklung und Produktion der Brennstoffzellentechnologien haben. Der Förderanteil des Bundes beträgt jeweils 70 Prozent der Fördersumme, weitere 30 Prozent werden von den Ländern kofinanziert. Die finanzielle Beteiligung durch das Land Baden-Württemberg beträgt bis zu 265 Millionen Euro.

Die Fördermaßnahmen entlang der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette durch das Land umfassen insgesamt ein finanzielles Volumen von über 500 Millionen Euro. Sie tragen gemeinsam mit den Förderungen des Bundes und der EU maßgeblich dazu bei, die Entwicklung von Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologien voranzutreiben und den Industrie- und Technologiestandort Baden-Württemberg weiter zu stärken. Insbesondere für die Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Mechatronik bestehen gute Chancen, am Wasserstoffhochlauf zu partizipieren und Leitanbieter entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette zu werden. Beispiele für Förderinitiativen sind unter anderem das Projekt „Zero Emission“ am DLR-Institut für Raumfahrtantriebe in Lampoldshausen, das zum Ziel hat, die Marktfähigkeit von Wasserstofftechnologien zu verbessern und der Wirtschaft eine modulare und flexible Testumgebung für die Entwicklung eigener Wasserstofftechnologien anzubieten.

Die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg (wie des gesamten Südens) wird mittelfristig auch wesentlich vom Angebot von grünem Wasserstoff als Standortfaktor abhängen. Eine rechtzeitige Versorgung mit Wasserstoff ist deshalb von sehr hohem wirtschaftlichem Interesse.

Insbesondere im Bereich Industrialisierung der Elektrolyse konnte Baden-Württemberg Kompetenzen ausbauen und entwickeln. Durch eine Förderung von Bund und Land entstand das Reallabor H2-Wyhlen, als erste Großanlage für grünen Wasserstoff in Süddeutschland.

Mit einer Förderung von fünf Millionen Euro unterstützte das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus darüber hinaus das vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) koordinierte Verbundprojekt „Elektrolyse made in Baden-Württemberg (BW-Elektrolyse)“. Der unter Einbindung baden-württembergischer Expertise und Komponenten aufgebaute Elektrolyse-Demonstrator mit einer elektrischen Leistung von rund einem Megawatt soll die Industrialisierung der Wasserstofftechnologie und eine Serienfertigung auf Landesebene beschleunigen, um so mögliche Exportchancen von Wasserstofftechnologien made in Baden-Württemberg zu nutzen.

Im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW wurde mit der „HyFaB BW“ Forschungsfabrik des ZSW und des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme eine offene Industrieplattform zur Forschung und Erprobung von automatisierten Fertigungs- und Qualitätssicherungsverfahren von Brennstoffzellen-Stacks aufgebaut. Mit „HyFaB“ wird die hohe Technologiekompetenz baden-württembergischer Unternehmen und Forschungseinrichtungen weiter gestärkt und ein wesentliches Element für Brennstoffzellen „made in Baden-Württemberg“ geschaffen. Das Projekt „HyFab“ wurde mit Mitteln der Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und mit Bundesmitteln realisiert.

Die einander ergänzenden Projekte H2Rivers und H2Rhein-Neckar zeigen auf, wie die Realisierung einer emissionsfreien Mobilität mit Wasserstoff wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Im größten Demonstrationsprojekt im Südwesten bilden verschiedene Teilprojekte die gesamte Wertschöpfungskette ab, von der Erzeugung von grünem Wasserstoff, über die Infrastruktur bis hin zu Fahrzeuganwendungen. Gefördert werden die Projekte durch Mittel des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr und des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg mit insgesamt rund 37 Millionen Euro.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg unterstützt mit dem Förderprogramm „Modellregion Grüner Wasserstoff“ im Rahmen des baden-württembergischen Programms für den EFRE den Aufbau von ökonomisch und strukturell vernetzten Regionen, die ausschließlich Wasserstoff als Energieträger einsetzen und damit ein möglichst vollständiges Ökosystem für grünen Wasserstoff (klimaneutral erzeugt) darstellen. Insgesamt stehen im Programm rund 48 Millionen Euro aus Mitteln der EU und des Landes zur Verfügung.

Im Förderprogramm Zukunftsprogramm Wasserstoff BW (ZPH2) stellt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft rund 26 Millionen Euro für 20 Projekte in den Technologiebereichen Brennstoffzellen-Teststände, Erzeugung, Speicherung und Transport von Wasserstoff, Komponenten und Sensorentwicklung sowie Netze und Stromversorgungsanlagen zur Verfügung. Mit dem Förderaufruf Klimaschutz und Wertschöpfung durch Wasserstoff (KWH2) fördert das Ministerium weitere acht Pilotprojekte zur Anwendung und Nutzung von grünem Wasserstoff mit rund 17 Millionen Euro.

Darüber hinaus fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Vorhaben, die mit Digitalisierungskonzepten die betriebsinterne Ressourceneffizienz steigern, fossile Energieträger substituieren und damit klima- und umweltschonendere Prozesse ermöglichen. Ein Beispiel hierfür ist der Innovationswettbewerb „Klimaneutrale Produktion mittels Industrie 4.0-Lösungen.“

KI/Blockchain

Um eine klimaneutrale Energieversorgung zu garantieren, ist es unerlässlich den benötigten Strom klimaneutral zu erzeugen, sowie zeit- und mengengenau zu verteilen. Die Bereitstellung, Verteilung und Abrufbarkeit von Energie wird gemeinhin dem Bereich „smart grid“ zugeordnet. Im Rahmen der Initiative Wirtschaft 4.0 Baden-Württemberg (IW4.0) hat sich das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus insbesondere beim vierten Blockchain Breakfast BW im April 2022 mit Anbieterinnen und Anbietern von Smart Grid Infrastrukturen aus BW unterhalten. Auch beim fünfzehnten Blockchain Breakfast BW im September 2023 ist

Smart Grid eines der Hauptthemen, wobei der Fokus auf Blockchain-Anwendungen für Kommunen liegt.

Durch die Kombination mit KI kann ermöglicht werden, dass sowohl Anbieterinnen und Anbieter als auch Abnehmerinnen und Abnehmer den für sie besten Preis erhalten, sowie dass an Ladestellen mit hoher Nachfrage (zum Beispiel wegen zentraler Positionierung) ein größeres Angebot herrscht als an wenig genutzten Ladestationen. Auch können Ladestationen automatisch schon im Voraus kontaktiert werden (Machine-to-Machine Kommunikation) und die Bereitstellung von Energie zu einer bestimmten Zeit „bestellt“ werden. Weitere Aspekte, die die Blockchain-Technologie im Kontext der klimaneutralen Energieversorgung abdecken könnte, sind beispielsweise Fractionalized Ownership, von der Europäischen Union unterstützte Energy Communities oder auch die Tokenisierung von CO_2-Zertifikaten. Zudem sollte Forschung zur Frage der Klimaneutralität der Blockchain-Technologie betrieben werden. Hier gibt es kaum belastbare Zahlen bezüglich des Energieverbrauchs während des gesamten Produktlebenszyklus der Spezialhardware.

Wichtige Vorhaben auf europäischer Ebene betreffen die Reform der Gestaltung des Strommarkts, die Netto-Null-Industrie-Verordnung sowie die Verordnung zu kritischen Rohstoffen, mit der die Europäische Kommission beabsichtigt, die nachhaltige Versorgung mit notwendigen Materialien für wichtige Technologien zu sichern. Für die von der Kommission als kritisch identifizierten Rohstoffe werden klare Richtwerte für inländische Kapazitäten gesetzt und deren Recycling und Produktion gefördert. Darüber hinaus soll die Versorgung durch eine Absicherung der Lieferketten und eine Verbesserung der Kreislaufwirtschaft erreicht werden.

Die Landesregierung fördert im Rahmen des THINKTANK Industrielle Ressourcenstrategien auch ein Vorhaben, welches den heutigen und zukünftigen Bedarf der baden-württembergischen Industrie mit Bezug zu den 30 potenziell kritischen Rohstoffen der EU identifiziert. Im Rahmen dieses Projekts werden am Beispiel von zwei bis fünf ausgewählten kritischen Rohstoffen die Handlungsoptionen der Industrie in Baden-Württemberg für eine sichere und nachhaltige Primärrohstoffversorgung dargestellt. Dies schließt die Untersuchung von heimischer Primär-Rohstoffgewinnung, Sekundär-Rohstoffgewinnung durch Recycling sowie gesicherten Lieferketten außerhalb Europas mit ein und berücksichtigt insbesondere die Kreislaufwirtschaft und Lagerhaltung.

Im Übrigen wird auf die Antwort auf Frage I. 8. (Rohstoffdialog, Landesstrategie Ressourceneffizienz, Runder Tisch Batterie) verwiesen.

7. Ist – unter Darlegung der Organisationen und Unternehmen der KRITIS in Baden-Württemberg sowie deren Unterstützung während der Pandemie – zukünftig eine dynamische Anpassung der KRITIS-Sektoren und -Branchen in Abhängigkeit von der eintretenden Krise oder Katastrophe konzipiert, unter Darlegung der Kriterien, etwa bei der Kinderbetreuung dort Beschäftigter?

Zu III. 7.:

Die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) definiert KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Im Sinne dieser Definition zählen in Baden-Württemberg Organisationen und Einrichtungen aus den Sektoren Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Siedlungsabfallentsorgung, Medien und Kultur, Staat und Verwaltung, Transport und Verkehr sowie Wasser zu den KRITIS.

Um zu verhindern, dass KRITIS ausfallen und dadurch benötigte Dienstleistungen oder Güter, sogenannte „kritische Dienstleistungen“, nicht oder nur einge-

schränkt zur Verfügung stehen, müssen geeignete Maßnahmen zu deren Schutz ergriffen werden. Dies umfasst sowohl präventive Maßnahmen, um Ausfälle von KRITIS möglichst zu verhindern, als auch die Vorplanung und Vorbereitung reaktiver Maßnahmen, um trotz aller Vorkehrungen mögliche Ausfälle zumindest in Teilen kompensieren, deren Auswirkungen abmildern und um gestörte kritische Dienstleistungen möglichst schnell wieder erbringen zu können. Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von KRITIS ist Aufgabe der jeweiligen KRITIS-Betreiber. Gleichzeitig erfordert der Schutz KRITIS ein koordiniertes Zusammenwirken von KRITIS-Betreibern und staatlichen Stellen.

Die genannten Maßnahmen und Planungen zum Schutz von KRITIS müssen ex ante – vor einem schädigenden Ereignis oder einer Krise, die Auswirkungen auf KRITIS hat – erfolgen. Gleichwohl hat die Pandemie gezeigt, dass es abhängig von der jeweiligen Lage erforderlich sein kann, die Funktionsfähigkeit bestimmter Organisationen und Einrichtungen beziehungsweise bestimmte Produktions- und Dienstleistungsbereiche besonders zu schützen. Beispielsweise, indem Maßnahmen ergriffen werden, um benötigte Lieferketten zu schützen oder die Verfügbarkeit von benötigtem Fachpersonal zu gewährleisten. So bestand beispielsweise während der Coronapandemie lageabhängig ein großer Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel.

Bei einer lageabhängigen Definition besonders schützenswerter Organisationen und Einrichtungen werden typischer Weise die Kritischen Infrastrukturen entsprechend der obigen Definition zu berücksichtigen sein, sowie gegebenenfalls weitere in der aktuellen Situation besonders relevante Organisationen und Einrichtungen beziehungsweise bestimmte Produktions- und Dienstleistungsbereiche. Hierbei kann es sich auch um Organisationen und Einrichtungen handeln, die zwar selbst nicht zu den KRITIS zählen, für den Betrieb einzelner KRITIS jedoch zwingend erforderlich sind, beispielsweise das externe Reinigungsunternehmen in einem Krankenhaus.

So hat das Land Baden-Württemberg im Einvernehmen mit den Kommunalen Landesverbänden während der Coronapandemie zur Sicherstellung von Lieferketten eine Bescheinigung für KRITIS-Betriebe zur Verfügung gestellt. Dabei waren alle vor dem Hintergrund der damaligen Lage alle als schützenswert erachteten Organisationen und Einrichtungen unter einem – nur in dieser Situation anzuwendenden – erweiterten KRITIS-Begriff subsummiert worden. Zuvor waren bereits in ähnlicher Weise Regelungen zur Kindernotbetreuung während der Coronapandemie ausgestaltet worden. Im Verlauf der Pandemie wurden ferner Regelungen zur Impfpriorisierung von KRITIS-Beschäftigten sowie von entsprechenden, zeitweise in die Corona-Verordnung Absonderung aufgenommenen Ausnahmenregelungen für Beschäftigte, von KRITIS aufgenommen. Entsprechend der unterschiedlichen Rahmenbedingungen wichen die Definitionen der erfassten Organisationen und Einrichtungen bzw. des erfassten Personals in allen genannten Fällen voneinander ab.

Zudem arbeitet der Bund an einem Entwurf für eine Änderungsverordnung zur Aufnahme des Sektors Siedlungsabfallentsorgung in die Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV). Es wird eine dringend notwendige Ausweitung auf alle haushaltsnah erfassten Abfallströme erfolgen.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus

Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 / 5149**

17. Wahlperiode **19.7.2023**

Große Anfrage

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

und

Antwort

der Landesregierung

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Themenfeld IV – Wirtschaft

Große Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

I. Politisch motivierte Drohungen, rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung im Netz

1. Welche Entscheidungen zu coronabedingten Einschränkungen und Anpassungen wurden zu welchem Zeitpunkt von der Landesregierung getroffen, die die Wirtschaft betroffen haben, und zu welchem Zeitpunkt vor welchem Hintergrund wurden diese durch wen verändert?

2. Zu welchem Zeitpunkt und durch wen wurden finanzielle Hilfen für die Wirtschaft gewährt und wie viele wurden abgerufen (aufgeschlüsselt nach dem Zeitpunkt des Abrufens, nach Art der Hilfe, nach Bundes- oder Landesmitteln)?

3. Wie viele Hilfen mussten jeweils zu welchem Zeitpunkt zurückgezahlt werden (aufgeschlüsselt nach Anzahl der Betriebe und nach Branchen)?

4. Was erhofft sie sich durch die in Auftrag gegebene Evaluation der Corona-Hilfsprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Referenznummer der Bekanntmachung: LZBW-2023-01-011)?

5. Wie viele Beschäftigte im Land haben in der Coronakrise von Kurzarbeitergeld profitiert unter besonderer Darstellung, bei wie vielen dieser Beschäftigten das Kurzarbeitergeld tariflich aufgestockt wurde?

6. Welche Berufe hat die Landesregierung während der Pandemie als systemrelevant erfasst (aufgeschlüsselt nach Branchen) unter Darlegung, welche Kriterien als Maßstab der Systemrelevanz für künftige Krisen gelten?

Eingegangen: 19.7.2023 / Ausgegeben: 21.9.2023

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

7. Inwiefern betrachtet sie auch im Rückblick die Arbeit bestimmter Berufsgruppen als systemrelevant und ergreift Maßnahmen, um diese Berufe (ggf. auch finanziell) aufzuwerten?

8. Wie hat sich die Situation von Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten in Betrieben während der Coronapandemie entwickelt (aufgeschlüsselt nach Branchen) unter besonderer Darstellung, welche Maßnahmen zur Krisenvorsorge zugunsten von Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten getroffen werden?

9. Welche Maßnahmen hat sie zur Erfassung der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) entwickelt unter besonderer Darstellung, in welcher Hinsicht welche Branchen und Bereiche gesondert berücksichtigt wurden?

10. Welche Auswirkungen hatte die Coronapandemie auf die Wirtschaft in verschiedenen Unternehmensgrößenklassen und Branchen unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklung der Beschäftigung, Umsatzentwicklung, Zahl der Insolvenzen?

11. Inwiefern hat sich die Wirtschaft im Land nach Corona verändert unter Berücksichtigung der Frage, welche Branchen gestärkt und welche geschwächt wurden?

12. Inwiefern waren Unternehmen – beispielhaft am Engagement der Porsche SE beim Erwerb von Gesichtsmasken in der Coronapandemie – in Pandemiezeiten im Auftrag der Landesregierung bei der Beschaffung von Schutzgütern aus dem Ausland beteiligt (bitte aufgeschlüsselt nach beteiligtem Unternehmen, Zweck der Beteiligung und die durch das Unternehmen übernommenen Aufgaben)?

13. Ausgehend von Frage 12 und unter Bezugnahme der bisherigen Erkenntnisse oder Lehren aus der Coronapandemie über zukünftige Kooperationen mit Unternehmen bei der Krisenbewältigung, inwiefern können Unternehmen in Krisen staatliche Aufgaben übernehmen oder den Staat bei diesen unterstützen und plant sie solche Kooperation für Produkte der kritischen Versorgungssicherheit dauerhaft einzurichten oder zukünftig zu institutionalisieren?

14. Wie bewertet sie die aktuell bestehenden regionalen Außenhandelsbeziehungen und plant sie zukünftig andere oder weitere Handelsbeziehungen mit ausländischen Regionen (bitte aufgeschlüsselt nach regionalen Handelspartnern, betroffener Branche und Planungs- bzw. Umsetzungsstand der Handelsabkommen)?

II. Resilienz

1. Was tut die Landesregierung, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Coronapandemie, zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz nach dem Verständnis der an die Definition der Vereinten Nationen angelehnten Begriffsbildung der „krisenresilienten Wirtschaft“, welche die Fähigkeit der Wirtschaft, sich rechtzeitig und effizient den Auswirkungen einer Gefährdung zu widersetzen, diese zu absorbieren, sich an sie anzupassen, sie umzuwandeln oder sich von ihr zu erholen, beinhaltet (bitte mit Nennung konkreter Indikatoren, an denen sie die Stärkung festmacht)?

2. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um vor dem Hintergrund möglicher weiterer Krisen Unternehmen im Land anzusiedeln und Lieferketten zu stärken bzw. regionale Lieferanten nicht zu benachteiligen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm bzw. der jeweiligen Strategie)?

3. In welcher Hinsicht werden Arbeitsschutzbestimmungen bei der Nachverfolgung von Lieferketten abgesichert?

4. Von Frage II. 2. ausgehend und unter Berücksichtigung der angeschlagenen Medizintechnikbranche Baden-Württembergs aufgrund der Auswirkungen der in 2021 in Kraft getretenen Medical Device Regulation (Europäische Verordnung über Medizinprodukte) – wie plant sie die Versorgungssicherheit von medizintechnischen Nischenprodukten und speziellen Kleinserien (z. B. Ballonkatheter für Säuglinge) zukünftig sicherzustellen?

5. Welche Konzepte oder Programme wurden, unter Berücksichtigung der in Frage 13 ersuchten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Landesregierung und Unternehmen, im Bereich der Arbeits- und Fachkräftesicherung und -anwerbung, bereits ergriffen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm)?

6. Wie steht sie zur eigenverantwortlichen Lagerhaltung von Unternehmen, die sich im Zuge der Coronapandemie sowie des russischen Angriffskriegs deutlich erhöht hat?

7. Von Frage II. 6. ausgehend, ob sie, ähnlich wie bereits für Arzneimittel, auch in anderen Branchen eine Bevorratung bzw. Lagerhaltung für Unternehmen anstrebt (wenn ja, bitte aufgeschlüsselt nach Produkten oder Artikeln und Menge der zu bevorratenden Güter pro Unternehmen sowie der geplanten Koordinierungslogistik und eventuellen Fördermaßnahmen)?

8. Von Frage II. 7. ausgehend, welche Position vertritt sie zur Bevorratung bzw. Lagerhaltung für Unternehmen und sieht sie die Kompetenzen in diesem Bereich bei sich selbst oder beim Bund?

9. Unter Berücksichtigung der Antworten zu Fragen II. 1. und II. 5., wie resilient ist Baden-Württemberg aufgestellt, wenn zentrale Lieferketten zusammenbrechen würden, bspw. für seltene Erden, Mikrochips, etc. (bitte aufgeschlüsselt nach den am härtesten betroffenen Branchen, Mangelgütern und konkret absehbaren Auswirkungen)?

10. Welche Strategie plant sie, um dem Einbruch von Start-up Unternehmensgründungen und dem damit einhergehenden Innovationsdefizit, nachhaltig – auch in Krisenzeiten – entgegenzuwirken?

11. Welche Konzepte oder Programme plant sie oder hat sie bereits ergriffen, neben den drei auf Bundesebene erlassenen Bürokratieentlastungsgesetzen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm, dessen Umsetzungsstand und ggf. der Anzahl der Unternehmen, die eine entsprechende Förderung in Anspruch genommen haben)?

III. Digitalisierung

1. Welche Rolle bzw. welches Potenzial sieht sie zukünftig in der Digitalisierung, insbesondere in der Künstlichen Intelligenz (KI) für eine krisenresiliente Wirtschaft und somit auch für die heimische (Versorgungs-)sicherheit?

2. Wie viele Cyberangriffe sind auf die IT-Infrastruktur in der Landesverwaltung inklusive aller nachgeordneten Bereiche sowie Unternehmen von besonderem öffentlichen Interesse, Unternehmen mit Landesbeteiligung, Kommunen und Unternehmen und Unternehmen in kommunaler Trägerschaft, Wirtschaftsunternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg, staatlichen Schulen, Hochschulen und Universitäten in Baden-Württemberg sowie bei Bürgerinnen und Bürgern mit Wohnsitz in Baden-Württemberg seit Drucksache 17/4048 erfolgt (bitte differenziert nach Art der Angriffe)?

3. Von Frage III. 2. ausgehend und unter Berücksichtigung der unter Frage II. 1. genannten Definition von Resilienz, welche Mechanismen und Notfallpläne hat sie für Notfallsituationen wie den Zusammenbruch der baden-württembergischen IT-Infrastruktur, beispielsweise durch massives Cyberhacking feindlicher Staaten?

4. Inwiefern haben sich coronabedingt das Arbeiten im Homeoffice und mobiles Arbeiten in Baden-Württemberg entwickelt unter besonderer Berücksichtigung, inwiefern diesbezügliche Auswirkungen auch nach Corona spürbar sind, einer Einschätzung über zu erwartende zukünftige Entwicklungen, die damit verbundenen Auswirkungen als auch der Frage, welche Schlüsse sie daraus zieht?

5. In welcher Hinsicht entstehen daraus aus Sicht der Landesregierung Regelungs- und Diskussionsbedarfe, unter Berücksichtigung der Antwort auf Frage III. 4., beispielsweise zu Fragen der Mitbestimmung, des Arbeitsschutzes und zu Fragen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

19.7.2023

Stoch, Binder, Wahl, Dr. Kliche-Behnke

und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann, Reith, Karrais

und Fraktion

Begründung

Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen mit dem Ziel erarbeiten, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen.

In der Enquetekommission sollen zu den vier Themenfeldern Gesundheit, Staat und Verwaltung, gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheit sowie global vernetzte Gesellschaft (Ökonomie und Ökologie) Handlungsempfehlungen erarbeitet werden.

Mit dieser vierten Großen Anfrage soll das Themenfeld Wirtschaft in den Blick genommen werden, um die Erkenntnisse in die weitere Arbeit einzubringen.

Antwort

Schreiben des Staatsministeriums vom 12. September 2023 Nr. STM31-4209-5/8/2:

In der Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf § 63 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg die von der Landesregierung beschlossene Antwort auf die Große Anfrage.

Hassler

Staatssekretär

Anlage: Schreiben des Staatsministeriums

Mit Schreiben vom 7. September 2023 Nr. 51-42-530-562 beantwortet die Landesregierung die Große Anfrage wie folgt.

I. Wirtschaft in der Krise

1. Welche Entscheidungen zu coronabedingten Einschränkungen und Anpassungen wurden zu welchem Zeitpunkt von der Landesregierung getroffen, die die Wirtschaft betroffen haben, und zu welchem Zeitpunkt vor welchem Hintergrund wurden diese durch wen verändert?

Zu I. 1.:

Seit Beginn der Coronapandemie im Februar 2020 musste die Landesregierung – insbesondere auch vor dem Hintergrund damals noch fehlender Impfstoffe, begrenzter Erkenntnisse über das neue Virus SARS-CoV-2 (Coronavirus) und hoher Infektions- und Sterbezahlen in benachbarten Staaten – einschränkende Maßnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft erlassen, um eine unkontrollierte Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 und in der Folge eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Die Bekämpfung der Coronapandemie als sehr ansteckende Krankheit, die sich insbesondere im Rahmen von sozialen Kontakten von Mensch zu Mensch übertragen hat, erfolgte durch die Landesregierung stets im Rahmen der Beobachtung der aktuellen Infektionslage und unter Berücksichtigung der zur jeweiligen Zeit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Erreger SARS-CoV-2.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration betont, dass die Infektionsschutzmaßnahmen nicht spezifisch die Wirtschaft betrafen, sondern vielmehr Einschränkungen in allen Lebensbereichen erforderlich waren, um die Ausbreitung des Virus zu verzögern.

Aufgrund komplexer Interdependenzen sowohl zwischen den Sektoren der Wirtschaft als auch zwischen den einzelnen Regelungsbereichen der erlassenen Verordnungen konnten sich jedoch auch solche Vorschriften, die nicht unmittelbar auf einzelne Wirtschaftsbereiche abzielten, mittelbar auf die wirtschaftlichen Akteure auswirken.

Die Infektionsschutzmaßnahmen wurden in insgesamt 71 Corona-Verordnungen der Landesregierung zuzüglich Änderungsverordnungen geregelt. Diese stellten das Ergebnis eines umfangreichen und aufwändigen Abstimmungsprozesses zwischen allen Ministerien der Landesregierung dar. Von wesentlicher Bedeutung für die Ausgestaltung der Regelungen waren hierbei die Beschlüsse der in regelmäßigen Abständen stattfindenden Konferenzen der Regierungschefinnen und -chefs der Länder mit der damals amtierenden Bundeskanzlerin (MPK-Beschlüsse), bei der die zwischen allen Ländern und dem Bund konsentierten Maßnahmen beschlossen wurden. Deren Umsetzung hatte durch die Länder im Wege ihrer auf das Infektionsschutzgesetz gestützten Corona-Verordnungen zu erfolgen. Die Landesregierung war hierbei immer bestrebt, die konsentierten Infektionsschutzmaßnahmen so eng wie möglich entlang der Bund-Länder-Beschlüsse und so schnell wie möglich in Landesrecht umzusetzen.

So wurden in verschiedenen Zeitabschnitten neben dem öffentlichen und privaten Leben, Bildung und Kultur auch Bereiche der Wirtschaft – etwa das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Einzelhandel, körpernahe Dienstleistungen, Clubs und Messen – Einschränkungen unterworfen oder ihr Betrieb vollständig untersagt.

Im Einzelnen wurden zu Beginn der Pandemie, Mitte März 2020, die ersten Lockdownmaßnahmen beschlossen und in der Corona-Verordnung der Landesregierung festgelegt. Diese wurden in kurzen Abständen an die sich permanent verändernde pandemische Situation schnellstmöglich angepasst. Die Maßnah-

men zielten auf die Verzögerung der Ausbreitung des Virus und das Brechen von Infektionsketten ab, was im Einzelnen durch Abstandsregeln, Untersagung von Großveranstaltungen, Schließung der Gastronomie und von körpernahen Dienstleistungsbetrieben, Hygienevorschriften für sonstige Betriebe mit Publikumsverkehr und allgemeine Kontaktbeschränkungen (mit Ausnahme von Personen des eigenen Haushalts oder einer haushaltsfremden Person) erreicht werden sollte. Dass die Betriebsschließungen in der ersten Pandemiewelle im Frühjahr 2020 rechtmäßig und zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung sowie zur Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung geeignet, erforderlich und angemessen waren, wurde bereits durch drei Urteile des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs bestätigt.

Diese Maßnahmen wurden ab Mai 2020 mit dem sich abzeichnenden Rückgang der Infektionen wieder schrittweise angepasst und Aktivitäten unter Auflagen wieder ermöglicht.

Dies gilt auch für den Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen vom 25. März 2020 an die nachgeordneten Baurechtsbehörden, mit dem verfügt wurde, dass, soweit in Baugenehmigungen von Lebensmittelmärkten Betriebszeiten baurechtlich vorgegebenen sind (insbesondere die Anlieferungsbeschränkungen zur Nachtzeit), die zur Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Überschreitungen bis zum Ende der wegen der Coronakrise durch Bund, Land und Kommunen angeordneten Beschränkungen als Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens nach § 47 Absatz 1 Satz 2 Landesbauordnung zu dulden sind, selbst wenn es zu Anwohnerbeschwerden kommen sollte. Der Erlass wurde wegen der Entspannung der Versorgungssituation im Juli 2020 zunächst ausgesetzt und im Dezember 2020 wegen einer erneuten Verschärfung der Situation (siehe hierzu auch weiter unten) wieder in Kraft gesetzt, bevor er zum 1. März 2021 endgültig aufgehoben wurde.

Bei den Regelungen der Verordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zur Eindämmung von Übertragungen von SARS-CoV-2 in Schlachtbetrieben und der Fleischverarbeitung (Corona-Verordnung Schlachtbetriebe und Fleischverarbeitung – CoronaVO Schlachtbetriebe und Fleischverarbeitung) vom 7. Juli 2020 und deren Fortschreibung war das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz eingebunden. Beschränkend für die Unternehmen war die Einführung einer regelmäßigen Testpflicht bei Betrieben mit über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mittels PCR-Tests, deren Kosten die Unternehmen zu tragen hatten. Die Regelungen wurden im Rahmen der Erfahrungen und Etablierung von neueren Testmethoden mehrfach angepasst. Am 8. März 2021 wurden die Regelungen in die allgemeine Corona-Verordnung des Landes als § 14 a überführt und die speziellen Regelungen für Fleischbetriebe deutlich reduziert.

Im November 2020, nach einem Sommer mit stabilen und verhältnismäßig niedrigen Infektionszahlen, wurden mit erneutem Anstieg der Infektionszahlen zusätzliche Einschränkungen erforderlich. Diese wurden nach entsprechendem MPK-Beschluss vom 28. Oktober 2020 als sogenannter „Lockdown light“ in der Corona-Verordnung umgesetzt. Als die Infektionszahlen weiter anstiegen, folgte mit MPK-Beschluss vom 13. Dezember 2020 seitens der Landesregierung die Entscheidung, weitere infektionsschützende Maßnahmen umzusetzen. Diese beinhalteten in Abhängigkeit von der landesweit erreichten Inzidenz weitere Einschränkungen von privaten Zusammenkünften, Ausgangsbeschränkungen, Veranstaltungsbeschränkungen, Schließung von Diskotheken sowie Ausschankverbot von Alkohol und Abbrennverbot für Feuerwerkskörper in der Öffentlichkeit.

Zu Beginn des Jahres 2021 folgten weitere Anpassungen der Infektionsschutzmaßnahmen wie die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske in Fahrzeugen des ÖPNV und in Geschäften sowie die Schließung von Betriebskantinen. Gleichzeitig traf die Landesregierung die Vorbereitungen für erste Öffnungen bei Absinken der Infektionszahlen. So wurden in der Corona-Verordnung in der Fassung vom 30. Januar 2021 bereits erste Regelungen für Öffnungen im Handel aufgenommen, für den Fall, dass die landesweite Sieben-Tage-Inzidenz unter

den Wert von 35 Neuinfektionen sinken sollte. Diese Öffnungsschritte wurden im Zeitraum Februar/März 2021 sukzessive ausgeweitet.

Gegen Mitte März 2021 zeichnete sich ein Wiederanstieg der Infektionszahlen ab. Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder beschlossen daher am 22. März 2021 gemeinsam mit der Bundeskanzlerin erstmals die Einführung einer sogenannten Notbremsenregelung, die wieder weitere Schließungen für den Fall vorsehen sollte, dass der landesweite Sieben-Tage-Inzidenzwert den Wert von 100 Neuinfektionen überschreiten würde.

Dieses Szenario sollte sich im weiteren Pandemieverlauf realisieren. Zur bundesweiten Vereinheitlichung der inzidenzwertbasierten Betriebsschließungen und sonstigen zusätzlichen Einschränkungen wurde schließlich durch die Bundesregierung am 22. April 2021 im sogenannten Vierten Bevölkerungsschutzgesetz mit dem damals geltenden § 28b Infektionsschutzgesetz die sogenannte „Bundesnotbremse“ befristet zum 30. Juni 2021 für alle Länder verbindlich geregelt. Das Ziel war, die Reproduktionszahl (Wert, wie viele Menschen eine infizierte Person im Mittel ansteckt) verlässlich unter den Wert 1 zu senken, um durch Absenkung der Neuansteckungen die Infektionskurve abflachen zu lassen.

Die wesentlichen Maßnahmen der Bundesnotbremse waren neben Einschränkungen bei privaten Zusammenkünften und Regelungen für den Schulbetrieb im Wechselbetrieb beziehungsweise Präsenzunterrichtsverboten insbesondere breit aufgestellte Betriebsschließungen. Darunter waren folgende Maßnahmen bei einer Überschreitung der Sieben-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen in einem Stadt- oder Landkreis:

- Schließung von Ladengeschäften und Märkten mit Kundenverkehr mit Ausnahme von Geschäften zur Deckung des täglichen Lebensbedarfs (insbesondere Lebensmittelhandel, Drogerien, Apotheken, Tankstellen und Zeitungs-/Zeitschriftenhandel) und des Großhandels, wobei als Ausnahmen die Abholung bestellter Waren („Click and Collect“) oder das Einkaufen nach Voranmeldung und mit negativem Test („Click and Meet“) erlaubt waren,
- Schließung von Theatern, Opern, Konzerthäusern, Musikclubs, Kinos (außer Autokinos), Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten,
- Untersagung der Ausübung von Sport mit Ausnahme des Individualsports und des Profisports, wobei Sportwettkämpfe nur ohne Zuschauer gestattet waren,
- Schließung von Gaststätten aller Art, wobei der Lieferservice und die Abholung von Speisen und Getränken gestattet waren,
- Untersagung von körpernahen Dienstleistungen mit Ausnahme von Dienstleistungen zu medizinischen, therapeutischen, pflegerischen oder seelsorgerischen Zwecken sowie mit Ausnahme von Friseurbetrieben und Fußpflege, sofern sichergestellt war, dass alle Beteiligten eine FFP2-Atemschutzmaske trugen und die Kundinnen und Kunden ein negatives Testergebnis vorweisen konnten,
- FFP2-Atemschutz-Pflicht bei der Beförderung im ÖPNV sowie im Fernverkehr und bei Taxifahrten,
- Verbot von Hotelübernachtungen zu touristischen Zwecken.

Inzidenzunabhängig galt zudem die Verpflichtung der Arbeitgeber, den Beschäftigten das Arbeiten von zuhause aus zu ermöglichen. Die Beschäftigten waren ihrerseits regelmäßig verpflichtet, die Arbeit im Homeoffice aufzunehmen.

Aufgrund des Vorrangs des Bundesrechts war es den Ländern nicht möglich, Ausnahmen von der Bundesnotbremse zu erlassen.

Mit dem Abflachen der Infektionskurve im Sommer 2021 und dem Ende der Regelungen der Bundesnotbremse am 30. Juni 2021 setzte die Landesregierung mit der Corona-Verordnung in der Fassung vom 28. Juni 2021 (Inkrafttreten 30. Juni 2021) ein Stufenkonzept um. Entsprechend der damaligen wissenschaftlichen Erkenntnisse wurden als Parameter für die Maßnahmen fortan die in einem Stadt-

oder Landkreis geltende sogenannte Hospitalisierungsinzidenz oder alternativ die landesweite Auslastung der verfügbaren Intensivbetten zugrunde gelegt.

Das dreigliedrige Stufenmodell sah als Grundlage eine Basisstufe vor, bei welcher grundlegende Infektionsschutzmaßnahmen galten. Diese wurde ergänzt durch eine Warnstufe und eine Alarmstufe, die bei Erreichen bestimmter Grenzwerte der oben genannten Parameter weitergehende Beschränkungen vorsahen.

Mit dem Beginn der Impfkampagne und einer bereits erreichten substantiellen Impfquote in der Bevölkerung sowie nach dem üblichen Abflachen der Infektionskurve im Sommer wurde mit der Elften Corona-Verordnung der Landesregierung vom 15. September 2021 ein weiterentwickeltes Stufenkonzept eingeführt, das als grundlegend neue Systematik von einer Untersagung des Betriebs beziehungsweise Publikumsverkehrs in den meisten Lebensbereichen abkehrte und stattdessen Regelungen zum Zugang der Einrichtung oder der Veranstaltung unter Auflage der Vorlage eines Impf- oder Genesenennachweises oder eines tagesaktuellen Coronatests enthielt, die sogenannte 3G-Regelung (Getestet, Geimpft, Genesen) oder 2G-Regelung (Geimpft oder Genesen).

Die Maßnahmen sahen regelmäßig vor, dass bei Erreichen der Alarmstufe der Zutritt zu Einrichtungen nur noch immunisierten, das heißt vollständig geimpften oder genesenen Personen, gestattet war. In einzelnen Lebensbereichen, bei denen nach den damals aktuellen Erkenntnissen die üblichen Hygieneregelungen, insbesondere die Maskenpflicht in Innenräumen, zur Reduzierung der Infektionsgefahr ausreichend erschienen, gab es in der Alarmstufe auch Zutrittsmöglichkeiten für nicht-immunisierte Personen mit aktuellem negativem Coronatest, so zum Beispiel im Einzelhandel. Im Bereich der Veranstaltungen wurden die Zutrittsregelungen zusätzlich durch Personenobergrenzen in den jeweiligen Stufen flankiert. Die üblichen allgemeinen Schutzmaßnahmen wie Abstandsempfehlungen, Maskenpflichten, Pflicht zur Kontaktpersonennachverfolgung und Erstellung eines Hygienekonzepts blieben erhalten.

Diese Systematik der Basis-, Warn- und Alarmstufen wurde im Spätherbst/Winter 2021 aufgrund des Anstiegs der Infektionszahlen schließlich durch eine Alarmstufe II ergänzt, die bis Februar 2022 Bestand hatte. Diese sah im Wesentlichen eine sogenannte „2G-Plus-Regelung“ in den meisten Lebensbereichen vor, welche besagte, dass der Zutritt nur immunisierten (geimpften oder genesenen) Personen gestattet war, die zusätzlich einen aktuellen negativen Coronatest vorweisen konnten. In bestimmten Fällen folgten weitere ergänzende Maßnahmen, wie zum Beispiel eine nächtliche Sperrzeit in der Gastronomie. Darüber hinaus wurden Einrichtungen, in denen mit einer erhöhten Infektionsgefahr aufgrund eines besonders hohen und aerosolintensiven Publikumsverkehrs und vielen Kontakten auf engem Raum zu rechnen war (zum Beispiel Discotheken, Großveranstaltungen), vollständig untersagt. Die damit getroffenen Ge- und Verbote deckten sich im Wesentlichen mit den Beschlüssen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (MPK-Beschluss vom 7. Januar 2022).

Nach kurzfristiger Berücksichtigung von Auffrischimpfungen in Februar 2022 aufgrund des Fortschritts der Impfkampagne in den Schutzmaßnamen endete die Stufenregelung schließlich Mitte März 2022 und es verblieben in der folgenden Endphase der Pandemie bis zur vollständigen Aufhebung der Corona-Verordnung des Landes am 28. Februar 2023 lediglich grundlegende Hygiene- und Maskenpflichten in den Lebensbereichen.

Neben den Corona-Verordnungen der Landesregierung sahen weitere Ressortverordnungen einzelner Ministerien ergänzende sowie klarstellende Regelungen für einzelne Lebensbereiche vor.

Im Verlauf der Pandemie haben die Corona-Verordnungen über den Betrieb von Musikschulen, Kunstschulen und Jugendkunstschulen (CoronaVO Musik-, Kunst- und Jugendkunstschulen) und über die Sportausübungen (CoronaVO Sport) als Subverordnungen der Corona-Verordnung jeweils deklaratorisch, aber mit dem speziellen Bezug zu den Musik-, Kunst- und Jugendkunstschulen sowie

zur Sportausübung, die Einschränkungen und Anpassungen der Corona-Verordnung aufgegriffen.

Die Betriebsuntersagungen und Einschränkungen von Einrichtungen hatten wirtschaftliche Auswirkungen für

- die Betreiber öffentlicher und privater Sportanlagen wie beispielsweise Fitness- und Yogastudios, Tennishallen, Skilifte, Schwimmbäder, Kampfsportschulen und Soccer Parks,
- die Betreiber der Landessportschulen und weiterer Bildungseinrichtungen des Sports,
- die Betreiber von Musik-, Kunst- und Jugendkunstschulen sowie von Tanz- und Ballettschulen,
- das an diesen Einrichtungen betriebene Gast- und Schankgewerbe sowie
- soloselbstständige Trainer sowie Musik-, Kunst-, Tanz- und Ballettlehrer.

Die Einschränkungen bei Veranstaltungen (zum Beispiel Teilnehmerobergrenzen, Alkoholverbot, Verbot gastronomischer Angebote) hatten vor allem wirtschaftliche Auswirkungen für

- die Proficlubs der Profiligen,
- die Veranstalter von Sportgroßveranstaltungen und
- Sportvereine.

Wirtschaftliche Auswirkungen hatten zudem die finanziellen Mehrbelastungen für die Betreiber von Einrichtungen, Soloselbstständige und Veranstalter aus den Bereichen Sport und Kultur zur Umsetzung der besonderen Maßgaben zum Betrieb und zur Durchführung von Veranstaltungen (insbesondere Hygieneanforderungen und Hygienekonzepte, Datenverarbeitung, Kontrolle des Zutritts- und Teilnahmeverbots).

Für die Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung wie die Volkshochschulen ergaben sich ebenfalls wirtschaftliche Einschränkungen. Nach ihrer vollständigen Schließung im Präsenzbereich waren zunächst lediglich wenige Präsenzangebote zugelassen (insbesondere Angebote der schulischen, beruflichen oder dienstlichen Bildung, die nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II oder SGB III) geförderte Bildung und die zur Integration oder zur deutschen Sprachbildung von Migrantinnen und Migranten angebotene Bildung). Auch bei der kurze Zeit später erfolgten weiteren Öffnung ergaben sich wirtschaftliche Auswirkungen durch allgemeine Einschränkungen für Veranstaltungen, Hygienekonzepte, Zugangskontrollen, Teilnehmerzahlbeschränkungen oder die Maskenpflicht (beispielsweise im Sprachkursangebot).

Von den Angebotsbeschränkungen im Bereich dieser Einrichtungen waren besonders auch die dort oftmals auf Honorarbasis arbeitenden Dozentinnen und Dozenten betroffen.

Einschränkungen des Präsenzbetriebs an Schulen und in Kindertageseinrichtungen beziehungsweise in der Kindertagespflege ergaben sich aus der Corona-Verordnung, der CoronaVO Schule und der CoronaVO Kita. Insbesondere die mehrwöchigen Schließungen der Einrichtungen während der Lockdowns ab dem 17. März 2020 und ab dem 16. Dezember 2020 konnten mittelbaren Einfluss auf die Wirtschaft haben, da berufstätige Erziehungsberechtigte neben ihrer Berufstätigkeit für die Betreuung ihrer Kinder sorgen mussten.

Um die Erziehungsberechtigten diesbezüglich zu entlasten, sahen die genannten Corona-Verordnungen für Kinder bis einschließlich der Klassenstufe 6, ab dem 19. Juni 2020 bis einschließlich Klassenstufe 7 eine Notbetreuung in den entsprechenden Einrichtungen vor. Die zunächst bestehende Beschränkung der berechtigten Personengruppen auf Beschäftigte in systemrelevanten Bereichen wurde

zum 12. April 2021 vollständig aufgehoben. Ab diesem Zeitpunkt konnten alle Kinder die Notbetreuung in Anspruch nehmen, deren Erziehungsberechtigte in ihrer Berufstätigkeit unabkömmlich waren oder ein Studium absolvierten beziehungsweise eine Schule besuchten und die Abschlussprüfung im Jahr 2021 anstrebten, sofern sie dadurch an der Betreuung ihrer Kinder gehindert waren.

Für den Verkehrsbereich wurden Maßnahmen ergriffen, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, zugleich aber weiterhin die Mobilität bestmöglich aufrechtzuerhalten. Dies betraf unter anderem die Bereiche des Öffentlichen Verkehrs, des Flugverkehrs, der Schifffahrt, des Straßenbaus sowie den Bereich der Fahrschulen.

Ziel war es, im Öffentlichen Verkehr während der Pandemie dauerhaft ein stabiles Angebot und möglichst viele Kapazitäten anbieten zu können, um Einschränkungen auch für die berufliche Mobilität zu vermeiden. Daher wurden nur in Ausnahmefällen Fahrpläne an pandemiebedingte Einschränkungen angepasst, zum Beispiel bei erhöhtem Krankenstand.

Um die pandemiebedingten Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmen zu reduzieren, engagierte sich das Land vielfältig. So wurden Rettungsschirme für den ÖPNV, Reisebusunternehmen und Carsharing-Anbieter aufgestellt, Förderprogramme zum Beispiel für Trennscheiben in Bussen und Bürgerbussen und von zusätzlichen Schulbusverkehren aufgelegt und Familien beim Preis von Abonnements für Schülerinnen und Schüler entlastet.

Im Bereich des ÖPNV wurde durch die Corona-Verordnung des Landes zum 27. April 2020 eine Maskenpflicht eingeführt, welche im weiteren Verlauf der Pandemie jeweils angepasst wurde, zum Beispiel in Hinblick auf die Art der zu tragenden Maske und des Geltungsbereichs an Haltestellen. Die Maskenpflicht im Nahverkehr endete am 31. Januar 2023. Die landesrechtliche Maskenpflicht im ÖPNV wurde durch weitere bundesrechtliche Vorgaben flankiert, zum Beispiel zur Maskenpflicht im Schienenpersonenfernverkehr oder zu erforderlichen Nachweisen (zum Beispiel eine „3G-Regel“). Das Land beteiligte sich hinsichtlich der Kontrollen der „3G-Regeln“ im ÖPNV an Mehrkosten für externe Sicherheitskräfte in Bus und Bahn.

Für den Bereich der Binnenschifffahrt wurden in den Corona-Verordnungen des Landes zu unterschiedlichen Zeitpunkten eine Maskenpflicht auf Fahrgastschiffen eingeführt, die Zulässigkeit des Betriebs der Ausflugsschifffahrt zeitweise untersagt sowie zu einem späteren Zeitpunkt der Betrieb von Fluss- und Seenschifffahrt in Abhängigkeit der jeweiligen Warn-, Alarm- oder Inzidenzstufen zugelassen.

Um in der Pandemie Erleichterungen für die Vergabe und Ausführung von Leistungen bei dem Bau von Bundesfern- und Landesstraßen herbeizuführen, wurden mehrere Rundschreiben, Erlasse, Handlungsempfehlungen und Hinweise veröffentlicht. Insbesondere das Rundschreiben des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 15. Juli 2020, Az. StB 14/7134.40/010/3347720, zur „Erleichterung für die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschleunigung investiver Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie“ mit landesspezifischen Ergänzungen des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 24. Juli 2020, Az. 2-14/41. Zudem hat das Ministerium für Verkehr das Rundschreiben des Bundesverkehrsministeriums vom 22. Juni 2020, Az. StB 14-/7134.2/005/3337578, zum Umgang mit Mehrkosten durch zusätzliche Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen auf Grund der Coronapandemie veröffentlicht und ergänzend hierzu Handlungsempfehlungen (fortgeschrieben am 1. März 2021, Az. VM2-14-1/8/1) sowie Prüfhinweise erlassen (27. November 2020, Az. 2-14/41).

Des Weiteren stellt auch die öffentliche Vergabe einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Um die Vergabe öffentlicher Aufträge und damit investive Maßnahmen angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs infolge der Coronapandemie beschleunigen zu können, erließ die Landesregierung Baden-Württemberg in federführender Zuständigkeit des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

am 20. August 2020 die VwV Investitionsfördermaßnahmen öA (Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie). Danach konnten die Vergabestellen der Landesverwaltung befristet bis Ende 2021 Bauleistungen bis zu 100 000 Euro freihändig vergeben und bis zu einer Million Euro beschränkt ausschreiben. Für Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem Auftragswert von 100 000 Euro war eine Verhandlungsvergabe möglich, bis zu 214 000 Euro eine Beschränkte Ausschreibung. Die Werte für den Direktauftrag von Liefer- und Dienstleistungen wurden von 5 000 auf 10 000 Euro und beim Direktauftrag von Bauleistungen von 3 000 auf 5 000 Euro erhöht. Die VwV Investitionsfördermaßnahmen öA trat am 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Die VwV Investitionsfördermaßnahmen öA ging als lex specialis den entsprechenden Regelungen in der VwV Beschaffung (Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge) vom 24. Juli 2018 (GABl. S. 490), die durch Verwaltungsvorschrift vom 5. Juni 2019 (GABl. S. 217) geändert worden war, vor.

Zu Beginn der Coronapandemie wurde durch die Corona-Verordnung der Landesregierung der Betrieb von Bildungseinrichtungen, worunter auch Fahrschulen fallen, am 16. März 2020 untersagt. Im Weiteren wurde der Betrieb der Fahrschulen ab dem 11. Mai 2020 wieder unter Auflagen zugelassen. Hierzu zählten insbesondere Abstands- und Hygienevorschriften. Dies schränkte unter anderem die Zahl der Teilnehmer im theoretischen Fahrschulunterricht ein und sorgte für einen Reinigungs- und Zeitaufwand zwischen den einzelnen praktischen Fahrstunden. Zur Erleichterung der Durchführung der theoretischen Fahrschulausbildung wurde durch das Ministerium für Verkehr ab dem 3. Dezember 2020 eine Ausnahme von der Präsenzpflicht zugelassen. Der theoretische Fahrschulunterricht durfte rein digital als Webkonferenz beziehungsweise in hybrider Form durchgeführt werden. Diese Regelung bestand bis einschließlich 31. Dezember 2022 fort. Der Betrieb der Fahrschulen wurde durch die stark steigenden Coronafallzahlen im Winter 2020/2021 erneut eingeschränkt. Zum 11. Januar 2021 wurden Fahrschulen grundsätzlich erneut geschlossen. Für bestimmte Ausnahmefälle wurde der Betrieb der Fahrschulen zugelassen, hierzu zählte unter anderem die Fahrschulausbildung für LKW- und Busfahrerinnen und -fahrer beziehungsweise Personen, welche den Führerschein für die ehrenamtliche Tätigkeit bei der Feuerwehr oder im Rettungsdienst benötigen. Zum 1. März 2021 erfolgte eine Teilöffnung für die Fahrschulen. Die praktische Fahrausbildung wurde unter Einhaltung der Hygienebestimmungen zugelassen, der theoretische Unterricht in Präsenz blieb untersagt, der Onlineunterricht war möglich. Ab dem 7. Mai 2021 war der theoretische Fahrschulunterricht wieder in Präsenz möglich, die Fahrschulen mussten die jeweiligen Hygienevorschriften beachten.

Für Flugschulen und Luftsport wurden Regelungen analog zu Fahrschulen und Sportgeländen erlassen. Eine Sonderregelung gab es nicht.

2. Zu welchem Zeitpunkt und durch wen wurden finanzielle Hilfen für die Wirtschaft gewährt und wie viele wurden abgerufen (aufgeschlüsselt nach dem Zeitpunkt des Abrufens, nach Art der Hilfe, nach Bundes- oder Landesmitteln)?

Zu I. 2.:

Die Coronapandemie hat die heimische Wirtschaft vor bislang nicht gekannte Herausforderungen gestellt. Bund und Länder haben mit einer beispiellosen Kraftanstrengung reagiert und zahlreiche Hilfsprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie aufgelegt.

Gleich zu Beginn der Krise wurde von der Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung im März 2020 mit der Soforthilfe Corona ein unbürokratisches Notfallprogramm geschaffen, um die unmittelbar eingetretenen Auswirkungen der Coronapandemie für betroffene Betriebe schnellstmöglich abzufedern und die Existenz von Selbstständigen und kleinen Unternehmen zu sichern, die in dieser

wirtschaftlichen Ausnahmesituation akute krisenbedingte Liquiditätsengpässe erlitten.

Als unmittelbares Nachfolgeprogramm zur Soforthilfe Corona wurde ab Juni 2020 seitens des Bundes die Überbrückungshilfe zur Verfügung gestellt. Bei der Überbrückungshilfe handelte es sich im weiteren Verlauf um das zentrale Unterstützungsinstrument, mit welchem Unternehmen aller Branchen, die monatliche Umsatzeinbrüche von mindestens 30 Prozent erlitten, einen Zuschuss zu den betrieblichen Fixkosten erhalten konnten.

Alternativ zur Überbrückungshilfe konnten Soloselbstständige und Kleinstunternehmen mit weniger als einer Vollzeitkraft eine Unterstützung durch die Neustarthilfe des Bundes erhalten.

Bestehende Lücken in den Bundesprogrammen wurden durch die Landesregierung von Baden-Württemberg unter erheblichem Einsatz von Landesmitteln geschlossen. Ein wesentlicher Bestandteil war dabei der fiktive Unternehmerlohn, der seit der Soforthilfe Corona zum Grundbestand der baden-württembergischen Hilfsinstrumente für die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie zählte. Ein fiktiver Unternehmerlohn konnte auch über die gesamte Laufzeit der Überbrückungshilfe des Bundes zur Existenzsicherung geschäftsführender Personen gewährt werden, die keine eigenen Gehälter beziehen, weshalb für sie die reine Fixkostenerstattung in der Überbrückungshilfe nicht ausreichte.

Das branchenspezifische Landesförderprogramm Tilgungszuschuss Corona schloss eine weitere Förderlücke in der Überbrückungshilfe des Bundes für Unternehmen und Soloselbstständige, die besonders von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen waren. Die Unternehmen wurden mit einem direkten Zuschuss zu den Tilgungsraten für betriebliche Kredite, für Raten aus Mietkaufverträgen und Leasingverträgen („Finanzierungsleasing“) sowie für Geldmarktdarlehen unterstützt.

Um das besonders von den coronabedingten Einschränkungen betroffene Hotel- und Gaststättengewerbe zu unterstützen, hat die Landesregierung für diese Branche im Frühjahr 2020 zudem eine Stabilisierungshilfe beschlossen, die bis einschließlich erstes Quartal 2021 als existenzsichernde Alternative zur Überbrückungshilfe zur Verfügung stand.

Durch die Pandemie betroffen waren auch die innovativen Nachwuchsunternehmen, die bei ausbleibenden Finanzierungsrunden schnell mit dramatischen Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben. Für diese Jungunternehmerinnen und -unternehmer wurde das Förderprogramm Start-up BW Pro-Tect angeboten. Ein wie ein Wandeldarlehen gestalteter Zuschuss zur Deckung eines Kapitalbedarfs von bis zu 200 000 Euro ermöglichte die Überbrückung bis zur nächsten Finanzierungsrunde und leistete damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt innovativer und aussichtsreicher Gründungsvorhaben und agiler Start-ups über die Krise hinaus.

Mit der „Restart-Prämie“ unterstütze die L-Bank von der Pandemie besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen bei ihrem wirtschaftlichen Neustart. Im Rahmen der „Restart-Prämie“ wurde ein Tilgungszuschuss in Höhe von zehn Prozent in Kombination mit einem zinsverbilligten Förderdarlehen der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung (GuW-BW) der L-Bank gewährt.

Mit den Härtefallhilfen Corona, einem gemeinsamen Programm des Bundes und der Länder, konnte das Land schließlich auch Unternehmen unterstützen, die aufgrund besonderer Umstände trotz einer coronabedingt existenzbedrohlichen Lage keinen Zugang zu einem Coronaprogramm des Bundes oder des Landes hatten.

Neben diesem breiten Angebot an Zuschussprogrammen hat das Land zudem noch eine Vielzahl an Beratungs- und Finanzierungsprogrammen bereitgestellt. So wurden beispielsweise mit dem Mezzanine-Beteiligungsprogramm zur Eigenkapitalstärkung neben Start-ups vor allem mittelständische Unternehmen unterstützt, deren Eigenkapitalbasis sich infolge laufender Einnahmeausfälle, der Zu-

rückhaltung privater Investoren und erhöhter Kreditaufnahme in der Coronakrise verschlechtert hatte. Dabei wurden Mittel an akkreditierte Finanzintermediäre vergeben, die die Mittel in Form von stillen Beteiligungen bis hin zu direkten Beteiligungen im Einzelfall an die Unternehmen zu attraktiven Konditionen ausreichen konnten.

Der Zugang zu Krediten stellt eine entscheidende Voraussetzung für die Liquiditätssicherung und den mittel- bis langfristigen Erhalt der mittelständisch geprägten Wirtschaft im Land dar. Um diesen sicherzustellen, hat die Landesregierung während der Coronapandemie verschiedene Maßnahmen ergriffen. So wurde die gemeinsam von Bund und Land gewährte Rückbürgschaft zugunsten der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg erweitert und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Zum einen wurden dadurch die Entscheidungsprozesse für Bürgschaftsbewilligungen beschleunigt. Zum anderen konnte dadurch die maximale Obergrenze für Bürgschaftsübernahmen der Bürgschaftsbank von 1,25 auf 2,5 Millionen Euro angehoben werden. Auch wurde hierdurch ermöglicht, Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine bis zu hundertprozentige Bürgschaft anzubieten. Die L-Bank erhielt befristet bis zum 30. Juni 2022 eine hundertprozentige Rückbürgschaft des Landes mit einem Bürgschaftsrahmen in Höhe von 400 Millionen Euro. Auf Seiten der L-Bank wurden die Obergrenze für Bürgschaftsübernahmen von 5 Millionen Euro auf 20 Millionen Euro angehoben und die Bewilligungsprozesse beschleunigt. Ergänzend wurde der Liquiditätskredit Plus mit Tilgungszuschuss aufgesetzt, mit dem in der Coronakrise gezielt kleine und mittelständische Unternehmen unterstützt werden konnten, die von den Bundesprogrammen und den KfW-Programmen nicht lückenlos erfasst wurden.

Nachrichtlich sei noch darauf hingewiesen, dass der Beteiligungsfonds Baden-Württemberg die an ein Maschinenbauunternehmen gewährte Stabilisierungsmaßnahme in Form einer Stillen Beteiligung in Höhe von 2,495 Millionen Euro verwaltet. Nach § 13 Absatz 1 Satz 1 Beteiligungsfondsgesetz Baden-Württemberg (BetFoG) in Verbindung mit § 36 Satz 1 Beteiligungsfondsverordnung (BetFoVO) legt dazu das Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus dem Landtag quartalsweise eine Übersicht über den Stand der Stabilisierungsmaßnahmen vor.

Schlussendlich konnten Unternehmen neben den rein finanziellen Unterstützungsangeboten im Rahmen der „Krisenberatung Corona“ bis zu vier kostenlosen Beratungstage in Anspruch nehmen, um die jeweilige unternehmerische Lage zu analysieren, Möglichkeiten der Liquiditätssicherung aufzuzeigen und eine Strategie zur Krisenüberwindung zu entwickeln. Vier Beratungsdienste wurden mit der Durchführung und Abwicklung beauftragt. Nach dem Stand der Endabrechnung zum Laufzeitende wurden branchenübergreifend insgesamt 9 104 Beratungstage bei 3 956 Unternehmen erbracht.

Die nachstehende Tabelle 1 beinhaltet eine Übersicht über die ausbezahlten Anträge in den einzelnen Programmen sowie den aktuellen Stand (3. Quartal 2023) der Auszahlungen der Landes- und Bundesmittel, also die insgesamt ausgezahlten Mittel abzüglich der bereits erfolgten Rückflüsse.

Programmlinie	Bund/Land	Insgesamt	
		Anzahl	Volumen
Soforthilfe	Bund/Land	214.000	1.841.750.523,54 €
Überbrückungshilfen I	Bund	18.751	176.946.277,92 €
Überbrückungshilfen I	Land	12.877	32.776.428,88 €
Überbrückungshilfen II	Bund	33.539	350.712.554,79 €
Überbrückungshilfen II	Land	24.267	70.625.060,46 €
Überbrückungshilfen III	Bund	72.737	4.047.776.873,86 €
Überbrückungshilfen III	Land	44.895	216.155.566,56 €
Überbrückungshilfen III Plus	Bund	34.519	948.746.299,86 €
Überbrückungshilfen III Plus	Land	25.307	92.761.570,13 €
Überbrückungshilfen IV	Bund	20.402	568.135.559,08 €
Überbrückungshilfen IV	Land	14.852	53.487.251,57 €
Neustarthilfe	Bund	26.596	156.893.747,00 €
Neustarthilfe Plus	Bund	9.513	33.963.339,86 €
Neustarthilfe Plus 2021/Q4	Bund	7.685	27.531.761,07 €
Neustarthilfe 2022/Q1	Bund	7.228	26.495.490,44 €
Neustarthilfe 2022/Q2	Bund	3.457	12.734.242,17 €
Novemberhilfe	Bund	47.979	840.436.138,90 €
Dezemberhilfe	Bund	48.053	933.847.477,08 €
Härtefallhilfe	Bund/Land	321	5.768.073,38 €
Stabilisierungshilfe HOGA I	Land	4.757	83.785.778,68 €
Stabilisierungshilfe HOGA II	Land	2.682	44.360.270,42 €
Tilgungszuschuss I	Land	1.386	12.098.793,56 €
Tilgungszuschuss II	Land	1.253	10.902.865,54 €
Tilgungszuschuss III	Land	240	1.557.339,08 €
Bürgschaften Bürgschaftsbank	Bund/Land	5.461	1.027.183.000,00 €
Garantien Bürgschaftsbank	Bund/Land	206	67.665.000,00 €
Liquiditätskredit Plus (Corona)	Land	616	162.398.103,07 €
Bürgschaften L-Bank	Land	30	178.171,17 €
Mezzanine	Bund	137	47.131.000,00 €
Mezzanine	Land	137	13.466.000,00 €
Krisenberatung Corona	Land	3.956	8.417.791,62 €
Start-up BW Pro-Tect	Land	206	31.476.720,00 €
Restart Prämie	Land	97	21.458.760,00 €
SUMME		**688.142**	**12.147.616.658,69 €**

Tabelle 1: Übersicht über ausbezahlte Anträge in den einzelnen Programmen sowie aktueller Stand (3. Quartal 2023) der Auszahlungen der Landes- und Bundesmittel.

Für eine detailliertere Aufstellung der Auszahlungszeitpunkte sowie der weiteren Aufteilung in Bundes- und Landesmittel wird auf die Anlage 1 zu Ziffer I. 2. verwiesen, in der der quartalsweise aggregierte Zeitpunkt der Auszahlungen für die einzelnen Programme angegeben ist.

Die gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie haben zudem zu schweren Einschränkungen für die gesamte Veranstaltungsbranche, insbesondere auch für Messen und Ausstellungen geführt. Neben erheblichen Umsatzausfällen mussten die Betriebe der Messewirtschaft seit dem Frühjahr 2020 auch vergebliche Aufwendungen für vorbereitete, aber nicht stattfindende Veranstaltungen verkraften. Um diese von der Branche unverschuldeten Härten abzumildern, wurden vom Bund Mittel für einen „Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“ (SoMA) zur Verfügung gestellt. Die Ausfallabsicherung des Bundes entschädigte Veranstalter anteilig für entstandene Schäden, wenn ihre wirtschaftliche Tätigkeit durch eine behördliche Maßnahme zur Bekämpfung der Coronapandemie im Zeitraum 1. Oktober 2021 bis 30. September 2022 unmöglich wurde, da ein vollständiges Veranstaltungsverbot galt. Die Hilfen des SoMA wurden in Form einer Billigkeitsleistung als freiwillige Zahlung an Veranstalter von Messen und Ausstellungen im Sinne der Gewerbeordnung gewährt. In Baden-Württemberg fungierte die L-Bank als Bewilligungsstelle. Die vorab geprüften und geltend gemachten Schäden waren bis zu 80 Prozent und bis zu einem Betrag von maximal 8 Millionen Euro pro Veranstaltung beihilfefähig. Die geleisteten Beihilfen wurden als Einnahmen erfasst. Die gegebenenfalls an-

fallenden Entschädigungszahlungen an die Veranstalter wurden vom Bund übernommen. Hierfür stellte das Bundesministerium für Finanzen als Fördervolumen 600 Millionen Euro bundesweit für den SoMA zur Verfügung.

Aus diesem Sonderfonds wurden insgesamt sieben Anträge vier baden-württembergischer Messegesellschaften mit einem Volumen von rund 2,6 Millionen Euro bewilligt:

– zwei Bewilligungen im 3. Quartal 2022 (18. Juli und 21. Juli 2022) in Höhe von rund 1 Million Euro,

– fünf Bewilligungen im 4. Quartal 2022 (10. Oktober, 11. Oktober und 9. November 2022) in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro.

Mit dem Zusammenspiel aus Bundes- und Landesprogrammen ist es gelungen, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in der Breite abzumildern und die ganz große Mehrheit an Existenzen und Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg abzusichern.

3. Wie viele Hilfen mussten jeweils zu welchem Zeitpunkt zurückgezahlt werden (aufgeschlüsselt nach Anzahl der Betriebe und nach Branchen)?

Zu I. 3.:

Eine Aufschlüsselung der zurückzuzahlenden Hilfen nach Zeitpunkt, Branche und Förderprogramm ist der beigefügten Anlage 2 zu Ziffer I. 3 zu entnehmen. Dabei gilt zu beachten, dass eine einheitliche Darstellung aufgrund der teilweise sehr heterogenen Ausgestaltung der Programme, sowohl bezüglich der Förderkonditionen, als auch den bei Antragstellung erhobenen Daten, nur sehr eingeschränkt möglich ist. So sind beispielsweise Darlehen, Bürgschaften, Garantien sowie das Programm Start-up BW Pro-Tect bereits grundsätzlich rückzahlungspflichtig, während die als Zuschuss gewährten Corona-Hilfen grundsätzlich nicht zurückgezahlt werden müssen. Eine Rückforderung dieser Hilfen erfolgt nur, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die jeweiligen Antragsvoraussetzungen nicht vorgelegen haben oder wenn die bei Antragstellung für die Bestimmung der Förderhöhe getroffenen Prognosen nicht tatsächlich eingetreten sind.

Auch die Abfrage der Branchenzugehörigkeit der Unternehmen, die in der Regel auf Basis der Klassifikation der Wirtschaftszweige erfolgt, ist nicht in allen Programmen einheitlich.

In den Programmen Liquiditätskredit Plus sowie den Bürgschaften im Rahmen der Coronapandemie der L-Bank wird ein bankinterner Branchencode genutzt. Auch die Programme der Bürgschaftsbanken werden nicht nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige dargestellt.

Des Weiteren wurde die Branchenaufteilung in der Soforthilfe erst ab 9. April 2020 in die Antragsbearbeitung übernommen. Für nähere Erläuterungen diesbezüglich wird auf die Drucksache 16/8215 verwiesen.

Nach Angabe der L-Bank ist zudem eine Branchenauswertung für die Programme Stabilisierungshilfe I und II nicht möglich. Aufgrund der Ausgestaltung dieser beiden Programme waren hier jedoch lediglich Unternehmen antragsberechtigt, die mindestens 30 Prozent ihres gesamten Umsatzes in den Wirtschaftszweigen I.55 Beherbergung oder I.56 Gastronomie erzielten.

Gemäß einer externen Evaluierung der Programme Start-up BW Pre-Seed und Start-up BW Pro-Tect ergibt sich für das Programm Start-up BW Pro-Tect die folgende Branchenverteilung der geförderten Start-ups: Rund 34 Prozent Software, rund 10,5 Prozent Industrie, rund 10 Prozent Medizin, rund 5,6 Prozent Energie, 4,8 Prozent E-Commerce, 4 Prozent Mobilität, 4 Prozent Umwelttechnologie, 4 Prozent Hardware, 3,2 Prozent Bildung, 3,2 Prozent Dienstleistung, 1,6 Prozent Finanzbereich. Rund 9 Prozent der Start-ups sind KI-basiert, rund 14

Prozent verstehen sich als GreenTech-Start-ups. Insgesamt wurden 206 Finanzierungshilfen im Rahmen Start-up BW Pro-Tect gewährt und bereits 3 410 300 Euro von den Start-ups zurückbezahlt.

4. Was erhofft sie sich durch die in Auftrag gegebene Evaluation der Corona-Hilfsprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (Referenznummer der Bekanntmachung: LZBW-2023-01-011)?

Zu I. 4.:

Im Rahmen der Evaluation sollen die Coronahilfsprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vertieft analysiert werden. Hierbei sollen insbesondere die nachhaltige Zielerreichung sowie die Wirtschaftlichkeit der Hilfsprogramme untersucht werden. Zentrales Ziel der Evaluation soll es sein, die Krisenresilienz der Verwaltung auf der Grundlage der Erfahrungen mit den Coronahilfsprogrammen zu stärken und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie bei ähnlich gelagerten, künftigen Notfallsituationen schnell und unbürokratisch, aber zugleich transparent und rechtssicher Hilfen an Unternehmen ausgereicht werden können.

5. Wie viele Beschäftigte im Land haben in der Coronakrise von Kurzarbeitergeld profitiert unter besonderer Darstellung, bei wie vielen dieser Beschäftigten das Kurzarbeitergeld tariflich aufgestockt wurde?

Zu I. 5.:

Während der Coronakrise haben in Baden-Württemberg zu Hochzeiten bis zu knapp einer Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von Kurzarbeitergeld (KUG) profitiert. Informationen zu der Zahl der KUG-Bezieherinnen und -Bezieher, deren KUG tariflich aufgestockt wurde, liegen der Landesregierung nicht vor. Eine Übersicht über die tatsächlich realisierte konjunkturelle Kurzarbeit, nach Jahren und Monaten ausgewiesen, kann folgenden Tabellen 2 bis 5 entnommen werden.

2020 Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit												
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Bund	Zahl der Betriebe			342.427	609.682	536.285	412.538	327.509	279.306	250.115	236.642	312.009	363.544
Baden-Württemberg				45.827	83.345	76.244	60.420	48.540	39.955	37.113	35.424	45.487	51.016
Bund	Zahl der Kurzarbeiter			2.579.666	5.995.429	5.714.842	4.452.285	3.305.887	2.537.053	2.229.430	2.020.651	2.386.194	2.675.968
Baden-Württemberg				342.122	985.584	987.625	800.728	600.433	394.531	376.026	349.241	384.664	388.758

2021 Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit													
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem-ber	Oktober	November	Dezember
Bund	Zahl der Betriebe	431.641	431.241	364.419	346.519	324.117	229.468	156.332	128.564	112.982	97.759	100.807	118.167
Baden-Württemberg		58.273	59.526	50.217	48.455	45.472	32.826	22.676	17.691	16.141	14.197	14.319	16.440
Bund	Zahl der Kurzarbeiter	3.293.888	3.358.070	2.818.317	2.560.303	2.320.489	1.547.552	1.068.043	838.090	839.492	762.378	750.167	772.383
Baden-Württemberg		476.110	475.523	396.548	367.477	329.524	223.571	157.266	113.389	123.857	110.153	109.466	96.298

2022 Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit													
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Bund	Zahl der Betriebe	120.272	118.915	98.605	59.010	44.194	35.645	6.239	5.781	6.200	7.681	9.154	8.538
Baden-Württemberg		16.198	15.967	13.299	8.415	6.780	5.533	1.084	918	958	1.184	1.347	1.244
Bund	Zahl der Kurzarbeiter	846.877	803.136	727.328	438.515	304.540	227.720	101.904	75.606	97.396	124.208	146.637	145.794
Baden-Württemberg		101.764	95.675	92.109	57.288	46.790	36.873	23.341	13.462	15.860	17.311	23.528	17.393

2023 Realisierte konjunkturelle Kurzarbeit (seit Februar 2023 auf Basis von Hochrechnungen)													
		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Bund	Zahl der Betriebe	8.906	9.383	8.993	7.962	7.951							
Baden-Württemberg		1.195	1.1272	1.252	1.203								
Bund	Zahl der Kurzarbeiter	144.546	158.815	160.369	139.256	131.255							
Baden-Württemberg		17.952	20.878	22.112	24.360								

Tabellen 2 bis 5: Realisierte Kurzarbeit 2020 bis 2023. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

6. Welche Berufe hat die Landesregierung während der Pandemie als systemrelevant erfasst (aufgeschlüsselt nach Branchen) unter Darlegung, welche Kriterien als Maßstab der Systemrelevanz für künftige Krisen gelten?

Zu I. 6.:

Der Begriff der Systemrelevanz ist während der Coronapandemie verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Gleichzeitig ist eine allgemeingültige Definition schwierig, da sich das Verständnis des Begriffs im Laufe der Zeit und insbesondere während der Coronapandemie weiterentwickelt hat. Grundsätzlich wird unter dem Begriff „Systemrelevanz“ die Wichtigkeit in einem bestimmten Zusammenhang verstanden, die unter anderem Dienstleistungen und Berufsgruppen für die Aufrechterhaltung eines Systems haben – etwa eines Wirtschafts- oder Gesundheitssystems, des Rechtsstaates oder zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

So werden beispielsweise die medizinisch-pflegerische Versorgung, die Grundversorgung, zum Beispiel die Strom-, Gas-, und Wasserversorgung oder die Abfallentsorgung, sowie Feuerwehr und Polizei von der Bevölkerung allgemein als systemrelevant wahrgenommen. Allerdings ist die Systemrelevanz von Berufen unter anderem davon abhängig, welche Einrichtungen und Unternehmen in einer bestimmten Krise für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens von besonderer Bedeutung sind. Dies kann je nach Art der Krise durchaus unterschiedlich sein, sodass entsprechend dynamisch nachgesteuert werden muss.

Der angesprochene Aspekt der Systemrelevanz dürfte an den Gedanken der Identifizierung von sogenannter „Kritischer Infrastrukturen“ (KRITIS) anknüpfen. Die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie) definiert KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.

Im Rahmen der Coronapandemie wurden in Baden-Württemberg kritische Dienstleistungen und zugehörige Bereiche beziehungsweise diesen zugehörige Anlagen und Einrichtungen entsprechend eingestuft, beispielsweise im Kontext eines Verfahrens zur Sicherstellung von Lieferketten von Betrieben der KRITIS, im Kontext der Impfpriorisierung oder im Kontext von Verfahrensregelungen für das ausnahmsweise Verlassen des Absonderungsortes von Personen in Schlüsselfunktionen in KRITIS. Die Eingruppierung als KRITIS-Betreiber erfolgte dabei in ressortübergreifender Abstimmung. Hier erschien die Einstufung bestimmter Dienstleistungen (einschließlich der Produktion bestimmter Güter) als „systemrelevant“ sinnvoller als die Einstufung konkreter Berufe.

Es ist aus Sicht der Landesregierung nicht zielführend, pauschal auf systemrelevante Branchen abzustellen. Kriterium der Betrachtung sollte vielmehr die Aufrechterhaltung der Funktion unter Berücksichtigung des Status der Einzelpersonen im Betrieb sein. Hierbei sind hinsichtlich Branchen und Tätigkeitsfeldern unterschiedliche Bewertungen je nach Art der Krise praktisch unabdingbar: Der individuelle Aufbau eines Unternehmens oder einer Einrichtung bestimmt, welche Berufe beziehungsweise welche konkreten Personen dort zur Aufrechterhaltung der gegebenenfalls erbrachten systemrelevanten Dienstleistungen benötigt werden. Dabei ist die Identifikation der Auswirkung auf die Funktionsfähigkeit der Systeme, zum Beispiel der KRITIS auf Grund der Komplexität der einzelnen Vorgänge innerhalb einer Struktur, nicht sinnvollerweise ohne Mitwirkung des KRITIS-Betreibers möglich. So müssen zum Beispiel der drohende Ausfall von KRITIS durch den Betreiber beschrieben und von diesem Gegenmaßnahmen erarbeitet und im Bedarfsfall zur Anwendung gebracht werden (sogenanntes Business Continuity Management). Das schließt auch die Identifizierung von Beschäftigten ein, die für die Erbringung der kritischen Dienstleistung unabdingbar und notwendig sind, wobei diese auch tatsächlich in den konkreten kritischen Arbeitsprozessen des KRITIS-Betreibers eingesetzt sein müssen.

Aus § 1 Absatz 6 der Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-Cov-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) vom 16. März 2020 kann abgeleitet werden, dass insbesondere die gesamte Infrastruktur zur medizinischen und pflegerischen Versorgung, die Altenpflege und die ambulanten Pflegedienste, Notfall-/Rettungswesen einschließlich Katastrophenschutz, Rundfunk und Presse sowie die in den §§ 2 bis 8 der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung) bestimmten Sektoren Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik und Telekommunikation, Gesundheit, Finanz- und Versicherungswesen, Transport und Verkehr zur KRITIS gezählt werden können. Ebenfalls umfasst sind Regierung, Verwaltung, Parlament, notwendige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, soweit Beschäftigte von ihrem Dienstherrn unabkömmlich gestellt werden sowie Justizeinrichtungen (Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugseinrichtungen), einschließlich sämtlicher dort Beschäftigten. Im Rahmen der Sechsten Verordnung der Landesregierung zur Änderung der CoronaVO vom 23. April 2020 wurden auch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Notarinnen und Notare als „Organe der Rechtspflege“ von der KRITIS umfasst. Gehilfen der Gerichte wie Sachverständige oder Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer zählten dagegen zu keinem Zeitpunkt zur KRITIS im Sinne der Corona-Verordnung.

Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie das weitere Personal an Schulen, Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wurden durch § 1a CoronaVO in der Fassung vom 23. April 2020 in Bezug auf die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Notbetreuung in diesen Einrichtungen ab dem 27. April 2020 dem Kreis der systemrelevanten Berufe hinzugefügt.

Im Bereich des Öffentlichen Verkehrs wurden insbesondere die Sektoren Transport und Verkehr der BSI-Kritisverordnung sowie Beschäftigte der Unternehmen des ÖPNV und SPNV, darüber hinaus auch Beschäftigte zum Beispiel von Tankstellen und des Kraftfahrzeug- und Fahrradhandels, ausgenommen.

Fahrerlaubnisprüferinnen und -prüfer wurden auf Grundlage der Betriebspflicht der Technischen Prüfstellen dem KRITIS-Bereich zugerechnet. Während der Pandemie wurden nach der Sicherheitslage Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit im Fernstraßen- und Straßengesetz Baden-Württemberg identifiziert. Diese umfassten arbeitssichernde beziehungsweise organisatorische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssteuerung und -überwachung (Straße und Tunnel) sowie zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit durch den Straßenbetriebsdienst, dessen Zuständigkeit den unteren Verwaltungsbehörden obliegt. Das entsprechende Personal wurde der KRITIS beziehungsweise Systemrelevanz zugeordnet.

Ergänzend ist hierzu hinsichtlich der Betrachtung der Systemrelevanz noch festzustellen, dass auch Branchen beziehungsweise Dienstleistungen, die für sich genommen nach allgemeiner Betrachtung nicht zur KRITIS zu zählen wären, zumindest als „systemrelevant“ betrachtet werden müssen, wenn sie als ausgelagerter Prozess für die Aufrechterhaltung bestimmter KRITIS zwingend erforderlich sind. So würde beispielsweise ein Gebäudereinigungsdienst an sich normalerweise nicht der KRITIS zugeordnet werden, kann aber durchaus für die Aufrechterhaltung der KRITIS in der Gesundheitsversorgung eine elementare Rolle spielen, wenn er beispielsweise die hygienische Reinigung von Krankenhäusern als externer Dienstleister übernimmt. Ebenso würde auch ein Labor in einer Gesundheitskrise als externer Dienstleister für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens als zwingend erforderlich gelten, wenn dort die Analyse von Proben zum Zweck der Diagnose erfolgt.

7. Inwiefern betrachtet sie auch im Rückblick die Arbeit bestimmter Berufsgruppen als systemrelevant und ergreift Maßnahmen, um diese Berufe (ggf. auch finanziell) aufzuwerten?

Zu I. 7.:

Aufgrund der Erläuterung in I. 6. zu Branchen beziehungsweise Dienstleistungen, die für sich genommen nach allgemeiner Betrachtung nicht zur KRITIS zählen, die aber dennoch als systemrelevant betrachtet werden müssen, wenn sie als ausgelagerter Prozess für die Aufrechterhaltung bestimmter KRITIS zwingend erforderlich sind, kann nicht per se trennscharf bestimmt werden, welche Berufsfelder auf Grund der Annahme, sie seien systemrelevant, eine (finanzielle) Besserstellung ihrer Beschäftigten erfordern.

Anknüpfend an die Erfahrungen in der Coronapandemie, die in I. 6. ausgeführt wurden, erscheint es rückblickend und für künftige Krisenlagen sinnvoll, den Begriff „Systemrelevanz“ lageabhängig und je nach Anwendungsbereich anzupassen, hingegen die Definition von KRITIS und den Kreis der zugehörigen Organisationen und Einrichtungen durchgängig beizubehalten. Typischerweise werden Organisationen und Einrichtungen der KRITIS immer auch als systemrelevant eingestuft werden.

Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Ausführungen zur Notbetreuung auf die Kategorisierung nach der KRITIS-Strategie zur „Sicherstellung notwendiger Betreuung“ beziehen. Hier wird die Funktion von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen darauf reduziert, den Betrieb in den anderen Sektoren aufrechtzuerhalten. Dies kann sinnvoll sein, solange nach dem Modell eines Katastrophenfalls von zeitlich eng begrenzten Kita- und Schulschließungen ausgegangen wird. Die Auswirkungen einer Einschränkung der Sozialisation und Bildung aller Kinder von nicht-systemrelevanten Eltern über einen längeren Zeitraum hinweg werden hier nicht thematisiert.

Die im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Migration vor dem Hintergrund der Coronapandemie vorgenommene Zuordnung der Justizeinrichtungen, einschließlich sämtlicher dort Beschäftigten, sowie der (weiteren) Organe der Rechtspflege zur KRITIS hat sich auch im Rückblick bestätigt. Es werden fortlaufend Maßnahmen ergriffen, um die Attraktivität der verschiedenen Tätigkeiten in einer Justizeinrichtung zu steigern (z. B. Wahlrecht zwischen Beihilfe und Heilfürsorge mit Wirkung vom 1. November 2020; Hebung der Ämterstruktur des mittleren Dienstes sowie eine Anhebung der Eingangsämter des gehobenen Dienstes; Stellenhebungen in erheblichem Umfang gerade für die Laufbahnen des gehobenen sowie des mittleren Vollzugs- und Werkdienstes im Justizvollzug und damit verbesserte Beförderungschancen).

Hinsichtlich der gesetzlichen Vergütung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei um Regelungen handelt, die gemäß Artikel 72 und Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz sind, von der der Bund Gebrauch gemacht hat. Eine Aufwertung finanzieller Art ist vor diesem Hintergrund auf Landesebene nicht unmittelbar möglich.

Die Systemrelevanz von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern sowie des weiteren Personals an Schulen, Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ergibt sich aus der Notwendigkeit der Bereitstellung einer Notbetreuung für Kinder, deren Erziehungsberechtigte an ihrem Arbeitsplatz unabkömmlich oder aus anderen zwingenden Gründen an der Betreuung ihrer Kinder gehindert sind. Eine Notbetreuung für Kinder, die aufgrund ihres Alters oder ihrer individuellen Situation auf eine Betreuung angewiesen sind, ist erforderlich, um zu verhindern, dass sich der gesellschaftliche Schaden während Krisenlagen dadurch ausweitet, dass die Erziehungsberechtigten wegen der Kinderbetreuung nicht ihrer Arbeit oder anderen gesellschaftlich bedeutsamen Pflichten nachkommen können. Um die Notbetreuung personell leisten zu können, muss wiederum

gewährleistet sein, dass auch Kinder des Betreuungspersonals selbst einen Anspruch auf Notbetreuung haben.

Aufgrund der Bedeutung dieser Berufsgruppen für die Gesellschaft war und ist das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport stets bestrebt, hier im Rahmen der Zuständigkeit attraktive Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und Verbesserungen umzusetzen (so beispielsweise mit der Umsetzung der nächsten Stufe des Konzepts zur Stärkung und Entlastung von Schulleitungen).

Der Einsatz von medizinischem sowie nicht-medizinischem Fach- und Pflegepersonal ist für eine stabile und sichere medizinische Grundversorgung und zur Gewährleistung sozialpflegerischer Aufgaben unverzichtbar. Die Coronapandemie hat die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung und im Sozialwesen sowie die hohe Bedeutung der Gesundheitsfachberufe, Sozialen Berufe und Pflegeberufe deutlich vor Augen geführt. Um eine gut funktionierende medizinische Not- und Grundversorgung in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in ambulanten Gesundheitseinrichtungen und bei unverzichtbaren sozialen Dienstleistungen beispielsweise gegenüber Menschen mit Behinderungen gewährleisten zu können, sind die Gewinnung, der langfristige Erhalt im Beruf und der Wiedereinstieg von gut ausgebildetem Gesundheits- und Pflegepersonal unverzichtbar. Ohne ausreichende Fachkräfte kann die Daseinsvorsorge – die Unterstützungs- und Infrastruktur im gesundheitlichen und im sozialen Bereich – nicht aufrechterhalten werden. Das heißt, überall da, wo Menschen Gesundheitsdienstleistungen, persönliche Begleitung und Unterstützung im Alltag benötigen, werden ohne diese Fachkräfte die Vitalfunktionen der Menschen sofort gefährdet. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ergreift zusammen mit anderen berührten Ressorts und gesellschaftlichen Akteuren viele Maßnahmen, um den Fachkräftebedarf in diesem Bereich zu sichern und setzt sich kontinuierlich für die Stärkung der Gesundheitsberufe, Pflegeberufe und Sozialen Berufe ein.

Für resiliente Logistikketten erscheinen zahlreiche Berufe innerhalb dieser als systemrelevant, um eine ununterbrochene Versorgung jederzeit gewährleisten zu können. Besonders hervorzuheben wären hier Berufskraftfahrerinnen und -fahrer, Binnenschifferinnen und -schiffer sowie Lokführerinnen und Lokführer. Die Landesregierung ist bestrebt, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier künftig stärker zusammen mit den betroffenen Akteuren einzubringen. Insbesondere die jeweiligen Unternehmen und Verbände können überdies entscheidend zur Aufwertung der Berufe beitragen.

8. Wie hat sich die Situation von Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten in Betrieben während der Coronapandemie entwickelt (aufgeschlüsselt nach Branchen) unter besonderer Darstellung, welche Maßnahmen zur Krisenvorsorge zugunsten von Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten getroffen werden?

Zu I. 8.:

Während der Coronapandemie kam es zu einem rund zehnprozentigen Rückgang der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg. Für diejenigen, die in einem Ausbildungsverhältnis standen, verlief die Ausbildung aber überwiegend erfolgreich. In 2021 hatte Baden-Württemberg mit 23,5 Prozent den bundesweit geringsten Anteil vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge. Der Anteil erfolgreicher Abschlussprüfungen lag stabil bei 92,8 Prozent. Über drei Viertel (78 Prozent) der Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen wurden von ihrem Betrieb übernommen. Eine Umfrage der IHK Region Stuttgart unter mehr als 4 000 Auszubildenden im Februar 2021 legt eine hohe Zufriedenheit der Auszubildenden in IHK-Berufen mit Ausbildung, Ausbildungsbetrieb, Ausbilderinnen und Ausbildern und der Berufsschule auch unter den schwierigen Umständen während der Coronapandemie nahe. Neuere offizielle, landesweite Daten liegen noch nicht vor. Rückmeldungen der Wirtschaftsorganisationen bestätigen aber eine relative Stabilität der oben genannten Indikatoren auch für das Jahr 2022. Zudem deuten die bislang verfügbaren Ausbildungsmarktzahlen einen

Anstieg der Zahl der Neuverträge für das kommende Ausbildungsjahr 2023/2024 an.

Rein praktikumsbezogene Daten werden von den Kammern nicht erfasst. Rückmeldungen einzelner Betriebe konstatierten für Praktikantinnen und Praktikanten aber eine schwierige Lage während der Coronapandemie, da Maßnahmen der beruflichen Orientierung, einschließlich Praktika für einen langen Zeitraum zum Teil nicht stattfinden konnten. Diesen Befund bestätigt auch eine Umfrage in den Klassenstufen 9 und 10 an allgemeinbildenden Schulen (ohne Gymnasien) in Baden-Württemberg im Schuljahr 2021/2022, bei der ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer angab, dass ihre Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr kein Praktikum absolviert hätten.

Um die Möglichkeiten für Praktika zu erhöhen, haben die Partner des Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg die Praktikumswochen Baden-Württemberg initiiert. Kern der Praktikumswochen Baden-Württemberg ist eine Online-Matching-Plattform, die Jugendliche bei der Suche nach einem Praktikumsplatz unterstützt und so Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren eigene Praxiserfahrungen und konkrete Einblicke in die Vielfalt der Berufe und Betriebe ermöglicht. Im Jahr 2022 wurden im Rahmen der Praktikumswochen über 6 500 Praktikumstage durchgeführt.

Weiterhin förderte das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus im Jahr 2022 Modellprojekte zur Digitalisierung der beruflichen Orientierung und der überbetrieblichen Ausbildung. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus knüpfte hierbei an vorherige Förderungen von Modellprojekten an, welche die Digitalisierung insbesondere für die Intensivierung der Lernortkooperation von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb nutzten. Auch digitale Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Betrieben konnten während der Coronapandemie forciert werden. Bildungspartnerschaften helfen, das Matching auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern, indem sich Jugendliche und Ausbildungsbetriebe frühzeitig kennenlernen.

Zwischen 2020 und 2022 wurden im Rahmen des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ besonders von der Coronapandemie betroffene kleine und mittlere Unternehmen darin unterstützt, das bisherige Ausbildungsplatzangebot zu erhalten oder zu erhöhen und begonnene Berufsausbildungen fortzuführen. Sie erhielten unter anderem eine Ausbildungsprämie für den Erhalt beziehungsweise die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse. In Baden-Württemberg wurden über 11 000 Prämien durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgezahlt. Zudem wurden beispielsweise Zuschüsse zur Ausbildungs- und Ausbildervergütung zur Vermeidung von Kurzarbeit von Auszubildenden sowie Lockdown-Sonderzuschüsse für ausbildende Kleinstunternehmen gewährt.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz weist ergänzend darauf hin, dass in den Ausbildungsbetrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie an den landwirtschaftlichen Fachschulen zur weiteren Qualifizierung in den Berufen im Agrarbereich die Situation der Auszubildenden und Teilnehmenden an Fortbildungsmaßnahmen während der Coronapandemie relativ stabil blieb. Die Zahlen der Ausbildungsverhältnisse und Teilnehmenden an den fachschulischen Angeboten blieben relativ konstant. Die Ausbildung in den Ausbildungsbetrieben konnte während der Pandemie in der Regel fortgeführt werden. Einschränkungen gab es bei den Zwischenprüfungen. Berufsabschluss- und Fortbildungsprüfungen wurden quantitativ wie üblich durchgeführt, jedoch mit pandemiebedingten Einschränkungen für die Prüflinge (Maskenpflicht, Hygieneregeln, Meidung geschlossener Räume etc.). In den landwirtschaftlichen Fachschulen gab es sowohl Einschränkungen im Präsenzunterricht als auch daraus folgend bei den sozialen Kontakten beziehungsweise beim persönlich-fachlichen Austausch. Zur Krisenbewältigung wurde die Unterrichtsversorgung an den Fachschulen durch den Einsatz digitaler Techniken unterstützt und damit insgesamt sichergestellt.

9. Welche Maßnahmen hat sie zur Erfassung der Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) entwickelt unter besonderer Darstellung, in welcher Hinsicht welche Branchen und Bereiche gesondert berücksichtigt wurden?

Zu I. 9.:

Die konkrete Abgrenzung, welche Organisationen und Einrichtungen anknüpfend an die KRITIS-Definition der KRITIS-Strategie (auf die Antwort zu Frage I. 6. wird verwiesen) zu den KRITIS zählen und welche nicht, ist ebenenabhängig. Der Bund, die einzelnen Länder und einzelne Kommunen können für ihren jeweiligen Anwendungsfall eigene und damit auch voneinander abweichende Zuordnungen treffen.

Auf Landesebene gilt auch bei der Festlegung, welche Organisationen und Einrichtungen in einem konkreten Anwendungsfall den KRITIS zuzurechnen sind, das Ressortprinzip. Zuständig ist jeweils das Ministerium, in dessen Ressortbereich der jeweilige KRITIS-Sektor beziehungsweise die jeweilige Branche fällt.

Bei den in Baden-Württemberg während der Coronapandemie definierten Kreisen von Kritischen Infrastrukturen (auf die Antwort zu Frage I. 6 wird verwiesen) wurde in der Regel der Kreis der KRITIS ausgehend von der BSI-Kritisverordnung zugrunde gelegt. Anknüpfend an die darin vorgenommene Abgrenzung wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Lage und den jeweiligen Rahmenbedingungen bedarfsgerecht erweitert und angepasst.

10. Welche Auswirkungen hatte die Coronapandemie auf die Wirtschaft in verschiedenen Unternehmensgrößenklassen und Branchen unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklung der Beschäftigung, Umsatzentwicklung, Zahl der Insolvenzen?

Zu I. 10:

Die Coronapandemie stellte gesamtwirtschaftlich einen kombinierten Angebots- und Nachfrageschock dar. Angebotsseitige Störungen waren zum einen außenwirtschaftlich induziert, da sich bestimmte Vorleistungsgüter und auch Rohstoffe, die auf internationalen Märkten bezogen wurden, verknappten und damit verteuerten. Nichtpharmakologische Maßnahmen, die zur Unterbrechung von Infektionsketten temporär ergriffen wurden, stellten auch im Inland erhebliche Einschränkungen der Produktion dar, wirkten aber zusätzlich auch über Erwartungsunsicherheiten hinsichtlich Einkommen beziehungsweise Erträge restriktiv auf Konsum beziehungsweise Investitionen. Diese Wirkungskanäle führten sektoral zu durchaus unterschiedlichen Gesamteffekten, je nach Grad der unmittelbaren Betroffenheit von Lockdownmaßnahmen oder der Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten beispielsweise.

Zu den Auswirkungen auf ausgewählte Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung nach Branchen und Unternehmensgrößenklassen sei auf die Tabellen in Anlage 3 zu Ziffer I. 10 im Anhang verwiesen.

Dabei wurden durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg folgende Daten zur Verfügung gestellt:

- Daten aus der Insolvenzstatistik nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen sowie zur Anzahl der Arbeitnehmer für die Jahre 2019 bis 2022.
- Daten aus dem Unternehmensregister für die Jahre 2019 bis 2021.
- Daten zur Beschäftigten- und Umsatzentwicklung nach Größenklassen für das Verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitte B + C der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Version 2008“) für die Jahre 2019 bis 2022. Der zugrundeliegende Berichtskreis umfasst Betriebe von rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 oder mehr tätigen Personen. Beim dargestellten Merkmal „Gesamtumsatz“ ist zu beachten, dass es sich hierbei um nominale, also nicht preisbereinigte Umsätze han-

delt. Veränderungen in der Anzahl der Betriebe je Beschäftigtengrößenklasse gehen nicht notwendigerweise auf Neuzugänge oder Abgänge aus dem Berichtskreis zurück, sondern können auch durch ein Über- oder Unterschreiten der zur jeweiligen Größenklasse gehörenden Beschäftigtenanzahl bei den befragten Einheiten zurückgehen.

– Daten zum Bauhauptgewerbe für die Jahre 2019 bis 2021.

– Daten zum Gastgewerbe, Einzel- und Großhandel, Dienstleistungen und Kraftfahrzeughandel. Die Angaben nach Größenklassen liegen nur aus den Jahreserhebungen vor. Hier ist das aktuellste Berichtsjahr 2020, das Jahr 2021 ist gegenwärtig noch nicht veröffentlicht/veröffentlichungsreif. Um die Entwicklung vor, während und nach Corona besser darzustellen, wurden zusätzlich die monatlichen Messzahlen von 2019 bis an den aktuellen Rand bereitgestellt. Bei der Interpretation der dargelegten Daten ist zu beachten, dass ein Vergleich der monatlichen Zahlen mit den Ergebnissen der Jahreserhebung nur grob möglich ist, unter anderem da die Berichtskreise nicht miteinander übereinstimmen. So werden in der Konjunkturerhebung beispielsweise höhere Abschneidegrenzen angewendet. Zudem beeinflusst der zeitliche Verzug, mit dem die Jahresstatistik erhoben wird, die Auswahlgrundlage.

11. Inwiefern hat sich die Wirtschaft im Land nach Corona verändert unter Berücksichtigung der Frage, welche Branchen gestärkt und welche geschwächt wurden?

Zu I. 11.:

Schon im Jahr vor der Pandemie (2019) befand sich die baden-württembergische Wirtschaft mit einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 Prozent in einer Rezession, die sich im Jahr 2020 verstärkte und nach aktuellem Berechnungsstand zu einem preisbereinigten BIP-Rückgang um 4,8 Prozent im Land führte (Abbildung 1): Nichtpharmakologische Interventionen mit dem Ziel der Unterbrechung von Infektionsketten bewirkten eine angebots- wie nachfrageseitige Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Da diese Interventionen auch bei wichtigen internationalen Handelspartnern vorgenommen wurden – besonders rigoros in China –, setzte dies die internationalen Lieferketten unter Stress, wovon die baden-württembergische Wirtschaft aufgrund ihrer starken Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten stärker betroffen war als Deutschland insgesamt (BIP-Rückgang in Deutschland 2020 um 3,7 Prozent).

Die verschiedenen Wirtschaftszweige waren von den pandemiebedingten Einschränkungen durchaus unterschiedlich betroffen: Während das Produzierende Gewerbe ohne Bauwirtschaft einen Rückgang der realen Bruttowertschöpfung (BWS) um 8,1 Prozent verzeichnete, ging diese in den Dienstleistungsbereichen um 3,8 Prozent zurück. Aufgrund des stärkeren Gewichts der Dienstleistungsbereiche hielten sich die Beiträge von Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungen zum gesamtwirtschaftlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung in etwa die Waage (Abbildung 1).

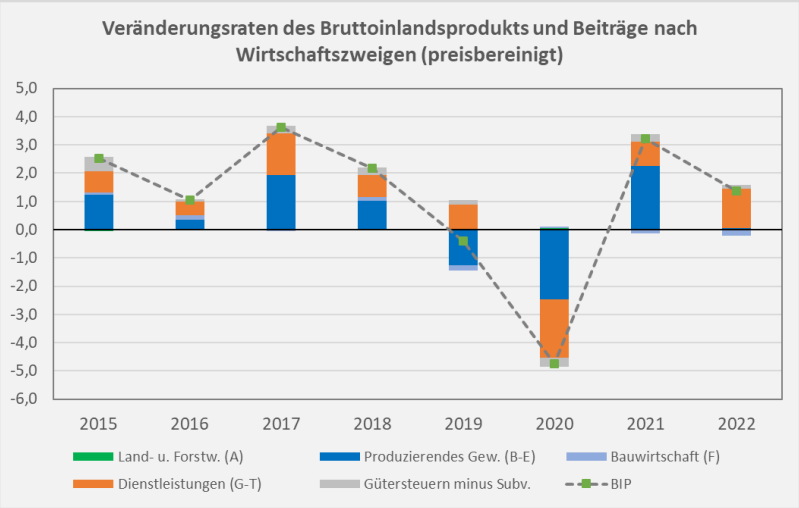


Abbildung 1: Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Baden-Württemberg mit Beiträgen einzelner Wirtschaftsbereiche (Datenquelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Reihe 1, Länderergebnisse Band 1 „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2022“).

Auf einer tieferen Gliederungsebene der Wirtschaftszweigsystematik zeigt sich, dass die gesamtwirtschaftliche Rezession des Jahres 2020 sich vor allem in den Dienstleistungsbereichen mitunter deutlich unterschiedlich dargestellt hat. So gab es auch im Jahr 2020 durchaus Wirtschaftsbereiche, die gewachsen sind (Tabelle 6): Während Finanz- und Versicherungsdienstleister ein BWS-Wachstum von 2,2 Prozent verzeichneten und auch die Öffentliche Verwaltung mit +2,2 Prozent tendenziell stabilisierend wirkte, fiel der Rückgang der Wertschöpfung in besonders lockdownbetroffenen Branchen überdurchschnittlich aus: Im Gastgewerbe betrug dieser Rückgang 42,4 Prozent, im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung 23,5 Prozent.

Die unterschiedlichen Veränderungsraten der preisbereinigten BWS in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wirkte sich entsprechend auf die Wertschöpfungsanteile aus (Tabelle 7). Inwiefern und in welchem Ausmaß es sich bei diesen um vorübergehende oder strukturelle Verschiebungen handelt, muss vor dem Hintergrund der Datenlage offen bleiben.

	Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg, preisbereinigt			
	2019	2020	2021	2022
	Veränderungsraten (%)			
Bruttowertschöpfung insges. (A-T)	**-0,6**	**-4,9**	**3,3**	**1,4**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	1,3	14,4	2,9	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	-4,0	-8,1	7,6	0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (B)	0,9	-2,5	-	-
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-4,3	-8,2	7,8	0,2
Energieversorgung (D)	-5,2	-9,9	-	-
Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä. (E)	12,3	3,0	-	-
Baugewerbe (F)	-4,1	0,7	-2,9	-4,4
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (G-J)	5,5	-5,7	2,1	3,9
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (G)	5,7	-0,8	-	-
Verkehr und Lagerei (H)	6,3	-13,7	-	-
Gastgewerbe (I)	-0,6	-42,4	-	-
Information und Kommunikation (J)	6,5	-0,3	2,9	-
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen (K-N)	-1,8	-2,1	0,9	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-4,0	2,2	-0,9	-
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,5	-0,2	0,9	-
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister (M)	-6,3	-2,3	-	-
Sonstige Unternehmensdienstleister (N)	2,3	-9,7	-	-
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte (O-T)	2,1	-3,9	1,8	2,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung (O)	2,7	1,6	-	-
Erziehung und Unterricht (P)	0,3	-8,2	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen (Q)	2,6	-0,7	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung (R)	3,6	-23,5	-	-
Sonstige Dienstleister a.n.g. (S)	2,3	-7,2	-	-
Private Haushalte mit Hauspersonal (T)	-1,1	-5,5	-	-

Tabelle 6: Preisbereinigte Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftszweigen (Datenquelle: siehe Abbildung 1).

	Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg, jeweilige Preise									
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022		
	Mill. Euro				*Wertschöpfungsanteile (%)*					
Bruttowertschöpfung insges. (A-T)	**473.385**	**461.841**	**487.596**	**518.242**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	2.394	2.410	2.916	4.090	0,5	0,5	0,6	0,8		
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)	160.033	150.273	162.517	168.309	33,8	32,5	33,3	32,5		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (B)	535	549	-	-	0,1	0,1	-	-		
Verarbeitendes Gewerbe (C)	148.506	139.229	150.794	155.787	31,4	30,1	30,9	30,1		
Energieversorgung (D)	8.173	7.640	-	-	1,7	1,7	-	-		
Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä. (E)	2.819	2.855	-	-	0,6	0,6	-	-		
Baugewerbe (F)	23.053	24.682	26.183	30.281	4,9	5,3	5,4	5,8		
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (G-J)	91.398	88.015	93.084	104.201	19,3	19,1	19,1	20,1		
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (G)	46.310	46.810	-	-	9,8	10,1	-	-		
Verkehr und Lagerei (H)	14.883	13.344	-	-	3,1	2,9	-	-		
Gastgewerbe (I)	6.555	4.005	-	-	1,4	0,9	-	-		
Information und Kommunikation (J)	23.650	23.856	24.956	-	5,0	5,2	5,1	-		
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen (K-N)	110.529	109.835	113.072	117.273	23,3	23,8	23,2	22,6		
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	16.559	16.538	16.223	-	3,5	3,6	3,3	-		
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	45.155	45.900	47.319	-	9,5	9,9	9,7	-		
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister (M)	29.093	29.171	-	-	6,1	6,3	-	-		
Sonstige Unternehmensdienstleister (N)	19.722	18.227	-	-	4,2	3,9	-	-		
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte (O-T)	85.977	86.626	89.823	94.088	18,2	18,8	18,4	18,2		
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung (O)	21.136	22.059	-	-	4,5	4,8	-	-		
Erziehung und Unterricht (P)	18.716	19.026	-	-	4,0	4,1	-	-		
Gesundheits- und Sozialwesen (Q)	31.051	31.776	-	-	6,6	6,9	-	-		
Kunst, Unterhaltung und Erholung (R)	5.259	4.166	-	-	1,1	0,9	-	-		
Sonstige Dienstleister a.n.g. (S)	8.810	8.610	-	-	1,9	1,9	-	-		
Private Haushalte mit Hauspersonal (T)	1.005	990	-	-	0,2	0,2	-	-		

Tabelle 7: Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftszweigen (Datenquelle: siehe Abbildung 1).

12. Inwiefern waren Unternehmen – beispielhaft am Engagement der Porsche SE beim Erwerb von Gesichtsmasken in der Coronapandemie – in Pandemiezeiten im Auftrag der Landesregierung bei der Beschaffung von Schutzgütern aus dem Ausland beteiligt (bitte aufgeschlüsselt nach beteiligtem Unternehmen, Zweck der Beteiligung und die durch das Unternehmen übernommenen Aufgaben)?

Zu I. 12.:

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration waren bei der Beschaffung von Schutzgütern aus dem Ausland während der Coronapandemie die Unternehmen Porsche Automobil Holding SE (Porsche SE) und die Daimler AG beteiligt. Sie unterstützten die Landesregierung insbesondere bei der Beschaffung von Masken und anderen medizinischen Verbrauchs- und Versorgungsgütern. Die durch die Unternehmen übernommenen Aufgaben sind in der nachfolgenden Tabelle 8 aufgelistet.

Unternehmen	Zweck der Beteiligung	Übernommene Aufgaben
Porsche SE	Unterstützung bei der Abwicklung von Beschaffungsvorgängen von medizinischen Verbrauchs- und Versorgungsgütern in China	Unterstützung bei den Vertragsverhandlungen, Entwicklung spezifischer Verfahren zur Qualitätsprüfung und deren Überwachung; Organisation der Beschaffungstransporte von Persönlicher Schutzausrüstung aus China zum Zentrallager in Deutschland
Daimler AG	Beschaffung von Masken in China	Einkauf der KN-95 Masken und Organisation der Beschaffungstransporte von KN-95 Masken aus China zum Zentrallager in Deutschland

Tabelle 8: Übernommene Aufgaben durch die Unternehmen Porsche SE und Daimler AG.

13. Ausgehend von Frage 12 und unter Bezugnahme der bisherigen Erkenntnisse oder Lehren aus der Coronapandemie über zukünftige Kooperationen mit Unternehmen bei der Krisenbewältigung, inwiefern können Unternehmen in Krisen staatliche Aufgaben übernehmen oder den Staat bei diesen unterstützen und plant sie solche Kooperation für Produkte der kritischen Versorgungssicherheit dauerhaft einzurichten oder zukünftig zu institutionalisieren?

Zu I. 13.:

Die Übernahme staatlicher Aufgaben durch Unternehmen und andere Private (als sogenannte Beliehene) ist in der baden-württembergischen und deutschen Rechts- und Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht vorgesehen und nur in engen Grenzen rechtlich möglich. Dies gilt in Krisen ebenso wie in normalen Zeiten.

Was die Unterstützung des Staates durch Unternehmen bei der Erfüllung seiner Aufgaben in Krisenzeiten anbelangt, sind jedoch sinnvolle Kooperationen ausnahmsweise denkbar.

Stets gilt es jedoch die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu wahren, die sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt haben, wonach der Staat seine Aufgaben eigenständig wahrzunehmen und das Wirtschaftsleben betreffend lediglich den Rechtsrahmen zu setzen hat, innerhalb dessen Unternehmen sich wirtschaftlich frei betätigen können. Die Landesregierung ist dabei der Überzeugung, dass auch in Krisenzeiten private Wirtschaftsakteure knappe Ressourcen am effizientesten einsetzen, um dringend benötigte Produkte

herzustellen – darunter diejenigen Produkte, die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben gerade in Krisenzeiten benötigt.

14. Wie bewertet sie die aktuell bestehenden regionalen Außenhandelsbeziehungen und plant sie zukünftig andere oder weitere Handelsbeziehungen mit ausländischen Regionen (bitte aufgeschlüsselt nach regionalen Handelspartnern, betroffener Branche und Planungs- bzw. Umsetzungsstand der Handelsabkommen)?

Zu I. 14.:

Die generellen handelspolitischen Rahmenbedingungen werden auf EU- und Bundesebene und im Rahmen von internationalen Verpflichtungen festgelegt. Mit Blick auf die subnationalen Handelsbeziehungen und Aktivitäten wird auf Drucksache 17/4667 verwiesen.

II. Resilienz

1. Was tut die Landesregierung, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Coronapandemie, zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz nach dem Verständnis der an die Definition der Vereinten Nationen angelehnten Begriffsbildung der „krisenresilienten Wirtschaft", welche die Fähigkeit der Wirtschaft, sich rechtzeitig und effizient den Auswirkungen einer Gefährdung zu widersetzen, diese zu absorbieren, sich an sie anzupassen, sie umzuwandeln oder sich von ihr zu erholen, beinhaltet (bitte mit Nennung konkreter Indikatoren, an denen sie die Stärkung festmacht)?

Zu II. 1.:

Die Absorptions- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft nach dem Auftreten einer temporären gesamtwirtschaftlichen Störung hängt einerseits vom Grad systemimmanenter Rigiditäten ab: Die Fähigkeit des dynamischen Systems, nach einem Angebots- oder Nachfrageschock, auf den früheren Wachstumspfad zurückzukehren, ist beispielsweise nicht zuletzt dadurch bestimmt, relative Preissignale auf den Faktormärkten wirken zu lassen, um so eine bestmögliche Allokation zu gewährleisten. Die Anpassungsfähigkeit der Akteure wird dabei durch systemendogene Stabilisatoren (progressives Steuersystem, Lohnersatz- sowie Sozialleistungen) unterstützt. Andererseits wurde diese endogene Stabilisierungsfähigkeit in den Krisen der letzten Jahre auch durch diskretionäre Maßnahmen (Hilfsprogramme) flankiert. Zusätzlich zu diesen automatischen und diskretionären Stabilisatoren wird die Resilienz durch den Abbau von Rigiditäten gestärkt, so beispielsweise durch Bürokratieentlastung.

Krisensituationen erfordern regelmäßig ein schnelles und rechtssicheres Handeln der öffentlichen Auftraggeber und der potenziellen Auftragnehmer aus der Wirtschaft. Um in solchen Krisensituationen rasch Orientierung bieten zu können, soll die Neufassung der VwV Beschaffung, für die das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus federführend zuständig ist, einen besonderen Abschnitt zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Krisensituationen enthalten. In einem eigenen Abschnitt soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten das geltende Vergaberecht bietet, um in Krisensituationen die Vergabe öffentlicher Aufträge beschleunigen zu können, damit dringlich erforderliche Güter und Dienstleistungen schnell beschafft werden können und die Wirtschaft durch investive Maßnahmen erforderlichenfalls gestützt werden kann.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat seit 2017 weit über eine halbe Milliarde Euro sowohl für Projekte und Maßnahmen zur Digitalisierung als auch für Zukunfts- und Schlüsseltechnologien bereitgestellt. Diese richten sich von digitalen Neulingen bis zu digitalen Vorreitern und dies in der Fläche des Landes. Alleine für die Förderung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Wirtschaft hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus davon etwa

180 Millionen Euro bereitgestellt. Die Schwerpunkte der Maßnahmen liegen in den Handlungsfeldern wirtschaftsnahe Forschung, Förderung von Innovationen in Unternehmen sowie Vernetzung und Stärkung des KI-Ökosystems. Hinzu kommen KI-Einzelprojekte sowie Projekte zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus setzt hier maßgeblich Anreize, um in die Zukunftstechnologien der KI und Digitalisierung zu investieren.

Zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie und Stärkung des KI-Standorts Baden-Württemberg hat die Landesregierung mit dem zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2020/21 entschieden, den Innovationspark KI BW zu verwirklichen und dafür bis zu 50 Millionen Euro bereit zu stellen (Realisierung unter dem Markennamen „Innovation Park AI“, kurz Ipai). Die Umsetzung des Vorhabens zielt auch auf einen erheblichen konjunkturellen Impuls und auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Es ist davon auszugehen, dass sich die privatwirtschaftlichen Investitionen für den Ipai in hoher dreistelliger Millionenhöhe bewegen werden. Neben der sofortigen Stärkung der Wirtschaft wird die Umsetzung des Projekts zudem dazu beitragen, die KI-Wirtschaft in Baden-Württemberg im globalen Innovationswettbewerb noch weiter nach vorne zu bringen. Als Wertschöpfungszentrum für KI soll der Innovation Park AI im Zusammenspiel mit insbesondere den regionalen KI-Exzellenzzentren einen wichtigen Beitrag zur technologischen Souveränität Europas bei der Künstliche Intelligenz leisten. Die regionalen KI-Exzellenzzentren sollen das KI-Ökosystem an mehreren Standorten und in der Fläche des Landes ergänzen. Hierfür sind weitere 15 Millionen Euro vorgesehen. Sie werden für weitere Investitionen sorgen und die Unternehmen im Bereich KI beim Aufbau von Geschäftsmodellen der Zukunft unterstützen.

Mit der Digitalisierungsprämie Plus soll der im Zuge der Krise entstandene Digitalisierungsschub fortgesetzt und verstärkt werden. Sie soll wesentlich dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie möglichst rasch zu überwinden und gleichzeitig Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Land nachhaltig zu unterstützen. Mit der Digitalisierungsprämie Plus werden seit dem 15. Oktober 2020 Digitalisierungsprojekte und Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit in Unternehmen aller Branchen mit bis zu 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie bei Angehörigen freier Berufe gefördert. Dafür stehen rund 120 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat zudem am 15. Januar 2021 Invest BW als das größte branchenoffene einzelbetriebliche Förderprogramm in der Geschichte Baden-Württembergs gestartet. Mit Beschluss der Landesregierung vom 27. Juli 2021 wurde festgelegt, Invest BW zu einem Innovationsförderprogramm weiterzuentwickeln. Seit Oktober 2021 wurden zwei technologieoffene und drei missionsorientierte Förderaufrufe zu den Themen Klimaschutz, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sowie Green Tech veröffentlicht. Die Unternehmen werden durch die einzelbetriebliche Förderung zielgerichtet bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie unterstützt. Insgesamt stehen 330 Millionen Euro zur Verfügung. Die eingesetzten Fördermittel tragen erheblich zu einer Steigerung der Innovationsbemühungen in den Unternehmen bei und hebeln zusätzliche Mittel aus der Wirtschaft.

Darüber hinaus fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus die Stärkung des Forschungsstandortes Baden-Württemberg mit ausgewählten Vorhaben mit insgesamt 50 Millionen Euro aus der Rücklage „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“, um die Innovationsfähigkeit im Land zu stärken.

Insgesamt hatte die Landesregierung mit dem zweiten Nachtrag zum Doppelhaushalt am 23. September 2020 das Maßnahmenpaket „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ mit einem Gesamtvolumen von bis zu 1,2 Milliarden Euro beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie abzufedern.

Die Initiative Wirtschaft 4.0 Baden-Württemberg (IW4.0) des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, die gemeinsam mit 35 Partnerorganisationen aus Verbänden, Wirtschaftsorganisationen, wirtschaftsnahen Forschungseinrich-

tungen, Unternehmen und Kammern branchenübergreifend die Digitalisierung der Wirtschaft unterstützt, stellt sich verschiedensten Herausforderungen. Seit dem Start der IW4.0 im Jahr 2017 wurden unter dem Dach eine Vielzahl zielgenauer unterstützender Maßnahmen für die Wirtschaft umgesetzt, mit denen schon viele Potenziale und Chancen der digitalen Transformation für die Unternehmen genutzt werden konnten. Um die Widerstandsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft zu erhalten, ist die IW4.0 eine tragende Säule der ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie des Landes namens digital.LÄND *(https://digital-laend.de/digitalisierungsstrategie/)* und setzt den Fokus zunehmend auch auf die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz mithilfe der Digitalisierung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen und Bedrohungen für Wirtschaft und Beschäftigung ist es eine Priorität, digitale Schlüsseltechnologien für eine innovative, widerstandsfähige und nachhaltige Wirtschaft weiter zu fördern. Beim Spitzentreffen der IW4.0 am 16. Januar 2023 wurde eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Resiliente Wirtschaft 4.0 – unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung festigen und ausbauen“ präsentiert.

Die Landesregierung setzt sich in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) intensiv für die Entwicklung und Umsetzung neuer mikroelektronischer Produkte und Dienstleistungen in Deutschland und Europa ein. Dadurch können Kompetenzen und Know-how ausgebaut werden, um wichtige Technologien souverän zu nutzen und mit energieeffizienteren Chips und Halbleiterprodukten zum Klimaschutz beizutragen. Ziel ist ein gestärktes Halbleiter-Ökosystem in Europa, wodurch strategische Abhängigkeiten reduziert und die Versorgungssicherheit verbessert werden können. Die aktuelle Mikroelektronikförderung nutzt die Möglichkeiten eines „Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse“ (Important Project of Common European Interest/IPCEI).

Ziel des IPCEI Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien (IPCEI ME+KT) ist es, die Industrie beim Auf- und Ausbau von resilienten Lieferketten und Herstellungskapazitäten für Halbleiterprodukte und dazu gehörigen Produktionstechnologien zu unterstützen. Die Bundesregierung und die beteiligten Länder verfolgen mit dem IPCEI ME+KT den Ansatz, die Entwicklung und Herstellung von künftigen Mikroelektroniktechnologien sowie die Kombination von Funktionalitäten, Materialien und Prozesstechnologien in Deutschland und Europa bis zur Marktreife zu unterstützen, um Europa angesichts der Abhängigkeit von globalen Lieferketten im Bereich der Mikroelektronik und Kommunikation künftig souveräner und wettbewerbsfähig positionieren zu können. Die Beteiligung des Landes Baden-Württemberg am IPCEI ME+KT ist ein wesentlicher Beitrag zur Realisierung dieses Ziels. Baden-Württemberg soll damit als Halbleiterstandort in Deutschland und Europa weiter gestärkt werden. An Standorten in Baden-Württemberg werden sieben Projekte von Unternehmen gefördert. Das BMWK geht von Gesamtinvestitionen von bis zu 2,8 Milliarden Euro für diese Vorhaben aus. Damit ist Baden-Württemberg einer der am stärksten vom IPCEI ME+KT profitierenden Industriestandorte in Deutschland. Baden-Württemberg beteiligt sich an der Fördermaßnahme mit bis zu 332 Millionen Euro.

Auch die Batterietechnologie ist eine wichtige Schlüsseltechnologie für die Zukunft, die in allen Bereichen der industriellen Wertschöpfung unentbehrlich sein wird. Bis zum Jahr 2030 sollen rund 30 Prozent der weltweiten Nachfrage nach Batteriezellen aus deutscher und europäischer Produktion bedient werden. Baden-Württemberg soll auch auf diesem Gebiet eine Spitzenposition und eine wichtige Schlüsselstellung entlang der gesamten Wertschöpfungskette einnehmen. Baden-Württemberg beteiligt sich daher an der entsprechenden Fördermaßnahme des BMWK. Ziel des IPCEI Batteriezellfertigung ist es, über den Stand der Technik hinausgehende Innovationen entlang der gesamten Batterie-Wertschöpfungskette zu ermöglichen – von den Rohstoffen, chemischen Werkstoffen, der Konzeption von Batteriezellen und -modulen in intelligenten Systemen bis hin zum Recycling und zur Umnutzung von Altbatterien. Der Aufbau einer wettbewerbsfähigen und nachhaltigen europäischen Batteriezellfertigung soll damit unterstützt und die bestehende Dominanz asiatischer Hersteller, insbesondere aus China, Japan und Südkorea, reduziert werden. Baden-Württemberg beteiligt sich an der Fördermaßnahme rund 75 Millionen Euro.

Um die Resilienz von Wirtschaft und Verwaltung zu stärken, sollen des Weiteren die Erkenntnisse aus der derzeit laufenden Evaluation der Coronahilfsprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (siehe Frage 1. 4.) genutzt werden.

Aufgrund der starken internationalen Verflechtungen unterstützt das Land die Unternehmen mit angepassten Maßnahmen, ergänzend zu den Angeboten des Bundes, bei ihren Auslandsaktivitäten. Zudem werden die Außenwirtschaftsfördermaßnahmen des Landes kontinuierlich gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren an den aktuellen Rahmenbedingungen und unternehmerischen Bedarfen ausgerichtet. Baden-Württemberg hat beispielsweise als erstes Land die Förderung von Clustern zur Internationalisierung ermöglicht und ein Innovation Camp im Silicon Valley-Ökosystem für Unternehmen initiiert, um mit Expertinnen und Experten sowie Mentorinnen und Mentoren Innovationsmethoden zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu vertiefen.

Auch die zielgerichtete und strategische Etablierung von Wirtschaftsrepräsentanzen ist ein neuer Ansatz, um Unternehmen bei ihrer zukunftsfähigen Ausrichtung und ihren Innovationsvorhaben mit direkten Informationen aus erster Hand vor Ort zu unterstützen. In den letzten Jahren wurden daher in strategisch wichtigen Zielmärkten die Beratungsangebote der Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros, zum Teil unterstützt durch Innovationsscouts, ausgebaut. Die Auslandsbüros des Landes befinden sich in den USA, China, Japan, Großbritannien, Brasilien, Vereinigte Arabische Emirate, Israel, Indien, Äthiopien und Südafrika.

Am 17. Januar 2023 verabschiedete der Ministerrat die Rahmenstrategie für die Auslandsbüros des Landes Baden-Württemberg. Die Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros werden künftig ihren Fokus auf wissensintensive, innovative Unternehmen, Unternehmen mit einem hohen Wertschöpfungsgrad für Baden-Württemberg sowie auf Zukunftsbranchen und -technologien in Hightech-Märkten, wie z. B. Digitalisierung, Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz und Quantentechnologie, neue und nachhaltige Mobilität, Green Tech und effiziente Technologien, Gesundheitswirtschaft sowie Energie- und Wasserstoffwirtschaft, legen.

Ein weiterer Fokus liegt auf Zukunftsmärkten in Schwellenländern sowie Ländern mit einem besonders hohen Entwicklungs- und Marktpotenzial, in denen Unternehmen einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Hier werden insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Anbieter klassischer Technologien unterstützt, damit diese sich ihnen bietende Möglichkeiten in neuen Märkten nutzen und ihr wirtschaftliches Engagement diversifizieren können (vgl. Landtags-Drucksache 17/4667 Ziffern 7 und 8).

Im Bereich der Beratung wurde ebenfalls bundesweit einmalig die China-Kompetenz-Reihe zur Vertiefung der China-Kenntnisse baden-württembergischer Unternehmen, Hochschulen und Kommunen zusammen mit dem Mercator Institute for China Studies (MERICS) veranstaltet. Auch das bereits seit 2020 bestehende und von upj e. V. durchgeführte Beratungsangebot „global verantwortlich BW“ hat zum Ziel, kleinen und mittleren Unternehmen praktisches Handlungswissen für ein verantwortungsvolles Wertschöpfungs- und Lieferkettenmanagement sowie einen Rahmen für peergroup-learning zur Verfügung zu stellen.

Entlang der bereits bestehenden Abkommen und Partnerschaften (vgl. Landtags-Drucksache 17/4667) werden die Wachstumsmärkte außerhalb Europas einen noch stärkeren Fokus erhalten und intensiviert werden. Dies betrifft zukünftige Potenziale im Asien-Pazifik-Raum, in Nordamerika mit den USA und Kanada, in Südamerika und Afrika. Hierzu tragen die geförderten Beteiligungen von Unternehmen an internationalen Auslandsmessen und Delegationsreisen (durchgeführt von Baden-Württemberg International [BW_i]) bei und werden durch ein neues Förderangebot von Incoming Delegations (durchgeführt von der IHK-Exportakademie) ergänzt. Hierbei werden gezielt ausländische Unternehmen und baden-württembergische KMU mit dem Ziel von Kooperationen und Kaufabschlüssen in Kontakt gebracht.

Die Coronapandemie hat zum Teil zu einem Rückfall in traditionelle Rollenbilder geführt. Die Zusatzbelastungen durch Lockdowns, Kita-Schließungen und Home-Schooling wurden in großem Umfang von Frauen getragen. Sie waren Krisenmanagerinnen und haben die Gesellschaft zusammengehalten: in den Familien, in der Pflege, in den Krankenhäusern, in den Schulen und Kitas – in vielen systemrelevanten Berufsgruppen und Bereichen. Vielfach haben Frauen daher ihre Arbeitszeiten reduziert, um diese Herausforderungen bewältigen zu können.

So stieg der Gender-Time-Gap, die Differenz der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen, in der Pandemie bei Müttern von 10 auf 11 Stunden. Zudem hat die Pandemie die über Jahre erzielten Fortschritte in der Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgebremst und auf das Niveau des Jahres 2011 zurückgeworfen. Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern war seit dem Jahr 2011 bis 2019 stets gewachsen und zwar stärker als für jede andere Beschäftigtengruppe. Seit Beginn der Pandemie ist der Anteil der Frauenbeschäftigung insgesamt in Baden-Württemberg gesunken – von 2019 bis 2020 um zwei Prozentpunkte von 47 Prozent auf 45 Prozent, in einigen Branchen zeigte sich sogar ein Rückgang um vier Prozentpunkte.

Besonders betroffen waren Alleinerziehende. Zwischen 2019 und dem ersten Halbjahr 2021 fiel der Anteil erwerbstätiger alleinerziehender Mütter von 72,3 Prozent auf 68,2 Prozent. Aber auch Frauen in Teilzeit und Minijobs, selbstständig tätige Frauen sowie Migrantinnen spürten die Folgen der Coronapandemie durch den Wegfall von Minijobs, Aufträgen und Stellen im Dienstleistungssegment in besonderem Maße. Denn Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig in Wirtschaftszweigen, die von den Auswirkungen der Pandemie wirtschaftlich negativ betroffen waren, wie die Dienstleistungssektoren, darunter das Gastgewerbe, der Einzelhandel oder das Gesundheits- und Sozialwesen. Bei Neueinstellungen lag der Frauenanteil im Jahr 2020 sogar auf dem niedrigsten Niveau (45 Prozent) seit dem Jahr 2011 (damals 46 Prozent, 2019: 49 Prozent).

Die Frauenerwerbstätigkeit erholte sich von diesen negativen Folgen der Pandemie deutlich langsamer als die der Männer. Mit durchschnittlich 31,1 geleisteten Wochenarbeitsstunden liegt Deutschland im EU-weiten Vergleich auf dem vorletzten Platz. Erwerbstätige Frauen in Teilzeit arbeiteten 2021 durchschnittlich 21,8 Wochenstunden. Durch den gesunkenen Arbeitsumfang weiblicher Beschäftigter, insbesondere von Müttern, ist der Wirtschaft ein erhebliches Arbeits- und Fachkräftepotenzial verloren gegangen. Eine Ausweitung der Arbeitszeiten von Frauen könnte den Fachkräfteengpass deutlich verringern.

Die Krise hat daher gezeigt, dass partnerschaftliche Aufgabenverteilung, flexible Arbeitsbedingungen in Unternehmen und eine gesicherte Kinderbetreuung sowie Bildung und Betreuung in Schulen systemrelevante Faktoren sind. Um für künftige Krisen gewappnet zu sein, ist es wichtig, dass diese Rahmenbedingungen und Faktoren beachtet und sichergestellt werden. Für die Stabilität in künftigen Krisen ist es von besonderer Bedeutung, dass Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen nach Möglichkeit geöffnet bleiben und Lockdowns vermieden werden.

Ziel der baden-württembergischen Wirtschaftspolitik ist die Sensibilisierung der Unternehmen, die Möglichkeiten von Digitalisierung und New Work, mit flexiblen Arbeitsbedingungen, Homeoffice, mobilem Arbeiten und lebensphasenorientierter Personalpolitik, zu nutzen, um eine kontinuierliche, hohe Beschäftigung sicherzustellen. Dies trägt wesentlich zur Resilienz der Unternehmen bei.

Zur Steigerung der Beschäftigungsanteile von Frauen gilt es zudem mit gezielten Maßnahmen den durch die Krise unterbrochenen Prozess fortzuführen. Passgenaue Angebote und Programme für Frauen sind wichtiger denn je, um Rückschritte gezielt auszugleichen und das Erwerbspotenzial von Frauen als Fach- und Führungskräfte zu erschließen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert dazu unter anderem das Landesprogramm „Kontaktstellen Frau und Beruf“ mit aktuell neun Beratungseinrichtungen an 15 Standorten in Baden-Württemberg. Die Ziele des

Landesprogramms sind die Erschließung des Fachkräftepotenzials von Frauen für die Wirtschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben. Zentrale Aufgabe der Kontaktstellen ist es, die erfolgreiche berufliche Integration und Entwicklung von Frauen durch ein verlässliches, ganzheitliches Beratungsangebot zu unterstützen. Die Kontaktstellen arbeiten als niederschwellige und regionale Anlaufstellen eng mit Wirtschaftsorganisationen, Weiterbildungsträgern, Arbeitsagenturen und Unternehmen zusammen. Sie tragen mit ihren Maßnahmen zur Aktivierung des Fachkräftepotenzials von Frauen, insbesondere auch aus der sogenannten stillen Reserve, entscheidend bei.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft unterstützt durch Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen, wie dem Netzwerk der regionalen Kompetenzstellen für Energieeffizienz (KEFF) bis zum 28. Februar 2023 oder dem am 1. Januar 2022 gestarteten Netzwerk der regionalen Kompetenzstellen für Ressourceneffizienz (KEFF+), alle interessierten Unternehmen im Land bei der Befassung mit den Themen Energieeinsparung und Ressourceneffizienz sowie bei der Umsetzung entsprechender betrieblicher Maßnahmen. Weiterhin bestehen im Landesförderprogramm Klimaschutz-Plus verschiedene Beratungsangebote beispielsweise zur Einführung von Energiemanagementsystemen, Teilnahme an Energieeffizienz- und Klimaschutznetzwerken, Erstberatung und Projektanbahnung von Abwärmenutzungsmaßnahmen oder zur Entwicklung von Contracting-Projekten für die Umsetzung von Maßnahmen. Ziel all der genannten Maßnahmen ist eine nachhaltige und klimaneutrale Ausrichtung der Wirtschaft, wodurch auch die Resilienz gegenüber künftigen Krisen und Mangellagen hinsichtlich Energie und Ressourcen gestärkt werden soll.

2. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um vor dem Hintergrund möglicher weiterer Krisen Unternehmen im Land anzusiedeln und Lieferketten zu stärken bzw. regionale Lieferanten nicht zu benachteiligen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm bzw. der jeweiligen Strategie)?

Zu II. 2.:

Nach dem Beschluss der Eckpunkte der Ansiedlungsstrategie Baden-Württemberg im Jahr 2022 hat der Ministerrat in seiner Sitzung am 23. Mai 2023 die konkreten Umsetzungsmaßnahmen der Aktiven Ansiedlungsstrategie Baden-Württemberg verabschiedet.

Die Aktive Ansiedlungsstrategie ist ein weiterer wichtiger Baustein, um Baden-Württemberg zukunftsfest und damit resilienter zu machen. Mit dem Fokus auf bestimmte Branchen und Zukunftsfelder will die Landesregierung offensiv für den Standort werben, Unternehmen für eine Ansiedlung in Baden-Württemberg gewinnen und gleichzeitig die heimischen Unternehmen – etwa bei Investitions- und Erweiterungsvorhaben – an ihren Standorten in Baden-Württemberg unterstützen.

Zentraler Baustein ist die Landesagentur Baden-Württemberg International (BW_i). Als zentraler Ansprechpartner wird BW_i künftig weitere Aufgaben in der Akquise von ausländischen Unternehmen übernehmen, neue ansiedlungsinteressierte Unternehmen begleiten, Akteure vor Ort bei der Standortsicherung von Unternehmen in Baden-Württemberg unterstützen sowie die Gewinnung und Standortsicherung von hochinnovativen Start-ups verfolgen.

Die Aktivitäten des Landes werden im engen Schulterschluss mit den Kammern, den Landkreisen, Städten, Gemeinden sowie den regionalen Wirtschaftsförderungen umgesetzt. Ihnen kommt eine zentrale Rolle in der Standortsicherung von bereits ansässigen Unternehmen zu. In Abstimmung mit den Akteuren vor Ort wird BW_i daher bei Bedarf gezielt Unterstützungsleistungen für Bestandsunternehmen anbieten.

Laut einer Veröffentlichung des Münchener Ifo-Instituts vom 6. Oktober 2022 hat die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen seit der Coronapandemie

konkrete Maßnahmen ergriffen, um ihre Lieferketten anzupassen. Die Außenwirtschaftsförderung des Landes unterstützt die Unternehmen auch entlang der Neuausrichtungen ihrer Lieferketten mit geförderten Beteiligungen an internationalen Auslandsmessen und Delegationsreisen (durchgeführt von BW_i), ergänzt durch ein neues Förderangebot von Incoming Delegations (durchgeführt von der IHK-Exportakademie). Hierbei werden gezielt ausländische Unternehmen und baden-württembergische KMU mit dem Ziel von Kooperationen und Kaufabschlüssen in Kontakt gebracht.

Auch die zielgerichtete und strategische Etablierung von Wirtschaftsrepräsentanzen ist ein Ansatz, um Unternehmen bei ihrer zukunftsfähigen Ausrichtung und ihren Innovationsvorhaben mit direkten Informationen aus erster Hand vor Ort zu unterstützen. In den letzten Jahren wurden daher in strategisch wichtigen Zielmärkten die Beratungsangebote der Wirtschaftsrepräsentanzen und Auslandsbüros, zum Teil unterstützt durch Innovationsscouts, ausgebaut. Die Auslandsbüros des Landes befinden sich in den USA, China, Japan, Großbritannien, Brasilien, Vereinigte Arabische Emirate, Israel, Indien, Äthiopien und Südafrika. Entlang der bereits bestehenden Abkommen und Partnerschaften (vgl. Landtags-Drucksache 17/4667) werden die Wachstumsmärkte außerhalb Europas einen noch stärkeren Fokus erhalten und intensiviert werden. Dies betrifft zukünftige Potenziale im Asien-Pazifik-Raum, in Nordamerika mit den USA und Kanada, in Südamerika und Afrika.

Im Bereich Rohstoffe wurden mehrere sich ergänzende Maßnahmen getroffen. Mit dem Rohstoffdialog verfügt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus über ein Format, um flexibel und anlassbezogen mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft über die für den Standort relevanten Entwicklungen im Rohstoffsektor zu diskutieren und gemeinsam Handlungsoptionen zu eruieren. Mit dem am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) angesiedelten Think Tank „Industrielle Ressourcenstrategien“ hat das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zudem eine Einrichtung etabliert, um den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu stärken und kontinuierlich an ressourcenstrategischen Themen zu arbeiten. Die Landestrategie Ressourceneffizienz, die aktuell weiterentwickelt wird, bildet einen strategischen Rahmen für die Arbeit der Landesregierung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst haben mit Unterstützung der Landesagentur e-mobil BW zudem den „Runden Tisch Batterie“ etabliert. Es handelt sich dabei um ein agiles Dialogformat, um flexibel wesentliche Themen im Bereich Batterie zu diskutieren und neue mögliche Maßnahmen und Aktivitäten zu entwickeln.

Angelehnt an die im Juni 2020 veröffentlichte Nationale Wasserstoffstrategie hat die Landesregierung als eine der ersten Landesregierungen Mitte Dezember 2020 auch eine eigene Wasserstoff-Roadmap beschlossen. Damit verfügt die Landesregierung über einen Fahrplan für die kommenden Jahre, um das Land als führenden Wasserstoff-Standort zu etablieren.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Energieversorgungssituation und der sich rasch verändernden Rahmenbedingungen erfährt das Thema Wasserstoff eine zusätzliche Dynamik. Im Mai 2023 wurde daher ein Fortschrittsbericht der Wasserstoff-Roadmap im Kabinett verabschiedet, der diese Entwicklungen berücksichtigt und die Maßnahmen der Wasserstoff-Roadmap um weitere Handlungsfelder in den verschiedenen Sektoren ergänzt. Der Fortschrittsbericht betrachtet insbesondere folgende Themen und Handlungsbedarfe:

- Schaffung entsprechender Voraussetzungen für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für Erzeugung, Speicherung und Transport (einschließlich Import) von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten,
- frühzeitige Erschließung von Exportpotenzialen für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien auf internationalen Märkten,

– Nutzung der Potenziale für baden-württembergische Unternehmen bei der Entwicklung und Produktion von Brennstoffzellenkomponenten und -systemen sowie im Bereich der Fertigung von Elektrolysetechnologien, insbesondere der Skalierung und seriellen Fertigung.

Baden-Württemberg ist von der zunehmenden Bedeutung von Wasserstoff ganz besonders betroffen: Als führendes Industrieland mit einer starken Automobil- und Zuliefererbranche sowie einem Schwerpunkt im Bereich Maschinen- und Anlagenbau muss das Land zwingend eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft aufbauen. Denn Wasserstoff ist nicht nur eine Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz. Er ist auch eine Zukunftstechnologie, um Wertschöpfung im Land zu erzielen, Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Deshalb unterstützt die Landesregierung entsprechende Projekte mit rund 500 Millionen Euro, darunter industrienahe Forschung und Entwicklung und Investitionsvorhaben. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und die Plattform H2BW führen mit den Akteuren im Land einen engen Austausch zur Wasserstoffinfrastruktur durch (unter anderem mit Fachdialogen und einer aktuellen Bedarfserhebung).

Bereits seit zehn Jahren arbeitet der von der Landesagentur e-mobil BW geführte Cluster Brennstoffzelle BW daran, Wasserstoff als Energieträger der Zukunft stärker in die Fläche zu tragen. Der Cluster Brennstoffzelle BW ist eine zentrale Anlaufstelle, die sich stetig mit den Bedarfen der Mitglieder weiterentwickelt und damit wertvolle Arbeit leistet, damit sich Unternehmen gemeinsam im Technologiefeld Wasserstoff entwickeln können.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus fördert die Erstellung der „Roadmap klimaneutrale Produktion“. Mit der Roadmap soll aufgezeigt werden, wie der Weg zur Klimaneutralität für die Unternehmen im Land erfolgreich gestaltet werden kann. Es geht darum, die Bandbreite zukunftsweisender Technologien aufzuzeigen, welche im Sinne des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit richtungsweisend sind. Die identifizierten technologischen Trends und die sich darin abzeichnenden klimaschutzrelevanten technischen Lösungen sollen anschaulich aufbereitet werden, um die Unternehmen dabei zu unterstützen, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Darüber hinaus sollen dem Land Handlungsoptionen zur Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen aufgezeigt werden. Mit dem in den Jahren 2022 und 2023 ausgeschriebenen Innovationswettbewerb „Klimaneutrale Produktion mittels Industrie 4.0-Lösungen“ werden Unternehmen unterstützt, die auf Klimaschutz und Ressourceneffizienz ausgerichtete Vorhaben mit Methoden der digitalen Transformation verbinden.

3. In welcher Hinsicht werden Arbeitsschutzbestimmungen bei der Nachverfolgung von Lieferketten abgesichert?

Zu II. 3.:

Das Land unterstützt kleine und mittlere Unternehmen mit dem Programm „global verantwortlich Baden-Württemberg“ beim Aufbau eines nachhaltigen Lieferkettenmanagements. Auf Bundesebene kontrolliert das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die Einhaltung der Vorgaben aus dem Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz und hält dort auch Unterstützungsangebote bereit.

4. Von Frage II. 2. ausgehend und unter Berücksichtigung der angeschlagenen Medizintechnikbranche Baden-Württembergs aufgrund der Auswirkungen der in 2021 in Kraft getretenen Medical Device Regulation (Europäische Verordnung über Medizinprodukte) – wie plant sie die Versorgungssicherheit von medizintechnischen Nischenprodukten und speziellen Kleinserien (zum Beispiel Ballonkatheter für Säuglinge) zukünftig sicherzustellen?

Zu II. 4.:

Die beiden im Jahr 2017 in Kraft getretenen EU-Verordnungen für Medizinprodukte MDR (Regulation (EU) 2017/745 on medical devices) und IVDR (Regulation (EU) 2017/746 on in vitro diagnostic medical devices) stellen die Hersteller von Medizinprodukten vor große Herausforderungen, unter anderem aufgrund der noch zu geringen Kapazitäten bei benannten Stellen, aber auch aufgrund deutlich gestiegener Kosten und Personalengpässe. Damit drohten und drohen weiterhin Versorgungsengpässe für bestimmte Bestandsprodukte sowie insbesondere im Bereich der so genannten Nischenprodukte.

Baden-Württemberg hatte sich bereits mehrfach erfolgreich für Verlängerungen der Übergangsfristen der MDR und der IVDR eingesetzt. Unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Integration und Gesundheit wurden Handlungsempfehlungen für eine pragmatischere Umsetzung der MDR an die Europäische Kommission erarbeitet, die im Frühjahr 2022 von Herrn Ministerpräsident in Brüssel vorgetragen wurden. Untermauert wurde diese Initiative jeweils von den durch die Fachressorts erwirkten Beschlüssen auf der Gesundheits- und auf der Wirtschaftsministerkonferenz.

Auf europäischer Ebene erarbeiteten die zuständigen Behörden in der Medical Device Coordination Group (MDCG) unter Vorsitz der Europäischen Kommission in Folge dieser dringenden Appelle aus Baden-Württemberg das Positionspapier MDCG 2022-14 mit 19 Maßnahmen, vornehmlich zur Beschleunigung der Zertifizierungen der Bestandsprodukte durch die Benannten Stellen, aber auch mit speziellen Maßnahmen für Nischenprodukte. Der kontinuierliche Einsatz des Landes hat mit dazu beigetragen, dass die Übergangsfristen der europäischen Medizinprodukteverordnung MDR schließlich am 20. März 2023 risikoklassenabhängig jeweils bis zum Ende des Jahres 2027 beziehungsweise des Jahres 2028 verlängert und die Abverkaufsfristen in der MDR und der IVDR gestrichen wurden.

Damit auch seltene Erkrankungen optimal behandelt werden können und Medizinprodukte auch für Kinder und Neugeborene adäquat zur Verfügung stehen, müssen Medizinprodukte mit geringem Absatz, deren Herstellung, weitere Entwicklung und klinische Prüfung sich aufgrund der gestiegenen Kosten nicht mehr lohnen könnte, gefördert werden. Daher bedarf es für die sogenannten Nischenprodukte eigener Regelungen und finanzieller Anreize. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration setzt sich dafür weiterhin ein.

Auf nationaler Ebene setzte sich das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zudem für ein einheitliches Verwaltungshandeln der zuständigen Behörden ein. Beispielsweise wurde ein Leitfaden zur Anwendung des Artikels 97 der MDR in der Arbeitsgruppe „Medizinprodukte (AGMP)“ der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) erarbeitet, um das Inverkehrbringen von dringend benötigten bewährten Medizinprodukten zu unterstützen.

Auch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus dringt weiterhin auf allen politischen Ebenen auf Sonderlösungen mit vereinfachten Prozessverfahren für Nischen- und bewährte Bestandsprodukte nach US-amerikanischem Vorbild über Durchführungsrechtsakte zur Verhinderung weiterer Versorgungsengpässe mit dramatischen Folgen besonders im Bereich der Kinderheilkunde bei seltenen Erkrankungen. Dass dies mittels Durchführungsrechtsakten zeitnah umsetzbar wäre, war Inhalt der juristischen Handlungsempfehlungen aus Baden-Württemberg an die Europäische Kommission, die dort leider bis heute nicht umgesetzt wurden.

Mit diesen Aktivitäten auf der politischen Ebene soll ein Beitrag dazu geleistet werden, um auch künftig die Versorgungssicherheit von medizinischen Nischenprodukten und speziellen Kleinserien sicherzustellen. Ergänzend dazu hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Unternehmen die Bewältigung der neuen regulatorischen Anforderungen zu erleichtern. In den Jahren 2019 und 2020 wurde das MDR & IVDR-Soforthilfeprogramm mit 2,5 Millionen Euro gefördert, um die Unternehmen bei der Umsetzung der beiden Verordnungen zu unterstützen. In Weiterentwicklung dieser Maßnahme wurde im Frühjahr 2023 die neue Anlaufstelle „Regulatorik Gesundheitswirtschaft BW“ bei der Landesagentur BIOPRO Baden-Württemberg GmbH eingerichtet. Aufbauend auf der „MDR- & IVDR-Soforthilfe BW“ soll die Anlaufstelle die Unternehmen der baden-württembergischen Gesundheitsindustrie weiterhin bei der Lösungsfindung für Herausforderungen im regulatorischen Umfeld unterstützen.

Auch das Projekt „MDR und IVDR-Kompetenzzentrum“ beim Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institut (NMI) in Reutlingen unterstützt die Unternehmen im Land aktiv bei der Bewältigung regulatorischer Herausforderungen im Zuge der Entwicklung und Umsetzung innovativer Medizinprodukte. Gemeinsam bieten die drei Partner NMI, die Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. und die BIOPRO Baden-Württemberg GmbH dazu Beratungsvermittlung und Begleitung hinsichtlich der Zulassung, vor allem aber Unterstützung bei der Entwicklung und Normierung aktuell noch nicht verfügbarer Analytik- und Prüfmethoden. In einem umfassenden Ansatz werden die Unternehmen von den Partnern bei Prüfung und Analytik auch bezüglich der Interpretation der Ergebnisse begleitet.

Mit der Förderung des Projekts „Med Alliance 2.0“ der MedicalMountains GmbH in Tuttlingen unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus außerdem die Entwicklung und Umsetzung von praktischen Hilfsangeboten für Medizintechnikunternehmen bei der Umsetzung regulatorischer Anforderungen und transformierender Herausforderungen. Das Projekt zielt darauf ab, die derzeit durch die MDR bedingte Bearbeitung des Bestandsportfolios in den Unternehmen zu verbessern und bei der Umsetzung der MDR und weiterer Regelungen durch gemeinschaftliches, effizientes und standardisiertes Arbeiten Ressourcen einzusparen. Zudem sollen für wichtige Transformationsprozesse Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Damit sollen Unternehmen entlastet werden, um sich wieder stärker auf Innovationen und neue Produkte fokussieren zu können und somit ihre Marktposition und Zukunftsfähigkeit zu erhalten.

5. Welche Konzepte oder Programme wurden, unter Berücksichtigung der in Frage 13 ersuchten Kooperationsmöglichkeiten zwischen Landesregierung und Unternehmen, im Bereich der Arbeits- und Fachkräftesicherung und -anwerbung, bereits ergriffen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm)?

Zu II. 5.:

Eine krisenresiliente Wirtschaft ist auf eine ausreichende Zahl passend qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Gleichzeitig ist Personalgewinnung und -bindung zu allererst Aufgabe der Unternehmen. Die Landesregierung unterstützt die Unternehmen, insbesondere die KMU, bei der Arbeits- und Fachkräftesicherung auf vielfältige Weise. Die Schwerpunkte reichen dabei unter anderem von der beruflichen Orientierung von Schülerinnen und Schülern und der Förderung der Aus- und Weiterbildung über die Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Frauen oder Personen mit Migrationshintergrund, Hilfestellung bei der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen bis hin zur Unterstützung bei der Gewinnung und Bindung von internationalen Fachkräften. Fachkräftesicherung ist eine Querschnittsaufgabe, zu der alle Ressorts beitragen. In der Folge sind neben den Organisationen der Wirtschaft auch alle Ressorts als Partner in der Fachkräfteallianz Baden-Württemberg vertreten. Zu einzelnen Programmen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus wird auf die Ant-

wort zu der Frage 13 der Landtagsdrucksache 17/3094 sowie die Landtagsdrucksache 17/3474 verwiesen.

Bei der Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden ist staatlicherseits die Bundesagentur für Arbeit (BA) der Hauptakteur. Die BA unterstützt im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags durch vielfältige internationale Rekrutierungs- und Vermittlungsaktivitäten in geeigneten EU- und Drittstaaten. Hierzu gehören zum Beispiel Programme und Projekte wie „Triple Win“, „Specialized!“, „APAL (Ausbildungspartnerschaften in Lateinamerika)“, „Hand in Hand for International Talents“, „THAMM“ oder „Handwerk bietet Zukunft“ mit dem Partnerland Bosnien-Herzegowina. Im Bereich der Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden sind zudem Organisationen der Wirtschaft sowie private Dienstleister aktiv. Die Landesregierung hat im Hinblick auf die Gewinnung von Pflegekräften im Ausland mit der BA ein Modellvorhaben gestartet. Hierbei unterstützt die Landesregierung mit einer Million Euro Sprachkurse von ausländischen Pflegekräften in ihrem Herkunftsland. Die Förderung der Landesregierung findet im Rahmen von „Triple Win“ statt.

6. Wie steht sie zur eigenverantwortlichen Lagerhaltung von Unternehmen, die sich im Zuge der Coronapandemie sowie des russischen Angriffskriegs deutlich erhöht hat?

7. Von Frage II. 6. ausgehend, ob sie, ähnlich wie bereits für Arzneimittel, auch in anderen Branchen eine Bevorratung bzw. Lagerhaltung für Unternehmen anstrebt (wenn ja, bitte aufgeschlüsselt nach Produkten oder Artikeln und Menge der zu bevorratenden Güter pro Unternehmen sowie der geplanten Koordinierungslogistik und eventuellen Fördermaßnahmen)?

8. Von Frage II. 7. ausgehend, welche Position vertritt sie zur Bevorratung bzw. Lagerhaltung für Unternehmen und sieht sie die Kompetenzen in diesem Bereich bei sich selbst oder beim Bund?

Zu II. 6. bis II. 8.:

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen unter den Ziffern II. 6. bis II. 8. gemeinsam beantwortet.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus bewertet den Aufbau einer eigenverantwortlichen und strategischen Lagerhaltung als Maßnahme zur Steigerung der Resilienz und Krisenfestigkeit von Unternehmen grundsätzlich positiv. Durch die Lagerhaltung von wichtigen Gütern und Materialien kann ein Unternehmen zeitweise unabhängiger von externen Lieferanten, Lieferketten und Preisschwankungen werden. Dadurch ist es besser in der Lage, auf unvorhergesehene Ereignisse und Krisen zu reagieren. Die gestiegene Nachfrage nach Lagerflächen hat sich in der Logistikbranche des Landes in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt.

Die Vorteile einer eigenständigen Lagerhaltung sind unter anderem die damit einhergehende Flexibilität, aber auch die eigenständige Kontrolle über die Verfügbarkeit von Gütern, da durch die eigene Lagerhaltung ein Unternehmen selbst sicherstellen kann, dass besonders wichtige Güter und Materialien verfügbar sind. Mögliche Nachteile einer umfangreicheren Bevorratung beziehungsweise Lagerhaltung sind eine höhere Kapitalbindung und höhere Lager- und Logistikkosten.

Wie Unternehmen auf Lieferkettenstörungen reagieren, zeigen die Ergebnisse einer vom ifo-Institut München durchgeführten Unternehmensbefragung (siehe ifo Schnelldienst digital 7/2022 vom 6. Oktober 2022).

Auch nach Ansicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ist die eigenverantwortliche Lagerhaltung von Unternehmen grundsätzlich eine Möglichkeit, Engpässen wichtiger Güter vorzubeugen, die durch einen krisenbedingten, weltweit steigenden Bedarf in Verbindung mit eingeschränkter Marktverfügbarkeit bedingt sind. Dieses Vorgehen hat sich nach Einschätzung des

Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration beispielsweise im Zusammenhang mit der Bevorratung antiviraler Arzneimittel im Rahmen der Influenzapandemievorsorge bewährt. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ist insbesondere der Auffassung, dass die Vorratshaltung einer angemessenen Notfallreserve für künftige Gesundheitskrisen sinnvoll ist. Deshalb wurde das Konzept für den Aufbau und die Implementierung einer angemessenen Notfallreserve an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) und Desinfektionsmittel erarbeitet.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft weist ergänzend darauf hin, dass mit Blick auf die Kreislaufwirtschaft und in Anbetracht der Erfahrungen des letzten Winters eine bundesgesetzliche Regelung, beispielsweise im Bundesimmissionsschutzgesetz, sinnvoll wäre, die KRITIS-Betriebe verpflichtet, die für den reibungslosen und rechtskonformen Betrieb erforderlichen Betriebsstoffe für einen Mindestzeitraum (im Bereich drei bis sechs Monate) vorzuhalten. Dies betrifft im Bereich der Kreislaufwirtschaft vor allem die Anlagen zur thermischen Abfallverwertung (Müllverbrennungsanlagen). Teilweise bestehen hier nach wie vor nur Lagerkapazitäten von wenigen Tagen, sodass sich Störungen der komplexen, oftmals globalen Lieferketten relativ schnell gravierend auswirken können. Auch wenn im letzten Winter trotz Engpässen und hohen Preisen die Betriebsstoffe immer rechtzeitig beschafft werden konnten, so kann ein solches Szenario für die Zukunft auch weiterhin nicht ausgeschlossen werden, zumal nach derzeitigem Stand einiges dafürspricht, dass die Grundstoffchemie weitere Produktionskapazitäten ins Ausland verlagern wird. Zunächst könnte eine solche Entwicklung vor allem, aber nicht ausschließlich Koppelprodukte für die Abgasreinigung betreffen (zum Beispiel Salzsäure und Natronlauge) und zu weiteren Abhängigkeiten von teilweise nur wenigen Herstellern führen. Koppelprodukte sind Erzeugnisse, die als Nebenerzeugnisse im Produktionsprozess anfallen.

9. Unter Berücksichtigung der Antworten zu Fragen II. 1. und II. 5., wie resilient ist Baden-Württemberg aufgestellt, wenn zentrale Lieferketten zusammenbrechen würden, bspw. für seltene Erden, Mikrochips, etc. (bitte aufgeschlüsselt nach den am härtesten betroffenen Branchen, Mangelgütern und konkret absehbaren Auswirkungen)?

Zu II. 9.:

Rohstoffengpässe im Bereich der als besonders kritisch eingestuften Seltenen Erden stellen ein erhebliches Risiko dar, da diese insbesondere in Hightech-Anwendungen eine zentrale Rolle spielen. Ziel der Landesregierung ist es hier, die Resilienz durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen. Beispielsweise wurden in der Vergangenheit mehrere wirtschaftsnahe Forschungsprojekte zum Recycling seltener Erden gefördert. Einen besonders wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Resilienz leistet dabei die Förderung der HyProMag GmbH im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit rund 3,7 Millionen Euro. Seit Februar 2023 unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus den Aufbau einer ultraeffizienten Transferfabrik für Seltene-Erden-Permanentmagnete. Die HyProMag GmbH ist ein Technologie-Start-up aus Pforzheim, das auf die Wiederaufarbeitung von Permanentmagneten auf Basis Seltener Erden spezialisiert ist.

Die Mikroelektronik ist eine der Schlüsseltechnologien und Treiber für Innovation und Fortschritt, sowohl für die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft als auch für den Klimaschutz. Dies gilt für die Automobilbranche ebenso wie den Maschinen- und Anlagenbau, die Medizintechnik, die Elektro- und Informationstechnik oder die Luft- und Raumfahrttechnik. Nach Angaben des Verbands der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) wurden im Jahr 2020 in Europa nur rund 7,9 Prozent aller Halbleitersysteme weltweit produziert, der europäische Markt für Halbleiterprodukte ist aber deutlich größer. Zudem ist die Produktion in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden. So sind Fabriken für die Integration der Mikrochips in Gehäuse (Aufbau- und Verbindungstechnik) in der Regel in Fernost angesiedelt. Eine Unterbrechung der Lieferketten würde die Herstel-

lung von Mikroelektronikkomponenten und -systemen und damit direkt auch die anwendenden Industriebranchen stark belasten.

Transparenz über und Diversifizierung von Lieferketten trägt maßgeblich zur Sicherstellung der Versorgung bei. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass zur Sicherung der Gesundheitsversorgung in Krisenzeiten neben dem Fachpersonal die Verfügbarkeit einer ganzen Reihe bestimmter Medizinprodukte (zum Beispiel Beatmungsgeräte, Masken, Spritzen, Kanülen), Arzneimittel (zum Beispiel Wirkstoffe für die intensivmedizinische Versorgung, Antibiotika, fiebersenkende Mittel, Impfstoffe) und Desinfektionsmittel unabdingbar ist.

Gleichzeitig ist die Versorgung mit Medizinprodukten und Arzneimitteln in einer globalisierten Welt häufig abhängig von der Produktion im Ausland, was zu einem umfangreicheren Logistikaufwand führt und die Lieferketten in Krisenzeiten fragil erscheinen lässt. Selbst wenn es heimische Produktionsstätten gibt, stammen Komponenten und Materialien vielfach aus dem Ausland. Daher prüft die Landesregierung weiterhin, wie der relevante Bedarf im Bereich der Medizinprodukte und Arzneimittel im Krisenfall bestimmt und die Resilienz des Gesundheitsstandorts durch den Aufbau beziehungsweise die Erweiterung von Produktionskapazitäten verbessert werden kann.

Um der Verteilproblematik entgegenzuwirken, wurde die Einrichtung einer digitalen Bestandsplattform für versorgungskritische Medizinprodukte vorgeschlagen und die Sinnhaftigkeit einer entsprechenden Notbevorratung diskutiert. Allerdings soll für die Problematik einer besseren Versorgung unter anderem mit Medizinprodukten und deren effiziente und dezentrale Bevorratung auf Bundesebene mit einem Gesundheitssicherstellungsgesetz ein Rahmen vorgegeben werden. In Übereinstimmung mit dem Pandemiepapier „Langfristige Sicherung des Gesundheitsstandorts Baden-Württemberg gegen Pandemiefälle“ vom Januar 2021 stärkt die Landesregierung insbesondere weiterhin die heimische Medizintechnik- und Pharmabranche und evaluiert Liefer- und Versorgungsengpässe im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

10. Welche Strategie plant sie, um dem Einbruch von Start-up Unternehmensgründungen und dem damit einhergehenden Innovationsdefizit, nachhaltig – auch in Krisenzeiten – entgegenzuwirken?

Zu II. 10.:

Der Schlüssel zur nachhaltigen Gestaltung gegenwärtiger und zukünftiger Transformationsprozesse liegt in der Innovationsfähigkeit unseres Landes. Laut Innovationsindex liegt Baden-Württemberg im europäischen Vergleich der 90 EU-Regionen mit deutlichem Vorsprung auf dem ersten Platz. Im Zentrum der Strategie stehen daher Erhalt und Ausbau der Innovationspotenziale Baden-Württembergs, einschließlich der Förderung innovativer und wachstumsorientierter Gründungsvorhaben beziehungsweise Start-ups. Zu den Kernelementen zählen:

A) Die Förderung und Forcierung von Start-up-Unternehmensgründungen im Rahmen der Start-up BW Landeskampagne unter Federführung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, unter anderem durch die Vereinigung der zwölf regionalen Start-up-Ökosysteme mit sämtlichen Programmen und Projekten unter einer Dachmarke, die Stärkung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit des Gründungsstandorts Baden-Württemberg, wie auch die Unterstützung der Gründerinnen und Gründer in Baden-Württemberg mit einem dichten Partnernetzwerk und einem breiten Angebot der Gründungsförderung, einschließlich der 18 branchen- und themenfokussierten Start-up BW Landesacceleratoren sowie den zwölf Beratungsdiensten. Die Angebotspalette reicht von Entrepreneurship Education an Schulen, über die Maßnahmen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, der Einführung neuer Finanzierungsinstrumente, wie Start-up BW Pre-Seed für die unternehmerische Frühphase zur Erlangung der Finanzierungsreife. Mit der Ausweitung des Programms Start-up BW Pre-Seed mit dem Programmteil Start-up BW Pro-Tect, welches zu Beginn der Coronapandemie bereitgestellt

wurde, konnte innerhalb weniger Wochen ein zielgenaues und bundesweit einmaliges Instrument für krisengeschüttelte Start-ups auch im fortgeschrittenen Stadium bereitgestellt und rund 200 junge Unternehmen stabilisiert werden.

Auch im Bereich Venture Capitals bietet Start-up BW mit dem Bürgschafts- und Darlehensprogramm von Bürgschaftsbank und L-Bank, den Beteiligungsfinanzierungsangeboten der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württembergs und den vom Land, L-Bank und MBG imitierten Wagniskapitalfonds ein reichhaltiges Angebot für Gründungs- und Start-up Finanzierungen. Aktuell sind das Land und die L-Bank mit über 100 Millionen Euro an zehn aktiven VC-Fonds beteiligt, die Wagniskapital für baden-württembergische Start-ups anbieten können.

B) Die Verzahnung der innovationsstarken Groß- und mittelständischen Unternehmen, einschließlich der baden-württembergischen Hidden Champions, mit einer innovationsförderlichen Start-up-Kultur, wodurch neue Ideen und Lösungen hin zu neuer Wertschöpfung entstehen. Dynamische Start-ups als Innovationstreiber erhöhen den Wettbewerbsdruck auf etablierte Unternehmen, innovative Technologien in ihre Geschäftstätigkeit einzubauen und forcieren so die Transformation der Wirtschaft. Der Erfolg dieser Strategie wird darin deutlich, dass der Innovationsatlas 2023 für Baden-Württemberg die höchste Gründungsquote aller Flächenländer in innovationsaffinen Branchen zeigt.

C) Investitionen in Forschung und Entwicklung – laut Statistischem Landesamt werden 5,8 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg investiert, bundesweit ein Spitzenwert – flankierend zur Förderung der Start-up BW Gründungskultur, wie auch die Aufrechterhaltung des baden-württembergischen Erfindergeistes als ein zentraler Treiber für den Fortschritt und Grundlage für wirtschaftliche Stärke und langfristige Prosperität; 2022 wurden 36 Prozent aller deutschen Patente in Baden-Württemberg angemeldet.

D) Beteiligungsaktivitäten der L-Bank – Die L-Bank hat im Jahr 2021 in ihrem Strategieprozess die Beteiligungsaktivitäten überprüft und, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus verschiedenen Studien/Auswertungen über das Ökosystem für Risikokapital und dem Wunsch des Landes, sein Engagement im Bereich der Risikokapitalfinanzierung zu intensivieren, neue Handlungsempfehlungen herausgearbeitet. Unter anderem setzt die L-Bank das Ziel um, in den Jahren 2021 bis 2023 50 Millionen Euro jährlich in Minderheitsbeteiligungen in Fonds im VC- und PE-Segment in für Baden-Württemberg relevanten Zukunftsbranchen zu investieren. Im Zuge der Umsetzung dieser Förderstrategie wurden seit 2021 folgende Fondsbeteiligungen im VC- und PE-Bereich durch die L-Bank eingegangen beziehungsweise sind diese in Umsetzung:

Bezeichnung	Status/ Plan	Fonds-volumen	Anteil L-Bank in Mio. Euro	Fokus
LEA Mittelstandspartner II	2021 umgesetzt	300 bis 350	50	Technologieorientierte Unternehmen mit Fokus auf Software/Digitalisierung
Start-up BW Innovation	2022 umgesetzt	50	5	VC-Fonds für innovative Start-ups in Zukunftsbranchen
First Momentum Venture 2	2022	35	5	Frühphasige, innovative technologie-orientierte Start-ups (Deep Tech)
LEA Venturepartner II	umgesetzt	60	30	VC-Fonds für innovative Start-ups im Segment Software/Digitalisierung
LEA Mittelstandspartner Annex (PE)	2023 umgesetzt	60 bis 80	20	Weiterfinanzierung Plattforminvests aus Fonds 1
LEA Venturepartner Annex	2022 umgesetzt	30	20	Weiterfinanzierung Wachstumsfälle Fonds 1
SHS VI	2023 umgesetzt	150 bis 200	20	VC/PE-Fonds für Wachstumsfinanzierungen im Segment MedTech
Below One Fund I)	2023 umgesetzt	150	5	Start-ups, die gemäß der EU-Taxonomie nachhaltig wirtschaften
Grazia Impact III GmbH & Co. KG	In Umsetzung	100 bis 120	10	Venture-Capital Fonds mit Fokus auf die (Pre-)Seed-/Early Phase, inhaltlich: Sustainable Consumption, Clean Tech, Enterprise Tech, Healthcare

Tabelle 9: Durch die L-Bank seit 2021 eingegangene beziehungsweise in Umsetzung befindliche Fondsbeteiligungen im VC- und PE-Bereich

E) Mit dem Start-up BW Innovation BW Fonds und dem in Umsetzung befindlichen Start-up BW Seed Fonds sind zwei VC-Fonds mit dem Land als Ankerinvestor und in Verwaltung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg GmbH aktiv beziehungsweise in Umsetzung. Das Volumen beträgt hier rund 50 Millionen Euro. Der Start-up BW Innovation Fonds richtet den Fokus auf baden-württembergische Start-ups aus den Branchen Informations- und Kommunikationstechnologie, digitale Transformation, industrielle Innovation sowie Gesundheitswesen/Medizintechnik. Investitionen mit Mitteln des Fonds werden renditeorientiert getätigt. Das final closing für den Start-up BW Innovation Fonds wurde Ende 2022/Anfang 2023 abgeschlossen. Das Land Baden-Württemberg hat darüber hinaus die Voraussetzungen geschaffen, um als Kommanditist dem Start-up BW Seedfonds beizutreten. Der Seedfonds wird in Portfolio-Gesellschaften investieren, die das Potenzial haben, über ihr geschäftliches Engagement und ihre Technologien relevante Wachstums- beziehungsweise Innovationsimpulse in Baden-Württemberg zu entfachen.

F) Das Kabinett hat im Juni 2023 beschlossen, dass das Mezzanine-Beteiligungsprogramm BW unter der Bezeichnung Inno Growth BW unabhängig von Corona fortgesetzt werden kann. Das Fördervolumen in Höhe von rund 75 Millionen Euro, das für die Unterstützung von Start-ups und innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen eingesetzt werden kann, wird zu zehn Prozent vom Land, zu 30 Prozent von den Finanzintermediären und zu 60 Prozent vom Bund finanziert. Die Einzelheiten des Programms werden derzeit festgelegt.

G) Zudem wird das Land gemeinsam mit der L-Bank im Rahmen der Initiative Start-up Regio VC mit insgesamt 40 Millionen Euro regionale Frühphasenfinanzierungsinitiativen zur Förderung von Start-up Aktivitäten stärker unter-

stützen und die relevanten Stakeholder vor Ort fördern. Dabei wird die L-Bank, gegebenenfalls gemeinsam mit einem privaten Investor vor Ort, in Start-up-Unternehmen investieren. Das Land beteiligt sich über eine Landesgarantie für die L-Bank durch eine anteilige Haftung für die Investitionssummen an der Finanzierung.

H) Schließlich wird das etablierte Beteiligungsförderprogramm der MBG zur Unterstützung von Existenzgründerinnen und -gründern sowie -übernehmerinnen und -übernehmern mit im Schnitt über 700 000 Euro Zuschuss in den letzten Jahren weiterhin finanziell unterstützt.

Des Weiteren setzt sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür ein, dass die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Start-ups verbessert werden. Sie unterstützt daher grundsätzlich den Entwurf eines „Gesetzes zur Finanzierung von zukunftssichernden Investitionen“ („Zukunftsfinanzierungsgesetz“), den das Bundeskabinett am 16. August 2023 beschlossen hat. Aus Sicht der Landesregierung reichen die darin enthaltenen Maßnahmen jedoch nicht aus. Insbesondere hält die Landesregierung eine Verbesserung des steuerlichen Verlustvortrags für erforderlich, wovon gerade Start-ups profitieren würden.

11. Welche Konzepte oder Programme plant sie oder hat sie bereits ergriffen, neben den drei auf Bundesebene erlassenen Bürokratieentlastungsgesetzen (bitte aufgeschlüsselt nach dem jeweiligen Programm, dessen Umsetzungsstand und ggf. der Anzahl der Unternehmen, die eine entsprechende Förderung in Anspruch genommen haben)?

Zu II. 11.:

Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung zählen zu den zentralen Anliegen der Landesregierung. Die Landesregierung hat seit längerem die zunehmende bürokratische Belastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen – aber auch die zunehmenden Vollzugsprobleme der kommunalen Ebene – erkannt und ihre Anstrengungen zur Entlastung von überflüssigen Regelungen in den letzten Jahren intensiviert. Durch die Einführung eines Normenkontrollrats auf Landesebene sowie die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms zum Bürokratieabbau sind zahlreiche Entlastungsmaßnahmen seit 2018 umgesetzt worden.

Das Arbeitsprogramm Bürokratieabbau umfasst Maßnahmenpakete für einfachere und schnellere Verfahren in den drei Kapiteln „Digitalisierung für den Bürokratieabbau nutzen“, „Vereinfachungen im Verwaltungsvollzug“ sowie „Überprüfung des Bestandsrechts und gute Rechtsetzung“. Zusätzlich setzt die Landesregierung die weiteren Entlastungspakete „Entlastungen für Genossenschaften“ sowie „Entlastungen für Verein und Ehrenamt“ um. Ein Überblick über die insgesamt mehr als 70 Einzelprojekte sowie deren aktuellen Umsetzungsstand ist im Internet-Angebot des Staatsministeriums einsehbar *(siehe: https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/verwaltungsmodernisierung/arbeitsprogramm-buerokratieabbau)*.

Mit dem Masterplan für die Transformation der Verwaltung will die Landesverwaltung die Kultur, Arbeitsweise und Organisation innerhalb der Verwaltung grundlegend modernisieren. Ziel ist besseres und schnelleres Verwaltungshandeln, welches gleichermaßen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung selbst entlastet. Der Masterplan wurde 2021 im Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien festgeschrieben. 2022 wurde die gemeinsam von den Landesministerien entwickelte Vision für die Transformation zu einer modernen Verwaltung dem Kabinett in einem mündlichen Bericht vorgestellt. Die Umsetzung erfolgt agil über kurze, dreimonatige Pilotprojekte (Transformationspiloten), welche nach erfolgreicher Erprobung ausgeweitet werden (siehe: *https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/themen/verwaltungsmodernisierung/masterplan-fuer-transformation-der-verwaltung*).

Um den Ausbau der erneuerbaren Energien und vor allem der Windkraft im Land massiv zu beschleunigen sowie planerische und bürokratische Hürden abzubauen,

wurde zudem eine Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien eingerichtet. Bei Abschluss der Task Force im Juni 2023 konnte durch verschiedene Maßnahmen eine bedeutende Reduzierung der Verfahrens- und Genehmigungszeit für Windkraftanlagen sowie eine deutliche Ausweitung der verfügbaren Flächen erreicht werden.

Darüber hinaus haben die Landesregierung, die Kommunalen Landesverbände sowie Wirtschafts- und Finanzverbände am 13. Juli 2023 eine Entlastungsallianz für Baden-Württemberg vereinbart, in deren Rahmen Standards, Regulierungen und Prozesse überprüft, Entlastungspotenziale identifiziert und ein spürbarer Abbau unnötiger Bürokratie erreicht werden soll.

III. Digitalisierung

1. Welche Rolle bzw. welches Potenzial sieht sie zukünftig in der Digitalisierung, insbesondere in der Künstlichen Intelligenz (KI) für eine krisenresiliente Wirtschaft und somit auch für die heimische (Versorgungs)sicherheit?

Zu III. 1.:

Die durchgehende Digitalisierung von Prozessen, Verfahren und Lieferketten ermöglicht die effizientere Bereitstellung, Herstellung und den effizienteren Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen. Entsprechende Optimierungen bei Qualitätssicherung und Logistik reduzieren Verluste und Verderb von Waren. Dies trägt insbesondere zur Versorgungssicherheit kritischer Produkte wie Lebensmittel, Kraft- und Betriebsstoffe und damit zu einer höheren Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft bei. Dem Einsatz von komplexen Algorithmen und auf KI basierenden Verfahren kommt hierbei eine stetig wachsende Bedeutung zu.

Ob in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, im Bildungswesen oder in der Verwaltung: Die Digitalisierung erlebte durch die Coronakrise einen Schub. Das Internet und die damit einhergehende Nutzung digitaler Technologien und Kommunikationsmöglichkeiten halfen über manche Beschränkungen hinweg. Dieser Digitalisierungsschub zum Beispiel über neue Kommunikations- und Kooperationsplattformen, mit Onlineangeboten für die Qualifizierung, im Gesundheitsbereich durch Telemedizin oder beim Arbeiten im Homeoffice sollte ganz bewusst und branchenübergreifend fortgesetzt werden. Gerade jetzt bietet es sich an, verstärkt in KI und digitale Geschäftsmodelle zu investieren.

So hat die Verstärkung und Ausweitung der Digitalisierungsprämie auf die „Digitalisierungsprämie Plus“, um Investitionen des Mittelstands in Telearbeitsplätze, Datenanalyse und digitale Assistenzsysteme zu beschleunigen, hierbei einen starken Beitrag geleistet.

KI ist eine Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft Baden-Württembergs über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg. Mithilfe von KI-Lösungen und der Anwendung von neuen Geschäftsmodellen können die Unternehmen im Land beispielsweise ihre Produktivität steigern, Prozesse verschlanken und Produkte verbessern. KI kann auf vielfache Weise einen wesentlichen Beitrag zu einer krisenresilienteren Wirtschaft und somit auch zu mehr heimischer (Versorgungs-)Sicherheit leisten. Insbesondere im Medizinwesen kann der Einsatz von KI dazu beitragen, die Forschung und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis zu beschleunigen und bei der Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungen zu unterstützen. Zudem könnte KI beispielsweise Pharmaunternehmen dabei unterstützen, schneller neue Produkte auf den Markt zu bringen. Des Weiteren können Lagerhaltungsprozesse mithilfe des Einsatzes von KI optimiert und schneller als bisher datenbasierte Entscheidungen zum Auf- und Abbau von Bestand oder der Optimierung von Lieferketten getroffen werden. Aber auch durch eine effizientere Ressourcenplanung und -nutzung, die Automatisierung von Lieferketten, den Einsatz datenbasierter Frühwarnsysteme für Versorgungsengpässe oder durch eine verbesserte Kommunikation mit der Bevölkerung durch

Chat- und Voicebots, die rund um die Uhr notwendige Informationen bereitstellen können, kann KI zu einer krisenresilienteren Wirtschaft beitragen.

Die Landesregierung fördert den Einsatz von KI über alle Branchen hinweg. Mit den technologieoffenen Förderprogrammen Invest BW und der Digitalisierungsprämie Plus werden Unternehmen zielgerichtet bei der Entwicklung und dem Einsatz von neuen Technologien und KI unterstützt. Weiterhin werden die Unternehmen in der Fläche des Landes bei gesamten Innovationsketten von der Forschung bis hin zur Anwendung von KI unterstützt – etwa durch den Auf- und Ausbau der Angebote des Innovation Park AI (Ipai), durch die regionalen KI-Exzellenzzentren und die regionalen KI-Labs. Weitere Projekte, die auf diese Ziele einzahlen, sind beispielweise der KI-Innovationswettbewerb oder KIVO|KI-Voicebot der IW4.0.

Für eine krisenresiliente Wirtschaft und Versorgungssicherheit leistet auch die Digitalisierung der Verwaltung einen Beitrag. Die ortsungebundene, digitale Verfügbarkeit von Diensten und Angeboten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen ermöglicht die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung sowie die Gewährleistung des Wirtschaftsbetriebs auch unter extremen Bedingungen. So wurde zu Beginn der Coronapandemie durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen in Zusammenarbeit mit der BITBW und dem kommunalen IT-Dienstleister Komm.ONE AöR ein Universalprozess auf service-bw zur Verfügung gestellt, um trotz der Kontaktbeschränkungen persönlichen Kontakt mit den Behörden aufnehmen und Verwaltungsleistungen digital beantragen zu können *(siehe: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/land-bietet-digitale-hilfe-in-der-krise?highlight=Universalprozess)*.

Auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung wird der Einsatz von KI eine zunehmend größere Rolle spielen, um Prozesse zu optimieren und dem drohenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Entsprechende Ansätze bestehen bereits mit verschiedenen Chatbots (Steuer-Chatbot etc.) und verwaltungsinternen KI-Lösungen wie der pilothaft im Einsatz befindlichen generativen KI „F13“.

Gleichzeitig ist es erforderlich, den mit einer zunehmenden Digitalisierung einhergehenden Risiken hinreichend Rechnung zu tragen. KI-basierte Anwendungen besitzen in diesem Zusammenhang vielfache Möglichkeiten, missbräuchlich angewandt zu werden. Es ist daher für Unternehmen, aber auch für die öffentliche Verwaltung unerlässlich, hinreichend in Informations- und Cybersicherheit zu investieren und so die digitale Resilienz zu stärken.

Hierzu bietet die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) unter anderem einen Warn- und Informationsdienst zu aktuellen Sicherheitslücken und Handlungsempfehlungen sowie Beratungen und Schulungen zur Informationssicherheit und im Einzelfall auch Unterstützung beim Vorfallmanagement und in der Krisenreaktion an.

Mit Blick auf die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist es zudem sehr wichtig, dass der Ausbau von Glasfasernetzen und Mobilfunknetzen rasch erfolgt. Denn ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur kann eine erfolgreiche Digitalisierung nicht gelingen. Sie ist ihr Rückgrat und damit die grundlegende Voraussetzung, um den digitalen Wandel zu ermöglichen und aktiv mit zu gestalten. Im Land wurde diese Entwicklung frühzeitig erkannt. Konsequent wurden deshalb in den vergangenen sieben Jahren die Investitionen in den kommunalen Breitbandausbau erhöht.

Im Zeitraum von Mitte 2016 bis heute hat das Land 3 506 Förderprojekte mit einem Gesamtfördervolumen von mehr als 2,52 Milliarden Euro bezuschusst – und mit einer intelligenten Förderpolitik dafür gesorgt, dass nochmal 2,78 Milliarden Euro vom Bund nach Baden-Württemberg fließen, mehr als in jedes andere Land. Insgesamt wurde der Breitbandausbau seit Beginn der letzten Legislaturperiode dadurch mit der absoluten Rekordsumme von 5,3 Milliarden Euro gefördert (Stand 31. August 2023).

Die im Oktober 2022 beschlossene Digitalisierungsstrategie digital.LÄND verfolgt insbesondere das Ziel, Baden-Württemberg weiterhin als führende Innovationsregion zu etablieren und so Wohlstand und Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern. Den Chancen und Herausforderungen im Bereich KI und Cybersicherheit werden dabei ebenso eigene Kapitel (S. 30 ff. beziehungsweise 36 ff.) gewidmet wie dem Lebensbereich Wirtschaft (S. 58 ff.). Die Strategie enthält in Kap. 5 auch konkrete Zielsetzungen in den oben genannten Bereichen (S. 76 ff.).

2. Wie viele Cyberangriffe sind auf die IT-Infrastruktur in der Landesverwaltung inklusive aller nachgeordneten Bereiche sowie Unternehmen von besonderem öffentlichen Interesse, Unternehmen mit Landesbeteiligung, Kommunen und Unternehmen und Unternehmen in kommunaler Trägerschaft, Wirtschaftsunternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg, staatlichen Schulen, Hochschulen und Universitäten in Baden-Württemberg sowie bei Bürgerinnen und Bürgern mit Wohnsitz in Baden-Württemberg seit Drucksache 17/4048 erfolgt (bitte differenziert nach Art der Angriffe)?

Zu III. 2.:

Die CSBW hat im angefragten Zeitraum folgende sicherheitsrelevanten Ereignisse und Vorfälle erfasst:

	Sicherheitsrelevante Ereignisse	**Sicherheitsvorfälle**
Landesverwaltung inklusive aller nachgeordneten Bereiche	49	12
	Angriffsarten	
	• DoS/DDoS: 2 • Fehlkonfiguration/Hardwaredefekt: 1 • Malware – Adware: 1 • Malware – Phishing: 13 • Malware – Ransomware: 1 • Art des Angriffs nicht mehr aufklärbar: 31	• Fehlkonfiguration/Hardwaredefekt: 2 • Malware – Phishing: 6 • Passwort-Kompromittierung – Phishing und Spoofing: 1 • Art des Angriffs nicht mehr aufklärbar: 3
Kommunen und Unternehmen in kommunaler Trägerschaft	8	10
	Angriffsarten	
	• Malware – Phishing: 5 • Malware – Ransomware: 1 • Fehlkonfiguration/Hardwaredefekt: 1 • Art des Angriffs nicht mehr aufklärbar: 1	• Fehlkonfiguration/Hardwaredefekt: 1 • Malware – Adware: 1 • Malware – Phishing: 1 • Passwort-Kompromittierung – Phishing und Spoofing: 1 • Art des Angriffs nicht mehr aufklärbar: 6
Staatliche Schulen, Hochschulen und Universitäten	1	0
	Angriffsarten	
	• Malware – Ransomware: 1	–

Tabelle 10: Durch die Cybersicherheitsagentur erfasste sicherheitsrelevanten Ereignisse und Vorfälle seit Drucksache 17/4048. Erläuterung: Für die Darstellung wird im Vergleich zur Stellungnahme zu den Ziffern 3 bis 5 des Antrags des Abgeordneten Dr. Rülke u. a. FDP/DVP (Drucksache 17/4048) der Begriff des „Sicherheitsrelevanten Ereignisses“ (anstatt: „Sicherheitskritisches Ereignis“) verwendet. Die Kategorie „Verdachtsfall“ wurde zur Vereinheitlichung aufgelöst, diese Fälle werden ebenfalls als sicherheitsrelevantes Ereignis betrachtet.

Von der Cyberabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) wurde im angefragten Zeitraum seit 1. Juli 2021 eine niedrige, zweistellige Zahl von Cyberangriffen mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hinter-

grund auf Ziele in Baden-Württemberg festgestellt. Nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Informationsinteresse des Landtags und dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der genauen Fallzahlen und deren Hintergründe können weitergehende Einzelheiten im Rahmen dieser Beantwortung nicht dargestellt werden. Aus ihrem Bekanntwerden könnten fremde Nachrichtendienste Rückschlüsse auf die Analysefähigkeiten des LfV ziehen und ihre Vorgehensweise hieran gezielt anpassen. Dadurch könnte die Funktionsfähigkeit des LfV beeinträchtigt werden, was sich wiederum schädlich auf die Interessen des Landes Baden-Württemberg auswirken kann.

Fremde Staaten greifen bei Cyberangriffen auf unterschiedliche Tätergruppierungen zurück, welche als APT-Gruppen (Advanced Persistent Threat) bezeichnet werden. Die Besonderheit bei APT-Angriffen ist die Vorgehensweise der Cyberakteure. Sie versuchen bei ihren Angriffen möglichst lange unentdeckt zu bleiben und sich langfristig im attackierten System einzunisten. Insofern bleiben vermutlich erfolgreiche nachrichtendienstlich gesteuerte Cyberangriffe in nicht abschätzbarer Quantität unentdeckt. Unter Zugrundelegung dieser Prämissen ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Anzahl der Cyberangriffe mit nachrichtendienstlichem Hintergrund wohl eher deutlich höher ist als die Anzahl erkannter Fälle. Zudem liegen der Cyberabwehr immer wieder technische Indikatoren vor, die auf weitere Betroffene hindeuten. Alleine sind diese Parameter allerdings nicht ausreichend, um konkret vermutete Opfer eindeutig zu identifizieren. Das LfV geht hier zusammenfassend von einem doppelten Dunkelfeld aus.

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallerfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

„Cyberangriff“ ist kein Erfassungsparameter der PKS. Überdies werden in der PKS Merkmale zu Opfern ausschließlich zu natürlichen Personen erfasst. Dies geschieht gemäß den bundeseinheitlichen PKS-Richtlinien lediglich zu sogenannten Opferdelikten. Zu diesen zählen vor allem Straftaten gegen die höchstpersönlichen Rechtsgüter, wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung; Diebstahlsdelikte oder Sachbeschädigungen fallen nicht darunter. Juristische Personen, wie zum Beispiel Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen sind keine Opfer im Sinne der bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“, weshalb auf Grundlage der PKS keine Aussagen im Sinne der Fragestellung getroffen werden können.

3. Von Frage III. 2. ausgehend und unter Berücksichtigung der unter Frage II. 1. genannten Definition von Resilienz, welche Mechanismen und Notfallpläne hat sie für Notfallsituationen wie den Zusammenbruch der baden-württembergischen IT-Infrastruktur, bspw. durch massives Cyberhacking feindlicher Staaten?

Zu III. 3.:

Der zentrale IT-Dienstleister der Landesverwaltung BITBW betreibt ein Business Continuity Management System nach dem BSI-Standard 200-4. Zur Identifizierung geschäftskritischer Prozesse der BITBW werden regelmäßig Business-Impact-Analysen (BIA) erstellt. Aus den Ergebnissen der BIA leitet sich die Kritikalität von Prozessen ab, welche der Erstellung und Fortschreibung der Notfallpläne dient. Die Notfallpläne enthalten unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung und Rückführung in den Normalbetrieb, aber auch reaktive Maßnahmen für den Notbetrieb, um geregelte Abläufe für den Notfall sicherzustellen. Hierdurch wird in einer Notfallsituation eine schnelle und strukturierte Handlung der beteiligten Personen sichergestellt.

Zusätzlich werden generelle Maßnahmen für die Notfallvorsorge getroffen, etwa das Vorhalten von Ersatzhardware, Rahmenverträge zur schnellen Einbindung von externen Fachkräften, redundante Auslegung von Komponenten, Datensicherungsmaßnahmen sowie Ausstattung für ortsunabhängiges Arbeiten.

Des Weiteren ist die BITBW fester Bestandteil des ressortübergreifenden Gremiums zum Notfallmanagement, bei dem unter anderem Themen, wie Ausfall-Arbeitsplatz IT oder übergreifende Notfallhandbücher und Prozesse, bearbeitet werden.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu Ziffer 11 der Landtagsdrucksache 17/4048 verwiesen.

Das LfV bildet eine tragende Säule in der Cybersicherheitsarchitektur des Landes. Die Cyberabwehr des LfV verfügt über langjährige Erfahrungen mit der Bearbeitung nachrichtendienstlich gesteuerter elektronischer Angriffe und steht bei allen Fragestellungen zu Cyberspionage und -sabotage fremder Staaten als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

Bei der Bearbeitung von Cyberangriffen befasst sich die Cyberabwehr des LfV im Wesentlichen mit drei Hauptaufgaben: der Detektion, Attribution und Prävention in Bezug auf Cyberspionage- und Cybersabotageangriffe. Dies gilt zunächst unabhängig davon, ob eine wie in der Frage aufgeführte Notfallsituation vorliegt, oder ob es sich um die Bearbeitung der regelmäßig anfallenden Sachverhalte handelt.

Im Rahmen der Bewältigung von krisenrelevanten IT-Sicherheitsvorfällen kann die Cyberabwehr des LfV nach der Stabsdienstordnung für den Verwaltungsstab des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und den interministeriellen Verwaltungsstab (SDO IM) im Verwaltungsstabsbereich 12 – IT-Sicherheit/Cyberangriff auf Anforderung der Stabsleitung ergänzend und unmittelbar beteiligt werden. Zudem ist die Cyberabwehr zur Bewältigung besonderer Lagen in entsprechende Konzepte und Organisationsformen des Verfassungsschutzverbunds eingebunden.

Nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Informationsinteresse des Landtags und dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung der konkreten, methodisch-analytischen Arbeitsweise der Cyberabwehr, können operative Details zur Art und Weise der Sachbearbeitung im Rahmen dieser Beantwortung nicht dargestellt werden. Aus ihrem Bekanntwerden könnten fremde Nachrichtendienste Rückschlüsse auf spezifische Methoden, Vorgehensweisen und Fähigkeiten des LfV ziehen und ihre Vorgehensweise hieran gezielt anpassen. Dadurch könnte die Funktionsfähigkeit des LfV beeinträchtigt werden, was sich wiederum schädlich auf die Interessen des Landes Baden-Württemberg auswirken kann.

4. Inwiefern haben sich coronabedingt das Arbeiten im Homeoffice und mobiles Arbeiten in Baden-Württemberg entwickelt unter besonderer Berücksichtigung, inwiefern diesbezügliche Auswirkungen auch nach Corona spürbar sind, einer Einschätzung über zu erwartende zukünftige Entwicklungen, die damit verbundenen Auswirkungen als auch der Frage, welche Schlüsse sie daraus zieht?

Zu III. 4.:

Vorbemerkung: Die Landesregierung interpretiert die Frage derart, dass vor allem die Auswirkungen von Homeoffice und mobilem Arbeiten auf die Arbeitswelt im Vordergrund des Erkenntnisinteresses der Antragsteller stehen. Aus diesem Grund werden andere Aspekte, zum Beispiel die Folgen verstärkter Homeoffice-Nutzung auf die Stadtentwicklung, nicht beleuchtet.

Die Corona-Arbeitsschutzverordnung des Bundes verpflichtete Arbeitgeber zu überprüfen, ob die Arbeitsaufgaben auch im Homeoffice ausgeführt werden konnten. Im Februar 2021 wurde daher eine Schwerpunktaktion der Gewerbeaufsicht

zum Arbeiten im Homeoffice geplant mit Fokus auf die Überprüfung der Umsetzung von Homeoffice an Arbeitsplätzen mit Bürotätigkeiten. Durch Beratung und Information sollten die nicht aus betrieblichen Gründen zwingend erforderlichen Kontakte in der Arbeitswelt vermieden werden. Es sollte insbesondere aufgezeigt werden, welche Chancen und Möglichkeiten sich bieten, dem Gesundheitsschutz durch Homeoffice besser Rechnung zu tragen.

Im Rahmen der Aktion sind die Arbeitsschutzbehörden (44 Stadt- und Landkreise sowie vier Regierungspräsidien) im Zeitraum vom 15. Februar 2021 bis zum 26. März 2021 auf insgesamt 1 829 Betriebe in ihrem Zuständigkeitsbereich zugegangen, um zunächst telefonisch bei der Umsetzung der Verordnung zu beraten und zu informieren, aber auch zu überprüfen, ob die Vorgaben der Verordnung eingehalten wurden. Die Schwerpunktaktion wurde nach Angaben der beteiligten Behörden weitestgehend ohne Vorort-Besichtigungen durchgeführt.

Nach Auskunft der befragten Betriebe haben ungefähr die Hälfte der Beschäftigten mit Bürotätigkeit in den befragten Betrieben im Homeoffice gearbeitet. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle Betriebe Homeoffice zumindest in Teilzeit angeboten. Dabei gab es Betriebe, in denen der Homeoffice-Anteil bei 100 Prozent lag. Es gab aber auch Betriebe, die vollständig in Präsenz arbeiteten. Nur 1,1 Prozent der Betriebe hatten nach eigenen Angaben nicht geprüft, ob Homeoffice möglich war. Als Gründe, weshalb die Arbeit im Homeoffice nicht möglich war, wurde beispielsweise genannt, dass ein sicherer Anlagenbetrieb gewährleistet werden müsse oder die EDV-Infrastruktur für Homeoffice nicht vorhanden oder nicht ausreichend sei. Außerdem wurde angeführt, dass Tätigkeiten wie Produktionsüberwachung, Qualitätskontrolle, Arbeiten im Labor oder erforderlicher Kundenkontakt eine Vor-Ort-Präsenz erforderten. Nahezu alle überprüften Betriebe gaben an, ihre Gefährdungsbeurteilung angepasst zu haben.

Die Erhebungen zur Umsetzung der Verpflichtung, Homeoffice anzubieten, wenn nicht zwingende betriebliche Erfordernisse dem entgegenstehen, haben insbesondere zu folgenden Erkenntnissen geführt: Nahezu alle Betriebe haben die Prüfung durchgeführt, in welchen Betriebsbereichen Homeoffice möglich ist. In fünf von sechs Betrieben wurde Homeoffice in Bereichen mit Büroarbeit angeboten. Manche Betriebe gaben an, dass alle Beschäftigten im Homeoffice arbeiteten. Häufig genannte Bereiche mit Homeoffice waren Buchhaltung, Controlling, Einkauf, Verkauf und Verwaltung allgemein.

Als Bereiche und Tätigkeiten, in denen Homeoffice nicht möglich war, wurden Produktion, Arbeitsvorbereitung, Logistik, Material- und Warenhantierung sowie Arbeit mit Menschen und Kundenbetreuung, inklusive Service und Montagearbeiten, angegeben. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass an bestimmten Arbeitsplätzen zwar Bürotätigkeiten durchgeführt werden, diese aber in unmittelbarem Zusammenhang mit der Produktion oder mit Personen- und Kundenkontakt stünden. In kleineren Betrieben führten die Beschäftigten oft unterschiedliche Aufgaben während der Arbeit aus, weshalb trotz Bürotätigkeit auch die Anwesenheit der Beschäftigten erforderlich gewesen sei.

Die Ergebnisse sprechen dafür, dass die Betriebe im Land Homeoffice überwiegend dort anbieten können, wo es im Fall einer Krisenlage machbar ist. Nicht nur während einer Pandemie, sondern auch wegen anderer Krisenlagen auf Grund von Naturkatastrophen oder einer großflächigen oder punktuellen Störung der Infrastruktur können die Betriebe und auch die öffentliche Verwaltung weiterarbeiten, indem sie mit kurzer Vorlaufzeit auf den Homeoffice Betrieb umstellen

Auch im IT-Betrieb des Landes machte der Ausbruch der Coronapandemie erhebliche Änderungen erforderlich. Nahezu über Nacht wurde es notwendig, dass die Bediensteten der Landesverwaltung im Homeoffice arbeiten. Dazu wurde innerhalb kürzester Zeit eine hohe Anzahl mobiler Endgeräte beschafft sowie der Rechenzentrumsbetrieb bei der BITBW auf zentrale Zugangstechnologien und Online-Kommunikation konzentriert. Die Verfügbarkeit von digitalen Kommunikations- und Kollaborationsmöglichkeiten wie Telefon- und Videokonferenzen war gewährleistet und wurde durch Nachrüstung kurzfristig massiv erhöht. Die

hierfür erforderlichen Bandbreiten waren vorhanden und wurden durch geeignete Maßnahmen verfügbar gehalten.

Die zeitweise geltende Homeoffice-Pflicht, die als Coronaschutzmaßnahme im Januar 2021 eingeführt wurde und im März 2022 auslief, hat insgesamt zu einer verstärkten Nutzung von Homeoffice geführt. Wie das Statistische Bundesamt im Juli 2023 mitteilte, hat sich der Anteil der Erwerbstätigen in Deutschland, die im Januar 2022 zumindest gelegentlich im sogenannten Homeoffice arbeiteten, im Vergleich zum Jahr 2019 nahezu verdoppelt (von 12,8 Prozent im Jahr 2019 auf 24,2 Prozent im Jahr 2022). *(siehe: Statistisches Bundesamt 2023: Knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen arbeitete in 2022 im Homeoffice. Zahl der Woche Nr. 28. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_28_p002.html.)*

Wie häufig Homeoffice genutzt wird oder werden kann, hängt stark von der jeweiligen Branche ab, in der die Menschen tätig sind. Gemäß den Daten des Statistischen Bundesamtes arbeiteten im Jahr 2022 im Bereich IT-Dienstleistungen 76 Prozent der abhängig Beschäftigten zumindest gelegentlich von zuhause. Hingegen konnten im Gesundheitswesen mit 6,6 Prozent anteilig die wenigsten Beschäftigten ihre Arbeit auch zu Hause ausüben. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch das ifo-Institut. (Siehe: Ifo-Institut 2023: ifo-Konjunkturumfrage – Beschäftigte kehren nur zögerlich ins Büro zurück. *https://www.ifo.de/fakten/2023-05-10/beschaeftigte-kehren-nur-zoegerlich-ins-buero-zurueck*)

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung wollen im Jahr 2023 nahezu drei Viertel der Befragten, die das Arbeiten zu Hause in Coronazeiten kennengelernt haben, auch weiterhin wenigstens teilweise im Homeoffice tätig sein. (Siehe: Hans-Böckler-Stiftung 2023: Auf einen Blick -Studien zu Homeoffice und Mobiler Arbeit. *https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-Auf-einen-Blick-Studien-zu-Homeoffice-und-mobiler-Arbeit-28040.htm.*)

Auch für Baden-Württemberg ist eine vergleichbare Entwicklung festzustellen, wie Daten des Statistischen Landesamtes auf der Grundlage des Mikrozensus für die Jahre 2019, 2021, 2022 zeigen (siehe Anlage 4 zu Ziffer III. 4.). Während im Jahr 2019 nur 11,3 Prozent der abhängig Beschäftigten manchmal oder gewöhnlich von zu Hause arbeiteten, waren dies im Jahr 2022 bereits 23,9 Prozent. Das Arbeiten von zu Hause hat sich nach dieser Datenlage in vielen Beschäftigtengruppen im Zuge der Coronapandemie etabliert. War die Nutzung dieses Instruments 2021 hauptsächlich der restriktiven legislativen Maßnahmen geschuldet, konsolidierte sich 2022 das Homeoffice mit etwas niedrigerem Umfang, aber bei fast identischem Anteil der Erwerbstätigen, die überhaupt Homeoffice machen.

Die Daten des Mikrozensus zeigen für Baden-Württemberg, dass sich vor der Pandemie bestimmte Berufsgruppen durch vergleichsweise hohe Quoten an Homeoffice auszeichneten. Durch die allgemeine Erhöhung des Homeoffice haben Gruppen mit zuvor schon hohen Quoten verstärkt profitiert. Sowohl vor als auch nach der Pandemie waren und sind es höher gebildete Beschäftigte von Großunternehmen in ortsunabhängigen und technologisierten Berufsgruppen, die dieses Instrument besonders intensiv nutzen. Angesichts des demographischen Wandels, Fachkräftemangels und der im Ansatz höheren Anspruchshaltung (jüngerer) Beschäftigter ist von einer starken Abkehr vom Homeoffice durch die Arbeitgeber in diesen Berufsgruppen grundsätzlich nicht auszugehen.

Vor allem Personen mit Fachschulabschluss oder in Lehr- und Ausbildungsberufen, die von einer Ortsabhängigkeit geprägt sind, haben selten die Möglichkeit zu Homeoffice. Es bleibt abzuwarten, welche Folgen dies für diese Berufsgruppen hat, die heute schon von chronischen Nachwuchsproblemen betroffen sind.

Mit den Entwicklungen der Digitalisierung und Flexibilisierung stellen sich vielfältige Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, was insbesondere das Verschwimmen der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben anbelangt (Work-Life-Blending) (umfassend dargestellt unter anderem in: WSI-Mitteilungen 1/2023: Homeoffice: Arbeit und Raum seit Corona – Schwerpunktheft.). In diesem Kontext

geraten vor allem Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Blick. Aber auch Fragen zur künftigen Rolle des Betriebs als Lernort und Ort der Interaktion treten auf. Umgekehrt ermöglicht Homeoffice, mehr Zeit für Sorgearbeit aufzubringen. Weil dies stärker für Frauen als für Männer gilt, wie der Dritte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2021 zeigt, kann diesbezüglich der Aspekt der geschlechtergerechten Digitalisierung in den Fokus rücken.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Betriebsräte, denen in diesem Bereich wesentliche (Mitbestimmungs-)Rechte und Pflichten bei der Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei mobiler Arbeit zustehen – zuletzt ausgeweitet im Rahmen des Betriebsrätemodernisierungsgesetzes (in Kraft getreten am 18. Juni 2021). Aber auch die Arbeit der Gremien selbst ändert sich. So hat der Gesetzgeber in § 30 Betriebsverfassungsgesetz im Kontext der Coronapandemie die Möglichkeit geschaffen, dass auch Betriebsratssitzungen selbst unter bestimmten Voraussetzungen mittels Video- und Telefonkonferenz erfolgen können, wobei dem Gesetz durchaus eine Tendenz der Bevorzugung von Präsenzsitzungen zu entnehmen ist. Auch können Betriebsvereinbarungen zwischenzeitlich durch eine qualifizierte elektronische Signatur (§ 77 Betriebsverfassungsgesetz i. V. m. § 126a Bürgerliches Gesetzbuch [BGB]) rechtswirksam vereinbart werden.

War es zunächst unklar, ob und wie Arbeit im Homeoffice im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung abgesichert war, so wurde dies ebenfalls im Rahmen des Betriebsrätemodernisierungsgesetzes klargestellt. § 8 Absatz 1 Satz 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) – Gesetzliche Unfallversicherung lautet nun: „Wird die versicherte Tätigkeit im Haushalt der Versicherten oder an einem anderen Ort ausgeübt, besteht Versicherungsschutz in gleichem Umfang wie bei Ausübung der Tätigkeit auf der Unternehmensstätte“. Aus Sicht der Landesregierung ist es zu begrüßen, dass der Schutzumfang im Betrieb und außerhalb angeglichen wurde. Weitere Änderungen erscheinen jedoch nicht erforderlich.

5. In welcher Hinsicht entstehen daraus aus Sicht der Landesregierung Regelungs- und Diskussionsbedarfe, unter Berücksichtigung der Antwort auf Frage III. 4., beispielsweise zu Fragen der Mitbestimmung, des Arbeitsschutzes und zu Fragen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Zu III. 5.:

Aus Sicht der Landesregierung ist es zu begrüßen, dass mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz Möglichkeiten geschaffen wurden, die Betriebsratsarbeit zumindest teilweise auch digital durchführen zu können. Insbesondere die Möglichkeit, Betriebsvereinbarungen durch eine qualifizierte elektronische Signatur zu vereinbaren, ist zu begrüßen. In welchem Umfang diese Möglichkeit in den Betrieben schon genutzt wird, lässt sich für die Landesregierung nicht belegbar nachvollziehen.

Angesichts der erheblichen Zunahme der Arbeit im Homeoffice und der Stabilisierung auf diesem hohen Niveau zeigt sich aus Sicht der Landesregierung kein weiterer Regelungsbedarf. Eine Notwendigkeit für einen gesetzlichen Anspruch auf Homeoffice, wie er vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im bisher nicht weiterverfolgten Entwurf zum „Mobile Arbeit Gesetz“ vorgesehen war, besteht nicht. Denn es ist offenkundig, dass sich einige Berufe nicht oder nur in sehr geringem Umfang überhaupt für eine Tätigkeit außerhalb der Betriebsstätte eignen. Ein Anspruch würde hier ohnehin ins Leere führen. In den übrigen Bereichen zeigt sich jedoch eine hohe Nutzung seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und umgekehrt auch eine große Bereitschaft der Arbeitgeber, diese Möglichkeit auch freiwillig zu gewähren. Auch hier wäre ein Anspruch de facto nutzlos. Um daher unnötige Bürokratie von vornherein zu vermeiden, sollte ein solcher Anspruch nicht gesetzlich verankert werden. Schließlich gibt es bereits Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge, die solche Ansprüche gewähren (zum Beispiel der Tarifvertrag zum mobilen Arbeiten in der Metall- und Elektroindust-

rie). Eine gesetzliche Regelung – die ohnehin in der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes läge – würde daher in die autonom gefundenen Lösungen eingreifen. Angesichts des Wunsches der Landesregierung die Tarifautonomie – insbesondere verstanden als die freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften – zu stärken, würde ein gesetzlicher Anspruch auch das Interesse an der Mitgliedschaft insbesondere in einer Gewerkschaft mindern.

Aus Sicht der Landesregierung ist es insbesondere zu begrüßen, dass der Schutzumfang in der gesetzlichen Unfallversicherung im Betrieb und außerhalb angeglichen wurde. Weitere Änderungen in diesem Bereich erscheinen jedoch nicht erforderlich.

Die Pandemie erwies sich für die Digitalisierung in der Arbeitswelt als bedeutender Katalysator. Dies ermöglichte eine Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort, die sich positiv auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben auswirken.

Moderne Arbeitsformen bieten mit flexiblen Arbeitsbedingungen, Homeoffice und mobilem Arbeiten Möglichkeiten für eine zunehmend partnerschaftlichere Arbeitsteilung von Beruf und Sorgearbeit und ermöglichen damit insbesondere Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, ihren Anforderungen aus Beruf und Familie besser gerecht zu werden. Dies kommt auch den Bedürfnissen vieler Beschäftigter nach einer ausgeglicheneren Work-Life-Balance entgegen. Beschäftigte erhalten mehr Spielräume, ihre Erwerbstätigkeit und den Arbeitsumfang angepasst an ihre Lebenssituation zu gestalten, berufliche Chancen wahrzunehmen und Karrierebrüche zu vermeiden.

Durch wegfallende Wegezeiten entstehen neue Zeiträume und eine Flexibilisierung, die den Alltag und die Koordination von anfallenden Erledigungen sowohl privat als auch beruflich erleichtern kann. Die Zeitersparnis kann gegebenenfalls auch zu einer Aufstockung des Arbeitszeitvolumens genutzt werden und so Möglichkeiten für die Wirtschaft schaffen, zusätzliches Arbeits- und Fachkräftepotenzial zu gewinnen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus setzt sich daher dafür ein, dass Unternehmen die Möglichkeiten von Digitalisierung und flexiblen Arbeitsbedingungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten noch stärker für eine familienbewusste und lebensphasenorientierte Personalpolitik und moderne Unternehmenskultur nutzen. Folglich ist daher eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes unumgänglich.

Der Europäische Gerichtshof hat im Mai 2019 entschieden, dass die Mitgliedstaaten die Arbeitgeber verpflichten müssen, ein objektives, verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die von jedem Beschäftigten täglich geleistete Arbeitszeit dokumentiert wird. Im September 2022 hat nun das Bundesarbeitsgericht ein gleichlautendes Urteil erlassen. Die Pflicht zur korrekten und zeitnahen Erfassung der gesamten Arbeitszeit ist im Hinblick auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich positiv zu bewerten. Bei einer Neufassung des Arbeitszeitgesetzes sollten daher auch mehr Freiräume für die Unternehmen durch Flexibilisierung der Arbeitszeit geschaffen werden. Dies wäre im Rahmen der EU-Arbeitszeitrichtlinie realisierbar. Dadurch könnte es gelingen, Arbeitszeitmodelle zu schaffen, die einerseits den Unternehmen und andererseits den Beschäftigten entgegenkommen.

Viele Unternehmen setzen bereits eine familienfreundliche Personalpolitik und konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber bei den Generationen Y und Z, Eltern, Alleinerziehenden, Pflegenden und älteren Beschäftigten um und tragen damit zur Sicherung des Fachkräftebedarfs bei. Aus diesem Grund zeichnet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus daher jährlich Unternehmen mit innovativen und nachhaltigen Lösungen mit dem familyNET 4.0 Award aus. Jedoch besteht weiterhin Handlungsbedarf in den KMU in den Bereichen Job-Sharing, TOP-Sharing, Führung in Teilzeit, mobilem Arbeiten, betrieblicher Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitszeitmodellen.

Um das Fachkräftepotenzial von Eltern, insbesondere von gut ausgebildeten Müttern, in Baden-Württemberg noch besser für die Wirtschaft zu erschließen, stellt der weitere Ausbau einer verlässlichen, passgenauen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung in der Fläche, insbesondere im Bereich der Kleinkindbetreuung, wie auch in der Schulkindbetreuung, eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Hier gilt es, sowohl die deutliche Diskrepanz zwischen Betreuungsbedarf und Betreuungsquote zu reduzieren, als auch das Betreuungsangebot für Schulkinder in den Fokus zu nehmen, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2026/2027 zu erfüllen. Die Federführung hierfür liegt beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Im Rahmen familienbewusster Unternehmenspolitik kann zudem auch betriebliche Kinderbetreuung angeboten werden. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus setzt sich für den Ausbau betrieblicher Kinderbetreuungsangebote ein. Unternehmen können mit niederschwelligen Best-Practice-Lösungen (Beispiel „TigeR-Modell – Tagesbetreuung in anderen geeigneten Räumen“ beziehungsweise Großtagespflege) informiert und sensibilisiert werden.

Aus Sicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration darf nicht übersehen werden, dass von den Möglichkeiten zur Flexibilisierung nicht alle Eltern gleichermaßen profitieren, da in vielen Arbeitsfeldern keine Möglichkeiten zur flexiblen Arbeit zuhause bestehen. Dies betrifft insbesondere auch Branchen, in denen verhältnismäßig viele Frauen tätig sind, wie zum Beispiel die Pflege, den Einzelhandel oder die Gastronomie.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration weist darauf hin, dass die Möglichkeiten zur Flexibilisierung nicht zwangsläufig auch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen. Dies ist auch eines der Ergebnisse des Dritten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung (vgl. *https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/c0d592d2c37e7e2b5b4612379453e9f4/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf*). Nach wie vor leisten Frauen und insbesondere Mütter im Vergleich zu Männern den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit (Gender Care Gap). Studien zu den Auswirkungen der Pandemie auf das Geschlechterverhältnis in der Sorgearbeit zeigen, dass sich der Gender Care Gap zwischen Männern und Frauen in der Pandemie vergrößert hat (siehe zum Beispiel Gesellschaftsreport der FamilienForschung BW „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Erwerbsbeteiligung und Rollenverteilung in Familien“).

Auch der Dritte Gleichstellungsbericht zeigt auf, dass sich gerade im Homeoffice die Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit innerhalb der Partnerschaft noch weiter zulasten der Frauen ausgewirkt hat. Demnach weiteten Frauen im Homeoffice ihre unbezahlte Sorgearbeit erheblich mehr aus als Männer. Männer hingegen investierten die neu gewonnene Zeit in ihre Erwerbsarbeit. Der fließende Übergang von Haushalt, Beruf und Sorgearbeit führt auch dazu, dass psychische Belastungsfaktoren erhöht werden und diese das Krankheits- und Burn-Out Risiko vor allem bei Frauen, insbesondere wenn diese nicht über einen abgetrennten Arbeitsraum verfügen, steigern. Stress und Entgrenzung durch zeitliche Verlagerung der Arbeit in die frühen Morgen- beziehungsweise späten Abendstunden und die Erwartung an eine ständige Erreichbarkeit erhöhen das Gesundheitsrisiko zusätzlich.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration verweist darüber hinaus auf Studien, die zeigen, dass bei der betrieblichen Ausstattung von digitalen Endgeräten und Tools unterschiedlich verteilte Zugangsmöglichkeiten bestehen. Eine Sonderauswertung der Erhebung der Initiative D21 aus den Jahren 2018/2019 (D21 2020), also kurz vor der Coronapandemie, stellt fest, dass deutlich mehr in Vollzeit und im Büro beschäftigte Männer als Frauen in derselben Situation von ihrem Arbeitgeber mit digitalen Endgeräten und Tools ausgestattet werden. Die Ausstattung mit solchen Geräten und Tools ist aus Sicht der Landesregierung eine unerlässliche Voraussetzung für mobiles Arbeiten. Hier sollte ein besonderes Augenmerk auf eine geschlechtergerechte Verteilung gelenkt werden.

Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -orten erfordert nach Einschätzung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration auch Maßnahmen zum Grenzmanagement Familie-Beruf und zur Steigerung der Akzeptanz von Vätersorgearbeit. Ausreichender Arbeitsschutz, geförderte angepasste Büroausstattung des Homeoffice und Arbeitszeiterfassung sind wichtige Themen, die in der Diskussion um das Thema mobiles Arbeiten und Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bedacht werden sollten. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist aber vor allem die Förderung einer partnerschaftlichen Aufteilung der Sorgearbeit für eine gelingende Vereinbarkeit auch im Homeoffice entscheidend.

Sind diese Rahmenbedingungen nicht gegeben, besteht aus Sicht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration die Gefahr, dass die nach wie vor bestehende Zuweisung von familiärer Sorgeverantwortung an Frauen dazu führt, dass diese im Homeoffice einer gleichzeitigen Mehrfachbelastung durch Erwerbs- und Sorgearbeit ausgesetzt sind und insgesamt eine Retraditionalisierung der innerfamiliären Arbeitsteilung mit potenziell erheblichen negativen Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung und Gesundheit vor allem von Müttern droht.

Dr. Hoffmeister-Kraut

Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus

Anlagen

Anlage 1: Zu Ziffer I.2 – Detaillierte Aufstellung der Auszahlungszeitpunkte sowie der weiteren Aufteilung in Bundes- und Landesmittel

Programmlinie	Bund/Land	Insgesamt	2020 Q1	2020 Q2	2020 Q3	2020 Q4	2021 Q1	2021 Q2	2021 Q3	2021 Q4
		Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen
Soforthilfe	Bund/Land	1.841.750.523,54 €	2.068.476,40 €	2.212.205.132,71 €	-11.607.608,84 €	-32.543.801,94 €	-19.227.485,00 €	-12.997.189,48 €	-11.988.977,35 €	-18.203.197,58 €
Überbrückungshilfen I	Bund	176.946.277,92 €			106.872.823,14 €	68.556.315,98 €	1.668.214,86 €	238.937,64 €	-17.545,96 €	7.945,17 €
Überbrückungshilfen I	Land	32.776.428,88 €			14.570.950,00 €	17.473.700,00 €	523.676,72 €	160.070,00 €	30.460,00 €	18.512,16 €
Überbrückungshilfen II	Bund	350.712.554,79 €				58.037.450,91 €	224.650.966,11 €	64.053.393,58 €	4.031.313,48 €	196.160,70 €
Überbrückungshilfen II	Land	70.625.060,46 €				8.667.060,00 €	44.877.430,46 €	16.090.670,00 €	848.330,00 €	72.500,00 €
Überbrückungshilfen III	Bund	4.047.776.873,86 €					21.353.713,31 €	1.393.078.147,23 €	1.342.649.936,46 €	775.004.574,44 €
Überbrückungshilfen III	Land	216.155.566,56 €							128.993.966,33 €	61.460.073,21 €
Überbrückungshilfen III Plus	Bund	948.746.299,86 €							6.484.667,64 €	105.114.482,45 €
Überbrückungshilfen III Plus	Land	92.761.570,13 €							1.000,00 €	9.997.950,49 €
Überbrückungshilfen IV	Bund	568.135.559,08 €								
Überbrückungshilfen IV	Land	53.487.251,57 €								
Neustarthilfe	Bund	156.893.747,00 €						130.659.219,62 €	20.220.764,50 €	11.126.086,74 €
Neustarthilfe Plus	Bund	33.963.339,86 €							11.678.703,12 €	12.088.529,08 €
Neustarthilfe Plus 2021/Q4	Bund	27.531.761,07 €								7.445.305,73 €
Neustarthilfe 2022/Q1	Bund	26.495.490,44 €								
Neustarthilfe 2022/Q2	Bund	12.734.242,17 €								
Novemberhilfe	Bund	840.436.138,90 €					643.056.146,42 €	121.361.465,36 €	63.720.175,39 €	10.597.874,16 €
Dezemberhilfe	Bund	933.847.477,08 €					670.160.142,22 €	200.650.746,90 €	51.785.083,16 €	8.700.544,33 €
Härtefallhilfen	Bund	2.894.036,69 €							375.652,75 €	186.225,30 €
Härtefallhilfen	Land	2.894.036,69 €							375.652,75 €	186.225,30 €
Stabilisierungshilfe HOGA I	Land	83.785.778,68 €			37.392.855,47 €	28.159.562,02 €	18.174.284,81 €	183.169,39 €	41.273,90 €	-137.256,01 €
Stabilisierungshilfe HOGA II	Land	44.360.270,42 €						35.145.497,71 €	8.366.431,80 €	156.600,15 €
Tilgungszuschuss I	Land	12.098.793,56 €				7.857.362,36 €	3.775.992,40 €	330.339,42 €	113.025,43 €	9.203,17 €
Tilgungszuschuss II	Land	10.902.865,54 €							5.229.325,86 €	2.757.952,29 €
Tilgungszuschuss III	Land	1.557.339,08 €								
Bürgschaften Bürgschaftsbank	Bund/Land	1.027.183.000,00 €	63.448.000,00 €	165.453.000,00 €	66.571.000,00 €	136.631.000,00 €	81.130.000,00 €	98.784.000,00 €	90.844.000,00 €	114.118.000,00 €
Garantien Bürgschaftsbank	Bund/Land	67.665.000,00 €	3.517.000,00 €	4.445.000,00 €	2.782.000,00 €	6.787.000,00 €	4.201.000,00 €	5.901.000,00 €	9.276.000,00 €	9.960.000,00 €
Liquiditätskredit Plus (Corona)	Land	162.398.103,07 €		350.000,00 €	33.392.400,00 €	46.498.000,00 €	41.267.500,00 €	22.550.203,07 €	10.173.000,00 €	2.955.000,00 €
Bürgschaften L-Bank	Land	178.171.170,00 €	0,00 €	19.369.000,00 €	70.926.000,00 €	35.628.000,00 €	15.094.170,00 €	0,00 €	12.004.000,00 €	1.500.000,00 €
Mezzanine	Bund	47.131.000,00 €				2.618.000,00 €	3.556.000,00 €	6.755.000,00 €	5.765.666,67 €	10.260.833,33 €
Mezzanine	Land	13.466.000,00 €				748.000,00 €	1.016.000,00 €	1.930.000,00 €	1.647.333,33 €	2.931.666,67 €
Restart Prämie	Land	21.458.760,00 €								
SUMME		**12.107.722.316,90 €**	**69.033.476,40 €**	**2.401.822.132,71 €**	**320.900.419,77 €**	**385.117.649,33 €**	**1.755.277.752,31 €**	**2.084.874.660,44 €**	**1.762.648.239,25 €**	**1.128.511.809,27 €**

Programmlinie	Bund/Land	Insgesamt	2022 Q1	2022 Q2	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2023 Q2	2023 Q3
		Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen	Volumen
Soforthilfe	Bund/Land	1.841.750.523,54 €	-3.286.831,86 €	-952.829,73 €	-134.486.874,33 €	-4.421.851,69 €	-3.721.997,87 €	-95.286.329,31 €	-23.798.110,59 €
Überbrückungshilfen I	Bund	176.946.277,92 €	-251.074,16 €	-7.870,63 €	-32.390,86 €	-1.503,49 €	-79.699,88 €	-150,00 €	-7.723,89 €
Überbrückungshilfen I	Land	32.776.428,88 €	830,00 €	2.120,00 €	2.360,00 €	-3.890,00 €	1.420,00 €		-3.780,00 €
Überbrückungshilfen II	Bund	350.712.554,79 €	-172.990,92 €	-37.907,57 €	9.498,68 €	25.766,09 €	1.277,41 €	-52.724,39 €	-29.679,29 €
Überbrückungshilfen II	Land	70.625.060,46 €	40.970,00 €	18.770,00 €	4.610,00 €	1.420,00 €	7.910,00 €	-1.420,00 €	-3.190,00 €
Überbrückungshilfen III	Bund	4.047.776.873,86 €	295.805.726,10 €	130.960.618,69 €	38.362.593,60 €	24.845.227,30 €	19.684.101,58 €	5.328.012,79 €	704.222,36 €
Überbrückungshilfen III	Land	216.155.566,56 €	19.041.846,66 €	4.535.755,69 €	1.046.105,88 €	627.881,62 €	303.845,64 €	139.091,53 €	7.000,00 €
Überbrückungshilfen III Plus	Bund	948.746.299,86 €	238.958.676,58 €	268.336.022,52 €	257.009.767,68 €	43.084.799,31 €	13.142.021,46 €	15.742.343,54 €	873.558,68 €
Überbrückungshilfen III Plus	Land	92.761.570,13 €	29.942.293,31 €	40.293.117,15 €	11.303.517,05 €	694.692,13 €	220.000,00 €	275.000,00 €	34.000,00 €
Überbrückungshilfen IV	Bund	568.135.559,08 €	42.328.022,32 €	65.963.668,59 €	293.175.116,50 €	131.989.172,16 €	19.908.455,35 €	13.445.397,57 €	1.325.726,59 €
Überbrückungshilfen IV	Land	53.487.251,57 €	3.097.147,95 €	8.271.206,69 €	36.651.670,56 €	4.883.226,37 €	402.000,00 €	160.000,00 €	22.000,00 €
Neustarthilfe	Bund	156.893.747,00 €	30.336,37 €	-1.425.635,86 €	-3.230.042,40 €	17.393,60 €	22.169,75 €	-450.405,49 €	-76.139,83 €
Neustarthilfe Plus	Bund	33.963.339,86 €	6.857.796,89 €	3.506.217,99 €	-200.346,92 €	64.560,32 €	-24.465,66 €	-9.262,59 €	1.607,63 €
Neustarthilfe Plus 2021/Q4	Bund	27.531.761,07 €	10.586.358,48 €	9.108.747,44 €	249.420,99 €	132.459,57 €	-2.730,77 €	12.199,63 €	0,00 €
Neustarthilfe 2022/Q1	Bund	26.495.490,44 €	13.884.344,42 €	7.078.154,66 €	5.036.979,92 €	488.273,90 €	-5.681,32 €	10.464,85 €	2.954,01 €
Neustarthilfe 2022/Q2	Bund	12.734.242,17 €		6.106.695,23 €	6.126.101,76 €	463.560,52 €	23.112,16 €	14.772,50 €	0,00 €
Novemberhilfe	Bund	840.436.138,90 €	1.230.873,52 €	798.930,31 €	15.246,44 €	323.088,20 €	-306.044,32 €	-207.461,63 €	-154.154,95 €
Dezemberhilfe	Bund	933.847.477,08 €	2.606.912,90 €	721.629,93 €	-221.330,88 €	-522.201,12 €	320.806,13 €	-232.331,96 €	-122.524,53 €
Härtefallhilfen	Bund	2.884.036.69 €	677.115,45 €	410.264,24 €	72.328,92 €	204.562,99 €	110.167,18 €	790.549,53 €	57.170,36 €
Härtefallhilfen	Land	2.884.036,69 €	677.115,45 €	410.264,24 €	72.328,92 €	204.562,99 €	110.167,18 €	790.549,53 €	57.170,36 €
Stabilisierungshilfe HOGA I	Land	83.785.778,68 €	-12.627,55 €	96.255,35 €	-20.210,00 €	-35.020,94 €	-48.840,54 €	-6.745,22 €	-900,00 €
Stabilisierungshilfe HOGA II	Land	44.360.270,42 €	675.232,31 €	33.159,01 €	-7.600,00 €	-8.920,00 €	4.320,00 €	-1.890,56 €	-1.560,00 €
Tigungszuschuss I	Land	12.098.793,56 €	8.460,86 €	2.880,22 €	-1.144,02 €	-857,92 €	3.531,64 €		
Tigungszuschuss II	Land	10.902.865,54 €	2.055.944,37 €	656.910,40 €	139.841,23 €	48.834,31 €	8.060,50 €	5.996,58 €	
Tigungszuschuss III	Land	1.557.339,08 €		1.527.507,14 €	29.831,94 €				
Bürgschaften Bürgschaftsbank	Bund/Land	1.027.183.000,00 €	110.361.000,00 €	99.843.000,00 €					
Garantien Bürgschaftsbank	Bund/Land	67.665.000,00 €	12.320.000,00 €	8.476.000,00 €					
Liquiditätskredit Plus (Corona)	Land	162.398.103,07 €	4.301.700,00 €	747.300,00 €	8.000,00 €	155.000,00 €			
Bürgschaften L-Bank	Land	178.171.170,00 €	22.000.000,00 €	1.650.000,00 €					
Mezzanine	Bund	47.131.000,00 €	4.242.000,00 €	6.258.000,00 €	5.365.500,00 €	1.120.000,00 €	1.190.000,00 €		
Mezzanine	Land	13.466.000,00 €	1.212.000,00 €	1.788.000,00 €	1.533.000,00 €	320.000,00 €	340.000,00 €		
Restart Prämie	Land	21.458.760,00 €	4.719.660,00 €	16.739.100,00 €					
SUMME		**12.107.722.316,90 €**	**823.938.839,44 €**	**681.916.051,70 €**	**518.013.880,65 €**	**204.700.196,21 €**	**51.613.905,62 €**	**-59.534.343,11 €**	**-21.112.353,09 €**

Anmerkung: Das Volumen ergibt sich jeweils aus den quartalsweise saldierten Auszahlungs- und Rückzahlungsvolumina, um insgesamt den aktuellen Auszahlungsstand darzustellen. Dies hat nach Angabe der L-Bank zur Folge, dass bei der Anzahl der Aus- und Rückzahlungen nur die Anzahl aller saldierten Transaktionen ausgegeben werden könne. Da die Anzahl der saldierten Transaktionen stark von der Anzahl der tatsächlich bewilligten Anträge abweichen würde, wird hier auf die Gesamtzahl aller Anträge in der Antwort zu Ziffer I.2. enthaltenen Tabelle verwiesen. Für die Programme „Krisenberatung Corona" sowie „Start-up BW Pro-Tect" liegen entsprechende Daten nicht vor, sodass nur die Gesamtzahl und das Gesamtvolumen in der Antwort zu Ziffer I.2. aufgeführten Tabelle angegeben sind.

Anlage 2: Zu Ziffer I.3

Soforthilfe

Soforthilfe	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
alle	106.672	770.456.317,63 €	1	9.000,00 €	3.631	30.591.652,94 €	5.115	44.883.823,17 €	3.306	32.130.866,00 €

Soforthilfe	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
alle	106.672	770.456.317,63 €	3.894	36.156.173,36 €	1.830	16.686.881,20 €	1.339	13.184.408,69 €	1.719	15.839.313,50 €

Soforthilfe	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
alle	106.672	770.456.317,63 €	469	4.001.572,83 €	243	2.234.952,75 €	84.834	573.058.507,22 €	143	987.547,77 €

Soforthilfe	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
alle	106.672	770.456.317,63 €	54	310.592,68 €	50	200.004,93 €	44	181.020,59 €

Überbrückungshilfe I

Überbrückungshilfe I	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	3.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	3.000,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	52	738.117,94 €	0	0,00 €	0	0,00 €	13	218.757,08 €	20	215.945,09 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	17	45.667,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	10.131,77 €	10	23.678,36 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	192.272,37 €	0	0,00 €	0	0,00 €	17	50.775,74 €	34	80.667,91 €
H: Verkehr und Lagerei	49	378.197,53 €	0	0,00 €	0	0,00 €	15	149.963,30 €	17	29.114,72 €
I: Gastgewerbe	148	883.036,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	28	298.493,24 €	63	309.705,91 €
J: Information und Kommunikation	25	287.801,43 €	0	0,00 €	0	0,00 €	7	25.099,22 €	9	17.547,58 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7	10.138,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	6.281,95 €	3	3.856,87 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	24	143.612,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	17.224,94 €	13	92.894,96 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	249.297,10 €	0	0,00 €	0	0,00 €	19	75.043,70 €	40	84.913,27 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	82	879.252,56 €	0	0,00 €	0	0,00 €	25	309.532,51 €	33	241.889,08 €
O: Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	60.073,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	12.613,40 €	11	15.802,53 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	15	43.413,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	8	16.220,72 €	4	10.625,55 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	106	533.505,15 €	0	0,00 €	0	0,00 €	33	135.995,12 €	33	156.713,14 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	74	241.025,35 €	0	0,00 €	0	0,00 €	22	74.999,17 €	24	85.960,20 €
SUMME	**787**	**4.688.412,23 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**204**	**1.401.131,86 €**	**315**	**1.372.315,17 €**

Überbrückungshilfe I	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	3.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	52	738.117,94 €	8	95.294,09 €	4	9.365,05 €	2	9.967,04 €	1	8.975,68 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	17	45.667,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	4.289,66 €	1	7.428,65 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	192.272,37 €	5	15.451,03 €	1	4.169,84 €	3	10.238,74 €	2	2.968,00 €
H: Verkehr und Lagerei	49	378.197,53 €	5	7.197,06 €	2	72.485,65 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	148	883.036,87 €	20	54.783,18 €	10	99.171,01 €	4	11.377,33 €	6	19.598,01 €
J: Information und Kommunikation	25	287.801,43 €	2	132.207,94 €	2	5.268,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7	10.138,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	24	143.612,39 €	3	10.662,84 €	1	9.435,25 €	2	9.012,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	249.297,10 €	10	19.984,25 €	6	23.826,93 €	0	0,00 €	3	7.519,11 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	82	879.252,56 €	9	85.073,94 €	4	4.844,23 €	0	0,00 €	4	16.245,70 €
O: Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	60.073,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	15	43.413,07 €	3	16.566,80 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	106	533.505,15 €	7	11.251,27 €	12	35.658,76 €	6	108.022,29 €	8	68.784,26 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	74	241.025,35 €	4	9.805,27 €	2	3.725,65 €	4	8.312,32 €	6	21.800,80 €
SUMME	**787**	**4.688.412,23 €**	**76**	**458.277,67 €**	**44**	**267.950,37 €**	**23**	**161.219,38 €**	**31**	**153.320,21 €**

Überbrückungshilfe I	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	3.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	52	738.117,94 €	1	3.000,00 €	2	171.964,02 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg,, Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	17	45.667,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	192.272,37 €	5	16.740,70 €	4	9.929,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	49	378.197,53 €	3	87.217,66 €	4	28.776,77 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	148	883.036,87 €	6	38.923,07 €	7	34.590,00 €	4	16.395,12 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	25	287.801,43 €	2	6.739,43 €	1	99.153,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7	10.138,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	24	143.612,39 €	0	0,00 €	1	4.382,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	249.297,10 €	9	23.760,00 €	5	13.432,75 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	82	879.252,56 €	6	219.313,50 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	60.073,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	15	43.413,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	106	533.505,15 €	1	0,30 €	2	3.864,80 €	0	0,00 €	3	9.675,21 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	74	241.025,35 €	7	22.295,65 €	4	12.930,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**787**	**4.688.412,23 €**	**40**	**417.990,31 €**	**30**	**379.023,96 €**	**4**	**16.395,12 €**	**3**	**9.675,21 €**

Überbrückungshilfe I	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	3.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	52	738.117,94 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.849,89 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg,, Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	17	45.667,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	139,40 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	192.272,37 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	1.331,01 €
H: Verkehr und Lagerei	49	378.197,53 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	3.442,37 €
I: Gastgewerbe	148	883.036,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	25	287.801,43 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	1.785,44 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	7	10.138,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	24	143.612,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	249.297,10 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	817,09 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	82	879.252,56 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.353,60 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	60.073,81 €	2	31.657,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	15	43.413,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	106	533.505,15 €	1	3.540,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	74	241.025,35 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.196,29 €
SUMME	**787**	**4.688.412,23 €**	**3**	**35.197,88 €**	**0**	**0,00 €**	**14**	**15.915,09 €**

Überbrückungshilfe II

Überbrückungshilfe II	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	5.378,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	45	845.572,44 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	14	44.370,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	400.603,02 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	28	145.513,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	93	1.003.405,91 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	19	243.155,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4	11.053,45 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	5.440,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	160.287,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	12.396,02 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	61	231.432,21 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	3.136,60 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	44	851.808,32 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	200.000,00 €
O: Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	64.883,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	13	86.445,47 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	3.520,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	45	483.593,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	3.449,26 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	81	290.291,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.720,00 €
SUMME	**554**	**4.867.793,87 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**11**	**232.661,88 €**

Überbrückungshilfe II	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	5.378,73 €	2	3.945,88 €	1	1.432,85 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	45	845.572,44 €	18	191.983,95 €	5	251.498,17 €	9	112.281,12 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	14	44.370,49 €	9	36.502,67 €	0	0,00 €	2	2.159,78 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	400.603,02 €	19	92.611,74 €	21	203.338,22 €	10	27.147,37 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	28	145.513,18 €	16	46.120,08 €	6	35.646,87 €	2	11.280,80 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	93	1.003.405,91 €	35	339.301,74 €	20	243.006,97 €	6	111.979,87 €	4	44.348,05 €
J: Information und Kommunikation	19	243.155,08 €	9	34.024,35 €	5	17.466,71 €	2	53.540,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4	11.053,45 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	160.287,54 €	4	58.040,09 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	61	231.432,21 €	39	114.794,63 €	5	8.927,49 €	1	6.380,00 €	3	15.940,80 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	44	851.808,32 €	20	324.643,64 €	5	7.411,55 €	1	589,32 €	6	55.584,14 €
O: Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	64.883,57 €	11	27.402,44 €	7	37.477,04 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	13	86.445,47 €	4	15.660,26 €	2	3.081,02 €	4	57.321,61 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	45	483.593,39 €	22	248.935,09 €	7	140.161,50 €	6	31.185,67 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	81	290.291,07 €	32	91.109,80 €	13	34.211,20 €	10	26.094,46 €	2	6.520,00 €
SUMME	**554**	**4.867.793,87 €**	**240**	**1.625.076,36 €**	**97**	**983.659,59 €**	**53**	**439.960,00 €**	**15**	**122.392,99 €**

Überbrückungshilfe II	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	5.378,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	45	845.572,44 €	2	25.970,08 €	7	257.012,02 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	14	44.370,49 €	0	0,00 €	2	5.418,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	400.603,02 €	12	32.016,43 €	6	32.397,05 €	2	9.653,54 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	28	145.513,18 €	0	0,00 €	4	52.465,43 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	93	1.003.405,91 €	8	112.532,88 €	16	139.458,93 €	4	12.777,47 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	19	243.155,08 €	0	0,00 €	1	135.596,82 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4	11.053,45 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	160.287,54 €	4	13.209,80 €	2	73.451,63 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	61	231.432,21 €	2	8.432,50 €	5	66.424,52 €	2	7.371,51 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	44	851.808,32 €	6	225.892,86 €	3	22.990,99 €	1	7.694,10 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	64.883,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	13	86.445,47 €	2	6.862,58 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	45	483.593,39 €	0	0,00 €	2	5.110,60 €	2	3.678,99 €	2	51.051,57 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	81	290.291,07 €	6	12.900,00 €	8	91.544,76 €	4	16.119,36 €	2	4.442,49 €
SUMME	**554**	**4.867.793,87 €**	**42**	**437.817,13 €**	**56**	**881.870,99 €**	**15**	**57.294,97 €**	**4**	**55.494,06 €**

Überbrückungshilfe II	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	5.378,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	45	845.572,44 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	6.827,10 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	14	44.370,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	289,80 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	73	400.603,02 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	3.438,67 €
H: Verkehr und Lagerei	28	145.513,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	93	1.003.405,91 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	19	243.155,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	2.527,20 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4	11.053,45 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	5.613,45 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	160.287,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	3.190,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	61	231.432,21 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	24,16 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	44	851.808,32 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.001,72 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	19	64.883,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4,09 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	13	86.445,47 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	45	483.593,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	20,71 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	81	290.291,07 €	0	0,00 €	2	2.509,00 €	1	120,00 €
SUMME	**554**	**4.867.793,87 €**	**0**	**0,00 €**	**2**	**2.509,00 €**	**19**	**29.056,90 €**

Überbrückungshilfe III

Überbrückungshilfe III	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9	637.793,22 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2	2.026,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	145	5.803.767,58 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	8.406,12 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	60	5.011.142,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	718	17.833.021,92 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	138	1.275.797,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	1.112	25.161.967,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	43	572.550,29 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	22	73.023,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	27	450.574,20 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	225	2.000.639,59 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	145	3.052.665,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	142	1.502.318,20 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	93	504.787,11 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	287	12.110.939,45 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	729	3.566.573,53 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**3.900**	**79.567.993,79 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Überbrückungshilfe III	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9	637.793,22 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	229.635,43 €	1	3.536,27 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2	2.026,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	145	5.803.767,58 €	0	0,00 €	11	523.460,66 €	15	2.679.067,98 €	30	360.466,29 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	8.406,12 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	60	5.011.142,54 €	0	0,00 €	7	41.339,33 €	4	55.939,18 €	13	19.856,34 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	718	17.833.021,92 €	0	0,00 €	54	2.269.450,26 €	38	542.088,81 €	161	1.757.024,90 €
H: Verkehr und Lagerei	138	1.275.797,16 €	0	0,00 €	4	34.198,39 €	7	163.019,81 €	43	200.860,32 €
I: Gastgewerbe	1.112	25.161.967,81 €	0	0,00 €	99	3.845.181,60 €	97	5.089.523,55 €	258	2.745.298,24 €
J: Information und Kommunikation	43	572.550,29 €	0	0,00 €	4	33.112,08 €	6	61.386,12 €	7	23.039,65 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	22	73.023,49 €	0	0,00 €	1	4.144,99 €	0	0,00 €	8	17.837,98 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	27	450.574,20 €	0	0,00 €	5	52.678,33 €	1	3.589,13 €	5	109.104,74 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	225	2.000.639,59 €	0	0,00 €	26	313.876,09 €	27	582.452,71 €	39	113.204,76 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	145	3.052.665,01 €	0	0,00 €	8	141.258,91 €	11	107.490,05 €	34	528.100,38 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	142	1.502.318,20 €	0	0,00 €	12	96.542,19 €	14	136.853,52 €	32	325.524,70 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	93	504.787,11 €	1	3.320,75 €	2	20.702,53 €	12	85.400,23 €	18	68.925,64 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	287	12.110.939,45 €	0	0,00 €	32	1.592.434,50 €	22	2.847.057,79 €	39	1.046.087,68 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	729	3.566.573,53 €	2	1.076,65 €	36	268.285,39 €	40	365.407,47 €	198	482.417,50 €
SUMME	**3.900**	**79.567.993,79 €**	**3**	**4.397,40 €**	**301**	**9.236.665,25 €**	**295**	**12.948.921,78 €**	**886**	**7.801.285,39 €**

Überbrückungshilfe III	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9	637.793,22 €	2	8.298,12 €	1	373.985,78 €	2	19.932,60 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2	2.026,57 €	0	0,00 €	2	2.026,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	145	5.803.767,58 €	40	324.783,09 €	27	895.539,68 €	12	289.045,93 €	2	63.038,70 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	8.406,12 €	1	1.738,64 €	0	0,00 €	2	6.667,48 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	60	5.011.142,54 €	16	4.786.574,80 €	16	94.495,75 €	1	7.875,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	718	17.833.021,92 €	206	1.462.233,77 €	132	2.792.438,69 €	52	1.095.679,80 €	22	2.982.337,47 €
H: Verkehr und Lagerei	138	1.275.797,16 €	44	136.738,58 €	17	582.056,83 €	20	136.508,42 €	3	22.414,81 €
I: Gastgewerbe	1.112	25.161.967,81 €	311	4.061.642,14 €	179	3.251.821,33 €	104	2.280.783,61 €	22	733.662,69 €
J: Information und Kommunikation	43	572.550,29 €	9	78.504,03 €	7	274.454,04 €	6	19.889,48 €	1	40.440,52 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	22	73.023,49 €	5	20.593,44 €	1	673,70 €	2	15.000,00 €	4	13.773,38 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	27	450.574,20 €	9	75.483,53 €	3	95.256,92 €	4	114.461,55 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	225	2.000.639,59 €	48	204.297,90 €	28	307.379,35 €	40	308.683,89 €	6	29.624,78 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	145	3.052.665,01 €	52	1.210.254,93 €	13	227.054,98 €	18	175.732,36 €	4	15.964,29 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	142	1.502.318,20 €	36	294.672,84 €	21	468.297,07 €	21	138.684,28 €	2	9.010,36 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	93	504.787,11 €	19	53.119,06 €	13	128.683,42 €	20	114.216,60 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	287	12.110.939,45 €	79	2.878.615,32 €	39	990.543,25 €	44	1.308.805,18 €	15	573.419,87 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	729	3.566.573,53 €	219	904.346,94 €	113	699.129,68 €	82	564.068,91 €	10	54.528,03 €
SUMME	**3.900**	**79.567.993,79 €**	**1.096**	**16.501.897,13 €**	**612**	**11.183.837,04 €**	**430**	**6.596.035,09 €**	**91**	**4.538.214,90 €**

Überbrückungshilfe III	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9	637.793,22 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	2.405,02 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2	2.026,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	145	5.803.767,58 €	2	29.058,65 €	1	635.713,12 €	5	3.593,48 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	8.406,12 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	60	5.011.142,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	5.062,14 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	718	17.833.021,92 €	5	165.604,37 €	11	4.642.394,48 €	37	123.769,37 €
H: Verkehr und Lagerei	138	1.275.797,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	1.112	25.161.967,81 €	22	2.852.643,98 €	7	271.561,55 €	13	29.849,12 €
J: Information und Kommunikation	43	572.550,29 €	1	40.440,52 €	0	0,00 €	2	1.273,85 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	22	73.023,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.000,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	27	450.574,20 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	225	2.000.639,59 €	6	131.823,99 €	0	0,00 €	5	9.296,12 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	145	3.052.665,01 €	0	0,00 €	2	642.537,46 €	3	4.271,65 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	142	1.502.318,20 €	2	28.559,56 €	0	0,00 €	2	4.173,68 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	93	504.787,11 €	0	0,00 €	3	8.059,27 €	5	22.359,61 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	287	12.110.939,45 €	2	63.976,75 €	8	389.888,35 €	7	420.110,76 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	729	3.566.573,53 €	8	165.649,38 €	5	24.458,36 €	16	37.205,22 €
SUMME	**3.900**	**79.567.993,79 €**	**48**	**3.477.757,20 €**	**37**	**6.614.612,59 €**	**101**	**664.370,02 €**

Überbrückungshilfe III Plus

Überbrückungshilfe III Plus	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	154	3.096.415,10 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	89	3.512.638,65 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	5.340,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	37	526.674,51 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	135	1.078.583,15 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	34	399.217,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	295	6.556.428,86 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	23	629.800,86 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	24.540,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	11	403.541,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	783.853,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	56	983.795,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	39	219.290,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	24	130.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	79	897.135,79 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	92	547.589,09 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**1.169**	**19.795.595,31 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Überbrückungshilfe III Plus	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	154	3.096.415,10 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	89	3.512.638,65 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	42.565,92 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	3	5.340,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	37	526.674,51 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	135	1.078.583,15 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	5	55.570,87 €
H: Verkehr und Lagerei	34	399.217,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	66.300,02 €
I: Gastgewerbe	295	6.556.428,86 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	8	76.584,42 €
J: Information und Kommunikation	23	629.800,86 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	15.864,08 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	24.540,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	11	403.541,84 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	169.866,76 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	783.853,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	33.912,29 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	56	983.795,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.520,69 €	3	5.816,44 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	39	219.290,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	5.473,87 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	24	130.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	79	897.135,79 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	31.959,27 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	92	547.589,09 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	6.401,20 €
SUMME	**1.169**	**19.795.595,31 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**1**	**1.520,69 €**	**32**	**510.315,14 €**

Überbrückungshilfe III Plus	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	154	3.096.415,10 €	0	0,00 €	1	42.300,69 €	4	31.175,96 €	1	2.000,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	89	3.512.638,65 €	4	78.599,46 €	19	1.347.198,09 €	34	871.923,77 €	22	777.386,33 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallents.org., Beseit. v. Umweltverschm.	3	5.340,99 €	0	0,00 €	1	621,63 €	1	1.328,11 €	1	3.391,25 €
F: Baugewerbe	37	526.674,51 €	0	0,00 €	7	19.096,90 €	14	134.047,86 €	11	100.194,98 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	135	1.078.583,15 €	11	58.514,70 €	23	144.748,52 €	58	603.814,19 €	23	172.669,03 €
H: Verkehr und Lagerei	34	399.217,07 €	3	49.609,05 €	7	55.523,23 €	14	104.349,13 €	5	115.001,91 €
I: Gastgewerbe	295	6.556.428,86 €	34	527.653,49 €	45	253.444,29 €	117	1.288.268,32 €	60	1.300.179,37 €
J: Information und Kommunikation	23	629.800,86 €	2	15.587,30 €	1	5.991,03 €	12	323.507,40 €	6	253.953,08 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	24.540,24 €	1	13.595,46 €	0	0,00 €	2	10.944,78 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	11	403.541,84 €	1	2.211,40 €	3	15.525,88 €	3	49.672,45 €	2	140.822,89 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	783.853,03 €	16	43.248,46 €	13	111.105,92 €	34	183.642,19 €	14	327.938,44 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	56	983.795,40 €	6	26.272,75 €	4	55.214,76 €	26	310.517,88 €	11	567.020,72 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	39	219.290,73 €	6	17.680,31 €	15	101.453,86 €	13	80.401,49 €	1	5.514,03 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	24	130.750,00 €	4	11.883,15 €	4	6.922,54 €	13	75.665,43 €	2	34.310,84 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	79	897.135,79 €	11	66.294,84 €	11	111.730,55 €	41	383.957,92 €	10	248.637,37 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	92	547.589,09 €	6	30.308,77 €	12	28.113,04 €	49	361.950,17 €	15	58.604,82 €
SUMME	**1.169**	**19.795.595,31 €**	**105**	**941.459,14 €**	**166**	**2.298.990,93 €**	**435**	**4.815.167,05 €**	**184**	**4.107.625,06 €**

Überbrückungshilfe III Plus	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	154	3.096.415,10 €	6	122.876,56 €	141	2.891.673,55 €	1	6.388,34 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	89	3.512.638,65 €	7	344.665,88 €	2	50.299,20 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallents.org., Beseit. v. Umweltverschm.	3	5.340,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	37	526.674,51 €	2	133.651,11 €	3	139.683,66 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	135	1.078.583,15 €	10	28.568,68 €	5	14.697,16 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	34	399.217,07 €	2	6.027,22 €	1	2.406,51 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	295	6.556.428,86 €	17	2.930.788,88 €	14	179.510,09 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	23	629.800,86 €	1	14.897,97 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	24.540,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	11	403.541,84 €	0	0,00 €	1	25.442,46 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	95	783.853,03 €	7	33.649,17 €	5	50.356,56 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	56	983.795,40 €	3	15.296,14 €	2	2.136,02 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	39	219.290,73 €	2	6.044,54 €	1	2.722,63 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	24	130.750,00 €	1	1.968,04 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	79	897.135,79 €	1	30.529,23 €	2	24.026,61 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	92	547.589,09 €	7	59.903,71 €	2	2.307,38 €	0	0,00 €
SUMME	**1.169**	**19.795.595,31 €**	**66**	**3.728.867,13 €**	**179**	**3.385.261,83 €**	**1**	**6.388,34 €**

Überbrückungshilfe IV

Überbrückungshilfe IV	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27	266.186,93 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	11	169.181,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	4	33.894,80 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	37	230.944,89 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	11	60.919,66 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	98	832.959,98 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	3	3.151,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1	712,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	2	14.878,15 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	20	89.849,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	23	466.497,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	5	25.597,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	24	273.415,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	24	111.832,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**290**	**2.580.022,32 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Überbrückungshilfe IV	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27	266.186,93 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	11	169.181,39 €	0	0,00 €	3	14.482,09 €	4	130.729,36 €	4	23.969,94 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	4	33.894,80 €	0	0,00 €	3	30.486,22 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	37	230.944,89 €	1	6.619,81 €	11	41.333,07 €	7	37.855,30 €	13	121.464,70 €
H: Verkehr und Lagerei	11	60.919,66 €	0	0,00 €	3	16.524,10 €	4	26.184,48 €	4	18.211,08 €
I: Gastgewerbe	98	832.959,98 €	2	13.186,56 €	25	169.950,38 €	34	192.406,45 €	27	334.415,85 €
J: Information und Kommunikation	3	3.151,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	467,85 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1	712,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	712,08 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	2	14.878,15 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	6.489,34 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	20	89.849,88 €	0	0,00 €	5	44.332,41 €	6	31.718,65 €	3	3.603,91 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	23	466.497,24 €	3	24.939,76 €	1	1.000,00 €	4	40.313,72 €	10	259.157,70 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	5	25.597,38 €	0	0,00 €	2	13.066,03 €	2	10.130,14 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	24	273.415,88 €	0	0,00 €	2	13.435,65 €	4	10.797,07 €	14	211.221,04 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	24	111.832,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	14	78.635,29 €	9	26.059,89 €
SUMME	**290**	**2.580.022,32 €**	**6**	**44.746,13 €**	**55**	**344.618,95 €**	**79**	**558.770,46 €**	**87**	**1.005.773,38 €**

Überbrückungshilfe IV	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27	266.186,93 €	1	8.402,55 €	26	257.784,38 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	11	169.181,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	4	33.894,80 €	1	3.399,58 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	37	230.944,89 €	4	22.672,01 €	1	1.000,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	11	60.919,66 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	98	832.959,98 €	7	116.021,68 €	3	6.979,06 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	3	3.151,88 €	2	2.684,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1	712,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	2	14.878,15 €	1	8.388,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	20	89.849,88 €	2	2.050,25 €	4	8.144,66 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	23	466.497,24 €	2	5.245,56 €	3	135.840,50 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	5	25.597,38 €	1	2.401,21 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	24	273.415,88 €	3	23.751,94 €	1	14.210,18 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	24	111.832,18 €	1	7.137,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**290**	**2.580.022,32 €**	**25**	**202.154,62 €**	**38**	**423.958,78 €**	**0**	**0,00 €**

Neustarthilfe

Neustarthilfe	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	12.378,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	32	210.676,30 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	2	8.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	2	10.167,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	41	272.913,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	15.000,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	223	1.436.831,09 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	28.125,00 €	6	42.600,24 €	8	50.143,90 €
H: Verkehr und Lagerei	44	305.285,95 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €
I: Gastgewerbe	138	996.120,51 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.958,75 €	5	37.875,00 €	2	15.000,00 €
J: Information und Kommunikation	63	391.780,90 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	14.227,50 €	1	7.500,00 €	2	14.890,24 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33	189.553,74 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	1	7.700,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	67.172,97 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	8.737,99 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	226	1.212.072,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	7	43.042,89 €	2	15.300,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	75	444.510,05 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €	6	37.549,02 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	154	768.088,60 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.770,51 €	0	0,00 €	1	1.088,49 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	70	340.967,27 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.883,25 €	1	4.586,76 €	1	2.383,06 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	230	1.141.349,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	27.234,99 €	0	0,00 €	4	24.101,03 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	951	5.702.103,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	14	59.338,98 €	16	92.773,15 €	12	65.493,13 €
SUMME	**2.299**	**13.510.721,45 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**38**	**211.581,87 €**	**34**	**223.335,15 €**	**41**	**241.886,86 €**

Neustarthilfe	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	12.378,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.209,99 €	2	11.168,04 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	32	210.676,30 €	3	22.500,00 €	4	23.925,00 €	8	55.203,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	14	86.547,81 €	1	7.500,00 €
D: Energieversorgung	2	8.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.250,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	2	10.167,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.667,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	41	272.913,38 €	0	0,00 €	6	42.468,00 €	3	22.237,88 €	1	5.005,00 €	0	0,00 €	27	178.907,69 €	2	9.295,01 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	223	1.436.831,09 €	18	123.900,36 €	19	136.323,26 €	46	299.768,58 €	10	49.156,47 €	4	31.000,00 €	101	623.579,02 €	7	62.234,26 €
H: Verkehr und Lagerei	44	305.285,95 €	6	44.403,89 €	4	30.000,00 €	11	81.724,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	21	134.157,27 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	138	996.120,51 €	15	111.215,02 €	17	123.360,36 €	51	376.247,08 €	8	57.455,76 €	4	30.250,00 €	33	226.758,54 €	2	15.000,00 €
J: Information und Kommunikation	63	391.780,90 €	4	28.742,62 €	5	30.797,67 €	10	54.373,52 €	2	15.000,00 €	2	15.750,00 €	35	210.499,15 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33	189.553,74 €	0	0,00 €	1	1.547,94 €	3	22.500,00 €	4	17.062,96 €	0	0,00 €	20	113.656,59 €	3	19.586,25 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	12	67.172,97 €	0	0,00 €	1	3.608,49 €	1	7.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	8	47.326,49 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	226	1.212.072,24 €	19	108.319,69 €	13	78.701,89 €	39	264.618,58 €	6	20.979,99 €	4	19.226,05 €	130	637.522,37 €	6	24.360,78 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	75	444.510,05 €	8	45.994,63 €	8	57.678,99 €	11	79.791,65 €	9	38.931,57 €	2	8.891,74 €	29	161.622,46 €	1	6.549,99 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	154	768.088,60 €	15	84.054,82 €	5	29.943,76 €	17	101.983,99 €	4	29.500,00 €	2	10.937,82 €	101	481.664,21 €	8	24.245,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	70	340.967,27 €	7	40.586,16 €	14	82.582,19 €	11	63.487,55 €	1	54,99 €	1	7.875,00 €	32	135.371,95 €	1	2.206,36 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	230	1.141.349,87 €	31	169.719,04 €	27	147.949,00 €	43	278.774,42 €	8	28.935,98 €	4	12.466,75 €	105	435.428,22 €	4	17.040,44 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	951	5.702.103,07 €	171	1.110.991,13 €	159	1.052.151,10 €	299	1.983.336,97 €	27	124.692,56 €	30	184.985,69 €	211	967.708,97 €	12	60.631,39 €
SUMME	**2.299**	**13.510.721,45 €**	**297**	**1.890.397,36 €**	**283**	**1.840.617,65 €**	**555**	**3.701.715,98 €**	**80**	**386.775,28 €**	**54**	**322.598,04 €**	**869**	**4.451.918,78 €**	**48**	**239.899,48 €**

Neustarthilfe Plus

Neustarthilfe Plus	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	4	7.617,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	7	28.554,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.908,54 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	32	100.827,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	8.191,37 €
H: Verkehr und Lagerei	8	35.110,75 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €
I: Gastgewerbe	22	74.855,78 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €
J: Information und Kommunikation	16	56.819,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5	19.326,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	2	5.488,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	738,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	40	136.280,05 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	14	52.160,12 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.062,50 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	12	24.886,39 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	10	21.184,75 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	37	113.550,59 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	6.940,50 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31	80.178,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	4.165,88 €
SUMME	**241**	**761.340,84 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**14**	**39.506,79 €**

Neustarthilfe Plus	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	4	7.617,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	6.951,92 €	1	665,62 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	7	28.554,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	18.750,00 €	1	4.061,40 €	1	3.834,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	32	100.827,99 €	2	9.250,00 €	3	12.259,01 €	15	56.395,14 €	3	6.051,09 €	5	8.681,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	8	35.110,75 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	26.110,75 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	22	74.855,78 €	3	10.250,02 €	1	2.862,51 €	9	34.905,70 €	4	11.665,13 €	3	9.395,05 €	1	1.277,37 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	16	56.819,08 €	2	9.000,00 €	2	6.125,00 €	3	11.560,12 €	2	1.055,25 €	0	0,00 €	6	27.250,00 €	1	1.828,71 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5	19.326,81 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	10.326,81 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	2	5.488,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	40	136.280,05 €	5	17.911,13 €	2	8.250,00 €	19	69.705,58 €	6	5.876,78 €	4	16.036,56 €	3	14.000,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	14	52.160,12 €	0	0,00 €	0	0,00 €	11	44.112,03 €	1	3.537,51 €	1	448,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	12	24.886,39 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	5	13.179,32 €	1	755,85 €	3	1.473,64 €	2	4.977,58 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	10	21.184,75 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	3	8.172,97 €	3	5.000,14 €	3	3.261,64 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	37	113.550,59 €	5	16.139,49 €	1	4.385,25 €	20	66.903,79 €	2	9.500,00 €	5	5.613,37 €	2	4.068,19 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31	80.178,18 €	1	4.500,00 €	4	9.612,76 €	11	38.876,32 €	6	8.416,27 €	6	13.094,24 €	1	1.512,71 €	0	0,00 €
SUMME	**241**	**761.340,84 €**	**19**	**71.800,64 €**	**14**	**47.994,53 €**	**114**	**415.200,45 €**	**32**	**65.585,04 €**	**31**	**61.838,83 €**	**16**	**57.585,85 €**	**1**	**1.828,71 €**

Neustarthilfe Plus Q4

Neustarthilfe Plus Q4	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	3	8.258,49 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	3	12.646,27 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	13	48.994,69 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	3	13.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	12	43.739,91 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €
J: Information und Kommunikation	9	32.022,70 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	13.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	19	58.249,47 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	6	18.826,20 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	8	10.319,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	4	4.028,28 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	14	41.254,69 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	17	38.454,67 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**114**	**344.045,36 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**1**	**4.500,00 €**

Neustarthilfe Plus Q4	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	3	8.258,49 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	1	2.842,87 €	1	665,62 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	3	12.646,27 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.750,00 €	1	4.061,40 €	1	3.834,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	13	48.994,69 €	2	9.000,00 €	1	4.500,00 €	7	26.923,96 €	2	4.922,72 €	1	3.648,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	3	13.500,00 €	2	9.000,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	12	43.739,91 €	1	2.125,01 €	2	7.362,51 €	4	14.975,02 €	1	4.500,00 €	2	9.000,00 €	1	1.277,37 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	9	32.022,70 €	1	4.500,00 €	1	4.750,00 €	1	2.310,12 €	1	453,87 €	0	0,00 €	4	18.000,00 €	1	2.008,71 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3	13.750,00 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	19	58.249,47 €	0	0,00 €	0	0,00 €	10	33.984,14 €	6	13.474,08 €	1	1.541,25 €	2	9.250,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	6	18.826,20 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	14.840,61 €	2	3.985,59 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	8	10.319,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.278,00 €	1	2.791,38 €	4	1.672,08 €	2	3.578,53 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	4	4.028,28 €	1	2.108,75 €	0	0,00 €	1	1.867,66 €	1	27,50 €	1	24,37 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	14	41.254,69 €	0	0,00 €	1	4.385,25 €	9	30.859,61 €	0	0,00 €	4	6.009,83 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	17	38.454,67 €	0	0,00 €	2	5.210,36 €	6	20.255,25 €	5	8.398,52 €	2	2.944,92 €	2	1.645,62 €	0	0,00 €
SUMME	**114**	**344.045,36 €**	**9**	**36.233,76 €**	**7**	**26.208,12 €**	**47**	**164.887,24 €**	**22**	**47.780,68 €**	**16**	**28.675,33 €**	**11**	**33.751,52 €**	**1**	**2.008,71 €**

Neustarthilfe 2022

Neustarthilfe 2022	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	2	8.811,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	9	34.025,71 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	7	23.062,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	3	6.230,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2	7.182,29 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	14	41.959,70 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	7	26.906,28 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	7	15.639,89 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	5	13.148,98 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	10	30.013,31 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	13	32.800,66 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**80**	**244.281,12 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Neustarthilfe 2022	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg, Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	2	8.811,40 €	0	0,00 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.061,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	9	34.025,71 €	0	0,00 €	2	9.000,00 €	1	861,75 €	2	9.250,00 €	4	14.913,96 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	7	23.062,03 €	0	0,00 €	1	4.000,01 €	1	2.862,51 €	1	2.862,51 €	3	13.300,76 €	1	36,24 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	3	6.230,87 €	0	0,00 €	1	4.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	1.480,87 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2	7.182,29 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.682,29 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	14	41.959,70 €	0	0,00 €	2	8.937,50 €	4	14.412,50 €	2	5.285,37 €	2	5.618,18 €	4	7.706,15 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	7	26.906,28 €	1	4.500,00 €	1	3.405,37 €	0	0,00 €	2	9.136,12 €	1	4.750,00 €	2	5.114,79 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	7	15.639,89 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.996,46 €	3	10.151,96 €	3	3.491,47 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	5	13.148,98 €	0	0,00 €	2	5.095,00 €	2	5.314,56 €	1	2.739,42 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	10	30.013,31 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	8.274,00 €	2	4.631,83 €	6	17.107,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	13	32.800,66 €	0	0,00 €	2	6.042,50 €	3	7.509,12 €	2	6.700,00 €	1	2.579,00 €	5	9.970,04 €	0	0,00 €
SUMME	**80**	**244.281,12 €**	**1**	**4.500,00 €**	**12**	**45.980,38 €**	**14**	**41.916,73 €**	**14**	**47.101,71 €**	**21**	**72.482,74 €**	**18**	**32.299,56 €**	**0**	**0,00 €**

Neustarthilfe 2022 Q2

Neustarthilfe 2022 Q2	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	1	3.433,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	3	13.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	3	9.036,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	2	880,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2	2.691,94 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	5	11.206,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	5	18.500,91 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	3	9.904,60 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	3	5.920,62 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	3	6.902,34 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	5	9.465,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**35**	**91.691,93 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Neustarthilfe 2022 Q2	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	1	3.433,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	3.433,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	3	13.750,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	9.250,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	3	9.036,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	0	0,00 €	2	4.536,24 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	2	880,87 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	880,87 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2	2.691,94 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.682,29 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	9,65 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	5	11.206,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	412,50 €	2	4.912,50 €	0	0,00 €	2	5.881,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	5	18.500,91 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.500,00 €	2	8.886,12 €	0	0,00 €	2	5.114,79 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	3	9.904,60 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.289,15 €	1	4.500,00 €	1	3.115,45 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	3	5.920,62 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	4.155,72 €	0	0,00 €	1	1.764,90 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	3	6.902,34 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	6.700,00 €	1	202,34 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	5	9.465,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	2	6.522,76 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	2.942,27 €	0	0,00 €
SUMME	**35**	**91.691,93 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**8**	**22.773,27 €**	**6**	**19.521,15 €**	**8**	**26.751,14 €**	**13**	**22.646,37 €**	**0**	**0,00 €**

Novemberhilfe

Novemberhilfe	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18	103.743,36 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	41.073,04 €	5	19.021,46 €	1	6.488,77 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	97	667.147,27 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	24	95.843,24 €	13	153.845,69 €	2	15.957,93 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	1	1.595,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.595,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg; Abfallentsorg.; Beseit. v. Umweltverschm.	1	2.643,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	66	226.054,32 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	30.332,30 €	6	25.222,12 €	1	2.500,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	379	2.654.826,54 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	88	416.342,50 €	74	898.288,67 €	4	65.340,19 €	8	86.031,69 €
H: Verkehr und Lagerei	64	221.620,31 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	20	51.676,23 €	19	66.345,12 €	2	21.524,79 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	752	7.296.507,78 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	190	1.150.367,45 €	246	1.300.055,70 €	64	2.236.626,18 €	22	276.404,91 €
J: Information und Kommunikation	58	400.487,89 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	9.242,85 €	10	72.971,91 €	3	105.600,62 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	45	140.847,40 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	5	11.305,44 €	1	50.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	29	121.490,44 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	8	31.545,02 €	8	44.623,00 €	0	0,00 €	1	2.085,62 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	260	1.061.188,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	31	88.289,13 €	20	217.918,81 €	8	139.712,31 €	1	791,58 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	196	2.130.350,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	22	130.642,10 €	39	1.416.117,26 €	6	163.252,65 €	2	9.022,74 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1	4.785,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	119	359.629,42 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	20	31.134,22 €	21	46.353,36 €	4	41.642,23 €	4	35.991,29 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	89	147.536,50 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	20	20.177,89 €	12	18.986,84 €	3	1.857,54 €	1	1.970,55 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	324	3.826.269,58 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	58	445.789,36 €	87	1.141.457,25 €	31	224.871,95 €	10	63.552,95 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	559	1.282.523,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	79	216.270,44 €	75	241.960,14 €	26	107.881,16 €	7	12.307,84 €
SUMME	**3.058**	**20.649.247,48 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**578**	**2.771.626,37 €**	**636**	**5.712.967,33 €**	**155**	**3.133.256,32 €**	**66**	**487.459,17 €**

Novemberhilfe	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18	103.743,36 €	2	10.436,32 €	1	7.595,41 €	6	19.128,36 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	97	667.147,27 €	11	88.119,13 €	13	192.974,71 €	26	104.883,69 €	5	9.792,66 €	1	1.170,88 €	2	4.759,34 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	1	1.595,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg; Abfallentsorg.; Beseit. v. Umweltverschm.	1	2.643,48 €	0	0,00 €	1	2.643,48 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	66	226.054,32 €	6	18.623,50 €	22	75.471,91 €	22	70.983,44 €	2	1.500,05 €	0	0,00 €	1	1.421,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	379	2.654.826,54 €	38	209.849,34 €	79	468.511,72 €	66	399.132,22 €	11	67.420,27 €	5	11.569,86 €	6	32.340,08 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	64	221.620,31 €	4	17.323,13 €	2	2.921,92 €	13	54.151,79 €	2	4.655,26 €	1	898,30 €	1	2.123,77 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	752	7.296.507,78 €	160	1.329.082,37 €	31	324.678,82 €	8	32.674,25 €	7	85.504,39 €	9	109.893,67 €	9	172.311,71 €	6	278.908,33 €
J: Information und Kommunikation	58	400.487,89 €	6	13.466,90 €	11	145.893,35 €	16	37.272,66 €	4	7.234,21 €	3	5.830,07 €	2	2.875,32 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	45	140.847,40 €	3	4.088,38 €	7	19.652,36 €	26	47.790,64 €	1	4.489,20 €	1	1.868,83 €	1	1.652,55 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	29	121.490,44 €	3	11.835,67 €	2	17.023,72 €	3	8.886,02 €	0	0,00 €	3	5.490,67 €	1	0,72 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	260	1.061.188,57 €	34	48.064,66 €	37	89.409,68 €	109	405.428,65 €	8	19.244,41 €	2	9.363,74 €	10	42.965,60 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	196	2.130.350,73 €	22	62.946,01 €	45	137.746,57 €	46	171.797,87 €	7	14.109,39 €	0	0,00 €	5	18.245,27 €	2	6.470,87 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1	4.785,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.785,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	119	359.629,42 €	17	32.841,77 €	14	20.941,77 €	22	54.015,69 €	10	18.772,69 €	1	3.165,39 €	5	74.275,68 €	1	595,33 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	89	147.536,50 €	7	9.598,99 €	11	43.612,18 €	26	40.922,13 €	0	0,00 €	2	423,72 €	6	10.222,61 €	1	364,05 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	324	3.826.269,58 €	40	484.811,07 €	31	224.061,70 €	28	102.207,98 €	10	15.180,74 €	8	405.927,34 €	18	716.986,98 €	3	1.422,26 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	559	1.282.523,73 €	73	110.044,08 €	150	305.233,44 €	76	163.128,30 €	27	50.205,37 €	16	23.329,28 €	21	43.646,44 €	9	8.517,24 €
SUMME	**3.058**	**20.649.247,48 €**	**426**	**2.451.131,32 €**	**457**	**2.078.472,74 €**	**494**	**1.717.188,69 €**	**94**	**298.108,64 €**	**52**	**578.931,75 €**	**88**	**1.123.827,07 €**	**22**	**296.278,08 €**

Dezemberhilfe

Dezemberhilfe	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15	142.066,18 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.109,53 €	8	73.346,86 €	2	5.223,50 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	74.678,25 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	111	534.769,42 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	35	137.128,39 €	23	151.627,09 €	1	202,94 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	2	4.139,11 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.510,88 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg; Abfallentsorg.; Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	69	312.810,77 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	11	58.733,84 €	12	107.972,94 €	2	7.630,38 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	977	8.711.445,36 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	412	2.243.665,13 €	302	4.607.445,46 €	13	167.328,84 €	4	12.754,00 €
H: Verkehr und Lagerei	71	391.164,97 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	20	62.647,63 €	25	123.769,66 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	630	5.065.029,06 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	147	552.887,73 €	225	1.468.095,80 €	53	1.046.696,47 €	19	66.328,35 €
J: Information und Kommunikation	71	530.594,27 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	8	40.479,02 €	11	83.428,29 €	3	150.000,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	31	122.962,71 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	5.274,41 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	32	117.735,44 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	10.336,50 €	8	45.187,57 €	1	15.370,23 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	237	942.652,14 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	28	80.289,37 €	34	350.862,54 €	4	69.382,10 €	1	846,17 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	190	1.152.133,73 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	26	122.412,93 €	36	594.346,08 €	5	65.163,11 €	5	13.327,29 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2	1.856,25 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	10,50 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	130	362.892,30 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	23	52.895,64 €	26	127.991,45 €	3	1.388,04 €	2	10.175,62 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	91	353.855,41 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	21	29.482,67 €	19	24.977,05 €	2	952,50 €	4	4.719,82 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	251	2.256.407,44 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	50	249.620,81 €	72	690.901,05 €	27	365.281,12 €	7	48.098,57 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.833	4.883.085,53 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	536	865.854,74 €	201	714.570,39 €	55	331.654,05 €	18	111.230,01 €
SUMME	**4.744**	**25.660.278,34 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**1.328**	**4.515.329,22 €**	**1.002**	**9.164.512,23 €**	**172**	**2.226.283,78 €**	**60**	**267.479,83 €**

Dezemberhilfe	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15	142.066,18 €	1	3.184,93 €	0	0,00 €	3	58.201,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	74.678,25 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	74.678,25 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	111	534.769,42 €	8	19.386,99 €	13	42.720,31 €	25	172.124,70 €	1	1.650,00 €	2	3.684,02 €	3	6.244,98 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	2	4.139,11 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	2.628,23 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg; Abfallentsorg.; Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	69	312.810,77 €	8	27.957,41 €	18	56.557,48 €	13	37.548,97 €	0	0,00 €	1	4.725,00 €	4	11.684,75 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	977	8.711.445,36 €	51	206.793,43 €	89	605.242,46 €	72	510.584,79 €	7	70.692,85 €	9	109.503,96 €	15	162.663,03 €	3	14.771,41 €
H: Verkehr und Lagerei	71	391.164,97 €	3	6.826,28 €	11	29.887,91 €	11	159.362,85 €	0	0,00 €	1	8.870,64 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	630	5.065.029,06 €	121	1.084.728,70 €	22	370.399,16 €	13	98.550,58 €	10	65.959,23 €	5	70.278,17 €	11	47.829,04 €	4	193.275,83 €
J: Information und Kommunikation	71	530.594,27 €	8	16.553,14 €	12	172.790,72 €	20	48.077,47 €	3	6.953,66 €	6	12.311,97 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	31	122.962,71 €	2	2.115,62 €	6	68.226,30 €	19	44.310,38 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	3.036,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	32	117.735,44 €	2	10.273,82 €	6	14.084,34 €	9	22.482,98 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	237	942.652,14 €	29	98.519,35 €	55	141.960,48 €	70	148.620,87 €	9	27.674,62 €	3	5.908,32 €	4	18.588,32 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	190	1.152.133,73 €	19	96.727,63 €	45	105.115,71 €	36	118.568,37 €	7	16.598,38 €	6	11.794,68 €	3	3.118,26 €	2	4.961,29 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2	1.856,25 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.845,75 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	130	362.892,30 €	19	25.418,11 €	16	44.300,85 €	30	75.083,77 €	2	3.822,00 €	2	4.953,75 €	5	16.071,86 €	2	801,21 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	91	353.855,41 €	9	5.939,18 €	11	251.956,52 €	21	28.760,15 €	1	288,00 €	0	0,00 €	1	4.891,00 €	2	1.888,52 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	251	2.256.407,44 €	36	397.157,87 €	24	92.050,13 €	23	40.831,69 €	1	2.520,00 €	4	347.876,40 €	5	18.429,18 €	2	3.640,62 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.833	4.883.085,53 €	290	655.047,39 €	554	1.512.102,91 €	96	247.689,90 €	11	18.903,49 €	26	47.040,35 €	40	74.408,94 €	6	4.583,36 €
SUMME	**4.744**	**25.660.278,34 €**	**606**	**2.656.629,85 €**	**822**	**3.507.195,28 €**	**463**	**1.888.105,31 €**	**52**	**215.062,23 €**	**66**	**628.793,01 €**	**92**	**366.965,36 €**	**21**	**223.922,24 €**

Härtefallhilfen

Härtefallhilfen	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	26.423,19 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	1	0,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	2	27.756,62 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**4**	**54.179,82 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Härtefallhilfen	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
A: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	26.423,19 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	26.423,19 €	0	0,00 €
B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Verarbeitendes Gewerbe	1	0,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	0,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Energieversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Wasserversorg. Abfallentsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung und Reparatur v. Kraftfahrzeugen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Verkehr und Lagerei	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Gastgewerbe	2	27.756,62 €	0	0,00 €	1	27.756,61 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	0,01 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Information und Kommunikation	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Grundstücks- und Wohnungswesen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Freiberufliche, wiss., techn. Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Erbringung von sonstigen wirtsch. Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Gesundheits- und Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
R: Kunst, Unterhaltung und Erholung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**4**	**54.179,82 €**	**0**	**0,00 €**	**1**	**27.756,61 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**2**	**0,02 €**	**1**	**26.423,19 €**	**0**	**0,00 €**

Stabilisierungshilfe I

Stabilisierungshilfe I	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
alle	118	1.478.404,64 €	0	0,00 €	0	0,00 €	6	78.223,92 €	14	129.644,67 €	37	449.488,44 €	11	325.781,74 €	14	243.742,54 €	10	43.113,55 €

Stabilisierungshilfe I	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
alle	118	1.478.404,64 €	11	52.576,00 €	7	77.304,15 €	0	0,00 €	5	46.057,94 €	1	29.000,00 €	2	3.471,69 €	0	0,00 €

Stabilisierungshilfe II

Stabilisierungshilfe II	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
alle	96	1.087.514,99 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	56	615.418,78 €	19	254.271,81 €	5	38.047,89 €

Stabilisierungshilfe II	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
alle	96	1.087.514,99 €	15	173.061,94 €	1	6.714,57 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss I

Tilgungszuschuss I	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
alle	6	16.795,16 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	10.441,30 €	1	1.766,42 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss I	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
alle	6	16.795,16 €	0	0,00 €	1	3.729,52 €	0	0,00 €	1	857,92 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss II

Tilgungszuschuss II	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
alle	17	159.850,08 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss II	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
alle	17	159.850,08 €	7	122.448,78 €	5	1.553,26 €	4	33.931,73 €	1	1.916,31 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss III

Tilgungszuschuss III	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																		
alle	1	33.826,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Tilgungszuschuss III	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code																
alle	1	33.826,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	33.826,03 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €

Liquiditätskredit Plus

Liquiditätskredit Plus	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	151	73.221.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	24	11.661.000,00 €	56	24.408.000,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	11	4.485.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	4	335.000,00 €	4	500.000,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	90	28.962.000,00 €	0	0,00 €	2	350.000,00 €	27	5.070.000,00 €	28	9.030.000,00 €
H: Gastgewerbe	124	14.282.703,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	32	3.682.500,00 €	22	3.827.000,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25	9.780.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	10	2.550.000,00 €	6	1.475.000,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	5	200.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	150.000,00 €	2	50.000,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	50	9.790.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	10	1.435.000,00 €	11	3.300.000,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	34	4.264.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	9	1.248.000,00 €	10	1.117.000,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	126	17.413.400,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	46	7.260.900,00 €	29	2.791.000,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**616**	**162.398.103,07 €**	**0**	**0,00 €**	**2**	**350.000,00 €**	**165**	**33.392.400,00 €**	**168**	**46.498.000,00 €**

Liquiditätskredit Plus	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	151	73.221.000,00 €	38	17.573.000,00 €	11	8.947.000,00 €	12	6.540.000,00 €	6	1.210.000,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	11	4.485.000,00 €	2	3.500.000,00 €	0	0,00 €	1	150.000,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	90	28.962.000,00 €	16	4.597.000,00 €	12	9.325.000,00 €	1	150.000,00 €	2	390.000,00 €
H: Gastgewerbe	124	14.282.703,07 €	26	2.040.000,00 €	16	1.039.203,07 €	8	1.039.000,00 €	7	1.275.000,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25	9.780.000,00 €	6	5.030.000,00 €	2	540.000,00 €	1	185.000,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	5	200.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	50	9.790.000,00 €	13	3.000.000,00 €	7	1.545.000,00 €	8	480.000,00 €	1	30.000,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	34	4.264.000,00 €	6	650.000,00 €	2	235.000,00 €	7	1.014.000,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	126	17.413.400,00 €	23	4.877.500,00 €	17	919.000,00 €	6	615.000,00 €	3	50.000,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**616**	**162.398.103,07 €**	**130**	**41.267.500,00 €**	**67**	**22.550.203,07 €**	**44**	**10.173.000,00 €**	**19**	**2.955.000,00 €**

Liquiditätskredit Plus	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	151	73.221.000,00 €	4	2.882.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	11	4.485.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	90	28.962.000,00 €	1	24.700,00 €	1	25.300,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	124	14.282.703,07 €	7	1.195.000,00 €	2	22.000,00 €	1	8.000,00 €	3	155.000,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25	9.780.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	5	200.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	50	9.790.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	34	4.264.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	126	17.413.400,00 €	1	200.000,00 €	1	700.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**616**	**162.398.103,07 €**	**13**	**4.301.700,00 €**	**4**	**747.300,00 €**	**1**	**8.000,00 €**	**3**	**155.000,00 €**

Liquiditätskredit Plus	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	151	73.221.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	11	4.485.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	90	28.962.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	124	14.282.703,07 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25	9.780.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	5	200.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	50	9.790.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	34	4.264.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	126	17.413.400,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**616**	**162.398.103,07 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Bürgschaften L-Bank

Bürgschaften L-Bank	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	17	122.716.000,00 €	0	0,00 €	1	9.000.000,00 €	7	58.250.000,00 €	5	31.012.000,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	3	21.309.670,00 €	0	0,00 €	1	9.585.000,00 €	1	7.348.000,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	3	6.857.000,00 €	0	0,00 €	1	784.000,00 €	1	5.328.000,00 €	0	0,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	2	5.872.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1	616.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	616.000,00 €
M: Erziehung und Unterricht	1	4.000.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	4.000.000,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1	1.300.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2	15.500.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**30**	**178.171.170,00 €**	**0**	**0,00 €**	**3**	**19.369.000,00 €**	**9**	**70.926.000,00 €**	**7**	**35.628.000,00 €**

Bürgschaften L-Bank	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	17	122.716.000,00 €	1	5.000.000,00 €	0	0,00 €	1	10.704.000,00 €	0	0,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	3	21.309.670,00 €	1	4.376.670,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	3	6.857.000,00 €	1	745.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	2	5.872.500,00 €	1	4.972.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1	616.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	1	4.000.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1	1.300.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.300.000,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2	15.500.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	1	1.500.000,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**30**	**178.171.170,00 €**	**4**	**15.094.170,00 €**	**0**	**0,00 €**	**2**	**12.004.000,00 €**	**1**	**1.500.000,00 €**

Bürgschaften L-Bank	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code										
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	17	122.716.000,00 €	1	8.000.000,00 €	1	750.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	3	21.309.670,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	3	6.857.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	2	5.872.500,00 €	0	0,00 €	1	900.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1	616.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	1	4.000.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1	1.300.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2	15.500.000,00 €	1	14.000.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**30**	**178.171.170,00 €**	**2**	**22.000.000,00 €**	**2**	**1.650.000,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Bürgschaften L-Bank	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
WZ-Code								
A: Land- und Forstwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
B: Fischerei und Fischzucht	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
C: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
D: Verarbeitendes Gewerbe	17	122.716.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
E: Energie- und Wasserversorgung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
F: Baugewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
G: Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrz. u. Gebrauchsgütern	3	21.309.670,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
H: Gastgewerbe	3	6.857.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
J: Kredit- und Versicherungsgewerbe	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	2	5.872.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
L: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1	616.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
M: Erziehung und Unterricht	1	4.000.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
N: Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1	1.300.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
O: Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	2	15.500.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
P: Private Haushalte mit Hauspersonal	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Q: Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**30**	**178.171.170,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Bürgschaften Bürgschaftsbank

Bürgschaften Bürgschaftsbank	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Landwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handwerk	1.414	213.350.000,00 €	125	15.620.000,00 €	176	27.779.000,00 €	112	13.042.000,00 €	151	22.522.000,00 €
Handel	993	188.677.000,00 €	99	8.750.000,00 €	162	27.392.000,00 €	53	15.357.000,00 €	99	20.933.000,00 €
Gartenbau	64	7.418.000,00 €	10	437.000,00 €	9	836.000,00 €	6	401.000,00 €	5	880.000,00 €
Freie Berufe	570	85.673.000,00 €	52	7.148.000,00 €	70	12.244.000,00 €	50	6.790.000,00 €	69	11.788.000,00 €
Industrie	520	208.738.000,00 €	49	10.969.000,00 €	90	39.060.000,00 €	36	16.814.000,00 €	67	33.616.000,00 €
Verkehr	123	31.238.000,00 €	18	2.791.000,00 €	27	5.461.000,00 €	4	1.373.000,00 €	12	6.336.000,00 €
Gastgewerbe	680	98.945.000,00 €	70	4.515.000,00 €	180	24.209.000,00 €	33	2.994.000,00 €	67	12.208.000,00 €
Dienstleistungen	1.097	193.144.000,00 €	113	13.218.000,00 €	191	28.472.000,00 €	81	9.800.000,00 €	133	28.348.000,00 €
SUMME	**5.461**	**1.027.183.000,00 €**	**536**	**63.448.000,00 €**	**905**	**165.453.000,00 €**	**375**	**66.571.000,00 €**	**603**	**136.631.000,00 €**

Bürgschaften Bürgschaftsbank	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Landwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handwerk	1.414	213.350.000,00 €	160	19.481.000,00 €	111	18.291.000,00 €	123	20.602.000,00 €	156	29.572.000,00 €
Handel	993	188.677.000,00 €	87	14.891.000,00 €	106	24.298.000,00 €	113	18.992.000,00 €	93	17.810.000,00 €
Gartenbau	64	7.418.000,00 €	6	607.000,00 €	4	1.046.000,00 €	5	363.000,00 €	7	1.511.000,00 €
Freie Berufe	570	85.673.000,00 €	65	8.157.000,00 €	36	4.012.000,00 €	58	7.806.000,00 €	58	10.964.000,00 €
Industrie	520	208.738.000,00 €	33	8.098.000,00 €	50	20.755.000,00 €	47	16.803.000,00 €	55	28.369.000,00 €
Verkehr	123	31.238.000,00 €	22	2.518.000,00 €	12	3.934.000,00 €	14	5.278.000,00 €	5	301.000,00 €
Gastgewerbe	680	98.945.000,00 €	67	11.511.000,00 €	60	8.183.000,00 €	46	7.482.000,00 €	57	9.636.000,00 €
Dienstleistungen	1.097	193.144.000,00 €	100	15.867.000,00 €	85	18.265.000,00 €	79	13.518.000,00 €	91	15.955.000,00 €
SUMME	**5.461**	**1.027.183.000,00 €**	**540**	**81.130.000,00 €**	**464**	**98.784.000,00 €**	**485**	**90.844.000,00 €**	**522**	**114.118.000,00 €**

Bürgschaften Bürgschaftsbank	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Landwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handwerk	1.414	213.350.000,00 €	166	25.995.000,00 €	134	20.446.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handel	993	188.677.000,00 €	96	16.186.000,00 €	85	24.068.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	64	7.418.000,00 €	6	573.000,00 €	6	764.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Freie Berufe	570	85.673.000,00 €	61	9.760.000,00 €	51	7.004.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Industrie	520	208.738.000,00 €	47	18.052.000,00 €	46	16.202.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	123	31.238.000,00 €	5	2.401.000,00 €	4	845.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gastgewerbe	680	98.945.000,00 €	50	9.748.000,00 €	50	8.459.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistungen	1.097	193.144.000,00 €	125	27.646.000,00 €	99	22.055.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**5.461**	**1.027.183.000,00 €**	**556**	**110.361.000,00 €**	**475**	**99.843.000,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Bürgschaften Bürgschaftsbank	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Landwirtschaft	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handwerk	1.414	213.350.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handel	993	188.677.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	64	7.418.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Freie Berufe	570	85.673.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Industrie	520	208.738.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	123	31.238.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gastgewerbe	680	98.945.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistungen	1.097	193.144.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**5.461**	**1.027.183.000,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Garantien Bürgschaftsbank

Garantien Bürgschaftsbank	Insgesamt		2020 Q1		2020 Q2		2020 Q3		2020 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Handwerk	28	4.305.000,00 €	4	490.000,00 €	2	105.000,00 €	5	665.000,00 €	5	665.000,00 €
Handel	27	9.060.000,00 €	2	350.000,00 €	1	70.000,00 €	6	1.627.500,00 €	3	1.032.500,00 €
Industrie	79	34.055.000,00 €	6	1.663.000,00 €	3	594.500,00 €	14	3.605.000,00 €	2	1.295.000,00 €
Gastgewerbe	7	1.422.000,00 €	0	0,00 €	1	350.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	2	87.500,00 €	0	0,00 €	2	87.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistung	56	18.083.500,00 €	5	840.000,00 €	7	1.225.000,00 €	5	1.694.000,00 €	5	770.000,00 €
Eigenrisiko (Industrie)	7	652.490,00 €	1	175.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	3	227.500,00 €
SUMME	**206**	**67.665.490,00 €**	**18**	**3.518.000,00 €**	**16**	**2.432.000,00 €**	**30**	**7.591.500,00 €**	**18**	**3.990.000,00 €**

Garantien Bürgschaftsbank	Insgesamt		2021 Q1		2021 Q2		2021 Q3		2021 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Handwerk	28	4.305.000,00 €	1	160.000,00 €	2	160.000,00 €	5	820.000,00 €	1	200.000,00 €
Handel	27	9.060.000,00 €	1	200.000,00 €	4	1.760.000,00 €	3	1.600.000,00 €	2	260.000,00 €
Industrie	79	34.055.000,00 €	2	800.000,00 €	6	2.660.000,00 €	10	4.240.000,00 €	13	7.000.000,00 €
Gastgewerbe	7	1.422.000,00 €	3	592.000,00 €	0	0,00 €	2	320.000,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	2	87.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistung	56	18.083.500,00 €	6	2.300.000,00 €	6	1.320.000,00 €	3	2.296.000,00 €	8	2.500.000,00 €
Eigenrisiko (Industrie)	7	652.490,00 €	2	149.990,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**206**	**67.665.490,00 €**	**15**	**4.201.990,00 €**	**18**	**5.900.000,00 €**	**23**	**9.276.000,00 €**	**24**	**9.960.000,00 €**

Garantien Bürgschaftsbank	Insgesamt		2022 Q1		2022 Q2		2022 Q3		2022 Q4	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Handwerk	28	4.305.000,00 €	3	1.040.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handel	27	9.060.000,00 €	1	400.000,00 €	4	1.760.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Industrie	79	34.055.000,00 €	12	6.640.000,00 €	11	5.557.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gastgewerbe	7	1.422.000,00 €	1	160.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	2	87.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistung	56	18.083.500,00 €	7	4.080.000,00 €	4	1.058.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Eigenrisiko (Industrie)	7	652.490,00 €	0	0,00 €	1	100.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**206**	**67.665.490,00 €**	**24**	**12.320.000,00 €**	**20**	**8.476.000,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Garantien Bürgschaftsbank	Insgesamt		2023 Q1		2023 Q2		2023 Q3	
	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen	Anzahl	Volumen
Handwerk	28	4.305.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Handel	27	9.060.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Industrie	79	34.055.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gastgewerbe	7	1.422.000,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Gartenbau	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Verkehr	2	87.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Dienstleistung	56	18.083.500,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
Eigenrisiko (Industrie)	7	652.490,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €	0	0,00 €
SUMME	**206**	**67.665.490,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**	**0**	**0,00 €**

Anlage 3: Zu Ziffer I.10 Informationen Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2019 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Rechtliche Einheiten[2]															
	Insgesamt			davon mit ... bis unter ... abhängig Beschäftigten[3]												
				0 - 10			10 - 50			50 - 250			250 und mehr			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5] 1.000 €	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5] 1.000 €	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5] 1.000 €	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5] 1.000 €	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5] 1.000 €
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	5 839	.	138	393	188 514	74	.	477 531	21	2 325	524 715	2	.	.
C Verarbeitendes Gewerbe	40 581	1 630 283	490 035 156	27 835	63 214	10 767 385	8 548	189 949	27 258 836	3 211	342 897	64 894 149	987	1 034 222	387 114 786
D Energieversorgung	11 410	36 611	70 280 904	11 219	1 529	3 023 359	90	2 052	1 616 432	75	8 223	12 480 742	26	24 806	53 160 371
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 552	22 619	6 325 093	1 234	2 341	1 155 043	233	4 911	1 309 171	69	7 144	1 673 460	16	8 223	2 187 419
F Baugewerbe	49 886	269 946	48 350 784	43 959	88 881	15 191 442	5 359	100 920	14 279 780	526	47 623	9 556 030	42	32 522	9 323 532
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	83 971	788 999	347 797 911	73 194	125 121	47 971 207	8 825	179 757	54 124 354	1 604	153 219	65 047 552	348	330 902	180 654 798
H Verkehr und Lagerei	13 861	204 020	23 595 210	10 855	22 360	3 603 484	2 330	50 056	4 853 098	563	57 438	7 257 394	113	74 166	7 881 234
I Gastgewerbe	37 818	201 863	12 035 650	33 007	70 961	4 697 596	4 410	84 388	4 279 067	370	30 909	1 931 970	31	15 605	1 127 017
J Information und Kommunikation	17 896	192 239	36 550 070	15 807	17 453	3 934 194	1 538	34 221	4 455 068	456	45 419	6 615 157	95	95 146	21 545 651
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 357	119 853	12 956 646	10 783	14 567	2 321 297	328	6 797	1 087 299	132	16 555	1 105 767	114	81 935	8 442 283
L Grundstücks- und Wohnungswesen	23 520	35 559	12 791 813	22 957	18 508	8 787 692	492	.	1 703 297	67	6 010	2 039 742	4	.	261 082
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	72 831	334 379	50 836 206	67 739	72 885	16 263 932	4 381	86 313	10 777 052	696	69 321	9 811 453	115	106 060	13 983 769
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	27 355	310 561	24 113 386	23 734	36 519	5 272 475	2 629	57 292	4 767 553	806	85 775	5 779 639	186	130 975	8 293 719
P Erziehung und Unterricht	9 887	112 448	.	8 409	12 148	786 050	1 162	24 174	276 099	283	24 751	381 696	53	51 374	.
Q Gesundheits- und Sozialwesen	32 138	644 823	11 976 734	25 797	89 147	2 051 399	4 962	93 037	1 249 903	1 074	113 049	1 559 975	315	349 589	7 115 457
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	14 482	56 175	6 071 973	13 431	14 572	2 092 096	912	17 822	1 207 837	125	11 638	1 813 354	14	12 144	958 686
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	35 978	153 896	5 360 391	33 291	44 085	3 213 719	2 138	43 404	1 036 841	397	38 650	791 038	52	27 757	318 793
B – N, P – S zusammen	**484 758**	**5 120 110**	**1 162 732 899**	**423 389**	**694 484**	**131 320 884**	**48 401**	**986 603**	**134 759 218**	**10 455**	**1 060 944**	**193 263 833**	**2 513**	**2 378 178**	**703 388 964**

Niederlassungen sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2019 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Niederlassungen[2]											
	Insgesamt		davon mit ... bis unter ... abhängig Beschäftigten[3]									
			0 - 10		10 - 50		50 - 250		250 und mehr			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]		
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	266	4 868	153	.	93	2 006	19	1 792	1	.		
C Verarbeitendes Gewerbe	39 679	1 399 188	26 775	63 040	8 548	189 771	3 376	362 445	980	783 931		
D Energieversorgung	10 167	39 129	9 878	2 054	154	3 500	104	11 749	31	21 826		
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 730	23 951	1 308	2 893	307	6 753	105	9 940	10	4 565		
F Baugewerbe	49 953	275 214	43 564	91 678	5 749	110 072	604	53 563	36	19 901		
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	91 674	762 737	75 922	157 559	13 175	267 677	2 358	219 699	219	117 802		
H Verkehr und Lagerei	14 714	260 176	10 837	24 932	2 902	64 029	838	85 785	137	85 430		
I Gastgewerbe	34 388	182 340	29 808	72 215	4 277	82 502	292	23 415	11	4 208		
J Information und Kommunikation	18 892	196 163	15 933	20 810	2 011	43 721	560	57 609	88	74 024		
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13 666	134 093	12 422	21 602	841	18 231	296	32 339	97	61 921		
L Grundstücks- und Wohnungswesen	27 772	41 826	27 164	23 561	534	10 351	70	6 623	4	1 290		
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	70 893	341 077	64 867	.	5 061	101 124	845	83 274	120	.		
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	29 048	313 198	24 403	41 502	3 257	72 005	1 220	124 765	168	74 926		
P Erziehung und Unterricht	12 369	179 046	9 276	18 140	2 498	53 123	538	50 122	57	57 661		
Q Gesundheits- und Sozialwesen	35 700	693 726	27 250	90 245	6 237	125 291	1 875	189 566	338	288 624		
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 876	52 972	10 868	16 549	891	17 020	104	10 526	13	8 878		
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	32 612	127 972	30 540	48 800	1 764	34 224	274	27 350	34	17 599		
B – N, P – S zusammen	**495 089**	**5 027 676**	**420 988**	**771 837**	**58 299**	**1 201 399**	**13 478**	**1 360 661**	**2 344**	**1 703 878**		

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2020 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Rechtliche Einheiten[2]															
	Insgesamt			davon mit ... bis unter ... abhängig Beschäftigten[3]												
				0 - 10			10 - 50			50 - 250			250 und mehr			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	6 002	.	134	381	192 002	78	1 801	489 181	21	.	540 724	2	.	.
C Verarbeitendes Gewerbe	38 827	1 592 217	453 776 544	26 409	61 983	10 414 351	8 332	185 026	25 378 847	3 139	337 290	61 426 497	947	1 007 918	356 556 849
D Energieversorgung	9 682	38 063	69 544 578	9 490	1 484	2 672 119	92	2 079	1 932 755	72	8 090	11 904 422	28	26 411	53 035 282
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 519	23 206	6 279 507	1 203	2 309	1 177 414	227	4 797	1 273 851	72	7 421	1 823 117	17	8 679	2 005 125
F Baugewerbe	48 746	275 324	53 077 603	42 671	89 345	16 318 122	5 491	103 551	15 701 251	541	49 190	9 803 482	43	33 238	11 254 748
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	78 768	782 127	354 819 922	68 125	121 992	44 444 063	8 688	177 684	53 920 501	1 609	154 382	64 224 282	346	328 070	192 231 076
H Verkehr und Lagerei	12 972	201 550	21 888 076	10 069	21 924	3 048 306	2 257	48 753	4 677 386	536	54 722	6 794 825	110	76 151	7 367 559
I Gastgewerbe	33 908	184 796	8 255 688	29 603	68 698	3 923 991	3 969	75 575	2 810 398	306	25 833	1 132 263	30	14 690	789 036
J Information und Kommunikation	16 831	201 131	36 359 968	14 697	17 808	3 705 911	1 577	34 612	4 324 199	460	46 243	6 600 502	97	102 468	21 726 356
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 123	120 938	13 312 194	10 564	14 936	2 976 949	310	6 589	767 359	137	17 347	1 240 899	112	82 066	8 326 987
L Grundstücks- und Wohnungswesen	26 966	39 385	12 641 957	26 406	22 883	8 598 258	493	9 647	1 802 993	64	5 735	1 960 136	3	1 120	280 570
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	68 207	336 364	51 017 763	62 983	71 943	15 356 919	4 419	87 124	11 008 061	693	69 273	10 077 806	112	108 024	14 574 977
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	26 116	292 173	23 418 971	22 507	36 873	5 639 482	2 665	57 435	4 601 743	767	80 189	4 807 138	177	117 676	8 370 608
P Erziehung und Unterricht	9 007	116 247	.	7 553	11 997	684 016	1 139	23 473	292 616	264	25 506	335 205	51	55 271	.
Q Gesundheits- und Sozialwesen	31 325	665 231	12 429 823	24 857	87 869	1 375 928	5 039	94 954	1 320 333	1 111	117 337	1 556 922	318	365 071	8 176 640
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 552	54 619	4 479 939	10 529	14 274	1 408 228	893	17 382	811 291	115	10 973	1 633 436	15	11 990	625 984
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31 964	154 837	4 712 568	29 424	43 575	2 864 829	2 068	42 368	885 850	417	.	527 184	55	.	314 705
B – N, P – S zusammen	**457 748**	**5 084 209**	**1 129 339 651**	**397 224**	**690 273**	**124 520 888**	**47 737**	**972 850**	**131 998 615**	**10 324**	**1 052 119**	**186 388 840**	**2 463**	**2 368 968**	**686 431 308**

Niederlassungen sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2020 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]		Niederlassungen[2]											
		Insgesamt		davon mit ... bis unter ... abhängig Beschäftigten[3]									
				0 - 10		10 - 50		50 - 250		250 und mehr			
		Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]		
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	268	4 983	153	.	96	2 140	18	1 746	1	.		
C	Verarbeitendes Gewerbe	40 244	1 423 128	27 173	63 985	8 654	192 700	3 412	368 184	1 005	798 259		
D	Energieversorgung	9 956	37 540	9 668	1 955	158	3 517	99	11 035	31	21 034		
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 712	23 575	1 295	2 689	305	6 736	103	9 995	9	4 156		
F	Baugewerbe	49 604	269 014	43 352	90 195	5 624	106 936	594	52 844	34	19 040		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	92 542	764 972	76 722	159 154	13 242	289 270	2 354	219 989	224	117 559		
H	Verkehr und Lagerei	15 001	254 373	11 145	25 233	2 875	63 153	846	86 005	135	79 982		
I	Gastgewerbe	35 873	197 481	30 844	72 702	4 651	90 143	362	28 557	16	6 079		
J	Information und Kommunikation	18 283	189 896	15 718	20 430	1 934	42 443	542	54 745	89	72 279		
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13 633	134 099	12 386	21 480	864	18 795	284	31 214	99	62 610		
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27 433	41 514	26 839	23 478	516	10 102	74	6 664	4	1 269		
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	70 989	339 763	65 050	.	4 985	99 379	835	82 840	119	.		
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	28 642	306 052	24 008	41 080	3 319	74 197	1 155	118 881	160	71 895		
P	Erziehung und Unterricht	12 350	175 672	9 302	18 299	2 480	52 881	512	48 133	56	56 360		
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	33 885	677 478	25 769	91 089	5 955	119 760	1 824	184 730	337	281 900		
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	12 316	55 105	11 245	16 671	948	18 117	110	11 134	13	9 183		
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	33 509	129 940	31 397	49 697	1 805	35 242	269	26 832	38	18 169		
B – N, P – S zusammen		**496 240**	**5 024 584**	**422 066**	**774 887**	**58 411**	**1 205 509**	**13 393**	**1 342 528**	**2 370**	**1 701 660**		

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2021 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Rechtliche Einheiten[2]															
	Insgesamt			davon mit . . . bis unter . . . abhängig Beschäftigten[3]												
				0 - 10			10 - 50			50 - 250			250 und mehr			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[5]
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	5 969	1 558 278	137	383	212 543	73	1 648	449 282	23	.	.	2	.	.
C Verarbeitendes Gewerbe	38 302	1 566 864	509 084 053	26 051	61 002	11 140 868	8 221	181 944	28 504 980	3 110	334 287	69 187 507	920	989 632	400 250 698
D Energieversorgung	9 896	39 752	104 338 487	9 706	1 549	3 973 805	89	2 114	1 145 924	73	8 493	11 882 001	28	27 596	87 334 757
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 527	23 394	6 646 944	1 212	2 336	1 171 779	226	4 845	1 504 679	73	7 513	2 036 857	16	8 700	1 933 629
F Baugewerbe	49 138	282 143	53 610 805	42 926	90 813	16 471 044	5 620	106 708	15 895 535	545	.	9 647 582	47	.	11 596 644
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	78 078	784 638	383 591 210	67 434	120 706	48 723 791	8 693	178 071	60 400 531	1 609	155 302	70 306 562	342	330 559	204 160 326
H Verkehr und Lagerei	12 779	203 011	24 192 200	9 867	21 875	3 349 288	2 283	49 261	5 232 262	518	52 844	6 510 555	111	79 031	9 100 115
I Gastgewerbe	32 413	171 765	8 338 434	28 463	67 690	3 484 866	3 867	69 481	2 936 827	256	21 743	1 089 888	27	12 851	826 853
J Information und Kommunikation	17 191	206 384	38 408 389	14 968	18 423	3 959 149	1 655	35 741	4 845 954	469	47 288	6 923 611	99	104 933	22 677 675
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 229	122 413	15 427 606	10 656	15 143	1 460 901	320	6 542	1 086 766	143	17 668	2 659 613	110	83 059	10 220 326
L Grundstücks- und Wohnungswesen	27 281	39 137	13 190 310	26 714	22 930	9 188 192	508	9 749	1 879 249	56	5 289	1 932 065	3	1 170	190 804
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	68 225	339 511	53 313 581	62 934	71 792	15 759 894	4 464	88 384	11 543 314	711	70 669	9 559 445	116	108 666	16 450 928
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	26 567	292 100	26 176 733	22 970	37 715	6 153 742	2 616	55 952	4 728 710	805	82 022	5 402 658	176	116 411	9 891 623
P Erziehung und Unterricht	9 033	118 088	1 978 271	7 528	11 869	724 729	1 179	24 121	315 952	274	26 070	.	52	56 028	.
Q Gesundheits- und Sozialwesen	33 039	684 937	14 954 729	26 287	86 530	1 422 800	5 300	100 630	1 537 736	1 128	119 924	1 813 911	324	377 853	10 180 282
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 187	52 489	4 281 425	10 240	14 431	1 423 975	821	16 086	680 425	110	10 267	1 545 761	16	11 705	631 264
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31 146	153 132	4 730 787	28 629	42 706	2 930 960	2 049	41 898	961 709	417	41 242	603 442	51	27 286	234 676
B – N, P – S zusammen	**457 266**	**5 085 726**	**1 263 818 242**	**396 722**	**687 893**	**131 552 306**	**47 784**	**973 174**	**143 649 835**	**10 320**	**1 052 452**	**201 976 312**	**2 440**	**2 372 207**	**786 639 789**

Niederlassungen sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2021 nach Wirtschaftsabschnitten und Beschäftigtengrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]		Niederlassungen[3]											
		Insgesamt		davon mit . . . bis unter . . . abhängig Beschäftigten[4]									
				0 - 10		10 - 50		50 - 250		250 und mehr			
		Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]		
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	266	4 868	153	.	93	2 006	19	1 792	1	.		
C	Verarbeitendes Gewerbe	39 679	1 399 188	26 775	63 040	8 548	189 771	3 376	362 445	980	783 931		
D	Energieversorgung	10 167	39 129	9 878	2 054	154	3 500	104	11 749	31	21 826		
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 730	23 951	1 308	2 693	307	6 753	105	9 940	10	4 565		
F	Baugewerbe	49 953	275 214	43 564	91 678	5 749	110 072	604	53 563	36	19 901		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	91 674	762 737	75 922	157 559	13 175	267 677	2 358	219 699	219	117 802		
H	Verkehr und Lagerei	14 714	260 176	10 837	24 932	2 902	64 029	838	85 785	137	85 430		
I	Gastgewerbe	34 388	182 340	29 808	72 215	4 277	82 502	292	23 415	11	4 208		
J	Information und Kommunikation	18 592	196 163	15 933	20 810	2 011	43 721	560	57 609	88	74 024		
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13 656	134 093	12 422	21 602	841	18 231	296	32 339	97	61 921		
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27 772	41 826	27 164	23 561	534	10 351	70	6 623	4	1 290		
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	70 893	341 077	64 867	.	5 061	101 124	845	83 274	120	.		
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	29 046	313 198	24 403	41 502	3 257	72 005	1 220	124 765	168	74 926		
P	Erziehung und Unterricht	12 369	179 046	9 276	18 140	2 498	53 123	538	50 122	57	57 661		
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	35 700	693 726	27 250	90 245	6 237	125 291	1 875	189 566	338	288 624		
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 876	52 972	10 868	16 549	891	17 020	104	10 526	13	8 878		
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	32 612	127 972	30 540	48 800	1 764	34 224	274	27 350	34	17 599		
B – N, P – S zusammen		**495 089**	**5 027 676**	**420868**	**771837**	**58 299**	**1 201 399**	**13 478**	**1 350 561**	**2 344**	**1 703 878**		

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2019 nach Wirtschaftsabschnitten und Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]		Rechtliche Einheiten[2]																			
		Insgesamt			davon mit einem Umsatz[3] von ... 1 000 Euro																
					0 - 999			1 000 - 1 999			2 000 - 9 999			10 000 - 49 999			50 000 und mehr				
		Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	5 839	.	85	110	24 422	32	.	46 199	80	1 402	389 625	36	2 825	.	2	.	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	40 581	1 630 283	490 035 156	27 383	85 156	6 886 258	4 038	55 188	5 739 293	5 734	193 453	25 892 058	2 417	291 992	52 003 738	1 009	1 004 513	399 604 809
D	Energieversorgung	11 410	36 611	70 280 904	10 928	1 220	1 035 675	170	310	229 272	136	777	590 736	91	3 454	2 170 733	85	30 850	66 254 488
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 552	22 619	6 325 093	943	3 177	276 214	249	1 170	343 121	259	3 662	1 106 982	82	7 870	1 784 466	19	6 741	2 815 310
F	Baugewerbe	49 886	289 946	48 350 784	42 247	86 407	9 881 684	4 034	41 601	5 605 090	3 051	70 603	11 940 510	486	36 191	9 195 014	68	35 144	11 729 486
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	83 971	788 999	347 797 911	66 286	105 015	13 613 027	6 426	48 209	9 128 229	8 245	141 372	35 667 097	2 251	130 376	45 857 125	763	364 027	243 632 433
H	Verkehr und Lagerei	13 861	204 020	23 595 210	11 178	38 829	2 253 281	1 124	19 978	1 595 187	1 223	59 437	5 101 753	275	44 259	5 730 016	61	41 517	8 914 973
I	Gastgewerbe	37 818	201 863	12 035 650	35 699	114 344	5 950 411	1 352	30 271	1 863 772	702	37 108	2 566 578	59	14 127	1 050 836	6	6 013	604 053
J	Information und Kommunikation	17 896	192 239	36 550 070	15 549	22 782	2 512 108	870	10 191	1 229 564	1 102	37 117	4 673 110	296	41 283	6 020 126	79	80 866	22 115 162
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 357	119 853	12 956 646	10 881	26 778	692 293	144	3 921	198 555	213	30 251	1 001 810	97	40 776	2 059 515	22	18 128	9 004 473
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	23 520	35 559	12 791 813	21 794	19 875	3 553 037	893	3 405	1 243 488	678	5 425	2 739 020	130	4 316	2 648 822	25	2 537	2 607 446
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	72 931	334 379	50 836 206	66 790	88 246	10 916 740	3 069	36 706	4 235 979	2 491	70 343	9 746 137	484	57 217	9 702 868	97	81 868	16 234 482
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	27 355	310 561	24 113 386	24 561	63 730	4 016 809	1 246	28 371	1 738 657	1 243	88 091	5 067 661	263	76 487	5 499 219	42	53 882	7 792 040
P	Erziehung und Unterricht	9 887	112 448	.	9 674	63 452	806 928	105	10 218	148 754	77	7 987	286 964	26	21 651	532 455	5	9 140	.
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	32 138	644 823	11 976 734	30 980	326 008	1 212 461	552	38 221	763 610	448	96 022	1 898 564	124	82 432	2 380 908	34	102 140	5 721 191
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	14 482	56 175	6 071 973	13 762	24 860	1 531 018	397	7 322	547 605	279	10 840	1 059 950	34	5 287	645 981	10	7 867	2 288 419
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	35 878	153 896	5 360 391	35 259	121 683	2 944 113	330	.	460 387	252	15 558	1 024 435	35	6 749	.	2	.	.
B – N, P – S zusammen		**484 758**	**5 120 110**	**1 162 732 899**	**423 999**	**1 191 670**	**68 113 479**	**25 031**	**345 140**	**35 116 762**	**26 213**	**869 447**	**110 651 990**	**7 186**	**867 293**	**148 671 410**	**2 329**	**1 046 560**	**800 179 258**

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2020 nach Wirtschaftsabschnitten und Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Rechtliche Einheiten[2]																			
	Insgesamt			darunter mit einem Umsatz[3] von ... 1 000 Euro																
				0 - 999			1 000 - 1 999			2 000 - 9 999			10 000 - 49 999			50 000 und mehr			
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[2]
														Insges.			Insges.			Insges.
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	6 002	.	81	94	21 693	36	263	52 250	80	1 379	393 448	35	2 623	.	3	1 642	344 167		
C Verarbeitendes Gewerbe	38 827	1 592 217	453 776 544	26 148	80 097	6 794 092	3 931	55 146	5 570 841	5 495	189 717	24 580 386	2 350	300 153	50 887 657	903	967 104	366 943 569		
D Energieversorgung	9 682	38 063	69 544 578	9 238	1 185	979 676	140	272	193 927	132	872	597 685	88	3 356	2 137 033	84	32 380	65 636 257		
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 519	23 206	6 279 507	916	3 214	261 705	247	1 057	348 036	252	4 400	1 101 234	84	7 833	1 821 453	20	6 703	2 747 079		
F Baugewerbe	48 746	275 324	53 077 603	40 303	82 125	9 859 131	4 329	42 262	6 042 148	3 513	76 606	13 591 012	530	38 638	9 951 160	71	35 694	13 634 152		
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	78 768	782 127	354 819 922	60 962	99 968	13 014 939	6 401	47 209	9 080 807	8 340	141 069	35 832 919	2 306	131 324	47 316 988	759	362 557	249 574 269		
H Verkehr und Lagerei	12 972	201 550	21 888 076	10 437	37 750	2 141 986	1 050	19 154	1 458 725	1 165	56 224	4 756 262	255	45 027	5 103 551	65	43 394	8 392 562		
I Gastgewerbe	33 908	184 796	8 255 888	32 743	122 225	4 955 087	760	22 367	1 021 479	370	25 383	1 373 415	31	11 651	572 689	4	3 170	333 018		
J Information und Kommunikation	16 831	201 131	36 356 968	14 484	23 936	2 420 368	921	11 121	1 280 140	1 060	36 202	4 485 901	288	44 944	5 938 983	78	84 929	22 231 576		
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 123	120 938	13 312 194	10 646	27 390	688 285	155	4 820	216 199	209	30 948	1 019 504	93	40 169	1 879 246	20	17 610	9 508 960		
L Grundstücks- und Wohnungswesen	26 966	39 385	12 641 957	25 260	24 386	3 584 671	877	3 110	1 214 864	680	5 381	2 696 128	127	3 583	2 694 968	22	2 926	2 451 326		
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	68 207	336 364	51 017 763	62 113	87 554	10 620 878	3 037	34 907	4 248 092	2 490	69 823	9 889 524	473	57 405	9 224 742	94	86 675	17 034 527		
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	26 116	292 173	23 418 971	23 474	66 138	3 909 287	1 191	27 285	1 651 585	1 184	85 660	4 887 802	230	74 430	4 815 847	37	38 660	8 154 450		
P Erziehung und Unterricht	9 007	116 247	.	8 819	66 977	727 980	94	6 782	132 102	66	13 434	274 833	24	.	455 564	4	.	.		
Q Gesundheits- und Sozialwesen	31 325	665 231	12 429 823	30 145	328 165	1 203 111	565	39 454	779 986	456	105 683	1 891 661	124	91 995	2 552 687	35	99 936	6 002 378		
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 552	54 619	4 478 939	11 083	28 798	1 266 263	279	6 314	389 204	163	9 574	617 003	18	3 051	359 074	9	6 882	1 847 395		
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31 964	154 837	4 712 568	31 408	126 429	2 596 941	307	9 171	426 572	207	12 603	851 671	40	.	.	2	.	.		
B – N, P – S zusammen	**457 748**	**5 084 209**	**1 129 339 651**	**398 260**	**1 206 431**	**65 046 093**	**24 320**	**330 693**	**34 141 957**	**25 862**	**864 955**	**108 840 377**	**7 096**	**882 989**	**147 101 137**	**2 210**	**1 799 141**	**774 210 087**		

Rechtliche Einheiten sowie deren Beschäftigte und Umsätze in Baden-Württemberg 2021 nach Wirtschaftsabschnitten und Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftsabschnitt[1]	Rechtliche Einheiten[2]																					
	Insgesamt			davon mit einem Umsatz[3] von ... 1 000 Euro																		
				0 - 999			1 000 - 1 999			2 000 - 9 999			10 000 - 49 999			50 000 und mehr					
	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]	Anzahl	Abhängig Beschäftigte[4]	Umsatz[3]
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	235	5 969	1 558 278	88	149	26 536	29	156	43 590	82	.	421 573	34	2 670		.	2	.	.		
C Verarbeitendes Gewerbe	38 302	1 566 864	509 084 053	25 174	72 327	6 552 049	3 926	50 219	5 568 223	5 721	181 856	25 830 137	2 487	285 949	53 934 931	994	976 514	417 198 713			
D Energieversorgung	9 896	39 752	104 336 487	9 342	1 135	1 090 635	202	259	276 081	175	1 011	749 267	87	3 476	2 140 733	90	33 871	100 079 771			
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 527	23 394	6 646 944	896	3 133	252 143	251	933	350 436	265	3 669	1 122 581	94	8 271	2 080 028	21	7 387	2 841 756			
F Baugewerbe	49 138	282 143	53 610 805	40 684	84 109	10 130 952	4 370	44 261	6 124 188	3 506	79 487	13 600 768	506	38 120	9 495 122	72	36 166	14 259 795			
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	78 078	784 638	383 991 210	59 793	95 397	12 882 691	6 373	44 675	9 010 780	8 612	140 832	37 256 647	2 513	136 257	52 081 954	787	367 477	272 359 138			
H Verkehr und Lagerei	12 779	203 011	24 192 200	10 071	32 975	2 135 407	1 115	19 654	1 599 155	1 252	56 554	5 141 530	274	49 052	5 774 644	67	44 777	9 541 464			
I Gastgewerbe	32 413	171 765	8 338 434	31 185	112 919	4 781 960	805	21 650	1 100 638	381	22 969	1 400 744	38	11 252	696 979	4	2 975	358 113			
J Information und Kommunikation	17 191	206 384	38 406 389	14 656	23 015	2 498 987	986	11 909	1 386 836	1 145	.	4 809 172	324	46 697	6 728 594	80	.	22 982 800			
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11 229	122 413	15 427 606	10 735	26 975	702 109	165	3 797	232 401	222	29 316	1 053 732	82	39 991	1 707 307	25	22 335	11 732 057			
L Grundstücks- und Wohnungswesen	27 281	39 137	13 190 310	25 480	24 223	3 745 603	940	3 165	1 306 160	708	5 119	2 885 287	131	4 503	2 707 271	22	2 128	2 545 989			
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	68 225	339 511	53 313 581	61 797	84 572	10 773 476	3 165	34 897	4 410 156	2 684	75 685	10 618 978	482	54 488	9 492 207	97	89 869	18 018 764			
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	26 567	292 100	26 176 733	23 722	61 438	4 096 798	1 274	27 067	1 766 329	1 277	87 810	5 243 906	255	73 097	5 311 946	39	42 688	9 757 754			
P Erziehung und Unterricht	9 033	118 088	1 978 271	8 825	67 969	746 149	100	6 930	137 105	79	14 115	324 045	24	14 711	458 396	5	14 362	312 576			
Q Gesundheits- und Sozialwesen	33 039	684 937	14 954 729	31 716	334 110	1 161 817	636	43 182	880 249	505	100 151	2 088 943	144	75 848	3 022 452	38	131 646	7 801 288			
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	11 187	52 489	4 281 425	10 784	28 450	1 195 024	239	6 811	331 087	138	7 929	506 644	18	3 387	353 846	8	5 912	1 894 822			
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	31 146	153 132	4 730 787	30 538	123 189	2 543 490	338	8 131	465 462	234	.	989 730	34	5 662		2	.	.			
B – N, P – S zusammen	**457 266**	**5 085 726**	**1 263 818 242**	**395 486**	**1 176 084**	**65 315 826**	**24 914**	**327 698**	**34 988 866**	**26 986**	**861 483**	**114 043 684**	**7 527**	**853 428**	**157 283 438**	**2 353**	**1 867 034**	**892 186 438**			

Quelle: Unternehmensregister, Stand 09/2020.
1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
Rechtliche Einheiten werden dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zugeordnet.
2) Rechtliche Einheiten mit Umsatzsteuervoranmeldungen und/oder Beschäftigten 2019 sowie Sitz in Deutschland.
Eine Rechtliche Einheit ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder Einzelunternehmer.
3) Niederlassungen mit Sitz in Baden-Württemberg, in denen 2019 Beschäftigte tätig waren oder für die gilt, dass sie den einzigen Standort einer Rechtlichen Einheit mit Umsatzsteuervoranmeldungen in 2019 bildeten.
Eine Niederlassung ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist.
Sie ist rechtlich unselbstständig.
4) Die abhängig Beschäftigten umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten.
Die Anzahl der Beschäftigten wird als Durchschnittswert kaufmännisch gerundet ohne Kommastellen dargestellt.
5) Umsätze für Organkreismitglieder werden aus Erhebungen, Jahresabschlüssen und anderen Quellen übernommen oder geschätzt.

Besonderer Hinweis zu Veröffentlichungen ab Berichtsjahr 2018:
Ab dem Berichtsjahr 2018 gibt es bei den Auswertungen aus dem statistischen Unternehmensregister Anpassungen: Tabellen zu „Unternehmen“ werden künftig als Tabellen zu „Rechtlichen Einheiten“ bezeichnet, Tabellen zu „Betrieben“ werden in Tabellen zu „Niederlassungen“ umbenannt. Hintergrund ist die Umsetzung der EU-Unternehmensdefinition. Die EU-Einheitenverordnung definiert das Unternehmen als „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und […] über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt“. Somit kann ein Unternehmen auch aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen. Bis einschließlich Berichtsjahr 2017 wurde in der amtlichen Statistik die Rechtliche Einheit mit dem Unternehmen gleichgesetzt und beide Begriffe synonym verwendet.

Details sind den methodischen Erläuterungen zu entnehmen.

„Methodische Grundlagen, Definitionen und Qualität des statistischen Unternehmensregisters“ siehe Anlage 5.

Verarbeitendes Gewerbe *) nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen *)

Alle Angaben beziehen sich auf Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Abschnitte und ausgewählte Wirtschaftszweige WZ 2008 *)		Betriebe mit ... Beschäftigten	2019			2020					2021					2022				
			Betriebe	Beschäftigte [1]	Gesamtumsatz	Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz	
			Anzahl	Anzahl	Wert	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr
			(Stand 30.09.)		1.000 EUR	(Stand 30.09.)		%	1.000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1.000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1.000 EUR	%
B - C	**Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**	unter 50	3.977	122.330	19.000.524	4.244	126.818	*3,7%*	18.348.505	*-3,4%*	4.174	125.757	*-0,8%*	20.263.857	*10,4%*	4.091	124.225	*-1,2%*	22.095.080	*9,0%*
		50 – 99	2.002	141.342	24.686.314	1.952	137.029	*-3,1%*	23.496.133	*-4,8%*	1.941	136.710	*-0,2%*	27.104.259	*15,4%*	1.900	133.942	*-2,0%*	28.973.775	*6,9%*
		100 – 249	1.545	242.161	52.987.019	1.518	239.992	*-0,9%*	51.674.357	*-2,5%*	1.514	236.438	*-1,5%*	55.959.463	*8,3%*	1.550	240.940	*1,9%*	61.245.787	*9,4%*
		250 – 499	591	204.231	50.104.366	551	191.477	*-6,2%*	45.229.284	*-9,7%*	558	193.936	*1,3%*	49.112.996	*8,6%*	557	196.671	*1,4%*	57.040.413	*16,1%*
		500 – 999	284	194.278	53.252.582	273	186.423	*-4,0%*	48.060.199	*-9,8%*	283	178.449	*-4,3%*	54.924.721	*14,3%*	260	176.700	*-1,0%*	61.280.306	*11,6%*
		1.000 u. mehr	151	429.484	169.824.141	145	405.120	*-5,7%*	159.840.601	*-5,9%*	152	411.954	*1,7%*	182.604.502	*14,2%*	156	425.298	*3,2%*	206.656.284	*13,2%*
		Zusammen	8.550	1.333.826	369.854.946	8.683	1.286.859	*-3,5%*	346.649.079	*-6,3%*	8.602	1.283.244	*-0,3%*	389.969.798	*12,5%*	8.514	1.297.776	*1,1%*	437.291.645	*12,1%*
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	unter 50	141	2.560	576.917	143	2.592	*1,3%*	583.965	*1,2%*	140	2.496	*-3,7%*	561.076	*-3,9%*	142	2.533	*1,5%*	618.786	*10,3%*
		50 – 99	10	663	130.844	10	650	*-2,0%*	121.719	*-7,0%*	10	660	*1,5%*	139.163	*14,3%*	9	547	*-17,1%*	106.377	*-23,6%*
		100 – 249	6	.	.	6	.	.	.	.	6	.	.	.	.	7	.	.	.	.
		250 – 499	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
		500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
		1.000 u. mehr	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
		Zusammen	158	4.743	970.965	160	4.773	*0,6%*	943.266	*-2,9%*	157	4.700	*-1,5%*	1.011.851	*7,3%*	159	4.728	*0,6%*	1.049.417	*3,7%*
	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	unter 50	141	2.560	576.917	143	2.592	*1,3%*	583.965	*1,2%*	140	2.496	*-3,7%*	561.076	*-3,9%*	142	2.533	*1,5%*	618.786	*10,3%*
		50 – 99	10	663	130.844	10	650	*-2,0%*	121.719	*-7,0%*	10	660	*1,5%*	139.163	*14,3%*	9	547	*-17,1%*	106.377	*-23,6%*
		100 – 249	6	.	.	6	.	.	.	.	6	.	.	.	.	7	.	.	.	.
		250 – 499	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
		500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
		1.000 u. mehr	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
		Zusammen	158	4.743	970.965	160	4.773	*0,6%*	943.266	*-2,9%*	157	4.700	*-1,5%*	1.011.851	*7,3%*	159	4.728	*0,6%*	1.049.417	*3,7%*
C	Verarbeitendes Gewerbe	unter 50	3.836	119.770	18.423.607	4.101	124.226	*3,7%*	17.764.540	*-3,6%*	4.034	123.261	*-0,8%*	19.702.781	*10,9%*	3.949	121.692	*-1,3%*	21.476.294	*9,0%*
		50 – 99	1.992	140.679	24.555.469	1.942	136.379	*-3,1%*	23.374.414	*-4,8%*	1.931	136.050	*-0,2%*	26.965.097	*15,4%*	1.891	133.395	*-2,0%*	28.867.398	*7,1%*
		100 – 249	1.539	.	.	1.512	.	.	.	.	1.508	.	.	.	.	1.543	.	.	.	.
		250 – 499	591	204.231	50.104.366	551	191.477	*-6,2%*	45.229.284	*-9,7%*	558	193.936	*1,3%*	49.112.996	*8,6%*	557	196.671	*1,4%*	57.040.413	*16,1%*
		500 – 999	283	.	.	272	.	.	.	.	262	.	.	.	.	259	.	.	.	.
		1.000 u. mehr	151	429.484	169.824.141	145	405.120	*-5,7%*	159.840.601	*-5,9%*	152	411.954	*1,7%*	182.604.502	*14,2%*	156	425.298	*3,2%*	206.656.284	*13,2%*
		Zusammen	8.392	1.329.083	368.883.981	8.523	1.282.086	*-3,5%*	345.705.793	*-6,3%*	8.445	1.278.544	*-0,3%*	388.957.947	*12,5%*	8.355	1.293.048	*1,1%*	436.242.228	*12,2%*
	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	unter 50	492	15.587	1.681.687	524	16.314	*4,7%*	1.691.670	*0,6%*	515	15.863	*-2,8%*	1.695.154	*0,2%*	517	16.040	*1,1%*	2.136.138	*26,0%*
		50 – 99	156	11.305	1.785.164	149	10.736	*-5,0%*	1.853.892	*3,8%*	155	10.883	*1,4%*	1.794.954	*-3,2%*	150	10.661	*-2,0%*	2.070.460	*15,3%*
		100 – 249	141	22.508	4.826.959	140	21.907	*-2,7%*	4.602.296	*-4,7%*	137	21.134	*-3,5%*	4.916.908	*6,8%*	137	21.256	*0,6%*	5.684.180	*15,6%*
		250 – 499	36	11.343	3.880.533	34	10.622	*-6,4%*	3.863.141	*-0,4%*	30	9.267	*-12,8%*	2.815.584	*-27,1%*	33	10.669	*15,1%*	3.716.197	*32,0%*
		500 – 999	12	.	.	11	.	.	.	.	16	10.129	.	2.815.212	.	14	8.849	*-12,6%*	2.587.971	*-8,1%*
		1.000 u. mehr	1	.	.	2	.	.	.	.	3	3.981	.	1.992.517	.	3	4.055	*1,9%*	2.111.901	*6,0%*
		Zusammen	838	69.684	15.345.917	860	68.876	*-1,2%*	15.540.870	*1,3%*	856	71.257	*3,5%*	16.030.330	*3,1%*	854	71.530	*0,4%*	18.306.847	*14,2%*
	Getränkeherstellung	unter 50	44	1.426	311.163	43	1.276	*-10,5%*	300.741	*-3,3%*	48	1.473	*15,4%*	342.396	*13,9%*	46	1.508	*2,4%*	387.453	*13,2%*
		50 – 99	29	2.096	495.710	29	1.901	*-9,3%*	453.709	*-8,5%*	26	1.757	*-7,6%*	449.839	*-0,9%*	25	1.778	*1,2%*	505.770	*12,4%*
		100 – 249	15	2.205	604.048	17	2.643	*19,9%*	744.586	*23,3%*	16	2.365	*-10,5%*	582.556	*-21,8%*	16	2.427	*2,6%*	651.415	*11,8%*
		250 – 499	5	.	.	3	.	.	.	.	4	.	.	.	.	4	.	.	.	.
		500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
		1.000 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
		Zusammen	94	8.055	2.086.765	93	7.634	*-5,2%*	2.009.858	*-3,7%*	95	7.728	*1,2%*	2.053.748	*2,2%*	92	7.915	*2,4%*	2.356.949	*14,8%*

Verarbeitendes Gewerbe *) nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen [**]

Alle Angaben beziehen sich auf Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Abschnitte und ausgewählte Wirtschaftszweige WZ 2008 [**]	Betriebe mit ... Beschäftigten	2019			2020					2021					2022				
		Betriebe	Beschäftigte [1]		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz	
		Anzahl	Anzahl	Gesamtumsatz Wert	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr
		(Stand 30.09.)		1 000 EUR	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%
Tabak-verarbeitung	unter 50	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	50 – 99	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	100 – 249	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	250 – 499	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	500 – 999	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	1 000 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Zusammen	3	.	.	3	.	.	.	.	3	.	.	.	.	3	.	.	.	.
Herstellung von Textilien	unter 50	58	1.970	270.464	63	2.095	6,3%	265.572	-1,8%	61	2.067	-1,3%	285.049	7,3%	60	2.087	1,0%	297.594	4,4%
	50 – 99	31	2.146	419.602	33	2.318	8,0%	614.874	46,6%	32	2.199	-5,1%	507.566	-17,5%	31	2.140	-2,7%	504.766	-0,6%
	100 – 249	31	4.750	1.080.522	25	4.199	-11,6%	793.594	-26,6%	26	4.240	1,0%	801.470	1,0%	28	4.544	7,2%	1.017.851	27,0%
	250 – 499	5	.	.	4	.	.	.	.	4	.	.	.	.	3	.	.	.	.
	500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Zusammen	126	11.177	2.085.738	126	10.547	-5,6%	1.903.493	-8,7%	124	10.450	-0,9%	1.869.698	-1,8%	123	10.560	1,1%	2.060.764	10,2%
Herstellung von Bekleidung	unter 50	16	518	77.204	16	506	-2,3%	86.809	12,4%	16	503	-0,6%	74.735	-13,9%	12	400	-20,5%	64.254	-14,0%
	50 – 99	10	713	138.499	11	789	10,7%	148.127	7,0%	10	718	-9,0%	142.314	-3,9%	11	743	3,5%	171.897	20,8%
	100 – 249	12	1.711	308.105	9	1.329	-22,3%	184.711	-40,0%	9	1.318	-0,8%	179.744	-2,7%	8	1.092	-17,1%	144.378	-19,7%
	250 – 499	3	1.111	.	2	.	.	.	.	3	.	.	.	.	4	.	.	.	.
	500 – 999	2	.	.	4	2.559	.	510.784	.	3	1.960	-23,4%	361.251	-29,3%	3	1.966	0,3%	398.832	10,4%
	1 000 u. mehr	2	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	45	9.338	2.332.716	43	8.493	-9,0%	1.864.992	-20,1%	42	8.270	-2,6%	1.992.427	6,8%	39	8.509	2,9%	2.614.267	31,2%
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	unter 50	8	203	28.847	7	179	-11,8%	36.303	25,8%	7	188	5,0%	38.871	7,1%	8	196	4,3%	32.413	-16,6%
	50 – 99	4	.	.	4	.	.	.	.	4	.	.	.	.	5	390	.	47.146	.
	100 – 249	4	518	99.849	4	511	-1,4%	80.707	-19,2%	3	415	-18,8%	81.186	0,6%	2	.	.	.	.
	250 – 499	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	500 – 999	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	1 000 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Zusammen	17	1.287	223.982	16	1.240	-3,7%	199.945	-10,7%	15	1.211	-2,3%	207.828	3,9%	16	1.225	1,2%	233.856	12,5%
Herstellung von Holz-, Flecht-, Kork- und Korkwaren (ohne Möbel)	unter 50	145	4.459	877.791	145	4.394	-1,5%	858.437	-2,2%	136	4.153	-5,5%	994.329	15,8%	134	4.017	-3,3%	1.077.325	8,3%
	50 – 99	37	2.586	656.882	38	2.672	3,3%	671.101	2,2%	45	3.078	15,2%	922.523	37,5%	48	3.236	5,1%	1.046.929	13,5%
	100 – 249	16	2.500	595.407	15	2.336	-6,6%	557.193	-6,4%	15	2.431	4,1%	654.185	17,4%	15	2.271	-6,6%	617.777	-5,6%
	250 – 499	4	1.366	468.416	5	1.651	20,9%	552.353	17,9%	5	1.723	4,4%	651.401	17,9%	6	1.993	15,7%	871.562	33,8%
	500 – 999	3	.	.	3	.	.	.	.	3	.	.	.	.	3	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	206	14.281	3.489.497	207	14.513	1,6%	3.620.953	3,8%	205	14.927	2,9%	4.302.503	18,8%	207	15.022	0,6%	4.886.746	13,8%
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	unter 50	48	.	.	50	.	.	.	.	52	.	.	.	.	49	.	.	.	.
	50 – 99	47	3.400	578.469	50	3.645	7,2%	636.221	10,0%	47	3.517	-3,6%	719.535	13,1%	45	3.296	-6,3%	782.556	8,8%
	100 – 249	48	7.697	2.053.201	41	6.664	-13,4%	1.824.097	-11,2%	39	6.414	-3,8%	2.091.354	14,7%	39	6.375	-0,6%	2.345.272	12,1%
	250 – 499	12	4.346	1.230.874	13	4.462	2,7%	1.120.434	-9,0%	14	4.677	4,8%	1.316.006	17,5%	14	4.712	0,7%	1.729.372	31,4%
	500 – 999	8	5.615	2.512.493	8	5.397	-3,9%	2.329.687	-7,3%	8	5.228	-3,1%	2.192.264	-5,9%	8	5.340	2,1%	2.387.338	8,9%
	1 000 u. mehr	2	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.
	Zusammen	165	25.458	7.267.787	164	24.540	-3,6%	6.754.557	-7,1%	162	24.385	-0,6%	7.259.505	7,5%	157	24.228	-0,6%	8.441.682	16,3%

Verarbeitendes Gewerbe *) nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen [*)]

Alle Angaben beziehen sich auf Betriebe von rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Abschnitte und ausgewählte Wirtschaftszweige WZ 2008 [*)]	Betriebe mit ... Beschäftigten	2019			2020					2021					2022				
		Betriebe	Beschäftigte [1)]	Gesamtumsatz	Betriebe	Beschäftigte [1)]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1)]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1)]		Gesamtumsatz	
		Anzahl	Anzahl	Wert	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr
		(Stand 30.09.)		1 000 EUR	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%
Herstellung von Druck-erzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	unter 50	110	3.437	373.197	124	3.816	*11,0%*	353.015	*-5,4%*	116	3.563	*-6,6%*	374.591	*6,1%*	116	3.545	*-0,5%*	405.078	*8,1%*
	50 – 99	58	3.800	480.470	50	3.360	*-11,6%*	418.913	*-12,8%*	51	3.430	*2,1%*	462.973	*10,5%*	48	3.253	*-5,2%*	520.066	*12,3%*
	100 – 249	25	.	.	23	.	.	.	.	19	.	.	.	.	19	.	.	.	.
	250 – 499	4	1.192	297.873	4	1.144	*-4,0%*	265.525	*-10,9%*	3	864	*-24,5%*	194.095	*-26,9%*	3	830	*-3,9%*	161.541	*-16,8%*
	500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	Zusammen	198	12.697	1.904.244	202	12.320	*-3,0%*	1.676.587	*-12,0%*	190	11.555	*-6,2%*	1.680.404	*0,2%*	187	11.235	*-2,8%*	1.891.394	*12,6%*
Kokerei und Mineralölver-arbeitung	unter 50	2	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.
	50 – 99	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	100 – 249	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	250 – 499	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	500 – 999	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	6	.	.	6	.	.	.	.	6	.	.	.	.	6	.	.	.	.
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	unter 50	60	.	.	64	.	.	.	.	63	.	.	.	.	62	.	.	.	.
	50 – 99	60	4.419	1.515.233	52	3.775	*-14,6%*	1.085.294	*-28,4%*	55	3.938	*4,3%*	1.446.848	*33,3%*	50	3.603	*-8,5%*	1.282.021	*-11,4%*
	100 – 249	55	8.593	3.729.223	62	9.627	*12,0%*	4.593.125	*23,2%*	62	9.644	*0,2%*	5.160.316	*12,3%*	62	9.354	*-3,0%*	5.746.279	*11,4%*
	250 – 499	22	7.841	3.010.383	21	7.583	*-3,3%*	2.536.633	*-15,7%*	22	8.154	*7,5%*	3.079.491	*21,4%*	22	7.946	*-2,6%*	3.209.381	*4,2%*
	500 – 999	11	7.308	2.503.299	11	7.060	*-3,4%*	2.504.086	*0,0%*	11	7.588	*7,5%*	2.829.839	*13,0%*	11	7.129	*-6,0%*	3.343.710	*18,2%*
	1 000 u. mehr	1	.	.	2	.	.	.	.	1	.	.	.	.	2	.	.	.	.
	Zusammen	209	31.064	11.383.530	212	36.735	*18,3%*	16.663.701	*46,4%*	214	36.854	*0,3%*	19.651.967	*17,9%*	209	36.722	*-0,4%*	19.900.251	*1,3%*
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	unter 50	12	354	140.112	13	402	*13,6%*	150.378	*7,3%*	13	422	*5,0%*	.	.	10	334	*-20,9%*	.	.
	50 – 99	5	379	56.098	4	296	*-21,9%*	49.855	*-11,1%*	7	602	*103,4%*	.	.	9	656	*9,0%*	.	.
	100 – 249	12	1.944	1.275.911	12	1.870	*-3,8%*	1.611.153	*26,3%*	7	1.101	*-41,1%*	644.889	*-60,0%*	7	1.168	*6,1%*	699.992	*8,5%*
	250 – 499	4	1.563	312.000	6	2.292	*46,6%*	564.659	*81,0%*	9	3.192	*39,3%*	641.778	*13,7%*	9	3.240	*1,5%*	586.922	*-8,5%*
	500 – 999	10	7.050	1.432.034	8	5.549	*-21,3%*	1.092.009	*-23,7%*	8	5.784	*4,2%*	1.274.722	*16,7%*	7	4.893	*-15,4%*	1.050.762	*-17,6%*
	1 000 u. mehr	6	19.616	7.428.482	5	14.771	*-24,7%*	2.750.067	*-63,0%*	5	15.595	*5,6%*	2.750.177	*0,0%*	6	17.461	*12,0%*	3.369.011	*22,5%*
	Zusammen	49	30.906	10.644.636	48	25.180	*-18,5%*	6.218.122	*-41,6%*	49	26.696	*6,0%*	6.925.859	*11,4%*	48	27.752	*4,0%*	7.090.678	*2,4%*
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	unter 50	231	7.516	1.078.390	241	7.505	*-0,1%*	1.049.398	*-2,7%*	224	7.160	*-4,6%*	1.175.369	*12,0%*	219	7.169	*0,1%*	1.279.546	*8,9%*
	50 – 99	157	11.086	1.938.406	161	11.249	*1,5%*	2.120.900	*9,4%*	163	11.395	*1,3%*	2.362.587	*11,4%*	156	10.874	*-4,6%*	2.500.447	*5,8%*
	100 – 249	118	18.361	3.701.063	105	16.463	*-10,3%*	3.252.710	*-12,1%*	107	16.596	*0,8%*	3.696.706	*13,7%*	116	18.018	*8,6%*	4.505.986	*21,9%*
	250 – 499	33	11.382	2.039.196	31	10.105	*-11,2%*	1.671.817	*-18,0%*	36	12.411	*22,8%*	2.634.128	*57,6%*	32	11.572	*-6,8%*	2.548.236	*-3,3%*
	500 – 999	18	11.937	2.788.583	20	12.927	*8,3%*	2.969.954	*6,5%*	15	9.978	*-22,8%*	3.224.131	*8,6%*	16	11.133	*11,6%*	3.738.283	*15,9%*
	1 000 u. mehr	5	5.781	2.779.747	3	3.466	*-40,0%*	1.977.662	*-28,9%*	4	4.424	*27,6%*	2.384.126	*20,6%*	3	3.662	*-17,2%*	2.609.890	*9,5%*
	Zusammen	562	66.063	14.325.385	561	61.715	*-6,6%*	13.042.440	*-9,0%*	549	61.964	*0,4%*	15.477.047	*18,7%*	542	62.428	*0,7%*	17.182.388	*11,0%*
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	unter 50	236	4.560	1.301.655	242	4.716	*3,4%*	1.346.029	*3,4%*	238	4.689	*-0,6%*	1.351.089	*0,4%*	236	4.664	*-0,5%*	1.490.079	*10,3%*
	50 – 99	68	4.745	983.777	63	4.428	*-6,7%*	942.697	*-4,2%*	58	4.074	*-8,0%*	907.854	*-3,7%*	51	3.601	*-11,6%*	908.622	*0,1%*
	100 – 249	37	6.180	1.542.103	38	6.146	*-0,6%*	1.534.258	*-0,5%*	41	6.419	*4,4%*	1.627.091	*6,1%*	45	6.899	*7,5%*	1.998.818	*22,8%*
	250 – 499	6	1.988	871.633	7	2.251	*13,2%*	988.930	*14,6%*	8	2.693	*19,6%*	1.158.243	*15,9%*	8	2.829	*5,1%*	1.408.182	*21,6%*
	500 – 999	4	.	.	4	.	.	.	.	4	.	.	.	.	4	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	1	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	352	20.952	5.314.950	355	20.974	*0,1%*	5.414.759	*1,9%*	350	21.369	*1,9%*	5.632.427	*4,0%*	345	21.487	*0,6%*	6.512.393	*15,6%*

Verarbeitendes Gewerbe *) nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen **)

Alle Angaben beziehen sich auf Betriebe von rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Abschnitte und ausgewählte Wirtschaftszweige WZ 2008 [1]	Betriebe mit ... Beschäftigten	2019			2020					2021					2022				
		Betriebe	Beschäftigte [1]	Gesamtumsatz	Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz	
		Anzahl	Anzahl	Wert	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr
		(Stand 30.09.)		1 000 EUR	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%
Metallerzeugung und -bearbeitung	unter 50	36	.	.	44	.	.	.	.	37	.	.	.	.	35	.	.	.	.
	50 – 99	37	2.589	654.789	34	2.334	-9,8%	506.307	-22,7%	32	2.234	-4,3%	609.727	20,4%	31	2.095	-6,2%	768.341	26,0%
	100 – 249	30	5.018	2.381.825	36	6.413	27,8%	2.690.267	12,9%	34	6.017	-6,2%	2.962.356	10,1%	38	6.585	9,4%	2.102.802	-29,0%
	250 – 499	17	5.276	2.797.736	10	3.537	-33,0%	3.083.783	10,2%	9	3.009	-14,9%	3.486.490	13,1%	9	3.099	3,0%	6.203.843	77,9%
	500 – 999	8	6.272	2.789.594	9	6.665	6,3%	2.605.156	-6,6%	10	6.980	4,7%	3.903.559	49,8%	9	6.369	-8,8%	4.119.551	5,5%
	1 000 u. mehr	2	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	130	22.903	9.772.538	134	21.414	-6,5%	9.581.978	-1,9%	123	20.509	-4,2%	11.783.268	23,0%	123	20.385	-0,6%	14.206.730	20,6%
Herstellung von Metallerzeugnissen	unter 50	861	28.072	3.590.014	940	29.197	4,0%	3.401.828	-5,2%	906	28.638	-1,9%	3.907.518	14,9%	866	27.657	-3,4%	4.247.531	8,7%
	50 – 99	428	30.073	4.420.013	413	28.804	-4,2%	3.990.744	-9,7%	411	28.792	0,0%	4.684.438	17,4%	413	29.103	1,1%	5.428.696	15,9%
	100 – 249	271	41.191	6.543.258	255	39.457	-4,2%	6.057.782	-7,4%	253	38.155	-3,3%	6.478.669	6,9%	260	39.361	3,2%	7.426.752	14,6%
	250 – 499	82	28.059	5.457.936	77	26.997	-3,8%	4.995.873	-8,5%	79	27.151	0,6%	5.697.513	14,0%	75	26.197	-3,5%	5.858.480	2,8%
	500 – 999	33	22.064	4.078.834	28	19.067	-13,6%	3.319.893	-18,6%	27	17.419	-8,6%	3.538.085	6,6%	28	18.398	5,6%	4.379.801	23,8%
	1 000 u. mehr	9	12.564	3.110.982	9	12.251	-2,5%	2.760.307	-11,3%	11	13.981	14,1%	3.702.632	34,1%	10	13.284	-5,0%	4.008.127	8,3%
	Zusammen	1.684	162.023	27.201.037	1.722	155.773	-3,9%	24.526.427	-9,8%	1.687	154.136	-1,1%	28.008.855	14,2%	1.652	154.000	-0,1%	31.349.387	11,9%
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	unter 50	171	5.797	927.975	177	5.837	0,7%	885.665	-4,6%	171	5.651	-3,2%	892.859	0,8%	158	5.245	-7,2%	878.401	-1,6%
	50 – 99	103	7.457	1.428.377	109	7.896	5,9%	1.441.265	0,9%	107	7.725	-2,2%	1.552.889	7,7%	114	8.220	6,4%	1.900.714	22,4%
	100 – 249	74	11.173	2.150.043	77	12.267	9,8%	2.414.562	12,3%	80	12.574	2,5%	2.870.997	18,9%	86	13.185	4,9%	3.425.431	19,3%
	250 – 499	58	20.691	4.848.590	49	17.559	-15,1%	3.906.001	-19,4%	48	17.261	-1,7%	4.011.890	2,7%	49	17.851	3,4%	4.441.472	10,7%
	500 – 999	16	10.916	3.219.174	18	11.882	8,8%	2.676.731	-16,9%	16	10.095	-15,0%	3.669.197	37,1%	16	10.553	4,5%	3.698.148	0,8%
	1 000 u. mehr	7	12.162	3.655.831	7	12.617	3,7%	4.444.470	21,6%	10	21.051	66,8%	10.738.418	141,6%	10	22.691	7,8%	13.007.581	21,1%
	Zusammen	429	68.196	16.229.991	437	68.058	-0,2%	15.768.695	-2,8%	432	74.357	9,3%	23.736.251	50,5%	433	77.745	4,6%	27.351.748	15,2%
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	unter 50	212	6.991	1.225.809	232	7.452	6,6%	1.186.212	-3,2%	240	7.801	4,7%	1.351.531	13,9%	234	7.912	1,4%	1.469.279	8,7%
	50 – 99	121	8.462	1.364.343	110	7.577	-10,5%	1.282.022	-6,0%	105	7.340	-3,1%	1.332.171	3,9%	105	7.498	2,2%	1.609.767	20,8%
	100 – 249	114	17.836	3.777.028	118	18.679	4,7%	3.652.386	-3,3%	118	18.442	-1,3%	4.119.462	12,8%	115	18.397	-0,2%	4.394.940	6,7%
	250 – 499	54	18.745	4.303.473	49	16.909	-9,8%	3.589.044	-16,6%	51	17.256	2,1%	4.039.993	12,6%	53	18.139	5,1%	4.468.199	10,6%
	500 – 999	29	21.618	4.514.634	28	20.017	-7,4%	3.999.221	-11,4%	29	20.710	3,5%	4.540.067	13,5%	29	20.616	-0,5%	5.700.052	25,6%
	1 000 u. mehr	16	32.841	9.830.255	16	31.737	-3,4%	9.260.015	-5,8%	17	33.349	5,1%	10.872.964	17,4%	17	34.364	3,0%	11.152.864	2,6%
	Zusammen	546	106.493	25.015.542	553	102.371	-3,9%	22.968.901	-8,2%	560	104.898	2,5%	26.256.188	14,3%	553	106.926	1,9%	28.795.102	9,7%
Maschinenbau	unter 50	522	16.607	2.936.256	566	17.550	5,7%	2.674.388	-8,9%	549	17.055	-2,8%	2.880.172	7,7%	554	17.387	1,9%	3.163.606	9,8%
	50 – 99	399	28.017	4.839.426	385	27.076	-3,4%	4.343.363	-10,3%	380	26.683	-1,5%	4.698.655	8,2%	357	25.256	-5,3%	4.803.994	-2,0%
	100 – 249	339	54.141	10.703.609	337	53.656	-0,9%	10.022.742	-6,4%	349	54.587	1,7%	11.776.621	17,5%	353	54.862	0,1%	12.285.442	4,3%
	250 – 499	164	57.995	13.309.976	161	57.165	-1,4%	11.957.114	-10,2%	157	55.695	-2,6%	12.793.629	7,0%	158	56.982	2,3%	14.466.227	13,1%
	500 – 999	80	54.186	14.521.642	72	51.081	-5,7%	12.307.140	-15,2%	64	44.997	-11,9%	13.189.982	7,2%	64	44.402	-1,3%	14.443.659	9,5%
	1 000 u. mehr	54	123.910	33.110.378	49	115.471	-6,8%	30.023.139	-9,3%	50	112.336	-2,7%	28.932.630	-3,6%	53	116.172	5,2%	31.903.386	10,3%
	Zusammen	1.558	334.856	79.421.286	1.570	321.999	-3,8%	71.327.885	-10,2%	1.549	311.353	-3,3%	74.271.689	4,1%	1.539	316.861	1,8%	80.866.313	8,9%
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	unter 50	70	2.518	513.230	80	2.656	5,5%	485.577	-5,4%	91	2.974	12,0%	676.457	39,3%	90	3.014	1,3%	726.733	7,4%
	50 – 99	51	3.732	793.681	55	3.861	3,5%	885.709	11,6%	51	3.633	-5,9%	799.497	-9,7%	48	3.447	-5,1%	781.143	-2,3%
	100 – 249	64	10.589	2.921.805	66	10.943	3,3%	2.774.743	-5,0%	61	9.891	-9,6%	2.651.020	-4,5%	60	9.849	-0,4%	2.912.165	9,9%
	250 – 499	43	14.825	3.623.014	35	12.197	-17,7%	2.193.479	-39,5%	38	13.151	7,8%	2.897.937	32,1%	32	11.220	-14,7%	2.870.111	-1,0%
	500 – 999	27	19.039	6.713.732	28	19.172	0,7%	6.292.510	-6,3%	27	18.873	-1,6%	7.101.127	12,9%	26	18.062	-4,3%	9.347.812	31,6%
	1 000 u. mehr	30	184.731	95.571.758	31	172.634	-6,5%	89.894.470	-5,9%	30	168.568	-2,4%	101.819.015	13,3%	31	171.414	1,7%	119.051.635	16,9%
	Zusammen	285	235.434	110.137.220	295	221.463	-5,9%	102.526.489	-6,9%	298	217.090	-2,0%	115.945.054	13,1%	287	217.006	0,0%	135.689.600	17,0%

Verarbeitendes Gewerbe *) nach Beschäftigtengrößenklassen in Baden-Württemberg

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz nach Beschäftigtengrößenklassen in ausgewählten Wirtschaftszweigen *)

Alle Angaben beziehen sich auf Betriebe von Rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Abschnitte und ausgewählte Wirtschaftszweige WZ 2008 *)	Betriebs mit ... Beschäftigten	2019			2020					2021					2022				
		Betriebe	Beschäftigte [1]	Gesamtumsatz	Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz		Betriebe	Beschäftigte [1]		Gesamtumsatz	
		Anzahl	Anzahl	Wert	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr	Anzahl	Anzahl	Veränd. z. Vorjahr	Wert	Veränd. z. Vorjahr
		(Stand 30.09.)		1 000 EUR	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%	(Stand 30.09.)		%	1 000 EUR	%
Sonstiger Fahrzeugbau	unter 50	15	454	69.264	17	551	*21,4%*	72.856	*5,2%*	19	645	*17,1%*	79.890	*9,7%*	19	591	*-8,4%*	83.755	*4,8%*
	50 – 99	11	821	124.016	12	995	*21,2%*	125.009	*0,8%*	11	826	*-17,0%*	127.376	*1,9%*	13	969	*17,3%*	163.590	*28,4%*
	100 – 249	8	1.244	171.495	6	828	*-33,4%*	83.444	*-51,3%*	7	890	*7,5%*	98.202	*17,7%*	7	965	*8,4%*	108.555	*10,5%*
	250 – 499	7	2.231	477.010	7	2.196	*-1,6%*	456.481	*-4,3%*	8	2.639	*20,2%*	625.760	*37,1%*	8	2.703	*2,4%*	705.151	*12,7%*
	500 – 999	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	1 000 u. mehr	3	5.782	1.948.344	3	5.349	*-7,5%*	1.233.997	*-36,7%*	3	4.736	*-11,5%*	1.125.670	*-8,8%*	3	4.539	*-4,2%*	1.247.942	*10,9%*
	Zusammen	44	10.532	2.790.129	45	9.919	*-5,8%*	1.971.787	*-29,3%*	48	9.736	*-1,8%*	2.056.897	*4,3%*	50	9.767	*0,3%*	2.308.993	*12,3%*
Herstellung von Möbeln	unter 50	80	2.578	290.798	83	2.726	*5,7%*	300.598	*3,4%*	85	2.829	*3,8%*	328.211	*9,2%*	83	2.791	*-1,3%*	348.845	*6,3%*
	50 – 99	38	2.653	353.612	38	2.723	*2,6%*	356.615	*0,8%*	39	2.830	*3,9%*	417.631	*17,1%*	40	2.807	*-0,8%*	456.088	*9,2%*
	100 – 249	36	5.201	1.170.200	33	4.851	*-6,7%*	1.057.677	*-9,6%*	32	4.683	*-3,5%*	1.144.426	*8,2%*	29	4.299	*-8,2%*	1.160.456	*1,4%*
	250 – 499	4	.	.	4	.	.	.	.	5	.	.	.	.	5	.	.	.	.
	500 – 999	5	3.075	646.506	4	2.464	*-19,9%*	547.169	*-15,4%*	3	2.011	*-18,4%*	451.760	*-17,4%*	4	2.983	*48,3%*	664.809	*47,2%*
	1 000 u. mehr	2	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.	1	.	.	.	.
	Zusammen	165	17.385	3.119.304	164	16.746	*-3,7%*	2.975.033	*-4,6%*	166	16.680	*-0,4%*	3.106.356	*4,4%*	162	16.261	*-2,5%*	3.261.812	*5,0%*
Herstellung von sonstigen Waren	unter 50	205	6.844	786.666	207	6.651	*-2,8%*	713.991	*-9,2%*	214	6.932	*4,2%*	781.420	*9,4%*	212	6.870	*-0,9%*	829.646	*6,2%*
	50 – 99	87	6.188	792.690	87	6.002	*-3,0%*	745.050	*-6,0%*	84	5.981	*-0,3%*	781.298	*4,9%*	84	5.802	*-3,0%*	766.061	*-2,0%*
	100 – 249	55	8.669	1.235.554	62	9.821	*13,3%*	1.269.061	*2,7%*	67	10.583	*7,8%*	1.574.276	*24,1%*	74	11.233	*6,1%*	1.757.698	*11,7%*
	250 – 499	22	7.931	1.552.352	21	7.887	*-0,6%*	1.632.650	*5,2%*	19	7.264	*-7,9%*	1.423.204	*-12,8%*	23	8.711	*19,9%*	1.764.894	*24,0%*
	500 – 999	10	6.301	1.681.675	9	5.772	*-8,4%*	1.424.641	*-15,3%*	10	6.402	*10,9%*	1.994.265	*40,0%*	8	5.115	*-20,1%*	1.778.219	*-10,8%*
	1 000 u. mehr	6	11.319	2.883.442	7	12.375	*9,3%*	3.363.564	*16,7%*	7	12.515	*1,1%*	3.590.364	*6,7%*	8	13.636	*9,0%*	3.754.015	*4,6%*
	Zusammen	385	47.252	8.932.379	393	48.508	*2,7%*	9.148.958	*2,4%*	401	49.677	*2,4%*	10.144.827	*10,9%*	409	51.367	*3,4%*	10.650.332	*5,0%*
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	unter 50	201	5.195	828.915	220	5.391	*3,8%*	794.875	*-4,1%*	230	5.817	*7,9%*	1.025.079	*29,0%*	226	5.684	*-2,6%*	1.067.024	*4,1%*
	50 – 99	53	3.594	678.147	53	3.547	*-1,3%*	653.973	*-3,6%*	56	3.984	*12,3%*	741.800	*13,4%*	55	3.818	*-4,2%*	719.708	*-3,0%*
	100 – 249	32	5.108	1.255.294	29	4.684	*-8,3%*	1.125.500	*-10,3%*	24	4.154	*-11,3%*	1.061.112	*-5,7%*	25	4.255	*2,4%*	1.175.550	*10,8%*
	250 – 499	5	1.450	382.248	7	2.182	*50,5%*	962.051	*151,7%*	5	1.651	*-24,3%*	396.211	*-58,8%*	6	1.882	*14,0%*	534.871	*35,0%*
	500 – 999	3	.	.	3	.	.	.	.	4	.	.	.	.	5	.	.	.	.
	1 000 u. mehr	2	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.	2	.	.	.	.
	Zusammen	296	20.519	4.285.414	314	20.587	*0,3%*	4.954.956	*15,6%*	321	20.969	*1,9%*	4.723.593	*-4,7%*	319	21.568	*2,9%*	4.368.569	*-7,5%*

[1] Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

*) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Die Wirtschaftsabteilungen der Abschnitte B, 05 - *Kohlenbergbau*, 06 - *Gewinnung von Erdöl und Erdgas*, 07 - *Erzbergbau*, sowie 09 - *Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden* weisen im zugrundeliegenden Berichtskreis keine Besetzung auf und sind daher nicht dargestellt.

1) Einschließlich Auszubildende, Heimarbeitende (ab 2002), tätige Inhaberinnen und Inhaber sowie Mithelfende und Mithaber. Ohne Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.

. = Kein Nachweis vorhanden oder geheim zu halten

– = Nichts vorhanden

Datenquelle: »Monatsbericht für Betriebe« mit 50 und mehr Beschäftigten und »Jahresbericht für Betriebe« von Rechtlichen Einheiten mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden.

Die Ergebnisse sind aus den genannten Erhebungen zusammengefasst dargestellt.

Zahl der Betriebe, Umsatz (nominal)und tätige Personen im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 2019 bis 2021 nach Beschäftigtengrößenklassen

Merkmal	Jahr		Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen im Baugewerbe			
		Insgesamt	1-19	20-49	50-99	100 und mehr
				Anzahl		
Betriebe (Stand Juni)	2019	7 481	6 422	742	194	123
	2020	7 855	6 773	762	201	119
	2021	8 158	7 068	759	212	119
Tätige Personen (Stand Juni)	2019	107 223	41 407	22 376	13 104	30 336
	2020	110 751	43 113	23 133	13 656	30 849
	2021	114 154	44 915	23 223	14 488	31 528
				1.000 EUR		
Gesamtumsatz	2019	19 425 054	4 951 638	3 760 979	2 738 349	7 974 087
	2020	21 239 250	5 756 516	4 061 129	2 948 492	8 473 114
	2021	20 484 036	5 570 354	4 000 148	2 676 149	8 237 385
Baugewerblicher Umsatz	2019	19 179 203	4 912 297	3 713 086	2 692 420	7 861 400
	2020	21 005 241	5 701 431	4 015 983	2 898 644	8 389 182
	2021	20 252 822	5 529 510	3 944 237	2 634 004	8 145 072

Quelle: Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Zahl der Betriebe, Umsatz (nominal) und tätige Personen im Ausbaugewerbe Baden-Württembergs 2019 bis 2021 nach Beschäftigtengrößenklassen

Merkmal	Jahr		Betriebe mit ... bis ... tätigen Personen im Baugewerbe			
		Insgesamt	1-19	20-49	50-99	100 und mehr
				Anzahl		
Betriebe (Stand Juni)	2019	3 126	1 749	1 096	208	73
	2020	3 473	2 136	1 043	215	79
	2021	3 374	1 975	1 104	216	79
Tätige Personen (Stand Juni)	2019	82 752	24 539	31 769	13 917	12 527
	2020	88 564	29 970	30 885	14 318	13 391
	2021	89 017	27 894	32 562	14 679	13 882
				1.000 EUR		
Gesamtumsatz	2019	11 608 814	3 338 550	3 780 809	2 078 630	2 410 825
	2020	12 566 361	3 494 695	4 286 686	2 277 264	2 507 716
	2021	12 962 473	3 847 087	4 189 754	2 273 145	2 652 487
Ausbaugewerblicher Umsatz	2019	11 461 625	3 283 775	3 738 516	2 060 620	2 378 714
	2020	12 400 640	3 438 946	4 219 019	2 262 095	2 480 580
	2021	12 771 646	3 784 062	4 124 918	2 252 070	2 610 596

Quelle: Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe und bei Bauträgern (Betriebe mit mehr als 10 tätigen Personen)

Rechtliche Einheiten im KFZ-Handel in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Beschäftigtengrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Tätige Personen von ... bis ...	2019			2020		
		Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]	Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]
		Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]	Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]
45	**Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen**						
	bis 2	7.637	1.550	11.080	7.054	1.812	9.975
	3 – 5	4.017	2.040	15.472	3.724	2.456	14.206
	6 – 19	3.227	6.234	33.331	3.272	6.588	33.229
	20 und mehr	1.008	30.997	71.077	834	27.299	64.529
	Zusammen	**15.888**	**40.821**	**130.960**	**14.885**	**38.155**	**121.938**

Rechtliche Einheiten im KFZ-Handel in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Umsatzgrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Umsatz von ... bis unter ... Euro	2019			2020		
		Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]	Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]
		Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]	Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]
45	**Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen**						
	bis 1 Mill.	12.494	3.146	35.913	11.521	2.967	32.366
	1 Mill. – 2 Mill.	1.195	1.495	11.520	1.231	1.628	9.807
	2 Mill. – 5 Mill.	1.167	3.274	18.894	1.204	3.625	20.827
	5 Mill. – 10 Mill.	470	3.195	8.258	477	3.079	7.846
	10 Mill. und mehr	561	29.710	56.375	453	26.856	51.092
	Zusammen	**15.888**	**40.821**	**130.960**	**14.885**	**38.155**	**121.938**

Rechtliche Einheiten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Baden-Württemberg 2019 nach Beschäftigtengrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Tätige Personen von ... bis ...	2019			2020		
		Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]	Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]
		Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]	Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]
46	**Großhandel und Handelsvermittlung**						
	bis 2	8.876	10.626	11.864	8.424	11.625	11.317
	3 – 5	3.735	7.686	13.446	4.038	7.125	14.758
	6 – 19	5.076	17.881	47.330	4.801	21.570	46.502
	20 und mehr	2.812	189.464	253.512	2.424	185.412	231.062
	Zusammen	**20.502**	**225.657**	**326.150**	**19.687**	**225.732**	**303.640**

Rechtliche Einheiten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Baden-Württemberg 2019 nach Umsatzgrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Umsatz von ... bis unter ... Euro	2019			2020		
		Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]	Rechtliche Einheiten[2][3]	Umsatz[4][3]	Tätige Personen[5]
		Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]	Anzahl[6]	Mill. EUR[6]	Anzahl[6]
46	**Großhandel und Handelsvermittlung**						
	bis 1 Mill.	11.085	3.283	26.526	10.792	3.346	27.041
	1 Mill. – 2 Mill.	2.996	3.703	22.880	3.326	4.470	22.119
	2 Mill. – 5 Mill.	3.100	8.159	31.230	2.540	7.532	25.297
	5 Mill. – 10 Mill.	1.081	6.522	16.630	1.024	6.649	22.066
	10 Mill. und mehr	2.239	203.990	228.885	2.005	203.735	207.117
	Zusammen	**20.502**	**225.657**	**326.150**	**19.687**	**225.732**	**303.640**

Rechtliche Einheiten im Einzelhandel in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Beschäftigtengrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig tätige Personen von ... bis ...	2019 Rechtliche Einheiten[2)3)] Anzahl[6]	2019 Umsatz[4)3)] Mill. EUR[6]	2019 Tätige Personen[5] Anzahl[6]	2020 Rechtliche Einheiten[2)3)] Anzahl[6]	2020 Umsatz[4)3)] Mill. EUR[6]	2020 Tätige Personen[5] Anzahl[6]
47	**Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)**						
	bis 2	16.047	2.414	22.172	15.669	2.794	21.820
	3 – 5	11.098	4.103	40.768	9.420	3.817	34.098
	6 – 19	11.341	12.493	108.047	11.139	13.669	107.487
	20 und mehr	3.538	66.650	349.062	3.427	68.129	342.624
	Zusammen	**42.023**	**85.661**	**520.048**	**39.655**	**88.410**	**506.029**

Rechtliche Einheiten im Einzelhandel in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Umsatzgrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Umsatz von ... bis unter ... EUR	2019 Rechtliche Einheiten[2)3)] Anzahl[6]	2019 Umsatz[4)3)] Mill. EUR[6]	2019 Tätige Personen[5] Anzahl[6]	2020 Rechtliche Einheiten[2)3)] Anzahl[6]	2020 Umsatz[4)3)] Mill. EUR[6]	2020 Tätige Personen[5] Anzahl[6]
47	**Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)**						
	bis 1 Mill.	33.529	8.423	122.676	30.940	7.704	111.754
	1 Mill. – 2 Mill.	3.888	5.205	43.123	3.813	5.219	43.039
	2 Mill. – 5 Mill.	2.608	7.728	50.766	2.822	8.319	50.750
	5 Mill. – 10 Mill.	1.264	8.405	49.634	1.233	8.126	43.967
	10 Mill. und mehr	733	55.899	253.850	847	59.041	256.519
	Zusammen	**42.023**	**85.661**	**520.048**	**39.655**	**88.410**	**506.029**

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.
2) Ab dem Berichtsjahr 2018 erfolgt die Ausweisung der Ergebnisse nach Rechtlichen Einheiten.
3) Stand zum 31.12.
4) Umsatz aus betriebstypischer Geschäftstätigkeit und aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften.
5) Stand zum 30.09.
6) Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungsdifferenzen.

Datenquelle: Jahreserhebung im Handel.

Rechtliche Einheiten im Gastgewerbe in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Beschäftigtengrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Tätige Personen von ... bis ...	2019 Rechtliche Einheiten[2), 3)] Anzahl[6]	2019 Umsatz[4), 3)] Mill. EUR[6]	2019 Tätige Personen[5] Anzahl[6]	2020 Rechtliche Einheiten[2), 3)] Anzahl[6]	2020 Umsatz[4), 3)] Mill. EUR[6]	2020 Tätige Personen[5] Anzahl[6]
55/56	**Gastgewerbe**						
	1–2	9.461	719	13.755	9.631	609	14.769
	3–5	9.297	1.371	34.873	9.785	976	36.010
	6–9	5.429	1.468	37.836	4.552	759	32.173
	10 und mehr	9.575	9.973	242.279	6.604	4.876	152.802
	Zusammen	**33.762**	**13.532**	**328.743**	**30.572**	**7.221**	**235.754**

Rechtliche Einheiten im Gastgewerbe in Baden-Württemberg 2019 und 2020 nach Umsatzgrößenklassen

WZ 2008[1]	Wirtschaftszweig Umsatz von ... bis unter ... EUR	2019 Rechtliche Einheiten[2), 3)] Anzahl[6]	2019 Umsatz[4), 3)] Mill. EUR[6]	2019 Tätige Personen[5] Anzahl[6]	2020 Rechtliche Einheiten[2), 3)] Anzahl[6]	2020 Umsatz[4), 3)] Mill. EUR[6]	2020 Tätige Personen[5] Anzahl[6]
55/56	**Gastgewerbe**						
	unter 100.000	11.675	619	34.603	15.039	731	43.617
	100.000–200.000	8.576	1.226	38.809	7.681	1.058	41.985
	200.000–500.000	7.377	2.293	69.041	5.576	1.723	64.194
	500.000–1 Million	3.703	2.428	65.077	1.092	729	25.359
	1 Million und mehr	2.431	6.966	121.214	1.185	2.980	60.599
	Zusammen	**33.762**	**13.532**	**328.743**	**30.572**	**7.221**	**235.754**

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.
2) Ab dem Berichtsjahr 2018 erfolgt die Ausweisung der Ergebnisse nach Rechtlichen Einheiten.
3) Stand zum 31.12.
4) Umsatz aus betriebstypischer Geschäftstätigkeit und aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften.
5) Stand zum 30.09.
6) Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungsdifferenzen.

Datenquelle: Jahreserhebung im Gastgewerbe.

Rechtliche Einheiten/Einrichtungen im Dienstleistungsbereich Baden-Württembergs insgesamt 2019 und 2020 nach Umsatzgrößenklassen

Wirtschaftsabschnitte und -abteilungen		2019			2020		
		Rechtliche Einheiten/ Einrichtungen	Gesamt-umsatz[2]	Tätige Personen am 30. September	Rechtliche Einheiten/ Einrichtungen	Gesamt-umsatz[2]	Tätige Personen am 30. September
WZ 2008[1]	Rechtliche Einheiten/Einrichtungen mit einem Gesamtumsatz[2] von ... bis unter ... Euro	Anzahl[3]	1.000 EUR	Anzahl[3]	Anzahl[3]	1.000 EUR	Anzahl[3]
H	**Verkehr und Lagerei**	13.183	25.382.942	256.596	12.313	22.453.383	222.849
	unter 250.000	7.550	724.115	20.637	7.427	676.999	19.697
	250.000 - 1 Mill.	3.186	1.634.706	32.418	2.673	1.339.380	24.761
	1 Mill. und mehr	2.447	23.024.120	203.541	2.213	20.437.004	178.391
J	**Information und Kommunikation[4]**	17.172	53.014.922	218.079	16.130	51.658.874	216.695
	unter 250.000	11.856	1.051.888	19.176	10.932	924.071	16.429
	250.000 - 1 Mill.	2.886	1.276.306	15.309	2.921	1.263.592	16.291
	1 Mill. und mehr	2.430	50.686.729	183.594	2.276	49.471.210	183.976
L	**Grundstücks- und Wohnungswesen[5]**	23.050	15.138.793	63.589	22.848	13.644.165	52.335
	unter 250.000	16.730	1.455.547	27.041	16.097	1.527.688	23.823
	250.000 - 1 Mill.	4.822	2.274.392	13.830	5.196	2.405.129	12.072
	1 Mill. und mehr	1.498	11.408.854	22.719	1.555	9.711.348	16.441
M	**Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen**	68.859	54.597.003	437.529	64.362	51.441.907	383.045
	unter 250.000	50.522	4.439.834	87.578	49.754	4.281.950	79.932
	250.000 - 1 Mill.	13.017	6.101.874	76.472	9.425	4.350.007	47.397
	1 Mill. und mehr	5.321	44.055.294	273.479	5.183	42.809.950	255.717
N	**Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen**	26.128	27.106.983	430.340	25.043	24.410.867	356.161
	unter 250.000	17.755	1.686.491	52.956	17.787	1.624.927	46.195
	250.000 - 1 Mill.	5.539	2.560.503	63.412	4.592	2.111.145	43.939
	1 Mill. und mehr	2.834	22.859.989	313.972	2.664	20.674.796	266.026
S/95	**Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern**	1.893	486.400	6.458	1.626	433.008	5.279
	unter 250.000	1.670	121.382	3.093	1.430	106.324	2.279
	250.000 - 1 Mill.	165	82.410	1.076	114	47.063	580
	1 Mill. und mehr	59	282.608	2.289	82	279.621	2.420

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.
2) Umsatz aus betriebstypischer Geschäftstätigkeit und aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften.
3) Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Rundungsdifferenzen.
4) Seit dem Berichtsjahr 2015 werden die Rundfunkbeiträge nicht mehr den Umsätzen zugeordnet sondern den Subventionen.
5) In der Wirtschaftsgruppe 68.2 wird seit dem Berichtsjahr 2015 die Privatvermietung nicht mehr berücksichtigt.

Datenquelle: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich.

Umsatz und tätige Personen im Dienstleistungsbereich Baden-Württembergs seit Januar 2019
– Basis 2015 = 100 –

Jahr	Umsatz				tätige Personen	
	nominal		real[1]		insgesamt	
	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]
Januar 2019	110,0		106,3		104,4	
Februar 2019	100,0		96,2		104,6	
März 2019	113,1		108,5		104,5	
April 2019	114,1		109,1		104,3	
Mai 2019	110,6		105,6		104,5	
Juni 2019	117,7		112,3		104,4	
Juli 2019	121,9		115,9		105,3	
August 2019	107,8		102,2		103,9	
September 2019	114,1		108,6		104,6	
Oktober 2019	120,9		115,0		105,1	
November 2019	117,7		112,2		104,6	
Dezember 2019	150,6		143,6		103,6	
Januar 2020	107,5	– 2,3	102,8	– 3,3	103,4	– 0,9
Februar 2020	99,6	– 0,4	94,9	– 1,4	103,7	– 0,9
März 2020	112,8	– 0,2	107,5	– 1,0	103,0	– 1,4
April 2020	101,8	– 10,8	96,5	– 11,5	101,3	– 2,8
Mai 2020	96,5	– 12,8	91,3	– 13,5	100,8	– 3,5
Juni 2020	108,5	– 7,8	103,0	– 8,3	100,8	– 3,4
Juli 2020	112,6	– 7,6	106,7	– 7,9	101,2	– 3,9
August 2020	96,1	– 10,8	90,8	– 11,2	100,7	– 3,1
September 2020	107,3	– 5,9	101,6	– 6,4	101,4	– 3,1
Oktober 2020	115,9	– 4,2	109,4	– 4,9	101,5	– 3,4
November 2020	114,3	– 2,9	107,8	– 3,9	101,5	– 3,0
Dezember 2020	151,0	+ 0,2	142,8	– 0,6	100,9	– 2,6
Januar 2021	97,8	– 9,1	91,7	– 10,7	105,6	+ 2,1
Februar 2021	100,8	+ 1,2	94,0	– 0,9	106,1	+ 2,3
März 2021	122,6	+ 8,7	114,0	+ 6,1	105,9	+ 2,8
April 2021	112,3	+ 10,3	103,8	+ 7,6	106,1	+ 4,7
Mai 2021	109,3	+ 13,2	100,5	+ 10,1	106,3	+ 5,4
Juni 2021	125,9	+ 16,0	116,5	+ 13,1	106,8	+ 5,9
Juli 2021	122,4	+ 8,7	112,3	+ 5,2	106,3	+ 5,0
August 2021	112,1	+ 16,7	102,7	+ 13,1	105,6	+ 4,9
September 2021	123,3	+ 14,9	112,8	+ 11,0	106,2	+ 4,8
Oktober 2021	126,3	+ 9,0	115,3	+ 5,3	106,4	+ 4,8
November 2021	128,6	+ 12,5	117,1	+ 8,7	106,2	+ 4,7
Dezember 2021	175,2	+ 16,1	161,0	+ 12,7	106,0	+ 5,0
Januar 2022	108,1	+ 10,6	97,8	+ 6,6	107,9	+ 2,2
Februar 2022	120,7	+ 19,7	109,2	+ 16,1	108,6	+ 2,4
März 2022	138,0	+ 12,5	124,0	+ 8,7	108,0	+ 1,9
April 2022	128,9	+ 14,8	114,2	+ 10,1	108,1	+ 1,9
Mai 2022	134,8	+ 23,4	118,6	+ 18,0	108,7	+ 2,2
Juni 2022	144,0	+ 14,4	127,9	+ 9,8	108,5	+ 1,7
Juli 2022	141,0	+ 15,2	124,2	+ 10,6	107,7	+ 1,3
August 2022	128,4	+ 14,5	112,3	+ 9,4	107,1	+ 1,4
September 2022	143,0	+ 16,0	125,7	+ 11,5	108,1	+ 1,8
Oktober 2022	136,3	+ 7,9	119,3	+ 3,5	108,4	+ 2,0
November 2022	143,5	+ 11,6	126,3	+ 7,8	108,4	+ 2,0
Dezember 2022	193,5	+ 10,4	172,6	+ 7,2	108,0	+ 1,9
Januar 2023	123,6	+ 14,3	108,9	+ 11,4	109,2	+ 1,2
Februar 2023	123,8	+ 2,6	108,3	– 0,8	109,6	+ 1,0
März 2023	150,5	+ 9,1	131,3	+ 5,9	109,5	+ 1,4
April 2023	132,3	+ 2,6	115,2	+ 0,8	109,4	+ 1,2
Mai 2023	139,9	+ 3,8	121,9	+ 2,8	109,7	+ 0,9

1) In Preisen von 2015. – 2) Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: berechnet auf Basis der Messzahlen.
Datenquelle: Monatserhebung im Dienstleistungsbereich.

Umsatz und tätige Personen im Kraftfahrzeughandel Baden-Württembergs seit Januar 2019
– Basis 2015 = 100 –

Jahr	Umsatz				tätige Personen	
	nominal		real[1]		insgesamt	
	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]
Januar 2019	101,8		97,4		107,9	
Februar 2019	112,8		107,7		107,9	
März 2019	132,0		125,6		107,9	
April 2019	127,6		121,6		108,2	
Mai 2019	132,6		125,9		108,0	
Juni 2019	113,8		108,1		107,8	
Juli 2019	136,7		129,6		107,9	
August 2019	112,5		106,7		107,7	
September 2019	120,7		114,6		110,1	
Oktober 2019	137,1		130,2		110,4	
November 2019	132,4		125,1		110,2	
Dezember 2019	112,7		105,9		109,1	
Januar 2020	110,0	+ 8,1	103,6	+ 6,4	108,9	+ 0,9
Februar 2020	114,1	+ 1,2	107,2	– 0,5	108,7	+ 0,7
März 2020	109,0	– 17,4	102,5	– 18,4	108,0	+ 0,1
April 2020	77,7	– 39,1	73,2	– 39,8	107,0	– 1,1
Mai 2020	97,1	– 26,8	91,1	– 27,6	106,5	– 1,4
Juni 2020	110,1	– 3,3	103,3	– 4,4	105,5	– 2,1
Juli 2020	146,6	+ 7,2	135,9	+ 4,9	104,5	– 3,2
August 2020	107,1	– 4,8	99,4	– 6,8	104,3	– 3,2
September 2020	126,1	+ 4,5	117,2	+ 2,3	106,6	– 3,2
Oktober 2020	139,4	+ 1,7	129,9	– 0,2	106,8	– 3,3
November 2020	140,4	+ 6,0	130,4	+ 4,2	106,3	– 3,5
Dezember 2020	132,6	+ 17,7	122,5	+ 15,7	105,7	– 3,1
Januar 2021	84,9	– 22,8	79,2	– 23,6	104,7	– 3,9
Februar 2021	106,9	– 6,3	99,3	– 7,4	104,2	– 4,1
März 2021	145,2	+ 33,2	134,0	+ 30,7	104,0	– 3,7
April 2021	128,6	+ 65,5	118,6	+ 62,0	103,9	– 2,9
Mai 2021	120,9	+ 24,5	111,2	+ 22,1	103,8	– 2,5
Juni 2021	133,3	+ 21,1	121,7	+ 17,8	103,6	– 1,8
Juli 2021	134,9	– 8,0	122,6	– 9,8	103,1	– 1,3
August 2021	108,5	+ 1,3	98,3	– 1,1	103,1	– 1,2
September 2021	127,9	+ 1,4	115,6	– 1,4	105,0	– 1,5
Oktober 2021	139,5	+ 0,1	125,1	– 3,7	105,3	– 1,4
November 2021	141,9	+ 1,1	125,8	– 3,5	105,3	– 0,9
Dezember 2021	131,5	– 0,8	115,8	– 5,5	104,6	– 1,0
Januar 2022	104,4	+ 23,0	91,6	+ 15,7	104,2	– 0,5
Februar 2022	115,2	+ 7,8	99,6	+ 0,3	103,9	– 0,3
März 2022	140,3	– 3,4	120,5	– 10,1	103,5	– 0,5
April 2022	123,4	– 4,0	105,2	– 11,3	103,3	– 0,6
Mai 2022	136,8	+ 13,2	115,5	+ 3,9	103,3	– 0,5
Juni 2022	130,6	– 2,0	110,1	– 9,5	103,0	– 0,6
Juli 2022	131,0	– 2,9	109,2	– 10,9	102,4	– 0,7
August 2022	120,3	+ 10,9	99,9	+ 1,6	102,6	– 0,5
September 2022	137,7	+ 7,7	113,8	– 1,6	104,7	– 0,3
Oktober 2022	135,7	– 2,7	111,5	– 10,9	104,8	– 0,5
November 2022	154,1	+ 8,6	124,9	– 0,7	104,8	– 0,5
Dezember 2022	144,7	+ 10,0	116,6	+ 0,7	104,4	– 0,2
Januar 2023	117,2	+ 12,3	93,4	+ 2,0	103,8	– 0,4
Februar 2023	126,4	+ 9,7	100,2	+ 0,6	103,7	– 0,2
März 2023	160,7	+ 14,5	126,4	+ 4,9	103,8	+ 0,3
April 2023	131,4	+ 6,5	102,7	– 2,4	103,8	+ 0,5
Mai 2023	144,2	+ 5,4	112,0	– 3,0	103,8	+ 0,5

1) In Preisen von 2015. – 2) Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: berechnet auf Basis der Messzahlen.
Datenquelle: Monatserhebung im Kraftfahrzeughandel.

Umsatz und tätige Personen im Großhandel Baden-Württembergs seit Januar 2019
– Basis 2015 = 100 –

Jahr	Umsatz				tätige Personen	
	nominal		real[1]		insgesamt	
	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]
Januar 2019	111,0		106,6		103,3	
Februar 2019	112,1		107,1		103,4	
März 2019	116,0		110,8		103,7	
April 2019	117,1		111,4		103,5	
Mai 2019	118,1		112,0		102,2	
Juni 2019	108,9		103,7		102,3	
Juli 2019	121,1		115,4		102,3	
August 2019	107,0		102,6		102,4	
September 2019	113,5		109,3		103,0	
Oktober 2019	120,9		116,7		103,2	
November 2019	115,4		111,7		103,0	
Dezember 2019	107,9		104,9		102,8	
Januar 2020	108,3	– 2,4	104,6	– 1,9	102,9	– 0,4
Februar 2020	112,3	+ 0,2	108,4	+ 1,2	103,0	– 0,4
März 2020	124,7	+ 7,5	121,3	+ 9,5	102,8	– 0,9
April 2020	109,5	– 6,5	107,0	– 3,9	102,0	– 1,4
Mai 2020	109,4	– 7,4	106,7	– 4,7	101,7	– 0,5
Juni 2020	118,7	+ 9,0	115,8	+ 11,7	101,7	– 0,6
Juli 2020	122,5	+ 1,2	119,4	+ 3,5	101,8	– 0,5
August 2020	108,7	+ 1,6	106,6	+ 3,9	101,8	– 0,6
September 2020	124,9	+ 10,0	122,6	+ 12,2	102,2	– 0,8
Oktober 2020	129,1	+ 6,8	127,2	+ 9,0	101,7	– 1,5
November 2020	119,4	+ 3,5	116,2	+ 4,0	101,8	– 1,2
Dezember 2020	121,7	+ 12,8	118,7	+ 13,2	101,6	– 1,2
Januar 2021	100,6	– 7,1	97,1	– 7,2	101,0	– 1,8
Februar 2021	111,8	– 0,4	106,6	– 1,7	100,4	– 2,5
März 2021	140,6	+ 12,8	133,0	+ 9,6	101,2	– 1,6
April 2021	127,8	+ 16,7	119,7	+ 11,9	101,2	– 0,8
Mai 2021	124,9	+ 14,2	115,8	+ 8,5	101,2	– 0,5
Juni 2021	133,9	+ 12,8	123,2	+ 6,4	101,2	– 0,5
Juli 2021	131,6	+ 7,4	120,0	+ 0,5	101,4	– 0,4
August 2021	123,5	+ 13,6	112,9	+ 5,9	101,1	– 0,7
September 2021	134,3	+ 7,5	122,3	– 0,2	101,9	– 0,3
Oktober 2021	138,6	+ 7,4	124,9	– 1,8	102,1	+ 0,4
November 2021	136,3	+ 14,2	120,2	+ 3,4	102,5	+ 0,7
Dezember 2021	136,5	+ 12,2	121,9	+ 2,7	102,3	+ 0,7
Januar 2022	120,2	+ 19,5	104,6	+ 7,7	102,4	+ 1,4
Februar 2022	133,9	+ 19,8	114,0	+ 6,9	102,5	+ 2,1
März 2022	160,1	+ 13,9	131,7	– 1,0	102,7	+ 1,5
April 2022	144,5	+ 13,1	117,0	– 2,3	102,8	+ 1,6
Mai 2022	148,7	+ 19,1	118,7	+ 2,5	103,0	+ 1,8
Juni 2022	150,5	+ 12,4	120,0	– 2,6	103,0	+ 1,8
Juli 2022	147,7	+ 12,2	117,5	– 2,1	103,0	+ 1,6
August 2022	145,3	+ 17,7	115,3	+ 2,1	103,3	+ 2,2
September 2022	152,5	+ 13,6	120,7	– 1,3	104,0	+ 2,1
Oktober 2022	154,5	+ 11,5	121,1	– 3,0	104,3	+ 2,2
November 2022	159,0	+ 16,7	125,2	+ 4,2	104,1	+ 1,6
Dezember 2022	153,3	+ 12,3	122,5	+ 0,5	104,1	+ 1,8
Januar 2023	139,2	+ 15,8	109,6	+ 4,8	104,2	+ 1,8
Februar 2023	142,0	+ 6,0	109,8	– 3,7	104,3	+ 1,8
März 2023	169,7	+ 6,0	131,0	– 0,5	104,2	+ 1,5
April 2023	138,2	– 4,4	106,4	– 9,1	104,1	+ 1,3
Mai 2023	145,0	– 2,5	111,8	– 5,8	103,9	+ 0,9

1) In Preisen von 2015. – 2) Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: berechnet auf Basis der Messzahlen.
Datenquelle: Monatserhebung im Großhandel.

Umsatz und tätige Personen im Einzelhandel Baden-Württembergs seit Januar 2019
– Basis 2015 = 100 –

Jahr	Umsatz				tätige Personen	
	nominal		real[1]		insgesamt	
	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]
Januar 2019	100,4		97,9		103,4	
Februar 2019	97,7		94,6		102,8	
März 2019	110,6		106,9		103,0	
April 2019	114,3		109,8		103,5	
Mai 2019	112,2		107,5		103,5	
Juni 2019	106,0		102,0		103,4	
Juli 2019	114,0		110,1		103,2	
August 2019	106,1		102,7		103,8	
September 2019	105,6		101,4		104,1	
Oktober 2019	115,2		110,4		104,3	
November 2019	116,5		111,6		105,3	
Dezember 2019	123,8		118,9		105,4	
Januar 2020	102,9	+ 2,5	99,0	+ 1,1	103,2	– 0,2
Februar 2020	104,5	+ 7,0	100,0	+ 5,7	102,8	0,0
März 2020	110,6	0,0	105,6	– 1,2	103,1	+ 0,1
April 2020	106,3	– 7,0	101,0	– 8,0	103,2	– 0,3
Mai 2020	114,4	+ 2,0	109,0	+ 1,4	103,8	+ 0,3
Juni 2020	112,9	+ 6,5	107,8	+ 5,7	104,2	+ 0,8
Juli 2020	119,9	+ 5,2	114,4	+ 3,9	104,2	+ 1,0
August 2020	110,3	+ 4,0	105,3	+ 2,5	105,1	+ 1,3
September 2020	111,9	+ 6,0	106,5	+ 5,0	105,6	+ 1,4
Oktober 2020	123,8	+ 7,5	117,4	+ 6,3	106,1	+ 1,7
November 2020	121,4	+ 4,2	115,5	+ 3,5	106,6	+ 1,2
Dezember 2020	127,1	+ 2,7	120,8	+ 1,6	106,7	+ 1,2
Januar 2021	88,0	– 14,5	83,4	– 15,8	104,5	+ 1,3
Februar 2021	92,3	– 11,7	86,9	– 13,1	103,7	+ 0,9
März 2021	122,9	+ 11,1	115,8	+ 9,7	103,8	+ 0,7
April 2021	108,6	+ 2,2	101,5	+ 0,5	103,6	+ 0,4
Mai 2021	112,8	– 1,4	105,3	– 3,4	104,0	+ 0,2
Juni 2021	122,8	+ 8,8	114,8	+ 6,5	104,6	+ 0,4
Juli 2021	121,1	+ 1,0	113,0	– 1,2	104,5	+ 0,3
August 2021	109,9	– 0,4	102,7	– 2,5	104,9	– 0,2
September 2021	112,1	+ 0,2	103,9	– 2,4	105,2	– 0,4
Oktober 2021	123,0	– 0,6	113,2	– 3,6	105,3	– 0,8
November 2021	126,6	+ 4,3	116,4	+ 0,8	106,2	– 0,4
Dezember 2021	134,3	+ 5,7	123,1	+ 1,9	106,4	– 0,3
Januar 2022	107,8	+ 22,5	98,4	+ 18,0	105,9	+ 1,3
Februar 2022	109,1	+ 18,2	98,6	+ 13,5	105,2	+ 1,4
März 2022	128,4	+ 4,5	112,7	– 2,7	104,4	+ 0,6
April 2022	125,7	+ 15,7	109,5	+ 7,9	104,5	+ 0,9
Mai 2022	128,3	+ 13,7	109,9	+ 4,4	104,9	+ 0,9
Juni 2022	121,1	– 1,4	103,0	– 10,3	105,4	+ 0,8
Juli 2022	127,7	+ 5,5	108,0	– 4,4	105,5	+ 1,0
August 2022	120,7	+ 9,8	101,1	– 1,6	105,8	+ 0,9
September 2022	125,3	+ 11,8	103,5	– 0,4	106,5	+ 1,2
Oktober 2022	129,0	+ 4,9	105,3	– 7,0	107,1	+ 1,7
November 2022	135,1	+ 6,7	110,9	– 4,7	107,7	+ 1,4
Dezember 2022	143,6	+ 6,9	117,8	– 4,3	107,8	+ 1,3
Januar 2023	114,5	+ 6,2	94,1	– 4,4	106,0	+ 0,1
Februar 2023	112,7	+ 3,3	91,7	– 7,0	105,0	– 0,2
März 2023	132,0	+ 2,8	106,3	– 5,7	104,6	+ 0,2
April 2023	124,9	– 0,6	100,1	– 8,6	104,5	0,0
Mai 2023	130,8	+ 1,9	105,2	– 4,3	104,2	– 0,7

1) In Preisen von 2015. – 2) Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: berechnet auf Basis der Messzahlen.
Datenquelle: Monatserhebung im Einzelhandel.

Umsatz und tätige Personen im Gastgewerbe Baden-Württembergs seit Januar 2019
– Basis 2015 = 100 –

Jahr	Umsatz				tätige Personen	
	nominal		real[1]		insgesamt	
	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]	Messzahl	%[2]
Januar 2019	90,9		84,9		97,2	
Februar 2019	94,1		87,5		97,5	
März 2019	108,5		100,9		100,6	
April 2019	111,2		102,6		102,0	
Mai 2019	122,0		111,6		104,2	
Juni 2019	116,3		106,1		103,1	
Juli 2019	125,7		115,0		104,3	
August 2019	118,9		108,8		105,3	
September 2019	121,0		109,8		106,1	
Oktober 2019	120,8		109,7		103,8	
November 2019	109,8		99,8		101,7	
Dezember 2019	118,1		107,4		102,7	
Januar 2020	97,5	+ 7,3	88,4	+ 4,1	99,3	+ 2,2
Februar 2020	97,7	+ 3,8	88,5	+ 1,1	100,0	+ 2,6
März 2020	60,6	– 44,1	55,0	– 45,5	96,3	– 4,3
April 2020	27,9	– 74,9	25,2	– 75,4	72,9	– 28,5
Mai 2020	40,9	– 66,5	36,7	– 67,1	77,0	– 26,1
Juni 2020	72,3	– 37,8	64,9	– 38,8	81,4	– 21,0
Juli 2020	100,6	– 20,0	86,6	– 24,7	87,0	– 16,6
August 2020	104,2	– 12,4	89,9	– 17,4	89,4	– 15,1
September 2020	106,3	– 12,1	91,6	– 16,6	89,4	– 15,7
Oktober 2020	92,1	– 23,8	79,4	– 27,6	88,6	– 14,6
November 2020	37,1	– 66,2	32,1	– 67,8	75,0	– 26,3
Dezember 2020	33,2	– 71,9	28,7	– 73,3	69,3	– 32,5
Januar 2021	34,0	– 65,1	29,9	– 66,2	72,7	– 26,8
Februar 2021	36,1	– 63,1	31,7	– 64,2	71,9	– 28,1
März 2021	42,9	– 29,2	37,6	– 31,6	71,8	– 25,4
April 2021	40,8	+ 46,2	35,8	+ 42,1	71,2	– 2,3
Mai 2021	55,2	+ 35,0	48,2	+ 31,3	72,9	– 5,3
Juni 2021	77,5	+ 7,2	66,5	+ 2,5	77,0	– 5,4
Juli 2021	99,9	– 0,7	85,4	– 1,4	80,1	– 7,9
August 2021	99,8	– 4,2	85,0	– 5,5	82,0	– 8,3
September 2021	102,7	– 3,4	87,7	– 4,3	82,7	– 7,5
Oktober 2021	103,5	+ 12,4	88,3	+ 11,2	82,9	– 6,4
November 2021	84,4	+ 127,5	72,0	+ 124,3	82,0	+ 9,3
Dezember 2021	71,5	+ 115,4	60,7	+ 111,5	79,8	+ 15,2
Januar 2022	72,0	+ 111,8	60,8	+ 103,3	79,6	+ 9,5
Februar 2022	81,3	+ 125,2	68,3	+ 115,5	79,7	+ 10,8
März 2022	90,9	+ 111,9	75,9	+ 101,9	82,1	+ 14,3
April 2022	103,6	+ 153,9	85,5	+ 138,8	84,7	+ 19,0
Mai 2022	122,2	+ 121,4	99,8	+ 107,1	86,6	+ 18,8
Juni 2022	117,3	+ 51,4	94,6	+ 42,3	107,9	+ 40,1
Juli 2022	132,7	+ 32,8	105,4	+ 23,4	91,5	+ 14,2
August 2022	122,4	+ 22,6	96,6	+ 13,6	92,2	+ 12,4
September 2022	124,5	+ 21,2	97,3	+ 10,9	91,9	+ 11,1
Oktober 2022	122,1	+ 18,0	95,4	+ 8,0	90,1	+ 8,7
November 2022	105,7	+ 25,2	82,3	+ 14,3	89,3	+ 8,9
Dezember 2022	109,7	+ 53,4	85,0	+ 40,0	88,5	+ 10,9
Januar 2023	97,3	+ 35,1	74,4	+ 22,4	87,8	+ 10,3
Februar 2023	96,0	+ 18,1	73,1	+ 7,0	88,1	+ 10,5
März 2023	114,4	+ 25,9	86,5	+ 14,0	89,7	+ 9,3
April 2023	117,2	+ 13,1	88,2	+ 3,2	91,7	+ 8,3
Mai 2023	127,8	+ 4,6	95,4	– 4,4	92,1	+ 6,4

1) In Preisen von 2015. – 2) Veränderung jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum: berechnet auf Basis der Messzahlen.
Datenquelle: Monatserhebung im Gastgewerbe.

Baden-Württemberg
Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen
nach Zahl der Arbeitnehmer/-innen
2019

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich / Rechtsform / Alter der Unternehmen	Unternehmensinsolvenzen insgesamt	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen						Arbeitnehmer/-innen 2)
			1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr	unbekannt oder keine	
		Anzahl							
A-S	**Insgesamt**	**1 819**	**190**	**287**	**134**	**251**	**42**	**915**	**24 440**
	nach Wirtschaftsbereichen								
A	Land-u. Forstwirtschaft, Fischerei	9	-	2	-	-	-	7	7
B	Bergbau u.Gew.v.Steinen u.Erden	1	-	-	1	-	-	-	•
C	Verarbeitendes Gewerbe	206	9	27	18	67	24	61	9 096
D	Energieversorg.	8	-	1	1	1	-	5	81
E	Wasserversorg.,Entsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	5	1	-	-	-	-	4	•
F	Baugewerbe	299	36	59	25	27	1	151	1 218
G	Handel;Instandh.u.Rep.v. KFZ	237	30	45	15	24	7	116	6 471
H	Verkehr und Lagerei	131	7	24	12	31	3	54	2 353
I	Gastgewerbe	183	22	47	21	25	-	68	812
J	Information u. Kommunikation	64	6	8	4	5	1	40	546
K	Finanz-, Versicherungs- Dienstleistg.	63	3	1	1	4	-	54	109
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	56	10	5	-	2	-	39	126
M	Freiberufliche,wiss.u. techn.Dienstleistg.	153	22	20	8	10	3	90	1 018
N	Sonst.wirtschaftl. Dienstleistg.	158	18	21	12	31	3	73	1 682
O	Öff.Verw.,Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung u. Unterricht	11	-	3	1	3	-	4	131
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	38	2	1	4	10	-	21	330
R	Kunst,Unterhaltung u.Erholung	28	2	3	3	1	-	19	50
S	Sonst.Dienstleistg.	169	22	20	8	10	-	109	403
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen								
	Kleingewerbe	524	64	99	37	28	-	296	1 202
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	236	20	28	17	51	14	106	6 474
	darunter: GmbH & Co. KG	193	16	22	14	42	13	86	5 686
	GbR	27	3	3	2	3	-	16	166
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	998	98	151	76	163	27	483	16 325
	davon: GmbH ohne Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	832	75	125	70	157	27	378	15 955
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	166	23	26	6	6	-	105	370
	Aktiengesellschaft, KGaA	19	3	2	3	4	1	6	331
	Private Company Limited by Shares (Ltd.).	5	-	2	-	-	-	3	9
	Sonstige Rechtsformen	37	5	5	1	5	-	21	99
	nach dem Alter der Unternehmen								
	Unter 8 Jahre alt	976	110	190	71	101	10	494	6 490
	darunter bis 3 Jahre alt	480	47	93	36	48	4	252	2 519
	8 Jahre und älter	730	75	88	61	146	32	328	17 776
	Unbekannt	113	5	9	2	4	-	93	174

Stand: 25.02.2020

Baden-Württemberg
Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen
nach Zahl der Arbeitnehmer/-innen
2020

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich / Rechtsform / Alter der Unternehmen	Unternehmensinsolvenzen insgesamt	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen						Arbeitnehmer/-innen 2)
			1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr	unbekannt oder keine	
		Anzahl							
A-S	**Insgesamt**	**1 724**	**186**	**241**	**121**	**214**	**44**	**918**	**19 855**
	nach Wirtschaftsbereichen								
A	Land-u. Forstwirtschaft, Fischerei	10	1	3	1	-	-	5	23
B	Bergbau u.Gew.v.Steinen u.Erden	1	-	-	-	-	-	1	-
C	Verarbeitendes Gewerbe	216	10	27	18	86	25	50	10 414
D	Energieversorg.	10	•	-	1	-	-	•	•
E	Wasserversorg.,Entsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	2	•	-	-	-	-	•	•
F	Baugewerbe	247	30	35	19	17	1	145	776
G	Handel;Instandh.u.Rep.v. KFZ	219	33	29	13	19	7	118	2 131
H	Verkehr und Lagerei	96	6	21	5	11	1	52	1 351
I	Gastgewerbe	177	25	34	17	23	1	77	938
J	Information u. Kommunikation	43	5	4	3	7	1	23	363
K	Finanz-, Versicherungs- Dienstleistg.	74	14	6	-	4	-	50	233
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	44	5	9	-	2	1	27	222
M	Freiberufliche,wiss.u. techn.Dienstleistg.	151	13	15	12	10	1	100	661
N	Sonst.wirtschaftl. Dienstleistg.	142	12	21	8	11	2	88	849
O	Öff.Verw.,Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung u. Unterricht	5	-	1	-	-	-	4	2
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	33	6	2	3	7	2	13	622
R	Kunst,Unterhaltung u.Erholung	32	-	3	2	6	1	20	534
S	Sonst.Dienstleistg.	222	22	31	19	11	1	138	725
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen								
	Kleingewerbe	459	63	89	28	19	1	259	1 062
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	189	12	14	10	43	13	97	4 234
	darunter: GmbH & Co. KG	145	11	10	9	38	12	65	4 025
	GbR	27	1	4	-	2	1	19	160
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1 034	104	130	80	150	29	541	14 198
	davon: GmbH ohne Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	853	88	112	73	143	29	408	13 944
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	181	16	18	7	7	-	133	254
	Aktiengesellschaft, KGaA	7	-	2	-	1	1	3	218
	Private Company Limited by Shares (Ltd.).	6	4	-	-	-	-	2	4
	Sonstige Rechtsformen	29	3	6	3	1	-	16	139
	nach dem Alter der Unternehmen								
	Unter 8 Jahre alt	928	123	139	59	74	7	526	5 456
	darunter bis 3 Jahre alt	497	66	72	31	43	4	281	2 781
	8 Jahre und älter	751	61	99	61	140	37	353	14 380
	Unbekannt	45	2	3	1	-	-	39	19

Stand: 24.02.2021

Baden-Württemberg
Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen
nach Zahl der Arbeitnehmer/-innen
2021

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich / Rechtsform / Alter der Unternehmen	Unternehmensinsolvenzen insgesamt	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen: 1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr	unbekannt oder keine	Arbeitnehmer/-innen 2)
		Anzahl							
A-S	**Insgesamt**	**1 513**	**169**	**224**	**90**	**130**	**18**	**882**	**9 192**
	nach Wirtschaftsbereichen								
A	Land-u. Forstwirtschaft, Fischerei	7	-	1	-	-	-	6	3
B	Bergbau u.Gew.v.Steinen u.Erden	-	-	-	-	-	-	-	-
C	Verarbeitendes Gewerbe	136	9	21	13	40	8	45	3 199
D	Energieversorg.	9	-	-	-	1	-	8	26
E	Wasserversorg.,Entsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	1	-	-	-	-	-	1	-
F	Baugewerbe	256	36	48	27	16	-	129	780
G	Handel;Instandh.u.Rep.v. KFZ	147	14	18	8	10	2	95	821
H	Verkehr und Lagerei	69	8	10	5	6	1	39	492
I	Gastgewerbe	146	17	28	11	7	1	82	603
J	Information u. Kommunikation	37	3	5	5	9	1	14	582
K	Finanz-, Versicherungs- Dienstleistg.	62	8	6	-	3	-	45	87
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	30	3	-	1	-	-	26	13
M	Freiberufliche,wiss.u. techn.Dienstleistg.	60	7	9	1	3	-	40	153
N	Sonst.wirtschaftl. Dienstleistg.	124	16	22	3	12	5	66	1 478
O	Öff.Verw.,Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung u. Unterricht	3	1	-	-	-	-	2	1
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	30	2	7	-	4	-	17	116
R	Kunst,Unterhaltung u.Erholung	30	3	3	-	-	-	24	11
S	Sonst.Dienstleistg.	366	42	46	16	19	-	243	827
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen								
	Kleingewerbe	522	73	92	20	11	1	325	1 092
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	149	12	14	8	28	4	83	1 845
	darunter: GmbH & Co. KG	126	11	10	8	25	3	69	1 640
	GbR	13	-	3	-	1	-	9	17
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	818	84	115	60	90	13	456	6 216
	davon: GmbH ohne Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	675	71	95	56	86	13	354	5 978
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	143	13	20	4	4	-	102	238
	Aktiengesellschaft, KGaA	4	-	1	1	1	-	1	26
	Private Company Limited by Shares (Ltd.).	2	-	-	-	-	-	2	-
	Sonstige Rechtsformen	18	-	2	1	-	-	15	13
	nach dem Alter der Unternehmen								
	Unter 8 Jahre alt	853	95	132	59	50	3	514	2 959
	darunter bis 3 Jahre alt	435	57	81	31	19	2	245	1 578
	8 Jahre und älter	596	71	88	31	78	15	313	6 175
	Unbekannt	64	3	4	-	2	-	55	58

Stand: 24.02.2022

Baden-Württemberg
Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und Alter der Unternehmen
nach Zahl der Arbeitnehmer/-innen
2022

Nr. der Klassifikation 1)	Wirtschaftsbereich / Rechtsform / Alter der Unternehmen	Unternehmensinsolvenzen insgesamt	Unternehmen mit ... Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen: 1	2-5	6-10	11-100	101 und mehr	unbekannt oder keine	Arbeitnehmer/-innen 2)
		Anzahl							
A-S	**Insgesamt**	**1 516**	**187**	**235**	**106**	**164**	**17**	**807**	**11 601**
	nach Wirtschaftsbereichen								
A	Land-u. Forstwirtschaft, Fischerei	8	2	-	3	-	-	3	26
B	Bergbau u.Gew.v.Steinen u.Erden	1	-	-	-	1	-	-	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	140	7	20	13	53	12	35	5 473
D	Energieversorg.	4	1	-	1	-	-	2	.
E	Wasserversorg.,Entsorg., Beseit. v. Umweltverschm.	2	-	-	-	-	-	2	-
F	Baugewerbe	313	35	54	23	22	1	178	1 032
G	Handel;Instandh.u.Rep.v. KFZ	146	22	21	6	16	1	80	753
H	Verkehr und Lagerei	88	9	25	6	14	-	34	550
I	Gastgewerbe	113	18	26	16	6	1	46	988
J	Information u. Kommunikation	42	7	3	5	4	1	22	544
K	Finanz-, Versicherungs- Dienstleistg.	58	10	4	-	1	-	43	66
L	Grundstücks- u. Wohnungswesen	38	5	2	1	2	-	28	42
M	Freiberufliche,wiss.u. techn.Dienstleistg.	85	12	11	4	10	-	48	300
N	Sonst.wirtschaftl. Dienstleistg.	157	17	20	12	12	1	95	821
O	Öff.Verw.,Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung u. Unterricht	8	1	1	-	-	-	6	3
Q	Gesundheits- u. Sozialwesen	25	1	5	2	5	-	12	150
R	Kunst,Unterhaltung u.Erholung	20	1	4	-	1	-	14	31
S	Sonst.Dienstleistg.	268	39	39	14	17	-	159	769
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen								
	Kleingewerbe	489	82	84	35	23	-	265	1 170
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	127	8	21	11	18	4	65	1 811
	darunter: GmbH & Co. KG	86	4	13	6	16	4	43	1 625
	GbR	24	3	5	3	-	-	13	44
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	874	96	123	59	120	13	463	8 519
	davon: GmbH ohne Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	711	77	105	55	119	13	342	8 377
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	163	19	18	4	1	-	121	142
	Aktiengesellschaft, KGaA	4	-	1	-	2	-	1	41
	Private Company Limited by Shares (Ltd.).	-	-	-	-	-	-	-	-
	Sonstige Rechtsformen	22	1	6	1	1	-	13	60
	nach dem Alter der Unternehmen								
	Unter 8 Jahre alt	908	122	154	55	65	4	508	3 404
	darunter bis 3 Jahre alt	454	62	89	29	26	1	247	1 255
	8 Jahre und älter	563	60	76	48	99	13	267	8 155
	Unbekannt	45	5	5	3	-	-	32	42

Stand: 23.02.2023

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
2) Die Anzahl der Arbeitnehmer/-innen ist nicht bei allen Insolvenzverfahren bekannt. Die nachgewiesene Anzahl der Arbeitnehmer/-innen ist daher unvollständig.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Bei Veröffentlichung bitte Quelle benennen.

Zeichenerklärung:
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- = Nichts vorhanden (genau null)
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

Zu Ziffer I.10 – Methodische Grundlagen, Definitionen und Qualität des statistischen Unternehmensregisters

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER

Methodische Grundlagen, Definitionen und Qualität des statistischen Unternehmensregisters

Methodische Grundlagen

Das statistische Unternehmensregister

Das statistische Unternehmensregister (im Folgenden Unternehmensregister genannt) ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank mit Informationen zu Niederlassungen, Rechtlichen Einheiten, Unternehmen und Unternehmensgruppen aus allen Wirtschaftsbereichen und deren Beziehungen zueinander. Quellen zur Pflege des Unternehmensregisters sind zum einen Dateien aus Verwaltungs- und Statistikbereichen, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Finanzbehörden, und zum anderen Aktualisierungsinformationen aus statistischen Erhebungen, die das Unternehmensregister als Auswahlgrundlage nutzen, sowie Daten eines kommerziellen Datenbankanbieters. Das Unternehmensregister wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt und aktualisiert. Das Unternehmensregister dient als wichtiges Instrument zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt dadurch zur Entlastung der Wirtschaft von Erhebungen bei.
Das Unternehmensregister ermöglicht eigenständige Auswertungen zur Gesamtwirtschaft und zu einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Vorgehensweise bei der Erstellung dieser Veröffentlichungen wird im Abschnitt „Auswertung des statistischen Unternehmensregisters“ verdeutlicht.

Rechtsgrundlagen

Auf Grundlage der EU-Verordnungen Nr. 2152/2019 sowie 1197/2020 sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, bestimmte Informationen in statistischen Unternehmensregistern zu erfassen.[1] Die nationale Rechtsgrundlage hierzu ist § 13 Bundesstatistikgesetz (BStatG).[2] Neben der Nutzung von Angaben aus bestehenden Fachstatistiken wurden mit dem Statistikregistergesetz (StatRegG)[3] und dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwDVG)[4] in Deutschland die rechtlichen Grundlagen für die statistische Nutzung von Verwaltungsdaten geschaffen.

[1] Verordnung (EU) 2019/2152 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 327, Seite 1).
Durchführungsverordnung (EU) 2020/1197 der Kommission vom 30. Juli 2020 zur Festlegung technischer Spezifikationen und Einzelheiten nach der Verordnung (EU) 2019/2152 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken (Amtsblatt der EU Nr. L 271 Seite 1).

[2] Bundesstatistikgesetz (BStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), zuletzt geändert durch Artikel 2 vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S.1751).

[3] Statistikregistergesetz (StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S.1300), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436).

[4] Verwaltungsdatenverwendungsgesetz vom 4. November 2010 (BGBl. I S. 1480), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436).

Besonderer Hinweis zu Veröffentlichungen ab Berichtsjahr 2018

Beginnend mit dem Berichtsjahr 2018 wurden bei den Auswertungen aus dem Unternehmensregister Anpassungen vorgenommen: Bis zum BJ 2017 bezeichnete Tabellen zu „Unternehmen" wurden in Tabellen zu „Rechtlichen Einheiten", Tabellen zu „Betrieben" in Tabellen zu „Niederlassungen" umbenannt. Hintergrund ist die Umsetzung der EU-Unternehmensdefinition. Die EU-Einheitenverordnung[5] definiert das Unternehmen als „kleinste Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und […] über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt".

Somit kann ein Unternehmen auch aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen. Bis einschließlich Berichtsjahr 2017 wurde in der amtlichen Statistik die Rechtliche Einheit mit dem Unternehmen gleichgesetzt und beide Begriffe synonym verwendet. Mit der Anwendung der EU-Unternehmensdefinition müssen diese Einheiten und Begriffe klar voneinander unterschieden werden. Aus dem statistischen Unternehmensregister werden Tabellen zu „Rechtlichen Einheiten", „Niederlassungen" und beginnend mit Berichtsjahr 2018 – in geringerer Gliederungstiefe – auch Tabellen zu „Unternehmen" veröffentlicht.

Auswertung des statistischen Unternehmensregisters

Bei der Erstellung der Tabellen aus dem Unternehmensregister werden Ergebnisse über nahezu alle Wirtschaftszweige hinweg ausgewiesen. Ausgenommen sind die Abschnitte „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" (Abschnitt A), „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" (Abschnitt O), „Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt" (Abschnitt T) und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften" (Abschnitt U) der WZ 2008.[6]

Bis einschließlich Berichtsjahr 2018 wurde ausschließlich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten veröffentlicht. Seit dem Berichtsjahr 2019 wird die Anzahl der abhängig Beschäftigten untergliedert nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und geringfügig entlohnt Beschäftigten veröffentlicht. Die Anzahl der Beschäftigten wird nicht mehr als Stichtagswert für den Monat Dezember (Zahl der Beschäftigten am 31.12. eines Berichtsjahres) abgebildet, sondern als Durchschnittswert: Es wird der Mittelwert der zwölf Monatsstichtagswerte eines Jahres gebildet und veröffentlicht (Summe der Stichtagswerte 31.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres, dividiert durch zwölf). Auch die Beschäftigtengrößenklassen werden nach dem Durchschnittswert der abhängig Beschäftigten abgegrenzt.

Grundsätzlich werden bei Auswertungen aus dem Unternehmensregister Einheiten mit Umsatz (in der Regel auf der Basis der Umsatzsteuervoranmeldungen) und/oder Beschäftigten eines Berichtsjahres berücksichtigt. Hierbei werden auch Einheiten berücksichtigt, die nur zeitweise im Berichtsjahr aktiv waren und insbesondere auch Einheiten, die das Ende des Berichtsjahres (31.12.) nicht überlebt haben.
Damit eine Einheit (Niederlassung, Rechtliche Einheit und Unternehmen) des statistischen Unternehmensregisters in die tabellarische Auswertung mit einbezogen wird, muss sie beim Umsatz und/oder bei den Beschäftigten jeweils auch bestimmte Relevanzschwellen überschreiten. Diese Relevanzschwellen für die Auswertung sind folgendermaßen definiert:

- Eine Niederlassung wird dann in die Auswertung mit einbezogen, wenn sie kumuliert über die 12 Monate des Berichtsjahres mindestens eine(n) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte(n) oder mindestens 12 geringfügig entlohnt Beschäftigte aufweist oder wenn sie den einzigen Standort einer Rechtlichen Einheit bildet, welche im Berichtsjahr einen Umsatz von mehr als 22.000 Euro aufweist.

[5] Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (ABl. L 76 vom 30.03.1993, S. 1).

[6] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008.

- Eine Rechtliche Einheit wird dann auswertungsrelevant, wenn sie im Berichtsjahr einen Umsatz von mehr als 22.000 Euro aufweist oder kumuliert über die 12 Monate des Berichtsjahres über mindestens eine(n) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte(n) oder mindestens 12 geringfügig entlohnt Beschäftigte verfügt.
- Ein Unternehmen wird dann auswertungsrelevant, wenn es im Berichtsjahr einen Umsatz von mehr als 22.000 Euro aufweist oder kumuliert über die 12 Monate des Berichtsjahrs über mindestens eine(n) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte(n) oder mindestens 12 geringfügig entlohnt Beschäftigte verfügt.

Niederlassungen, Rechtliche Einheiten und Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, gelangen in die Auswertung zu einem Berichtsjahr, und zwar unabhängig davon, ob sie zu einem bestimmten späteren Stand des Unternehmensregisters noch wirtschaftlich aktiv sind oder nicht.

Besonderheiten bei der Veröffentlichung von Daten zu Niederlassungen:

- Es werden auch Niederlassungen von Rechtlichen Einheiten erfasst, die aus lediglich einer Niederlassung am Standort der Rechtlichen Einheit bestehen, die keine Beschäftigten hat, jedoch über Umsätze für das Berichtsjahr der zuletzt verarbeiteten Verwaltungs- und Statistikdaten verfügt.

Besonderheiten bei der Veröffentlichung von Daten zu Rechtlichen Einheiten:

- Bei Rechtlichen Einheiten mit mehreren Niederlassungen erfolgt die Wirtschaftszweigzuordnung anhand des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Tätigkeit.
- Die Anzahl der Beschäftigten der zugehörigen Niederlassungen wird bei der Rechtlichen Einheit summiert.
- Umsatzwerte können in bestimmten Bereichen unterzeichnet sein (Näheres hierzu im Abschnitt „Hinweise zur Verwendung der Daten sowie Untererfassungen“).
- Sogenannte Organgesellschaften und deren Umsätze werden auch dann nachgewiesen, wenn sie keine Beschäftigten haben bzw. keine Umsatzsteuervoranmeldungen abgegeben haben.

Besonderheiten bei der Veröffentlichung von Daten zu Unternehmen:

- Bei Unternehmen mit mehreren Rechtlichen Einheiten erfolgt die Wirtschaftszweigzuordnung anhand des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Tätigkeit.
- Die Anzahl der Beschäftigten der zugehörigen Rechtlichen Einheiten wird beim Unternehmen summiert.

Der Gesamtbestand an Wirtschaftseinheiten bezieht sich auf ein Berichtsjahr.

Um zwischen der Unternehmensstatistik und den Auswertungen aus dem Unternehmensregister ein höheres Maß an Konsistenz zu erzielen, werden Einheiten aus dem Bereich Privatvermietung (im Sinne privater Vermögensverwaltung; Wirtschaftszweig 68.2) seit Berichtsjahr 2015 nicht mehr dargestellt.

Hinweise zur Verwendung der Daten sowie zu Untererfassungen

Die Qualität der im Unternehmensregister gespeicherten Angaben wird größtenteils von der Datenlage der zur Führung und Pflege verwendeten Verwaltungs- und Statistikdaten bestimmt.

Durch Registerpflegearbeiten der Statistischen Ämter werden zum Teil aber auch Auswertungsmerkmale wie der Wirtschaftszweig oder der Gemeindeschlüssel sowie Zusammenhänge zwischen Niederlassungen und Rechtlichen Einheiten gegenüber dem Stand der ursprünglichen Verwaltungs- und Statistikdatenlieferung korrigiert.

Auch durch Rückflüsse aus laufenden Erhebungen werden Angaben des Unternehmensregisters insbesondere zu bedeutenden Einheiten aktualisiert, sodass die Angaben zu diesen Einheiten eine hohe Qualität aufweisen.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Höhe der Umsätze im Unternehmensregister in bestimmten Wirtschaftsbereichen untererfasst ist. Das liegt daran, dass bestimmte Bestandteile des Umsatzes (zu nennen sind hier: steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug und nicht-steuerbare Umsätze) ggf. nicht oder nur unvollständig nachgewiesen werden. In Bereichen, in denen solche Bestandteile eine wesentliche Rolle spielen, kann dies zur Klammerung von Umsatzwerten in den Veröffentlichungstabellen führen.
Die Untererfassung von Umsätzen betrifft umsatzsteuerbefreite Einheiten im Gesundheitswesen (Abschnitt „Q“ der WZ 2008) wie beispielsweise Arztpraxen, Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Massagepraxen, Krankengymnastikpraxen, Praxen von Hebammen sowie Heilpraktikerpraxen. Die Untererfassung betrifft auch Einheiten, deren Umsätze in Deutschland (zum Teil) nicht steuerbar sind, wie z.B. im Bereich Verkehr (Abschnitt „H“ der WZ 2008) Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass der Umsatz im Abschnitt „K“ der WZ 2008 („Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“) deutlich unterzeichnet wird, weil steuerfreie Bank- und Versicherungsumsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen, nur teilweise nachgewiesen werden.

Sind in umsatzsteuerbefreiten Einheiten keine sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig entlohnt Beschäftigten tätig, so gelangen diese nicht ins Unternehmensregister, was somit die Anzahl der Einheiten unterzeichnet.

Auch dadurch, dass in den Dateien der Bundesagentur für Arbeit zum Teil die Beschäftigten mehrerer Betriebe[7] unter einer Meldung zusammengefasst werden, ist die tatsächliche Anzahl der Niederlassungen unterrepräsentiert. Dies kann Auswirkungen auf die Eingruppierung nach Größenklassen der Beschäftigten haben.

Bei der Verwendung der Daten im Längsschnitt (Zeitreihenvergleiche) ist zu beachten, dass konzeptionelle Änderungen bei der direkten Pflege, Auswertung und Führung des Unternehmensregisters selbst, aber auch bei den zur Pflege des Unternehmensregisters verwendeten Verwaltungs- und Statistikdaten zu einer eingeschränkten Interpretierbarkeit der Längsschnittanalysen führen können. Dies gilt ebenfalls für Änderungen bei einzelnen Merkmalen, insbesondere beim Wirtschaftszweig: Wird bspw. eine beschäftigungs- oder umsatzstarke Einheit von einem Wirtschaftsabschnitt in einen anderen umgesetzt, so führt dies zu einer Verlagerung von Beschäftigten bzw. Umsatz in einen anderen Wirtschaftsbereich.

Abweichungen der statistischen Unternehmensregisterdaten gegenüber Fachstatistiken

Abweichungen von Angaben des Unternehmensregisters gegenüber einzelnen Fachstatistiken sind durch methodische Unterschiede bedingt. Sie können unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass bei den Tabellen zu Rechtlichen Einheiten auch Rechtliche Einheiten ohne Umsatzsteuerpflicht, aber mit Beschäftigten berücksichtigt werden, während bei den Tabellen zu Niederlassungen auch Rechtliche Einheiten gezählt werden, die lediglich aus einer Niederlassung am Standort der Rechtlichen Einheit bestehen. Dadurch weist das Unternehmensregister tendenziell mehr Rechtliche Einheiten als die Umsatzsteuerstatistik und mehr Niederlassungen als die Bundesagentur für Arbeit aus. Außerdem können bestimmte Angaben einen unterschiedlichen Zeitstand haben.

[7] Der von der Bundesagentur für Arbeit verwendete Begriff „Betrieb“ entspricht im Unternehmensregister dem Begriff „Niederlassung“.

Definitionen

Niederlassung

Eine Niederlassung ist eine örtlich abgegrenzte Einheit, die einer Rechtlichen Einheit zugeordnet ist. Sie ist rechtlich unselbstständig. In den Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird der Begriff „Betrieb“ anstelle von „Niederlassung“ verwendet.

Rechtliche Einheit

Eine Rechtliche Einheit im Unternehmensregister ist eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist, eine juristische Person oder eine Personenvereinigung. Zu den wirtschaftlichen Tätigkeiten zählen auch die Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit und das Halten von Beteiligungen an anderen Rechtlichen Einheiten. Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder ein Einzelunternehmen.

Unternehmen

Das Unternehmen entspricht der kleinsten Kombination Rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten an einem Standort oder an mehreren Standorten aus. Ein Unternehmen kann einer einzigen Rechtlichen Einheit entsprechen oder aus mehreren Rechtlichen Einheiten bestehen.

Unternehmensgruppe

Eine Unternehmensgruppe ist ein Zusammenschluss von Rechtlichen Einheiten, die über Kontrollbeziehungen verbunden sind. Das Gruppenoberhaupt der Unternehmensgruppe fungiert als das höchste Kontrollorgan in der Gruppe und wird von keiner anderen Einheit kontrolliert. Das Gruppenoberhaupt einer Unternehmensgruppe kann auch eine natürliche Person sein; in diesem Fall müssen mindestens zwei weitere juristische Personen von dieser natürlichen Person kontrolliert werden. Unternehmensgruppen können global in mehreren Staaten angesiedelt sein; das deutsche Unternehmensregister enthält davon die deutschen Teile.

Umsatz

Die Hauptquelle für den Umsatz im Unternehmensregister sind die Angaben zu den jährlichen Lieferungen und Leistungen aus den monatlichen bzw. vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen, die von den umsatzsteuerpflichtigen Rechtlichen Einheiten abgegeben und gemäß VwDVG von den Finanzbehörden an die Statistik übermittelt werden (steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen). Umsätze für Organkreismitglieder werden aus Erhebungen, Jahresabschlüssen und anderen Quellen übernommen oder geschätzt. Die so im Unternehmensregister enthaltenen Umsätze stellen einen guten Näherungswert zur Umsatzdefinition der strukturellen Unternehmensstatistik dar, die gemäß EU-Empfehlungshandbuch für Unternehmensregister zu verwenden ist.[8]

[8] Verordnung (EG) Nr. 250/2009 der Kommission vom 11. März 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Definitionen der Merkmale, das technische Format für die Datenübermittlung, die erforderlichen Doppelmeldungen gemäß NACE Rev. 1.1 und NACE Rev. 2 und die zuzulassenden Abweichungen bei der strukturellen Unternehmensstatistik.

Abhängig Beschäftigte

Die abhängig Beschäftigten umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten. Kurzfristig Beschäftigte werden nicht nachgewiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind und die von der Bundesagentur für Arbeit aus dem Kontext der Beschäftigungsstatistik übermittelt wurden.

Geringfügig entlohnt Beschäftigte

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14SGB IV) regelmäßig im Monat 450 Euro nicht überschreitet. Geringfügig entlohnt Beschäftigte im Nebenjob (neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung) sind bei Auswertungen aus dem Unternehmensregister nicht enthalten.

Wirtschaftssystematische Zuordnung

Die branchenbezogene Einordnung von Niederlassungen, Rechtlichen Einheiten und Unternehmen des Unternehmensregisters basiert auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Qualität

Link zum Qualitätsbericht https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Unternehmen/unternehmensregister.html

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2022

Anlage 4: Zu Ziffer III.4 – Abhängig Beschäftigte*) in Baden-Württemberg in den Jahren 2019, 2021 und 2022 nach Erwerbsarbeit zu Hause) und ausgewählten Merkmalen**

Ausgewählte Merkmale	Keine Erwerbsarbeit zu Hause			mit Erwerbsarbeit zu Hause											
				zusammen			manchmal[1]			gewöhnlich[2]			darunter an jedem Arbeitstag		
	2022	2021	2019	2022	2021	2019	2022	2021	2019	2022	2021	2019	2022	2021	2019
	%														
Baden-Württemberg	76,1	75,6	88,7	23,9	24,4	11,3	9,4	7,7	7,8	14,4	16,7	3,5	6,4	9,3	2,0
Regierungsbezirke															
Stuttgart	73,5	72,5	87,4	26,5	27,5	12,6	9,4	8,3	9,2	17,1	19,2	3,4	7,3	10,6	1,8
Karlsruhe	74,0	74,1	88,8	26,0	25,9	11,2	9,6	7,1	7,6	16,4	18,8	3,6	7,8	10,6	1,9
Freiburg	81,4	81,5	90,3	18,6	18,5	9,7	9,0	6,8	6,0	9,6	11,6	3,7	4,0	6,2	2,2
Tübingen	78,6	77,7	89,6	21,4	22,3	10,4	9,9	8,1	6,8	11,6	14,1	3,7	5,0	7,8	2,0
Geschlecht															
Männlich	75,0	74,3	88,0	25,0	25,7	12,0	10,3	8,3	9,0	14,7	17,4	3,0	6,3	9,7	1,6
Weiblich	77,3	77,0	89,5	22,7	23,0	10,5	8,5	7,0	6,4	14,2	16,0	4,1	6,4	8,8	2,4
Betriebsgröße (von... bis unter... Personen)															
unter 20	88,5	86,7	92,2	11,5	13,3	7,8	5,3	5,3	4,2	6,2	8,1	3,6	3,5	4,9	2,3
20-50	84,2	83,6	90,3	15,8	16,4	9,7	7,5	5,9	5,8	8,3	10,5	3,8	(3,6)	5,6	2,2
50-250	77,3	76,3	88,3	22,7	23,7	11,7	9,4	8,0	7,4	13,2	15,7	4,3	6,3	8,7	2,4
250-500	71,3	70,9	90,5	28,7	29,1	9,5	11,1	8,2	7,4	17,6	20,9	2,1	(6,7)	10,6	/
500 und mehr	59,2	60,0	83,1	40,8	40,0	16,9	14,3	10,9	13,8	26,5	29,1	3,1	11,0	16,2	1,4
Berufsbereiche[3]															
darunter															
Naturwissenschaft, Geografie, Informatik	34,7	35,2	69,7	65,3	64,8	30,3	16,0	11,2	24,2	49,2	53,6	6,1	25,0	35,6	/
Unternehmensorganisation, Buchaltung, Recht/Verwaltung	57,9	57,4	84,0	42,1	42,6	16,0	18,0	15,1	11,8	24,1	27,5	4,2	9,2	14,1	2,2
Gesundhantliche/soziale Berufe	91,5	90,6	94,0	8,1	9,4	6,0	4,7	5,2	4,0	(3,5)	(4,2)	1,9	/	/	(1,2)
Lehrberufe Berufe	44,2	36,4	46,2	55,8	63,6	53,8	20,7	16,8	26,6	35,1	46,8	27,2	19,6	26,8	16,3
Rohstoffgewinnung, Produktion, Fertigung	82,9	83,2	93,9	17,1	16,8	6,1	7,4	5,6	4,8	9,7	11,3	1,3	4,1	6,0	0,8
Kaufmännische Dienstleistungen, Warenhandel, Vetrieb, Hotel/Tourismus	82,0	81,3	91,5	18,0	18,7	8,5	7,4	(5,7)	5,6	10,6	13,0	2,9	(4,3)	7,2	(1,4)
Migrationsstatus															
ohne Migrationshintergrund	71,1	70,8	86,4	28,9	29,2	13,6	11,7	9,6	9,3	17,2	19,6	4,2	7,3	10,5	2,4
mit Migrationshintergrund	85,3	84,5	93,1	14,7	15,5	6,9	5,3	4,1	4,7	9,4	11,4	2,2	4,6	7,0	1,2
mit eigener Migrationserfahrung	87,6	86,7	93,8	12,4	13,3	6,2	4,2	3,4	4,2	8,2	9,9	2,0	4,2	6,5	1,1
ohne eigene Migrationserfahrung	80,0	79,6	91,4	20,0	20,4	8,6	7,7	(5,6)	5,9	12,2	14,8	2,6	(5,7)	7,9	(1,5)
Beruflicher Bildungsabschluss															
mit beruflichem Bildungsabschluss[4]	71,0	70,9	86,6	29,0	29,1	13,4	11,4	9,2	9,4	17,6	19,9	4,1	7,7	11,0	2,2
Lehre/Berufsausbildung	85,7	85,0	94,8	14,3	15,0	5,2	6,0	5,1	3,5	8,3	9,9	1,7	3,7	5,1	1,0
Fachschulabschluss	82,1	81,5	91,6	17,9	18,5	8,4	8,8	7,9	5,9	9,1	10,5	2,4	(3,7)	(5,9)	(1,2)
akademischer Abschluss	43,1	41,2	68,3	56,9	58,8	31,7	21,0	16,9	22,4	35,8	41,9	9,3	15,7	23,6	5,0
ohne beruflichen Bildungsabschluss[4]	94,6	94,6	97,8	5,4	5,4	2,2	(2,4)	/	(1,1)	(3)	(3,9)	(1,2)	/	/	(0,7)
Elternstatus[6]															
Väter	69,3	69,7	83,6	30,7	30,3	16,4	13,1	9,8	12,9	17,5	20,5	3,5	7,5	11,0	1,7
Mütter	76,3	76,0	87,4	23,7	24,0	12,6	7,7	6,0	7,7	16,0	18,0	4,9	7,3	10,1	2,6
Männer ohne Kinder	73,3	71,0	86,8	26,7	29,0	13,2	11,1	10,1	10,2	15,6	18,8	3,0	6,6	11,2	(1,4)
Frauen ohne Kinder	68,0	68,5	84,4	32,0	31,5	15,6	11,5	10,2	10,1	20,5	21,3	5,5	8,7	12,0	3,1

* Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren
** In den letzten 4 Wochen
1) An weniger als der Hälfte der Arbeitstage
2) An mindestens der Hälfte der Arbeitstage
3) Klassifikation der Berufe, Ausgabe 2010 (KldB 2010)
4) Einschl. Personen, die keine Angabe zur Art des beruflichen Abschlusses gemacht haben.
5) Beinhaltet keine Personen, die sich noch in schulischer/beruflicher Ausbildung befinden. Personen mit Berufsvorbereitungsjahr, beruflichem Praktikum und Anlernausbildung (falls 1953 geboren) haben keinen beruflichen Bildungsabschluss.
6) Personen im Alter von 30 bis unter 50 Jahren.
Datenquelle: Mikrozensus Unterstichprobe MZ-LFS (2022 - Erstergebnis) - Bevölkerung/Familien/Lebensformen in Hauptwohnsitzhaushalten